

 1. Auflage

---

Schriftenreihe  
Band 309



---

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem  
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung  
und dem Zentrum für Umfragen,  
Methoden und Analysen, Mannheim

# Datenreport 1992

Zahlen und Fakten über die  
Bundesrepublik Deutschland





---

Bundeszentrale  
für politische Bildung





Schriftenreihe Band 309

---

*Arbeitshilfen für die politische Bildung*

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem  
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung  
und dem Zentrum für Umfragen,  
Methoden und Analysen, Mannheim

# Datenreport 1992

Zahlen und Fakten über die  
Bundesrepublik Deutschland



Bundeszentrale  
für politische Bildung

Bonn 1992

Copyright dieser Ausgabe:

Bundeszentrale für politische Bildung

Redaktion: Gernot Dallinger, Rüdiger Thomas

Redaktionsschluß: April 1992

Produktion: Heinz Synal

Eine Buchhandelsausgabe besorgt der Verlag Bonn Aktuell, München

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung  
der Bundeszentrale für politische Bildung dar.

Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Satzherstellung: Froitzheim, Bonn

Druck: Graphischer Großbetrieb Pößneck (Thüringen)

ISBN 3-89331-132-7 · ISSN 0435-7604

# Inhalt

Vorwort	15
---------	----

## Einführung

Walter Müller

Deutschland in Zahlen	
Orientierungshilfe für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft	17

## Teil I: Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik

Einleitung	33
------------	----

<b>1</b>	<b>Bevölkerung</b>	<b>37</b>
1.1	Die Bevölkerung im Spiegel der Statistik	37
1.2	Bevölkerungsentwicklung	38
1.3	Die räumliche Bevölkerungsverteilung	42
1.4	Altersaufbau	45
1.5	Geburten und Sterbefälle	46
1.6	Familien und Haushalte	49
1.7	Eheschließungen, Scheidungen	50
1.8	Ausländer	54

<b>2</b>	<b>Bildung</b>	<b>59</b>
2.1	Einführung	59
2.2	Kindergärten	62
2.3	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	62
2.4	Betriebliche Berufsausbildung	71
2.5	Studienabsichten	75

2.6	Hochschulen	76
2.7	Weiterbildung	81
2.8	Bildungsniveau der Bevölkerung	83
2.9	Bildung und individuelle Merkmale	84
2.10	Öffentliches Bildungsbudget	87
2.11	Ausbildungsförderung	87
<b>3</b>	<b>Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit</b>	<b>90</b>
3.1	Im Blickpunkt: Erwerbstätige und Arbeitslose	90
3.2	Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle	92
3.3	Beteiligung am Erwerbsleben	93
3.4	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	95
3.5	Berufe und Tätigkeitsmerkmale	97
3.6	Stellung im Beruf	98
3.7	Arbeitslose und offene Stellen	101
3.8	Arbeitsplatzverlust und Kurzarbeit	104
3.9	Arbeitslosenquoten im Vergleich	105
3.10	Struktur der Arbeitslosigkeit	107
3.11	Einkommen der Arbeitslosen	112
<b>4</b>	<b>Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte</b>	<b>113</b>
4.1	Zielsetzung der Statistik über Einnahmen und Ausgaben	113
4.2	Von den Einnahmen zu den Ausgaben	113
4.3	Einnahmen der privaten Haushalte	114
4.4	Ausgaben der privaten Haushalte	119
4.5	Entwicklung der Verbrauchsausgaben im Zeitablauf	121
4.6	Zusammensetzung des Privaten Verbrauchs	121
4.7	Ausstattung der Haushalte	129
4.8	Sparen und Vermögen	131
4.9	Haushalte mit Schulden	136
4.10	Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte in den neuen Bundesländern	137
<b>5</b>	<b>Wohnen</b>	<b>139</b>
5.1	Entwicklung der Wohnraumversorgung	139
5.2	Qualität des Wohnungsbestandes und Mieten	140
5.3	Wohnsituation der Haushalte	146
5.4	Wohnungsbautätigkeit	149

<b>6</b>	<b>Freizeit und Kultur</b>	<b>154</b>
6.1	Auf dem Weg zur Freizeitgesellschaft?	154
6.2	Arbeitszeit und Urlaubstage	154
6.3	Ausgaben für Freizeit und Kultur	155
6.4	Unterhaltung und Kultur	156
6.5	Urlaubsreisen	165
6.6	Sport und Musizieren	169
<b>7</b>	<b>Gesellschaftliche Mitwirkung</b>	<b>171</b>
7.1	Einführung	171
7.2	Teilnahme am politischen Leben	171
7.3	Engagement in Berufsverbänden	183
7.4	Teilnahme am religiösen Leben	189
<b>8</b>	<b>Gesundheit</b>	<b>194</b>
8.1	Gesundheitszustand der Bevölkerung	194
8.2	Medizinische Versorgung	203
8.3	Gesundheitsvorsorge	208
8.4	Schwangerschaftsabbrüche	211
8.5	Schwerbehinderte	213
8.6	Rehabilitationsmaßnahmen	214
8.7	Ausgaben für die Gesundheit	215
<b>9</b>	<b>Soziale Sicherung</b>	<b>219</b>
9.1	Entwicklung der Sozialversicherung	219
9.2	Das Sozialbudget	219
9.3	Die Elemente des Sozialbudgets	223
9.4	Gesetzliche Rentenversicherungen im früheren Bundesgebiet	225
9.5	Gesetzliche Rentenversicherung in den neuen Bundesländern	227
9.6	Gesetzliche Krankenversicherung	229
9.7	Arbeitsförderung	231
9.8	Sozialhilfe im früheren Bundesgebiet	233
9.9	Sozialhilfe in den neuen Bundesländern	235
9.10	Kindergeld	236
<b>10</b>	<b>Rechtspflege</b>	<b>238</b>
10.1	Einführung	238
10.2	Gerichte	238
10.3	Straffälligkeit	242

<b>11</b>	<b>Öffentliche Haushalte</b>	<b>248</b>
11.1	Die Aufgaben des Staates	248
11.2	Ausgaben der öffentlichen Haushalte	248
11.3	Einnahmen der öffentlichen Haushalte	252
11.4	Schulden der öffentlichen Haushalte	257
11.5	Personal der öffentlichen Haushalte	259
<b>12</b>	<b>Gesamtwirtschaft im Überblick</b>	<b>263</b>
12.1	Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Geschehens	263
12.2	Einführung in die gesamtwirtschaftliche Darstellung	264
12.3	Entwicklung des Sozialprodukts	266
12.4	Wirtschaftsstrukturen	268
12.5	Verwendung des Sozialprodukts	271
12.6	Verteilung des Volkseinkommens	274
12.7	Sozialprodukt in den neuen und alten Bundesländern 1991 im Vergleich	277
12.8	Außenwirtschaft	279
<b>13</b>	<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>	<b>292</b>
13.1	Bedeutung des primären Sektors im früheren Bundesgebiet	292
13.2	Bodennutzung	293
13.3	Landwirtschaftliche Betriebe im früheren Bundesgebiet	294
13.4	Beschäftigte in der Landwirtschaft im früheren Bundesgebiet	295
13.5	Pflanzliche Produktion im früheren Bundesgebiet	297
13.6	Tierische Produktion im früheren Bundesgebiet	299
13.7	Selbstversorgungsgrad im früheren Bundesgebiet	302
13.8	Forstwirtschaft im früheren Bundesgebiet	303
13.9	Fischerei im früheren Bundesgebiet	305
13.10	Pflanzliche Produktion im Gebiet der ehem. DDR	305
13.11	Tierische Produktion im Gebiet der ehem. DDR	307
13.12	Fischerei im Gebiet der ehem. DDR	309
<b>14</b>	<b>Produzierendes Gewerbe</b>	<b>311</b>
14.1	Bedeutung des Produzierenden Gewerbes	311
14.2	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	312
14.3	Baugewerbe	321
14.4	Energie- und Wasserversorgung	324
14.5	Handwerk	325

<b>15</b>	<b>Dienstleistungsbereich</b>	<b>329</b>
15.1	Bedeutung des Dienstleistungsbereichs	329
15.2	Handel	330
15.3	Gastgewerbe	338
15.4	Kreditinstitute	342
15.5	Versicherungen	346
15.6	Freie Berufe	348
<b>16</b>	<b>Preise und Löhne</b>	<b>351</b>
16.1	Einführung	351
16.2	Preisindizes	351
16.3	Preisindex für die Lebenshaltung	352
16.4	Einzelhandels- und Großhandelsverkaufspreise	356
16.5	Preisindex für Wohngebäude	358
16.6	Erzeugerpreise gewerblicher und landwirtschaftlicher Produkte	359
16.7	Preisentwicklung in den neuen Bundesländern	360
16.8	Internationaler Vergleich der Preisentwicklung	364
16.9	Verdienste von Arbeitern und Angestellten	365
16.10	Nominal- und Reallöhne	368
16.11	Abgabenbelastung	370
16.12	Bruttoverdienste der Arbeiter und Angestellten in den neuen Bundesländern und im früheren Bundesgebiet	370
16.13	Arbeitskosten	371
<b>17</b>	<b>Verkehr</b>	<b>374</b>
17.1	Einführung	374
17.2	Verkehrsinfrastruktur	374
17.3	Fahrzeugbestände	376
17.4	Verkehrsleistungen	379
17.5	Energieverbrauch	383
17.6	Verkehrsunfälle	385
<b>18</b>	<b>Energie und Rohstoffe</b>	<b>389</b>
18.1	Energieverbrauch im Meinungsstreit	389
18.2	Entwicklung des Energieverbrauchs	389
18.3	Energieverbrauch und Wirtschaftsentwicklung	390
18.4	Primärenergieverbrauch im Ländervergleich	391
18.5	Rohstoffgewinnung	393



18.6	Energieträger	394
18.7	Energieverbraucher	397
18.8	Energiepreise	398
19	<b>Umweltbelastung und Umweltschutz</b>	402
19.1	Umweltgefährdung als Herausforderung	402
19.2	Abfälle	403
19.3	Wassergewinnung und Abwasserbeseitigung	405
19.4	Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen	406
19.5	Luftbelastung	406
19.6	Lärm	411
19.7	Dünger, Pflanzenschutzmittel und Streusalz	412
19.8	Auswirkungen der Umweltverschmutzung	413
19.9	Waldschäden	413
19.10	Gefährdete Tiere und Pflanzen	415
19.11	Gesundheitsbeeinträchtigung der Bevölkerung	416
19.12	Internationales Umweltrecht	416
19.13	Umweltschutzeinrichtungen	417
19.14	Ausgaben für Umweltschutz	417
19.15	Schadstoffreduzierte Personenkraftwagen und unverbleiter Vergaserkraftstoff	418
19.16	Natur- und Landschaftsschutz	421
20	<b>Internationale Übersichten</b>	426
20.1	Bevölkerung 1990	427
20.2	Bildung	428
20.3	Erwerbstätigkeit 1990	429
20.4	Gesundheitswesen	430
20.5	Bruttoinlandsprodukt 1989	431
20.6	Außenhandel 1990	432
20.7	Wirtschaftsdaten 1989	433

## Teil II: Lebenslagen und subjektives Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland

A.	Einleitung	437
1	Lebenslagen und subjektives Wohlbefinden: Konzepte und Daten der Sozialberichterstattung	437
B.	Lebenslagen	443
2	Haushalt und Familie	443
2.1	Haushalts- und Familienformen	443
2.2	Lebenslagen in unterschiedlichen Familienformen	445
2.3	Familienformen und subjektives Wohlbefinden	447
3	Stabilität und Mobilität auf dem Arbeitsmarkt	450
3.1	Erwerbsbeteiligung und Arbeitsmarktmobilität	450
3.2	Beruflicher Wechsel und Verlust der Erwerbstätigkeit	453
3.3	Lohnt sich Mobilität am Arbeitsmarkt?	454
3.4	Nichterwerbstätige: Pläne und Chancen einer beruflichen (Wieder-)Eingliederung	460
3.5	Fazit	462
4	Frauenerwerbstätigkeit	463
4.1	Erwerbsbeteiligung abhängig Beschäftigter in West- und Ostdeutschland	463
4.2	Berufliche Stellung und Teilzeitarbeit	464
4.3	Bedeutung des Arbeitseinkommens von Frauen für das Haushaltseinkommen	467
4.4	Steigende Bedeutung des Tertiären Sektors	468

<b>5</b>	<b>Einkommen</b>	<b>471</b>
5.1	Entwicklung der monatlichen Bruttoeinkommen von 1989 bis 1991	471
5.2	Einkommen Ost – Einkommen West	473
5.3	Aspekte der Einkommensverteilung	475
5.4	Entlohnungsunterschiede nach dem Geschlecht und der Qualifikation	477
<b>6</b>	<b>Niedrigeinkommen und Armut</b>	<b>482</b>
6.1	Die Messung von Niedrigeinkommen und Armutsgrenzen	482
6.2	Niedrigeinkommen und Armut – Ausmaß und Dauer	484
6.3	Armut im Haushaltskontext	488
6.4	Niedrigeinkommen und Armut in Ostdeutschland	492
6.5	Armut und subjektives Wohlbefinden	494
<b>7</b>	<b>Wohnen</b>	<b>496</b>
7.1	Gründe für den Wohnungswechsel	496
7.2	Moderate Erhöhung der Mieten	499
7.3	Hohe Wohnzufriedenheit	504
<b>8</b>	<b>Gesundheit</b>	<b>506</b>
8.1	Zufriedenheit mit der Gesundheit	506
8.2	Einschränkungen im Gesundheitsstatus	508
8.3	Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen	511
8.4	Gesundheitszufriedenheit in den alten und den neuen Bundesländern	515
<b>9</b>	<b>Umwelt</b>	<b>517</b>
9.1	Zufriedenheit mit dem Umweltschutz in Ost- und Westdeutschland	517
9.2	Die Wahrnehmung lokaler und landesweiter Umweltprobleme	520
9.3	Kumulationen von Sorgen und Klagen	523
9.4	Zusammenfassung	525
<b>10</b>	<b>Soziale Lage von Ausländern</b>	<b>526</b>
10.1	Einkommensverteilung und Einkommensentwicklung	526
10.2	Berufliche Mobilität	530
10.3	Arbeitslosigkeit und Wiederbeschäftigungschancen	531
10.4	Wohnbedingungen	533
10.5	Fazit	535

11	<b>Soziale Ungleichheit: Strukturen und subjektive Bewertung</b>	536
11.1	Soziale Lagen und soziale Schichtung	536
11.2	Wahrnehmung der Verteilungsgerechtigkeit	541
11.3	Einstellungen gegenüber sozialer Ungleichheit	543
12	<b>Arbeitsmarktentwicklung und individuelle Erwartungen</b>	546
12.1	Berufliche Erwartungen in Ost- und Westdeutschland	546
12.2	Räumliche Mobilität	552
12.3	Fazit	554
C.	<b>Einstellungen, Erwartungen und subjektives Wohlbefinden</b>	555
13	<b>Wertorientierungen und Erwartungen</b>	555
13.1	Wichtigkeit von Lebensbereichen	555
13.2	Einstellungen zum Schwangerschaftsabbruch und zur Sterbehilfe	557
13.3	Erwartungen und Sorgen	562
14	<b>Komponenten des Wohlbefindens und Zufriedenheit nach Lebensbereichen</b>	568
14.1	Positive Komponenten subjektiven Wohlbefindens	568
14.2	Negative Komponenten subjektiven Wohlbefindens	570
14.3	Subjektives Wohlbefinden bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen	573
14.4	Zufriedenheit nach Lebensbereichen	574
14.5	Zufriedenheitsunterschiede in Ost- und Westdeutschland	577
14.6	Veränderungen der Lebenslage und Zufriedenheit in Ost- und Westdeutschland	579
15	<b>Einstellungen zur Arbeit und Arbeitszufriedenheit</b>	581
15.1	Bedeutung der Arbeit und Arbeitsorientierungen	581
15.2	Arbeitszufriedenheit	588

16	<b>Familie und Rolle der Frau</b>	594
16.1	Die Bedeutung und Wichtigkeit der Familie	594
16.2	Die Rolle der Frau	598
17	<b>Kirche und Religion</b>	602
17.1	Die kirchengebundene Religiosität	602
17.2	Die individuelle Religiosität	606
18	<b>Einstellungen zu Ausländern</b>	612
18.1	Wahrnehmung der Konflikte zwischen Ausländern und Deutschen	612
18.2	Ablehnung und Zustimmung bei diskriminierenden Aussagen	614
18.3	Beurteilung ausländerfeindlichen Verhaltens	617
18.4	Bewertung des gesellschaftlichen „Nutzens“ von Gastarbeitern	618
18.5	Meinungen zur politischen Regelung der Zuzugsmöglichkeiten	620
18.6	Generelle Zunahme von Ausländerfeindlichkeit?	623
19	<b>Bereitschaft zu regionaler Mobilität</b>	624
20	<b>Bürger und Politik I Grundlegende politische Orientierungen</b>	629
20.1	Persönlichkeitsmerkmale	629
20.2	Wertorientierung und ideologische Orientierung	631
20.3	Politische Beteiligung und politisches Interesse	634
20.4	Bindung an Interessengruppen und Parteien	636
21	<b>Bürger und Politik II Problemwahrnehmung, Rolle des Staates und Akzeptanz der Demokratie</b>	639
21.1	Wahrgenommene Probleme und Problemlösungskompetenz von Regierungen im Prozeß der deutschen Einigung	639
21.2	Rolle des Staates	641
21.3	Zufriedenheit mit der Demokratie und Akzeptanz demokratischer Prinzipien	644
	<b>Die Autoren (Teil II)</b>	649
	<b>Stichwortverzeichnis</b>	651

# Vorwort

Statistik ist so interessant wie das Leben selbst, das sie beschreibt. In Zeiten rascher gesellschaftlicher Veränderungen ist sie daher besonders aufschlußreich – und für politische sowie wirtschaftliche Entscheidungen besonders wichtig. Dies zeigt sich auch jetzt wieder in der Folge des historischen Ereignisses der deutschen Vereinigung, die am 3. Oktober 1990 erreicht werden konnte.

Der *Datenreport 1992* – der erste nach der Vereinigung – enthält erstmals statistische Informationen sowie Ergebnisse der empirischen Sozialforschung über ganz Deutschland. Er informiert über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern, er zeigt Fakten, Erfolge und Schwierigkeiten der Vereinigung, er schreibt ein Stück Sozialgeschichte Deutschlands.

Die Informationen werden in allgemeinverständlichen Texten, übersichtlichen Tabellen und anschaulichen Graphiken dargeboten, so daß der *Datenreport* für alle Bürgerinnen und Bürger Antworten auf viele Fragen bereithält. Ob Sie sich über die Einkommensverteilung informieren möchten oder über das Wirtschaftswachstum, über die Bevölkerungsentwicklung oder den Umweltschutz – Sie werden hier zu diesen und vielen anderen Stichworten detaillierte Auskünfte finden.

Der *Datenreport 1992* erscheint seit 1983 bereits zum fünften Mal. Das Zusammenwirken von amtlicher Statistik und Sozialforschung, ein Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (Mannheim) und dem Statistischen Bundesamt, hat sich bewährt. Wenn Sie den *Datenreport* schon kennen, wissen Sie bestimmt diese reiche Informationsquelle über fast alle Bereiche des Lebens zu schätzen. Wenn Sie aber den *Datenreport* zum ersten Mal in Händen halten, dann sollten Sie doch einmal darin schmökern – und Sie werden sehen, wie vielfältig die Angaben sind, die Sie dort vorfinden.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre, viele Informationen und Einsichten in die Lebensverhältnisse der Gesellschaft und die Lage der staatlichen Gemeinschaft sowie eine effiziente Nutzung des *Datenreports* für Ihre Arbeit – in Publizistik, Wirtschaft, Verwaltung und Politik, an Schulen und Hochschulen und vor allem in der politischen Bildung.

Das Direktorium der Bundeszentrale für politische Bildung

Franklin Schultheiß

Horst Dahlhaus

Wolfgang Maurus

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes

Egon Hölder



# Einführung

WALTER MÜLLER

## Deutschland in Zahlen Orientierungshilfe für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Wer geht häufiger zum Arzt: die Männer oder die Frauen? Die Frauen? Irrtum. Es sind die Männer.

Und stimmt es wirklich, daß die Einkommen in der DDR weniger ungleich auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen verteilt waren als in der Bundesrepublik? Ja, und zwar ganz erheblich: Während ein Angestellter oder ein Beamter in einer gehobenen Position in den alten Bundesländern im Durchschnitt 70 % mehr verdient als ein ungelernter Arbeiter, betrug diese Differenz ein Jahr nach der Währungsunion in den neuen Bundesländern immer noch weniger als 20 %.

Und wie steht es mit der Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik? Haben sich negative Einstellungen gegenüber Ausländern tatsächlich verstärkt? Viele Indikatoren zeigen das Gegenteil: Die Deutschen sind im Verlauf der 80er Jahre eindeutig freundlicher und toleranter in ihren Einstellungen gegenüber Ausländern geworden, zumindest gegenüber der größten Zahl der Ausländer, die als Gastarbeiter hier leben.

Dieses Frage-Antwort-Spiel sei hier nicht fortgesetzt. Die Fragen sollen nur dazu anregen, sich gründlicher mit den manchmal überraschenden Befunden dieses Datenreports über die Bundesrepublik Deutschland zu befassen. Dieser Datenreport ist die erste größere Publikation, die mit aufschlußreichen Zahlen, Tabellen und Graphiken ein Bild über Staat, Gesellschaft und Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zeichnet und die objektiven Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden der Bevölkerung analysiert. Er ist für eine breitere Öffentlichkeit bestimmt und versucht auch Leser zu erreichen, die nicht professionelle Nutzer von Statistiken sind.

Diese Einführung möchte den Nutzen von statistischen und sozialwissenschaftlichen Daten verdeutlichen und Hinweise geben, wie sich die in diesem Band gebotenen Informationen in das Wissen einfügen, das wir über eine moderne Gesellschaft benötigen:

Weshalb sind moderne Gesellschaften zunehmend auf verlässliche Informationen statistischer Art über sich selbst angewiesen?

Welche Bedeutung haben solche Informationen für rationale wirtschaftliche und politische Entscheidungen?



Welche Anforderung stellt das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands an die Bereitstellung von Daten über die Gesellschaft?

## Sozialer Wandel und Datenbedarf in modernen Gesellschaften

Wozu ein Gesellschaftsbild aus Zahlen, zumal jeder aus alltäglichen Beobachtungen und Erfahrungen – am Arbeitsplatz und in der Freizeit, in der privaten Welt, in der Öffentlichkeit und in den Medien – die Wirklichkeit dieser Gesellschaft weit hautnaher und konkreter erlebt, als es noch so viele aufwendig berechnete Zahlen zu demonstrieren vermögen?

Lebensnäher ist die Alltagserfahrung ohne Zweifel, aber darin liegt auch ihre große Begrenzung: Jeder lebt in seiner eigenen kleinen Welt und erfährt nur das, womit ihn diese Welt in Kontakt bringt. Was er beobachtet, ist verzerrt durch die Brille seiner sozialen Lage und seiner Interessen. Wahrnehmungen und Beobachtungen sind selektiv, ausgewählt aus einer unendlichen Fülle unterschiedlicher Wirklichkeiten und möglicher Wirklichkeitsansichten. Ein Wissenschaftler hat keinen direkten Zugang zur Lebenswelt des Arbeiters. Der Arbeiter mit dem Risiko, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, sieht die Gesellschaft anders als der gesicherte Beamte, junge Menschen kennen Erfahrungen und Nöte älterer Menschen kaum und die Bewohner aus dem westlichen Teil Deutschlands können sich aus eigener Erfahrung kaum ein adäquates Bild über die Lebenssituation der Mitbürger der ehemaligen DDR machen. Aus persönlichen Beobachtungen allein etwas Allgemeines über die Wirklichkeit dieser Gesellschaft und ihre Entwicklung aussagen zu wollen, ist deshalb ein sehr zweifelhaftes Unterfangen.

Es ist ein Wesenszug moderner Gesellschaften, daß sie eine zunehmend größere Zahl unterschiedlicher Lebensbereiche und Erfahrungswelten ausbilden. Gesellschaften vor der Industrialisierung waren vergleichsweise einfache soziale Gebilde. Die Lebensräume, in denen Menschen sich bewegten, hatten enge Grenzen: Dörfer oder Städte mit wenigen tausend Einwohnern und ihre unmittelbare Umgebung. Diese Einheiten versorgten sich weitgehend selbst. Einen Staat im heutigen Sinne gab es nicht. Über lange Zeiträume veränderte sich die Gesellschaft kaum. Diese Gesellschaft war klein, überschaubar, und die Bindung an die Tradition sicherte ihren Bestand.

Eine solche Gesellschaft kommt ohne statistische Informationssysteme aus. Es ist daher kein Zufall, daß der allmähliche Ausbau statistischer Ämter und die systematische Gesellschaftsbeobachtung mit dem weitgehenden *gesellschaftlichen Differenzierungsprozeß* zusammenfällt, der mit der *Industrialisierung* und der Bildung moderner *Nationalstaaten* einsetzt (Flora 1977). Die Wandlungen, die in diesem Zusammenhang vor allem interessieren, sind die Prozesse der sozialen Differenzierung, der Individualisierung, der wachsenden Staatsaufgaben, der zunehmenden Partizipationsverlangen der Bürger und der Trennung von Öffentlichkeit und Privatsphäre.

Charakteristisch für die gesellschaftliche Entwicklung, die als *Modernisierung* bezeichnet wird, ist das Entstehen einer Mehrzahl gesellschaftlicher Teilsysteme, die einen hohen Grad an Autonomie besitzen. Die Güterproduktion sowie die Verteilung der produzierten Güter unter die Bevölkerung und das Erbringen vieler Dienstleistungen fällt in die Zuständigkeit der *Wirtschaft*. Sie erbringt Leistungen nach eigenen Rationalitätskriterien. Die *politischen Institutionen* haben ein weitgehendes Monopol im Hinblick auf den Erlass von Gesetzen und die Regelung der Grundstrukturen der staatlichen Ordnung sowie ihrer Sicherung nach innen und außen. In ähnlicher Weise bilden u. a. die Justiz, die Bildungsinstitutionen oder die Kirche gesellschaftliche Teilsysteme mit eigenen Kompetenzen und Zuständigkeiten. Wenn auch von Vertretern des Konzepts der „Postmoderne“ bereits auf Phänomene der Entdifferenzierung hingewiesen wird, so weiten sich insgesamt dennoch Arbeitsteilung und Spezialisierung aus und vergrößern die Abhängigkeit zwischen Personen und Institutionen, die unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen.

Eng verbunden mit dem Differenzierungsprozeß ist der Prozeß der *Individualisierung*. Dieser Prozeß und auch seine Beobachtung sind keineswegs neu. Schon Simmel (1908) hat darauf hingewiesen: Als Folge der geschilderten Ausdifferenzierung von Teilsystemen gehören Menschen durch ihre Mitgliedschaft zu einem oder mehreren dieser Systeme ganz unterschiedlichen sozialen Kreisen an. Mit der „Kreuzung sozialer Kreise“ ergeben sich von Person zu Person unterschiedliche Kombinationen von Zugehörigkeiten; so entsteht eine wichtige soziale Basis für die Herausbildung von Individualität.

Im Prozeß der gesellschaftlichen Modernisierung verlieren auch die Solidargemeinschaften der vormodernen Gesellschaft – großfamiliäre Haushaltsgemeinschaften, Verwandtschaftsgruppen, dörfliche und (klein-)städtische Lebensgemeinschaften – an Bedeutung. Das Individuum löst sich teilweise aus den solidargemeinschaftlichen Bindungen und Abhängigkeiten, es stellt sich auf eigene Füße. Seine Rechte und Pflichten sind in den spezialisierten Institutionen – z. B. auf dem Arbeits- und Gütermarkt oder in staatlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen – durch Verträge und formale Regeln festgelegt. Dabei werden Verträge mehr und mehr mit Individuen und formalen Institutionen als Rechtssubjekten – und nicht mit Familienoberhäuptern – geschlossen. Auch Ansprüche gegenüber dem Staat beruhen zunehmend auf individuellen Staatsbürgerrechten (Mayer und Müller 1988).

Die Fortsetzung dieses Prozesses kommt in den westlichen Gesellschaften gegenwärtig am stärksten in der Emanzipationsbewegung der Frauen zum Ausdruck. Durch ihre zunehmende Beteiligung am Erwerbsleben und die allmähliche Gleichstellung im Sozialversicherungsrecht löst sich die Frau aus familiären Abhängigkeiten und schafft sich ihre eigene Lebensbasis. Gleichzeitig verbreiten sich neue Formen von Partnerbindungen, die stärker die Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der beteiligten Partner betonen. Dies wirkt sich auch auf die Dauer

der Bindungen und die Verbreitung des Phänomens sukzessiver Partnerschaften aus. Weitere Momente von Individualisierung ergeben sich aus der Wohlstandsteigerung. Sie ermöglicht vielen Menschen eine über den lebensnotwendigen Bedarf hinausgehende Versorgung mit Gütern nach einem individuell bevorzugten Lebensstil. Als Folge ergeben sich Tendenzen einer *Pluralisierung von Lebensstilen* (Zapf u. a. 1987).

Eine gesonderte gründliche Analyse würde die *Entwicklung des modernen Staates* erfordern. Der Staat durchdringt mit seinen Regelungen und Interventionen, mit seinen Bürokratien und seinem Personal, mit den enormen Geldmengen, die er einnimmt, konsumiert oder (um-)verteilt die moderne Gesellschaft so grundlegend, daß diese mitunter – fälschlicherweise – mit dem Staat selbst identifiziert wird. Zweifelsohne unterscheiden sich moderne Gesellschaften erheblich in dem Grad der Erwartungen, die an den Staat gestellt werden, im Ausmaß der Zuständigkeit, die der Staat für sich beansprucht und in den Aufgaben, die er erfüllt. Offensichtlich bestehen in dem Steuerungsanspruch und dem Grad der Herrschaftsmonopolisierung des Staates über andere gesellschaftliche Teilbereiche die grundlegenden Unterschiede zwischen den (früheren) staats-sozialistischen Gesellschaften und den demokratischen Gesellschaften. Die demokratischen Gesellschaften zeichnen sich in der Regel durch eine größere Funktionsautonomie der verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereiche aus. Aber auch in diesen Gesellschaften haben die Aufgaben des Staates stark zugenommen. Dieser Aufgabenzuwachs ist zugleich Folge und Verstärker des oben beschriebenen Prozesses der Individualisierung und der Erosion von Solidargemeinschaften. Da wohlfahrtsstaatliche Versorgungsleistungen zunehmend auf Bedürfnisse und Ansprüche von Individuen ausgerichtet sind, verstärkt der Staat deren Unabhängigkeit und untergräbt gleichzeitig die Verpflichtungsnormen, auf denen solidargemeinschaftliche Hilfeleistungen basieren. Je mehr die Unabhängigkeit des Individuums zunimmt, um so stärker nehmen auch die Forderungen zu, nicht bloß kontrolliertes Objekt staatlichen Handelns zu sein, sondern als betroffenes Subjekt Entscheidungen zu beeinflussen und mitzubestimmen. Die in zahlreichen sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen zum Ausdruck kommenden gestiegenen Partizipationsforderungen sind nicht zuletzt auch durch staatliche Aktivitäten, wie den starken Ausbau des Bildungswesens, bedingt.

Schließlich hat der Modernisierungsprozeß dazu geführt, daß die Trennungslinie zwischen privater Lebenswelt und den ausdifferenzierten Sozialsystemen der Wirtschaft, Politik und Kultur sehr viel ausgeprägter geworden ist. Da der zunehmend mehr Lebensaspekte umfassende öffentliche Bereich weitgehend durch Unpersönlichkeit und durch allgemeine Organisationsregeln, die auf individuelle Bedürfnislagen nicht Rücksicht nehmen, gekennzeichnet ist, werden soziale Beziehungen, in denen individuell-persönliche Belange der Menschen zu Geltung kommen können, verstärkt auf die *Privatsphäre* verwiesen. Es gibt zwar kaum eine exakte Analyse darüber, was mit dem Begriff der Privatsphäre genau gemeint ist,

und die Grenzen zwischen Privatem und Öffentlichem sind fließend. Aber im Verständnis der Privatsphäre ist immer die Vorstellung eines unantastbaren Bereiches, eines durch die Öffentlichkeit unkontrollierten Freiraumes der individuell-persönlichen Entfaltung enthalten. Die Empfindlichkeit und Verteidigungshaltung gegen Zugriffe der Öffentlichkeit ist keineswegs ein in allen Gesellschaften gleichermaßen bestehendes Phänomen, sondern die charakteristische Antwort der modernen Menschen auf die Ausgrenzung des Individuell-Persönlichen aus vielen gesellschaftlichen Kontexten.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Entwicklungen für den Datenbedarf in modernen Gesellschaften? Als Folge des Differenzierungs- und Individualisierungsprozesses nimmt der Datenbedarf als Informationsgrundlage für die Planungen und Entscheidungen des Staates und vieler anderer Institutionen laufend zu. Im Unterschied zur vorindustriellen Gesellschaft, die aus vielen kleinen, sich weitgehend selbst versorgenden Einheiten bestand, ist es in den um vieles gewachsenen und vielfältig differenzierten modernen Gesellschaften völlig unmöglich geworden, aus eigener Anschauung und unmittelbarer Erfahrung sich ein Bild über den Zustand und Wandel einer solchen Gesellschaft zu machen. Die Aktivitäten der verschiedenen Institutionen – z.B. des Bildungssystems und Beschäftigungssystems, der produzierenden Industrien und der konsumierenden Haushalte – müssen aufeinander abgestimmt werden. Je mehr sich die Güterproduktion zur industriellen Massenfertigung wandelte, um so größer wurden die Unsicherheiten, ob die Konsumenten die angebotenen Güter nachfragen. Je größer ein Unternehmen ist, um so größere Kosten haben Fehlentscheidungen und um so größere Kreise der Bevölkerung sind davon betroffen. Je stärker individualisiert Lebenslagen sind, um so größerer Bedarf besteht für Forschung, die ein möglichst umfassendes und getreues Abbild der Gesellschaft und ihrer Entwicklung liefert. Je mehr sich Interessengruppen artikulieren, um so dringender sind unabhängige Informationen, die die Berechtigung von Forderungen einschätzen helfen. Dies gilt auch im Hinblick auf die zunehmende Zahl von Betroffenen, die den Abbau von Nachteilen einfordern oder sich gegen die Verringerung von Privilegien wehren, die sie möglicherweise besitzen, zumal verschiedene gesellschaftliche Gruppen über sehr unterschiedliche Möglichkeiten verfügen, ihre Interessen in der politischen Auseinandersetzung zur Geltung zu bringen.

Paradoxerweise fordert auch die zunehmende Abschließung der Privatsphäre nach außen eher mehr als weniger Informationen darüber. Wenn auch die Privatsphäre für viele der Ort des persönlichen Glücks und der ungestörten Intimität sein mag, so ist sie gleichzeitig auch der Ort, an dem die Sorgen und Schmerzen im menschlichen Leben ertragen werden müssen. Dabei sind die Möglichkeiten der privaten Lebensgestaltung in vielfältiger Weise durch die Bedingungen der nicht-privaten Lebensbereiche bestimmt. So wirken Probleme aus der Arbeitswelt in die Privatsphäre hinein. Die Vorgaben und Regelungen öffentlicher Institutionen und der Arbeitswelt bestimmen die Gestaltungsmöglichkeiten der privaten Lebenswelt.

Auch wenn der Anspruch auf Schutz der Privatsphäre mit Recht besteht, sollten wir aus diesen Gründen dennoch darüber informiert sein, wie sich in unserer Gesellschaft das Leben in dieser Sphäre vollzieht und welche Bedingungen verändert werden müssen, damit Notlagen verkleinert werden können. Je privater nach innen und je anonym nach außen das Leben wird, um so dringender wird es, daß wir nicht allein den effekthaschenden Medien den Blick in die Welt des Privaten gestatten, sondern auch einer Wissenschaft, die versucht, mit reflektierender Distanz und Sorgfalt Kenntnisse darüber zu gewinnen.

## Gesellschaftsbeobachtung und rationale Politik

Gesellschaftliche Differenzierung, Individualisierung, Wachstum der Staatsfunktionen und selbst die zunehmende Privatisierung und Anonymität verstärken also den Bedarf an Daten über die Gesellschaft und ihren Wandel. Je schneller der Wandel sich vollzieht, um so eher sind Daten veraltet und bedarf es neuer Datensammlungen. Verlässliche Informationen sind eine der preiswertesten Ressourcen, über die eine moderne Gesellschaft verfügen kann, nicht nur um sich ihres eigenen Zustandes zu vergewissern, sondern auch um ihre Entwicklung bewußt steuern zu können. Je vollständiger und besser die Informationen sind, um so größer ist die Chance, daß Probleme adäquat diagnostiziert werden, um so eher können Fehlentscheidungen vermieden und kann ein Konsens im Entscheidungsprozeß gefunden werden. Das Vorhandensein verlässlicher Informationen garantiert noch nicht, daß eine „gute“ Politik gemacht wird, aber ohne Informationen sind rationale Entscheidungen grundsätzlich unmöglich. Die Politiker treffen bei weitem nicht immer die Entscheidungen, die im Lichte vorhandener Informationen die angemessensten wären. Wenn Entscheidungsträger in ihrem Handeln vorliegende Erkenntnisse nicht in Rechnung stellen, weil etwa der Wahlzyklus dies nicht als opportun erscheinen läßt, ist dieses aber nicht den Zahlen anzulasten, die Probleme im Vorlauf signalisieren und frühzeitige Maßnahmen zu ihrer Abwendung prinzipiell möglich machen. Daß im politischen Macht- und Interessenkampf auch Mißbrauch mit Informationen betrieben wird, ändert dennoch nichts an ihrer prinzipiellen Unersetzlichkeit für eine Vielzahl von Verwendungszwecken.

Differenzierte Gesellschaften, wie die modernen hochindustrialisierten Wohlfahrtsstaaten, sind auf systematisch gesammelte und analysierte Beobachtungen allein schon für die Kenntnis von sich selbst angewiesen. Ohne statistische Buchführung kennt niemand die Entwicklung der Bevölkerung, die Zahl der Ausbildungs- oder Arbeitsplätze, die für die nachwachsenden Generationen bereitgestellt werden müssen, den Finanzierungsbedarf, den die Rentenversicherungsträger aufgrund von Neuzugängen und Anspruchsveränderungen zu erwarten haben. Niemand könnte mit Gewißheit sagen, ob die jüngere Generation im Vergleich zu früher tatsächlich veränderte Einstellungen zum Arbeitsleben hat. Der Vergleich ist durchaus wichtig, aber aussagefähig ist er nur, wenn wir im Zeitablauf Sachverhalte mit den gleichen Instrumenten immer wieder messen. Erst dadurch wird es

möglich, langfristige Entwicklungen zu erkennen, sie von kurzfristigen Schwankungen zu unterscheiden, neue Trends zu erfassen und den Regelmäßigkeiten sozialen Wandels auf die Spur zu kommen.

Man hört gelegentlich das Argument, auf Statistiken und Sozialforschung könne man verzichten. Über die Produktion von Gütern werde auf dem Markt entschieden durch die Konsumenten, die tagtäglich in Millionen von Kaufakten ihre Präferenzen äußern. Und ähnlich entscheide in einer Demokratie der Bürger durch seine Stimmabgabe am Wahltag über die Politik, die er realisiert sehen möchte. Es ist richtig, daß Konsument und Wähler letztendlich entscheiden, aber die Argumentation übersieht, daß es zu gewaltigen Fehlinvestitionen und Verlusten kommen kann, wenn das Angebot nicht der Nachfrage entspricht und diese nicht richtig antizipiert. Unternehmen würden nicht viele Milliarden jährlich für Marktforschung ausgeben, wenn sie dadurch ihre Produktgestaltung nicht besser an den Vorlieben der Konsumenten ausrichten könnten. Und es sind auch die Unternehmen, die Statistiken für ihre Planungen in vielfältiger Weise nutzen.

Auch in der Politik wäre der Wahltag allein ein viel zu grobes Instrument. In Wahlen wird allenfalls über globale Politiken der Bereitstellung von mehr oder weniger öffentlicher Kaufkraft abgestimmt. Ihre Verteilung auf einzelne Güter erfolgt in Verhandlungen (Lobbyismus) und über Tätigkeit der staatlichen Instanzen und Bürokratie (vgl. Zapf 1977). Tausendfach werden alltäglich in den Ministerien von Bund und Ländern und in den Verwaltungen von Kommunen und anderen öffentlichen Einrichtungen Entscheidungen getroffen, die rational nur möglich sind, wenn die Bedarfslagen bekannt sind und wenn man weiß, welche Folgen und Nebenfolgen bestimmte Maßnahmen haben.

Der Zusammenbruch der staatlich administrierten Planwirtschaften ist kein Urteil der Geschichte über den Staat als Ordnungsfaktor und seine Aufgaben für die Gesellschaft allgemein, sondern nur über seine Allmachts- und Allzuständigkeitsansprüche. Die historische Entwicklung zeigt auch in westlichen Ländern eine zunehmende Aktivität des Staates und eine zunehmende Abhängigkeit der gesellschaftlichen Wohlfahrt von seinem Handeln. An den langfristig gestiegenen Staatsanteilen oder Sozialbudgetanteilen am Sozialprodukt kann man dies deutlich erkennen. In dieser Entwicklung zeigt sich eine Verschiebung von der Produktion privater hin zur Bereitstellung öffentlicher Güter. Private Güter werden über Märkte bereitgestellt, auf denen Preise darüber entscheiden, ob sie produziert und von Konsumenten oder anderen Produzenten auch gekauft werden. Öffentliche Güter dagegen stellt der Staat bereit, und sie haben keinen Preis, der Angebot oder Nachfrage regelt. Da der Preis als Allokationsmechanismus für öffentliche Güter ausfällt, bekommen aktuelle Informationen ein besonderes Gewicht.

Mit wachsenden Staatsanteilen am Sozialprodukt muß um so mehr kontrolliert werden, ob Maßnahmen tatsächlich die Ergebnisse erbringen, die sie zu erzielen vorgeben. Aus den Zahlen dieses Bandes (S. 219f.) ist beispielsweise zu entnehmen, daß allein über das Sozialbudget in den alten Bundesländern im Jahre 1990

Ausgaben in der Höhe von 710 Mrd. DM getätigt wurden. Minimale Verbesserungen in der Effizienz der Sozialleistungen von 1 % dieser Zahl ergäben die beachtliche Größenordnung von über 7 Mrd. DM – ein Betrag, mit dem man Wohnungen für mehr als 50 000 Menschen finanzieren könnte.

Wenn wir auch in der Bundesrepublik Deutschland noch weit von einer konsequenten Erfolgskontrolle entfernt sind, so verweisen diese Zahlen gerade bei knapper werdenden Ressourcen auf die Dringlichkeit dieses Anliegens. Die bisher verfügbaren empirischen Daten reichen zwar für eine Erfolgskontrolle politischen Handelns, die diesen Namen verdient, noch keineswegs aus. Auf viele staatliche Programme müßten spezifische Evaluationsstudien zugeschnitten werden, die die Durchführung eines Programms (Implementation) beobachten, seine Ergebnisse erfassen und im Hinblick auf die verfolgten Ziele bewerten. Nur so kann langfristig der politische Prozeß durchsichtiger werden.

Viele statistische Meßziffern tragen jedoch schon heute dazu bei, einzelne Leistungen des Staates und der Wirtschaft zu quantifizieren und wichtige Entwicklungen der Gesellschaft abzubilden. Ihre heilsamen Konsequenzen für die Politik hat ein Mann der Verwaltung fernab aller Technokratievorstellungen einmal so beschrieben: „Den Grauschleier von den Resultaten der Politik wegziehen zu wollen, mag zwar manchem Praktiker den Atem verschlagen, es mag die sozialen Kennziffern in der Verwaltungspraxis in Verruf bringen, aber es ist der größte Dienst, den man der Politik erweisen kann. Kaum eine Opposition kann so wirkungsvoll und leistungssteigernd sein, wie eine Serie intelligent ausgewählter Indikatoren, deren Konstruktion und Meßergebnisse von Wissenschaft und Öffentlichkeit kritisch verfolgt werden können.“ (Bartholomäi, 1978, S. 199). Wissenssoziologisch hoch interessant ist dabei, daß solche Meßziffern in unserer Gesellschaft bereits zu einer verselbständigten Größe, zu einer Realität eigener Art geworden sind. Sie definieren in einem hohen Maße die öffentlich wahrgenommene Realität dieser Gesellschaft. Statistische Kennziffern haben deshalb eine hohe politische Brisanz bekommen.

Ziffern über die Bevölkerungsentwicklung und die Lebenserwartung, über die Quote der Arbeitslosen oder die Wachstumsrate des Sozialprodukts, über die Inflationsrate oder den Produktivitätsfortschritt, über den Anteil der Abiturienten am Geburtsjahrgang, die Scheidungsquoten oder Kriminalitätszahlen usw. vermitteln uns Kenntnisse über die Gesellschaft. Sie verfremden die Gesellschaft aber auch und stilisieren zum Teil eine eigenartige Kunstwelt, die jedoch in hohem Maße handlungsrelevant geworden ist. Ein Beispiel mag verdeutlichen, was damit gemeint ist. Jeder erfährt zwar das Auf und Ab von Preisen für Nahrung, Kleidung, Wohnung, technische Geräte, Heizöl und Benzin, wenn er einkauft oder Rechnungen bezahlt. Aber ohne das Produkt statistischer Kunst „Preisindex“ wird er am Ende des Jahres nicht in der Lage sein, zu beurteilen, wieviel mehr ihn nun das Leben wirklich kostet als zu Beginn des Jahres und welchen Ausgleich er im Einkommen braucht, um seinen Lebensstandard zu halten. Welche eminente



praktische Bedeutung solche statistischen Kennziffern haben, kann man daran erkennen, daß Maßzahlen wie der Produktivitätsindex, der Lebenshaltungskostenindex oder der Index der Entwicklung der Unternehmensgewinne eine magische Größe im jährlichen Lohn- und Gehaltspoker geworden sind.

Bei der Bedeutung vieler Kennziffern im politischen Prozeß sollte der kritischen Frage, welche Aussagekraft den einzelnen Zahlen und Statistiken zukommt, große Aufmerksamkeit zugemessen werden. Jede Statistik ist der Natur der Sache nach ein auswählendes, bestimmte Aspekte hervorhebendes Abbild der Wirklichkeit. Keine statistische Zahl kann deshalb für sich die ganze Wahrheit sein. Nehmen wir ein Beispiel. Die volle Wahrheit über die „Einkommen“ in der Bundesrepublik Deutschland sind die exakten Daten jedes einzelnen Einkommensbezieher. Diese Daten vermag niemand zu überblicken. Wollen wir uns Kenntnis über die Einkommen oder gar ihre Entwicklung im Verlauf der Zeit verschaffen, sind wir gezwungen, uns vereinfachender Abstraktionen zu bedienen, die uns in wenigen Zahlen ein faßbares Abbild geben. Durch Berechnung von Meßgrößen für das durchschnittliche Einkommen (z. B. das arithmetische Mittel) erfahren wir etwas über das allgemeine Einkommensniveau und können seine Veränderung in der Zeit verfolgen. Andere Meßgrößen informieren über die Streuung der Einkommen; sie zeigen, wie sich die Einkommen über verschiedene Einkommensgruppen verteilen. Schließlich können Zahlen konstruiert werden, die Einkommensungleichheiten abbilden: Wieviel größer ist das durchschnittliche Einkommen eines Arbeiters in den alten Bundesländern im Vergleich zu dem eines Arbeiters in den neuen Ländern. Welcher Teil des gesamten Einkommenskuchens entfällt auf die obersten Zehntausend oder auf diejenigen 5 % der Einkommensbezieher, die die höchsten Einkommen erzielen, im Vergleich zu den 5 % der Einkommensbezieher mit den niedrigsten Einkommen? Jede dieser Zahlen sagt etwas Richtiges aus, obwohl jede etwas anderes aussagt. In diesem Sinn ist jede Zahl dieses Bandes richtig, aber hebt ein jeweils spezifisches Detail hervor. Jeder Datenband kann auch nur eine kleine Auswahl möglicher und sinnvoller Zahlen enthalten. Um so dringender ist es, zu fragen, welche Auswahl und besonderen Hervorhebungen einem solchen Unternehmen zugrunde liegen.

## Der Beitrag des Datenreports

Der Datenreport, der seit 1983 zum fünften Mal veröffentlicht wird, stellt einen Versuch dar, Ergebnisse der amtlichen Statistik und Erkenntnisse der empirischen Sozialforschung in einer kompakten Übersicht zu vereinen. Mit aufschlußreichen Zahlen, Tabellen und Graphiken vermittelt er ein differenziertes Bild von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und analysiert die objektiven Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden ihrer Bevölkerung. Die amtlichen Statistiker wie die Sozialwissenschaftler haben aus dem Datenfundus, über den sie verfügen, die wichtigsten Grundzahlen über die Bundesrepublik und ihre Entwicklung zusammengestellt, verständlich erläutert und



kommentiert. Das Ergebnis ist ein informationsreicher Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland.

Die statistischen Ämter sind seit langem die wichtigsten Produzenten von Grunddaten über die vielfältigsten Aspekte des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in der Bundesrepublik. Neben der großen Breite an Fragestellungen, für die die amtliche Statistik Informationen zur Verfügung stellt, liegt ihre besondere Stärke im Umfang und der Kontinuität ihrer Erhebungen. Viele Ergebnisse der amtlichen Statistik basieren auf Vollerhebungen oder auf sehr großen Stichproben. Nur eine solche Basis erlaubt präzise Aussagen über kleine Teilgruppen der Bevölkerung, beispielsweise wie sich die Einkommen in einzelnen Berufen unterscheiden oder wie sich die Zahl der Arbeitsplätze eines bestimmten Industriezweiges in verschiedenen Regionen des Landes entwickelt. Die amtliche Statistik führt ihre Erhebungen in regelmäßigen Abständen durch und schafft damit die Möglichkeit, Entwicklungen über Jahrzehnte hinweg zu verfolgen. Die amtliche Statistik ist ein Teil der Staatsverwaltung. Dieser Umstand kommt am deutlichsten darin zum Ausdruck, daß viele ihrer Statistiken eine Art Buchhaltung des Regierungs- und Verwaltungsgeschehens darstellen. Die Kategorien, die sie verwendet, sind oft durch das Rechtssystem definiert. So benutzt die amtliche Statistik in ihrem Erhebungsprogramm ausschließlich die rechtlich definierten Familienstandskategorien. Der Begriff der nichtehelichen Lebensgemeinschaft kommt in ihrem Erhebungsprogramm (noch) nicht vor. Zu dieser Art der Datenerfassung trägt bei, daß die amtlichen Statistiken selbst durch Gesetze angeordnet sind.

Diese Orientierung an rechtlich fixierten Tatbeständen im Erhebungsprogramm und den Untersuchungen der amtlichen Statistik hat eine weitgehende Abstinenz von allem zur Folge, was mit Einstellungen und subjektiven Werthaltungen der Bevölkerung zu tun hat. Die amtliche Statistik begrenzt sich weitgehend auf die Erfassung von Merkmalen, die sie als objektive Tatbestände versteht, wie z. B. die Stellung im Beruf, die Zahl der Arbeitsstunden oder die Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz. Gleichzeitig finden ökonomische Tatbestände deutlich stärkere Berücksichtigung als die sozialen Lebensumstände von Menschen.

Die empirische Sozialforschung ergänzt diese Informationen im zweiten Teil dieses Datenreports um die Themen, die die amtliche Statistik nicht aufgreifen kann, weil sie bei der Erforschung der privaten Lebensbereiche Zurückhaltung übt. Dabei geht es beispielsweise um die Untersuchung der sozialen Beziehungen in Familien und privaten Netzwerken, das Verhältnis zwischen Bundesbürgern und Ausländern, die Auffassungen über die Arbeitsteilung von Männern und Frauen in Beruf und Familie oder die Analyse von religiösen Einstellungen und politischen Orientierungen. Durch die Berücksichtigung von Einstellungen und Werten kann gezeigt werden, wie das Verhältnis zwischen objektiv gemessenen Lebensbedingungen und subjektiv wahrgenommener Lebensqualität der Menschen aussieht. Wohn- und Umweltbedingungen der Individuen hängen von den Bewertungen ab, in denen ihre Präferenzen, Interessen und Erwartungen zum Ausdruck kommen (vgl.

dazu Zapf 1972, Glatzer und Zapf 1984). Für die Lebensqualität zählen nicht nur objektive Lebensbedingungen wie Arbeitsplatzverhältnisse, Wohnbedingungen, Versorgungsniveaus mit privaten und öffentlichen Gütern. Für das Ausmaß an erfahrener Wohlfahrt des Bürgers zählt ihre Bedeutung in den Bewertungsmaßstäben der Menschen. Die Zusammenhänge und Diskrepanzen zwischen objektiv feststellbaren Lebensbedingungen und den subjektiven Zufriedenheiten sind deshalb das zentrale Thema, um das es im zweiten Teil dieses Bandes geht. Er ist das Ergebnis umfangreicher Forschungsaktivitäten, die seit einigen Jahren am Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim, am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, im Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und früher im Sonderforschungsbereich 3 der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ an den Universitäten Frankfurt und Mannheim betrieben wurden und werden. Die empirische Sozialforschung verfügt mit ihren Umfragen nicht über die großen Stichproben der amtlichen Statistik und muß deshalb mit größeren Unsicherheitsmargen rechnen. Dafür kann sie Antworten auf Fragen geben, über die wir aus der amtlichen Statistik nur wenig erfahren, etwa zur Entwicklung der sozialen Schichtung, zu den sich differenzierenden Lebensstilen der Bevölkerung, zu den zunehmenden Beteiligungswünschen der Bürger oder zu ihren Erwartungen an den Staat.

Diese Ausgabe des Datenreports ist die erste nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Eine neue Herausforderung beginnt für die Sozialberichterstattung. In der Phase des Zusammenwachsens von West und Ost muß sie zeigen, wohin die unterschiedliche Vergangenheit die beiden Teile des Landes geführt hat, wie sich die beiden Teile in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen unterscheiden: in den Bevölkerungs- und Familienstrukturen, in der Ausbildung der Bevölkerung, in den Verhältnissen am Arbeitsmarkt, in den Berufsmöglichkeiten und den Einkommenschancen, in der Entwicklung der verschiedenen Wirtschaftsbereiche, in der sozialen Ungleichheit, in den Löhnen und Preisen, in der Lebensweise der Bevölkerung, ihrem Gesundheitszustand und der medizinischen Versorgung, in der Wohnungsversorgung, im Kulturangebot und im Freizeitverhalten, in der sozialen Sicherung und im Schutz vor Verbrechen, in den Wertorientierungen und Einstellungen zu diesen verschiedenen Bereichen, im politischen Verhalten, in der Zufriedenheit der Bevölkerung mit den verschiedenen Aspekten der Lebenslage und der privaten und öffentlichen Versorgung, den Ängsten und Sorgen der Bevölkerung, um nur einige wichtige Aspekte zu nennen. Durch kontinuierliche Beobachtung muß die Sozialberichterstattung zeigen, an welchen Stellen sich Erfolge in der Annäherung einstellen, wo Defizite bestehenbleiben und wo Handlungsbedarf besteht.

Eine solche Aufgabe ist mit großen Problemen verbunden und kann nicht von heute auf morgen bewältigt werden. Denn die Gesellschaften selbst haben sich nicht nur unterschiedlich entwickelt, die Statistiker und Sozialforscher in Ost und West haben auch unterschiedliche Berichtssysteme über die Gesellschaften eta-

bliert. Vor allem die Wirtschafts- und Erwerbsstatistik war in der DDR nach anderen Erfassungsprinzipien aufgebaut und benutzte andere Beschreibungskategorien als die Statistik im früheren Bundesgebiet. Gleiches gilt auch für die Daten über die öffentlichen Haushalte oder die Statistik der Rechtsfälle oder der Kriminalität. Offensichtlich gab es auch Bereiche, in denen mit Absicht keine Statistiken geführt oder veröffentlicht wurden. Eine unabhängige wissenschaftliche Sozialforschung war praktisch kaum möglich.

Die Entwicklung unterschiedlicher statistischer Erfassungsinstrumente resultierte auch aus der unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklung und aus den unterschiedlichen Institutionen, die in beiden Landesteilen geschaffen wurden. Im früheren Bundesgebiet gab es keine polytechnische Oberschule und keine technischen Fachkräfte in volkseigenen Gütern der Landwirtschaft. Die Facharbeiterausbildung in Ost und West war unterschiedlich organisiert und die dabei erworbenen Qualifikationen sind nur teilweise vergleichbar. Auch Antworten auf Einstellungsfragen sind oft nur schwer miteinander vergleichbar, weil gleiche Fragen von Befragten – da sie in einem unterschiedlichen Kontext leben – unter Umständen unterschiedlich wahrgenommen werden und auch mit einem unterschiedlichen Erfahrungshintergrund beantwortet werden.

Wie soll nun dieses Unvergleichbare in statistischen Kategorien vergleichbar gemacht werden? Es ist an vielen Stellen nur mit Einschränkungen oder überhaupt nicht möglich. An den Stellen, an denen Vergleichbarkeit hergestellt werden kann, ist der Aufbau entsprechender Datenreihen insbesondere für die Vergangenheit zum Teil sehr aufwendig und erfordert viel Zeit. Bei dem Versuch, ein möglichst einheitliches Berichtssystem zu entwickeln, wurden in der Regel die Kategorien des früheren Bundesgebietes beibehalten. Die Statistik spiegelt damit die Grundentscheidungen bei der Vereinigung wieder, nämlich die weitgehende Übertragung der bundesrepublikanischen Institutionenstruktur, des Rechtssystems und der staatlichen Ordnung auf das Gebiet der ehemaligen DDR. Der Bruch mit der Vergangenheit im östlichen Landesteil tritt damit in diesem Band an vielen Stellen in Erscheinung. Für das alte Bundesgebiet ist in zahlreichen Tabellen die Entwicklung seit der Staatsgründung dokumentiert. Für das Gebiet der ehemaligen DDR finden sich (noch) keine entsprechenden Zahlenreihen. Es wird auch in der Statistik noch einige Zeit dauern, bis zumindest für die wichtigsten Indikatoren vergleichbare Zahlenreihen für die Vergangenheit aufgearbeitet sind.

Der jetzt vorliegende Datenreport ist aber dennoch ein erster großer Schritt auf dem Weg, durch systematische Berichterstattung die Entwicklung und die Integration Deutschlands zu dokumentieren und zusammen mit anderen Anstrengungen zu fördern. Die vorrangigen Probleme dieser Entwicklung – und insgesamt unserer gegenwärtigen Welt – sind nicht ein Mangel an naturwissenschaftlichem Wissen, technischem Können, fehlender Naturbeherrschung oder – zumindest in den entwickelten Gesellschaften – eine insgesamt mangelnde materielle Lebensbasis. Es sind Fragen der sozial verträglichen Techniknutzung, der politischen, wirtschaft-

lichen und rechtlichen Ordnung, der sozialen Gestaltung der Arbeitsteilung, der sozialen Integration und Regelung des menschlichen Zusammenlebens und der sozial gerechten und akzeptierten Verteilung materieller und immaterieller Güter in den einzelnen Gesellschaften, aber auch zwischen den unterschiedlich entwickelten Teilen der Welt. Zur Lösung dieser Probleme bedarf es vor allem sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse. Eine Grundvoraussetzung dafür sind Daten und Informationen, die zur Verbesserung entsprechenden Wissens beitragen. Der vorliegende Datenreport folgt dieser Zielsetzung und möchte damit eine Hilfe für die eigene Urteilsbildung bieten.

## Literaturhinweise

BARTHOLOMÄI, REINHART CHR. (1978); Wünsche der politischen Praxis an die sozialen Indikatoren, in: Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), Messung sozialer Disparitäten, Soziale Indikatoren VI, Frankfurt.

ESSER, HARTMUT u. a., (1989); Mikrozensus im Wandel. Bericht des wissenschaftlichen Beirates für Mikrozensus und Volkszählung, Frankfurt/Köln/Mannheim.

FLORA, PETER (1977); Quantitative Historical Sociology, Paris.

GLATZER, WOLFGANG/ZAPF, WOLFGANG (Hrsg.), (1984); Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden, Frankfurt/New York.

MAYER, K./MÜLLER, W. (1989); Lebensverläufe im Wohlfahrtsstaat, in: Weymann, A. (Hrsg.), Handlungsspielräume. Der Mensch als soziales und personales Wesen, Bd. 9, Stuttgart, S. 41–61.

SIMMEL, GEORG (1908); Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin.

ZAPF, WOLFGANG (1972); Zur Messung der Lebensqualität, in: Zeitschrift für Soziologie, Heft 1/1972, S. 353–376.

ZAPF, WOLFGANG (1977); Gesellschaftliche Dauerbeobachtung und aktive Politik, in: Hans-Jürgen Krupp/Wolfgang Zapf, Sozialpolitik und Sozialberichterstattung, Frankfurt.

ZAPF, WOLFGANG u. a. (1987); Individualisierung und Sicherheit, München.



Der Verfasser ist Professor für Methoden der empirischen Sozialforschung und angewandte Soziologie an der Universität Mannheim und war in den Jahren 1988 und 1989 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates für Mikrozensus und Volkszählung.



# Teil I:

## Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik

Bearbeitung im Statistischen Bundesamt:

SABINE ALLAFI  
RENATE KOENIG  
WERNER KRÄMER

mit Unterstützung von Natascha Schiewer und zahlreichen Mitarbeitern  
aus den Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes



# Einleitung

Der vorliegende Datenreport ist der erste für das vereinte Deutschland. Damit spiegelt der Datenreport auch die Vereinigungsphase Deutschlands wider, weil die präsentierten Daten, soweit es sich nicht um längere Zeitreihen handelt, hauptsächlich aus den Jahren 1989 und 1990 stammen. Angefangen von den ersten sichtbaren Auflösungserscheinungen der DDR im Jahre 1989 über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 bis zum Inkrafttreten des Einigungsvertrages zum 3. Oktober 1990 und die darauf folgende Angleichung des Statistiksystems der ehemaligen DDR an das der Bundesrepublik Deutschland wird die Zeitspanne der Vereinigung der beiden deutschen Staaten nachgezeichnet. Schon in den einzelnen Gebietsbezeichnungen, wie sie sich im Text, in den Tabellen und den Grafiken des Datenreports finden, kommen die unterschiedlichen Stadien dieses Prozesses zum Ausdruck:

- Die DDR nach dem Gebietsstand bis zum 3. Oktober 1990 wird als „ehemalige DDR“ bezeichnet.
- Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 werden mit „früheres Bundesgebiet“ gekennzeichnet.
- Gesamtdeutsche Ergebnisse werden unter der Kurzbezeichnung „Deutschland“ nachgewiesen.
- Bei vergleichenden Gegenüberstellungen – eine Addition der Zahlen ist wegen noch bestehender Unterschiede in den Methoden dann nicht möglich oder ein Vergleich erscheint besonders interessant – werden Ergebnissummen für die elf alten Bundesländer unter „früheres Bundesgebiet“, Summen für die fünf neuen Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie das frühere Berlin (Ost) unter der Bezeichnung „Gebiet der ehemaligen DDR“ aufgezeigt, ab dem 3. Oktober 1990 unter „neue Bundesländer“.

Die Vereinigung auf dem Arbeitsfeld der Statistik hat früh begonnen. Schon im Herbst 1989 wurden erste Kontakte geknüpft. Im Dezember 1989 vereinbarten dann die Amtsleiter der beiden deutschen Staaten die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe „Deutsche Statistik“. Anfang des Jahres 1990 begann die Gruppe mit der gemeinsamen Arbeit. Sehr früh wurden beispielsweise Preiserhebungen im Gebiet der ehemaligen DDR nach den Konzepten der Bundesstatistik – aber mit eigenem Warenkorb – vorgenommen, deren Ergebnisse wichtige Ausgangspunkte für wirtschaftliche und sozialpolitische Maßnahmen wurden. Im Vertrag über die „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“, der am 1. Juli 1990 in Kraft trat, hatte die Bundesstatistik mit Vorrang über die Verhältnisse in sechs wichtigen Bereichen zu berichten: Arbeitsmarkt, Preise, Produktion, Umsatz,



Außenwirtschaft und Einzelhandel. Vom 3. Oktober 1990 an, als mit dem Einigungsvertrag wieder ein im vollen Sinne einheitliches Staatsgebiet geschaffen wurde, gilt prinzipiell das ganze Recht der Bundesstatistik auch in den fünf neuen Ländern sowie dem früheren Berlin (Ost).

Mit diesem Termin wurden auch fast 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR in das Statistische Bundesamt übernommen, das damit eine Zweigstelle in Berlin am Alexanderplatz erhielt. Die übrige statistische Organisation der ehemaligen DDR wurde übergangsweise in ein Gemeinsames Statistisches Amt der Länder übernommen. Mit der Entstehung der Landesämter wurde dieses Amt zum 1. Januar 1992 aufgelöst. Anfang Januar 1992 wurden auch die beiden Zweigstellen des Statistischen Bundesamtes in Berlin zu einer Abteilung IX zusammengefaßt, die für Landwirtschaftsstatistik, Unternehmensbilanzen, Haushalts- und Zeitbudgets sowie Auslandsstatistik zuständig ist. Ihr angegliedert ist der Arbeitsbereich „Deutsche Statistik“, der an der Rückrechnung statistischer Daten der früheren DDR, an der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Beitrittsgebiet und über Osteuropa arbeitet.

Die deutsche Vereinigung ist auch in der Statistik mit einigen Problemen verbunden. Schwierigkeiten, aktuelle gesamtdeutsche Daten vorzulegen, kommen zum Teil daher, daß die Institutionen und Verhältnisse, über die die Statistik berichten soll, noch nicht vollständig aufgebaut sind oder waren; dies trifft z.B. auf die öffentlichen Haushalte zu. In anderen Bereichen, z.B. der Produktionsstatistik, machte sich vor allem bemerkbar, daß die föderativen Bedingungen mit dem Aufbau der Landesämter in den neuen Bundesländern sich nicht so schnell entwickelten. Auf absehbare Zeit wird es auch schwierig sein, vergleichbare Zeitreihen auszuweisen, weil hierzu Rückrechnungen der Daten der ehemaligen DDR nach den Methoden der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland erfolgen müssen. Dies wird sowohl von der Kapazität, aber auch von den methodischen Anforderungen her, noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Solange die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in den alten und den neuen Bundesländern in einigen Bereichen noch unterschiedlich sind, ist es im Hinblick auf den großen Informationsbedarf sicher wünschenswert, diese Bereiche auch getrennt in der Statistik auszuweisen, ohne daß damit die Absicht verbunden wäre, die „Mauer“ in den Köpfen erneut zu errichten.

Der Teil I des Datenreports 1992 enthält mit Ausnahme des Kapitels 10 „Rechtspflege“ in allen Kapiteln Angaben über das Gebiet der ehemaligen DDR bzw. über die neuen Bundesländer. Allerdings ist der Umfang dieser Daten von Kapitel zu Kapitel unterschiedlich. Gesamtdeutsche Ergebnisse und Zahlen über die neuen Bundesländer können am ehesten für die Bereiche vorgelegt werden, bei denen die Unterschiedlichkeit der Wirtschaftssysteme nicht bedeutungsvoll war. Das trifft vor allem auf die Angaben über die Bevölkerung zu.

Alle Kapitel mit Wirtschaftsstatistiken, d.h. die Kapitel 4, 12 (Ausnahme Außenhandel), 14, 15, 16 und 18 enthalten demzufolge noch relativ wenige Daten über

die neuen Bundesländer. Ebenso sieht es beim Kapitel über die öffentlichen Haushalte aus. In den übrigen Kapiteln – auch im Wirtschaftsbereich „Verkehr“ – ist das Informationsangebot besser, so daß schon ein guter Einblick in die Situation der neuen Bundesländer gegeben werden kann.

Die Statistik hat durch die Vereinigung Deutschlands und den damit verknüpften wirtschaftlichen und sozialen Umbruch erhebliche Bedeutung als Grundlage für wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen in den fünf neuen Bundesländern. Für diese Länder kommt zum Hineinwachsen in den gesamtdeutschen Wirtschaftsraum noch das Wirksamwerden des europäischen Binnenmarktes hinzu. Damit ist die Statistik herausgefordert, für die neuen Bundesländer gewissermaßen zwei Schritte gleichzeitig zu tun. Diese Herausforderung ist angenommen, und das Informationsangebot der Statistik über die neuen Bundesländer wird Schritt für Schritt verbessert, so daß der nächste Datenreport weitgehend gesamtdeutsche Ergebnisse bereitstellen wird.



# 1 Bevölkerung

## 1.1 Die Bevölkerung im Spiegel der Statistik

Daten über Struktur und Entwicklung der Bevölkerung gehören zum grundlegenden Informationsbedarf für fast alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Politik benötigt sie, weil viele Entscheidungen – etwa im Bildungs- und Gesundheitswesen – nur auf der Grundlage exakter bevölkerungsstatistischer Angaben getroffen werden können. Für das wirtschaftliche Geschehen sind demographische Gegebenheiten von Bedeutung, weil sie u. a. Informationen über den Menschen als Arbeitskraft, Einkommensbezieher und Konsumenten liefern.

Hinter den bloßen Zahlen verbergen sich aber auch Werthaltungen und Lebenseinstellungen, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Bevölkerungsstruktur haben. So spiegelt sich z. B. in der Zahl der Eheschließungen und -scheidungen, der Geburtenentwicklung und der Familiengröße die Einstellung der Gesellschaft zur Familie und zu Kindern wider. Der Altersaufbau hat direkte Auswirkungen auf die Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Bevölkerung und beeinflusst daher unmittelbar ihre Lebensweise.

Aufgrund dieser vielfältigen Wechselwirkungen und des weitreichenden Bedarfs an demographischen Daten ist es nicht verwunderlich, daß die Bevölkerungsstatistik zu den traditionsreichsten Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik gehört. Seit langem finden in Deutschland – wie in den meisten anderen hochentwickelten Ländern – in längerfristigen Abständen Volkszählungen statt. Dadurch sind Vergleiche zum Teil über Jahrhunderte hinweg möglich.

Auf den Ergebnissen der Volkszählung aufbauend führen die Statistischen Ämter die Fortschreibung der Bevölkerung durch. Zur Bevölkerungsfortschreibung werden die Aufzeichnungen der Standesämter über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle herangezogen. Über die Wanderungsbewegungen, d. h. die Zu- und Fortzüge, geben die Unterlagen der Einwohnermeldeämter Auskunft. Die Fortschreibungsdaten werden ergänzt durch die Ergebnisse der üblicherweise jährlich durchgeführten Mikrozensus, die eine Auswahl von 1 % der Bevölkerung erfassen, durch Hochrechnung aber verlässliche Aussagen über die Gesamtheit ermöglichen.

Für die ehemalige DDR liegen in der Bevölkerungsstatistik im wesentlichen den bundesdeutschen vergleichbare Angaben vor. Zwar gab es andere Erhebungsverfahren, doch können mit deren Ergebnissen ebenso wie für das frühere Bundesgebiet Entwicklungen und Strukturen aufgezeigt werden.

Tab. 1: Bevölkerung am 31. 12. 1989 nach ausgewählten Altersgruppen

Alter von . . . . bis unter . . . . . . . . . Jahren	insgesamt		weiblich	
	1 000	%	1 000	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
Unter 15	9 436	15,1	4 594	14,2
15–40	23 520	37,5	11 473	35,4
40–65	20 109	32,1	10 035	30,9
65 und älter	9 614	15,3	6 341	19,5
Insgesamt	62 679	100	32 443	100
<i>Gebiet der ehem. DDR</i>				
Unter 15	3 202	19,5	1 560	18,2
15–40	6 095	37,1	2 959	34,6
40–65	4 956	30,2	2 554	29,8
65 und älter	2 180	13,3	1 487	17,4
Insgesamt	16 434	100	8 560	100
<i>Deutschland</i>				
Unter 15	12 639	16,0	6 154	15,0
15–40	29 615	37,4	14 432	35,2
40–65	25 065	31,7	12 589	30,7
65 und älter	11 794	14,9	7 828	19,1
Insgesamt	79 113	100	41 003	100

## 1.2 Bevölkerungsentwicklung

Am 3. Oktober 1990 hatte das seit diesem Tag wiedervereinigte Deutschland 79,7 Mill. Einwohner und damit etwa 20 Mill. mehr als kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. In den beiden Teilen Deutschlands hat sich die Bevölkerungszahl seit 1939 jedoch sehr unterschiedlich entwickelt.

Im früheren Bundesgebiet stieg sie zwischen 1939 und 1974 von 43,0 Mill. auf 62,1 Mill. Danach sank sie bis 1988 wieder unter die 62-Millionen-Grenze. 1989 wurde diese Grenze jedoch erneut überschritten, und 1990 lag die Einwohnerzahl bei 63,6 Mill.

Der Zuwachs der Bevölkerungszahl des früheren Bundesgebiets nach dem Zweiten Weltkrieg (trotz der Kriegsverluste) beruhte zunächst im wesentlichen auf der Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland. 1950 betrug die Zahl der Vertriebenen im früheren Bundesgebiet rund 8 Mill.; das entsprach einem Anteil an der Bevölkerung von 16 %.

Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung seit 1939  
– Jahresdurchschnitt –

Jahresende	Früheres Bundesgebiet	Gebiet der ehem. DDR <sup>1</sup>	Deutschland
	1 000		
1939	43 008 <sup>2</sup>	16 745 <sup>2</sup>	59 753
1950	49 989	18 388	68 377
1955	52 382	17 944	70 326
1960	55 433	17 241	72 674
1965	58 619	17 028	75 647
1970	60 651 <sup>2</sup>	17 058	77 709
1975	61 847	16 850	78 697
1980	61 538	16 737	78 275
1985	60 975	16 644	77 619
1986	61 010	16 624	77 635
1987	61 077 <sup>2</sup>	16 641	77 718
1988	61 450	16 666	78 116
1989	62 063	16 614	78 677
1990 <sup>3</sup>	63 560	16 111	79 671

1 1950 bis 1988 jeweils am 30. 06.

2 Ergebnis der Volkszählung.

3 Am 03. 10.

Zwischen 1950 und 1961 war der Bevölkerungszuwachs hauptsächlich auf die Zuwanderungen aus der ehemaligen DDR und Berlin (Ost), z.T. auch auf die Aufnahme von Aussiedlern aus Ost- und Südosteuropa zurückzuführen. Die Zahl der Übersiedler aus der ehemaligen DDR erreichte bis zum Jahr 1961 – rechnet man die erst nach der Flucht geborenen Kinder mit – 3,1 Mill. oder 5,5 % der Bevölkerung des früheren Bundesgebiets. Die Zahl der Aussiedler belief sich auf etwa 476 000.

Seit Mitte der 60er Jahre wird die Bevölkerungsentwicklung im früheren Bundesgebiet entscheidend durch die Zu- und Abwanderungen von Ausländern beeinflusst. In der Zeit von 1961 bis 1989 sind insgesamt ca. 16 Mill. Ausländer zugezogen und ca. 12 Mill. Ausländer aus dem früheren Bundesgebiet fortgezogen. Ihre Zahl erhöhte sich in diesem Zeitraum von knapp 690 000 auf rund 4,8 Mill. Die Zunahme ist zum größten Teil auf Zuwanderungsüberschüsse, zum geringeren Teil auf Geburtenüberschüsse zurückzuführen.

Ferner fanden zwischen 1962 und 1989 etwa 1,5 Mill. Aussiedler im früheren Bundesgebiet Aufnahme. Im Jahr 1990 schließlich wurde mit 397 073 Personen die mit Abstand höchste Aussiedlerzahl der Bundesrepublik Deutschland registriert. Insgesamt gesehen sind im Zeitraum 1950 bis 1990 etwa 2,4 Mill. Deutsche aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs sowie aus Ost- und Südosteuropa im früheren Bundesgebiet aufgenommen worden. Von ihnen kamen die

meisten – 1 351 600 oder 56 % – aus Polen. Weitere 402 800 oder 17 % stammten aus der Sowjetunion und 349 500 oder 15 % aus Rumänien.

Mit der politischen Entwicklung in Osteuropa stieg 1989 die Zahl der Übersiedler aus der ehemaligen DDR einschl. Berlin (Ost) auf fast 344 000 an. Im 1. Halbjahr 1990 wurden nochmals rund 238 000 Übersiedler registriert. Am 1. Juli 1990 trat das Gesetz zur Aufhebung des Aufnahmegesetzes in Kraft. Das Aufnahmeverfahren für Übersiedler wurde damit beendet und die spezielle Übersiedlerstatistik

Abb. 1: Jährliche Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme

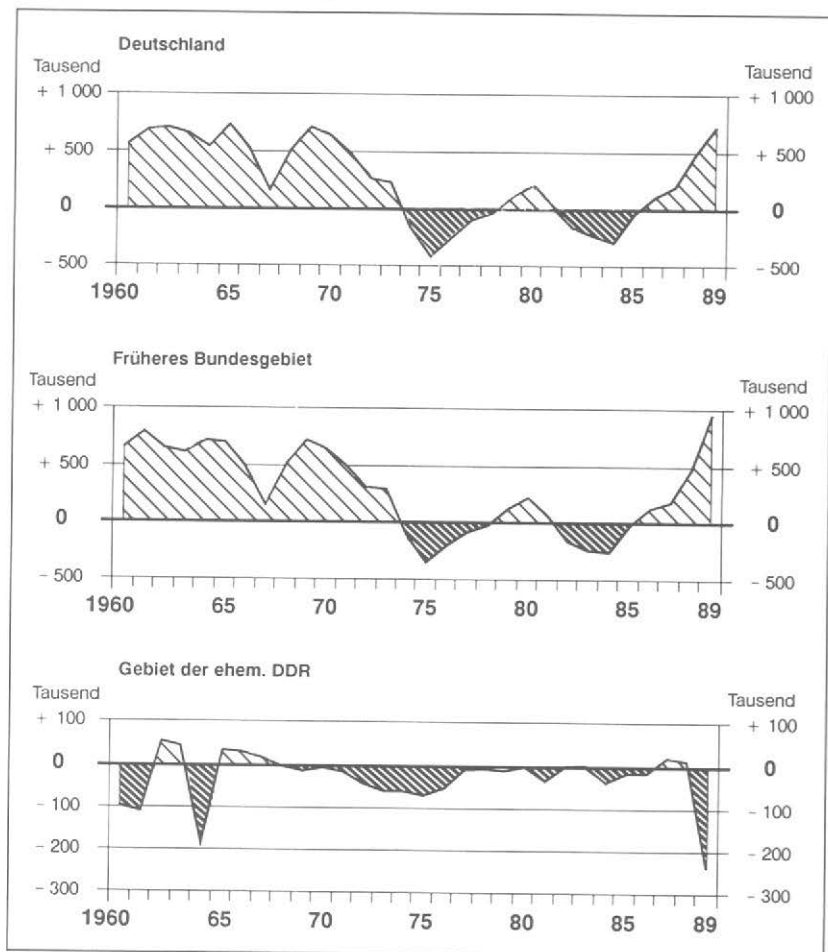
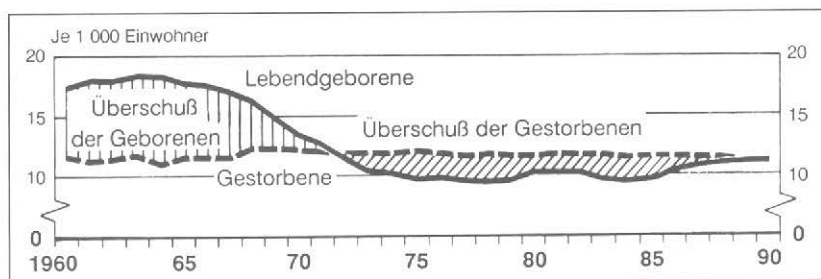


Abb. 2: Lebendgeborene und Gestorbene seit 1960  
im früheren Bundesgebiet



Tab. 3: Aussiedler nach Herkunftsgebieten im früheren Bundesgebiet

Zeitraum bzw. Jahr	Einheit	Ins- gesamt	Herkunftsgebiet						
			Polen	Sowjet- union	Tschecho- slowakei	Ungarn	Ru- mänien	Jugo- slawien	Sonstige Gebiete
1950–1959	Anzahl	439 714	292 181	13 580	20 361	4 400	3 454	59 006	46 732
	%	100	66,4	3,1	4,6	1,0	0,8	13,4	10,6
1960–1969	Anzahl	221 516	110 618	8 571	55 733	3 815	16 294	21 108	5 377
	%	100	49,9	3,9	25,2	1,7	7,4	9,5	2,4
1970–1979	Anzahl	355 381	202 711	56 592	12 278	3 757	71 415	6 205	2 423
	%	100	57,0	15,9	3,5	1,1	20,1	1,7	0,7
1980–1989	Anzahl	984 087	632 800	176 565	12 727	6 620	151 157	3 282	936
	%	100	64,3	17,9	1,3	0,7	15,4	0,3	0,1
1990 <sup>1</sup>	Anzahl	397 075	113 253	147 455	1 324	1 038	107 189	530	38
	%	100	28,5	37,1	0,3	0,3	27,0	0,1	0,0

1 Ab Berichtsjahr 1990 bei der Aufgliederung nach Herkunftsgebieten nur Angaben über die von den Bundesländern aufgenommenen Personen.

eingestellt. Zuzüge aus der ehemaligen DDR werden seitdem ausschließlich im Rahmen der Wanderungsstatistik, und zwar als Binnenwanderungsfälle, erfaßt und nachgewiesen. Danach haben zwischen dem 1. Juli 1990 und dem 30. September 1990 rund 87 000 Deutsche aus der ehemaligen DDR ihren Wohnsitz in eines der alten Bundesländer verlegt.

In der ehemaligen DDR und Berlin (Ost) stieg die Bevölkerungszahl nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als Folge der Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs zunächst ebenfalls an, und zwar bis auf rund 19 Mill. im Jahr 1948. Die Zahl der Vertriebenen in der ehemaligen DDR betrug 1950 etwa 4,1 Mill.; das entsprach einem Anteil an der Bevölkerung von 22 %.



Nach 1948 ging die Einwohnerzahl bis zum Mauerbau 1961 Jahr für Jahr zurück, hauptsächlich als Folge der starken Abwanderung in das frühere Bundesgebiet. 1961 lag sie bei 17,1 Mill. Durch die hermetische Abriegelung der ehemaligen DDR konnte der Bevölkerungsrückgang nur vorübergehend gestoppt werden. 1973 sank die Einwohnerzahl, auch bedingt durch Geburtendefizite in den 70er Jahren, unter die 17-Millionen-Grenze. Die Massenflucht im Jahr 1989 beschleunigte den Bevölkerungsrückgang, und 1990 hatte die ehemalige DDR nur noch 16,1 Mill. Einwohner.

### 1.3 Die räumliche Bevölkerungsverteilung

Der Veränderung der Bevölkerungszahl entsprechend veränderte sich auch die Bevölkerungsdichte, d.h. die Zahl der Einwohner je Quadratkilometer, in beiden Teilen Deutschlands. Im früheren Bundesgebiet stieg sie im Zeitraum 1950/74 von 201 auf 250 an, ging im Zeitraum 1985/86 auf 245 zurück und lag 1989 bei 252. In der ehemaligen DDR verringerte sich dieser Wert zwischen 1950 und 1989 von 171 auf 152 Einwohner je Quadratkilometer. Aufgrund der wesentlich geringeren Bevölkerungsdichte im Gebiet der ehemaligen DDR betrug die Dichteziffer für Deutschland insgesamt 222 Einwohner je Quadratkilometer. Am dichtesten besiedelt sind die Stadtstaaten (Berlin: 3860, Hamburg: 2153, Bremen: 1667 Einwohner je Quadratkilometer) und das Land Nordrhein-Westfalen (502 Einwohner je Quadratkilometer). Die geringste Besiedlung weisen die Länder Mecklenburg-Vorpommern (82 Einwohner je Quadratkilometer), Brandenburg (91 Einwohner je Quadratkilometer), Sachsen-Anhalt (145 Einwohner je Quadratkilometer), Niedersachsen (154 Einwohner je Quadratkilometer) und Bayern (159 Einwohner je Quadratkilometer) auf.

Mit einer Ausdehnung von nahezu 357 000 Quadratkilometern lag das vereinte Deutschland 1990 in Europa hinsichtlich der Fläche an sechster Stelle und in bezug auf die Bevölkerungsdichte – nach den Niederlanden (356), Belgien (326) sowie Großbritannien und Nordirland (235) – an vierter Stelle (ohne die flächenmäßig kleinen Länder Malta, Monaco, San Marino und Vatikanstadt). Island mit durchschnittlich 2, Norwegen mit 13, Finnland mit 15 und auch die ehemalige Sowjetunion mit 13 Einwohnern je Quadratkilometer sind im Vergleich dazu sehr dünn besiedelt.

Am 1.1. 1991 gab es in Deutschland 16 126 politisch selbständige Gemeinden, und zwar 8 505 im früheren Bundesgebiet und 7 621 in den neuen Bundesländern. Erhebliche Unterschiede bestehen in den beiden Teilen Deutschlands hinsichtlich der Verteilung der Einwohner auf Gemeindegrößenklassen. So lebten jeweils 1989 von der Bevölkerung der ehemaligen DDR 24 % in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern gegenüber 6 % der Bevölkerung des früheren Bundesgebiets. Auf die Großstädte (100 000 oder mehr Einwohner) entfielen im früheren Bundesgebiet 34 % und in der ehemaligen DDR 27 % der jeweiligen Bevölkerung.

Tab. 4: Bundesländer nach Fläche und Einwohnern

Bundesland	Regierungssitz	Fläche	Einwohner am 31. 12. 1989	
		1 000 km <sup>2</sup>	1 000	je km <sup>2</sup>
Baden-Württemberg	Stuttgart	35,8	9 619	269
Bayern	München	70,6	11 221	159
Berlin	Berlin	0,9	3 410	3 860
Brandenburg	Potsdam	29,1	2 641	91
Bremen	Bremen	0,4	674	1 667
Hamburg	Hamburg	0,8	1 626	2 153
Hessen	Wiesbaden	21,1	5 661	268
Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin	23,8	1 964	82
Niedersachsen	Hannover	47,3	7 284	154
Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	34,1	17 104	502
Rheinland-Pfalz	Mainz	19,8	3 702	186
Saarland	Saarbrücken	2,6	1 065	414
Sachsen	Dresden	18,3	4 901	267
Sachsen-Anhalt	Magdeburg	20,4	2 965	145
Schleswig-Holstein	Kiel	15,7	2 595	165
Thüringen	Erfurt	16,3	2 684	165
Bundesgebiet	Berlin/Bonn	357,0	79 113	222

Tab. 5: Einwohnerzahlen und Bevölkerungsdichten  
in ausgewählten Großstädten am 31. 12. 1989

Rang- folge	Stadt	Einwohner (1 000)	Stadt	Einwohner pro km <sup>2</sup>
1	Berlin	3 410	München	3 888
2	Hamburg	1 626	Berlin	3 860
3	München	1 207	Leipzig	3 620
4	Köln	946	Herne	3 433
5	Frankfurt am Main	635	Essen	2 969
6	Essen	624	Oberhausen	2 887
7	Dortmund	594	Gelsenkirchen	2 764
8	Düsseldorf	574	Stuttgart	2 753
9	Stuttgart	571	Cottbus	2 705
10	Bremen	544	Bochum	2 703
11	Duisburg	532	Düsseldorf	2 645
12	Leipzig	530	Nürnberg	2 614
13	Hannover	506	Frankfurt am Main	2 557
14	Dresden	501	Offenbach am Main	2 542

Abb. 3: Bevölkerungsdichte in den Ländern und Stadtstaaten  
am 31. 12. 1989  
Einwohner je km<sup>2</sup>

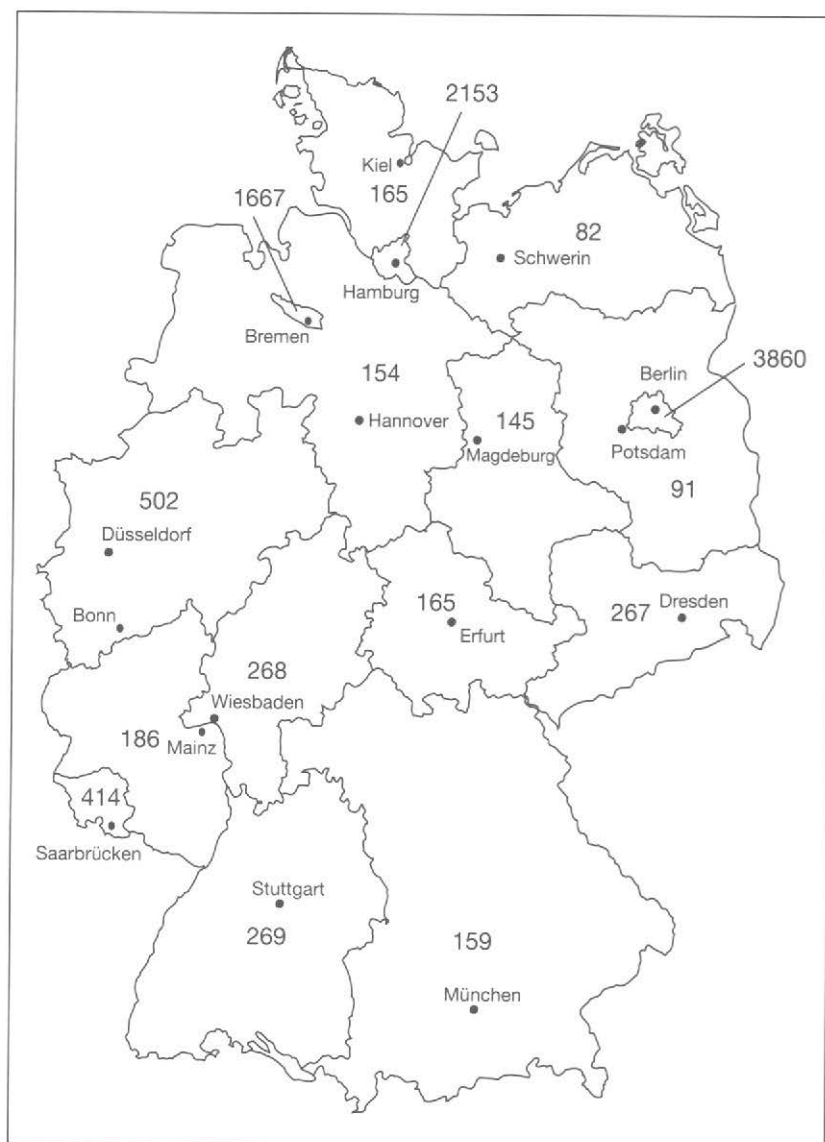
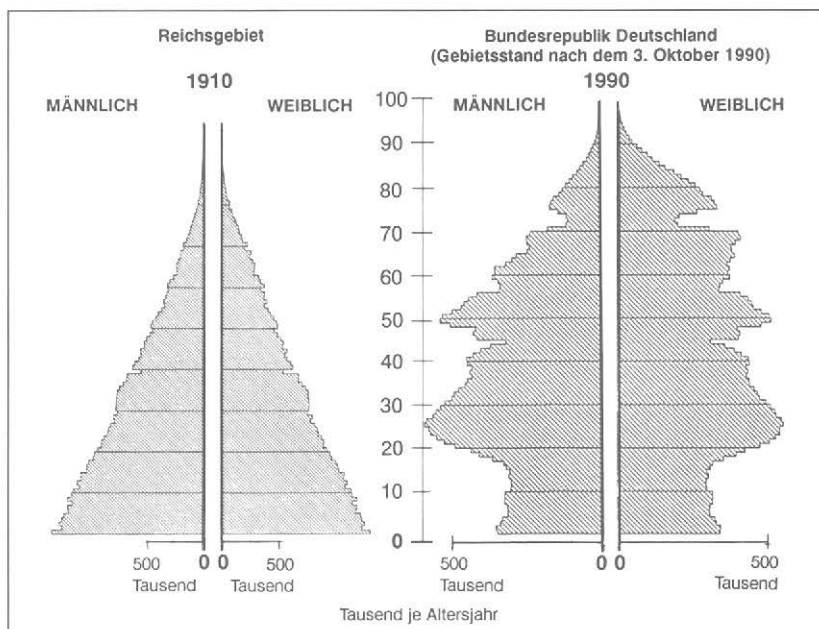


Abb. 4: Altersaufbau

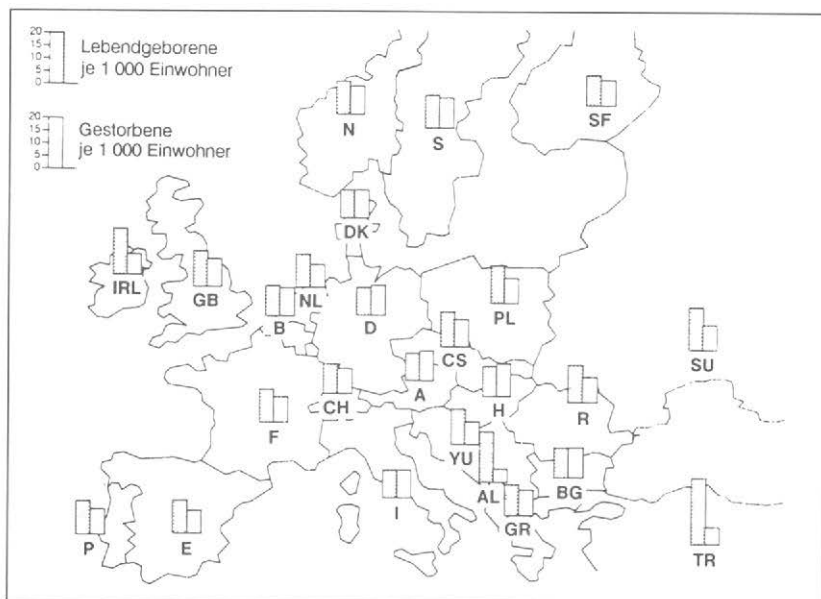


## 1.4 Altersaufbau

Zwischen dem Altersaufbau der Bevölkerung und der Zahl der Geburten sowie der Sterbefälle bestehen enge Wechselbeziehungen. So beeinflusst z. B. die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge die Zahl der Geburten und Sterbefälle. Umgekehrt wirken sich Veränderungen der Geburtenhäufigkeit oder der Sterblichkeit unmittelbar auf die zahlenmäßige Besetzung der jeweiligen Jahrgänge aus. Langfristig führen solche Veränderungen u. a. zu einer Verschiebung der Relationen zwischen den Bevölkerungsgruppen im Kindes- bzw. Jugendalter, im erwerbsfähigen Alter und im Rentenalter. Gleichzeitig ändern sich damit auch die Quoten zwischen dem Teil der Bevölkerung, der sich aktiv am Erwerbsleben beteiligt, und dem, der von den Erwerbstätigen unterhalten werden muß.

Um die Altersstruktur der Bevölkerung zu veranschaulichen, verwendet man in der Statistik eine graphische Darstellungsform, die als Alterspyramide bezeichnet wird. Während sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts die klassische Pyramidenform noch deutlich erkennen ließ, gleicht ihr Bild heute eher einer „zerzausten Wettertanne“, wie sie der Bevölkerungsstatistiker Paul Flakämper treffend beschrieben hat. In

Abb. 5: Lebendgeborene und Gestorbene je 1000 Einwohner  
in ausgewählten europäischen Ländern 1990



dieser Darstellung treten die Wandlungen des Bevölkerungsaufbaus optisch besonders deutlich zutage. Wegen der hohen Geburtenzahlen vor dem Ersten Weltkrieg lag damals der Anteil der Kinder unter 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung bei über 30 %, 1989 dagegen nur noch bei 16 % in Gesamtdeutschland und bei knapp 15 % im früheren Bundesgebiet und 19 % in der ehemaligen DDR. Umgekehrt hat sich in diesem Zeitraum die Altersgruppe der über 65jährigen prozentual von knapp 5 % auf 15 % im vereinigten Deutschland vergrößert (15 % im früheren Bundesgebiet und 13 % in der ehemaligen DDR).

## 1.5 Geburten und Sterbefälle

Viele Industrieländer verzeichneten in den letzten Jahren einen Geburtenrückgang. Die Bundesrepublik Deutschland gehört jedoch zu den wenigen Ländern, in denen über längere Zeit hinweg jährlich mehr Menschen starben als Kinder geboren wurden. Von 1972 bis 1989 gab es im früheren Bundesgebiet kein natürliches Bevölkerungswachstum mehr; 1989 betrug der Überschuß der Gestorbenen über die Geborenen 16 000 Personen.

Die Geburtenzahl in den alten Bundesländern hatte im Jahr 1964 mit 1,065 Mill. ihren höchsten Stand erreicht. Sie ging bis 1978 auf 576 000 zurück und ist bis 1990 trotz der ins Heiratsalter aufrückenden geburtenstarken Jahrgänge nur bis 727 000 gestiegen. Im Jahr 1990 waren wesentlich mehr Geburten als 1989 und ein Geburtenüberschuß von 14 000 Personen festzustellen. Dazu trugen die hohen Zuwanderungen und die Stärke der „Elterngeneration“ bei; eine Umkehr im Geburtenverhalten kann daraus noch nicht abgeleitet werden.

Aussagekräftiger als die absolute Geburtenzahl ist die sogenannte Fruchtbarkeitsziffer (Anzahl der Lebendgeborenen bezogen auf 1 000 Frauen im Alter zwischen

Tab. 6: Geborene und Gestorbene in der Bundesrepublik Deutschland  
in Tausend

Jahr	Lebendgeborene		Gestorbene		Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	
	Früheres Bundesgebiet	Gebiet der ehem. DDR	Früheres Bundesgebiet	Gebiet der ehem. DDR	Früheres Bundesgebiet	Gebiet der ehem. DDR
1950	813	304	529	220	+284	+84
1960	969	293	643	234	+326	+59
1965	1 044	281	678	230	+367	+51
1970	811	237	735	241	+ 76	- 4
1971	779	235	731	235	+ 48	- 0
1972	701	200	731	234	- 30	-34
1973	636	180	731	232	- 95	-52
1974	626	179	728	229	-101	-50
1975	601	182	749	240	-149	-59
1976	603	195	733	234	-130	-38
1977	582	223	705	226	-123	- 3
1978	576	232	723	232	-147	- 0
1979	582	235	712	233	-130	+ 2
1980	621	245	714	238	- 93	+ 7
1981	625	238	722	232	- 98	+ 5
1982	621	240	716	228	- 95	+12
1983	594	234	718	223	-124	+11
1984	584	228	696	221	-112	+ 7
1985	586	228	704	225	-118	+ 2
1986	624	222	700	224	- 76	- 1
1987	642	226	687	214	- 45	+12
1988	677	216	688	213	- 10	+ 3
1989	681	199	698	206	- 16	- 7
1990 <sup>1</sup>	727	175	713	201	+ 14	-26

1 Vorläufiges Ergebnis.

15 und 45 Jahren), weil sie Veränderungen der Bevölkerungszahl und des Altersaufbaus weitgehend ausschaltet. Sie hat sich in den letzten 100 Jahren um etwa 70 % verringert.

In entscheidender Weise wird die Geburtenhäufigkeit von der Einstellung zu Kindern bestimmt. In der vorindustriellen Zeit hatten die Eltern wichtige ökonomische Motive, sich viele Kinder zu wünschen (z. B. zur Sicherung der Altersversorgung und als mithelfende Familienangehörige). Inzwischen sind längst andere Überlegungen in den Vordergrund gerückt. Vielfach verkannt wird, daß die modernen Mittel der Empfängnisverhütung nicht die eigentliche Ursache des Geburtenrückgangs sind, sondern nur dazu beigetragen haben, die gewünschte Kinderzahl auch tatsächlich realisieren zu können.

Im Gebiet der ehemaligen DDR wurden bis 1968 durchweg mehr Kinder geboren als Menschen starben. Auch von 1979 bis 1988 überwogen wieder die Geburten, was vor allem auf die zurückgehende Zahl der Gestorbenen zurückzuführen war. Die Geburtenentwicklung, die von 1963 (301 000 Geburten) bis Mitte der 70er Jahre rückläufig war, dann aber bis Anfang der 80er Jahre ansteigend verlief, ging anschließend wieder leicht zurück. Die politischen Umwälzungen mit den starken Abwanderungen und den tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen wirkten sich deutlich auf die Geburtenzahl aus, 1990 sank sie gegenüber dem Vorjahr um ein Achtel, und 1991 war sie nur noch halb so hoch wie Mitte der 80er Jahre.

Nach der gegenwärtigen Geburtenhäufigkeit werden im früheren Bundesgebiet von je 1 000 Frauen im Durchschnitt 1 400 Kinder geboren. Im Gebiet der ehemaligen DDR ergab sich – vor den einschneidenden Veränderungen – ein Durchschnitt von 1 600 Kindern. Die zur Erhaltung des Bevölkerungsbestandes auf längere Sicht erforderliche Zahl von 2 100 Kindern je 1 000 Frauen wird damit in Deutschland deutlich unterschritten.

Tab. 7: Lebendgeborene auf 1 000 Frauen  
im Alter von 15 bis 44 Jahren

Jahr	Fruchtbarkeitsziffer		Jahr	Fruchtbarkeitsziffer	
	Früheres Bundesgebiet	Gebiet der ehem. DDR		Früheres Bundesgebiet	Gebiet der ehem. DDR
1952	68	75	1983	44	64
1960	82	84	1986	48	63
1965	85	84	1987	49	65
1970	67	70	1988	52	62
1975	48	52	1989	52	57
1980	47	67			

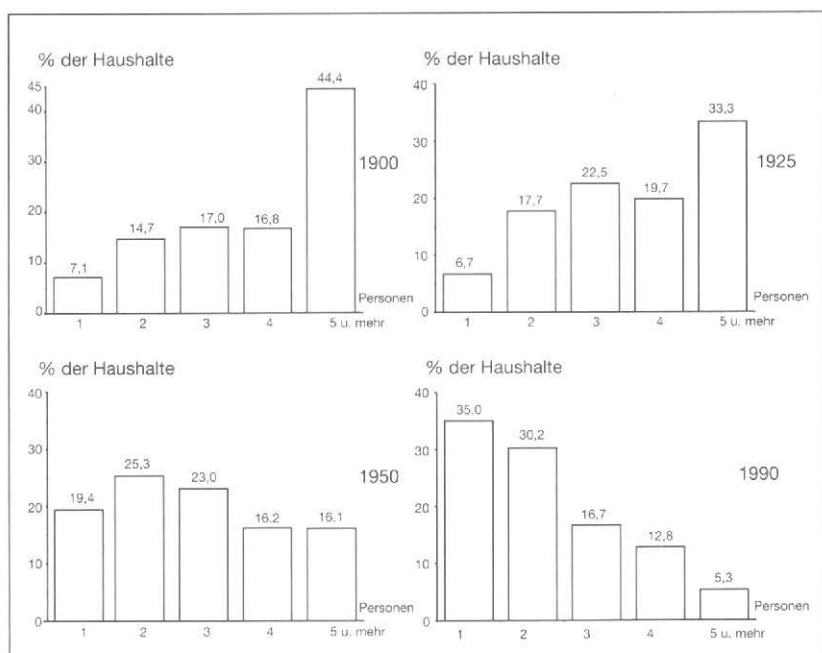
## 1.6 Familien und Haushalte

In der Entwicklung der Kinderzahl pro Ehe spiegelt sich der Übergang von der Groß- zur Kleinfamilie wider. Damit einher geht die Abnahme der Haushaltsgröße bei wachsender Zahl der Haushalte. Im April 1990 wurden 28,2 Mill. Haushalte im früheren Bundesgebiet ermittelt.

Im Jahre 1900 lebten in rund 44 % aller Privathaushalte fünf oder mehr Personen, 1990 lag der entsprechende Wert nur noch bei 5 %. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte nahm von 15 % im Jahr 1900 auf 30 % 1990 zu, und der Anteil der Einpersonenhaushalte stieg im gleichen Zeitraum von 7 % auf etwa 35 %. Somit lebten 1990 im früheren Bundesgebiet etwa 9,8 Mill. Personen, also rund 16 % der Bevölkerung, allein. Die durchschnittliche Haushaltsgröße belief sich um die Jahrhundertwende in Deutschland auf 4,5 Personen, 1990 hingegen nur noch auf 2,3 in den alten Bundesländern.

Nach Schätzungen auf der Grundlage von Einwohnerdateien gab es Ende 1989 in der ehemaligen DDR fast 6,6 Mill. Privathaushalte, davon rund 1,6 Mill. Einperso-

Abb. 6: Haushaltsgrößen im früheren Bundesgebiet





nenhaushalte (24,9 %) und rund 4,9 Mill. Mehrpersonenhaushalte (75,1 %). Ende 1989 lebte etwa jede zehnte Person (9,9 %) in der ehemaligen DDR für sich allein; die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug hier 2,45 Personen.

Als Ursache für die abnehmende Haushaltsgröße kann u.a. der Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft angesehen werden. Damit im Zusammenhang steht die Zunahme der Zahl städtischer Haushalte, die auch heute noch im Durchschnitt kleiner sind als die in ländlichen Gemeinden. In den Großstädten (früheres Bundesgebiet) sind insbesondere die Einpersonenhaushalte (48 % dieser Haushalte befinden sich dort) zahlreich vertreten. Im Jahre 1990 lebte fast jeder fünfte Großstadtbewohner allein, während in Gemeinden mit weniger als 100 000 Einwohnern nur etwa jeder achte einen Einpersonenhaushalt führte.

Neben der Frage des Zusammenlebens in Haushalten und der Haushaltsstruktur ist auch die Frage des Familienverbandes – vor allem im Hinblick auf die Kinder – von großer Bedeutung. Hier richtet sich das Augenmerk insbesondere auf die sogenannten „unvollständigen Familien“, also Alleinerziehende mit Kindern. 1990 gab es im früheren Bundesgebiet insgesamt 941 000 alleinstehende Väter oder Mütter mit einem oder mehreren Kindern unter 18 Jahren. Diese Situation war in 125 000 Fällen auf den Tod des Partners und in 574 000 Fällen auf Scheidung oder Trennung zurückzuführen. 242 000 der Alleinerziehenden waren nie verheiratet. In der ehemaligen DDR wurden Ende 1989 rund 840 000 Alleinerziehende mit Kindern ermittelt, was einen Anteil von 17,0 % an allen Mehrpersonenhaushalten bedeutete, während er im früheren Bundesgebiet bei 10,2 % lag.

Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung bei den alleinstehenden Vätern, deren Zahl sich in den alten Bundesländern von 88 000 im Jahr 1972 auf 130 000 im Jahr 1990 erhöht hat. Von ihnen hatten rund 102 000 für ein Kind, 22 000 für zwei und 7 000 für drei und mehr Kinder unter 18 Jahren zu sorgen.

Die Zahl der alleinerziehenden Frauen mit Kindern unter 18 Jahren ist zwischen 1972 und 1990 im früheren Bundesgebiet von 618 000 auf 811 000 gestiegen. Auch hier war in der überwiegenden Zahl der Fälle (574 000) nur ein Kind vorhanden. Immerhin hatten aber 190 000 Mütter zwei und 47 000 drei Kinder und mehr alleine zu erziehen.

## 1.7 Eheschließungen, Scheidungen

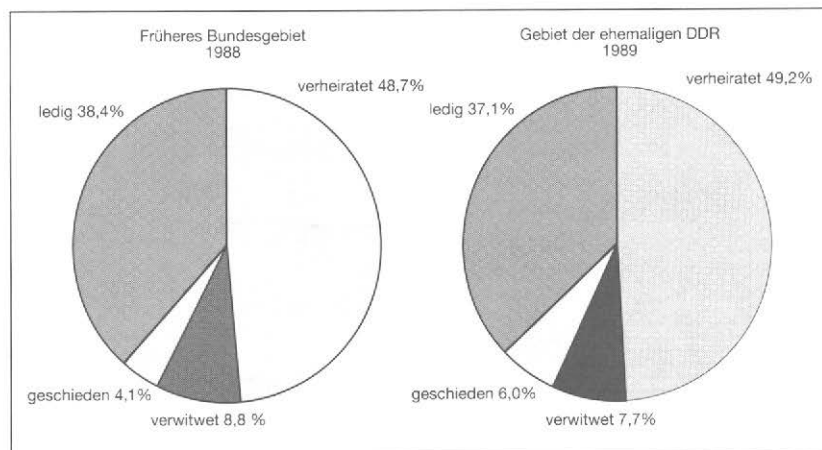
Der Familienstand ist im Unterschied zum Alter und Geschlecht lediglich ein soziales bzw. rechtliches Merkmal. Demographisch gesehen beruht seine Bedeutung auf seinem Einfluß auf die Geburtenentwicklung, da im früheren Bundesgebiet rund 90 % aller Kinder ehelichen Verbindungen entstammen.

Über einen Zeitraum von 100 Jahren hinweg ist der Anteil der ledigen gegenüber dem Anteil der verheirateten, verwitweten und geschiedenen Bevölkerung von

60 % im Jahr 1880 auf 38 % im Jahr 1988 zurückgegangen. Dabei ist jedoch der veränderte Altersaufbau, d.h. insbesondere die starke Abnahme des Bevölkerungsanteils unter 15 Jahren, zu berücksichtigen.

In der ehemaligen DDR war der Anteil der Geschiedenen an der Bevölkerung nahezu um die Hälfte höher als im früheren Bundesgebiet. Außerehelich wurde ein Drittel aller Kinder geboren.

Abb. 7: Familienstand der Bevölkerung



Im früheren Bundesgebiet lag das durchschnittliche Heiratsalter lediger Männer 1950 bei 28,1, 1975 bei 25,3 und 1989 bei 28,2 Jahren. Bei den ledigen Frauen ging es von 25,4 Jahren 1950 auf 22,7 im Jahr 1975 zurück und stieg dann bis 1989 auf 25,7 Jahre an. Die Zahl der Eheschließungen, die u.a. auch vom Altersaufbau der Bevölkerung abhängt, betrug 1960 rund 521 000, 1990 dagegen etwa 414 000.

Die Heiratshäufigkeit im früheren Bundesgebiet – gemessen an der Zahl der Eheschließungen je 1 000 Einwohner – ist in diesem Zeitraum von 9,4 (1960) auf 6,4 (1989) gesunken. Die geringste Zahl von Eheschließungen wurde 1978 mit rund 328 000 registriert; der nachfolgende Anstieg ist aber lediglich auf den veränderten Altersaufbau zurückzuführen. Aufgrund der in das heiratsfähige Alter nachrückenden starken Geburtsjahrgänge hätte eine wesentlich stärkere Zunahme an Eheschließungen erwartet werden können.

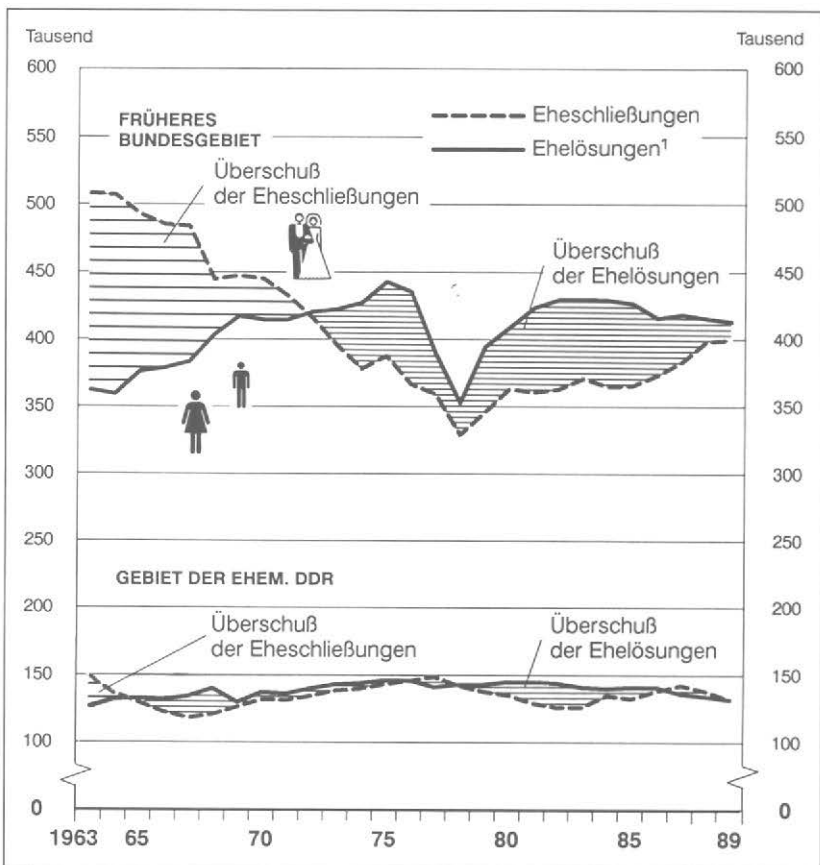
In der ehemaligen DDR heirateten Ledige in der Regel früher als in den alten Bundesländern. Das durchschnittliche Heiratsalter lediger Männer betrug 1955

24,6, 1975 23,2 und 1989 25,3 Jahre. Die ledigen Frauen heirateten 1955 mit durchschnittlich 23,2, 1975 mit 21,3 und 1989 mit 23,2 Jahren.

1960 waren in der ehemaligen DDR 168 000 Ehen geschlossen worden. Einem Rückgang bis 1967 auf 117 000 Eheschließungen folgte ein Anstieg bis auf 147 000 im Jahr 1977. Danach schwankte die Zahl zwischen etwa 125 000 und 140 000. Die Heiratsneigung hatte auch hier nachgelassen. 1990 war ein deutlicher Rückgang auf 102 000 Eheschließungen zu verzeichnen.

Ehen können entweder durch Tod eines Ehepartners oder durch Scheidung gelöst werden, wobei der erstgenannte Fall weitaus überwiegt. Allerdings wuchs der

Abb. 8: Eheschließungen und Ehelösungen



1 Durch Tod, Scheidung, Aufhebung oder Nichtigkeit der Ehe.

Tab. 8: Eheschließungen und -scheidungen

Jahr	Eheschließungen		Ehescheidungen	
	insgesamt 1 000	je 1 000 Einwohner	insgesamt 1 000	je 1 000 Einwohner
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
1950	536	10,7	86	1,7
1955	462	8,8	49	0,9
1960	521	9,4	49	0,9
1965	492	8,3	59	1,0
1970	445	7,3	77	1,3
1975	387	6,3	107	1,7
1980	362	5,9	96	1,6
1981	360	5,8	110	1,8
1982	362	5,9	118	1,9
1983	370	6,0	121	2,0
1984	364	5,9	131	2,1
1985	365	6,0	128	2,1
1986	372	6,1	122	2,0
1987	383	6,3	130	2,1
1988	398	6,5	129	2,1
1989	398	6,4	127	2,0
1990 <sup>1</sup>	414	6,5	123	1,9
<i>Gebiet der ehem. DDR</i>				
1950	215	11,7	50	2,7
1955	155	8,7	26	1,4
1960	168	9,7	25	1,4
1965	129	7,6	27	1,6
1970	131	7,7	27	1,6
1975	142	8,4	42	2,5
1980	134	8,0	45	2,7
1981	128	7,7	49	2,9
1982	125	7,5	50	3,0
1983	125	7,5	50	3,0
1984	134	8,0	50	3,0
1985	132	7,9	51	3,1
1986	137	8,3	52	3,2
1987	141	8,5	51	3,0
1988	137	8,2	49	3,0
1989	131	7,9	50	3,0
1990	102	6,3	...	...

1 Vorläufiges Ergebnis.

prozentuale Anteil der Scheidungen in den letzten Jahren beträchtlich: Während 1960 im früheren Bundesgebiet 14 % aller Ehelösungen durch Scheidung erfolgten, waren es 1989 31 %. Hielte diese hohe Scheidungshäufigkeit an, so hätte das zur Folge, daß nahezu jede dritte Ehe geschieden würde.

Nachdem im Jahre 1977 das 1. Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts in Kraft getreten war, ging die Zahl der Scheidungen im früheren Bundesgebiet zunächst stark zurück. 1978 erfolgten nur noch 9 % aller Ehelösungen durch Scheidung. Bis 1988 hat die Zahl der Ehescheidungen wieder stark zugenommen. Danach ging sie leicht zurück. 1989 betrug die durchschnittliche Ehedauer zum Zeitpunkt der Scheidung 12,1 Jahre, wobei die Ehen im vierten und fünften Ehejahr besonders gefährdet waren. In rund 56 % der Fälle stellten Frauen den Scheidungsantrag. 52 % aller geschiedenen Ehen waren kinderlos. Von Scheidungen ihrer Eltern wurden 1989 rund 90 000 minderjährige Kinder betroffen.

In der ehemaligen DDR wurden häufiger Ehen geschieden als im früheren Bundesgebiet. Bereits 1960 entfielen 19 % der Ehelösungen auf Scheidungen, 1989 betrug dieser Wert 38 %. In den letzten Jahren gab es jeweils etwa 50 000 Ehescheidungen; die durchschnittliche Ehedauer lag bei etwa 9 Jahren. 1989 waren 69 % der Scheidungen von Frauen betrieben worden. Gegenüber dem früheren Bundesgebiet waren weitaus weniger der geschiedenen Ehen – nämlich 31 % – kinderlos. Dementsprechend entfielen auf 1 000 Ehescheidungen wesentlich mehr betroffene Kinder – und zwar 1 003 – als in den alten Bundesländern mit 707 Kindern je 1 000 Ehescheidungen. Absolut waren 1989 50 000 Kinder in der ehemaligen DDR von der Scheidung ihrer Eltern betroffen.

## 1.8 Ausländer

### 1.8.1 Stand und Entwicklung

Der wirtschaftliche Aufschwung, Änderungen in der Altersstruktur und längere Ausbildungszeiten verursachten in den 60er Jahren im früheren Bundesgebiet einen zunehmenden Arbeitskräftemangel. Mit der verstärkten Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer wurde versucht, diesem Mangel abzuweichen. Dementsprechend erhöhte sich die Zahl der im früheren Bundesgebiet lebenden Ausländer von knapp 690 000 im Jahr 1961 (1,2 % der Bevölkerung) auf 3,0 Mill. im Jahr 1970 (4,9 % der Bevölkerung). Nach einem vorübergehenden Rückgang zwischen 1974 und 1978 aufgrund des Anwerbestopps stieg die Ausländerzahl als Folge der Familienzusammenführungen und der verstärkten Einreise von Asylbewerbern 1982 auf knapp 4,7 Mill. 1983 ging sie erstmals seit 1978 wieder zurück. Die starke Abwanderung als Folge des Rückkehrhilfegesetzes führte 1984 zu einer weiteren Abnahme. Nach dem Auslaufen des Gesetzes stieg die Ausländerzahl im Jahr 1986 wieder an und betrug 1990 5,2 Mill. (8,2 % der Bevölkerung). Im Zeitraum

Tab. 9: Ausländer nach Altersgruppen im früheren Bundesgebiet  
Stichtag: 30. 9. 1990

Altersgruppen von . . . bis unter . . . Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
unter 18	1 292,4	24,7	687,8	23,3	604,6	26,3
18 – 20	193,9	3,7	103,7	3,5	90,1	3,9
20 – 40	2 063,9	39,4	1 141,0	38,7	922,9	40,2
40 – 65	1 541,6	29,4	936,2	31,8	605,4	26,4
65 und älter	150,0	2,9	77,1	2,6	72,9	3,2
Insgesamt	5 241,8	100	2 945,9	100	2 295,9	100

Tab. 10: Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland seit 1961

Zeitpunkt	Anzahl in 1 000	Anteil an der Bevölkerung in %
<i>Früheres Bundesgebiet</i>		
6. 6. 1961	686,2	1,2
27. 5. 1970	2 438,6	4,3
25. 5. 1987	4 145,6	6,8
31. 12. 1989	4 845,9	7,7
30. 9. 1990	5 241,8	8,2
<i>Gebiet der ehem. DDR</i>		
31. 12. 1989	191,2	1,2
30. 9. 1990	166,5	1,0
<i>Deutschland</i>		
31. 12. 1989	5 037,1	6,4
30. 9. 1990	5 408,3	6,8

1970 bis 1990 nahm die Zahl der Ausländer im früheren Bundesgebiet somit um rund 2,2 Mill. zu.

Die meisten Ausländer kamen in das frühere Bundesgebiet, um hier Arbeit zu finden. Sie sind größtenteils im erwerbsfähigen Alter und überwiegend männlichen Geschlechts. Im Laufe der Zeit nahm der Anteil der weiblichen Ausländer aufgrund der Familienzusammenführungen von 31 % im Jahr 1961 auf 44 % im Jahr 1990 zu. Die Zahl ausländischer Kinder stieg ebenfalls an.

Auch in der ehemaligen DDR leben und arbeiten ausländische Staatsangehörige. Eine vom Umfang her mit den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet vergleich-

bare Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer hat es dort allerdings nicht gegeben. Ende 1989 lebten in der ehemaligen DDR rund 191 200 Ausländer (1,2 % der Bevölkerung). Bis zum 3. Oktober 1990 verringerte sich diese Zahl auf rund 166 500. Der Rückgang hängt offensichtlich damit zusammen, daß Ausländer im Jahr 1990 nach Auslaufen ihrer Arbeitsverträge bzw. der von der ehemaligen DDR getroffenen Arbeitskräftevereinbarungen in ihre Heimat zurückgekehrt sind.

### 1.8.2 Aufenthaltsdauer

1990 hielten sich rund 60 % der Ausländer zehn Jahre oder länger im früheren Bundesgebiet auf. Von der Möglichkeit einer Einbürgerung, die allerdings bislang den Verzicht auf die bisherige Staatsbürgerschaft voraussetzt, haben erst sehr wenige Ausländer Gebrauch gemacht (1989: knapp 18 000 eingebürgerte Personen).

### 1.8.3 Geburtenentwicklung

1990 kamen etwa 86 300 ausländische Kinder im früheren Bundesgebiet zur Welt. 1975 waren es etwa 95 900 und 1985 rund 53 800 Kinder gewesen. Somit wurden 1990 etwa 10 % weniger ausländische Kinder in den alten Bundesländern geboren als 1975. Gegenwärtig hat etwa jedes achte im früheren Bundesgebiet geborene Kind eine ausländische Staatsangehörigkeit, während 1975 noch jedes sechste ausländischer Herkunft war.

Diese Entwicklung ist auch durch eine Anpassung der Ausländerinnen an die deutschen Verhältnisse beeinflusst. Allerdings ist die Geburtenhäufigkeit bei den in der Bundesrepublik lebenden Ausländerinnen nach wie vor höher als bei deutschen Frauen, wenn auch zwischen den einzelnen Nationalitäten erhebliche Unterschiede bestehen. Während 1 000 TüRKinnen – bei derzeitigem Geburtenverhalten – im Laufe ihres Lebens rechnerisch etwa 2 900 Kinder haben, sind es bei den italienischen Frauen rund 1 500 und bei den Jugoslawinnen 1 200. Bei den deutschen Frauen beläuft sich der Vergleichswert auf rund 1 300.

### 1.8.4 Regionale Verteilung

In welchen Regionen der Bundesrepublik Deutschland (zum Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990) die Gastarbeiter ihren Wohnsitz nehmen, hängt im wesentlichen von den örtlichen Wirtschaftsstrukturen und den Erwerbsmöglichkeiten ab. So liegt der Bevölkerungsanteil der Ausländer in den industriellen Ballungsgebieten, z.B. an Rhein und Ruhr oder im Rhein-Main-Gebiet, wesentlich über dem Bundesdurchschnitt, in wirtschaftsschwachen Räumen – beispielsweise im gesamten ehemaligen Zonenrandgebiet – dagegen erheblich darunter.

Wie sehr sich die Ausländer auf wenige Teile des früheren Bundesgebietes konzentrieren, zeigt sich daran, daß etwa 2,7 Mill. oder 51 % von ihnen in

# Ausländer in deutschen Großstädten

Die Städte mit der größten  
Ausländerdichte  
(Ausländer auf 1 000 Einwohner)

Offenbach	235
Frankfurt	234
München	210
Stuttgart	200
Mannheim	174
Köln	167
Düsseldorf	158
Ludwigshafen	153
Remscheid	151
Duisburg	147
Berlin (West)	145
Heilbronn	142
Ulm	137

○ = Großstädte mit mehr als 100 Ausländern  
auf 1 000 Einwohner

Die Städte  
mit den  
meisten  
Ausländern

Hamburg  
194 500

Berlin (West)  
312 200

Köln  
159 400

Frankfurt  
150 900

Stuttgart  
115 600

München  
259 000

Stand: 30.9.1990

ZAHLENBILDER

35.380

kreisfreien Städten leben (Bevölkerungsanteil dieser Städte an der Gesamtbevölkerung gut ein Drittel). So war 1990 beispielsweise in Offenbach und Frankfurt fast jeder vierte und in München und Stuttgart jeder fünfte Einwohner Ausländer. Die kreisfreien Städte mit den geringsten Ausländeranteilen waren mit jeweils rund 3 % Emden, Weiden (Oberpfalz) und Straubing.

## 1.8.5 Asylbewerber

Seit Ende der 70er Jahre reisen verstärkt Ausländer als Asylbewerber in die Bundesrepublik Deutschland ein. Im früheren Bundesgebiet waren es 1980 fast 108 000; danach ging die Zahl auf etwa 20 000 im Jahr 1983 zurück, stieg dann aber – vom Jahr 1987 abgesehen – wieder an und erreichte 1990 einen Stand von 193 000.

Die Zusammensetzung der Asylbewerber nach ihrer Nationalität hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert. So kamen beispielsweise 1985 und 1986 die meisten von ihnen noch aus asiatischen Ländern. Seitdem dominieren als Herkunftsländer europäische Staaten und hier wiederum Polen und die Türkei sowie Jugoslawien (seit 1988) und Rumänien (seit 1990).

Der Anteil der als politisch Verfolgte anerkannten Asylbewerber sank im Zeitraum von 1985 bis 1990 von 29 % auf rund 4 %.



Tab. 11: Asylbewerber und -berechtigte 1971 bis 1990  
im früheren Bundesgebiet

Jahr	Asylbewerber	Asylberechtigte	Anerkennungsquote
	Anzahl		%
1971	5 388	5 674	57,0
1972	5 289	2 844	39,8
1973	5 595	2 047	33,0
1974	9 424	4 133	32,4
1975	9 627	2 928	22,2
1976	11 123	2 654	18,4
1977	16 410	1 854	10,0
1978	33 136	2 307	10,3
1979	51 493	6 573	16,5
1980	107 818	12 783	12,0
1981	49 391	8 531	7,7
1982	37 423	6 209	6,8
1983	19 737	5 032	13,7
1984	35 278	6 566	26,6
1985	73 832	11 224	29,2
1986	99 650	8 853	15,9
1987	57 379	8 231	9,4
1988	103 076	7 621	8,6
1989	121 318	5 991	5,0
1990	193 063	8 518	4,4

## 2 Bildung

### 2.1 Einführung

Kaum ein Politikbereich wird mit so vielen, zum Teil kontroversen Schlagworten belegt wie die Bildungspolitik. Lehrerschwemme, Studentenberg, Pillenknick, Bildungsnotstand oder Akademikerarbeitslosigkeit sind nur eine kleine Auswahl aus dem Vokabular, das zur Kennzeichnung der Bildungssituation dienen soll. Dabei wird oft mehr Verwirrung gestiftet als Klarheit herbeigeführt. Hinzu kommt, daß sich durch die Wiedervereinigung Deutschlands viele zusätzliche Probleme der Bildungspolitik ergeben haben, wie z. B. die Anerkennung von Bildungsabschlüssen, die Übernahme von Lehrern, die Ausstattung der Hochschulen und die Bereitstellung von genügend Ausbildungsplätzen in den neuen Bundesländern. Deshalb ist es notwendig, zur Versachlichung der Diskussion und zur Problemlösung in der Bildungspolitik fundiertes statistisches Material bereitzustellen.

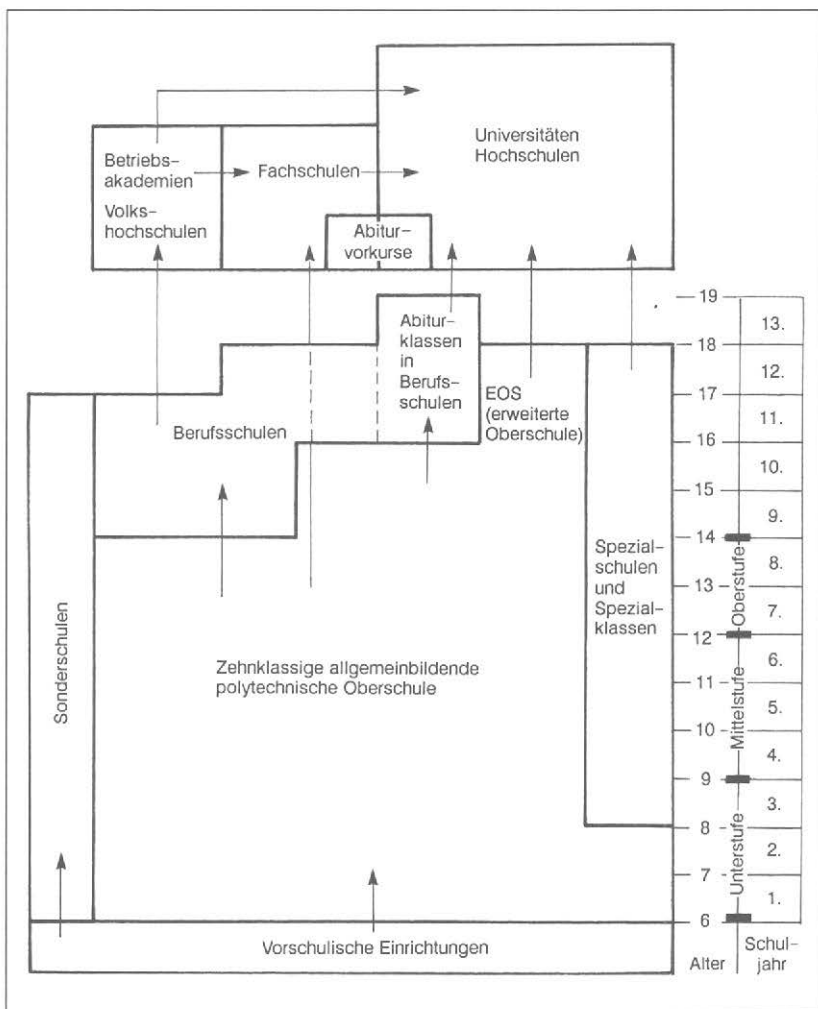
Nicht alle Bildungsprozesse lassen sich statistisch erfassen. „Bildung“ erfährt schon das Kleinkind in der Familie, indem es beispielsweise die Sprache und soziale Verhaltensweisen lernt. Hierüber können kaum quantitative Aussagen getroffen werden. Die vorhandenen statistischen Unterlagen vermitteln in erster Linie Erkenntnisse über die Schüler, Auszubildenden und Studenten sowie über die eingesetzten Lehrkräfte. Abb. 1 und 2 zeigen die Bereiche, für die statistisches Material zur Verfügung steht.

Darüber hinaus geben die Statistiken aber auch Einblick in die Rahmenbedingungen des Bildungsbereichs, die sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert haben. Entscheidende Einflüsse gehen dabei von der demographischen Entwicklung aus. Im früheren Bundesgebiet ist der Altersaufbau der Bevölkerung gekennzeichnet durch die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre mit rund 1 Mill. Neugeborenen pro Jahr und die nachfolgenden geburtenschwachen Jahrgänge mit etwa 600 000 Neugeborenen im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1989. Zeitversetzt ergeben sich hierdurch unterschiedliche Jahrgangsstärken bei den Schülern, Auszubildenden und Studenten. Allerdings ist die Bevölkerungsentwicklung nicht der einzige Einflußfaktor des Bildungsangebots und der Bildungsnachfrage. Von großer Bedeutung sind auch die individuellen Bildungsentscheidungen und die Maßnahmen zur Umsetzung bildungspolitischer Ziele.

In der ehemaligen DDR wurde die Anzahl und Art der Ausbildungs- und Studienplätze im Rahmen der zentralen allgemeinen Wirtschaftsplanung festgelegt. Hierzu wurde bereits durch die Beschränkung der Schülerzahl an erweiterten polytechnischen Oberschulen, die zur Hochschulreife führten, steuernd in persönliche Bildungsentscheidungen eingegriffen.



Abb. 2: Struktur des Bildungswesens 1989  
in der ehem. DDR



Quelle: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft.

## 2.2 Kindergärten

In Kindergärten werden Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt erzieherisch betreut. Das Angebot an Kindergartenplätzen für Drei- bis Sechsjährige hat in der Vergangenheit deutlich zugenommen. Im früheren Bundesgebiet standen 1986 in den fast 26 000 Kindergärten und kindergartenähnlichen Einrichtungen insgesamt etwa 1,5 Mill. Kindergartenplätze zur Verfügung. Damit wurde die Versorgungsquote von rund 30 % im Jahr 1960 auf über 80 % im Jahr 1986 gesteigert.

In den 13 452 Kindergärten der ehemaligen DDR wurden 1989 rund 747 000 Kinder betreut. Hier stieg die Versorgungsrate von rund 45 % im Jahr 1960 auf über 95 % im Jahr 1989.

## 2.3 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

In der Ausgestaltung des allgemeinbildenden und beruflichen Schulwesens spiegeln sich aufgrund der historischen Entwicklung die unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Grundordnungen in den beiden Teilen Deutschlands wider. Das Grundgesetz weist den Bundesländern im Rahmen der föderalistischen Staatsordnung die Gesetzgebungskompetenz für das Schulwesen zu, die sie als Teil ihrer Kulturhoheit ausüben.

Dagegen war in der ehemaligen DDR das gesamte politische System von den Grundsätzen des „demokratischen Zentralismus“ geprägt. Das Schulwesen wurde nach zentralen Vorgaben gelenkt und geplant. Ausdruck hierfür war das konsequent angestrebte Einheitsschulmodell für alle Kinder und Jugendlichen. Nach der Wiedervereinigung soll in den neuen Bundesländern das gesamte Schulwesen reformiert werden. Dieser Umstellungsprozeß ist in einigen Bundesländern schon vollzogen, in anderen wird er dagegen sukzessive angestrebt.

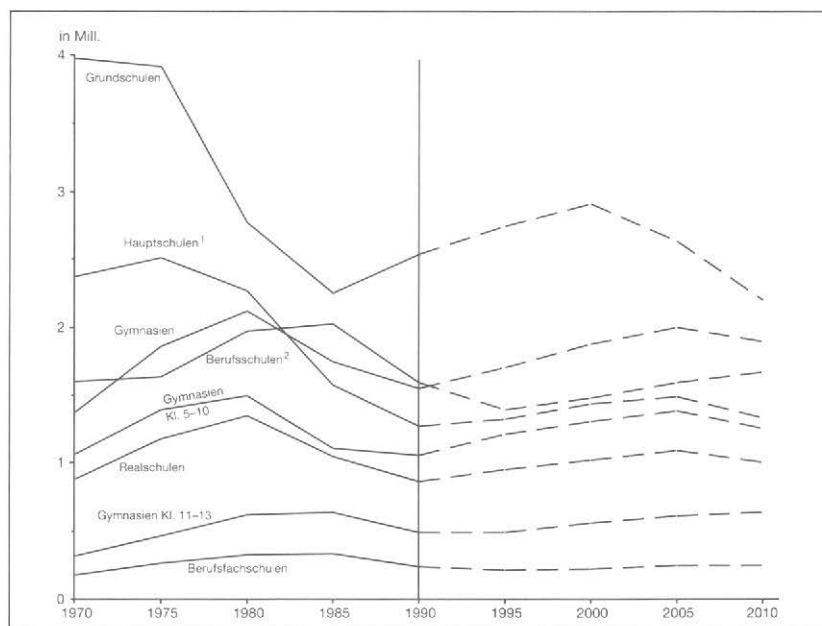
### 2.3.1 Schüler im früheren Bundesgebiet

Die Schulkindergärten (für schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder) und die Vorklassen (für schulreife, aber noch nicht schulpflichtige Kinder) bereiten auf den Eintritt in die Grundschule vor. 1990 besuchten rund 70 000 Kinder diese Einrichtungen.

Die Schulpflicht beginnt nach Vollendung des sechsten Lebensjahres. Sie beträgt zwölf Jahre, davon in der Regel neun Vollzeitschuljahre und drei Teilzeitschuljahre.

Die Grundschule, die in der Regel vier Schuljahre dauert, besuchen alle Kinder gemeinsam. Mit zeitlicher Verzögerung zur rückläufigen Geburtenentwicklung (vgl. Kap. 1) verringerte sich die Anzahl der Kinder, die jährlich eingeschult wurden. Während zwischen 1970 und 1974 noch über 1 Mill. Einschulungen pro Jahr

Abb. 3: Schüler in ausgewählten Schularten 1970 bis 2010  
im früheren Bundesgebiet



1 Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.

2 Einschl. Berufssonderschulen, Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr.

Prognose: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder, Arbeitsmaterial, Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 1990 bis 2010.

erfolgten, waren es zu Beginn des Schuljahres 1990/91 nur noch 625 000. Diese Entwicklung findet ihren Niederschlag in der verringerten Schülerzahl an den Grundschulen (1990: 2,5 Mill.) sowie in der rückläufigen Gesamtzahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen.

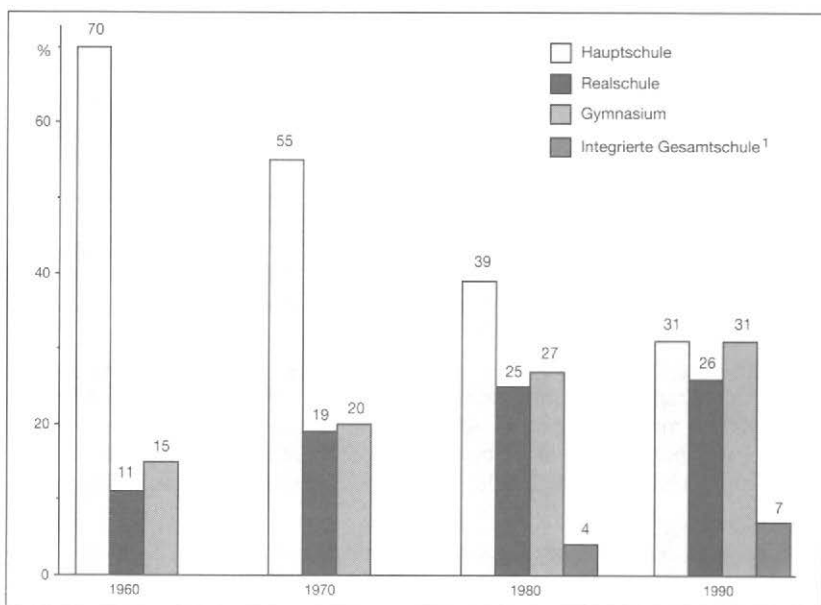
1975 erreichte die Schülerzahl an allgemeinbildenden Schulen mit über 10 Mill. ihren Höchststand und verminderte sich dann fast kontinuierlich auf 6,9 Mill. im Jahr 1990. Verringert hat sich zunächst nur die Zahl deutscher Schüler, während die Zahl ausländischer Kinder an den Schulen erst 1982 ihren Höhepunkt erlangte. 1975 war nur etwa jeder 26. Schüler an allgemeinbildenden Schulen ausländischer Herkunft, 1990 dagegen jeder neunte.

Nach einer Vorausschätzung der Kultusministerkonferenz werden in den kommenden Jahren auch die Schülerzahlen im Bereich der beruflichen Schulen noch weiter sinken.

Welche weiterführende Schulart nach dem Besuch der Grundschule in Betracht kommt – Hauptschule, Realschule, Gymnasium oder Gesamtschule – richtet sich nach der Empfehlung der Grundschule, dem Wunsch der Eltern sowie den Leistungen des Schülers; außerdem dienen die Schuljahre fünf und sechs der allgemeinbildenden Schulen der Förderung und Orientierung aller Schüler im Hinblick auf ihre weitere Schullaufbahn (Orientierungsstufe). 1990 wurden in den Hauptschulen (einschl. schulartunabhängige Orientierungsstufe) 1,3 Mill. Schüler, in den Realschulen 0,9 Mill. Schüler und in den Gymnasien 1,5 Mill. Schüler unterrichtet. Außerdem besuchten 0,3 Mill. Schüler Integrierte Gesamtschulen (einschl. Freier Waldorfschulen), in denen die Bildungsgänge von Hauptschule, Realschule und Gymnasium in unterschiedlicher organisatorischer und inhaltlicher Ausgestaltung zusammengefaßt sind.

Im Schulbesuch spiegelt sich der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen wider. Dies wird anschaulich, wenn man die Verteilung eines bestimmten Altersjahrgangs auf die unterschiedlichen Schularten im Zeitablauf betrachtet. Für eine solche Untersuchung erscheinen die 13jährigen (8. Klassenstufe) besonders geeignet, weil in diesem Alter in der Regel die Entscheidung für die weiterführende Schulart gefallen ist und sie andererseits noch der Vollzeitschulpflicht unterliegen. Dabei

Abb. 4: Schulbesuch der 13jährigen im früheren Bundesgebiet



<sup>1</sup> Einschl. Freier Waldorfschulen.

wird deutlich, daß sich der Schulbesuch in dieser Altersstufe kontinuierlich von den Hauptschulen auf die Realschulen, Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen verlagert hat. So wurden z.B. im Jahr 1960 noch 70 % der 13jährigen an Hauptschulen, aber nur 26 % an Realschulen und Gymnasien unterrichtet; 1990 lag das Verhältnis bei 31 % zu 57 %.

Neben den bereits genannten Schularten gibt es die Sonderschulen. Das sind Einrichtungen zur Förderung und Betreuung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in anderen Schulen unterrichtet werden können. 1990 besuchten 252 000 Kinder Sonderschulen, also knapp 4 % der insgesamt etwa 6,9 Mill. Schüler an allgemeinbildenden Schulen. Der überwiegende Teil (55 %) der Behinderten wurde in Klassen für Lernbehinderte unterrichtet.

Außerhalb der allgemeinen Schulpflicht besteht die Möglichkeit, Schulabschlüsse an Abendschulen und Kollegs nachzuholen. 1990 nutzten 41 700 Erwachsene dieses Bildungsangebot.

Bei der zahlenmäßigen Entwicklung der Schulabgänger wirkten sich mit zeitlicher Verzögerung die sehr unterschiedliche Besetzung der einzelnen Schuljahrgänge und der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen aus. Zwischen 1970 und 1990 hat sich die Anzahl der Schulabgänger, die die Schule nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht ohne Hauptschulabschluß verlassen hat, mehr als halbiert und die Anzahl der Schulabgänger mit Hauptschulabschluß ebenfalls deutlich verringert. Dagegen hat sich die Gesamtzahl der Abgänger mit Realschul- oder gleichwertigem Abschluß fast verdoppelt und die der Abgänger mit Hochschul- oder Fachhochschulreife mehr als verdreifacht.

Tab. 1: Schüler an allgemeinbildenden Schulen im früheren Bundesgebiet  
in Tausend

Schulart	1960	1970	1980	1990
Schulkindergärten und Vorklassen	—	32	62	70
Grundschulen	3 097	3 973	2 773	2 535
Hauptschulen <sup>1</sup>	2 120	2 375	2 272	1 273
Sonderschulen	143	322	354	252
Realschulen	447	886	1 351	865
Gymnasien	853	1 379	2 119	1 550
Integrierte Gesamtschulen <sup>2</sup>	—	—	220	296
Abendschulen und Kollegs	9	25	35	42
Insgesamt	6 669	8 992	9 186	6 883

1 Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.

2 Einschl. Freier Waldorfschulen.



Tab. 2: Schulabgänger aus allgemeinbildenden und beruflichen<sup>1</sup> Schulen im früheren Bundesgebiet

Jahr	Insgesamt 1 000	Davon (%)			
		nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht		mit Realschul- oder gleichw. Abschluß	mit Hochschul- oder Fachhoch- schulreife
		ohne Haupt- schulabschluß	mit Haupt- schulabschluß		
1970	769	17,5	45,0	26,0	11,4
1975	921	11,8	38,2	31,6	18,4
1980	1 105	10,1	35,6	34,5	19,8
1990	812	6,6	24,6	35,0	33,8

<sup>1</sup> Schulabgänger aus beruflichen Schulen sind hier nur insoweit erfaßt, als sie Abschluszeugnisse erhalten haben, die dem Realschulabschluß gleichwertig sind oder zum Besuch einer Hochschule berechtigen.

1990 beendeten 6,6 % der Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen ihre Vollzeitschulpflicht ohne Hauptschulabschluß. In dieser Gruppe sind Jungen stärker vertreten als Mädchen.

Die Schulabgänger mit Haupt- oder Realschulabschluß setzen ihre Ausbildung überwiegend im dualen System von Berufsschule und Betrieb fort. Die Berufsschule ergänzt hier die gleichzeitige praktische Ausbildung im Betrieb. Daneben wird die Berufsschule aber auch von Jugendlichen unter 18 Jahren ohne Ausbildungsvertrag besucht, die noch der dreijährigen Teilzeitschulpflicht unterliegen. Im Jahr 1990 gab es insgesamt 1,6 Mill. Berufsschüler, davon waren 1,4 Mill. Auszubildende im dualen System.

Außerdem besteht nach der Entlassung aus den allgemeinbildenden Schulen die Möglichkeit, eine Berufsfachschule zu besuchen. Es handelt sich dabei um Vollzeitschulen, die ein bis drei Jahre besucht werden und zur Berufsvorbereitung oder auch zur vollen Berufsausbildung dienen. 1990 wurden rund 245 600 Schüler an Berufsfachschulen unterrichtet, und zwar bevorzugt in Wirtschafts-, Handels- und Verwaltungsberufen. Fachoberschulen bzw. Fachgymnasien, die den Zugang zu den Hochschulen eröffnen, besuchten 1990 200 500 Jugendliche.

Die Fachschulen (einschließlich Fach-/Berufsakademien) werden in der Regel freiwillig nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischer Berufserfahrung besucht und vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf. 1990 gab es rund 123 800 Fachschüler.

An den Schulen des Gesundheitswesens wurden 1990 rund 97 000 Jugendliche zum (Kinder-)Krankenpfleger oder für andere nichtakademische Gesundheitsdienstberufe ausgebildet.

Tab. 3: Schüler an beruflichen Schulen sowie Schulen  
des Gesundheitswesens im früheren Bundesgebiet  
in Tausend

Schulart	1960	1970	1980	1990
Berufliche Schulen	1 788	1 984	2 576	2 163
Berufsschulen <sup>1</sup>	1 662	1 600	1 970	1 579
Berufsaufbauschulen	—	40	22	8
Berufsfachschulen	125	183	326	246
Fachoberschulen	—	51	79	74
Fachgymnasien <sup>2</sup>	—	7	81	126
Berufs-/Technische Oberschulen	0	1	4	6
Fachschulen <sup>3</sup>	—	102	95	124
Schulen des Gesundheitswesens	—	61	97	97 <sup>4</sup>

1 Einschl. Berufssonderschulen, Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr.

2 In Nordrhein-Westfalen: Kollegschulen.

3 Einschl. Fach-/Berufsakademien.

4 Ohne Hessen.

### 2.3.2 Schüler in der ehemaligen DDR

In der ehemaligen DDR bestand seit 1959 zwar die generelle zehnjährige Vollzeitschulpflicht, aber in bestimmten Fällen war ein frühzeitiger Übergang, meist nach der 8. Klassenstufe, in die Berufsausbildung möglich.

Kernstück des „einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ war die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, die die Grundlage für alle weiterführenden Bildungswege und die berufliche Ausbildung legte. Im Schuljahr 1990/91 wurden rund 2 Mill. Schüler an dieser Einrichtung gezählt.

Die erweiterte allgemeinbildende polytechnische Oberschule umfaßte die Klassenstufen 11 und 12 und schloß als Abiturstufe an die o.g. Schulart an. Durch Begrenzung des Zugangs besuchten im Schuljahr 1990/91 nur 44 100 Schüler diese Schulform.

Das Abitur konnte außerdem in den Abiturklassen der Berufsschulen (in drei Jahren) parallel zu einer Berufsausbildung erreicht werden, daneben konnte dieser Schulabschluß in Abendkursen an den Volkshochschulen erworben werden (vgl. 2.7).

Trotz des propagierten Einheitscharakters der zehnklassigen allgemeinbildenden und der erweiterten polytechnischen Oberschulen wurden auch Spezialschulen oder -klassen eingerichtet, die Schüler mit hoher Leistungsbereitschaft oder mit besonderen Begabungen aufnahmen und intensiv förderten, wie dies insbeson-

dere in den Kinder- und Jugendsportschulen praktiziert wurde. Der Anteil dieser Schüler betrug ca. 1 %.

Auch in der ehemaligen DDR bestand ein differenziertes Sonderschulwesen. 1990 besuchten 65 500 Schüler diese Schulart.

Die Aufgaben des zweiten Bildungsweges, Erwachsenen die Gelegenheit zu geben, im Abendunterricht die Abschlüsse der allgemeinbildenden Schulen nachzuholen, nahmen die Volkshochschulen wahr. Ferner konnten sich Facharbeiter in Sonderlehrgängen auf das Fachschulstudium vorbereiten oder die Sonder-Hochschulreifeprüfung für bestimmte Studienfächer ablegen. Im Schuljahr 1989/90 hatten etwa 28 200 Erwachsene diese Volkshochschullehrgänge belegt.

Tab. 4: Schüler an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen  
im Gebiet der ehem. DDR (in Tausend)

Schulart	1970	1980	1989	1990
Polytechnische Oberschulen	2 534	2 204	1 986	1 971
Erweiterte Oberschulen	55	47	40	44
Sonderschulen	79	61	64	65
Berufsschulen	431	459	314	280
Fachschulen	167	172	153	116
Insgesamt	3 266	2 943	2 557	2 476

In der ehemaligen DDR wurden 1990 rund 185 000 Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen mit einem Abgangs- oder Abschluszeugnis entlassen. Hiervon hatten 29 300 Schüler keinen Abschluß, 13 600 erhielten den Abschluß der 8. Klassenstufe und 122 300 den Abschluß der 10. Klassenstufe. Am Ende des Schuljahres 1989/90 legten 19 600 Schüler die Hochschulreifeprüfung mit Erfolg ab.

Die betriebliche Berufsbildung in der ehemaligen DDR unterschied sich in ihrer Organisationsstruktur vom dualen Ausbildungssystem im früheren Bundesgebiet. Für nahezu drei Viertel der Lehrlinge war der Lernort für Theorie und Praxis gleich, denn auch der theoretische Unterricht war über die Einrichtung von Betriebsberufsschulen in den Betrieb integriert. Nur etwa ein Viertel der Berufsschulen wurden von den Kommunen unterhalten. An den Berufsschulen mit Abiturklassen konnte gleichzeitig eine Facharbeiterausbildung und die Hochschulreife erlangt werden. Die überwiegende Mehrheit der 280 000 Berufsschüler im Schuljahr 1990/91 bestand aus Absolventen der zehnklassigen allgemeinbildenden Oberschule. 1989 verließen noch ca. 208 000 Schulabgänger die Berufsschulen.

Durch den Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hatte sich die ehemalige DDR verpflichtet, den Ordnungsrahmen und die Berufsstruktur der

Berufsausbildung im bisherigen Bundesgebiet anzustreben. Dies ist beginnend mit dem 1. September 1990 in den neuen Bundesländern auch nach und nach verwirklicht worden.

Die Fachschulen sind spezifische Einrichtungen des beruflichen Bildungswesens der ehemaligen DDR und in Niveau und Struktur zwischen den Fachschulen und

Tab. 5: Schulabgänger aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im Gebiet der ehem. DDR (in Tausend)

Schulart	1970	1980	1989	1990
Polytechnische Oberschulen	171	245	155	158
Erweiterte Oberschulen	26	22	20	20
Sonderschulen	—	—	—	7
Berufsschulen <sup>1</sup>	260	265	208	—
Fachschulen <sup>2</sup>	36	42	41	40
Insgesamt	493	574	424	—

1 Bestandene Facharbeiterprüfungen.

2 Absolventen.

den Fachhochschulen des früheren Bundesgebietes anzusetzen. Die Umwandlung von Fachschulen und ihre Angleichung an die Bildungsstrukturen der Bundesrepublik ist noch im Gange. 1990 gab es 115 600 Fachschüler. Im selben Jahr haben 39 700 Schulabgänger diese Schulart verlassen.

### 2.3.3 Lehrer im früheren Bundesgebiet

Die Qualität der schulischen Ausbildung wird durch die Schüler-Lehrer-Relation beeinflusst, die anzeigt, wie intensiv sich der Lehrer mit dem einzelnen Schüler beschäftigen kann. An allen Schularten konnte seit 1970 die Betreuungsrelation verbessert werden. So verminderte sich z. B. die Anzahl der Schüler je Lehrer an den Sonderschulen zwischen 1970 und 1989 von durchschnittlich 15,3 auf 6,3, an den Realschulen von 23,1 auf 16,2 Lehrpersonen.

1990 unterrichteten 453 000 Lehrer an allgemeinbildenden Schulen und 88 700 an beruflichen Schulen. Ihre Zahl hat sich gegenüber 1970 aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge und der gestiegenen Bildungsnachfrage wesentlich erhöht, insbesondere bei den Realschulen und Gymnasien. Allerdings sind die Lehrerzahlen angesichts sinkender Schülerzahlen teilweise bereits wieder rückläufig. So unterrichteten 1990 rund 88 500 Lehrer an den Hauptschulen (einschl. schulartunabhängige Orientierungsstufe).

Tab. 6: Schüler je Lehrer<sup>1</sup> an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im früheren Bundesgebiet

Schulart	1970	1980	1990
Schulkindergärten und Vorklassen	–	14,6	14,3
Grundschulen	31,6	23,8	20,5
Hauptschulen <sup>2</sup>		19,3	14,4
Sonderschulen		8,7	6,3
Realschulen	23,1	21,5	16,2
Gymnasien	18,8	17,4	13,4
Integrierte Gesamtschulen <sup>3</sup>	–	15,5	12,6
Abendschulen und Kollegs	16,3	14,8	14,0
Berufliche Schulen	–	32,0	24,4

1 Vollzeitlehrer und in Vollzeitlehrer umgerechnete Teilzeitlehrer.

2 Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.

3 Einschl. Freier Waldorfschulen.

Quelle: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder.

Tab. 7: Lehrer<sup>1</sup> an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im früheren Bundesgebiet (in Tausend)

Schulart	1970	1980	1990
Allgemeinbildende Schulen	339	481	453
Schulkindergärten und Vorklassen	–	4	5
Grundschulen	202	116	124
Hauptschulen <sup>2</sup>		117	88
Sonderschulen		41	40
Realschulen	38	63	53
Gymnasien	77	122	116
Integrierte Gesamtschulen <sup>3</sup>	–	16	24
Abendschulen und Kollegs	2	2	3
Berufliche Schulen	–	80	89

1 Vollzeitlehrer und in Vollzeitlehrer umgerechnete Teilzeitlehrer.

2 Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.

3 Einschl. Freier Waldorfschulen.

Quelle: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder.

### 2.3.4 Lehrer in der ehemaligen DDR

Die Daten über die Lehrer in der ehemaligen DDR waren nicht Bestandteil der jährlichen Schulstatistik, sondern wurden aus einer gesonderten Personalstatistik gewonnen, die seit 1990 nicht mehr fortgeführt wird. 1989 wurden an allgemeinbildenden Schulen 167 800 vollbeschäftigte Lehrer, an Berufsschulen 16 000 und an Fachschulen rund 11 500 Lehrkräfte gezählt. Im Zuge der Umgestaltung des Schulwesens soll eine neue Lehrerstatisik aufgebaut werden.

Tab. 8: Vollbeschäftigte Lehrer im Gebiet der ehem. DDR  
in Tausend

Schulart	1970	1980	1989
Polytechnische Oberschulen	138	169	168
Erweiterte Oberschulen			
Sonderschulen			
Berufsschulen			
Fachschulen	6	10	11
Insgesamt	159	195	195

## 2.4 Betriebliche Berufsausbildung

Während der Besuch der Berufsschulen zur Vermittlung der fachtheoretischen Ausbildungsinhalte dient, vollzieht sich die praktische Berufsausbildung durch das unmittelbare Lernen am Arbeitsplatz oder in den Ausbildungswerkstätten.

Der demographisch bedingte Druck auf den Lehrstellenmarkt im früheren Bundesgebiet hat nachgelassen. Seit 1985 stehen geburtenschwächere Jahrgänge an der Schwelle zwischen Schule und Berufsausbildung. Wie in den Vorjahren überstieg auch 1990 das Gesamtangebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen die Gesamtnachfrage. Bei dieser Betrachtung bleiben allerdings die noch bestehenden regionalen Ungleichgewichte außer acht.

Die Situation bei den Ausbildungsstellen hat sich durch das gestiegene Gesamtangebot zugunsten der Auszubildenden weiter verbessert. 1987 lag der Angebotsüberschuß bei 10 660 Ausbildungsplätzen und erhöhte sich bis 1990 auf rund 99 900. Die Anzahl der bis zum Beginn des Ausbildungsjahres 1990/91 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge belief sich auf rund 545 000. Zum gleichen Zeitpunkt standen 115 000 unbesetzten Ausbildungsplätzen noch 34 000 unvermittelte Bewerber gegenüber.

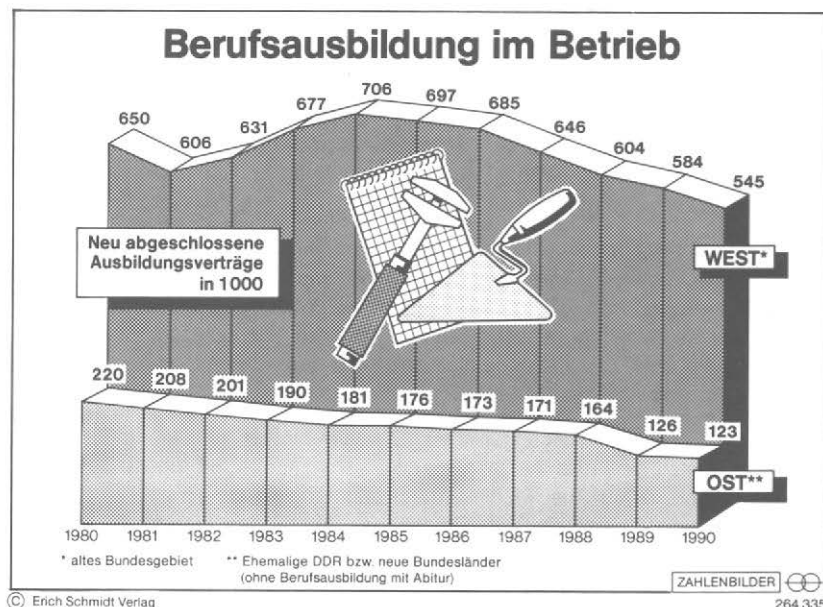
Die Entwicklung des betrieblichen Ausbildungsstellenangebots in den neuen Bundesländern hielt mit der Bewerbernachfrage nicht Schritt. 1990 standen 129 000 gemeldete Ausbildungsplätze 140 000 Nachfragern gegenüber. Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge belief sich auf 123 000.

In den letzten Jahren wünschten nicht nur Haupt- und Realschulabgänger, sondern auch Abiturienten verstärkt eine betriebliche Berufsausbildung. Von den 1,5 Mill. Jugendlichen im früheren Bundesgebiet, die 1990 in einem Ausbildungsverhältnis standen, besaßen 16,2 % die Hochschul- oder Fachhochschulreife, 34,0 % verfü-

ten über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluß, und 30,5 % konnten den Besuch einer Hauptschule (mit oder ohne Abschluß) als höchsten Bildungsgang nachweisen. 19,3 % hatten eine sonstige Vorbildung (z.B. Berufsvorbereitungsjahr, schulisches Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule).

Die Verteilung der Auszubildenden läßt deutliche Schwerpunkte erkennen: 1990 konzentrierten sich 64 % aller Ausbildungsplätze männlicher und 80 % aller Ausbildungsplätze weiblicher Auszubildender auf nur 25 von insgesamt knapp 377

Abb. 5: Ausbildungsplätze 1978–1990  
im früheren Bundesgebiet



anerkannten Ausbildungsberufen. Viele Jugendliche finden im Beruf ihrer Wahl keinen Ausbildungsplatz und müssen deshalb auf andere Ausbildungsgänge ausweichen oder Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen.

In den neuen Bundesländern liegt für die Berufsausbildung bisher nur die Anzahl der Auszubildenden an Berufsschulen vor. So befanden sich 1990 256 000 Berufsschüler in einer Berufsausbildung, davon waren 38,1 % weibliche Auszubildende. Der Anteil der ausländischen Auszubildenden lag bei 0,3 %.

Tab. 9: Auszubildende in den neuen Bundesländern 1990  
(Statistik der beruflichen Schulen)

Land	Auszubildende insgesamt	darunter Ausländer	Auszubildende im 1. Schuljahrgang	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Brandenburg	39 122	0,3	19 203	49,1
Mecklenburg-Vorpommern	33 151	0,6	15 807	47,7
Sachsen	75 681	0,2	36 857	48,7
Sachsen-Anhalt	46 250	0,5	22 561	48,5
Thüringen	43 910	0,3	20 638	47,0
Berlin (Ost)	17 425	0,1	8 225	47,2
Insgesamt	255 539	0,3	123 291	48,2

Tab. 10: Auszubildende, Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen sowie bestandene Abschlußprüfungen (in Tausend)

Jahr	Auszubildende insgesamt <sup>1</sup>	Ausbildungsplätze Angebot	Nachfrage	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge <sup>2</sup>	Bestandene Abschlußprüfungen
<i>Früheres Bundesgebiet</i>					
1988	1 658	666	629	604	643
1989	1 553	669	602	584	602
1990	1 477	659	559	545	532
<i>Neue Bundesländer</i>					
1990	256	129	140	123	—

1 Stand: Jeweils 31. 12.

2 Stand: Jeweils 30. 9.

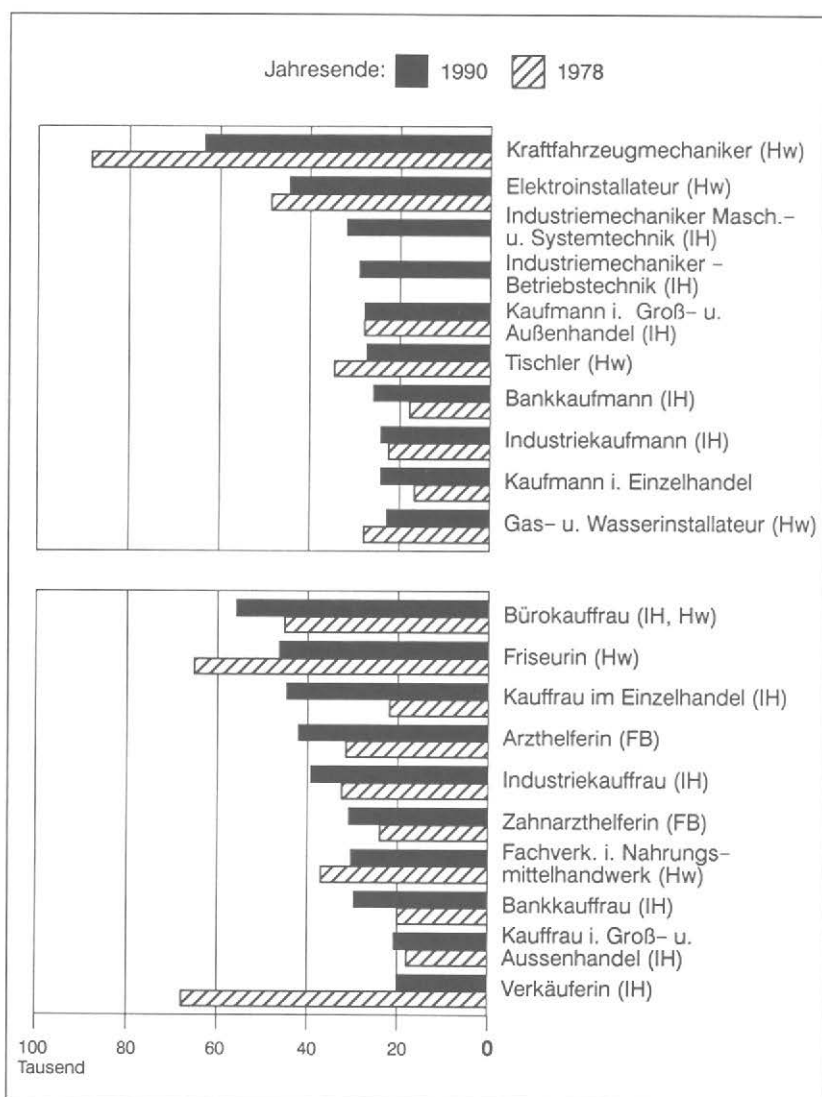
Quelle: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Berufsbildungsbericht.

Bei den männlichen Jugendlichen rangiert der Beruf Kraftfahrzeugmechaniker in der Beliebtheitskala eindeutig an erster Stelle: nahezu jeder dreizehnte Auszubildende ergreift ihn. Ein großer Teil der Mädchen entscheidet sich für die Berufe Bürokauffrau und Friseurin. Neuerdings lassen sie sich verstärkt auch in einigen typischen „Männerberufen“ ausbilden; so durchliefen 1990 beispielsweise bereits rund 2 700 junge Frauen eine Ausbildung als Malerin und Lackiererin.

Am Ende der Berufsausbildung sind Abschlußprüfungen durchzuführen. Die Erfolgsquote lag 1990 bei 88 %, d.h. von 602 830 Prüfungen wurden 531 647 bestanden.



Abb. 6: Auszubildende in den zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen im früheren Bundesgebiet



IH = Industrie und Handel (einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe; Hw = Handwerk; FB = Freie Berufe.

## 2.5 Studienabsichten

Jährlich werden die Schüler, die kurz vor der Reifeprüfung stehen, nach ihren Studien- und Berufswünschen befragt. 1991 äußerten 66 % der Schüler, die die Hochschulreife anstrebten, den Wunsch zu studieren, 12 % bekundeten keine Studienabsichten, und die restlichen 21 % waren noch unentschlossen. Von den Schülern, die sich auf die Fachhochschulreife vorbereiteten, beabsichtigten 68 % die Aufnahme eines Studiums, während 9 % nicht studieren wollten; 23 % hatten diesbezüglich noch keine konkreten Zukunftspläne. Bei den Mädchen war die Studienneigung insgesamt geringer ausgeprägt als bei den Jungen.

1991 wurden erstmals die Schüler in den neuen Bundesländern befragt. Nur die Hälfte (50 %) hatte den Wunsch zu studieren, 22 % wollten nicht studieren, und

Tab. 11: Studienabsicht der Abiturienten im früheren Bundesgebiet

Jahr	Befragte insgesamt	Studienwillige	Unentschlossene	Ohne Studienabsicht
	1 000		%	
Männlich				
1972	82	90,3	6,5	3,2
1980	113	72,5	20,9	6,6
1991	128	73,9	19,5	6,7
Weiblich				
1972	45	88,6	5,6	5,8
1980	88	63,0	21,8	15,3
1991	109	62,9	22,3	14,7
Insgesamt				
1972	126	89,7	6,2	4,2
1980	201	68,3	21,3	10,4
1991	236	68,8	20,8	10,4

28 % hatten zum Zeitpunkt der Erhebung noch keine konkreten Pläne. Von den studierwilligen Abiturienten in den neuen Bundesländern strebt über ein Drittel (35,4 %) ein Studium im früheren Bundesgebiet an, dagegen wollen nur 0,2 % der Abiturienten aus dem früheren Bundesgebiet in den neuen Bundesländern studieren.

Der Anteil der Studierwilligen lag in der Vergangenheit wesentlich höher als heute. So strebten beispielsweise 1972 90 % aller Abiturienten ein Studium an, 1985 nur

noch 59 %. In den letzten sechs Jahren hat allerdings die Studienneigung im früheren Bundesgebiet wieder deutlich zugenommen. 1991 äußerten 69 % aller Abiturienten, die die Hochschul- oder Fachschulreife anstreben, die Absicht zu studieren, dagegen ist die Studienabsicht in den neuen Bundesländern noch abwartend, so wollten unter 33 200 Befragten nur 50,3 % studieren.

## 2.6 Hochschulen

### 2.6.1 Studenten

Die in den 60er Jahren verbreitete Furcht vor einer drohenden „Bildungskatastrophe“, d.h. einem Bildungsrückstand der deutschen Bevölkerung im internationalen Vergleich, besteht schon seit einiger Zeit nicht mehr. So stieg 1990 die Zahl der Studenten in Gesamtdeutschland auf über 1,7 Mill. Im Jahre 1990 kamen 220 Studenten auf 10 000 Einwohner.

Nach einer Vorausschätzung der Kultusministerkonferenz wird die Gesamtzahl der Studenten im früheren Bundesgebiet auch langfristig die Millionengrenze nicht unterschreiten. Vielmehr ist von einem Sockelbestand von mindestens rund 1,7 Mill. Studenten auf Dauer auszugehen.

In Gesamtdeutschland waren im Wintersemester 1990/91 69,7 % aller Studenten an Universitäten sowie Pädagogischen und Theologischen Hochschulen eingeschrieben. Die Anteile für die übrigen Hochschularten betrugen: Fachhochschulen 21,7 %, Gesamthochschulen 7,0 %, Kunsthochschulen 1,7 %.

Numerus clausus und schlechte Berufsaussichten in verschiedenen Bereichen des Arbeitsmarktes haben bewirkt, daß die Studenten das Studienfach nicht aus-

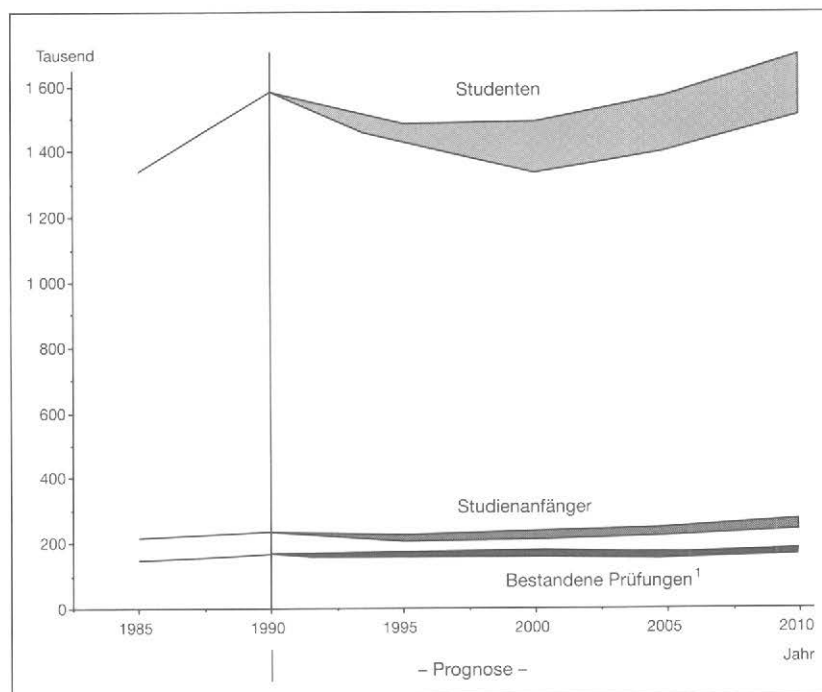
Tab. 12: Studenten an Hochschulen im früheren Bundesgebiet  
in Tausend

Hochschulart	1960	1970	1980	1989	1990
Universitäten <sup>1</sup>	239	412	749	1 017	1 068
Gesamthochschulen	—	—	69	108	120
Kunsthochschulen	7	10	18	23	24
Fachhochschulen <sup>2</sup>	—	—	200	356	373
Insgesamt	247	422	1 036	1 505	1 585
darunter Studienanfänger	51	87	176	246	257

1 Einschl. Pädagogischer und Theologischer Hochschulen.

2 Ohne Studierende der ehemaligen Ingenieurakademien.

Abb. 7: Studenten, Studienanfänger sowie bestandene Hochschulprüfungen im früheren Bundesgebiet



<sup>1</sup> Status-quo-Berechnung.

Prognose: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder, Dokumentation Nr. 116.

Prognose der Studienanfänger, Studenten und Hochschulabsolventen bis 2010.

schließlich nach dem Interessenschwerpunkt wählen (können). Deutlich zeigt sich dies bei den Lehramtsstudenten. Lag ihr Anteil im Wintersemester 1975/76 noch bei 30 % der Studenten, betrug er im Wintersemester 1990/91 nur noch 8,9 %. Kräftig zugenommen hat demgegenüber die Anzahl der Studenten in den Fächergruppen Humanmedizin sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; zwischen 1975 und 1990 war hier ein Zuwachs von 98 bzw. 136 % zu verzeichnen.

Bei den einzelnen Hochschularten in den neuen Bundesländern bestehen deutliche Unterschiede zum früheren Bundesgebiet. Von Hochschulen, die den Universitäten zugeordnet werden, sind nur neun alte Volluniversitäten oder Technische Universitäten; 24 weitere Einrichtungen sind Technische Hochschulen oder Spezialhochschulen, die als wissenschaftliche Hochschulen anerkannt sind, jedoch oft nur einen Studiengang oder eine fachlich eng spezialisierte Ausbildung anbieten.

Tab. 13: Studenten nach ausgewählten Fächergruppen  
im früheren Bundesgebiet  
in Tausend

Wintersemester	Ins-gesamt	Darunter				
		Sprach- und Kulturwissenschaften	Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	Mathematik, Naturwissenschaften	Humanmedizin	Ingenieurwissenschaften
1975/76	836	214	190	143	50	154
1980/81	1 032	236	265	160	78	185
1989/90	1 505	287	427	245	98	320
1990/91	1 585	307	448	262	99	337

Tab. 14: Studierende in den neuen Bundesländern  
nach Wissenschaftszweigen und Hochschularten  
im Wintersemester 1990/91

Wissenschaftszweige <sup>1</sup>	Studierende an Hochschulen insgesamt	Davon an		
		Universitäten	Pädagogischen Hochschulen	Kunst-hochschulen
Mathematik/ Naturwissenschaften	14 876	10 582	4 294	—
Technische Wissenschaften	47 312	46 463	739	110
Medizin	13 877	13 877	—	—
Agrarwissenschaften	6 663	6 663	—	—
Wirtschaftswissenschaften	17 351	17 330	21	—
Philosophisch-historische Wissenschaften, Staats- und Rechtswissenschaften	8 496	8 157	339	—
Kultur-, Kunst- und Sportwissenschaften	6 452	4 295	2 025	132
Literatur- und Sprachwissenschaften	11 507	6 802	4 705	—
Kunst	4 156	—	—	4 156
Pädagogische Fachrichtungen	2 912	2 128	784	—
Insgesamt	133 602	116 297	12 907	4 398

<sup>1</sup> Diese Gliederung entspricht der DDR-Systematik der Studienfächer, die mit den Ergebnissen der Bundes-systematik nicht voll kompatibel ist.

Theologische Hochschulen waren in der ehemaligen DDR staatlich nicht anerkannt und wurden deshalb von der Statistik nicht erfaßt. Fachhochschulen befinden sich derzeit im Aufbau. Der weitere Ausbau der Hochschulen wird noch größere Änderungen im Bildungs- und Schulsystem der neuen Bundesländer mit sich bringen.

In bezug auf die Beliebtheit der einzelnen Studienfächer gibt es bei Männern und Frauen deutliche Unterschiede. Während von den männlichen Studenten technische Studienfächer bevorzugt werden, wenden sich die Studentinnen viel stärker den Sprach- und Kulturwissenschaften zu. Bei beiden Geschlechtern gehören Rechtswissenschaft, Medizin (Allgemeinmedizin), Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftswissenschaften zu den zehn am stärksten besetzten Studienfächern.

Tab. 15: Die zehn am stärksten besetzten Studienfächer  
im Wintersemester 1989/90 im früheren Bundesgebiet  
nur deutsche Studenten

Rang- folge	Studienfach	Männl. %	Rang- folge	Studienfach	Weibl. %
1	Betriebswirtschaftslehre	8,5	1	Betriebswirtschaftslehre	6,7
2	Maschinenbau/-wesen	8,2	2	Medizin	
3	Elektrotechnik/Elektronik	8,1		(Allgemein-Medizin)	6,6
4	Rechtswissenschaft	5,4	3	Germanistik/Deutsch	6,6
5	Medizin		4	Rechtswissenschaft	6,0
	(Allgemein-Medizin)	5,1	5	Biologie	3,8
6	Wirtschaftswissenschaften	4,6	6	Erziehungswissenschaft	
7	Informatik	4,4		(Pädagogik)	3,6
8	Physik	3,6	7	Wirtschaftswissenschaften	3,4
9	Chemie	3,0	8	Anglistik/Englisch	2,9
10	Bauingenieurwesen/ Ingenieurbau	2,7	9	Psychologie	2,7
			10	Architektur	2,6

Die Zahl der bestandenen Prüfungen gibt Aufschluß über die Anzahl der Hochschulabsolventen, die in den letzten Jahren deutlich angewachsen ist.

In der ehemaligen DDR absolvierten 1989 24 200 Studenten erfolgreich ihr Studium, davon 7 200 (30 %) im Bereich der Technischen Wissenschaften.

Nach einer Vorausberechnung der Kultusministerkonferenz wird sich die Zahl der Hochschulabsolventen zunächst noch weiter erhöhen und je nach der Annahme zur Studierwilligkeit der Abiturienten im Jahr 1996 mit 191 000 einen Höchstwert erreichen. Danach wird die Absolventenzahl auf 158 000 bis 179 000 im Jahr 2000 sinken.

Tab. 16: Bestandene Prüfungen an Hochschulen im früheren Bundesgebiet  
in Tausend

Prüfungsgruppe	1970	1980	1988	1989
Diplom (Universität)- und entsprechende Abschlußprüfungen	26	46	74	79
Doktorprüfungen	11	12	17	18
Lehramtsprüfungen	25	30	14	11
Diplom (Fachhochschule) Kurzstudiengänge	—	35	54	55
Insgesamt	—	124	159	163

## 2.6.2 Personal

An den Hochschulen des früheren Bundesgebietes wurden im Jahre 1988 349 000 Beschäftigte gezählt. Von den 298 000 hauptberuflich Tätigen gehörten 102 000 zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal und 196 000 zum Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal. 51 000 übten ihre Tätigkeiten nebenberuflich aus; dazu zählten insbesondere die Lehrbeauftragten, Tutoren und wissenschaftlichen Hilfskräfte mit Abschlußprüfung. Bei einem Vergleich mit den Personalzahlen der Vorjahre ist zu berücksichtigen, daß seit 1982 die studentischen Hilfskräfte nicht mehr erfaßt werden; dies wirkt sich deutlich bei den Angaben über das nebenberufliche Verwaltungs-, technische und sonstige Perso-

Tab. 17: Personal an Hochschulen im früheren Bundesgebiet  
in Tausend

Merkmal	1972	1980	1988
Wissenschaftliches und künstlerisches Personal			
Hauptberuflich	66	86	102
Nebenberuflich	22	42	49
Zusammen	88	127	151
Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal			
Hauptberuflich	108	164	196
Nebenberuflich	22	28	2
Zusammen	130	191	198
Insgesamt	218	319	349
Studenten je hauptberufliche Lehrperson	10	12	14

nal aus. Trotzdem kann festgestellt werden, daß sich seit 1972 die Zahl der Beschäftigten an den Hochschulen um 131 000 erhöht hat, das hauptberufliche wissenschaftliche und künstlerische Personal wuchs um 36 000 an. Im gleichen Zeitraum ist aber die Studentenzahl noch stärker gestiegen, so daß 1972 im Durchschnitt zehn, 1988 aber vierzehn Studenten auf eine hauptberufliche Lehrperson kamen.

## 2.7 Weiterbildung

Breite Bevölkerungsschichten haben die Notwendigkeit des „lebenslangen Lernens“ erkannt. In einer Zeit raschen technologischen Wandels müssen viele Erwerbstätige damit rechnen, daß sie ihren ursprünglich erlernten Beruf nicht ein Leben lang ausüben können. Immer häufiger nehmen deshalb Beschäftigte an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teil. Aber auch die allgemeine Weiterbildung erfreut sich wachsender Beliebtheit, wie insbesondere der starke Zuspruch zu den Volkshochschulen erkennen läßt.

Eine in den Jahren 1979, 1982, 1985 und 1988 im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft durchgeführte repräsentative Umfrage unter 19- bis 64jährigen Bundesbürgern bestätigt diese Tendenz. Im früheren Bundesgebiet hat danach 1988 etwa jeder dritte Bundesbürger in diesem Alter an irgendeiner Form von Weiterbildung teilgenommen (35 %). Hochgerechnet sind dies 12,5 Mill. Personen, die sich – teils mehrfach – weitergebildet haben. Die Teilnahmequote ist gegenüber 1985 deutlich gestiegen. Dies ist der höchste Stand seit Beginn der Umfrage 1979.

An beruflicher Weiterbildung haben 1988 hochgerechnet rund 6,4 Mill. Personen teilgenommen. Damit ist die Gesamtzahl der Teilnehmer gegenüber 1979, 1982 und 1985 erheblich gestiegen. An allgemeinen und politischen Weiterbildungsveranstaltungen haben sich 1988 hochgerechnet rund 8,0 Mill. Personen beteiligt, gegenüber 6,2 Mill. in 1985. Die Entwicklung der Teilnehmerzahlen sowie vor allem das zeitliche Volumen lassen eine zunehmende Konzentration auf die berufsbezogene Weiterbildung erkennen.

Hochqualifizierte Personen bemühen sich verstärkt um ihre Weiterbildung (53 % der Hochschulabsolventen nahmen 1989 an entsprechenden Maßnahmen teil). Dagegen wenden die Bundesbürger ohne abgeschlossene Berufsausbildung weniger Zeit für ihr Fortkommen auf; nur 18 % besuchten 1988 entsprechende Veranstaltungen.

In der beruflichen Weiterbildung dominieren eindeutig die Arbeitgeber/Betriebe, die 44 % der Teilnahmefälle und ein Drittel des Stundenvolumens auf sich vereinen. In der allgemeinen und politischen Weiterbildung sind vor allem die Volkshochschulen engagiert, die ein Drittel der Teilnahmefälle erfassen.



Tab. 18: Weiterbildungsteilnahme nach Weiterbildungsbereichen  
im früheren Bundesgebiet  
in Prozent der Bevölkerung im Alter von 19 bis 64 Jahren

Weiterbildungsbereiche	Teilnahme an Weiterbildung im letzten Jahr <sup>1</sup>		
	1979	1982	1988
Berufliche Weiterbildung insgesamt	10	12	17
und zwar:			
Lehrgänge/Kurse zur Umschulung auf einen anderen Beruf	1	1	1
Lehrgänge/Kurse für den beruflichen Aufstieg (z. B. zum Meister, Techniker, Betriebswirt)	2	2	3
Besondere Lehrgänge/Kurse im Betrieb zur Einarbeitung in eine neue Arbeit	3	4	4
Sonstige Lehrgänge/Kurse im Beruf	6	8	9
Teilnahmequote an beruflicher Weiterbildung	10	12	18
Allgemeine Weiterbildung insgesamt	12	14	–
und zwar Besuch von Kursen, Lehrgängen oder Vorträgen zu den Themenschwerpunkten:			
Fragen der Gesundheit und der gesundheitsgerechten Lebensführung	3	3	4
Versicherungs-, Renten-, Steuer- und sonstige Rechtsfragen	2	2	2
Wie man einen Haushalt führt	1	0	1
Wie man Kinder versorgt und erzieht oder ihnen in der Schule hilft	1	1	1
Wie man mit persönlichen oder familiären Problemen fertig wird	1	1	1
Sprachkenntnisse	3	4	7
Praktische Kenntnisse, die man manchmal braucht, z. B. Erste Hilfe, Reparaturen im Haus, am Auto usw.	3	3	2
Naturwissenschaften und Technik	2	1	1
Wie man aktiv seine Freizeit gestalten kann, z. B. Basteln, ein Musikinstrument spielen, Tierhaltung, Gartenpflege und andere Hobbys	2	3	2
Wissen auf Gebieten, wie z. B. Kunst, Literatur, Religion, Geschichte oder Länderkunde	2	2	3
Politische Weiterbildung			
Besuch von Kursen, Lehrgängen oder Vorträgen zum Themenbereich:			
Rechte und Pflichten des Staatsbürgers, Wissen über Politik	2	2	1
Teilnahmequote an allgemeiner und politischer Weiterbildung	16	21	22

1 „Im letzten Jahr“ bedeutet in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung.

Quelle: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Bildung-Wissenschaft-Aktuell, Berichtssystem Weiterbildungsverhalten 1989.

Insgesamt verzeichneten die Volkshochschulen im früheren Bundesgebiet 1989 5,6 Mill. Teilnehmer an Lehrgängen, Kursen und Arbeitsgemeinschaften, 3,3 Mill. Personen besuchten Einzelveranstaltungen; dabei sind Mehrfachzählungen durch Belegung mehrerer Veranstaltungen möglich. Zum beliebtesten Volkshochschulangebot gehören die Sprachkurse, die 1989 von rund 31 % aller Teilnehmer belegt wurden. Etwa 57 000 Personen besuchten Lehrgänge, um einen Schulabschluß nachzuholen, davon wollten 38 % den Hauptschulabschluß erwerben.

In der ehemaligen DDR wurden Lehrgänge an Volkshochschulen 1989 von 323 186 Teilnehmern belegt. Darunter waren 69,1 % Lehrgänge zur Erweiterung und Vertiefung der Allgemeinbildung und 22,4 % Fremdsprachenlehrgänge. 11 472 Teilnehmer strebten das Nachholen von Schulabschlüssen an. Eine bedeutende Rolle hatte auch das Fernstudium an Fachschulen und Hochschulen in der ehemaligen DDR. So studierten 1989 rund 11 % aller Studenten im Fernstudium, bei den Fachschülern sogar fast 38 %.

## 2.8 Bildungsniveau der Bevölkerung

Die Qualifikation der Bevölkerung ist auch von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da neben der Ausstattung mit Bodenschätzen und Produktionsanlagen vor allem die Qualität der menschlichen Arbeitskraft („Humankapital“) das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft bestimmt. Für den einzelnen stellt die Ausbildung einen entscheidenden Schritt zur Selbstentfaltung und Entwicklung der Persönlichkeit dar.

Tab. 19: Bildungsniveau der Bevölkerung im April 1989  
Allgemeinbildender Schulabschluß im früheren Bundesgebiet

Alter in Jahren	Noch ohne Schulabschluß <sup>1</sup>		Volksschule/ Hauptschule <sup>2</sup>		Realschul- od. gleichwertiger Abschluß		Fachhoch-/ Hochschulreife	
	1 000	% <sup>3</sup>	1 000	% <sup>3</sup>	1 000	% <sup>3</sup>	1 000	% <sup>3</sup>
15–19	1 768	47,6	1 031	27,8	763	20,6	150	4,0
20–29	182	1,8	4 283	41,4	3 106	30,0	2 782	26,9
30–39	57	0,7	4 768	54,6	1 897	21,7	2 004	23,0
40–49	65	0,8	5 473	65,7	1 600	19,2	1 191	14,3
50–59	71	0,9	6 344	77,0	1 130	13,7	698	8,5
60 und älter	178	1,3	10 637	79,1	1 704	12,7	922	6,9
Insgesamt	2 320	4,4	32 535	61,6	10 200	19,3	7 746	14,7

1 Einschl. Personen ohne Angabe.

2 Abgänger von der Volks- bzw. Hauptschule mit oder ohne entsprechenden Abschluß.

3 Anteil an der Bevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe.

Im Jahre 1989 hatten im früheren Bundesgebiet rund 34,0 % der Bevölkerung über 15 Jahre einen sogenannten „höherwertigen“ Bildungsabschluß (Realschulabschluß/Fachhochschul-, Hochschulreife). In der Gruppe der 20- bis unter 30jährigen konnte bereits über die Hälfte (56,9 %) einen solchen Abschluß nachweisen, während die Altersjahrgänge ab 60 lediglich zu etwa 19,5 % eine Realschule oder ein Gymnasium erfolgreich absolviert hatten.

Etwa 62,5 % der Bevölkerung über 15 Jahre absolvierten außer der allgemeinbildenden Schule auch eine berufliche Ausbildung, und zwar überwiegend in Form einer Lehre. Bei der Mikrozensusbefragung im April 1989 gaben 49,4 % der Befragten eine Lehre als beruflichen Ausbildungsabschluß an. Rund 7,4 % hatten einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluß.

Fast jeder vierte Erwerbstätige (23,4 %) war im April 1989 ohne beruflichen Ausbildungsabschluß: bei den erwerbstätigen Männern 19,6 % und bei den erwerbstätigen Frauen sogar 29,5 %.

Tab. 20: Bildungsniveau der Bevölkerung im April 1989  
Beruflicher Bildungsabschluß im früheren Bundesgebiet

Alter in Jahren	Lehr-, Anlern- ausbildung <sup>1</sup>		Fachschul- <sup>2</sup> abschluß		Fachhochschul- <sup>3</sup> abschluß		Hochschul- <sup>4</sup> abschluß	
	1 000	% <sup>5</sup>	1 000	% <sup>5</sup>	1 000	% <sup>5</sup>	1 000	% <sup>5</sup>
15–29	6 487	46,1	391	2,8	221	1,6	303	2,2
30–44	7 188	57,6	991	7,9	568	4,6	1 243	10,0
45–59	6 730	52,5	943	7,4	361	2,8	646	5,0
60 und älter	5 697	42,4	658	4,9	208	1,5	366	2,7
Insgesamt	26 100	49,4	2 989	5,7	1 358	2,6	2 559	4,8

1 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses oder eines beruflichen Praktikums.

2 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung.

3 Einschl. Ingenieurschulabschluß.

4 Ohne Fachhochschulabschluß.

5 Anteil an der Bevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe.

## 2.9 Bildung und individuelle Merkmale

Im bisherigen Bundesgebiet hat sich die Bildungssituation der Frauen in einem Zeitraum von einer Generation erheblich verbessert. So besaßen im Jahr 1989 bei den 50- bis 54jährigen etwa 12 % der männlichen, aber nur rund 6 % der weiblichen Bevölkerung das Abitur. Bei der jüngeren Generation fallen dagegen

die geschlechtsspezifischen Bildungsunterschiede kaum ins Gewicht: In der Altersgruppe der 20- bis 24jährigen hatten 26,6 % der Männer und 26,8 % der Frauen die Fachhochschul- oder Hochschulreife.

Diese Entwicklung wird sich auch in Zukunft fortsetzen. So wurden an den Gymnasien im Jahr 1989 etwa gleich viele Mädchen (51,0 %) wie Jungen unterrichtet; an den Realschulen waren sie sogar stärker (52,4 %) vertreten. Auch an den Berufsfachschulen (64,9 %) und den Schulen des Gesundheitswesens (85,3 %) stellten sie die Mehrheit der Schüler.

In der betrieblichen Berufsausbildung sind die weiblichen Auszubildenden dagegen noch erheblich unterrepräsentiert: Im Jahr 1989 waren nur 43,1 % aller Auszubildenden Mädchen. Noch etwas niedriger lag im Wintersemester 1989/90 der Frauenanteil an den Hochschulen mit 38,2 %. Seit 1970 ist jedoch der Frauenanteil sowohl in der betrieblichen Berufsausbildung als auch an den Hochschulen um 7 Prozentpunkte gestiegen.

Der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium besuchen, ist sehr gering: 1989 wurden nur etwa 9,7 % aller Ausländerkinder, die auf allgemeinbildende Schulen gingen, an Gymnasien unterrichtet, dagegen besuchten rund 70 % Grund- und Hauptschulen (einschl. schulartunabhängige Orientierungsstufe). Offenbar führen ungenügende Sprachkenntnisse, eine andere Einstellung der Eltern zur Notwendigkeit der Ausbildung sowie finanzielle Probleme in vielen Fällen zur geringeren Qualifikation der Ausländerkinder. Auch in der betrieblichen Berufsausbildung sind Ausländer unterrepräsentiert. 1989 betrug ihr Anteil an den Auszubildenden 5,4 %. Ein Vergleich der ausländischen Auszubildenden insgesamt mit den für die Berufsausbildung besonders bedeutsamen Altersjahrgängen ergibt, daß 1989 32,4 % der 15- bis 18jährigen erwerbstätigen Ausländer eine betriebliche Berufsausbildung durchliefen. Für die deutschen Jugendlichen liegt die Vergleichsquote bei rund 56 %. Etwas günstiger sieht es an den Hochschulen aus. Im Wintersemester 1989/90 war jeder 16. Student ausländischer Herkunft. Allerdings ist bei diesen Zahlenangaben zu berücksichtigen, daß die ausländischen Schüler und Auszubildenden überwiegend ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben, während sich die ausländischen Studenten in der Mehrzahl hier nur vorübergehend zu Studienzwecken aufhalten.

Ein enger Zusammenhang besteht auch zwischen der Ausbildung der Kinder und dem Bildungsabschluß bzw. der beruflichen Stellung der Eltern, insbesondere des Vaters. Dies zeigt eine Auswertung der Mikrozensus 1972 und 1989. Unterscheidet man nach den Kategorien Selbständiger, Beamter, Angestellter oder Arbeiter, bestätigt sich, daß Arbeiterkinder immer noch deutlich häufiger als Kinder von Eltern anderer Berufsgruppen die Hauptschule besuchen und an Realschulen und Gymnasien schwächer vertreten sind. Allerdings hat sich der Anteil der Arbeiterkinder, die diese beiden Schulformen besuchen, zwischen 1972 und 1989 von 17,1 % auf 26,9 % erhöht (vgl. auch Teil II, Kap. 6).

Kinder, deren Eltern einen gymnasialen Schulabschluß haben, besuchen zu einem sehr viel größeren Prozentsatz das Gymnasium (54,1 %) als Kinder von Eltern mit Hauptschulabschluß (13,3 %) oder Realschulabschluß (32,6 %).

Tab. 21: Bildung und soziale Herkunft im früheren Bundesgebiet<sup>1</sup>

Schultyp	Familienvorstand ist erwerbstätig als							
	Selbständiger		Beamter		Angestellter		Arbeiter	
	1972	1989	1972	1989	1972	1989	1972	1989
Grund-, Haupt- (Volks-)schule	63,3	45,0	45,9	34,5	51,6	39,5	80,1	68,4
Real-/Mittelschule	16,2	19,8	15,1	16,0	17,4	19,9	11,5	17,9
Gymnasium	20,1	31,8	36,8	45,3	28,7	35,5	5,6	9,0
Integrierte Gesamtschule	–	3,4	–	4,2	–	5,2	–	4,6
Angabe fehlt	2,4	–	2,2	–	2,3	–	2,9	–
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

<sup>1</sup> Schulbesuch von Kindern im Alter von 10 bis unter 15 Jahren aus vollständigen Familien nach der beruflichen Stellung des Familienvorstandes 1972/89 in Prozent.

Quelle: Mikrozensus 1972 und 1989.

Tab. 22: Schulbesuch der Kinder und Bildungsniveau der Eltern im früheren Bundesgebiet<sup>1</sup>

Schultyp	Schulabschluß des Familienvorstandes					
	Grund-, Haupt- (Volks-)schule		Real-/Mittelschule u. dgl.		Gymnasium	
	1972	1989	1972	1989	1972	1989
Grund-, Haupt- (Volks-)schule	73,5	62,8	41,4	40,7	24,7	29,8
Real-/Mittelschule	14,7	19,4	21,9	21,0	–	11,2
Gymnasium	9,9	13,3	36,3	32,6	66,9	54,1
Integrierte Gesamtschule	–	4,6	–	5,8	–	4,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

<sup>1</sup> Kinder im Alter von 10 bis unter 15 Jahren nach derzeitigem Schulbesuch und letztem allgemeinbildenden Schulabschluß des Familienvorstandes 1972/89 in Prozent.

Quelle: Mikrozensus 1972 und 1989.

## 2.10 Öffentliches Bildungsbudget

In der Bundesrepublik Deutschland gehört Bildung im Sinne der „organisierten Wissensvermittlung“ seit über 150 Jahren zu den Aufgaben des Staates und ist damit Gegenstand öffentlicher Finanzierung. Das Bildungsbudget im früheren Bundesgebiet belief sich 1988 auf rund 94 Mrd. DM, das entsprach rund 16 % der gesamten Ausgaben der öffentlichen Haushalte (Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände). Dieser Betrag stellt nach der sozialen Sicherung den zweitgrößten Posten im öffentlichen Gesamthaushalt dar.

Tab. 23: Bildungsbudget im früheren Bundesgebiet

Jahr	Ausgaben insgesamt Mrd. DM	DM je Einwohner
1970	27,8	458
1975	56,8	919
1980	77,2	1 254
1985	86,1	1 412
1986	89,2	1 461
1988	93,5	1 523

Zwischen 1970 und 1988 hat sich das Bildungsbudget mehr als verdreifacht. Allerdings bedeutet diese Zunahme keine ebenso starke Erhöhung der realen Leistungen (z.B. Stellenaufstockungen, Neubauten von Schulen und Hochschulen u.ä.), vielmehr ist ein erheblicher Teil des Ausgabenwachstums auf Preissteigerungen sowie auf Lohn- und Gehaltserhöhungen zurückzuführen. Pro Kopf der Bevölkerung stieg das Bildungsbudget zwischen 1970 und 1988 ebenfalls auf über das Dreifache an.

## 2.11 Ausbildungsförderung

Die Ausbildungsförderung ist zusammen mit anderen direkten Leistungen (z.B. Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen Bestandteil der Maßnahmen, die dazu dienen, die unterschiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch Ausbildungsförderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen die Möglichkeit erhalten, eine Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung durchzuführen.

Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist im Zuge der staatlichen Sparmaßnahmen Anfang der 80er Jahre mehrfach eingeschränkt worden. Ab Herbst 1983 wurde die BAföG-Förderung im Hochschulbereich vollständig auf Darlehen umgestellt und im Schulbereich auf die notwendigerweise auswärts untergebrachten Schüler sowie die Abendschüler, Kollegiaten und eine Gruppe von Fachschülern beschränkt. Die Förderung der zu Hause wohnenden Schüler wurde eingestellt, da dies als Aufgabe der einzelnen Bundesländer

Tab. 24: Geförderte Schüler und Studenten sowie finanzieller Aufwand im früheren Bundesgebiet

Jahr	Geförderte <sup>1</sup>	Finanz- aufwand	Durchschnittlicher Förderungsbetrag pro Person
	1 000	Mill. DM	DM je Monat
Schüler			
1977	270	862	266
1980	489	1 592	271
1983	298	1 069	299
1987	68	432	530
1990	80	509	529
Studenten			
1977	318	1 680	441
1980	341	2 044	500
1983	327	2 025	516
1987	273	1 874	572
1990	291	2 082	596
Insgesamt			
1977	587	2 542	361
1980	830	3 636	365
1983	625	3 094	412
1987	341	2 306	564
1990	371	2 591	582

1 Durchschnittlicher Monatsbestand.

angesehen wurde. Diese Einschränkungen wurden ab Herbst 1990 im Hochschulbereich mit der Zahlung der Hälfte der Förderung als Zuschuß und der Erweiterung der Schülerförderung wieder teilweise aufgehoben. Die Mehrzahl der Länder hat inzwischen auch eigene Landesausbildungsförderungsgesetze zur Förderung von Schülern, die bei den Eltern wohnen, geschaffen oder vorbereitet; Angaben über die Gesamtzahl dieser Leistungsempfänger liegen aber nicht vor.

Leistungen nach dem BAföG erhielten im Jahr 1990 582 200 Schüler und Studenten. Da sich die Förderung jedoch zum Teil nicht über ein ganzes Jahr erstreckte, belief sich die Zahl der im Durchschnitt je Monat geförderten Personen nur auf 371 000. Von den durchschnittlich 80 000 geförderten Schülern besuchten 20 000 eine Berufsfachschule (einschl. aller Formen der beruflichen Grundbildung) und 18 000 eine Fachschule; unter den durchschnittlich 291 000 geförderten Studenten waren 187 000 an Universitäten (einschl. Pädagogischer und Theologischer Hochschulen sowie Gesamthochschulen) und 97 000 an Fachhochschulen eingeschrieben.

Die Ausbildungsförderung nach dem BAföG wird ab dem 1. 1. 1991 auch in den neuen Bundesländern geleistet.

2,6 Mrd. DM wurden für die Ausbildungsförderung nach dem BAföG im Jahr 1990 ausgegeben, 0,5 Mrd. DM für die Schüler- und 2,1 Mrd. DM für die Studentenförderung. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Schüler 529 DM je Monat, ein geförderter Student 596 DM.

Aufgrund der verschiedenen Einschränkungen der Leistungen nach dem BAföG, insbesondere im Schulbereich, lag die durchschnittliche Zahl der Geförderten 1990 um 55 % – bei den Schülern um 84 % und bei den Studenten um 15 % – niedriger als 1980. Im gleichen Zeitraum verringerte sich der Finanzaufwand um 29 %. Jedoch sind die durchschnittliche Zahl der Geförderten und auch der Finanzaufwand mit dem Inkrafttreten des 12. BAföG-Änderungsgesetzes 1990 wieder deutlich angestiegen.



## 3 Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

### 3.1 Im Blickpunkt: Erwerbstätige und Arbeitslose

Statistische Angaben über den Problembereich „Beschäftigung und Arbeitslosigkeit“ vermitteln wichtige Aussagen über das Wirtschaftsleben und die Konjunkturentwicklung. Ihr hoher Stellenwert in der Wirtschaftspolitik resultiert in erster Linie aus den nun schon seit Mitte der 70er Jahre anhaltenden Ungleichgewichten am Arbeitsmarkt.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands treten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR das zuvor in dieser Form unbekannte Problem der Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Gefahr des sozialen Abstiegs auf. Der Grund ist die Freisetzung von Arbeitskräften beim Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Während 1990 in den elf alten Bundesländern die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr zurückging, war im Beitrittsgebiet eine steigende Zahl von Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen. Arbeitslosigkeit ist keine abstrakte Größe, sondern sie greift entscheidend in das Leben der Betroffenen und ihrer Familien ein. Entsprechend zählen ihr Abbau und die schrittweise Erreichung der Vollbeschäftigung zu den erklärten Zielen der Politik.

Tab. 1: Eckdaten zu Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit  
im früheren Bundesgebiet im April 1990

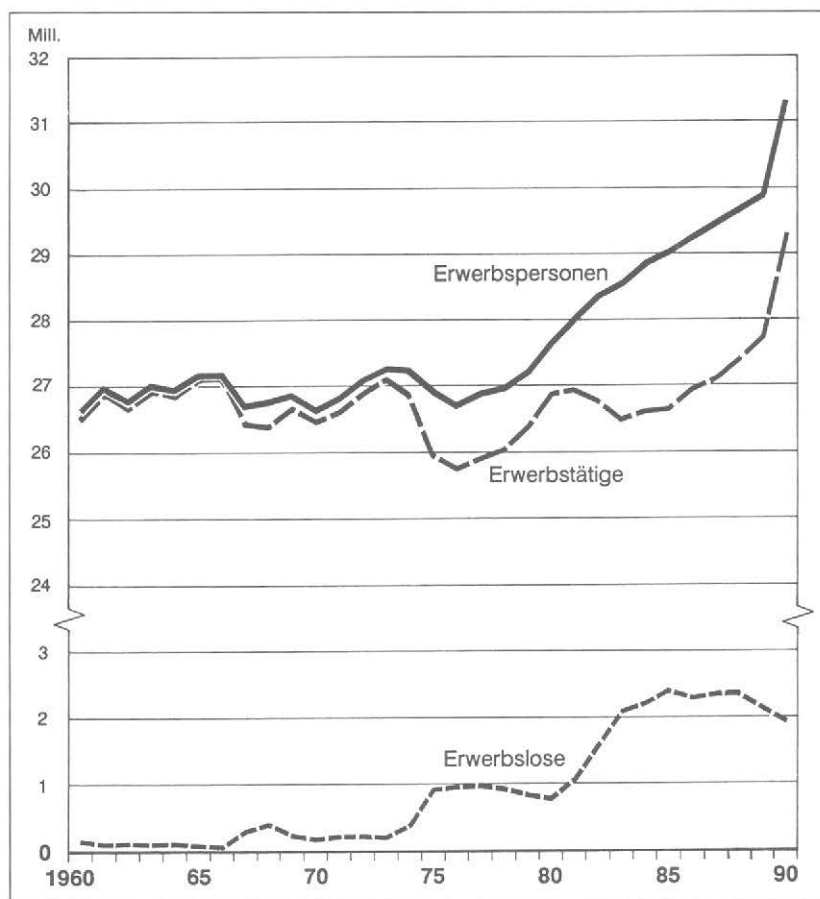
Merkmal	Erwerbstätige		Erwerbslose	
	1 000	%	1 000	Erwerbslosen- quote <sup>1</sup>
Insgesamt	29 334	100	1 971	7,5
männlich	17 585	59,9	943	6,1
weiblich	11 749	40,1	1 028	9,7

<sup>1</sup> Anteil der Erwerbslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (mit Soldaten).

Dennoch sollte der Blick beim Thema Erwerbstätigkeit nicht zu einseitig auf die Arbeitslosigkeit verengt werden. Die Erwerbstätigkeit nimmt im menschlichen Leben einen zentralen Platz ein, nicht nur zur Sicherung des Lebensunterhalts, sondern auch bei der persönlichen Selbstentfaltung, und weil die Arbeitsbedingungen die gesamten Lebensumstände entscheidend beeinflussen.

Das Zahlenmaterial über Erwerbstätige und Arbeitslose stammt aus unterschiedlichen Quellen. Zu nennen sind die Statistiken der Arbeitsämter und die Beschäftigtenstatistik der Sozialversicherungsträger, die beide vorhandene Verwaltungsunterlagen auswerten, sowie die Erhebungen der Statistischen Ämter, wie der Mikrozensus und die Berufstätigenerhebung in den neuen Bundesländern oder die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Gemeinschaften. Sie gehen zum Teil

Abb. 1: Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit seit 1960<sup>1</sup> im früheren Bundesgebiet



<sup>1</sup> Ergebnisse des Mikrozensus; außer 1983 und 1984: Ergebnisse aus EG-Arbeitskräftestichprobe.

von unterschiedlichen Begriffsabgrenzungen aus, die beachtet werden müssen, damit bei der Interpretation der Zahlen keine Mißverständnisse auftreten. Vielfach wird nicht einheitlich zwischen Erwerbspersonen und Erwerbstätigen sowie Erwerbslosen und Arbeitslosen unterschieden.

Zu den *Erwerbspersonen* gehören aus statistischer Sicht sowohl die Erwerbstätigen als auch die Erwerbslosen:  $\text{Erwerbspersonen} = \text{Erwerbstätige} + \text{Erwerbslose}$ .

*Erwerbstätig* (umgangssprachlich auch „berufstätig“) sind alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen (abhängig Beschäftigte) sowie alle Selbständigen, Freiberufler und mithelfenden Familienangehörigen. Ob es sich um eine hauptberufliche Tätigkeit oder eine Nebentätigkeit handelt und wie hoch das Entgelt ist, spielt für die Zuordnung keine Rolle.

*Erwerbslos* sind alle Nichtbeschäftigten, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt registriert sind oder nicht. Als *Arbeitslose* gelten hingegen nur diejenigen Personen, die beim Arbeitsamt als solche gemeldet sind – ohne sonstige Erwerbslose (vgl. 3.7 bis 3.11).

Nach diesen Abgrenzungen gab es im April 1990 im früheren Bundesgebiet rund 31,3 Mill. Erwerbspersonen, darunter gut 29,3 Mill. Erwerbstätige. Im Vergleich zum April 1980 zeigt sich bei einer Steigerung der Erwerbspersonenzahl um fast 3,7 Mill. eine Zunahme der Erwerbstätigen um knapp 2,5 Mill., der ein Anstieg der Erwerbslosigkeit um rund 1,2 Mill. gegenüberstand.

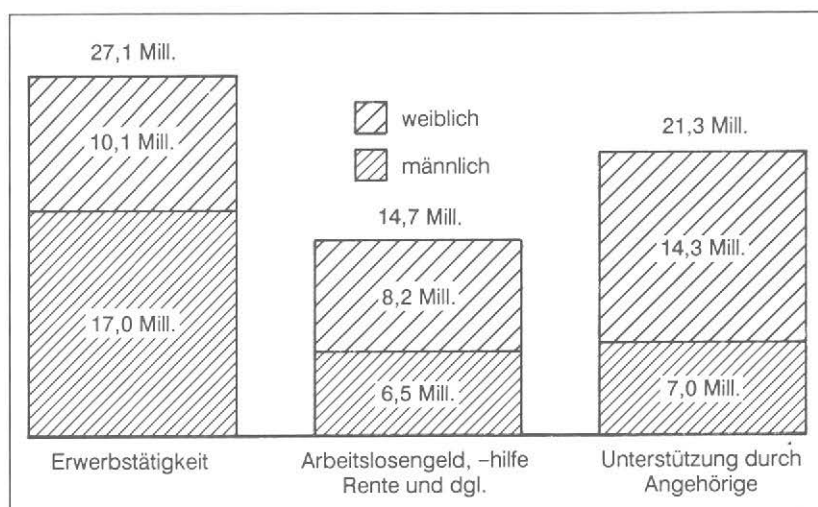
Die Berufstätigenerhebung auf dem Gebiet der fünf neuen Länder und des Ostteils Berlins ergab im November 1990 einen Stand von rund 7,6 Mill. Beschäftigten. Die Zahl der Arbeitslosen wurde im gleichen Monat auf fast 590 000 beziffert.

## 3.2 Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle

Für 43,0 % der Bevölkerung in den elf alten Bundesländern war im April 1990 die eigene Erwerbstätigkeit die wichtigste Unterhaltsquelle. 33,7 % wurden ganz oder zum Teil durch Angehörige (Eltern, Ehepartner, Kinder usw.) versorgt. 21,5 % lebten überwiegend von Renten, Pensionen und Erträgen aus Vermögen, sonstigen Unterstützungen und Sozialhilfe, und 1,8 % bestritten ihren Lebensunterhalt aus Arbeitslosengeld oder -hilfe.

Nicht für alle Erwerbstätigen reicht das Arbeitseinkommen als einzige Unterhaltsquelle aus. 1,7 Mill. Berufstätige (5,8 % der Erwerbstätigen) im früheren Bundesgebiet wurden 1990 überwiegend von ihren Angehörigen unterstützt. Es handelt sich dabei mehrheitlich um jüngere Menschen (Auszubildende) und Frauen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen.

Abb. 2: Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt im April 1990 im früheren Bundesgebiet



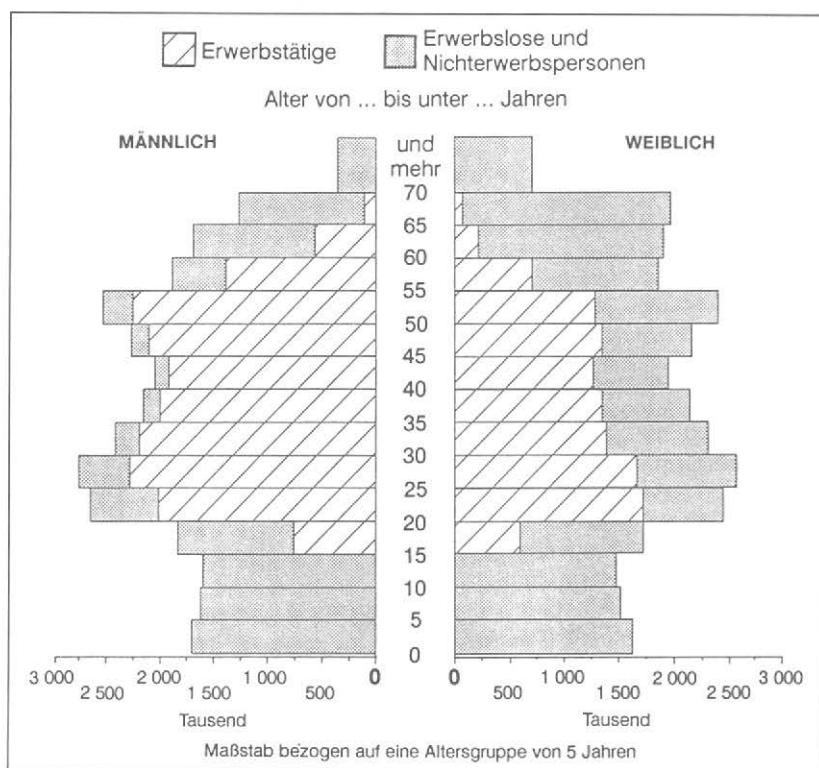
### 3.3 Beteiligung am Erwerbsleben

Der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung (*Erwerbsquote*) im früheren Bundesgebiet lag 1990 mit 49,6 % etwas höher als 1950 (46,2 %), obwohl sich die Ausbildungszeiten verlängert haben und die Möglichkeit besteht, früher aus dem Erwerbsleben auszusteigen. Hier machen sich vor allem die Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung bemerkbar.

Tab. 2: Erwerbsquoten im früheren Bundesgebiet  
Anteil der Erwerbspersonen an 100 Männern bzw. Frauen

Jahr	Männer	Frauen	Verheiratete Frauen	Insgesamt
1950	63,2	31,3	25,0	46,2
1960	63,2	33,6	32,5	47,7
1970	58,3	30,2	35,6	43,5
1980	58,4	32,6	40,6	44,9
1985	60,3	35,9	42,5	47,6
1990	60,8	39,2	47,4	49,6

Abb.3: Bevölkerung nach Alter und Beteiligung am Erwerbsleben im April 1990<sup>1</sup> im früheren Bundesgebiet



1 Ergebnisse des Mikrozensus.

Hinzu kommt die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen. Besonders hoch war der Anstieg der Erwerbsquote bei verheirateten Frauen, nämlich von 25 % 1950 auf rund 47,4 % 1990. Bezogen auf die 15- bis unter 65jährigen Männer lag die Erwerbsquote 1990 bei 82,7 %, für die gleichaltrigen Frauen bei 58,5 %.

In den neuen Bundesländern, für die noch keine gesicherten Zahlen vorliegen, dürfte die Frauenerwerbsquote 1990 über 80 % betragen haben.

Eine Aufschlüsselung der Erwerbsquote in den elf alten Bundesländern nach dem Alter der Frauen zeigt eine deutliche Zunahme der Erwerbstätigkeit bei den 25- bis 50jährigen Frauen. Sie stieg in den vergangenen 30 Jahren um mehr als 20 %.

Auch hinsichtlich der Tatsache, ob Kinder zu versorgen sind, zeigen sich Unterschiede in der Erwerbsquote der Frauen. Bei den 25- bis unter 30jährigen Frauen

erreichte die Erwerbsquote der Frauen ohne Kinder im April 1990 mit 90,4 % den höchsten Wert, während von den Frauen gleichen Alters mit Kindern im Alter von sechs bis unter 15 Jahren 65,3 % am Erwerbsleben beteiligt waren.

Tab. 3: Frauenerwerbsquoten nach Altersgruppen im früheren Bundesgebiet

Altersgruppen ... bis unter ... Jahre	1962	Jahr 1990
15–20	71,9	37,3
20–25	71,2	75,7
25–30	51,1	71,6
30–35	44,8	66,9
35–40	46,2	68,0
40–45	46,9	69,4
45–50	43,5	66,7
50–55	39,6	57,8
55–60	33,7	43,8
60–65	21,7	12,5
65–70	12,0	3,9

### 3.4 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

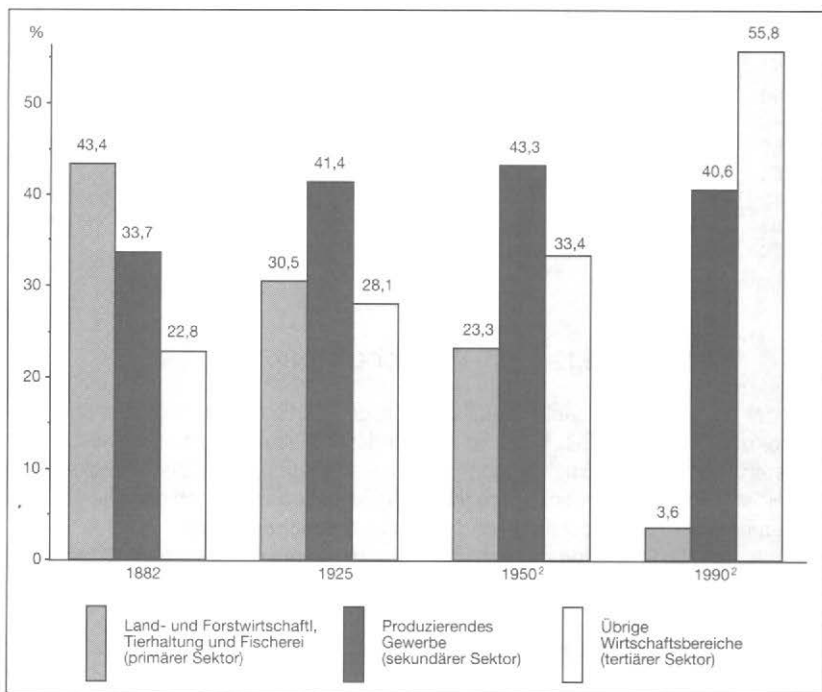
Wendet man die traditionelle Aufgliederung der Wirtschaftsbereiche in primären (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), sekundären (Produzierendes Gewerbe) und tertiären Sektor (Dienstleistungen) auf die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Erwerbstätigen an, werden tiefgreifende Wandlungen im Zeitablauf offenkundig. Änderungen in den Produktions- und Fertigungsverfahren, zunehmende Automatisierung und Rationalisierung und die veränderte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen haben zu einer erheblichen Umverteilung der Erwerbstätigen geführt.

Am auffälligsten ist die Schrumpfung des primären Sektors: Während die zur Landwirtschaft zählenden Erwerbspersonen vor rund hundert Jahren mit über 8 Mill. Beschäftigten zahlenmäßig an der Spitze der drei großen Wirtschaftsbereiche standen, lagen sie 1990 mit Abstand an letzter Stelle.

1882 war nahezu jeder zweite Erwerbstätige im primären Sektor beschäftigt, 1990 dagegen nur noch ungefähr jeder 27. (in den elf alten Bundesländern). Nur noch rund 1 Mill. Menschen arbeiten dort heute in der Landwirtschaft. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR waren es Ende November 1990 knapp 625 000 Beschäftigte. In dem starken Rückgang der Beschäftigtenzahlen im früheren Bundesgebiet spiegelt sich insbesondere der Einsatz moderner, arbeitskräftesparender landwirtschaftlicher Maschinen wider.

Der Abnahme im Agrarbereich steht eine starke Zunahme im tertiären Sektor gegenüber. Hier arbeitet heutzutage mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen, während vor gut hundert Jahren nicht einmal ein Viertel im Dienstleistungsgewerbe beschäftigt war. Der Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe hat sich im selben Zeitraum demgegenüber trotz erheblicher Produktionssteigerungen nur verhältnismäßig schwach von etwa 34 % auf rund 41 % im früheren Bundesgebiet erhöht.

Abb. 4: Erwerbstätige<sup>1</sup> nach Wirtschaftsbereichen



<sup>1</sup> 1882 und 1925 Erwerbspersonen.

<sup>2</sup> 1950 und 1990 früheres Bundesgebiet.

Der Vergleich der Erwerbstätigenzahlen des Produzierenden Gewerbes im früheren Bundesgebiet zeigt eine Abnahme 1990 gegenüber 1980 um rund 270 000 oder etwa 2 % und gegenüber 1970 sogar um ca. 9 %. Der Dienstleistungssektor ist – in dieser groben Untergliederung betrachtet – der einzige Bereich, in dem im Vergleich zu 1980 bzw. 1970 Arbeitsplätze geschaffen wurden. 1990 lag die Erwerbstätigenzahl hier um etwa 23 % höher als 1980 und um ca. 45 % höher als 1970.

Tab. 4: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen  
(Ergebnisse des Mikrozensus)  
in Tausend

Wirtschaftsbereiche	Früheres Bundesgebiet					Ehem. DDR <sup>1</sup>
	1950 <sup>2</sup>	1960	1970	1980	1990	1990
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	5 089	3 541	2 370	1 437	1 070	625
Produzierendes Gewerbe	9 381	12 722	12 797	12 174	11 903	3 413
übrige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)	7 337	10 238	11 285	13 263	16 361	3 575
Insgesamt	21 808	26 501	26 452	26 874	29 334	7 613

1 Ergebnisse der Berufstätigenerhebung.

2 Ergebnisse der Volkszählung.

### 3.5 Berufe und Tätigkeitsmerkmale

Von der Wandlung der Wirtschaftsstruktur sind auch viele Berufe bzw. Berufsbereiche betroffen. So geht der Rückgang des primären Sektors mit einer abnehmenden Besetzung der landwirtschaftlichen Berufe einher. Auch die Anzahl der Erwerbstätigen in Fertigungsberufen ist seit Jahren rückläufig. Dagegen strömen viele Arbeitskräfte in technische Berufe und Dienstleistungsberufe.

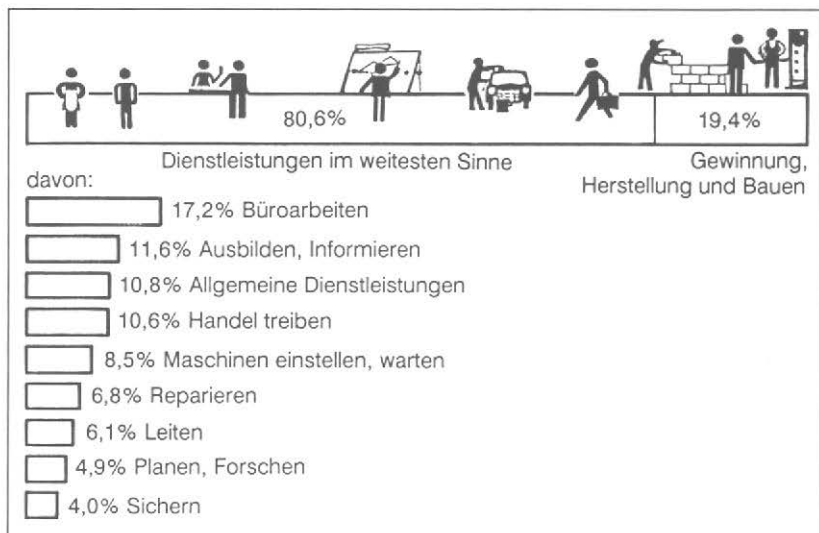
Tab. 5: Erwerbstätige nach Berufsbereichen im früheren Bundesgebiet

Berufsbereich	April 1989		Veränderung der Erwerbstätigenzahl in den einzelnen Berufsbereichen gegenüber Mai 1976 (%)
	insgesamt 1 000	darunter weiblich %	
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	1 083	42,7	– 34,1
Bergleute, Mineralgewinner	95	1,1	– 37,5
Fertigungsberufe	8 259	19,0	– 3,6
Technische Berufe	1 655	12,8	+ 21,2
Dienstleistungsberufe	15 785	51,8	+ 16,0
Sonstige Arbeitskräfte	866	43,1	+ 110,2
Insgesamt	27 742	38,9	+ 7,7



Unterteilt man die Erwerbstätigen nach der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit, so waren 1989 im früheren Bundesgebiet nur noch knapp 20 % unmittelbar mit dem Gewinnen und Herstellen von Waren (auch Anbauen, Züchten, Bauen, Installieren und Montieren) befaßt. Rund 80 % übten Tätigkeiten aus, die im weitesten Sinne als Dienstleistungen gelten können.

Abb. 5: Erwerbstätige im früheren Bundesgebiet nach Art der überwiegenden Tätigkeit 1989



### 3.6 Stellung im Beruf

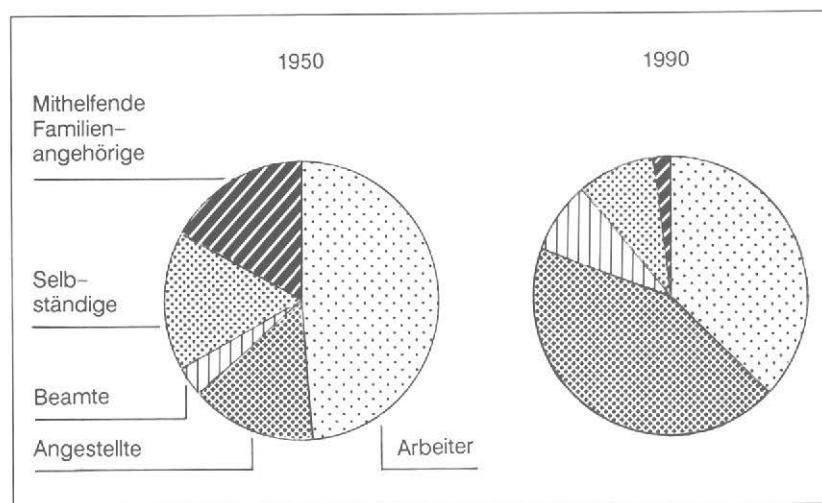
Die traditionelle Aufgliederung nach der Stellung im Beruf (Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte und Arbeiter) spiegelt heutzutage nur noch in sehr eingeschränktem Maße die soziale Struktur der Erwerbstätigen wider, weil jede einzelne Gruppe – insbesondere die der Angestellten – eine breite Palette hierarchischer Einstufungsmöglichkeiten bietet. Als historisch gewachsene Einteilung bringt sie jedoch im Zeitablauf gesellschaftliche Veränderungen zum Ausdruck und ist darüber hinaus weiterhin für das rechtliche Beschäftigungsverhältnis (z.B. Zugehörigkeit zur Rentenversicherung u.ä.) von Bedeutung.

1990 standen 89,2 % aller Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet in einem abhängigen Arbeitsverhältnis, d.h. sie waren als Arbeiter, Angestellte (einschließ-

lich Auszubildende) oder Beamte tätig. Die Angestellten stellten mit 43,3 % das größte Kontingent, gefolgt von den Arbeitern mit 37,4 %. Selbständige waren mit 8,8 % und die Beamten mit 8,5 % vertreten. Auf die unbezahlten, zumeist in der Landwirtschaft tätigen mithelfenden Familienangehörigen entfiel ein Anteil von 2,0 %.

Die Struktur der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf hat sich in den letzten drei Jahrzehnten erheblich gewandelt: Während der Anteil der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in den alten Bundesländern von 1950 bis 1990

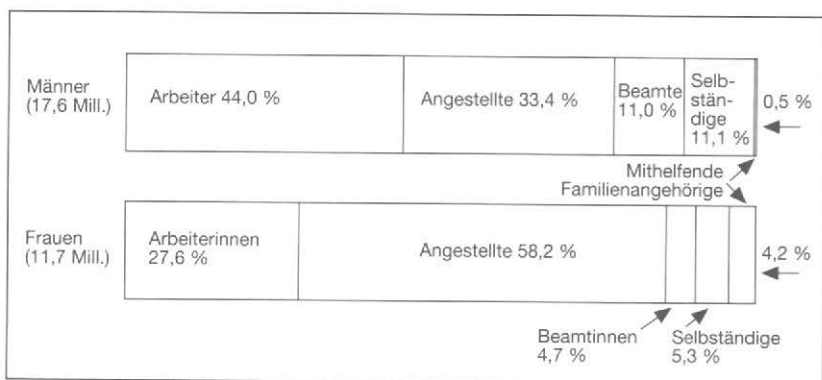
Abb. 6: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf im früheren Bundesgebiet



um über 60 % zurückging, konnten die Angestellten und Beamten ihren Anteil mehr als verdoppeln. Diese Veränderung muß im Zusammenhang mit dem bereits angedeuteten langfristigen Wandel in der Wirtschaftsstruktur im früheren Bundesgebiet gesehen werden. So hat z.B. der Rückgang der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft mit ihrem hohen Anteil an Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen zu einem Rückgang dieser beiden Gruppen insgesamt beigetragen und das starke Anwachsen des tertiären Sektors (Dienstleistungen) zu einer beträchtlichen Zunahme der Zahl der Angestellten geführt.

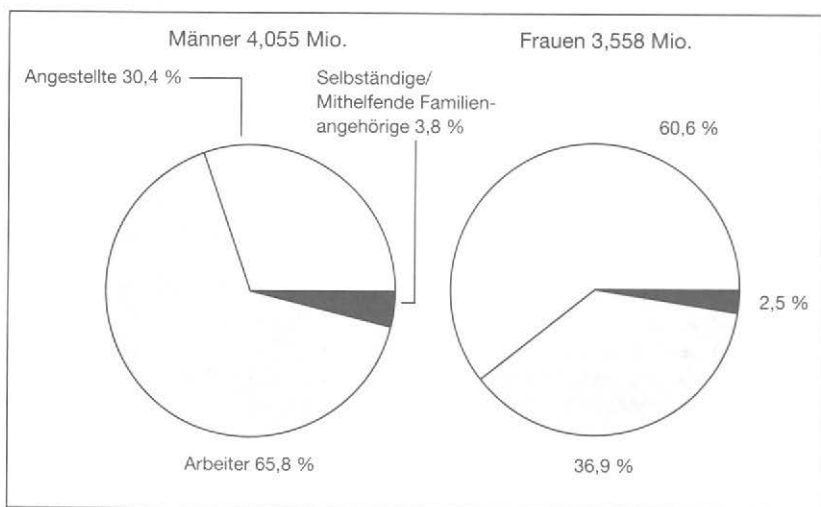
In den alten Bundesländern weist der Anteil der Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen und abhängig Erwerbstätigen für Männer und Frauen typische Unterschiede auf. Bei den Männern ist der Anteil der Selbständigen und Beamten mehr als doppelt so hoch wie bei den Frauen (1990 jeweils rund 11 %

Abb. 7: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Geschlecht im April 1990  
im früheren Bundesgebiet



gegenüber etwa 5 %). Die weiblichen Erwerbstätigen üben überwiegend Angestelltenberufe aus (58,2 %); dagegen ist fast jeder zweite erwerbstätige Mann als Arbeiter tätig (44,0 %).

Abb. 8: Beschäftigte in Unternehmen am 30. 11. 1990 nach Stellung im Beruf  
in den neuen Bundesländern <sup>1</sup>



<sup>1</sup> Ergebnisse der Berufstätigenerhebung.

In den neuen Bundesländern betrug Ende 1990 der Anteil der Arbeiter an der Zahl der Beschäftigten insgesamt 52,3 %, wogegen 44,5 % als Angestellte beschäftigt waren. Selbständige oder mithelfende Familienangehörige waren 3,2 % der Beschäftigten. Während bei den Frauen mit 60,6 % der Anteil der Angestellten überwiegt, ist mit 65,8 % die Mehrzahl der Männer als Arbeiter beschäftigt.

Tab. 6: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Ausbildungsabschluß im früheren Bundesgebiet im April 1989

Stellung im Beruf	Insgesamt 1 000	Darunter mit	
		Lehr-, Anlern- ausbildung <sup>1</sup>	Fach-, Fachhoch-, Hochschul- abschluß
		%	%
Selbständige	2 463	46,1	37,4
Mithelfende Familienangehörige	561	38,8	6,1
Beamte	2 424	43,3	47,8
Angestellte	11 612	62,3	23,8
Arbeiter	10 682	60,0	2,9
Insgesamt	27 742	57,8	18,7

1 Einschl. gleichwertiger Berufsfachschulabschluß sowie berufliches Praktikum.

Die berufliche Stellung im früheren Bundesgebiet zeigt einen engen Zusammenhang zum Ausbildungsstand der Erwerbstätigen. So sind Personen mit qualifizierteren Ausbildungsabschlüssen unter den Selbständigen und Beamten wesentlich häufiger vertreten als in den übrigen Berufsgruppen. Die Lehre bzw. eine Anlernausbildung dominiert dagegen bei den Angestellten und Arbeitern.

### 3.7 Arbeitslose und offene Stellen

Der Grundsatz der Vollbeschäftigung ist schon im Stabilitäts- und Wachstumsge-  
setz von 1967 postuliert worden und gehört zu den wichtigsten politischen Zielen.  
Denn Arbeitslosigkeit ist sowohl ein schwerwiegendes persönliches Problem für  
die Betroffenen als auch eine große Herausforderung für die Gesellschaft. Zum  
einen müssen die Arbeitslosen gravierende finanzielle Einbußen hinnehmen und  
stehen zusätzlich unter großer psychischer Belastung; zum anderen stellen sie für  
den Staat einen erheblichen Kostenfaktor dar, während sie mit dem Einsatz ihrer  
Arbeitskraft zur gesamtwirtschaftlichen Leistung beitragen könnten.

Vollbeschäftigung ist allerdings nicht mit völliger Ausschaltung von Arbeitslosigkeit gleichzusetzen, denn saisonale Arbeitslosigkeit (z.B. Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe) und vorübergehende Beschäftigungslosigkeit bei einem Arbeitsplatzwechsel lassen sich nie ganz vermeiden. Daher wird üblicherweise solange von einem Zustand der Vollbeschäftigung gesprochen, wie die Zahl der Arbeitslosen die Zahl der offenen Stellen nicht übersteigt.

Tab. 7: Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten  
für das frühere Bundesgebiet  
Jahresdurchschnittswerte

Jahr	Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslosenquoten
	1 000		%
1950 <sup>1</sup>	1 868,5	118,5	11,0
1954 <sup>1</sup>	1 410,7	139,7	7,6
1958 <sup>1</sup>	763,9	221,6	3,7
1962	154,5	573,8	0,7
1966	161,1	539,8	0,7
1970	148,8	794,8	0,7
1974	582,5	315,4	2,6
1975	1 074,2	236,2	4,7
1976	1 060,3	235,0	4,6
1977	1 030,0	231,2	4,5
1978	992,9	245,6	4,3
1979	876,1	304,0	3,8
1980	888,9	308,3	3,8
1981	1 271,6	207,9	5,5
1982	1 833,2	104,9	7,5
1983	2 258,3	75,8	9,1
1984	2 265,6	87,9	9,1
1985	2 304,0	110,0	9,3
1986	2 228,0	153,9	9,0
1987	2 228,8	170,7	8,9
1988	2 241,6	188,6	8,7
1989	2 037,8	251,4	7,9
1990	1 883,1	313,6	7,2

1 Ohne Saarland.

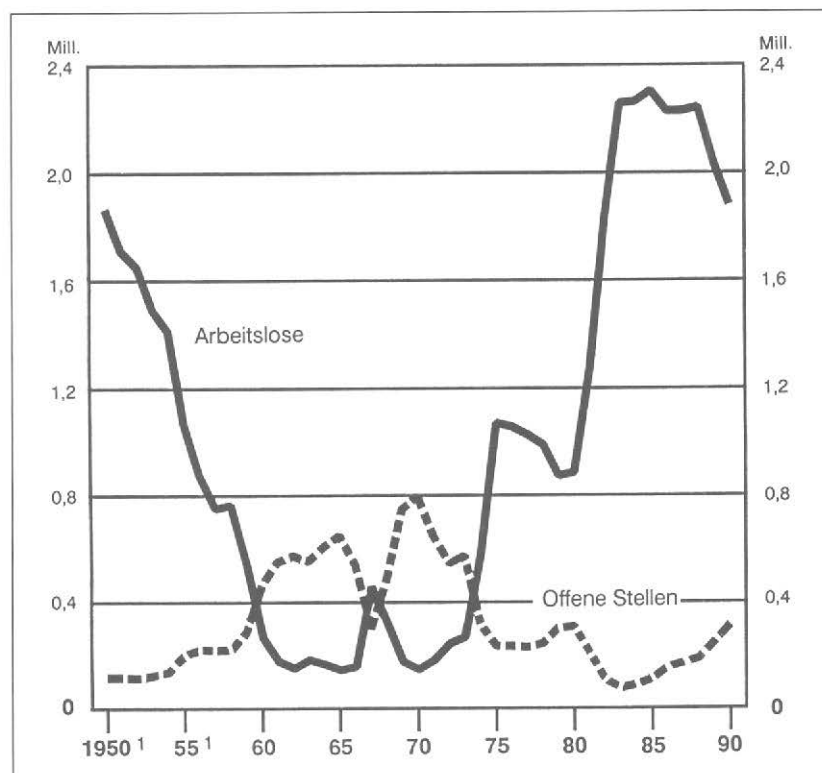
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Zu Beginn der 60er Jahre war nach dieser Abgrenzung im früheren Bundesgebiet Vollbeschäftigung erreicht. Es herrschte sogar ein Mangel an Arbeitskräften, der nur durch die Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern gemildert werden konnte. Seit 1974 liegt die jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen jedoch

erheblich über der Zahl der offenen Stellen. 1975 gab es im Jahresdurchschnitt bereits mehr als 1 Mill. Arbeitslose, und nach einem vorübergehenden geringfügigen Rückgang hat die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 1981 die Millionen-grenze wiederum erheblich überschritten.

Im Laufe der Jahre 1982 bis 1988 verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage weiter. Die bislang höchste Zahl der Arbeitslosen wurde Anfang 1985 mit 2,6 Mill. registriert. Im Jahresdurchschnitt 1988 gab es noch 2,2 Mill. Arbeitslose, damit hatte etwa jede zwölfte Erwerbsperson keine Arbeitsstelle. Ende 1988/Anfang 1989 verbesserte sich die Arbeitsmarktlage. Im Mai 1989 sank die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen erstmals wieder unter die Zwei-Millionen-Grenze und lag im Jahresdurchschnitt 1990 bei 1,9 Mill. Personen.

Abb. 9: Arbeitslose und offene Stellen im früheren Bundesgebiet  
Jahresdurchschnittswerte



1 Bis 1958 ohne Saarland.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands tritt auch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR das Problem der Arbeitslosigkeit auf (in offener Form, verdeckte Arbeitslosigkeit gab es in allen Planwirtschaften). Der Hauptgrund für diese Entwicklung ist in der Anpassung der Wirtschaftsstruktur zu sehen. Dadurch werden zunächst einmal mehr Arbeitskräfte freigesetzt als neu eingestellt. So gab es im 2. Halbjahr 1990 durchschnittlich ca. 433 000 Arbeitslose, was einer Quote von 4,9 % entspricht. Dem standen nur etwa 25 000 offene Stellen gegenüber. Bis Juli 1991 hatte sich die Arbeitslosenquote mehr als verdoppelt (12,1 %). Zusätzlich zu den Arbeitslosen wurden im 2. Halbjahr 1990 noch 1,5 Mill. Kurzarbeiter gezählt (vgl. 3.8). Ein Teil von ihnen hatte einen Arbeitsausfall von 100 % zu erleiden und befand sich damit eigentlich in der Arbeitslosigkeit. Die Betroffenen gelten aufgrund besonderer gesetzlicher Regelungen jedoch gleichwohl als Kurzarbeiter.

Hinzu kommt eine steigende Zahl von Pendlern aus den neuen Bundesländern, die in den alten Bundesländern einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben.

Um alle diese Zahlen richtig zu deuten, muß man sich vergegenwärtigen, daß es sich sowohl bei der Arbeitslosenzahl als auch bei der Zahl der offenen Stellen lediglich um Fälle handelt, die beim Arbeitsamt gemeldet sind. Im Hinblick auf die „tatsächliche“ Zahl der Arbeitslosen gilt es zu bedenken, daß es sicherlich Arbeitssuchende gibt, die den Weg zum Arbeitsamt scheuen bzw. sich keine Vorteile davon erhoffen, wenn sie sich dort melden (sogenannte Stille Reserve). Ähnliches gilt für die offenen Stellen, die in vielen Fällen ohne Einschaltung des Arbeitsamtes vergeben werden. Die von der Bundesanstalt für Arbeit offiziell bekanntgegebenen Zahlen bieten dafür aber den Vorteil, daß sie anhand der Unterlagen der Arbeitsämter, ohne Befragung der Betroffenen, laufend aktualisiert werden können.

### 3.8 Arbeitsplatzverlust und Kurzarbeit

Der Zugang an Arbeitslosen in den alten Bundesländern belief sich von Januar bis Dezember 1990 auf insgesamt 3,7 Mill., darunter waren sehr viele Berufsanfänger. Kündigungen von Arbeitnehmern spielen als Ursache eine vergleichsweise geringe Rolle. Nach einer im Mai/Juni 1990 durchgeführten Erhebung der Bundesanstalt für Arbeit hatten 20,9 % aller Personen im früheren Bundesgebiet, die sich nach vorangegangener Beschäftigung arbeitslos meldeten, selbst gekündigt. Der Anteil der Arbeitslosenmeldungen wegen Kündigung durch den Arbeitgeber lag dagegen bei 52,1 %. Kündigungen im gegenseitigen Einvernehmen sind sehr selten (4,5 %). Häufiger kommt es zu Arbeitslosenmeldungen im Anschluß an befristete Arbeitsverträge (22,5 %), davon 8,6 % nach einer Lehre.

Um in konjunkturellen Schwächephasen Kündigungen zu vermeiden, gehen die Unternehmen oftmals zunächst zu Kurzarbeit über. Mitte der 70er Jahre wurde dieses arbeitsmarktpolitische Instrument häufig eingesetzt; 1975 gab es im Jahresdurchschnitt 773 000 Kurzarbeiter. Mit der vorübergehend abnehmenden Arbeits-

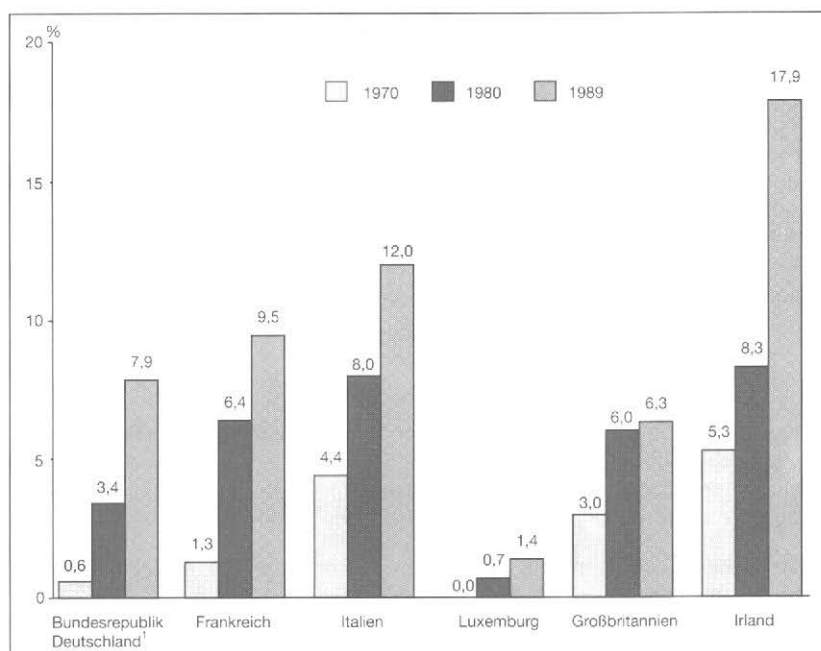
losigkeit verringerte sich auch die Kurzarbeit, stieg dann von 1980 bis 1983 (675 000 Kurzarbeiter) wieder an und sank in den Jahren von 1984 bis 1986 erneut ab.

Nach einem Anstieg 1987 sank die Zahl der Kurzarbeiter in den alten Bundesländern auf 56 000 im Jahresdurchschnitt 1990. In den neuen Bundesländern wurden Kurzarbeiter erstmals ab Mitte 1990 erfaßt. Innerhalb eines Jahres erhöhte sich ihre Zahl von ca. 656 000 im Juli 1990 auf rund 1,6 Mill. im Juli 1991. Der Anteil der Kurzarbeiter mit einem Arbeitsausfall von über 50 % hat sich seit der ersten Auszahlung im September 1990 von 32,3 % auf 56,6 % im Juli 1991 erhöht.

### 3.9 Arbeitslosenquoten im Vergleich

Arbeitslosigkeit ist inzwischen zu einem weltweiten Problem geworden. Zwar läßt sich ihr Ausmaß über Ländergrenzen hinweg aufgrund unterschiedlicher Erhe-

Abb. 10: Eingeschriebene Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen in ausgewählten europäischen Ländern



<sup>1</sup> Ohne Gebiet der ehem. DDR.



bungsmethoden nicht exakt vergleichen, gleichwohl bemühen sich aber die internationalen Organisationen, insbesondere das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, die Arbeitslosenstatistiken soweit zu vereinheitlichen, daß die Daten näherungsweise vergleichbar werden.

Bei der Betrachtung der Arbeitslosenquoten<sup>1</sup> fällt auf, daß die Arbeitslosigkeit in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaften seit 1970 kräftig zugenommen hat, wobei sich die Ausgangslage in vielen Staaten (z. B. in Italien oder Irland) weit ungünstiger darstellt als in der Bundesrepublik. 1989 wurden in den Europäischen Gemeinschaften insgesamt 14,6 Mill. Arbeitslose registriert, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 10,9 %. Niedriger lag die Arbeitslosenquote in den USA (5,5 %).

Tab. 8: Arbeitslose in den alten Bundesländern  
Jahresdurchschnitte 1991

Bundesland	Anzahl	Arbeitslosenquote in %
Schleswig-Holstein	80 524	7,3
Hamburg	63 013	8,7
Niedersachsen	244 283	8,1
Bremen	31 629	10,7
Nordrhein-Westfalen	561 331	7,9
Hessen	123 264	5,1
Rheinland-Pfalz	82 334	5,4
Baden-Württemberg	159 318	3,7
Bayern	214 780	4,4
Saarland	35 981	8,6
Berlin (West)	92 908	9,4
Früheres Bundesgebiet	1 689 365	6,3

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Innerhalb des früheren Bundesgebietes gibt es einige strukturschwache Regionen, die besonders hart von Arbeitslosigkeit betroffen sind. So liegen die Arbeitslosenquoten in den norddeutschen Küstengebieten, in Teilen des Ruhrgebiets und im Saarland erheblich über dem Bundesdurchschnitt.

In den neuen Bundesländern lag die Arbeitslosenquote 1991 deutlich über der Durchschnittsquote für die westlichen Bundesländer.

<sup>1</sup> In der EG wird die Arbeitslosenquote nach dem Verhältnis der Arbeitslosen zu allen Erwerbspersonen ohne Soldaten, in den USA zu allen Erwerbspersonen einschl. Soldaten berechnet.

Tab. 9: Arbeitslose in den neuen Bundesländern  
Jahresdurchschnitt 1991

Bundesland	Anzahl	Arbeitslosenquote in %
Brandenburg	141 172	10,3
Mecklenburg-Vorpommern	128 303	12,5
Sachsen-Anhalt	241 227	9,1
Sachsen	167 127	10,3
Thüringen	147 963	10,2
Berlin (Ost)	87 046	12,2
Neue Bundesländer	912 838	10,3

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

## 3.10 Struktur der Arbeitslosigkeit

### 3.10.1 Problemgruppen des Arbeitsmarktes

Für die wirtschaftspolitische Beurteilung der Arbeitslosigkeit ist nicht nur deren Höhe, sondern auch ihre Struktur von Bedeutung. Nicht alle Personengruppen werden in gleichem Ausmaß durch die Beschäftigungskrise betroffen. Jugendliche und ältere Arbeitnehmer, Frauen, Ausländer, Schwerbehinderte und Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung gehören zu den sogenannten „Problemgruppen“ des Arbeitsmarktes.

Schwierig ist schon der Start ins Berufsleben. Aufgrund der demographischen Entwicklung kann man davon ausgehen, daß zur Zeit in den alten Bundesländern jährlich rund eine Mill. jüngerer Arbeitnehmer in das Arbeitsleben eintreten; viele von ihnen finden keine Stelle. So waren im September 1990 rund 62 000 Personen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet, die bislang noch keine Berufstätigkeit ausgeübt hatten. Besonders problematisch ist für die Betroffenen die Tatsache, daß sie noch keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erworben haben. Die Ausweitung des Kindergeldanspruchs (vgl. 9.10) kann nur eine geringe finanzielle Entlastung bedeuten.

Die Altersgliederung der Arbeitslosen in den alten Bundesländern zeigt, daß ungefähr jeder vierte Arbeitslose im September 1990 20 bis 29 Jahre alt war. Insgesamt waren rund 30 % der Arbeitslosen jünger als 30 Jahre.

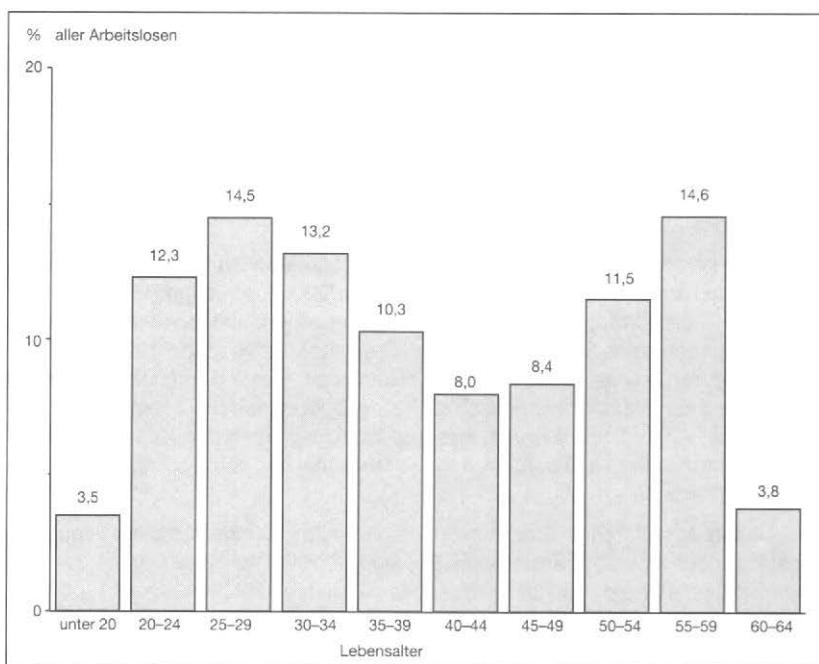
Das Problem bei älteren Arbeitnehmern ab 59 Jahren hat sich im Verlauf der 80er Jahre nur vorübergehend entschärft. Betrug ihr Anteil an allen Arbeitslosen im früheren Bundesgebiet 1980 noch 7,4 %, so reduzierte er sich bis 1986 auf 3,9 %. Im Jahre 1990 betrug ihr Anteil bereits wieder 5,8 %. In der Mitte der 80er

Jahre machten sich vermutlich verstärkt die Möglichkeit des vorzeitigen Bezugs von Altersruhegeld und die Erstattungspflicht der Arbeitgeber für Arbeitslosengeld bei Entlassungen von 59jährigen bemerkbar.

Frauen sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. 1990 lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote der Frauen in den alten Bundesländern bei 8,4 %, die der Männer dagegen bei 6,3 %. Zu bedenken ist allerdings, daß ein nicht geringer Teil der arbeitslosen Frauen ausschließlich Teilzeitarbeit wünscht (September 1990: 23,3 %).

Als besonders schwierig erweist sich die Arbeitsmarktlage für Ausländer. Während zwischen 1960 und 1970 die Gastarbeiter willkommen waren, um den bestehenden Arbeitskräftemangel zu beheben, gehören ausländische Arbeitnehmer heute zu den Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Sie verlieren eher den Arbeitsplatz und werden später wieder eingestellt als Deutsche. Im Jahresdurchschnitt 1990 lag die Arbeitslosenquote der Ausländer im früheren Bundesgebiet bei 10,9 %.

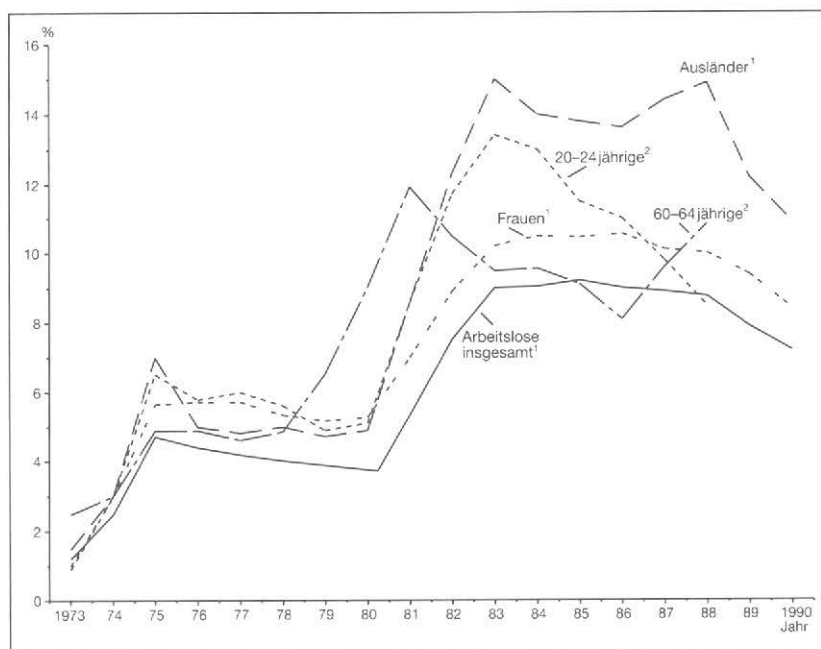
Abb. 11: Altersgliederung der Arbeitslosen im September 1990<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Ohne Gebiet der ehem. DDR.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Abb. 12: Arbeitslosenquoten sogenannter Problemgruppen  
im früheren Bundesgebiet



1 Jahresdurchschnitt.

2 Ende September.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

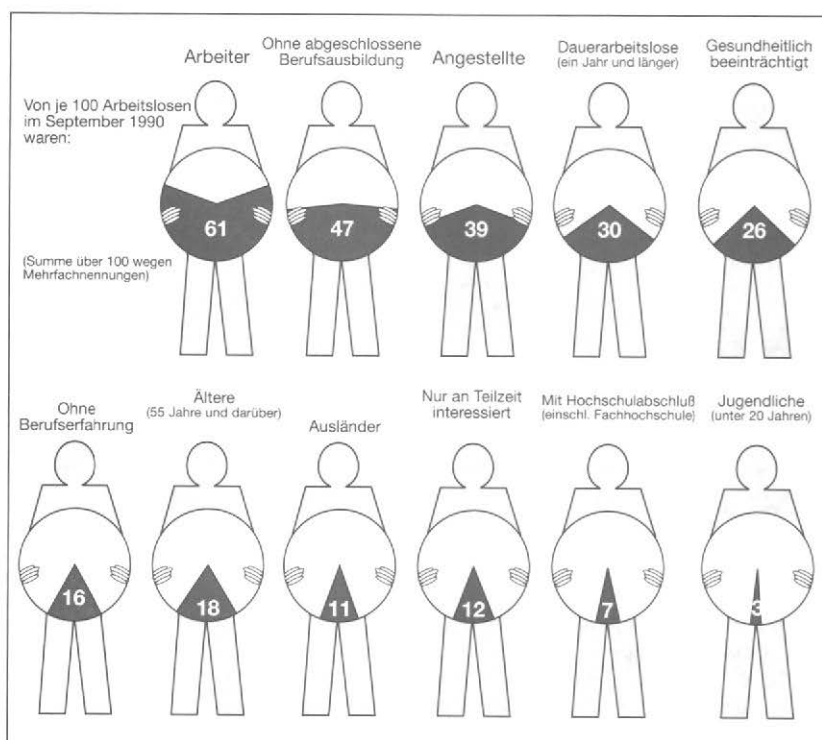
Geringere Beschäftigungschancen als Gesunde haben Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Ihr Anteil an den Arbeitslosen im früheren Bundesgebiet lag 1990 bei 25,9 %. Schwerbehindert und deshalb besonders schwer zu vermitteln waren 6,4 %. Allerdings ist die Gefahr, arbeitslos zu werden, für beschäftigte Schwerbehinderte aufgrund gesetzlicher Bestimmungen geringer als für die übrigen Arbeitnehmer.

### 3.10.2 Arbeitslosigkeit und Qualifikationsstruktur

Bei den sogenannten „Problemgruppen“ des Arbeitsmarktes verschärft sich die Situation insbesondere noch dann, wenn eine geringe berufliche Qualifikation vorliegt. Zwar ist eine gute Ausbildung längst keine Garantie mehr für einen sicheren Arbeitsplatz. Dennoch sind die Arbeitsmarktchancen bei einer höheren

Qualifikation günstiger bzw. das Risiko des Arbeitsplatzverlustes ist bei qualifizierten Arbeitnehmern bedeutend geringer. Während im früheren Bundesgebiet von allen Erwerbstätigen rund 23,4 % nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen (1989), stellt dieser Personenkreis unter den Arbeitslosen etwa die Hälfte (September 1990: 46,8 %). Die mangelnde Qualifikation reduziert die

Abb. 13: Nahaufnahme der Arbeitslosigkeit im früheren Bundesgebiet



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

ohnehin geringen Vermittlungschancen noch mehr, denn für etwa 69 % der gemeldeten offenen Stellen wurden 1990 ausdrücklich nur Bewerber mit abgeschlossener Berufsausbildung gewünscht.

Angaben aus den neuen Bundesländern zu diesem Themenbereich sind derzeit noch nicht verfügbar.

Tab. 10: Arbeitslose nach der Art ihrer Berufsausbildung  
im früheren Bundesgebiet  
September 1990

Berufsausbildung	Arbeitslose	
	absolut	%
Ohne abgeschlossene	807 820	46,8
Mit abgeschlossener	919 922	53,2
– betrieblicher	705 499	40,8
– Berufsschule/Fachschule	94 456	5,5
– Fachhochschule	34 058	2,0
– Hochschule	85 909	5,0
Insgesamt	1 727 742	100

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

### 3.10.3 Dauer der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit trifft insbesondere diejenigen hart, die auch nach längerer Suche keinen Arbeitsplatz finden. Im September 1990 waren im früheren Bundesgebiet rund 513 000 Arbeitslose, also knapp jeder dritte, ein Jahr oder länger ohne

Tab. 11: Arbeitslose nach Dauer der Arbeitslosigkeit  
im früheren Bundesgebiet  
jeweils September

Jahr	Arbeitslose insgesamt	Darunter waren arbeitslos (%)		
		unter 3 Monaten	3 Monate bis unter 1 Jahr	1 Jahr und länger
1971	146 740	60,7	34,0	5,3
1975	1 006 554	41,9	48,5	9,6
1979	736 690	41,8	38,3	19,9
1981	1 256 396	42,3	41,4	16,2
1983	2 133 900	29,2	42,3	28,5
1984	2 143 008	29,1	38,2	32,7
1985	2 150 897	32,5	36,6	31,0
1986	2 045 837	32,2	35,9	32,0
1987	2 106 950	32,4	35,8	31,8
1988	2 099 638	31,8	35,6	32,6
1989	1 880 644	35,7	32,8	31,4
1990	1 727 742	35,2	35,0	29,7

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Beschäftigung. Die Zahl der Personen, die Ende September 1990 bereits zwei Jahre oder länger ohne Arbeitsplatz waren, belief sich auf 274 000 und war damit um 40 000 oder 13 % niedriger als ein Jahr zuvor. Nur wenigen Arbeitslosen gelingt es, schon nach kurzer Zeit einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Der Anteil der Arbeitslosen im früheren Bundesgebiet, die weniger als drei Monate beim Arbeitsamt registriert waren, sank von 1971 bis 1990 von 60,7 % auf 35,2 %.

Über die Dauer der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern liegen derzeit noch keine Informationen vor.

### 3.11 Einkommen der Arbeitslosen

Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit wächst die finanzielle Belastung der Betroffenen. Während die meisten Arbeitslosen im ersten Jahr ihrer Arbeitslosigkeit noch Arbeitslosengeld erhalten – es beläuft sich je nach Familienstand auf 68 % bzw. 63 % des letzten Nettoeinkommens – wird die niedrigere Arbeitslosenhilfe (58 % des letzten Nettoeinkommens) nur bei nachweisbarer Bedürftigkeit gewährt.

Von den Arbeitslosen, die 1990 in den alten Bundesländern gemeldet waren, bezogen 42,4 % Arbeitslosengeld und 23 % Arbeitslosenhilfe. Weitere 3,1 % erhielten in diesem Zeitraum Eingliederungsgeld. Damit betrug der Anteil der Leistungsempfänger unter den Arbeitslosen im Durchschnitt des Jahres 1990 rund 69 %. 1982 lag die entsprechende Quote noch bei 76 %.

Insgesamt hat also fast jeder dritte beim Arbeitsamt registrierte Arbeitslose weder Anspruch auf Arbeitslosengeld noch auf Arbeitslosenhilfe. Hinzuzurechnen ist die gesamte „Stille Reserve“, die sich in dem Bewußtsein, keine Leistungen beanspruchen zu können, erst gar nicht beim Arbeitsamt meldet. Unter diesen Personen sind neben Frauen, die nach einer Familienpause gern wieder ins Arbeitsleben einsteigen möchten, auch viele Berufsanfänger, die noch keine Gelegenheit hatten, durch Beitragszahlungen Leistungsansprüche zu erwerben. Sie sind entweder auf die Unterstützung durch Angehörige oder auf Sozialhilfe angewiesen (vgl. 9.8).

## 4 Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte

### 4.1 Zielsetzung der Statistik über Einnahmen und Ausgaben

Mit Einnahmen und Ausgaben beschäftigen sich viele Statistiken. Zu nennen sind insbesondere die Verdienststatistiken (vgl. Kap. 16), die Steuerstatistiken (vgl. Kap. 11), die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (vgl. Kap. 12) und die Wirtschaftsrechnungen. Sie alle betrachten das Thema unter verschiedenen Blickwinkeln und bedienen sich darüber hinaus einer abweichenden Terminologie, so daß eine uneingeschränkte Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht gegeben ist. Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen die Wirtschaftsrechnungen, also die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die in mehrjährigen Abständen – zuletzt 1988 – Einnahme- und Ausgabedaten für alle Haushalte (ohne Haushalte von Ausländern, Privathaushalte in Anstalten und Haushalte mit besonders hohen Einkommen) bereitstellt, und die laufenden Wirtschaftsrechnungen, die Jahr für Jahr Angaben für ausgewählte Haushaltstypen liefern. Nur gelegentlich werden aufgrund der Aktualität oder wichtiger Zusatzinformationen andere Statistiken herangezogen.

Die Wirtschaftsrechnungen konzentrieren sich vor allem auf die Frage, wieviel Geld die Haushalte zur Verfügung haben, ausgeben und sparen. Sie greifen dabei auf die Aufzeichnungen ausgewählter Haushalte aus unterschiedlichen sozialen Schichten zurück, die für die Statistik freiwillig über ihre Einnahmen und Ausgaben Buch führen. Die anfallenden Daten, die für die Wirtschafts- und Sozialpolitik und für verbraucherpolitische Zwecke unentbehrlich sind, ermöglichen eine Beurteilung der Einkommenssituation und der Verbrauchsgewohnheiten der Bevölkerung und liefern zugleich Informationen über den Lebensstandard. Es handelt sich also um eine sehr lebensnahe Statistik, die dem vielgeäußerten Klagespruch, daß mit dem Einkommen kein Auskommen sei, ein wenig auf den Grund gehen möchte.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich, mit Ausnahme von Abschnitt 4.10, in dem Daten für das Gebiet der ehemaligen DDR aus der Statistik des Haushaltsbudgets dargestellt werden, auf das frühere Bundesgebiet.

### 4.2 Von den Einnahmen zu den Ausgaben

Die Zusammenhänge zwischen Einkommen, Verbrauch und Vermögensbildung werden besonders deutlich am Aufbau des Schemas, das den Wirtschaftsrechnungen zugrunde liegt. Es geht von den Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus,



berücksichtigt die öffentlichen Abgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) und die Transferleistungen des Staates (z.B. Renten, Kindergeld) und führt zu den ausgabefähigen Einkommen. Aus ihnen ergibt sich nach Abzug der Ausgaben für den Privaten Verbrauch als Restgröße die Ersparnis.

- Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
- + Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
- + Einnahmen aus Einkommensübertragungen (öffentliche Renten, Kindergeld u.ä.) und Untervermietung
- = *Haushaltsbruttoeinkommen*
- Einkommen- und Vermögensteuern
- Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung
- = *Haushaltsnettoeinkommen*
- + sonstige Einnahmen (z.B. Einnahmen aus dem Verkauf gebrauchter Waren)
- = *Ausgabefähige Einkommen bzw. Einnahmen*
- Ausgaben für den Privaten Verbrauch
- Übrige Ausgaben (z.B. Kraftfahrzeugsteuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung)
- = *Ersparnis*

## 4.3 Einnahmen der privaten Haushalte

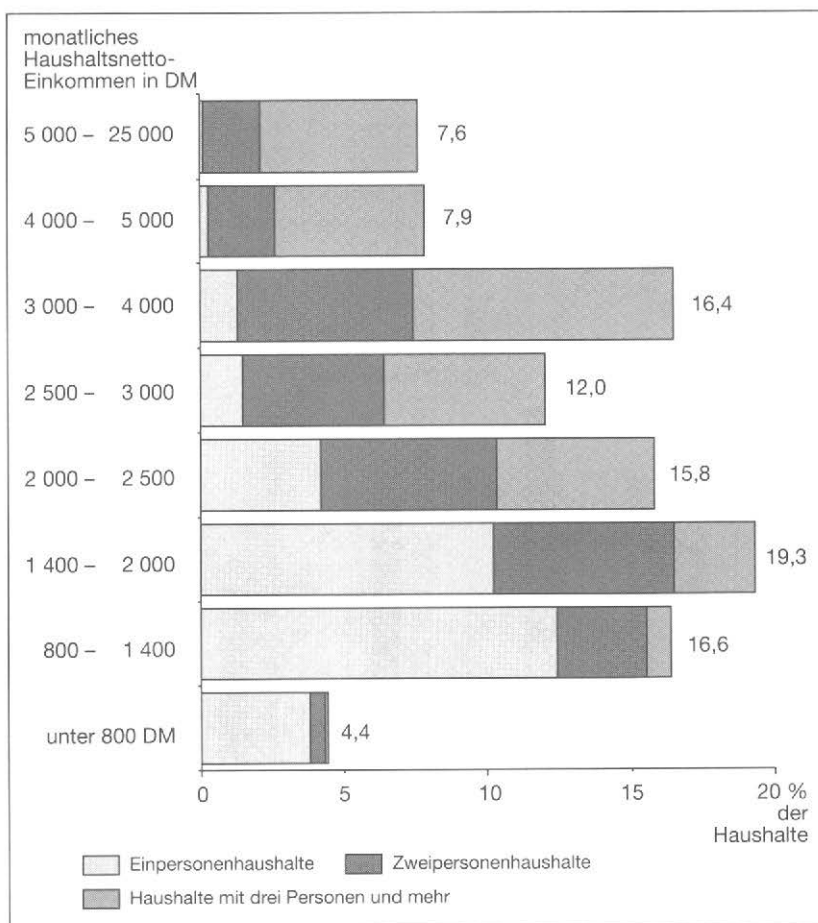
### 4.3.1 Verteilung des Haushaltseinkommens

Jeder Haushalt weiß ungefähr, wieviel Geld ihm monatlich zur Verfügung steht. Dieser Überlegung folgend wird im sogenannten Grundinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe das gesamte monatliche Haushaltsnettoeinkommen (Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder) erfragt. Dabei stufen sich die Haushalte in vorgegebene Einkommensgrößenklassen ein. Erfahrungsgemäß neigen sie zu einer Unterschätzung ihrer Einkünfte, so daß sich für die Auswertung weniger die absolute Höhe als die Struktur der Einkommen eignet.

1988 verfügten 47,1 % der Haushalte über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1 400 und 3 000 DM. 24,2 % hatten netto monatlich 3 000 bis 5 000 DM. In der Einkommensklasse von 5 000 DM bis 25 000 DM befanden sich 7,6 % der Haushalte; am anderen Ende der Skala mußten 21,0 % mit weniger als 1 400 DM monatlich auskommen, wobei nach eigenen Angaben 4,4 % der Haushalte sogar weniger als 800 DM hatten.

Die Haushalte mit den geringsten Einkommen bestanden überwiegend aus einer Person. Die oberen Einkommensklassen waren dagegen fast ausschließlich mit Mehrpersonenhaushalten besetzt, in denen häufig mehrere Haushaltsmitglieder zum Einkommen beitragen.

Abb. 1: Einkommensverteilung im früheren Bundesgebiet 1988<sup>1</sup>



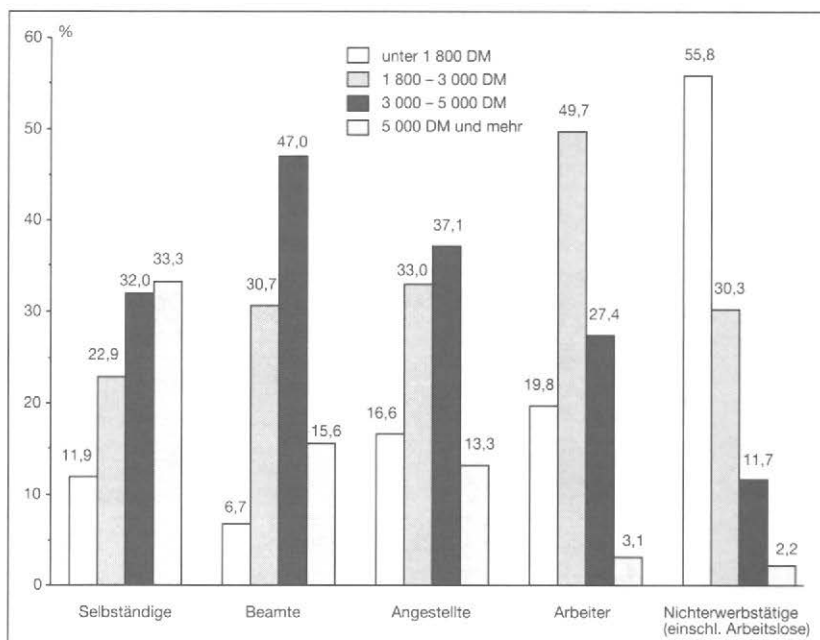
<sup>1</sup> Ohne Haushalte von Ausländern, Landwirten, Privathaushalte in Anstalten, Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr.

#### 4.3.2 Soziale Stellung und Höhe des Haushaltseinkommens

Differenziert man nach der sozialen Stellung der Bezugsperson des Haushalts, so liegen die Haushalte der Selbständigen (ohne Landwirte) – gemessen am Nettoeinkommen – an der Spitze der Einkommenspyramide. Etwa 65 % von ihnen gaben in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 an, über ein monatli-

ches Nettoeinkommen von 3 000 DM oder mehr zu verfügen. Bei den Beamtenhaushalten waren es etwa 63 %. Von den Angestelltenhaushalten hatten etwa 50 % ein Einkommen dieser Größenordnung und von den Arbeiterhaushalten rund 31 %. Dagegen floß nur 14 % der Nichterwerbstätigenhaushalte (einschl. Arbeitslosenhaushalte) ein Nettoeinkommen von 3 000 DM und mehr zu.

Abb. 2: Aufgliederung der Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung 1988<sup>1</sup> im früheren Bundesgebiet



<sup>1</sup> Ohne Haushalte von Ausländern, Landwirten, Privathaushalte in Anstalten, Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr.

Eine Durchschnittsbetrachtung der Einkommen liefern die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Hier wird das verfügbare Einkommen herangezogen, das in der Abgrenzung nicht genau mit dem Nettoeinkommen in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe übereinstimmt; diese Abweichungen sollen aber im Rahmen dieser Darstellung nicht weiter vertieft werden. Danach betrug das verfügbare Einkommen je Haushalt 1989 rund 50 000 DM, je Haushaltsmitglied etwa 22 000 DM.

Für die verschiedenen Haushalte ergibt sich in der Durchschnittsbetrachtung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen folgendes Bild: Die Selbständigenhaushalte (außerhalb der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) lagen 1989 hinsichtlich ihres verfügbaren Einkommens mit rund 167 000 DM je Haushalt an der Spitze. Dabei ist allerdings zu beachten, daß sie erhebliche Teile ihrer Aufwendungen für die Alterssicherung aus dem verfügbaren Einkommen bestreiten müssen, während bei den übrigen Erwerbstätigenhaushalten die meisten derartigen Aufwendungen in Form von Sozialbeiträgen als geleistete laufende Übertragungen bereits abgezogen sind. Unter den Arbeitnehmerhaushalten erreichten die Beamten mit knapp 61 000 DM ein höheres verfügbares Einkommen als die Angestellten mit rund 53 000 DM je Haushalt. Deutlich niedriger lag hingegen das verfügbare Einkommen der Arbeiterhaushalte mit 44 000 DM. Haushalte von Rentnern und Pensionären konnten 1989 über rund 34 000 bzw. 47 000 DM verfügen; Haushalte von Arbeitslosengeld- oder -hilfeempfängern mußten mit einem durchschnittlichen Einkommen von etwas über 26 000 DM und die Haushalte von Sozialhilfeempfängern mit weniger als 21 000 DM auskommen.

Tab. 1: Verfügbares Einkommen der Privathaushalte 1989<sup>1</sup>  
im früheren Bundesgebiet

Haushalte von	DM je Haushalt	DM je Haushaltsmitglied
Landwirten	62 051	15 880
übrigen Selbständigen	167 017	59 915
Beamten	60 552	21 712
Angestellten	53 247	22 195
Arbeitern	43 869	15 970
Arbeitslosengeld-/hilfeempfängern	26 153	12 116
Rentnern	34 175	20 857
Pensionären	47 214	28 989
Sozialhilfeempfängern	20 790	9 429
sonstigen Nichterwerbstätigen	31 880	16 421
Insgesamt	50 080	22 245

<sup>1</sup> Rechenstand September 1990. Die Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung im Jahr 1987 konnten noch nicht berücksichtigt werden.

### 4.3.3 Einkommensquellen

Über die Herkunft der Haushaltseinkommen gibt eine Unterstichprobe der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe Aufschluß. 1988 stammten rund 56 % der gesamten Haushaltsbruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, 10 % aus Unternehmertätigkeit, 10 % aus Vermögen (Zinsen, Dividenden, Einkünfte aus

Vermietung und Verpachtung usw.), 20 % aus staatlichen Transferleistungen und 4 % aus sonstigen Quellen. Allerdings sind diese Zahlen nur Durchschnittswerte. Erhebliche Unterschiede werden sichtbar, wenn man die soziale Stellung der Haushalte berücksichtigt.

So bezogen die Erwerbstätigenhaushalte zwischen 76 % (Landwirte) und 87 % (Angestellte) ihrer monatlichen Haushaltsbruttoeinkommen aus eigener – selbständiger oder unselbständiger – Arbeit. Leistungen des Staates spielen hier eine untergeordnete Rolle. Öffentliche Renten und Pensionen sowie Kindergeld, Wohn-geld, Sozialhilfe usw. trugen bei den meisten Erwerbstätigenhaushalten mit Anteilen zwischen 3 % und 8 % zum Haushaltsbruttoeinkommen bei.

Die Nichterwerbstätigenhaushalte (1988 waren das etwa 42 % aller Haushalte) lebten hingegen überwiegend von staatlichen Transferzahlungen, und zwar insbesondere von Renten und Pensionen, die zusammen etwa 67 % des Bruttoeinkommens dieses Haushaltstyps ausmachten.

Die Einkommen aus Vermögen, zu denen auch der Mietwert des eigenen Hauses gehört, erreichten insbesondere bei den Selbständigen und den Landwirten – aber auch bei den Nichterwerbstätigen – hohe Anteile am gesamten Haushaltsbruttoeinkommen. Bei den Selbständigen waren es rund 14 %, bei den Landwirten 16 % und bei den Nichterwerbstätigen 13,7 %. Bei Angestellten und Arbeitern hatten die Vermögenserträge jeweils einen Anteil von etwa 7 % am Haushaltsbruttoeinkommen, bei den Beamten von 8,5 %.

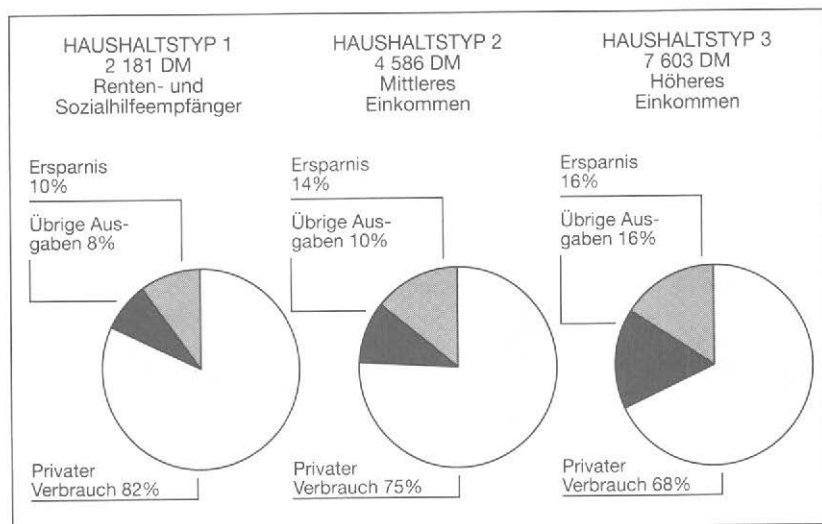
Tab. 2: Zusammensetzung des Einkommens privater Haushalte 1988  
im früheren Bundesgebiet  
in Prozent

Quellen des Haushaltsbrutto- einkommens	Soziale Stellung der Bezugsperson des Haushalts					
	Landwirt	Selbstän- diger	Beamter	Ange- stellter	Arbeiter	Nicht- erwerbs- tätiger
Unselbständige						
Arbeit	13,3	14,0	82,9	85,5	84,1	8,1
Selbständige						
Arbeit	62,2	67,3	1,7	1,9	1,7	1,7
Vermögen	16,3	13,6	8,5	7,4	7,2	13,7
Zahlungen aus						
öffentl. Kassen	7,9	4,0	3,4	3,4	5,4	67,1
Übrige Quellen	0,3	1,1	3,5	1,8	1,6	9,4
Haushaltsbrutto- einkommen	100	100	100	100	100	100

## 4.4 Ausgaben der privaten Haushalte

Über die Ausgabenstruktur der Haushalte informiert die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1988. Danach verwenden die privaten Haushalte den größten Teil ihrer ausgabefähigen Einkommen (76,5 %) für die Käufe von Waren und Dienstleistungen, den sogenannten „Privaten Verbrauch“. Ein wesentlich geringerer Teil (11,5 %) entfällt auf „übrige Ausgaben“, die u. a. freiwillige Beitragszahlungen an Versicherungen sowie Kraftfahrzeugsteuern umfassen. Der Rest (12,0 %) wird gespart.

Abb. 3: Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen 1990 im früheren Bundesgebiet



Unterschiede in der Zusammensetzung der Ausgaben ergeben sich je nach der Höhe der Einkommen. Dies zeigen die laufenden Wirtschaftsrechnungen, die für ausgewählte Haushaltstypen aktuelles Datenmaterial bereitstellen. Im Rahmen dieser Statistik werden drei Haushaltstypen unterschieden, und zwar Zweipersonenhaushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringerem Einkommen (Typ 1), Vierpersonenhaushalte von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen (Typ 2) und Vierpersonenhaushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen (Typ 3). Das monatliche Einkommen bewegte sich 1990 in folgenden vorgegebenen Grenzen:

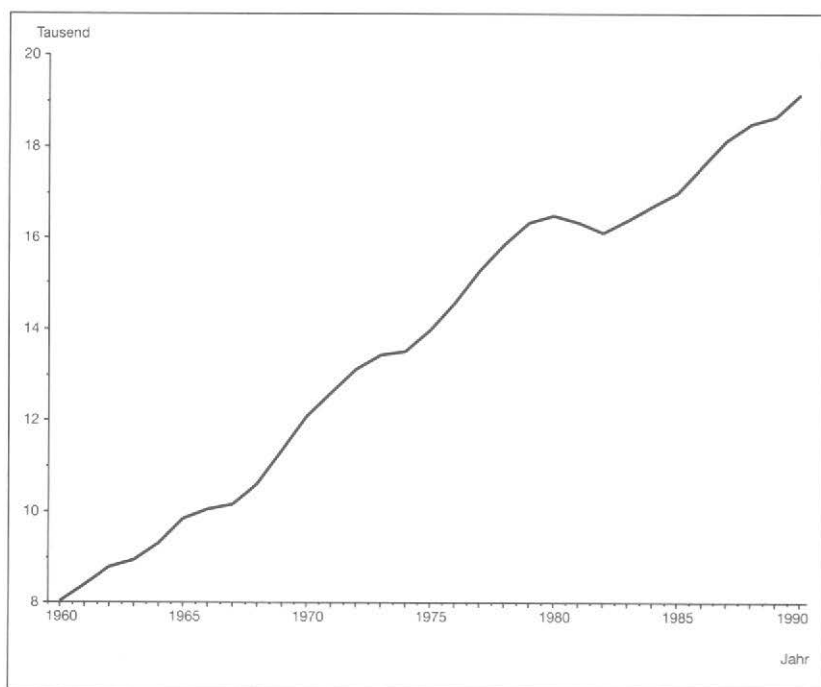
Typ 1: 1 500 bis 2 100 DM (Bruttoeinkommen aus laufenden Übertragungen des Staates oder des Arbeitgebers)

Typ 2: 3 200 bis 4 700 DM (Bruttoeinkommen der Bezugsperson aus hauptberuflicher nichtselbständiger Arbeit)

Typ 3: 5 500 bis 7 500 DM (Bruttoeinkommen der Bezugsperson aus hauptberuflicher nichtselbständiger Arbeit).

Je niedriger das Einkommen, desto höher ist in der Regel der Anteil der Verbrauchsausgaben und desto weniger wird gespart. So entfielen 1990 beim einkommensschwachen Haushaltstyp 1 rund 82 % des ausgabenfähigen Einkommens auf den Privaten Verbrauch, bei den Beziehern mittlerer Einkommen 75 % und bei den Haushalten mit höherem Einkommen 68 %.

Abb. 4: Verbrauchsausgaben je Einwohner und Jahr im früheren Bundesgebiet in Preisen von 1985



## 4.5 Entwicklung der Verbrauchsausgaben im Zeitablauf

In den vier vergangenen Jahrzehnten konnten die privaten Haushalte ihren Lebensstandard nahezu kontinuierlich erhöhen. Das zeigt sich, wenn man die Ausgaben für den Privaten Verbrauch im Zeitablauf verfolgt. Besser als die Ergebnisse der Wirtschaftsrechnungen eignen sich für diesen Zweck die Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die die Daten auch preisbereinigt und in Form von Pro-Kopf-Werten bereitstellen.

Im Jahr 1990 wurden danach im früheren Bundesgebiet je Einwohner im Durchschnitt 20 500 DM für Zwecke des Privaten Verbrauchs ausgegeben. Gegenüber 1960 hat sich dieser Wert fast versiebenfacht. Rechnet man die Preissteigerungen heraus, so verbleibt real immer noch eine Zuwachsrate von 139 %. 1981 und 1982 ging zum erstenmal in der Nachkriegszeit der Private Verbrauch real zurück. Ab 1983 konnten wieder Zuwächse verzeichnet werden, so daß das Niveau von 1980 zehn Jahre später um gut 16 % übertroffen wurde.

## 4.6 Zusammensetzung des Privaten Verbrauchs

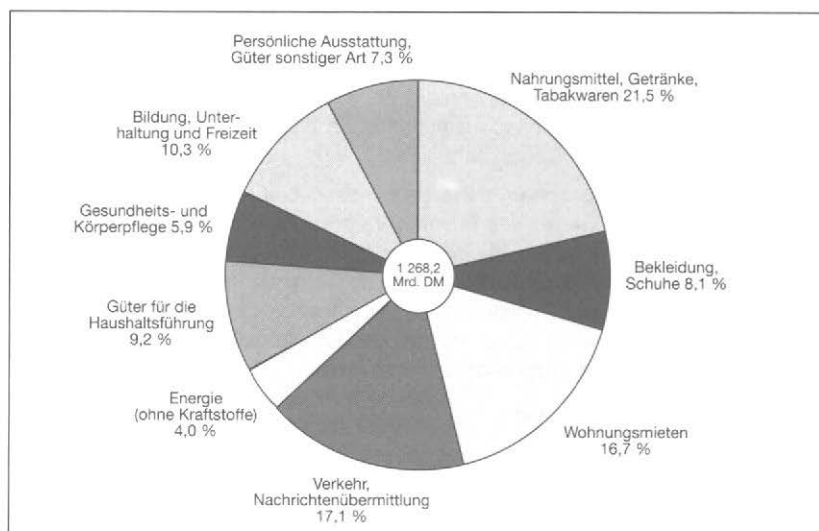
Ein erheblicher Teil der Verbrauchsausgaben entfällt auf die Grundbedürfnisse. Knapp 22 % der Ausgaben privater Haushalte im Inland wurden 1990 für den Kauf von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren verwendet. Einen weiteren großen Posten stellten mit 17 % die Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung dar.

Bei den einzelnen Haushaltstypen sind zum Teil beträchtliche Unterschiede in der Zusammensetzung des Privaten Verbrauchs zu beobachten. So liegt z.B. der Anteil für die Grundbedürfnisse bei einkommensschwachen Haushalten wesentlich höher als bei einkommensstarken. 1990 entfielen beim Haushaltstyp 1 67,9 % der Verbrauchsausgaben auf Essen, Trinken, Wohnen, Heizen und Kleidung, während der Anteil beim Typ 3 nur 52,5 % betrug. Die Haushalte des Typs 1 verwendeten 1990 allein 27,5 % für den Kauf von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, die des Typs 2 dagegen 24,1 % und des Typs 3 nur 20,0 %.

Diese Zahlen belegen die Erkenntnis, die schon 1857 der Pionier der Verbrauchstatistiken, Ernst Engel, in dem nach ihm benannten „Engelschen Gesetz“ zusammengefaßt hat. Es besagt, daß mit steigendem Haushaltseinkommen der Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel an den Gesamtausgaben sinkt. Das Gesetz bestätigt sich auch, wenn man die Entwicklung der einzelnen Ausgabenanteile im Zeitablauf betrachtet: Während sich der Prozentsatz, der für Essen und Trinken ausgegeben wird, in den letzten zwei Jahrzehnten unter dem Einfluß gestiegener Einkommen reduzierte, stiegen die Anteile anderer Ausgabengruppen, wie Wohnen und Energieversorgung, beträchtlich an. Auch in den absoluten



Abb. 5: Struktur der Käufe der privaten Haushalte im Inland 1990<sup>1</sup>  
im früheren Bundesgebiet



<sup>1</sup> Vorläufiges Ergebnis.

Tab. 3: Monatliche Ausgaben für den Privaten Verbrauch 1990  
im früheren Bundesgebiet

Ausgabenposten	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	DM	%	DM	%	DM	%
Privater Verbrauch insgesamt	1 786	100	3 452	100	5 182	100
davon:						
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	491	27,5	831	24,1	1 037	20,0
Wohnungsmieten	481	26,9	744	21,6	1 009	19,5
Energie (ohne Kraftstoffe)	139	7,8	183	5,3	233	4,5
Kleidung, Schuhe	102	5,7	281	8,1	444	8,6
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	209	11,7	550	15,9	816	15,8
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	119	6,7	366	10,6	612	11,8
Übrige Güter und Dienstleistungen für den privaten Verbrauch	246	13,8	497	14,4	1 031	19,9

Tab. 4: Anteile am Privaten Verbrauch im früheren Bundesgebiet  
in Prozent

Ausgabengruppe Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren

Jahr	Haushaltstyp 1	Haushaltstyp 2	Haushaltstyp 3
1965	50,2	40,0	28,5
1970	43,0	35,3	26,1
1975	38,2	29,8	23,0
1980	33,5	28,1	22,0
1985	30,5	25,7	21,0
1990	27,5	24,1	20,0

Ausgabengruppe Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Jahr	Haushaltstyp 1	Haushaltstyp 2	Haushaltstyp 3
1965	2,8	9,7	16,2
1970	3,9	10,9	15,1
1975	4,9	13,8	16,4
1980	7,2	14,0	15,3
1985	9,4	14,8	15,9
1990	11,7	15,9	15,8

Ausgabengruppe Wohnungsmieten u. ä.

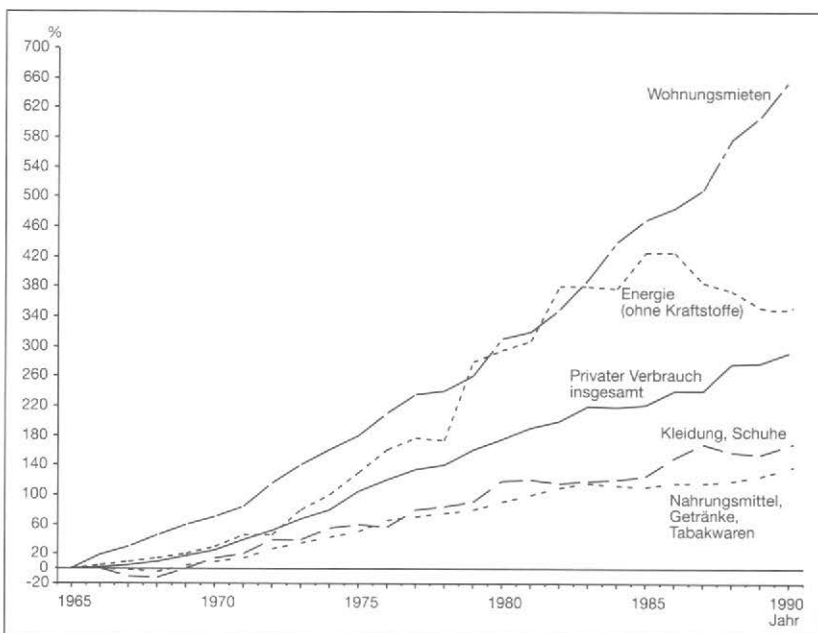
Jahr	Haushaltstyp 1	Haushaltstyp 2	Haushaltstyp 3
1965	16,2	11,2	12,1
1970	20,5	15,5	14,0
1975	22,2	15,5	14,8
1980	22,4	16,4	15,5
1985	24,4	19,6	18,8
1990	26,9	21,6	19,5

Ausgabengruppe Energie (ohne Kraftstoffe)

Jahr	Haushaltstyp 1	Haushaltstyp 2	Haushaltstyp 3
1965	7,1	4,5	3,8
1970	7,7	4,7	3,8
1975	7,6	5,1	4,2
1980	8,8	6,5	5,4
1985	10,0	7,3	6,0
1990	7,8	5,3	4,5

Beträgen spiegelt sich die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Ausgabengruppen wider. Während sich beispielsweise beim Haushaltstyp 2 die Ausgaben für Wohnungsmieten zwischen 1965 und 1990 mehr als versiebenfachen, stiegen die Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren auf etwas mehr als das Doppelte.

Abb. 6: Entwicklung einzelner Ausgabengruppen bei Vierpersonenhaushalten von Angestellten und Arbeitern im früheren Bundesgebiet mit mittlerem Einkommen im Vergleich zu ihrem gesamten Privaten Verbrauch - Basisjahr 1965



Dabei ist zu berücksichtigen, daß in die Ausgaben sowohl die Preis- wie die Mengenkomponente eingeht. Der Anstieg eines Ausgabenpostens kann also durch Preissteigerungen und/oder Erhöhung der nachgefragten Menge verursacht werden. Als dritte Möglichkeit ist der Übergang auf höherwertige und damit teurere Waren denkbar (Substitution). In der Regel ist die Ausgabensteigerung auf eine Kombination aller drei Faktoren zurückzuführen, wobei eine Komponente durchaus überwiegen kann.

#### 4.6.1 Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren

Für die Ausgabensteigerungen im Bereich der Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren spielt der Substitutionsvorgang eine große Rolle. In ihm wirken sich die Änderungen der Verbrauchsgewohnheiten aus. Besonders auffallend ist die beträchtliche Zunahme des Konsums von Fleisch, der jedoch 1989/90 im Vergleich mit den beiden vorhergehenden Wirtschaftsjahren etwas rückläufig war. Der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch lag im Jahr 1989 bei etwa 100 kg, gegenüber 37 kg 1950/51. Der Verzehr von Getreideerzeugnissen und Kartoffeln wurde dagegen erheblich eingeschränkt, während sich der Verbrauch von Gemüse stark erhöhte. Besonders stark zugenommen hat der Konsum von Tabakwaren und alkoholischen Getränken. So stieg beispielsweise der Weinverbrauch mit 26 Liter je Einwohner im Wirtschaftsjahr 1989/90 gegenüber 1950/51 auf mehr als das Vierfache an.

Tab. 5: Verbrauch von Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren  
im früheren Bundesgebiet  
je Einwohner und Jahr

Erzeugnis	Einheit	Wirtschaftsjahr				
		1950/51	1960/61	1970/71	1980/81	1989/90 <sup>1</sup>
Getreide	kg	99	80	66	68	74
Kartoffeln	kg	184	132	102	81	72
Gemüse	kg	49	49	64	64	82
Frishobst	kg	40	94	93	84	89
Fleisch	kg	37	57	79	91	100 <sup>2</sup>
Käse	kg	4	8	10	14	18 <sup>2</sup>
Butter	kg	6	9	7	6	7 <sup>2</sup>
Zigaretten <sup>1</sup>	St.	488	1 282	1 943	2 086	1 942
Bier <sup>1</sup>	l	35	95	141	146	143
Trinkwein/ Schaumwein	l	6	13	16	25	26

<sup>1</sup> Vorläufiges Ergebnis.

<sup>2</sup> Die Angaben beziehen sich nicht auf das Wirtschaftsjahr, sondern auf das zuerst genannte Kalenderjahr.

#### 4.6.2 Wohnungsmieten

Die Ausgaben für Wohnungsmieten sind im letzten Jahrzehnt überdurchschnittlich gestiegen. 1990 gaben z.B. die Vierpersonenhaushalte von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen im Schnitt monatlich 744 DM (21,6 % des Privaten Verbrauchs) für ihre Wohnung aus, während sie 1970 noch mit knapp 170 DM (15,5 % des Privaten Verbrauchs) ausgekommen waren. Die Ursache

hierfür liegt nicht zuletzt in einer erheblichen Verbesserung der Wohnungsausstattung. Während 1968 nur 30 % aller Wohneinheiten mit Sammelheizung, Bad und WC ausgestattet waren, verfügten 1987 bereits 74 % über diesen Komfort. Die durchschnittliche Quadratmetermiete einer Wohnung mit Bad, WC und Sammelheizung betrug 1987 7,35 DM, während Wohnungen mit Bad, WC, ohne Sammelheizung durchschnittlich 5,57 DM pro Quadratmeter kosteten. Neben anderen Gründen spielt insbesondere auch der Trend zu größeren Wohnungen für die Erhöhung der Mietbelastung eine wesentliche Rolle (vgl. Kap. 5).

#### 4.6.3 Energie (ohne Kraftstoffe)

Zu den auffälligsten Erscheinungen im Bereich der Ausgabenentwicklung zählen die Aufwendungen für die Energieversorgung (vgl. Kap. 18). Die jährlichen Veränderungsraten der Ausgaben für Energie (ohne Kraftstoffe) zeigen im letzten Jahrzehnt keinen kontinuierlichen Verlauf, sondern sind in erster Linie durch die Preisveränderungen beim Erdöl und Erdgas gekennzeichnet.

Der Anteil der Energieausgaben am Privaten Verbrauch hat sich zwischen 1972 und 1985 fast ständig erhöht, von 1986 bis 1990 war er jedoch rückläufig. Von dieser Entwicklung waren alle Haushaltstypen betroffen, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Die Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern gaben 1990 fast jede dreizehnte Mark für die Energieversorgung aus, wobei die Aufwendungen für den Kauf von Kraftstoffen, die statistisch zum Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ rechnen, noch nicht einmal berücksichtigt sind.

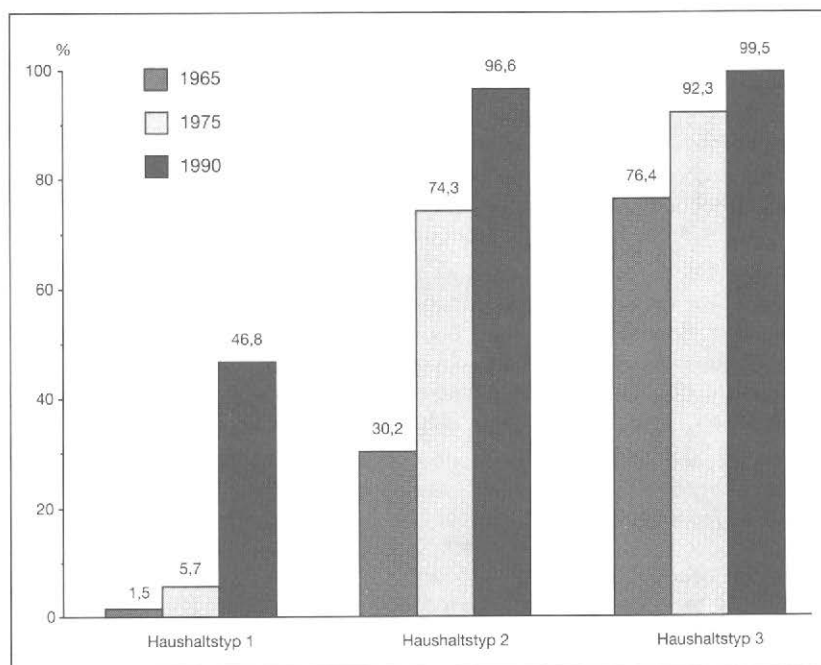
#### 4.6.4 Ausgaben für Kraftfahrzeuge

Die wichtigste Ausgabenart in diesem Bereich sind die Aufwendungen für Kraftstoffe. Besonders ihre Verteuerung führte zwischen 1973 und 1985 zu steigenden Ausgaben für Kraftfahrzeuge. Trotz der höheren Kosten ist der Bestand an Fahrzeugen noch kräftig gewachsen. Während 1973 im früheren Bundesgebiet annähernd 17 Mill. Personenkraftwagen zugelassen waren, lag diese Zahl 1991 bereits bei 31,3 Mill. Rein rechnerisch müßte heute jeder Haushalt über ein Kraftfahrzeug verfügen können. Nach den Ergebnissen der laufenden Wirtschaftsrechnungen besaß 1990 allerdings nur von den Vierpersonenhaushalten mit höherem Einkommen nahezu jeder (99,5 %) mindestens ein Auto. Bei den Vierpersonenhaushalten mit mittlerem Einkommen waren es 96,6 % und bei den Rentner- und Sozialhilfeempfängerhaushalten 46,8 %.

Die Haushalte des Typs 2, die ein Kraftfahrzeug besitzen, gaben 1990 im Durchschnitt etwa 300 DM monatlich für die Unterhaltung ihres Personenkraftwagens aus. Nicht eingerechnet sind dabei Anschaffungskosten bzw. Abschreibungen. Über ein Drittel der Ausgaben (39,6 %) entfiel allein auf Kraftstoffe, etwas mehr als ein Viertel (25,3 %) auf Steuer und Versicherung, rund 12 % auf Garagenmieten

und der Rest auf Ersatzteile, Reparaturen u.ä. Gegenüber 1970 haben sich die Ausgaben für das Kraftfahrzeug bei diesem Haushaltstyp mehr als verdoppelt.

Abb. 7: Besitz eines Pkw im früheren Bundesgebiet



Tab. 6: Monatliche Kosten der Kraftfahrzeughaltung 1990<sup>1</sup>  
im früheren Bundesgebiet

Art der Aufwendung	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	DM	%	DM	%	DM	%
Kraftstoffe	64,20	33,3	119,10	39,6	153,85	37,9
Garagenmieten	28,39	14,7	35,21	11,7	40,29	9,9
Kraftfahrzeugsteuer	12,40	6,4	20,50	6,8	23,01	5,7
Kraftfahrtversicherung	43,56	22,6	55,62	18,5	70,57	17,4
Reparaturen, Ersatzteile u. ä.	44,31	23,0	70,16	23,3	118,51	29,2
Insgesamt	192,86	100	300,59	100	406,23	100

<sup>1</sup> Je Haushalt mit Kraftfahrzeug.

#### 4.6.5 Aufwendungen für Freizeitgüter und Urlaub

Die Ausgaben für Freizeitgüter einschließlich Urlaub weisen weit überdurchschnittliche Steigerungsraten auf. Beim Haushaltstyp 2 hat sich dieser Budgetposten zwischen 1965 und 1990 von 94 DM auf rund 637 DM monatlich, also um 577 %, erhöht. Im Vergleich dazu stiegen die Gesamtausgaben für den Privaten Verbrauch im selben Zeitraum lediglich um 292 %.

Einkommensstarke Haushalte wenden für diese Zwecke erheblich höhere Beträge auf als einkommensschwache. Bei den Haushalten des Typs 3 erreichten die monatlichen Verbrauchsausgaben für Freizeitgüter und Urlaub 1990 mit etwa 1 091 DM (273 DM pro Person) einen Anteil von 21 % an den Gesamtausgaben. Aber auch den Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern war das Freizeitvergnügen immerhin noch 229 DM (115 DM pro Person) wert – das entspricht einem Anteil von rund 13 % am Privaten Verbrauch.

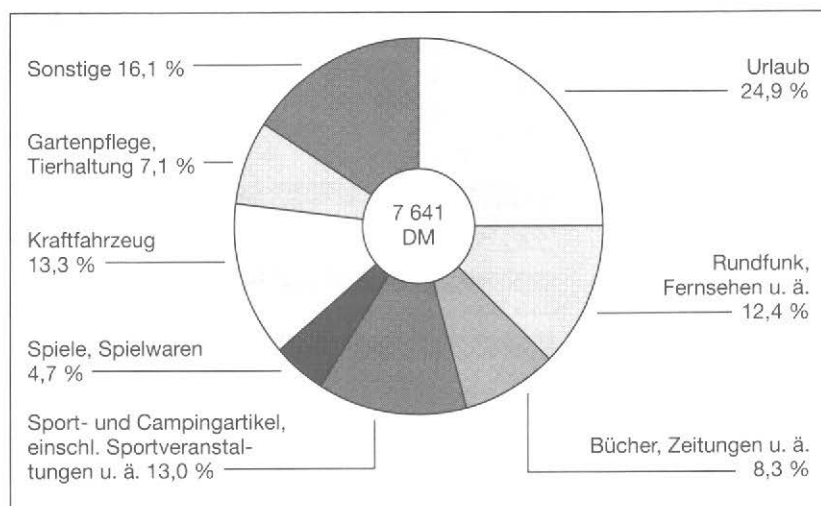
Ein großer Teil der Aufwendungen für Freizeitgüter entfällt auf die Unterhaltungselektronik (Rundfunk-, Fernsehgeräte u.ä.), aber auch Bücher, Zeitungen und Zeitschriften stehen hoch im Kurs. Ein wichtiges Freizeitgut stellt für viele das Kraftfahrzeug dar; allerdings ist die anteilige Nutzung für Freizeit Zwecke schwer zu ermitteln und der von der Statistik unterstellte Wert (30 % der laufenden Kosten) nur als grober Anhaltspunkt zu betrachten.

Ein erheblicher Teil des Freizeitbudgets entfällt auf den Urlaub. Von den Zweipersonenhaushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern traten 1990 rund 53 % eine Ferienreise von 5 Tagen oder länger an. Sie gaben dafür im Durchschnitt rund 1 286 DM aus. Dagegen leisteten sich knapp 78 % aller Haushalte des Typs 2 einen Urlaubsaufenthalt, der ihnen durchschnittlich etwa 2 100 DM wert war. Am reisefreudigsten waren die Haushalte mit höherem Einkommen (Typ 3). Von ihnen fuhren 1990 87 % in Urlaub, der im Durchschnitt fast 3 836 DM kostete (vgl. zu Reisen auch 6.5).

Tab. 7: Monatliche Aufwendungen für Freizeitgüter und Urlaub  
im früheren Bundesgebiet

Jahr	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	DM	% des Privaten Verbrauchs	DM	% des Privaten Verbrauchs	DM	% des Privaten Verbrauchs
1965	21,07	5,5	94,05	10,7	233,51	14,9
1970	35,12	6,8	134,42	12,3	301,52	16,1
1975	63,95	7,8	283,08	15,7	502,61	17,6
1980	106,86	9,1	405,66	16,6	737,33	19,4
1985	153,58	10,2	464,52	16,2	817,43	18,1
1990	228,84	12,8	636,76	18,4	1 090,69	21,0

Abb. 8: Ausgaben für Freizeitgüter und Urlaub 1990 beim Haushaltstyp 2 im früheren Bundesgebiet



## 4.7 Ausstattung der Haushalte

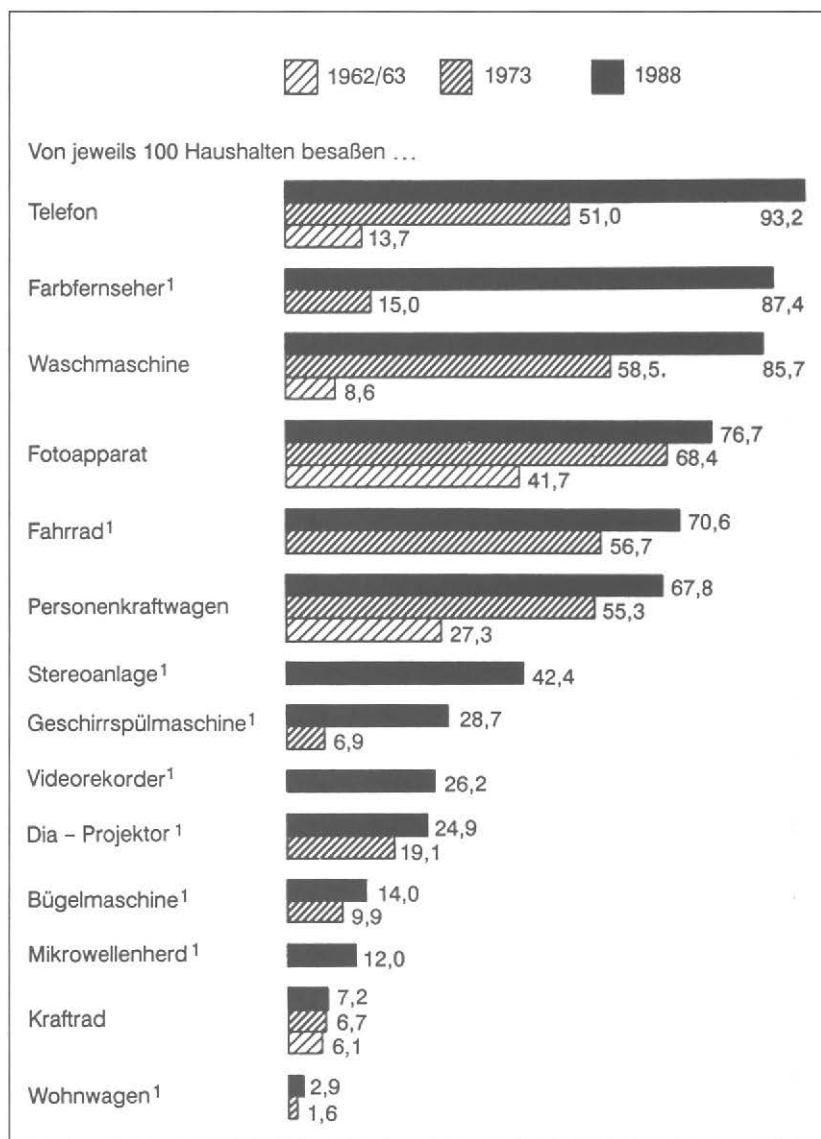
Auch aus dem Besitz bestimmter Güter, die das Leben erleichtern und verschönern, lassen sich Anhaltspunkte über den materiellen Lebensstandard der Haushalte gewinnen. Bei einigen Geräten mit besonderer Bedeutung für die Haushaltsführung, wie Waschmaschine, Kühlgeräte, Staubsauger u.ä., ist inzwischen fast Vollversorgung erreicht. Weitere Güter des gehobenen Bedarfs dringen in immer mehr Haushalte vor. So verfügten nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 bereits fast 29 % aller Haushalte über eine Geschirrspülmaschine, gegenüber knapp 7 % im Jahr 1973.

Die Ausstattung mit Gütern für Verkehr und Nachrichtenübermittlung hat sich wesentlich verbessert. So besitzen immer mehr Personen ein Auto (vgl. 4.6.4). Bemerkenswert ist ferner die gestiegene Anzahl der Fernsprechanchlüsse. 1988 war in 93 % der Haushalte Telefon vorhanden, gegenüber 88 % im Jahre 1983, 51 % im Jahre 1973 und knapp 14 % 1962.

Güter zu Unterhaltungs- und Freizeit Zwecken sind ebenfalls weit verbreitet. Es gibt kaum noch Haushalte, die kein Fernsehgerät besitzen. Inzwischen dringen Videogeräte immer weiter in die Haushalte vor. 1988 gaben bereits 26,2 % der Haushalte an, einen Videorecorder zu besitzen, 1983 waren es erst 6,8 %. Einen CD-Player hatten 1988 6 % und eine Videokamera 1,9 % der Haushalte.



Abb. 9: Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern im früheren Bundesgebiet



<sup>1</sup> In den vorhergehenden Erhebungen nicht erfragt.

Tab. 8: Ausstattung mit ausgewählten Gebrauchsgütern 1973/1990  
im früheren Bundesgebiet nach Haushaltstypen

Gegenstand	%					
	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	1973	1990	1973	1990	1973	1990
Pkw	5,3	46,8	69,4	96,6	89,6	99,5
Fahrrad	29,5	52,6	88,6	95,8	87,9	98,6
Telefon	20,5	97,1	36,6	98,0	87,9	99,0
Farbfernsehgerät	4,5	93,6	10,9	95,8	20,0	95,0
Videorecorder	—	12,7	—	53,7	—	46,7
Fotoapparat	25,0	65,3	93,2	98,8	96,9	99,3
Kühlschrank	92,4	76,9	96,9	78,6	98,1	82,9
Kühl-, Gefrierkombination	—	28,3	—	27,3	—	30,5
Gefrierschrank, -truhe <sup>1</sup>	7,6	53,2	37,7	73,4	41,1	78,6
Geschirrspülmaschine	0,8	8,1	2,6	58,4	26,6	86,4
Waschvollautomat <sup>2</sup>	25,0	89,0	49,1	97,5	57,5	97,9
Staubsauger	89,4	98,8	95,1	99,8	98,3	99,5
Elektr. Heimwerkergerät	5,3	31,2	21,6	62,6	30,7	73,8
Wäschetrockner	—	6,9	—	34,5	—	48,8
Elektr. Nähmaschine	18,9	46,8	59,7	76,8	67,9	80,2
Heimcomputer	—	1,2	—	31,5	—	44,8

1 1973 einschließlich Kühl-, Gefrierkombination.

2 Auch mit Trockner.

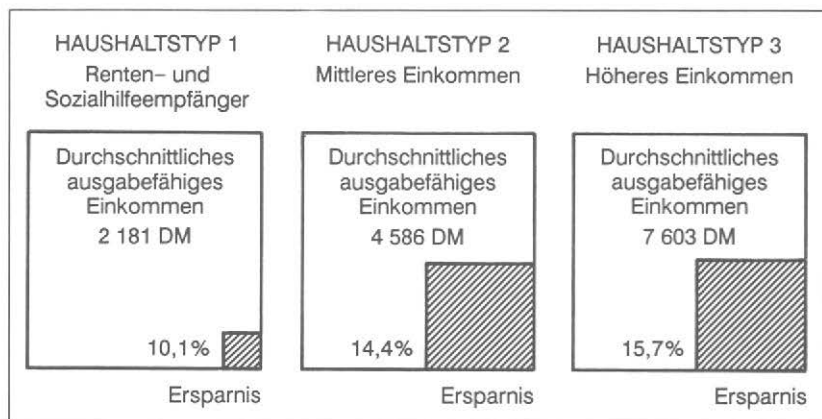
Zwischen den einzelnen Haushaltstypen bestehen Unterschiede in der Versorgung mit langlebigen Gebrauchsgütern, die sich im Zeitablauf allerdings schon reduziert haben. Die Abweichungen im Ausstattungsgrad beruhen zudem nicht nur auf den ungleichen Einkommensverhältnissen, sondern sind auch durch Haushaltsgröße, soziale Stellung und Lebensalter bedingt.

## 4.8 Sparen und Vermögen

### 4.8.1 Sparleistung

Die Sparleistung der Haushalte wird in hohem Maße durch das verfügbare Einkommen bestimmt. Haushalte mit hohem Einkommen verwenden einen größeren Einkommensanteil auf die Ersparnis als Haushalte mit geringem Einkommen. Bei den Haushalten der Renten- und Sozialhilfeempfänger hat sich die Sparleistung von Anfang bis Mitte der 80er Jahre erheblich verringert. Während diese Haushalte 1981 immerhin noch rund 9 % ihrer ausgabenfähigen Einkommen sparten, waren es 1985 nur noch knapp 3 %. 1987 sparte dieser Personenkreis wiederum 6,4 % und 1990 sogar 10,1 % seiner ausgabenfähigen Einkommen. Die Haushalte des Typs 3 sparte hingegen im Betrachtungszeitraum zwischen 13 % und 16 %.

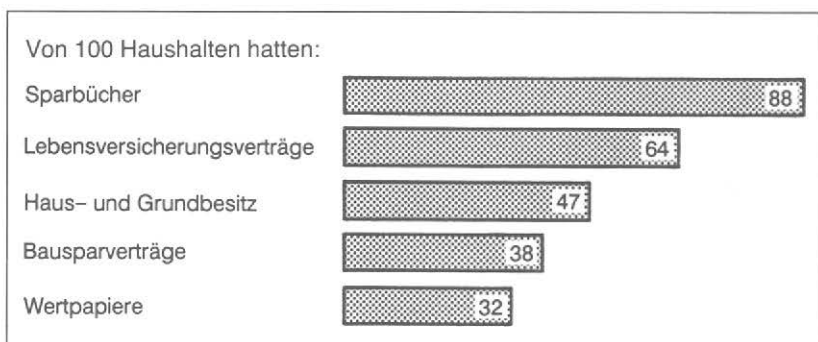
Abb. 10: Anteil der Aufwendungen für Vermögensbildung am ausgabenfähigen Einkommen 1990 im früheren Bundesgebiet



#### 4.8.2 Formen der Vermögensbildung

Private Haushalte bilden zum einen Geldvermögen durch Sparen, Wertpapierkauf, Lebensversicherungen u. ä. und zum anderen Sachvermögen durch den Erwerb von Wohnungen bzw. Häusern und Grundstücken, aber auch von langlebigen, hochwertigen Gebrauchsgütern wie Möbeln, Personenkraftwagen, Fernsehgeräten, Schmuck u. ä.

Abb. 11: Ausgewählte Vermögensbestände privater Haushalte<sup>1</sup> 1989 im früheren Bundesgebiet



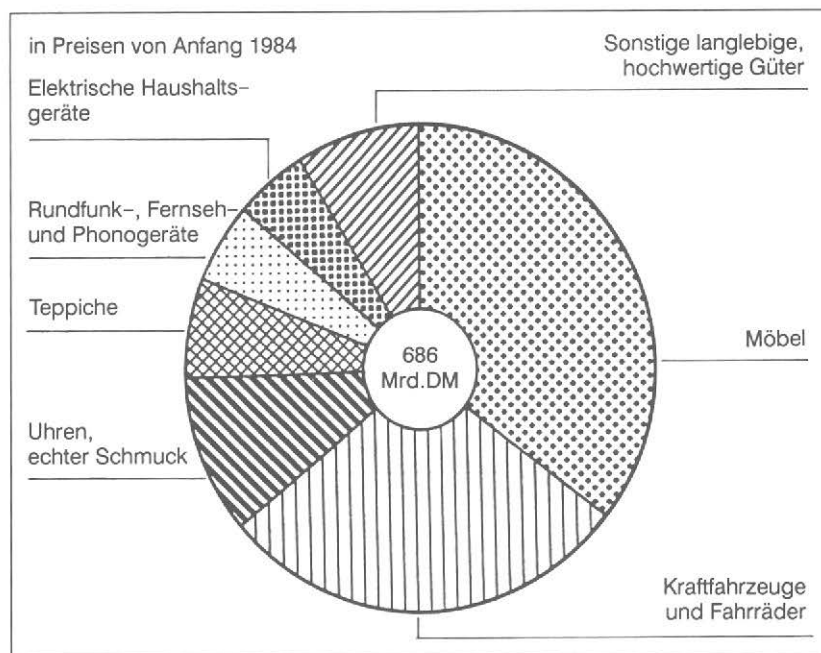
<sup>1</sup> Ohne Ausländer, Anstaltsbevölkerung und Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 25 000 DM und mehr.

#### 4.8.3 Gebrauchsgütervermögen

Anfang 1984 belief sich der Wert der langlebigen hochwertigen Gebrauchsgüter der privaten Haushalte (bewertet zu Preisen von Anfang 1984) auf rund 686 Mrd. DM. Davon entfielen rund ein Drittel auf Möbel, gut ein Viertel auf Kraftfahrzeuge und etwa ein Zehntel auf Uhren und echten Schmuck. Das restliche Viertel bestand vor allem aus Teppichen, Fernseh- und Phonogeräten sowie größeren Haushaltsgeräten.

Im Durchschnitt machte damit Anfang 1984 der Wert des Gebrauchsvermögens je Privathaushalt 27 700 DM aus. Anfang 1970 waren es zu damaligen Preisen erst 182 Mrd. DM oder 8 400 DM je Haushalt gewesen.

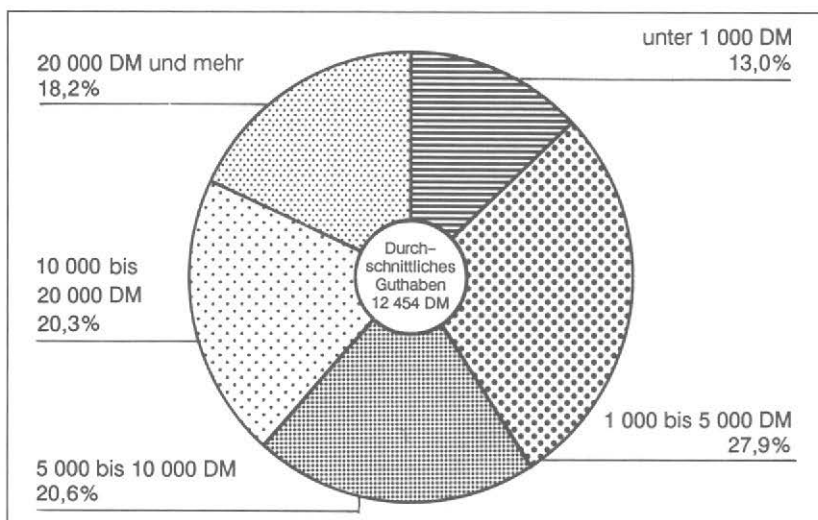
Abb. 12: Gebrauchsvermögen privater Haushalte im früheren Bundesgebiet



#### 4.8.4 Geldvermögen

In der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wird auch nach dem Geldvermögen gefragt. 1988 erwies sich – wie schon bei früheren Erhebungen – die Geldanlage auf Sparbüchern als die am weitesten verbreitete Form der Vermö-

Abb. 13: Haushalte mit Sparbüchern 1988 nach der Höhe des Guthabens im früheren Bundesgebiet



gensbildung: In 88 von 100 Haushalten war mindestens ein Sparbuch vorhanden. Allerdings waren die auf den Sparbüchern angesammelten Beträge im allgemeinen nicht sehr hoch und wohl häufig nur als „Notgroschen“ gedacht. So befanden sich in jedem achten Haushalt, der über Sparbücher verfügte, weniger als 1 000 DM auf dem Konto. Das durchschnittliche Sparguthaben der Haushalte belief sich auf 12 454 DM.

Nach dem Kontensparen sind Lebensversicherungsverträge die beliebteste Form der Geldanlage. 1988 nutzten 64 % der Haushalte diese Form der Vermögensbildung; 1978 waren es noch 70 % gewesen. Mit 84 % machten die Selbständigenhaushalte am häufigsten Gebrauch von Lebensversicherungen, die oftmals einen wesentlichen Teil ihrer Altersversorgung sicherstellen. Dagegen war nur knapp die Hälfte der Nichterwerbstätigenhaushalte durch Lebensversicherungsverträge abgesichert.

1988 besaßen im früheren Bundesgebiet fast ein Drittel der Haushalte Wertpapiere in Form von Aktien, Investmentzertifikaten, festverzinslichen Wertpapieren, Sparbriefen u.ä. Im Durchschnitt belief sich der Wert dieser Depots zu Börsenkursen von Ende 1988 auf 27 852 DM.

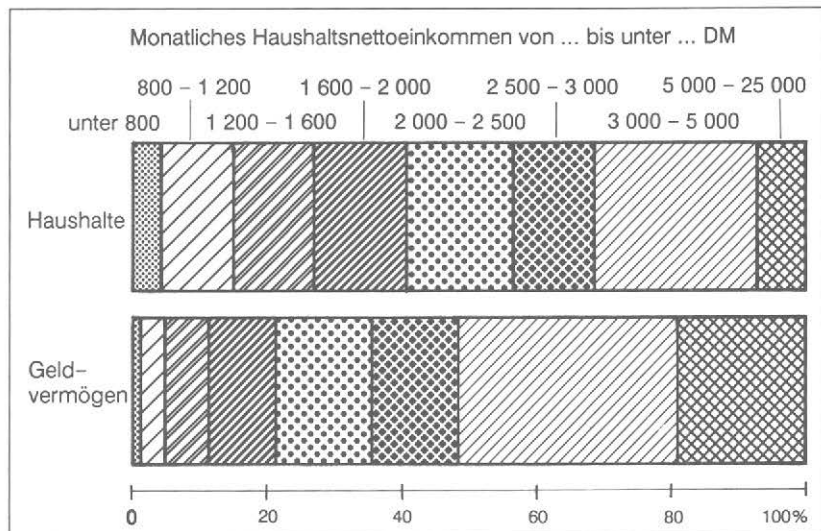
Etwa 38 % der Haushalte verfügten Ende 1988 über noch nicht zugeteilte Bausparverträge. Die durchschnittliche Höhe der angesammelten Bausparguthaben lag im Schnitt der Haushalte mit Bausparverträgen bei 10 661 DM.

An sonstigem Geldvermögen (z. B. Festgeld, aber keine Guthaben auf Girokonten) wurden 1988 im Durchschnitt der privaten Haushalte knapp 1 600 DM erfaßt. Damit belief sich das erhobene Geldvermögen je Haushalt auf 25 673 DM. Umgerechnet auf die Gesamtheit der in der Stichprobe repräsentierten 23,5 Mill. Haushalte entspricht dies einem Gesamtgeldvermögen von 633,7 Mrd. DM.

An diesem Geldvermögen sind die einkommensschwachen Haushalte – gemessen an ihrem Anteil der Gesamtbevölkerung – prozentual deutlich niedriger beteiligt und die finanzstarken Haushalte deutlich höher. So entfielen 1988 auf Haushalte mit einem Nettoeinkommen zwischen 5 000 und 25 000 DM, deren Anteil an allen privaten Haushalten etwa 8 % betrug, rund 19 % des erfaßten Geldvermögens. Einen etwa gleich großen Anteil am Geldvermögen hatten die Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 2 000 DM, jedoch machte ihr Anteil an allen privaten Haushalten gut 40 % aus.

Das angesammelte Geldvermögen wächst mit dem Einkommen der Haushalte. 1988 belief es sich bei Haushalten mit einem Nettoeinkommen unter 800 DM im Schnitt aller Haushalte dieser Einkommensgrößenklasse auf 7 005 DM, bei einem Einkommen von 5 000 bis 25 000 DM auf 63 431 DM.

Abb. 14: Geldvermögen der Haushalte<sup>1</sup> nach ihrem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen Ende 1988 im früheren Bundesgebiet



<sup>1</sup> Ohne Haushalte von Ausländern, Landwirten, Privathaushalte in Anstalten und Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr.

Tab. 9: Haushalte<sup>1</sup> nach Einkommen und durchschnittlichem Geldvermögensbestand 1988 im früheren Bundesgebiet

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Durchschnittliches Vermögen <sup>2</sup> je Haushalt in DM
Unter 800	7 005
800– 1 200	9 079
1 200– 1 600	13 444
1 600– 2 000	17 834
2 000– 2 500	22 573
2 500– 3 000	27 084
3 000– 4 000	31 615
4 000– 5 000	41 122
5 000–25 000	63 431
Insgesamt	25 673

1 Ohne Ausländer und Anstaltsbevölkerung.

2 Guthaben auf Sparkonten, Bausparguthaben und Wertpapierbestände (zum Tageskurs) sowie sonstiges Geldvermögen.

#### 4.8.5 Haus- und Grundbesitz

Eigentum an Grund und Boden hat sich langfristig als sichere und krisenfeste Form der Vermögensanlage erwiesen. In Verbindung mit dem weitverbreiteten Wunsch nach dem Wohnen in den eigenen vier Wänden hat dies dazu geführt, daß Ende 1988 11,5 Mill. private Haushalte über Wohnungs-, Haus- und Grundstückseigentum verfügten. Das entsprach einem Anteil an allen Haushalten von 47 %. Ende 1973 hatte dieser Anteil noch bei etwa 40 % gelegen.

Der Einheitswert des Haus- und Grundvermögens betrug im Durchschnitt der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz 44 432 DM.

Haus- und Grundbesitz war 1988 am häufigsten in Haushalten von selbständigen Landwirten (92 % dieser Haushalte) vorhanden. Es folgen die übrigen Selbständigenhaushalte (74 %), die Haushalte von Beamten (57 %), Arbeitern (49 %) und Angestellten (48 %). 41 % der Haushalte von Rentnern und anderen Nichterwerbstätigen und nur 22 % der Arbeitslosenhaushalte waren Eigentümer von Haus- und Grundbesitz.

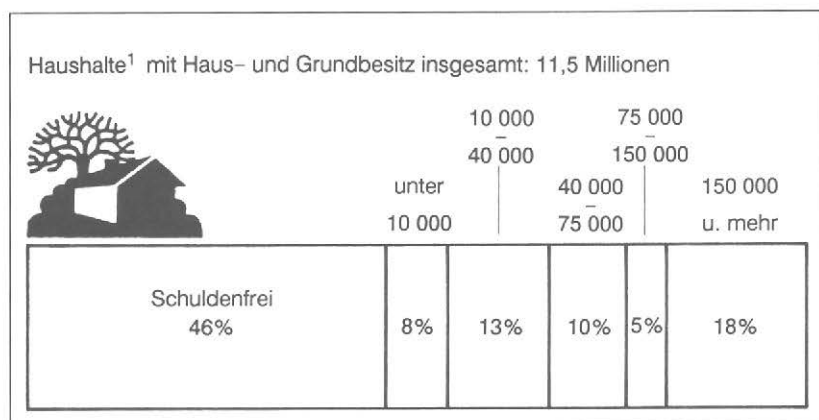
#### 4.9 Haushalte mit Schulden

Das Bild über die Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte bleibt unvollständig, wenn man die Schulden außer acht läßt. Ende 1988 zahlten 20 von 100 Haushalten kurzfristige Kredite (ohne Hypothekenschulden und Baudarlehen) ab. Am häufigsten verschuldet waren Haushalte mit unter 35jährigen Bezugspersonen

(knapp 34 %) bzw. mit einem Arbeitslosen als Bezugsperson (33 %) und am seltensten Haushalte mit über 70jährigen Bezugspersonen (knapp 4 %). Die noch zu zahlende Restschuld belief sich im Durchschnitt der Haushalte mit Kreditverpflichtungen auf 11 670 DM.

Weiter verbreitet als die kurzfristige Verschuldung ist die Aufnahme von Hypotheken und Baudarlehen. Wer Vermögen in Form von Haus- und Grundbesitz bilden will, kommt meist nicht umhin, zur Finanzierung seines Vorhabens längerfristige Gelder in Anspruch zu nehmen. Ende 1988 mußten 54 % aller Haushalte mit Grundvermögen Hypotheken, Baudarlehen u. ä. zurückzahlen. Die Höhe der Restschuld belief sich im Durchschnitt der Haushalte mit Tilgungs- und Zinszahlungen auf 93 709 DM, 34 % dieser Haushalte hatten eine Restschuld von 100 000 DM und mehr nachgewiesen.

Abb. 15: Haushalte<sup>1</sup> mit Haus- und Grundbesitz 1988 nach ihrer Restschuld im früheren Bundesgebiet



<sup>1</sup> Ohne Haushalte von Ausländern, Privathaushalte in Anstalten und Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 25 000 DM und mehr.

#### 4.10 Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte in den neuen Bundesländern

Für die ehemalige DDR liefert die Statistik der Haushaltsbudgets Informationen über die Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte. Für 1990 wurden die Daten aus dieser Statistik auf die der Bundesstatistik zugrunde liegenden „Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte“ umgeschlüsselt.



Nachfolgende Daten sollen einen groben Überblick über die Einnahmen- und Ausgabenstruktur in den neuen Bundesländern liefern.

Aufgrund der besonderen Situation liegen die Ausgaben für den Privaten Verbrauch mit einem Anteil zwischen 81 % und knapp 88 % relativ hoch im Vergleich zum früheren Bundesgebiet. Entsprechend geringer ist der Anteil der Ersparnisse und der übrigen Ausgaben. Einen wesentlich höheren Anteil am Privaten Verbrauch als im früheren Bundesgebiet haben die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren sowie die Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Wesentlich niedriger sind dagegen die Ausgaben für Wohnungsmieten und Energie.

Tab. 10: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im 2. Halbjahr 1990 in den neuen Bundesländern

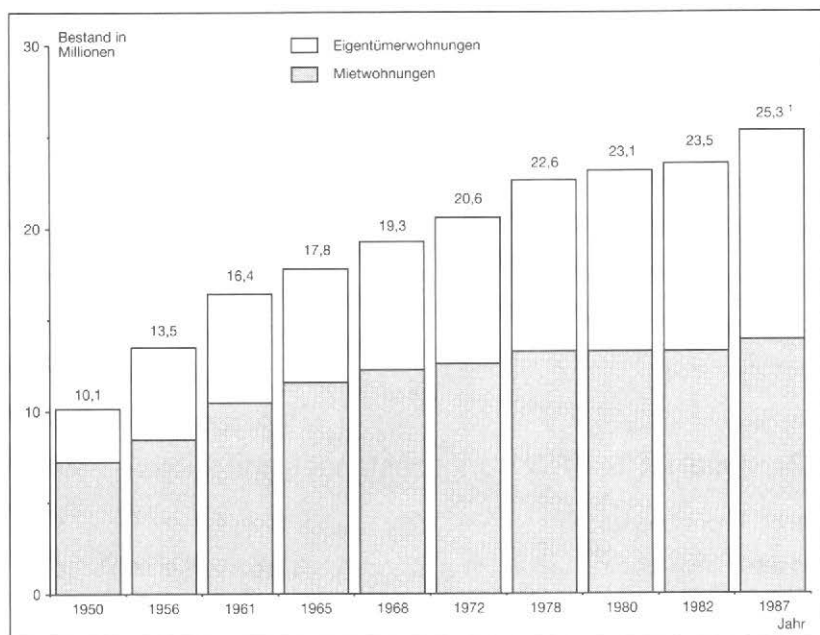
Einnahmen bzw. Ausgaben	Haushalte von Arbeitern und Angestellten			Haushalte von Altersrentnern ohne Arbeitseinkommen		
	1-Personen- haushalte	Ehepaare ohne Kinder	Ehepaare mit . . . Kindern 1                      2	1-Personen- haushalte	2-Personen- haushalte	
DM je Haushalt und Monat						
Ausgabefähige Einkommen bzw. Einnahmen	1 171	2 229	2 388	2 743	759	1 563
Ausgaben für den						
Privaten Verbrauch	948	1 891	1 984	2 407	631	1 325
Übrige Ausgaben	84	146	138	157	65	117
Veränderung der Vermögens- u. Finanzkonten	140	192	266	180	63	121
Anteil der Ausgaben am Privaten Verbrauch je Haushalt und Monat in %						
Nahrungsmittel, Getränke						
Tabakwaren	33,2	29,8	31,2	30,1	40,5	37,0
Bekleidung, Schuhe	10,9	9,0	9,9	10,2	9,4	7,7
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	7,1	4,6	4,7	4,3	10,0	6,3
Möbel, Hausgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	12,4	12,8	12,6	12,0	13,8	15,2
Güter für die Gesundheits- u. Körperpflege	4,3	3,2	3,0	2,6	6,3	4,5
Güter für Verkehr- u. Nachrichtenübermittlung	14,1	26,7	23,4	26,2	6,2	16,5
Güter für Bildung, Unter- haltung, Freizeit	13,3	9,7	12,2	12,0	10,5	8,6
Güter für die persönliche Ausstattung, Reisen	4,6	4,1	3,1	2,7	3,3	4,3

## 5 Wohnen

### 5.1 Entwicklung der Wohnraumversorgung

In den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg standen im früheren Bundesgebiet bei der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum quantitative Probleme im Vordergrund. Die Kriegszerstörungen und der Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen belasteten in besonderem Maß den Wohnungsmarkt. Nach den Ergebnissen der ersten Wohnungszählung von 1950 mußten sich durchschnittlich 4,7 Einwohner eine der 10,1 Mill. Wohnungen teilen. Eine beispiellose Neubautätigkeit in den 50er und 60er Jahren mit jährlicher Fertigstellung von rund 500 000 Wohnungen führte dazu, daß bis 1968 ein Wohnungsbestand von

Abb. 1: Bestand an bewohnten Wohnungen – mit Küche/Kochnische – in Gebäuden 1950 bis 1987 im früheren Bundesgebiet



<sup>1</sup> Ohne Freizeitwohnungen, Wohnungen in Wohnheimen und Wohnungen von Angehörigen ausländischer Streitkräfte.

19,3 Mill. erreicht wurde. Damit kamen durchschnittlich 3,0 Einwohner auf jede Wohnung.

In den 70er und 80er Jahren schwächte sich die Neubautätigkeit im früheren Bundesgebiet erheblich ab, gleichwohl stieg der Wohnungsbestand weiterhin an. Eine umfassende statistische Bestandsaufnahme der Wohnungen hat nach 1968 erst mit der Gebäude- und Wohnungszählung im Rahmen der Volkszählung 1987 wieder stattgefunden. Eines ihrer wichtigsten Ergebnisse war, daß der Wohnungsbestand nunmehr rund 25,3 Mill. bewohnte Eigentümer- und Mietwohnungen umfaßte. Dies waren durchschnittlich nur noch 2,4 Einwohner je Wohnung.

Auch zur Struktur der Wohnraumversorgung lieferte die Volkszählung neue Informationen. In den 25,3 Mill. Miet- und Eigentümerwohnungen lebten 1987 26,1 Mill. Haushalte. 24,6 Mill. Haushalte wohnten jeweils in einer Wohnung allein, während sich 1,5 Mill. Haushalte die Wohnung jeweils mit mindestens einem weiteren Haushalt teilten, so daß rund 689 000 Wohnungen mehr als einen Haushalt beherbergten.

Auch in den neuen Bundesländern war eine Zunahme des Wohnungsbestandes zu verzeichnen. Bei wesentlich geringerer Neubautätigkeit als in den alten Bundesländern war der Bestandszuwachs im Gebiet der ehemaligen DDR jedoch begleitet von einer zunehmenden Verschlechterung des allgemeinen Bauzustandes. Ein Teil des Wohnungsbestandes ist für Wohnzwecke nicht mehr nutzbar.

Zu der im Durchschnitt verbesserten Wohnungsversorgung hat auch die rückläufige Bevölkerungsentwicklung beigetragen.

Tab. 1: Wohnungsversorgung im Gebiet der ehem. DDR

Nachweis	1970	1981	1987
Bestand an Wohnungen in 1 000	6 057	6 562	6 963
Einwohner am Jahresende in 1 000	17 068	16 706	16 434
Einwohner je Wohnung	2,8	2,5	2,4

## 5.2 Qualität des Wohnungsbestandes und Mieten

### 5.2.1 Wohnungsgröße

Von den in der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 im früheren Bundesgebiet erfaßten 25,3 Mill. Miet- und Eigentümerwohnungen (Freizeitwohnungen und Wohnungen in Wohnheimen bleiben außer Betracht, ebenso auch die leerstehenden Wohnungen) waren 15,4 Mill. (60,7 %) von Mietern und 9,9 Mill. (39,3 %) von Eigentümern bewohnt. Gegenüber 1968 hatte sich damit die Zahl der Mietwohnun-

Tab. 2: Fläche der bewohnten Wohnungen im früheren Bundesgebiet  
1968 und 1987

Art der Wohnung	Jahr	Miet- und Eigentümerwohnungen mit einer Fläche von ... bis unter ... m <sup>2</sup>					Durch- schnittliche Fläche je Wohnung
		Ins- gesamt	unter 40	40–80	80–100	100 und mehr	
Insgesamt	1968	19 297	11,4	57,4	15,6	15,6	71
	1987	25 321	6,2	44,5	18,9	30,4	86
Miet- wohnungen	1968	12 268	15,8	66,4	11,5	6,3	61
	1987	15 372	9,6	60,9	17,6	11,9	69
Eigentümer- wohnungen	1968	7 029	3,6	41,3	23,0	32,1	89
	1987	9 949	0,8	18,9	21,0	59,3	113

gen um 3,1 Mill. oder 25,3 % und die der Eigentümerwohnungen um 2,9 Mill. oder 41,5 % erhöht. Die Eigentümerwohnungen waren mit durchschnittlich 113 (1968: 89) Quadratmetern Fläche und 5,5 (1968: 5,1) Räumen nach wie vor wesentlich größer als die Mietwohnungen mit 69 (1968: 61) Quadratmetern Fläche und 3,7 (1968: 3,6) Räumen.

Aus den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung geht außerdem hervor, daß die Wohnungen im Vergleich zu 1968 erheblich geräumiger geworden sind. 1987 waren bereits 49,3 % aller Wohnungen größer als 80 Quadratmeter,

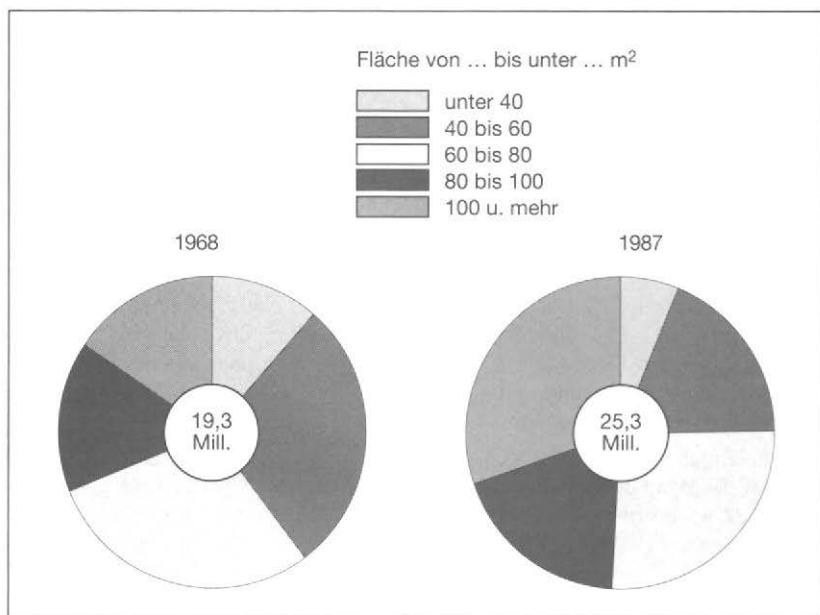
Tab. 3: Bewohnte Wohnungen nach Raumzahl im früheren Bundesgebiet  
1968 und 1987

Art der Wohnung	Jahr	Miet- und Eigentümerwohnungen mit . . . Räumen <sup>1</sup>					Räume je Wohnung
		Ins- gesamt	1–2	3	4	5 u. mehr	Anzahl
Insgesamt	1968	19 297	10,2	26,6	31,8	31,4	4,13
	1987	25 321	8,0	21,1	29,5	41,4	4,44
Miet- wohnungen	1968	12 268	14,6	34,2	35,0	16,2	3,59
	1987	15 372	12,4	30,2	35,7	21,7	3,73
Eigentümer- wohnungen	1968	7 029	2,4	12,9	26,0	58,7	5,10
	1987	9 949	1,2	6,8	19,8	72,2	5,55

1 Einschl. Küche.

1968 waren es lediglich 31,2 %. Auch nach der Zahl der Räume sind die Wohnungen größer geworden. Hatten 1968 31,4 % der Wohnungen 5 Räume und mehr, so waren es 1987 41,4 %.

Abb. 2: Fläche der bewohnten Miet- und Eigentümerwohnungen im früheren Bundesgebiet



### 5.2.2 Wohnungsausstattung

Die Ausstattung der Wohnung mit Sammelheizung (Zentral-, Etagen-, Block- oder Fernheizung) sowie Bad/Dusche und WC gibt wichtige Hinweise auf die erreichte Wohnqualität. Danach sind seit der Wohnungszählung 1968 ganz erhebliche Qualitätsverbesserungen erzielt worden. Während 1968 im früheren Bundesgebiet lediglich 5,7 Mill. oder 30 % der Wohnungen mit Sammelheizung, Bad/Dusche und WC ausgestattet waren, galt dies im Jahr 1987 bereits für 18,7 Mill. oder 74 % der Wohnungen.

Aufschlüsse über die Verbesserungen bei der Wohnungsausstattung liefert auch die Tatsache, daß die weniger gut ausgestatteten Wohnungen gegenüber 1968 erheblich abgenommen haben. So ist z.B. die Zahl der Wohnungen ohne Bad/

Dusche und ohne WC bundesweit von 3,2 Mill. oder 17 % im Jahr 1968 auf 0,2 Mill. oder 0,8 % im Jahr 1987 zurückgegangen. Eine ähnliche Entwicklung ist bei den Wohnungen mit WC, aber ohne Bad/Dusche festzustellen. Deren Anteil sank von 2,2 Mill. oder 11,6 % im Jahr 1968 auf 0,8 Mill. oder 3,0 % im Jahr 1987.

Tab. 4: Wohnungsausstattung im früheren Bundesgebiet 1968 und 1987 in Prozent

Art der Wohnung	Jahr	Miet- und Eigentümerwohnungen			
		mit Bad/Dusche, WC		mit sonstiger Ausstattung	
		mit	ohne	zusammen	darunter
		Sammel- heizung			ohne WC, ohne Bad/Dusche
Insgesamt	1968	29,8	38,0	32,2	16,7
	1987	73,7	21,8	4,5	0,8
Miet- wohnungen	1968	27,1	39,6	33,3	17,4
	1987	71,7	23,3	5,0	0,9
Eigentümer- wohnungen	1968	34,5	35,3	30,2	15,5
	1987	76,9	19,5	3,6	0,8

In den neuen Bundesländern wurden in der Ausstattung der Wohnungen gleichfalls Verbesserungen erreicht; das betraf vor allem die Sanitärausstattung in den 70er und 80er Jahren. Das Tempo dieser Entwicklung war aber geringer als in den alten Bundesländern.

Tab. 5: Wohnungsausstattung im Gebiet der ehem. DDR 1970 und 1987

Jahr	Wohnungen mit			
	Bad/Dusche		Innen-WC	
	absolut in 1000	in % des Bestands	absolut in 1000	in % des Bestands
1970	2 335	39	2 374	39
1987	5 388	77	4 848	70

Im Vergleich zu den alten Bundesländern besteht im Gebiet der ehemaligen DDR in der Ausstattung der Wohnungen ein Rückstand von zwei Jahrzehnten. Dabei gibt es starke regionale Unterschiede. So ist z.B. im Land Sachsen der Anteil schlecht ausgestatteter Wohnungen überdurchschnittlich hoch, während in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern die Wohnungen relativ am besten ausgestattet sind.

### 5.2.3 Mieten

Die Angaben über die im früheren Bundesgebiet gezahlten Mieten aus dem Mikrozensus 1985 und der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 sind durch die Entwicklung am Wohnungsmarkt inzwischen überholt. Sie können aber dennoch zu allgemeinen Aussagen darüber herangezogen werden, wie z.B. Ausstattung, Alter und Größe einer Wohnung die Miethöhe beeinflussen.

Die durchschnittliche Quadratmetermiete liegt um so höher, je besser die Wohnung ausgestattet ist und je später sie fertiggestellt wurde. Eine Wohnung ist im allgemeinen auch um so teurer, je größer sie ist; die Miete je Quadratmeter Wohnfläche geht jedoch mit zunehmender Größe zurück. Wichtig für die Höhe der Miete ist zudem die Lage der Wohnung (Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen den verschiedenen Stadtvierteln usw.).

Darüber hinaus wurde ermittelt, daß die Miete um so niedriger ist, je länger ein Haushalt die Wohnung bereits bewohnt. Offensichtlich werden Mieterhöhungen besonders dann vorgenommen, wenn ein Mieterwechsel erfolgt, während bereits vermietete Wohnungen von Erhöhungen weniger stark betroffen sind.

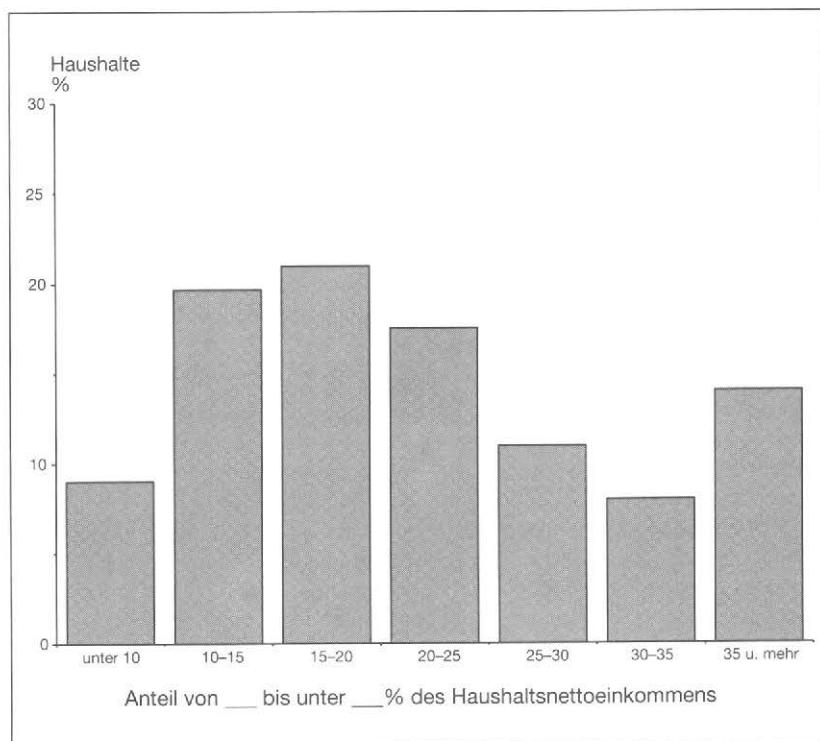
Tab. 6: Quadratmetermieten reiner Mietwohnungen<sup>1</sup>  
im früheren Bundesgebiet 1968 und 1987

Ausstattung, Größe und Baujahr	Durchschnittliche Miete je m <sup>2</sup> Wohnfläche in DM	
	1968	1987
Insgesamt	2,28	6,87
Ausstattung:		
Mit Sammelheizung, Bad und WC	2,98	7,35
Ohne Sammelheizung, mit Bad und WC	2,13	5,57
Ohne Bad, mit WC in der Wohnung	1,78	4,60
Sonstige Ausstattung	1,60	5,11
Größe:		
von . . . bis . . . m <sup>2</sup>		
unter 40	2,49	9,27
40 – unter 80	2,22	6,89
80 und mehr	2,37	6,58
Baujahr:		
bis 1948	·	5,94
1949–1968	·	6,70
1969–1978	·	7,73
1979 und später	·	8,48

<sup>1</sup> Ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftswohnungen, Berufs- und Geschäftswohnungen; ohne Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte; ohne verbilligt oder ermäßig überlassene Wohnungen; ohne völlig untervermietete Wohnungen.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1985 gaben drei von zehn Mieterhaushalten im früheren Bundesgebiet unter 15 % ihres Nettoeinkommens für die Miete (einschließlich Umlagen, z.B. für Kanalisation und Müllabfuhr, aber ohne Nebenkosten, z.B. für Heizung, Elektrizität, Garage o. ä.) aus. Mehr als jeder dritte Haushalt (38 %), der zur Miete wohnte, mußte zwischen 15 % und 25 % seines Nettoein-

Abb. 3: Mietbelastung der Hauptmieterhaushalte in Wohngebäuden 1985  
im früheren Bundesgebiet



kommens für Miete abzugeben. 33 % der Mieter wendeten für ihre Wohnung mehr als ein Viertel des Einkommens auf. Die Miete beanspruchte demzufolge bei immer mehr Mietern größere Anteile des Einkommens. Dabei waren Haushalte besonders belastet, die ein niedriges Einkommen hatten (vgl. hierzu 4.6 und Teil II, Kap. 7.1).



### 5.3 Wohnsituation der Haushalte

Während der Zuwachs an Wohnungen im früheren Bundesgebiet im Vergleich von 1968 zu 1987 31 % betrug, erhöhte sich die Personenzahl nur um 7 %. Hierbei darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Zahl der Haushalte vergleichsweise wesentlich stärker gestiegen ist (+ 27 %). Insbesondere fällt auf, daß es 1987 nahezu doppelt so viele Einpersonenhaushalte gab wie 1968; ihre Zahl nahm von rund 4,5 Mill. um 94 % auf 8,7 Mill. zu. Die Zunahme der für diese Haushalte geeignet erscheinenden Ein- bis Zweiraumwohnungen um + 5 % auf rund 2,0 Mill. hat mit dieser Entwicklung nicht annähernd Schritt halten können.

Tab. 7: Haushalte sowie Personen in Miet- und Eigentümerwohnungen im früheren Bundesgebiet 1968 und 1987

Gegenstand der Nachweisung	1968		1987		Veränderung 1987 gegenüber 1968
	1 000	%	1 000	%	%
Wohnparteien/Haushalte					
mit 1 Person	4 466,9	21,6	8 672,2	33,2	+ 94,1
mit 2 Personen und mehr	16 167,0	78,2	17 463,6	66,8	+ 8,0
Zusammen	20 663,9	100,0	26 135,8	100,0	+ 26,5
Personen	57 377,2	x	61 522,7	x	+ 7,2

Diese Ergebnisse werfen ein Schlaglicht auf die derzeitige Situation auf dem Wohnungsmarkt. Sie ist nicht mehr durch eine massive Unterversorgung breiter Bevölkerungsschichten, sondern durch Anpassungsschwierigkeiten in Teilbereichen gekennzeichnet, insbesondere in bestimmten Regionen und im Hinblick auf einzelne Bevölkerungsschichten. Hinzu kommt, daß sich auch das Wohnverhalten in den letzten 20 Jahren grundlegend geändert hat. Während 1968 die jüngere Generation überwiegend noch bei ihren Eltern lebte, sucht sie heutzutage bereits wesentlich früher eine eigene Wohnung.

An der Belegungsdichte der Wohnungen, die sich aus der Relation der Haushaltsangehörigen zur Zahl der bewohnten Räume (einschließlich Küche) bzw. zur Wohnfläche errechnen läßt, zeigt sich ebenfalls die kontinuierliche Verbesserung der Wohnverhältnisse zwischen 1950 und 1987.

Die Zahl der Haushalte je Wohnung ist von 1950 bis 1987 stark gesunken. Zugleich ist auch die Anzahl der Personen je Wohnung und je Raum in dieser Zeitspanne erheblich zurückgegangen.

Jeder Person stand 1987 eine durchschnittliche Wohnfläche von 35,5 Quadratmetern zur Verfügung, gegenüber 23,8 Quadratmetern im Jahr 1968. In von Eigentümern selbst genutzten Wohnungen nahm die durchschnittlich verfügbare Wohnfläche noch deutlicher zu als in Mietwohnungen. Mietern standen 1987 mit 33,0 Quadratmetern immerhin rund 10,5 Quadratmeter mehr Wohnraum zur Verfügung, in Eigentümerwohnungen lag der Durchschnittswert mit 38,3 Quadratmetern sogar rund 12,7 Quadratmeter höher als 1968. Die verbesserte Versorgung mit Wohnraum zeigt sich auch daran, daß 1968 im statistischen Durchschnitt jeder Person 1,4 Räume, rund 20 Jahre später bereits 1,8 Räume zur Verfügung standen.

Diese Entwicklung kam der breiten Bevölkerung zugute. Waren 1968 erst ca. 60 % aller Haushalte so untergebracht, daß pro Person im Durchschnitt mehr als ein Raum genutzt werden konnte, so galt dies 1987 bereits für mindestens 80 % aller Haushalte.

Tab. 8: Belegung der Wohnungen 1950 bis 1987  
im früheren Bundesgebiet

Haushalte bzw. Personen	Belegungsziffern						
	1950 <sup>1</sup>	1956 <sup>1</sup>	1960	1968	1972	1982	1987
Haushalte je Wohnung	1,5	1,3	1,2	1,1	1,1	1,0	1,0
Personen je Wohnung	4,7	3,7	3,6	2,9	2,9	2,5	2,4
Personen je Raum	1,2	1,0	0,9	0,7	0,7	0,6	0,5

1. Ohne Saarland.

In bezug auf die Haushaltsgröße zeigen sich nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1985 erhebliche Unterschiede. Die Wohnungen von Einpersonenhaushalten hatten im Durchschnitt eine Fläche von 61 Quadratmetern, bei Zweipersonenhaushalten waren es 82 Quadratmeter (41 Quadratmeter pro Person), bei Dreipersonenhaushalten 96 Quadratmeter (32 Quadratmeter pro Person), bei Vierpersonenhaushalten 108 Quadratmeter (27 Quadratmeter pro Person) und bei fünf und mehr Haushaltsmitgliedern 123 Quadratmeter (weniger als 25 Quadratmeter pro Person).

Die Haushalte mit fünf und mehr Personen hatten also deutlich weniger Wohnraum je Person zur Verfügung als die kleineren Haushalte mit bis zu vier Personen. Immerhin mußten sich sogar 14 % der Haushalte mit fünf oder mehr Haushaltsmitgliedern (35 % der Hauptmieter bzw. 4 % der Eigentümer dieser Haushaltsgröße) mit weniger als 80 Quadratmeter Fläche bescheiden.

Von beengten Wohnverhältnissen waren vor allem Haushalte mit Kindern betroffen. Ihnen standen im Durchschnitt nur 27 Quadratmeter je Haushaltsmitglied zur Verfügung, gegenüber 44 Quadratmetern je Person in kinderlosen Haushalten. Besonders eng ging es in Wohnungen kinderreicher Familien zu. Wenn drei oder mehr Kinder in einem Haushalt lebten, verfügte jedes Haushaltsmitglied durchschnittlich nur über 21 Quadratmeter Wohnraum.

Tab. 9: Haushalte<sup>1</sup> mit Kindern<sup>2</sup> und bewohnte Fläche 1985  
im früheren Bundesgebiet

Haushalte	Haus- halte ins- gesamt	Davon in Wohneinheiten mit einer Fläche von ... bis unter ... m <sup>2</sup>					Wohn- fläche je Person
		unter 40	40–80	80–100	100–120	120 u. mehr	
	1 000	%					m <sup>2</sup>
Haushalte insgesamt	23 222	6	46	19	12	17	36
Mit Kindern	6 617	1	29	24	17	29	27
1 Kind	3 624	1	34	24	16	24	30
2 Kinder	2 304	–	24	23	21	34	26
3 Kinder und mehr	689	–	20	20	17	42	21
Ohne Kinder	16 605	8	53	18	10	12	44

1 Haushalte als Inhaber von Wohneinheiten in Wohngebäuden.

2 Kinder unter 18 Jahren.

Haushalte ausländischer Familien lebten in der Regel in wesentlich beengteren Wohnverhältnissen als deutsche Familien. Zudem waren die Gebäude, in denen sie wohnten, in der Regel älter und die Wohneinheiten schlechter ausgestattet. So waren 1985 nur in etwa 50 % der ausländischen Hauptmieterhaushalte Bad/Dusche, WC und Sammelheizung in der Wohneinheit vorhanden. Allerdings zahlten auch weit mehr als die Hälfte der ausländischen Haushalte weniger als 20 % ihres Nettoeinkommens für Miete.

Die Wohnungsprobleme älterer Menschen sind anders gelagert. Sie verfügen, bedingt durch die geringe Zahl der Haushaltsmitglieder, zwar über relativ viel Wohnraum, ihre Wohnungen sind jedoch eher weniger gut ausgestattet als die der übrigen Haushalte. So hatten 1985 nur etwa 61 % der Mieterhaushalte mit einem Haushaltsvorstand über 65 Jahren eine mit Bad/Dusche, WC und Sammelheizung ausgestattete Wohnung. (Bei den Mieterhaushalten insgesamt lag der Anteil bei 65 %.) Darüber hinaus ist die Mietbelastung bei den Haushalten mit älteren Menschen etwas höher. 1985 mußten 35,7 % dieser Haushalte mehr als ein Viertel

ihres Einkommens für Miete verwenden (bei den Mieterhaushalten insgesamt waren es 33,4 %).

Eine Momentaufnahme der Wohnsituation, wie sie der Mikrozensus liefert, wird manchen unbefriedigt lassen. Sie erfaßt z.B. nicht die Wünsche hinsichtlich einer Veränderung im Wohnbereich und den damit verbundenen weiteren Bedarf an Wohnungen. Wie viele junge Menschen bei den Eltern wohnen, aber lieber einen eigenen Hausstand gründen würden, wer von der Stadt aufs Land, vom Hochhaus in ein Einfamilienhaus, von der modernen Wohnsiedlung in den Altbau oder von der größeren in die kleinere Wohnung ziehen möchte – all diese Fragen werden nicht beantwortet (vgl. zusätzlich Teil II, Kap. 7.1).

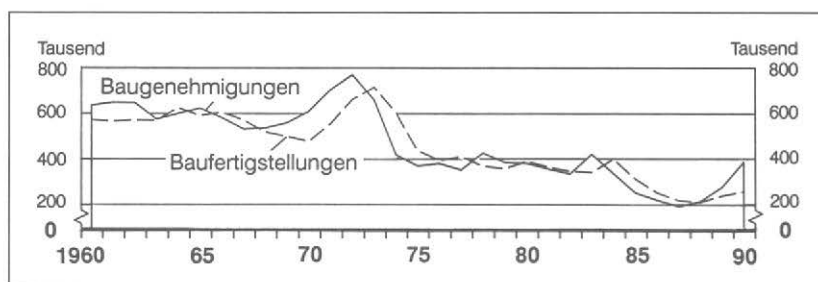
## 5.4 Wohnungsbautätigkeit

Obwohl die Bundesrepublik bereits über einen relativ hohen Wohnungsbestand verfügt, ist eine weitere Neubautätigkeit erforderlich. Dies hat vor allem folgende Gründe:

1. zum Ende der 80er Jahre ist ein starker und weiter anhaltender Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen; zusätzlich wird die steigende Zahl der Haushalte auch durch Verkleinerung der Haushaltsgröße beeinflusst,
2. werden Jahr für Jahr Wohnungen durch Abriß, Nutzungsänderung oder Schadensfälle (z. B. Brand) dem Markt entzogen,
3. bestehen regionale Unterschiede in der Wohnungsversorgung, so daß vor allem in den Ballungsgebieten das Wohnungsangebot nicht der Nachfrage entspricht, und
4. verfügen einige Bevölkerungsgruppen – wie in den vorangegangenen Abschnitten erläutert – nicht über bedarfsgerechten Wohnraum.

Die Zahl der genehmigten und fertiggestellten Wohnungen im früheren Bundesgebiet in Wohn- und Nichtwohngebäuden blieb nach einer Belebung der Wohnungsbautätigkeit Anfang der 50er Jahre bis etwa Mitte der 60er Jahre relativ konstant; in dieser Zeit wurden jährlich 500 000 bis 600 000 Wohnungen fertiggestellt. 1970 bis 1972 gab es einen starken Anstieg der Wohnungsbaugenehmigungen auf rund 769 000 im Jahr 1972, denen mit zeitlicher Verzögerung die Fertigstellungen folgten, wobei jedoch nicht alle genehmigten Bauvorhaben realisiert wurden. Ab 1973 war ein starker Rückgang im Wohnungsbau zu verzeichnen, der sich bis 1984 auf einem Niveau von etwa 350 000 bis 400 000 genehmigten und fertiggestellten Einheiten pro Jahr einpendelte. Bis 1988 fiel die Zahl der fertiggestellten Wohnungen auf 208 600, 1989 stieg sie wieder auf knapp 239 000 Einheiten und 1990 auf 256 500 Wohnungen.

Abb. 4: Genehmigte und fertiggestellte Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden im früheren Bundesgebiet



Im Gebiet der ehemaligen DDR war die Wohnbautätigkeit wesentlich geringer als in den alten Bundesländern. Bis Mitte der 50er Jahre wurden jährlich nur etwa 30 000 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden fertiggestellt. Ende der 50er Jahre gab es einen Anstieg der Fertigstellungen bis auf 92 000 Wohnungen im Jahr 1961. Im Verlauf der 60er Jahre war ein Rückgang im Wohnungsbau auf etwa 70 000 fertiggestellte Wohnungen pro Jahr zu verzeichnen.

Ab Anfang der 70er Jahre stieg die Zahl der fertiggestellten Wohnungen wieder an, im Jahr 1974 wurden erstmals mehr als 100 000 Wohnungen gebaut. Dieses Niveau wurde über Jahre gehalten. Ende der 80er Jahre gab es einen erheblichen Rückgang der Fertigstellungen bis auf 62 500 Wohnungen im Jahr 1990.

Tab. 10: Gebaute Wohnungen in der ehem. DDR

Jahr	Gebaute Wohnungen	Jahr	Gebaute Wohnungen
1950	30 992	1985	115 722
1955	32 830	1986	116 545
1960	80 489	1987	109 754
1970	76 088	1988	104 666
1975	107 347	1989	92 347
1980	111 933	1990	62 468

Im marktwirtschaftlichen System ist die Wohnungswirtschaft grundsätzlich von staatlichen Weisungen unabhängig. In der Bundesrepublik Deutschland wurden jedoch zur Förderung der Wohnbautätigkeit vielfältige Hilfen geschaffen. Sie reichen von Steuerermäßigungen für Bauherren über die Begünstigung des Bausparens (z.B. durch Zahlung von Wohnungsbauprämien) bis zum sogenannten

Tab. 11: Fertiggestellte und im sozialen Wohnungsbau  
geförderte Wohnungen im früheren Bundesgebiet 1950 bis 1990

Jahr	Wohnungen	
	fertiggestellt	gefördert
1950	371 900	319 400
1955	568 400	341 400
1960	574 400	326 700
1965	591 900	209 300
1970	478 100	165 100
1975	436 800	154 000
1980	388 900	97 200
1981	365 500	92 900
1982	347 000	98 900
1983	340 600	104 100
1984	398 600	79 400
1985	312 100	69 000
1986	251 900	52 000
1987	217 343	40 668
1988	208 621	38 886
1989	238 600	...
1990	256 500	...

Tab. 12: Kosten<sup>1</sup> von neu errichteten Wohnbauten  
im früheren Bundesgebiet 1960 bis 1990

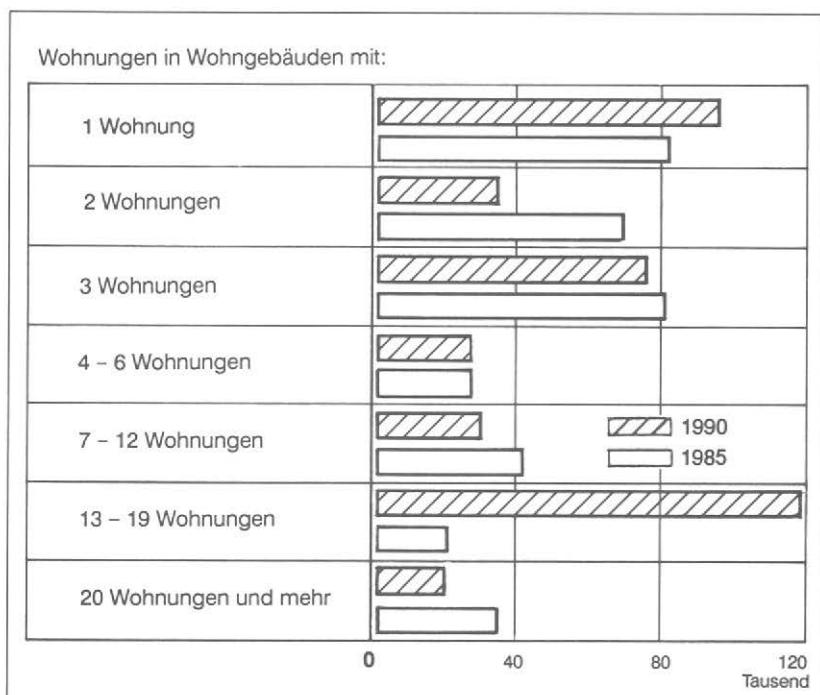
Jahr	Kosten je m <sup>2</sup> Wohnfläche	Wohnfläche je Wohnung	Kosten je Wohnung
	DM	m <sup>2</sup>	DM
1960	386	74	27 800
1965	586	81	47 600
1970	695	85	58 800
1975	1 159	96	111 000
1980	1 629	99	160 800
1985	1 971	90	173 400
1986	1 998	94	183 900
1987	2 038	96	192 000
1988	2 035	100	201 800
1989	2 048	102	198 800
1990	2 051	98	191 100

<sup>1</sup> Reine Baukosten, keine Grundstückskosten u. ä.

sozialen Wohnungsbau, bei dem der Bau von Wohnungen mit öffentlichen finanziellen Zuwendungen (Darlehen, Zuschüsse usw.) direkt unterstützt wird. Damit verbunden ist eine Mietpreis- bzw. Belastungsbegrenzung sowie die Koppelung an bestimmte Einkommenshöchstgrenzen der Wohnungsinhaber.

Während in den 50er und z.T. auch noch in den 60er Jahren etwa die Hälfte der fertiggestellten Wohnungen im früheren Bundesgebiet mit öffentlichen Mitteln

Abb. 5: Wohnungen in fertiggestellten Wohngebäuden<sup>1</sup> 1985 und 1990 im früheren Bundesgebiet



<sup>1</sup> Ohne Wohnheime.

gefördert wurde, waren es in den 70er Jahren nur noch etwa ein Drittel bis ein Viertel.

Von den fertiggestellten Wohnungen (ohne Wohnheime) im früheren Bundesgebiet befanden sich 1990 42 % in Einfamilienhäusern, 15 % in Zweifamilienhäusern, in Gebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen waren es 42 %. Im Jahr 1972 spielten die

Mehrfamilienhäuser (Wohngebäude mit 3 oder mehr Wohnungen) eine wesentlich bedeutendere Rolle im Wohnungsbau, in ihnen befanden sich 60 % aller fertiggestellten Wohnungen.

Ein- und Zweifamilienhäuser werden im wesentlichen von privaten Bauherren errichtet. Mehrfamilienhäuser werden dagegen vor allem von Wohnungsunternehmen und sonstigen Bauherren, z. B. Versicherungsunternehmen, gebaut.

Für die Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit sind neben dem Zinsniveau und der Entwicklung der Grundstückspreise die Baukosten von besonderer Bedeutung (siehe auch 16.5). Um einen Quadratmeter Wohnfläche im früheren Bundesgebiet zu errichten, mußten 1990 2 051 DM aufgewendet werden, 1970 waren es 695 DM, 1960 386 DM. Diese Beträge umfassen nur die reinen Baukosten, nicht dagegen die Grundstückskosten u. a. (zu den Grundstückskosten siehe 16.5). Je Wohnung waren 1990 durchschnittlich 191 100 DM aufzubringen, wobei sich hinter dieser Zahl eine Bandbreite von 280 900 DM für ein Einfamilienhaus bis 133 100 DM für eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus verbirgt.



## 6 Freizeit und Kultur

### 6.1 Auf dem Weg zur Freizeitgesellschaft?

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland werden oft mit den unterschiedlichsten Schlagworten beschrieben. Man spricht von der Leistungsgesellschaft, der Konsumgesellschaft, aber auch der Freizeitgesellschaft, und stellt damit – je nach Intention – verschiedene Aspekte in den Vordergrund. Daß zwei so gegensätzliche Begriffe wie Freizeit- und Leistungsgesellschaft überhaupt nebeneinander bestehen können, liegt daran, daß heutzutage Arbeitswelt und Privatleben zeitlich und räumlich weitgehend voneinander getrennt sind.

Zu Aspekten der Freizeitgesellschaft gibt es kein stringentes Indikatorensystem. Während Leistung – mit Einschränkungen – gemessen werden kann, gilt dies für die Freizeitgestaltung nur unter Vorbehalt. Das ist vor allem durch inhaltliche Abgrenzungsschwierigkeiten bedingt. Die Frage, was alles zur Freizeit gehört, werden verschiedene Personen unterschiedlich beantworten, zumal die Übergänge zwischen Arbeit und Freizeit fließend sind. Gilt z.B. die Essenszubereitung für einen Hobbykoch als beliebte Freizeitgestaltung, gehört sie für eine Hausfrau eher zur täglichen Pflicht. Wegen dieser definitorischen Schwierigkeiten gibt es keine gesicherten statistischen Angaben über das Ausmaß der Freizeit. Hilfsweise können aber einige meßbare Tatbestände herangezogen werden, wie Arbeitszeiten, Urlaubstage, Ausgaben für Freizeitgüter usw., die darauf hindeuten, daß der Teilbereich Freizeit an Bedeutung gewonnen hat (vgl. auch Teil II, Kap. 14.4, 15.1 und 15.2).

### 6.2 Arbeitszeit und Urlaubstage

Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit ist in den vergangenen 15 Jahren ständig zurückgegangen. Damit hat sich der Spielraum für Freizeitaktivitäten vergrößert. Wurden von Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet 1972 durchschnittlich 42 Wochenstunden geleistet, waren es 1990 nur noch rund 38 Stunden. 1990 gab es immerhin noch 4,2 Mill. Erwerbstätige (14,3 %), die normalerweise 41 Stunden oder mehr in der Woche an ihrem Arbeitsplatz verbrachten. Andererseits hatten 3,0 Mill. Erwerbstätige (10,1 %) eine Wochenarbeitszeit von weniger als 21 Stunden.

Die Tarifabschlüsse zu Beginn der 80er Jahre brachten vielen Erwerbstätigen zusätzliche Urlaubstage ein. Nach dem Bundesurlaubsgesetz steht jedem Arbeit-

nehmer ein Mindesturlaub von 18 Werktagen (3 Wochen) zu. In den Tarifverträgen sind jedoch zumeist weit längere Zeiten vereinbart. So erhielten bereits Ende 1990 70 % aller von Tarifverträgen erfaßten Arbeitnehmer in den alten Bundesländern sechs Wochen Urlaub im Jahr. Zwischen 1960 und 1990 ist die tarifliche Urlaubsdauer im Durchschnitt aller Arbeitnehmer um etwa 17 auf 29 Tage angestiegen.

Tab. 1: Tariflich vereinbarte Urlaubsdauer  
im früheren Bundesgebiet

Wochen	Betroffene Arbeitnehmer (in % aller von Tarifverträgen erfaßten Arbeitnehmer)	
	Ende 1980	Ende 1990
3 bis unter 4	5	1
4 bis unter 5	22	4
5 bis unter 6	69	25
6	4	70

Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

## 6.3 Ausgaben für Freizeit und Kultur

### 6.3.1 Ausgaben der privaten Haushalte

In zunehmendem Maße lassen sich die Bundesbürger ihre Freizeitaktivitäten Geld kosten. Beliefen sich die Ausgaben für Freizeitgüter und Urlaub bei einem Vierpersonenhaushalt von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen im früheren Bundesgebiet 1965 monatlich auf 94 DM, gab er 1990 für denselben Zweck schon rund 637 DM aus. Das entspricht einer Steigerung um 578 %. Im Vergleich dazu erhöhten sich die Gesamtausgaben für den Privaten Verbrauch zwischen 1965 und 1990 lediglich um 292 %. Der Anteil für Freizeitgüter und Urlaub an den gesamten privaten Verbrauchsausgaben von Vierpersonenhaushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen stieg dementsprechend von 10,7 % im Jahr 1965 auf 18,4 % im Jahr 1990.

Je nach Haushaltstyp fließt in den alten Bundesländern etwa ein Viertel bis ein Drittel des Freizeitbudgets allein in die Urlaubskasse. Weitere wichtige Ausgabe-posten sind das Kraftfahrzeug, Fernsehen und Rundfunk sowie Sport.

Tab. 2: Aufwendungen in Vierpersonenhaushalten  
von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen für  
Freizeitgüter im früheren Bundesgebiet je Haushalt und Monat  
im Jahr 1990

Gegenstand der Nachweisung	DM	%
Aufwendungen für Freizeitgüter insgesamt	636,76	100
davon entfielen auf		
Urlaub	158,72	24,9
Bücher, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften	52,59	8,3
Rundfunk, Fernsehen u. ä. einschl. Gebühren	79,20	12,4
Kraftfahrzeug	84,94	13,3
Sport- und Campingartikel, einschl. Sportveranstaltungen u. ä.	82,72	13,0
Gartenpflege und Tierhaltung	45,40	7,1
Spiele und Spielwaren	30,10	4,7
Besuch von Bildungs- und Unterhaltungsstätten	14,63	2,3
Foto- und Kinogeräte einschl. Verbrauchsgüter	16,85	2,6
Sonstiger Freizeitbedarf	71,60	11,2

### 6.3.2 Ausgaben der öffentlichen Haushalte

Auch die öffentlichen Haushalte wenden mehr Geld für den Freizeitbereich auf. So erhöhten sich beispielsweise die Ausgaben für Sport und Erholung zwischen 1970 und 1988 von rund 2,1 Mrd. DM auf rund 8,0 Mrd. DM, also um 281,0 %. Anteilsmäßig sind dies unverändert etwa 1 % der gesamten öffentlichen Haushalte.

Von den 8,0 Mrd. DM für Sport und Erholung wurden 2,4 Mrd. DM für Park- und Gartenanlagen verwendet, 1,9 Mrd. DM für Badeanstalten, 2,2 Mrd. DM für Sportstätten und 1,1 Mrd. DM für die Förderung des Sports.

Außerdem gab die öffentliche Hand 1988 ungefähr 8,0 Mrd. DM für kulturelle Angelegenheiten aus. Mit 3,7 Mrd. DM entfiel knapp die Hälfte auf Theater und Musik, weitere 1,3 Mrd. DM wurden für Museen, Sammlungen und Ausstellungen aufgewendet und 0,4 Mrd. DM für Denkmalschutz und Denkmalpflege.

## 6.4 Unterhaltung und Kultur

Im Freizeitangebot wird häufig zwischen Kultur und Unterhaltung unterschieden. Die Trennung dieser beiden Aspekte zu konkretisieren, ist jedoch kaum möglich, weil kulturelle Einrichtungen – zu denen neben Theatern und Museen u.a. auch Presse, Hörfunk und Fernsehen gezählt werden – meist auch zur Unterhaltung

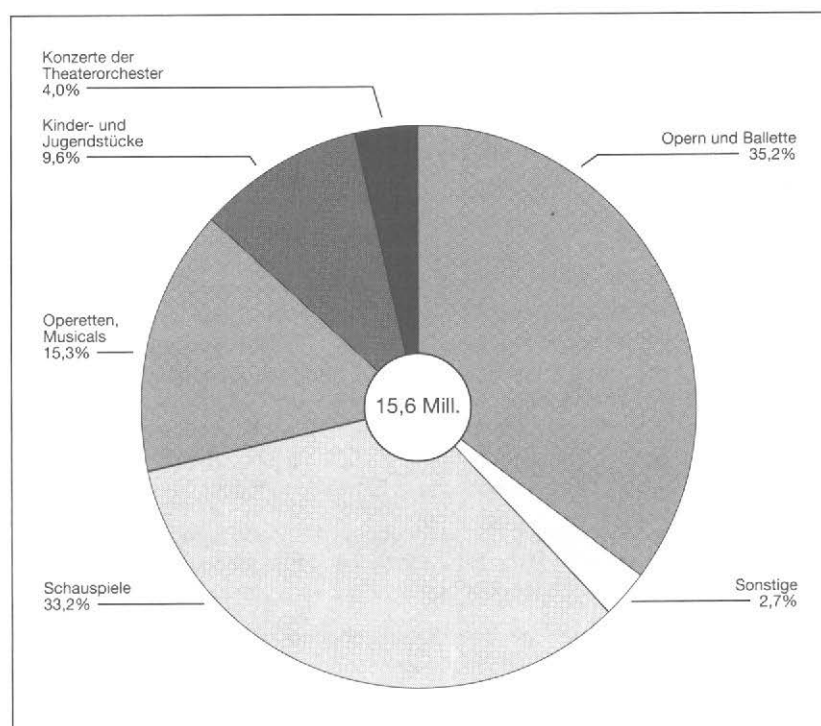
beitragen. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Massenkommunikationsmittel bereits die traditionellen Kultureinrichtungen verdrängt haben.

Die für die ehemalige DDR vorliegenden Daten sind aufgrund der Erhebungsmethoden oft nur eingeschränkt vergleichbar.

### 6.4.1 Theater

In der Spielzeit 1989/90 gab es in 74 Gemeinden des früheren Bundesgebietes 87 Theaterunternehmen mit 305 Spielstätten und insgesamt 153 000 Plätzen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl dieser Gemeinden entspricht das einem Platzangebot von 7,6 je 1 000 Einwohner. Die insgesamt rund 36 000 Aufführungen verzeichneten 15,6 Mill. Besucher, also durchschnittlich rund 435 je Veranstaltung.

Abb. 1: Theaterbesucher 1989/90  
im früheren Bundesgebiet



Mit 5,5 Mill. Zuschauern lagen Opern und Ballette hinsichtlich der Besucherzahlen an der Spitze. Es folgten Schauspiele mit 5,2 Mill., Operetten und Musicals mit 2,4 Mill. Besuchern. Kinder- und Jugendstücke sahen sich 1,5 Mill. Personen an. Für die Konzerte der Theaterorchester interessierten sich nicht mehr als 0,6 Mill. Zuhörer.

Seit Mitte der 60er Jahre haben die öffentlichen Theater im früheren Bundesgebiet fast 5 Mill. Besucher verloren. Verzeichneten sie in der Spielzeit 1964/65 noch 20,4 Mill. Zuschauer, waren es 1989/90 nur noch 15,6 Mill. Diese Entwicklung wurde vor allem durch rückläufiges Publikumsinteresse am Schauspiel, in zweiter Linie durch vermindertes Angebot von Opernvorstellungen aus Kostengründen verursacht.

Die öffentlichen Theater erhalten zur Deckung ihrer laufenden Kosten seit jeher Zuschüsse – insbesondere von Ländern und Städten. Der Anteil der Ausgaben, den sie aus eigenen Einnahmen, also im wesentlichen aus dem Kartenverkauf, finanzieren können, wird immer geringer. Machten die eigenen Betriebseinnahmen 1969/70 26 % aus, betrug das Einspielergebnis 1989/90 nur noch 16,2 %. In der Spielzeit 1989/90 lag der Zuschuß je Besucher im Durchschnitt bei 120 DM. Die 29 000 Veranstaltungen der 144 Privattheater hatten 1989/90 rund 6,8 Mill. Besucher.

In der ehemaligen DDR gab es 1989 insgesamt 217 Theater (einschl. Spielstätten an Theatern) mit 55 000 Plätzen. Zu den 27 000 Vorstellungen kamen 9,0 Mill. Besucher, das sind durchschnittlich etwa 330 pro Veranstaltung. Die meisten Besucher zählten die Schauspiele (3,6 Mill.), es folgten Operetten (1,7 Mill.) und Opern (1,5 Mill.).

#### 6.4.2 Kino

1989 gab es im früheren Bundesgebiet 3216 ortsfeste Filmtheater mit durchschnittlich 190 Sitzplätzen. Das Vordringen des Fernsehens hat die frühere Beliebtheit des Kinos offensichtlich stark gemindert. Die höchsten Besucherzahlen hatten die Filmtheater in den Jahren 1954 bis 1958 mit jährlich mehr als 700 Mill.; das waren rechnerisch 14 bis 15 Besuche je Einwohner im Jahr.

In den darauffolgenden Jahren ging der Kinobesuch beinahe ständig zurück. 1989 registrierten die Kinobesitzer in der Bundesrepublik Deutschland nur noch 102 Mill. Besucher; das waren knapp zwei Filmbesuche je Einwohner im Jahr.

In der ehemaligen DDR verfügten die 805 Filmtheater über durchschnittlich 287 Sitzplätze. Auch dort ging die Zahl der Filmbesucher von fast 240 Mill. im Jahr 1960 stark zurück. 1989 wurden noch 69 Mill. Filmbesucher gezählt, das entspricht etwa vier Filmbesuchen pro Einwohner im Jahr.

Abb. 2: Kinobesuch im früheren Bundesgebiet



### 6.4.3 Museen

Einen bedeutenden Faktor im kulturellen Leben stellen die 3027 Museen und ähnlichen Einrichtungen unterschiedlicher Fachgebiete und Trägerschaften im früheren Bundesgebiet und dem Beitrittsgebiet dar. Sie zählten 1989 insgesamt rund 102 Mill. Besucher, darunter 726 Museen mit 32 Mill. Besuchern in der ehemaligen DDR. Damit ist das Interesse in den letzten 20 Jahren stark angestiegen. Den größten Zuspruch fanden 1989 im früheren Bundesgebiet die Volks- und Heimatkundemuseen mit jeweils 14,3 Mill. Besuchern sowie die Kunstmuseen mit 12,4 Mill. Besuchern.

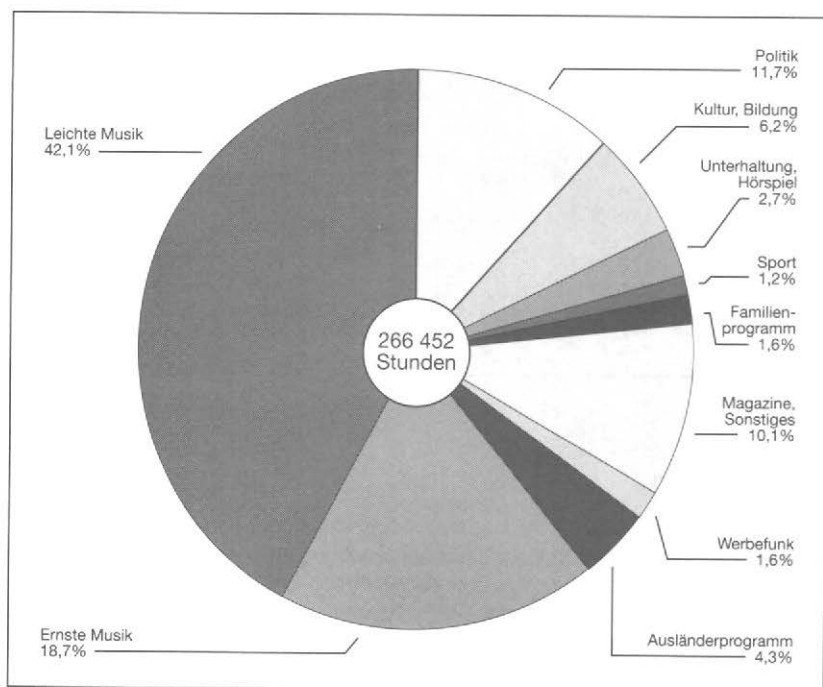
### 6.4.4 Fernsehen und Hörfunk

Inzwischen gibt es kaum noch Haushalte im früheren Bundesgebiet, die nicht über Hörfunk- und Fernsehgeräte verfügen. Ende 1990 standen im früheren Bundesgebiet 28,1 Mill. angemeldete Hörfunk- und 24,7 Mill. Fernsehempfänger. (Entspre-

chende Angaben über Hörfunk- und Fernsehgeräte für die neuen Bundesländer liegen noch nicht vor.)

Im Hörfunkprogramm der Landesrundfunkanstalten in den elf alten Bundesländern nahmen 1989 Musiksendungen mit 60,8 % der Sendezeit den breitesten Raum ein. Wortbeiträge strahlten die Landesrundfunkanstalten zu 33,4 % aus; am ausführlichsten wurde dabei das Thema „Politik“ behandelt. Rund 4 % der Zeit

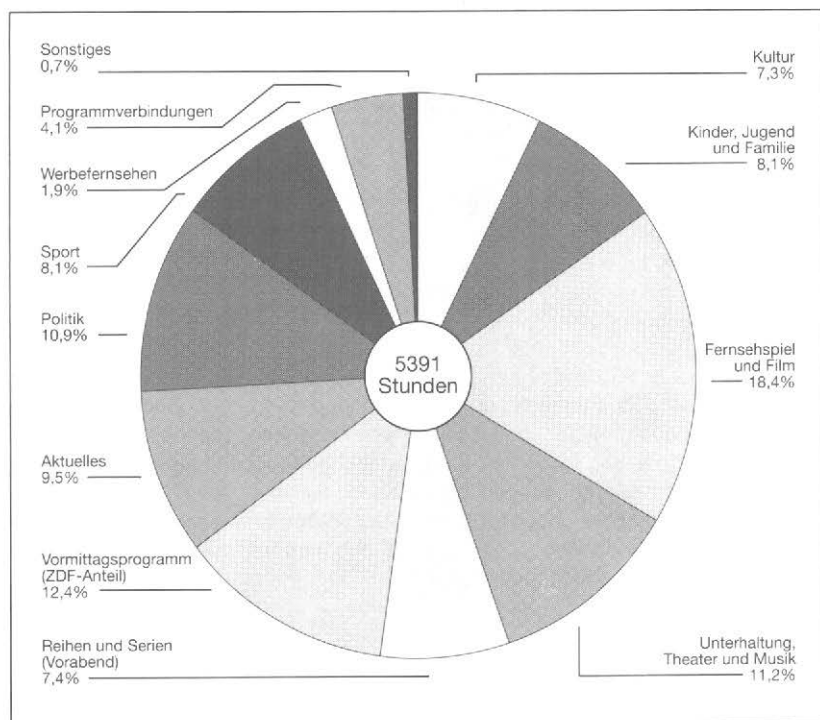
Abb. 3: Öffentlich-rechtlicher Hörfunk im früheren Bundesgebiet 1989  
(alle Programme)



widmeten die Rundfunkanstalten den Ausländerprogrammen. Der Werbefunk beanspruchte knapp 2 % der Sendezeiten.

Für das Fernsehen liefert das Zweite Deutsche Fernsehen eine Aufgliederung nach einzelnen Programmbereichen. Hier überwogen 1990 Fernsehspiele und Filme (18,4 % der Sendezeit), gefolgt vom Vormittagsprogramm (12,4 %), von aktuellen Beiträgen (9,5 %) sowie Sportsendungen (8,1 %).

Abb. 4: Fernsehprogramm 1990 (Zweites Deutsches Fernsehen)



#### 6.4.5 Zeitungen und Zeitschriften

Zeitungen und Zeitschriften sind neben Fernsehen und Hörfunk die wichtigsten Träger der öffentlichen Meinungsbildung; mit ihrer Lektüre wird ein beträchtlicher Teil der Freizeit verbracht. Ende 1989 erschienen in den alten Bundesländern 1217 Zeitungen (350 Haupt- und 867 Nebenausgaben) mit einer durchschnittlichen Verkaufsauflage von 25,1 Mill. Exemplaren je Erscheinungstag. 60 % der Auflagen wurden im Abonnement und 40 % im Einzelverkauf vertrieben.

Die Zeitungsverlage finanzieren sich überwiegend aus dem Anzeigengeschäft. Zwei Drittel des Zeitungsumsatzes, der 1989 eine Höhe von 12,2 Mrd. DM erreichte, kamen aus dieser Einnahmequelle. Nur ein Drittel entfiel auf Vertriebslösungen. Die „Durchschnittszeitung“ umfaßte im Laufe des Jahres 1989 rund 8600 Seiten, und zwar 62 % mit redaktionellen Beiträgen und 38 % mit Anzeigen. Ein Anteil von allein 30,1 % der gesamten Verkaufsauflage entfiel 1989 auf die Hauptausgaben der drei größten Zeitungen.



Tab. 3: Konzentrationsraten der Zeitungen im früheren Bundesgebiet  
(Hauptausgaben)

Berichts- jahr	Verkaufsauflage						Anzahl der Zeitungen
	1 000 Stück	Anteil der . . . größten Zeitungen in %					
		3	6	10	25	50	
1975	22 702	30,1	34,6	39,8	54,8	71,3	375
1980	25 103	31,9	36,2	41,3	55,3	71,4	368
1986	25 404	31,3	35,9	41,0	55,1	70,7	356
1989	25 088	30,1	35,1	40,4	54,8	70,8	350

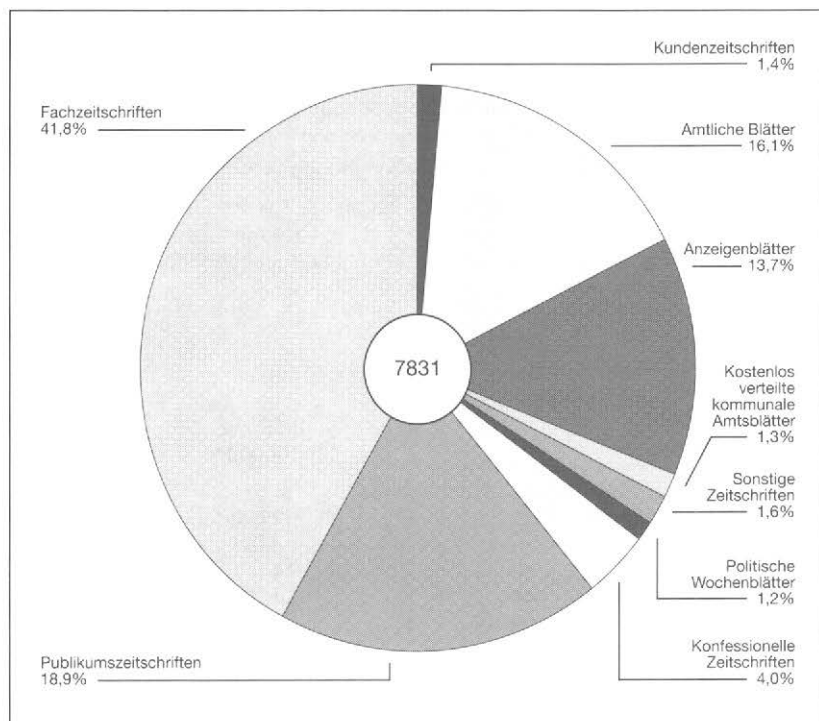
1989 wurden in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 7 831 Zeitschriften herausgegeben. Die Gesamtauflage je Erscheinungstag betrug im vierten Quartal 1989 309 Mill. Exemplare, von denen 98 Mill. im Abonnement, 62 Mill. im Einzelverkauf und 149 Mill. durch unentgeltliche Verteilung ihre Leser erreichten. Der Zeitschriftenumsatz in Höhe von 12,6 Mrd. DM wurde annähernd je zur Hälfte aus dem Vertrieb und aus Anzeigen erzielt.

Tab. 4: Konzentrationsraten der Zeitschriften im früheren Bundesgebiet  
im vierten Quartal 1989

Art der Auflage	Auflage 1 000 Stück	Anteil der . . . größten Zeitschriften in %					Anzahl der Zeitschriften
		3	6	10	25	50	
Auflage insgesamt	309 041	8,6	11,8	15,3	25,1	35,1	7 831
Verkaufte Auflage	159 765	-	15,7	18,9	28,8	37,7	7 831

Den höchsten Anteil an der Auflage hatten die Publikumszeitschriften mit gut 112 Mill. Exemplaren, unter diesen wiederum die Illustrierten, Magazine, Programmzeitschriften und die Zeitschriften für Motor, Reise, Freizeit und Hobby mit zusammen knapp 69 Mill. Exemplaren. Die nach der Zahl der Titel weitaus größte Gruppe bildeten die Fachzeitschriften. In 3 271 Publikationen aus den verschiedensten Gebieten und mit einer Gesamtauflage von fast 60 Mill. Exemplaren wurden

Abb. 5: Zeitschriften 1989 nach Arten im früheren Bundesgebiet



Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeiten und fachliche Informationen verbreitet. In großer Zahl, aber mit nur geringer Auflage, erschienen Blätter mit Mitteilungen von Gemeindeverwaltungen, mit Orts- und Vereinsnachrichten, aber auch Anzeigen für Gemeinden und Gemeindeteile. Eine beachtliche Verbreitung hatten ferner die Anzeigenblätter. Hier wurden 1074 Titel erfaßt, die in 1871 Ausgaben mit einer Auflage von 59 Mill. Exemplaren je Erscheinungstag zum überwiegenden Teil unentgeltlich verteilt wurden.

Aus der Vielseitigkeit des Angebots und der Verschiedenartigkeit der Leserkreise ergibt sich, daß viele Zeitschriften in nur geringer Auflage herauskommen. Jede zweite Zeitschrift hatte weniger als 5000 Exemplare je Erscheinungstag, und neun von zehn Zeitschriften erreichten nicht die Marke von 50000. Am oberen Ende der Auflagenskala befanden sich 99 Zeitschriften (1,3 % aller Titel) mit Auflagen von einer halben Million und mehr. Sie vereinigten mit 142 Mill. Exemplaren fast die Hälfte der gesamten Zeitschriftenauflage auf sich.

#### 6.4.6 Bücher und Bibliotheken

Trotz veränderter Informationsmöglichkeiten, die aus der zunehmenden Verbreitung der elektronischen Medien resultieren, haben Bücher ihre Bedeutung als Quelle des Wissens und der Unterhaltung nicht eingebüßt. Hiervon zeugen rund 66 000 Buchtitel, die 1989 im früheren Bundesgebiet aufgelegt wurden. Dies ist die dritthöchste Jahreszahl im Produktionsergebnis seit 1951. Von den produzierten Titeln waren 48 400 Erstauflagen und 17 600 Neuauflagen.

Nach Sachgebieten gegliedert entfiel 1989 der größte Teil der Buchtitel auf Sprach- und Literaturwissenschaft, Belletristik (22,3 %). Es folgten Sozialwissenschaften (21,6 %), angewandte Wissenschaften, Medizin, Technik (13,0 %) sowie Geographie, Geschichte (12,6 %)

Tab. 5: Buchproduktion 1989 im früheren Bundesgebiet

Sachgebiet	Erst- und Neuauflagen	Anteil in %
Allgemeines	5 511	8,4
Philosophie, Psychologie	2 890	4,4
Religion, Theologie	3 709	5,6
Sozialwissenschaften	14 227	21,6
Mathematik, Naturwissenschaften	3 282	5,0
Angewandte Wissenschaften, Medizin, Technik	8 570	13,0
Kunst, Kunstgewerbe, Photographie, Musik, Spiel, Sport	4 791	7,3
Sprach- und Literaturwissenschaft, Belletristik	14 700	22,3
Geographie, Geschichte	8 300	12,6
Insgesamt	65 980	100

Im Gebiet der ehemaligen DDR erschienen 1989 insgesamt 6 073 Titel (davon 5 224 Bücher und 849 Broschüren). Über ein Drittel (36,3 %) der Titel entfielen auf das Sachgebiet Schöne Literatur, Kinder- und Jugendliteratur. Es folgten Gesellschaftswissenschaften (23,6 %) und Technik (8,5 %). Insgesamt wurden 136,9 Mill. Exemplare gedruckt.

Der Zugang zur Literatur wird durch die Einrichtungen des Bibliothekswesens erleichtert. 1989 gab es im früheren Bundesgebiet 10 929 öffentliche Bibliotheken mit einem Bestand von über 99 Mill. Medieneinheiten (insbesondere Bücher und Zeitschriften, aber auch Schallplatten, Kassetten, Spiele u. a.). Dabei wurden 220 Mill. Entleihungen an fast 7 Mill. Bibliotheksbenutzer registriert.

Die 1 018 wissenschaftlichen Bibliotheken in den alten Bundesländern verfügten 1989 über 160 Mill. Bände und Dissertationen. Auf 1,8 Mill. Bibliotheksbenutzer entfielen dabei über 47 Mill. Entleihungen.

In der ehemaligen DDR gab es neben staatlichen Allgemeinbibliotheken und wissenschaftlichen Bibliotheken noch Gewerkschaftsbibliotheken. Die staatlichen Allgemeinbibliotheken hatten 1989 3,7 Mill. Benutzer, auf die rund 90 Mill. Entleihungen entfielen, dafür standen 51 Mill. Medieneinheiten zur Verfügung. Mit einem Bestand von 10,5 Mill. Medieneinheiten konnten die Gewerkschaftsbibliotheken 1989 800 000 Benutzer mit 13 Mill. Entleihungen registrieren. Die 541 wissenschaftlichen Bibliotheken verliehen fast 9 Mill. Einheiten aus einem Bestand von 40 Mill. Medieneinheiten an 300 000 Benutzer.

## 6.5 Urlaubsreisen

Ferienzeit ist Reisezeit. Das gilt für viele Bundesbürger, die ihren Urlaub außerhalb der „eigenen vier Wände“ verbringen wollen. 1988/89 führten 63,7 % aller Urlaubs- und Erholungsreisen ins Ausland. In nur 34,8 % der Fälle wurde der Urlaub im früheren Bundesgebiet verlegt, lediglich 1,6 % der Urlaubs- und Erholungsreisen (ohne kürzere Besuchsreisen zu Verwandten und Freunden) führten in die ehemalige DDR oder nach Berlin (Ost).

Tab. 6: Urlaubs- und Erholungsreisen  
der Bürger aus dem früheren Bundesgebiet

Zeitraum	Reisen	
	Inlandsreisen <sup>1</sup>	Auslandsreisen
	%	
1969 <sup>2</sup>	60,3	39,7
1972	46,3	53,7
1977 <sup>3</sup>	44,1	55,9
1978 <sup>3</sup>	42,2	57,8
1979 <sup>3</sup>	42,3	57,7
1980 <sup>3</sup>	41,1	58,9
1981 <sup>3</sup>	41,1	58,9
1984 <sup>4</sup>	37,6	62,4
1985 <sup>4</sup>	36,5	63,5
1986 <sup>3</sup>	37,5	62,5
1987 <sup>4</sup>	37,0	63,0
1988 <sup>4</sup>	36,3	63,7

1 Einschl. Reisen in die ehem. DDR und Berlin (Ost).

2 Oktober des Vorjahres bis September.

3 April bis März des folgenden Jahres.

4 Mai bis April des folgenden Jahres.

Abb. 6: Urlaubsziele der Bundesbürger aus den alten Bundesländern 1988/89  
in Prozent aller Reisen

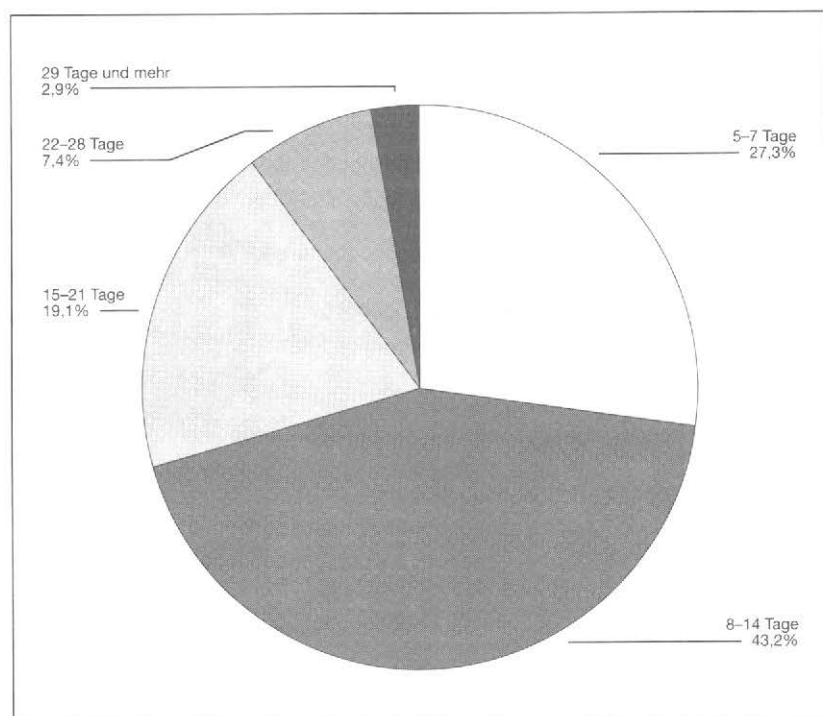


Beliebtestes Reiseland der Bundesbürger war Italien. Dorthin führten 1988/89 11,1 % aller Reisen. Als weitere bevorzugte Ziele folgten Österreich (10,4 %), Spanien (9,6 %), Jugoslawien (5,1 %), Frankreich (4,4 %) und die Türkei (3,4 %). 4,8 % aller Reisen gingen über die Grenzen Europas hinaus.

70,5 % der Inlandsreisen dauerten bis zu zwei Wochen, weitere 19,1 % zwei bis drei Wochen, 7,4 % drei bis vier Wochen und knapp 3 % noch länger.

Bei Inlands- und Auslandsreisen war der Personenkraftwagen das bevorzugte Reiseverkehrsmittel. Damit wurden 1988/89 rund 64 % aller Urlaubsfahrten unternommen; es folgten das Flugzeug (17,1 %), die Bahn (9,3 %) und der Reisebus (8,3 %). Auf sonstige Verkehrsmittel entfielen rund 1 % der Urlaubsreisen.

Abb. 7: Dauer der Inlandsreisen 1988/89  
im früheren Bundesgebiet

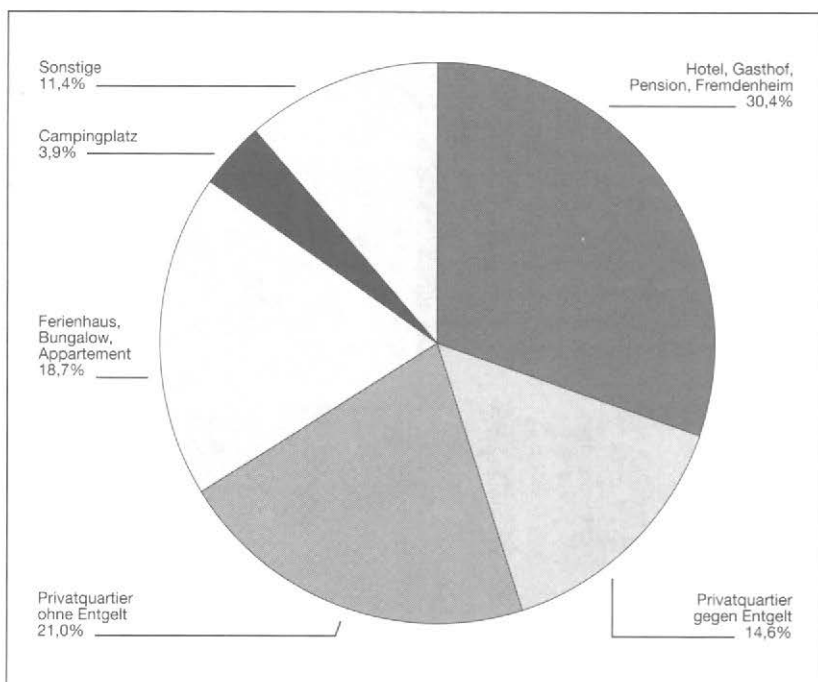


Bei 30 % aller Inlandsreisen im früheren Bundesgebiet wurden 1988/89 die „klassischen“ Beherbergungsquartiere (Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime und Pensionen) genutzt. 21 % führten in Privatquartiere ohne Entgelt, was in etwa dem Anteil an Verwandten- und Bekanntenbesuchen entspricht. Großer Beliebtheit erfreuten sich Ferienhäuser, Bungalows und Appartements (19 %). Dies dürfte

darauf zurückzuführen sein, daß diese Unterkunftsformen vor allem für den Familienurlaub nicht nur eine vergleichsweise größere Gestaltungsfreiheit, sondern auch Ersparnismöglichkeiten bieten.

Auch das Urlaubscamping steht nach wie vor hoch im Kurs. Im Rahmen der Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr wurden für das Jahr 1990 (Stand: Mai) 1686 Campingplätze in den elf alten Bundesländern ermittelt. Im Jahr 1990

Abb. 8: Urlaubs- und Erholungsreisen 1988/89 im früheren Bundesgebiet nach Unterkunftsarten



übernachteten dort 4,4 Mill. Camper (+ 1,3 % gegenüber 1989); damit war der Zuwachs im Bereich des Urlaubscampings allerdings bedeutend geringer als die für Gästeankünfte im Beherbergungsgewerbe (alle Beherbergungsstätten mit neun Betten und mehr) ermittelte Zunahme (6,8 % gegenüber 1989). In den fünf neuen Bundesländern wurden 1990 (Stand: Mai) 518 Campingplätze ermittelt, auf denen von Mai bis September 1990 1,8 Mill. Camper übernachteten.

## 6.6 Sport und Musizieren

Mit Sport und Musik verbringen die Bundesbürger einen großen Teil ihrer Freizeit – wenn auch überwiegend nur passiv. Über die Zahl der Besucher von Sportveranstaltungen im Bundesgebiet gibt es keine gesicherten Ergebnisse, und auch über die Millionen von Fernsehzuschauern, die auf diese Weise wichtige Sportereignisse miterleben, lassen sich keine genauen Angaben machen. Zahlen über aktiv Sporttreibende liegen nur insoweit vor, als sie in Sportvereinen organisiert sind.

Die Sportvereine verdanken der Trimm-Dich-Welle und dem in den letzten Jahren gestiegenen Gesundheitsbewußtsein wachsenden Zulauf.

Durch den Beitritt der Landessportbünde in den neuen Bundesländern im Dezember 1990 hat sich die Mitgliederzahl des Deutschen Sportbundes um über 2 Mill. auf rund 21 Mill. und die Anzahl der Vereine um etwa 7 000 auf knapp 75 000 erhöht.

Der Vereinssport hat mehr Anhänger unter Männern als unter Frauen. Von den Mitgliedern des Deutschen Sportbundes im Jahr 1990 waren etwa zwei Drittel männlich. Groß ist das Interesse der Jugendlichen an den Sportvereinen. So sind im früheren Bundesgebiet von den Mitgliedern 20 % jünger als 15 Jahre und 36 % unter 22 Jahren.

Tab. 7: Die zehn mitgliederstärksten Sportverbände in Deutschland 1990

Spitzenverband	Mitglieder 1 000
Fußball	5 257
Turnen	4 265
Tennis	2 174
Schützen	1 354
Leichtathletik	897
Handball	860
Tischtennis	798
Skisport	713
Schwimmen	620
Reiten	604

Gemessen an den Mitgliederzahlen rangiert der Fußball unter den Sportarten mit Abstand an der Spitze der Beliebtheitsskala. Mit 5,3 Mill. Mitgliedern stellen die Fußballvereine rund 25 % aller Beitragszahler des Deutschen Sportbundes. Es folgen die Turnvereine mit 4,3 Mill. Mitgliedern. Turnen gehört neben dem Tanzsport und Reiten zu den wenigen Sportarten, bei denen Frauen in den Vereinen



zahlenmäßig dominieren. Unter den übrigen Sportverbänden übersteigt nur noch die Mitgliedschaft in Tennis- und Schützenvereinen die Millionengrenze.

Über das aktive Musikleben in den alten Bundesländern gibt es nur wenige statistische Ergebnisse. Einige Angaben liefert der Deutsche Sängerbund. Er hatte 1990 1,8 Mill. Mitglieder, davon allerdings nur 671 000 aktive und mehr als 1 Mill. fördernde. Insgesamt gab es 1990 einschließl. der Kinder- und Jugendchöre 19 689 Bundeschöre, darunter 9 401 reine Männer- und 2 095 reine Frauenchöre.

In den neuen Bundesländern ist das Musikleben im Umbruch, und viele Chöre und Vereine formieren sich neu. Ein statistischer Nachweis ist daher noch nicht möglich.

## 7 Gesellschaftliche Mitwirkung

### 7.1 Einführung

Ein demokratisches Staatswesen ist, um seinem Anspruch gerecht zu werden, auf die aktive Mitwirkung seiner Bürger angewiesen. Inwieweit die Bürger ihre durch die Verfassung garantierten Rechte auch nutzen, um Politik, Wirtschaft und Kultur mitzugestalten – darüber kann die amtliche Statistik aufgrund der Komplexität der Zusammenhänge nur Anhaltspunkte liefern. So vermittelt z.B. die Wahlstatistik Informationen über Parteienpräferenz und Wahlverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen. Auskunft über den Organisationsgrad der abhängig Beschäftigten gibt die Statistik der Gewerkschaftsmitglieder, während die Zahl der Teilnehmer an Gottesdiensten das kirchliche Engagement der Bürger dokumentiert.

Es ist aber offensichtlich, daß die Statistik in diesem Bereich sehr schnell an ihre Grenzen stößt. Die nur lückenhaft vorhandenen statistischen Informationen über die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben können allenfalls indirekte Hinweise auf soziales und politisches Engagement liefern. Insbesondere sei hier an das Beispiel der ehemaligen DDR erinnert, wo die Menschen, die zum großen Teil in weitgehend staatlicher Kontrolle unterliegende politische und gesellschaftliche Organisationen eingebunden waren und auf der Grundlage einer „Einheitsliste“ wählen mußten, innerhalb kürzester Zeit ihren wirklichen politischen Willen kundgetan haben.

### 7.2 Teilnahme am politischen Leben

#### 7.2.1 Wahlen

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich zu dem Verfassungsgrundsatz der Volkssouveränität. Er besagt, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und von ihm in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürger von ihren verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch machen und damit Einfluß auf die politische Willensbildung nehmen. Die Ausübung des Wahlrechts, mit der über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in Gemeinde, Land und Bund entschieden wird, spielt dabei die zentrale Rolle. Da in der Bundesrepublik Deutschland keine Wahlpflicht besteht, wird die Wahlbeteiligung – unter gewissen Einschränkungen – als Gradmesser für das politische Engagement der Bürger herangezogen. Sie weist deutliche Unterschiede auf, je

nachdem ob es sich um Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen oder Wahlen zum Europäischen Parlament handelt.

Aufgrund des Beitritts der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland zum 3. Oktober 1990 wurde das bisherige Wahlgebiet um die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen sowie Berlin (Ost) erweitert. Für die Westberliner Bevölkerung – deren Interessen bisher 22 vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählte Abgeordnete im Deutschen Bundestag vertraten – wurden die Voraussetzungen für eine direkte Teilnahme an der Wahl zum Deutschen Bundestag geschaffen. Obwohl also erstmals alle Deutschen

Tab. 1: Bundestagswahlen<sup>1</sup>

Wahl	Wahlberechtigte 1 000	Wahlbeteiligung %
1949 <sup>2</sup>	31 208	78,5
1953 <sup>2</sup>	33 121	86,0
1957	35 401	87,8
1961	37 441	87,7
1965	38 510	86,8
1969	38 677	86,7
1972	41 446	91,1
1976	42 058	90,7
1980	43 232	88,6
1983	44 089	89,1
1987	45 328	84,3
1990 <sup>3</sup>	60 437	77,8

1 Bis 1987 Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990, ohne Berlin (West).

2 Ohne Saarland.

3 Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990.

gemeinsam ihre Delegierten wählen konnten, wurde bei der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990 die niedrigste Wahlbeteiligung nach 1949 ermittelt. Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl machten nur 77,8 % der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch – 13,4 Mill. Menschen verzichteten auf eine Stimmabgabe.

Bei der ersten Bundestagswahl 1949 hatte die Wahlbeteiligung 78,5 % erreicht. In den folgenden Wahlen von 1953 bis 1983 lag sie zwischen 86,0 und 91,1 %. Die höchste Wahlbeteiligung von 91,1 % wurde bei der vorgezogenen Bundestagswahl im Herbst 1972 festgestellt. Damals wirkte sich auch die Senkung des Wahlalters auf 18 Jahre aus.

Vergleicht man die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl nach Bundesländern, so zeigt sich, daß die Abweichungen vom Bundesdurchschnitt – abgesehen von der ersten Bundestagswahl – meist nicht über zwei bis drei Prozentpunkte hinausgehen. Am eifrigsten machten 1990 – wie in den meisten vorangegangenen Wahlen – die Saarländer von ihrem Wahlrecht Gebrauch, gefolgt von den Rheinland-Pfälzern und Hessen. Die niedrigste Wahlbeteiligung war 1990 in Mecklenburg-Vorpommern zu verzeichnen. Unter dem Bundesdurchschnitt lag sie auch in den übrigen vier neuen Bundesländern sowie in Bremen, Baden-Württemberg und Bayern.

Von besonderem politischen und soziologischen Interesse ist die Frage, ob es geschlechts- und altersspezifische Unterschiede im Wahlverhalten gibt. Um diese Zusammenhänge zu erhellen, werden seit 1953 repräsentative Sondererhebungen zur Bundestagswahl durchgeführt (bei der Bundestagswahl 1990 wurden diese Sondererhebungen auch auf die neuen Bundesländer und Berlin ausgedehnt), bei denen Wählerverzeichnisse und Stimmzettel in etwa 2 600 ausgewählten Wahlbezirken anonym ausgewertet werden. Damit ist sichergestellt, daß das Wahlgeheimnis nicht verletzt wird.

Aus diesen Untersuchungen geht hervor, daß die Wahlbeteiligung der Frauen bei Bundestagswahlen insgesamt hinter derjenigen der Männer zurückbleibt: In den Jahren 1953 und 1957 lag sie um 3,1 bzw. 3,3 Prozentpunkte niedriger; bei den folgenden Wahlen verringerte sich der Unterschied laufend bis auf 0,8 Prozentpunkte bei der Bundestagswahl 1976. In den darauffolgenden Wahlen vergrößerte sich der Unterschied jedoch wieder (1990: 1,3 Prozentpunkte). 1990 machten die Männer zu 77,0 % und die Frauen zu 75,7 % von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Diese Feststellung trifft jedoch nicht für die neuen Bundesländer zu, wo die Wahlbeteiligung der Frauen insgesamt um 0,2 % über der Beteiligung der Männer lag. Während dort nur 55,2 % der Frauen unter 21 Jahren (Männer 58,0 %) wählen gingen, lag in den Altersgruppen der 30- bis 39jährigen und der 40- bis 49jährigen die Wahlbeteiligung der Frauen um 3,2 % bzw. 0,6 % höher als die der Männer.

Stärker ausgeprägt sind die altersspezifischen Abweichungen. Die niedrigste Wahlbeteiligung, und zwar sowohl bei Männern als auch bei Frauen, wird seit 1953 bei den jungen Wählern festgestellt. Ab dem 25. Lebensjahr nimmt die Wahlbeteiligung bis zum Alter von 70 Jahren zu; danach geht sie wieder zurück, liegt aber noch höher als in der Altersgruppe der unter 30jährigen.

Die Wähler geben ihre Stimmen seit den 60er Jahren ganz überwiegend den beiden großen Parteien SPD und CDU/CSU sowie der F.D.P. Bei den Bundestagswahlen 1983 und 1987 konnten auch die GRÜNEN die Fünfprozenthürde überspringen. 1987 erreichten sie einen Stimmanteil von 8,3 %. Seit der Bundestagswahl 1990 – der ersten gesamtdeutschen Wahl – sind auch die PDS und die Listenvereinigung Bündnis 90/Grüne im Deutschen Bundestag vertreten. Sie erreichten zwar nur Stimmenanteile von 2,4 % (PDS) und 1,2 % (Bündnis 90/Grüne) auf Bundesebene, übersprangen jedoch im Wahlgebiet Ost deutlich die

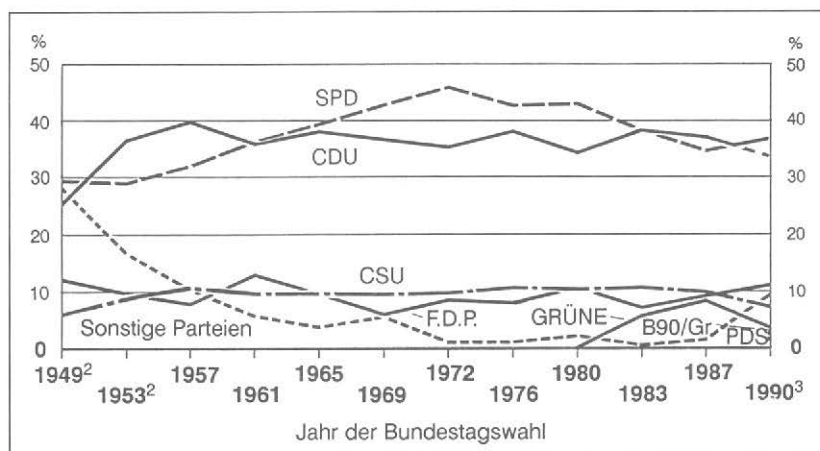
Tab. 2: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1990  
nach Geschlecht und Alter

Alter in Jahren	Wahlberechtigte <sup>1</sup>			Wahlbeteiligung <sup>1</sup>		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	1 000	%				
<i>Deutschland</i>						
unter 21	2 587	50,8	49,2	64,7	66,3	63,1
21 bis 29	10 347	51,0	49,0	64,4	65,0	63,8
30 bis 39	10 115	51,1	48,9	73,4	72,8	74,1
40 bis 49	8 723	50,4	49,6	80,9	80,8	80,9
50 bis 59	9 552	49,6	50,4	84,6	85,0	84,2
60 bis 69	7 381	42,3	57,7	86,5	88,2	85,3
70 und mehr	6 970	31,8	68,2	74,5	81,3	71,3
Insgesamt	55 676	47,1	52,9	76,3	77,0	75,7
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
unter 21	2 014	50,7	49,3	67,0	68,7	65,3
21 bis 29	8 239	51,0	49,0	66,0	66,8	65,1
30 bis 39	7 824	51,2	48,8	74,0	73,6	74,4
40 bis 49	6 860	50,6	49,4	81,3	81,2	81,3
50 bis 59	7 420	49,7	50,3	84,9	85,3	84,5
60 bis 69	5 859	43,0	57,0	86,6	88,3	85,3
70 und mehr	5 541	32,3	67,7	74,5	81,3	71,3
Insgesamt	43 758	47,3	52,7	76,9	77,8	76,1
<i>Neue Bundesländer</i>						
unter 21	573	51,1	48,9	56,6	58,0	55,2
21 bis 29	2 108	51,0	49,0	58,4	57,9	58,8
30 bis 39	2 291	50,6	49,4	71,3	69,7	72,9
40 bis 49	1 863	49,5	50,5	79,3	79,0	79,6
50 bis 59	2 132	49,2	50,8	83,5	83,8	83,2
60 bis 69	1 521	39,9	60,1	86,4	88,0	85,3
70 und mehr	1 428	30,2	69,8	74,2	81,2	71,2
Insgesamt	11 917	46,5	53,5	74,0	73,9	74,1

1 Ohne Personen mit Wahlschein.

Fünfprozentmarke. Sie konnten damit aufgrund einer für die erste gesamtdeutsche Wahl getroffenen Sonderregelung – die 5 %-Sperrklausel war getrennt auf die neuen Bundesländer sowie Berlin (Ost) und auf den vor dem 3. Oktober 1990 geltenden Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden – in den Deutschen Bundestag einziehen.

Abb. 1: Stimmenanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen<sup>1</sup>

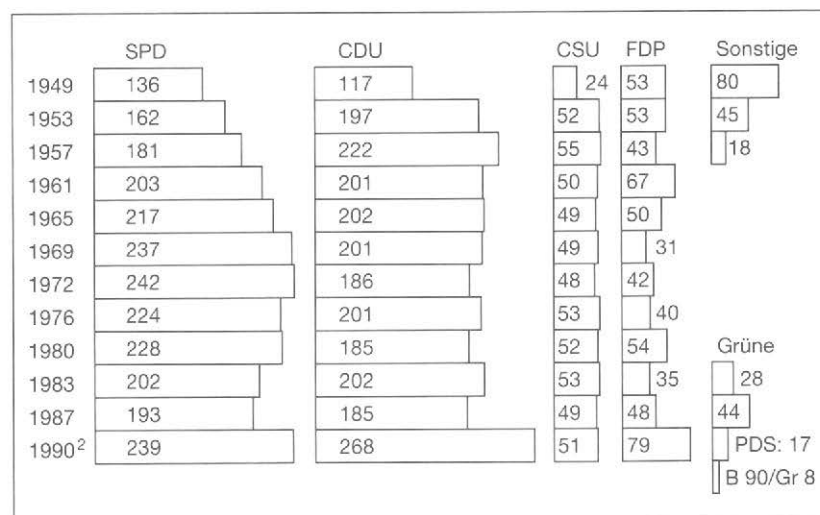


1 Seit 1953 Zweitstimmen.

2 Ohne Saarland.

3 Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990.

Abb. 2: Sitzverteilung im Deutschen Bundestag<sup>1</sup>



1 Bis 1987 einschl. der Abgeordneten von Berlin (West).

2 Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990.

Besonders aufschlußreich ist die Analyse der Stimmabgabe in der Kombination nach Geschlecht und Alter. Aufgrund der Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Kap. 1) haben die Frauen einen besonderen Einfluß auf das Wahlergebnis. Bei der Bundestagswahl 1990 wurden 52,5 % der gültigen Stimmen (ohne Briefwahlstimmen) von Frauen und 47,5 % von Männern abgegeben. SPD, F.D.P., CDU, CSU und Bündnis 90/Grüne konnten mehr Frauen- als Männerstimmen auf sich vereinigen, bei der PDS und bei den nicht im Parlament vertretenen Parteien überwog dagegen der Anteil der männlichen Wähler. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 1953 sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede allerdings geringer geworden. Damals zeigten die weiblichen Wähler eine noch deutlichere Vorliebe für CDU und CSU.

Untersucht man die Wählerschaft der Parteien nach ihrem Alter, so ergeben sich ebenfalls Unterschiede. Aus der Analyse der Bundestagswahlergebnisse 1990 geht hervor, daß die CDU die relativ älteste Wählerschaft hatte. In der Altersgruppe der 35- bis 59jährigen wählten 44,8 %, und der 60jährigen und älteren 32,2 % die CDU. Diese Aussage trifft für die Wähler in den alten wie in den neuen Bundesländern zu. Die SPD hat ihre stärkste Wählerschaft bei den 35- bis 59jährigen, gefolgt von den 18- bis 34jährigen. In den neuen Bundesländern war ihr Anteil in der Altersgruppe der 18- bis 34jährigen jedoch am geringsten. Bei den GRÜNEN und dem Bündnis 90/Grüne ist der Anteil der jungen Wähler außerordentlich hoch. Demgegenüber kamen die Wähler von F.D.P. und PDS vor allem aus dem Lager der 35- bis 60jährigen.

In der Zusammensetzung des Parlaments sind verschiedene Bevölkerungsgruppen deutlich unterrepräsentiert. So ist die Zahl der weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag nach wie vor sehr gering. Obwohl mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten Frauen sind, stellen sie im 12. Deutschen Bundestag nur 20,5 % der Abgeordneten. Es ist jedoch eine positive Tendenz festzustellen, denn im 11. Deutschen Bundestag lag der Anteil der weiblichen Abgeordneten noch bei 15,4 %. Zwischen den einzelnen Fraktionen sind bezüglich des Anteils weiblicher Abgeordneter beträchtliche Unterschiede festzustellen. Mit 47,1 % lag er 1990 bei der PDS am höchsten, mit 13,8 % bei der CDU/CSU am niedrigsten. Bei Bündnis 90/Grüne betrug er 37,5 %, bei der SPD 27,2 % und bei der F.D.P. 20,3 %.

Das Durchschnittsalter der Parlamentarier lag zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 1990 bei 48,8 Jahren. Es hat sich von der vierten (1961: 52,3 Jahre) bis zur siebten Wahlperiode (1972: 46,6 Jahre) kontinuierlich verringert und ist bis 1987 wieder leicht angestiegen (49,3 Jahre). Die stärkste Abweichung vom Durchschnittsalter weisen 1990 Bündnis 90/Grüne und PDS mit jeweils minus 5 Jahren auf.

Im Vergleich zu den Bundestagswahlen liegt die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen im allgemeinen niedriger. Außerdem sind die Unterschiede von Bundesland zu Bundesland stärker ausgeprägt. Eine relativ hohe Wahlbeteiligung von über 80 % hatten bei den letzten Landtagswahlen die Länder Saarland und Berlin aufzuweisen, besonders niedrig war sie in Mecklenburg-Vorpommern. In Hessen

Tab. 3: Wählerschaft der Parteien bei der Bundestagswahl 1990  
nach dem Alter

Partei	Von 100 gültigen Zweitstimmen für die jeweilige Partei wurden abgegeben von Wählern im Alter von ... Jahren		
	18 bis 34	35 bis 59	60 u. mehr
<i>Deutschland</i>			
SPD	31,4	43,3	25,3
CDU	22,9	44,8	32,2
CSU	24,6	43,7	31,6
F.D.P.	26,6	50,9	22,4
GRÜNE	62,7	33,1	4,1
B 90/Gr	49,4	42,8	7,8
PDS	29,3	45,2	25,5
Insgesamt	28,8	44,2	27,0
<i>Früheres Bundesgebiet</i>			
SPD	32,3	43,0	24,7
CDU	22,9	44,2	33,0
CSU	24,6	43,7	31,6
F.D.P.	27,2	50,3	22,5
GRÜNE	62,7	33,1	4,1
B 90/Gr	—	—	—
PDS	48,9	39,0	12,2
Insgesamt	29,3	43,6	27,1
<i>Neue Bundesländer</i>			
SPD	26,2	44,9	28,9
CDU	23,1	47,1	29,8
CSU	—	—	—
F.D.P.	24,9	52,9	22,2
GRÜNE	62,6	33,0	4,5
B 90/Gr	49,4	42,8	7,8
PDS	27,2	45,9	26,9
Insgesamt	26,9	46,6	26,5

und Rheinland-Pfalz führten die Landtagswahlen jeweils zu einem Regierungswechsel, in Berlin und Baden-Württemberg zu einer großen Koalition. Mit absoluter Mehrheit (der Mandate) regiert die CDU in Sachsen, die CSU in Bayern und die SPD in Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein. SPD, F.D.P. und Bündnis 90/Grüne bilden die Regierung in Brandenburg. Eine „Ampelkoalition“ aus SPD, F.D.P. und GRÜNEN bildet die Regierung im Stadtstaat Bremen. In Hessen und Niedersachsen sind die GRÜNEN Regierungspartner der



Tab. 4: Abgeordnete des zwölften Deutschen Bundestages  
nach beruflicher Tätigkeit am 1. 4. 1991

Berufsgruppe	CDU/ CSU	SPD	F.D.P.	PDS/ LL	B 90/ Grüne	Anzahl	%
<b>Beamte</b>							
Verwaltung/Justiz							
Berufssoldaten	70	44	6	–	–	120	18,1
Professoren/andere							
Wissenschaftler/Lehrer	42	52	12	3	–	109	16,5
<b>Angestellte</b>							
öffentlicher Dienst/Körperschaften des öffentlichen Rechts	20	28	5	1	1	55	8,3
politische und gesellschaftliche Organisationen	29	35	6	4	1	75	11,3
Wirtschaft (Industrie/Handel/Gewerbe/Verbände)	37	21	11	–	1	70	10,6
<b>Selbständige</b>							
Industrie/Handel/Handwerk/Gewerbe	35	6	13	–	–	54	8,2
Land- und Forstwirtschaft	16	1	4	–	–	21	3,2
(Ev.) Pfarrer und Diakone	4	6	–	–	1	11	1,7
<b>Freiberufler</b>							
Rechtsanwälte/Notare	24	9	9	2	–	44	6,6
andere	12	11	6	2	–	31	4,7
Hausfrauen	8	6	2	–	–	16	2,4
Arbeiter	2	6	–	–	–	8	1,2
Sonstige	6	3	2	2	1	14	2,1
Nicht verwertbare Angaben	14	11	3	3	3	34	5,2
<b>Abgeordnete insgesamt</b>	<b>319</b>	<b>239</b>	<b>79</b>	<b>17</b>	<b>8</b>	<b>662</b>	<b>100,0</b>

**Hinweis:** Wesentliches Kriterium der Einordnung war jeweils der Hauptberuf im Sinne der Erwerbsstellung vor der erstmaligen Annahme eines Bundestagsmandates. – Die Übergangssituation in den neuen Bundesländern, die sich in z.T. noch ungefestigten neuen Berufsstellungen der Politiker niederschlägt, schuf zusätzliche Probleme der Einordnung. Ausdruck einer Übergangssituation ist auch die relativ hohe Zahl von Abgeordneten mit „Nicht verwertbaren Angaben“.

Zusammenstellung nach Angaben von Dr. Adalbert Hess, bislang Verwaltung des Deutschen Bundestages.

Tab. 5: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den letzten Landtagswahlen in Prozent

Land	Wahl	Wahlbeteiligung	Stimmabgabe				
			CDU/ CSU <sup>1</sup>	SPD	F.D.P.	GRÜNE	PDS
Baden-Württemberg	1992	70,2	39,6	29,4	5,9	2,5	–
Bayern	1990	65,9	54,9	26,0	5,2	6,4	–
Berlin	1990	80,8	40,4	30,4	7,1	5,0 <sup>2</sup>	9,2 <sup>3</sup>
Brandenburg	1990	67,1	29,4	38,2	6,6	2,8 <sup>4</sup>	13,4 <sup>5</sup>
Bremen	1991	72,2	30,7	38,8	9,5	11,4	–
Hamburg	1991	66,1	35,1	48,0	5,4	7,2 <sup>6</sup>	0,5 <sup>7</sup>
Hessen	1991	70,8	40,2	40,8	7,4	8,8	–
Mecklenburg-Vorpommern	1990	64,7	38,3	27,0	5,5	4,2 <sup>4</sup>	15,7 <sup>8</sup>
Niedersachsen	1990	74,6	42,0	44,2	6,0	5,5	–
Nordrhein-Westfalen	1990	71,8	36,7	50,0	5,8	5,0	–
Rheinland-Pfalz	1991	73,9	38,7	44,8	6,9	6,5	–
Saarland	1990	83,2	33,4	54,4	5,6	2,6	–
Sachsen	1990	72,8	53,8	19,1	5,3	5,6 <sup>9</sup>	10,2 <sup>8</sup>
Sachsen-Anhalt	1990	65,1	39,0	26,0	13,5	5,3 <sup>10</sup>	12,0
Schleswig-Holstein	1992	71,8	33,8	46,2	5,6	4,97	–
Thüringen	1990	71,7	45,4	22,8	9,3	6,5 <sup>11</sup>	9,7 <sup>8</sup>

1 CSU nur in Bayern.

2 GRÜNE/AL.

3 PDS.

4 GRÜNE.

5 PDS/Linke Liste.

6 GRÜNE/GAL.

7 PDS/Linke Liste.

8 Linke Liste/PDS.

9 Neues Forum.

10 GRÜNE/Neues Forum.

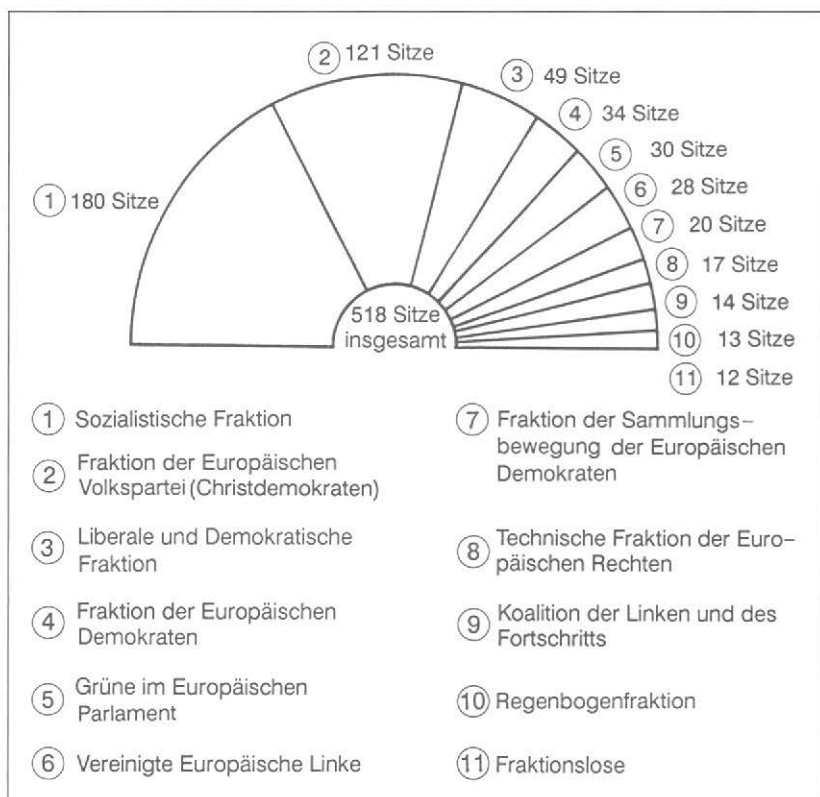
11 Neues Forum/GRÜNE/  
Demokratie Jetzt.

SPD, in Rheinland-Pfalz die F.D.P. Mit der F.D.P. regiert die CDU in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein am 5. April 1992 erlitten die Regierungsparteien CDU bzw. SPD erhebliche Verluste, in beiden Ländern rückten die Rechtsparteien Republikaner bzw. Deutsche Volksunion (DVU) durch unerwartet hohe Stimmanteile (Republikaner: 10,9 %, DVU: 6,3 %) jeweils als drittstärkste Gruppierung in die Parlamente ein.

Das Europäische Parlament ist die Volksvertretung der Länder der EG; ihm gehören 518 Abgeordnete an, die direkt gewählt werden. Wieviele Abgeordnete ein Land vertreten, hängt von der Bevölkerungszahl ab. Bei der 3. Direktwahl zum Europäischen Parlament wurde zum ersten Mal zum gleichen Zeitpunkt (15. und 18. Juni 1989) in allen zwölf EG-Mitgliedstaaten gewählt. Insgesamt gingen rund 140 Mill. EG-Bürger zur Wahl.

Bei den Direktwahlen zum Europäischen Parlament ist die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik – wie übrigens auch in den anderen Mitgliedstaaten – wesentlich niedriger als bei nationalen Wahlen. Von den 45,8 Mill. wahlberechtigten Bundes-

Abb. 3: Sitzverteilung im Europäischen Parlament nach Fraktionen  
Stand: 28. 7. 1989



bürgern machten am 18. Juni 1989 62,3 % von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Wenn man von Belgien, Luxemburg, Griechenland und Italien absieht (in diesen Ländern besteht Wahlpflicht), war die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik nach Irland (68,3 %) am zweithöchsten. Das geringste Interesse zeigten wiederum die Wahlberechtigten in Großbritannien; von ihnen beteiligten sich nur 36,2 % an den Europawahlen. Während in der Bundesrepublik und Irland die Wahlbeteiligung gegenüber 1984 von 56,8 auf 62,3 % bzw. 47,6 auf 68,3 % gestiegen ist, nahm sie in Dänemark, Frankreich, den Niederlanden, Portugal und Spanien beträchtlich ab.

Die Bundesrepublik Deutschland entsendet insgesamt 81 Abgeordnete in das Europäische Parlament, davon gehören nach der dritten Wahl 31 der SPD, 25 der CDU, 7 der CSU, 4 der F.D.P., 8 den GRÜNEN (einschl. AL) und 6 den Republika-

nern an. Die anderen Parteien scheiterten an der Fünfprozentklausel. Gegenüber der letzten Wahl 1984 schafften die Liberalen den Wiedereinzug und die Republikaner den Neueinzug in das Europäische Parlament; die SPD verlor 2 und die CDU 9 Mandate, die GRÜNEN (einschl. AL) konnten einen Sitz hinzugewinnen.

## 7.2.2 Mitgliedschaft in Parteien

Die Parteien spielen in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle. Nach dem Grundgesetz haben sie die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre Gründung ist frei, ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Die politische Landschaft in der Bundesrepublik wird seit ihrer Gründung vor allem von den großen Parteien geprägt: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Christlich-Soziale Union (CSU) in Bayern und Freie Demokratische Partei (F.D.P.).

Das hat sich auch bei der ersten gesamtdeutschen Wahl im Dezember 1990 nicht geändert. Neu ist allerdings das Vorhandensein zweier kleiner Parteien im Bundestag, der PDS, die bundesweit 2,4 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, und des Bündnis 90/Grüne, die 1,2 % der Stimmen erhielten. Beide Parteien konnten in den Bundestag einziehen, weil die Fünfprozentklausel getrennt auf die neuen und die alten Bundesländer angewandt wurde.

Schon immer kandidierte bei den Bundestagswahlen eine Anzahl kleinerer Parteien. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 konnten diese zusammen 27,8 % der Stimmen auf sich vereinen, danach sind ihre Stimmanteile stark zurückgegangen. Zu ihrer relativen Bedeutungslosigkeit auf Bundes- und Landesebene hat nicht zuletzt die Fünfprozentklausel beigetragen.

Erst den GRÜNEN gelang zu Beginn der 80er Jahre in einer Reihe von Landesparlamenten und von 1983 bis 1990 auch im Bundestag das Eindringen in die bis dahin relativ festgefügte Parteienlandschaft. Bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen erzielten die nur in den alten Bundesländern angetretenen GRÜNEN 3,8 % der Stimmen.

Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig und können vom Bundesverfassungsgericht verboten werden. Von dieser Möglichkeit wurde bisher zweimal Gebrauch gemacht: 1952 wurde die Sozialistische Reichspartei – eine extreme Rechtspartei – verboten, 1956 wurde die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

In der Bundesrepublik Deutschland haben gegenwärtig rund 2,2 Mill. Bürger das Mitgliedsbuch einer Partei. Das entspricht einem Anteil von knapp 4 % der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter. Die Partei mit der größten Mitgliedschaft ist die

SPD. Bei ihrer Wiedergründung nach dem Krieg knüpfte sie an ihre bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition als Arbeiterpartei an. Mit der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 vollzog sie die Öffnung zur Volkspartei. Ihre Mitgliederzahl<sup>1</sup> stieg von rund 711 000 im Jahr 1946 auf etwa 928 000 Mitte 1991. 1976 erreichte sie mit 1 022 000 ihren bisher höchsten Stand. Der Anteil der Frauen in der SPD erhöhte sich von 15 % im Jahr der Wiedergründung bis auf 27,2 % Mitte 1991. Im früheren Bundesgebiet war der Frauenanteil mit 27,4 % um knapp 7 % höher als in den neuen Bundesländern. Unter den rund 28 000 Mitgliedern in den neuen Ländern einschl. Berlin (Ost) betrug der Frauenanteil 20,9 %.

Im Unterschied zur katholischen Zentrums Partei der Weimarer Zeit wenden sich die nach dem Krieg neu gegründeten Unionsparteien – CDU und CSU – an Wähler beider christlicher Konfessionen. Sie betrachten ihre Gründung als Antwort auf die verhängnisvolle Zerrissenheit der Demokraten in der Weimarer Republik. Die CDU besitzt keinen bayerischen Landesverband, während die CSU nur in Bayern vertreten ist. Im Bundestag bilden beide Parteien eine gemeinsame Fraktion. Die Mitgliederzahl<sup>1</sup> der CDU belief sich Ende 1991 auf rund 756 500, davon 25,6 % Frauen. 1991 stammten 111 200 Mitglieder aus den neuen Ländern. Der Frauenanteil war mit 39,7 % wesentlich höher als in den alten Ländern (23,2 %). Bei der CSU stieg die Mitgliederzahl<sup>1</sup> von 69 000 im Jahr 1946 auf 185 000 Ende 1990. Der Anteil der weiblichen Parteimitglieder lag zuletzt bei 15,4 %.

Die ebenfalls nach dem Krieg neugegründete F.D.P. will als liberale Partei besonders die Freiheit des einzelnen Bürgers in allen Lebensbereichen stärken. Das liberale Manifest von 1985 geht von einem umfassenden Freiheitsbegriff aus. Die F.D.P. will eine Versöhnung von moderner Marktwirtschaft und einer offenen und veränderungsbereiten gesellschaftlichen Kultur. Obwohl sich die Mitgliederzahl seit 1988 durch den Mitgliederzuwachs im Beitrittsgebiet mehr als verdoppelt hat, besitzt sie im Vergleich zu ihrer politischen Bedeutung als Koalitionspartner in zahlreichen Bundes- und Landesregierungen mit rund 151 000 Parteimitgliedern<sup>1</sup> Ende 1991 eine relativ schmale Mitgliederbasis. Der Frauenanteil in der F.D.P. lag zuletzt bei 29 %.

Die mitgliederstärkste Partei in der ehemaligen DDR war die Staatspartei SED, die 1988 nach eigenen Angaben 2,3 Mill. Mitglieder zählte. Nach der politischen „Wende“ im Herbst 1989 reduzierte sich die Mitgliederzahl der SED-Nachfolgepartei PDS auf rund 180 000 Ende 1991 in Gesamtdeutschland, wie aus Presseberichten hervorgeht.

Seit Mitte der siebziger Jahre engagiert sich eine zunehmende Zahl von Bürgern außerhalb der etablierten Parteien in „Bürgerinitiativen“. Sie richten sich vielfach gegen politische Maßnahmen von lokaler oder regionaler Bedeutung, die als umweltschädigend betrachtet werden, z.B. Kernkraftwerke, Autobahnausbau,

<sup>1</sup> Angaben der Partei.

Flughafenerweiterung u.ä. Aus dieser Bewegung sind inzwischen „grüne“ Parteien mit über den Umweltschutz hinausgehenden politischen Programmen hervorgegangen. Die GRÜNEN haben sich vor der Europawahl 1979 bundesweit als „Sonstige Politische Vereinigung (SPV) DIE GRÜNEN“ zusammengeschlossen, ehe sie sich 1980 als Partei auf Bundesebene konstituierten. Ihre Mitgliederzahl<sup>1</sup> lag im Dezember 1990 bei 41 800, etwa ein Drittel der Mitglieder waren Frauen. Rund 5 % der Mitglieder stellten die Landesverbände aus den neuen Bundesländern.

## 7.3 Engagement in Berufsverbänden

### 7.3.1 Das Recht auf Vereinigungsfreiheit

Mit der Freiheit der Meinungsäußerung eng verbunden ist das verfassungsmäßig verbürgte Grundrecht der Vereinigungsfreiheit. Alle Deutschen haben danach das Recht, sich in Vereinen und Gesellschaften zusammenzuschließen. Ausdrücklich gewährleistet ist auch für jedermann und alle Berufe das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden. Diese Koalitionsfreiheit hat zur Gründung einer Vielzahl von Wirtschaftsorganisationen und Berufsverbänden geführt.

Von besonderer Bedeutung sind die großen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereinigungen, die sogenannten Tarifpartner, die im Rahmen der verfassungsmäßig garantierten Tarifautonomie Verträge über Arbeitsentgelte und -bedingungen abschließen. Ihre Verhandlungsergebnisse beeinflussen sowohl das Wirtschaftsgeschehen insgesamt als auch die Lebensverhältnisse und Einkommenssituation des einzelnen Erwerbstätigen.

### 7.3.2 Gewerkschaften im früheren Bundesgebiet

Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland haben die in der Weimarer Zeit vorherrschende Zersplitterung in Einzel- und Richtungsgewerkschaften überwunden. Sie sind sogenannte Einheitsgewerkschaften, in denen Arbeitnehmer aller Parteien und Konfessionen zusammenarbeiten. Es gibt daher in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen westlichen Ländern nur wenige, aber mitgliederstarke Gewerkschaftsorganisationen. Die größte ist der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit rund 7,9 Mill. Mitgliedern. Er setzt sich 1990 aus 16 Einzelgewerkschaften zusammen, die nach dem Prinzip der Industriegewerkschaft aufgebaut sind, d.h. in ihnen sind Arbeiter und Angestellte eines Industriezweiges unabhängig von ihrem Beruf zusammengeschlossen.

Die größten Einzelgewerkschaften des DGB sind die IG Metall mit mehr als 2,7 Mill. und die ÖTV mit rund 1,3 Mill. Mitgliedern.

Tab. 6: Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)  
Stand: Ende 1990

Einzelgewerkschaften	Mitglieder	Anteil der Frauen %
	1 000	
Bau, Steine, Erden	463	8
Bergbau und Energie	323	2
Chemie, Papier, Keramik	676	20
Eisenbahner Deutschlands	312	10
Erziehung und Wissenschaft	189	55
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	44	17
Handel, Banken und Versicherungen	404	61
Holz und Kunststoff	153	15
Leder	185	27
Medien	43	40
Metall	2 727	16
Nahrung, Genuß, Gaststätten	275	35
Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)	1 252	34
Polizei	163	10
Deutsche Postgewerkschaft	479	34
Textil – Bekleidung	250	57
DGB	7 938	24

Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund.

Neben den DGB-Gewerkschaften sind als weitere mitgliederstarke Arbeitnehmerorganisationen die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) mit knapp 600 000 Mitgliedern und der Deutsche Beamtenbund (DBB) mit rund 800 000 Mitgliedern zu nennen. Im Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) sind etwa 310 000 Arbeitnehmer organisiert.

Insgesamt waren Ende 1990 im früheren Bundesgebiet etwa 9,6 Mill. Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert. Setzt man diese Zahl mit der entsprechenden Gesamtzahl der abhängigen Erwerbstätigen (April 1990: 26,2 Mill.) in Beziehung,

Tab. 7: Mitglieder ausgewählter Arbeitnehmerorganisationen

Gewerkschaft	1951	1960	1970	1980	1990
	1 000				
Deutscher Gewerkschaftsbund	5 912	6 379	6 713	7 883	7 938
Deutsche Angestelltengewerkschaft	344	450	461	495	573
Deutscher Beamtenbund	234	650	721	821	799

Quelle: Angaben der betreffenden Organisationen.

ergibt sich ein Organisationsgrad aller Arbeitnehmer der Bundesrepublik Deutschland von 37 %. Die Vergleichszahl für 1960 lautet ebenfalls 37 %.

Die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder konnten ihren Anteil an der gesamten Mitgliederzahl im Laufe der Zeit leicht erhöhen. Beim DGB belief er sich 1990 auf 24 %, bei der DAG auf 49 % und beim DBB auf gut 28 %. Die weiblichen Arbeitnehmer sind damit in den Gewerkschaftsorganisationen deutlich unterrepräsentiert. Im Vergleich zu einem Anteil an der Gesamtzahl der abhängigen Erwerbstätigen von fast 41 % im Jahr 1990 stellen sie nur etwa ein Fünftel der Gewerkschaftsmitglieder. Ihr Organisationsgrad liegt bei 23 %; das bedeutet, daß gegenwärtig etwa jede vierte abhängig erwerbstätige Frau einer Gewerkschaft angehört.

### 7.3.3 Arbeitgeberverbände

Den Vereinigungen der Arbeitnehmer entsprechen im Rahmen der Koalitionsfreiheit die Arbeitgeberverbände als Interessenvertretungen der Arbeitgeber. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es mehrere hundert teils fachlich, teils regional gegliederte Arbeitgeberverbände. Der Organisationsgrad der Arbeitgeber ist außerordentlich hoch. Die gemeinsame Dachorganisation für alle Wirtschaftszweige – Landwirtschaft, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk, Handel und Verkehr, Banken und Versicherungen – ist die Bundesvereinigung der





Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Sie vertritt die Unternehmer in ihrer Funktion als Arbeitgeber, d.h. als Verhandlungspartner der Gewerkschaften. Alle übrigen Interessen – zum Beispiel wirtschafts- und steuerpolitischer Art – werden von anderen Verbänden wahrgenommen, beispielsweise dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und den Fachorganisationen des Handwerks.

### 7.3.4 Mitbestimmung

Neben dem Kampf um die materielle Absicherung der Arbeitnehmer und der allgemeinen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist es seit langem ein erklärtes Ziel der Gewerkschaften, die Mitbestimmung im Betrieb zu verwirklichen. Der erste Schritt in diese Richtung erfolgte durch das Betriebsrätegesetz von 1920, das die Möglichkeit schuf, in allen Betrieben gewählte Arbeitnehmervertretungen einzurichten.

Heute gibt es in der Bundesrepublik Deutschland unterschiedliche Formen der Mitbestimmung, jeweils abhängig von Unternehmensgröße, Rechtsform und Wirtschaftszweig.

Am weitesten entwickelt sind die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer in den Großbetrieben des Bergbaus und der Eisen- und Stahlerzeugung mit über 1000 Beschäftigten, die unter das Montan-Mitbestimmungsgesetz von 1951 fallen. Nach diesem Gesetz wird der Aufsichtsrat je zur Hälfte von Vertretern der Kapitalgeber und der Arbeitnehmer besetzt; beide Seiten einigen sich dann auf ein weiteres neutrales Mitglied. Dem Vorstand muß ein Arbeitsdirektor als vollberechtigtes Mitglied angehören, der nicht gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat gewählt werden kann.

Für die Großunternehmen mit mehr als 2000 Beschäftigten der übrigen Industrie gilt das allgemeine Mitbestimmungsgesetz von 1976. Auch nach diesem Gesetz setzt sich der Aufsichtsrat zu gleichen Teilen aus Vertretern der Kapitalgeber und Arbeitnehmer zusammen. Bei Stimmengleichheit gibt jedoch die Stimme des Vorsitzenden, der nicht gegen den Willen der Kapitalgeber gewählt werden kann, den Ausschlag. Außerdem muß ein Arbeitnehmervertreter der Gruppe der „leitenden Angestellten“ angehören.

Bei kleinen und mittleren Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften bis 2000 Beschäftigte und Unternehmen bestimmter anderer Rechtsformen mit 500 bis 2000 Beschäftigten) erfolgt die Mitbestimmung auf der Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes nach der sogenannten Drittelbeteiligung, d.h. ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder besteht aus gewählten Arbeitnehmervertretern. Ähnliche Regelungen bestehen bei einem Großteil der Unternehmen im öffentlich-rechtlichen Bereich (Sparkassen, Landesbanken, Eigenbetriebe).

In den übrigen Unternehmen besitzen die Arbeitnehmer keinen institutionalisierten Einfluß auf die wirtschaftliche Unternehmensführung. Sie haben jedoch – abgesehen von Kleinbetrieben unter fünf Beschäftigten – nach dem Betriebsverfassungs-

# Mitbestimmung in Unternehmen

## Betriebsverfassungsgesetz von 1952

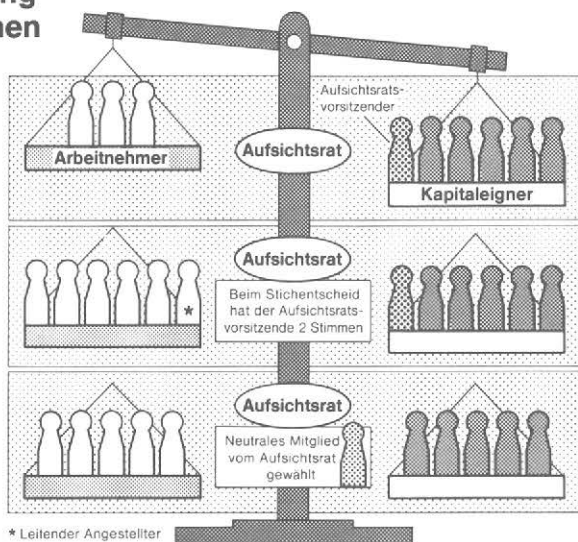
in AG, KGaA mit bis zu 2 000 Beschäftigten,  
in GmbH, eGmbH mit 501 – 2 000 Beschäftigten

## Mitbestimmungsgesetz von 1976

in AG, KGaA, GmbH, eGmbH u. bergrechtlichen Gewerkschaften mit über 2 000 Beschäftigten

## Montanmitbestimmungsgesetz von 1951

in AG, GmbH, bergrechtl. Gewerkschaften mit über 1 000 Beschäftigten im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie



243 521

ZAHLENBILDER

\* Leitender Angestellter

© Erich Schmidt Verlag GmbH

gesetz das Recht, einen Betriebsrat zu wählen, der Mitsprache- und Mitwirkungsrechte in sozialen und personellen Angelegenheiten hat.

Nach Untersuchungen des DGB wurden 1990 im früheren Bundesgebiet in rund 33 000 Betrieben fast 184 000 Betriebsratsmitglieder gewählt. Von den Mandaten entfielen mehr als drei Viertel (76,3 %) auf die Einzelgewerkschaften im DGB, ein Fünftel (20,6 %) auf Nichtorganisierte und der Rest auf DAG (2,6 %) und andere Organisationen (0,5 %). Der Anteil der Angestellten an der Gesamtzahl der Betriebsratsmitglieder belief sich auf 38,6 %, der Frauenanteil auf 23,5 %. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung betrug 1990 78,9 %.

Für die 6,8 Mill. Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes im vereinten Deutschland (1991) regeln die Personalvertretungsgesetze des Bundes und der Länder die Mitbestimmung in den Dienststellen. Das Mitbestimmungsgremium im öffentlichen Dienst ist der Personalrat; seine Aufgaben und Befugnisse erstrecken sich analog zu den Regelungen in der Wirtschaft auf soziale und personelle Angelegenheiten.

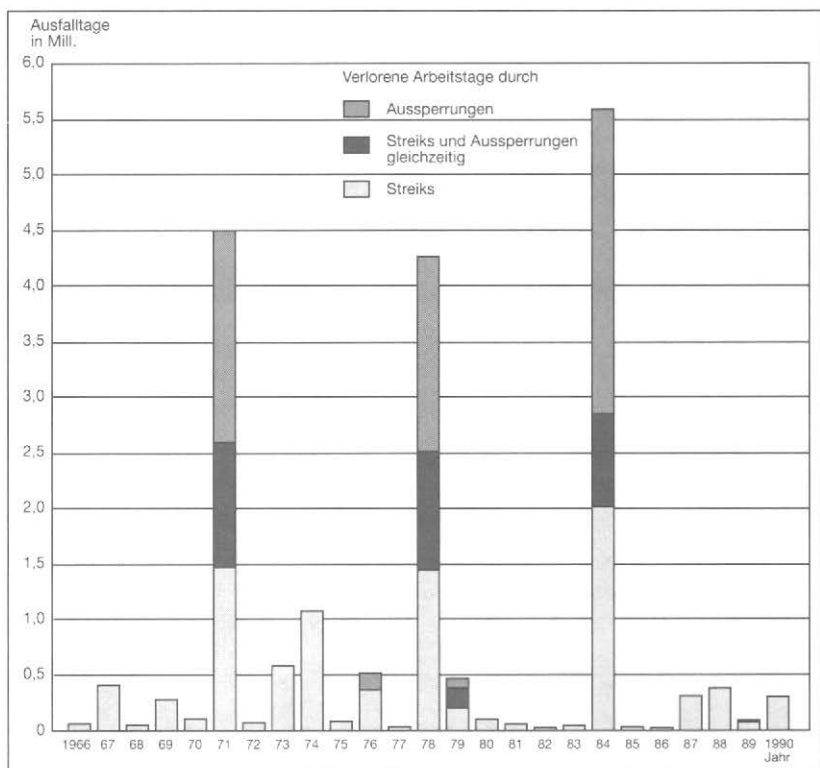
## 7.3.5 Arbeitskämpfe

Wenn sich bei Tarifverhandlungen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite nicht einigen können und die Schlichtungsbemühungen eines unparteiischen Dritten schei-

tern, stellt sich die Frage des Arbeitskampfes. Falls sich bei einer Urabstimmung unter den beteiligten Gewerkschaftsmitgliedern eine Dreiviertelmehrheit für Streikmaßnahmen ausspricht, wird der Ausstand erklärt. Die Arbeitgeber können mit dem Kampfmittel der Aussperrung operieren, das ist die vorübergehende Weigerung, alle oder einen Teil der Belegschaft zu beschäftigen und Lohn bzw. Gehalt zu zahlen.

In der Bundesrepublik Deutschland wird im Vergleich zu anderen Ländern wenig gestreikt. Während der vergangenen zwei Jahrzehnte waren die heftigsten Arbeitskämpfe 1971 und 1978 mit jeweils über 4 Mill. ausgefallenen Arbeitstagen sowie 1984 mit 5,6 Mill. ausgefallenen Arbeitstagen zu verzeichnen. In den übrigen Jahren lag die Zahl der verlorenen Arbeitstage weit darunter. Auf die meisten größeren Streiks reagierten die Arbeitgeber mit Aussperrungen, durch die teilweise noch weitere Arbeitnehmer in den Arbeitskampf einbezogen wurden.

Abb. 4: Durch Arbeitskämpfe verlorene Arbeitstage im früheren Bundesgebiet



## 7.4 Teilnahme am religiösen Leben

### 7.4.1 Kirche und Staat

Das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften wurde bereits in der Weimarer Reichsverfassung von 1919 in umfassender Weise geregelt. Ein Teil der Weimarer Kirchenartikel ist als Bestandteil des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland übernommen worden. Danach besteht in der Bundesrepublik Deutschland keine Staatskirche. Die aus den Grundrechtsgarantien folgende Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften ist gewährleistet, und jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig. Dennoch bestehen auch heute noch enge Bindungen zwischen Kirche und Staat, und die Kirchen genießen weitgehende Rechte, zum Beispiel das Recht, Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben, oder das Recht der Einflußnahme auf die Besetzung theologischer Lehrstühle an staatlichen Universitäten.

### 7.4.2 Religionszugehörigkeit

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland (hier noch nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990) gehört überwiegend den christlichen Kirchen an, und zwar zu ungefähr gleichen Teilen der katholischen und der evangelischen Glaubensrichtung. Eine kleine Minderheit bekennt sich zu anderen christlichen Gemeinschaften, zum Beispiel zur Evangelisch-Methodistischen Kirche, zum Bund

Tab. 8: Verteilung der Konfessionen in den alten Bundesländern<sup>1</sup>

Bundesländer	Anteil der Angehörigen der	
	evangelischen Kirche <sup>2</sup>	katholischen Kirche
	an der Gesamtbevölkerung in %	
Schleswig-Holstein	73,3	6,2
Hamburg	50,2	8,6
Niedersachsen	65,2	19,6
Bremen	61,0	10,0
Nordrhein-Westfalen	35,2	49,4
Hessen	51,7	30,4
Rheinland-Pfalz	37,2	54,5
Baden-Württemberg	40,7	45,3
Bayern	23,9	67,2
Saarland	21,7	72,7
Berlin (West)	48,3	12,8

<sup>1</sup> Ergebnis der Volkszählung 1987.

<sup>2</sup> Gliederkirchen der EKD ohne evangelische Freikirchen.

Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten), zur Altkatholischen Kirche, zur Gesellschaft der Freunde (Quäker) und zur Heilsarmee.

Der Anteil der katholischen Bevölkerung ist im Süden des früheren Bundesgebietes überdurchschnittlich hoch, insbesondere im Saarland, in Bayern und in Rheinland-Pfalz. Im Norden überwiegt dagegen der evangelische Volksteil.

Die Anzahl der im früheren Bundesgebiet lebenden Juden liegt heute bei etwa 32 000. Vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten waren im Deutschen Reich 1933 etwa 503 000 Juden ansässig. Die größten jüdischen Gemeinden befinden sich in Berlin und Frankfurt/M.

Durch den Zuzug von ausländischen Arbeitnehmern haben Religionsgemeinschaften an Bedeutung gewonnen, die früher kaum in Deutschland vertreten waren; so z. B. die griechisch-orthodoxe Kirche und der Islam, der 1987 in der Bundesrepublik Deutschland etwa 1,7 Mill. Anhänger hatte.

### 7.4.3 Katholische Kirche<sup>1</sup>

Am Jahresende 1989 lebten rund 26,7 Mill. Katholiken im früheren Bundesgebiet. Ihr Anteil an der Bevölkerung betrug damit rund 43 %. Dieser Anteil ist seit 1950 nahezu gleich groß geblieben. Die Katholikenzahl war von 1974 bis 1988 rückläufig, ist seit 1988 jedoch wieder steigend. Der Zuzug katholischer Ausländer – meist Gastarbeiter und deren Familienangehörige – hatte bis dahin die rückläufigen Taufzahlen und die zu Beginn der 70er Jahre steigende Zahl der Kirchnaustritte (1970: 69 000) mehr als kompensiert. 1989 lag die Zahl der Kirchnaustritte bei 93 010.

Die katholische Kirche im früheren Bundesgebiet ist in 22 Bistümer (5 Erzbistümer und 17 Bistümer) gegliedert. Die Zahl der Pfarreien und sonstiger Seelsorgestellen betrug 12 436 (1989). In der Pfarrseelsorge waren 1979 rund 12 200 Weltpriester und Ordensgeistliche tätig; ein Pfarrseelsorger betreut im Durchschnitt 2 200 Gläubige. Wegen akutem Priestermangel können jedoch nicht alle Kirchengemeinden mit einem Priester besetzt werden. Weitere 7 300 Priester waren in anderen Arbeitsfeldern tätig.

Die Grundstrukturen des kirchlichen Lebens zeigt Tab. 9. Die Teilnahme an den sonntäglichen Eucharistiefeiern nahm zwischen 1960 und 1989 um 5,8 Mill. Besucher oder um fast 49 % ab. 1989 besuchten durchschnittlich 23 % aller Katholiken die Sonntagsmesse. An Feiertagen oder an den Hochfesten der Kirche nehmen weit mehr an den Eucharistiefeiern teil.

Der große Rückgang bei den kirchlichen Trauungen und Taufen gegenüber 1960 muß im Zusammenhang mit der starken Abnahme der standesamtlichen Eheschließungen und der Lebendgeborenen gesehen werden (vgl. Kap. 1). Gleichwohl

<sup>1</sup> Angaben: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz – Referat Statistik, Bonn.

Tab. 9: Katholische Kirche im früheren Bundesgebiet

Jahr	Katholiken	Taufen	Trauungen	Kirchliche Beerdigungen	Teilnahme an der sonntäglichen Eucharistiefeier
1 000					
1960	24 710	473	214	262	11 895
1970	27 192	370	164	296	10 159
1980	26 720	258	125	288	7 769
1985	26 308	254	113	286	6 800
1987	26 306	270	114	278	6 430
1989	26 746	282	113	281	6 092

sind die Bereitschaft zur katholischen Eheschließung und insbesondere die Bereitschaft zur katholischen Taufe nach wie vor weit verbreitet. Nahezu alle verstorbenen Katholiken werden auch heute noch kirchlich beerdigt.

#### 7.4.4 Evangelische Kirche<sup>1</sup>

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) umfaßte Ende 1989 25,1 Mill. Mitglieder; dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von rund 40 % und einem solchen an der deutschen Bevölkerung von rund 44 %. Bei der Volkszählung im Jahre 1950 lagen diese Anteile noch bei jeweils rund 51 %.

Tab. 10: Evangelische Kirche im früheren Bundesgebiet

Jahr	Mitglieder	Taufen	Trauungen	Bestattungen	Abendmahlsgäste
1 000					
1963	28 796	476	204	335	7 727
1970	28 480	346	156	369	6 813
1980	26 104	222	94	347	9 056
1987	25 413	239	97	324	9 669
1989	25 132	252	101	321	9 319

Anfang 1989 waren in den 17 Gliedkirchen der EKD mehr als 18 000 Pfarrer im aktiven Dienst tätig, darunter 12,7 % Pfarrerinnen. Im Gemeindedienst standen mehr als 12 900 Pfarrer. Auf einen Gemeindepfarrer entfielen damit im Durchschnitt rund 1 900 Kirchenmitglieder, im Jahre 1964 waren es noch durchschnittlich knapp 2 500.

<sup>1</sup> Angaben der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover. Ohne evangelische Freikirchen.

Auch die evangelischen Kirchen hatten seit Mitte der 60er Jahre vornehmlich aufgrund der Rückgänge der Geburten und der standesamtlichen Eheschließungen Abnahmen bei der Anzahl der Taufen und Trauungen zu verzeichnen. Im Jahre 1989 kamen auf 100 lebendgeborene Kinder mit einem oder zwei evangelischen Elternteilen 78 evangelische Kindtaufen (1963: 77). Hierbei ist zu berücksichtigen, daß ein Vergleich von Taufen und Geburten durch die sogenannten „Spätaufnahmen“, d.h. Taufen von Kindern im Alter von ein bis dreizehn Jahren, beeinträchtigt wird. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der evangelischen Kindtaufen erreichte 1989 rund 12 %. Die Anzahl der Trauungen ging bei den evangelischen Kirchen deutlich stärker zurück als in der katholischen Kirche: Während sich im Jahr 1963 von 100 Paaren mit einem oder zwei evangelischen Partnern 62 nach vollzogener standesamtlicher Eheschließung evangelisch trauen ließen, waren es 1989 nur noch 45. Die Aussage dieses Vergleichs wird durch die Wiederverheiratungen Geschiedener eingeschränkt. Ihr Anteil an der Anzahl der Eheschließungen stieg bis 1989 auf 28,7 % an. Geschiedene werden seltener kirchlich getraut als Personen, die erstmals heiraten. Rund 91 % aller evangelischen Gemeindeglieder wurden nach dem Tod von einem evangelischen Pfarrer zur letzten Ruhe geleitet.

Im Jahre 1989 wurden im Durchschnitt von drei Zählsonntagen 1,3 Mill. Gottesdienstbesucher gezählt, das waren 5 % der evangelischen Kirchenmitglieder. Im langfristigen Vergleich zeigt sich, daß der Gottesdienstbesuch von 1969 bis 1973 stark nachgelassen hat. Die weitere, sodann jedoch wesentlich schwächer ausgeprägte Abnahme erklärt sich zu einem erheblichen Teil aus der infolge des Geburtenrückgangs gesunkenen Teilnahme an den Kindergottesdiensten. 7,5 Mill. Personen (30 % der evangelischen Christen) besuchten die Christvespern und -metten am Heiligen Abend 1989. Die Beteiligung am Abendmahl hat von 1972 bis 1985 bedeutend zugenommen; 1989 wurden rund 9,3 Mill. Abendmahlsbeteiligungen ermittelt.

Stärker als die katholische Kirche ist die evangelische Kirche von Kirchenaustritten betroffen. Sie erreichten 1970 und 1974 ihre Höhepunkte, waren bis 1979 rückläufig, verharren aber – insgesamt gesehen – auf einem verhältnismäßig hohen Stand (1989 rund 148 000 Austritte und über 41 000 Aufnahmen, Übertritte und Wieder-aufnahmen).

#### 7.4.5 Zur Situation der Kirche in der ehemaligen DDR<sup>1</sup>

In der ehemaligen DDR galt die strikte Trennung von Kirche und Staat, die immer konsequenter durchgesetzt wurde. So wurde in den 50er Jahren ein Teil der kirchlichen Rechte wie die staatliche Hilfe beim Kirchensteuereinzug und das Recht der Kirche, Religionsunterricht in Schulräumen zu erteilen, durch Verwaltungsakte beseitigt. Dennoch meldeten sich die Kirchen in kulturellen und gesell-

<sup>1</sup> Angaben der Katholischen Kirche der Berliner Bischofskonferenz bzw. des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, veröffentlicht in: Gunnar Winkler (Hrsg.): Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR. Berlin 1990, S. 307–312.

schaftspolitischen Fragen immer wieder zu Wort. Ab Mitte der 80er Jahre sammelten und formierten sich verstärkt gesellschaftskritische und oppositionelle Kräfte unter dem Dach der Kirche.

Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR war die katholische Kirche in sechs Jurisdiktionsbereiche, die evangelische Kirche in sieben Gliedkirchen und die sieben jüdischen Gemeinden in zwei Landesverbände aufgeteilt. Traditionell waren die Mitglieder der evangelischen Kirchen in der DDR am stärksten vertreten. Gleichzeitig hatten sie in den letzten 40 Jahren die größten Verluste an Mitgliedern aufzuweisen. So sank der Anteil der Protestanten an der Gesamtbevölkerung von 80,4 % im Jahr 1950 auf etwa 30 % im Jahr 1989. Der Anteil der Katholiken stieg zwar nach 1945 durch den Zuzug von Umsiedlern, betrug jedoch 1950 lediglich 11 % an der Gesamtbevölkerung. Zur Zeit der Wiedervereinigung waren 6,1 % der DDR-Bevölkerung katholisch. Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil der katholischen Bevölkerung im Thüringer Raum, während der Anteil im Norden besonders niedrig ist.

Tab. 11: Die Situation der Kirchen 1989 auf dem Gebiet der ehem. DDR

	Mitglieder	Taufen	Trauungen	Bestattungen
Katholische Kirche	921 000	6 600	2 558	10 808
Evangelische Kirche <sup>1</sup>	4 080 000	27 648 <sup>2</sup>	6 540 <sup>2</sup>	67 466 <sup>2</sup>

<sup>1</sup> Die Angaben stammen teilw. aus den Jahren 1986, 1987 und 1988.

<sup>2</sup> Ohne Thüringen (Angaben liegen nicht vor).

Nur noch schätzungsweise 10 % der Neugeborenen in der ehemaligen DDR wurden Ende der achtziger Jahre in einer christlichen Kirche getauft. Dabei waren hinsichtlich räumlich-territorialer Gesichtspunkte erhebliche Unterschiede festzustellen. So wurde in Neubaugebieten der Anteil der getauften Neugeborenen auf nur noch 3 % in evangelischen Kirchen und ca. 2 % in der katholischen Kirche veranschlagt.

Diese Zahlen geben jedoch kein vollständiges Bild des kirchlichen Engagements wieder, da es gerade in den 80er Jahren zahlreiche Christenlehre- und Junge Gemeinde-Gruppen gab, in denen über die Hälfte der Teilnehmer nicht getauft war.



## 8 Gesundheit

### 8.1 Gesundheitszustand der Bevölkerung

Gesundheit wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Vereinten Nationen definiert als „Zustand eines vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein das Fehlen von Krankheiten und Gebrechen“. In diesem umfassenden Anspruch läßt sich der Tatbestand aus der amtlichen Statistik nicht quantifizieren. So gibt es in der Bundesrepublik Deutschland keine Statistik, die über alle Krankheiten der gesamten Bevölkerung berichtet. Dennoch lassen sich einige allgemeine Feststellungen zum Krankheitsgeschehen und Gesundheitszustand und damit über ein wichtiges Stück „Lebensqualität“ treffen.

Angaben über die gesundheitliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland fallen u. a. aus den Mikrozensushebungen an. Die derzeit aktuellsten verfügbaren Ergebnisse stammen aus dem Mikrozensus 1989. Damals wurde eine Auswahl von 0,5 % der Bevölkerung im früheren Bundesgebiet danach befragt, ob sie sich am Befragungstag oder in den vier Wochen davor in ihrem Gesundheitszustand so beeinträchtigt fühlte, daß sie ihre übliche Beschäftigung (Berufstätigkeit, Hausarbeit, Schulbesuch usw.) nicht voll ausführen konnte. Gegenüber früheren Erhebungen wurde jedoch die Art der Erkrankung bzw. Unfallverletzung nicht mehr erfragt. Die Ergebnisse einer so angelegten Befragung sind von subjektiven Vorstellungen nicht frei: Ob ein Befragter krank ist oder nicht, hängt weitgehend von seiner persönlichen Einschätzung ab. Allerdings sind es gerade diese persönlichen Einschätzungen (und nicht objektive Kriterien), die einen „Zustand eines vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens“ erfaßbar machen.

Von der amtlichen Statistik der ehemaligen DDR wurden keine vergleichbaren Befragungen durchgeführt. Angaben der dort lebenden Menschen über den subjektiv empfundenen Gesundheitszustand liegen daher für 1989 nicht vor.

Die Beteiligung der Bevölkerung an der 1989 im früheren Bundesgebiet durchgeführten Erhebung liegt deutlich über der anderer freiwilliger Erhebungen, so daß im vorliegenden Fall die hochgerechneten Ergebnisse die gesundheitliche Situation der Bevölkerung besonders gut abbilden.

Im April 1989 bezeichneten sich 6,7 Mill. Personen als krank und 0,8 Mill. Personen als unfallverletzt, d. h. insgesamt 7,5 Mill. Personen oder rund 13,6 % der Bevölkerung litten unter einer gesundheitlichen Beeinträchtigung. Bei den Frauen war der Anteil der kranken und unfallverletzten Personen mit 14,4 % höher als bei den Männern (12,8 %). Die Frauen waren auch wegen des größeren Anteils älterer

Tab. 1: Kranke und unfallverletzte Personen im April 1989  
im früheren Bundesgebiet

	Personen mit Angaben über ihre Gesundheit 1 000	Darunter			
		Kranke		Unfallverletzte	
		1 000	in % der Personen mit Angaben	1 000	in % der Personen mit Angaben
Insgesamt	55 037	6 687	12,1	786	1,4
Männlich	26 714	2 932	11,0	482	1,8
Weiblich	28 322	3 755	13,3	304	1,1

Personen mit 13,3 % etwas stärker von Krankheit betroffen als die Männer (11,0 %). Bei den Unfallverletzungen lag der Anteil der Männer mit 1,8 % höher als der Anteil der Frauen (1,1 %).

Krankheiten bzw. Unfallverletzungen wurden für die Erwerbstätigen in geringerem Maße als für die Gesamtbevölkerung festgestellt. Das ist größtenteils damit zu erklären, daß die Berufstätigkeit vorwiegend vor dem 65. Lebensjahr beendet wird. Möglicherweise schätzen sich Erwerbstätige, verglichen mit dem Durchschnitt der Bevölkerung, auch seltener als krank ein. Von 25 Mill. Erwerbstätigen hatten sich 1,5 Mill. Männer und 950 000 Frauen als krank bzw. unfallverletzt bezeichnet; das waren 10,1 % (Gesamtbevölkerung 13,6 %).

Tab. 2: Arbeitsunfähigkeit der Mitglieder der gesetzlichen  
Krankenversicherung<sup>1</sup> und der Sozialversicherung des FDGB<sup>2</sup>

Jahr	Gebiet	Arbeitsunfähigkeitsfälle		Arbeitsunfähigkeitstage	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich
		je 100 Mitglieder		je Arbeitsunfähigkeitsfall	
1970	Früheres Bundesgebiet	89,0	86,5	19,2	19,8
	Gebiet der ehem. DDR	·	·	·	·
1980	Früheres Bundesgebiet	103,2	96,7	17,6	17,6
	Gebiet der ehem. DDR	121,8	129,8	16,2	17,7
1985	Früheres Bundesgebiet	93,0	92,6	16,7	15,5
	Gebiet der ehem. DDR	123,9	132,0	15,3	15,8
1989	Früheres Bundesgebiet	109,2	108,6	15,6	14,5
	Gebiet der ehem. DDR	·	·	·	·

<sup>1</sup> Pflichtmitglieder und freiwillig Versicherte ohne Rentner und ohne Studenten.

<sup>2</sup> Nach DDR-Recht (bis einschl. 1989) galten Unfälle bei sogenannter „gesellschaftlicher Tätigkeit“ auch als Arbeitsunfälle und lagen durchschnittlich bei etwa 18 % der angezeigten Unfälle und Erkrankungen.

Rund 1,7 Mill. oder zwei Drittel aller kranken und unfallverletzten Erwerbstätigen gaben an, arbeitsunfähig gewesen zu sein. Bezogen auf die Zahl der Erwerbstätigen ergab sich damit ein „Krankenstand“ von 6,8 %, und zwar für die Männer von 7,1 % und für die Frauen von 6,4 %.

Ein auf Unterlagen der Krankenkassen in den alten Bundesländern bzw. Unterlagen der Sozialversicherung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) beruhender Vergleich der Angaben über Arbeitsunfähigkeit in beiden Gebieten läßt folgendes erkennen: Bezogen auf je 100 versicherte Mitglieder lag die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle in der ehemaligen DDR bei Männern und Frauen höher als im früheren Bundesgebiet. Darüber hinaus versäumten die Frauen, die in der ehemaligen DDR einen Arbeitsunfall erlitten, je Unfall im Durchschnitt mehr Arbeitstage als ihre Kolleginnen in den alten Bundesländern. Die Arbeitsfähigkeit der Männer in der ehemaligen DDR war dagegen durchschnittlich einen Tag früher wiederhergestellt als im früheren Bundesgebiet.

### 8.1.1 Meldepflichtige Krankheiten und AIDS

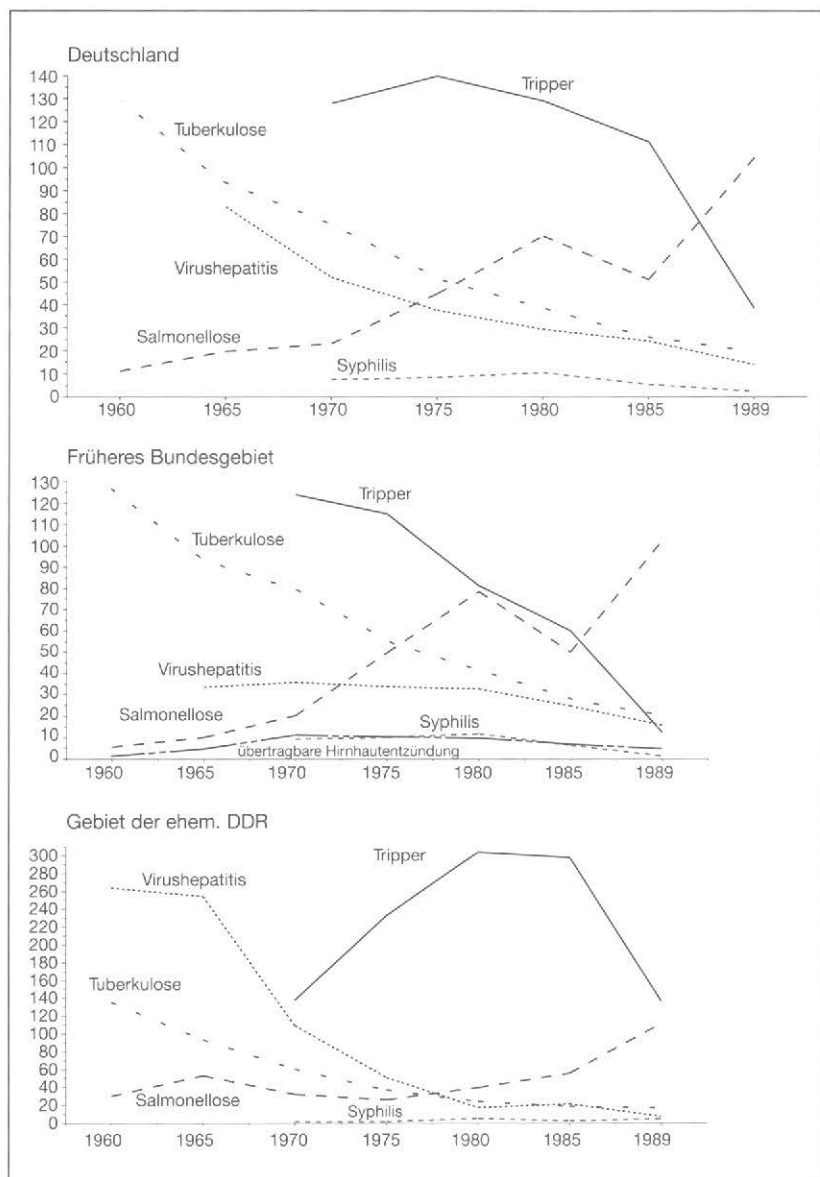
Da beim Mikrozensus 1989 – wie bei der vorausgegangenen Erhebung – die Art der Erkrankung nicht mehr erfragt wurde, können an dieser Stelle nur Angaben über meldepflichtige Krankheiten und AIDS gemacht werden.

Die meldepflichtigen Infektionskrankheiten, wie Tuberkulose, Kinderlähmung, Pocken u.ä., sind zahlenmäßig von untergeordneter Bedeutung. Sie werden aber von den Gesundheitsämtern besonders sorgfältig beobachtet, um eine Ausbreitung rechtzeitig erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Im längerfristigen Vergleich spiegeln sich die Erfolge wider, die bei der Seuchenbekämpfung errungen werden konnten. Einige einstmals gefürchtete Infektionskrankheiten, wie Diphtherie und Kinderlähmung, treten heute nur noch ganz vereinzelt auf. Auch die Zahl der Tuberkulosekranken ist im früheren Bundesgebiet und in der ehemaligen DDR seit langem kontinuierlich rückläufig. Auf 100 000 Einwohner entfielen 1960 noch 129 Personen, die an dieser Krankheit litten (früheres Bundesgebiet: 127 Tuberkulosekranke; ehemalige DDR: 136). 1989 lag die entsprechende Vergleichszahl bei 20 (früheres Bundesgebiet: 20; ehemalige DDR: 17). Absolut bedeutet dies eine Verminderung der Neuerkrankungen von 93 700 auf 15 400. Im früheren Bundesgebiet sank die Zahl von 70 300 auf 12 600, in der ehemaligen DDR von 23 400 auf 2 800.

Ebenfalls rückläufig ist die Gesamtzahl der Geschlechtskranken. Zwischen 1975 und 1989 sank sie von rund 117 100 um fast drei Viertel auf 32 200. In den alten Bundesländern wurden 1989 mit 8 740 Erkrankten knapp 90 % weniger Personen gemeldet, die an einer Geschlechtskrankheit litten; in der ehemaligen DDR waren es mit 23 456 etwa 40 % weniger als 1975. Bezogen auf 100 000 Einwohner ging die Zahl der Geschlechtskranken insgesamt von 149 im Jahr 1975 auf 41 im Jahr 1989 zurück. Die Ziffer sank im früheren Bundesgebiet von 125 auf 14 Erkrankte, in

Abb. 1: Entwicklung ausgewählter meldepflichtiger Krankheiten  
je 100 000 Einwohner



der ehemaligen DDR von 236 auf 141. In diesem Bereich ist im früheren Bundesgebiet allerdings eine Dunkelziffer unbekannter Größenordnung einzukalkulieren.

An der Anfang der 80er Jahre erstmals beobachteten Immunschwächekrankheit AIDS waren nach Aufzeichnungen des Bundesgesundheitsamtes von Anfang 1982 bis Ende Juli 1991 6 708 Personen in beiden Gebieten erkrankt. Betroffen waren 6 181 Männer und 527 Frauen. Fast alle AIDS-Fälle (6 675) wurden dabei aus dem früheren Bundesgebiet gemeldet. Bei 3 328 Personen hatte AIDS bereits zum Tode geführt. Weltweit nennt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bis Ende Oktober 1991 eine Gesamtzahl von 418 403 registrierten Erkrankungen; schätzungsweise 65 % der AIDS-Virusträger leben ihren Angaben zufolge in Entwicklungsländern. Die tatsächlichen Zahlen dürften vermutlich wegen einer relativ großen Zahl nicht erfaßter Erkrankungen deutlich höher sein.

### 8.1.2 Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

1989 wurden der gesetzlichen Unfallversicherung in den alten Bundesländern und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz in der ehemaligen DDR insgesamt 2,2 Mill. Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten angezeigt. 1,8 Mill. Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten traten im früheren Bundesgebiet auf, 0,3 Mill. in der ehemaligen DDR. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß nach DDR-Recht – also bis einschl. 1989 – auch Unfälle bei „gesellschaftlicher Tätigkeit“ als Arbeitsunfälle galten. Sie umfaßten durchschnittlich etwa 18 % der in der ehemaligen DDR angezeigten Unfälle und Berufskrankheiten.

Fünf von sechs insgesamt angezeigten Fällen konnten als „echte“ Arbeitsunfälle (ohne Unfälle auf dem Weg nach und von der Arbeitsstätte sowie ohne Berufs-

Tab. 3: Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Jahr	Gebiet	Angezeigte Unfälle und Erkrankungen in 1 000		
		insgesamt	darunter	
			„echte“ Arbeitsunfälle ohne Wegeunfälle	mit Todesfolge
1970	Deutschland	3 100	2 726	7,4
	Früheres Bundesgebiet	2 673	2 392	6,3
	Gebiet der ehem. DDR	426	335	1,1
1980	Deutschland	2 542	2 169	4,8
	Früheres Bundesgebiet	2 158	1 917	4,0
	Gebiet der ehem. DDR	384	252	0,8
1989	Deutschland	2 154	1 798	3,1
	Früheres Bundesgebiet	1 830	1 602	2,6
	Gebiet der ehem. DDR	324	196	0,6

krankheiten) bezeichnet werden. Allerdings lag der Anteil „echter“ Arbeitsunfälle in den alten Bundesländern (87,6 %) deutlich höher als in der ehemaligen DDR (60,4 %). Insgesamt war somit etwa jeder 17. Erwerbstätige von einem Arbeitsunfall betroffen. In den alten Bundesländern war es sogar jeder 15. Erwerbstätige. Weitaus günstiger stellt sich die Zahl der auf Erwerbstätige bezogenen Arbeitsunfälle in der ehemaligen DDR dar: „nur“ einer von dreißig Erwerbstätigen erlitt einen Arbeitsunfall.

Gegenüber 1970 hat sich die Zahl der angezeigten Unfälle insgesamt um 31 % verringert. Der Rückgang im früheren Bundesgebiet (32 %) war höher als in der

Tab. 4: Berufskrankheiten 1989

Berufskrankheiten	Gebiet	Entschädigte Erkrankungen		Im Laufe des Jahres angezeigte Fälle
		insgesamt	dar. erstmalig	
Durch chemische Einwirkungen verursachte Krankheiten	Deutschland	1 349	143	2 800
	Früheres Bundesgeb.	1 295	117	2 670
	Gebiet d. ehem. DDR	54	26	130
Durch physikalische Einwirkungen verursachte Krankheiten	Deutschland	40 356	2 585	17 969
	Früheres Bundesgeb.	39 203	1 604	16 041
	Gebiet d. ehem. DDR	1 153	981	1 928
darunter:	Deutschland	27 151	2 074	11 890
Lärmschwerhörigkeit	Früheres Bundesgeb.	26 250	1 185	10 147
	Gebiet d. ehem. DDR	901	889	1 743
Durch Infektionserreger oder Parasiten verursachte Krankheiten sowie Tropenkrankheiten	Deutschland	7 346	386	3 668
	Früheres Bundesgeb.	6 484	280	2 758
	Gebiet d. ehem. DDR	862	106	910
Erkrankungen der Atemwege und der Lungen, des Rippenfells und Bauchfells	Deutschland	26 357	2 462	13 900
	Früheres Bundesgeb.	24 736	1 714	12 469
	Gebiet d. ehem. DDR	1 621	748	1 431
darunter:	Deutschland	20 869	1 093	5 267
Erkrankungen durch Stäube	Früheres Bundesgeb.	20 215	879	4 662
	Gebiet d. ehem. DDR	654	214	605
Hautkrankheiten	Deutschland	10 298	1 015	20 026
	Früheres Bundesgeb.	8 972	670	18 372
	Gebiet d. ehem. DDR	1 326	345	1 654
Sonstige	Deutschland	778	549	3 330
	Früheres Bundesgeb.	97	15	2 157
	Gebiet d. ehem. DDR	681	534	1 173
Insgesamt	Deutschland	86 484	7 140	61 693
	Früheres Bundesgeb.	80 787	4 400	54 467
	Gebiet d. ehem. DDR	5 697	2 740	7 226

ehemaligen DDR (24 %). Noch stärker rückläufig ist die Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, die einen tödlichen Ausgang nehmen (58 %). Im früheren Bundesgebiet verringerten sie sich seit 1970 um 59 %, in der ehemaligen DDR um 49 %. Hierbei dürften sich die verstärkten Bemühungen zur Unfallverhütung auswirken.

Betrachtet man die Ursachen von Berufskrankheiten im früheren Bundesgebiet und in der ehemaligen DDR, so spielen durch Stäube hervorgerufene Erkrankungen der Atemwege und Lungen sowie die Lärmschwerhörigkeit eine wichtige Rolle. Auffällig ist die Diskrepanz zwischen angezeigten Fällen und tatsächlich entschädigten Erkrankungen, insbesondere im früheren Bundesgebiet. Hier wurden 1989 bei den Hautkrankheiten und den durch chemische Einwirkungen verursachten Krankheiten – gemessen an den angezeigten Fällen – nur rund 4 % erstmalig entschädigt. Bei diesen Erkrankungen übertraf die Zahl der während des Jahres angezeigten Fälle sogar bei weitem die Zahl der insgesamt entschädigten Erkrankungen.

Obleich auch in der ehemaligen DDR 1989 bei weitem nicht alle angezeigten Fälle von Berufskrankheiten tatsächlich entschädigt wurden, lag die „Anerkennungsquote“, d. h. der Anteil der erstmals entschädigten Fälle an den angezeigten Fällen, bei allen Berufskrankheiten deutlich höher als in den alten Bundesländern. So wurden bei den Hautkrankheiten und den durch chemische Einwirkungen hervorgerufenen Krankheiten jeweils ein Fünftel der 1989 angezeigten Fälle auch erstmals entschädigt. Bei den Erkrankungen der Atemwege und der Lungen, des Rippenfells und des Bauchfells sowie den durch physikalische Einwirkungen verursachten Krankheiten (einschl. Lärmschwerhörigkeit) war es sogar mehr als die Hälfte der angezeigten Fälle. Die Zahl der im Laufe des Jahres 1989 wegen Berufskrankheit angezeigten Fälle lag – mit Ausnahme der Erkrankungen der Atemwege und der Lungen, des Rippenfells und des Bauchfells – bei allen Berufskrankheiten deutlich über der Zahl der insgesamt entschädigten Erkrankungen.

### 8.1.3 Todesursachen

Immer weniger Krankheiten nehmen heute einen tödlichen Ausgang. Dies ist einer der wichtigsten Gründe für die erheblichen Veränderungen in der Bedeutung der einzelnen Todesursachen. Die Sterbefälle an infektiösen und parasitären Krankheiten konnten im Westen und im Osten Deutschlands stark eingedämmt werden und hatten 1989 nur noch einen Anteil von 0,7 % an allen Sterbefällen. Dafür haben andere Ursachen an Gewicht gewonnen. Dies äußert sich u. a. in einer Konzentration der Sterbefälle auf wenige Todesursachen.

Gut die Hälfte aller Todesfälle im früheren Bundesgebiet und in der ehemaligen DDR war im Jahr 1989 allein auf Krankheiten des Kreislaufsystems zurückzuführen. Jeder fünfte Kreislauftote starb an akutem Herzinfarkt. Während jedoch der

Kreislauftod in der ehemaligen DDR weitaus häufiger auftrat als in den alten Bundesländern (ehemalige DDR: 57 % aller Sterbefälle; früheres Bundesgebiet: 49 %), erlag in der ehemaligen DDR nur einer von dreizehn Kreislauftoten einem Herzinfarkt; in den alten Bundesländern war es fast jeder fünfte. Bösartige Neubildungen hatten einen Anteil von rund 23 % (früheres Bundesgebiet: 24 %; ehemalige DDR: 17 %). Davon entfiel im Osten wie im Westen allein ein Sechstel auf Krebs der Atmungsorgane.

Fast 5 % der Sterbefälle insgesamt wurden 1989 durch Unfälle und sonstige Gewalteinwirkungen verursacht. Bezogen auf 100 000 Einwohner starben 56 Menschen auf „unnatürliche“ Weise. Die Sterbeziffer lag im früheren Bundesgebiet bei 52 Getöteten je 100 000 Einwohner, in der ehemaligen DDR bei 73. Jeweils 12 Menschen von 100 000 Einwohnern wurden 1989 Opfer von Kraftfahrzeugunfällen. Mehr als zwei Drittel der Opfer waren in beiden Gebieten Männer. Unfälle durch Sturz forderten – bezogen auf 100 000 Einwohner – insgesamt 14 Menschenleben. Diese Sterbeziffer lag im früheren Bundesgebiet (13) niedriger als in der ehemaligen DDR (18). Mehr als drei Viertel aller tödlich verlaufenden Vergiftungsfälle traten in der ehemaligen DDR auf. Dort starben 4 Männer und Frauen je 100 000 Einwohner infolge einer Vergiftung. In der Bundesrepublik kam dieser Todesursache dagegen eine vergleichsweise geringe Bedeutung zu.

1989 schieden 18 von 100 000 Einwohnern des Gesamtgebietes freiwillig aus dem Leben. In den alten Bundesländern lag die Suizidziffer bei 17, in der ehemaligen DDR waren sogar 26 Suizide je 100 000 Einwohner zu beklagen. Jeweils zwei Drittel der Opfer waren Männer.

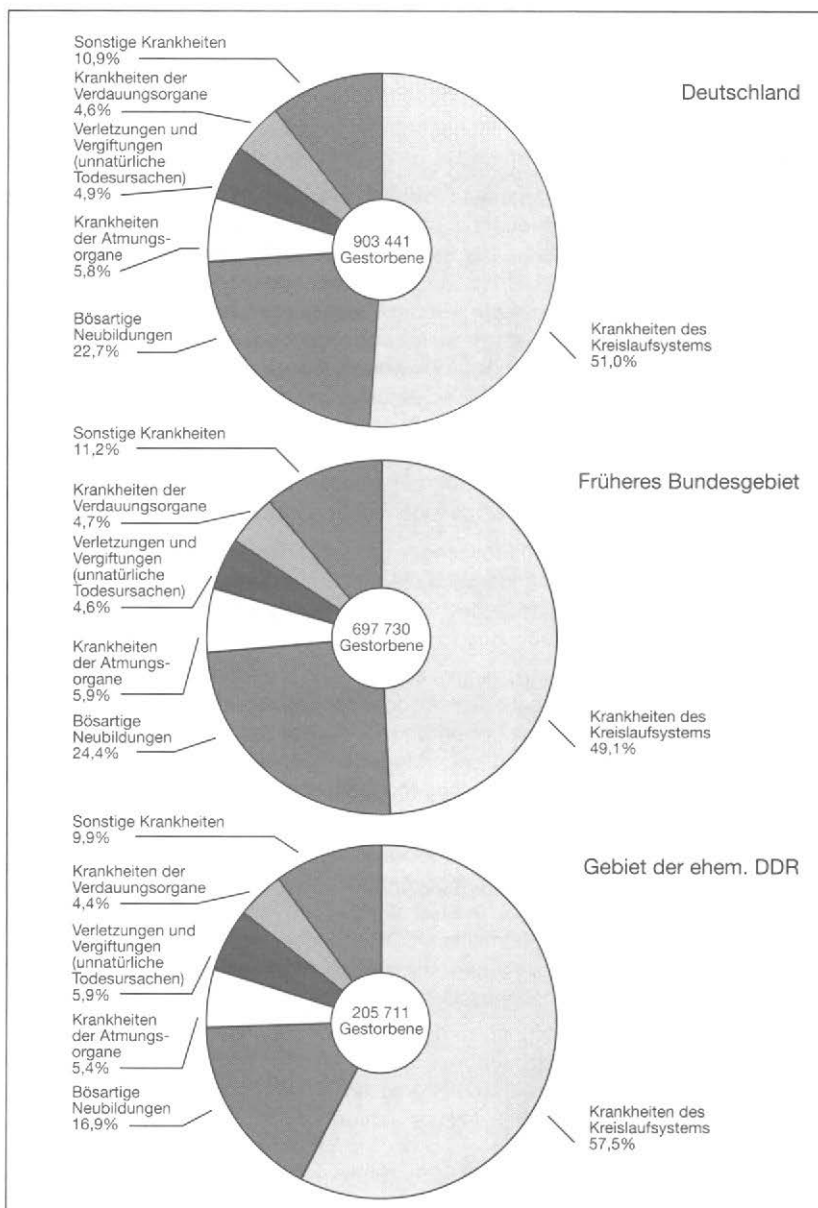
Medikamenten- und Drogenabhängigkeit führte in 641 Fällen zum Tode. Die Sterbefälle traten fast ausschließlich in den alten Bundesländern auf (früheres Bundesgebiet: 621 Gestorbene; ehemalige DDR: 20). Bei den Gestorbenen handelt es sich hier überwiegend um junge Menschen; 56 % wurden nicht älter als 30 Jahre. Die in der ehemaligen DDR an Medikamenten- und Drogenabhängigkeit Gestorbenen hatten dagegen alle bereits das 35. Lebensjahr überschritten.

Durch Alkoholabhängigkeit fanden 1989 rund 4 450 Personen, 3 149 im früheren Bundesgebiet und 1 298 in der ehemaligen DDR, den Tod. Bezogen auf 100 000 Einwohner wurden damit allein 6 Sterbefälle durch Alkoholabusus verursacht. Diese Sterbeziffer lag in der ehemaligen DDR (8) höher als im früheren Bundesgebiet (5). 86 % von ihnen waren älter als 40 Jahre. In den alten Bundesländern waren es 87 %, in der ehemaligen DDR 83 %.

Ein besonders wichtiges Indiz für den erreichten medizinischen Standard ist die Säuglings- und Müttersterblichkeit. Auf diesem Gebiet konnten im früheren Bundesgebiet und in der ehemaligen DDR erhebliche Fortschritte erzielt werden. Die Säuglingssterblichkeit ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. 1989 starben noch 7 Säuglinge je 1 000 Lebendgeborene (früheres Bundesgebiet: 7; ehemalige DDR: 8) gegenüber 35 (früheres Bundesgebiet: 34; ehemalige DDR: 39) im Jahre 1960.



Abb. 2: Todesursachen 1989



An Komplikationen der Schwangerschaft, bei der Entbindung und im Wochenbett sind 1960 1 317 Mütter gestorben; 1 030 Mütter lebten im früheren Bundesgebiet und 287 in der ehemaligen DDR. 1989 waren 60 Müttersterbefälle zu beklagen; 36 in den alten Bundesländern und 24 in der ehemaligen DDR. Je 100 000 Lebendgeborene belief sich die Zahl der gestorbenen Mütter im Jahr 1960 auf 104 (früheres Bundesgebiet: 106; ehemalige DDR: 98). 1989 verstarben je 100 000 Lebendgeborene 7 Mütter (5 in den alten Bundesländern, 12 in der ehemaligen DDR).

## 8.2 Medizinische Versorgung

### 8.2.1 Personal im Gesundheitswesen

Für die Behandlung der Krankheiten ist eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung besonders bedeutsam. Die medizinische Versorgung hat sich in den letzten Jahren ständig verbessert. Die Zahl der Ärzte ist im Vergleich zu 1970 insgesamt um 80 % angestiegen. Der Zuwachs betrug in den alten Bundesländern 89 %, in der ehemaligen DDR 47 %. Rein rechnerisch entfielen 1989 auf jeden berufstätigen Arzt 346 Einwohner gegenüber 615 im Jahr 1970. Ein Arzt im früheren Bundesgebiet hatte 1989 333 Einwohner zu betreuen; 1970 waren es noch 612 gewesen. In der ehemaligen DDR entfiel jeweils eine größere Einwohnerzahl auf einen Arzt (1970: 626 Einwohner; 1989: 409). Die Anzahl der Zahnärzte hat sich seit 1970 um rund 37 % erhöht. Der Anstieg in der ehemaligen DDR (63 %) lag mehr als doppelt so hoch wie im früheren Bundesgebiet (31 %). Im Jahr 1970 hatte ein Zahnarzt noch durchschnittlich 2 027 Patienten zu betreuen. 1989 kamen auf einen Zahnarzt nur noch 1 498 Patienten. Die Patientenzahl je Zahnarzt ging in den alten Bundesländern im gleichen Zeitraum von 1 957 auf 1 368 zurück. Aufgrund des überdurchschnittlichen Zuwachses der Zahnärzte in der ehemaligen DDR verbesserte sich der zahnärztliche Versorgungsgrad dort sogar von 2 321 Patienten je Zahnarzt 1970 auf 1 368 Patienten im Jahr 1989. Bei diesen Zahlen ist jedoch zu beachten, daß viele Ärzte in der ehemaligen DDR in der Verwaltung und in der Planungsbürokratie tätig waren.

Tab. 5: Ärztedichte

Ärztedichte	Gebiet	1970	1980	1985	1988	1989
Einwohner je Arzt	Deutschland	615	452	391	360	346
	Früheres Bundesgeb.	612	442	379	349	333
	Gebiet d. ehem. DDR	626	494	439	407	409
Einwohner je Zahnarzt	Deutschland	2 027	1 825	1 598	1 498	1 498
	Früheres Bundesgeb.	1 957	1 855	1 656	1 557	1 536
	Gebiet d. ehem. DDR	2 321	1 724	1 415	1 315	1 368

Von den 229 065 berufstätigen Ärzten waren 1989 rund 34 % als praktische Ärzte tätig. In den alten Bundesländern lag der Anteil bei knapp 42 %, in der ehemaligen DDR – aufgrund anderer Zulassungsregelungen – bei nur etwa 1 %. Insgesamt 12 % arbeiteten als Ärzte für Innere Medizin, 11 % als Ärzte für Allgemeinmedizin und 6 % als Chirurgen; jeweils knapp 5 % der Ärzte praktizierten als Kinderärzte und als Frauenärzte sowie knapp 4 % als Ärzte für Nervenheilkunde, Neurologie und Psychiatrie. Die übrigen rund 133 100 Ärzte (58 %) teilten sich auf weitere 15 Fachgebiete auf. Einen Überblick über die Verteilung der Ärzte nach den genannten Fachgebietsbezeichnungen in den alten Bundesländern und in der ehemaligen DDR gibt Tabelle 6.

33 % aller Ärzte übten ihren Beruf in freier Praxis aus, 46 % arbeiteten in einem Krankenhaus, und 21 % waren hauptberuflich bei Behörden, öffentlich-rechtlichen Körperschaften, in Ambulatorien oder in der Industrie beschäftigt. In freier Praxis tätige Ärzte gab es fast ausschließlich im früheren Bundesgebiet. Fast 40 % der Ärzte waren hier diesem Tätigkeitsbereich zuzuordnen. In der ehemaligen DDR war es nur 1 % der Ärzte. Dies ist vor allem auf die Unterschiede in der Struktur der ambulanten Versorgung beider Gebiete zurückzuführen. Hauptträger der ambulanten ärztlichen Versorgung in der ehemaligen DDR waren Polikliniken und Ambulatorien, beides medizinische Zentren, die aus mehreren Fachabteilungen bestanden. In den alten Bundesländern nahmen insbesondere die in freier Praxis tätigen Ärzte die ambulante Versorgung der Bevölkerung wahr. Auch der Anteil der Ärzte, die in einem Krankenhaus arbeiteten, lag in den alten Bundesländern (49 %) deutlich über dem Anteil in der ehemaligen DDR (34 %). Mehr als die Hälfte (58 %) aller Ärzte in der ehemaligen DDR nahm ihre Betreuungsaufgaben hingegen in Polikliniken (Ambulatorien) wahr, medizinischen Einrichtungen, die es in dieser Form im früheren Bundesgebiet nicht gab.

1970 waren in den alten und neuen Bundesländern zusammengekommen insgesamt noch 41 % der Ärzte freiberuflich, jedoch „nur“ 39 % an Krankenhäusern und 20 % bei Behörden, öffentlich-rechtlichen Körperschaften, in Ambulatorien und in der Industrie tätig. Im früheren Bundesgebiet arbeitete 1970 noch mehr als die Hälfte der Ärzte in freier Praxis, aber nur 39 % in einem Krankenhaus. In der ehemaligen DDR besaßen dagegen 1970 sowohl die freiberuflichen Ärzte (7 %) als auch die in einem Krankenhaus beschäftigten Ärzte (38 %) anteilmäßig eine größere Bedeutung als 1989. Allerdings war nur gut ein Drittel der Ärzte in Ambulatorien tätig. Die Zahl der Ärzte in Krankenhäusern ist demzufolge seit 1970 wesentlich stärker gestiegen (früheres Bundesgebiet: + 53 800; ehemalige DDR: + 3 100) als die Anzahl der Ärzte in freier Praxis (früheres Bundesgebiet: + 23 300; ehemalige DDR: – 1 500).

Von allen Ärzten waren knapp 33 % Frauen; bei den Fachärzten lag der Anteil bei rund 30 %. Im früheren Bundesgebiet war etwas mehr als jeder vierte Arzt (28 %) eine Frau; der Anteil weiblicher Fachärzte lag mit 20 % ebenfalls niedriger. Um so mehr fällt der mit jeweils 54 % überdurchschnittlich hohe Frauenanteil bei den

Tab. 6: Ärzte nach Fachgebietsbezeichnungen 1989

Fachgebietsbezeichnung	Früheres Bundesgebiet		Gebiet der ehem. DDR	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Ärzte	135 443	52 782	18 980	21 860
Ärzte mit Fachgebietsbezeichnung	80 226	20 281	18 747 <sup>1</sup>	21 621 <sup>1</sup>
Allgemeinmedizin	12 408	2 685	3 383	6 070
Anästhesiologie	4 157	2 788	781	857
Arbeitsmedizin	850	319	368	553
Augenheilkunde	2 883	1 156	332	928
Chirurgie	8 283	539	3 244	736
dar.: Kinderchirurgie	120	27	111	62
Unfallchirurgie	1 615	32	.	.
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	7 170	1 832	1 273	1 565
Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde	2 688	443	506	626
Haut- und Geschlechtskrankheiten	1 586	944	314	635
Innere Medizin	18 158	3 363	3 134	3 011
Kinderheilkunde	3 816	2 419	1 124	3 133
Kinder- und Jugendpsychiatrie	240	200	.	.
Laboratoriumsmedizin	575	149	46	52
Lungen- und Bronchialheilkunde	494	166	105	105
Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurgie	463	15	26	6
Nervenheilkunde,				
Neurologie und Psychiatrie	4 970	1 885	802	940
Neurochirurgie	408	27	50	11
Orthopädie	4 011	217	683	362
Pathologie	608	113	348	101
Pharmakologie und Toxikologie	234	15	77	61
Radiologie	2 585	545	532	484
Urologie	2 446	40	559	96
Sonstige Fachgebietsbezeichnung	1 193	421	1 060	1 289
Ärzte ohne Fachgebietsbezeichnung	49 677 <sup>1</sup>	28 861 <sup>1</sup>	233	239
Ärzte im Praktikum	5 540	3 640	.	.

1 Einschl. Ärzte in Weiterbildung.

Ärzten und Fachärzten in der ehemaligen DDR auf. Mehr Ärztinnen als Ärzte gab es insgesamt im Bereich Kinderheilkunde. In der ehemaligen DDR lag ihr Anteil sogar bei 74 % (früheres Bundesgebiet: 39 %). Überdurchschnittlich viele Ärztinnen gab es auch in den Bereichen Haut- und Geschlechtskrankheiten (45 %) und Anästhesiologie (42 %). In beiden Bereichen lag der Frauenanteil in der ehemaligen DDR (67 % bzw. 52 %) ebenfalls höher als in den alten Bundesländern (37 % bzw. 40 %). Dagegen ist in der Frauenheilkunde und Geburtshilfe

Tab. 7: Berufstätige im Gesundheitswesen  
in 1000

Ausgewählte Berufe des Gesundheitswesens	Gebiet	Jahresende		
		1970	1980	1989
Ärzte	Deutschland	126,9	173,3	228,4
	Früheres Bundesgeb.	99,7	139,4	188,2
	Gebiet d. ehem. DDR	27,3	33,9	40,1
Zahnärzte	Deutschland	38,5	42,9	52,8
	Früheres Bundesgeb.	31,2	33,2	40,8
	Gebiet d. ehem. DDR	7,3	9,7	12,0
Apotheker	Deutschland	23,8	32,2	39,2
	Früheres Bundesgeb.	20,9	28,7	35,2
	Gebiet d. ehem. DDR	2,9	3,5	4,0
In Krankenhäusern tätige Pflegepersonen insgesamt <sup>1</sup>	Deutschland	–	–	411,4
	Früheres Bundesgeb.	175,2	281,7	345,3
	Gebiet d. ehem. DDR	–	–	66,2
darunter:				
Krankenschwestern/ -pfleger	Deutschland	–	–	309,2
	Früheres Bundesgeb.	106,7	182,8	260,2
	Gebiet d. ehem. DDR	–	–	49,0
Kinderkrankenschwestern/ -pfleger	Deutschland	–	–	40,0
	Früheres Bundesgeb.	14,1	23,2	28,7
	Gebiet d. ehem. DDR	–	–	11,3
Krankenpflegehelfer/innen	Deutschland	–	–	36,3
	Früheres Bundesgeb.	20,3	40,6	31,1
	Gebiet d. ehem. DDR	–	–	5,2
Säuglings- und Kinder- pflegerinnen	Deutschland	–	–	1,1
	Früheres Bundesgeb.	2,4	2,0	0,9
	Gebiet d. ehem. DDR	–	–	0,2
Pflegepersonen in Ausbildung	Deutschland	–	–	–
	Früheres Bundesgeb.	52,0	70,9	71,2
	Gebiet d. ehem. DDR	–	–	–
Hebammen <sup>1</sup>	Deutschland	–	–	8,4
	Früheres Bundesgeb.	5,6	5,0	6,0
	Gebiet d. ehem. DDR	–	–	2,4
Medizinisch-technische Assistent/inn/en	Deutschland	–	–	–
	Früheres Bundesgeb.	13,4	12,4	8,7
	Gebiet d. ehem. DDR	–	–	–

<sup>1</sup> Ohne Schüler/innen.

nicht einmal jeder vierte Arzt eine Frau. Dies ist auf den geringen Anteil der Frauen in der Frauenheilkunde und Geburtshilfe im früheren Bundesgebiet (20 %) zurückzuführen. In der ehemaligen DDR war jeder zweite Arzt in diesem Bereich eine Frau.

Angaben über das Personal in Krankenpflege und Geburtshilfe sowie das medizinisch-technische Personal liegen für die alten Bundesländer seit 1985 nur noch für den Bereich der Krankenhäuser vor. Vergleichbare Angaben für das Gebiet der ehemaligen DDR stehen derzeit nur für die staatlichen Einrichtungen zur Verfügung.

Die Zahl der insgesamt in den Krankenhäusern berufstätigen Personen hat sich gegenüber 1970 um 53 % auf 1 048 400 im Jahr 1989 erhöht. Darunter waren 39 % als Krankenpflegepersonen tätig, knapp 1 % entfielen auf Hebammen und 6 % auf medizinisch-technisches Personal.

Das Krankenhauspersonal in den alten Bundesländern ist im gleichen Zeitraum um 60 % auf 878 000 Personen gestiegen, in der ehemaligen DDR um 22 % auf 170 400. Der Anteil der Krankenpflegepersonen und Hebammen war in beiden Gebieten jeweils in etwa gleich hoch. Als medizinisch-technisches Personal waren im früheren Bundesgebiet 6 % der im Krankenhaus Beschäftigten zu bezeichnen, in der ehemaligen DDR 7 %.

## 8.2.2 Krankenhäuser

Ende 1989 gab es im Bundesgebiet und in der ehemaligen DDR zusammen 3 585 Krankenhäuser mit insgesamt rund 833 000 Betten. 3 046 Krankenhäuser mit rund 670 000 Betten lagen im früheren Bundesgebiet, 539 mit rund 163 000 Betten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Die Zahl der Krankenhäuser entwickelte sich sowohl in der ehemaligen DDR als auch im früheren Bundesgebiet rückläufig. Ein Vergleich zu 1970 zeigt – zumindest für das frühere Bundesgebiet – eine Tendenz zum größeren Krankenhaus: Die durchschnittliche Bettenzahl pro Krankenhaus stieg hier von 190 im Jahr 1970 auf 220 im Jahr 1989. Ein Krankenhaus in der ehemaligen DDR verfügte dagegen mit durchschnittlich 303 Betten 1989 sogar um ein Bett weniger als 1970.

In den Krankenanstalten wurden 1989 15,9 Mill. Patienten stationär behandelt, 13,4 Mill. in den alten Bundesländern und 2,5 Mill. in der ehemaligen DDR. Ihre durchschnittliche Verweildauer betrug 16 Tage (früheres Bundesgebiet: 16 Tage; ehemalige DDR: 17 Tage). Im Vergleich zu 1970 bedeutet dies, daß mehr Kranke aufgenommen wurden, die Patienten aber kürzere Zeit im Krankenhaus zubringen mußten. Für diese Entwicklung waren mehrere Gründe maßgebend, deren Bedeutung sich schwer abschätzen läßt. Die höhere Anzahl älterer Menschen mit entsprechend größerer Krankheitsanfälligkeit hat ebenso eine Rolle gespielt wie die zunehmende Neigung, auch weniger schwerwiegende Krankheiten im Kran-

Tab. 8: Krankenhäuser, Betten, Kranke und Verweildauer

Jahr	Gebiet	Kranken- häuser	Planmäßige Betten <sup>1</sup>	Stationär behandelte Kranke <sup>2</sup>	Durch- schnittliche Verweildauer
		Anzahl	1 000	Mill.	Tage
1970	Deutschland	4 213	873,3	11,7	24,6
	Früheres Bundesgeb.	3 587	683,3	9,3	24,9
	Gebiet der ehem. DDR	626	190,0	2,3	23,3
1980	Deutschland	3 783	879,6	14,0	19,6
	Früheres Bundesgeb.	3 234	707,7	11,6	19,7
	Gebiet der ehem. DDR	549	171,9	2,4	19,1
1985	Deutschland	3 635	843,9	14,7	18,1
	Früheres Bundesgeb.	3 098	674,7	12,2	18,0
	Gebiet der ehem. DDR	537	169,1	2,6	18,4
1989	Deutschland	3 585	833,1	15,9	16,4
	Früheres Bundesgeb.	3 046	669,8	13,4	16,2
	Gebiet der ehem. DDR	539	163,3	2,5	17,3

1 Früheres Bundesgebiet: bis 1984 nur planmäßige Betten.

2 Gebiet der ehem. DDR: Behandlungsfälle.

kenhaus behandeln zu lassen oder die Bemühungen, durch eine Verkürzung des Krankenhausaufenthaltes die Kosten zu dämpfen. Darüber hinaus dürfte auch der medizinische Fortschritt zu kürzeren Behandlungszeiten geführt haben.

## 8.3 Gesundheitsvorsorge

### 8.3.1 Früherkennung

Gemessen an früheren Jahren sind die Heilungsaussichten für eine Vielzahl von Krankheiten ungleich günstiger geworden. Hierzu haben sowohl die Erfolge bei der rechtzeitigen Diagnose als auch die Fortschritte in der medizinischen Behandlung beigetragen. Im Rahmen des Programms zur Früherkennung von Krankheiten sind vor allem die entsprechenden Untersuchungen bei Kleinkindern ein wichtiges Mittel, um gravierende Gesundheitsschäden zu vermeiden. Dasselbe Ziel haben sich die Vorsorgeuntersuchungen zur Früherkennung von Krebskrankheiten gesetzt. Die im folgenden beschriebene Inanspruchnahme von Maßnahmen zur Früherkennung beschränkt sich auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990. Für die ehemalige DDR liegen derzeit keine entsprechenden Angaben vor.

Obwohl die Vorsorgeuntersuchungen Teil des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung sind, werden sie von den Berechtigten in den alten Bundesländern nur zu einem relativ geringen Prozentsatz in Anspruch genommen. So nahmen 1989 von 100 berechtigten Männern nur 14 % an den Vorsorgeuntersuchungen teil. Von den Frauen, die Anspruch auf kostenlose Vorsorgeuntersuchungen hatten, beteiligten sich 34 %.

Die Bereitschaft, Kleinkinder (bis zu einem Alter von vier Jahren) an Früherkennungsuntersuchungen teilnehmen zu lassen, ist dagegen in den Jahren von 1972 bis 1989 beträchtlich gestiegen (von 54 % auf 93 %). Allerdings fällt die Teilnahmequote im Laufe des Vorsorgeprogramms deutlich ab. Während beispielsweise mit je 99 % noch fast alle Säuglinge den Untersuchungen zwischen der vierten und sechsten Lebenswoche und zwischen dem dritten und vierten Lebensmonat unterzogen werden, liegt die Teilnahmequote bei der Untersuchung im dritten bis vierten Lebensjahr nur noch bei 78 %. 1989 ergaben 93 von 100 Untersuchungen einen „unauffälligen“ Befund.

### 8.3.2 Lebensführung als Mittel der Gesundheitsvorsorge

Für die Verhütung von Krankheiten bzw. den günstigen Verlauf des Heilungsprozesses ist die persönliche Lebensführung einer der entscheidenden Einflußfaktoren. Neben verschiedenen Anzeichen, die auf ein verbessertes Gesundheitsbewußtsein hindeuten, gibt es eine Reihe alarmierender Erscheinungen, die eher skeptisch stimmen. So ist sich im früheren Bundesgebiet – wie in anderen Industriestaaten – ein großer Teil der erwachsenen Bevölkerung offensichtlich noch nicht der Bedeutung einzelner Nahrungs- und Genußmittel für ihre Gesundheit bewußt. Die Aufnahme von zu wenig Jod beispielsweise, einem essentiellen Spurenelement für die Funktion der Schilddrüse, durch nicht richtig zusammengesetzte Nahrung begünstigt die Vergrößerung der Schilddrüse (Kropf, Struma). Nach Schätzungen von Medizinern leiden bereits 6 bis 8 Mill. Menschen in den alten Bundesländern an einem Kropf.

Die letzte amtliche Erhebung zu diesem Themenbereich fand im Rahmen des Mikrozensus 1989 im früheren Bundesgebiet statt. Im Zusammenhang mit den Fragen zur Vorsorge gegen Krankheitsrisiken wurde damals gefragt, ob jodiertes Speisesalz bekannt ist und bei der Zubereitung der Speisen Verwendung findet. Knapp die Hälfte (48 %) der antwortenden Personen gab an, das für die Strumaphylaxe wichtige Jodsalz zu kennen und zu verwenden. Über 15 Mill. Personen (28 %) war dagegen Jodsalz oder dessen Bedeutung für die Gesundheit noch nicht bekannt. Insbesondere ältere Leute verwenden selten Jodsalz (nur 37 % der über 65jährigen). Bei Kindern lag der Anteil der Jodsalzverwender bei 55 %. Hier dürften sich die gesundheitsbewußte Einstellung vieler Eltern und die Aufklärung der Eltern durch Frauen- und Kinderärzte positiv auswirken. Gering ist hingegen der geschlechtsspezifische Unterschied: Männer gaben zu 47 % an, Jodsalz zu verwenden, bei den Frauen war es 1 % mehr.



Ein weiterer gesundheitlicher Risikofaktor ist der übermäßige Konsum von Genußmitteln, insbesondere von Tabak und Alkoholika. Im Rahmen der Mikrozensusbefragung des Jahres 1989 gaben 29 % der Bevölkerung (im Alter von zehn Jahren und mehr) an, Raucher zu sein. Im Jahr 1978, als die gleichen Angaben zu den Rauchgewohnheiten erhoben wurden, lag der Anteil der Raucher im früheren Bundesgebiet noch bei knapp 31 %. Etwa jeder siebte Befragte rauchte zwar nicht,

Tab. 9: Verbrauch ausgewählter Genußmittel im früheren Bundesgebiet je Einwohner

Erzeugnis	Einheit	1970	1980	1989
Zigaretten	Stück	1 943	2 086	1 942
Bier	Liter	141	146	143
Branntwein zu Trinkzwecken	Liter	3,01	3,09	2,0
Trinkwein einschl. Schaumwein	Liter		25,5	26,0 <sup>1</sup>

1 Weinwirtschaftsjahr 1989/90.

hatte aber früher zur Zigarette oder sonstigen Tabakwaren gegriffen. Die Hälfte der Antwortenden hatte noch nie geraucht. Von den Rauchern waren fast zwei Drittel Männer und ein Drittel Frauen. Der Anteil der Raucher hat bei den Männern – dem traditionell häufiger rauchenden Teil der Bevölkerung – seit der letzten Befragung 1978 um 7 % abgenommen. Der Anteil der Raucherinnen hingegen nahm um 2 % zu. In der Altersklasse zwischen 15 und 20 Jahren rauchten etwa 19 %. Etwa 16 % der Zigarettenraucher konsumierten regelmäßig mehr als 20 Zigaretten täglich.

Tab. 10: Rauchgewohnheiten der Bevölkerung im früheren Bundesgebiet 1989  
10 Jahre und älter

Rauchgewohnheiten	männlich	weiblich
	%	
Gegenwärtige Raucher	36,3	21,4
davon:		
regelmäßig	31,3	17,3
gelegentlich	5,0	4,0
Frühere Raucher	21,2	9,6
Nichtraucher	63,7	78,7

Über den Konsum und Mißbrauch von Genuß- und Rauschmitteln bei jungen Menschen im Alter von 12 bis 24 Jahren in den alten Bundesländern liegen Ergebnisse einer empirischen Untersuchung des Infratest-Instituts aus dem Jahr 1987 vor. Danach beträgt in dieser Altersgruppe der Anteil der exzessiven Raucher, d. h. derjenigen, die zum Zeitpunkt der Befragung mehr als 20 Zigaretten pro Tag rauchten, 9 %. Zwei von drei exzessiven Rauchern sind zwischen 21 und 24 Jahren alt. Mit zunehmendem Alter steigt erwartungsgemäß der Anteil der Raucher bei beiden Geschlechtern. Zwischen der Gruppe der 12- bis 14jährigen und der 15- bis 17jährigen zeigt sich eine sprunghafte Zunahme der Raucheranteile. Insgesamt sind 35 % aller Jugendlichen zwischen 12 und 24 Jahren Raucher.

## 8.4 Schwangerschaftsabbrüche

Eine Besonderheit gibt es bei der Statistik der Schwangerschaftsabbrüche, da in beiden Gebieten bislang unterschiedliches materielles Recht gilt. Während im früheren Bundesgebiet die Indikationsregelung nach § 218 Strafgesetzbuch gültig ist, werden in der ehemaligen DDR Schwangerschaftsabbrüche aufgrund der dort vorläufig weiterbestehenden Fristenregelung vorgenommen.

Die im folgenden dargestellten Ergebnisse müssen – insofern sie das frühere Bundesgebiet betreffen – in zweifacher Hinsicht mit Vorbehalt beurteilt werden. Zum einen läßt noch immer eine Reihe von Frauen die Schwangerschaft im Ausland abbrechen (1986 etwa 7 800 in den Niederlanden); zum anderen dürfte die tatsächliche Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen höher liegen, weil nicht gemeldete und illegale Schwangerschaftsabbrüche im In- und Ausland vorkommen, die in ihrer quantitativen Bedeutung schwer abzuschätzen sind. Die Zahl der für die ehemalige DDR ausgewiesenen Schwangerschaftsabbrüche dürfte hingegen einer Totalerhebung entsprechen.

Im Jahr 1990 wurden in den alten Bundesländern 78 808 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet, das sind 10 % weniger als 1980, jedoch knapp 5 % mehr als im Vorjahr. Auf 1 000 Lebend- und Totgeborene entfielen somit 108 Schwangerschaftsabbrüche, 1980 waren es 141 und 1989 110. 89 % aller 1990 gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche wurden aufgrund einer „sonstigen schweren Notlage“ (nicht immer zutreffend mit „sozialer Indikation“ bezeichnet) veranlaßt. Etwa jeder 14. Abbruch (7,3 %) war wegen einer „allgemein-medizinischen Indikation“ vorgenommen worden.

Im Gebiet der ehemaligen DDR wurden im Jahr 1989 73 899 legale Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen. Gegenüber 1980 ist ihre Zahl um 20 %, gegenüber 1988 um knapp 9 % gesunken. Bezogen auf 1 000 Lebend- und Totgeborene wurden 370 Schwangerschaften abgebrochen. 1980 und 1988 entfielen jeweils 373 Schwangerschaftsabbrüche auf 1 000 Lebend- und Totgeborene.

Tab. 11: Schwangerschaftsabbrüche

Jahr	Schwangerschaftsabbrüche			
	Früheres Bundesgebiet		Gebiet der ehem. DDR	
	insgesamt	je 1 000 Lebend- und Totgeborene	insgesamt	je 1 000 Lebend- und Totgeborene
1980	87 702	141	92 103	373
1985	83 538	142	90 254	394
1986	84 274	134	85 725	384
1987	88 540	137	82 682	364
1988	83 784	123	80 840	373
1989	75 297	110	73 899	370
1990	78 808	108	...	...

Jeweils mehr als die Hälfte der Schwangerschaftsabbrüche im früheren Bundesgebiet und in der ehemaligen DDR entfiel auf 18- bis 29jährige, gut ein Drittel auf 30- bis 39jährige Frauen. 7,7 % der Frauen in den alten Bundesländern und 5,8 % der Frauen in der ehemaligen DDR waren 40 Jahre und älter, 2,2 % bzw. 3,2 % waren noch nicht 18 Jahre alt. Mit zunehmendem Alter der Frauen verlieren in den alten Bundesländern die Notlagenindikationen gegenüber den medizinischen Begründungen an Bedeutung.

Tab. 12: Schwangerschaftsabbrüche nach Indikationen im früheren Bundesgebiet

Jahr	Schwangerschaftsabbrüche insgesamt	Allgemeinmedizinische	Psychiatrische	Eugenische	Ethische (kriminologische)	Sonstige schwere Notlage
%						
1980	87 702	20,1	2,8	3,5	0,1	72,2
1985	83 538	11,1	1,6	1,3	0,1	84,3
1986	84 274	9,9	1,5	1,3	0,1	85,8
1987	88 540	9,0	1,4	1,2	0,1	86,8
1988	83 784	8,9	1,3	1,3	0,1	86,8
1989	75 297	7,8	0,9	1,2	0,1	88,2
1990	78 808	7,3	0,8	1,0	0,1	89,1

## 8.5 Schwerbehinderte

Im Gegensatz zu einer akuten Krankheit oder einer Unfallschädigung mit kurzer Heilungsdauer bedeutet Behinderung eine Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten für längere Zeit, möglicherweise für das ganze Leben.

In der Statistik werden seit 1985 nur noch die Schwerbehinderten erfaßt, das sind Personen, denen ein Grad der Behinderung von 50 % oder mehr zuerkannt worden ist. Am 31. Dezember 1989 waren bei den Versorgungsämtern 5,3 Mill. amtlich anerkannte Schwerbehinderte mit gültigem Ausweis registriert, das entsprach einem Anteil von rund 9 % der Bevölkerung im früheren Bundesgebiet. Über die Hälfte dieses Personenkreises (53,9 %) waren Männer.

Die Gliederung der Behinderten nach Altersgruppen zeigt eine starke „Alterslastigkeit“. Behinderung kommt bei Personen im fortgeschrittenen Alter naturgemäß häufiger vor als bei jüngeren Menschen. Fast drei Viertel (74 %) der Schwerbehinderten waren 55 Jahre oder älter, der Anteil der unter 25jährigen war mit 3,9 % relativ gering.

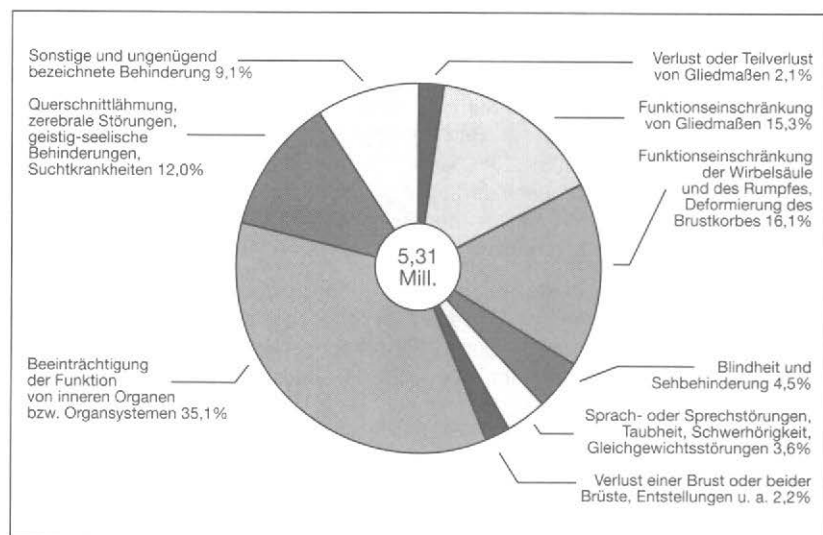
Tab. 13: Schwerbehinderte im früheren Bundesgebiet am 31. 12. 1989

Schwerbehinderte	Insgesamt	Im Alter von . . . Jahren			65 und mehr
		unter 25	25–54	55–64	
	1 000		%		
Insgesamt	5 310	3,9	22,0	26,5	47,5
Männlich	2 863	4,2	23,8	31,0	41,0
Weiblich	2 447	3,7	19,9	21,3	55,2

Die weitaus meisten Behinderungen – nämlich 82,5 % der Fälle – waren krankheitsbedingt. Weitere 5,5 % der Schwerbehinderten im früheren Bundesgebiet hatten dauernde Schäden in Krieg, Wehrdienst oder Zivildienst erlitten, und in 4,2 % der Fälle war die Behinderung angeboren. Bei 2,9 % wurde das Leiden durch einen Unfall oder eine Berufskrankheit verursacht.

Häufigste Behinderungsart ist die Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen mit einem Anteil von 35,1 %. Darunter befanden sich allein 1,1 Mill. Herz- und Kreislaufranke, das sind 20,0 % aller Schwerbehinderten. Am zweithäufigsten waren die Fälle mit einer Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes sowie einer Deformierung des Brustkorbes (16,1 %). Bei 15,3 % der Schwerbehinderten lagen Funktionseinschränkungen der Gliedmaßen vor. Eine Querschnittlähmung, zerebrale Störung, geistig-seelische Behinderung oder Suchtkrankheit wurde in 12,0 % der Fälle diagnostiziert.

Abb. 3: Schwerbehinderte am 31. 12 1989  
nach Art der schwersten Behinderung im früheren Bundesgebiet



## 8.6 Rehabilitationsmaßnahmen

1988 wurden in den alten Bundesländern von der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung, der Kriegsoferversorgung und Kriegsopfersorge, der Bundesanstalt für Arbeit sowie der Sozialhilfe 1,46 Mill. Rehabilitationsmaßnahmen durchgeführt. Hierunter fallen alle Maßnahmen der Sozialleistungsträger,

Tab. 14: Rehabilitationsmaßnahmen im früheren Bundesgebiet 1988

Art der Maßnahme	Insgesamt	Männlich %	Weiblich %
Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen	1 081 692	57,2	42,8
Berufsfördernde Rehabilitationsmaßnahmen	314 519	70,7	29,3
Maßnahmen zur sozialen Eingliederung	62 270	71,8	28,2
Insgesamt	1 458 481	60,7	39,3

die das Ziel verfolgen, Behinderungen entgegenzuwirken sowie Behinderten und von Behinderung bedrohten Personen einen angemessenen Platz im Arbeitsleben und in der Gesellschaft zu sichern.

Von den Rehabilitationsmaßnahmen des Jahres 1988 entfielen 74,2 % auf medizinische und 21,6 % auf berufsfördernde Maßnahmen, 4,3 % dienten der allgemeinen sozialen Eingliederung. Weit mehr als die Hälfte der Maßnahmen (60,7 %) wurde von Männern in Anspruch genommen. Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen wurden hauptsächlich Menschen im fortgeschrittenen Lebensalter gewährt: Bei den medizinischen Rehabilitanden waren 73,5 % 45 Jahre oder älter. Anders verhält es sich bei den berufsfördernden Maßnahmen, die hauptsächlich Rehabilitanden im jüngeren und mittleren Lebensalter zuteil werden; hier waren 85,6 % der Rehabilitanden zwischen 18 und 54 Jahre alt, wobei die Altersgruppe der 18- bis unter 25jährigen mit einem Anteil von 26,3 % besonders stark ins Gewicht fällt. Maßnahmen zur sozialen Eingliederung wurden dagegen überwiegend älteren Menschen ab 55 Jahre (58,1 %), häufig aber auch den unter 25jährigen (30,5 %) gewährt.

## 8.7 Ausgaben für die Gesundheit

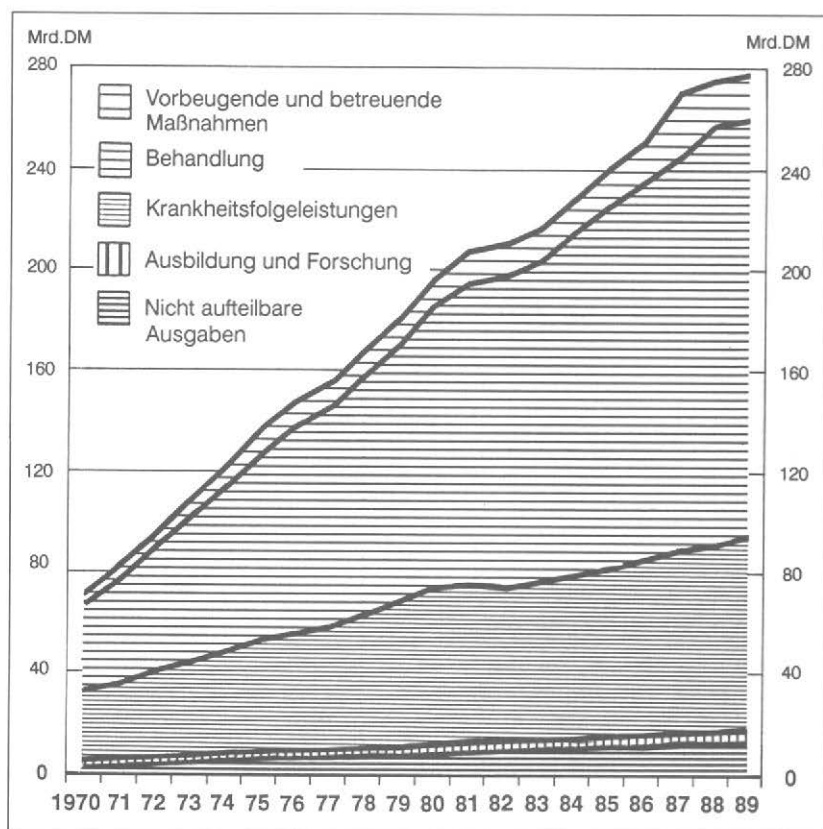
Zur Berechnung der Ausgaben für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit, für Krankheitsvorbeugung und zur Milderung von Krankheitsfolgen werden u.a. Ergebnisse aus der Finanzstatistik, dem Sozialbudget, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in Verbindung mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der gesetzlichen Rentenversicherung sowie der Krankenversicherungen zusammengetragen. (Diese Angaben unterscheiden sich damit von denen des Sozialbudgets.) Darüber hinaus sind in den Berechnungen die Aufwendungen der privaten Haushalte und der privaten Krankenversicherungen enthalten sowie zusätzliche Ausgaben der öffentlichen Haushalte wie etwa für Ausbildung und Forschung im Gesundheitsbereich.

Von 1970 bis 1989 haben sich im früheren Bundesgebiet die Ausgaben für Gesundheit von 70,6 Mrd. DM auf 276,8 Mrd. DM fast vervierfacht. Je Einwohner beliefen sich die gesamten Aufwendungen 1970 auf 1 164 DM und 1989 auf 4 416 DM. Der Anteil der Ausgaben für Gesundheit (ohne Einkommensleistungen) am Bruttosozialprodukt vergrößerte sich im gleichen Zeitraum von 6,4 % auf 9,2 %.

Für den Leistungsbereich „Behandlung“ (ambulante und stationäre Behandlung einschließlich Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz) wurden 1989 164,0 Mrd. DM aufgewandt, das waren fast 60 % aller Gesundheitsausgaben. Gegenüber 1970 war damit ein Zuwachs von 362 % zu verzeichnen. Dabei war der Ausgabenanstieg im Bereich stationäre Behandlung (+ 413 %) besonders ausgeprägt (vgl. dazu auch Kap. 9.6).

Auf Krankheitsfolgeleistungen, im wesentlichen Rehabilitationsmaßnahmen, Entgeltfortzahlung sowie Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, entfielen mit 77,0 Mrd.DM fast 28 % aller Ausgaben für die Gesundheit. Gegenüber 1970 ist in diesem Bereich ein unterdurchschnittlicher Anstieg um 180 % festzustellen.

Abb. 4: Ausgaben für Gesundheit nach Leistungsarten im früheren Bundesgebiet

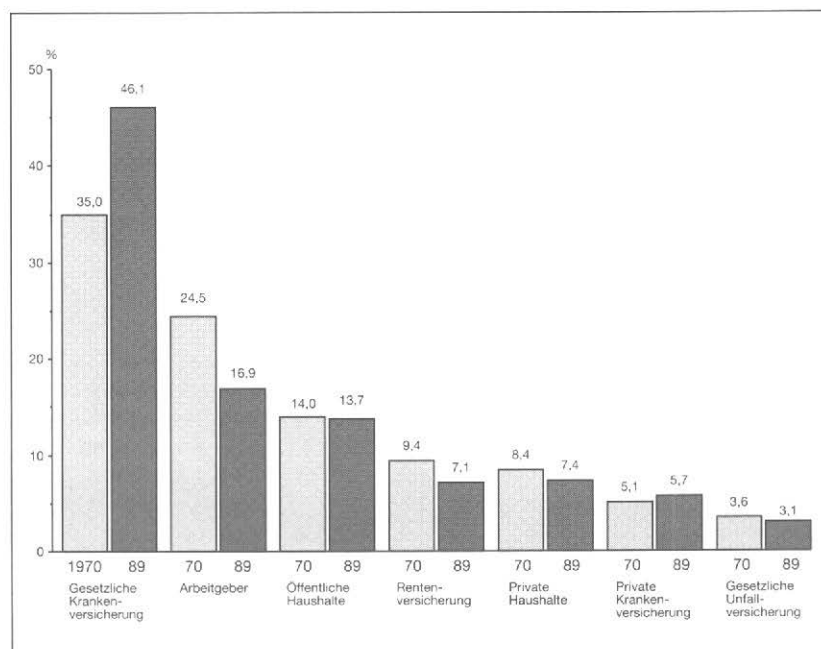


Nahezu die Hälfte aller Ausgaben für die Gesundheit (46,1 %) im früheren Bundesgebiet wurde 1989 von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen, 1970 gingen lediglich 35 % zu Lasten dieser Krankenkassen. Diese Verschiebung spiegelt neben gesamtwirtschaftlichen Faktoren wie der Preisentwicklung die

Tab. 15: Ausgaben für die Gesundheit im früheren Bundesgebiet 1989

Leistungsart	Mrd. DM	%
Behandlung	164,0	59,2
darunter:		
Stationäre Behandlung	60,3	21,8
Ambulante Behandlung	50,0	18,1
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz	46,2	16,7
Krankheitsfolgeleistungen	77,0	27,8
darunter:		
Maßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhalts bei Krankheit und Invalidität	66,2	23,9
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	17,9	6,5
Ausbildung und Forschung	5,4	2,0
Nicht aufteilbare Ausgaben	12,5	4,5
Insgesamt	276,8	100

Abb. 5: Anteile der Ausgabenträger an den Ausgaben für Gesundheit im früheren Bundesgebiet





Ausdehnung des Leistungsangebots und die Einbeziehung zuvor nicht versicherter Personengruppen zu Beginn der 70er Jahre wider.

Die öffentlichen und privaten Arbeitgeber tragen die zweitgrößte Last mit 46,9 Mrd. DM, also 16,9 % der Gesamtaufwendungen für Gesundheit. 1970 waren von ihnen noch 24,5 % der Ausgaben finanziert worden. Wesentlicher Bestandteil der Arbeitgebераufwendungen sind die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Die übrigen Ausgabenträger haben ihre Anteile seit 1970 nur geringfügig verändert.

## 9 Soziale Sicherung

Das Sozialbudget für das Jahr 1990 enthält lediglich Zahlenangaben für das frühere Bundesgebiet, nicht jedoch für die neuen Bundesländer und für das vereinigte Deutschland. Daher beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen in den Abschnitten 9.1 bis 9.4, 9.6 bis 9.8 und 9.10 ausschließlich auf das frühere Bundesgebiet, ohne daß dies jeweils ausdrücklich erwähnt wird. In den Abschnitten 9.5 und 9.9 wird darüber hinaus auf zwei wesentliche Bestandteile des sozialen Sicherungssystems in den neuen Ländern, nämlich die gesetzliche Rentenversicherung und die Sozialhilfe, eingegangen.

### 9.1 Entwicklung der Sozialversicherung

Das System der sozialen Sicherung hat in einer langen historischen Entwicklung zu seiner heutigen Form gefunden und spiegelt damit ein Stück deutscher Sozialgeschichte wider. Der Grundstein wurde im Jahre 1881 mit der von Bismarck angeregten Gesetzgebung zur Krankenversicherung der Arbeiter, dem Unfallversicherungsgesetz und dem Gesetz über die Invaliditäts- und Alterssicherung gelegt. Dahinter stand vor allem der Gedanke, ärgste soziale Nöte zu lindern und eine Grundsicherung gegen die Wechselfälle des Lebens einzuführen.

Zwei Weltkriege mit tiefgreifenden sozialen Umwälzungen haben die weitere Entwicklung entscheidend geprägt. Von besonderer Bedeutung für den Ausbau der sozialen Sicherung war ferner das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes. Heute fließt ein Großteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte (einschließlich der Sozialversicherungsträger und der Bundesanstalt für Arbeit) in die soziale Sicherung. Neben der Sozialversicherung – als dem Kernstück des Systems sozialer Sicherung – stehen weitere soziale Hilfen des Staates, die zu einem feinmaschigen Netz verwoben sind. Leitgedanke ist dabei das solidarische Entstehen für den sozial Schwächeren und Hilfsbedürftigen.

### 9.2 Das Sozialbudget

Am deutlichsten werden die Strukturen und Zusammenhänge des Systems der sozialen Sicherung im Sozialbudget der Bundesregierung. Diese jährliche Zusammenstellung bietet in einer Gliederung nach Institutionen einen Überblick über die sozialen Leistungen der staatlichen Einrichtungen, der öffentlichen Körperschaften und der Arbeitgeber. Außerdem gruppiert sie nach Funktionen, d. h. nach Zweckbestimmung der Leistungen (z. B. Alter, Familie und Ehe, Wohnen usw.).

Tab. 1: Leistungen des Sozialbudgets  
im früheren Bundesgebiet

Institutionen	1980 Mrd. DM	1990 Mrd. DM	%	Hauptsächliche Leistungsbereiche <sup>1</sup>
Sozialbudget insgesamt	478,7	710,0	100	
Allgemeine Systeme	282,0	437,9	61,7	
Rentenversicherung	142,6	215,8	30,4	A, G
Krankenversicherung	90,1	141,7	20,0	G
Unfallversicherung	10,0	13,3	1,9	G, A
Arbeitsförderung	23,1	49,3	6,9	B
Kindergeld	17,6	14,6	2,1	F
Erziehungsgeld	–	4,6	0,6	F
Sondersysteme	3,7	6,4	0,9	
Altershilfe für Landwirte	2,8	4,4	0,6	A
Versorgungswerke	0,9	2,0	0,3	A
Beamtenrechtliches System	46,3	63,4	8,9	
Pensionen	32,9	43,3	6,1	A
Familienzuschläge	7,6	9,8	1,4	F
Beihilfen	5,8	10,4	1,5	G
Arbeitgeberleistungen	44,9	67,9	9,6	
Entgeltfortzahlung	27,9	34,0	4,8	G
Betriebliche Altersversorgung	8,1	17,5	2,5	A
Zusatzversicherung	5,9	11,2	1,6	A, G
Sonstige Arbeitgeberleistungen	3,1	5,3	0,7	G, W, F
Entschädigungen	17,8	16,8	2,4	
Soziale Entschädigung (KOV)	13,5	13,1	1,9	P, A
Lastenausgleich	1,7	1,1	0,2	A
Wiedergutmachung	2,2	1,7	0,2	A, P
sonstige Entschädigungen	0,4	0,8	0,1	P, L
Soziale Hilfen und Dienste	43,1	65,1	9,2	
Sozialhilfe	15,0	33,8	4,8	G, A
Jugendhilfe	8,1	13,7	1,9	F, L
Ausbildungsförderung	3,1	0,8	0,1	B
Wohngeld	2,0	3,9	0,6	W
Öffentlicher Gesundheitsdienst	1,7	2,3	0,3	G
Vermögensbildung	13,2	10,6	1,5	S
Indirekte Leistungen	42,3	54,5	7,7	
Steuerliche Maßnahmen	36,4	48,2	6,8	F, S
Wohnungswesen	6,0	6,2	0,9	W

1 Zu den Leistungsbereichen vgl. S. 222.

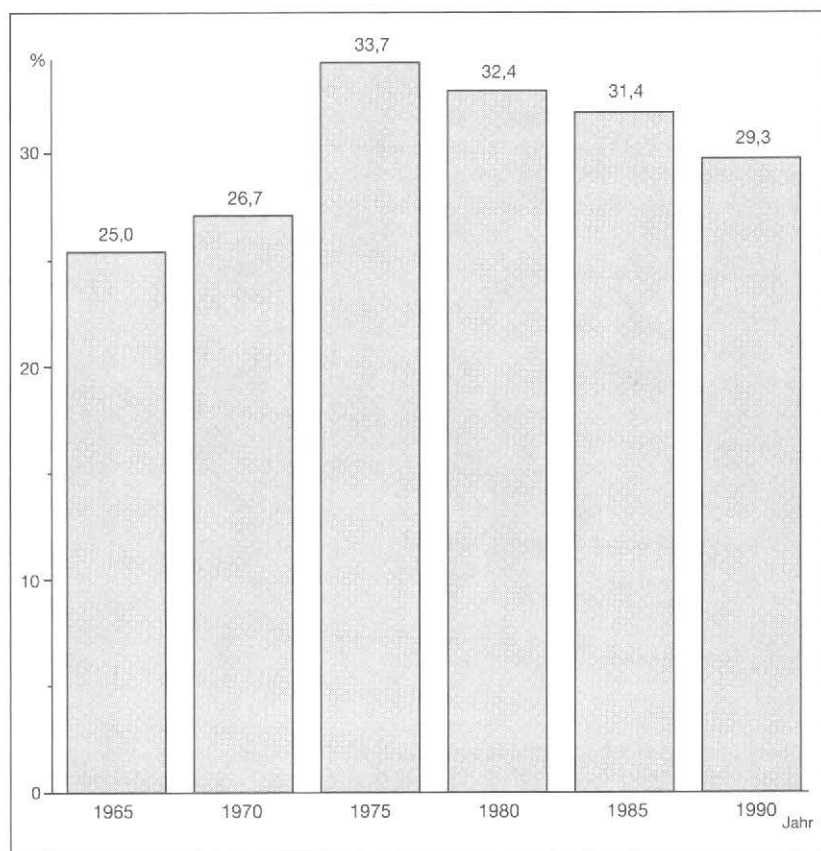
Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

In Tab.1 werden zusammenfassend die Leistungen des Sozialbudgets nach Institutionen dargestellt und jeweils den Aufgabenbereichen zugeordnet, für die zahlenmäßig die bedeutendsten Leistungen erbracht werden.

Die wichtigsten Leistungsbereiche lassen sich folgendermaßen abgrenzen:

- Ehe und Familie (F)
- Gesundheit (G)
- Beschäftigung (B)
- Alter und Hinterbliebene (A)
- Folgen politischer Ereignisse (P)
- Wohnen (W)
- Sparen (S)
- Allgemeine Lebenshilfen (L).

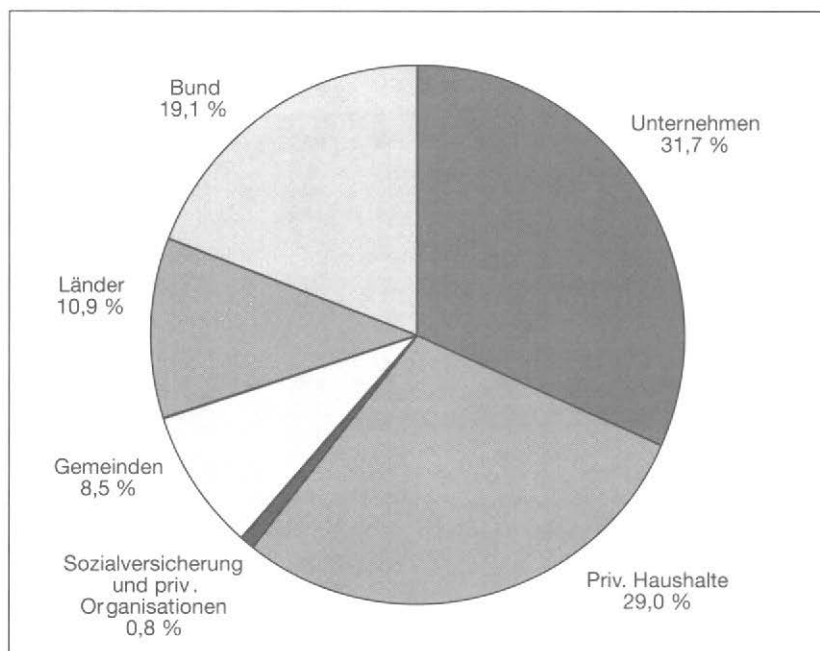
Abb. 1: Sozialleistungsquoten im früheren Bundesgebiet



Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Im Laufe der Zeit hat sich das System der sozialen Sicherung so entwickelt, daß eine Reihe von Institutionen oder Einrichtungen nicht nur in einem einzigen, sondern in verschiedenen Bereichen tätig werden. So sorgt etwa die Rentenversicherung nicht nur für Alte und Hinterbliebene, sie ist auch mit Aufgaben zur Sicherung und Wiederherstellung der Gesundheit betraut (z.B. im Rahmen von Rehabilitationsmaßnahmen oder Kuren). Das Sozialbudget macht alle diese Zusammenhänge erkennbar.

Abb. 2: Finanzierung des Sozialbudgets 1990 nach Quellen  
im früheren Bundesgebiet



Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Die Leistungen des Sozialbudgets erreichten 1990 710 Mrd. DM und waren damit fast viermal so hoch wie 1970 (180 Mrd. DM) und 48 % höher als 1980. Die Sozialleistungsquote – als Verhältnis aller Sozialleistungen zum Sozialprodukt – lag 1990 mit 29,3 % etwas niedriger als zehn Jahre zuvor (1980: 32,4 %), jedoch höher als 1970 (26,7 %).

Die Mittel zur Finanzierung des Sozialbudgets wurden 1990 zu etwa 32 % von Unternehmen (zum überwiegenden Teil waren das Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall), zu rund 38 % von öffentlichen Haushalten (Bund, Länder und Gemeinden) und zu 29 % von privaten Haushalten (hauptsächlich Beitragszahlungen) aufgebracht; einen geringen Anteil von zusammen knapp 1 % hatten die Sozialversicherung und private Organisationen.

## 9.3 Die Elemente des Sozialbudgets

Mit 62 % haben die „Allgemeinen Systeme“ den größten Anteil am Sozialbudget. Sie werden zusammen mit der Sozialhilfe in den folgenden Abschnitten näher betrachtet.

Die „Arbeitgeberleistungen“ bildeten 1990 mit einem Aufwand von 67,9 Mrd. DM und einem Anteil von 9,6 % den zweitgrößten Block im Sozialbudget. Hierzu zählen die Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall, die betriebliche Altersversorgung und die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst sowie sonstige Arbeitgeberleistungen (z. B. Bereitstellung von Betriebswohnungen), nicht aber die Arbeitgeberanteile an den Beiträgen zur Sozialversicherung oder Leistungen nach den Vermögensbildungsgesetzen u.ä.

Das „beamtenrechtliche System“ hatte 1990 mit 63,4 Mrd. DM einen Anteil von 8,9 % am Sozialbudget. Wie beim „Allgemeinen System“ steht auch hier die Altersversorgung, und zwar des öffentlichen Dienstes, im Vordergrund. Gegenüber 1980 sind die Ausgaben um 37 % gestiegen; der Anteil am Sozialbudget sank aber von 9,7 % 1980 auf 8,9 % 1990.

Die „indirekten Leistungen“ beliefen sich 1990 auf 54,5 Mrd. DM, das sind 7,7 % des Sozialbudgets. Allein die Steuerermäßigungen in Form des Ehegattensplitting erreichten etwa 23,4 Mrd. DM. Für Steuerermäßigungen im Bereich des Wohnungsbaus (einschließlich des Bausparens) betrugen die Mindereinnahmen rund 7 Mrd. DM. Weitere 6,2 Mrd. DM wurden als Vergünstigungen im Wohnungswesen (hauptsächlich im sozialen Wohnungsbau) gewährt.

Für „Soziale Hilfen und Dienste“ wurden 1990 insgesamt 65,1 Mrd. DM aufgewendet. In diesem Leistungsbereich sind Sozialhilfe, Jugendhilfe, Ausbildungsförderung (vgl. 2.11), Wohngeld, öffentlicher Gesundheitsdienst und Vermögensbildung zusammengefaßt.

Die Jugendhilfe umfaßt alle behördlichen Maßnahmen zur Förderung der Jugendwohlfahrt (Heimpflege, Familienpflege, Unterhaltung von Kindertagesstätten u.ä.)

einschließlich der Zuschüsse an die Träger der freien Jugendhilfe (z.B. an die Kirchen). Das Ausgabenvolumen belief sich 1990 auf 13,7 Mrd. DM, das entsprach einer Ausgabensteigerung um 69 % gegenüber 1980.

Wohngeld wird Personen gewährt, deren Haushaltseinkommen in einem unzumutbaren Mißverhältnis zu den Aufwendungen für eine angemessene Wohnung steht. Leistungen nach dem Wohngeldgesetz erhielten Ende 1990 1,8 Mill. Haushalte. Nur 23 % der Wohngeldempfänger waren erwerbstätig, weitere 16 % arbeitslos. Bei den übrigen nichterwerbstätigen Wohngeldempfängern handelte es sich überwiegend um Rentner und Pensionäre. Die Ausgaben für das Wohngeld stiegen zwischen 1980 und 1990 von 2,0 Mrd. DM auf 3,9 Mrd. DM (einschl. Verwaltungsaufwand).

Stark rückläufig waren in den vergangenen Jahren die Ausgaben für die Förderung der Vermögensbildung. 1977 erreichten sie mit 15,1 Mrd. DM den höchsten Stand. 1980 betrugen sie noch 13,2 Mrd. DM und 1990 nur noch 10,6 Mrd. DM. Hier wirkte sich u.a. aus, daß immer mehr Haushalte die festgelegten Einkommensgrenzen überschreiten und damit nicht mehr in den Genuß der Vergünstigungen kommen.

Die Bedeutung der Entschädigungsleistungen verliert mit zunehmendem Abstand von den Ereignissen der Jahre 1933 bis 1945 an Gewicht. Durch finanzielle Entschädigungen für die Opfer der Gewaltherrschaft, des Kriegs und der Kriegsfolgen versucht der Staat, zumindest auf materiellem Gebiet einen Beitrag zur Wiedergutmachung zu leisten. 1990 erhielten noch 1,3 Mill. Versorgungsempfänger Leistungen in einem Gesamtumfang von 13,1 Mrd. DM. 1980 waren 2,0 Mill. Personen durch die Kriegsopferversorgung unterstützt worden.

Der Lastenausgleich, dessen Ziel es ist, Schäden und Verluste, die sich infolge Flucht, Vertreibung und Zerstörungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit und aufgrund der Währungsreform 1948 ergeben haben, nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit zu verteilen, hatte 1990 nur noch einen Anteil von weniger als 0,2 % am Sozialbudget. Die Aufwendungen beliefen sich auf 1,1 Mrd. DM, die insgesamt 118 000 Anspruchsberechtigten zugute kamen.

Die Bedeutung dieser in der Geschichte beispiellosen solidarischen Umverteilungsaktion zeigt sich am Gesamtrahmen der Ausgleichszahlungen. Bei rund 9 Mill. festgestellten Schäden in Höhe von 62,9 Mrd. RM wurden bis Ende 1990 insgesamt 120,1 Mrd. DM ausgezahlt. 5,3 Mill. Entschädigungsanträge wurden in diesem Zeitraum anerkannt.

Die sogenannten Sondersysteme, nämlich die Altershilfe für Landwirte (1990: 4,4 Mrd. DM) und die Versorgungswerke für freiberuflich Tätige (1990: 2,0 Mrd. DM), umfassen zusammen 0,9 % des Sozialbudgets. Sie dienen in erster Linie der Altersversorgung bestimmter Berufsgruppen.

## 9.4 Gesetzliche Rentenversicherungen im früheren Bundesgebiet

Die Alters- und Hinterbliebenensicherung wird in der Bundesrepublik Deutschland von folgenden Institutionen geleistet:

- Gesetzliche Rentenversicherung
- Pensionen im öffentlichen Dienst
- Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst
- Altershilfe für Landwirte
- Versorgungswerke (z. B. für Landwirte)
- Zusatzversicherung für einzelne Berufe
- Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen.

Der wichtigste und umfassendste Bereich ist dabei die Rentenversicherung. 1990 lagen ihre Leistungen bei 216 Mrd. DM, das sind rund 30 % des Sozialbudgets bzw. ein Anteil von knapp 9 % am Bruttosozialprodukt. Etwa 32,8 Mill. Personen waren 1989 in den drei Zweigen der Rentenversicherung (Rentenversicherung der Arbeiter, der Angestellten, Knappschaftliche Rentenversicherung) versichert, davon etwa 22,2 Mill. Pflichtversicherte.

Von den Gesamtausgaben waren die Rentenzahlungen selbst mit rund 191 Mrd. DM 1990 der größte Posten. 12,2 Mrd. DM wurden darüber hinaus für die Krankenversicherung der Rentner aufgebracht und weitere rund 6 Mrd. DM für Gesundheits- und Rehabilitationsmaßnahmen.

Tab. 2: Gesetzliche Rentenversicherungen im früheren Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Gesetzliche Rentenversicherungen					
		insgesamt		darunter			
				Renten- versicherung der Arbeiter		Renten- versicherung der Angestellten	
		1970	1990	1970	1990	1970	1990
Pflichtmitglieder und Beitragszahler seit 1924	1 000	26 062	32 793 <sup>1</sup>	15 717	16 978 <sup>1</sup>	9 815	15 493 <sup>1</sup>
Rentenbestand	1 000	10 212	15 053	6 921	9 149	2 537	5 195
Einnahmen <sup>2</sup>	Mrd. DM	55,9	224,9	32,9	115,8	19,1	102,0
dar. Beiträge (Soll)	Mrd. DM	43,6	177,5	25,7	81,7	16,6	93,2
Durchschnittliche Versichertenrente	DM	-	1 136	313	949	522	1 343

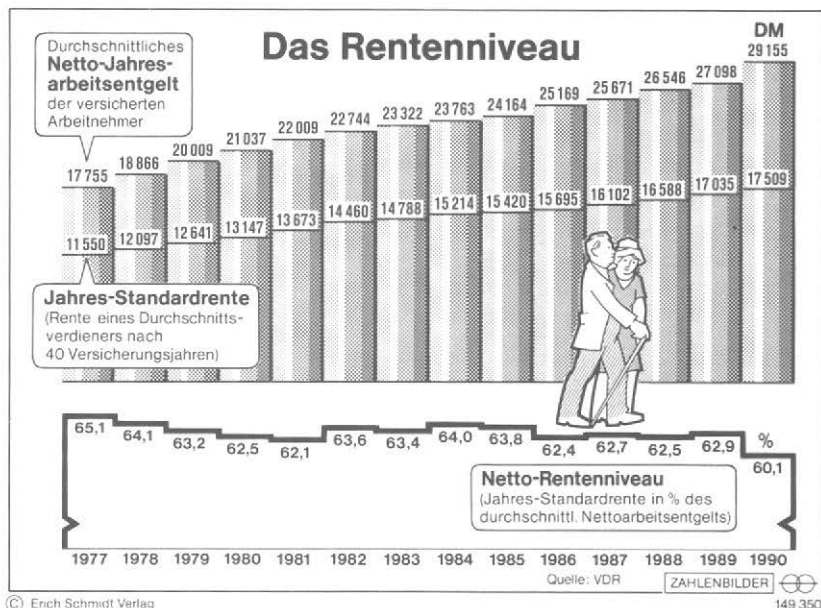
1 Angaben für 1989.

2 Nach Bereinigung um die Zahlungen der Zweige untereinander.



Von den Mitte des Jahres 1990 rund 15,1 Mill. gezahlten Renten waren 69 % Versichertenrenten und 31 % Hinterbliebenenrenten. Die Gesamtzahl der Renten liegt dabei höher als die Zahl der Rentenempfänger, da z. B. Witwen-/Witwerrente und Versichertenrente zugleich an eine Person gezahlt werden können.

Mitte 1990 lag die durchschnittliche Rente bei einer Versicherungszeit von 35 bis 40 Jahren in der Rentenversicherung der Arbeiter bei 1 407 DM monatlich für Männer und bei 1 022 DM für Frauen, in der Angestelltenversicherung bei 1 863 DM bzw. 1 316 DM. Der Unterschied in der Rentenhöhe ist hauptsächlich dadurch bedingt, daß die heute anspruchsberechtigten Frauen im Verlauf ihres Arbeitslebens im Durchschnitt geringer entlohnte Tätigkeiten ausgeführt haben.



Das Altersruhegeld eines Rentners mit 40 Versicherungsjahren betrug 1990 60,1 % des Nettoentgelts eines vergleichbaren Arbeitnehmers. Der Eintritt in den Ruhestand bedeutet also für alle diejenigen, die ausschließlich auf ihre Versichertenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung angewiesen sind, eine deutliche finanzielle Einbuße.

Die Rentenversicherung finanziert sich seit der Rentenreform von 1957 nach dem sogenannten „Umlageverfahren“. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet dies, daß die Arbeitnehmer von heute im Rahmen des „Generationenvertrages“ die Renten der

Arbeitnehmer von gestern zahlen. Eine Ansammlung von Vermögen, aus dessen Erträgen die Renten finanziert werden, findet nicht statt.

Die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind die wichtigste Finanzierungsquelle der gesetzlichen Rentenversicherung. 1989 entfielen auf diesen Posten 74 % der Einnahmen. Der Bund leistete Zuschüsse in Höhe von knapp einem Fünftel der Einnahmen. Die übrigen Einnahmen, wie Vermögenserträge, Erstattungen anderer Institutionen u.a., machen nur einen kleinen Anteil an der Gesamtfinanzierung aus.

Betrachtet man die zentrale Bedeutung der Beitragszahlungen, wird deutlich, wo sich Probleme für die Rentenfinanzierung ergeben können. Bleibt das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern konstant, arbeitet das Umlageverfahren ohne größere Probleme. Ergibt sich aber kurz- bzw. längerfristig eine steigende Zahl von Rentenempfängern je Beitragszahler, muß durch geeignete politische Maßnahmen (Beitragserhöhungen, geringere Anpassung der Rente u.a.) versucht werden, das System wieder ins Gleichgewicht zu bringen. In der Vergangenheit waren mehrfach Beitragserhöhungen notwendig, so zuletzt zum 1. Juni 1985, als der Beitrag zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten von 18,7 % auf 19,2 % des Bruttolohns bzw. -gehalts heraufgesetzt wurde. Ab 1. Januar 1987 wurde er allerdings wieder auf 18,7 % und am 1.4. 1991 auf 17,7 % gesenkt.

In den vergangenen Jahren wurde mit Blick auf die langfristige Entwicklung immer wieder auf schwerwiegende Probleme für das System der Rentenfinanzierung hingewiesen. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat mehrmals festgestellt, daß bei konstanter Geburtenhäufigkeit sich die Relation zwischen aktiver Generation (20- bis 60jährige) und nicht mehr im Arbeitsleben stehender Generation (über 60jährige) ab 1990 rapide verschlechtern wird. Die Zusammenführung der Rentenversicherungen im Westen und Osten Deutschlands verändert die Situation geringfügig. In seiner Bewertung des am 1. Januar 1992 in Kraft getretenen Rentenreformgesetzes stellt der Sachverständigenrat fest, daß das Gesetz aufgrund der aus der Zusammenführung resultierenden finanziellen Lasten kurz- und mittelfristig nicht die Bedeutung für die Konsolidierung der Rentenfinanzen haben könne, die von ihm erwartet wurde. Langfristig hingegen bewirke die Vereinigung wegen der günstigeren Altersstruktur in den neuen Bundesländern eher eine Entlastung.

## 9.5 Gesetzliche Rentenversicherung in den neuen Bundesländern

In der ehemaligen DDR erfolgte die Absicherung im Alter durch die Pflichtleistungen der Sozialversicherung, die freiwillige Zusatzversicherung sowie durch Zuschläge und Sonderversorgungssysteme. Es gab zwei Träger der Sozialversicherung: Arbeiter und Angestellte waren in der Sozialversicherung beim Freien

Deutschen Gewerkschaftsbund versichert, Mitglieder der Produktionsgenossenschaften, Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und sonstige Selbständige hingegen in der Sozialversicherung bei der Staatlichen Versicherung der ehemaligen DDR. Charakteristisch für die gesetzliche Alterssicherung in der ehemaligen DDR war die Untergliederung in eine Pflichtversicherung und eine freiwillige Zusatzversicherung, die für die über der Beitragsbemessungsgrenze von 600 Mark je Monat liegenden Lohnanteile abgeschlossen werden konnte. Von dieser Möglichkeit haben etwa vier Fünftel der Erwerbstätigen Gebrauch gemacht.

Zur Finanzierung der gesamten Sozialversicherung wurden Beiträge in Höhe von 22,5 % des Bruttolohns bis zur Beitragsbemessungsgrenze erhoben. Sie verteilten sich dabei zu 10 % auf die Erwerbstätigen und zu 12,5 % auf die Unternehmen, wobei der 10 % übersteigende Anteil der Betriebe zur Finanzierung der Unfallversicherung diente. Zur Ausgabenbedeckung wurde außerdem ein Staatszuschuß benötigt. Der Beitragssatz für die freiwillige Zusatzversicherung betrug für Betriebe und Beschäftigte jeweils 10 %.

Hinsichtlich der Rentenarten ist zu unterscheiden zwischen

- Versichertenrenten, dies sind Altersrenten, Invalidenrenten und Invalidenaltersrenten (letztgenannte sind nach Erreichen der Altersgrenze umgewandelte Invalidenrenten), und
- Hinterbliebenenrenten, die wie in den alten Bundesländern aus Witwen- und Witwerrenten sowie Waisenrenten bestehen.

Bis zum 1. Januar 1992 setzten sich die Renten in der ehemaligen DDR dabei aus einer Vielzahl von Leistungen zusammen, nämlich aus

- der Vollrente (Pflichtrente aus der Sozialversicherung);
- der Rente aus der freiwilligen Zusatzrentenversicherung als lohnabhängiger Ergänzung einer Pflichtrente aus der Sozialversicherung;
- einer sogenannten „zweiten Leistung“, die oft eine Hinterbliebenenrente war;
- besonderen Zuschlägen;
- dem Sozialzuschlag, der seit dem 1. Juli 1990 bei Kleinrenten gewährt wurde und diese auf einen Mindestbetrag von DM 495,- aufstockte;
- Leistungen aus anderen staatlichen Versorgungssystemen, z. B. der Unfallversicherung.

In den neuen Bundesländern gab es am 1. Januar 1991 rund 3 Mill. Rentenbezieher, davon 70 % Frauen und 30 % Männer. 90 % der Rentner waren 60 Jahre und älter. Von diesen wiederum erhielt der weitaus größte Teil eine Vollrente in Form der Versichertenrente (im wesentlichen Altersrente). Die Witwen- und Witwerrente hatte als Vollrente nur eine sehr geringe Bedeutung. Sie kam jedoch als „zweite Leistung“ mehr als 800 000 älteren Menschen, darunter fast ausschließlich Frauen, zuteil.

Der Rentenbetrag für die Vollrente einschließlich der freiwilligen Zusatzrente, der zweiten Leistung, des Sozialzuschlages und der weiteren Zuschläge belief sich

Anfang 1991 auf durchschnittlich 755 DM. Die ostdeutschen Männer erhielten zu diesem Zeitpunkt mit 909 DM eine um 28 % höhere Durchschnittsrente als die Frauen (696 DM). Diese Differenz beträgt sogar 41 % (870 DM zu 617 DM), wenn man nur die Vollrente und die freiwillige Zusatzrente betrachtet. Dies macht deutlich, daß die anderen Komponenten der Alterssicherung hauptsächlich Rentnerinnen zugute kamen.

Für die Zukunft ist davon auszugehen, daß sich die Renten im Gebiet der ehemaligen DDR rasch dem Niveau in Westdeutschland annähern. So betrug die Rentenerhöhung zum 1. Juli 1991 in den neuen Ländern 15 %, im alten Bundesgebiet hingegen 5,04 %.

## 9.6 Gesetzliche Krankenversicherung

Dem Bereich Gesundheit werden im Sozialbudget die gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung, die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall durch den Arbeitgeber, die Beihilfen im öffentlichen Dienst bei Krankheit, Mutterschaft und Tod und die Aufwendungen für den öffentlichen Gesundheitsdienst (Beratung und Aufklärung in gesundheitlichen Fragen, Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten usw.) zugerechnet.

Für die finanzielle Absicherung des Krankheitsrisikos spielt die gesetzliche Krankenversicherung eine entscheidende Rolle. Pflichtmitglieder sind Arbeiter und Angestellte, deren regelmäßiger Jahresverdienst die Beitragsbemessungsgrenze nicht übersteigt, sowie Rentner, Auszubildende, Studenten und Arbeitslose. Ferner sind die landwirtschaftlichen Unternehmer und ihre mitarbeitenden Familienangehörigen sowie einige kleinere Gruppen von Selbständigen pflichtversichert.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus standen 1989 insgesamt 53,8 Mill. Personen unter dem Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung. Rund 21,2 Mill. waren Pflichtmitglieder, 3,9 Mill. freiwillige Mitglieder und 10,8 Mill. Rentner. 17,8 Mill. waren als Familienangehörige mitversichert. Insgesamt gehörten 87 % der Bevölkerung der gesetzlichen Krankenversicherung an; 10,4 % der Bevölkerung waren Mitglieder privater Kassen, 2,4 % hatten Anspruch auf sonstigen Versicherungsschutz (z.B. Sozialhilfempfänger), nur etwa 0,3 % hatten keinen Krankenversicherungsschutz.

Im Jahre 1989 beliefen sich die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung auf rund 130 Mrd. DM; das entspricht einem Anteil von 19,1 % am Sozialbudget bzw. von rund 5,8 % am Bruttosozialprodukt. Zwischen 1970 und 1989 haben sich die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung mehr als verfünffacht. Besonders ausgeprägt war die Expansion in der ersten Hälfte der 70er Jahre. Während 1974 und 1975 noch jährliche Steigerungsraten der Ausgaben von rund 18 % zu verzeichnen waren, flachte sich der Ausgabenanstieg in der zweiten

Tab. 3: Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung  
im früheren Bundesgebiet

Art der Ausgaben	1970	1975	1980	1985	1989
	%				
Behandlung durch Ärzte und Zahnärzte, Zahnersatz	31,7	32,1	31,4	29,8	27,0
Arzneien aus Apotheken, Heil- und Hilfsmittel	16,8	14,6	19,4	20,3	21,6
Krankenhausbehandlung	23,9	28,7	28,3	29,8	31,4
Krankengeld <sup>1</sup>	9,2	7,6	7,4	5,6	6,0
Mutterschaftshilfe <sup>2</sup>	—	2,8	3,4	2,4	2,1
Sonstige Leistungen	13,6	9,7	5,9	7,5	6,8
Verwaltungskosten	4,9	4,5	4,2	4,6	5,1
Ausgaben insges.	100	100	100	100	100
Ausgaben insges. in Mill. DM	25 179	60 990	89 834	114 108	129 927

1 Bis 1970 Krankengeld bei ambulanter Behandlung, von 1971 an bei ambulanter und stationärer Behandlung.

2 Ab 1. Juli 1979 einschl. Mutterschaftsurlaubsgeld.

Tab. 4: Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung je Mitglied  
im früheren Bundesgebiet (Jährliche Veränderungen in Prozent)

Jahr	Ausgaben je Mitglied insgesamt	Darunter für				
		Behandlung durch Ärzte	Behandlung durch Zahnärzte	Arzneien aus Apotheken	Zahnersatz	Krankenhausbehandlung
1974	+ 18,4	+ 14,4	+ 26,1	+ 15,7	+ 11,2	+ 29,2
1975	+ 17,7	+ 13,3	+ 21,5	+ 12,9	+ 100,3	+ 15,0
1976	+ 8,8	+ 5,6	+ 3,7	+ 8,0	+ 26,7	+ 9,5
1977	+ 4,1	+ 3,9	+ 6,4	+ 1,3	+ 0,9	+ 5,4
1978	+ 5,4	+ 4,0	+ 6,1	+ 6,4	+ 4,8	+ 5,2
1979	+ 7,0	+ 5,6	+ 3,7	+ 5,4	+ 11,0	+ 4,9
1980	+ 9,2	+ 7,2	+ 4,2	+ 9,0	+ 12,0	+ 8,0
1981	+ 6,2	+ 6,3	+ 6,5	+ 7,3	+ 9,2	+ 6,2
1982	+ 0,5	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,7	— 14,1	+ 6,5
1983	+ 3,6	+ 5,0	+ 3,5	+ 4,9	— 4,6	+ 4,4
1984	+ 7,4	+ 6,0	+ 4,0	+ 7,0	+ 9,5	+ 5,7
1985	+ 4,4	+ 3,3	+ 0,8	+ 6,2	+ 3,8	+ 4,4
1986	+ 4,4	+ 2,5	+ 6,9	+ 5,5	— 10,6	+ 6,7
1987	+ 3,5	+ 2,6	+ 2,1	+ 6,4	— 9,6	+ 3,8
1988	+ 6,7	+ 2,5	+ 3,6	+ 7,4	+ 52,4	+ 2,6
1989	— 3,9	+ 4,0	— 1,4	— 1,7	— 49,9	+ 2,7

Quellen: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Hälfte der 70er Jahre ab. Vor allem zu Beginn der 80er Jahre waren die Bemühungen um die Kostendämpfung im Gesundheitswesen vorübergehend erfolgreich. In den Jahren 1983 bis 1988 wurden Kostensteigerungen zwischen 3,6 und 7,9 % festgestellt. 1989 brachte das Gesundheits-Reformgesetz einen vorübergehenden Ausgabenrückgang von 3,9 % je Mitglied.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Beitragssätzen wider. Die Krankenversicherungen, die sich zu über 96 % aus Beiträgen finanzieren, konnten die Mehrausgaben trotz gestiegener Arbeitsentgelte nicht durch zusätzliche Einnahmen ausgleichen. Daher wurde der Beitragssatz im Durchschnitt von 8,2 % des Grundlohns im Jahr 1970 auf 12,2 % (1991) erhöht.

1989 entfielen 27 % der Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen auf Arzt-, Zahnarzt- und Zahnersatzleistungen, 31 % mußten für Krankenhauskosten aufgebracht werden, weitere 22 % für Arzneien sowie Heil- und Hilfsmittel.

## 9.7 Arbeitsförderung

Zum Maßnahmenkatalog der Arbeitsförderung gehören neben den Leistungen bei Arbeitslosigkeit (Zahlung von Arbeitslosengeld und -hilfe) und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (Konkursausfallgeld) auch Maßnahmen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen (Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld), die Arbeitsvermittlung sowie die Förderung der beruflichen Bildung und die Gewährung von berufsfördernden Leistungen zur Rehabilitation. Somit wurden über den Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit hinaus (eingeführt im Jahr 1927) neue Akzente der Arbeitsmarktpolitik dadurch gesetzt, daß die Unterhaltszahlungen an Arbeitslose in immer stärkerem Umfang durch gezielte Förderungsmaßnahmen zur beruflichen Qualifizierung von Personen ohne Beschäftigung ergänzt werden.

Die Leistungen der Arbeitsförderung umfaßten 1990 49 Mrd.DM, gegenüber 23 Mrd.DM 1980 und 4 Mrd.DM 1970. Im Hinblick auf die Ausgaben war die Arbeitsförderung damit 1990 die drittgrößte Institution im Rahmen der allgemeinen Systeme der sozialen Sicherung.

Von den Gesamtausgaben wurden 1990 17,0 Mrd.DM für Arbeitslosengeld und 7,6 Mrd. DM für Arbeitslosenhilfe aufgewendet, zusammen flossen also rund 49 % der Ausgaben in die unmittelbare Unterstützung von Arbeitslosen.

Dabei erhielten im Jahresdurchschnitt rund 799 000 Personen Arbeitslosengeld und 433 000 Arbeitslosenhilfe. Das bedeutet, daß von den Arbeitslosen bei weitem nicht alle Anspruch auf Leistungen hatten. Nach einer Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit Ende September 1989 erhielten rund 22 % der Arbeitslosen keine Unterstützung durch das Arbeitsamt. 1980 hatten 24 % der Arbeitslosen keine Leistungen bezogen, 1975 waren es 14 %.

Tab. 5: Daten der Arbeitsförderung im früheren Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	1970	1975	1980	1985	1990
	1 000				
Arbeitslose	149	1 074	889	2 304	1 883
Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe	113	817	576	1 453	1 232
	Mill. DM				
Einnahmen					
der Bundesanstalt für Arbeit	3 574	9 234 <sup>1</sup>	19 050 <sup>1</sup>	32 043	40 703
darunter:					
Beiträge	3 097	7 786	17 321	29 492	38 375
Ausgaben					
der Bundesanstalt für Arbeit	3 907	17 836	21 674	29 737	41 423
darunter:					
für Arbeitslosigkeit <sup>2</sup>	703	8 804	9 857	14 644	17 282
Kurzarbeitergeld, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	26	2 334	1 496	3 446	3 006
Mittel des Bundes für Arbeitslosenhilfe	19	203	363	9 126	7 592

1 Ohne Darlehen und Zuschüsse des Bundes gemäß § 187 AFG.

2 Arbeitslosengeld, Konkursausfallgeld, bis 1980 einschließlich Anschluß-Arbeitslosenhilfe.

Der Umfang der Leistungen liegt beim Arbeitslosengeld bei 68 % des letzten Nettoeinkommens für Arbeitslose mit Kindern und bei 63 % für Arbeitslose ohne Kinder. Die Arbeitslosenhilfe erreicht 58 % des letzten Nettoeinkommens für Hilfeempfänger mit Kindern bzw. 56 % für Personen ohne Kinder. (Weitere Angaben vgl. 3.11).

Neben den Ausgaben zur Unterstützung von Arbeitslosen war die Förderung der beruflichen Bildung ein wichtiger Ausgabenposten; hierfür wurden 1990 7,2 Mrd. DM oder 14,7 % der gesamten Ausgaben für Arbeitsförderung aufgebracht.

Die Maßnahmen der Arbeitsförderung werden überwiegend aus Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Arbeitslosenversicherung finanziert. Der Beitragssatz lag 1985 bei 4,2 % des Bruttoeinkommens, zum 1. 1. 1987 wurde er auf 4,3 % und am 1. 4. 1991 auf 6,8 % heraufgesetzt. Hiervon tragen Beschäftigte und Arbeitgeber jeweils die Hälfte. Von den Arbeitgebern werden außerdem Umlagen erhoben, die zur Finanzierung des Konkursausfallgeldes und der Winterbau-Umlage dienen. Darüber hinaus trägt der Bund die Arbeitslosenhilfe; er ist auch verpflichtet, Darlehen und Zuschüsse zu gewähren, wenn die Bundesanstalt für Arbeit ihre Leistungen nicht aus eigenen Einnahmen und ihrer Rücklage finanzieren kann.

## 9.8 Sozialhilfe im früheren Bundesgebiet

Anspruch auf Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz hat jeder, der sich in einer Notlage befindet, die er nicht aus eigenen Kräften und Mitteln beheben kann. Die Sozialhilfe greift immer dann ein, wenn andere Personen, andere Sozialleistungssysteme oder sonstige Stellen Leistungen nicht vorsehen oder keine zulänglichen Hilfen erbringen.

1989 wurden 32,0 Mrd. DM im Rahmen der Sozialhilfe ausgegeben, darunter 28,8 Mrd. DM für die Sozialhilfe im engeren Sinne (nach dem Bundessozialhilfegesetz). Die Sozialhilfe im engeren Sinn umfaßt die Hilfe zum Lebensunterhalt sowie die Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die Hilfe zum Lebensunterhalt deckt Grundbedürfnisse des täglichen Lebens ab. Sie muß häufig dann in Anspruch genommen werden, wenn gegenüber der Rentenversicherung nur unzureichende Versorgungsansprüche bestehen oder wenn der Verlust des Arbeitsplatzes Einkommensausfälle mit sich bringt. Die Hilfe in besonderen Lebenslagen dient der Behebung von speziellen sozialen Notständen (z.B. Hilfe während einer Krankheit oder für Behinderte). Beide Leistungen werden sowohl außerhalb von als auch in Einrichtungen (z.B. Pflegeheime, Altenheime, Anstalten) gewährt.

1989 wurden insgesamt 3,6 Mill. Personen dauernd oder zeitweise durch die Sozialhilfe unterstützt. 2,8 Mill. bezogen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und 1,4 Mill. Hilfe in besonderen Lebenslagen. (Eine Person kann beide Hilfearten beziehen; daher ist die Gesamtzahl der Leistungsfälle größer als die Gesamtzahl

Tab. 6: Sozialhilfe – Empfänger und Ausgaben im früheren Bundesgebiet

	1970	1980	1985	1989
	1 000			
Sozialhilfeempfänger				
Insgesamt	1 491	2 144	2 814	3 626
Männlich	557	864	1 228	1 642
Weiblich	934	1 280	1 586	1 984
Deutsche	1 471	1 981	2 488	2 955
Ausländer	20	163	325	671
Alter				
unter 18	440	605	774	1 027
18–24	55	194	362	429
25–59	389	675	1 087	1 486
60 und mehr	607	670	591	685
darunter weiblich	447	523	462	520
	Mill. DM			
Ausgaben für Sozialhilfe	3 335	13 266	20 846	28 775



der unterstützten Personen). 18 % der Hilfeempfänger wurden durch Hilfe in Einrichtungen versorgt.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung erhielten 1989 von den männlichen Einwohnern 5,4 %, von den weiblichen Einwohnern 6,1 % Sozialhilfe. Von den 3,6 Mill. Sozialhilfeempfängern im Jahre 1989 waren 1 026 600 unter 18 Jahre, 428 500 18 bis 24 Jahre, 1 485 800 25 bis 59 Jahre und 685 200 60 Jahre oder älter. Von diesen waren 520 300 Frauen. Der Anteil der 60jährigen oder älteren Frauen an der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger ist zwar seit 1970 von 30,0 % auf 14,3 % (1989) gesunken, ist aber noch immer größer als der entsprechende Anteil der 60jährigen oder älteren Frauen an der Wohnbevölkerung (13,1 %). Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß es unter den älteren Frauen viele gibt, die aufgrund mangelnder (eigener) früherer Erwerbstätigkeit keine oder zu niedrige Rentenansprüche haben.

Von 1970 bis 1989 stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger um 143 %. Die Zahl der Ausländer in dieser Gruppe erhöhte sich im gleichen Zeitraum um das Vierunddreißigfache. Dies ist vor allem auf die gestiegene Zahl von Asylbewerbern zurückzuführen, die zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts bis zur Entscheidung über ihren

Tab. 7: Hauptursache der Hilfgewährung bei Haushalten von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt im früheren Bundesgebiet

Hauptursache der Hilfgewährung	Haushalte				
	1970 <sup>1</sup>	1975 <sup>1</sup>	1980	1985	1989
			%		
Krankheit	18,9	13,5	9,3	6,3	5,8
Tod des Ernährers	2,2	1,7	1,2	0,9	0,7
Ausfall des Ernährers	8,2	7,4	13,2	12,4	10,5
Unwirtschaftliches Verhalten	1,2	1,2	1,6	1,0	0,5
Arbeitslosigkeit <sup>2</sup>	-	-	9,8	24,9	32,6
Unzureichende Versicherungs- oder Versorgungsansprüche <sup>2</sup>	-	-	25,8	17,9	12,3
Unzureichendes Erwerbseinkommen <sup>3</sup>	46,8	50,6	6,8	7,0	5,5
Sonstige Ursachen	22,8	25,6	32,4	29,6	32,1
Insgesamt	100	100	100	100	100
Gesamtzahl der Haushalte mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	295 874	424 690	823 951	1 239 838	1 594 411

<sup>1</sup> Ohne Bremen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

<sup>2</sup> Nachweis erfolgt erst ab 1978.

<sup>3</sup> Bis 1977: Unzureichendes Einkommen.

Asylantrag zunächst auf Sozialhilfe angewiesen sind. In den letzten Jahren kamen vor allem Arbeitslose hinzu, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe (mehr) haben.

Die 2,8 Mill. Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt verteilten sich 1989 auf insgesamt 1,6 Mill. Haushalte. Damit wurde 1989 jedem 17. Haushalt mindestens für einen Monat Sozialhilfe gewährt; 1975 war es nur jeder 37. Haushalt. Als hauptsächliche Ursache für die Inanspruchnahme von Sozialhilfe gaben 1989 32,6 % der Haushalte Arbeitslosigkeit an. 1980 waren es erst knapp 10 %.

Wesentlich stärker als die Gesamtzahl der Empfänger erhöhten sich zwischen 1970 und 1989 die Ausgaben für Sozialhilfe, und zwar von 3,3 Mrd. DM auf 28,8 Mrd. DM, also auf mehr als das Achteinhalbfache. Die Gründe für die Ausgabenerhöhung liegen neben der Ausweitung des anspruchsberechtigten Personenkreises und einer stärkeren Inanspruchnahme der Sozialhilfeleistungen durch die Hilfesuchenden auch in den Leistungserhöhungen insbesondere in den 70er Jahren.

Die Finanzierung der Leistungen fällt überwiegend den kommunalen Gebietskörperschaften zu. Jährliche Ausgabensteigerungen in einer Größenordnung von rund 7 bis 11 % in den Jahren von 1981 bis 1989 stellen eine große Belastung für die Gemeinden dar – auch wenn man berücksichtigt, daß die Länder (durch den Finanzausgleich) sowie Sozialleistungsträger und Unterhaltspflichtige (durch Ersatzleistungen) an der Finanzierung der Sozialhilfe beteiligt sind.

Wie in früheren Jahren waren 1989 vor allem die Stadtstaaten relativ stark betroffen. Die durchschnittlichen Bruttoausgaben je Einwohner beliefen sich dort im Durchschnitt auf 939 DM, in den Flächenländern dagegen nur auf 428 DM.

## 9.9 Sozialhilfe in den neuen Bundesländern

Am 1. 1. 1990 wurde in der ehemaligen DDR erstmalig ein System der Sozialhilfe eingeführt. Die Rechtsgrundlage, das „Gesetz über den Anspruch auf Sozialhilfe“ (Sozialhilfegesetz), lehnte sich eng an die Vorschriften des Bundessozialhilfegesetzes an, von dem es am 1. 1. 1991 abgelöst wurde, umfaßte jedoch nur einen Teil der darin vorgesehenen Hilfen. Am bedeutendsten ist dabei die „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen“ (HLU). Sie soll Personen, die nicht in Heimen o.ä. leben, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Kräften bestreiten können und denen die notwendige materielle Hilfe auch nicht von Dritten, z. B. von Angehörigen oder anderen Sozialleistungsträgern zuteil wird, ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. HLU entspricht somit weitgehend dem, was landläufig unter dem Begriff „Sozialhilfe“ verstanden wird.

Am Jahresende 1990, also ein halbes Jahr nach Einführung der Sozialhilfe, waren 128 100 Menschen (62 500 Männer und 65 600 Frauen) in den neuen Bundeslän-

dern auf die Unterstützung durch HLU angewiesen. Mehr als die Hälfte davon war jünger als 25 Jahre, während die älteren Mitmenschen über 60 Jahre nur gut 2 % der Sozialhilfeempfänger ausmachten. Der Anteil der ausländischen Mitbürger lag deutlich unter 3 %.

Die Hilfeempfänger verteilten sich auf insgesamt 60 400 Haushalte, wovon fast die Hälfte „Single“-Haushalte und knapp ein Viertel Haushalte von alleinerziehenden Frauen waren. In gut 40 % der betroffenen Familien lebten Kinder unter 15 Jahre. Die Notlage, die zur Inanspruchnahme von HLU führte, wurde in fast 90 % dieser Fälle durch Arbeitslosigkeit oder ein zu geringes Arbeitseinkommen hervorgerufen.

Neben der HLU sah das Sozialhilfegesetz auch noch weitere Hilfen vor (so z. B. die Hilfe zur Pflege in Einrichtungen), die jedoch im gesamten zweiten Halbjahr lediglich 6 200 Empfänger beanspruchten.

Die Sozialhilfeausgaben beliefen sich im Beitrittsgebiet in der zweiten Jahreshälfte 1990 auf insgesamt 120 Mill. DM. Auf die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen entfielen davon 75 %. Den Aufwendungen standen Einnahmen in Höhe von 3,5 Mill. DM gegenüber, so daß die sogenannten Nettoausgaben rund 116 Mill. DM betrugen; je Einwohner sind dies etwas mehr als 7 DM.

Bei der Bewertung und Interpretation der hier präsentierten Ergebnisse ist zu beachten, daß sie eine erste Momentaufnahme der Situation in den neuen Ländern darstellen. Für die Zukunft ist mit einem dynamischen Anstieg sowohl der Empfängerzahlen als auch der Ausgaben für Sozialhilfe zu rechnen. Ein erstes Indiz dafür ist, daß sich die Zahl der Hilfeempfänger im vierten Quartal 1990 im Vergleich zum Vorquartal mehr als verdoppelt hat.

## 9.10 Kindergeld

Das Kindergeld hat im Rahmen der staatlichen Leistungen für Familien zentrale Bedeutung. Es ist die häufigste staatliche Transferzahlung überhaupt.

1990 bezogen 6,2 Mill. Berechtigte Kindergeld für 10,2 Mill. Kinder. Hinzu kommen rund 2,7 Mill. Kinder von Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die das Kindergeld von ihren Arbeitgebern direkt erhalten.

1975 wurde 7,3 Mill. Berechtigten für 14,1 Mill. Kinder Kindergeld gewährt (ohne Kinder von Angehörigen des öffentlichen Dienstes). Den rückläufigen Kinderzahlen standen bis 1981 steigende Ausgaben gegenüber, da die Kindergeldsätze mehrfach erhöht wurden. Staatliche Sparmaßnahmen führten dann zu einem deutlichen Ausgabenrückgang. 1975 brachte der Bund, der die Mittel für das Kindergeld zur Verfügung stellt, 11,6 Mrd. DM für das Kindergeld auf, 1981 waren es 14,6 Mrd. DM, 1985 10,9 Mrd. DM und 1990 11,4 Mrd. DM.

Tab. 8: Kindergeld (ohne öffentlichen Dienst) im früheren Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1975	1981	1985	1990
Berechtigte insgesamt	1 000	7 333	6 905	6 408	6 206
davon: Deutsche	1 000	6 452	6 119	5 722	5 473
Ausländer	1 000	881	786	686	733
Kinder <sup>1</sup> insgesamt	1 000	14 065	12 299	10 664	10 203
davon: Deutsche	1 000	12 085	10 470	9 215	8 756
Ausländer	1 000	1 980	1 829	1 450	1 447
Ausgezahlte Beträge	Mill. DM	11 588	14 610	10 901	11 368

1 Für die an die Empfangsberechtigten Kindergeld gezahlt wurde.

Von den Kindern, für die Kindergeld gezahlt wurde, waren 1990 60 % Erstkinder, 29 % Zweitkinder und 11 % dritte und weitere Kinder. Gegenüber 1975 hat der Anteil der Erstkinder zu-, der Anteil der dritten und weiteren Kinder abgenommen.

Alle diese Angaben sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß das Kindergeld seit 1975 für alle Kinder unter 16 Jahren gewährt wird – unabhängig von der Bedürftigkeit der Familie –, seine Höhe richtet sich jedoch (seit Januar 1983) ab dem zweiten Kind nach dem Einkommen der Eltern. Für das erste Kind werden allgemein 50 DM gezahlt, für das zweite Kind mindestens 70 DM, für das dritte und weitere mindestens 140 DM. Die entsprechenden Höchstbeträge liegen bei 130 DM (seit 1. Juli 1990), 220 und 240 DM.

Über die Vollendung des 16. Lebensjahres hinaus wird Kindergeld für Jugendliche in einer Schul- oder Berufsausbildung sowie für arbeitslose Jugendliche gezahlt. Vor dem Hintergrund der Jugendarbeitslosigkeit (siehe Kap. 3), die nicht zuletzt eine große finanzielle Belastung für die betroffenen Familien darstellt, wird seit 1. Januar 1985 Kindergeld nicht nur für arbeitslose 16- bis 18jährige, sondern auch für 18- bis 21jährige ohne Beschäftigung gezahlt.

Im Zusammenhang mit der Steuerreform erhöhten sich die Kinderfreibeträge; daher wird Berechtigten, die wegen niedriger Einkommen den steuerlichen Kinderfreibetrag nicht oder nicht voll nutzen können, ein Zuschlag zum Kindergeld bis zu 48 DM monatlich je Kind gewährt.

# 10 Rechtspflege

## 10.1 Einführung

Eine der wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaates besteht darin, für die Verwirklichung und Einhaltung des von der Volksvertretung gesetzten Rechts zu sorgen. Bei einer von der Gewaltenteilung bestimmten Verfassung – wie dem Grundgesetz – fällt diese Aufgabe der sogenannten „dritten“ Gewalt, der Rechtspflege, zu.

Zur Rechtspflege gehört aber nicht nur das Tätigwerden der Gerichte, in denen von unabhängigen Richtern Recht gesprochen wird, sondern auch die Vollstreckung dessen, was für Recht befunden wurde, beispielsweise im Strafvollzug oder durch Gerichtsvollzieher. Im weiteren Sinn kann man auch die Tätigkeit der Polizei als Teil der Rechtspflege sehen, soweit sie mit der Verhinderung von Straftaten einerseits und der Ermittlung von Tatverdächtigen in Strafsachen andererseits befaßt ist.

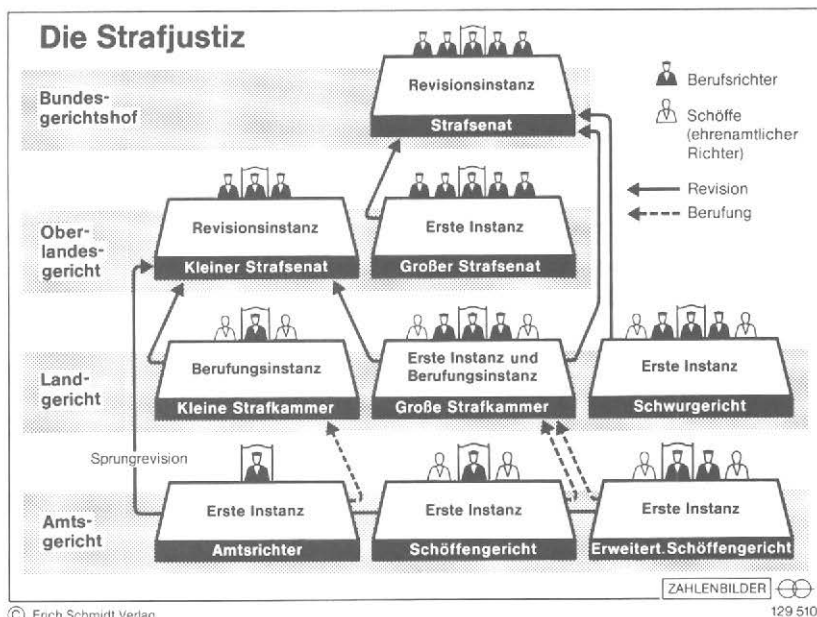
Sämtliche Angaben in diesem Kapitel beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Aufgrund des anderen Rechtssystems und der anderen Erfassungsmethoden sind sie mit Daten aus der ehemaligen DDR nicht vergleichbar.

## 10.2 Gerichte

Die Gerichtsbarkeit umfaßt zum einen die ordentlichen Gerichte, die für Zivil- und Strafsachen zuständig sind, zum anderen die besonderen Gerichte, die sich mit Arbeits-, Sozial-, Verwaltungs- bzw. Finanzrechtsfragen befassen. Jeder dieser Zweige der Gerichtsbarkeit ist in mehrere Ebenen oder Instanzen gegliedert (bei den ordentlichen Gerichten vier: Amtsgericht – Landgericht – Oberlandesgericht – Bundesgerichtshof; bei Arbeits-, Verwaltungs- und Sozialgerichten drei und bei den Finanzgerichten zwei). Grundsätzlich besteht immer die Möglichkeit, gegen die Entscheidungen der Eingangsinstanzen Rechtsmittel einzulegen und damit diese Entscheidungen in Berufungs- oder Revisionsverfahren durch höhere Gerichtsinstanzen überprüfen zu lassen. (Dabei richtet sich die Berufung gegen die tatsächliche, die Revision gegen die rechtliche Würdigung des Falles).

Am 1. Januar 1990 gab es im früheren Bundesgebiet insgesamt 665 Gerichte, die in Zivil- und Strafsachen tätig waren. Darüber hinaus bestanden 95 (erstinstanzliche) Arbeitsgerichte und insgesamt 99 (erstinstanzliche) Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichte.

# Die Strafjustiz



© Erich Schmidt Verlag

## Der Gang eines Zivilprozesses



© Erich Schmidt Verlag

Die Rechtsprechung wird grundsätzlich durch die Gerichte der Länder ausgeübt. Als letzte Instanz können in der Regel die acht Bundesgerichte (Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof, Bundesverwaltungsgericht, Bundesfinanzhof, Bundesarbeitsgericht, Bundessozialgericht, Bundespatentgericht, Bundesdisziplinargericht) angerufen werden.

Unter den Bundesgerichten hat das Bundesverfassungsgericht als „Hüter der Verfassung“ einen besonderen Rang. Seinem Status nach ist es zugleich Gericht und Verfassungsorgan. Neben der Klarstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und der Entscheidung bei Verfassungsstreitigkeiten zwischen Staatsorganen ist es auch zur Wahrung der Grundrechte des einzelnen Bürgers berufen. Zu seiner umfassenden Kompetenz gehört darüber hinaus auch die Prüfung, ob Bundes- und Landesrecht mit dem Grundgesetz und ob Landesrecht mit Bundesrecht vereinbar ist (Normenkontrolle). Es besteht aus zwei Senaten mit jeweils acht Richtern, die je zur Hälfte vom Bundestag (durch einen Wahlmännernausschuß) und vom Bundesrat gewählt werden. Ihre Amtszeit dauert zwölf Jahre; sie können nicht wiedergewählt werden.

Tab. 1: Gerichte am 1. Januar 1990 im früheren Bundesgebiet

Zivil- und Strafgerichte	665
Amtsgerichte	551
Landgerichte	94
Oberlandesgerichte	20
Arbeitsgerichte (erstinstanzliche)	95
Verwaltungsgerichte (erstinstanzliche)	35
Sozialgerichte (erstinstanzliche)	50
Finanzgerichte (erstinstanzliche)	14
Bundesgerichte	8

An den Gerichten im früheren Bundesgebiet waren am 1. Januar 1989 insgesamt 17 627 Richter (im Landes- und Bundesdienst) tätig, gegenüber 12 954 zum Jahresbeginn 1971. Die Zahl der Staatsanwälte betrug 1989 3 759 (1971: 2 709), die der Rechtsanwälte 46 397 (1971: 18 240). Außerdem waren 7 710 Anwaltsnotare (1971: 5 358) und 1 014 Notare (1971: 802) zugelassen. Diese deutliche Zunahme der Anzahl der in der Rechtspflege tätigen Personen wird verständlich, wenn man sie im Zusammenhang mit dem steigenden Geschäftsanfall bei den meisten Gerichten sieht (vgl. Tab. 2).

Allein bei den Amtsgerichten wurden 1989 1,6 Mill. Zivilverfahren (darunter rund 367 000 Familiengerichtsverfahren) und (1988) 1,4 Mill. Strafverfahren (einschl. Bußgeldverfahren) erledigt. Das waren doppelt so viele Verfahren wie 1970.

Tab. 2: Erledigte Verfahren bei ausgewählten Gerichten<sup>1</sup>  
im früheren Bundesgebiet

Gerichte/Verfahren	1970	1987	1989
<i>Amtsgerichte</i> (Zivilgerichte, seit 1977 ohne Familien- gerichte)			
Erledigte Verfahren	863 472	1 314 642	1 244 608
<i>Familiengerichte</i> <sup>2</sup>			
Erledigte Verfahren	x	376 972	367 122
darunter Scheidungsverfahren	x	159 461	154 301
<i>Amtsgerichte (Strafgerichte)</i>			
Erledigte Verfahren	734 656 <sup>3</sup>	1 365 866	1 399 887 <sup>4</sup>
davon Verbrechen	11 581	6 507	6 379
Vergehen	497 139	670 598	679 491
Ordnungswidrigkeiten	213 010	688 761	714 017
Übertretungen	12 926	x	x
<i>Arbeitsgerichte</i>			
Erledigte Klagen	187 084	366 848	335 843
darunter Gegenstand der Klage: Arbeitsentgelt	111 408	119 510	109 210
<i>Sozialgerichte</i>			
Erledigte Klagen	152 768	168 392	170 558
darunter Gegenstand der Klage: Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	82 150	55 337	53 136
<i>Verwaltungsgerichte</i>			
Erledigte Klagen	48 849	113 845	115 319
<i>Finanzgerichte</i>			
Erledigte Verfahren	20 027 <sup>3</sup>	42 760 <sup>4</sup>	46 729 <sup>5</sup>
<i>Bundesverfassungsgericht</i> (Erster und Zweiter Senat)			
Erledigte Verfahren	1 660	2 993	3 584
Eingereichte Verfassungsbeschwerden	1 606	3 358	3 693
Eingereichte Normenkontrollverfahren	60	74	30

1 Da nur ausgewählte Gerichte aufgeführt sind, liegt die Gesamtzahl der erledigten Gerichtsverfahren wesentlich höher als die Summe der hier angegebenen Werte.

2 1977 neu eingerichtet.

3 1971.

4 1988.

5 Finanzgerichte: Bundesgebiet ohne Bayern. Zahlen sind mit denen für 1970 bzw. 1971 nicht vergleichbar.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der Geschäftsanfall bei den Amtsgerichten durch die Einrichtung der Familiengerichte ab Mitte 1977 sprunghaft anstieg. Bis 1977 waren die Landgerichte für Ehesachen zuständig. Auch bei den Arbeitsge-



richten, den Verwaltungsgerichten und den Finanzgerichten hat sich der Geschäftsanfall innerhalb der letzten Jahre beträchtlich erhöht.

Diese Entwicklung wird bei den Strafgerichten durch die wachsende Zahl der Straftaten verursacht (vgl. 10.3.1). Bei den übrigen Gerichten sind die Gründe weniger offenkundig. Möglicherweise spielt aber die größere Bereitschaft, sich auf gerichtlichem Wege gegen vermeintliche oder tatsächliche Ungerechtigkeiten zur Wehr zu setzen, eine Rolle.

## 10.3 Straffälligkeit

### 10.3.1 Tatermittlung

1989 sind bei den Polizeidienststellen in den elf alten Bundesländern 4,4 Mill. Straftaten (ohne Straßenverkehrsdelikte) bekanntgeworden. Schwer abzuschätzen ist die Dunkelziffer, d.h. die Zahl der Straftaten, die unbekannt bleiben oder nicht angezeigt werden. Von den gemeldeten Straftaten konnten 47 % aufgeklärt werden; in diesen Fällen wurde nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis zumindest ein namentlich bekannter Tatverdächtiger festgestellt. 1970 waren von 2,4 Mill. Straftaten 48 % aufgeklärt worden.

Um einen Vergleich unabhängig von der veränderten Bevölkerungszahl zu ermöglichen, werden die Straftaten je 1 000 Einwohner berechnet. 1970 wurden im früheren Bundesgebiet je 1 000 Einwohner knapp 40 Straftaten bekannt. 1989 waren es 71. Häufigste Straftat ist seit Jahren der Diebstahl. 1989 sind 2,6 Mill. Diebstahlsfälle bekanntgeworden, gegenüber 2 385 Fällen von versuchtem oder vollendetem Mord oder Totschlag. Die Aufklärungsquote ist in der Regel relativ stark von der Schwere des Verbrechens bzw. Vergehens abhängig. So wurden z.B. 1989 nur 29 % aller Diebstähle, aber 95 % aller Mord- und Totschlagsfälle (einschl. Fälle von versuchtem Mord oder Totschlag) aufgeklärt.

Tab. 3: Straftaten und Aufklärungsquote im früheren Bundesgebiet

Jahr	Bekanntgewordene Straftaten		Aufklärungsquote
	insgesamt	auf 1 000 Einwohner	%
1960	2 034 239	37	65,6
1970	2 413 586	40	48,3
1980	3 815 774	62	44,9
1985	4 215 451	69	47,2
1987	4 444 108	72	44,2
1989	4 358 573	71	47,2

### 10.3.2 Strafverfolgung

Die Polizei ist als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft verpflichtet, alle ihr durch Strafanzeige oder anderweitig bekanntgewordenen Straftaten zu verfolgen und den Sachverhalt gründlich und umfassend zu ermitteln.

Nach Abschluß dieses Ermittlungsverfahrens entscheidet die Staatsanwaltschaft, ob sie Anklage erhebt, einen Strafbefehl beantragt (hier dürfen nur Geldstrafen verhängt werden), Auflagen erteilt oder das Verfahren einstellt. Wird Anklage erhoben, muß das Gericht auf der Basis des ermittelten Sachverhalts entscheiden, ob ein Hauptverfahren eröffnet wird.

Dieses Strafverfahren kann zu einer Verurteilung führen, es kann aber auch mit Freispruch des Angeklagten, mit Einstellung des Verfahrens oder damit enden, daß von einer Strafe abgesehen wird.

Tab. 4: Strafen im früheren Bundesgebiet 1970 und 1989

*a) Nach allgemeinem Strafrecht erkannte Strafen*

Art der Strafe	1970	1987	1989
<i>Freiheitsstrafe</i>	88 248	108 528	104 890
davon			
bis einschließlich 1 Jahr	79 100	90 567	87 373
mehr als 1 Jahr bis einschließlich 5 Jahre	8 676	16 727	16 388
mehr als 5 Jahre			
bis einschließlich 15 Jahre	402	1 156	1 069
lebenslang	70	78	60
<i>Strafarrest</i>	626	446	302
<i>Geldstrafe</i> (allein)	464 818	482 347	503 356
Insgesamt	553 692	591 321	608 548

*b) Nach Jugendstrafrecht erkannte Jugendstrafen bzw. sonstige Maßnahmen*

Art der Strafe bzw. Maßnahmen	1970	1987	1989
<i>Jugendstrafe</i>	11 687	15 054	13 090
darunter: 6 Monate			
bis einschließlich 1 Jahr	8 318	9 552	8 139
<i>Zuchtmittel</i> (z. B. Arrest, Zahlung eines Geldbetrages, Verwarnung)	101 061	83 496	70 543
<i>Erziehungsmaßregeln</i> (z. B. Erteilung von Weisungen)	13 153	41 659	35 451
Strafen bzw. Maßnahmen insgesamt <sup>1</sup>	125 901	140 209	119 084
dagegen Verurteilte insgesamt	89 593	100 073	84 951

<sup>1</sup> Strafen und Maßnahmen können nebeneinander angeordnet werden, so daß ihre Gesamtzahl höher ist als die Zahl der Verurteilten.

Tab. 5: Verurteilte nach Deliktgruppen im früheren Bundesgebiet

Delikt	1960 <sup>1</sup>	1970	1980	1985	1987	1989
	%					
Straftaten im Straßenverkehr	42,1	47,9	45,0	37,2	36,7	37,0
Straftaten gegen die Person						
Körperverletzung						
(auch schwere)	5,6	4,2	4,4	4,6	4,6	4,6
andere gegen die Person <sup>2</sup>	7,6	4,7	4,0	3,8	3,9	4,1
Straftaten gegen das Vermögen						
Diebstahl und Unterschlagung	16,8	21,6	22,2	25,2	24,0	22,7
Betrug und Untreue,						
Urkundenfälschung	8,9	5,8	7,1	11,4	12,6	12,9
andere gegen das Vermögen <sup>3</sup>	3,8	3,1	3,1	3,4	3,4	3,2
Straftaten gegen den Staat,						
die öffentliche Ordnung						
und im Amt	3,8	2,5	2,3	2,6	2,6	2,5
Übrige Verbrechen						
und Vergehen	11,5	10,3	11,9	11,8	12,2	13,0

1 Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin (West)).

2 Mord, Totschlag, gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Beleidigung usw.

3 Raub, Erpressung, Begünstigung, Hehlerei, Sachbeschädigung usw.

Erst die Erläuterung dieser Zusammenhänge macht verständlich, weshalb die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen so viel höher liegt als die Zahl der Verurteilten. Hinzu kommt, daß eine große Zahl von Personen (im Zusammenhang mit verschiedenen Delikten) mehrfach als tatverdächtig erfaßt wird, aber nur einmal im Rahmen der Strafverfolgungsstatistik erscheint. Insgesamt sind also die Angaben zu den Tatverdächtigen und die der Verurteilten nur bedingt vergleichbar.

Bezieht man die Straßenverkehrsdelikte ein, so wurden 1989 im früheren Bundesgebiet 693 499 Personen im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses verurteilt, und zwar 37 % wegen Vergehen im Straßenverkehr, 63 % wegen sonstiger Vergehen und Verbrechen.

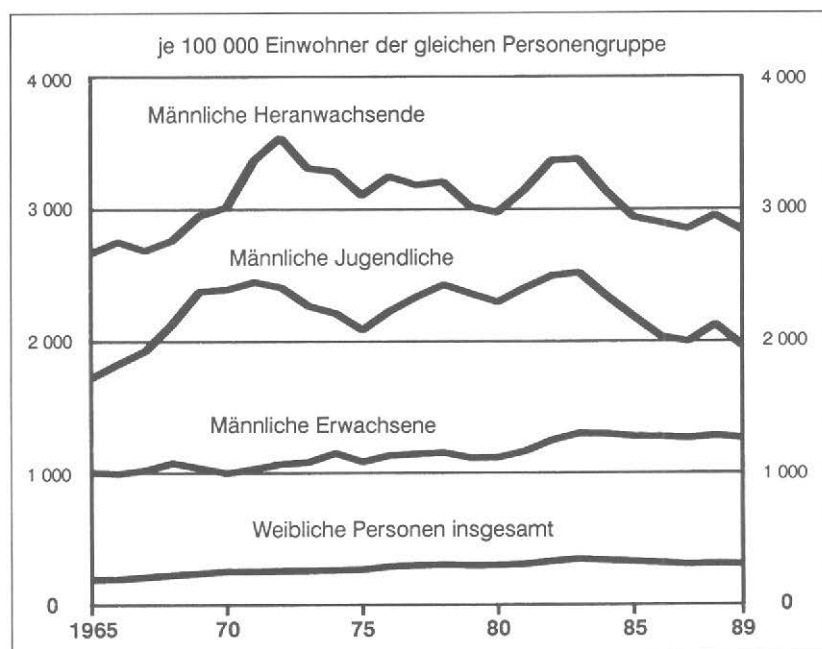
Von den Personen, die nicht im Zusammenhang mit Vergehen im Straßenverkehr verurteilt wurden, haben 1989 63 % eine Straftat gegen das Vermögen (z.B. Diebstahl, Unterschlagung, Raub) begangen. Die Zahl derer, die wegen einer Straftat gegen die Person (z.B. Mord, Körperverletzung) verurteilt wurden, liegt dagegen wesentlich niedriger (1989 bei 14 % der Verurteilten).

Je 100 000 strafmündige Einwohner der elf alten Bundesländer wurden 1989 insgesamt 1 304 Personen verurteilt. Unterscheidet man zwischen kriminologisch wichtigen Personengruppen, so ergibt sich ein differenziertes Bild: Männer wurden 1989 annähernd fünfmal so oft straffällig wie Frauen, Heranwachsende fast

doppelt so häufig wie Erwachsene. Betrachtet man die Entwicklung der Verurteilungsziffern (s. Abb. 1) in den letzten drei Jahrzehnten, so zeigt sich ab Mitte der 60er Jahre eine ausgeprägte Zunahme der Straffälligkeit, bei den Frauen sogar um mehr als 50 %. Erst in den letzten Jahren sind die Verurteilungsziffern wieder deutlich zurückgegangen. Sehr viel häufiger als vor 30 Jahren gab es Verurteilungen wegen Betrug. Vor allem aber Diebstahl führte 1989 beträchtlich häufiger zur Verhängung einer Strafe als zu Beginn der 60er Jahre. Demgegenüber ist die Zahl der Verurteilungen wegen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, wegen gemeingefährlicher Straftaten sowie wegen Straftaten gegen den Staat und die öffentliche Ordnung zurückgegangen.

Von den im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses Verurteilten wurden 1989 im früheren Bundesgebiet etwa 609 000 Personen nach allgemeinem und 85 000 Personen nach Jugendstrafrecht verurteilt. Eine Freiheits- und Jugendstrafe bzw. Strafarrrest wurde 1989 in rund 118 000 Fällen verhängt, wobei in 96 000 Fällen

Abb. 1: Wegen Verbrechen und Vergehen<sup>1</sup> Verurteilte im früheren Bundesgebiet



1 Ohne Vergehen im Straßenverkehr.

2 Bis 1960 ohne Saarland und Berlin (West).

auf eine Strafdauer von nicht mehr als einem Jahr erkannt wurde. In 67 % der Fälle wurde die Verbüßung der freiheitsentziehenden Strafe zur Bewährung ausgesetzt.

### 10.3.3 Strafvollzug

In den Justizvollzugsanstalten in den elf alten Bundesländern saßen am 31. März 1989 40 806 Strafgefangene sowie 204 Sicherungsverwahrte ein. Die Mehrzahl von ihnen, nämlich 23 635, mußte mehr als ein Jahr hinter Gittern verbringen, 1 179 hatten sogar eine lebenslange Freiheitsstrafe zu verbüßen.

Von den Strafgefangenen im früheren Bundesgebiet waren nur 3,9 % Frauen. Auch hier zeigt sich, daß trotz der in den letzten Jahrzehnten überdurchschnittlich gestiegenen Straffälligkeit (vgl. 10.3.2) Frauen immer noch weit weniger Straftaten begehen als Männer.

Die Ergebnisse der Statistiken über den Strafvollzug verdeutlichen auch, daß Personen, die bereits einmal mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, häufig erneut straffällig werden. Von den am 31. März 1989 einsitzenden Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten waren knapp drei Viertel (30 121) bereits vorbestraft. Mehr als ein Viertel hatte sogar fünf oder mehr Vorstrafen aufzuweisen.

Tab. 6: Strafgefangene im früheren Bundesgebiet am 31. 3. 1989

Voraussichtliche Vollzugsdauer	Strafgefangene	
	insgesamt	darunter Frauen
Bis einschließlich 1 Jahr	17 171	900
1 bis einschließlich 5 Jahre	17 766	517
5 bis einschließlich 15 Jahre	4 601	116
Lebenslang	1 179	55
Unbestimmte Vollzugsdauer	89	—
Insgesamt	40 806	1 588

### 10.3.4 Bewährungshilfe

Personen, bei denen die gesamte Strafe oder ein Strafreß „zur Bewährung“ ausgesetzt ist, können der Bewährungsaufsicht unterstellt werden. Zur Bewährung ausgesetzt werden freiheitsentziehende Strafen vor allem dann, wenn von dem Verurteilten erwartet werden kann, daß er nicht erneut straffällig wird. In der Regel wird davon nur bei kurzer Strafdauer, etwa bis zu einem Jahr, Gebrauch gemacht.

1989 übten die 2 067 hauptamtlichen Bewährungshelfer 143 167 Bewährungsaufsichten aus. 1970 standen 616 Bewährungshelfern 39 500 Bewährungsaufsichten gegenüber. Auf jeden (hauptamtlichen) Bewährungshelfer entfielen damit 1989 im Durchschnitt 69 Bewährungsaufsichten (1970: 64).

Gemessen an der Gesamtzahl der Bewährungsaufsichten werden zur Zeit im Laufe eines Jahres knapp ein Drittel der Aufsichten beendet; hiervon wurden 1989 rund 70 % erfolgreich und knapp 30 % durch Widerruf abgeschlossen. In diesem Fall nutzten die Verurteilten ihre Chancen nicht und mußten ihre Strafe verbüßen. Von den 3 466 Frauen, die 1989 ihre Bewährungsaufsicht beendeten, mußten sogar nur 22 % ihre (Rest-)Strafe antreten.

# 11 Öffentliche Haushalte

Dieses Kapitel enthält bis auf Abschnitt 11.5 ausschließlich Angaben für das frühere Bundesgebiet, da sich die öffentlichen Haushalte und die Finanzstatistik in den neuen Bundesländern bei Redaktionsschluß erst im Aufbau befanden.

## 11.1 Die Aufgaben des Staates

Wandlungen in der Auffassung vom Staat und seinen Aufgaben lassen sich besonders deutlich aus den Ansprüchen der Bürger an das Leistungsangebot im öffentlichen Bereich ablesen. Lange Zeit hatte der Staat in erster Linie die allgemeinen Rahmenbedingungen für ein geordnetes Zusammenleben zu setzen und den Schutz nach außen zu sichern. Heute werden ihm eine Vielzahl zusätzlicher Leistungen abverlangt. Die Sorge für Bildung und Ausbildung, die soziale Sicherung, die Mitwirkung bei der Versorgung mit Wohnraum sind hierfür nur einige Beispiele. Auch im wirtschaftlichen Bereich wird der Staat zunehmend in die Pflicht genommen. Über die traditionelle Aufgabe der Bereitstellung und Verbesserung der Infrastruktur hinaus hat er – entsprechend den allgemeinen Leitlinien der Wirtschaftspolitik – alles zu tun, um wirtschaftliche Stabilität und ein angemessenes Wachstum zu sichern und die Prinzipien des Sozialstaates zu verwirklichen. In vielen Bereichen von Wissenschaft und Forschung, bei der Förderung von Sport und Kultur usw. sind staatliche Hilfen inzwischen selbstverständlich geworden.

Alle diese Aufgaben erfordern den Einsatz erheblicher finanzieller Mittel, die von der Allgemeinheit bzw. der Wirtschaft über Steuern, Gebühren, Beiträge und durch die Bereitschaft, dem Staat Kredite zu gewähren, aufgebracht werden müssen. Zur öffentlichen Haushaltswirtschaft gehören Einnahmen und Ausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden und kommunalen Zweckverbänden, ferner der Lastenausgleichsfonds und das ERP-Sondervermögen, das aus der Marshallplanhilfe der USA nach dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen ist, sowie die Etats der Sozialversicherungsträger und der Bundesanstalt für Arbeit.

## 11.2 Ausgaben der öffentlichen Haushalte

Von 1951 bis 1990 sind die Ausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden (Gebietskörperschaften) sowie von Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen im früheren Bundesgebiet von 37,4 Mrd. auf 748 Mrd. DM gestiegen. Je Einwohner betrugen die Ausgaben 1990 11 829 DM gegenüber

754 DM im Jahre 1951. Die Finanzen der übrigen öffentlichen Haushalte (Finanzanteile der EG, Sozialversicherung, Zweckverbände) werden statistisch erst ab 1974 erfaßt und sind wegen der Schwierigkeiten eines langfristigen Vergleichs hier generell außer acht geblieben. Die finanziell größte Bedeutung unter ihnen haben die Ausgaben der Sozialversicherungsträger und der Bundesanstalt für Arbeit, die sich 1990 zusammen auf 426 Mrd. DM (geschätzt) beliefen.

Tab. 1: Entwicklung der Ausgaben der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup> 1951 bis 1990

Jahr	Ausgaben	
	Mill. DM	DM je Einwohner
1951	37 401	754
1961	95 275	1 696
1970	196 330	3 237
1975	354 774	5 738
1980	498 088	8 091
1985	588 670	9 648
1986	609 988	9 992
1987	630 774	10 325
1988	647 088	10 536
1989	676 219	10 909
1990	748 005	11 829

<sup>1</sup> Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände.

Tab. 2: Staatsquote: Ausgaben der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>  
in Prozent des Bruttosozialprodukts

Jahr	Staatsquote	Jahr	Staatsquote
1965	30,7	1978	32,8
1966	30,1	1979	32,9
1967	31,6	1980	33,5
1968	29,8	1981	34,2
1969	29,2	1982	34,3
1970	29,1	1983	33,1
1971	30,0	1984	32,1
1972	30,5	1985	31,9
1973	30,2	1986	31,4
1974	32,0	1987	31,3
1975	34,5	1988	30,5
1976	32,9	1989	29,9
1977	32,3	1990	30,6

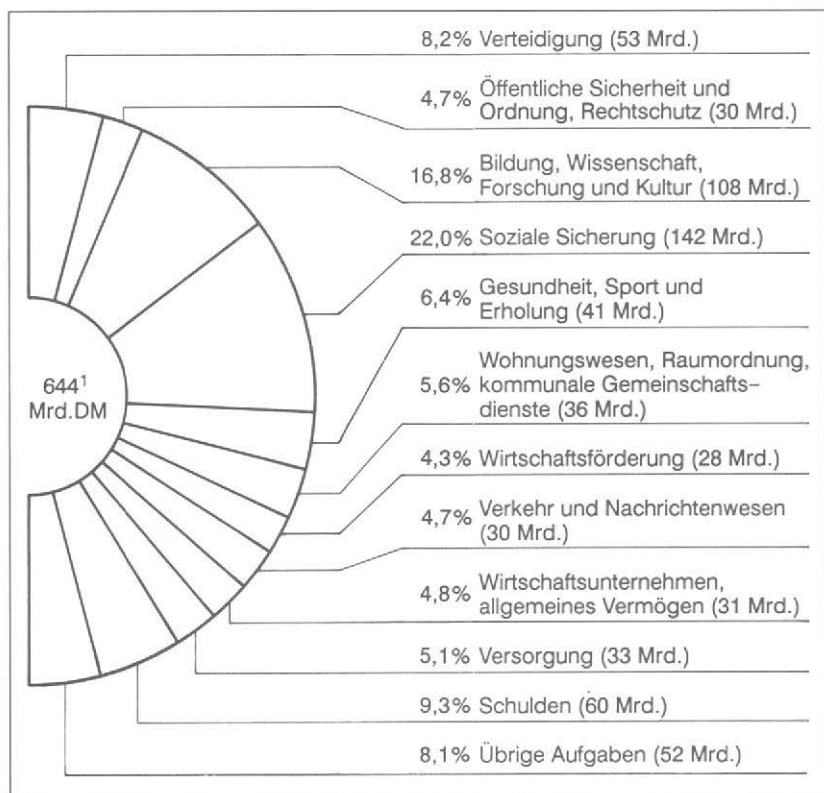
<sup>1</sup> Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände.



Um Größenordnung und Entwicklung des Ausgabenvolumens der öffentlichen Haushalte abschätzen zu können, wird es häufig in Relation zum Bruttosozialprodukt, also dem Maß für die wirtschaftliche Gesamtleistung eines Staates, gesetzt („Staatsquote“). Dabei ist die zeitliche Entwicklung der Staatsquote aussagekräftiger als ihre absolute Höhe. Von 1965 bis 1975 stieg diese Größe von 30,7 % auf 34,5 %. Nach einem vorübergehenden Absinken erreichte sie 1982 mit 34,3 % erneut einen Höhepunkt. In den folgenden Jahren verminderte sie sich bis auf 30,6 % (1990).

Der weitaus größte Ausgabenblock entfällt auf die Soziale Sicherung. Im Jahre 1988 erreichten die Ausgaben hierfür einen Anteil von 22 % am gesamten Ausgabenvolumen. Rund 17 % entfielen auf Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.

Abb. 1: Ausgaben der öffentlichen Haushalte 1988 nach Aufgabenbereichen



1 Nettoausgaben (um Zahlungen von anderen öffentlichen Haushalten bereinigt).

Kultur. Mit über 9 % war der Schuldendienst der drittgrößte Ausgabenblock (vgl. 11.4). Es folgten der Verteidigungsbereich (8 %), Gesundheit, Sport und Erholung (6 %) sowie Wohnungswesen, Raumordnung, Kommunale Gemeinschaftsdienste (6 %).

Betrachtet man die einzelnen Haushaltsebenen, so tätigte der Bund (einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen) 1990 46 % der Ausgaben aller öffentlichen Haushalte. (Die Länder waren mit 34 %, die Gemeinden mit 20 % an den öffentlichen Ausgaben beteiligt.)

Bei allen öffentlichen Haushalten (Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände) fallen besonders die Personalausgaben ins Gewicht. In den Ländern erreichten sie 1990 einen Anteil von 41 %, bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden 31 % und beim Bund 14 % des Ausgabenvolumens.

Alle öffentlichen Haushalte zusammen wendeten 1990 einen Betrag von 231 Mrd. DM oder fast ein Drittel ihrer Ausgaben insgesamt für das Personal (einschl. Pensionen u.ä.) auf. Hierbei sollte nicht übersehen werden, daß viele Dienstleistungen der öffentlichen Hand, wie Schulen, Hochschulen, Polizei und Rechtsschutz, Gesundheitswesen, Verteidigung, Bau-, Steuer- und Zollverwaltung usw.,

Abb. 2: Ausgaben der öffentlichen Haushalte nach Körperschaftsgruppen



1 Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.

sehr personalintensiv sind und daß wachsende Ansprüche an das Dienstleistungsangebot des Staates zu einer Vermehrung der Stellen in diesem Bereich führen müssen.

Für Baumaßnahmen und sonstige Sachinvestitionen wurden 1990 Ausgaben in Höhe von rund 64 Mrd. DM getätigt. Knapp 67 % hiervon entfielen allein auf den kommunalen Bereich. Weitere wichtige Ausgabenposten der öffentlichen Haushalte sind der laufende Sachaufwand mit etwa 118 Mrd. DM im Jahr 1990 (z. B. Ausgaben für Heiz-, Energie- und Betriebskosten, für Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens, für Verbrauchsmittel, aber auch sämtliche militärische Anschaffungen) sowie Zuschüsse an private Haushalte (Renten- und Unterstützungszahlungen), an Unternehmen (Subventionen), an soziale und an sonstige Einrichtungen im In- und Ausland in Höhe von zusammen 142 Mrd. DM.

### 11.3 Einnahmen der öffentlichen Haushalte

Zur Finanzierung seiner Ausgaben hat der Staat im wesentlichen zwei Möglichkeiten: die Erhebung von Steuern und die Aufnahme von Krediten. Im Jahr 1990 standen – nach vorläufigen Ergebnissen – den öffentlichen Ausgaben von 748,0 Mrd. DM Einnahmen aus Steuern und sonstige Einnahmen (z. B. Gebühren, Mieten, Verkaufserlöse für Beteiligungen und Sachvermögen, Zinsen) von insgesamt 672,6 Mrd. DM gegenüber. Die Nettokreditaufnahme betrug rund 75 Mrd. DM.

Als Maß für die Steuerbelastung der Gesamtwirtschaft wird häufig die sogenannte volkswirtschaftliche Steuerquote herangezogen. Sie setzt das gesamte Steueraufkommen in Beziehung zum Bruttosozialprodukt. 1990 lag die Steuerquote bei 22,4 % gegenüber 22,3 % im Jahr 1970 und 23,1 % 1965.

Nach den Grundsätzen des Finanzwesens, wie sie im Grundgesetz festgelegt sind, lassen sich im Steuersystem der Bundesrepublik Deutschland Gemeinschafts-, Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern unterscheiden. Hinzu kommen die Zölle, deren Aufkommen den EG zusteht.

1990 haben Bund, Länder und Gemeinden insgesamt 550 Mrd. DM an Steuern eingenommen (Tab. 3). Allein 403 Mrd. DM oder 73,2 % entfielen auf die Gemeinschaftssteuern, zu denen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer sowie Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer rechnen.

Die zehn aufkommensstärksten Steuern sind in Tab. 4 aufgeführt. Am ergiebigsten ist die Lohn- und Einkommensteuer. Nach den neuesten Ergebnissen der nur im Dreijahresturnus durchgeführten Lohnsteuerstatistik und Statistik der veranlagten Einkommensteuer, die wegen der langen Erklärungs- und Veranlagungsfristen und der schwierigen Aufbereitungsarbeiten aus dem Jahr 1986 datieren, wurden seinerzeit 22,9 Mill. Lohn- und Einkommensteuerpflichtige (mit einem positiven Gesamtbetrag der Einkünfte) erfaßt. Zusammenveranlagte Ehegatten, ob Allein-

Tab. 3: Kassenmäßige Steuereinnahmen vor der Steuerverteilung<sup>1</sup>  
1974, 1989 und 1990

Steuerart	Mill. DM		
	1974	1989	1990
Gemeinschaftssteuern	163 641,2	396 940,8	402 617,2
Bundessteuern	37 311,6	61 338,3	65 878,8
Landessteuern	11 789,5	24 208,6	25 368,4
Zölle <sup>2</sup>	—	6 795,3	7 162,7
Gemeindesteuern	26 317,3	46 245,5	48 640,1
Insgesamt	239 059,7	535 528,5	549 667,1 <sup>3</sup>

1 Abweichungen gegenüber den Steuereinnahmen nach der Verteilung infolge zeitlicher Überschneidungen.

2 Bis 1988 in Bundessteuern enthalten.

3 Darüber hinaus fielen im Gebiet der ehem. DDR im 2. Halbjahr 1990 17,4 Mrd. DM Steuereinnahmen an.

Tab. 4: Die zehn ergiebigsten Steuern 1974, 1989 und 1990

Steuerart		Ertrag steht . . . zu	1974	1989 Mill. DM	1990
Lohnsteuer		Bund/Ländern/Gemeinden	71 960,2	181 832,4	177 590,5
Umsatzsteuer		Bund/Ländern/EG	33 593,1	67 995,5	78 011,9
Einfuhrumsatzsteuer		Bund/Ländern/EG	18 317,1	63 483,9	69 572,9
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital		Gemeinden/Bund/Ländern	18 774,5	36 705,7	38 795,6
Veranlagte Einkommensteuer		Bund/Ländern/Gemeinden	26 793,4	36 799,2	36 519,4
Mineralölsteuer		Bund	16 051,7	32 964,7	34 621,3
Körperschaftsteuer		Bund/Ländern	10 403,4	34 181,3	30 090,2
Tabaksteuer		Bund	8 952,3	15 508,7	17 401,8
Kapitalertragsteuer		Bund/Ländern	2 574,1	12 648,4	10 832,4
Kraftfahrzeugsteuer		Ländern	5 159,2	9 166,8	8 313,5

oder Doppelverdiener, und Ehegatten mit gemeinsamem Lohnsteuerjahresausgleich wurden dabei grundsätzlich als ein Steuerpflichtiger behandelt. Der Gesamtbetrag der Einkünfte (nach der Steuergesetzgebung errechnet aus der Summe aller Einkünfte, gegebenenfalls auch Verluste, aus selbständiger oder nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft sowie sonstigen Einkünften) dieser Steuerpflichtigen betrug 956,3 Mrd. DM, die festgesetzte Einkommensteuer 182,9 Mrd. DM. Je Steuerpflichtigen waren das im Durchschnitt Einkünfte in Höhe von 41 800 DM, von denen 19,1 % Steuern zu entrichten waren.

Tab. 5: Lohn- und Einkommensteuerpflichtige<sup>1</sup> 1986

Steuerpflichtige nach Steuerart	Steuer- pflichtige	Gesamt- betrag der Einkünfte	Lohnsteuer/ Einkommen- steuer	Steuer- belastung
	je Steuerpflichtigen			
	1 000	DM		%
Nichtveranlagte				
Lohnsteuerpflichtige	8 950,4	21 240	2 210	10,4
Veranlagte				
Lohnsteuerpflichtige	12 207,8	55 490	11 410	20,6
Übrige Einkommensteuer- pflichtige (ohne Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit)	1 737,3	51 120	13 730	26,9
Insgesamt	22 895,6	41 770	7 990	19,1

<sup>1</sup> Mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte.

Zwischen den einzelnen Gruppen variierten diese Werte allerdings beträchtlich. Auf die nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen (39,1 % aller Steuerpflichtigen) entfielen beispielsweise durchschnittliche Einkünfte von 21 200 DM, die im Durchschnitt mit 10,4 % Steuern belastet wurden. Demgegenüber hatten veranlagte Einkommensteuerpflichtige ohne Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (7,6 % aller Steuerpflichtigen) Durchschnittseinkünfte von 51 100 DM mit durchschnittlich 26,9 % zu versteuern.

Aus den zusammengefaßten Ergebnissen über Lohn- und Einkommensteuerpflichtige lassen sich wichtige Anhaltspunkte über die Einkommensverteilung im früheren Bundesgebiet gewinnen, da alle steuerpflichtigen natürlichen Personen mit ihren (steuerlichen) Einkünften einbezogen sind. Von Nachteil ist, daß die Statistik zu einem relativ späten Zeitpunkt vorliegt, daß Ehegatten grundsätzlich als ein Steuerpflichtiger gezählt werden, daß Lücken hinsichtlich der Einbeziehung von Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft sowie Kapitalvermögen bestehen und daß darüber hinaus bei den Arbeitnehmern die Sozialversicherungsbeiträge und freiwilligen Sozialleistungen der Arbeitgeber nicht und Renteneinkünfte u. ä. nur zu einem geringen Teil erfaßt werden.

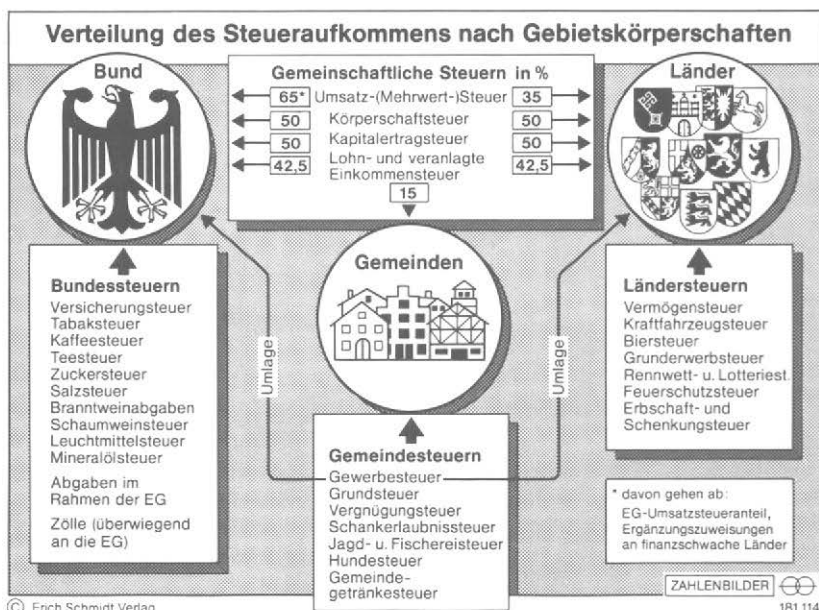
35,0 % der Steuerpflichtigen bezogen 1986 Einkünfte von weniger als 25 000 DM im Jahr, 38,6 % flossen 25 000 bis 50 000 DM zu. 13 662 Steuerpflichtige und damit 0,06 % konnten als Einkommensmillionäre bezeichnet werden. Sie hatten einen Anteil an den Gesamteinkünften von 4,1 %. Er lag damit um 1,6 Prozentpunkte höher als der Anteil der rund 4,1 Mill. Steuerpflichtigen, die unter 12 000 DM jährlich verdienten.

Tab. 6: Einkommensverteilung 1986  
nach der Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Gesamtbetrag der Einkünfte von . . . bis unter . . . DM	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte	
	1 000	%	Mill. DM	%
1– 4 000	1 445,2	6,3	2 611,3	0,3
4 000– 8 000	1 455,5	6,4	8 889,2	0,9
8 000– 12 000	1 240,5	5,4	12 310,9	1,3
12 000– 16 000	1 110,7	4,9	15 492,7	1,6
16 000– 25 000	2 762,9	12,1	57 218,5	6,0
25 000– 30 000	1 915,1	8,4	52 755,4	5,5
30 000– 50 000	6 923,7	30,2	270 182,7	28,3
50 000– 75 000	3 876,9	16,9	234 493,1	24,5
75 000–100 000	1 239,7	5,4	105 452,9	11,0
100 000–250 000	791,6	3,5	108 065,7	11,3
250 000–500 000	93,7	0,4	31 433,8	3,3
500 000– 1 Mill.	26,6	0,1	17 893,3	1,9
1 Mill.– 2 Mill.	8,6	0,06	11 769,9	1,2
2 Mill.– 5 Mill.	3,7		10 950,8	1,1
5 Mill.–10 Mill.	0,9		6 041,8	0,6
10 Mill. und mehr	0,5		10 749,8	1,1
Insgesamt	22 895,6	100	956 312,0	100

Angaben aus der Umsatzsteuerstatistik – die Umsatzsteuer ist die Steuer mit der zweithöchsten Ergiebigkeit – liegen zuletzt für das Jahr 1988 vor. Damals leisteten 2,0 Mill. Steuerpflichtige (Voranmeldungssteuerpflichtige) mit einem Jahresumsatz über 20 000 DM mit steuerbaren Umsätzen von 4 255 Mrd. DM Umsatzsteuer-Vorauszahlungen in Höhe von 67,8 Mrd. DM. Von besonderer Bedeutung war der Bereich des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe, das 15 % der Steuerpflichtigen stellte, aber 46 % des steuerbaren Umsatzes tätigte und 28 % der Steuervorauszahlungen des Jahres 1988 erbrachte.

Die Gesamtheit der Steuereinnahmen muß zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften so verteilt werden, daß sie die ihnen verfassungsmäßig zugewiesenen Aufgaben erfüllen können. Dabei legt das Grundgesetz fest, wem die Erträge bestimmter Steuern zufließen; für die Umsatzsteuer und die gemeindliche Beteiligung an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer wird durch Bundesgesetz geregelt, welche Teile dem Bund und den Ländern bzw. den Gemeinden zustehen. Darüber hinaus erhalten die Europäischen Gemeinschaften das Aufkommen aus den Zöllen und Anteile an der Umsatzsteuer, sowie Bruttosozialprodukts-Eigenmittel aus den Steuereinnahmen des Bundes. Schließlich findet ein Finanzausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Bundesländern statt.



Von den Steuereinnahmen des Jahres 1990 (549,1 Mrd. DM) verblieb dem Bund nach der Verteilung knapp die Hälfte (48 %); die andere Hälfte mußten sich die Länder (35 %), die Gemeinden (14 %) und die EG (4 %) teilen.

Tab. 7: Kassenmäßige Steuereinnahmen nach der Verteilung<sup>1</sup>  
1974, 1989 und 1990

Gegenstand der Nachweisung	Mill. DM		
	1974	1989	1990
Es verbleiben			
dem Bund	119 412,5	249 785,5	261 831,7
den Ländern	83 347,3	189 214,8	191 267,0
Stadtstaaten (ohne Gemeindesteuern)	7 024,7	13 143,4	13 282,4
übrige Länder	76 322,7	176 071,5	177 984,6
den Gemeinden/Gemeindeverbänden	32 657,9	73 650,4	74 623,6
den Europäischen Gemeinschaften	2 761,0	22 795,1	21 383,6
Insgesamt	238 178,8	535 445,9	549 105,9

<sup>1</sup> Abweichungen gegenüber den Steuereinnahmen vor der Verteilung infolge zeitlicher Überschneidungen.

## 11.4 Schulden der öffentlichen Haushalte

Die Finanzierung der Staatsausgaben erfolgt außer durch Steuereinnahmen durch die Aufnahme von Krediten. Dies hat zu einer wachsenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte geführt. Die Staatsschulden erhöhten sich von 17,9 Mrd. DM im Jahr 1950 über 122,9 Mrd. DM im Jahr 1970 auf 836,5 Mrd. DM im Jahr 1987 bis 1990 auf 1 039,8 Mrd. DM. Allein 1981 nahm die öffentliche Hand etwa 73 Mrd. DM an Krediten netto (Schuldenaufnahme abzüglich Schuldentilgung am Kreditmarkt) neu auf. Nach den Ergebnissen der jährlichen Schuldenstatistik ist in den Jahren 1982 bis 1986 die jährliche Nettoneuverschuldung allerdings zurückgegangen. Sie belief sich 1982 noch auf 68 Mrd. DM und nahm dann kontinuierlich ab bis auf 42 Mrd. DM im Jahr 1986. 1987 stieg sie wieder auf 49 Mrd. DM an und erreichte 1990 vor allem aufgrund eines höheren Finanzierungsbedarfs im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung 129,7 Mrd. DM. Davon entfielen auf den im Juli 1990 errichteten Fonds „Deutsche Einheit“ und den im September 1990 errichteten Kreditabwicklungsfonds zusammen 48,2 Mrd. DM.

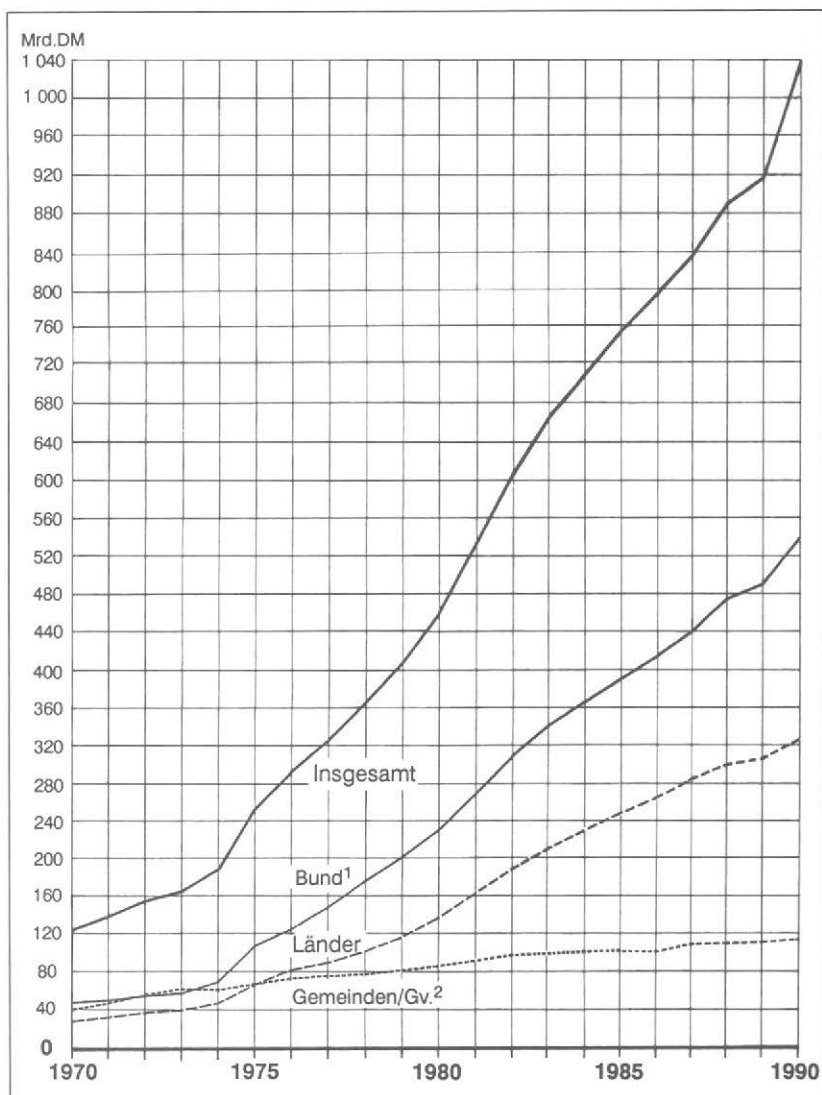
Die öffentlichen Schulden entstehen zum größten Teil über den Kreditmarkt, d.h. durch die Ausgabe von Wertpapieren (Anleihen, Schatzbriefe usw.) oder durch die Aufnahme von Darlehen bei inländischen Versicherungen, Banken, Bausparkassen u. ä. (einschließlich Sozialversicherungsträger) sowie im Ausland.

Tab. 8: Schulden der öffentlichen Haushalte 1950 bis 1990  
in Mill. DM

Stichtag	Öffentliche Schulden	
	Schulden ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten	darunter Kreditmarkt- schulden
31. 3. 1950	17 866	865
31. 3. 1955	38 895	16 831
31. 12. 1960	51 812	28 258
31. 12. 1965	80 478	57 323
31. 12. 1970	122 893	101 588
31. 12. 1975	247 245	228 265
31. 12. 1980	455 886	438 710
31. 12. 1985	748 577	733 145
31. 12. 1986	786 859	771 775
31. 12. 1987	836 478	821 751
31. 12. 1988	891 048	876 686
31. 12. 1989	916 380	902 397
31. 12. 1990	1 039 766	1 026 253



Abb. 3: Öffentliche Schulden 1970 bis 1990  
(ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten)



1 Ab 1980 einschließlich Lastenausgleichsfonds; 1990 ohne Gesamtverschuldung des Republikaushaltes der ehem. DDR.

2 Einschl. Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Die Schuldenlast der Gemeinden (ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten), die 1970 noch über derjenigen der Länder lag, hat sich bis 1983 auf das Zweieinhalbfache erhöht, während die Schulden von Bund und Ländern sich jeweils etwa versiebenfacht haben. Entsprechend betrugen die Schulden des Bundes (einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen) und der Länder 1990 551 Mrd. DM bzw. 326 Mrd. DM, während sich die finanziellen Verpflichtungen der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Zweckverbände auf 113 Mrd. DM bzw. 9 Mrd. DM summierten.

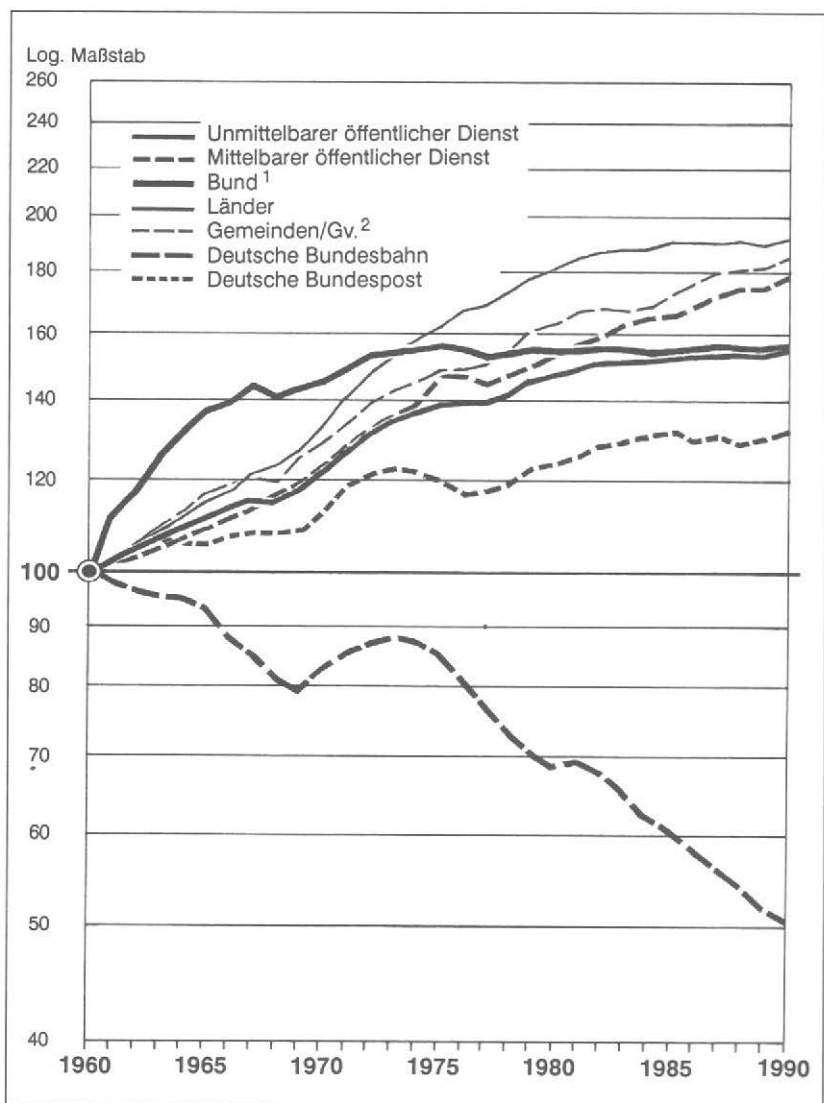
Der erhebliche Finanzbedarf infolge der deutschen Wiedervereinigung und aufgrund wachsender internationaler Verpflichtungen erfordert kurzfristig eine verstärkte Inanspruchnahme des Kreditmarktes durch die öffentlichen Haushalte. Die Diskussion über Auswirkungen und Grenzen der Staatsverschuldung gewinnt daher erneut an Aktualität. Nach dem Grundgesetz (Art. 115) darf die jährliche Kreditaufnahme des Bundes die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten. Gleichwohl ist auch bei Einhaltung dieses Grundsatzes zu beachten, daß zunehmende Verschuldung zu steigenden Zinszahlungen führt, die den Spielraum der Haushalte künftiger Jahre einengen. Die Zinslast für die Staatsschulden lag z.B. 1974 bei 13 Mrd. DM jährlich, war 1978 auf 22 Mrd. DM gestiegen und betrug 1986 bereits knapp 58 Mrd. DM. 1990 waren es 64 Mrd. DM. Mit wachsender öffentlicher Verschuldung verbindet sich auch die Gefahr, daß die öffentliche Nachfrage am Kreditmarkt private Kreditnachfrager verdrängt und damit die private Investitionstätigkeit hemmt. Andererseits können durch Kredite finanzierte Ausgaben des Staates in konjunkturschwachen Zeiten einen Ausgleich für die rückläufige Nachfrage in anderen Bereichen schaffen.

## 11.5 Personal der öffentlichen Haushalte

Die öffentlichen Arbeitgeber beschäftigten 1991 im vereinten Deutschland 6,8 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschl. Soldaten). Davon übten knapp 5,8 Mill. eine Vollzeit- und rund 1 Mill. eine Teilzeitbeschäftigung aus. Die meisten Beschäftigten standen im Dienst der Länder. Mitte 1991 wurden knapp 2,6 Mill. Landesbedienstete gezählt. Die Kommunen meldeten über 1,9 Mill. Beschäftigte; bei den Bundesbehörden waren es (einschl. der erstmals erfaßten Soldaten) rund 860 000, bei der Bundespost 664 000, bei der Bahn (Deutsche Bundesbahn und Deutsche Reichsbahn) 472 000 und im mittelbaren öffentlichen Dienst über 300 000.

Bei den Dienststellen in den alten Bundesländern waren 1991 5,1 Mill. Beschäftigte tätig. Von ihnen hatten 4,2 Mill. einen Dienst- oder Arbeitsvertrag mit der vollen Arbeitszeit, während 0,9 Mill. oder 18 % eine Teilzeitbeschäftigung ausübten. In den neuen Bundesländern (einschl. Berlin[Ost]) betrug die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst 1,7 Mill. Im Vergleich zu den alten Bundesländern lag der Anteil der Teilzeitkräfte mit 9 % deutlich niedriger.

Abb. 4: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes 1960 bis 1990  
nach Beschäftigungsbereichen im früheren Bundesgebiet  
(1960 = 100)



1 Ohne Soldaten.

2 Einschließlich kommunaler Zweckverbände.

Die weiteren Ausführungen beziehen sich auf das Jahr 1990 und den Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990. In diesem Jahr wurden 4,7 Mill. Beschäftigte im öffentlichen Dienst (ohne Soldaten) erfaßt. Damit ist die öffentliche Hand der größte Arbeitgeber in der Bundesrepublik Deutschland. In seinen Diensten stand etwa jeder sechste Erwerbstätige bzw. jeder fünfte abhängig Beschäftigte (zu den Personalausgaben vgl. 11.2).

Abb. 4 zeigt die unterschiedliche Entwicklung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst seit 1960, aufgeschlüsselt nach Beschäftigungsbereichen. Während der Personalbestand im Bund, nach Abschluß des Aufbaus der Verteidigungsverwaltung, seit 1970 nur noch wenig zugenommen hat, haben die Länder seit 1966 in großem Umfang neue Stellen geschaffen. Dies ist im wesentlichen auf den Ausbau des Bildungswesens zurückzuführen, das in die Zuständigkeit der Länder fällt.

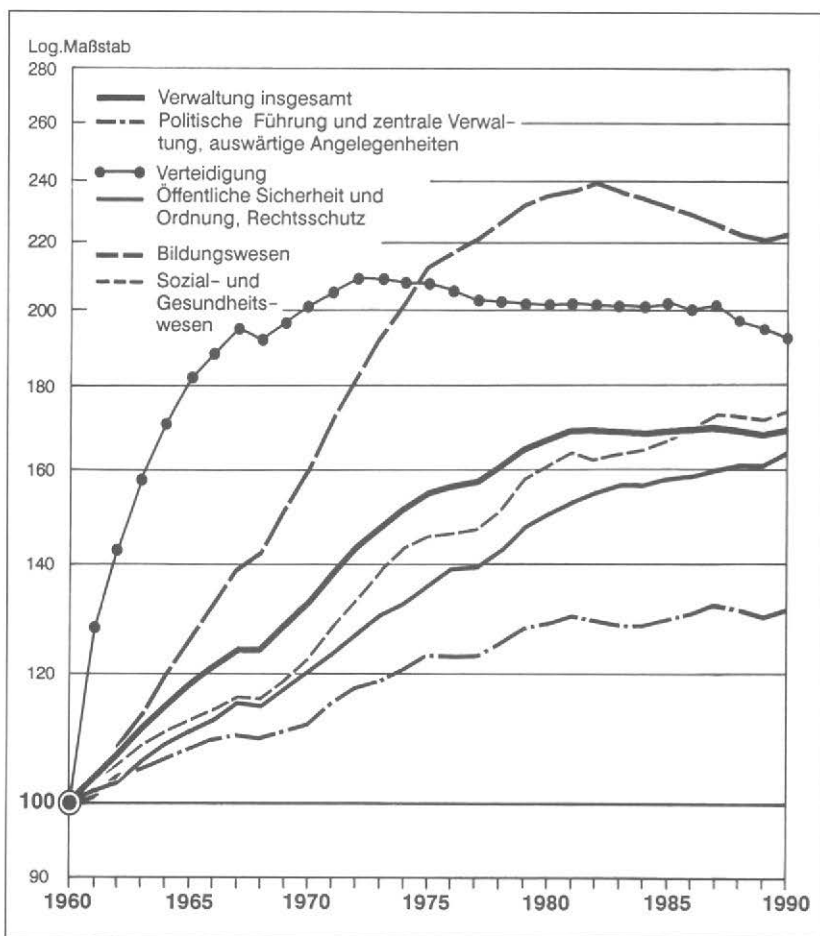
Von 100 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes arbeiteten 1990 41 bei den Ländern, 29 bei den Gemeinden, 17 bei Bundespost und Bundesbahn, 7 bei Bundesbehörden. Im mittelbaren öffentlichen Dienst, also bei den Sozialversicherungsträgern, der Bundesanstalt für Arbeit und den Trägern der Zusatzversorgung des Bundes, der Länder und der Gemeinden, waren 6 von 100 der öffentlichen Bediensteten tätig.

Abb. 5 zeigt die Entwicklung des vollzeitbeschäftigten Verwaltungspersonals von Bund, Ländern und Gemeinden seit 1960, differenziert nach ausgewählten Aufgabenbereichen. 1990 lagen beim Bund die Schwerpunkte des Personaleinsatzes im Bereich der Verteidigungsverwaltung (54 %) sowie der politischen Führung, zentralen Verwaltung und auswärtigen Angelegenheiten (23 %). Bei den Ländern standen die Bereiche Bildungswesen (46 %), politische Führung und zentrale Verwaltung (15 %), öffentliche Sicherheit und Ordnung (15 %) sowie Rechtsschutz (10 %) im Vordergrund. Bei den Gemeinden waren in Krankenhäusern (24 %), in der allgemeinen Verwaltung (17 %), im Bau- und Wohnungswesen und im Verkehr (14 %) besonders viele Beschäftigte eingesetzt. An Schulen und Kindergärten (8 %) sowie im Bereich „soziale Sicherung“ (10 %) waren auch relativ viele Gemeindebedienstete tätig.

In der Aufgliederung nach Dienstverhältnissen wurden 1990 1,8 Mill. Beamte und Richter, 1,8 Mill. Angestellte und 1,1 Mill. Arbeiter gezählt. Von den insgesamt 4,7 Mill. Beschäftigten waren etwa 870 000 Teilzeitkräfte; ihr Anteil hat sich von 1960 bis 1990 von 6,5 % auf 18,6 % erhöht. Bei den Beamten und Richtern betrug der Anteil der Teilzeitbeschäftigten 10 %, bei den Angestellten 24 % und bei den Arbeitern 26 %.

Von den Mitarbeitern, die 1990 in den Lohn- und Gehaltslisten der öffentlichen Arbeitgeber geführt wurden, waren über 2 Mill. oder 43 % Frauen. Im Vergleich zu 1960 wurden 1,2 Mill. Frauen mehr eingesetzt, während im gleichen Zeitraum die Zahl der männlichen Kollegen um 500 000 zunahm. Knapp zwei Drittel der Frauen hatten einen Vollzeitarbeitsplatz, die übrigen übten eine Teilzeitbeschäftigung aus.

Abb. 5: Vollzeitbeschäftigte der Verwaltung von Bund, Ländern, Gemeinden 1960 bis 1990 nach Teilbereichen<sup>1</sup> im früheren Bundesgebiet (1960 = 100)



<sup>1</sup> Teilweise geschätzt.

## 12 Gesamtwirtschaft im Überblick

### 12.1 Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Geschehens

In dieser Darstellung können die Rahmenbedingungen der Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland nicht im einzelnen erläutert werden. Für das Verständnis der Gesamtzusammenhänge ist es aber notwendig, zumindest die ordnungspolitischen Grundvorstellungen kurz zu umreißen.

Das Grundgesetz – als Basis der gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland – legt sich auf kein bestimmtes Wirtschaftssystem fest, enthält aber eine Reihe normativer Bestimmungen, die als Rahmenbedingungen zu betrachten sind. Dazu zählen insbesondere die Garantie des Privateigentums sowie seine soziale Verpflichtung, die Gewerbefreiheit, das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes, die Vereinigungsfreiheit und die Freizügigkeit.

Weitere Grundsätze der Ordnungspolitik werden durch das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (1957), das Stabilitätsgesetz (1967), das Kreditwesengesetz (1961), das Gesetz über die Deutsche Bundesbank (1957) sowie eine Reihe anderer Gesetze (z.B. Tarifvertragsgesetz, Gewerbeordnung usw.) konkretisiert.

Darüber hinaus wirken sich im wirtschaftlichen Geschehen Einflüsse der Sozialgesetzgebung und arbeitsrechtliche Regelungen (z.B. Mitbestimmung, vgl. 7.3) aus, aber auch der föderalistische Staatsaufbau sowie die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in internationale Organisationen. Regelungen der Sozialgesetzgebung beeinflussen nicht nur die Lebensverhältnisse des einzelnen, sondern auch die Ausgabensituation des Staates und der Sozialversicherungsträger sowie die Kostenrechnung der Unternehmen.

Die Dispositionen der Wirtschaftseinheiten werden nicht zuletzt von der Wirtschaftspolitik des Staates in Form der Steuer- und Ausgabenpolitik, der Regional- und Strukturpolitik sowie der Geldpolitik der Bundesbank beeinflusst.

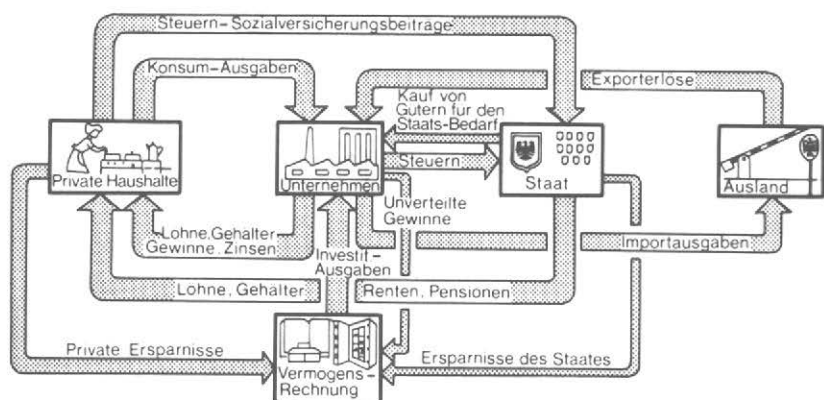
Auf eine Kurzformel gebracht ergibt sich in der Bundesrepublik Deutschland das Bild einer Wirtschaftsordnung, die üblicherweise mit dem Begriff „soziale Marktwirtschaft“ charakterisiert wird und sich als eine Verbindung von „freier Marktwirtschaft“ und „rahmensicherndem, sozial abfederndem Staat“ (Rudolf Hickel) darstellt.

## 12.2 Einführung in die gesamtwirtschaftliche Darstellung

Eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftsstatistiken besteht darin, Produktionsgrundlagen, -vorgänge und -ergebnisse in einzelnen Bereichen und in der Gesamtwirtschaft zu erfassen und damit die Daten zu liefern, die sowohl Grundlage als auch Kontrollinstrument wirtschaftspolitischer, aber auch unternehmerischer Entscheidungen sind. Neben staatlichen Stellen dient das Datenmaterial vor allem Forschungsinstituten, Hochschulen, Verbänden und Unternehmen zu Analyse- und Prognosezwecken.

Die umfassendsten Ergebnisse über das wirtschaftliche Geschehen liefern die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die statistisches Material aus nahezu allen Bereichen zu einem geschlossenen Gesamtbild zusammenfügen. Der Darstellung liegt der Kreislaufgedanke zugrunde. Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit wird die Vielzahl der Wirtschaftseinheiten in vier Sektoren zusammengefaßt, und zwar in Unternehmen, private Haushalte, Staat und Ausland. Die Transaktionen zwischen diesen Sektoren und zum Teil auch innerhalb der Sektoren werden als Ströme in der folgenden Abb. 1 dargestellt.

Abb. 1: Modell des Wirtschaftskreislaufs



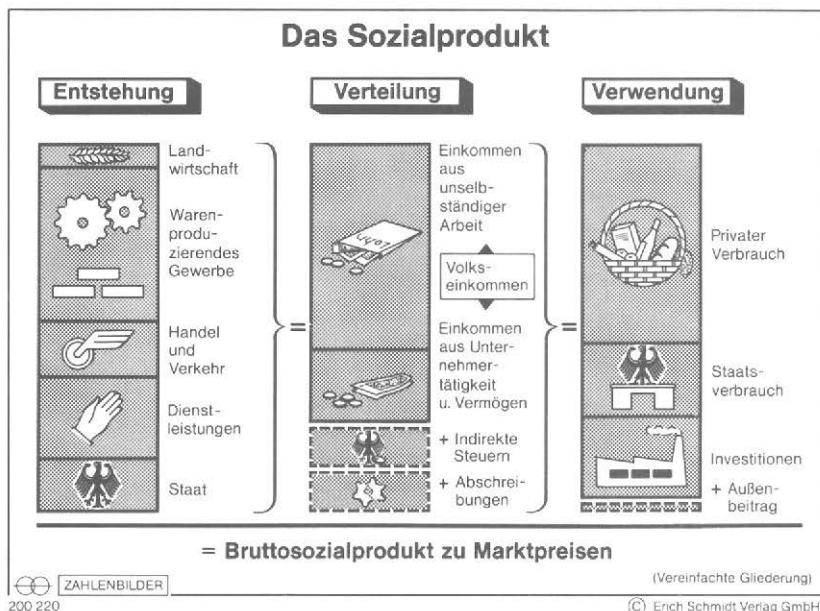
Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.), Ein Stück vom großen Kuchen, Bonn 1965, S. 2.

Am Sektor „Unternehmen“ sei dieses „Strömungsdiagramm“ in stark vereinfachter Form erläutert: Von den privaten Haushalten fließen den Unternehmen die Ausgaben für Konsumgüter und Dienste zu, während umgekehrt Löhne, Gehälter, Gewinne und Zinsen von den Unternehmen an die Haushalte gezahlt werden. An den Staat entrichten die Unternehmen Steuern, während bei ihnen Einnahmen aus

dem Verkauf von Gütern an den Staat eingehen. Vom Unternehmenssektor werden Güter aus dem Ausland importiert bzw. in das Ausland exportiert, und entsprechend fließen Geldströme in entgegengesetzter Richtung.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gründen ihre Berechnungen auf ein verfeinertes Modell dieser Art. Sie sind als geschlossenes Kontensystem mit doppelter Verbuchung aller Vorgänge angelegt und umfassen daneben eine Reihe ergänzender Tabellen. Unter Auswertung von Ergebnissen aus nahezu allen statistischen Arbeitsbereichen wird in diesem Rahmen u. a. die gesamtwirtschaftliche Leistung der Volkswirtschaft quantifiziert. Sie kann unter drei verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden:

- Wo ist sie entstanden? Welche Beiträge haben die einzelnen Wirtschaftsbereiche zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis geleistet? (*Entstehungsrechnung*, vgl. 12.4)
- Wofür wurde das, was erarbeitet wurde, verwendet? Wurde es investiert, dem Verbrauch zugeführt oder exportiert? (*Verwendungsrechnung*, vgl. 12.5)
- Wie wurde das bei der Erarbeitung der gesamtwirtschaftlichen Leistung entstandene Einkommen verteilt? (*Verteilungsrechnung*, vgl. 12.6)





Als zentrale Größen werden in der Entstehungsrechnung die Bruttowertschöpfung und das Bruttoinlandsprodukt, in der Verwendungsrechnung das Bruttosozialprodukt (seltener das Nettosozialprodukt) und in der Verteilungsrechnung das Volkseinkommen nachgewiesen.

Alle im folgenden nachgewiesenen Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beziehen sich mit Ausnahme des Abschnitts 12.7 auf das frühere Bundesgebiet.

## 12.3 Entwicklung des Sozialprodukts

Das Bruttosozialprodukt, in dem alle von den Bewohnern eines Landes erbrachten wirtschaftlichen Leistungen zu einer Größe zusammengefaßt sind, war 1990 in der Bundesrepublik Deutschland mit 2 426 Mrd. DM achtmal so hoch wie 1960.

In der Bundesrepublik wird das Sozialprodukt wie folgt definiert und berechnet:

- Verkäufe (Umsatz) von Waren und Dienstleistungen
- + selbsterstellte Anlagen
- + Bestandsveränderungen an halbfertigen und fertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion
- = *Produktionswert*
- Vorleistungen (im Zuge der Produktion verbrauchte Waren und Dienstleistungen)
- = *Bruttowertschöpfung*
- + nichtabziehbare Umsatzsteuer
- + Einfuhrabgaben
- = *Bruttoinlandsprodukt*
- + Einkommen aus der übrigen Welt (Saldo)
- = *Bruttosozialprodukt* (zu Marktpreisen)
- Abschreibungen (Wertminderung des reproduzierbaren Anlagevermögens durch Verschleiß und Veralten)
- = *Nettosozialprodukt* (zu Marktpreisen)
- indirekte Steuern (z. B. Umsatz- und Getränkesteuer)
- + Subventionen (z. B. Zinszuschüsse)
- = *Volkseinkommen*

Legt man den Berechnungen die Preise des Jahres 1985 zugrunde, hat sich das Bruttosozialprodukt seit 1960 fast verzweieinhalbfacht.

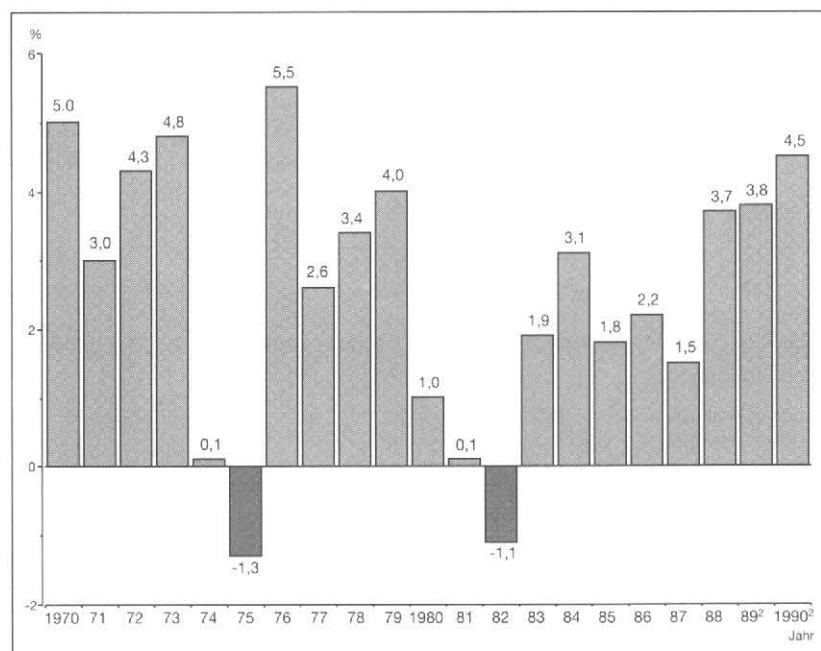
Die Entwicklung des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen wird sowohl durch die Entwicklung der (realen) gesamtwirtschaftlichen Leistung als auch durch die

Tab. 1: Bruttosozialprodukt 1960 bis 1990  
in Mrd. DM

Jahr	Bruttosozialprodukt		Jahr	Bruttosozialprodukt	
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1985		in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1985
1960	303,0	859,8	1984	1 763,3	1 802,0
1965	458,2	1 080,3	1985	1 834,5	1 834,5
1970	675,7	1 322,8	1986	1 936,1	1 874,4
1975	1 027,7	1 473,0	1987	2 003,0	1 902,3
1980	1 477,4	1 733,8	1988	2 108,0	1 971,8
1981	1 539,6	1 735,7	1989 <sup>1</sup>	2 245,2	2 046,8
1982	1 590,3	1 716,5	1990 <sup>1</sup>	2 425,5	2 138,7
1983	1 675,7	1 748,4			

<sup>1</sup> Vorläufiges Ergebnis.

Abb. 2: Wachstumsraten 1970 bis 1990<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Veränderungen des Bruttosozialprodukts in Preisen von 1985 gegenüber dem Vorjahr.

<sup>2</sup> Vorläufiges Ergebnis.

allgemeine Preisentwicklung beeinflusst. Letztere wird bei der Berechnung in konstanten Preisen ausschaltet, so daß die jährlichen Veränderungsraten des Brutto-sozialprodukts in konstanten Preisen auch als Maßstab des jährlichen Wirtschaftswachstums verwendet werden können.

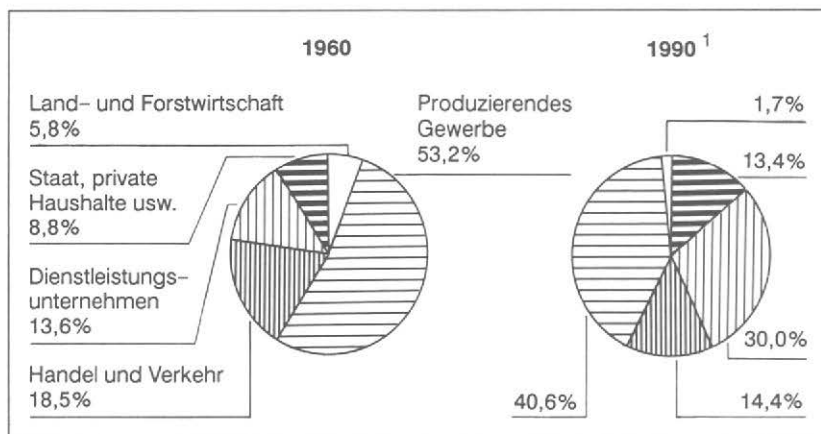
Abb. 2 verdeutlicht die Wachstumsentwicklung seit 1970. In den meisten Jahren konnte das Bruttosozialprodukt gegenüber dem Vorjahr erhöht werden, lediglich 1975 und 1982 war ein Rückgang zu verzeichnen.

## 12.4 Wirtschaftsstrukturen

Der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Sozialprodukt läßt sich in etwa an ihrer Bruttowertschöpfung messen. Sie ist definiert als die Summe der von inländischen Wirtschaftseinheiten bzw. Wirtschaftsbereichen produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der von anderen Wirtschaftseinheiten bzw. von anderen Wirtschaftsbereichen bezogenen Vorleistungen (z.B. Rohstoffe, Vorprodukte, Handelsware, Reparaturleistungen usw.).

Ein Vergleich zeigt, daß das Warenproduzierende Gewerbe nach wie vor den größten Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung hat, wenn dieser seit 1960 auch beträchtlich zurückgegangen ist. Auffällig sind aber vor allem der starke Rückgang des Beitrags der Land- und Forstwirtschaft und die deutliche Erhöhung des Anteils der Dienstleistungsunternehmen an der gesamtwirtschaftlichen Lei-

Abb. 3: Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



<sup>1</sup> Vorläufiges Ergebnis.

stung. Hierin kommen die vielfältigen Wandlungen in der Wirtschaftsstruktur zum Ausdruck, die sich während dieses Zeitraums vollzogen haben. Die Umstrukturierung läßt sich auch an den Veränderungen in der Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche ablesen.

Während 1960 noch nahezu jeder siebte Erwerbstätige (nach Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) in der Land- und Forstwirtschaft arbeitete, war es 1990 nur noch knapp jeder dreißigste. Umgekehrt waren 1960 erst knapp 40 von 100 Berufstätigen im Dienstleistungsbereich (Dienstleistungsunternehmen, Handel und Verkehr, Staat, private Haushalte) beschäftigt, seit 1980 schon mehr als jeder zweite. Betrachtet man diese Entwicklung seit 1950, so sind die Veränderungen noch gravierender.

Tab. 2: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen<sup>1</sup>

Wirtschaftsbereiche	Erwerbstätige <sup>2</sup>				
	1950 <sup>3</sup>	1960	1970	1980	1990 <sup>4</sup>
			%		
Land- und Forstwirtschaft	24,6	13,7	8,5	5,2	3,4
Produzierendes Gewerbe	42,9	47,9	48,9	43,4	39,8
Handel und Verkehr	15,6	18,3	17,9	18,7	18,7
Dienstleistungsunternehmen	6,7	9,1	11,0	14,7	18,5
Staat, private Haushalte	10,2	11,0	13,6	18,0	19,6
			Mill.		
Gesamtzahl der Erwerbstätigen	19,6	26,1	26,6	27,0	28,4

1 Ergebnisse aus Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept. Entscheidend für die Zuordnung ist der Arbeits- und nicht der Wohnort.

3 Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin (West).

4 Vorläufiges Ergebnis.

Die Gründe für diesen Strukturwandel liegen vor allem darin, daß sowohl im landwirtschaftlichen Bereich als auch im Produzierenden Gewerbe große Produktivitätsfortschritte erzielt werden konnten, während dies im Dienstleistungsbereich in wesentlich geringerem Umfang gelang. Ausgewirkt hat sich aber auch die Umschichtung der Nachfrage zugunsten der Dienstleistungen (Reisen, Mahlzeiten in Restaurants, Bankdienste, Versicherungen usw.).

Die in den Wirtschaftsbereichen stark unterschiedlichen Produktivitätsfortschritte zeigen sich besonders deutlich in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität seit 1960 (vgl. Tab. 3). Um diese Größe zu ermitteln, wird die reale Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in Bezug gesetzt zur Zahl der Erwerbstätigen in den jeweiligen Wirtschaftsbereichen.

Tab. 3: Bruttowertschöpfung in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen  
(1970 = 100)

Jahr	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte	Bruttowertschöpfung insgesamt
1960	55	66	63	79	87	66
1970	100	100	100	100	100	100
1980	183	132	128	115	105	129
1990 <sup>1</sup>	343	153	154	128	106	150

1 Vorläufiges Ergebnis.

Während sich die Arbeitsproduktivität – gemessen an der Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen je Erwerbstätigen – in der Land- und Forstwirtschaft von 1960 bis 1990 versechsfachte, konnte sie im Produzierenden Gewerbe um 133 % sowie im Handel und Verkehr um 144 % gesteigert werden. Bei den Dienstleistungsunternehmen stieg sie dagegen nur um 62 %, bei Staat und privaten Haushalten um 21 %.

Eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität beruht meist auf mehreren Einflußfaktoren. Neben einer rationelleren Arbeitsorganisation und wachsender Kapitalintensität macht sich vor allem der technische Fortschritt mit einem zunehmenden Einsatz leistungsfähiger Maschinen und Anlagen bemerkbar. Die statistischen Daten belegen (vgl. Tab. 4), daß in allen Wirtschaftsbereichen verstärkt Kapital eingesetzt wurde.

Tab. 4: Kapitalstock, Kapitalkoeffizient und Kapitalintensität  
alle Wirtschaftsbereiche

Jahr	Kapitalstock <sup>1</sup> Mrd. DM	Kapitalkoeffizient <sup>2</sup>	Kapitalintensität <sup>3</sup> 1 000 DM
1960	3 031	3,5	116
1970	5 285	4,0	199
1980	7 873	4,6	292
1988	9 710	5,0	356
1989 <sup>4</sup>	9 963	4,9	361
1990 <sup>4</sup>	10 245	4,8	360

1 Jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1985.

2 Verhältnis Kapitalstock zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985.

3 Kapitalstock je Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt).

4 Vorläufiges Ergebnis.

## 12.5 Verwendung des Sozialprodukts

Die Verwendungsrechnung als zweite Säule der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gibt in erster Linie Aufschluß darüber, welche Anteile am Sozialprodukt produktiv, also für Investitionen, eingesetzt und welche Anteile im privaten oder staatlichen Bereich verbraucht werden. Insbesondere der Umfang der Investitionstätigkeit ist für die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung – und zwar sowohl in kurzfristiger (konjunktureller) als auch in langfristiger (struktureller) Sicht.

Tab. 5 zeigt, daß 1990 der größte Teil des Bruttosozialprodukts (rund 54 %) für den Privaten Verbrauch, d.h. den Kauf von Waren und Dienstleistungen für den

Tab. 5: Verwendung des Bruttosozialprodukts  
in jeweiligen Preisen

Jahr	Brutto- sozial- produkt Mrd. DM	Privater Verbrauch	Staats- verbrauch	Brutto- investitionen	Außen- beitrag
		in % des Bruttosozialprodukts			
1960	303,0	56,7	13,3	27,3	2,6
1970	675,7	54,6	15,8	27,6	2,1
1980	1 477,4	56,7	20,2	23,3	- 0,1
1981	1 539,6	57,4	20,7	20,8	1,1
1982	1 590,3	57,6	20,5	19,3	2,5
1983	1 675,7	57,2	20,1	20,2	2,4
1984	1 763,3	56,8	19,9	20,2	3,2
1985	1 834,5	56,5	19,9	19,5	4,1
1986	1 936,1	55,1	19,8	19,4	5,7
1987	2 003,0	55,3	19,8	19,2	5,6
1988	2 108,0	54,7	19,6	19,9	5,8
1989 <sup>1</sup>	2 245,2	53,9	18,7	21,0	6,4
1990 <sup>1</sup>	2 425,5	53,6	18,3	21,8	6,4

1 Vorläufiges Ergebnis.

Konsum (inländischer) privater Haushalte (einschl. Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck), verwendet wurde. Etwas mehr als ein Fünftel des Sozialprodukts wurde für Investitionen ausgegeben, erhöhte also den Bestand an Produktionsanlagen bzw. die Vorräte der Unternehmen und des Staates. Knapp ein Fünftel wurde dem Staatsverbrauch zugeführt, der die Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen (z.B. Sicherheits-, Unterrichts-, allgemeine Verwaltungsleistungen, Gesundheitsbetreuung) umfaßt, soweit sie der

Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Der Saldo aus Ausfuhr und Einfuhr, der sogenannte Außenbeitrag, war 1990 mit + 6,4 % weiterhin sehr hoch. Betrachtet man die Entwicklung über einen längeren Zeitraum hinweg, fällt in erster Linie die deutliche Erhöhung des Anteils des Staatsverbrauchs am Bruttosozialprodukt von 13 % (1960) auf 18 % (1990) sowie der Rückgang der Bruttoinvestitionen von 27 % (1960) auf 22 % (1990) auf. Allerdings hat sich dieser Trend in den letzten Jahren wieder umgekehrt, d.h. die Investitionen steigen leicht, und der Staatsverbrauch geht langsam zurück.

Eliminiert man auch in der Verwendungsrechnung die Preissteigerungen, legt also den Berechnungen für den gesamten Zeitraum die Preise von 1985 zugrunde, stellen sich die Entwicklungen anders dar. Der Anteil des Staatsverbrauchs ist in dieser Betrachtungsweise nur geringfügig gestiegen, während beim Anteil des Privaten Verbrauchs statt eines leichten Rückgangs ein Anstieg zu verzeichnen war. Diese unterschiedlichen Entwicklungen sind dadurch zu erklären, daß die Preisentwicklung des Staatsverbrauchs wesentlich durch die Lohn- und Gehaltssteigerungen der beim Staat Beschäftigten bestimmt wird, die im allgemeinen höher waren als die Preissteigerungen der Güter des Privaten Verbrauchs.

Der Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt war 1990 sowohl nominal (in jeweiligen Preisen) als auch real (in konstanten Preisen) kleiner als 1960. Gerade bei den Bruttoinvestitionen liegt den in Tab. 6 angegebenen Werten aber keine

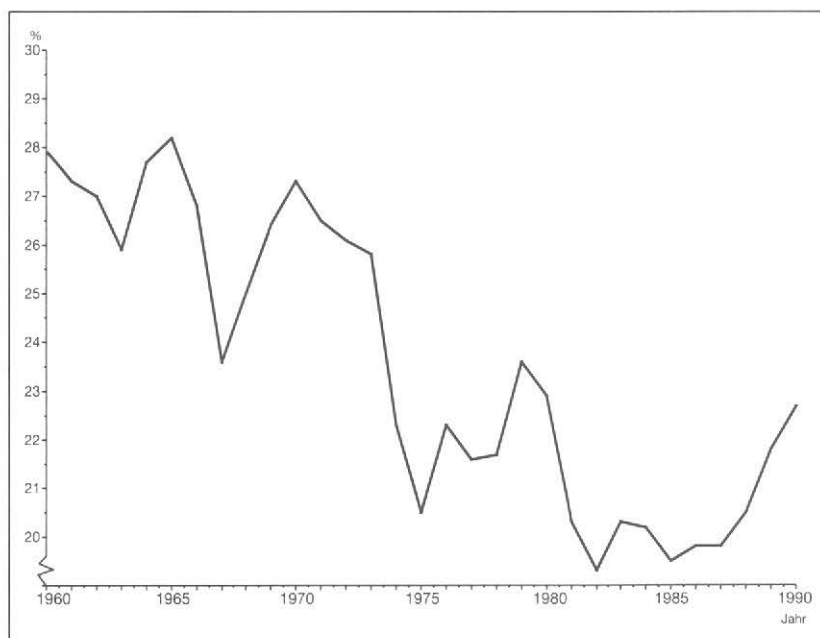
Tab. 6: Verwendung des Bruttosozialprodukts  
in Preisen von 1985

Jahr	Brutto- sozial- produkt Mrd. DM	Privater Verbrauch	Staats- verbrauch	Brutto- investitionen	Außen- beitrag
		in % des Bruttosozialprodukts			
1960	810,0	51,7	18,5	27,9	1,8
1970	1 322,8	55,3	18,6	27,3	- 1,2
1980	1 733,8	58,6	19,9	22,9	- 1,4
1981	1 735,7	58,1	20,3	20,3	1,4
1982	1 716,5	57,8	20,3	19,3	2,6
1983	1 748,4	57,5	20,0	20,3	2,2
1984	1 802,0	56,7	19,9	20,2	3,3
1985	1 834,5	56,5	19,9	19,5	4,1
1986	1 874,4	57,2	20,0	19,8	3,0
1987	1 902,3	58,2	20,0	19,8	2,0
1988	1 971,8	57,7	19,7	20,6	2,0
1989 <sup>1</sup>	2 046,8	56,5	18,7	21,7	3,1
1990 <sup>1</sup>	2 138,7	56,6	18,3	22,5	2,6

1 Vorläufiges Ergebnis.

kontinuierliche Entwicklung zugrunde; vielmehr schwankte der Anteil der Investitionen am Sozialprodukt, die sogenannte Investitionsquote, zwischen den beiden Extremen 28,2 % im Jahr 1965 und 19,3 % im Jahr 1982 (vgl. Abb. 4). Hier wirken sich überwiegend konjunkturelle Einflüsse aus.

Abb. 4: Entwicklung der Investitionsquote<sup>1</sup> 1960 bis 1990



<sup>1</sup> Investitionsquote (Bruttoinvestitionen in % des Bruttonationalprodukts in Preisen von 1985).

Betrachtet man nicht den langfristigen Trend, sondern die Entwicklung seit 1980, so ist festzustellen, daß der Anteil des Privaten Verbrauchs und zeitweise auch der Anteil der Bruttoinvestitionen zurückgegangen sind, und daß diesem Rückgang ein gestiegener Außenbeitrag gegenübersteht (bei konstantem Anteil des Staatsverbrauchs).



## 12.6 Verteilung des Volkseinkommens

Neben der Entstehung und der Verwendung des Sozialprodukts ist als dritter Aspekt die Verteilung der Einkommen von Interesse. Das Volkseinkommen erreichte 1990 einen Wert von 1872 Mrd. DM, das waren 29 569 DM je Einwohner bzw. 65 713 DM je Erwerbstätigen.

Von dem für 1990 ermittelten Volkseinkommen entfielen 70 % auf die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und 30 % auf die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Um Mißverständnisse zu vermeiden, ist anzumerken, daß zu den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen neben den Unternehmenseinkommen (Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, Personengesellschaften, Einzelunternehmen einschl. Landwirte, Freie Berufe usw.) auch die Vermögenseinkommen *aller* Bevölkerungsgruppen (also z. B. auch die Zinsen aus dem Sparguthaben eines Kindes, aus dem Wertpapierbesitz eines Rentners oder die Dividenden aus den Aktien im Besitz eines Arbeitnehmers) rechnen. Außerdem ist zu beachten, daß das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit die gesamten Sozialbeiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile) sowie die Lohnsteuer der Arbeitnehmer einschließt.

Seit 1960 haben sich in der Verteilung des Volkseinkommens deutliche Verschiebungen ergeben. Damals entfielen erst 60 % des Volkseinkommens auf Einkommen aus unselbständiger Arbeit, dafür aber 40 % auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Den höchsten Anteil am Volkseinkommen hatten die

Tab. 7: Verteilung des Volkseinkommens

Jahr	Volkseinkommen	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
	Mrd. DM	in % des Volkseinkommens	
1960	240,1	60,1	39,9
1970	530,4	68,0	32,0
1980	1 139,6	75,8	24,2
1981	1 179,8	76,8	23,2
1982	1 214,2	76,9	23,1
1983	1 278,1	74,6	25,4
1984	1 347,1	73,4	26,6
1985	1 406,8	73,0	27,0
1986	1 497,6	72,1	27,9
1987	1 550,0	72,6	27,4
1988	1 635,5	71,5	28,5
1989 <sup>1</sup>	1 734,3	70,5	29,5
1990 <sup>1</sup>	1 871,5	70,2	29,8

<sup>1</sup> Vorläufiges Ergebnis.

Einkommen aus unselbständiger Arbeit 1982 (77 %); seither ist ihr Anteil wieder zurückgegangen, während entsprechend der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von 23 % (1981) auf 30 % (1990) stieg.

Der mit geringen Unterbrechungen bis 1982 anhaltende Anstieg der Lohnquote (Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen) ging einher mit einer stetigen Zunahme der Arbeitnehmerquote (Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen) von 77 % im Jahr 1960 auf 88 % im Jahre 1982. Durch Ausschalten des Einflusses dieser Veränderung der Erwerbstätigenstruktur kann man eine „bereinigte“ Lohnquote berechnen, die zwischen 1960 (60 %) und 1982 (67 %) erheblich schwächer anstieg als die unbereinigte Quote. Ab 1983 schwächte sich die „bereinigte“ Quote ab. 1990 erreichte sie einen Wert (60 %), der dem Stand von 1960 entspricht.

Vom gesamten Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit entfielen 1990 18,6 % auf die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, 24,9 % auf die Lohnsteuer und die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer. Die Summe der Nettolöhne und -gehälter betrug somit 56,6 % des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bzw. 69,5 % der Bruttolohn- und -gehaltssumme.

Die Belastung der Bruttolöhne und -gehälter durch Lohnsteuer und Sozialabgaben lag somit 1990 durchschnittlich bei 30,5 %, gegenüber 28,7 % 1980, 22,5 % 1970 und knapp 16 % 1960. Bei diesen Angaben ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Arbeitnehmer seit Beginn der 70er Jahre per saldo zunehmend Erstattungen an

Tab. 8: Volkseinkommen je Einwohner  
je Erwerbstätigen bzw. je beschäftigten Arbeitnehmer in DM

Jahr	Volkseinkommen		Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Bruttolohn- und -gehaltssumme	Nettolohn- und -gehaltssumme
	je Einwohner	je Erwerbstätigen			
	je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer				
1960	4 332	9 148	7 128	6 148	5 178
1970	8 745	19 889	16 211	13 841	10 726
1980	18 510	42 115	36 150	29 691	21 184
1987	25 378	57 076	46 589	37 812	25 729
1988	26 616	59 759	47 987	38 945	26 579
1989 <sup>1</sup>	27 943	62 515	49 339	40 118	27 135
1990 <sup>1</sup>	29 569	65 713	51 499	41 984	29 181
Steigerung 1990 gegenüber 1960 in %	583	618	622	583	464

1 Vorläufiges Ergebnis.

zuviel gezahlter Lohnsteuer im Rahmen von Einkommensteuerveranlagungen erhalten. Diese Beträge, die sich für 1980 auf rund 8 Mrd. DM und für 1990 schätzungsweise auf etwa 20 Mrd. DM oder rund 330 bzw. 790 DM je beschäftigten Arbeitnehmer belaufen, mindern effektiv die Steuerbelastung. Bezieht man sie in die Betrachtungen ein, so hat die Abgabenbelastung der Arbeitnehmereinkommen 1990 bei etwa 29 % und 1980 bei etwas mehr als 27 % gelegen.

Tab. 9: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit  
in Mrd. DM

Gegenstand der Nachweisung	1960	1970	1980	1990 <sup>1</sup>
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	144,4	360,6	863,9	1 313,9
– Sozialbeiträge der Arbeitgeber	19,9	52,7	154,4	244,1
= Bruttolohn- und -gehaltsumme	124,5	307,9	709,5	1 069,8
– Lohnsteuer	7,9	36,3	112,4	173,8
– Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	11,7	33,0	90,9	153,0
= Nettolohn- und -gehaltsumme	104,9	238,6	506,2	743,0

1 Vorläufiges Ergebnis.

Sowohl die Einkommen aus unselbständiger Arbeit als auch die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (mit Ausnahme der nicht entnommenen Gewinne der Unternehmen und der Vermögenseinkommen des Staates) fließen den privaten Haushalten zu. Von dieser Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen müssen – wie bereits erwähnt – (direkte) Steuern und Sozialbeiträge gezahlt werden, die jedoch zumindest teilweise in Form von sozialen Leistungen

Tab. 10: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte  
nach der Umverteilung

Jahr	Verfügbares Einkommen nach der Umverteilung		
	Insgesamt	davon Verwendung für	
		Privaten Verbrauch	Ersparnis
	Mrd. DM	%	
1960	188,0	91,4	8,6
1970	428,0	86,2	13,8
1980	960,4	87,2	12,8
1990 <sup>1</sup>	1 508,8	86,1	13,9

1 Vorläufiges Ergebnis.

und anderen Übertragungen den Haushalten wieder zugute kommen. Erst die Einkommen, die sich nach dieser Umverteilung ergeben, stehen zur freien Verfügung der Haushalte und können für den Privaten Verbrauch bzw. die Ersparnis verwendet werden.

1990 flossen 86,1 % der verfügbaren Einkommen in den Privaten Verbrauch, 13,9 % wurden gespart. 1960 hatte die Sparquote der privaten Haushalte bei knapp 9 %, 1970 bei nahezu 14 % gelegen.

## 12.7 Sozialprodukt in den neuen und alten Bundesländern 1991 im Vergleich

Nach den ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes belief sich das Bruttosozialprodukt in den neuen Bundesländern einschl. Berlin(Ost) im Jahr 1991 auf 193,1 Mrd. DM; das sind 6,9 % des gesamtdeutschen Sozialprodukts. Pro Einwohner wurden in Ostdeutschland 12 000 DM erwirtschaftet, in Westdeutschland 41 000 DM.

Gliedert man die Wertschöpfung nach einzelnen Wirtschaftsbereichen auf, so lassen sich erhebliche Strukturunterschiede zwischen der ost- und westdeutschen Wirtschaft feststellen. Der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Wertschöpfung insgesamt liegt in den alten Bundesländern um 6 % höher als in den neuen Bundesländern (40,1 % gegenüber 34,1 %). Auch der Dienstleistungsbereich ist in den alten Bundesländern weit stärker vertreten als in den neuen Bundesländern: Der Anteil an der Wertschöpfung beträgt für erstere 30,8 % für letztere 23,8 %. Dagegen hat der Bereich Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck, in den neuen Bundesländern ein wesentlich stärkeres Gewicht, denn ihr Anteil an der Wertschöpfung beträgt 23,7 %, während er in den alten Bundesländern nur 13,5 % erreicht. Die Wertschöpfung der Wohnungsvermietung ist aufgrund der niedrigen Mieten in den neuen Ländern negativ. Dagegen beträgt der Anteil der Wertschöpfung der Wohnungsvermietung an der gesamten Wertschöpfung in den alten Ländern 7,5 %.

Die letzte inländische Verwendung von Waren und Dienstleistungen in Höhe von 361,2 Mrd. DM überstieg das Bruttosozialprodukt um 168,1 Mrd. DM. Dies resultiert daraus, daß erheblich mehr Waren und Dienstleistungen aus den alten Bundesländern und dem Ausland bezogen (227,3 Mrd. DM) als dorthin geliefert (59,2 Mrd. DM) wurden. Daraus ergab sich ein negativer Außenbeitrag der neuen Bundesländer in Höhe von 168,1 Mrd. DM, das sind rund 46,5 % der gesamten letzten inländischen Verwendung. Wegen der Schwierigkeiten der Erfassung der Güterströme zwischen alten und neuen Bundesländern mußten bei der Ermittlung des Außenbeitrags der neuen Bundesländer in erheblichem Umfang Schätzungen vorgenommen werden. Die Fehlermargen dieser Ergebnisse gehen daher weit

über das normale Maß hinaus. Vergleicht man jeweils die Anteile der Ein- und Ausfuhr von Gütern an der inländischen Güterverwendung zwischen alten und neuen Bundesländern, so fällt der erheblich höhere Anteil der Einfuhren der neuen Bundesländer (62,9 % gegenüber 33,6 %) und der erheblich niedrigere Anteil ihrer Ausfuhren (16,4 % gegenüber der alten Bundesländer (41,5 %) ins Auge.

Tab. 11: Erste gesamtdeutsche Ergebnisse  
der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für 1991  
Stand: Januar 1992

Gegenstand der Nachweisung	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Bundes- länder <sup>1</sup>	Früheres Bundes- gebiet	Neue Bundes- länder <sup>1</sup>
Entstehung des Sozialprodukts	Mrd. DM		% von Deutschland		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	35,5	32,2	3,3	90,6	9,4
Produzierendes Gewerbe	1 067,1	999,6	67,5	93,7	6,3
Handel und Verkehr	389,3	356,3	33,1	91,5	8,5
Dienstleistungsunternehmen	816,2	769,2	47,0	94,2	5,8
Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	383,2	336,4	46,8	87,8	12,2
Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	2 691,4	2 493,6	197,8	92,7	7,3
- Unterstellte Entgelte					
für Bankdienstleistungen	127,7	103,3	24,4	80,9	19,1
= Bruttowertschöpfung (bereinigt)	2 563,7	2 390,3	173,4	93,2	6,8
+ Nichtabziehbare Umsatzsteuer	185,5	176,9	8,6	95,4	4,6
+ Einfuhrabgaben	30,1	29,1	1,0	96,6	3,4
= Bruttoinlandsprodukt	2 779,4	2 596,3	183,0	93,4	6,6
+ Einkommen aus der übrigen Welt (Saldo) <sup>2</sup>	27,6	17,5	10,1	X	X
= Bruttosozialprodukt	2 806,9	2 613,8	193,1	93,1	6,9
Verwendung des Sozialprodukts					
Privater Verbrauch	1 575,0	1 378,7	196,3	87,5	12,5
Staatsverbrauch	560,8	470,7	90,2	83,9	16,1
Bruttoinvestitionen	647,7	572,9	74,8	88,5	11,5
Anlageinvestitionen	643,1	570,8	72,4	88,7	11,3
Ausrüstungen	300,8	264,8	36,0	88,0	12,0
Bauten	342,4	306,0	36,4	89,4	10,6
Vorratsveränderung	4,5	2,1	2,4	X	X
Letzte inländische Verwendung von Gütern	2 783,5	2 422,2	361,2	87,0	13,0
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	23,5	191,6	-168,1	X	X
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen <sup>3</sup>	820,7	1 005,8	59,2	X	X
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen <sup>3</sup>	797,2	814,2	227,3	X	X
Bruttosozialprodukt	2 806,9	2 613,8	193,1	93,1	6,9
Einkommen					
Bruttolohn- und -gehaltssumme (Inländer)	1 294,3	1 158,2	136,1	89,5	10,5

1 Die Zahlen für die neuen Bundesländer basieren nur zum Teil auf statistisch erhobenen Basisdaten. Sie stellen zu diesem Zeitpunkt also überwiegend das Ergebnis von Vorausschätzungen dar.

2 Aus der übrigen Welt empfangene abzüglich an die übrige Welt geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

3 Einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

Der Private Verbrauch hatte mit 196,3 Mrd. DM einen Anteil von 54,3 % an der letzten inländischen Verwendung in den neuen Ländern (56,9 % in den alten Ländern). Für den Staatsverbrauch ergab sich ein Anteil von 25,0 % der im Vergleich zu den alten Ländern (19,4 %) um einiges höher ausfällt. Dagegen ist der Anteil der Bruttoinvestitionen geringer als in den alten Ländern (20,7 % im Vergleich zu 23,7 %), was vor allen auf den höheren Anteil der Bauinvestitionen (10,1 % im Vergleich zu 12,6 %) zurückzuführen ist. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme in den neuen Bundesländern betrug 136,1 Mrd. DM im Jahr 1991.

## 12.8 Außenwirtschaft

### 12.8.1 Die Bedeutung der außenwirtschaftlichen Verflechtungen

Welche Bedeutung den außenwirtschaftlichen Verflechtungen zukommt, wird u. a. dadurch deutlich, daß die Bundesrepublik Deutschland – nach den USA – den zweithöchsten Außenhandelsumsatz der Welt hat. Allerdings ist die Entwicklung des Außenhandels nur ein Aspekt der außenwirtschaftlichen Zusammenhänge. Wichtig sind auch die Entwicklung der Wechselkurse und der Zinssätze, die u. a. zu Bewegungen auf den Geld- und Kapitalmärkten sowie zu Preisänderungen am Weltmarkt führen, der Reiseverkehr ins Ausland, der ebenso wie der Import von Gütern den Abfluß von Devisen verursacht, und schließlich die Einbindung in internationale Organisationen mit ihren finanziellen Verpflichtungen, z. B. gegenüber der EG, dem Weltwährungsfonds, den Entwicklungsländern und zunehmend auch gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas.

### 12.8.2 Außenhandel

Über den Außenhandel liefert die amtliche Statistik detaillierte Angaben, nicht nur hinsichtlich Umfang und Handelspartner, sondern auch bezüglich der Waren, die ein- bzw. ausgeführt werden.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland gilt als „exportabhängig“. In hohem Maße ist sie aber auch auf Importe (z. B. Erdöl- und Rohstoffeinfuhr) angewiesen. Dies zeigt sich z. B. darin, daß die Relation zwischen Wareneinfuhr und Bruttosozialprodukt 1990 22,7 %, das Verhältnis zwischen Warenausfuhr und Bruttosozialprodukt 26,5 % betrug. Insgesamt wurden von der Bundesrepublik Deutschland (nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990) im Jahre 1990 Waren im Wert von 550,6 Mrd. DM ein- und im Wert von 642,8 Mrd. DM ausgeführt.

Die wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik Deutschland sind die industrialisierten westlichen Länder, mit denen 1990 83 % der deutschen Wareneinfuhren und 85 % der Warenausfuhren getätigt wurden. Besonderes Gewicht hat dabei der Handel mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaften, der in der Einfuhr und

Tab. 12: Entwicklung von Wareneinfuhr und Warenausfuhr  
im früheren Bundesgebiet

Jahr	Einfuhr <sup>1</sup>	Ausfuhr <sup>1</sup>	Brutto- sozialprodukt	Einfuhr <sup>1</sup>	Ausfuhr <sup>1</sup>
	Mrd. DM			% des Bruttosozialprodukts	
1960	42,7	47,9	303,0	14,1	15,8
1965	70,4	71,7	458,2	15,4	15,6
1970	109,6	125,3	675,7	16,2	18,5
1975	184,3	221,6	1 029,4	17,9	21,5
1980	341,4	350,3	1 485,2	23,0	23,6
1981	369,2	396,9	1 545,1	23,9	25,7
1982	376,5	427,7	1 597,1	23,6	26,8
1983	390,2	432,3	1 680,4	23,2	25,7
1984	434,3	488,2	1 769,9	24,5	27,6
1985	463,8	537,2	1 844,3	25,1	29,1
1986	413,7	526,4	1 945,2	21,2	27,0
1987	409,6	527,4	2 017,7	20,3	26,1
1988	439,6	567,7	2 108,0	20,9	26,9
1989	506,5	641,0	2 245,2	22,6	28,5
1990	550,6	642,8	2 425,5	22,7	26,5

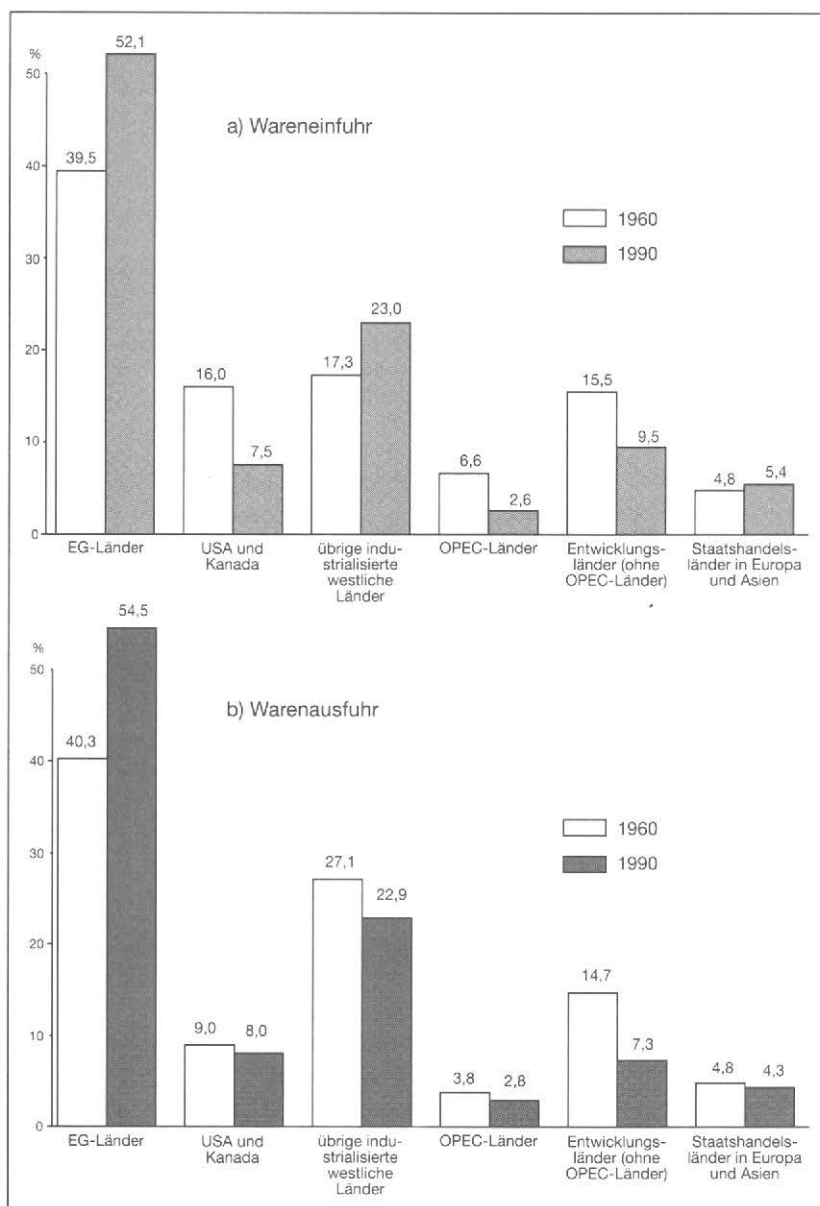
1 Spezialhandel entsprechend der Außenhandelsstatistik.

in der Ausfuhr allein 52 % bzw. 55 % auf sich vereinigte. Von den übrigen Ländern haben 1990 vor allem die Schweiz, Österreich, Japan, die asiatischen Entwicklungsländer, Polen und die Tschechoslowakei verstärkt deutsche Waren abgenommen; umgekehrt profitierten insbesondere Österreich, die Schweiz, Japan, China sowie die asiatischen Entwicklungsländer von der deutschen Nachfrage.

Für die Beurteilung von Handelsbeziehungen zu den einzelnen Ländergruppen ist auch der „Außenhandelsaldo“ (Wert der Ausfuhr abzüglich Wert der Einfuhr von Waren) von Interesse. Dabei ergibt sich im einzelnen ein differenziertes Bild. Im Warenverkehr mit den EG-Ländern, den industrialisierten westlichen Ländern in Europa, den USA und Kanada sowie den OPEC-Ländern wurden 1990 Ausfuhrüberschüsse erzielt, während aus den ehemaligen Staatshandelsländern, den Entwicklungsländern (ohne OPEC) und den übrigen industrialisierten westlichen Ländern (darunter insbesondere Japan) mehr Waren in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt als in diese Länder ausgeführt wurden.

Auch innerhalb der einzelnen Ländergruppen ergeben sich Unterschiede; so wurden beispielsweise 1990 nach Frankreich Waren im Wert von 83,8 Mrd. DM exportiert und nur Waren im Wert von 65,1 Mrd. DM eingeführt. Dagegen überstieg die Einfuhr aus den Niederlanden (56,0 Mrd. DM) und aus Irland (4,7 Mrd. DM) die Ausfuhr dorthin um 1,6 Mrd. DM bzw. um 2,0 Mrd. DM. Damit wies in der Gruppe

Abb. 5: Außenhandel nach Ländergruppen im früheren Bundesgebiet





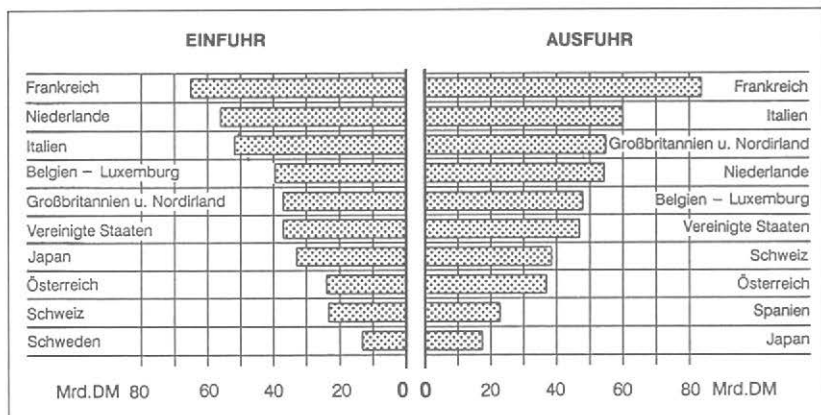
der EG-Länder lediglich der Warenaustausch mit den Niederlanden und Irland in der Handelsbilanz des Jahres 1990 einen Passivsaldo aus. Im Handel mit den USA wurde mit 9,9 Mrd. DM ein hoher Ausfuhrüberschuß erzielt. Zu Beginn der 80er Jahre hatten die Importe die Exporte noch überstiegen (wie zuvor bereits in den 50er und 60er Jahren).

Fragt man nach dem Einfluß von Überschüssen oder Defiziten auf das binnenwirtschaftliche Geschehen, so ist zu beachten, daß den Güterströmen gegenläufige Geldströme entsprechen. Zur Bezahlung der gekauften Waren und Dienstleistungen kann nur in wenigen Fällen die einheimische Währung verwendet werden. In der Regel benötigt man Devisen, vereinfacht gesprochen: Währung der Länder, in denen man einkauft bzw. dritter Länder, auf deren Währung sich die Handelspartner als Zahlungsmittel geeinigt haben.

Wird ebensoviel exportiert wie importiert, können die gekauften Güter mit den Devisen bezahlt werden, die für die verkauften Güter eingegangen sind. Wird dagegen mehr ein- als ausgeführt, vermindern sich die Devisenreserven des jeweiligen Landes; auf lange Frist gesehen, schmelzen sie ganz zusammen, und das entsprechende Land ist gezwungen, sich mehr und mehr gegenüber anderen Ländern zu verschulden (in dieser Position befinden sich heute beispielsweise viele Entwicklungsländer).

Außenhandelsdefizite einzelner Staaten sind Exportüberschüsse anderer Staaten. Aber nicht nur für Defizitländer, auch für Überschußländer entstehen Probleme. Ein Exportüberschuß bedeutet – am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland erläut-

Abb. 6: Die größten Handelspartner der Bundesrepublik Deutschland<sup>1</sup> 1990 in Mrd. DM



<sup>1</sup> Nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990.



tert – nichts anderes, als daß ein Teil der im Inland produzierten Güter ins Ausland fließt, ohne daß dafür andere Güter importiert werden. Die Personen aber, die diese Güter hergestellt und gehandelt haben, werden für ihre Leistung in DM bezahlt; sie können auf dem deutschen Markt Güter nachfragen, ohne daß sie zum inländischen Angebot beigetragen haben. Diese Nachfrage, der kein entsprechendes Güterangebot gegenübersteht, kann die Preise in die Höhe treiben.

Zunehmende Verschuldung auf der einen Seite, Preissteigerungen auf der anderen – dies sind nur zwei Auswirkungen anhaltender Außenhandelsungleichgewichte. Insofern wird verständlich, warum das „außenwirtschaftliche Gleichgewicht“ zu den Hauptzielen der Wirtschaftspolitik gehört.

Neben der Information über die Bestimmungsländer der Ausfuhr und die Ursprungsländer der Einfuhr ist die warenmäßige Aufschlüsselung der Exporte und Importe für die Durchleuchtung der Verflechtungen im Außenhandel von großer Bedeutung.

Aus Tab. 13 wird deutlich, daß Ein- und Ausfuhr unterschiedlich strukturiert sind und daß sich die Zusammensetzung der Warenströme im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte verändert hat.

Das Schwergewicht der Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland (nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990) liegt eindeutig bei den Fertigwaren mit

Tab. 13: Einfuhr und Ausfuhr nach Warengruppen im früheren Bundesgebiet  
in Prozent

Gegenstand der Nachweisung	Einfuhr <sup>1</sup>				Ausfuhr <sup>1</sup>			
	1960	1970	1980	1990	1960	1970	1980	1990
Ernährungswirtschaft	26,3	19,1	12,7	10,8	2,3	3,5	5,3	4,8
Gewerbliche Wirtschaft	72,7	79,6	86,0	87,8	97,4	95,9	94,0	94,8
davon:								
Rohstoffe	21,7	13,5	17,3	6,1	4,6	2,5	1,9	1,1
Halbwaren	18,9	16,1	17,6	11,3	10,4	7,6	8,7	5,3
Fertigwaren	32,2	50,0	51,2	70,5	82,4	85,8	83,4	88,4

1 Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen.

einem Anteil von mittlerweile gut 88 % an der Gesamtausfuhr. Der Anteil dieser Waren an der Einfuhr ist von etwa einem Drittel im Jahr 1960 auf 70 % der 1990 insgesamt eingeführten Waren gestiegen. Die Güter der Ernährungswirtschaft (z. B. Nahrungsmittel tierischen und pflanzlichen Ursprungs, Genußmittel) machten 1960 rund ein Viertel der Einfuhr aus, 1990 nur noch etwa 11 %. Trotz dieses relativen Rückgangs ist die Einfuhr dieser Güter nach wie vor von größerem Gewicht als die Ausfuhr. Aus Tab. 13 wird auch die relativ geringe Bedeutung der Ausfuhr von Rohstoffen gegenüber ihrer Einfuhr deutlich. Dies gilt, obwohl der Anteil der Rohstoffeinfuhr an der Gesamteinfuhr zwischen 1980 und 1990 deutlich zurückgegangen ist.

Tab. 14: Index der Ein- und Ausführpreise im früheren Bundesgebiet  
(1985 = 100)

Jahr	Index der Einfuhrpreise	Index der Ausführpreise
1960	42,1	45,4
1965	42,6	47,5
1970	42,4	51,4
1975	60,3	70,2
1980	80,3	83,8
1981	91,3	88,7
1982	93,4	92,5
1983	93,1	94,1
1984	98,6	97,4
1985	100	100
1986	84,3	98,2
1987	79,8	97,3
1988	80,8	99,3
1989	84,4	102,1
1990	82,5	102,2

Infolge der Einführung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zum 1. Juli 1990 und der anschließenden Vereinigung zum 3. Oktober 1990 ergab sich u.a. die Notwendigkeit, die Außenhandelsstatistik der ehemaligen DDR in methodischer, systematischer und erhebungstechnischer Hinsicht an die entsprechende Erhebung in der Bundesrepublik Deutschland anzupassen. Dies konnte aufgrund der damit verbundenen Umstellungsarbeiten bei Wirtschaft und Verwaltung nur in zwei Phasen erfolgen, deren erste Phase nicht nur das laufende Jahr 1990, sondern rückwirkend den gesamten Zeitraum von 1985 bis 1990 umfaßte. In diesem Zusammenhang mußte beispielsweise der Ländernachweis umgestellt werden, die dargestellten Ergebnisse mußten in DM umgerechnet werden, und es war erforderlich, die Außenhandelsdaten in einer in der Bundesrepublik Deutschland (nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990) gebräuchlichen Warensystematik zu präsentieren. Ferner mußten u.a. die Wertstellungspraxis, der zeitliche Nachweis sowie die Behandlung einiger spezieller Warenverkehre geändert werden. Die zweite Phase der Anpassung begann im Januar 1991. Von diesem Zeitpunkt an ist die außenhandelsstatistische Erhebung in den neuen und in den alten Bundesländern einheitlich.

In das Gebiet der ehemaligen DDR wurden im Jahre 1990 Waren im Wert von 22,9 Mrd. DM importiert, und für 38,1 Mrd. DM wurden Güter von dort exportiert. Verglichen mit dem Vorjahr verringerte sich die Einfuhr damit um gut 44 %, die Ausfuhr ging um 7,4 % zurück. Der enorme Einbruch bei den Auslandsbezügen ist vor allem auf die stark rückläufige Produktion der Unternehmen in den neuen Bundesländern sowie auf die Tatsache, daß die Inlandsnachfrage in großem Umfang durch die Produktion und Einfuhr der westdeutschen Wirtschaft befriedigt werden konnte, zurückzuführen. Zum Rückgang der Ausfuhr dürften neben der gesunkenen Produktion im Gebiet der ehemaligen DDR vor allem die geringe internationale Konkurrenzfähigkeit der Produkte sowie Absatzprobleme in den bisher als Handelspartner dominierenden Ländern Osteuropas beigetragen haben (vgl. Tab. 15).

Die Wirtschaft in den fünf neuen Bundesländern wickelte 1990 gut 67 % ihrer Einfuhren und 80 % der Ausfuhren mit den ehemaligen Staatshandelsländern – vor allem mit denen in Europa – ab. Für Industrie und Handel in den alten Bundesländern ergaben sich nur entsprechende Anteile von 5,4 bzw. 4,3 %. Demgegenüber war der Warenaustausch mit den westlichen Industriestaaten für die Unternehmen in der ehemaligen DDR von vergleichsweise geringer Bedeutung. Auf diese Länder entfielen 1990 insgesamt nur 25 % der Importe und 13 % der Exporte. Auch im Verhältnis zu den Entwicklungsländern waren die Handelsbeziehungen der ostdeutschen Wirtschaft weniger stark ausgebaut, als dies bei den Unternehmen in den alten Bundesländern der Fall war. In beiden Richtungen wurden 1990 5,6 % des Warenverkehrs zwischen der ehemaligen DDR und anderen Staaten mit Entwicklungsländern abgewickelt.

Tab. 15: Außenhandel des Gebiets der ehem. DDR nach Ländergruppen

Ursprungs- bzw. Bestimmungsland	1989		1990		1990 gegenüber 1989	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Einfuhr						
Industrialisierte westliche						
Länder	9 256	22,5	5 660	24,8	- 3 596	- 38,8
EG-Länder	4 195	10,2	2 678	11,7	- 1 595	- 37,3
Andere europ. Länder	4 416	10,7	2 527	11,1	- 1 945	- 43,5
dar.: EFTA-Länder	3 617	8,8	2 129	9,3	- 1 515	- 41,6
Vereinigte Staaten	230	0,6	226	1,0	+ 123	+ 120,3
Kanada	122	0,3	55	0,2	- 60	- 52,3
Übrige Länder	292	0,7	174	0,8	- 118	- 40,5
Entwicklungsländer	2 300	5,6	1 273	5,6	- 743	- 36,9
OPEC-Länder	316	0,8	85	0,4	- 200	- 70,3
Andere Entwicklungsländer	1 983	4,8	1 189	5,2	- 543	- 31,4
Staatshandelsländer	26 944	65,5	15 404	67,4	- 12 268	- 44,3
Europa	26 142	63,5	14 854	65,0	- 12 017	- 44,7
Asien	802	2,0	550	2,4	- 251	- 31,3
Insgesamt	41 142	100	22 852	100	- 18 290	- 44,5
Ausfuhr						
Industrialisierte westliche						
Länder	6 914	16,8	5 105	13,4	- 1 809	- 26,2
EG-Länder	3 508	8,5	2 931	7,7	- 578	- 16,5
Andere europ. Länder	2 929	7,1	1 904	5,0	- 1 026	- 35,0
dar.: EFTA-Länder	2 227	5,4	1 529	4,0	- 722	- 32,1
Vereinigte Staaten	219	0,5	137	0,4	- 82	- 37,6
Kanada	40	0,1	29	0,1	- 11	- 27,2
Übrige Länder	217	0,5	105	0,3	- 112	- 51,8
Entwicklungsländer	2 688	6,5	2 115	5,6	- 185	- 8,0
OPEC-Länder	420	1,0	369	1,0	- 2	- 0,5
Andere Entwicklungsländer	2 268	5,5	1 746	4,6	- 183	- 9,5
Staatshandelsländer	29 834	72,6	30 486	80,1	+ 652	+ 2,2
Europa	28 975	70,5	29 811	78,3	+ 836	+ 2,9
Asien	859	2,1	675	1,8	- 184	- 21,5
Insgesamt	41 105	100	38 072	100	- 3 032	- 7,4

Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern importierte und exportierte 1990 mit 29 bzw. 53 % insbesondere Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge (vgl. Tab. 16). Damit hatten derartige Erzeugnisse für den Außenhandel der ehemaligen DDR etwa die gleiche Bedeutung wie für den grenzüberschreitenden Warenverkehr

Tab. 16: Außenhandel des Gebiets der ehem. DDR nach Teilen  
des Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel

Warenbenennung	1989		1990		1990 gegenüber 1989	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Einfuhr						
Nahrungsmittel und lebende Tiere	2 902	7,1	1 307	5,7	- 1 595	-55,0
Getränke und Tabak	821	2,0	324	1,4	- 497	-60,5
Rohstoffe <sup>1</sup>	2 388	5,8	1 426	6,2	- 962	-40,3
Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel usw.	8 214	20,0	5 552	24,3	- 2 662	-32,4
Tierische und pflanzliche Öle, Fette, Wachse	46	0,1	28	0,1	- 18	-39,1
Chemische Erzeugnisse a.n.g.	2 504	6,1	1 351	5,9	- 1 153	-46,0
Bearbeitete Waren <sup>2</sup>	6 678	16,2	3 906	17,1	- 2 772	-41,5
Maschinenbauerzeugn. und Fahrzeuge	13 956	33,9	6 647	29,1	- 7 309	-52,4
Versch. Fertigwaren	2 303	5,6	1 492	6,5	- 811	-35,2
Andere Waren und -Verkehrsvorgänge	1 330	3,2	818	3,6	- 512	-38,5
Insgesamt	41 142	100	22 852	100	-18 290	-44,5
Ausfuhr						
Nahrungsmittel und lebende Tiere	1 147	2,8	1 285	3,4	+ 138	+12,0
Getränke und Tabak	514	1,3	55	0,1	- 459	-89,3
Rohstoffe <sup>1</sup>	606	1,5	599	1,6	- 7	- 1,2
Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel usw.	2 082	5,1	831	2,2	- 1 251	-60,1
Tierische und pflanzliche Öle, Fette, Wachse	15	0,0	17	0,0	+ 2	+13,3
Chemische Erzeugnisse a.n.g.	4 659	11,3	3 966	10,4	- 693	-14,9
Bearbeitete Waren <sup>2</sup>	6 772	16,5	5 010	13,2	- 1 762	-26,0
Maschinenbauerzeugn. und Fahrzeuge	19 885	48,4	20 241	53,2	+ 356	+ 1,8
Versch. Fertigwaren	5 051	12,3	5 558	14,6	+ 507	+10,0
Andere Waren und -Verkehrsvorgänge	374	0,9	511	1,3	+ 137	+36,6
Insgesamt	41 105	100	38 072	100	- 3 033	- 7,4

1 Ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe.

2 Vorwiegend nach Beschaffenheit.

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und fremden Ländern. Die Einfuhr mineralischer Brennstoffe und Schmiermittel in die fünf neuen Bundesländer fiel 1990 mit einem Anteil von 24 % dagegen deutlich höher aus als der Import derartiger Erzeugnisse durch die westdeutsche Wirtschaft. Auf Seiten der Ausfuhr spielten chemische Erzeugnisse mit einem Anteil von gut 10 % eine recht bedeutende Rolle. Für die westdeutsche Exportwirtschaft hatten derartige Produkte eine ähnliche Bedeutung.

Für das vereinigte Deutschland ergab sich 1990 eine Einfuhr von 573,5 Mrd. DM und eine Ausfuhr von 680,9 Mrd. DM. Ein Jahr zuvor hatten die entsprechenden Werte noch bei 547,6 bzw. 682,1 Mrd. DM gelegen (vgl. Tab. 17). Aufgrund dieser Entwicklung sank der Ausfuhrüberschuß der Bundesrepublik Deutschland (nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990) von 134,5 Mrd. DM im Jahre 1989 auf 107,4 Mrd. DM 1990. Im ersten Halbjahr 1991 importierte das vereinigte Deutschland Waren für 323,1 Mrd. DM und führte Güter im Wert von 328,1 Mrd. DM aus. Im

Tab. 17: Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland<sup>1</sup>

Zeitraum	Einfuhr	Ausfuhr	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum		Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhr-überschuß
	Mrd. DM		%		Mrd. DM
1989	547,6	682,1	+13,7	+12,2	+134,5
1990	573,5	680,9	+ 4,7	- 0,2	+107,4
1. Hj. 1990	279,8	346,6	-	-	+ 66,8
1. Hj. 1991	323,1	328,1	+15,5	- 5,3	+ 5,0

<sup>1</sup> Nach dem Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1989.

Vergleich zum ersten Halbjahr 1990 erhöhte sich damit die Einfuhr um 16 %, der Export sank dagegen um 5,3 %. Da auch in absoluten Zahlen die Auslandsbezüge kräftig zugenommen haben, die Lieferungen in fremde Länder aber erheblich niedriger ausfielen, stellte sich für die ersten sechs Monate 1991 nur noch ein Exportüberschuß von 5,0 Mrd. DM ein, nach 66,8 Mrd. DM im entsprechenden Zeitraum 1990.

Ein wichtiger Aspekt zur Beurteilung des Außenhandelsumfangs und der Austauschverhältnisse ist die Entwicklung der Ein- und Ausfuhrpreise. Steigen beispielsweise die Ausfuhrpreise schneller als die Einfuhrpreise, bedeutet dies, daß man für eine bestimmte Menge ausgeführter Güter einen höheren Erlös erhält und dafür mehr Güter im Ausland einkaufen kann als zuvor.

Bei den Ausfuhrpreisen ist seit 1960 eine nahezu durchgehende Aufwärtsentwicklung festzustellen, während bei den Einfuhrpreisen Preisausschläge nach beiden

Seiten zu verzeichnen waren, wobei jedoch die Preissteigerungen gegenüber den Preisrückgängen langfristig überwogen.

Ursache für diese Entwicklung ist im wesentlichen die unterschiedliche Warenstruktur der Ein- und Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland. Bei den Importen sind Rohstoffe und Güter der Ernährungswirtschaft, die besonders häufig stärkeren Preisschwankungen unterliegen, von größerer Bedeutung als bei den Exporten.

### 12.8.3 Zahlungsbilanz

Um das Bild der außenwirtschaftlichen Verflechtungen zu vervollständigen, muß der Handelsbilanz mit dem Nachweis der Warenein- und -ausfuhr die Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz sowie die Kapitalbilanz gegenübergestellt werden. Dies geschieht in der Zahlungsbilanz, die die Salden (Überschüsse oder Defizite) dieser Teilbilanzen zusammenfaßt. In der folgenden Übersicht sind vereinfacht die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Bilanzen dargestellt:

Um das Verständnis der Kapitalbilanz zu erleichtern, wurde eine Darstellung gewählt, die von der üblichen Form etwas abweicht. Dabei wurden die Vorzeichen in der Weise gesetzt, daß jede Bestandserhöhung mit einem Pluszeichen, jede Verringerung mit einem Minuszeichen erscheint.

$$\begin{aligned} & \text{Saldo der Handelsbilanz (= Warenexporte } \cancel{-} \text{ Warenimporte)} \\ & + \text{ Saldo der Dienstleistungsbilanz (= Exporte } \cancel{-} \text{ Importe von Dienstleistungen)} \\ & + \text{ Saldo der Übertragungsbilanz (= Übertragungen aus dem Ausland } \cancel{-} \text{ Übertragungen an das Ausland, z. B. Zahlungen an die EG, Überweisungen der Gastarbeiter in ihre Heimatländer u. ä.)} \\ & = \text{ Saldo der Leistungsbilanz} \\ & \text{Saldo des kurz- und langfristigen Kapitalverkehrs (= Kapitalimporte } \cancel{-} \text{ Kapitalexporte)} \\ & + \text{ Zu- bzw. Abnahme der Nettoauslandsaktiva der Deutschen Bundesbank (im wesentlichen Gold, Devisen)} \\ & + \text{ Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Deutschen Bundesbank (z. B. Neubewertung der Devisenbestände)} \\ & = \text{ Saldo der Kapitalbilanz} \\ & \text{Saldo der Leistungsbilanz} = \text{Saldo der Kapitalbilanz } (\pm \text{ ungeklärte Beträge}) \end{aligned}$$

Aus der Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Tab. 18) geht hervor, daß den Außenhandelsüberschüssen Defizite beim Dienstleistungsverkehr, hauptsächlich verursacht durch die Reisefreudigkeit der Deutschen, und bei den Übertragungen gegenüberstehen.



Tab. 18: Saldo der Leistungsbilanz (in Mrd. DM)

Jahr	Saldo der Leistungsbilanz			
	Insgesamt	Waren- verkehr (fob-Werte <sup>1</sup> )	Dienstleistungs- verkehr	Über- tragungen
1960	+ 5,6	+ 8,4	+ 0,7	- 3,5
1965	- 5,0	+ 5,2	- 3,9	- 6,4
1970	+ 4,8	+ 20,8	- 6,3	- 9,8
1975	+ 10,6	+ 43,5	-15,6	-17,3
1980	- 25,1	+ 18,4	-20,1	-23,5
1985	+ 48,3	+ 84,7	- 7,3	-29,1
1987	+ 82,5	+126,8	-15,2	-29,1
1988	+ 88,7	+140,4	-19,7	-32,0
1989 <sup>2</sup>	+107,6	+146,5	- 4,9	-34,0
1990 <sup>2/3</sup>	+ 77,4	+117,8	- 4,7	-35,6

1 Spezialhandel zuzüglich Ergänzungen zum Warenverkehr und Transithandel. Abweichend vom Vorgehen der Außenhandelsstatistik werden bei der Einfuhr Fracht- und Versicherungskosten herausgerechnet und dem Dienstleistungsverkehr zugeschlagen.

2 Vorläufiges Ergebnis.

3 Ab Juli 1990 einschl. Transaktionen des Gebiets der ehemal. DDR mit dem Ausland.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Tab. 19: Saldo der Kapitalbilanz (in Mrd. DM)

Jahr	Saldo der Kapitalbilanz					Ungeklärte Beträge
	Insgesamt	Kurzfristiger Kapital- verkehr	Langfristiger Kapital- verkehr	Veränderung der Netto- auslands- aktiva der Deutschen Bundesbank	Ausgleichs- posten zur Aus- lands- position der Deutschen Bundesbank	
1960	+ 5,7	- 2,4	+ 0,1	+ 8,0	-	- 0,1
1965	- 4,8	- 2,4	- 1,1	- 1,3	-	- 0,2
1970	+ 5,2	-17,6	+ 0,9	+22,7	-0,7	- 0,4
1975	+ 10,3	- 5,7	+18,2	+ 3,3	-5,5	+ 0,3
1980	- 27,5	+ 6,2	- 5,8	-25,7	-2,2	+ 2,4
1985	+ 56,4	+41,7	+12,9	- 1,3	+3,1	- 8,1
1987	+ 80,2	+17,0	+22,0	+31,9	+9,3	+ 2,2
1988	+ 92,9	+40,8	+86,8	-32,5	-2,2	- 4,2
1989 <sup>1</sup>	+117,2	+12,9	+23,3	-21,6	+2,6	- 9,6
1990 <sup>1/2</sup>	+105,5	+26,0	+68,5	+ 5,9	+5,1	-28,0

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Ab Juli 1990 einschl. Transaktionen des Gebiets der ehemal. DDR mit dem Ausland.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Anders als in der Leistungsbilanz lassen sich in der Kapitalbilanz (Tab. 19) keine eindeutigen Tendenzen feststellen. Bei allen Einzelpositionen sind in den Jahren seit 1960 sowohl Überschüsse als auch Defizite (bzw. Zu- und Abnahmen) zu verzeichnen. Der Saldo der Kapitalbilanz – bereinigt um die „ungeklärten Beträge“ – entspricht dem Saldo der Leistungsbilanz. Hier wird offenbar, daß den Leistungstransaktionen in Form des Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Übertragungen entsprechende finanzielle Transaktionen gegenüberstehen müssen. Sofern die Überschüsse bzw. Defizite in der Leistungsbilanz nicht durch Gegenbewegungen im Kapitalverkehr ausgeglichen werden, verändern sich die Auslandsaktiva der Bundesbank (Gold, Devisen usw.) entsprechend.

## 13 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Die amtliche Statistik der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei gliedert sich in die überwiegend in zweijährigen oder längerfristigen Abständen stattfindenden Betriebsstatistiken und die im allgemeinen jährlich oder mit kürzerer Periodizität durchgeführten Erzeugungsstatistiken. Zusätzlich werden einschlägige Geschäftsstatistiken und Ergebnisse von Ministerien oder anderen Zentralstellen herangezogen.

Der folgende Beitrag über den agrarstatistischen Datenbestand im Jahr der deutschen Vereinigung kann noch nicht in der bisher üblichen Darstellungsweise für Gesamtdeutschland abgehandelt werden. Infolge des Umbruchprozesses in den neuen Bundesländern sind die Ergebnisse des Jahres 1990 noch lückenhaft oder die Daten noch nicht im Erhebungsturnus erfaßt. Der besseren Übersichtlichkeit halber werden deshalb zunächst die Daten des früheren Bundesgebietes – Ausnahme: Abschnitt 13.2 – und im Anschluß das vorhandene Material aus dem Beitrittsgebiet zusammenhängend präsentiert.

### 13.1 Bedeutung des primären Sektors im früheren Bundesgebiet

Mit der Versorgung der Bevölkerung und der Sicherstellung der Ernährung erbringt die Agrarwirtschaft eine bedeutsame Leistung. Nahezu 80 % des Nahrungsbedarfs im früheren Bundesgebiet können aus heimischer Produktion gedeckt werden. Dennoch ist der Anteil der Landwirtschaft an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung (Bruttowertschöpfung) mit 1,7 % außerordentlich gering. Auch für die Beschäftigung spielt die Landwirtschaft nur eine untergeordnete Rolle. Während um die Jahrhundertwende noch gut jeder dritte Erwerbstätige und 1950 immerhin rund jeder vierte in diesem Bereich tätig war, ist es gegenwärtig nur noch etwa jeder dreißigste (nach Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen).

In diesen Zahlen kommt zum Ausdruck, daß sich in der Landwirtschaft seit Jahren ein tiefgreifender Wandel der Produktionsstrukturen vollzieht, der hinsichtlich seiner Ausmaße und Auswirkungen ohne Beispiel ist. Er war begleitet von der Integration dieses Wirtschaftsbereichs in den gemeinsamen Agrarmarkt der Europäischen Gemeinschaften.

Tab. 1: Wichtige Eckdaten über die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft 1990 im früheren Bundesgebiet

Landwirtschaftlich genutzte Fläche	11,8 Mill. Hektar = 48 % der Fläche des früheren Bundesgebietes
Erwerbstätige <sup>1</sup> in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,0 Mill. = 3,4 % aller Erwerbstätigen
Bruttowertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	38,4 Mrd. DM = 1,7 % der gesamten Bruttowertschöpfung
Selbstversorgungsgrad der Bundesrepublik Deutschland <sup>2</sup>	81 % <sup>3</sup>

1 Ergebnisse aus Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Anteil der Inlandsproduktion am Verbrauch pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse, ohne Erzeugung aus Auslandsfuttermitteln.

3 1989/90 vorläufiges Ergebnis.

## 13.2 Bodennutzung

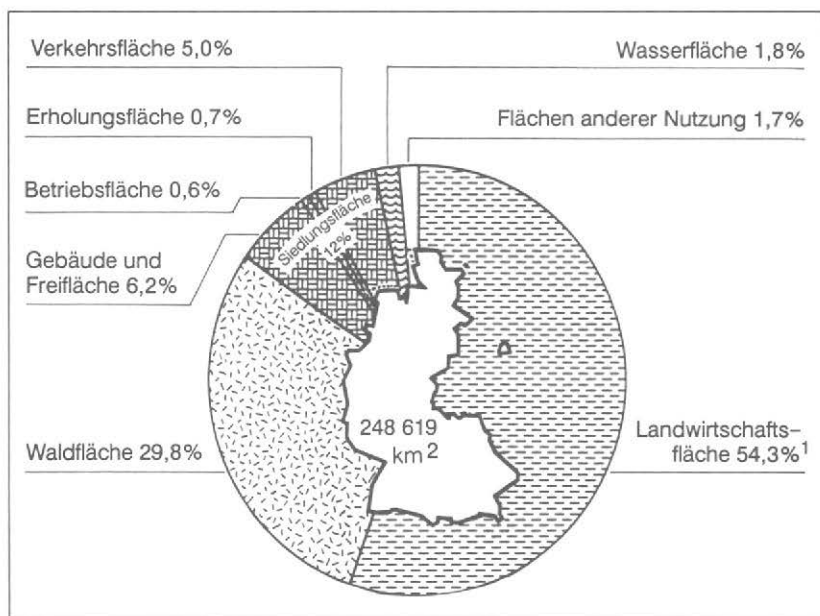
In einem dichtbesiedelten Industrieland wie der Bundesrepublik Deutschland gewinnt der Aspekt, daß es sich beim Boden um ein besonderes Gut handelt, das nicht vermehrbar ist, zunehmend an Bedeutung. Verfolgt man die langfristige Entwicklung der Flächennutzung in den alten Bundesländern, so steht einer kontinuierlichen Zunahme der Gebäude-, Frei- und Verkehrsflächen eine gleichzeitige Abnahme der Landwirtschaftsflächen gegenüber. Dennoch wird die 248 619 Quadratkilometer große Gesamtfläche des Bundesgebietes (Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990) mit 54,3 % bzw. 134 881 Quadratkilometer überwiegend von der Landwirtschaft genutzt. Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil der Landwirtschaftsfläche mit 74,1 % bzw. 63,3 % in den Bundesländern Schleswig-Holstein bzw. Niedersachsen. Fast 30 % oder 74 005 Quadratkilometer der Gesamtfläche nimmt die Waldfläche ein. Sie hat insbesondere aufgrund von Aufforstungen außerhalb der Ballungsräume und in Regionen mit wenig ertragreichen Böden in den 80er Jahren weiter zugenommen.

Zu den walddreichsten Bundesländern zählen Rheinland-Pfalz (Anteil 40,1 %) und Hessen (Anteil 39,7 %).

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 ist das Bundesgebiet um 108 332 Quadratkilometer größer geworden und umfaßt 356 952 Quadratkilometer.

In der ehemaligen DDR betrug 1989 der Anteil der Landwirtschaftsfläche an der Gesamtfläche 57,9 %, der Waldfläche 27,5 % und der Wasserfläche 2,9 %. Eine

Abb. 1: Aufteilung der Fläche des früheren Bundesgebiets 1989 nach Nutzungsarten



1 1989 13,5 Mill. Hektar, davon 11,9 Mill. landwirtschaftlich genutzt.

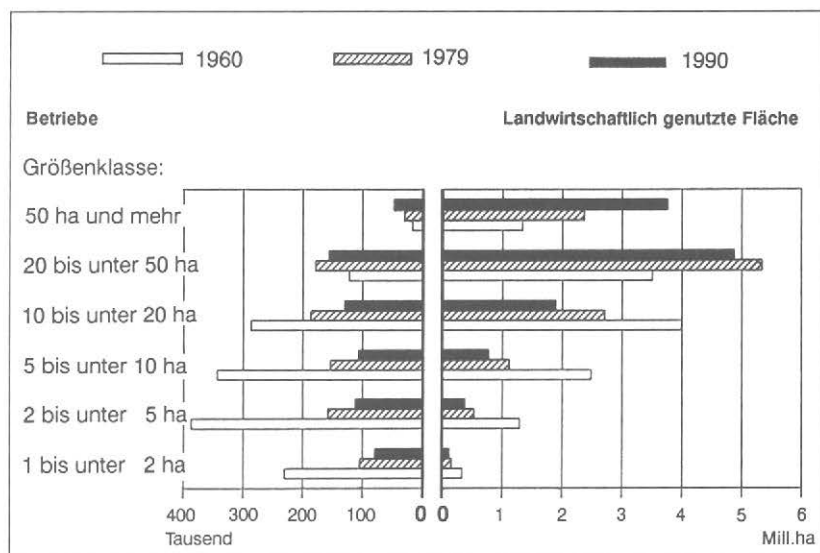
einheitliche Erfassung der Bodennutzung in den alten und neuen Bundesländern erfolgt mit der gesamtdeutschen Flächenerhebung 1993.

### 13.3 Landwirtschaftliche Betriebe im früheren Bundesgebiet

In keinem Wirtschaftsbereich sind seit Kriegsende die Strukturveränderungen so nachhaltig gewesen wie in der Landwirtschaft. Eine abnehmende Zahl von Betrieben war verbunden mit wachsenden Betriebsgrößen.

Von 1949 bis 1990 hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von etwa 1,6 Mill. auf 0,6 Mill. verringert. Allerdings beschränkte sich dieser Rückgang ausschließlich auf die unteren und mittleren Größenklassen. So sank die Zahl der Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 1 bis unter 20 Hektar von 1,52 Mill. auf 425 900, während sie bei Betrieben mit 20 Hektar und mehr von 130 000 auf 203 800 anstieg.

Abb. 2: Betriebe und Flächen in der Landwirtschaft  
im früheren Bundesgebiet



Die durchschnittliche Betriebsgröße hat sich zwischen 1949 und 1990 mehr als verdoppelt und betrug:

1949	8,06 Hektar
1960	9,34 Hektar
1970	11,67 Hektar
1980	15,27 Hektar
1988	17,74 Hektar
1990	18,70 Hektar.

### 13.4 Beschäftigte in der Landwirtschaft im früheren Bundesgebiet

Der wirtschaftliche Aufschwung nach dem Krieg veranlaßte zahlreiche Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und deren mithelfende Familienangehörige, ihre bisherige Tätigkeit zugunsten von Beschäftigungen mit höheren Verdiensten vollständig oder teilweise aufzugeben. Dies führte unter anderem zu einer Umwandlung von Vollerwerbsbetrieben in Neben- und Zuerwerbsbetriebe. Erleichtert wurde diese Entwicklung auch durch den vermehrten Einsatz von Maschinen und die

Anwendung rationeller Arbeitsverfahren. Beispielsweise stieg der Bestand an Schleppern im Alleinbesitz der Betriebe von 139 000 im Jahr 1950 auf 1,16 Mill. im Jahr 1990. Dies wirkte sich wiederum auf Ausrichtung und Kostensituation der Betriebe aus.

In den landwirtschaftlichen Betrieben einschließlich der Haushalte der Betriebsinhaber gab es 1990 annähernd 1,7 Mill. Familienarbeitskräfte. Darunter führten 1,4 Mill. betriebliche Arbeiten aus, und von diesen waren lediglich 373 400 im Betrieb vollbeschäftigt. 424 400 Personen gingen noch einer anderen Erwerbstätigkeit nach. In jedem zweiten Betrieb war das außerbetriebliche Einkommen des Betriebsinhabers und seines Ehegatten größer als das betriebliche Einkommen.

Familienfremde Arbeitskräfte werden in der Landwirtschaft nur noch in sehr geringem Umfang eingesetzt. 1990 beschäftigten lediglich rund 5 % der landwirtschaftlichen Betriebe ständig fremde Arbeitskräfte (rund 88 400 Personen).

Tab. 2: Entwicklung der Arbeitsleistung in der Landwirtschaft  
im früheren Bundesgebiet  
1950 bis 1990

Wirtschaftsjahr	Betriebliche Arbeitsleistung in AK-Einheiten	
	1 000	je 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche
1950/51 <sup>1</sup>	3 885	29,0
1960/61 <sup>1</sup>	2 415	18,5
1970/71 <sup>1</sup>	1 434	11,5
1980	987	8,2
1988	821	7,0
1990	749	6,4

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten.

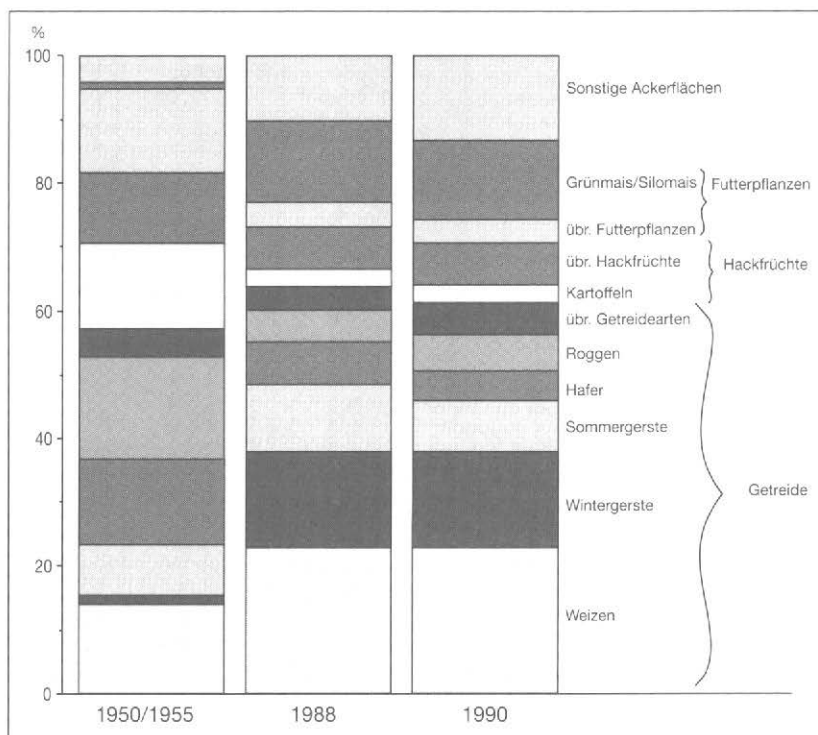
Rechnet man die Leistung der in der Landwirtschaft mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten rund 1,8 Mill. Arbeitskräfte (Familienarbeitskräfte und familienfremde Arbeitskräfte) auf sogenannte AK-Einheiten um, so ergeben sich für 1990 rund 748 700 AK-Einheiten. Dabei entspricht eine AK-Einheit der Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Arbeitskraft im Alter von 16 bis unter 65 Jahren. Der Zeitvergleich zeigt das Ausmaß der Abwanderung der Menschen aus der Landwirtschaft, zugleich aber auch die Zunahme der Flächenleistung je Arbeitskraft. Während für das Wirtschaftsjahr 1950/51 noch eine betriebliche Arbeitsleistung von 29 AK-Einheiten je 100 Hektar errechnet wurde, wurden für 1990 auch aufgrund der fortschreitenden Technisierung nur noch 6,4 AK-Einheiten je 100 Hektar ermittelt.

## 13.5 Pflanzliche Produktion im früheren Bundesgebiet

### 13.5.1 Anbauflächen

Bei im Zeitablauf nahezu gleichbleibender Verteilung der landwirtschaftlich genutzten Fläche auf die wichtigsten Kulturarten Ackerland und Dauergrünland haben sich die Anteile der einzelnen Fruchtarten auf dem Ackerland in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert. So wurden 1950 nur 55 % der Ackerfläche mit Getreide bestellt, 1990 dagegen bereits 61 %. Hackfrüchte wurden 1950 auf 25 % des Ackerlandes angebaut, 1990 nur noch auf 9 %. Hinter dieser Entwicklung verbirgt sich unter anderem eine Einschränkung des Kartoffelanbaus um 82 % bei gleichzeitiger Ausdehnung des Anbaus von Zuckerrüben um 110 %. Rationalisierungsgründe und starke Veränderungen der Ernährungsgewohnheiten waren hierfür ausschlaggebend (vgl. 4.6.1).

Abb. 3: Anbau auf dem Ackerland im früheren Bundesgebiet





### 13.5.2 Erntemengen

Neben der Größe der Anbauflächen sind die Hektarerträge für die Erntemengen ausschlaggebend. Sie erhöhten sich in den vergangenen drei Jahrzehnten um mehr als 100 % und haben z. T. weiter steigende Tendenz. Am höchsten liegen die Ertragsverbesserungen bei Getreide. Etwas geringer fallen sie im Gemüseanbau aus, der sich seit jeher durch eine besonders hohe Bewirtschaftungsintensität auszeichnet. Die beachtlichen Leistungssteigerungen sind vor allem auf züchte-

Tab. 3: Durchschnittliche Hektarerträge und Gesamterntemengen im früheren Bundesgebiet

Frucht-, Gemüse-, Obst- und Wert	Hektarertrag		Erntemengen	
	1950/55	1990	1950/55	1990
Feldfrüchte:	t je ha		1 000 t	
Winterweizen	2,8	6,7	2 759,5	10 798,3
Roggen	2,4	4,7	3 365,7	1 944,6
Wintergerste	3,0	5,9	408,4	6 441,9
Hafer	2,4	4,5	2 608,6	1 535,0
Körnermais	2,7	6,8	19,2	1 544,6
mittelfrühe und späte Kartoffeln	22,1	34,9	24 074,3	6 610,3
Zuckerrüben	34,5	57,4	7 916,7	23 310,0
Gemüse:				
Weißkohl	39,7	63,2	330,3	335,1
Kopfsalat	13,7	22,4	41,8	87,8
Möhren und Karotten	25,7	34,5	84,9	175,1
Frischerbsen	3,6	5,0	18,4	9,3
Obst (Marktoftbau):	kg je Baum		1 000 t	
Äpfel	x	26,8	x	629,4
Birnen	x	21,0	x	20,2
Süßkirschen	x	30,2	x	21,4
Pflaumen, Zwetschen	x	30,7	x	30,0
Wein:	hl je ha		1 000 hl	
Weißmost	53,3	88,8	2 246,5	7 187,0
Rotmost	46,9	95,6	593,7	1 326,5

rische Verbesserungen, ertragssteigernde Mineraldüngung, verbesserte Anbau- und Erntetechnik sowie die Weiterentwicklung des Pflanzenschutzes zurückzuführen. (Zunehmende Mineraldüngung und Pflanzenschutz können aber auch zu Belastungen des Bodens, des Wassers und der Nahrung führen.)

Tab. 4: Qualität der Weinmosternte im früheren Bundesgebiet  
Mengenanteil der Qualitätsstufen in Prozent

Qualitätsstufe	1978	1980	1984	1986	1988	1990
Tafelwein	3,6	2,8	13,5	4,7	0,2	0,2
Qualitätswein	73,9	65,1	79,7	75,7	46,4	39,3
Qualitätswein mit Prädikat	22,5	32,1	6,8	19,6	53,4	60,5

Die Obst- und Weinmosterträge sind vom Witterungsverlauf stark abhängig, wenn- gleich auch hier durch intensivere Pflege und Übergang zu besonders ergiebigen Sorten Ertragssteigerungen erzielt werden konnten. Beim Weinmost ist die Qualität für die Absatzchancen von entscheidender Bedeutung.

## 13.6 Tierische Produktion im früheren Bundesgebiet

### 13.6.1 Viehbestände

Die Viehhaltung ist Grundlage der Versorgung mit tierischen Nahrungsmitteln und zugleich Haupteinkommensquelle der Landwirtschaft. Etwa 70 % der Verkaufserlöse im Agrarbereich stammen aus der tierischen Veredelungswirtschaft.

Im Dezember 1990 wurden im früheren Bundesgebiet 22,0 Mill. Schweine, 14,5 Mill. Rinder und 1,8 Mill. Schafe gehalten. Seit 1950 hat sich der Schweinebestand nahezu verdoppelt und die Haltung von Rindern um fast ein Drittel erhöht. Stark rückläufig war bis 1970 die Zahl der Pferde. Damals wurde mit einem Bestand von nur noch rund 250 000 Pferden der Tiefpunkt der Entwicklung erreicht. Seither wächst ihre Zahl – vor allem durch die zunehmende Attraktivität des Reitsports – wieder an.

Im Gegensatz zum gestiegenen Viehbestand ist die Zahl der Viehhalter seit 1950 zurückgegangen. Neben der Konzentration zu größeren Viehbeständen setzte sich die Spezialisierung, vor allem in der Schweine- und Hühnerhaltung, durch. Diese zeichnet sich durch geringeren Flächenbedarf, sehr hohen Viehbesatz und hoch-technisierte Wirtschaftsweise aus.

### 13.6.2 Schlachtungen, Milch- und Eierzeugung

Die tierische Produktion hat seit 1950 noch stärker zugenommen als die pflanzliche Erzeugung. Als Ursachen hierfür sind neben der Ausweitung des Viehbestandes züchterische Maßnahmen, leistungssteigernde Fütterung und geänderte Tierhaltungstechnik zu nennen.

Tab. 5: Fleischerzeugung<sup>1</sup> von Rindern und Schweinen  
im früheren Bundesgebiet

Jahr	Rinder	Schweine
	1 000 t	
1950	507,6	1 020,1
1960	947,5	1 893,7
1970	1 274,6	2 614,2
1980	1 493,9	3 213,6
1988	1 528,2	3 342,3
1990	1 728,1	3 355,6

<sup>1</sup> Einschl. Abschnittsfette, ohne Innereien.

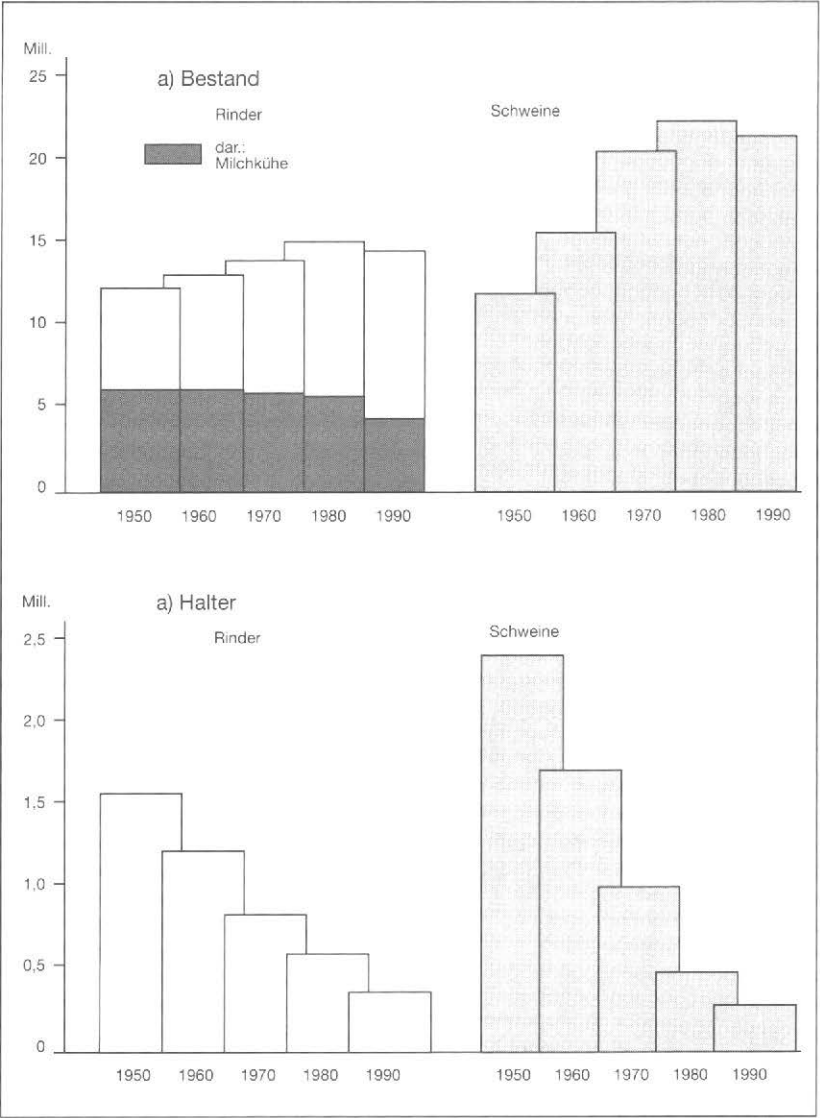
1990 wurden 5,4 Mill. Rinder, 37,9 Mill. Schweine, 0,5 Mill. Kälber und 1,2 Mill. Schafe geschlachtet; das entsprach einer Fleischerzeugung von insgesamt 5,2 Mill. Tonnen. In weniger als vier Jahrzehnten ist die Fleischerzeugung sowohl bei Rindfleisch als auch bei Schweinefleisch auf mehr als das Dreifache angestiegen. Die Erhöhung der Schlachtmenge spiegelt sich in einer Ausweitung des Pro-Kopf-Verbrauchs an Fleisch in nahezu gleichem Umfang wider (vgl. 4.6.1).

An Geflügelfleisch wurden 1990 im früheren Bundesgebiet 414 800 Tonnen, mehr als fünfmal soviel wie 1965, und an Eiern 11 600 Mill. Stück produziert. Die durchschnittliche Legeleistung hat sich mit 259 Eiern je Huhn und Jahr seit 1950 verdoppelt. Die Milcherzeugung stieg zwischen 1950 und 1990 um 70 %, wobei die Zahl der Milchkühe leicht zurückging. Die Milchproduktion je Kuh stieg entsprechend in noch größerem Umfang (96 %).

Tab. 6: Erzeugung von Kuhmilch und Herstellung von Milcherzeugnissen  
im früheren Bundesgebiet

Jahr	Milchproduktion		Milcherzeugnisse (1 000 t)				Trinkmilch- absatz (1 000 t)
	insgesamt 1 000 t	kg je Kuh	Butter	Käse	Speise- quark	Kondens- vollmilch	
1950	13 945	2 474	·	·	·	·	·
1960	19 264	3 396	406	164	125	370	2 805
1970	21 856	3 800	494	222	267	433	2 923
1980	24 779	4 552	576	408	368	469	3 281
1988	23 974	4 739	392	509	499	404	3 653
1990	23 672	4 857	393	565	550	370	4 020

Abb. 4: Viehhaltung im früheren Bundesgebiet

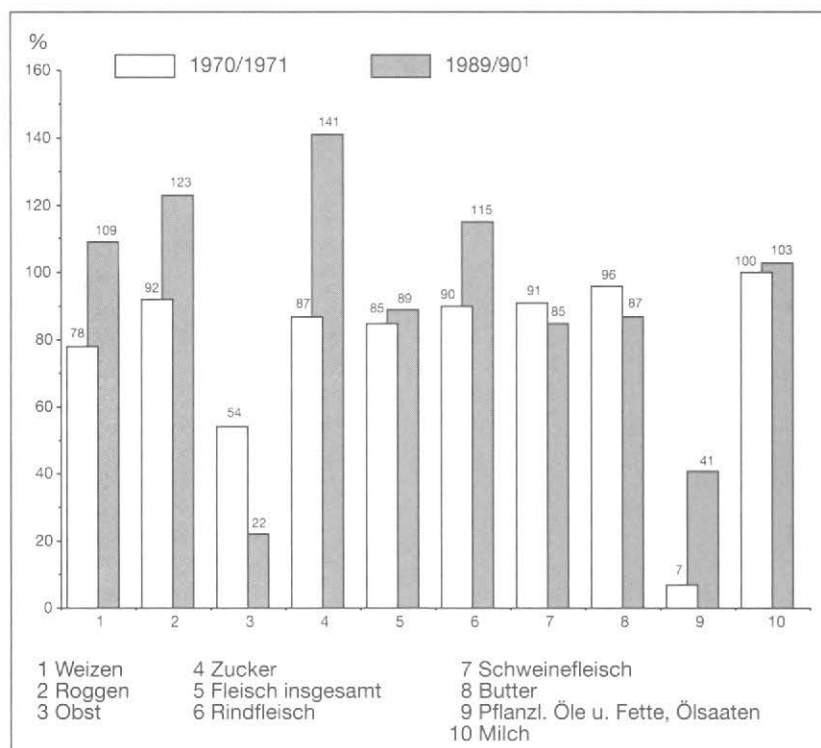


### 13.7 Selbstversorgungsgrad im früheren Bundesgebiet

Der Selbstversorgungsgrad ist ein Indikator dafür, inwieweit der Bedarf an Nahrungsmitteln und Futtergetreide durch die Inlandsproduktion gedeckt werden kann. Im Bundesgebiet betrug er im Jahre 1989/90 für Nahrungsmittel insgesamt 81 %. Bezieht man die aus dem Ausland bezogenen Futtermittel ein, mit denen inländische Tiere gefüttert werden, erreicht der Selbstversorgungsgrad sogar 92 %.

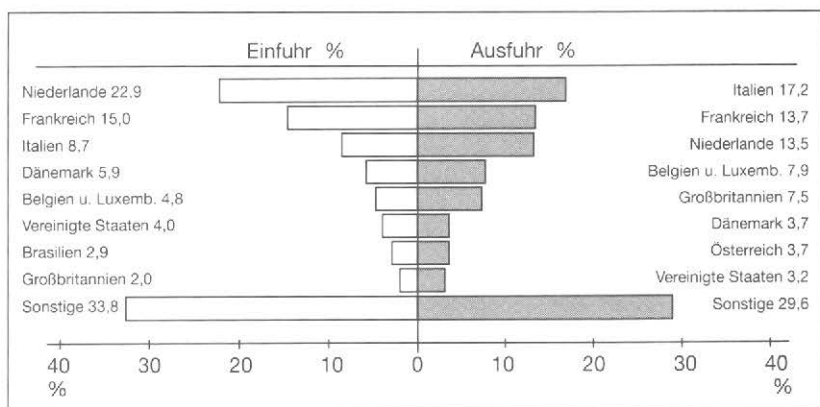
Die Versorgungslage bei einzelnen Nahrungsmitteln ist allerdings unterschiedlich. Während bei Milch und Käse 1989/90 eine Vollversorgung erreicht war, lag die Erzeugung von Kondensmilch, Vollmilch- und Magermilchpulver im selben Jahr sogar erheblich über dem Inlandsverbrauch. Auch bei Zucker, Rindfleisch und Schlachtfetten überstieg die Erzeugung den Bedarf. Dagegen blieb die heimische

Abb. 5: Selbstversorgungsgrad im früheren Bundesgebiet



<sup>1</sup> Vorläufige Ergebnisse.

Abb. 6: Die wichtigsten Ursprungs- und Bestimmungsländer für ernährungswirtschaftliche Güter 1990 im früheren Bundesgebiet



Produktion von Butter, Schweine- und Geflügelfleisch, pflanzlichen Ölen und Fetten, Eiern, Gemüse, Obst und Futtergetreide erheblich hinter den Marktanforderungen zurück. Auch die Erträge der Fischerei konnten den Inlandsbedarf nicht decken (27 %).

Die Lücke zwischen Erzeugung und Bedarf im Inland muß im Warenverkehr mit dem Ausland gedeckt werden. Dabei ist zu beachten, daß der Austausch landwirtschaftlicher Güter in beiden Richtungen erfolgt. Für die Waren der Ernährungswirtschaft insgesamt betrug der Einfuhrüberschuß im Jahr 1990 28,1 Mrd. DM. Er ergab sich als Saldo aus einem Einfuhrwert von knapp 59,3 Mrd. DM und einem Ausfuhrwert von 31,1 Mrd. DM. Die wichtigsten Lieferländer für Nahrungsmittel sind seit langem die Niederlande und Frankreich mit wertmäßigen Anteilen an den Nahrungsmiteleinfuhren von rund 23 % bzw. 15 % im Jahr 1990.

### 13.8 Forstwirtschaft im früheren Bundesgebiet

In der Forstwirtschaft des früheren Bundesgebietes ist ein Strukturwandel, wie er sich in der Landwirtschaft vollzieht, nicht eingetreten. Die Waldfläche ist seit langem in etwa gleich geblieben; Steigerungen der Flächenproduktivität wie in der Landwirtschaft sind in vergleichbarem Maße nicht möglich. Doch ist die Arbeitsproduktivität durch moderne Maschinen und Arbeitsverfahren gesteigert worden. Bei der Anzahl der Betriebe traten Verschiebungen ein, die aber zumindest teilweise darauf zurückzuführen sind, daß landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläche ihre

landwirtschaftlich genutzte Fläche abgaben und dadurch jetzt als Forstbetriebe erfaßt werden.

Derzeit gibt es 113 000 Forstbetriebe, die eine Waldfläche von insgesamt 5,4 Mill. Hektar bewirtschaften. Hinzu kommen rund 224 000 landwirtschaftliche Betriebe, die ebenfalls über – mindestens 1 Hektar – Waldfläche verfügen. Diese landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschaften insgesamt 1,5 Mill. Hektar Waldfläche. Etwa weitere 0,5 Mill. Hektar Wald – überwiegend privater Waldbesitz unter jeweils 1 Hektar Größe – werden statistisch nicht einbezogen.

Von der gesamten deutschen Waldfläche (rund 7,4 Mill. Hektar) entfallen 30 % auf Staatswald, 24 % auf Körperschaftswald (Gemeinden und sonstige Körperschaften öffentlichen Rechts) und 46 % auf Privatwald.

Tab. 7: Betriebe mit Waldfläche 1990 im früheren Bundesgebiet

Betriebsarten	Anzahl der Betriebe mit mindestens	Waldfläche	Waldfläche je Betrieb
	1 ha Waldfläche	1 000 ha	ha
Forstbetriebe	113 065	5 364,0	47,4
Staatsforsten	877	2 256,3	2 572,7
Körperschaftsforsten	10 732	1 755,8	163,6
Privatforsten	101 456	1 351,9	13,3
Landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläche	223 581	1 489,4	6,7
Betriebe mit Waldfläche insgesamt	336 646	6 853,4	20,4

In der Forstwirtschaft des früheren Bundesgebietes wurden im Wirtschaftsjahr 1987/88 etwa 13 500 Beamte und Angestellte (Betriebs- und Verwaltungspersonal) sowie etwa 21 500 Arbeitskräfte ständig beschäftigt. Weitere 35 000 Personen wurden nicht ständig oder nur vorübergehend in der Forstwirtschaft eingesetzt. Der Holzeinschlag belief sich im Durchschnitt der Jahre 1984 bis 1989 auf 29,9 Mill. Kubikmeter. Das entspricht einem Produktionswert von rund 3,6 Mrd. DM. Die größten Sturmschäden seit Menschengedenken haben Anfang 1990 die doppelte Holzmenge zu Boden geworfen.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Waldes ist mit der Darstellung der Forstwirtschaft aber noch nicht ausreichend beleuchtet. In der Holzverarbeitenden Industrie (z.B. Papierherstellung, Möbelindustrie usw.) und im Fremdenverkehr sind viele Menschen vom Wald abhängig (nach Schätzungen der Bundesregierung rund eine Million). Die deutlichen Waldschäden, die sich 1989 nach Erhebungen des Bun-

desministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bei jedem sechsten Waldbaum zeigen, haben nicht nur in ökologischer Hinsicht (vgl. 19.9), sondern auch ökonomisch bedenkliche Auswirkungen.

## 13.9 Fischerei im früheren Bundesgebiet

Die weltweite Entwicklung der Meeresfischerei (Einführung nationaler Fischereizonen, zunehmende Überfischung der Fanggebiete infolge zu hoher Flottenkapazitäten mit modernster Fischereitechnik) betraf alle Fischereinationen. Die Bundesrepublik Deutschland hatte im früheren Bundesgebiet den vor allem bei der Hochseefischerei erforderlichen Flottenabbau (etwa eine Halbierung) bis 1985 weitgehend abgeschlossen. Seither sind die Fangmengen wieder leicht ansteigend, neuerdings vor allem durch die Wiederaufnahme des Heringsfangs durch die Hochseefischerei. Die Ergebnisse der Binnenfischerei steigen ebenfalls seit Jahren durch eine Ausweitung der Forellenerzeugung.

Tab. 8: Fangergebnis der Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei im früheren Bundesgebiet

t Fanggewicht	1984	1986	1988	1990
Meeresfischerei	303 356	178 166	184 358	219 082
Binnenfischerei	23 800	24 200	25 100	31 000
Fischerei insgesamt	327 156	202 366	209 458	250 082

## 13.10 Pflanzliche Produktion im Gebiet der ehem. DDR

Die Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 hat nicht nur in wirtschaftlichen, rechtlichen oder sozialen Bereichen umfassende Anpassungsprozesse im Beitrittsgebiet ausgelöst, sie schlägt sich auch in bedeutendem Ausmaß in der Landwirtschaft nieder. Mit den derzeit verfügbaren Statistiken aus den neuen Bundesländern soll eine Zwischenbilanz über die Entwicklungstendenzen des ostdeutschen Agrarsektors gezogen werden. Dabei ist eine Darstellung landwirtschaftlicher Betriebsstrukturen erst nach Vorliegen der endgültigen Ergebnisse aus der großen Landwirtschaftszählung 1991 möglich. Für den Bereich der Produktionsstatistiken (pflanzliche und auch tierische Produktion) lassen sich hingegen Aussagen über das vorhandene Erzeugungspotential und den Umfang der Produktion bereits für das Jahr 1990 treffen.



### 13.10.1 Anbauflächen

Von den im Jahr 1990 ermittelten 6,17 Mill. Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche wurden 4,68 Mill. Hektar (76 %) als Ackerland und 1,24 Mill. Hektar (20 %) als Dauergrünland genutzt, der Rest entfällt auf Dauerkulturen. Innerhalb der Feldfrüchte machten die Getreideflächen über die Hälfte (53 %) der bestellten Erntefläche aus, gefolgt von Hackfrüchten, deren Anteil 1990 bei 13 % lag. Im Zeitablauf hat sich, ähnlich wie im früheren Bundesgebiet, die Anbaustruktur der Kulturarten stark verändert. Der Umfang der Hackfruchtflächen ist gegenüber 1950 um 46 % zurückgegangen, eine Entwicklung, die insbesondere auf die Einschränkung im Kartoffel- und Futterrübenanbau zurückzuführen ist. Inwieweit der Anpassungsprozeß seit der Wiedervereinigung das Spektrum der angebauten Arten weiter verschoben wird, bleibt abzuwarten.

Tab. 9: Anbau landwirtschaftlicher Kulturarten  
im Gebiet der ehem. DDR

Kultur-/Fruchtart	Jahr			
	1950	1970	1989	1990
	1 000 ha			
Ackerland	5 017,3	4 618,1	4 676,4	4 683,2
dar.: Getreide <sup>1</sup>	2 711,3	2 286,5	2 462,3	2 477,6
dar.: Hackfrüchte <sup>1</sup>	1 270,3	1 016,6	704,7	585,1
Kartoffeln <sup>1</sup>	811,6	666,9	431,3	337,1
Zuckerrüben <sup>1</sup>	210,7	191,7	217,1	202,2
Futterrüben <sup>1</sup>	248,0	158,0	56,3	45,8
Dauergrünland	1 291,1	1 469,2	1 257,6	1 243,1
Landwirtschaftliche Nutzfläche	6 526,6	6 286,4	6 171,3	6 165,2

1. Ernteflächen.

### 13.10.2 Erntemengen

Bei der Bewertung der Erntemengen sind zum einen der Anbauumfang, zum anderen der Hektarertrag der betreffenden Kulturart von entscheidender Bedeutung. Die Entwicklung der Hektarerträge seit den 50er Jahren zeigt einen massiven Ertragsanstieg bei allen Fruchtarten; beispielsweise betrug der durchschnittliche Hektarertrag bei Winterweizen 1990 5,5 Tonnen/Hektar gegenüber 3,0 Tonnen/Hektar im Vergleichsjahr 1953/58. Züchterischer Fortschritt, Pflanzenschutz, Düngung und produktionstechnischer Fortschritt sind die Ursachen der Steigerung, wenn das Niveau auch noch deutlich unter dem westdeutschen Standard liegt. Die Anpassung wird sich in dieser Hinsicht jedoch im Beitrittsgebiet schnell vollziehen.

Tab. 10: Durchschnittliche Hektarerträge und Gesamterntemengen ausgewählter Fruchtarten im Gebiet der ehem. DDR

Kultur-/Fruchtart	Hektarertrag			Erntemengen		
	1953/58	1989	1990	1953/58	1989	1990
	t/ha			1 000 t		
Feldfrüchte <sup>1</sup>						
Winterweizen	3,0	4,5	5,5	964,5	3 437,8	4 150,3
Roggen	2,0	3,4	3,2	2 320,0	2 103,2	2 043,8
Wintergerste	3,0	6,0	5,5	264,2	3 504,7	3 368,1
Hafer	2,4	3,3	4,3	1 198,5	475,8	570,3
Körnermais	2,2	6,6	2,7	5,2	0,2	0,8
Kartoffeln (mittelfrühe, späte)	16,6	21,5	20,3	12 700,9	8 382,0	6 561,3
Zuckerrüben	28,4	28,7	36,0	6 081,9	6 219,5	7 289,7
Gemüse <sup>2</sup>						
Weißkohl	·	42,8	31,4	·	266,0	107,8
Kopfsalat	·	9,9	9,8	·	4,7	2,4
Möhren, Karotten	·	27,4	27,1	·	277,0	180,1
Frischerbsen	·	2,9	2,7	·	21,1	16,2

1 Schätzungen für alle Betriebe.

2 Schätzungen für volkseigene und genossenschaftliche Betriebe der Landwirtschaft und ihre kooperativen Einrichtungen.

## 13.11 Tierische Produktion im Gebiet der ehem. DDR

### 13.11.1 Viehbestände und Schlachtvieh

Die Erhebung der Viehbestände im Rahmen der Viehzählung 1990 ist nach der Wiedervereinigung die erste gemeinsame agrarstatistische Erhebung in Gesamt-

Tab. 11: Viehbestand<sup>1</sup> im Gebiet der ehem. DDR

Viehart	1960	1970	1980	1989	1990
	1 000				
Rinder	4 675	5 190	5 723	5 724	4 947
dar.: Milchkühe	2 175	2 163	2 138	2 001	1 584
Schweine	8 316	9 684	12 871	12 013	8 783
Schafe	2 015	1 598	2 038	2 603	1 456

1 Stand: Jahresende.

deutschland und somit methodisch und inhaltlich voll mit den westdeutschen Daten vergleichbar.

1990 wurden in den neuen Bundesländern 5,0 Mill. Rinder, 8,8 Mill. Schweine und 1,5 Mill. Schafe gezählt. Gegenüber dem Vergleichsjahr 1989 sind die Produktionskapazitäten stark abgebaut worden. Nur noch 86 % des Rinder-, 73 % des Schweine- und 56 % des vorjährigen Schafbestandes sind Ende des Jahres 1990 registriert worden. Dabei wird der mit der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ausgelöste massive Preisverfall starken Einfluß auf die landwirtschaftlichen Unternehmen genommen haben.

Tab. 12: Schlachtvieh im Gebiet der ehem. DDR

Viehart	Gewichts-kategorie	1960	1970	1980	1989
		1 000 t			
Rinder <sup>1</sup>	Lebendgewicht	353,3	582,1	649,6	727,1
	Schlachtgewicht <sup>2</sup>		373,2	424,0	476,1
Schweine	Lebendgewicht	842,6	1 040,4	1 558,3	1 761,7
	Schlachtgewicht <sup>2</sup>	687,0	850,9	1 284,5	1 449,2

1 Ohne Kälber.

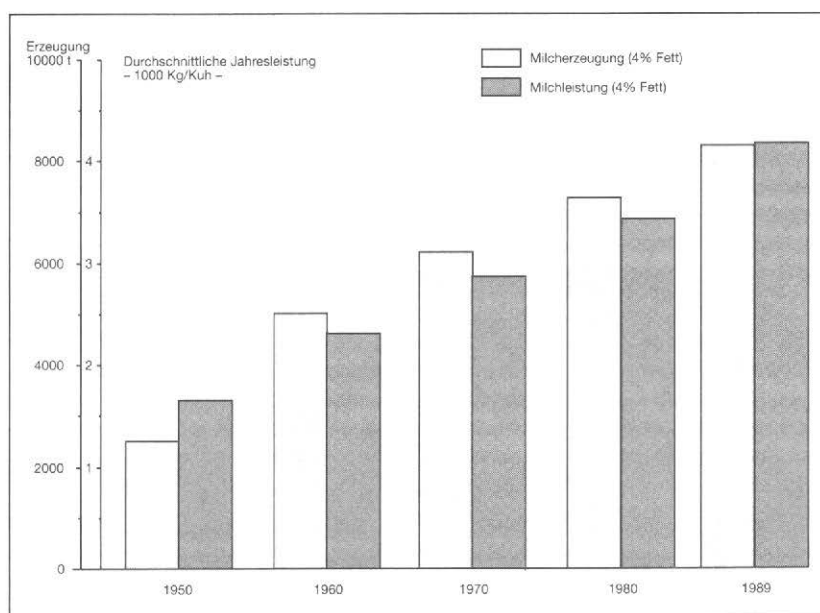
2 Schlachtgewicht: Fleisch, Innereien, Schlachtfette.

Die Entwicklung der Schlachtmenge (Tab. 12) zeigt die Zunahme der Fleischerzeugung in den letzten 30 Jahren. 1989 war der Schlachthanfall bei Rindern und Schweinen mehr als doppelt so hoch wie 1960.

### 13.11.2 Milcherzeugung und Milchleistung

Produktivitätsfortschritte in der Landwirtschaft lassen sich besonders deutlich an der Entwicklung der Milcherzeugung erkennen (s. Abb. 7). Trotz der relativ geringen Schwankungen bei der Zahl der Milchkühe stieg die Produktion bis zum Jahr 1990 um mehr als das Dreifache gegenüber dem Vergleichsjahr 1950 an. Ähnlich wie in der pflanzlichen Produktion wirken sich hier züchterisches und produktionstechnisches Know-how auf die durchschnittliche Jahresmilchleistung aus, die 1989 bei 4 180 Kilogramm/Kuh (1950: 1 655 Kilogramm/Kuh) lag. Auch hier wird die Anpassung an das höhere westdeutsche Niveau, verstärkt durch die sich ändernden Produktionsbedingungen, schnell erfolgen.

Abb. 7: Entwicklung der Milcherzeugung und Milchleistung im Gebiet der ehem. DDR



## 13.12 Fischerei im Gebiet der ehem. DDR

Trotz weltweiter Verschlechterung der Rahmenbedingungen bei der Meeresfischerei versuchte die ehemalige DDR in den zurückliegenden Jahren, eine überalterte Fangflotte durch Abschluß bilateraler Verträge und eine Fortsetzung der Fangtätigkeit auf der Südhalbkugel am Leben zu erhalten. Nach der Währungsumstellung

Tab. 13: Fangergebnis der Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei für das Gebiet der ehem. DDR

t Fanggewicht	1984	1986	1988	1990
Meeresfischerei	205 165	189 270	158 437	116 729
Binnenfischerei	20 860	22 668	20 797	24 021
Fischerei insgesamt	226 025	211 938	179 234	140 750

und dem Wegfall der staatlichen Fischereisubventionen kam es – wie in vielen anderen Branchen – zu einem Zusammenbruch der Mecklenburg-Vorpommerschen Meeresfischereistrukturen.

Im Herbst 1991 war die Umwandlung der Fischereiproduktionsgenossenschaften entlang der Ostseeküste in 28 eingetragene Fischereigenossenschaften nahezu abgeschlossen, wobei der „Preisverfall“ des Hauptfangobjektes Hering von ca. 1 400 Mark/Tonne auf 400 bis 500 DM/Tonne nur wenige Fischer ermutigte, sich selbständig zu machen. Vom ehemaligen Fischkombinat Rostock sind nur die neuesten Hochseetrawler in Fahrt geblieben, die sukzessive mit modernen Fischverarbeitungsanlagen an Bord umgerüstet werden.

# 14 Produzierendes Gewerbe

## 14.1 Bedeutung des Produzierenden Gewerbes

Das Produzierende Gewerbe ist weiterhin ein Zentralbereich der Wirtschaft; allerdings hat sich seine Bedeutung in den vergangenen Jahren gegenüber dem Dienstleistungssektor verringert. Bis Anfang der 70er Jahre wurde im sogenannten sekundären Sektor mehr als die Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Leistung erbracht, und knapp die Hälfte der Erwerbstätigen fand (nach Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) in diesem Bereich einen Arbeitsplatz. Im vergangenen Jahrzehnt nahm der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung ab und lag 1990 bei rund 41 %. Der Anteil der in diesem Sektor Erwerbstätigen verminderte sich, und zwar auf rund 40 %.

Tab. 1: Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung, den Erwerbstätigen und den Anlageinvestitionen der gesamten Wirtschaft im früheren Bundesgebiet (in Prozent)

Jahr	Bruttowertschöpfung	Erwerbstätige <sup>1</sup>	Anlageinvestitionen
1960	53	48	33
1965	53	49	30
1970	52	49	31
1975	45	45	27
1980	44	43	25
1985	42	41	26
1990 <sup>2</sup>	41	40	26 <sup>3</sup>

1 Ergebnisse aus Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Vorläufiges Ergebnis.

3 1988.

Das Produzierende Gewerbe umfaßt in der Abgrenzung der amtlichen Statistik die Industrie und das Produzierende Handwerk. Dabei werden seit der Reform der Industriestatistik in den Jahren 1975 bis 1977 im allgemeinen nur Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr erfaßt. Im einzelnen setzt sich das Produzierende Gewerbe aus den Teilbereichen Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe sowie Baugewerbe zusammen. Unter diesen spielt das Verarbeitende Gewerbe die bedeutendste Rolle. In den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 Beschäftigten und mehr arbeiteten 1989 83,5 % aller Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe; 10,9 % waren im Baugewerbe, 3,3 % in der Energie- und Wasserversorgung und 2,2 % im Bergbau tätig.

## 14.2 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Nach der Art der hergestellten Güter läßt sich das Verarbeitende Gewerbe in die Bereiche Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (z.B. Chemische Industrie), Investitionsgüter produzierendes Gewerbe (z.B. Maschinenbau), Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe (z.B. Bekleidungsgewerbe) sowie Nahrungs- und Genußmittelgewerbe untergliedern. Von ihnen ist das Investitionsgüter produzierende Gewerbe sowohl hinsichtlich der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten als auch in bezug auf den Gesamtumsatz der bedeutendste Bereich.

Tab. 2: Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1989 im früheren Bundesgebiet

Bereich	Unternehmen		Beschäftigte		Umsatz	
	Anzahl	%	1 000	%	Mill. DM	%
Bergbau	83	0,2	187	2,6	30 295	1,8
Verarbeitendes Gewerbe	35 855	99,8	7 133	97,4	1 684 131	98,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	4 645	12,9	1 375	18,8	473 278	27,6
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	16 249	45,2	3 961	54,1	796 540	46,5
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	11 190	31,1	1 310	17,9	227 540	13,3
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	3 771	10,5	487	6,7	186 774	10,9
Insgesamt	35 938	100	7 320	100	1 714 426	100

### 14.2.1 Unternehmensgröße

Wie in vielen anderen Wirtschaftsbereichen (z.B. im Dienstleistungsbereich) ist auch im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe eine Tendenz zur Konzentration, d.h. zur Bildung größerer Unternehmenseinheiten, zu beobachten. Sie läßt sich sowohl aus der Beschäftigten- wie aus der Umsatzentwicklung ablesen. Eine Aussage über die Konzentrationsentwicklung für einen längeren Zeitraum kann nur sehr allgemein gehalten sein, da vergleichbare Daten – insbesondere wegen Berichtskreisänderungen – fehlen. Entsprechende Zahlen liegen erst für die Zeit nach Abschluß der Reform der Industriestatistik, also ab 1977 vor. Betrachtet man die Entwicklung von 1950 bis 1970, so zeigen die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen, daß die Zahl der Unternehmen stark abgenommen hat (– 46 %), bei gleichzeitig steigenden Beschäftigtenzahlen (+ 40 %). Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß der Konzentrationsprozeß auch nach 1970 bis etwa 1980 andauerte. Danach ging die durchschnittliche Beschäftigtenzahl je Unternehmen zunächst bis 1984 zurück, stieg jedoch dann wieder auf das Niveau von 1980 an.

Tab. 3: Beschäftigte der größten Unternehmen<sup>1</sup> im früheren Bundesgebiet

Die jeweils ... größten Unternehmen	beschäftigten		
	... Personen in 1000	Anteil an allen Beschäftigten des Bergbaus u. Verarb. Gewerbes <sup>1</sup> in %	
		1989	1979
6	768	10,5	9,3
10	999	13,7	12,4
25	1 391	19,0	18,8
50	1 711	23,4	24,0
100	2 085	28,5	29,4

<sup>1</sup> Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr; Unternehmensgröße gemessen an den Beschäftigten.

Ordnet man die Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes nach der Beschäftigtenzahl, so waren 1989 in den zehn größten rund 999 000 Personen tätig. 884 Unternehmen (2,5 %) hatten 1988 1 000 und mehr Beschäftigte. In diesen Unternehmen waren rund 3,6 Mill. Personen beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von 50 % – gemessen an den Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

#### 14.2.2 Beschäftigte, Arbeitsproduktivität<sup>1</sup>

Unter den 34 Wirtschaftsgruppen des Verarbeitenden Gewerbes sind – gemessen an den Beschäftigtenzahlen – der Maschinenbau, die Elektrotechnik, der Straßenfahrzeugbau, die Chemische Industrie und das Ernährungsgewerbe am wichtigsten. In diesen fünf Branchen waren 1990 rund 4,1 Mill. von insgesamt 7,2 Mill. Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes tätig.

Von 1970 bis 1990 hat die Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe um rund 16 % abgenommen. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden verminderte sich ebenfalls, und zwar um 35 %. Dennoch konnte die Produktion um 52 % gesteigert werden. Die Arbeitsproduktivität – d.h. das Produktionsergebnis je Beschäftigten – lag damit 1990 um 77 % höher als 1970. Hierin zeigen sich die Auswirkungen umfangreicher Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen, die vor allem zum Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen führten.

#### 14.2.3 Produktion

In der Produktionstätigkeit des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes während der letzten drei Jahrzehnte spiegeln sich die Entwicklungsphasen der deutschen

<sup>1</sup> Es liegen Ergebnisse von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr zugrunde.



Wirtschaft deutlich wider. Zwischen 1950 und 1960 – dem Jahrzehnt, das durch den Wiederaufbau geprägt war – stieg die Produktion im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe um 150 %. Von 1960 bis 1970 erhöhte sie sich nochmals um zwei Drittel. Von 1970 bis 1980 nahm sie um rund ein Fünftel zu. Zu Beginn der 80er Jahre war die Produktion rückläufig, ab 1983 hatte sie wiederum positive Veränderungsraten zu verzeichnen. Beim Bergbau zeigen sich jedoch seit Mitte der 60er Jahre deutliche Rückgänge.

Tab. 4: Entwicklung der Produktion im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe im früheren Bundesgebiet 1950 bis 1989 (1970 = 100)

Bereich	1950	1960	1970	1980	1990
Bergbau	80	106	100	82	63
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	21	54	100	117	128
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	18	58	100	122	168
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	28	65	100	114	127
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	29	64	100	121	149
Insgesamt	25	61	100	118	143

Tab. 5: Produktion ausgewählter Erzeugnisse im früheren Bundesgebiet

Erzeugnis	Einheit	Jahr			
		1960 <sup>1</sup>	1970	1980	1990
Fernsehempfangsgeräte	1 000 St.	2 164	2 927	4 425	3 595
Personenkraftwagen	1 000 St.	1 674	3 132	3 250	4 179
Geräte und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung	1 000 St.	–	22	45	844
Schuhe	1 000 Paar	151 906	158 336	103 765	61 877
Herrenanzüge	1 000 St.	6 650	8 537	5 381	3 552
Damenkleider	1 000 St.	17 980	39 318	36 313	15 584
Wurst- und Fleischwaren	1 000 t	257	405	862	1 200
Brot	1 000 t	659	827	1 272	1 545
Bier	1 000 hl	47 324	81 609	89 569	101 376

1. Ohne Berlin (West).

Eine Vorstellung über die Entwicklung der mengenmäßigen Produktion seit 1960 vermittelt Tab. 5. Die einzelnen Erzeugnisse sind aus nahezu 6 000 Positionen der Produktionsstatistik herausgegriffen. Wie die Ergebnisse zeigen, hat sich in der

Vergangenheit die Erzeugung von Gütern, für die ein hohes technisches Spezialwissen erforderlich ist, ständig erhöht, während die Produktion in anderen Branchen, z.B. der Bekleidungsindustrie, rückläufig war. Als Folge der weltweiten Arbeitsteilung fand hier offensichtlich eine Verlagerung von Produktionstätigkeiten ins Ausland statt. Bei einigen Erzeugnissen (z.B. Fernsehempfangsgeräten) ist eine gewisse Marktsättigung eingetreten.

Der Bruttoproduktionswert, d.h. der gesamte Wert aller im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe erzeugten Waren und Dienstleistungen, erreichte 1989 mehr als 1,7 Billionen DM. Hiervon waren etwa die Hälfte Vorleistungen anderer Unternehmen (z.B. Handelsware, Vorprodukte, Rohstoffe usw., vgl. 14.2.7).

#### 14.2.4 Umsatz

Der Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe hat sich weit stärker erhöht als die Produktion. Dabei wirkt sich aus, daß in die Umsatzausweitung neben dem gestiegenen Produktionsvolumen auch Erhöhungen des Preisniveaus eingehen. Dies wird deutlich, wenn man die Entwicklung des Umsatzes mit der Entwicklung von Produktion und Preisen vergleicht. Zwischen 1950 und 1990 ist der Umsatz auf etwa das Dreiundzwanzigfache gestiegen, die Produktion aber nur auf knapp das Sechsfache, und die Preise haben sich fast verdreifacht. (Auch hier sei darauf hingewiesen, daß ein Zeitvergleich durch Änderungen im Berichtskreis beeinträchtigt ist.)

Tab. 6: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im früheren Bundesgebiet  
Entwicklung von Umsatz, Produktion und Preisen 1950 bis 1990 (1950 = 100)

Jahr	Umsatz <sup>1</sup>	Produktionsindex	Preisindex
1950	100 <sup>2</sup>	100	100
1960	331	248	122
1970	731	409	139
1980	1 488	481	229
1983	1 633	462	266
1984	1 739	477	273
1985	1 859	500	279
1986	1 826	512	270
1987	1 837	514	265
1988	1 942	535	269
1989	2 120	561	278
1990	2 266	588	283

1 1950, 1960: Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 Beschäftigten und mehr; ab 1970: Betriebe von Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

2 Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin (West).

Die umsatzstärksten Wirtschaftsgruppen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes waren im Jahr 1990 der Straßenfahrzeugbau, die Chemische Industrie, die Elektrotechnik, der Maschinenbau und das Ernährungsgewerbe. Von jeder dieser fünf Branchen wurden 1990 Erzeugnisse im Wert von über 182 Mrd. DM umgesetzt. Auf sie entfielen damit allein 58 % des gesamten Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe.

#### 14.2.5 Exportquote<sup>1</sup>

Ein großer Teil der im Verarbeitenden Gewerbe hergestellten Güter geht in den Export. Aus der Exportquote – dem Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz – läßt sich die Abhängigkeit bestimmter Bereiche vom Auslandsgeschäft besonders deutlich ablesen. Zwischen 1950 und 1990 ist sie im Verarbeitenden Gewerbe von 7,3 % auf 29,5 % gestiegen. Dabei lag die Exportquote im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe immer über dem Durchschnitt des gesamten Wirtschaftsbereichs (1990 beispielsweise bei 38 %).

Besonders hoch war sie in den Wirtschaftsgruppen „Luft- und Raumfahrzeugbau“ und „Herstellung von Büromaschinen, Automatischen Datenverarbeitungs-Geräten und -Einrichtungen“; dort wurde 1990 mit 54,2 % bzw. 52,2 % über die Hälfte des Gesamtumsatzes mit dem Ausland erzielt. Auch der Straßenfahrzeugbau (45,4 %), der Maschinenbau (44,2 %) und die Chemische Industrie (41,9 %) sind stark exportabhängig.

Tab. 7: Verarbeitendes Gewerbe im früheren Bundesgebiet  
Exportquote in Prozent (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz)

Bereich	1950	1960	1970	1980	1990
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	10,3	15,2	17,8	22,8	27,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	13,7	25,0	27,1	34,7	38,3
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	3,2	7,4	10,3	14,5	20,3
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	0,2	1,6	2,1	7,2	8,7
Insgesamt	7,3	15,1	18,2	24,5	29,5

#### 14.2.6 Investitionen

Von den Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten wurden 1989 rund 88 Mrd. DM – und damit 7,8 Mrd. DM mehr

<sup>1</sup> Den Berechnungen liegen unterschiedliche Berichtskreise zugrunde, so daß ein Zeitvergleich beeinträchtigt ist.

als 1988 – investiert. Der größte Teil wurde in Maschinen, maschinellen Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung (82 %), der Rest in Grundstücken und Bauten angelegt.

Betrachtet man die Wirtschaftsgruppen, dann tätigten der Straßenfahrzeugbau, die Chemische Industrie, die Elektrotechnik, der Maschinenbau und das Ernährungsgewerbe die höchsten Investitionen. Diese fünf Branchen hatten zusammen einen Anteil von rund 58 % am gesamten Investitionsvolumen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes.

Gemessen an den Umsätzen erwiesen sich die Wirtschaftsgruppen „Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung“ und „Bergbau“ als die investitionsfreudigsten. Mit einem Anteil der Investitionen am Umsatz von 10,9 % im Bereich „Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung“ und 9,3 % im Bereich „Bergbau“ lagen sie weit über dem vergleichbaren Wert, den die Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes 1989 im Durchschnitt (5,1 %) erzielten.

Tab. 8: Investitionen der Unternehmen<sup>1</sup> des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes im früheren Bundesgebiet 1989

Bereich	Mill. DM	Anteil der Investitionen am Umsatz in %
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	87 596	5,1
Bergbau	2 821	9,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	23 814	5,0
darunter:		
Gewinnung und Verarbeitung		
von Steinen und Erden	2 807	8,5
Chemische Industrie	11 811	6,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	41 035	5,2
darunter:		
Maschinenbau	8 815	4,6
Straßenfahrzeugbau,		
Reparaturen von Kraftfahrzeugen usw.	12 238	5,2
Elektrotechnik,		
Reparaturen von Haushaltsgeräten	10 366	5,2
Herstellung von Büromaschinen,		
ADV-Geräten und -Einrichtungen	2 171	8,0
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	12 695	5,6
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	7 231	3,9
darunter:		
Ernährungsgewerbe	6 929	4,2

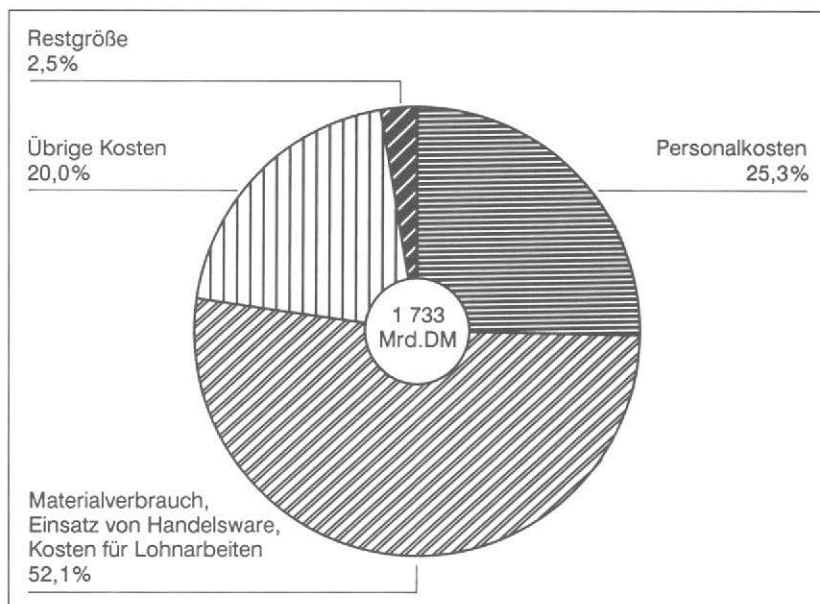
<sup>1</sup> Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

### 14.2.7 Kostenstruktur

Einblick in die Kostensituation der Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gewähren die Erhebungen zur Kostenstruktur. Den weitaus größten Block in der Kostenrechnung dieses Bereiches bilden die Kosten für Materialverbrauch, Einsatz an Handelsware und Lohnarbeiten (Aufträge an Subunternehmer). Sie hatten 1989 einen Anteil von 52,1 % am Bruttoproduktionswert, d.h. dem gesamten Wert aller in diesem Wirtschaftsbereich erzeugten Produkte. Den zweitgrößten Kostenfaktor bildeten die Personalkosten mit 25,3 %. Die übrigen Kosten (z.B. Mieten, Pachten, Kostensteuern, Abschreibungen) betrugen insgesamt 20,0 %. Die Restgröße von 2,5 % ist ein Indikator für den aus der Produktionstätigkeit erzielten Überschuß.

Zwischen den einzelnen Bereichen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes sind beträchtliche Unterschiede in der Kostenstruktur feststellbar. So haben beispielsweise der Materialverbrauch und der Einsatz an Handelsware im Nahrungs- und Genußmittelsektor einen Anteil von 59,4 % am Bruttoproduktionswert. Der

Abb. 1: Kostenstruktur der Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit 20 Beschäftigten und mehr 1989 im früheren Bundesgebiet  
Bruttoproduktionswert

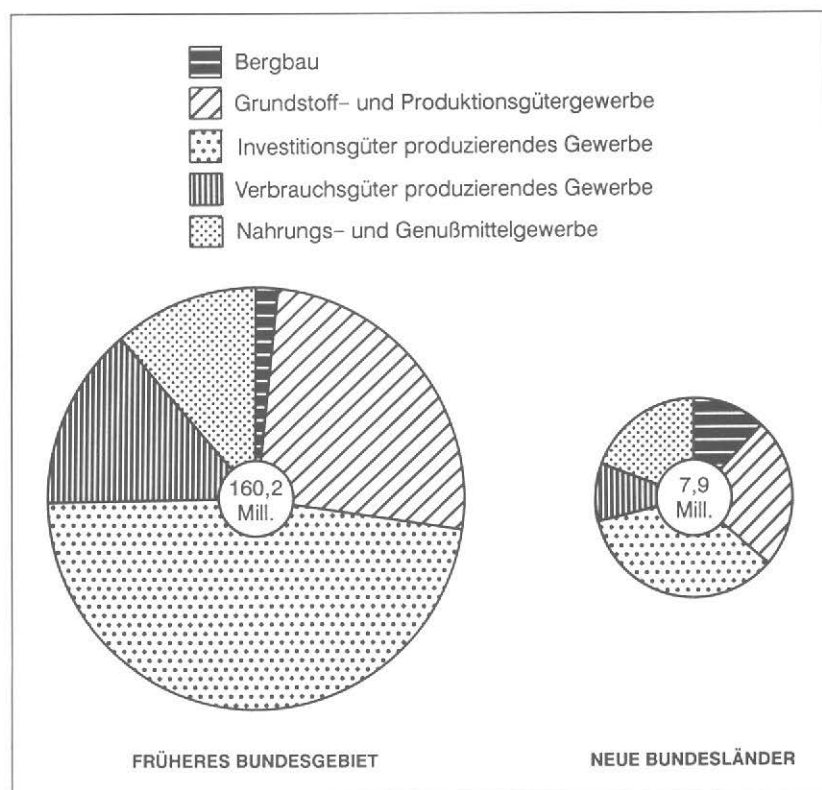


Personalkostenanteil liegt mit 12,7 % vergleichsweise niedrig. Dagegen wird die Produktionsleistung im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe mit einem relativ hohen Personaleinsatz erbracht, was zu einem Personalkostenanteil von durchschnittlich 30,3 % am Bruttoproduktionswert führt.

#### 14.2.8 Die neuen Bundesländer im Vergleich zum früheren Bundesgebiet

Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern bestehen deutliche Strukturunterschiede. So entfallen auf 20 % der Beschäftigten in den neuen Bundesländern nur knapp 5 % des Umsatzes. Einen hohen Anteil im

Abb. 2: Gesamtumsatz der Unternehmen, Durchschnitt Januar bis August 1991



Tab. 9: Struktur der Unternehmen im Vergleich<sup>1</sup>

Wirtschaftsbereich Hauptgruppe	Früheres Bundes- gebiet	Neue Bundes- länder <sup>2</sup>	Ins- gesamt <sup>3</sup>	Anteil Spalte 1 an Insg.	Anteil Spalte 2 an Insg.
				%	%
Unternehmen					
Bergbau u. Verarbeitendes					
Gewerbe	39 050	5 221	44 271	88,2	11,8
Bergbau	81	21	102	79,4	20,6
Verarbeitendes Gewerbe	38 968	5 201	44 169	88,2	11,8
Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	6 572	784	7 356	89,3	10,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	16 960	2 112	19 072	88,9	11,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	11 501	1 509	13 010	88,4	11,6
Nahrungs- und Genußmittelgew.	3 936	796	4 732	83,2	16,8
Beschäftigte					
Bergbau und Verarbeitendes					
Gewerbe	7 540 312	1 875 754	9 416 066	80,1	19,9
Bergbau	163 141	135 168	298 309	54,7	45,3
Verarbeitendes Gewerbe	7 377 171	1 740 586	9 117 758	80,9	19,1
Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1 380 969	370 314	1 751 283	78,9	21,2
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	4 103 056	901 679	5 004 735	82,0	18,0
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1 372 253	332 178	1 704 431	80,5	19,5
Nahrungs- und Genußmittelgew.	520 894	136 415	657 309	79,2	20,8
Gesamtumsatz (Mill. DM)					
Bergbau und Verarbeitendes					
Gewerbe	160 151	7 923	168 074	95,3	4,7
Bergbau	2 391	946	3 338	71,6	28,4
Verarbeitendes Gewerbe	157 760	6 977	164 737	95,8	4,2
Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	41 673	1 943	43 616	95,5	4,5
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	75 301	2 763	78 063	96,5	3,5
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	22 478	741	23 218	96,8	3,2
Nahrungs- und Genußmittelgew.	18 309	1 531	19 839	92,3	7,7

1 Durchschnitt aus den Monaten Januar bis August 1991.

2 Vorläufiges Ergebnis.

3 Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990.

Vergleich zum früheren Bundesgebiet hat, gemessen am Umsatz, in den neuen Bundesländern noch der Bergbau. Einen wesentlich niedrigeren Anteil hält das Investitionsgüter produzierende Gewerbe. Einen Überblick über die Relationen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach der Wiedervereinigung liefern Tab. 9 und Abb. 2.

Seit der Grenzöffnung hat sich die wirtschaftliche Situation in den neuen Bundesländern noch nicht stabilisiert. Von Januar bis September 1991 wurden ca. 500 000 Arbeitsplätze im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe abgebaut. Im September 1991 waren nur noch 1,55 Mill. Personen in den Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes beschäftigt und die Produktion lag im August 1991 ca. 40 % unter dem Vorjahresniveau.

### 14.3 Baugewerbe

Das Baugewerbe setzt sich in der Abgrenzung der amtlichen Statistik aus dem Bauhauptgewerbe und dem Ausbaugewerbe zusammen. Während das Bauhauptgewerbe überwiegend Hoch- und Tiefbauten bis zum Rohbau errichtet, erstreckt sich die Tätigkeit des Ausbaugewerbes auf die weitere Fertigstellung der Bauten bis zur Gebrauchsfähigkeit. Es umfaßt Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation, Installation von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage, Elektroinstallation, Maler- und Lackiererarbeiten und ähnliche Tätigkeiten. Das Angebot des Baugewerbes ist somit sehr vielseitig und spiegelt in seinen Veränderungen langfristige Umstrukturierungsprozesse wider.

Tab. 10: Entwicklung der Insolvenzen im früheren Bundesgebiet

Jahr	Insolvenzen insgesamt (Unternehmen und übrige Gemeinschuldner)	darunter Baugewerbe
1960	2 958	307
1970	4 201	451
1980	9 140	1 328
1981	11 653	1 942
1982	15 876	2 726
1983	16 114	2 467
1984	16 760	2 765
1985	18 876	3 228
1986	18 842	3 008
1987	17 589	2 638
1988	15 936	2 290
1989	14 643	2 058
1990	13 271	1 724



Bis in die 70er Jahre war die Bauwirtschaft eine Wachstumsbranche, die ihre Impulse aus dem Wiederaufbau, dem Wirtschaftsaufschwung und dem Wohnungsbedarf der wachsenden Bevölkerung bezog. Seither ist die Wohnungspolitik durch eine stärkere Hinwendung zu qualitativen Zielsetzungen geprägt. Die Aufmerksamkeit wandte sich mehr der Erhaltung und Erneuerung der Städte zu; die Modernisierung des Wohnungsbestandes ist ebenso bedeutsam geworden wie die Neubautätigkeit. Ab 1989 ist wieder eine Belebung der Bautätigkeit zu verzeichnen.

Zu Beginn der 80er Jahre erlebte die Baubranche einen ausgeprägten Abschwung. Dies äußert sich u. a. in der hohen Zahl von Insolvenzen in diesem Bereich, die 1985 mit 3 228 ihren Höhepunkt erreichte. 1990 meldeten noch 1 724 Bauunternehmen Konkurs an. Damit entfielen auf diesen Sektor rund 20 % aller Unternehmensinsolvenzen.

### 14.3.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsätze

Im Jahr 1989 zählten zum Baugewerbe 14 967 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. Sie erzielten mit rund 920 000 Arbeitskräften einen Umsatz von etwa 124 Mrd. DM. Rund 62 % der Bauunternehmen gehörten zum Bauhauptgewerbe, auf das auch der größte Teil des Umsatzes (77 %) entfiel. Das Baugewerbe ist überwiegend mittelständisch strukturiert. Von allen Bauunternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr hatten 1989 über 70 % weniger als 50 tätige Personen. Nur rund 3 % der Unternehmen zählten mehr als 200 Beschäftigte, die meisten davon wiederum im Bauhauptgewerbe.

Tab. 11: Unternehmen<sup>1</sup>, Beschäftigte und Umsatz im Baugewerbe 1989 im früheren Bundesgebiet

Bereich	Unternehmen Anzahl	Beschäftigte 1 000	Umsatz Mill. DM
Baugewerbe	14 967	920	123 635
Bauhauptgewerbe	9 314	676	95 768
Ausbaugewerbe	5 653	244	27 867

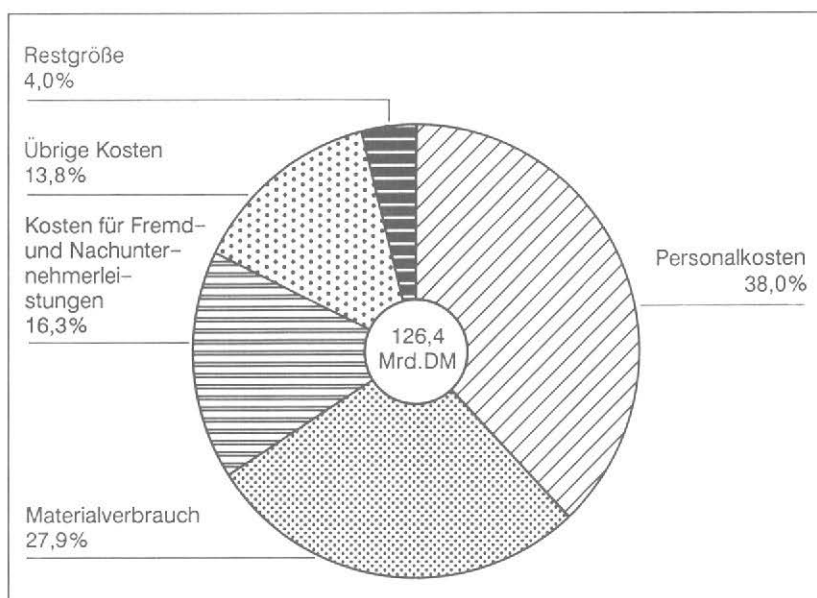
<sup>1</sup> Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

Von den Beschäftigten des Baugewerbes waren 1989 etwa 676 000 im Bauhauptgewerbe und rund 244 000 im Ausbaugewerbe tätig. Allerdings bleibt das Bild unvollständig, wenn man nicht die kleineren Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten einbezieht, die insbesondere im Ausbaugewerbe tätig sind. Hier boten die Unternehmen in der Größenklasse von 10 bis 19 Beschäftigten weiteren 113 000 Personen einen Arbeitsplatz.

### 14.3.2 Kostenstruktur

Im Baugewerbe stellen die Personalkosten den größten Kostenfaktor dar. Gemessen am Bruttoproduktionswert dieses Bereichs – dem Gesamtwert aller erzeugten Produkte – ergab sich ein Anteil von 38 %. Je nachdem, ob die jeweiligen Tätigkeiten der einzelnen Branchen material- oder personalintensiv sind, differieren diese Anteile zum Teil erheblich. Den höchsten Personalkostenanteil wiesen 1989 mit rund 50 % die Unternehmen des Maler- und Lackierergewerbes und des

Abb. 3: Kostenstruktur der Unternehmen im Baugewerbe mit 20 Beschäftigten und mehr 1989 im früheren Bundesgebiet Bruttoproduktionswert



Gerüstbaus auf. Wegen der weitgehend industriellen Fertigung waren die Personalkosten im Fertigteilbau mit 29,4 % von geringerer Bedeutung. Im allgemeinen steht einem niedrigen Personalkostenanteil ein hoher Materialkostenanteil gegenüber. Von den übrigen Kostenfaktoren im Baugewerbe spielen die Kosten für Fremd- und Nachunternehmerleistungen eine wichtige Rolle. Sie erreichten 1989 einen Anteil von 16,3 %. Insbesondere die großen Unternehmen machen von dieser Möglichkeit der Arbeitsteilung häufig Gebrauch (vgl. Abb. 3).

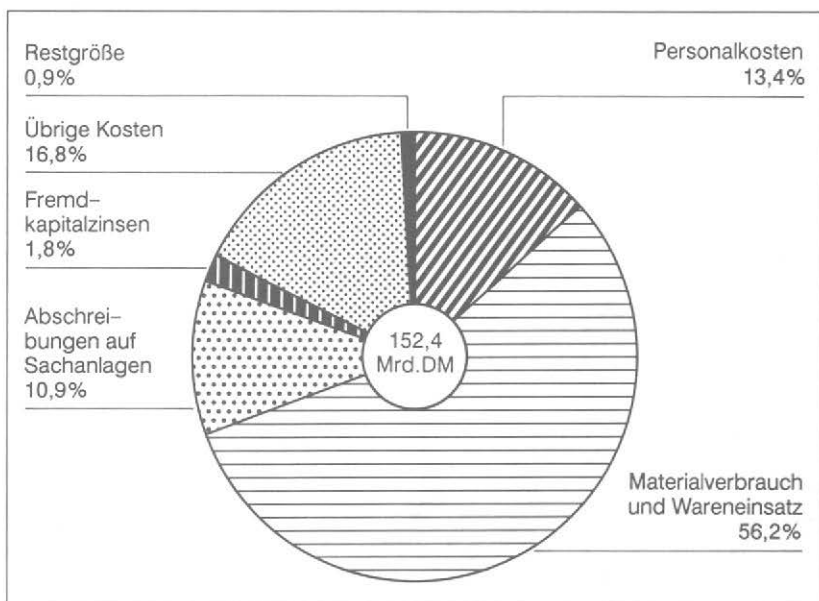
## 14.4 Energie- und Wasserversorgung

### 14.4.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsätze

Im Bereich der Energie- und Wasserversorgung waren 1989 in 3 367 Unternehmen insgesamt etwa 299 000 Personen beschäftigt. Sie erzielten einen Umsatz von 157,3 Mrd. DM. Die Energie- und Wasserversorgung ist durch eine Vielzahl von kleinen und eine geringe Zahl von großen und umsatzstarken Unternehmen geprägt. Etwa drei Viertel der Unternehmen hatten 1989 weniger als 20 Beschäftigte. Zum Gesamtumsatz dieses Bereichs trugen sie nur 4,0 % bei. Umgekehrt gab es 56 Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten, auf die aber 60,4 % des Umsatzes entfielen.

Innerhalb der Energie- und Wasserversorgung gehörte 1989 nur ein knappes Drittel der Unternehmen zum Teilbereich „Elektrizitätsversorgung“. Ihr Anteil an den Beschäftigten betrug aber 80,7 % und am Umsatz 80,8 %. Das bedeutet, daß es in der Elektrizitätswirtschaft im Durchschnitt wesentlich größere Unternehmen gibt als in den übrigen Bereichen, d. h. der Gas-, Fernwärme- und Wasserversor-

Abb. 4: Kostenstruktur der Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit 20 Beschäftigten und mehr 1989 im früheren Bundesgebiet  
Bruttoproduktionswert



gung. Hier ist auch die öffentliche Hand als Unternehmer stark engagiert. 34 % aller Elektrizitätsunternehmen sind wirtschaftliche Unternehmen der Gebietskörperschaften ohne eigene Rechtspersönlichkeit, sogenannte Regie- und Eigenbetriebe. Hinzu kommt, daß der Staat Beteiligungen an fast allen Kapitalgesellschaften der Elektrizitätsversorgung hält.

#### 14.4.2 Kostenstruktur

Die Energie- und Wasserversorgung gehört zu den kapitalintensivsten Wirtschaftsbereichen. Gemessen am Bruttoproduktionswert waren im Jahr 1989 die Abschreibungen auf Sachanlagen mit 10,9 % und die Fremdkapitalzinsen mit 1,8 % deutlich höher als im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe oder im Baugewerbe. Der Personalkostenanteil betrug rund 13 %, während der entsprechende Wert im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe etwa 25 % und im Baugewerbe sogar 38 % ausmachte.

Den größten Kostenblock im Bereich der Energie- und Wasserversorgung bilden mit rund 56 % der Materialverbrauch und Wareneinsatz. Das ist darauf zurückzuführen, daß in diesem Bereich außer produzierenden Unternehmen auch Einheiten tätig sind, die lediglich fremdbezogene Energie und fremdbezogenes Wasser verteilen (vgl. Abb. 4).

### 14.5 Handwerk

Dem Handwerk – als besonders traditionsreichem Wirtschaftszweig – kommt auch heute noch eine große volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Es konnte sich vor allem auf den Gebieten behaupten, wo Spezialleistungen und die Nähe zum Kunden maßgebend sind. Seine Tätigkeiten reichen von der Warenproduktion und der Reparatur bis zum Handel und den Dienstleistungen. Im Jahr 1988 erwirtschafteten die selbständigen Handwerksunternehmen im früheren Bundesgebiet 10 % der Bruttowertschöpfung aller Unternehmen.

Im Rahmen der Statistiken des Produzierenden Gewerbes wird das Handwerk nur teilweise erfaßt, da lediglich produzierende Handwerksunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten in den Berichtskreis einbezogen sind. Um einen Gesamtüberblick zu gewinnen, werden deshalb in mehrjährigen Abständen Handwerkszählungen durchgeführt.

Die letzte Erhebung dieser Art fand 1977 statt. Darüber hinaus gibt es vierteljährliche Stichprobenerhebungen zur Erfassung kurzfristiger Entwicklungen. Sie werden seit dem ersten Quartal 1991 auch in den neuen Bundesländern durchgeführt. Ferner wird durch eine Stichprobe in vierjährlichem Abstand die Kostenstruktur untersucht. Diese Statistiken geben u.a. Auskunft über Umsätze, Höhe und Zusammensetzung der Kosten sowie über tätige Personen.

### 14.5.1 Unternehmen

Bei der Handwerkszählung 1977 wurden etwa 472 000 selbständige Handwerksunternehmen und rund 22 500 handwerkliche Nebenbetriebe festgestellt. Der überwiegende Teil – nämlich 81 % der selbständigen Unternehmen – war im Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe tätig, 6 % entfielen auf den Handel und 13 % auf den Dienstleistungsbereich. In den übrigen Wirtschaftsbereichen gibt es nur wenige Handwerksunternehmen (1977: 469 selbständige Unternehmen mit zusammen etwa 2 300 Beschäftigten).

Tab. 12: Selbständige Handwerksunternehmen  
im früheren Bundesgebiet

Wirtschaftsgliederung	1968	1977
Insgesamt	596 757	471 716
darunter:		
Verarbeitendes Gewerbe	341 306	225 912
Baugewerbe	159 121	156 979
Handel	25 084	29 228
Dienstleistungen	70 386	59 128

Betrachtet man die Ergebnisse der seit 1949 durchgeführten Handwerkszählungen, so sind die rückläufigen Unternehmenszahlen besonders auffällig. Im Vergleich zu 1949 hat sich die Zahl der selbständigen Unternehmen fast halbiert, gegenüber der vorletzten Zählung 1968 ist sie um gut ein Fünftel zurückgegangen.

Nach wie vor sind im Handwerk die kleineren Betriebe vorherrschend. Die Unternehmen mit 1 bis 19 Beschäftigten machen über neun Zehntel des Handwerks aus und beschäftigen mehr als die Hälfte aller Arbeitskräfte. Nur 0,5 % der Handwerksunternehmen haben 100 Beschäftigte und mehr.

### 14.5.2 Beschäftigte

Die Anzahl der Beschäftigten in Unternehmen selbständiger Handwerker lag Ende September 1990 mit 3,8 Mill. um rund 5 % niedriger als zum selben Zeitpunkt 1980. Im längerfristigen Vergleich ergibt sich allerdings eine Zunahme – etwa gegenüber 1949 um mehr als 20 %. Berücksichtigt man den gleichzeitigen Rückgang der Unternehmenszahl, so bedeutet dies eine Tendenz zum größeren Unternehmen im Handwerk. Während 1949 im Durchschnitt noch nicht einmal vier Beschäftigte je Unternehmen ermittelt wurden, waren es 1968 bereits sechs bis sieben und bei der letzten Zählung 1977 acht.

Tab. 13: Beschäftigte in selbständigen Handwerksunternehmen<sup>1</sup>  
im früheren Bundesgebiet

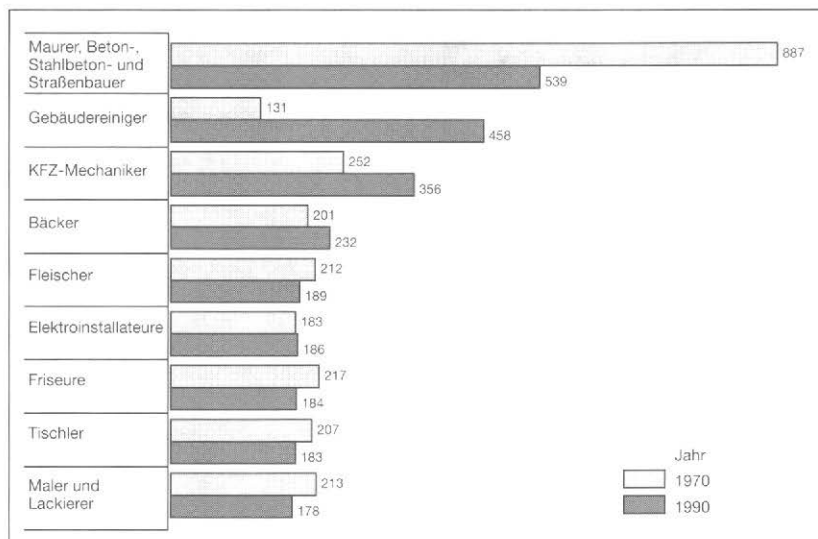
Wirtschaftsgliederung	1967 <sup>2</sup>	1976 <sup>2</sup>	1980	1990
	1 000			
Insgesamt	3 898,7	3 691,2	3 992,9	3 804,9
darunter:				
Verarbeitendes Gewerbe	1 650,7	1 405,1	1 471,1	1 407,6
Baugewerbe	1 711,5	1 564,0	1 663,5	1 451,3
Handel	127,7	210,8	230,0	213,4
Dienstleistungen	406,1	508,9	625,8	730,2

1 Stichtag 30. September.

2 Ergebnisse der Handwerkszählung.

Im Konkurrenzkampf mit der Industrie hat das Handwerk im Laufe der Zeit tiefgreifende Wandlungs- und Anpassungsprozesse durchlaufen. In manchen Bereichen, z.B. bei den Fleischern und Bäckern, konnte das Handwerk seine Position zwar bewahren; viele Handwerkszweige haben aber an Bedeutung verloren, da die Preisvorteile der maschinell erzeugten Massenwaren die Verbraucher

Abb. 5: Beschäftigte in ausgewählten Gewerbezeigen  
im früheren Bundesgebiet (in Tausend)



stärker anzogen. Anderen Handwerkszweigen hat der Markt die Produktionsaufgaben sogar ganz oder fast vollständig entzogen; sie beschränken ihre Tätigkeit inzwischen allenfalls auf Reparaturarbeiten, z.B. Schuster und Uhrmacher. Daneben hat die industrielle Entwicklung aber auch neue handwerkliche Betätigungsbereiche hervorgebracht, z.B. das Handwerk des Kraftfahrzeugmechanikers, Gebäudereinigers und Elektroinstallateurs (vgl. Abb. 5).

Eine Aufgliederung der Beschäftigten im Handwerk nach ihrer Stellung im Unternehmen zeigt einen vergleichsweise hohen Anteil an Selbständigen. Nach den Ergebnissen der letzten Zählung waren 1976 fast 17 % der in selbständigen Handwerksunternehmen Beschäftigten tätige Inhaber bzw. mithelfende Familienangehörige; 15 % waren Angestellte und 68 % Arbeiter. Von den Arbeitern waren über die Hälfte (55 %) Gesellen und sonstige Facharbeiter.

Besonders bedeutsam ist die Ausbildungstätigkeit des Handwerks, die über den eigenen Bedarf an Nachwuchskräften weit hinausgeht. Ende 1990 gab es im Handwerk ungefähr 487 000 Auszubildende; das bedeutet, daß rund 33 % aller Auszubildenden des Jahres 1990 eine handwerkliche Ausbildung absolvierten. Die Zahl der Auszubildenden im gleichen Zeitraum für den Bereich Industrie und Handel betrug 756 000.

### 14.5.3 Umsätze

Im Jahr 1990 wurde von den selbständigen Handwerksunternehmen ein Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) von 441 Mrd. DM erwirtschaftet. Den größten Beitrag erbrachten mit 44 % nach wie vor die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, wenngleich ihr Anteil gegenüber 1967 erheblich zurückgegangen ist. Auf die Handwerksunternehmen des Baugewerbes entfielen 1990 ebenso wie 1967 38 % des Gesamtumsatzes. Die Handelsunternehmen des Handwerks konnten ihren Umsatzanteil auf 14 % ausweiten; die Dienstleistungsunternehmen und Freien Berufe erreichten einen Anteil von 4 %.

Tab. 14: Umsatz selbständiger Handwerksunternehmen  
im früheren Bundesgebiet

Wirtschaftsgliederung	1967 <sup>1</sup> %	1976 <sup>1</sup> %	1990 %	Mrd. DM
Insgesamt	100	100	100	441
darunter:				
Verarbeitendes Gewerbe	52	45	44	194
Baugewerbe	38	38	38	167
Handel	6	13	14	62
Dienstleistungen	4	4	4	17

1 Ergebnisse der Handwerkszählung.

# 15 Dienstleistungsbereich

## 15.1 Bedeutung des Dienstleistungsbereichs

Der Dienstleistungsbereich – oft auch als „tertiärer Sektor“ bezeichnet – produziert im Gegensatz zum primären und sekundären Bereich (Land- und Forstwirtschaft bzw. Produzierendes Gewerbe) keine materiellen Güter. Das Angebot dieses Bereiches ist überaus vielfältig und umfaßt Leistungen des Handels, Gastgewerbes, Bank- und Versicherungsgewerbes, der Freien Berufe und des Verkehrsgewerbes. Dienstleistungen erbringt auch der öffentliche Dienst (vgl. Kap. 11). Der Verkehrssektor wird wegen seiner übergreifenden Bedeutung ebenfalls gesondert behandelt (vgl. Kap. 17).

Innerhalb einer hochentwickelten und deshalb in hohem Maße arbeitsteiligen Wirtschaft wächst die Bedeutung des Dienstleistungsbereichs. Der französische Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Fourastié schätzt den tertiären Sektor sogar als „die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts“ ein und mißt ihm zentrale Bedeutung für Wirtschafts-, Struktur- und Beschäftigungsentwicklung bei. Tendenziell findet sich diese Auffassung u. a. in den wachsenden Beschäftigtenzahlen und dem steigenden Anteil dieses Bereichs an der wirtschaftlichen Gesamtleistung bestätigt.

Während um die Jahrhundertwende nur etwa jeder vierte Erwerbstätige (Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) im tertiären Sektor beschäftigt war, verdiente hier 1950 schon jeder dritte, 1990 mehr als jeder zweite Erwerbstätige sein Brot. Seinen Beitrag zur Bruttowertschöpfung konnte der Dienstleistungsbereich ebenfalls erhöhen (vgl. Kap. 12). 1960 hatten Handel, Verkehr und sonstige Dienstleistungsunternehmen (einschl. Staat) einen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung von 41 %, 1990 dagegen von rund 58 %. Der Beitrag von Handel und Verkehr war rückläufig (von 18,5 % auf 14,4 %), während die übrigen Dienstleistungsunternehmen ihren Anteil von 13,6 % auf 30,0 % mehr als verdoppeln konnten. Der Anteil von Staat und privaten Haushalten an der Bruttowertschöpfung erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 8,8 % auf 13,4 %. Diese Angaben beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990.

Wegen unterschiedlicher wirtschaftsfachlicher Zuordnung von Betrieben und Unternehmen in der ehemaligen DDR ist eine vergleichbare Abgrenzung des Dienstleistungssektors für das Gebiet der neuen Bundesländer gegenwärtig noch nicht möglich.



## 15.2 Handel

In der Abgrenzung der amtlichen Statistik gehören zum Handel alle Unternehmen, deren Hauptaufgabe im Vertrieb von Waren, also in der Mittlertätigkeit zwischen Produzenten und Verbrauchern, und damit in einer vielfältigen Dienstleistungsfunktion besteht.

### 15.2.1 Unternehmen und Beschäftigte

Einen umfassenden Überblick über die Entwicklung im Handel und seinen Teilbereichen Großhandel, Einzelhandel und Handelsvermittlung liefern die in mehrjährigen Abständen stattfindenden Handels- und Gaststättenzählungen sowie die Arbeitsstättenzählungen. Nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung 1987 gab es im Handelsbereich gut 500 000 Unternehmen, die zusammen etwa 3,9 Mill. Personen beschäftigten. Damit arbeitete im früheren Bundesgebiet etwa jeder siebente Erwerbstätige in diesem Sektor.

Abb. 1: Unternehmen und Beschäftigte am 25. 5. 1987  
im früheren Bundesgebiet

		Unternehmen		Beschäftigte	
Großhandel	108 245	18,5%		30,9%	1 199 091
Einzelhandel	402 285	68,8%		64,8%	2 515 044
Handels- vermittlung	74 543	12,7%		4,3%	164 793

Der bedeutendste Bereich hinsichtlich der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten ist der Einzelhandel und hier wiederum der Handel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren. Jedes vierte Einzelhandelsunternehmen führte 1987 dieses Sortiment, und jeder vierte Beschäftigte im Einzelhandel war dort tätig.

In den letzten Jahrzehnten vollzog sich im Handelsbereich ein tiefgreifender Wandel. Zwischen 1950 und 1960 führte das allgemeine wirtschaftliche Wachstum

zur Gründung neuer Unternehmen und zur Beschäftigung zusätzlicher Arbeitskräfte. In der darauffolgenden Zeit mußten jedoch bei tendenziell wieder zunehmender Beschäftigtenzahl viele Handelsunternehmen schließen.

Tab. 1: Entwicklung von Unternehmen und Beschäftigten im Handel im früheren Bundesgebiet

Jahr	Unternehmen des Handels	Beschäftigte im Handel	Beschäftigte je Unternehmen
	1985 = 100		Anzahl
1950	136	63	3,4
1960	147	91	4,5
1968	123	100	5,9
1979	103	105	7,4
1985	100	100	7,3
1987	116	106	6,6

Maßgeblich für diese Entwicklung waren vor allem Rationalisierungsmaßnahmen, die zu kostengünstigeren Angebotsformen führten (Verbrauchermärkte usw.). Sie sprachen mit ihren typischen Vorteilen, wie breiteres Warensortiment, preisgünstige Sonderangebote usw., einen wachsenden Kundenkreis an. Dadurch verschärfte sich die Konkurrenzsituation derart, daß zahlreiche Unternehmen aus dem Markt verdrängt wurden. Von dem Auslese- und Konzentrationsprozeß war vor allem der Einzelhandel betroffen. In diesem Bereich verminderte sich zwischen 1960 und 1979 die Zahl der Unternehmen um mehr als 100 000 auf etwa 346 000. Besonders stark reduzierte sich die Zahl der kleinen Lebensmittelgeschäfte, die als „Tante-Emma-Läden“ längst sprichwörtlich geworden sind. Von 1979 bis 1985 verringerte sich die Anzahl der Handelsunternehmen von rund 520 000 auf 506 000. In diesem Zeitraum war auch ein Rückgang bei den Beschäftigten zu verzeichnen.

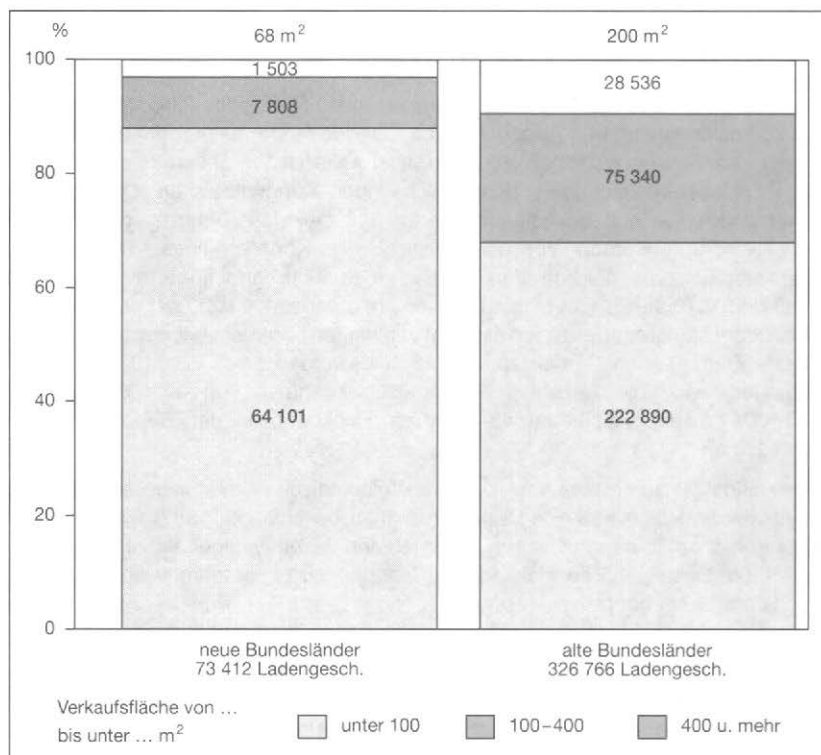
Der Handel ist durch eine vorwiegend mittelständische Struktur gekennzeichnet. Mehr als die Hälfte aller Handelsunternehmen beschäftigte 1987 nicht mehr als zwei Personen; in neun von zehn Unternehmen waren weniger als zehn Beschäftigte tätig. Dazu gehören meistens die Inhaber der Unternehmen selbst und oft auch deren Angehörige.

Von erheblicher Bedeutung ist im Handelsbereich die Teilzeit- und Saisonbeschäftigung. Dies gilt vor allem für den Einzelhandel, wo fast jeder dritte (im Großhandel jeder siebte) Beschäftigte nur zeitweise tätig ist, und zwar immer dann, wenn besondere Belastungen vom Stammpersonal nicht bewältigt werden können. Eine große Rolle spielen in diesem Zusammenhang nicht nur die starken jahreszeitli-

chen Schwankungen (vgl. 15.2.3), sondern auch die unterschiedlichen Belastungen an den verschiedenen Wochentagen und Tagesstunden, z. B. infolge traditioneller Einkaufsgewohnheiten der Konsumenten.

Der Handel in den neuen Bundesländern befindet sich derzeit in einer Phase der Umstellung und Neuorientierung. Im Einzelhandel ist die Entflechtung und Privatisierung des ehemals staatlichen Handels (HO) bereits weitgehend vollzogen. Dabei müssen zahlreiche kleinere Geschäfte geschlossen werden, weil sie auf Dauer nicht rentabel betrieben werden können. Abb. 2 zeigt, daß 1988 beinahe 90 % der insgesamt rund 73 000 Verkaufsstellen über weniger als 100 Quadratmeter Verkaufsfläche verfügten. Demgegenüber lag der Anteil dieser Geschäfte im früheren Bundesgebiet 1985 nur bei zwei Dritteln. Er dürfte seither weiter abgenommen haben.

Abb. 2: Ladengeschäfte nach Größenklassen der Verkaufsfläche  
Stand 1988 bzw. 1985. Durchschnittliche Verkaufsfläche

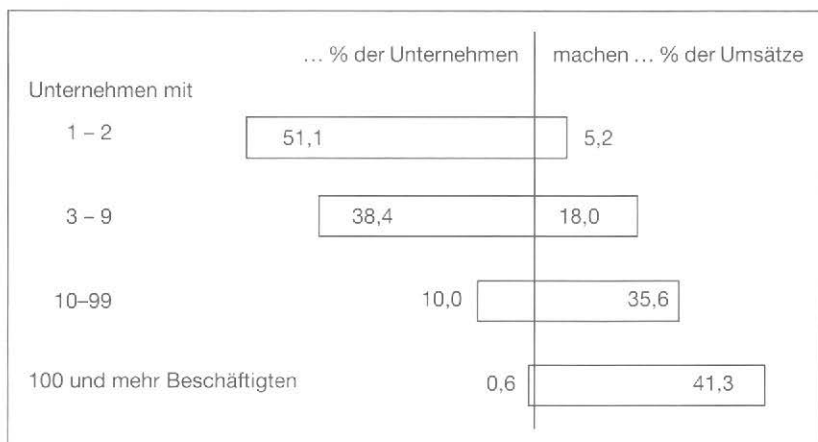


Gleichzeitig entstehen in den neuen Bundesländern neue, insbesondere großflächige Verkaufsstätten wie Verbrauchermärkte, Fachmärkte und Warenhäuser, die es in der ehemaligen DDR kaum gab.

## 15.2.2 Umsätze

Auch aus der Gliederung des Umsatzes (Verkaufswert der Waren) nach Größenklassen werden die ausgeprägten Unterschiede zwischen der Vielzahl kleiner Handelsunternehmen und den wenigen großen Unternehmen in diesem Bereich deutlich. So konnten 1984 die Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten, die nur einen Anteil von 0,6 % an der Gesamtzahl aller Handelsunternehmen hatten, mehr als 40 % des Gesamtumsatzes auf sich vereinigen.

Abb. 3: Handelsunternehmen 1985 und ihre Umsätze 1984 im früheren Bundesgebiet

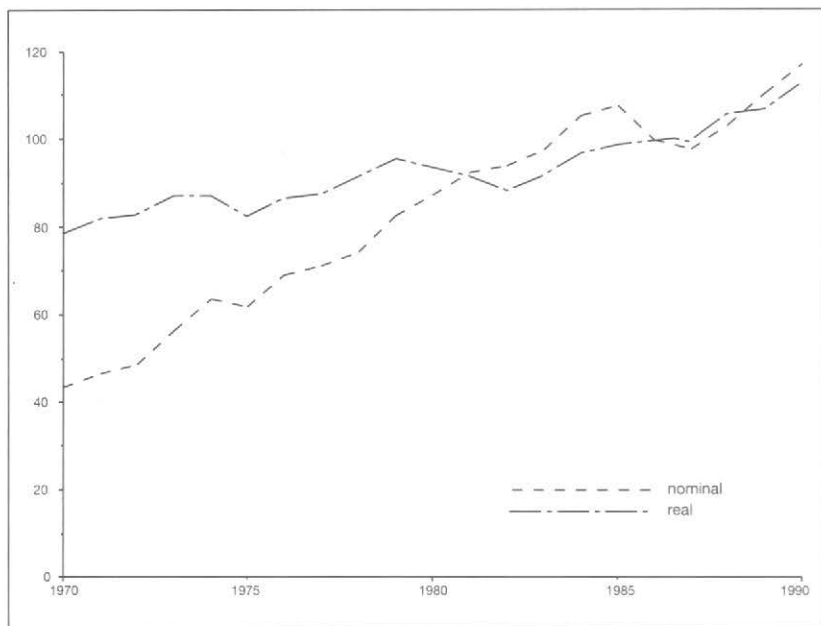


Etwa 66 % der Umsätze entfallen auf den Großhandel, 33 % auf den Einzelhandel und nur 1 % auf die Handelsvermittlung, deren Umsatz lediglich aus der Summe der Provisionen und Kostenvergütungen besteht. Rund 47 % der Großhandelsunternehmen und 18 % der Einzelhandelsunternehmen hatten 1984 einen Umsatz von mehr als 1 Mill. DM.

In den sechziger Jahren konnten die Handelsunternehmen nahezu ununterbrochen hohe Umsatzsteigerungen verbuchen. Seit Anfang der 70er Jahre liegen die Zuwachsraten deutlich niedriger. Zu Beginn der 80er Jahre spiegelt sich in der

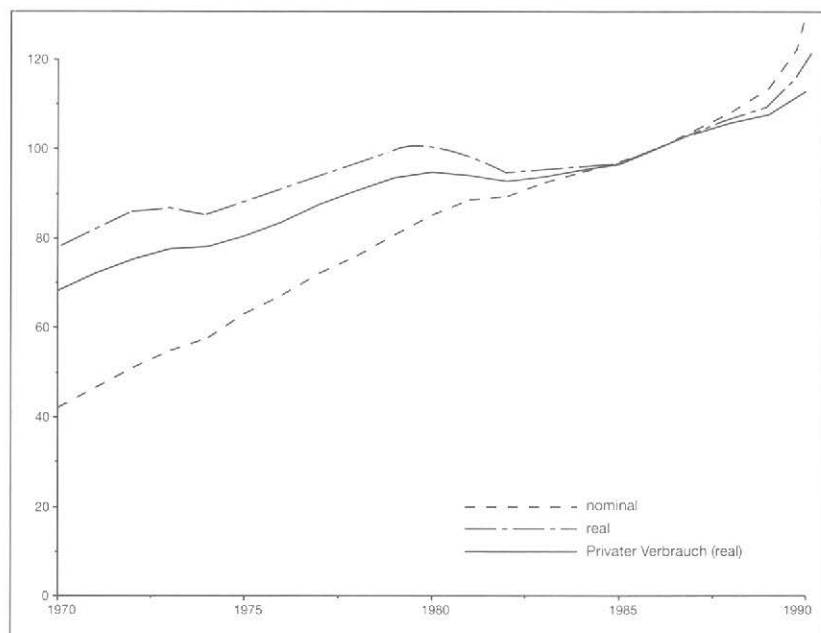
Umsatzentwicklung des Handels besonders deutlich die gesamtwirtschaftliche Situation wider. Diese war geprägt durch eine – bereits Mitte des Jahres 1980 beginnende – Schwächephase in den Jahren 1981 und 1982 sowie durch eine konjunkturelle Erholung in den seit 1983 folgenden Jahren, in denen das Bruttosozialprodukt real wieder anstieg (vgl. Kap. 12). Entsprechend waren die Handelsumsätze real – also nach Abzug der Preissteigerungen – in den Jahren 1981 und 1982 rückläufig und stiegen in den darauffolgenden Jahren wieder an (vgl. Abb. 4 und 5).

Abb. 4: Umsatzentwicklung im Großhandel im früheren Bundesgebiet  
(1986 = 100)



Die starken Umsatzsteigerungen seit Mitte 1990 sind vor allem auf die lebhaftere Nachfrage der ostdeutschen Verbraucher nach westdeutschen Produkten zurückzuführen. Im Gegensatz dazu mußte der Einzelhandel in den neuen Bundesländern nach Einführung der Währungsunion im Juli 1990 drastische Umsatzeinbußen hinnehmen. Ähnliches gilt für den Großhandel, der wie der Einzelhandel in der ehemaligen DDR ganz überwiegend staatlich gelenkt wurde und jetzt vor einem völligen Neuaufbau steht.

Abb. 5: Umsatzentwicklung im Einzelhandel und Entwicklung des Privaten Verbrauchs im früheren Bundesgebiet (1986 = 100)

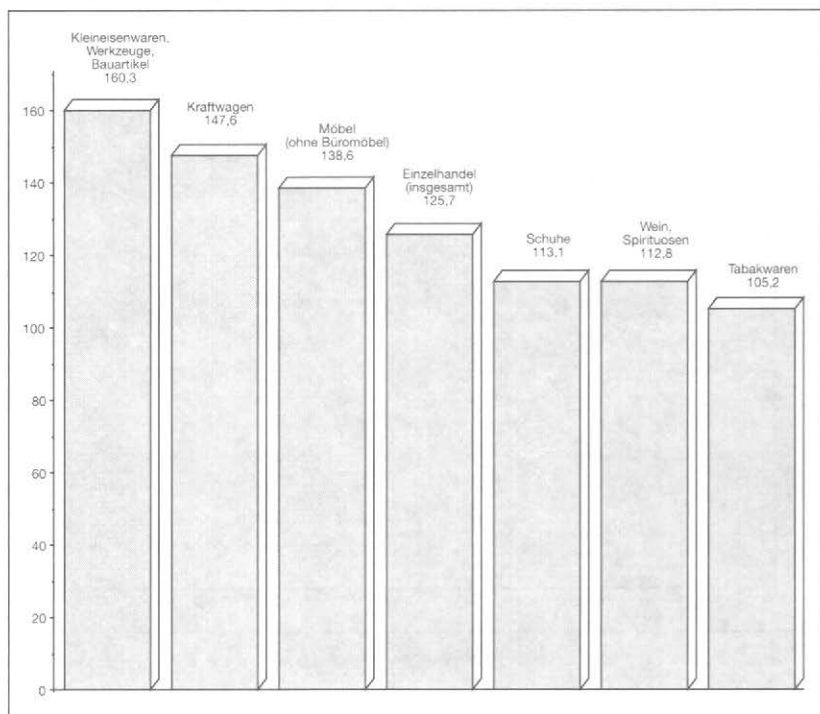


Die durchschnittliche Umsatzentwicklung im Handelsbereich konnte von einzelnen Handelssparten übertroffen werden; andere verzeichneten dagegen erheblich geringere Umsatzsteigerungen, vereinzelt sogar -rückgänge. So verbuchten beispielsweise die Facheinzelhändler, die Do-it-yourself-Waren verkaufen, seit 1980 ein höheres Umsatzplus als die meisten ihrer Kollegen (vgl. Abb. 6).

### 15.2.3 Saisonverläufe im Handel

Die Umsätze des Handels unterliegen im Jahresverlauf starken Schwankungen. Abgesehen von der konjunkturellen Entwicklung bestimmen – vor allem im Einzelhandel – Feiertage oder Urlaubszeiten die Betriebsergebnisse. So sind im allgemeinen besonders hohe Umsätze im Weihnachtsgeschäft zu beobachten. Ein weiteres – weniger ausgeprägtes – Umsatzhoch ist in der Osterzeit (März/April) zu verzeichnen. Ausgesprochen niedrige Umsätze werden dagegen in den Monaten Januar/Februar sowie während der Sommerferien im August erzielt.

Abb. 6: Einzelhandelsumsätze 1990 nach ausgewählten Branchen  
im früheren Bundesgebiet  
(1986 = 100)



Im Großhandel mit Fertigwaren ist der Saisonverlauf im wesentlichen durch die gleichen Spitzen und Tiefen gekennzeichnet, die allerdings weniger stark ausgeprägt sind und gegenüber der Umsatzentwicklung im Einzelhandel häufig noch einen zeitlichen Vorlauf aufweisen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Einzelhändler ihren Warenbestand an der erwarteten Umsatzentwicklung ausrichten und versuchen, ihre Lager rechtzeitig aufzufüllen bzw. abzubauen.

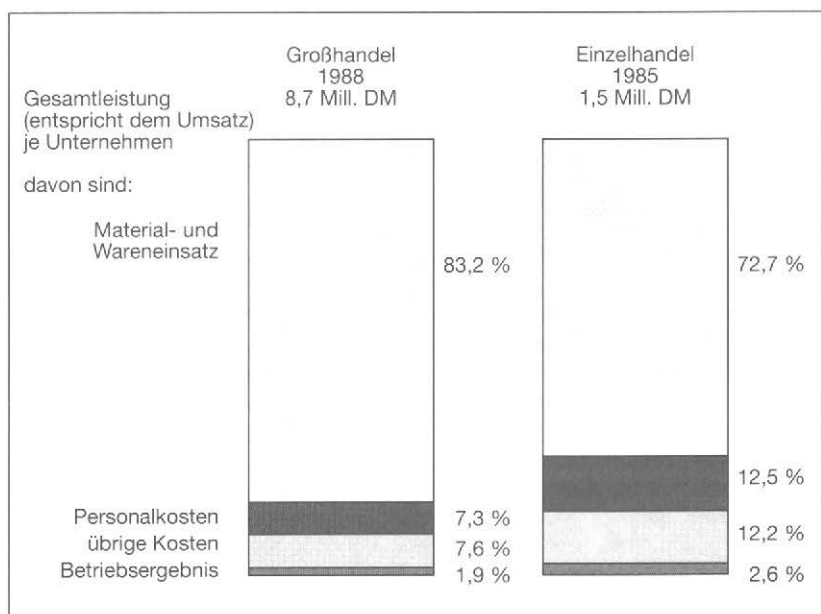
#### 15.2.4 Kosten und Gewinne

Im Großhandel mußten 1988 durchschnittlich rund 83 % des Umsatzes für die Begleichung der Lieferantenrechnungen aufgewendet werden. Die Personalkosten beliefen sich auf durchschnittlich rund 7 %, weitere etwa 8 % entfielen auf die

übrigen Kosten (Mieten, Kosten für Energie, Instandhaltungskosten usw.). Die restlichen knapp 2 % verblieben dem Unternehmen als Betriebsergebnis vor Abzug der ergebnisabhängigen Steuern (z. B. Einkommensteuer).

Im Einzelhandel, der im allgemeinen niedrigere Umsätze als der Großhandel tätigt, mußten 1985 im Durchschnitt knapp 73 % des Umsatzes für die Bezahlung der Lieferanten einkalkuliert werden. Die Personalkosten lagen bei rund 13 %. Sie sind im allgemeinen höher als im Großhandel, weil u. a. die Beratung und Betreuung der Kunden – insbesondere bei hochwertigen Gebrauchsgütern – einen entsprechenden Personaleinsatz verlangen. Auch die Mieten und Pachten, die speziell bei

Abb. 7: Aufteilung der Gesamtleistung im Handel  
im früheren Bundesgebiet



guten Geschäftslagen an den Einkaufsstraßen der Großstädte hoch sind, fallen in der Regel im Einzelhandel stärker ins Gewicht als im Großhandel (1985: 3 %). Die sonstigen Kosten schlugen beim Einzelhandel mit rund 9 % zu Buche. Als Betriebsergebnis verblieben 2,6 % des Umsatzes, d.h. um einen Gewinn (vor Abzug der Steuern) von 26 000 DM zu erzielen, mußte im Durchschnitt ein Einzelhändler im Jahr Waren im Wert von 1 Mill. DM verkaufen.



## 15.3 Gastgewerbe

### 15.3.1 Betriebsarten des Gastgewerbes

Das Gastgewerbe zeichnet sich – ähnlich wie der Handel – durch eine große Vielfalt an Erscheinungsformen aus. Es umfaßt als größte Gruppe das Gaststätten-gewerbe, das sich vorwiegend der Verpflegung und Bewirtung von Gästen widmet,

Tab. 2: Unternehmen des Gastgewerbes im früheren Bundesgebiet  
zum Zeitpunkt der Handels- und Gaststättenzählung 1979  
und der Arbeitsstättenzählung 1987

Betriebsart	Unternehmen			
	Anzahl <sup>1</sup>		Anteil in %	
	1979	1987	1979	1987
Speisewirtschaften	51 462	72 498	36,4	43,2
Schankwirtschaften	64 238	63 899	45,5	38,1
Imbißhallen	8 957	14 871	6,3	8,9
Trinkhallen, sonst. Bewirtungsstätten	3 066	1 043	2,2	0,6
Bars, Tanzlokale	5 935	5 042	4,2	3,0
Cafés	4 035	5 788	2,8	3,5
Eisdielen	3 611	4 575	2,6	2,7
Gaststättengewerbe insgesamt	141 304	167 716	100	100
Hotels	9 225	23 180	21,6	56,8
Hotels garnis	12 216		28,6	
Gasthöfe	10 418		24,4	
Pensionen	3 319	12 429	7,8	30,4
Erholungs- und Ferienheime	760	463	1,8	1,1
Ferienzentren	25	3 500	0,1	8,6
Ferienhäuser, Ferienwohnungen	1 592		3,7	
Hütten, Privatquartiere <sup>2</sup>	4 342		10,2	
Campingplätze	805	1 269	1,9	3,1
Beherbergungsgewerbe insgesamt	42 702	40 841	100	100
Kantinen <sup>3</sup>	4 757	3 686		
Gastgewerbe insgesamt	188 763	212 243		

<sup>1</sup> Es werden nicht die einzelnen Hotels usw., sondern die Unternehmen gezählt, die mehrere Betriebe unterhalten können.

<sup>2</sup> Arbeitsstättenzählung ohne Privatquartiere.

<sup>3</sup> Einschließlich Schlaf- und Speisewagenbetriebe.

und das Beherbergungsgewerbe, das zusätzlich oder ausschließlich Übernachtungsmöglichkeiten anbietet.

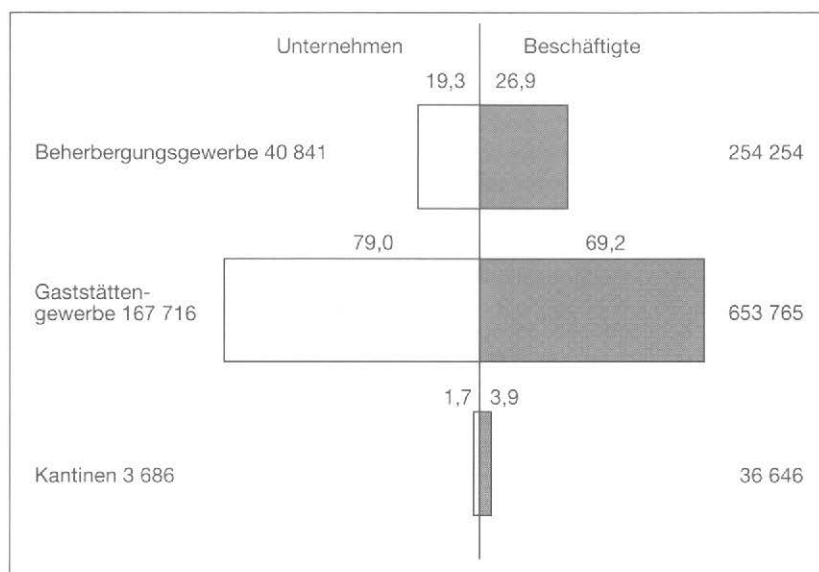
Unter den Gaststätten hatten 1987 die Speise- und Schankwirtschaften mit 81 % den größten Anteil. Auf Imbiß- und Trinkhallen entfielen zusammen rund 10 %, auf Bars und Tanzlokale 3 %, auf Cafés gut 3 % und auf Eisdielen fast 3 %.

Im Bereich des Beherbergungsgewerbes sind durch die starke Zunahme des Reiseverkehrs (vgl. 6.5) neben das traditionelle Unterbringungsangebot neue Betriebsformen getreten. Wachsender Beliebtheit erfreuen sich vor allem Ferienhäuser und Ferienwohnungen, deren Zahl – verglichen mit Hotels und Gasthöfen – allerdings immer noch relativ gering ist.

### 15.3.2 Unternehmen und Beschäftigte

Bei der Arbeitsstättenzählung von 1987 wurden im gesamten Gastgewerbe rund 212 200 Unternehmen ermittelt, die insgesamt rund 944 700 Beschäftigten oder etwa 3 % aller Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Arbeit boten. 69 % der Beschäftigten des Gastgewerbes waren in Gaststätten, 27 % im Beherbergungsgewerbe und 4 % in Kantinen tätig.

Abb. 8: Unternehmen und Beschäftigte des Gastgewerbes am 25. 5. 1987 im früheren Bundesgebiet



Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat sich sowohl die Zahl der Unternehmen als auch die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe stark erhöht. Der Kapazitätsausbau fand insbesondere während der 50er und 70er Jahre statt. Die Verbesserung der Einkommenssituation breiter Schichten der Bevölkerung führte zu einer Steigerung der Nachfrage nach Gastgewerbeleistungen und zu einer Auffächerung des Angebots.

Zwischen 1968 und 1979 erhöhte das Gaststättengewerbe seinen Beschäftigtenbestand um rund 20 %, das weniger arbeitsintensive Beherbergungsgewerbe nur um 2 %. Von 1979 bis 1985 hat die Zahl der im Gastgewerbe Beschäftigten weiterhin zugenommen (Gaststättengewerbe: + 6 %, Beherbergungsgewerbe: + 7 %), die Zahl der Unternehmen im Gastgewerbe ist von 1979 bis 1985 dagegen leicht zurückgegangen (Gaststättengewerbe: + 2 %, Beherbergungsgewerbe: - 11 %). Zwischen 1985 und 1987 ist im Gastgewerbe sowohl die Anzahl der Unternehmen als auch die Zahl der Beschäftigten gestiegen, die Beschäftigtenzahl je Unternehmen ist so gut wie gleich geblieben.

Tab. 3: Entwicklung von Unternehmen und Beschäftigten im Gastgewerbe im früheren Bundesgebiet

Jahr	Unternehmen	Beschäftigte	Beschäftigte je Unternehmen
	1985 = 100		
1950	73	50	3,1
1960	89	77	3,9
1968	90	82	4,1
1979	101	94	4,2
1985	100	100	4,6
1987	114	113	4,5

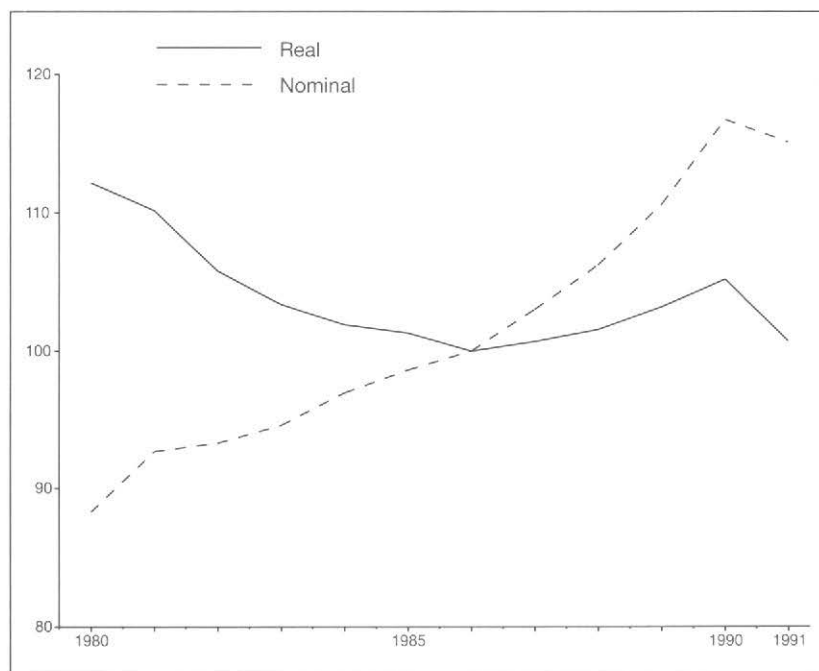
Das Gastgewerbe ist in noch stärkerem Maße als der Handel durch eine kleinbetriebliche Struktur gekennzeichnet. In fast der Hälfte der Unternehmen sind nur ein bis zwei Personen tätig, lediglich 7 % beschäftigen zehn Personen oder mehr. Dabei spielt die Mitarbeit der Inhaber und deren Angehörigen eine entscheidende Rolle. Außerdem ist die Teilzeitbeschäftigung von großer Bedeutung, mit der versucht wird, die unterschiedliche Belastung zu einzelnen Tageszeiten, Wochentagen und im jahreszeitlichen Verlauf auszugleichen.

### 15.3.3 Umsätze

Die Unternehmen des Gastgewerbes erzielten 1984 einen durchschnittlichen Jahresumsatz von rund 265 000 DM. Umsätze unter 50 000 DM hatten 1984

immerhin etwa 12 % der Gastgewerbeunternehmen, dagegen verzeichneten 3,2 % einen Umsatz von 1 Mill. DM und mehr. Insgesamt wurden 1984 rund 50 Mrd. DM im Gastgewerbe umgesetzt, damit wurde je Beschäftigten ein Umsatz von 60 000 DM erzielt.

Abb. 9: Umsatzentwicklung im Gastgewerbe im früheren Bundesgebiet  
(1986 = 100)



In den 80er Jahren erzielte das Gastgewerbe – vor allem im Beherbergungsbereich – deutliche Umsatzzuwächse. Real, aber nach Abzug der Preissteigerungen, sind dagegen die Umsätze seit 1980 zunächst zurückgegangen und zeigen erst seit 1987 wieder aufsteigende Tendenz.

Die jahreszeitliche Verteilung der Umsätze im Gastgewerbe wird traditionell durch die saisonalen Schwankungen des Reiseverkehrs mit einem ausgeprägten „Hoch“ im Sommer und einem „Tief“ im Winter beeinflusst, das von einem leichten Aufschwung in der Weihnachtszeit unterbrochen wird.

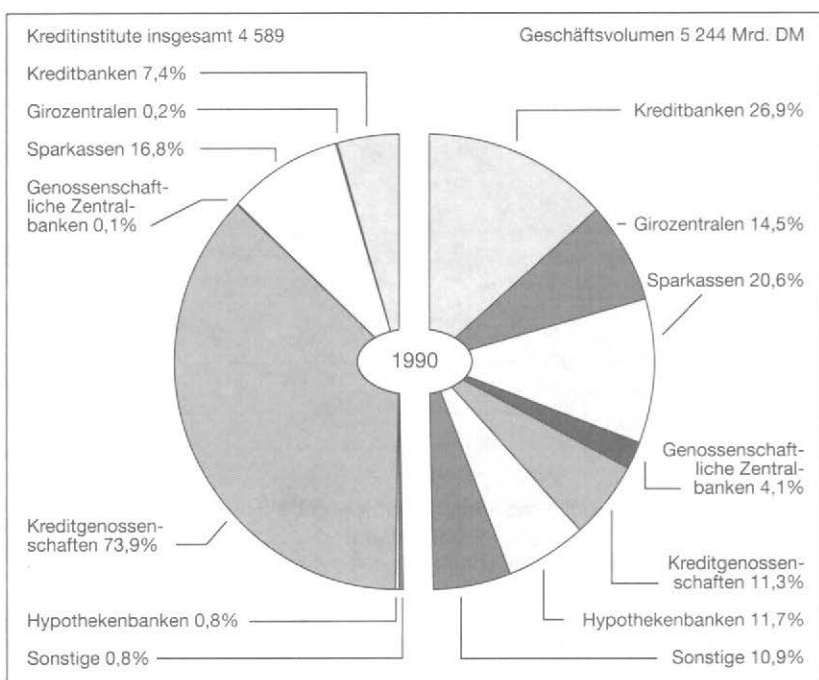
### 15.3.4 Kostenstruktur

In der Kostenstruktur im Gastgewerbe macht sich der Dienstleistungscharakter dieser Branche besonders bemerkbar. Bei einer Gesamtleistung je Unternehmen von rund 272 000 DM entfielen 1985 allein 23 % auf Personalkosten, etwa 10 % auf Mieten und Pachten und knapp 23 % auf übrige Kosten (Brennstoffe, Instandhaltungskosten u.ä.). Der Material- und Wareneinsatz betrug rund 34 % des Umsatzes (Gesamtleistung). Als Betriebsergebnis verblieben den Inhabern der Gastgewerbeunternehmen durchschnittlich 10 % des Umsatzes.

## 15.4 Kreditinstitute<sup>1</sup>

Im Rahmen einer hochentwickelten Volkswirtschaft spielt die Geld- und Kreditwirtschaft, und damit das Bankensystem, eine zentrale Rolle. Als Kapitalsammelstel-

Abb. 10: Kreditinstitute und ihr Geschäftsvolumen



<sup>1</sup> Die ostdeutschen Kreditinstitute sind ab Juli 1990 in den Angaben enthalten bzw. Angaben für das gesamte Währungsgebiet der DM ab diesem Zeitpunkt.

len und Finanzierungsinstitute erfüllen die Banken wichtige gesamtwirtschaftliche Aufgaben. Diese werden in der Bundesrepublik Deutschland unter der Aufsicht der Deutschen Bundesbank wahrgenommen, die als Notenbank Hüterin der Währung ist. Mit verschiedenen Mitteln – wie Zinspolitik, Offen-Markt-Politik usw. – kann sie innerhalb gewisser Grenzen die Geldversorgung der Volkswirtschaft steuern und damit zugleich Einfluß auf Konjunktur und Wachstum nehmen. Die Deutsche Bundesbank sorgt dabei auch für den nötigen Bargeldumlauf, der 1990 bei rund 180 Mrd. DM lag.

Aus der Zusammenarbeit von Bundesbank und den sogenannten Geschäftsbanken fallen Informationen an, die zu statistischen Ergebnissen zusammengestellt werden und wertvolle Aufschlüsse über Struktur und Entwicklung des Bankensystems liefern.

### 15.4.1 Unternehmen

Im deutschen Bankwesen ist seit Jahren ein Fusionsprozeß im Gange. Er hat zu einer abnehmenden Zahl von Kreditinstituten geführt. Während 1973 3 784 berichtspflichtige Kreditinstitute (Kreditinstitute mit einer bestimmten Mindestbilanzsumme) gezählt wurden, gab es 1984 nur noch 3 250. Ab 1985 wurden alle Kreditgenossenschaften in die statistische Berichtspflicht einbezogen, so daß Ende 1985 4 659 und Ende 1989 4 217 Kreditinstitute im früheren Bundesgebiet berichtspflichtig waren. Ende 1990 belief sich die Zahl der berichtspflichtigen Kreditinstitute einschließlich der ostdeutschen Institute auf 4 589. Unter ihnen waren die Kreditgenossenschaften zahlenmäßig am stärksten vertreten. Gemessen am Geschäftsvolumen sind jedoch andere Institutgruppen, z.B. Kreditbanken, Sparkassen und Girozentralen, von weitaus größerer Bedeutung.

### 15.4.2 Beschäftigte und Arbeitskosten

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1990 (nur früheres Bundesgebiet) waren 691 000 Erwerbstätige (2,4 % aller Erwerbstätigen) in Kredit- oder sonstigen Finanzierungsinstituten tätig, gegenüber 455 000 im Jahr 1971.

Den im Rahmen der Arbeitskostenerhebung 1988 befragten Kreditinstituten waren im Durchschnitt je Arbeitnehmer 72 591 DM an Arbeitskosten entstanden. Fast die Hälfte (49,7 %) entfiel auf die sogenannten Personalnebenkosten, das sind im wesentlichen Sonderzahlungen, Vergütung arbeitsfreier Tage (Urlaub, Krankheit, gesetzliche Feiertage), Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie für die berufliche Bildung.

### 15.4.3 Geschäftstätigkeit

Bei den Banken läßt die Bilanz – als Gegenüberstellung von Forderungen und Verbindlichkeiten zu einem bestimmten Stichtag – besonders deutlich Umfang und

Schwerpunkte der geschäftlichen Tätigkeit erkennen. Die Annahme von Einlagen einerseits, Kreditvergabe andererseits sind die wesentlichen Aufgaben des Bankensystems, die entsprechend im Bild der zusammengefaßten Bilanz erscheinen (Tab. 4 und Tab. 5).

Tab. 4: Aktiva der Kreditinstitute  
in Mill. DM

Forderungen (Aktiva)	1970	1980	1990
Barreserve	31 241	70 898	118 658
Schecks und Inkassopapiere	2 356	4 029	5 852
Kredite an Kreditinstitute	214 013	658 266	1 843 049
Kredite an Nichtbanken	543 733	1 542 852	3 042 507
Beteiligungen	4 990	19 061	60 451
Sonstige Aktiva	21 528	56 154	159 425
Geschäftsvolumen insgesamt	817 861	2 351 260	5 243 842

Tab. 5: Passiva der Kreditinstitute  
in Mill. DM

Verbindlichkeiten (Passiva)	1970	1980	1990
Einlagen und aufgenommene Kredite von Kreditinstituten	195 618	601 521	1 495 620
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	447 058	1 185 331	2 417 668
Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf	118 748	413 594	900 311
Kapital (einschl. offener Rücklagen gem. § 10 KWG)	29 473	76 923	198 718
Sonstige Passiva	26 964	73 891	173 197
Geschäftsvolumen insgesamt	817 861	2 351 260	5 243 842

Die Kredite an Nichtbanken, der bedeutendste Aktivposten in der Gesamtbilanz der Kreditinstitute, wurden 1990 zu rund 75 % an inländische Unternehmen und Privatpersonen vergeben, 20 % gingen an öffentliche Haushalte im Inland, 5 % der Kredite flossen an Kreditnehmer im Ausland.

Auf der Passivseite der Bilanz waren die Einlagen und aufgenommenen Kredite von inländischen Unternehmen und Privatpersonen mit etwa 85 % aller Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken besonders bedeutsam. Darunter hatten die Spareinlagen und Sparbriefe mit rund 47 % den größten Anteil. Etwa 11 % der Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken stammten von inländischen öffentlichen Haushalten, 4 % von ausländischen Gläubigern.

Die Einlagen der Bausparkassen stellen wegen ihrer Zweckbindung (sie dürfen innerhalb bestimmter Fristen ausschließlich für Wohnungsbauzwecke verwendet werden) Spareinlagen besonderer Art dar. Ende 1989 bestanden rund 26 Mill. Bausparverträge mit den 30 Bausparkassen im früheren Bundesgebiet. Sie hielten Einlagen in Höhe von 120 Mrd. DM und hatten Baudarlehen mit einer Gesamtsumme von 129 Mrd. DM vergeben. Gegenüber 1970, als 9,6 Mill. Verträgen 40,6 Mrd. DM an Einlagen und 34,7 Mrd. DM an Baudarlehen gegenüberstanden, war damit eine deutliche Ausweitung des Bauspargeschäfts zu verzeichnen. Ende 1990 bestanden im vereinten Deutschland rund 27 Mill. Bausparverträge mit 32 Bausparkassen. Die Einlagen beliefen sich auf 124 Mrd. DM und die vergebenen Baudarlehen auf 132 Mrd. DM.

Die Ausgabe von Kapitalmarktpapieren (Aktien und festverzinsliche Wertpapiere) ist ein wesentlicher Bestandteil der Geschäftstätigkeit der Banken. Die Emission eigener festverzinslicher Wertpapiere (z.B. Pfandbriefe, Bankobligationen) dient der Beschaffung von Fremdkapital, die Ausgabe von Anleihen der öffentlichen Hand sowie von Anleihen und Aktien der Unternehmen übernehmen die Banken als Dienstleistungen für diese Stellen.

1990 setzten die Kreditinstitute festverzinsliche Papiere inländischer Emittenten – vorwiegend Bankschuldverschreibungen – im Wert von rund 429 Mrd. DM ab. Insgesamt waren Ende 1990 festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nominalwert (Nennwert) von 1 458,9 Mrd. DM im Umlauf. Der Absatz von DM-Anleihen ausländischer Emittenten betrug 1990 35,2 Mrd. DM. Im Umlauf befanden sich entsprechende Papiere mit einem Nominalwert von 223,2 Mrd. DM.

Tab. 6: Absatz und Umlauf von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren inländischer Emittenten

Jahr	Festverzinsliche Wertpapiere		Aktien	
	Absatz	Umlauf <sup>1</sup>	Absatz <sup>2</sup>	Umlauf <sup>1</sup>
	Mill. DM Nominalwert			
1970	20 816	158 005	2 374	55 604
1980	137 453	548 645	3 702	91 134
1988	208 952	1 151 640	2 712	121 906
1989	253 262	1 232 236	4 730	132 036
1990	428 698	1 458 943	7 362	144 686

1 Am Jahresende.

2 Durch Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen.

Im Vergleich zu festverzinslichen Wertpapieren ist der Erwerb von Aktien mit größeren Risiken, aber auch mit höheren Gewinnmöglichkeiten verbunden. Entsprechend ist der Aktienmarkt in der Bundesrepublik von geringerer Bedeutung als

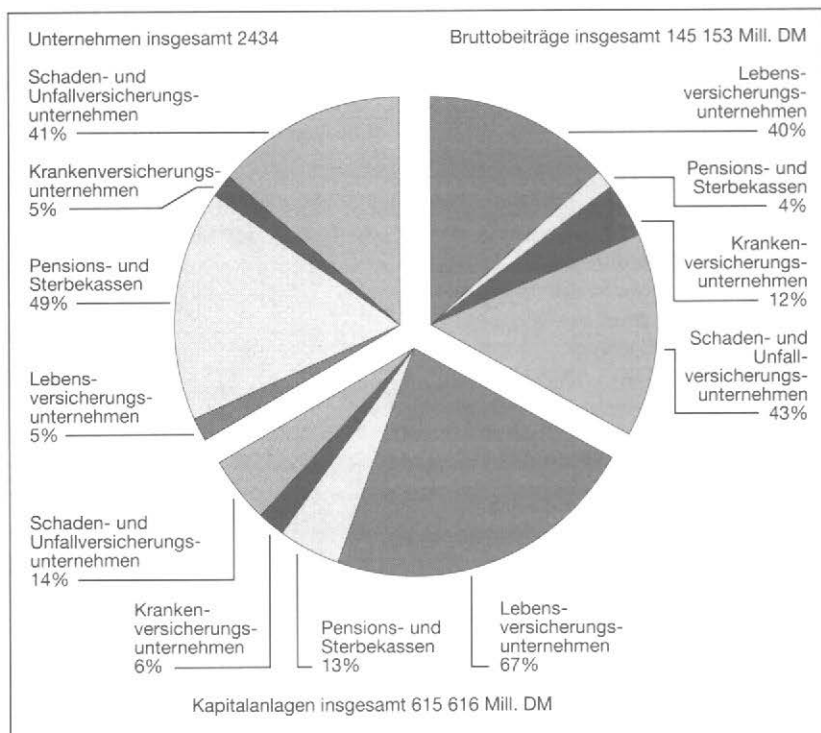


der Rentenmarkt (Markt der festverzinslichen Wertpapiere). 1990 waren Aktien mit einem Nominalwert von 144,7 Mrd. DM im Umlauf. Der Wert der in diesem Jahr erstmals gegen Einzahlung von Finanzmitteln abgesetzten Aktien betrug 7,3 Mrd. DM (Nominalwert).

## 15.5 Versicherungen

Die Versicherungswirtschaft bietet mit einem breitgefächerten Dienstleistungsangebot materielle Absicherung gegen die verschiedenartigsten Risiken. Dadurch macht sie Verluste und Schadensfälle kalkulierbar. Dies wird für Wirtschaft und private Haushalte angesichts wachsender Gefahren und im Hinblick auf die Höhe möglicher Schäden immer wichtiger.

Abb. 11: Versicherungsunternehmen, Bruttobeiträge, Kapitalanlagen 1989  
Ohne Rückversicherungsunternehmen im früheren Bundesgebiet



### 15.5.1 Unternehmen und Beschäftigte

Diese Entwicklung stellt wachsende Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Versicherungswirtschaft. Hierin dürfte ein Grund für die Konzentration in diesem Bereich liegen. Die Zahl der unter staatlicher Aufsicht stehenden Versicherungsunternehmen ist allein zwischen 1975 und 1989 von ungefähr 5700 auf 2434 zurückgegangen.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1990 (im früheren Bundesgebiet) waren in Versicherungsunternehmen 368 000 Personen tätig. 1971 waren im Versicherungsgewerbe 233 000 Erwerbstätige gezählt worden.

Die Arbeitskosten beliefen sich im Bereich der Versicherungsunternehmen auf durchschnittlich 78 421 DM je Arbeitnehmer (1988), von denen 48,9 % auf Personalnebenkosten (vgl. 15.4.2) entfielen. Die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer lagen damit um rund 5 800 DM höher als bei Kreditinstituten.

### 15.5.2 Geschäftstätigkeit

Der Umfang der Geschäftstätigkeit läßt sich vor allem aus den abgeschlossenen Verträgen und den Versicherungssummen ablesen. Er findet seine Entsprechung im Vermögen der Versicherungswirtschaft, die zu den größten Anlegern auf dem Kapitalmarkt gehört.

Das Lebensversicherungsgeschäft betrieben 1989 im früheren Bundesgebiet 111 Unternehmen. Gemessen an der Gesamtzahl aller Versicherungsunternehmen waren dies nur 4,6 %. Die Versicherungssumme aller abgeschlossenen Lebensversicherungsverträge erreichte Ende 1989 rund 1 565 Mrd. DM. Das Beitragsaufkommen von 58 Mrd. DM im Jahr 1989 entsprach einem Anteil von 40 % am

Tab. 7: Beiträge und Zahlungen für Versicherungsfälle  
im früheren Bundesgebiet

Jahr	Krankenversicherungs- unternehmen		Schaden- und Unfallver- sicherungsunternehmen	
	Brutto- beiträge	Bruttozahlungen für Versicherungsfälle	Brutto- beiträge	Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle
Mill. DM				
1970	4 098	2 624	12 791	9 924
1980	9 825	7 096	36 397	28 633
1985	13 616	9 378	50 693	38 772
1987	14 859	10 631	56 240	44 261
1989	17 578	12 539	63 113	47 821

gesamten Beitragsaufkommen aller Versicherungsunternehmen<sup>1</sup>. Die Kapitalanlagen dieser Sparte erreichten 1989 einen Anteil von 67 % am entsprechenden Wert der gesamten Versicherungswirtschaft (ohne Rückversicherungsunternehmen).

Im Unterschied zu den Lebensversicherungen wird bei den Schaden- und Unfallversicherungen (z.B. Feuer-, Hausrat-, Haftpflichtversicherungen) sowie bei den Krankenversicherungen lediglich das aktuelle Risiko abgedeckt und daher nicht im gleichen Maß Kapitalvermögen gebildet wie bei den Lebensversicherungsunternehmen.

Für die Kranken- sowie die Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen gibt Tab. 7 einen Überblick über Beiträge einerseits und Zahlungen für Versicherungsfälle andererseits.

Bei den Zahlungen der privaten Krankenkassen für Versicherungsfälle (1989: rund 12,5 Mrd. DM) hatten die Krankheitskosten einen Anteil von 69 %. Bei den Schaden- und Unfallversicherungen waren die Aufwendungen der Kraftfahrtversicherung mit 48 % von besonderem Gewicht.

## 15.6 Freie Berufe

Das Bild des Dienstleistungsbereichs wäre unvollständig, würde man die Freien Berufe außer acht lassen. Allerdings ist das statistische Material über diesen Bereich wegen der Vielfalt der Freien Berufe und der besonderen Probleme ihrer Erfassung lückenhaft und ermöglicht nur Teilaussagen.

Zum Bereich der Freien Berufe werden alle Personen gerechnet, die selbständig in einem wissenschaftlichen, künstlerischen, ärztlichen, beratenden und ähnlichen Beruf tätig sind (nicht jedoch selbständige Gewerbetreibende). Während über die freiberuflich im Gesundheitswesen Tätigen und über einige beratende Berufe, wie Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Architekten und Ingenieure, Material vorliegt, können über selbständige Dolmetscher, Künstler usw. kaum Angaben gemacht werden.

### 15.6.1 Freiberuflich tätige Personen und ihre Einkünfte

Eine gewisse Vorstellung von der Anzahl der freiberuflich tätigen Personen vermitteln die Angaben über die Einkommensteuerpflichtigen mit einem gesonderten Nachweis ausgewählter Freier Berufe. Da diese Statistik alle drei Jahre erhoben wird und erst nach Abwicklung der Einkommensteuer-Veranlagung durchgeführt werden kann, liegen zur Zeit nur Ergebnisse für das Jahr 1986 vor; dabei sind die

<sup>1</sup> Ohne Rückversicherungsunternehmen.

freiberuflich Tätigen erfaßt, deren Einkünfte aus freier Berufstätigkeit die übrigen Einkünfte übertreffen. Zusammenveranlagte Ehegatten, die beide Einkünfte aus freier Berufstätigkeit erzielt haben, sind gesondert nachgewiesen.

1986 belief sich die Anzahl der Freiberufler, die den in Tab.8 genannten Berufsgruppen angehörten, auf 328 917 Personen; ihre durchschnittlichen Einkünfte aus selbständiger Arbeit betrugen 104 100 DM. Hinzu kamen noch 24 047 freiberuflich tätige Ehepaare, deren Durchschnittseinkünfte zusammen 151 100 DM ausmachten.

Tab. 8: Steuerpflichtige freiberuflich tätige Personen  
im früheren Bundesgebiet  
mit Einkünften aus selbständiger Arbeit 1986

Berufsgruppen	Anzahl der Steuerpflichtigen <sup>1</sup>	Durchschnittseinkünfte aus selbständiger Arbeit (DM)	Davon		
			unter 25 000 DM	25 000 bis 75 000 DM	75 000 DM und mehr
			in %		
Rechtsanwälte und Notare	26 322	121 000	14,9	34,5	50,6
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, sonst. Wirtschaftsberater	27 069	119 600	11,8	31,3	56,9
Ärzte	59 158	192 300	5,6	16,3	78,1
Zahnärzte, einschl. Dentisten, aber ohne Zahntechniker	22 364	238 600	3,2	12,1	84,7
Tierärzte	3 670	90 000	14,9	35,5	49,7
Heilpraktiker und sonstige Heilberufe	18 146	51 500	31,9	48,8	19,3
Architekten, einschl. Innenarchitekten, Vermessungsingenieure, Bauingenieure, sonstige Ingenieure und Techniker, Chemiker, Chemotechniker und Physiker	44 658	84 600	21,9	41,7	36,4
Künstlerische Berufe	13 477	35 000	64,8	25,0	10,2
Sonstige Freie Berufe	114 053	49 000	54,1	28,1	17,8
Insgesamt	328 917	104 100	29,7	28,6	41,7
Zusammen veranlagte Ehepaare, die beide freiberuflich tätig sind	24 047	151 100	27,9	20,4	51,7

1 Ohne Verlustfälle.

## 15.6.2 Beschäftigte

Nach der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren im freiberuflichen Gesundheits- und Veterinärwesen (Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte usw.) sowie in Rechtsanwaltspraxen, Unternehmensberatungen, Architektur- und Ingenieurbüros 1990 rund 985 000 Personen (sozialversicherungspflichtig) beschäftigt, davon allein 37,8 % beim freiberuflichen Gesundheits- und Veterinärwesen.

Tab. 9: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im früheren Bundesgebiet am 30. Juni 1990

Wirtschaftsklasse	Beschäftigte
Freiberufliches Gesundheitswesen	366 472
Freiberufliches Veterinärwesen sowie Anstalten und Einrichtungen	6 173
Rechtsanwaltspraxen, Notariate, sonstige Rechtsberatung	86 040
Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung	245 351
Architekten-, Bauingenieur-, Vermessungs- und sonstige Büros	280 781

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten rechnen auch die Auszubildenden. 1990 wurden etwa 130 300 Jugendliche im Ausbildungsbereich „Freie Berufe“ im früheren Bundesgebiet ausgebildet. Nahezu 96 % waren Mädchen, die vor allem eine Ausbildung als Arzt- oder Zahnarzthelferin, als Fachgehilfin in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen sowie als Rechtsanwalts- und Notargehilfin durchliefen. Insgesamt entfielen auf die Freien Berufe 1990 Anteile von 8,8 % aller Auszubildenden bzw. von 19,8 % der weiblichen Auszubildenden. Die Freien Berufe leisteten damit einen bedeutenden Beitrag zur beruflichen Ausbildung junger Menschen.

## 16 Preise und Löhne

### 16.1 Einführung

Die Entwicklung der Preise berührt jeden einzelnen, sei es bei seinen täglichen Einkäufen oder bei den Überlegungen, ob er sich eine Urlaubsreise, eine größere Anschaffung oder gar ein Eigenheim leisten kann. Preissteigerungen – etwa bei Grundstoffen, Investitionsgütern u. ä. – sind aber ebenso für die Unternehmen von Bedeutung, da sie ganz wesentlich ihre Kostensituation beeinflussen. Nicht zuletzt wirkt sich die allgemeine Preisentwicklung aus, wenn es gilt, zwischen den Tarifpartnern Lohn- und Gehaltserhöhungen auszuhandeln.

Auch die Entwicklung von Löhnen und Gehältern ist für Arbeitnehmer wie für Unternehmen gleichermaßen bedeutsam: Für die einen sind Lohn- und Gehaltszahlungen Hauptbestandteil des Einkommens, für die anderen einer der wesentlichen Kostenfaktoren.

Die engen Wechselwirkungen zwischen Preisen und Löhnen werden häufig zu dem Schlagwort Lohn-Preis-Spirale verkürzt. Es besagt in starker Vereinfachung, daß Preissteigerungen in der Regel zu höheren Lohnforderungen führen und daß Steigerungen der Löhne und Gehälter über erhöhte Produktionskosten und erweiterte Nachfrage wiederum Preiserhöhungen verursachen. Unter welchen Voraussetzungen und Einschränkungen diese Annahmen zutreffen, kann hier nicht im einzelnen diskutiert werden. Für das Verständnis der Ausführungen zu den Löhnen und Preisen in den folgenden Abschnitten ist es aber wichtig, die engen Verknüpfungen dieser wirtschaftlichen Größen nicht aus dem Auge zu verlieren.

Dieses Kapitel enthält mit Ausnahme der Abschnitte 16.7 und 16.12, in denen Daten für die neuen Bundesländer nachgewiesen werden, nur Angaben für das frühere Bundesgebiet. Die entsprechenden Statistiken befanden sich bei Redaktionsschluß in den neuen Bundesländern noch im Aufbau.

### 16.2 Preisindizes

Um die Preisentwicklungen auf den verschiedenen Märkten statistisch beobachten und darstellen zu können, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland ein nahezu lückenloses System von Preisindizes. Für fast alle Stadien des Wirtschaftsablaufs, vom Einkauf der für die Produktion notwendigen Güter bis zum Absatz der Waren an den Endverbraucher, werden zu diesem Zweck von der amtlichen Statistik laufend Preise erhoben und zu Indizes weiterverarbeitet.

So gibt es Preisindizes für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes und landwirtschaftliche Betriebsmittel, Indizes für Erzeugerpreise gewerblicher und landwirtschaftlicher sowie forstwirtschaftlicher Produkte, für Großhandelsverkaufspreise und schließlich für Verbraucherpreise. Darüber hinaus werden Indizes der Baupreise, der Preise für Verkehrsleistungen sowie Indizes der Ein- und Ausfuhrpreise berechnet.

Alle Preisindizes haben das Ziel, die Preisentwicklung in einem bestimmten Bereich auf eine Kennziffer zu komprimieren und damit eine „Meßlatte“ zu liefern, an der durchschnittliche Veränderungen gegenüber einem Vergleichszeitraum quantifiziert werden können. Wie ein solcher Preisindex zustande kommt, wird im folgenden beispielhaft und stark vereinfacht am Preisindex für die Lebenshaltung – dem wohl bekanntesten Indikator des Statistischen Bundesamtes – erläutert.

## 16.3 Preisindex für die Lebenshaltung

Die amtlichen Preisindizes für die Lebenshaltung werden in der Öffentlichkeit häufig falsch interpretiert. Weit verbreitet ist das Mißverständnis, ein Index könne unbesehen auf die Situation des eigenen Haushalts übertragen werden. Dabei wird verkannt, daß für die Statistik die einzelne Person oder der einzelne Haushalt stets nur als Teil des Ganzen interessant sind. Für die Statistik tritt die Einzelbetrachtung gegenüber einer Gesamtbetrachtung zurück, die mit Durchschnittswerten arbeitet. Zu diesem Zweck werden anhand von Aufzeichnungen in Haushaltsbüchern bestimmte Haushaltstypen abgegrenzt, die sich nach Größe, Zusammensetzung, Einkommen und Verbrauchsstruktur unterscheiden. Es sind dies Vierpersonenhaushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen, Vierpersonenhaushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen und Zweipersonenhaushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen. Für diese Haushaltstypen werden spezielle Preisindizes berechnet. Daneben gibt es den umfassenden Preisindex aller privaten Haushalte.

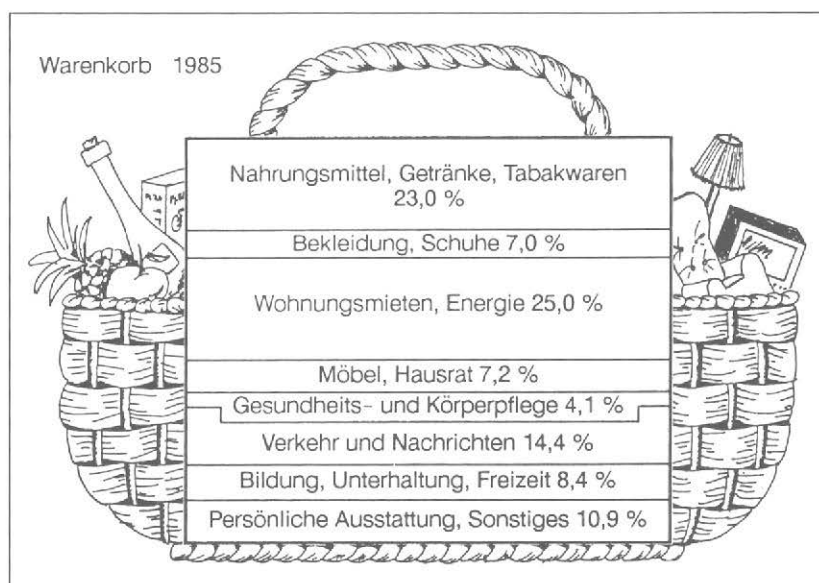
Die Berechnung der einzelnen Preisindizes basiert auf einer gezielten Auswahl von etwa 750 Waren und Dienstleistungen, die Fülle und Vielfalt des Marktangebotes möglichst gut repräsentieren sollen. Sie werden unter Auswertung der Anschreibungen in den Haushaltsbüchern in den „Warenkorb“ der Indexberechnung aufgenommen. Entsprechend ihrer Verbrauchsbedeutung, die sich aus dem jeweiligen Anteil am Haushaltsbudget ableitet, wird ihnen im Warenkorb ein entsprechendes „Gewicht“ zugeteilt. Dadurch ist gewährleistet, daß z.B. eine Preiserhöhung bei Brot in der Indexberechnung stärker durchschlägt als eine Verteuerung von Salz oder einem anderen Gut mit geringer Verbrauchsbedeutung.

Für alle in den Preisindizes für die Lebenshaltung berücksichtigten Positionen verfolgen Preisbeobachter in 118 über das ganze Land verteilten Gemeinden im

Auftrag der amtlichen Statistik laufend in den verschiedenartigsten Berichtsstellen jede Preisveränderung. Die einzelnen Meldungen, die in die Gesamtberechnung des Index eingehen, summieren sich zu mehr als 300 000 Preisreihen. Schon aus dieser imposanten Zahl wird die umfassende Dokumentation der Preisentwicklung deutlich. In regelmäßigen Abständen werden die Indizes neu berechnet, um Änderungen der Verbrauchsgewohnheiten berücksichtigen zu können.

Der Preisindex für die Lebenshaltung von Vierpersonenhaushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen hat sich auf der Basis 1985 = 100

Abb. 1: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet



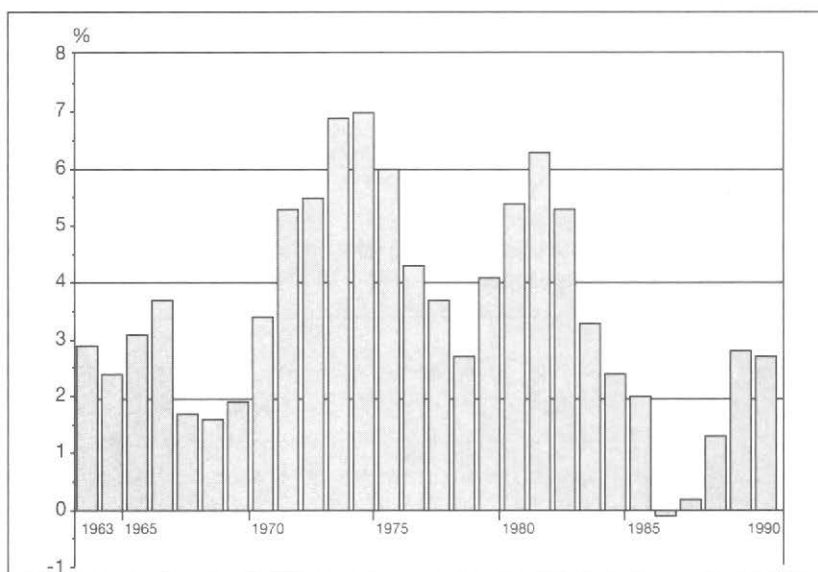
zwischen 1950 und 1990 von 33,0 auf 106,7 Punkte erhöht, also mehr als verdreifacht.

Welche Preisveränderungen sich von Jahr zu Jahr ergaben, zeigt Abb. 2. Ihr liegt der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte zugrunde, der erst für die Jahre ab 1962 ermittelt wird.

Innerhalb dieses Zeitraums waren 1973 und 1974 mit 6,9 % bzw. 7,0 % die höchsten durchschnittlichen Preissteigerungsraten zu verzeichnen. Hauptursache

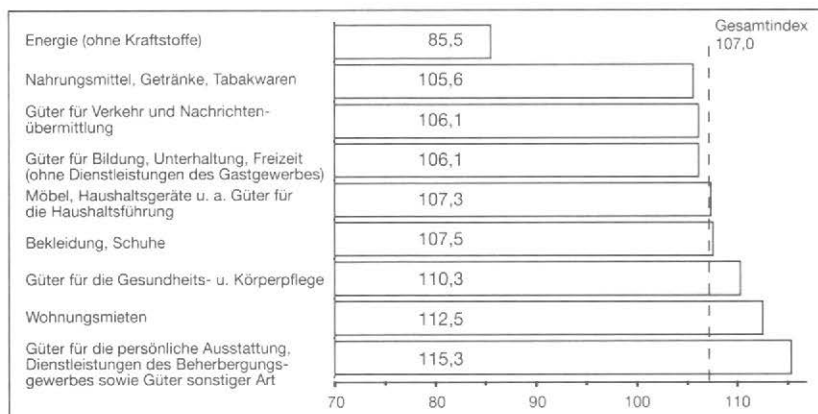


Abb. 2: Jährliche Preisveränderungsraten<sup>1</sup> 1963 bis 1990  
im früheren Bundesgebiet



<sup>1</sup> Gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

Abb. 3: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte  
1990 nach ausgewählten Gütergruppen im früheren Bundesgebiet  
(1985 = 100)



hierfür waren die starken Ölpreiserhöhungen dieser Jahre. Umgekehrt wirkte sich der Ölpreiserückgang des Jahres 1986 ganz wesentlich auf den Preisindex für die Lebenshaltung aus, der sich erstmals im dargestellten Beobachtungszeitraum verringerte, und zwar um 0,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Wie Abb.3 zeigt, verlief die Preisentwicklung bei den einzelnen Gütergruppen unterschiedlich. Bei einer allgemeinen Steigerung der Verbraucherpreise von 7,0 % im Zeitraum von 1985 bis 1990 sind für Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art Preiserhöhungen von gut 15 % festgestellt worden: bei Energie (ohne Kraftstoffe) war dagegen eine Preissenkung von knapp 15 % zu verzeichnen.

Tab. 1: Preisindizes für die Lebenshaltung im früheren Bundesgebiet  
(1985 = 100)

Jahr	Vierpersonen- haushalte v. Beamten u. Angestellten mit höherem Einkommen	Vierpersonen- haushalte v. Arbeitern u. Angestellten mit mittlerem Einkommen	Zweipersonen- haushalte von Renten- u. Sozialhilfe- empfängern mit geringem Einkommen	Einfache Lebens- haltung eines Kindes	Alle privaten Haus- halte
1962	41,2	41,8	40,2	39,8	41,1
1970	50,1	51,1	50,7	49,5	50,4
1980	82,4	82,8	82,6	84,4	82,8
1982	92,5	92,7	92,5	93,7	92,6
1984	97,9	98,0	98,1	98,7	98,0
1985	100	100	100	100	100
1986	100,1	99,8	100,3	100,2	99,9
1987	100,6	99,9	100,0	100,8	100,1
1988	102,1	101,0	101,0	101,8	101,4
1989	104,9	103,9	104,0	104,6	104,2
1990	107,6	106,7	107,0	107,7	107,0

Die häufig geäußerte Vermutung, der Preisindex weise zu geringe Preissteigerungen nach, hängt vor allem damit zusammen, daß zum einen Preissteigerungen stärker empfunden werden als gleichbleibende oder gar sinkende Preise; zum anderen wird häufig vergessen, daß in den Preisindizes durchschnittliche Preiserhöhungen für die Verbrauchsausgaben eines fiktiven Haushalts erfaßt werden.

Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Ein Haushalt heizt beispielsweise mit Öl und profitiert von den Preissenkungen in diesem Bereich. Ein anderer Haushalt, der Gas verwendet, das sich weniger (bzw. erst mit zeitlicher Verzögerung) verbilligt hat, wird durch die Preisentwicklung in weit geringerem Umfang entlastet.

Im Budget des fiktiven Indexhaushalts sind – entsprechend der anteiligen Verbrauchsbedeutung – alle Heizenergiearten (Gas, Kohle, Koks, Holz, Elektrizität und Öl) vertreten, so daß auch die unterschiedliche Preisentwicklung dieser Energieträger entsprechend in die Indexberechnung eingeht. Aus diesem Grund wirken sich extreme Preissteigerungen oder Preissenkungen in gemilderter Form auf die Entwicklung des Gesamtindex aus.

Ein längerfristiger Vergleich der verschiedenen Preisindizes zeigt, daß die einzelnen Haushaltstypen von Preissteigerungen nicht gleichmäßig betroffen sind. So ist beispielsweise der Preisindex für die Lebenshaltung von Vierpersonenhaushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen von 1962 bis 1990 um 155 %, der von Zweipersonenhaushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen um 166 % gestiegen. Der Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes hat sich sogar um 171 % erhöht.

## 16.4 Einzelhandels- und Großhandelsverkaufspreise

Im Unterschied zum Preisindex für die Lebenshaltung, der sich auf die Ausgaben privater Haushalte bezieht, mißt der Index der Einzelhandelspreise die Entwicklung der Verkaufspreise im Einzelhandel. Zwar sind die Einkaufspreise der privaten Haushalte für Waren des Einzelhandels zugleich dessen Verkaufspreise; Unterschiede ergeben sich aber einerseits daraus, daß in den Einzelhandelspreisindex auch die Preisentwicklung von Gütern einbezogen wird, die hauptsächlich von Nichthaushalten (z. B. Handwerksbetriebe, Behörden, Angehörige Freier Berufe)

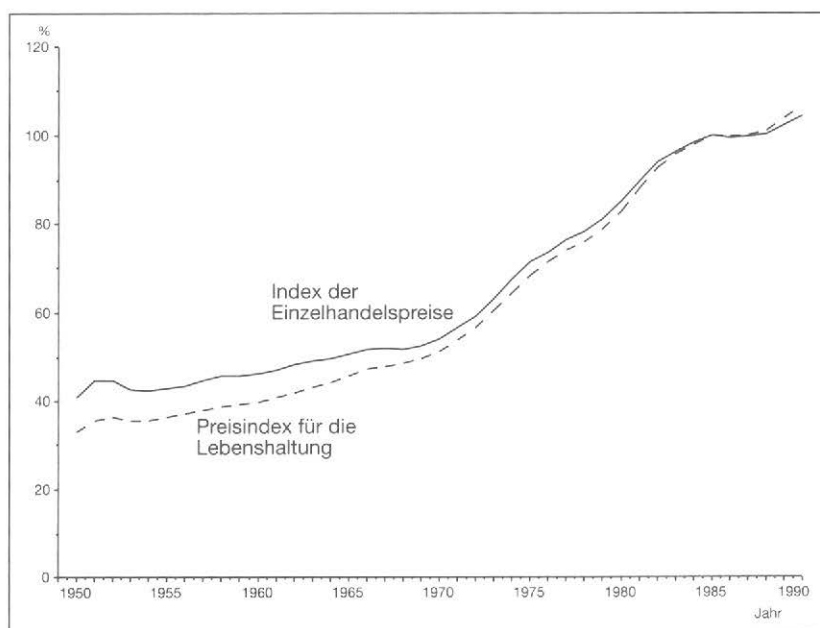
Tab. 2: Indizes der Einzelhandels- und der Großhandelsverkaufspreise im früheren Bundesgebiet

Jahr	Index der Einzelhandelspreise 1985 = 100	Index der Großhandelsverkaufspreise 1985 = 100
1950	40,9	—
1960	46,2	47,2
1970	54,0	51,0
1980	85,2	85,4
1985	100	100
1986	99,6	92,6
1987	99,7	89,2
1988	100,3	89,9
1989	102,3	94,5
1990	104,4	95,2

nachgefragt werden, und andererseits dadurch, daß in den Preisindex für die Lebenshaltung auch die Preise von Waren und Dienstleistungen anderer Bereiche eingehen.

Seit 1985 sind die Einzelhandelspreise nicht ganz so stark gestiegen wie die Lebenshaltungspreise, nämlich um 4,4 % (1990). Von 1950 bis 1990 haben sich die Einzelhandelspreise um rund 155 % erhöht, während sich die Preise für die

Abb. 4: Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung von Vierpersonenhaushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen und des Index der Einzelhandelspreise im früheren Bundesgebiet (1985 = 100)



Lebenshaltung (Vierpersonenhaushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen) mehr als verdreifacht haben.

Abb. 4 zeigt die deutliche Beschleunigung des Preisanstiegs in den Jahren von 1970 bis 1982 gegenüber dem Zeitraum 1950 bis 1970. Seit 1983 haben sich die Preissteigerungen in allen Bereichen hingegen wieder deutlich verlangsamt.

Die Großhandelsverkaufspreise, für die ein Index erst ab 1960 zur Verfügung steht, sind von 1960 bis 1990 weniger stark gestiegen als die Einzelhandelspreise (+ 102 % bzw. + 126 %); auch in einzelnen Zeitabschnitten war der Verlauf der beiden Indizes unterschiedlich, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß der Index der Einzelhandelspreise die Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer enthält, während der Index der Großhandelsverkaufspreise ab 1968 ohne diese Steuer berechnet wird.

## 16.5 Preisindex für Wohngebäude

Weitaus stärker als die Preise für die Lebenshaltung und die Einzelhandelspreise haben sich seit 1950 die Baupreise erhöht. Für die Errichtung von Wohngebäuden mußte man 1990 fast siebenmal soviel bezahlen wie 1950. Dabei sind die enormen Steigerungen der Kaufwerte für Bauland noch nicht berücksichtigt. Nach der Statistik der Kaufwerte für Bauland, die sich auf die Auswertung der Unterlagen über tatsächlich getätigte Käufe bzw. Verkäufe stützt, wurde allein während des Bestehens dieser Statistik, d.h. in den Jahren 1962 bis 1990, nahezu eine Verneunfachung der durchschnittlich gezahlten Quadratmeterpreise für baureifes Land festgestellt.

Tab. 3: Preisindex für Wohngebäude im früheren Bundesgebiet  
(Neubau; Bauleistungen am Bauwerk; 1985 = 100)

Jahr	Preisindex für Wohngebäude <sup>1</sup>	Jahr	Preisindex für Wohngebäude <sup>1</sup>
1950	16,7	1986	101,4
1960	26,2	1987	103,3
1970	45,4	1988	105,5
1980	87,4	1989	109,4
1985	100	1990	116,4

<sup>1</sup> Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Die erfaßten Kaufwerte für Bauland variieren sehr stark nach Regionen, Gemeindegrößen, örtlicher Lage, Art und Größe des Grundstücks usw. Dies zeigen beispielsweise die Ergebnisse der Kaufwertestatistik für das Jahr 1990, als ein Quadratmeter Bauland (baureifes Land, Rohbauland und sonstiges Bauland) im früheren Bundesgebiet im Durchschnitt für 89,24 DM verkauft wurde, wobei der niedrigste tatsächlich bezahlte Quadratmeterpreis bei 0,20 DM und der höchste bei 20 243,90 DM lag. Im ersten Vierteljahr 1991 betrug der entsprechende Durchschnittswert 87,29 DM, der Höchstwert 47 872,34 DM und der niedrigste 0,50 DM.

## 16.6 Erzeugerpreise gewerblicher und landwirtschaftlicher Produkte

Erzeugerpreise sind die Preise, zu denen die von landwirtschaftlichen Betrieben und gewerblichen Unternehmen produzierten Güter (im Inland) abgesetzt werden. Diese Produkte gelangen in der Regel nicht unmittelbar an die Verbraucher, sondern werden bei anderen Unternehmen in der Produktion eingesetzt oder gehen an den Handel, der sie – zum Teil über verschiedene Stufen – an Verbraucher oder Unternehmen absetzt.

Die größten Preissteigerungen sind im Bereich der gewerblichen Produktion bei den bergbaulichen Erzeugnissen (ohne Erdgas) festzustellen, deren Preise sich

Tab. 4: Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte  
im früheren Bundesgebiet  
(1985 = 100)

Erzeugnisse	1950	1960	1970	1980	1985	1989	1990
Gewerbliche Erzeugnisse insg.	35,7	43,8	49,8	81,9	100	99,3	101,0
Bergbauliche Erzeugnisse <sup>1</sup>	12,7	22,2	27,3	74,5	100	98,6	100,3
Elektrizität, Erdgas, Fernwärme, Wasser	·	·	·	68,5	100	84,4	87,3
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	33,6	45,9	48,0	82,4	100	93,4	93,1
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	33,2	43,1	53,6	84,5	100	107,8	110,7
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	45,0	45,1	53,1	85,2	100	106,5	109,1
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	52,3	54,1	60,6	87,8	100	100,4	100,7

1. Ohne Erdgas.

seit 1950 nahezu verachtfacht haben und seit 1980 um 35 % gestiegen sind. Die Preise für Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes haben sich dagegen seit 1950 nur um 93 % und seit 1980 um 15 % erhöht. Der Gesamtindex lag 1990 bei 101 gegenüber knapp 36 im Jahr 1950 (Basis 1985 = 100), hatte also eine Steigerung um 183 % zu verzeichnen. In den Jahren 1986 und 1987 aber sank er um je 2,5 %, vor allem bedingt durch den Preisverfall bei Mineralölprodukten um 33 % von 1985 auf 1986 und den Preisrückgang bei Erdgas um 41 % von 1986 auf 1987.

In längerfristiger Betrachtung weisen die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise oft kräftige Preisausschläge nach beiden Seiten auf. Dies ist zum nicht geringen Teil auf die unterschiedlichen Ernteverhältnisse in den einzelnen Jahren zurückzuführen. 1982 hatte der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte seinen bisherigen Höchststand erreicht, seither ist er mit Ausnahme der Jahre 1988 und 1989 rückläufig.

Tab. 5: Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte<sup>1</sup>  
im früheren Bundesgebiet  
(1985 = 100)

Erzeugnisse	1961	1970	1980	1985	1989	1990
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt	66,8	66,6	97,4	100	99,8	94,7
Pflanzliche Produkte	70,9	57,0	100,8	100	97,4	97,4
Tierische Produkte	66,4	70,7	96,1	100	100,7	93,7

<sup>1</sup> Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer und Einkommensausgleich.

## 16.7 Preisentwicklung in den neuen Bundesländern<sup>1</sup>

### 16.7.1 Preisindex für die Lebenshaltung

Preisindizes für die Lebenshaltung werden seit dem Monats Mai 1990 für das Gebiet der ehemaligen DDR auf breiter Grundlage, nämlich für 750 Waren und Leistungen und derzeit in rund 70 Berichtsgemeinden, berechnet. Die Berechnungsverfahren entsprechen grundsätzlich denen, die bei der Berechnung der Lebenshaltungsindizes für die Bundesrepublik nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 angewendet werden.

Die derzeitigen Indexgewichte stammen aus den Wirtschaftsrechnungen von Arbeitnehmerhaushalten für das Jahr 1989, das letzte abgeschlossene Kalenderjahr. Dem Wägungsschema für die Ermittlung des Preisindex für die Lebenshaltung aller Arbeitnehmerhaushalte liegt der Durchschnitt für Haushalte von Arbeitern und Angestellten zugrunde. Dieser Durchschnittshaushalt besteht aus 2,9 Personen, darunter sind 1,9 Bezieher von Arbeitseinkommen. Das durchschnittliche monatliche Haushaltsbruttoeinkommen dieser Haushalte belief sich 1989 auf 2 380 DM.

<sup>1</sup> Angaben über die Preisentwicklung schließen Berlin (Ost) ein.

Abb. 5: Preisindex für die Lebenshaltung in den neuen Bundesländern

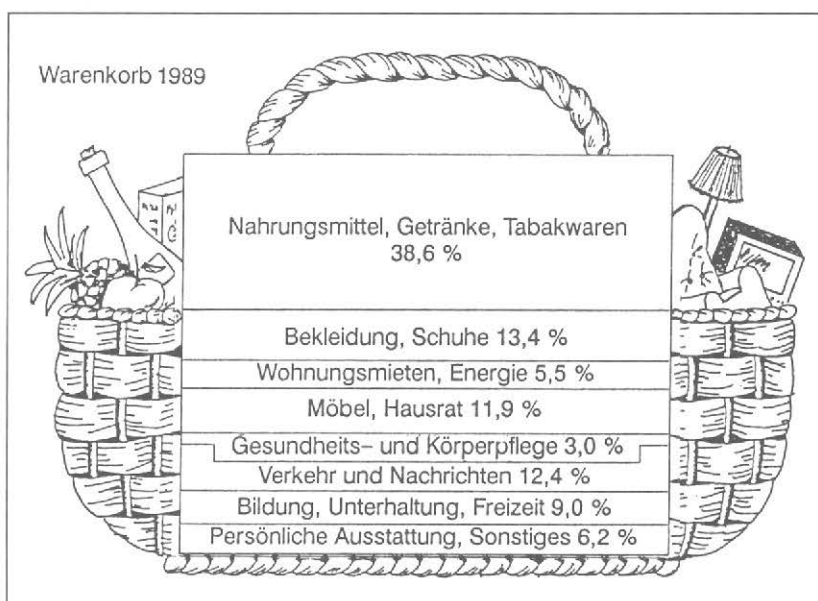
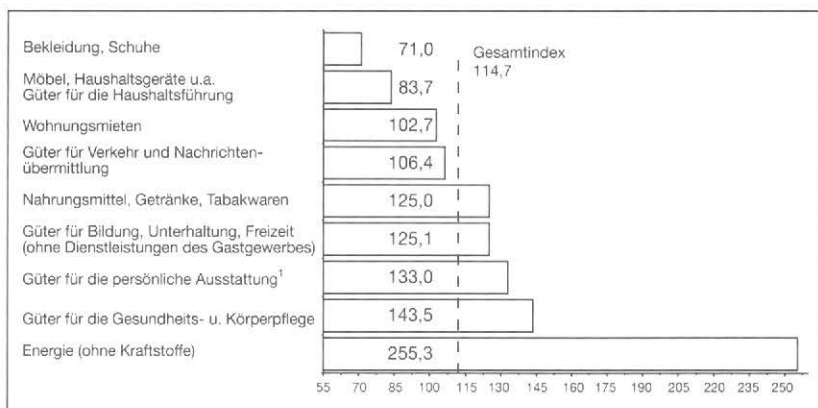


Abb. 6: Preisindex für die Lebenshaltung aller Arbeitnehmerhaushalte Juni 1991 nach ausgewählten Gütergruppen in den neuen Bundesländern, (1989 = 100)



<sup>1</sup> Und Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art.



Die Abb. 6 zeigt sehr unterschiedliche Preisentwicklungen innerhalb der einzelnen Gütergruppen. Während sich der Gesamtindex vom Jahresdurchschnitt 1989 bis Juni 1991 um 14,1 % erhöhte, war die Preissteigerungsrate für Energie mit rund 155 % (darunter: Elektrizität + 201 %, Gas + 225 %, Steinkohle 108 %) mehr als überdurchschnittlich. Auch die Steigerungsraten der Güter für die Gesundheits- und Körperpflege (+ 44 %), Güter für die persönliche Ausstattung (+ 33 %), für Bildung, Unterhaltung, Freizeit (+ 25 %) sowie Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (+ 25 %) lagen über der Steigerungsrate für den Gesamtindex.

Andere Gütergruppen hatten im Beobachtungszeitraum deutliche Preisrückgänge zu verzeichnen. Im einzelnen sind dies: Bekleidung, Schuhe (– 29 %) bzw. Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung (– 16 %). Geringere Preissteigerungsraten als der Gesamtindex zeigten einmal die Wohnungsmieten (+ 2,7 %), wobei nur die Wohnungsnebenkosten innerhalb dieser Gütergruppe eine Preissteigerung erkennen ließen, während die reinen Wohnungsmieten im Beobachtungszeitraum unverändert blieben. Danach sind die Mieten allerdings stärker gestiegen. Eine etwas geringere Preissteigerungsrate hatten zum anderen auch die Güter für Verkehr u. Nachrichtenübermittlung (+ 6,4 %).

### 16.7.2 Preisindex für Wohngebäude

Seit August 1990, dem ersten Erhebungsmonat seit der Einführung der DM in der ehemaligen DDR, ist das Bauen in den neuen Ländern um rund 15 % teurer geworden: Um diesen Wert erhöhte sich der Preisindex für Wohngebäude vom August 1990 bis Mai 1991. Die Quartalsveränderungsraten lagen zwischen +5,3 % (November 1990/Februar 1991) und +3,7 % (Februar/Mai 1991).

Tab. 6: Preisindex für Wohngebäude in den neuen Bundesländern  
(Neubau; Bauleistungen am Bauwerk; 1989 = 100)

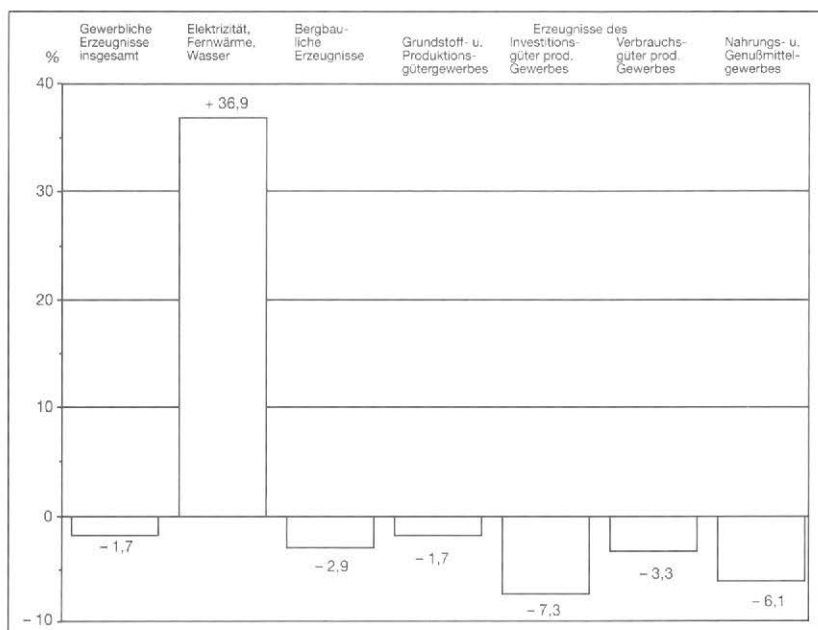
Jahr / Monat	Preisindex für Wohngebäude <sup>1</sup>
1990 August	143,1
November	150,3
1991 Februar	158,2
Mai	164,1

<sup>1</sup> Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

### 16.7.3 Erzeugerpreise gewerblicher und landwirtschaftlicher Produkte

Seit Einführung der DM in den neuen Ländern sind die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte insgesamt nur leicht gefallen (–1,7 %). Größere Unterschiede aber zeigt ein Blick auf die Preisentwicklung einzelner Wirtschaftsbereiche: Kräftige

Abb. 7: Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte  
Preisveränderungen Juli 1990 gegenüber Juli 1991  
in den neuen Bundesländern (in Prozent)



Preiserhöhungen bei Elektrizität, Fernwärme und Wasser (fast 37 % innerhalb von 12 Monaten) stehen deutliche Preissenkungen in anderen Bereichen gegenüber. Vor allem das Investitionsgüter produzierende Gewerbe hat noch große Schwierigkeiten, sich zu behaupten; Preissenkungen um durchschnittliche 7,3 % waren hier hinzunehmen.

Tab. 7: Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte<sup>1</sup>  
in den neuen Bundesländern (1989 = 100)

Erzeugnisse	Juli 1990	Juli 1991
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt	35,4	35,3
Pflanzliche Produkte	50,6	53,0
Tierische Produkte	29,8	28,8

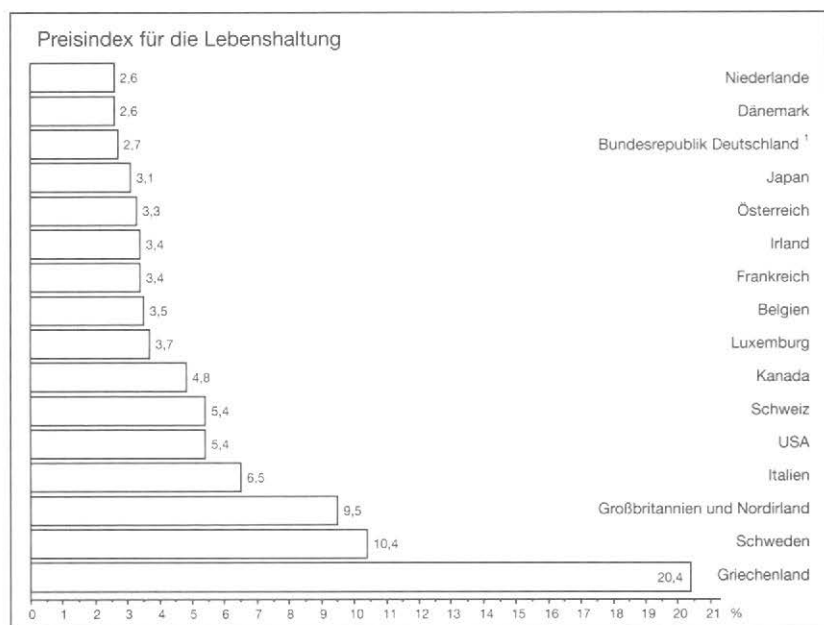
<sup>1</sup> Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer und Einkommensausgleich.

Die Erzeugnisse landwirtschaftlicher Produkte in den neuen Bundesländern bzw. der früheren DDR haben sich von Juli 1990, als die Preise in der ehemaligen DDR erstmals in DM erhoben werden konnten, bis Juli 1991 insgesamt nur wenig verändert (-0,3 %). Dabei stand eine durchschnittliche Verteuerung der pflanzlichen Produkte um 4,7 % einer mittleren Verbilligung der tierischen Produkte um 3,4 % gegenüber.

## 16.8 Internationaler Vergleich der Preisentwicklung

Ein Blick über die Grenzen läßt erkennen, daß die Verbraucherpreise in den meisten Ländern der Europäischen Gemeinschaften sowie einer Reihe anderer großer Industriestaaten 1990 gegenüber 1989 stärker gestiegen sind als in der Bundesrepublik Deutschland. Der Preisauftrieb (gemessen am Preisindex für die

Abb. 8: Preisveränderungen 1990 gegenüber 1989  
im internationalen Vergleich in Prozent



<sup>1</sup> Nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

Lebenshaltung) lag nur in den Niederlanden und in Dänemark mit jeweils 2,6 % unter der Veränderung von 2,7 % in der Bundesrepublik. Die größte Indexsteigerung wies Griechenland mit 20,4 % auf und befand sich damit weit über den Erhöhungen in allen hier aufgeführten Ländern (vgl. Abb. 8).

Zieht man die Entwicklung der letzten fünf Jahre für den Vergleich heran, ergibt sich ein ähnliches Bild. In den Niederlanden, Japan, der Bundesrepublik Deutschland und Luxemburg lagen die Preissteigerungen von 1985 bis 1990 unter 10 %, während sich die Lebenshaltung in Italien, Großbritannien und Nordirland sowie in Schweden um mehr als 30 % verteuerte. Am oberen Ende der Skala stand Griechenland mit einer Preissteigerung von über 120 %.

## 16.9 Verdienste von Arbeitern und Angestellten

### 16.9.1 Jahresverdienste

Jeder Arbeitnehmer weiß sicherlich, was er am Monatsende – bildlich gesprochen – in der Lohntüte hat. Nicht jedem ist jedoch bekannt, was er brutto, also vor Abzug von Steuern, Sozialabgaben u. ä., verdient. Erst recht gilt dies, wenn man auch einmalige Sonderzahlungen, Gratifikationen, Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt usw. berücksichtigt, wie es in Tab. 8 geschieht.

Tab. 8: Bruttojahresverdienste im früheren Bundesgebiet  
von (vollbeschäftigten) Arbeitern in der Industrie und Angestellten in Industrie,  
Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe in DM

Berufliche Stellung	Geschlecht	1971	1981	1989	1990 <sup>1</sup>
Arbeiter	insgesamt	15 987	33 454	43 967	46 260
	Männer	17 298	35 515	46 433	48 815
	Frauen	11 068	24 402	32 113	33 828
Angestellte	insgesamt	18 529	42 707	57 029	60 072
	Männer	22 151	49 035	65 702	69 154
	Frauen	13 396	31 392	41 715	44 000

1 Vorläufige Ergebnisse.

Vergleicht man die Verdienste von Arbeitern und Angestellten, so lassen sich eine Reihe von interessanten Entwicklungen erkennen. Die Jahresverdienste der Arbeiter haben sich von 1971 bis 1990 um 189 %, die der Angestellten sogar um 224 % erhöht. Dadurch hat sich auch der Abstand zwischen den Verdiensten von

Arbeitern und Angestellten vergrößert. 1971 verdiente ein Arbeiter im Durchschnitt rund 86 % von dem, was ein Angestellter bezog. 1990 lag dieser Anteil bei etwa 77 %. Hinsichtlich des Verdienstabstandes ist die unterschiedliche Bereichsabgrenzung (Arbeiterverdienste werden nur für die Industrie erfaßt), Betriebsgröße sowie vor allem die höherwertige Tätigkeit der Angestellten zu berücksichtigen. Die Entwicklung ist auch davon beeinflußt, daß besonders qualifizierte Arbeiter in das Angestelltenverhältnis übernommen werden.

Obwohl die Verdienste der Frauen in den letzten Jahren gestiegen sind, verdienen sie nach wie vor wesentlich weniger als Männer. Die Verdienste der Arbeiterinnen lagen 1990 im Durchschnitt um 31 % unter denen ihrer männlichen Kollegen. 1971 hatte der Abstand dagegen noch rund 36 % betragen. Die entsprechende Spanne reduzierte sich bei den Angestellten zwischen 1971 und 1990 von 40 % auf 36 %.

Die deutlichen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern haben verschiedene Ursachen. Zum einen sind vor allem ältere Frauen im Durchschnitt weniger gut ausgebildet (siehe dazu Kap. 2) und damit häufig in weniger qualifizierten Berufen tätig. Zum zweiten bleiben ihnen Tätigkeiten, die durch besondere Erschwernisse (Lärm, Hitze, Gefahr) gekennzeichnet sind, aber auch durch entsprechende Zuschläge abgegolten werden, völlig verschlossen (z.B. Tätigkeiten im Bergbau, am Hochofen o.ä.). Umgekehrt sind in Wirtschaftsbereichen, in denen die Verdienste niedrig liegen, besonders viele Frauen beschäftigt, z.B. in der Textil- und der Schuhindustrie (siehe 16.9.2).

Tab. 9: Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden der (vollbeschäftigten) Arbeiter in der Industrie im früheren Bundesgebiet

Jahr	Frauen	Männer	Jahr	Frauen	Männer
1960	43,2	46,3	1986	39,2	40,8
1965	41,4	45,1	1987	39,0	40,5
1970	40,7	44,8	1988	38,9	40,5
1975	38,3	41,2	1989	38,7	40,4
1980	40,0	42,1	1990	38,4	39,9
1985	39,5	40,9			

Außerdem wirkt sich aus, daß Männer mehr Überstunden leisten als Frauen (vgl. Tab. 9) und daß Frauen – auch wenn man die Ausbildungsunterschiede berücksichtigt – sowohl in den mittleren als auch gehobenen Führungspositionen unterrepräsentiert sind.

Bei den Angestellten muß noch berücksichtigt werden, daß die Verdienste der technischen Angestellten erheblich über denen der kaufmännischen Angestellten

liegen (vgl. Tab. 11), daß aber nur 8 % der weiblichen Angestellten in technischen Berufen tätig sind gegenüber 46 % der männlichen Angestellten.

## 16.9.2 Stundenlöhne der Industriearbeiter

Bei den Bruttostundenverdiensten der Industriearbeiter bestehen nicht nur erhebliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen, sondern auch zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen und den verschiedenen Leistungsgruppen.

Der Stundenlohn aller Industriearbeiter hat sich von 1960 bis 1990 mehr als versiebenfacht, wobei die Stundenlöhne der Arbeiterinnen etwas stärker anstiegen als die ihrer männlichen Kollegen. Auch anhand der Stundenlöhne zeigt sich also, daß der Abstand zwischen der Bezahlung von Männern und Frauen geringer geworden ist.

Bei einem DurchschnittsStundenlohn von 21,17 DM im Jahr 1990 für männliche Industriearbeiter wurden die höchsten Stundenlöhne mit durchschnittlich 27,31 DM in der Mineralölverarbeitung gezahlt, die niedrigsten in der Lederverarbeitenden Industrie mit 16,23 DM. Unterscheidet man nach sogenannten Leistungsgruppen zwischen Facharbeitern (Leistungsgruppe 1), angelernten Arbeitern (Leistungsgruppe 2) und Hilfsarbeitern (Leistungsgruppe 3), ergeben sich 1990 für die gesamte Industrie folgende Durchschnittswerte:

Leistungsgruppe 1: 22,29 DM

Leistungsgruppe 2: 20,10 DM

Leistungsgruppe 3: 18,12 DM.

Tab. 10: Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie  
im früheren Bundesgebiet  
in DM

Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen	Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen
1960	2,69	2,89	1,89	1986	16,99	17,85	13,04
1965	4,26	4,54	3,09	1987	17,68	18,55	13,61
1970	6,09	6,49	4,49	1988	18,43	19,32	14,21
1975	9,85	10,40	7,52	1989	19,16	20,09	14,76
1980	13,41	14,16	10,25	1990	20,21	21,17	15,49
1985	16,39	17,23	12,54				

In der Leistungsgruppe 1 variierten die Stundenlöhne für männliche Industriearbeiter zwischen 28,47 DM in der Mineralölverarbeitung und 17,32 DM in der Lederverarbeitenden Industrie. In der Leistungsgruppe 3 lag die Bandbreite 1990 zwischen 21,42 DM (Herstellung von Chemiefasern) und 14,07 DM (Schuhindustrie).

### 16.9.3 Monatsverdienste der Angestellten

Auch bei den Angestellten ist eine breite Fächerung der Verdienste festzustellen. Je nachdem, welche Anforderungen und Fähigkeiten an eine Tätigkeit geknüpft sind, erfolgt eine Einordnung in die Leistungsgruppen II bis V.

Tab. 11: Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten  
im früheren Bundesgebiet  
in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe 1990

Gegenstand der Nachweisung		Kaufmännische Angestellte	Technische Angestellte
		DM	
Durchschnittswert	Männer	4 720	5 407
	Frauen	3 229	3 703
Höchster Wert in Leistungsgruppe II <sup>1</sup>	Männer	6 075	6 357
	Frauen	4 899	5 553
Niedrigster Wert in Leistungsgruppe V <sup>2</sup>	Männer	2 671	2 883
	Frauen	2 352	2 622

1 Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbständigen Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit.

2 Angestellte in einfacher Tätigkeit, die keine Berufsausbildung erfordert.

Durchweg am wenigsten verdienen die Angestellten im Einzelhandel. Besonders hoch lagen die Durchschnittsgehälter in der Mineralölverarbeitung, im Bereich der Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen und (für technische Angestellte) im Steinkohlenbergbau.

## 16.10 Nominal- und Reallöhne

Bisher beschränkten sich die Angaben auf die tatsächlichen (nominalen) Verdienste. Preisänderungen, die die Kaufkraft der Einkommen beeinflussen, blieben unberücksichtigt. Bezieht man nun den Preisverlauf in die Betrachtung ein, so kommt man zu den Reallöhnen als einer Maßgröße für die Entwicklung der Kaufkraft (vgl. Tab. 12).

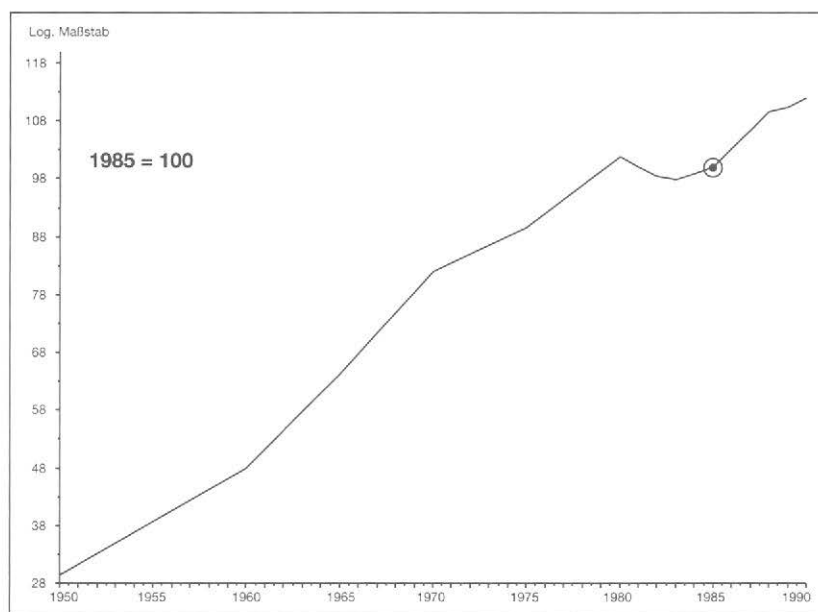
Ein Vergleich zeigt, daß die Reallöhne zwar deutlich hinter den Nominallöhnen zurückgeblieben sind, gleichwohl aber bis 1980 zum Teil kräftige Steigerungsraten zu verzeichnen waren. Während die Nominallöhne 1980 rund neunmal so hoch lagen wie 1950, war der Reallohn oder die Kaufkraft der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste von Industriearbeitern 1980 etwa dreieinhalb mal so hoch.

Tab. 12: Entwicklung der Nominal- und Reallöhne im früheren Bundesgebiet  
Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter  
(1985 = 100)

Jahr	Nominal	Real	Jahr	Nominal	Real
1950	9,7	29,4	1983	93,7	97,8
1960	19,0	47,9	1984	96,8	98,8
1965	29,3	64,3	1985	100	100
1970	41,9	82,0	1986	103,1	103,3
1975	61,3	89,6	1987	106,4	106,5
1980	84,4	101,9	1988	110,7	109,6
1981	88,1	100,0	1989	114,8	110,5
1982	91,2	98,4	1990	119,6	112,1

In den Jahren 1981 bis 1983 ist der Reallohn gegenüber den Vorjahren jeweils gesunken, während der Nominallohn weiter anstieg. Die Preissteigerungen waren also in diesen Jahren über die Lohnsteigerungen hinausgegangen, was zuvor nur in den Jahren 1967 und 1975 der Fall gewesen war. Seit 1984 stieg auch der

Abb. 9: Reallohnindex im früheren Bundesgebiet





Reallohn wieder an, lag 1986 etwas über dem Niveau von 1980 und erhöhte sich danach weiter (vgl. Abb. 9).

Einschränkend ist anzumerken, daß hier von Bruttoverdiensten ausgegangen wird. Der für Verbrauchsausgaben maßgebliche Nettoverdienst ist von der jeweiligen Steuer- und Abgabenbelastung abhängig.

## 16.11 Abgabenbelastung

Von besonderem Interesse ist neben der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter auch die Entwicklung der Abgabenlast auf Löhne bzw. Gehälter. Erst wenn Steuern und Sozialbeiträge gezahlt sind, ergibt sich das Nettoeinkommen.

Zur Quantifizierung der Abgabenlast können hilfsweise Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen herangezogen werden. Aus diesen Ergebnissen läßt sich eine Abgabenquote (das Verhältnis von Lohnsteuern und tatsächlich gezahlten Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer zur gesamtwirtschaftlichen Brutto-lohn- und -gehaltsumme) von knapp 16 % im Jahr 1960 ermitteln, die auf rund 23 % im Jahr 1970 und auf etwas über 30 % im Jahr 1990 stieg. Diese Relation vermittelt lediglich eine globale Größenordnung; je nach Einkommenshöhe, Familiengröße usw. ergeben sich im einzelnen starke Abweichungen und Unterschiede. Auch müßten – streng genommen – die Steuererstattungen im Rahmen der Einkommensteuerveranlagungen von der Abgabenbelastung abgezogen werden (vgl. 12.6).

## 16.12 Bruttoverdienste der Arbeiter und Angestellten in den neuen Bundesländern und im früheren Bundesgebiet

In den neuen Bundesländern lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst im Juli 1991 bei 1 975 DM. Die Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern erzielten damit 47,6 % des Verdienstes ihrer Kollegen im früheren Bundesgebiet. Im Juli 1990 betrug diese Relation noch 34,5 %. Vom Juli 1990 bis Juli 1991 sind die Verdienste in den neuen Bundesländern um 43,2 %, im früheren Bundesgebiet um 5,9 % gestiegen.

Der höchste Verdienst mit 2 541 DM wurde im Juli 1991 in den neuen Bundesländern im Wirtschaftszweig Hoch- und Tiefbau (einschließlich Handwerk) erzielt, der niedrigste mit 1 497 DM im Textilgewerbe.

Zum Vergleich: Im früheren Bundesgebiet wurde am meisten in der Mineralölverarbeitung verdient (5 640 DM), am wenigsten im Einzelhandel (3 261 DM).

Tab. 13: Brutton Monatsverdienste der vollbeschäftigten  
Arbeiter und Angestellten im Juli 1991

Arbeiter/Angestellte Wirtschaftsbereich	Früheres Bundesgebiet	Neue Bundesländer	Verhältnis Ost-West Juli 1991
	DM		%
Arbeiter			
Industrie (ohne Bau)	3 689	1 725	46,8
Hoch- und Tiefbau	3 906	2 442	62,5
Angestellte			
Industrie (ohne Bau)	5 336	2 167	40,6
Hoch- und Tiefbau	5 342	2 921	54,7
Dienstleistungsbereich, Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	3 912	1 807	46,2
Alle erfaßten Beschäftigten	4 152	1 975	47,6

## 16.13 Arbeitskosten

Wie bereits angedeutet, sind Löhne und Gehälter für die Wirtschaft ein entscheidender Kostenfaktor. Nachdem in den vorhergehenden Abschnitten der Einkommensaspekt bei den Arbeitnehmern im Vordergrund stand, soll im folgenden der Kostengesichtspunkt bei den Arbeitgebern näher beleuchtet werden.

Die Arbeitskosten umfassen die Bruttolöhne und -gehälter sowie weitere Kosten, die auf gesetzlichen Regelungen, tarifvertraglichen Vereinbarungen und freiwilligen Leistungen beruhen und unmittelbar mit der Beschäftigung von Arbeitnehmern zusammenhängen. Sie werden in der amtlichen Statistik durch die beiden Hauptbestandteile „Entgelt für geleistete Arbeit“ und „Personalnebenkosten“ dargestellt. Hiervon ist das Entgelt für geleistete Arbeit als die „direkte“ Vergütung der Arbeitszeit definiert; alle anderen Kosten – wie die Vergütung arbeitsfreier Tage (Urlaubs-, Krankheits-, gesetzliche Feiertage), die Sonderzahlungen (vermögenswirksame Leistungen, zusätzliches Urlaubsgeld, Gratifikationen, 13. Monatsgehalt), Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sowie die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung und berufliche Bildung – zählen zu den Personalnebenkosten.

Von 1972 bis 1988 sind die Personalnebenkosten im Produzierenden Gewerbe weit stärker gewachsen (+ 238 %) als die Entgelte für geleistete Arbeit (+ 133 %). Entsprechend hat sich in diesem Zeitraum der Anteil der Personalnebenkosten von

35,7 % auf 44,6 % der Arbeitskosten erhöht. Der Teil der Personalnebenkosten, der auf gesetzlichen Regelungen beruht (z.B. Pflichtbeiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall), stieg von 17,4 % auf 19,8 % der gesamten Arbeitskosten.

Tab. 14: Arbeitskosten je Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe im früheren Bundesgebiet

Kostenart	1972	1988	1972	1988
	DM		%	
Arbeitskosten	22 929	62 058	100	100
Entgelt für geleistete Arbeit	14 737	34 383	64,3	55,4
Personalnebenkosten	8 191	27 674	35,7	44,6

Die Personalnebenkosten sind prozentual um so höher, je mehr Beschäftigte das Unternehmen hat. Beispielsweise betrug 1988 das Verhältnis von Personalnebenkosten zum Entgelt für geleistete Arbeit bei Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten 40 : 60, bei Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten dagegen 48 : 52.

Innerhalb des Produzierenden Gewerbes variierten die Arbeitskosten 1988 zwischen 106 395 DM je Arbeitnehmer in der Mineralölverarbeitung und 39 024 DM je Arbeitnehmer im Bekleidungsgewerbe (ohne Pelzwaren). Den mit 53,6 % höchsten Anteil an Personalnebenkosten hatte der Wirtschaftszweig „Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser“ zu verzeichnen (bei Arbeitskosten von 84 474 DM je Arbeitnehmer); der mit 38,9 % niedrigste Anteil an Personalnebenkosten wurde im Bekleidungsgewerbe (ohne Pelzwaren) ermittelt.

Tab. 15: Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel, in Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe 1988 im früheren Bundesgebiet

Wirtschaftszweig	Arbeitskosten je Arbeitnehmer		
	Insgesamt	Entgelt für geleistete Arbeit	Personalnebenkosten
	DM	%	
Großhandel	55 843	60,5	39,5
Einzelhandel	43 731	59,6	40,4
Kreditinstitute	72 591	50,3	49,7
Versicherungsgewerbe	78 421	51,1	48,9

Eine verhältnismäßig breite Streuung der Arbeitskosten ist auch im Bereich von Handel, Banken und Versicherungen festzustellen. Während die Arbeitskosten je Arbeitnehmer 1988 im Einzelhandel bei 43 731 DM lagen, betrugen sie im Versicherungsgewerbe 78 421 DM. Der Anteil der Personalnebenkosten schwankte zwischen 40,4 % und 48,9 %, also etwa in gleichem Maße wie im Produzierenden Gewerbe.

Die Ursachen für die relativ großen Unterschiede der Arbeitskosten zwischen den Wirtschaftszweigen sind in erster Linie in der unterschiedlichen Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer zu vermuten. Bei den Personalnebenkosten wirken sich u. a. die Größenunterschiede zwischen den Unternehmen aus (große Unternehmen leisten mehr Sonderzahlungen, mehr Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie für Wohnungsfürsorge, Belegschaftseinrichtungen, Entlassungsentschädigungen u. ä.). Nicht zuletzt ist die unterschiedliche wirtschaftliche Lage der Unternehmen von Bedeutung, die einerseits den Umfang der freiwilligen Leistungen beeinflusst und andererseits auch bei Tarifverhandlungen Berücksichtigung findet.

# 17 Verkehr

## 17.1 Einführung

Das Verkehrswesen hat in einer modernen Industriegesellschaft grundlegende Bedeutung. Im Wirtschaftsleben ermöglicht erst die Vermittlerrolle des Verkehrs die Arbeitsteilung, auf der die industrielle Produktion sowie die Verteilung der produzierten Güter beruhen. Der Verkehr knüpft nicht nur die Verbindungen zwischen den Produzenten und zu den Märkten, sondern auch zwischen den Beschäftigten und ihren Arbeitsstellen. Weit über den wirtschaftlichen Bereich hinaus hat er zu einem Gewinn an Mobilität geführt und neue Ziele erreichbar gemacht. Im Nachrichtenwesen (Telefon, Postdienste, Rundfunk, Fernsehen usw.) mit seinen vielfältigen technischen Möglichkeiten trägt der ungehinderte Austausch von Informationen und Meinungen gleichfalls zu einer schnellen Überwindung räumlicher Entfernungen und damit zu einer verbesserten Kommunikation bei.

Dieses Kapitel enthält – soweit möglich – auch verkehrsstatistische Angaben für Gesamtdeutschland und die ehemalige DDR. Falls in den Texten nicht ausdrücklich auf das Erhebungsgebiet hingewiesen wird, handelt es sich um Angaben für das frühere Bundesgebiet.

## 17.2 Verkehrsinfrastruktur

Wirtschaftswachstum, zunehmende Arbeitsteilung, internationale Verflechtungen, die wachsende Reiselust und eine Reihe weiterer Faktoren haben in den letzten Jahrzehnten zu einer erheblichen Steigerung des Verkehrsaufkommens geführt. Voraussetzung hierfür war der Ausbau der Infrastruktur im Verkehrswesen. Besondere Anstrengungen wurden im Straßenbau unternommen. Sie zeigen sich u.a. darin, daß das Straßennetz des überörtlichen Verkehrs (Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) im früheren Bundesgebiet seit 1950 um etwa 46 000 Kilometer auf 174 000 Kilometer erweitert wurde. Dagegen wurde im Gebiet der ehemaligen DDR in den letzten 30 Jahren der Bestand an Staats- und Bezirksstraßen lediglich um etwa 1 700 Kilometer vergrößert. An Schienenwegen stehen im früheren Bundesgebiet zwar wegen Streckenstillegungen nur noch 29 700 Kilometer statt 38 600 Kilometer zu Beginn der fünfziger Jahre zur Verfügung, dafür ist der Verkehr auf wichtigen Strecken elektrifiziert und damit erheblich beschleunigt worden. Auch Häfen und Flugplätze wurden ausgebaut bzw. neu angelegt, Kanäle gezogen, Flüsse schiffbar gemacht und Rohrfernleitungen gebaut. Durch die Eingliederung der fünf neuen Bundesländer wurde die Gesamtlänge der benutzten Binnenwasserstraßen um über die Hälfte verlängert.

Tab. 1: Verkehrsinfrastruktur

Gegenstand der Nachweisung	1960	1970	1980	1990
km				
Früheres Bundesgebiet				
Straßennetz				
(Bundes-, Landes-, Kreisstraßen)	135 300	162 300	171 521	173 861
darunter Autobahnen	2 551	4 110	7 292	8 822
Gemeindestraßen	233 000	270 000	308 000	325 000
Streckenlänge des				
Schienennetzes	36 019	33 010	31 497	29 700 <sup>1</sup>
Rohrfernleitungen	455	1 579	1 579	1 715
Benutzte Wasserstraßen	4 441	4 383	4 395	4 350
Gebiet der ehem. DDR				
Straßennetz				
(Staats- und Bezirksstraßen)	45 479	45 729	47 475	47 201 <sup>2</sup>
darunter Autobahnen	1 378	1 413	1 687	1 850 <sup>2</sup>
Gemeindestraßen	·	74 202	73 053	77 401 <sup>3</sup>
Streckenlänge des				
Schienennetzes	·	·	·	14 308
Rohrfernleitungen	·	·	·	721
Benutzte Wasserstraßen	·	2 519	2 302	2 319 <sup>2</sup>

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 1989.

3 1985.

Tab. 2: Infrastruktur im Nachrichtenwesen im früheren Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	1960	1970	1980	1990
	1 000			
Telefonanschlüsse				
Hauptanschlüsse	3 221	8 800	20 850	30 348
Nebenanschlüsse	2 716	5 040	7 703	13 690 <sup>1</sup>
Öffentliche Sprechstellen	57	94	156	162
Telexanschlüsse	35	80	139	117
Postbriefkästen	100	109	110	113
Benutzte Postfächer	272	393	513	649
Hörfunkgenehmigungen <sup>2</sup>	15 892	19 622	23 323	28 062
Fernsehgenehmigungen <sup>2</sup>	4 637	16 675	21 190	24 694

1 1989.

2 Angemeldete Hörfunk- und Fernsehgeräte (ohne Zweitgeräte).

Im Bereich des Nachrichtenverkehrs im früheren Bundesgebiet hat sich die Zahl der Telefonanschlüsse seit 1960 fast verzehnfacht. 1988 war in neun von zehn Haushalten ein Telefon vorhanden. Die Bundespost beförderte 1990 14,2 Mrd. Briefsendungen gegenüber 8,5 Mrd. im Jahr 1960. Telexanschlüsse waren 1990 knapp 117 000 installiert, das sind mehr als dreimal soviel wie 1960, jedoch fast ein Drittel weniger als 1987. Zusätzlich stellte die Post im letzten Jahrzehnt neue Übermittlungsmedien zur Verfügung; so gab es 1990 682 000 Telefax- und rund 17 000 Teletexanschlüsse. Die Zahl der Hörfunkgenehmigungen stieg in diesem Zeitraum von rund 16 Mill. auf über 28 Mill., die Zahl der Fernsehenehmigungen von knapp 5 Mill. auf rund 25 Mill.

## 17.3 Fahrzeugbestände

Der Bestand an Kraftfahrzeugen (Krafträder, Personen-, Kombinations-, Lastkraftwagen und Zugmaschinen) im früheren Bundesgebiet stieg von 8 Mill. 1960 auf 36,5 Mill. im Jahr 1991. Dabei erhöhte sich allein die Zahl der Personenkraftwagen von annähernd 4,5 Mill. auf 31,3 Mill. Das sind gut siebenmal soviel wie vor 31 Jahren.

Tab. 3: Bestand an Straßen- und Schienenfahrzeugen

Jahr	Straße			Schiene		
	Kraftfahrzeuge			Trieb- fahrzeuge	Personen wagen	Güter- wagen <sup>1</sup>
	Insgesamt	darunter				
		Pkw	Lkw			
	1 000				Anzahl	
Früheres Bundesgebiet						
1960	8 004	4 489	681	10 083	21 951	315 125
1970	16 783	13 941	1 028	10 489	18 218	325 229
1980	27 116	23 192	1 277	10 160	14 471	337 519
1985	30 618	25 845	1 281	9 575	13 296	310 477
1990	35 748	30 685	1 389	8 860	11 490	258 900
1991	36 529	31 322	1 440	.	.	.
Gebiet der ehem. DDR						
1960	1 426	313	119	.	.	.
1970	2 979	1 166	186	.	.	.
1980	4 612	2 678	234	.	.	.
1985	5 282	3 306	221	.	.	.
1990	6 903	4 817	264	6 633	7 742	160 770

1 Einschließlich Privatgüterwagen.

In der ehemaligen DDR nahm die Anzahl der Kraftfahrzeuge ebenfalls deutlich zu (1960: 1,4 Mill.; 1990: 6,9 Mill.). Der Bestand an Personenkraftwagen wuchs von 0,3 Mill. Fahrzeugen im Jahr 1960 auf 4,8 Mill. Fahrzeuge im Jahr 1990. 1990 entfielen auf 1 000 Einwohner etwa 300, im früheren Bundesgebiet dagegen 500 Personenkraftwagen.

Zwischen 1960 und 1990 wurden im früheren Bundesgebiet insgesamt 64,5 Mill. Personenkraftwagen neu zugelassen, das sind rechnerisch 2 Mill. Fahrzeuge pro Jahr. Dieser Durchschnittswert entspricht etwa dem Wert des Jahres 1973, der seither lediglich 1974 unterschritten wurde. 1990 lag die Zulassungszahl erstmals über 3 Mill. Personenkraftwagen. Dies verdeutlicht auch die große wirtschaftliche Bedeutung der Automobilindustrie.

Der größte Teil der Personenkraftwagen wird privat genutzt. Daraus resultiert die Zunahme des Individualverkehrs mit ihren vielfältigen Auswirkungen auf die Verkehrssituation in den Städten und auf den öffentlichen Nahverkehr.

Tab. 4: Zulassungen fabrikneuer Personenkraftwagen  
im früheren Bundesgebiet  
einschl. Kombinationskraftwagen

Größenklasse Antriebsart	Maß- einheit	1960	1970	1980	1990
Zugelassene Personen- kraftwagen insgesamt	1 000	969,7	2 107,1	2 426,2	3 040,8
davon: (Hubraum)					
bis 1 199 cm <sup>3</sup>	%	82,7	28,8	18,9	10,0
1 200 bis 1 499 cm <sup>3</sup>	%		24,9	27,5	18,5
1 500 bis 1 999 cm <sup>3</sup>	%		37,9	38,1	56,6
2000 und mehr cm <sup>3</sup>	%	17,3	8,5	15,5	14,9
darunter: (Antriebsart)					
Benzinmotor	%	97,1	97,2	92,0	88,9
Dieselmotor	%	2,9	2,8	8,0	11,1

Bei den Neuzulassungen geht die Tendenz eindeutig zum Kauf von Personenkraftwagen mit größerem Hubraum. Von den neu zugelassenen Personenkraftwagen hatten 1960 rund 17 % einen Hubraum mit 1 500 und mehr cm<sup>3</sup>, 1990 mehr als 71 %. Auch werden heute mehr Personenkraftwagen mit Dieselmotor gefahren als 1960. Der Anteil der Dieselfahrzeuge an den neu zugelassenen Personenkraftwagen betrug im Jahr 1990 rund 11 % gegenüber knapp 3 % im Jahr 1960. Allerdings wurde damit nicht mehr der hohe Anteil der Jahre 1985 (22 %) und 1986 (27 %) erreicht.



Die Ausstattung der Eisenbahnen hat sich seit 1960 qualitativ und quantitativ verändert. Bei den Triebfahrzeugen vollzog sich in dieser Zeitspanne der Übergang von der Dampflokomotive auf die elektrische Zugbeförderung. Die 7 700 Dampflokomotiven, die 1960 im früheren Bundesgebiet noch zum Einsatz kamen, sind aus dem normalen Zugbetrieb ganz verschwunden, während die Zahl der elektrischen Lokomotiven sich von 1 020 auf 2 554 erhöhte und die der Dieselloks von 980 auf 3 809 anstieg.

Der Bestand an Güterwagen im früheren Bundesgebiet war 1990 mit rund 259 000 um 18 % niedriger als zu Beginn der 60er Jahre. Bei den Personenwagen ist sogar ein Rückgang um 48 % auf 11 500 zu verzeichnen.

Tab. 5: Bestand an Luft- und Wasserfahrzeugen

Jahr	Luftfahrzeuge (Flugzeuge und Hubschrauber)	Binnenschiffe (nur Güterschiffe)		Seeschiffe (Handelsschiffe)	
		Anzahl	1 000 t Tragfähigkeit	Anzahl	1 000 BRT
Früheres Bundesgebiet					
1960	1 111	7 491	4 840	2 706	4 762
1970	3 792	6 336	4 524	2 690	8 441
1980	7 769	3 812	3 672	1 679	7 619
1985	7 958	3 143	3 277	1 555	5 299
1989	8 811	2 990	3 268	1 055	4 014
1990	9 158	2 723	3 056	...	...
Gebiet der ehem. DDR					
1960	·	·	·	47	197
1970	·	1 133	570	175	940
1980	·	1 226	625	192	1 305
1985	·	1 219	629	171	1 222
1989	·	1 160	635	163	1 293

Die Anzahl der Binnen- und Seeschiffe hat im früheren Bundesgebiet seit 1960 deutlich abgenommen. Während in der Binnenschifffahrt damit – bei einer gleichzeitigen Tendenz zum Einsatz größerer Einheiten – ein Rückgang des zur Verfügung stehenden Laderaums verbunden war, wurden in der Seeschifffahrt im früheren Bundesgebiet die Kapazitäten bis 1970 und in der ehemaligen DDR sogar bis 1979, sowie nochmals 1986, erheblich ausgeweitet. Hierfür war insbesondere die Expansion der Tankschifffahrt maßgebend.

Seit 1970 macht sich in der nach kommerziellen Gesichtspunkten geführten Seeschifffahrt des früheren Bundesgebiets der Konkurrenzdruck der sogenannten

„Billigflaggen“ bemerkbar. Dieser führte zu einem Kapazitätsrückgang bei diesem Teil der deutschen Handelsflotte von 52 % (von 8,4 Mill. BRT 1970 auf 4,0 Mill. BRT 1989). Die Anzahl der unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland fahrenden Handelsschiffe reduzierte sich von 2 690 auf 1 055 Einheiten (–61 %) im Zeitraum von 1970 bis 1989.

Eine deutliche Zunahme war bei den Luftfahrzeugen im früheren Bundesgebiet zu verzeichnen, deren Bestand sich von rund 1 100 im Jahre 1960 auf 9 200 im Jahre 1990 erhöhte. In diesen Angaben sind neben den gewerblich eingesetzten Luftfahrzeugen auch die motorisierten Privat- und Sportflugzeuge enthalten.

## 17.4 Verkehrsleistungen

### 17.4.1 Beförderungen im Personenverkehr

1989 wurden im früheren Bundesgebiet 39,6 Mrd. Personen mit Eisenbahnen, im öffentlichen Straßenverkehr, im Luftverkehr, mit Taxis oder Mietwagen und im Individualverkehr befördert. 1960 lag die entsprechende Zahl bei 23,0 Mrd. Personen. Der Vergleich wird dadurch etwas beeinträchtigt, daß die Kleinunternehmen (mit weniger als sechs Bussen) des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs seit Oktober 1984 nicht mehr in die Erhebung einbezogen sind. Die Verkehrsleistungen beliefen sich 1989 auf rund 687 Mrd. Personenkilometer gegenüber 250 Mrd.

Tab. 6: Personenverkehr im früheren Bundesgebiet

Verkehrszweig	1960		1970		1989	
	Beförderte Personen	Personen-kilometer	Beförderte Personen	Personen-kilometer	Beförderte Personen	Personen-kilometer
	Mill.	Mrd. km	Mill.	Mrd. km	Mill.	Mrd. km
Verkehr insgesamt	22 983	252,2	30 655	455,4	39 603	687,1
Öffentlicher Verkehr	7 560	89,7	7 245	103,1	6 898	121,4
Eisenbahnen	1 399	39,6	1 054	38,1	1 145	42,3
Öffentl. Straßen-Personenverkehr <sup>1</sup>	6 156	48,5	6 170	58,4	5 697 <sup>3</sup>	62,5 <sup>3</sup>
Luftverkehr <sup>2</sup>	5	1,6	21	6,6	56	16,6
Taxi- und Mietwagenverkehr	123	0,8	290	1,7	365	2,3
Individualverkehr <sup>4</sup>	15 300	161,7	23 120	350,6	32 340	563,4

1 Stadtschnellbahn-, U-Bahn-, Straßenbahn-, Obus- und Kraftomnibusverkehr.

2 Verkehrsleistungen (Personenkilometer) nur über dem Bundesgebiet.

3 Ohne Verkehr der Kleinunternehmen.

4 Verkehr mit Personen- und Kombinationskraftwagen, Krafträdern und Mopeds.

Personenkilometern im Jahr 1960 (Personenkilometer sind die von den beförderten Personen insgesamt zurückgelegten Kilometer).

Von den Verkehrsleistungen (gemessen in Personenkilometern) entfielen 1989 rund 82 % auf den Individualverkehr (mit Personen- und Kombinationskraftwagen, Kraftträdern und Mopeds) und 18 % auf den öffentlichen Verkehr der Eisenbahnen, Busse und Straßenbahnen sowie der Flugzeuge; 1960 setzten sich die Verkehrsleistungen zu 64 % aus Individualverkehr und zu knapp 36 % aus öffentlichem Verkehr zusammen.

Tab. 7: Öffentlicher Personennahverkehr im früheren Bundesgebiet

Jahr	Beförderte Personen Mill.	Personenkilometer Mrd. km
1960	7 362	57,4
1970	7 015	60,7
1980	7 652	65,5
1985 <sup>1</sup>	6 725	57,8
1987 <sup>1</sup>	6 528	55,0
1989 <sup>1</sup>	6 533	56,2

1 Ohne Verkehr der Kleinunternehmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs.

Während sich die Personenbeförderung seit 1960 im Individualverkehr mehr als verdoppelte und im Luftverkehr sogar verelfachte, stagnierte der Personenverkehr auf Eisenbahnen. Im öffentlichen Personennahverkehr zeigt sich zwischen 1980 und 1987 sogar ein deutlicher Rückgang (vgl. Tab. 7), seit 1989 wieder ein leichter Anstieg.

Die Ergebnisse von Tab. 6 verdeutlichen auch die enorme Expansion des Luftverkehrs, der jedoch an den gesamten Verkehrsleistungen nur einen geringen Anteil hat (1989: 2,4 %). Sie bestätigen aber auch erneut die überragende Bedeutung des Individualverkehrs mit Kraftfahrzeugen. Dies wird zusätzlich dadurch unterstrichen, daß zwischen 1960 und 1990 im Durchschnitt jährlich 1,2 Mill. Führerscheine der Klasse 3 (Pkw) erteilt wurden und daß sich z. B. 1990 die Gesamtfahrleistung aller zugelassenen Personenkraftwagen auf über 400 Mrd. Kilometer (88 % aller mit Kraftfahrzeugen gefahrenen Kilometer) belief.

#### 17.4.2 Transporte im Güterverkehr

Beim Güterverkehr im früheren Bundesgebiet erwies sich in den vergangenen Jahren – ebenso wie im Personenverkehr – die Straße als der bevorzugte Verkehrsweg. Der Straßengüterverkehr konnte seinen Anteil an der gesamten binnenländischen Verkehrsleistung (gemessen in Tonnenkilometern = Gewicht der beförderten Güter in Tonnen mal Entfernung in Kilometern) auf Kosten der

Eisenbahnen (1989: 22,0 %) und der Binnenschifffahrt (1989: 19,0 %) auf über die Hälfte ausdehnen (1989: 55,7 %). 1960 waren im Straßengüterverkehr 31,2 % der Verkehrsleistungen erbracht worden, gegenüber 39,0 % auf Eisenbahnen und 27,7 % auf Binnenschiffen.

Mißt man statt der Verkehrsleistung das sogenannte Verkehrsaufkommen, d.h. die Menge der beförderten Güter (in Tonnen), hat der Straßenverkehr mit einem Anteil von 81,7 % (1989) am gesamten Güterverkehr eine noch größere Bedeutung. Auf die Eisenbahnen entfielen in dieser Abgrenzung 9,5 % und auf die Binnenschifffahrt 7,1 %.

Hier wirkt sich vor allem die große Bedeutung des Straßengüterverkehrs aus, bei dem ein vergleichsweise hohes Gesamtaufkommen (1989: 2 300 Mill. Tonnen und damit 66,4 % der insgesamt beförderten Güter) über relativ kurze Strecken transportiert wurde. Im Güterverkehr können Lastkraftwagen auf einem dichten Straßennetz flexibler eingesetzt werden als andere Transportmittel auf den ihnen zugehörigen Verkehrsnetzen. Die Lastwagen entsprechen damit in besonderem Maß den Transporterfordernissen im Nahbereich.

Bei den bisherigen Betrachtungen wurde jeweils nur der sogenannte binnenländische Verkehr im früheren Bundesgebiet einbezogen, d.h. der Seeschiffsverkehr wurde nicht berücksichtigt. Die Besonderheit des Güterverkehrs über See liegt darin, daß ein vergleichsweise geringes Gesamtaufkommen von Gütern in der Regel über große Entfernungen transportiert wird. Dadurch ergibt sich in diesem

Tab. 8: Güterverkehr des früheren Bundesgebiets

Verkehrszweig	1960		1989	
	Beförderte Güter	Tonnenkilometer	Beförderte Güter	Tonnenkilometer
	Mill. t	Mrd. tkm	Mill. t	Mrd. tkm
<b>Binnenländischer Verkehr</b>				
Eisenbahnen	343,5	56,9	315,4	63,3
Binnenschifffahrt	171,4	40,4	234,8	54,0
Straßenverkehr				
Straßengüterverkehr	1 090,0 <sup>1</sup>	21,8 <sup>1</sup>	2 300,0 <sup>1</sup>	47,3 <sup>1</sup>
Straßengüterfernverkehr	99,2	23,7	413,6	113,4
Rohrfernleitungen	13,3	3,0	58,8	9,8
Luftverkehr <sup>2</sup>	0,08	0,03	1,1	0,4
Seeschifffahrt <sup>3</sup>	78,1	532,5	141,0	767,9

1 Geschätzter Wert.

2 Verkehrsleistungen über dem Bundesgebiet sowie von und nach Berlin (West).

3 Seeverkehr der Häfen des Bundesgebiets.

Verkehrszweig ein geringeres Verkehrsaufkommen als bei Eisenbahnen, in der Binnenschifffahrt und im Straßenverkehr, aber eine weitaus höhere Verkehrsleistung als in jedem anderen Verkehrszweig (vgl. Tab. 8).

Langfristig war die Ausweitung von Verkehrsaufkommen und Verkehrsleistung in den Bereichen Straßenverkehr, Luftverkehr und Rohrfernleitungstransporte, also den „modernen“, in diesem Jahrhundert entwickelten Verkehrsbereichen, weit ausgeprägter als in den traditionellen Verkehrszweigen Bahn, Binnen- und Seeschifffahrt.

Tab. 9: Güterverkehr der Verkehrsbetriebe und -kombinate der ehem. DDR<sup>1</sup>

Verkehrszweig <sup>2</sup>	1960		1989	
	Beförderte Güter	Tonnen- kilometer	Beförderte Güter	Tonnen- kilometer
	Mill. t	Mrd. tkm	Mill. t	Mrd. tkm
Binnen- und grenzüberschreitender Verkehr				
Eisenbahnen <sup>3</sup>	237,8	32,9	339,3	59,0
Binnenschifffahrt	12,6	2,3	20,4	2,3
Straßenverkehr				
Straßengüter- nahverkehr	263,4	3,8	513,0	9,9
Straßengüter- fernverkehr	6,9	1,2	27,6	7,0
Rohrfernleitungen	—	—	38,2	4,3
Luftverkehr	0,0	0,0	0,0	0,1
Seeschifffahrt	1,4	10,5	14,0	92,3

1 Die Angaben sind aus methodischen Gründen nicht mit den Angaben für das frühere Bundesgebiet vergleichbar; insbesondere können Einzelwerte nicht addiert werden.

2 Nachweis unabhängig vom Ort der Leistungserbringung.

3 Deutsche Reichsbahn.

Die Entwicklung des Güterverkehrs der Verkehrsbetriebe und -kombinate auf dem Gebiet der ehemaligen DDR läßt durchaus Parallelen zum Güterverkehr des früheren Bundesgebietes erkennen.

Das Güterverkehrsaufkommen nahm zwischen 1960 und 1989 um immerhin 82,4 % auf 952,5 Mill. Tonnen zu. Zwar hatten alle Verkehrszweige Anteil an dieser Zunahme, dennoch sind im Vergleich der Verkehrszweige deutliche Unterschiede festzustellen.

So lag der Anteil der Eisenbahn der ehemaligen DDR 1989 bei 35,6 % des Gesamt-Güterverkehrs. 1960 betrug dieser Anteil noch 45,5 %. Akzentuiert wird diese Anteilsminderung unter Berücksichtigung der durch die Deutsche Reichs-

bahn erbrachten anteiligen Verkehrsleistung: Sie verminderte sich von 64,9 % im Jahr 1960 auf 33,7 % im Jahr 1989.

Demgegenüber verminderte sich der Anteil der Binnenschifffahrt der ehemaligen DDR am gesamten Güteraufkommen zwischen 1960 und 1989 nur geringfügig von 2,4 % auf 2,1 %.

Wie im früheren Bundesgebiet war im Vergleich der betrachteten Zeitpunkte 1960 und 1989 auch in der ehemaligen DDR die Straße derjenige Verkehrszweig, der den Großteil (1989: 56,8 %) des gesamten Güteraufkommens beförderte aber – und dies im Gegensatz zum früheren Bundesgebiet – nur für einen Bruchteil (1989: 9,7 %) der erbrachten Gesamt-Verkehrsleistung der Verkehrsbetriebe und -kombinate der ehemaligen DDR verantwortlich war.

Die nach 1960 in Betrieb genommenen Rohrleitungen zum Transport flüssiger Massengüter (Rohes Erdöl bzw. Mineralölprodukte) hatten 1989 einen Anteil von 4 % am gesamten Güteraufkommen. Der Gütertransport im Luftfrachtverkehr ist nach Maßgabe des Anteils am Gesamtaufkommen bzw. der Verkehrsleistungen sehr gering.

Überproportionale Zugewinne sind für die Handelsflotte der ehemaligen DDR nachgewiesen: 1,5 % (1960: 0,3 %) des gesamten Güteraufkommens entsprechen 52,8 % (1960: 20,7 %) der Gesamt-Verkehrsleistung im Jahr 1989.

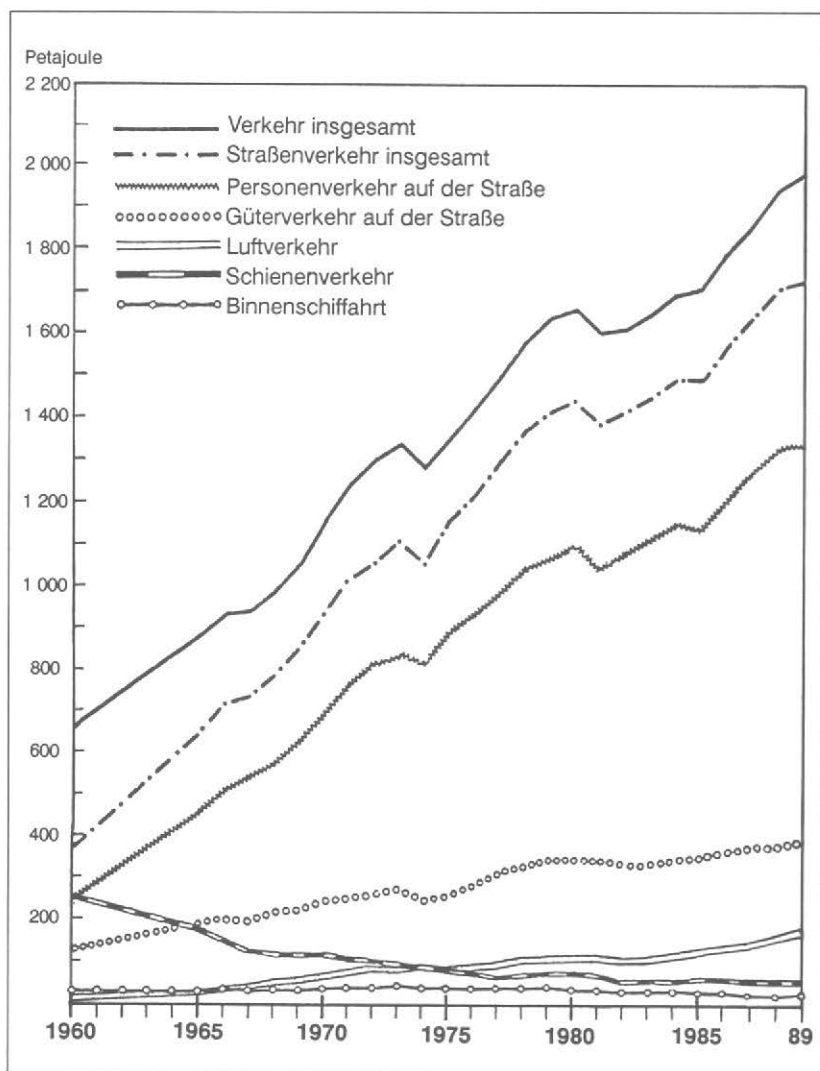
## 17.5 Energieverbrauch

1989 floß über ein Viertel der im früheren Bundesgebiet verbrauchten Endenergie in den Verkehrsbereich (ohne Seeschifffahrt, vgl. 18.7). Von dieser Energiemenge, rund 1 986 Petajoule (= 67,8 Mill. Tonnen Steinkohleeinheiten), wurden 87,4 % im Straßenverkehr, 8,6 % im Luftverkehr, 2,8 % im Schienenverkehr und 1,3 % in der Binnenschifffahrt verbraucht (vgl. Abb. 1).

Im Vergleich zur Verteilung der Beförderungsleistungen auf die einzelnen Verkehrszweige (vgl. 17.4) liegt damit der Energieverbrauch der Eisenbahnen und Binnenschiffe sehr viel niedriger als der von Kraftfahrzeugen und Flugzeugen. Den Bemühungen, u. a. aus diesem Grund vor allem den Güterverkehr von der Straße auf die Schienen- und Wasserwege zu verlagern, sind aber Grenzen gesetzt. Neben den bereits erwähnten Vorteilen der größeren Flexibilität und Unabhängigkeit im Straßenverkehr erscheinen Lastkraftwagen auch besser für den zunehmend anfallenden Transport hochwertiger Güter geeignet als die vorwiegend auf Massenguttransporte ausgerichteten Verkehrsmittel Eisenbahn und Binnenschiff.

Im Verlauf der vergangenen drei Jahrzehnte hat sich der Energieverbrauch im Verkehrsbereich insgesamt verdreifacht (vgl. Abb. 1). Die nahezu kontinuierlichen Steigerungen wurden nur durch leichte Rückgänge 1974 und 1981 (zwei Jahre mit überdurchschnittlichen Benzinpreissteigerungen) unterbrochen.

Abb. 1: Endenergieverbrauch des Verkehrs im früheren Bundesgebiet  
nach Verkehrsbereichen



## 17.6 Verkehrsunfälle

Ein negativer Aspekt der deutschen Vereinigung ist die Entwicklung der Verkehrssicherheit in den neuen Bundesländern. Dies spiegelt sich auch in der ersten gesamtdeutschen Unfallbilanz wider. Aufgrund des enorm gestiegenen Verkehrsaufkommens auf schlechten Straßen in Verbindung mit einer riskanten Umstellung auf leistungsstarke Westfahrzeuge sind dort die Unfallzahlen 1990 dramatisch angestiegen, während sie in den alten Bundesländern relativ konstant blieben.

Im Vereinten Deutschland wurden 1990 bei rund 389 000 Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden (+ 3,2 % gegenüber dem Vorjahr) 11 046 Menschen getötet (+ 13 %) und fast 511 000 verletzt (+ 4,2 %). Die Unfallentwicklung verlief in beiden Gebieten jedoch gegenläufig.

In den alten Bundesländern ist die Zahl der Personenschadensunfälle um 1,0 % auf rund 340 000 gefallen. 1990 wurden hier 7 906 Verkehrstote gezählt (– 1,1 %), dies ist die niedrigste Zahl, die seit Bestehen der Statistik seit 1953 gezählt wurde; die Verletztenzahl ist geringfügig um 0,3 % auf 448 000 gesunken.

Tab. 10: Straßenverkehrsunfälle

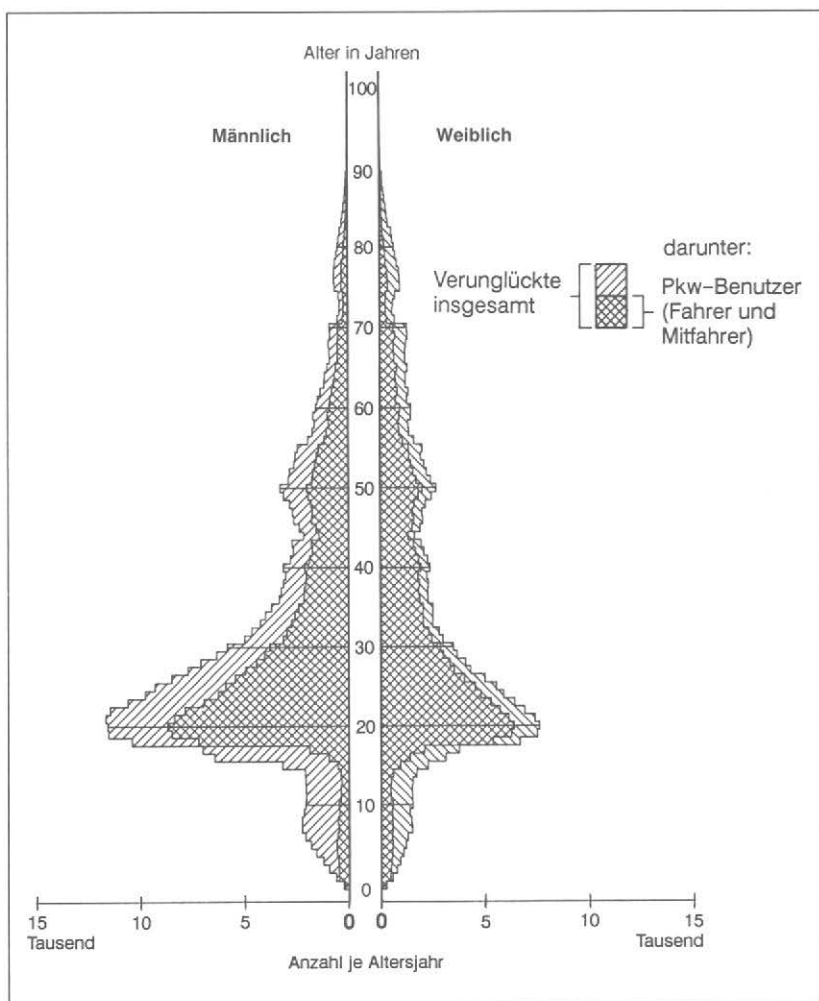
Gegenstand der Nachweisung	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Gebiet der ehem. DDR	
	1989	1990	1989	1990	1989	1990
Polizeilich erfaßte Unfälle	*	*	1 997 787	2 010 575	*	*
darunter:						
Unfälle mit Personenschaden	377 366	389 350	343 604	340 043	33 762	49 307
Verunglückte						
getötete Personen	9 779	11 046	7 995	7 906	1 784	3 140
Schwerverletzte	490 434	510 931	107 848	103 403	41 037	62 773
Leichtverletzte			341 549	344 755		

Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sind im Vereinigungsjahr die Unfalldaten erschreckend hochgeschneit. So sind die Unfälle mit Personenschaden um 46 % auf 49 307 gestiegen; die Zahl der getöteten Verkehrsteilnehmer ist sogar um 76 % auf 3 140 und die der Verletzten auf 62 773 (+ 53 %) angewachsen. Zieht man als Kennziffer für die Unfallschwere die Zahl der Getöteten je 1 000 Unfälle mit Personenschaden heran, so war diese mit 64 Getöteten je 1 000 Unfälle in der ehemaligen DDR fast dreimal so hoch wie im früheren Bundesgebiet (23).



Besonders unfallgefährdet sind die jungen Fahranfänger im Alter zwischen 18 und 24 Jahren. Sie stellen sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern ein Viertel der Verkehrstoten und ca. 28 % der Verletzten.

Abb. 2: Bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückte 1990  
im früheren Bundesgebiet  
nach Altersjahren



Tab. 11: Bei Straßenverkehrsunfällen Getötete 1990

Ort des Unfalls	Getötete				
	Insgesamt	darunter			
		Fahrer und Mitfahrer von			Fußgänger
		Fahr- rädern	motorisierten Zweirädern	Personen- kraftwagen	
	Anzahl	%			
Deutschland					
Innerhalb von Ortschaften	3 361	15	14	25	43
darunter:					
Kinder unter 15 Jahren	224	26	3	8	61
Außerhalb von Ortschaften	7 685	5	12	71	8
darunter:					
Kinder unter 15 Jahren	330	15	2	62	18
Früheres Bundesgebiet					
Innerhalb von Ortschaften	2 205	18	11	24	45
darunter:					
Kinder unter 15 Jahren	139	29	1	7	62
Außerhalb von Ortschaften	5 701	6	12	71	8
darunter:					
Kinder unter 15 Jahren	216	16	–	60	19
Gebiet der ehem. DDR					
Innerhalb von Ortschaften	1 156	11	21	26	41
darunter:					
Kinder unter 15 Jahren	85	22	6	11	60
Außerhalb von Ortschaften	1 984	4	13	70	9
darunter:					
Kinder unter 15 Jahren	114	11	5	67	16

Von der veränderten Verkehrssituation sind auch die Kinder in den neuen Ländern betroffen; die Zahl der getöteten Kinder stieg hier innerhalb eines Jahres von 116 im Jahre 1989 um 72 % auf 199 im Jahr 1990 an.

Im früheren Bundesgebiet hat die Zahl der Getöteten mit 355 (– 8,5 %) dagegen 1990 einen neuen Tiefstand erreicht; das sind sechsmal weniger als beim Höchststand 1970 (2 167).

In den alten und auch in den neuen Bundesländern ereigneten sich 1990 ca. 65 % der Unfälle mit Personenschaden innerhalb von Ortschaften. Aufgrund der Verkehrsdichte und dem häufigen Auftreten der ungeschützten Verkehrsteilnehmer ist die Gefährdung auf innerörtlichen Straßen besonders hoch. 1990 waren über 70 % der hier Getöteten als Fußgänger oder Zweiradfahrer unterwegs, dagegen nur etwa jeder vierte im Personenkraftwagen. Auf den Außerortsstraßen ist diese Relation genau umgekehrt.

Gegenüber 1989 hat sich die Zahl der Personenschadensunfälle und der Getöteten auf den Autobahnen Ostdeutschlands mehr als verdoppelt. Aber auch in den alten Ländern setzte sich die Entwicklung der letzten Jahre fort: Hier wurden überdurchschnittliche Steigerungsraten auf Autobahnen ermittelt (15 % bzw. 20 %), während in den anderen Ortslagen Rückgänge zu verzeichnen waren. Dies könnte für eine Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen sprechen.

Auffällig ist, daß in den Bundesländern anteilmäßig mehr Radfahrer, in den neuen Ländern dagegen mehr Benutzer von Motorzweirädern verunglücken. Besonders betroffen vom Anstieg der Verunglücktenzahlen in der ehemaligen DDR waren – u. a. auch aufgrund gestiegener Fahrleistungen und Bestände – die Pkw-Benutzer. Bei ihnen verdreifachte sich fast die Zahl der Getöteten von 601 auf 1 698, aber auch in den alten Bundesländern war der Anstieg der getöteten Pkw-Benutzer um 4,7 % auf 4 558 überproportional hoch.

Als Hauptunfallursachen werden seit Jahren in beiden Gebieten die „nicht angepaßte Geschwindigkeit“ und die Mißachtung der „Vorfahrt“ festgestellt. Insbesondere bei schweren Unfällen spielt auch der „Alkoholeinfluß“ eine bedeutende Rolle. Trotz absoluten Alkoholverbotes am Steuer sind in der ehemaligen DDR 1990 starke Anstiege bei den Alkoholunfällen zu verzeichnen, während die Zahlen in den alten Ländern seit Jahren konstant bleiben. Fast jeder fünfte Verkehrstote wurde Opfer eines Alkoholunfalles. Allerdings ist die Unfallschwere in den östlichen Ländern mit 96 Getöteten je 1 000 Alkoholunfällen mit Personenschaden mehr als doppelt so hoch wie in den westlichen Ländern mit 43 Getöteten.

## 18 Energie und Rohstoffe

### 18.1 Energieverbrauch im Meinungsstreit

Vermehrter Energieeinsatz ist eine der wichtigsten Begleiterscheinungen des technischen Fortschritts und hat entscheidend zur Arbeitserleichterung, zur Steigerung der Produktivität und zu erhöhtem materiellen Wohlstand beigetragen. Erkauft werden diese Annehmlichkeiten u. a. durch raschen Abbau der Ressourcen und erhebliche Umweltbelastungen. Zielkonflikte zwischen dem Ausbau der Energieversorgung und der Sicherung der zukünftigen Verfügbarkeit von Energie sowie den Bemühungen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sind unausweichlich und bestimmen immer mehr die öffentliche Diskussion. Vor diesem Hintergrund erscheint es angebracht, die Bedeutung der Energie- und Rohstoffwirtschaft und des Umweltschutzes (vgl. Kap. 19) statistisch zu quantifizieren und damit zu einer objektiveren Abwägung der Argumente beizutragen.

Da bisher nur wenige vergleichbare Energie- und Rohstoffdaten für das Gebiet der ehemaligen DDR vorliegen, beziehen sich die Ausführungen dieses Kapitels fast ausschließlich auf das frühere Bundesgebiet.

### 18.2 Entwicklung des Energieverbrauchs

Zur Messung des Energieverbrauchs lassen sich zwei verschiedene Größen heranziehen: zum einen der Primärenergieverbrauch, der die aus der Natur gewonnenen Energiemengen angibt; zum anderen der Endenergieverbrauch, der den Verbrauch bei den Endabnehmern (im wesentlichen Industrie, Verkehr, Haushalte) angibt. Eine Unterscheidung beider Größen ist vor allem deshalb notwendig, weil die Primärenergieträger im Rohzustand meist nicht unmittelbar für Verbrauchszwecke nutzbar sind (z. B. kann man ein Auto nicht mit Rohöl, sondern nur mit Benzin oder Dieselmotorkraftstoff betreiben) und daher eine Umwandlung durchgeführt werden muß, bei der Energieverluste entstehen.

Das vereinfachte Schema der Energiebilanz verdeutlicht die Zusammenhänge:

*Primärenergieverbrauch*

- Nichtenergetischer Verbrauch (z. B. Verwendung als Rohstoff für die Kunststoffherzeugung)
- Verbrauch im Energiesektor
- Umwandlungsverluste
- = *Endenergieverbrauch.*

Tab. 1: Entwicklung des Energieverbrauchs im früheren Bundesgebiet in Petajoule<sup>1</sup>

Jahr	Primärenergieverbrauch	Endenergieverbrauch	Jahr	Primärenergieverbrauch	Endenergieverbrauch
1950	3 971	2 541	1979	11 964	7 892
1960	6 199	4 270	1980	11 436	7 529
1970	9 870	6 751	1981	10 964	7 221
1971	9 948	6 761	1982	10 596	6 888
1972	10 383	7 034	1983	10 689	6 916
1973	11 092	7 442	1984	11 022	7 194
1974	10 723	7 139	1985	11 284	7 389
1975	10 191	6 859	1986	11 338	7 535
1976	10 853	7 293	1987	11 373	7 524
1977	10 912	7 305	1988	11 425	7 438
1978	11 401	7 605	1989	11 219	7 223

1 1 Petajoule =  $10^{15}$  Joule.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Seit 1950 hat sich im früheren Bundesgebiet sowohl der Primär- als auch der Endenergieverbrauch etwa verdreifacht. Die Differenz zwischen beiden Größen lag 1989 bei rund 36 %.

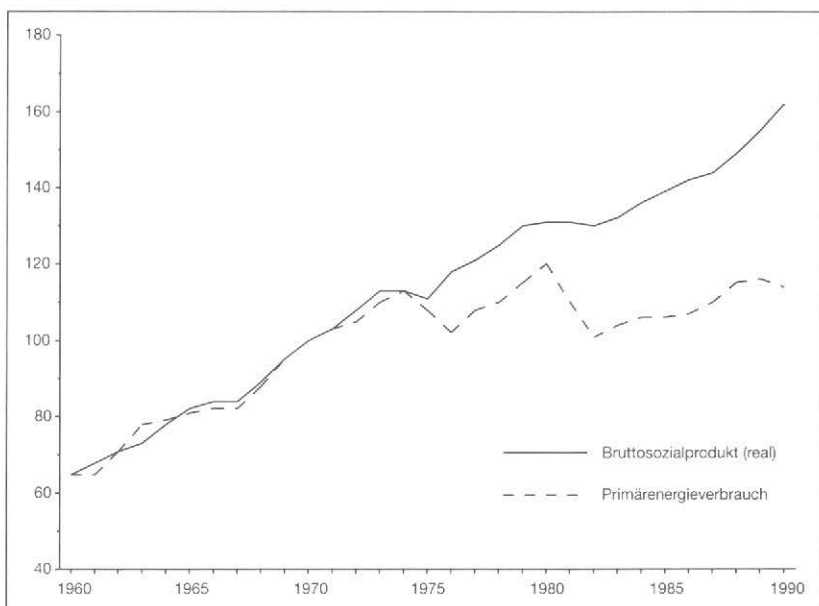
Zwischen 1950 und 1973, dem Jahr der ersten Ölpreiskrise, stieg der Energieverbrauch kontinuierlich an. Die jährlichen Zuwachsraten (bezogen auf den Primärenergieverbrauch) lagen im Durchschnitt bei 4,5 %. Seither ist die Aufwärtsentwicklung mehrmals unterbrochen worden. Nach einem Rückgang bis 1975 erhöhte sich der Energieverbrauch wieder und erreichte 1979 seinen bisherigen Höchststand. Die enormen Preisschübe beim Rohöl zu Beginn der 80er Jahre (vgl. 18.8) gingen mit einem nachlassenden Energieverbrauch einher. Von 1983 bis 1988 stieg er wieder kontinuierlich an, 1989 war er jedoch leicht rückläufig.

## 18.3 Energieverbrauch und Wirtschaftsentwicklung

Beim Meinungsstreit um den Ausbau der Energieversorgung geht es u.a. um die Frage, ob ein weiteres Anwachsen des Energieverbrauchs eine notwendige Bedingung künftigen Wirtschaftswachstums ist. Befürworter dieser These verweisen auf den Gleichschritt zwischen der Entwicklung des Primärenergieverbrauchs und des realen Bruttosozialprodukts, der bis 1973 zu beobachten war.

Die Auswirkungen der ersten Ölpreiskrise haben diese Entwicklung abrupt unterbrochen. Der Primärenergieverbrauch ging seinerzeit wesentlich stärker zurück als

Abb. 1: Wirtschaftswachstum und Steigerung des Primärenergieverbrauchs im früheren Bundesgebiet (1970 = 100)



das Bruttosozialprodukt. In diesem Zusammenhang wurde bereits von einer Lockerung der Abhängigkeit („Entkoppelung“) zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch gesprochen. In den nachfolgenden Jahren kehrte die Entwicklung von Bruttosozialprodukt und Primärenergieverbrauch teilweise zum Gleichschritt zurück, lief aber in einigen Jahren auch wieder auseinander. Es bleibt abzuwarten, ob auf längere Sicht jene Stimmen recht behalten werden, die es durchaus für möglich halten, daß der Einsatz energiesparender Technologien dazu führt, Wirtschaftswachstum bei stagnierendem oder gar rückläufigem Energieverbrauch zu erreichen.

## 18.4 Primärenergieverbrauch im Ländervergleich

In den Industrieländern bestimmen die kommerziellen Energieträger (Kohle, Mineralöl, Gas, Kernenergie und Wasserkraft) das Bild. Hauptenergiequelle der Dritten Welt ist dagegen eine Kombination kommerzieller und nicht-kommerzieller Brennstoffe: Brennholz und Holzkohle, tierische und pflanzliche Abfallprodukte. Rund 2,5

Tab. 2: Primärenergieverbrauch im internationalen Vergleich 1990

Land	je Einwohner in toe <sup>1</sup>	Anteile der Energieträger				
		Kohle	Mineralöl	Gas	Kern- energie	Wasser- kraft
		%				
<i>Europa</i>						
Deutschland <sup>2</sup>	4,438	36,9	36,8	15,5	9,6	1,1
Ehem. DDR	4,441	72,4	18,5	8,5	0,5	0,1
Belgien und Luxemburg	5,107	18,9	46,1	15,9	18,9	0,2
Dänemark	3,139	33,1	55,0	11,9	0,0	0,0
Finnland	4,765	13,9	46,0	9,7	19,0	11,4
Frankreich	3,637	9,2	43,3	12,2	29,8	5,5
Griechenland	2,347	35,6	61,4	0,4	0,0	2,5
Großbritannien und Nordirland	3,709	30,4	39,1	23,1	6,7	0,7
Irland	2,244	25,9	54,3	17,3	0,0	2,5
Italien	2,711	10,1	59,5	25,4	0,0	5,0
Niederlande	5,015	12,0	46,0	40,9	1,1	0,0
Norwegen	7,974	1,8	27,4	0,0	0,0	70,8
Österreich	3,630	12,8	39,2	18,3	0,0	29,7
Portugal	1,239	6,3	87,3	0,0	0,0	6,3
Schweden	6,063	3,2	29,6	1,2	31,2	34,9
Schweiz	4,338	1,4	45,4	4,6	20,6	28,0
ehem. Sowjetunion	4,641	20,5	29,9	42,2	3,2	4,2
Spanien	2,304	22,1	53,3	5,5	12,7	6,3
<i>Afrika</i>	0,350	33,6	41,8	14,6	1,2	8,8
<i>Amerika</i>						
Kanada	8,970	12,1	31,3	23,0	6,9	26,7
Vereinigte Staaten	7,918	24,1	39,5	24,8	7,9	3,6
<i>Asien</i>						
China <sup>3</sup>	0,606	76,6	16,8	1,9	0,0	4,7
Indonesien	0,242	8,0	70,4	17,5	0,0	4,1
Japan	3,533	17,2	56,2	10,4	11,2	4,9
Korea, Republik	2,098	27,9	52,8	3,2	14,4	1,7
Malaysia	1,108	3,0	53,3	37,6	0,0	6,1
Philippinen	0,219	5,9	84,6	0,0	0,0	9,6
Singapur	7,244	0,0	100	0,0	0,0	0,0
Taiwan	2,335	26,6	54,4	2,7	13,1	3,3
<i>Australien und Ozeanien</i>						
Australien	5,367	43,3	34,3	18,1	0,0	4,4
Neuseeland	4,932	10,2	28,3	24,7	0,0	36,7

 1 1 Tonne Öläquivalent/toe = 10<sup>9</sup> Kalorien bzw. 7,33 Barrel Rohöl.

2 Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand ab dem 3. 10. 1990.

3 Ohne Taiwan.

Mrd. Menschen – knapp die Hälfte der Weltbevölkerung – sind auf diese Energieträger angewiesen. Weltweit betrachtet ist Holz die wichtigste Energiequelle, da die meisten Menschen damit ihren täglichen Energiebedarf decken.

1990 betrug der kommerzielle Weltprimärenergieverbrauch 8 033,3 Mill. toe (die äquivalente Tonne Öl ist eine theoretische Berechnungseinheit). Die beiden Hauptverbraucher waren die Vereinigten Staaten (24,6 %) und die ehem. Sowjetunion (16,7 %). Den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch wies Kanada auf (8,97 toe/Einw.), gefolgt von Norwegen (7,97 toe/Einw.) und den Vereinigten Staaten (7,92 toe/Einw.). Im Gegensatz dazu lag der Pro-Kopf-Verbrauch in Afrika bei nur 0,35 toe/Einw.

Verfügbarkeit und Preisniveau der Energieträger prägen auch deren Bedeutung, d.h. ihren Beitrag zum gesamten Energieverbrauch. Dies wird beispielsweise deutlich an den hohen Anteilen der Energie aus Wasserkraft in Norwegen, Schweden, Österreich, der Schweiz und Kanada oder der großen Bedeutung von Kohle in China (ohne Taiwan), Australien, der Türkei und in Deutschland (darunter insbesondere in den neuen Bundesländern).

## 18.5 Rohstoffgewinnung

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt nur über sehr geringe Rohstoffvorkommen. Ausnahmen bilden lediglich die ergiebigen Lagerstätten von Salz, Steinkohle und Braunkohle. Bei der Versorgung mit allen übrigen Rohstoffen und Energieträgern ist die Bundesrepublik weitgehend auf Einfuhren angewiesen.

1990 wurden im früheren Bundesgebiet 70,2 Mill. Tonnen Steinkohle und 107,6 Mill. Tonnen Braunkohle gefördert. Steinkohle ist der einzige Energieträger, den die Bundesrepublik Deutschland in erwähnenswertem Umfang exportiert. Die Ausfuhr belief sich 1990 auf 5,1 Mill. Tonnen.

Tab. 3: Gewinnung wichtiger Rohstoffe im früheren Bundesgebiet 1990

Rohstoff	Förderung	
	Mill. t	Petajoule <sup>1</sup>
Braunkohle	107,6	883
Steinkohle	70,2	2 085
Erdöl	3,6	154
Erdgas	14,7 <sup>2</sup>	517

1 1 Petajoule =  $10^{15}$  Joule.

2 Mrd. m<sup>3</sup>, Heizwert = 35 169 kJ/m<sup>3</sup>.

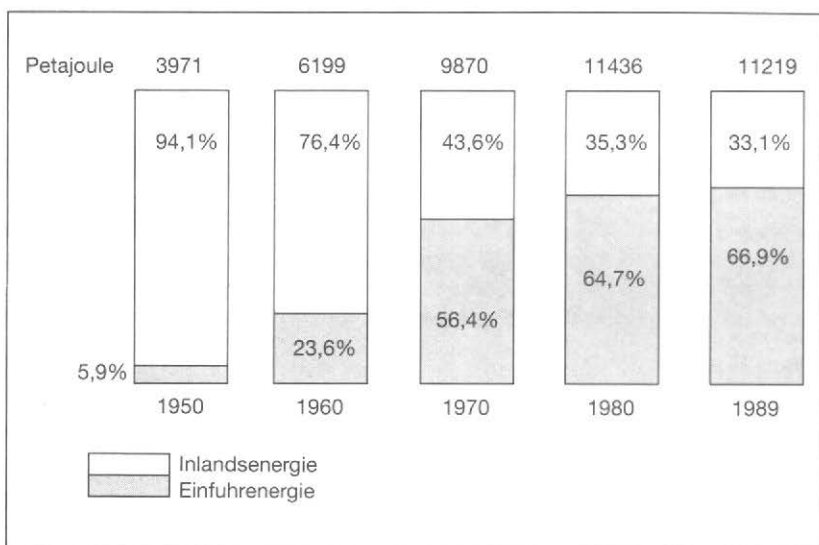


In geringen Mengen verfügen die alten Bundesländer auch über eigene Erdöl- und Erdgasvorkommen. Sie befinden sich hauptsächlich im Norddeutschen Tiefland. Insgesamt belief sich die Erdölförderung im früheren Bundesgebiet 1990 auf 3,6 Mill. Tonnen. Der Anteil an der gesamten verfügbaren Rohölmenge betrug rund 5 %. Einen größeren Beitrag zur Energieversorgung der Bundesrepublik als die inländische Erdölförderung leistet die heimische Erdgasgewinnung. Sie erreichte 1990 ein Volumen von knapp 15 Mrd. Kubikmeter.

## 18.6 Energieträger

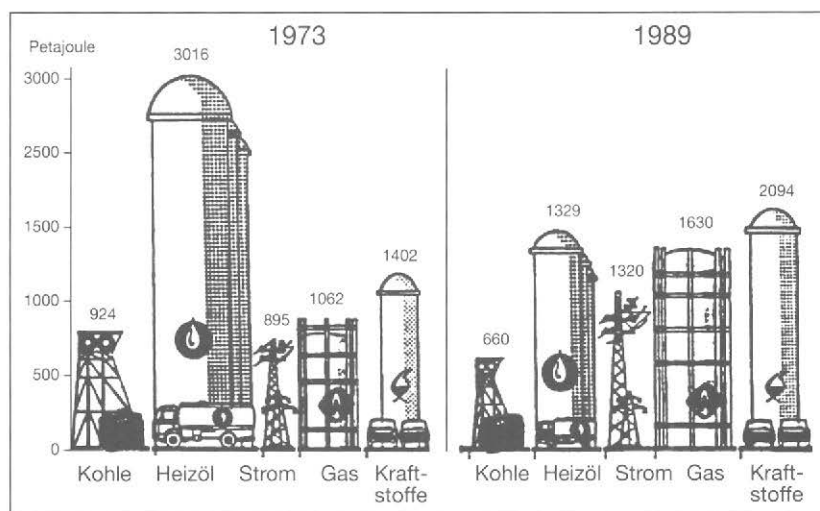
Der in den 50er und 60er Jahren stark gewachsene Energiebedarf wurde überwiegend durch den Import von Mineralöl gedeckt, das sich seinerzeit gegenüber den heimischen Energieträgern Braunkohle und Steinkohle als kostengünstiger erwies. Bei mengenmäßig etwa gleichbleibendem Einsatz von Kohle stieg der Mineralölverbrauch von 1950 bis 1980 fast auf das Dreißigfache. Hierdurch hat sich die Bedeutung der einzelnen Energieträger für die Energieversorgung der Bundesre-

Abb. 2: Primärenergieverbrauch nach Inlands- und Einfuhrenergie im früheren Bundesgebiet



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Abb. 3: Bedeutung der Energieträger beim Endenergieverbrauch im früheren Bundesgebiet



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

publik Deutschland erheblich verändert. 1950 hatte die Kohle noch einen Anteil von 88 %, 1980 nur noch von knapp 30 % an der gesamten Energieerzeugung, während auf Mineralöl fast die Hälfte entfiel.

Tab. 4: Primärenergieverbrauch nach Energieträgern im früheren Bundesgebiet

Jahr	Steinkohle		Braunkohle		Mineralöl		Naturgase		Kernenergie		Sonstige	
	Peta-joule	%	Peta-joule	%	Peta-joule	%	Peta-joule	%	Peta-joule	%	Peta-joule	%
1950	2 893	72,8	607	15,2	185	4,7	3	0,1	—	—	284	7,2
1960	3 760	60,7	856	13,8	1 301	21,0	32	0,5	—	—	249	4,0
1970	2 839	28,8	896	9,1	5 242	53,1	543	5,5	61	0,6	289	2,9
1980	2 259	19,8	1 149	10,0	5 443	47,6	1 887	16,5	420	3,7	278	2,4
1985	2 327	20,6	1 057	9,4	4 671	41,4	1 747	15,5	1 206	10,7	276	2,4
1986	2 278	20,1	970	8,6	4 911	43,3	1 736	15,3	1 134	10,0	309	2,7
1987	2 215	19,5	914	8,0	4 785	42,1	1 913	16,8	1 233	10,8	313	2,8
1988	2 189	19,2	925	8,1	4 793	42,0	1 855	16,2	1 375	12,0	288	2,5
1989	2 150	19,2	952	8,5	4 489	40,0	1 945	17,3	1 412	12,6	271	2,4

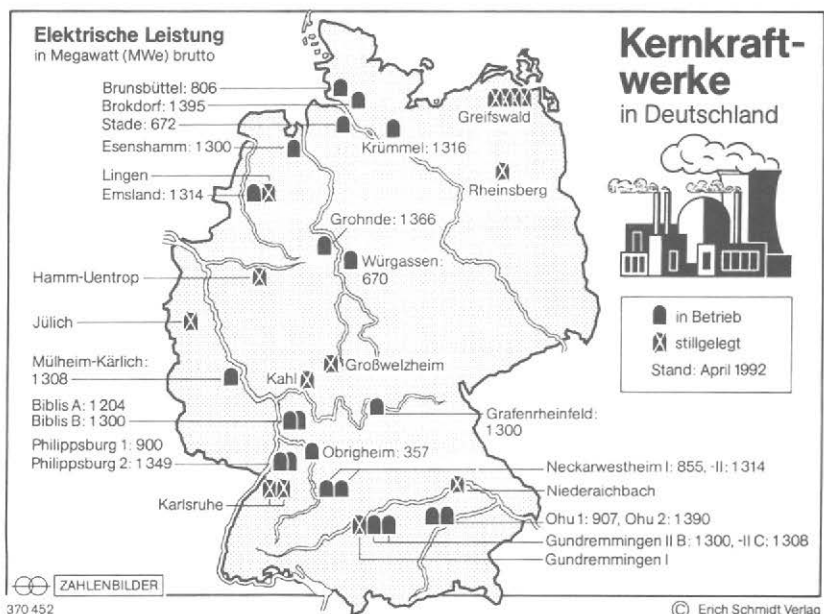
Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Tab. 5: Endenergieverbrauch nach Energieträgern im früheren Bundesgebiet

Jahr	Feste Brennstoffe		Kraftstoffe		Heizöl		Gas		Strom		Fernwärme	
	Petajoule	%	Petajoule	%	Petajoule	%	Petajoule	%	Petajoule	%	Petajoule	%
1950	2 041	80,3	112	4,4	16	0,6	235	9,3	122	4,8	12	0,5
1960	2 398	56,2	475	11,1	547	12,8	471	11,0	340	8,0	34	0,8
1970	1 356	20,1	1 197	17,8	2 586	38,4	759	11,3	718	10,6	127	1,9
1980	796	10,6	1 736	23,1	2 283	30,3	1 432	19,0	1 115	14,8	163	2,2
1985	822	11,1	1 806	24,4	1 797	24,3	1 533	20,7	1 230	16,7	191	2,6
1986	721	9,6	1 904	25,3	1 959	26,0	1 509	20,0	1 242	16,5	188	2,5
1987	672	9,0	1 966	26,1	1 771	23,5	1 634	21,7	1 271	16,9	201	2,7
1988	664	9,0	2 047	27,5	1 658	22,3	1 588	21,4	1 290	17,3	184	2,5
1989	660	9,2	2 094	29,0	1 329	18,4	1 630	22,6	1 320	18,3	182	2,5

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Allerdings haben die starken Ölpreiserhöhungen und die Furcht vor wachsender Abhängigkeit von den Öllieferanten Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre eine Rückbesinnung auf die heimischen Energiequellen bewirkt. Der Anteil von Mineralöl am gesamten Energieverbrauch belief sich 1989 auf rund 40 %.



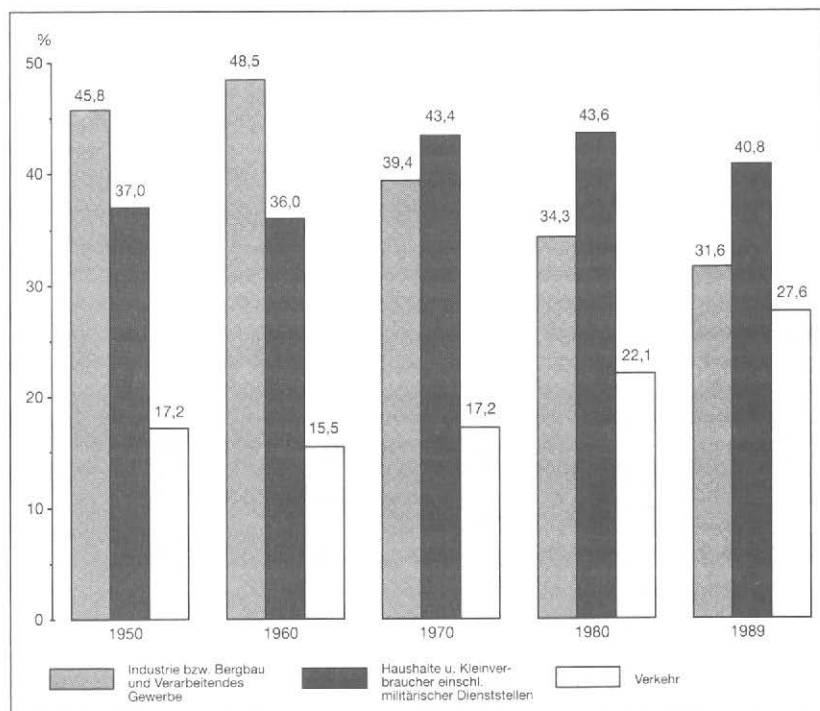
Nennenswerte Steigerungen verzeichnet die Kernenergie, die aus 26 in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken mittlerweile rund 13 % des Energiebedarfs deckt. An der Elektrizitätserzeugung im früheren Bundesgebiet hatte die Kernenergie im Jahr 1989 einen Anteil von rund 34 %.

Bei den Endabnehmern wirkt sich die geänderte Bedeutung der Energieträger insbesondere in nachlassendem Heizölverbrauch, aber wachsender Nachfrage nach Gas, Strom und Kraftstoff aus (vgl. Abb. 3).

## 18.7 Energieverbraucher

Der Energiebedarf der drei Verbrauchergruppen Industrie, Verkehr, Haushalte (einschl. Kleinverbraucher) hat sich in der Vergangenheit unterschiedlich entwik-

Abb. 4: Verbraucher von Endenergie im früheren Bundesgebiet



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

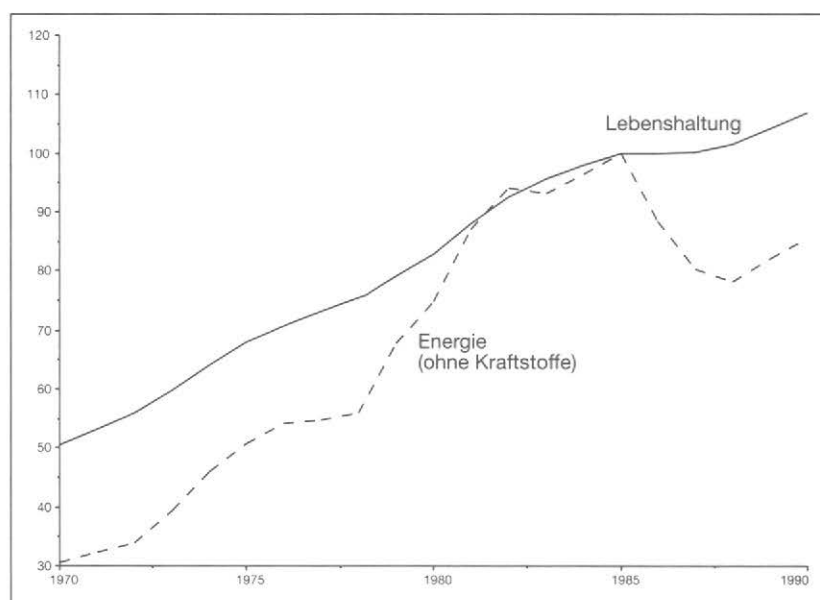
kelt. Während 1950 noch die Industrie mit einem Anteil von rund 46 % Hauptabnehmer von Endenergie war und Haushalte und Kleinverbraucher nur mit 37 % am Endverbrauch partizipierten, hat sich das Verhältnis mittlerweile umgekehrt.

Bei einer Zunahme des gesamten Endenergieverbrauchs zwischen 1950 und 1989 um 184 % betrug die entsprechende Wachstumsrate bei der Industrie 96 %, bei Haushalten und Kleinverbrauchern 225 % und beim Verkehr 355 %. Die Ursachen für diese unterschiedliche Entwicklung liegen insbesondere in der zunehmenden Ausstattung der privaten Haushalte mit elektrischen Haushaltsgeräten (vgl. 4.7), gewachsenen Verkehrsleistungen (vgl. Kap. 17) und relativ sparsamerem Energieeinsatz im Rahmen der Industrieproduktion.

## 18.8 Energiepreise

Kein anderer Teilbereich im Preisindex für die Lebenshaltung hatte in den 70er Jahren bis Mitte der 80er Jahre ähnlich starke Preissteigerungen aufzuweisen wie

Abb. 5: Energiepreisentwicklung (ohne Kraftstoffe) im früheren Bundesgebiet (1985 = 100)



Tab. 6: Einfuhr von rohem Erdöl nach Preis und Menge  
im früheren Bundesgebiet

Jahr	Mill. DM	1000 t	DM je t	Jahr	Mill. DM	1000 t	DM je t
1970	5 938	98 786	60	1981	49 107	79 247	620
1971	7 679	100 230	77	1982	44 712	72 542	616
1972	7 411	102 600	72	1983	37 771	65 213	579
1973	9 083	110 493	82	1984	41 663	66 934	622
1974	22 956	102 543	224	1985	39 918	64 193	622
1975	19 718	88 414	223	1986	16 951	66 569	255
1976	23 825	97 669	244	1987	16 017	63 840	251
1977	23 537	96 290	244	1988	14 830	72 037	206
1978	19 970	94 375	212	1989	17 046	66 327	257
1979	29 895	107 355	279	1990	20 195	72 400	279
1980	44 168	96 876	456				

die Warengruppe „Energie“. In dieser Entwicklung kommen die Preisschübe auf den internationalen Rohölmärkten und ihre Folgewirkungen zum Ausdruck. Der Preis je eingeführte Tonne Rohöl ist von 60 DM im Jahre 1970 auf 622 DM im Jahre 1985 gestiegen, also auf mehr als das Zehnfache. 1990 lag der Rohölpreis bei 279 DM je Tonne und damit ebenso hoch wie zu Beginn der zweiten Ölkrise Ende der 70er Jahre (vgl. Tab. 6).

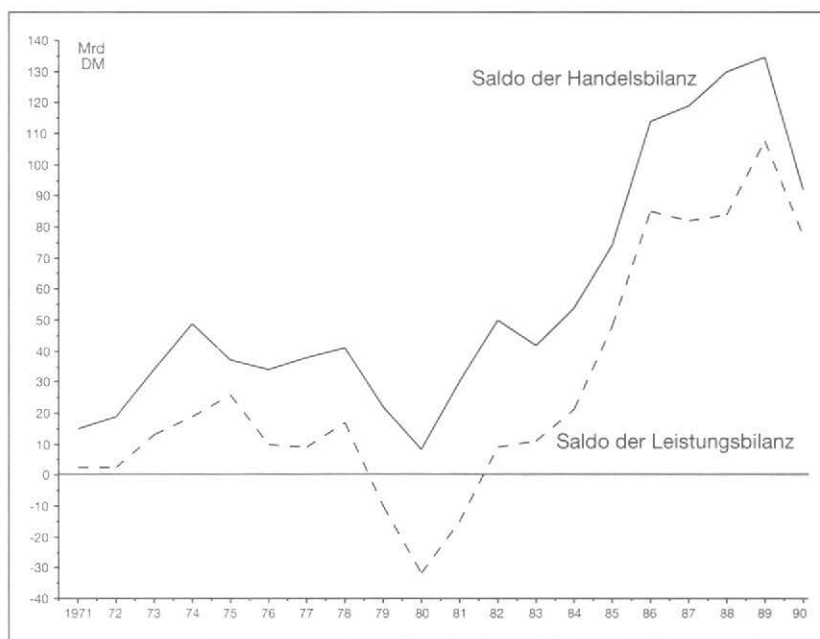
Tab. 7: Einfuhr von rohem Erdöl aus den wichtigsten Förderländern  
im früheren Bundesgebiet

Land	1976	1990 <sup>1</sup>	
	1000 t	1000 t	DM je t
Großbritannien u. Nordirland	690	14 874	283
Libyen	21 118	11 493	286
ehem. Sowjetunion	3 324	5 626	254
Norwegen	1 130	6 603	309
Algerien	10 506	3 486	311
Venezuela	1 400	4 577	242
Saudi-Arabien	18 773	6 009	258
Nigeria	9 085	6 127	307
Iran	18 018	2 745	229
Angola	21	1 073	353

1 Vorläufige Ergebnisse.

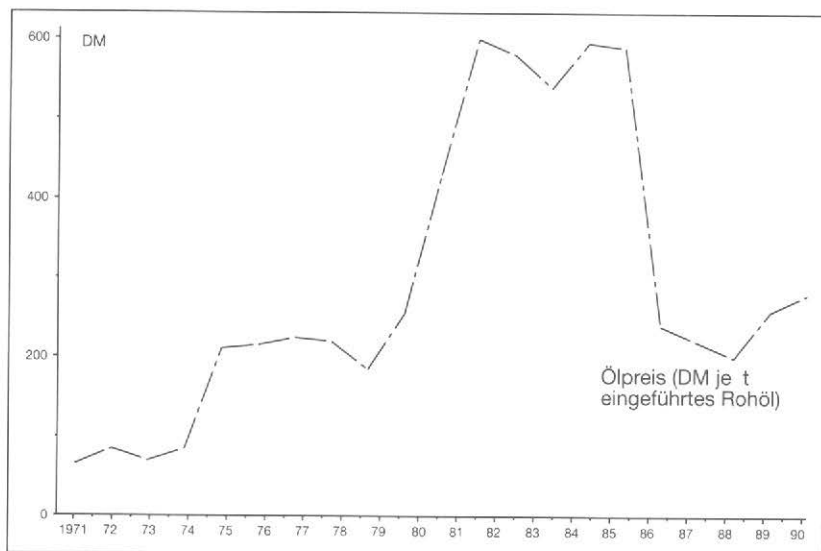
Preisunterschiede bei den einzelnen Förderländern haben neben anderen Ursachen (z. B. neue Funde) zu einer Änderung der Rangfolge der Lieferanten geführt (vgl. Tab. 7). 1976 stammten noch über 90 % der bundesdeutschen Ölimporte aus OPEC-Staaten, 1990 nur noch 52 %. Demgegenüber erhöhte sich im gleichen Zeitraum der entsprechende Anteil des Nordseeöls von rund 1 % auf 30 %. Die wichtigsten Länder, aus denen das frühere Bundesgebiet Mineralöl bezog, waren 1990 Großbritannien und Nordirland, Libyen und Norwegen.

Abb. 6: Entwicklung der Leistungsbilanz im früheren Bundesgebiet



Die Schwankungen des Ölpreises haben nicht nur gravierende Auswirkungen auf die Kostenrechnung der Unternehmen und das Portemonnaie der privaten Haushalte, sondern auch auf die Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Abb. 6). Der drastische Preisanstieg für eingeführte Energie war eine der wesentlichen Ursachen dafür, daß die deutsche Leistungsbilanz in den Jahren 1979 bis 1981 in ein zeitweilig hohes Defizit geraten war. Mit dem Ölpreisrückgang (vgl. Abb. 7) in den letzten Jahren hat sie sich umgekehrt erheblich aktiviert.

Abb. 7: Entwicklung des Ölpreisdurchschnittswertes  
im früheren Bundesgebiet





# 19 Umweltbelastung und Umweltschutz

## 19.1 Umweltgefährdung als Herausforderung

Zunehmende Umweltbelastungen als Folge der industriellen und technischen Entwicklung haben Natur- und Umweltschutz in den vergangenen Jahren mehr öffentlicher Aufmerksamkeit verschafft als andere Politikbereiche. Persönlich erlebte Umweltschädigungen, wie Lärmbelästigung, Luft- und Wasserverschmutzung, aber auch die Aufklärungsarbeit der Umweltschutzverbände und der Medien, insbesondere über das Waldsterben, die Veränderung der Erdatmosphäre und die Umwelt belastende Unfälle, führten in weiten Bevölkerungskreisen zu einem geschärften Bewußtsein für die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen. Zugleich ist das Engagement für die Ziele des Umweltschutzes gewachsen. Die Bundesregierung trug dieser Entwicklung bereits 1971 mit dem Umweltprogramm Rechnung, in dem sie der Umweltpolitik den gleichen Rang einräumte wie anderen großen öffentlichen Aufgaben. Die Einrichtung des Umweltbundesamtes und des Sachverständigenrats für Umweltfragen haben in den 70er Jahren weitere Voraussetzungen für eine aktive Umweltpolitik geschaffen. Daneben wurde eine Reihe wichtiger Rechtsvorschriften zum Schutz der Umwelt erlassen, wie z. B. das Bundes-Immissionsschutzgesetz, das Abwasserabgabengesetz und das Abfallgesetz. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wurde 1987 eingerichtet. Neuerdings wird diskutiert, ob der Umweltschutz als Staatsziel in das Grundgesetz aufgenommen werden soll.

Eine erfolgreiche Umweltpolitik benötigt als Basismaterial umfassende und gesicherte Daten zur Beurteilung der Umweltverhältnisse. Die Ursachenforschung und die Datensammlung nehmen bereits beträchtliche Ausmaße an, obgleich noch immer Lücken vorhanden sind. Gerade auch im Hinblick auf die gravierenden Umweltprobleme in den neuen Bundesländern sind verlässliche Daten unabdingbar. Das Statistische Bundesamt führt seit 1975 in mehrjährigen Abständen Statistiken über Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung durch. Seit 1982 gab der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten jährlich eine Waldschadenserhebung in Auftrag. Über andere umweltrelevante Teilbereiche, wie Lärmbelästigung und Luftverschmutzung, liegen im wesentlichen einige Daten aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich vor, so etwa Meßergebnisse, Beobachtungsreihen u.ä., sowie die Ergebnisse aus Meinungsumfragen, die das subjektive Empfinden zur Umweltbelastung widerspiegeln. Darüber hinaus sind seit kurzem Bestrebungen im Statistischen Bundesamt im Gange, im Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen ein Gesamtbild des Zustandes der Umwelt und seiner Veränderungen sowie der vielfältigen Zusammenhänge zwi-

schen Ökonomie und Umwelt zu erstellen. Nachfolgend können allerdings nur ausgewählte umweltrelevante Themen behandelt werden.

## 19.2 Abfälle

Abfälle, die sichtbaren Zeichen der „Wegwerfgesellschaft“, stellen trotz aller Bemühungen und Erfolge um Wiederverwendung ein beachtliches Umweltproblem dar. Dabei ergibt sich die Gefährdung der Umwelt und der menschlichen Gesundheit weniger aus den gewaltigen Müllbergen als aus der Zusammensetzung der Abfälle.

Im früheren Bundesgebiet sind 1987 insgesamt 243 Mill. Tonnen Abfälle angefallen. Etwa 90 % der Abfälle entstehen im Produzierenden Gewerbe. Läßt man Bauschutt und Bodenaushub (108 Mill. Tonnen), den im Bergbau entstehenden Abraum (70 Mill. Tonnen), die Schlämme aus der Abwasserreinigung (1,6 Mill. Tonnen Trockensubstanz) sowie die hausmüllähnlichen Abfälle der Industriebetriebe, wie z. B. Kantinenabfälle (6 Mill. Tonnen), außer acht, kommt man auf eine im Produktionsprozeß anfallende Abfallmenge von rund 34 Mill. Tonnen. Die mit Abstand größten Abfallproduzenten im Verarbeitenden Gewerbe waren 1987 die Chemische Industrie mit 8,1 Mill. Tonnen und die Eisenschaffende Industrie mit 4,7 Mill. Tonnen produktionspezifischen Abfällen.

Mit 20 Mill. Tonnen oder 8,2 % der gesamten Abfallmenge von 1987 trugen die privaten Haushalte, das Kleingewerbe und der Dienstleistungsbereich zur Abfallentstehung bei. Pro Kopf der Bevölkerung fiel eine Müllmenge von etwa 375 Kilogramm im Jahr an. Außerdem wurden 1987 zusammen 2,3 Mill. Tonnen (38 Kilogramm pro Kopf) verwertbare Abfälle vom übrigen Hausmüll getrennt gesammelt, darunter alleine 1,7 Mill. Tonnen Altglas und Altpapier. 68 000 Tonnen schadstoffhaltige Abfälle wurden bei Schadstoffmobilen und ähnlichen Einrichtungen abgegeben.

Wegen ihres spezifischen Charakters werden die Abfälle der Krankenhäuser in der Statistik gesondert ausgewiesen. 1987 kam aus diesem Bereich eine Abfallmenge von 947 000 Tonnen. Ein Fünftel (198 000 Tonnen) entstand unmittelbar im Zusammenhang mit der medizinischen Betreuung.

Die im Bereich der öffentlichen Hand anfallenden Abfallmengen (z. B. bei der Straßenreinigung oder in Kläranlagen) summierten sich 1987 auf 3 Mill. Tonnen.

Einer besonderen Überwachung unterliegen die sogenannten Sonderabfälle, die nach Art, Beschaffenheit oder Menge in besonderem Maße gesundheits-, luft- oder wassergefährdend, explosibel bzw. brennbar sind. Ihre Gesamtmenge betrug 1987 nach den damals geltenden abfallrechtlichen Bestimmungen 2,2 Mill. Tonnen. 1990 wurde durch neue Verordnungen der Begriff dieser „besonders überwa-

chungsbedürftigen Abfälle" neu definiert und dadurch auf zahlreiche weitere Abfallarten ausgedehnt. Hätten die neuen Regelungen schon 1987 gegolten, so wären ca. 10 Mill. Tonnen als Sonderabfälle eingestuft worden.

Hausmüll und ähnliche Gewerbeabfälle sowie Bauschutt und Bodenaushub werden größtenteils von den Abfallbeseitigungsanlagen der öffentlichen Hand aufgenommen, während die produktionsspezifischen Abfälle überwiegend von eigenen Einrichtungen der Industrie entsorgt werden. An die im Jahre 1987 von der öffentlichen Hand betriebenen 3 082 Deponien, 47 Abfallverbrennungsanlagen, 60 Kompostierungsanlagen sowie 31 sonstigen Anlagen (z.B. chemische und physikalische Behandlungsanlagen, Sortier- und Recyclinganlagen) wurden insgesamt 95,6 Mill. Tonnen Abfälle geliefert.

Tab. 1: Abfallentsorgung durch die öffentliche Hand  
im früheren Bundesgebiet

Abfallart	1980	1982	1984	1987
	Mill. t			
Insgesamt	80,6	77,6	82,3	95,6
darunter:				
Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, einschließlich Sperrmüll, Straßenkehrschutt, Marktabfälle	31,7	28,8	29,6	31,3
Bauschutt, Bodenaushub	44,2	42,8	46,5	57,0
Abfälle aus der Produktion ohne Bauschutt und Bodenaushub	4,0	5,3	5,3	6,4

Die Industrie verfügte 1987 u.a. über rund 1 100 betriebseigene Deponien und etwa 80 betriebseigene Abfallverbrennungsanlagen im engeren Sinne. Außerdem wurden Abfälle auch in fast 2 000 weiteren Feuerungsanlagen der Industrie verbrannt, die überwiegend der Energieerzeugung dienen. Insgesamt wurden 97 Mill. Tonnen Abfälle in den betriebseigenen Anlagen entsorgt, darunter 68 Mill. Tonnen Bergematerial aus dem Bergbau, 15,8 Mill. Tonnen produktionsspezifische Abfälle und 313 000 Tonnen industrielle Sonderabfälle.

Die 269 gewerblich betriebenen Anlagen der Entsorgungswirtschaft haben 1987 mit 5,7 Mill. Tonnen zur Entsorgung beigetragen, darunter auch 412 000 Tonnen Sonderabfälle und 1,4 Mill. Tonnen weiterer industrieller Produktionsabfälle. Außerdem wurden etwa 3,8 Mill. Tonnen Bauschutt und Bodenaushub in diesen Anlagen deponiert.

## 19.3 Wassergewinnung und Abwasserbeseitigung

Häusliche und industrielle Abwässer belasten in hohem Maße die Flüsse und Seen des Bundesgebietes. Gefährdet wird hierdurch nicht nur das Oberflächenwasser, sondern auch das Grundwasser, das insbesondere der Trinkwasserversorgung dient.

1987 wurden im früheren Bundesgebiet der Natur rund 45 Mrd. Kubikmeter Wasser entnommen; entsprechend hoch war die Abwassermenge. Den größten Teil des Wassers brauchen die Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung, die es überwiegend als Kühlwasser wieder ableiten. Am gesamten Abwasser machte der Kühlwasseranteil 1987 77 % aus, produktionsspezifische Abwässer trugen mit 4 % bei und 19 % bestanden aus sonstigem Abwasser. Fast ein Viertel der Abwassermenge (mehr als 10 Mrd. Kubikmeter) wurde mechanisch, biologisch, chemisch oder chemisch-physikalisch behandelt. Von der unbehandelt abgeleiteten Menge (36 Mrd. Kubikmeter) stammten 98 % aus Kühlprozessen, die – zwar nicht verschmutzt, aber erwärmt – direkt in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund führen.

Das Abwasser der privaten Haushalte wurde 1987 zu 93 % durch öffentliche Anlagen gesammelt und abgeleitet. Das bedeutet, daß rund 93 % der Bevölkerung an ein mittlerweile ca. 291 000 km langes Kanalnetz angeschlossen sind. Das Abwasser von rund 95 % der an öffentliche Kanalisationen angeschlossenen Einwohner wird in Kläranlagen biologisch behandelt.

Etwa 60 % des industriellen Schmutzwassers wurde 1987 in mehr als 6 000 betriebseigene Behandlungsanlagen eingeleitet, rund 17 % gelangten unbehandelt in die öffentliche Kanalisation und 23 % unbehandelt in die Gewässer.

Tab. 2: Wassergewinnung 1987 im früheren Bundesgebiet

Wirtschaftszweig	Wasser- gewinnung insge- samt	Grund- und Quell- wasser	Ober- flächen- wasser	Ufer- filtrat
	Mill. m <sup>3</sup>			
Öffentliche Wasserversorgung	4 918	3 664	966	287
Wasserversorgung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	9 222	2 286	6 373	563
Wasserversorgung bei Wärmekraft- werken für die öffentliche Versorgung	30 028	42	29 977	8
Sonstige Wasserversorgung <sup>1</sup>	416	289	112	15
Insgesamt	44 583	6 281	37 428	873

<sup>1</sup> Z. B. Landwirtschaft (Bewässerung).

Tab. 3: Abwasserbeseitigung 1987 im früheren Bundesgebiet

Wirtschaftszweig	Direkt einge- leitetes Abwasser insgesamt <sup>1</sup>	Behan- deltes Abwasser	darunter biologisch	Unbehan- deltes Abwasser	darunter Kühl- wasser
	Mill. m <sup>3</sup>				
Öffentliche Abwasserbeseitigung	8 941 <sup>2</sup>	8 823	8 602	118	–
Abwasserbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	7 585	1 451	673	6 134	5 582
Abwasserbeseitigung bei Wärme- kraftwerken für die öffentliche Versorgung	29 462	15	0	29 447	29 423
Sonstige Abwasserbeseitigung	318	244	182	74	54
Insgesamt	46 306	10 533	9 457	35 773	35 059

<sup>1</sup> In ein Gewässer bzw. in den Untergrund.

<sup>2</sup> Einschl. Niederschlags- und Fremdwasser.

## 19.4 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

Die Lagerung und insbesondere der Transport wassergefährdender Stoffe stellen eine akute Gefahrenquelle dar, wie z.B. die durch Tankerunfälle verursachten Schäden besonders drastisch gezeigt haben. In der Bundesrepublik Deutschland (nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990) wurden 1989 insgesamt 1 638 Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe registriert. Bei 1 463 Unfällen liefen 2 923 Kubikmeter wassergefährdende Stoffe aus, davon konnten insgesamt 1 715 Kubikmeter aufgefangen werden. Bei 86 % der Unfälle wurden Unfallfolgen, wie z.B. Verunreinigung des Bodens, eines Gewässers oder einer Wasserversorgung, festgestellt. Zwei Drittel aller Unfälle ereigneten sich mit leichtem Heizöl und Dieselmotortreibstoff.

## 19.5 Luftbelastung

### 19.5.1 Datenerhebung

Die Überwachung der Luftbelastung in der Bundesrepublik Deutschland ist im Fünften Teil des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) festgelegt. Die Länder haben danach Belastungsgebiete, das sind Gebiete, in denen zu erwarten ist, daß schädliche Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen (gasförmige

oder feste Spurenstoffe, Lärm, Gerüche) hervorgerufen werden können, festzulegen und in diesen Gebieten die Luftbelastung zu überwachen.

Die Auswahl der Schadstoffkomponenten, die in Belastungsgebieten zu messen sind, obliegt den zuständigen Landesbehörden und wird in Abhängigkeit von der Belastungsstruktur, durch Verkehr, Industrie- und Gewerbeansiedlungen, festgelegt. Die Komponenten, die in den jeweiligen Belastungsgebieten in der Bundesrepublik Deutschland gemessen werden, stimmen im wesentlichen überein. Dies ist Resultat der ähnlichen Belastungsstruktur in allen Belastungsgebieten und dem Bemühen, vergleichbare Ergebnisse zu erhalten.

Die von den Ländern geschaffenen Überwachungsbehörden berichten in unregelmäßiger Folge in einem vom BImSchG vorgeschriebenen „Luftreinhalteplan“ über die Emissionsstruktur, die Immissionsbelastung, über Wirkungen und über Maßnahmen, die zum Zwecke der Luftreinhaltung getroffen wurden oder getroffen werden sollen.

Um einen Anhaltspunkt für die Bedeutung der gemessenen Schadstoffkonzentrationen zu haben, werden sie mit Grenzwerten verglichen, deren Einhaltung gewährleisten soll, daß keine schädlichen Auswirkungen der Luftbelastung, auch für Risikogruppen, zu befürchten sind. Die Grenzwerte werden auch herangezogen, um bei Neuansiedlung von Emittenten (genehmigungsbedürftige Anlagen) über die Genehmigung zu entscheiden.

Neben der Immissionsüberwachung in Belastungsgebieten wird punktuell in Waldgebieten die Immission und die Deposition (Ablagerung von Schadstoffen auf dem Boden und im Kronendach) erfaßt sowie in abgelegenen Regionen, meist auf Bergkuppen, die sogenannte Hintergrundbelastung in einem Meßnetz des Umweltbundesamtes gemessen.

## 19.5.2 Problembereiche

### *Ozon*

Ozon ( $O_3$ ) ist heute die Schadstoffkomponente, der in Belastungsgebieten die größte Aufmerksamkeit gewidmet wird. Anders als andere Komponenten, wie Schwefeldioxid ( $SO_2$ ), Kohlenmonoxid (CO) und Schwebstaub, die durch wirkungsvolle Abgasreinigung und vollständige Verbrennung in ihrer Konzentration in Belastungsgebieten abgenommen haben, ist die Ozonkonzentration angestiegen, noch verstärkt durch heiße, trockene Sommer. Ozon ist kein primär emittierter Schadstoff, sondern bildet sich in komplizierten Reaktionswegen vornehmlich aus den Vorläufersubstanzen Kohlenwasserstoffe und Stickoxide unter Einwirkung von Sonnenstrahlung.

Während der Anstieg des troposphärischen Ozons (bodennahes Ozon) wegen seiner in hohen Konzentrationen (oberhalb 120 Mikrogramm pro Kubikme-

ter<sup>1)</sup> möglicherweise schädlichen Auswirkungen für den Menschen und für Pflanzen Besorgnis bereitet, ist es in der Stratosphäre die Abnahme des Ozons („Ozonloch“).

Mit „Ozonloch“ wird der drastische Rückgang des stratosphärischen Ozons bezeichnet. Die Abnahme der Gesamt ozonmenge (aufaddiert über alle Höhenstufen) beträgt z. B. im Frühjahr über der Antarktis bis zu 60 %. Das „Ozonloch“ ist aber bloß die drastische Formulierung des Symptoms der allgemeinen stratosphärischen Ozonabnahme. Als Auslöser dafür werden vor allem Chlorverbindungen (die bekanntesten davon sind die Fluorchlorkohlenwasserstoffe, abgekürzt FCKW) angesehen, die wegen ihrer Reaktionsträgheit in die Stratosphäre (Entfernung von der Erdoberfläche: 15–50 km) aufsteigen können und dort in einem komplizierten katalytischen Reaktionsvorgang große Mengen an Ozon abbauen können. In Tabelle 4 sind ozonabbauende Stoffe in den Konzentrationsgrößenordnungen, in denen sie auftreten, aufgeführt.

Tab. 4: Ozonabbauende Stoffe

	Hintergrundkonzentration <sup>1</sup>	Jährl. Zunahme in %	Relatives Ozonschädigungspotential
Trichlorfluormethan (F 11)	0,2 ppb	5,7	1,0
Dichlordifluormethan (F 12)	0,32 ppb	6,0	1,0
Dichlorfluormethan (22)	0,05 ppb	11,7	0,05–0,10
Trifluortrichlorethan (F 113)	0,03 ppb	10,0	0,8
Tetrachlorkohlenstoff	0,14 ppb	2,1	1,0
1,1,1-Trichlorethan	0,12 ppb	13,0	0,2
Halon 1211 (CF <sub>2</sub> BrCl)	2,0 ppt	10–30	3,0
Halon 1301 (CF <sub>3</sub> Br)	1,0 ppt	·	10,0
Distickstoffoxid	304 ppb	0,25	·

1 ppb = part per billion = 1: 1 000 000 000.

ppt = part per trillion = 1: 1 000 000 000 000.

Quelle: WMO-Report No. 16 „Atmospheric Ozone“, 1985.

Die gegenläufige Entwicklung des Ozons in der Stratosphäre und der Troposphäre läßt nicht den Schluß zu, daß insgesamt eine Kompensation stattfindet. Das stratosphärische Ozon ist mengenmäßig ungleich mehr als das troposphärische, so daß ein troposphärischer Anstieg – in der Größenordnung, die zur Zeit geschieht – die Auswirkungen stratosphärischer Ozonabnahme (verstärktes Eindringen von Ultravioletter-B-Strahlung) nicht einzudämmen vermag.

1  $\mu\text{g}/\text{m}^3$  = Mikrogramm pro  $\text{m}^3$  = eine Millionstel Gramm pro  $\text{m}^3$ .

## Treibhauseffekt

Der Treibhauseffekt bewirkt die für Mensch, Tier und Pflanze notwendigen Klimaverhältnisse auf der Erde. Ohne den Treibhauseffekt wäre auf der Erdoberfläche eine Durchschnittstemperatur von  $-15^{\circ}\text{C}$  zu erwarten, das wären  $30^{\circ}\text{C}$  weniger als gegenwärtig. Die Existenz des Treibhauseffekts ist Lebensbedingung alles irdischen Lebens. Unter dem Treibhauseffekt ist die Absorption und teilweise Rückstrahlung des von der Erde in die Atmosphäre abgestrahlten Infrarotlichtes zu verstehen. Der Treibhauseffekt ist ein sekundärer Effekt auf die Sonneneinstrahlung. Primär ist die Abstrahlung der Erde. Der Treibhauseffekt, von dem in der öffentlichen Diskussion gesprochen wird, ist nicht dieser quasi natürliche Effekt, sondern die Besorgnis, daß der „natürliche“ Treibhauseffekt anthropogen, d. h. durch menschliche Einwirkungen bedingt eine Veränderung dahingehend erfährt, daß es zu einer „Aufheizung“ der Atmosphäre kommt. Es wird angenommen, daß die vom Menschen emittierten klimarelevanten Spurengase eine solche Veränderung herbeiführen. Als sogenannte Treibhausgase sind mit ihrem prozentualen Anteil am zusätzlichen Treibhauseffekt zu nennen:

Kohlendioxid ( $\text{CO}_2$ )	50 %
Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW)	20 %
Methan ( $\text{CH}_4$ )	15 %
Ozon ( $\text{O}_3$ )	10 %
Distickstoffdioxid ( $\text{N}_2\text{O}$ )	5 %

## Emissionen

Emissionsdaten setzen sich in der Emissionsstatistik aus zwei Komponenten zusammen:

- aus emissionsrelevanten Aktivitäten und
- zugehörigen Emissionsfaktoren.

Emissionsrelevante Aktivitäten sind Energieverbrauch, Produktherstellung, Produktnutzung und Abfallbeseitigung.

Emissionsfaktoren sind Kennwerte für das mittlere Emissionsverhalten von Anlagen, die vom Umweltbundesamt (UBA) aufgrund von Stichproben und theoretischen Erwägungen festgelegt und ermittelt sowie beständig überprüft und erneuert werden.

Es werden im wesentlichen zwei Darstellungsformen für die Emissionsdarstellung benutzt:

- Für wirtschaftliche Sektoren und Subsektoren (Verkehr, Haushalte, Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau usw.) werden die Emissionen an Massenschadstoffen<sup>1</sup> in zeitlicher Entwicklung dargestellt.

<sup>1</sup> Das Umweltbundesamt legt in seinem Berichtsband „Daten zur Umwelt“ von 1988/89 für folgende Stoffgruppen Emissionsdarstellungen in zeitlicher Entwicklung dar:

- für die anorganischen Gase  $\text{SO}_2$ ,  $\text{NO}_x$ ,  $\text{CO}$  und  $\text{CO}_2$ ,
- für die organischen Gase als Summenwerte und
- für Stäube ebenso als Summenwerte.



- Zur Darstellung der räumlichen Verteilung von Emissionen werden sowohl für einzelne Sektoren als auch in der Zusammenfassung aller Emittentengruppen Emissionskataster erstellt. Darstellungseinheit ist dabei nicht eine emittierende Anlage, z.B. ein Kraftwerk, sondern ein Quadrat mit den Abmessungen  $10 \times 10$  km.

Tab. 5: Jährliche Schadstoffemissionen

Jährliche Schadstoffemissionen	Einheit	1970	1990 <sup>1</sup>
<b>Staub</b>	1 000 t	1 150	290
Kraft- und Fernheizwerke	%	25,8	10,0
Industrie-Feuerung	%	9,0	6,2
Industrie-Prozesse	%	40,7	47,2
Kleinverbraucher	%	2,1	2,1
Haushalte	%	15,3	7,9
Straßenverkehr	%	3,2	21,0
Übriger Verkehr	%	4,0	5,5
<b>Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>)</b>	1 000 t	3 750	1 000
Kraft- und Fernheizwerke	%	45,5	38,3
Industrie-Feuerung	%	28,9	31,2
Industrie-Prozesse	%	2,4	9,1
Kleinverbraucher	%	6,4	5,6
Haushalte	%	12,6	8,1
Straßenverkehr	%	1,7	5,1
Übriger Verkehr	%	2,4	2,6
<b>Stickoxide (als NO<sub>2</sub>)</b>	1 000 t	2 400	2 700
Kraft- und Fernheizwerke	%	25,8	14,0
Industrie-Feuerung	%	21,3	9,8
Industrie-Prozesse	%	2,3	0,7
Kleinverbraucher	%	2,4	1,4
Haushalte	%	3,8	2,7
Straßenverkehr	%	33,6	62,2
Übriger Verkehr	%	10,9	9,1
<b>Kohlenmonoxid (CO)</b>	1 000 t	14 500	8 400
Kraft- und Fernheizwerke	%	0,2	0,5
Industrie-Feuerung	%	11,1	8,6
Industrie-Prozesse	%	6,2	7,7
Kleinverbraucher	%	2,0	1,4
Haushalte	%	19,1	6,5
Straßenverkehr	%	57,9	72,4
Übriger Verkehr	%	3,5	2,9

<sup>1</sup> Vorläufige Ergebnisse.

Jährliche Schadstoffemissionen	Einheit	1970	1990 <sup>1</sup>
Kohlendioxid (CO <sub>2</sub> )	1 000 t	750	730
Kraft- und Fernheizwerke	%	28,4	35,3
Industrie-Feuerung	%	28,6	19,8
Industrie-Prozesse	%	3,3	2,4
Kleinverbraucher	%	9,1	6,5
Haushalte	%	16,8	13,1
Straßenverkehr	%	9,0	18,2
Übriger Verkehr	%	4,8	4,8
Flüchtige organische Verbindungen	1 000 t	2 900	2 550
Kraft- und Fernheizwerke	%	0,5	0,5
Industrie-Feuerung	%	1,0	0,9
Industrie-Prozesse	%	17,1	4,3
Kleinverbraucher	%	0,7	0,4
Haushalte	%	6,8	2,1
Straßenverkehr	%	32,7	48,2
Übriger Verkehr	%	3,0	2,6
Lösemittelverwendung	%	38,2	41,0

1 Vorläufige Ergebnisse.

Wesentliches Ergebnis von Emissionskatastern und den Emissionsdarstellungen in zeitlicher Abfolge ist, daß die Emissionen für Staub, Kohlenmonoxid und Schwefeldioxid erheblich gesenkt werden konnten, während bei Stickoxiden und flüchtigen organischen Verbindungen ein solcher Erfolg nicht zu verzeichnen ist (vgl. Tab.5).

## 19.6 Lärm

Lärm gilt in weiten Kreisen der Bevölkerung als große Belastung. Die letzte amtliche Befragung zu diesem Thema fand im früheren Bundesgebiet im Rahmen der Wohnungsstichprobe 1978 statt, in der auch Fragen zur Beurteilung der Wohngegend im Hinblick auf Lärmbelastigungen gestellt wurden. Danach gilt als häufigste Störquelle der Straßenverkehrslärm; an zweiter Stelle liegt der Fluglärm. Eine Untersuchung des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung bestätigt die Aussagen. Danach fühlte sich 1984 mehr als die Hälfte der Bundesbürger durch Straßenverkehrslärm belästigt. Als weitere Störquellen wurden neben Fluglärm laute Nachbarn, die Industrie, der Schienenverkehr und nahegelegene Sportplätze genannt.

## 19.7 Dünger, Pflanzenschutzmittel und Streusalz

Zur Verbesserung der Erträge sind die Lieferungen von Düngemitteln an die Landwirtschaft im früheren Bundesgebiet in den vergangenen Jahren kräftig angewachsen. Bei Düngemitteln auf der Grundlage von Phosphat, Kali und Kalk war zwischen 1950 und 1980 etwa eine Verdoppelung der Lieferungen zu verzeichnen. Der Absatz von Stickstoffdünger an die Landwirtschaft erhöhte sich sogar auf fast das Fünffache.

Tab. 6: Düngemittellieferungen an die Landwirtschaft  
im früheren Bundesgebiet  
je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche

Düngerart	1950/51	1960/61	1970/71	1980/81	1989/90
	kg Nährstoff				
Stickstoff	25,6	43,4	83,3	126,6	125,1
Phosphat	29,6	46,4	67,2	68,4	49,9
Kali	46,7	70,6	87,2	93,4	66,5
Kalk	47,5	37,5	49,5	92,9	119,8

Der Absatz von Pflanzenschutzmitteln blieb im Jahr 1989 mit rund 34 625 Tonnen Wirkstoffmenge (vorläufige Zahlen) gegenüber den Vorjahren nahezu unverändert.

Während der Absatz von Insektiziden und Herbiziden witterungsbedingt und durch den zunehmenden Absatz von Pflanzenschutzmitteln mit geringeren Aufwandsmengen zurückging, wurden infolge stärkeren Pilzbefalls bei Getreide und Sonderkulturen mehr Fungizide ausgebracht<sup>1</sup>.

Streusalz wird auf Straßen und Autobahnen im früheren Bundesgebiet seit ca. drei Jahrzehnten gegen Schnee und Glatteis eingesetzt. Witterungsbedingt ist der Verbrauch starken Schwankungen unterworfen. Insgesamt hat sich aber der Streusalzabsatz der deutschen Salzindustrie vom Durchschnitt der Jahre 1978–1981 bis 1983 etwa halbiert. Im Winter 1990/91 lag der Streusalzverbrauch auf Bundesstraßen und Autobahnen bei 433 000 Tonnen. Die Abkehr von Auftaumitteln, auch bei privaten Haushalten, ist auf die erheblichen Schäden zurückzuführen, die infolge des Streusalzgebrauchs vor allem an den Straßenbäumen sichtbar wurden.

<sup>1</sup> Nach Angaben des Industrieverbandes Pflanzenschutz e. V., Frankfurt, ab Juli 1988 Industrieverband Agrar e. V.

## 19.8 Auswirkungen der Umweltverschmutzung

Die Erforschung der möglichen, aber auch der bereits erkennbaren Auswirkungen der Umweltverschmutzung steht noch in den Anfängen. Zwar sind die negativen Folgen überdüngter Böden, verunreinigter Gewässer und luftverschmutzender Faktoren – etwa an Gebäuden, an Pflanzen, Tieren oder auch an der menschlichen Gesundheit – prinzipiell bekannt, lassen sich jedoch bislang noch nicht hinreichend quantifizieren. Deshalb wird gegenwärtig verstärkt versucht, die Zusammenhänge zwischen Ursache und Wirkung zu analysieren und den Einfluß einzelner Faktoren zu bestimmen.

Über Waldschäden und gefährdete Tiere und Pflanzen liegt bereits eine Reihe statistischer Informationen vor. Dagegen sind beispielsweise zur Veränderung von Klein- und Großklima oder zur Gefährdung der Böden und des Grundwassers aus statistischer Sicht bislang noch kaum gesicherte Aussagen möglich. Dabei ist insbesondere der Boden vielfältigen Umweltbelastungen ausgesetzt. Zum einen dient er als Standort für sämtliche menschliche Aktivitäten vom Wohnen, über landwirtschaftliche und industrielle Produktion bis zum Verkehr, Freizeitaktivitäten, militärischen und anderen Nutzungen; zum anderen muß der Boden Abfälle, Ablagerungen von Schadstoffen, Auswaschungen von Luftschadstoffen (Stichwort: saurer Regen) u.ä. aufnehmen.

## 19.9 Waldschäden

Seit Ende der 70er Jahre werden im früheren Bundesgebiet großflächige Waldschäden beobachtet, die sich nicht mehr ausschließlich auf natürliche Ursachen wie Schädlingsbefall, Trockenheit, Windwurf, Schneebruch oder Wildschäden zurückführen lassen. In einem zusammenfassenden Bericht des Bundesministers für Forschung und Technologie wird es als wissenschaftlich erhärtet angesehen, daß auch Luftschadstoffe und ihre Umwandlungsprodukte ausschlaggebend für das hohe Ausmaß der Walderkrankung sind. Während die Einwirkungen durch Schwefeldioxid und Bodenversauerung schon seit geraumer Zeit für die Schäden verantwortlich gemacht wurden, sind in der Studie auch die Wirkungen der Stickoxide näher analysiert worden. Sie schädigen Blätter und Nadeln der Bäume direkt durch verstärkte Bildung von Ozon und sogenannten Photooxidantien. Ferner führt ein übermäßiger Stickstoff-Eintrag in den Waldboden zur Überdüngung und damit zur Schädigung. Der quantitative Beitrag der einzelnen Schadstoffe ist noch ungeklärt. Viren, Bakterien und Pilze können bei den bereits erkrankten Bäumen eine verstärkende Wirkung haben.

Wie die Waldschadenserhebungen zeigen, ist der Wald ab Mitte der 80er Jahre – vermutlich auch schon davor – chronisch krank. In vielen Mittelgebirgen, beson-

ders im Harz und im Fichtelgebirge, sind einige 1000 Hektar von Entwaldung bedroht.

1990 wurden erstmals auch im Gebiet der ehemaligen DDR nach den Maßstäben westeuropäischer Länder und dort maßgeblichen Kriterien im 16 x 16 km-Raster Waldschadenserhebungen durchgeführt, während letztere im früheren Bundesgebiet 1990 wegen der hohen Sturmschäden eingeschränkt bzw. ausgesetzt werden

Tab. 7: Waldschäden in Deutschland 1990 und 1991  
in Prozent der Waldfläche

Bundesland	Schadstufe 1 schwach geschädigt		Schadstufe 2–4 deutliche Schäden	
	1990	1991	1990	1991
Hamburg	36	37	16	17
Niedersachsen	37	34	17	10
Nordrhein-Westfalen	29	31	13	11
Schleswig-Holstein	31	32	15	15
<i>Nordwestdt. Länder</i>	33	32	15	11
Brandenburg	·	38	·	33
Mecklenburg-Vorpommern	·	32	·	49
Sachsen	·	36	·	27
Sachsen-Anhalt	·	38	·	34
Thüringen	·	31	·	50
<i>Ostdt. Länder</i>	30	35	36	38
Baden-Württemberg	·	44	·	17
Bayern	·	43	·	30
Hessen	41	42	19	29
Rheinland-Pfalz	40	41	10	12
Saarland	·	27	·	17
<i>Süddt. Länder</i>	·	42	·	24

Quelle: Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

mußten. Bei einem Vergleich der Ergebnisse der Waldschadenserhebung 1991 zeigt sich, daß das Schadensniveau in den neuen Ländern mit 38 % deutlichen Schäden (Schadstufe 2 bis 4) weitaus höher liegt als im früheren Bundesgebiet (11% bei den norddeutschen Ländern, 24% bei den süddeutschen Ländern). Am schlimmsten sind nach bisherigen Erkenntnissen die deutlichen Waldschäden in Thüringen.

## 19.10 Gefährdete Tiere und Pflanzen

Artengefährdung und -vernichtung resultieren meist aus der Veränderung oder Zerstörung der natürlichen Lebensräume. Besonders bedroht sind Gebiete, die aufgrund ihrer selten anzutreffenden ökologischen Bedingungen ohnehin bereits einen geringen Raum einnehmen (z.B. Feuchtgebiete). Während die Landwirtschaft in früheren Jahrhunderten wesentlich zur Pflege der hohen Artenvielfalt beigetragen hat, ist sie in den letzten 30 Jahren ein Hauptverursacher der Artenverarmung. Die Gründe liegen in der Nivellierung nährstoffarmer, trockener oder nasser Standorte zugunsten landwirtschaftlich besser geeigneter Produktionsbedingungen, in Flurbereinigungen sowie in vermehrtem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngern. Zu den weiteren Verursachern der Artengefährdung zählen u. a. Maßnahmen des Straßenbaus, der Siedlungs- und Bautätigkeit, des Tourismus und Landschaftseingriffe durch Rohstoffgewinnung.

Tab. 8: Rote Liste der gefährdeten Tiere und Pflanzen 1984<sup>1</sup>  
im früheren Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Artenzahlen in der Bundesrepublik Deutschland	darunter ausgestorben oder aktuell gefährdet
<b>Tiere</b>		
Säugetiere	94	44
Vögel	305	98
Kriechtiere	12	9
Lurche	19	11
Fische und Rundmäuler <sup>2</sup>	70	49
Schnecken	270	58
Großschmetterlinge	1 300	494
Libellen	80	43
<b>Pflanzen</b>		
Farn- und Blütenpflanzen	2 728 <sup>3</sup>	727 <sup>3</sup>
Moose	ca. 1 000	99
Flechten	ca. 1 850	380
Röhren- und Blätterpilze, Sprödblätter- und Bauchpilze	2 337	714

1 Auszug aus „Rote Liste der gefährdeten Tiere und Pflanzen in der Bundesrepublik Deutschland“, 1984 (Hrsg. v. J. Blab u. a.).

2 Die etwa 90 einheimischen marinen Fischarten sind hier nicht berücksichtigt.

3 Auszug aus „Rote Liste der in der Bundesrepublik Deutschland ausgestorbenen, verschollenen und gefährdeten Farn- und Blütenpflanzen und ihre Auswertung für den Arten- und Biotopschutz“, 1988 (Hrsg. Kormeck, D. und Sukopp, H.).

## 19.11 Gesundheitsbeeinträchtigung der Bevölkerung

Neben Luft- und Wasserverschmutzung, Lärm und Radioaktivität sind Umweltchemikalien und Schadstoffrückstände in Nahrungsmitteln eine potentielle Gefahr für die menschliche Gesundheit. Dies gilt vor allem für die Schwermetalle Blei, Cadmium und Quecksilber, die sich in Pilzen und Wassertieren und beim Menschen in Leber und Nieren anreichern können. Vielfältige Schäden bei Menschen, Tieren, Pflanzen und Mikroorganismen können ferner durch chlorierte Kohlenwasserstoffe – z. B. in Pestiziden, Lösemitteln oder Ausgangsprodukten für Kunststoffe – hervorgerufen werden.

Die Forschungen über den Zusammenhang zwischen Schadstoffen in der Luft und Atemwegserkrankungen sind noch nicht abgeschlossen. Kaum mehr bestreitbar ist aber, daß die Luftverunreinigung solche Krankheiten begünstigt. Besonderer Beachtung bedarf hier auch die Belastung von Innenräumen mit Schadstoffen.

Zu den nachweisbaren umweltbedingten Erkrankungen gehört u.a. die Lärmschwerhörigkeit. Sie nimmt auch unter den Berufskrankheiten eine führende Position ein (vgl. 8.1.2). Einzelne Berufsgruppen sind in ihrer Arbeitsumgebung häufig wesentlich höheren Schadstoffkonzentrationen ausgesetzt als die übrige Bevölkerung. Beispielsweise leiden viele Bergbauarbeiter unter Erkrankungen durch Stäube (Silikose), die in manchen Fällen sogar einen tödlichen Ausgang nehmen.

## 19.12 Internationales Umweltrecht

Die Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Umweltverschmutzung macht vor Ländergrenzen nicht halt, sondern ist ein internationales Problem. Deshalb bleibt auch der Erfolg räumlich begrenzter Umweltschutzmaßnahmen beschränkt. Die Europäische Gemeinschaft trug diesem Tatbestand Rechnung, indem sie auf der Grundlage ihres Umweltaktionsprogramms von 1973 eine Vielzahl bedeutsamer Umweltschutzrichtlinien erließen. Alle Mitgliedstaaten sind verpflichtet, diese Richtlinien, die Mindestanforderungen festlegen, in nationales Recht umzusetzen. Die im Juni 1985 getroffene Entscheidung über die sukzessive Einführung des schadstoffarmen Autos (vgl. Abschnitt 19.15) zeigt allerdings die Schwierigkeiten, zu einer für alle Länder befriedigenden Lösung zu kommen. Neben die Regelungen auf EG-Ebene treten eine Reihe weiterer internationaler Abkommen, die sich vornehmlich auf Fragen des Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung und der Abfallwirtschaft beziehen.

## 19.13 Umweltschutzeinrichtungen

Ein erster Ansatzpunkt für die statistische Erfassung von Umweltschutzmaßnahmen ist der Nachweis monetärer Größen, wie z. B. der Ausgaben für Umweltschutz und des Wertes von Umweltschutzeinrichtungen – gemessen am Bruttoanlagevermögen für die Beseitigung, Verringerung oder Vermeidung von Umweltbelastungen in den Bereichen Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung. Im früheren Bundesgebiet stieg das Bruttoanlagevermögen für Umweltschutz, in Preisen von 1980 gerechnet, im Produzierenden Gewerbe von 29 Mrd. DM Anfang 1975 auf 61 Mrd. DM Anfang 1989, beim Staat im gleichen Zeitraum von 101 Mrd. DM auf 181 Mrd. DM.

Hinsichtlich ihres Zwecks unterschieden sich die Umweltschutzeinrichtungen von Staat und Produzierendem Gewerbe beträchtlich. Während Anfang 1989 das Anlagevermögen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe zu 57 % im Bereich der Luftreinhaltung, zu 30 % für den Gewässerschutz, zu 7 % für die Abfallbeseitigung und zu 6 % für die Lärmbekämpfung eingesetzt wurde, dominierte beim Staat deutlich der Gewässerschutz mit 94 % des Anlagenbestandes. Dies ist auf die große Zahl an Kanalisations- und Kläranlagen zurückzuführen. Knapp 5 % der Einrichtungen des Staates dienen der Abfallbeseitigung.

## 19.14 Ausgaben für Umweltschutz

Die folgenden Daten über Ausgaben für Umweltschutz beschränken sich ebenso wie die Angaben über Umweltschutzeinrichtungen auf die Bereiche Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung sowie Luftreinhaltung und umfassen lediglich das Produzierende Gewerbe und den Staat, die aber nach Schätzungen für 1980 zusammen mehr als 90 % aller Umweltschutzausgaben tätigten.

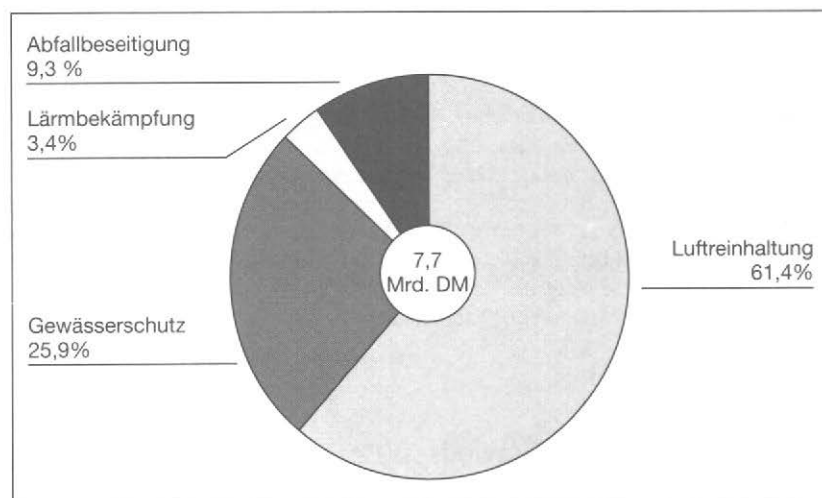
Die Ausgaben für Umweltschutz des Produzierenden Gewerbes und des Staates betrugen im früheren Bundesgebiet im Jahr 1988 insgesamt 33,8 Mrd. DM. Im Vergleich zu 1975 (13,4 Mrd. DM) sind sie um 152 % gestiegen. Dieser Anstieg ist allerdings zu einem großen Teil auf Preissteigerungen zurückzuführen. Real, d. h. nach Ausschaltung von Preiseinflüssen, betrug die Zunahme der Ausgaben von 1975 bis 1988 insgesamt nur 61 %.

Von den Ausgaben für Umweltschutz entfielen 1988 17,8 Mrd. DM (53 %) auf das Produzierende Gewerbe sowie 16,0 Mrd. DM (47 %) auf den Staatssektor. Während der Staat gut die Hälfte der Ausgaben für Investitionen verwendete, hatten im Produzierenden Gewerbe die laufenden Ausgaben zum Betrieb der Einrichtungen für Umweltschutzzwecke mit etwa 55 % ein etwas stärkeres Gewicht als die Investitionen (45 %).



Gemessen am gesamten Investitionsvolumen des Produzierenden Gewerbes beliefen sich die Umweltschutzinvestitionen 1989 mit 7,7 Mrd. DM auf 6,8 %. Der Anteil der Unternehmen, die in Umweltschutzmaßnahmen investierten, verminderte sich von 13,8 % (1975) auf 9,8 % (1989).

Abb. 1: Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 1989 im früheren Bundesgebiet



Von den Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes gibt die Elektrizitätsversorgung die höchsten Summen für Umweltschutzinvestitionen aus. Der 1989 erreichte Betrag von 2,6 Mrd. DM entsprach rund 30 % aller Investitionen dieser Art. Fast zwei Drittel der Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe entfielen 1989 auf Maßnahmen zur Luftreinhaltung, rund 25 % auf den Gewässerschutz und der Rest auf Abfallbeseitigung und Lärmbekämpfung.

### 19.15 Schadstoffreduzierte Personenkraftwagen und unverbleiter Vergaserkraftstoff

Der Straßenverkehr hat am Gesamtausstoß von Luftschadstoffen (vgl. Tab.5) einen nicht unerheblichen Anteil. So stammten 1990 beispielsweise 62 % der gesamten Stickoxidemissionen und knapp die Hälfte der Emissionen an flüchtigen organischen Verbindungen im früheren Bundesgebiet aus dem Straßenverkehr.

Daher sind seit einigen Jahren Bemühungen im Gange, den Schadstoffausstoß von Kraftfahrzeugen zu vermindern. 1985 wurden auf EG-Ebene erste Vereinbarungen zur Einführung schadstoffreduzierter Personenkraftwagen getroffen – unterstützt durch die Möglichkeit, zusätzliche finanzielle Anreize für den Erwerb solcher Fahrzeuge (beispielsweise durch die Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer) zu bieten.

Tab. 9: Neuzulassungen und Bestand schadstoffreduzierter Personenkraftwagen im früheren Bundesgebiet in Tausend

Jahr	Personen- kraftwagen insgesamt	Darunter schadstoffreduziert gemäß § 47 Straßenverkehrs- zulassungsordnung, Anlage		
		XXIII US-Norm	XXV Europa- Norm	XXIV Stufe A, B, C zusammen
Antriebsart				
Neuzulassungen				
1985	2 379	131	119	19
1986	2 829	503	665	414
1987	2 916	755	941	705
1988	2 808	1 025	878	728
1989	2 832	1 363	632	744
1990	3 041	2 625	238	113
darunter:				
mit Ottomotor	2 703	2 488	76	111
mit Dieselmotor	338	137	162	2
Bestand am Jahresanfang				
1989	29 190	2 556	3 041	3 886
1990	30 152	3 910	3 642	4 580
1991	30 695	6 733	4 176	4 161
darunter:				
mit Ottomotor	26 541	5 897	2 476	2 907
mit Dieselmotor	4 144	834	1 701	1 250

Die Wirkungen dieser Maßnahmen zeigen sich in der Entwicklung der Neuzulassungen und des Bestandes von Personenkraftwagen mit vermindertem Schadstoffausstoß. So waren 1985 rund 11 % der neu zugelassenen Personenkraftwagen schadstoffreduziert, 1990 lag dieser Anteil bei 98 %. Die entsprechenden Anteile des Bestandes von umweltfreundlichen Personenkraftwagen, der außer von Neuzulassungen auch von Umrüstungen beeinflusst wird, haben sich von 2,5 % Anfang 1986 auf 49 % zu Beginn des Jahres 1991 erhöht. Dabei wurden 1991 6,7 Mill.

Personenkraftwagen (22 % des Bestandes) als schadstoffarm entsprechend der strengen US-Norm eingestuft, rund 4,2 Mill. Fahrzeuge (13,6 %) genügten der Europa-Norm. Weitere 4,2 Mill. Fahrzeuge erfüllten die weniger strengen Anforderungen der Anlage XXIV zu § 42 der Straßenverkehrszulassungsordnung (frühere Bezeichnung: „bedingt schadstoffarm“).

Für die Einhaltung der US-Norm ist nach derzeitigem Stand der Technik bei Personenkraftwagen mit Ottomotor ein geregelter Dreiwegekatalysator erforderlich. Die Entscheidung für den Kauf eines solchen Fahrzeugs ist inzwischen nicht mehr vom Angebot an unverbleitem Benzin abhängig, da bereits seit Ende 1988 alle Tankstellen im früheren Bundesgebiet unverbleites Normalbenzin anbieten. Auch in den neuen Bundesländern, in den Mitgliedstaaten der EG und in den Alpenländern ist eine flächendeckende Versorgung mit bleifreiem Benzin sicherge-

Tab. 10: Inlandsabsatz von Vergaserkraftstoffen<sup>1</sup> im früheren Bundesgebiet  
in 1000 t

Benzinsorte	Jahr	Insgesamt	Davon	
			unverbleit	verbleit
Normalbenzin	1987	10 138	4 220	5 198
	1988	7 364	7 350	13
	1989	8 475	8 475	–
	1990	9 458	9 458	–
Superbenzin	1987	14 898	2 215	12 683
	1988	18 656	4 221	14 435
	1989	17 491	6 727	10 764
	1990	17 371	9 036	8 335
Insgesamt	1987	25 036	6 435	18 601
	1988	26 019	11 571	14 448
	1989	25 966	15 202	10 764
	1990	26 829	18 494	8 335

<sup>1</sup> Ablieferungen der Mineralölindustrie an Tankstellen.

stellt. Entsprechend wurden 1990 rund 18,5 Mill. Tonnen (69 %) unverbleiten Kraftstoffs im früheren Bundesgebiet verkauft. Fünf Jahre zuvor waren es erst 0,9 %. Seit 1. Februar 1989 darf verbleites Normalbenzin nicht mehr vertrieben werden.

## 19.16 Natur- und Landschaftsschutz

Das Jahr 1990 hat aufgrund der Wiedervereinigung auch für den Naturschutz große Veränderungen gebracht. Die kurzfristig vorgelegte Übersicht kann nur vorläufig und lückenhaft sein, da die Veränderungen und ihre Folgen noch nicht übersehen werden können.

Die folgende Übersicht zeigt die Schutzgebietskategorien der ehemaligen DDR und ihnen gegenübergestellt die der Bundesrepublik, wovon eine Auswahl anschließend im Text beschrieben wird:

### Schutzgebietskategorien

der Bundesrepublik (nach Bundesnaturschutzgesetz)	der ehemaligen DDR (nach Landeskulturgesetz)
Naturschutzgebiete	Naturschutzgebiete
Nationalparke	Totalreservate
	Biosphärenreservate
	Feuchtgebiete internationaler Bedeutung
	Feuchtgebiete nationaler Bedeutung
	Schongebiete
Landschaftsschutzgebiete	Landschaftsschutzgebiete
	Naturparke
Naturdenkmale	Flächennaturdenkmale
geschützter Landschaftsbestandteil	
weitere Schutzgebietstypen	
Biosphärenreservate	Kur- und Erholungsgebiete
Vogelschutzgebiete d. EG-Vo.	geschützte Parke
Feuchtgebiete internationaler Bedeutung	Küstenschutz

In der Bundesrepublik regelt den Schutz und den Erhalt der natürlichen Ressourcen das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG). U.a. hat auch das Raumordnungsgesetz in seinen Leitvorstellungen den Schutz, die Pflege und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen verankert. In der ehemaligen DDR regelte das Landeskulturgesetz die Maßnahmen zur Sicherung und Realisierung der Rechte

der Bürger auf Freizeit und Erholung, zur Erhaltung von Lebensräumen für wildlebende Pflanzen und Tierarten sowie den Schutz von Boden und Wasser als Produktionsgrundlagen für die Land-, Forst-, Wasser- und Fischereiwirtschaft.

Nach der Wiedervereinigung gelten für das gesamte Staatsgebiet die Schutzgebietskategorien nach dem Bundesnaturschutzgesetz.

Durch das Umweltschutzgesetz, das von der ehemaligen DDR im Juli 1990 verabschiedet wurde, gelten für die geschützten Gebiete – die nicht unter eine Kategorie fallen, welche im Bundesnaturschutzgesetz festgeschrieben ist – weiterhin die Auflagen wie zuvor. Die Ausweisung neuer, zusätzlicher Gebiete in den Kategorien der ehemaligen DDR wie Schongebiete, Feuchtgebiete nationaler Bedeutung ist jedoch nicht vorgesehen.

Die strengste Schutzgebietskategorie nach dem Bundesnaturschutzgesetz stellen *Naturschutzgebiete* dar. Sie sollen einen besonderen Schutz von Natur und Landschaft für Lebensgemeinschaften oder Lebensstätten, aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderer Eigenart oder Schönheit gewährleisten.

Nach dem Beitritt der neuen Bundesländer wurden für das Gebiet der Bundesrepublik für 1991 insgesamt 5049 Naturschutzgebiete mit einer Fläche von 681 555 Hektar ausgewiesen (Tab. 11). Die Anzahl und Fläche der Naturschutzgebiete ist unter Vorbehalt zu betrachten, da in den neuen Bundesländern zahlreiche Gebiete nur einstweilig sichergestellt und in den Grenzen noch unbestimmt sind.

Anfang 1990 hat es in den fünf neuen Bundesländern 825 Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 111 796 Hektar gegeben. Das entsprach einem Anteil von 0,98 % (ohne den Naturschutzgebiets-Anteil von 5 689 Hektar an inneren Seegewässern) der ehemaligen DDR-Gesamtfläche. Die Zahlenangaben enthalten noch nicht die erheblichen Erweiterungen der Naturschutzgebiets-Flächen in den neuen Bundesländern durch die 'Grüne Grenze' und das Nationalparkprogramm. Teile der Naturschutzgebiete waren nach dem ehemals geltenden Landeskulturgesetz der ehemaligen DDR als *Totalreservate* ausgewiesen. Dabei handelt es sich um der natürlichen Entwicklung überlassene Flächen, in denen jede direkte menschliche Einwirkung auszuschließen ist. Diese strenge Schutzkategorie ist im Bundesnaturschutzgesetz nicht verankert, aber in etwa mit den in den alten Bundesländern als Naturwaldzellen ausgewiesenen Gebieten vergleichbar. Anfang 1990 umfaßten 188 Totalreservate eine Gesamtfläche von 8 183 Hektar, das entspricht 7,33 % der Naturschutzgebiets-Fläche. Durch das vor der Wiedervereinigung in der ehemaligen DDR umgesetzte und in den Einigungsvertrag aufgenommene Nationalparkprogramm hat die Gesamtfläche der Totalreservate noch erheblich zugenommen.

Die geschützten *Feuchtgebiete von internationaler und nationaler Bedeutung* umfassen Gewässer und andere wasserbeeinflusste Landschaftsteile, die wichtigsten Lebensstätten charakteristischer Tier- und Pflanzengemeinschaften, land-

schaftliche Besonderheiten oder für die Landschaft charakteristische Ausschnitte. In den neuen Bundesländern umfaßten Anfang 1990 die acht Feuchtgebiete internationaler Bedeutung eine Fläche von 46 180 Hektar. Die 37 Feuchtgebiete nationaler Bedeutung bedeckten eine Fläche von 160 227 Hektar. Allerdings überschneiden die nationalen Feuchtgebiete sich häufig mit anderen Schutzgebietskategorien oder sind mit ihnen identisch.

Tab. 11: Schutzgebietsflächen für den Natur- und Landschaftsschutz in Deutschland<sup>1</sup> (BFANL 1991)

Art des Gebietes	Anzahl	Fläche ha	Anteil an der Staatsfläche %	Bemerkungen
Naturschutz- gebiete	5 049	681 555	1,91	ohne Wasserflächen der Nord- und Ostsee; Juristischer Status neuer NSG in den Beitrittsgebieten vielfach unsicher.
Landschafts- schutzgebiete	ca. 6 200	8 044 000	22,5	in einigen Ländern keine aktuellen Daten vorhanden.
Naturparks	67	5 563 800	15,6	zehn weitere Naturparks sind in den neuen Bundesländern einstweilig sichergestellt.
Nationalparks	10	700 200	2,0	davon ca. 80 % Watt- und Wasserflächen an der Nord- und Ostsee.
Biosphären- reservate	9	727 268	2,04	davon ca. 40 % Watt- und Wasserflächen an der Nord- und Ostsee.
Naturwald- reservate	564	16 443	0,05	0,167 % an der Waldfläche der Bundesrepublik.
Feuchtgebiete internationaler Bedeutung	28	670 422	1,88	incl. Schleswig-Holsteinischem Wattenmeer.

1 Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand ab dem 3. 10. 1990.

*Schongebiete* sind Bodenflächen, Gewässer oder Teile von Gewässern und unterirdischen Hohlräumen, bei deren Bewirtschaftung die Lebensraumanprüche von ausgewählten geschützten, gefährdeten und seltenen Pflanzenarten und Tierarten besonders berücksichtigt werden müssen. Im Gebiet der ehemaligen

DDR gibt es 114 Schongebiete mit einer Gesamtfläche von 83 940 Hektar für spezielle Arten, wie Fischotter, Biber, Großtrappen und Watvögel.

*Flächendenkmale* sind Bodenflächen und Gewässer, die zur Sicherung der Lebensbedingungen für gefährdete oder geschützte Pflanzen- und Tierarten dienen. Im Gebiet der ehemaligen DDR gibt es ca. 3 500 Flächennaturdenkmäler mit einer Gesamtfläche von 7 500 Hektar.

*Landschaftsschutzgebiete* sind nach dem Bundesnaturschutzgesetz in ihrer Schutzintensität unterhalb der Naturschutzgebiete einzuordnen. Ihr Ziel ist der Schutz und Erhalt von Natur und Landschaft zur Erhaltung und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, wegen der Vielfalt, Eigenart oder Schönheit des Landschaftsbildes oder wegen der Erholungsbedeutung.

Für das Gebiet der Bundesrepublik wurden nach dem Beitritt der neuen Bundesländer für 1991 insgesamt 6 200 Landschaftsschutzgebiete mit einer Fläche von 8 044 000 Hektar ausgewiesen.

Davon entfielen auf das Gebiet der fünf neuen Bundesländer 396 Landschaftsschutzgebiete mit einer Fläche von 2 009 165 Hektar, das entspricht einem Anteil von 18,55 % der Gebietsfläche der neuen Bundesländer.

*Naturparke* sind großräumige Landschaftsausschnitte, die überwiegend die Voraussetzungen von Natur- oder Landschaftsschutzgebieten erfüllen und nach den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung und Landesplanung für die Erholung oder den Fremdenverkehr vorgesehen sind. Naturparke sind weniger als Schutzkategorie, sondern eher als Planungskategorie im raumordnerischen Sinne zur Sicherung und Entwicklung einer landschaftsbezogenen Erholung anzusehen. Der überwiegende Flächenanteil der Naturparke wird als Landschaftsschutzgebiet geschützt, der Rest ist als Naturschutzgebiet registriert. Für das Gebiet der Bundesrepublik nach dem Beitritt der neuen Bundesländer wurden für 1991 insgesamt 67 Naturparke mit einer Fläche von 5 563 800 Hektar ausgewiesen.

Die Schutzkategorie der *Nationalparke* umfaßt großräumige Ausschnitte charakteristischer natürlicher Großlandschaften, die überwiegend die Voraussetzung von Naturschutzgebieten erfüllen. Sie sollen sich in einem vom Menschen nicht oder wenig beeinflussten Zustand befinden und insbesondere der Erhaltung eines möglichst artenreichen heimischen Pflanzen- und Tierbestandes dienen. In der Bundesrepublik existieren gegenwärtig zehn Nationalparke mit einer Fläche von insgesamt 700 200 Hektar.

*Biosphärenreservate* sind Gebiete, die im Rahmen des UNESCO-Umweltprogramms „Der Mensch und die Biosphäre“ geschaffen wurden. Das weltweite Netzwerk soll alle wichtigen Hauptökosystemtypen der Erde erfassen. In Biosphärenreservaten sollen die Natur geschützt sowie naturferne in naturnahe und natürliche Lebensgemeinschaften und Lebensräume überführt werden. Die tradi-

tionelle und langfristig tragfähige Wirtschaftsweise der einheimischen Bevölkerung wird ausdrücklich in das Konzept einbezogen. Biosphärenreservate sind in Schutz-zonen untergliedert. Sie sind durch die im Bundesnaturschutzgesetz festgelegten Schutzgebietskategorien für den Naturschutz unterschiedlich stark geschützt.

Im gesamten Bundesgebiet führen die Mehrfachzuordnungen von nationalen und internationalen Schutzgebietskategorien mit und ohne Rechtsverbindlichkeit zu Schutzgebietsüberlagerungen. Daher ist eine Aufsummierung der Schutzgebiets-flächen in Tab. 11 nicht zulässig.



## 20 Internationale Übersichten

Ausgehend von dem in der Präambel des Grundgesetzes ausgesprochenen Auftrag, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“, ist die Bundesrepublik Deutschland in einer Vielzahl internationaler Organisationen vertreten.

Von besonderer Bedeutung für ihre Außenpolitik ist die Einordnung in das Lager der westlichen Demokratien, vor allem aber ihre Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften und im Atlantischen Bündnis (NATO). Seit 1973 ist sie offiziell Mitglied der Vereinten Nationen, in deren zahlreichen Unterorganisationen sie bereits vor ihrem Beitritt mitgearbeitet hat.

Die Bundesrepublik Deutschland unterhält zu fast allen Staaten der Welt diplomatische Beziehungen. Zum 1. Dezember 1991 war sie in 165 Ländern vertreten.

Vor diesem Hintergrund wurden zu einigen wichtigen Themenbereichen (Bevölkerung, Bildung, Erwerbstätigkeit, Gesundheit, Wirtschaft) internationale Vergleichszahlen zusammengestellt. Sie stammen aus einer Vielzahl internationaler Quellen, die vom Statistischen Bundesamt ausgewertet werden.

Diese Zahlen können nur Größenordnungen vermitteln, da Unterschiede der statistischen Begriffe, der Erhebungsverfahren und der Bearbeitungsmethoden die Vergleichbarkeit der Angaben von Land zu Land erheblich beeinträchtigen. Auch hinsichtlich der Aktualität der Ergebnisse müssen Einschränkungen in Kauf genommen werden.

## 20.1 Bevölkerung 1990<sup>1</sup>

Land	Bevölkerung				Überschuß der Ge- borenen (+) bzw. Gestor- benen (-)	
	Fläche	ins- gesamt	Einwohner je km <sup>2</sup>	Lebend- geborene		Gestor- bene
	1 000 km <sup>2</sup>	1 000	Anzahl	je 1 000 Einwohner		
Europa <sup>2</sup>	10 528	710 000	67	·	·	·
Deutschland <sup>3</sup>	357	79 480	223	11,3	11,5	- 0,2
Früheres Bundesgebiet	249	63 232	254	11,0	11,2	- 0,2
Gebiet der ehem. DDR	108	16 247	150	12,0	12,4	- 0,4
Belgien	31	9 931	325	12,2	10,8	+ 1,4
Bulgarien	111	9 003	81	12,5	11,9	+ 0,6
Dänemark <sup>4</sup>	43	5 140	119	12,0	11,6	+ 0,4
Finnland	338	4 962	15	12,8	9,9	+ 2,9
Frankreich	544	56 556	104	13,6	9,4	+ 4,2
Griechenland	132	10 031	76	10,1	9,3	+ 0,8
Großbritannien u. Nordirland	244	57 236	234	13,6	11,5	+ 2,1
Irland	69	3 515	50	14,6	8,8	+ 5,8
Island	103	251	2	18,7	6,7	+12,0
Italien	301	57 637	191	9,7	9,1	+ 0,6
Jugoslawien	256	23 690	93	14,2	9,1	+ 5,1
Luxemburg	3	367	142	12,4	10,6	+ 1,8
Niederlande	42	14 943	366	12,7	8,7	+ 4,0
Norwegen	324	4 242	13	14,0	10,7	+ 3,3
Österreich	84	7 712	92	11,5	10,9	+ 0,6
Polen	313	37 854	121	14,9	10,1	+ 4,8
Portugal	92	10 530	114	11,5	9,3	+ 2,2
Rumänien	238	23 152	97	16,0	10,7	+ 5,3
Schweden	450	8 566	19	13,6	10,8	+ 2,8
Schweiz	41	6 674	162	12,5	9,1	+ 3,4
Ehem. Sowjetunion	22 403 <sup>5</sup>	286 717	13	17,6	10,0	+ 7,6
Spanien	505	38 959	77	10,4	8,3	+ 2,1
Tschechoslowakei	128	15 639	122	13,3	11,6	+ 1,7
Türkei	779 <sup>6</sup>	56 741	73	26,1	7,5	+18,6
Ungarn	93	10 917	117	11,8	13,7	- 1,9
Afrika	30 305	648 000	21	·	·	·
Ägypten	1 001	53 150	53	38,8	9,5	+29,3
Algerien	2 382	24 597	10	35,0	8,0	+27,0
Amerika	42 060	724 000	17	·	·	·
Brasilien	8 512	150 370	18	17,5	5,7	+11,8
Kanada	9 976	26 248	3	14,9	7,3	+ 7,6
Mexiko	1 958	84 490	43	31,5	5,3	+26,2
Vereinigte Staaten	9 373	249 928	27	16,7	8,6	+ 8,1
Asien <sup>7</sup>	44 385	3 184 000	72	·	·	·
China <sup>8</sup>	9 561	1 134 000	119	20,8	6,6	+14,2
Japan	378	123 505	327	10,1	6,4	+ 3,7
Australien und Ozeanien	8 509	26 000	3	·	·	·
Australien	7 687	16 807	2	14,9	7,3	+ 7,6
Welt	135 818	5 292 000	39	·	·	·

1 Wenn Daten für 1990 noch nicht vorlagen, Ergebnisse für den zuletzt verfügbaren Zeitpunkt bzw. Zeitraum. Außerdem bei Europa, Afrika, Amerika, Asien, Australien und Ozeanien sowie Welt 1989.

2 Einschl. des europäischen Teils der ehem. Sowjetunion und der Türkei, ohne Grönland.

3 Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand ab dem 3. 10. 1990.

4 Ohne Färöer und Grönland.

5 Darunter in Europa: 5 571 000 km<sup>2</sup>.

6 Darunter in Europa: 23 623 km<sup>2</sup>.

7 Einschl. Iran, Japan (Westiran) und Gaza-Streifen sowie des asiatischen Teils der ehem. Sowjetunion und der Türkei.

8 Ohne Taiwan.

## 20.2 Bildung<sup>1</sup>

Land	Schüler und Studenten nach Bildungsbereichen			
	Jahr	Primar-	Sekundar- bereich	Tertiär-
		1 000		
<i>Europa<sup>2</sup></i>				
Bundesrepublik Deutschland <sup>2</sup>	1988	2 388	6 219	1 687
Ehem. DDR und Berlin (Ost)	1988	956	1 418	439
Dänemark	1988	363	486 <sup>3</sup>	122 <sup>3</sup>
Finnland	1988	389	402	147
Frankreich	1988	4 176	5 390	1 477
Griechenland	1986	866	836	189 <sup>3</sup>
Großbritannien u. Nordirland	1987	4 370	4 508	1 086
Italien	1988	3 238	5 285	1 296
Jugoslawien	1988	1 422	2 362	341
Niederlande	1988	1 429	1 342 <sup>3</sup>	414 <sup>3</sup>
Norwegen	1988	312	366	115
Österreich	1988	361	606	193
Polen	1987	5 087	751	494
Portugal	1988	1 234 <sup>4</sup>	580 <sup>5</sup>	210
Rumänien	1987	3 027	1 529	157
Schweden	1988	580	609	187
Schweiz	1988	383	377	125
Ehem. Sowjetunion	1988	24 711	21 243	5 097
Spanien	1987	3 247	4 798	1 010
Tschechoslowakei	1988	2 014	812	185
Türkei	1988	6 880 <sup>3</sup>	3 288 <sup>3</sup>	595
Ungarn	1988	1 243	446	99
<i>Afrika</i>				
Ägypten	1987	7 035	4 131	875
Algerien	1988	3 911	1 999 <sup>4</sup>	181
Kenia	1988	5 124	563	27 <sup>3</sup>
<i>Amerika</i>				
Brasilien	1988	26 821	3 340	1 504
Kanada	1988	2 319	2 249	1 309
Mexiko	1988	14 656	6 866	1 310
Vereinigte Staaten	1988	27 117 <sup>4</sup>	13 913 <sup>4</sup>	13 323
<i>Asien</i>				
China <sup>6</sup>	1988	125 358	52 461	2 066
Indien	1988	95 740	49 441	4 471 <sup>5</sup>
Indonesien	1988	30 131	11 693	9 807
Japan	1988	9 873	11 310	2 588
Pakistan	1987	7 609	3 191	316
<i>Australien und Ozeanien</i>				
Australien	1988	1 530	1 297	421

1 Dem Primärbereich sind die Schulen zugeordnet, die – normalerweise beginnend mit dem sechsten Lebensjahr – im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht eine Grundausbildung von mindestens vier, im Durchschnitt aber von etwa sechs Jahren Dauer vermitteln. – Der Sekundärbereich umfaßt in der Regel zwei Bildungsabschnitte (Sekundärbereich I und II). Der längere Abschnitt (Sekundärbereich I) endet in den meisten Ländern mit der Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht. Der sich anschließende kürzere Abschnitt (Sekundärbereich II) vermittelt einen weiterführenden Abschluß. – Der Tertiärbereich umfaßt die Ausbildungsgänge nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflichtzeit, die an den jeweils letzten Abschluß einer Ausbildung im Sekundärbereich II anschließen.

2 Nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

3 1987.

4 1986.

5 1985.

6 Ohne Taiwan.

## 20.3 Erwerbstätigkeit 1990<sup>1</sup>

Land	Anteil der Er- werbsper- sonen an der Be- völkerung	Erwerbstätige in (im)		
		Land- und Forstwirt- schaft, Fischerei	Produ- zierenden Gewerbe	sonstigen Wirt- schafts- bereichen
	%	% der Erwerbstätigen		
<i>Europa</i>				
Bundesrepublik Deutschland <sup>2</sup>	48	4,4	40,1	55,5
Ehem. DDR und Berlin (Ost)	54	4,0	51,2	44,8
Belgien	42	2,7	28,2	69,1
Bulgarien	52	16,5	46,6	36,9
Dänemark	57	5,5	27,2	67,3
Finnland	52	8,3	30,6	61,1
Frankreich	44	6,0	29,5	64,5
Griechenland	39	26,5	27,3	46,2
Großbritannien und Nordirland	50	2,1	28,7	69,2
Irland	37	15,0	28,1	56,9
Island	43	10,2	30,2	59,6
Italien	42	8,8	31,9	59,3
Jugoslawien	43	28,7	30,9	40,4
Luxemburg	42	3,3	30,4	66,3
Niederlande	46	4,5	26,0	69,5
Norwegen	50	6,4	24,6	69,4
Österreich	45	7,9	37,0	55,1
Polen	49	25,8	37,3	36,9
Portugal	48	17,9	34,5	47,6
Rumänien	59	27,9	45,1	27,0
Schweden	53	3,3	29,1	67,6
Schweiz	53	5,5	35,0	59,5
Ehem. Sowjetunion	50	18,2	38,4	43,4
Spanien	39	11,8	33,4	54,8
Tschechoslowakei	50	11,3	45,1	43,6
Türkei	39	50,1	20,2	29,7
Ungarn	46	18,8	35,4	45,8
<i>Amerika</i>				
Kanada	51	4,2	24,6	71,2
Vereinigte Staaten	50	2,8	26,5	70,7
<i>Asien</i>				
China <sup>3</sup>	51	68,4	17,2	14,4
Indien	37	62,6	12,6	24,8
Israel	36	4,2	27,4	68,0
Japan	52	7,2	34,1	58,7
Korea, Republik	43	19,5	33,1	46,6
Pakistan	29	51,1	19,8	29,1
Singapur	49	0,3	35,7	64,0
<i>Australien und Ozeanien</i>				
Australien	47	5,5	25,6	68,9
Neuseeland	48	10,5	24,6	64,9

1 Wenn Daten für 1990 noch nicht vorlagen, Ergebnisse für den zuletzt verfügbaren Zeitpunkt bzw. Zeitraum.

2 Nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

3 Ohne Taiwan.

## 20.4 Gesundheitswesen

Land	Gesundheitswesen		
	Einwohner je Arzt	Einwohner je Kranken- hausbett	im 1. Lebens- jahr Gestor- bene (ohne Totgeborene) je 1 000 Lebend- geborene
	Anzahl		
	1989 <sup>1</sup>	1985 <sup>2</sup>	1989 <sup>1</sup>
<i>Europa</i>			
Bundesrepublik Deutschland <sup>3</sup>	333	91	7,5
Ehem. DDR und Berlin (Ost)	409	97	7,6
Belgien	333	107	8,6
Dänemark	375	130	8,4
Finnland	443	65	5,8
Frankreich	399	170	7,5
Griechenland	310	162	9,8
Großbritannien und Nordirland	665	122	8,5
Irland	769	103	7,5
Italien	233	103	8,8
Jugoslawien	549	166	23,7
Luxemburg	555	84	9,9
Niederlande	396	82	6,8
Norwegen	451	67	7,8
Österreich	388	90	8,3
Polen	487	134	16,0
Portugal	383	196	12,2
Rumänien	567	114	26,9
Schweden	387	69	6,0
Schweiz	696	96	6,8
Ehem. Sowjetunion	270	80	23,0
Spanien	280	198	7,8
Türkei	1 365	480	63,2
Tschechoslowakei	277	80	11,3
Ungarn	307	109	15,7
<i>Afrika</i>			
Ägypten	767	480	49,4
Algerien	2 330	380	70,1
<i>Amerika</i>			
Chile	1 231	292	17,1
Kanada	514	129	7,1
Kuba	530	246	11,1
Vereinigte Staaten	473	171	10,0
<i>Asien</i>			
China <sup>4</sup>	1 004	502	-
Indien	2 522	1 300	95,0
Japan	663	86	4,4
<i>Australien und Ozeanien</i>			
Australien	436	157	8,0

1 Wenn Daten für 1989 noch nicht vorlagen, Ergebnisse für den zuletzt verfügbaren Zeitraum.

2 Wenn Daten für 1985 noch nicht vorlagen, Ergebnisse für den zuletzt verfügbaren Zeitraum.

3 Nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

4 Ohne Taiwan.

## 20.5 Bruttoinlandsprodukt 1989

Land	Währungs- einheit	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen				
		in jeweili- gen Preisen	Anteile			
			Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Investi- tionen	Außen- beitrag
<i>Europa</i>						
Bundesrepublik Deutschland <sup>1</sup>	Mrd. DM	2 221	54,5	18,9	21,3	+ 5,4
Belgien	Mrd. bfrs	6 028	62,5	14,4	19,8	+ 3,3
Dänemark	Mrd. dkr	765	52,8	25,3	18,6	+ 3,3
Finnland	Mrd. Fmk	495	51,7	19,8	28,7	- 1,7
Frankreich	Mrd. FF	6 113	60,0	18,3	21,5	+ 0,3
Griechenland	Mrd. Dr.	8 798	69,3	21,6	19,5	- 8,8
Großbritannien und Nordirland	Mrd. £	512	63,8	19,4	20,2	- 3,7
Irland	Mill. Ir£	23 918	56,5	15,4	18,4	+ 9,6
Island	Mill. ikr	293 918	60,0	18,8	18,3	+ 2,9
Italien	Mrd. Lit	1 187 988	61,7	16,8	21,6	- 0,1
Jugoslawien	Mrd. Din	2 202 700	40,3	6,3	47,9	+ 5,5
Luxemburg	Mrd. lfrs	277	55,5	16,0	26,5	+ 2,0
Niederlande	Mrd. hfl	474	59,3	15,3	21,4	+ 4,0
Norwegen	Mrd. nkr	628	50,4	20,9	24,6	+ 4,1
Österreich	Mrd. S	1 673	55,5	18,1	26,0	+ 0,5
Polen	Mrd. Zl	118 319	51,7	6,0	38,5	+ 4,2
Portugal	Mrd. Esc	7 140	63,7	16,1	29,4	- 9,2
Schweden	Mrd. skr	1 221	51,9	26,2	21,3	+ 0,6
Schweiz	Mrd. sfr	290	57,5	12,9	29,8	- 0,2
Spanien	Mrd. Ptas	44 985	62,7	14,8	25,5	- 3,0
Tschechoslowakei	Mrd. Kčs	609	56,3	25,5	16,0	+ 2,2
Türkei	Mrd. TL	167 817	66,2	11,6	22,7	- 0,5
Ungarn	Mrd. Ft	1 717	59,3	10,9	26,4	+ 3,4
<i>Amerika</i>						
Brasilien	Mrd. Cr\$	1 266	57,7	14,3	24,9	+ 3,2
Kanada	Mrd. kan\$	646	58,1	18,7	22,8	+ 0,1
Mexiko	Mrd. mex\$	511 537	65,5	10,6	23,0	+ 0,9
Vereinigte Staaten	Mrd. US-\$	5 132	66,7	17,9	17,1	- 1,8
<i>Asien</i>						
China, Volksrepublik	Mrd. RMB.¥	1 573	64,3		36,4	- 0,7
Indien <sup>2</sup>	Mrd. iR	4 428	67,2	12,0	23,6	- 2,7
Japan	Mrd. Yen	388 889	56,7	9,3	32,5	+ 1,5
<i>Australien und Ozeanien</i>						
Australien <sup>3</sup>	Mill. \$A	368 627	58,6	16,4	25,3	- 2,0
Neuseeland <sup>2</sup>	Mill. NZ\$	69 590	61,3	16,4	24,7	- 2,4

1 Nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

2 Angaben für Rechnungsjahr, das am 1. April 1989 beginnt.

3 Angaben für Rechnungsjahr, das am 1. Juli 1989 beginnt.

## 20.6 Außenhandel 1990

Land	Einfuhr		Ausfuhr		Ein- (-) bzw. Ausfuhr- (+) überschuß	
	ins- gesamt	je Ein- wohner	ins- gesamt	je Ein- wohner	ins- gesamt	je Ein- wohner
	Mill. DM	DM	Mill. DM	DM	Mill. DM	DM
<i>Europa</i>						
Deutschland <sup>1</sup>	573 479	7 179	680 857	8 523	+107 378	+1 344
Belgien und Luxemburg	192 981	18 901	190 835	18 691	- 2 146	- 210
Dänemark	51 020	9 926	56 603	11 012	+ 5 583	+1 086
Finnland	43 570	8 731	43 142	8 646	- 428	- 85
Frankreich	374 721	6 639	338 707	6 001	- 36 014	- 638
Griechenland	31 787	3 141	12 936	1 278	- 18 851	-1 863
Großbritannien und Nordirland	361 538	6 297	300 019	5 226	- 61 519	-1 071
Irland	33 296	9 513	38 375	10 964	+ 5 079	+1 451
Italien	289 479	5 020	272 117	4 719	- 17 362	- 301
Jugoslawien	30 361	1 275	23 088	970	- 7 273	- 305
Niederlande	202 830	13 576	212 685	14 236	+ 9 855	+ 660
Norwegen	43 244	10 199	54 965	12 963	+ 11 721	+2 764
Österreich	80 391	10 427	67 563	8 763	- 12 828	- 1 664
Polen	13 115	344	21 983	576	+ 8 868	+ 232
Portugal	40 298	3 827	26 373	2 505	- 13 925	-1 322
Rumänien	14 716	634	9 618	415	- 5 098	- 219
Schweden	87 706	10 246	92 655	10 824	+ 4 949	+ 578
Schweiz	112 299	16 736	103 059	15 359	- 9 240	-1 377
Ehem. Sowjetunion	194 267	673	168 807	585	- 25 460	- 88
Spanien	140 949	3 618	89 759	2 304	- 51 190	-1 314
Tschechoslowakei	21 065	1 345	19 168	1 224	- 1 897	- 121
Türkei	35 055	625	20 846	372	- 14 209	- 253
Ungarn	14 086	1 335	15 659	1 484	+ 1 573	+ 149
<i>Afrika</i>						
Nigeria	...	...	22 019	203	...	...
Südafrika	27 444	778	30 601	867	+ 3 157	+ 89
<i>Amerika</i>						
Brasilien	32 951	219	50 668	337	+ 17 717	+ 118
Kanada	187 185	7 058	204 870	7 725	+ 17 685	+ 667
Vereinigte Staaten	830 280	3 322	635 434	2 542	-194 846	- 780
<i>Asien</i>						
China <sup>2</sup>	85 779	75	100 163	88	+ 14 384	+ 13
Hongkong	132 594	22 861	132 542	22 852	- 52	- 9
Japan	377 398	3 055	462 909	3 747	+ 85 511	+ 692
Korea, Republik	110 534	2 583	104 751	2 448	- 5 783	- 135
<i>Australien und Ozeanien</i>						
Australien	62 431	3 653	63 785	3 732	+ 1 354	+ 79

1 Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand ab dem 3. 10. 1990.

2 Ohne Taiwan.

## 20.7 Wirtschaftsdaten 1989<sup>1</sup>

Land	Produktion				Fertig- gestellte Woh- nungen je 100 000 Einw.
	Stein- kohle	Roh- stahl	Elektrizität Mill. kWh je 100 000 Einw.	Pkw	
	1 000 t			1 000 St.	
<i>Europa</i>					
Bundesrepublik Deutschland <sup>2</sup>	71 428	41 073	710	4 536	384
Ehem. DDR und Berlin (Ost)	—	7 829	716	217	556
Belgien	1 893	10 966	668	326	447
Bulgarien	193	2 899	492	—	450
Dänemark	—	624	554	—	507
Finnland	—	2 921	1 023	—	1 149
Frankreich	11 471	19 335	725	3 409	742
Griechenland	—	957	309	—	1 169
Großbritannien und Nordirland	98 286	18 740	545	1 299	—
Irland	48	324	390	—	512
Italien	74	25 188	366	1 970	362
Jugoslawien	288	4 448	350	227	506
Luxemburg	—	3 721	366	—	453
Niederlande	0	5 681	493	137	781
Norwegen	456	678	2 834	—	662
Österreich	—	4 718	658	7	497
Polen	170 424	15 094	384	293	397
Portugal	258	761	249	—	—
Rumänien	8 292	14 415	328	85	—
Schweden	30	4 693	1 639	348	588
Schweiz	—	916	777	—	677
Ehem. Sowjetunion	576 797	160 096	599	1 174	—
Spanien	19 294	12 765	363	1 639	—
Tschechoslowakei	25 068	15 465	550	183	613
Türkei	3 204	7 799	92	—	379
Ungarn	2 124	3 315	279	—	487
<i>Afrika</i>					
Südafrika	173 124	9 567	470	—	—
<i>Amerika</i>					
Brasilien	6 540	25 055	156	731	—
Kanada	38 796	15 458	1 903	984	859
Vereinigte Staaten	810 036	89 884	1 112	6 823	—
<i>Asien</i>					
China <sup>3</sup>	1 020 552	61 430	53	—	—
Indien	198 828	14 429	30	—	—
Japan	10 188	107 909	650	9 052	—
<i>Australien und Ozeanien</i>					
Australien	134 636	6 732	880	357	—
<i>Welt</i>	3 598 000	785 094	209	35 930	—

1 Wenn Daten für 1989 noch nicht vorlagen, Ergebnisse für den zuletzt verfügbaren Zeitpunkt bzw. Zeitraum.

2 Nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

3 Ohne Taiwan.





## Teil II:

# Lebenslagen und subjektives Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland

Herausgegeben von

ROLAND HABICH

Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung im  
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

HEINZ-HERBERT NOLL

Abteilung Soziale Indikatoren im  
Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA)

Die Herausgeber danken Birgit Gruber, Wolfgang Seifert und Martina Sander-Blanck für die Mithilfe bei den redaktionellen Arbeiten und für die zuverlässige Unterstützung. Die Redaktionsarbeiten wurden vorwiegend im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) durchgeführt. Die graphischen Darstellungen in diesem Teil wurden von Roland Habich und Wolfgang Seifert (beide WZB) entworfen und erstellt.



# A. Einleitung

## 1 Lebenslagen und subjektives Wohlbefinden: Konzepte und Daten der Sozialberichterstattung

Aufgabe der Sozialberichterstattung ist die kontinuierliche Wohlfahrtsmessung und Dauerbeobachtung des sozialen Wandels. Der Prozeß der deutschen Vereinigung stellt dabei eine besondere Herausforderung dar. Es gilt nicht nur die bisherige Berichterstattung über die Entwicklung der Lebensbedingungen und den Wandel sozialer Strukturen, Verhaltensweisen und Wertorientierungen fortzusetzen, sondern auch die Prozesse der Transformation der früheren DDR-Gesellschaft und ihrer Integration in die institutionellen Strukturen der Bundesrepublik hinsichtlich ihrer Konsequenzen für die Bürger systematisch zu beschreiben und zu analysieren.

Die Angleichung der Lebensverhältnisse und der schrittweise Abbau des Modernitäts- und Wohlfahrtsgefälles zwischen den alten und den neuen Bundesländern sind gesellschaftspolitische Ziele, die nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit mit Priorität verfolgt werden. Eine detaillierte Beobachtung der Entwicklung der faktischen sozialen Strukturen und der objektiven Lebensbedingungen sowie der sich ergebenden Probleme, Defizite und Friktionen, ist eine wesentliche Voraussetzung, um diese Zielsetzung realisieren zu können. Zu den Aufgaben der Sozialberichterstattung gehört es unter diesen Umständen auch, zu registrieren und zu beschreiben, wie die Bürger im Osten und Westen Deutschlands ihre jeweilige Situation definieren, wie sie die sich verändernden Lebensumstände wahrnehmen und bewerten und wie sich daraus resultierend das subjektive Wohlbefinden, das soziale Klima und die Stimmungslage der Bevölkerung verändern. Für die Herstellung der „inneren Einheit“ sind nicht zuletzt auch Informationen über die wechselseitigen Wahrnehmungen und Zuschreibungen der Bürger in Ost und West von Bedeutung.

Bei einem „social monitoring“ dieser gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse geht es darum, den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft steuerungsrele-

vante Probleminformationen zur Verfügung zu stellen und dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit gerecht zu werden. Der Teil II des Datenreports erweitert das Informationsangebot der amtlichen Statistik um die Perspektive der nichtamtlichen, sozialwissenschaftlichen Sozialberichterstattung. In den Beiträgen dieses Teils kommt nicht nur eine teilweise andere, in stärkerem Maße durch sozialwissenschaftliche Theorieansätze strukturierte Sichtweise zur Geltung, sie stützen sich auch auf eine nichtamtliche, spezifisch sozialwissenschaftliche Datenbasis. Die Zusammenarbeit von amtlicher Statistik und wissenschaftlicher Sozialberichterstattung hat sich erstmals in dem Datenreport von 1985 niedergeschlagen. Die spezifische Arbeitsteilung, die dabei gefunden wurde, hat sich – das zeigen auch die Ausgaben des Datenreports von 1987 und 1989 – bewährt. Im Mittelpunkt des sozialwissenschaftlichen Teils stand jeweils der Zusammenhang von objektiven Lebensbedingungen und deren subjektiver Wahrnehmung und Bewertung. Informationen über subjektive Sachverhalte und Befindlichkeiten, wie Einstellungen, Erwartungen, Präferenzen und Beurteilungen, stellen auch eine wichtige Basis für die Berichterstattung in diesem Teil des Datenreports 1992 dar.

Die einzelnen Beiträge sind darauf ausgerichtet, einerseits die verschiedenen Lebenslagen und andererseits Einstellungen, Erwartungen und das subjektive Wohlbefinden der Bundesbürger zu beschreiben und zu analysieren. Dabei finden objektive Aspekte der Lebensbedingungen und subjektive Situationseinschätzungen durchgängig, wenngleich mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen, Beachtung.

Der vorliegende Datenreport 1992 informiert auch über gesellschaftlichen Wandel, stellt aber im Unterschied zu früheren Ausgaben den Ost-West-Vergleich in den Mittelpunkt seiner Berichterstattung. In der gegenwärtigen Situation des Zusammenwachsens der beiden Teilgesellschaften richtet sich die Aufmerksamkeit in besonderem Maße auf die in vielerlei Hinsicht noch bestehenden und sich nur langsam verringern den Unterschiede und Diskrepanzen zwischen den alten und den neuen Bundesländern, z.B. in den materiellen Lebensbedingungen und im subjektiven Wohlbefinden, aber auch in vielen Verhaltensstrukturen, Einstellungen und Wertorientierungen der jeweiligen Bevölkerung.

Obwohl die amtliche Statistik zweifellos die Hauptlast der Bereitstellung von Informationen über die Gesellschaft zu tragen hat, ist gerade unter den außergewöhnlichen Umständen der deutschen Wiedervereinigung deutlich geworden, wie wichtig und unverzichtbar eine leistungsfähige sozialwissenschaftliche Umfrageforschung für eine aktuelle und differenzierte Sozialberichterstattung ist. Die sozialwissenschaftliche Umfrageforschung stellt nicht nur Informationen zu Themen und Fragestellungen bereit, die außerhalb des Erhebungsprogramms der amtlichen Statistik liegen, sondern sie ergänzt das System der Informationsgewinnung auch in methodischer Hinsicht. Die sozialwissenschaftliche Umfrageforschung verfügt nicht über die umfangreichen Stichproben der amtlichen Statistik, aber sie kann mit ihrem Instrumentarium häufig schneller und flexibler auf veränderte Bedingungen

und Informationsanforderungen reagieren und ihr Erhebungsprogramm den spezifischen Umständen anpassen.

Die Beiträge im Teil II des vorliegenden Datenreports stützen sich überwiegend auf drei Erhebungsprogramme der empirischen Sozialforschung, die speziell für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung konzipiert worden sind: die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) und den Wohlfahrtssurvey. Jedes dieser zunächst für die frühere Bundesrepublik entwickelten Datenerhebungsprogramme bietet inzwischen – mit spezifischen Akzentsetzungen – Informationen für den Bereich der neuen Bundesländer und damit auch Möglichkeiten des Ost-West-Vergleichs.

Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ist eine Repräsentativbefragung, die in der Bundesrepublik seit 1980 in zweijährigem Turnus durchgeführt wird. Verantwortlich für die Konzeption und Durchführung der ALLBUS-Erhebung ist das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim. Die Datenaufbereitung, Archivierung und Weitergabe der Daten erfolgt über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln. Mit wechselnden inhaltlichen Themenschwerpunkten und der teilweisen Replikation von Fragen stellt der ALLBUS eine der meistgenutzten Datenquellen für die sozialwissenschaftliche Forschung und Lehre in Deutschland dar. Orientiert an den Zielsetzungen der deskriptiven Sozialberichterstattung, der Untersuchung des sozialen Wandels und der international vergleichenden Analyse, werden regelmäßig Informationen zu den Bereichen Sozialstruktur und Sozialbeziehungen, allgemeine Werte und Grundeinstellungen sowie der Legitimität der politischen und sozialen Ordnung erhoben. Kernstück des ALLBUS-Erhebungsprogramms ist eine ausführliche Standarddemographie.

Die Grundgesamtheit der ALLBUS-Umfragen bestand bis einschließlich 1990 aus allen wahlberechtigten Personen in der damaligen Bundesrepublik und West-Berlin. Die Stichprobengröße betrug jeweils rund 3 000 Personen. Im Frühjahr 1991 wurde im Rahmen des ALLBUS-Programms eine Baseline-Studie im gesamten, nun auch die neuen Bundesländer und den Ostteil Berlins umfassenden Bundesgebiet durchgeführt. Die Stichprobe war disproportional angelegt und umfaßt 1 514 Befragte in den alten und 1 544 Befragte in den neuen Bundesländern.

In einem engen organisatorischen und inhaltlichen Zusammenhang mit dem ALLBUS stehen die jährlichen Erhebungen des International Social Survey Programs (ISSP). Das für den vorliegenden Datenreport ebenfalls als Datenquelle verwendete ISSP-Plus ist eine Befragung von 1 028 Personen in den neuen Bundesländern, die im Dezember 1990 durchgeführt wurde und in ihrem Frageprogramm weitgehend der im Sommer 1990 in den alten Bundesländern durchgeführten ISSP-Erhebung entspricht.

Daten der ALLBUS-Erhebungen und des ISSP-Plus werden im vorliegenden Datenreport in den Kapiteln 11, 16, 17, 18, 19, 20 und 21 des Teils II verwendet.

Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) ist eine empirische Langzeitstudie zur repräsentativen Erfassung des gesellschaftlichen Wandels. Es handelt sich um eine Längsschnitterhebung, in der seit 1984 eine Ausgangsstichprobe von rund 6 000 deutschen und ausländischen Privathaushalten bzw. rund 12 000 Personen in der früheren Bundesrepublik und West-Berlin jährlich befragt wird. Innerhalb der repräsentativ ausgewählten Haushalte werden alle Personen im Alter von 16 Jahren und darüber in die Befragung einbezogen. Das Sozio-ökonomische Panel wurde ursprünglich im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ der Universitäten Frankfurt und Mannheim konzipiert und wird vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin durchgeführt. Als eine Längsschnitterhebung zielt das SOEP primär darauf ab, Informationen über Veränderungen im Zeitablauf auf der Mikroebene von Individuen und Haushalten bereitzustellen. Die thematischen Schwerpunkte des SOEP liegen in den Bereichen des Einkommens und der Erwerbstätigkeit, aber es werden – im Rahmen variierender thematischer Vertiefungen – auch zu anderen Aspekten der sozioökonomischen Lebensbedingungen, wie z.B. Bildung und Weiterbildung, regionale und berufliche Mobilität, Gesundheit und Zeitverwendung – in begrenztem Umfang auch zu subjektiven Bewertungen in Form von Zufriedenheit – Längsschnittinformationen erhoben.

Noch vor Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Juni 1990 eine Basisbefragung des Sozio-ökonomischen Panels mit der Zielsetzung durchgeführt, eine Grundlage für die Beobachtung der Systemtransformation und der damit verbundenen sozialen und ökonomischen Anpassungsprozesse auf der Mikroebene zu schaffen. Die Stichprobe der Basisbefragung des SOEP-Ost umfaßte 2 179 Haushalte bzw. 4 453 Personen. Die 1991 durchgeführte zweite Welle des SOEP-Ost wurde bereits parallel und weitgehend synchron mit der achten Welle des SOEP-West durchgeführt.

Die Kapitel 3, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 12, 13, 14 und 15 des vorliegenden Datenreports Teil II beruhen hauptsächlich oder teilweise auf Analysen von Daten der ersten beiden Wellen des SOEP-Ost sowie der ersten sieben Wellen des SOEP-West. Wegen der höheren Priorität, mit der die Daten des SOEP-Ost aufbereitet wurden, stand die achte Welle des SOEP-West von 1991 für die den Beiträgen dieses Datenreports zugrundeliegenden Analysen noch nicht zur Verfügung.

Der Wohlfahrtssurvey ist eine Repräsentativbefragung, die orientiert an Vorbildern in anderen Ländern speziell für die Messung der individuellen Wohlfahrt und Lebensqualität konzipiert wurde. Dieses Befragungsinstrument ist vor allem darauf ausgelegt, für verschiedene Lebensbereiche Dimensionen der objektiven Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens mit geeigneten Indikatoren im Trendverlauf zu beobachten und in ihrem Zusammenhang zu analysieren.

Der Wohlfahrtssurvey wurde im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ der Universitäten Frankfurt und

Mannheim entwickelt und bisher viermal – 1978, 1980, 1984 und 1988 – im Bereich der früheren Bundesrepublik und West-Berlin durchgeführt. Die Grundgesamtheit bildeten jeweils alle Personen, die in Privathaushalten lebten und das 18. Lebensjahr vollendet hatten. Der Stichprobenumfang lag jeweils zwischen 2 000 und 2 500 Befragten. Die vier Wohlfahrtssurveys enthalten gemäß dem Replikationsprinzip zum großen Teil gleichlautende Fragen, darüber hinaus aber auch jeweils wechselnde thematische Schwerpunkte mit neuen Fragestellungen.

Unmittelbar nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands hat die Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) in Kooperation mit dem Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig im Oktober/November 1990 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR den Wohlfahrtssurvey-Ost durchgeführt. Die Zielsetzung bestand dabei darin, dem Erhebungsprogramm des Wohlfahrtssurveys entsprechende und für die alten Bundesländer vergleichbare Baseline-Informationen für die neuen Bundesländer unmittelbar nach der Wiedervereinigung zu erheben. Die Stichprobe des Wohlfahrtssurvey-Ost umfaßt 735 Befragte.

Daten der Wohlfahrtssurveys werden im vorliegenden Datenreport in den Kapiteln 2, 9, 13, 14, 15 und 18 des Teils II verwendet.

In einzelnen Beiträgen (Kapitel 20, 21) werden neben den Daten des ALLBUS, des Sozio-ökonomischen Panels und der Wohlfahrtssurveys für spezielle Fragestellungen noch zusätzliche Datenquellen herangezogen:

- die „Berlin-Umfrage 1990“, eine Repräsentativbefragung für Berlin mit 1 378 Befragten in West-Berlin und 868 Befragten in Ost-Berlin, die im Frühjahr 1990 durchgeführt wurde;
- die „1. Welle der vergleichenden Wahlstudie Bundestagswahl 1990“, eine Repräsentativbefragung für West- und Ostdeutschland mit 1 340 Befragten in Westdeutschland und 692 Befragten in Ostdeutschland. Die Erhebung fand im Oktober/November 1990 statt;
- die „2. Welle der Wahlstudie 1990“, eine repräsentative Wiederholungsbefragung für Westdeutschland mit 1 476 Befragten, die im Mai/Juni 1990 durchgeführt wurde;
- die „Vorwahlstudie zur Bundestagswahl 1990“, eine Repräsentativbefragung für Ostdeutschland mit einem Stichprobenumfang von 959 Befragten im November 1990;
- die Studie „Bundestagswahl 1990“, eine Repräsentativbefragung für West- und Ostdeutschland. Befragt wurden im November 1990 1 085 Personen in Westdeutschland und 1 265 Personen in Ostdeutschland.

Die in den folgenden Beiträgen von Wissenschaftlern des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Berlin), des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (Mannheim)



präsentierten Informationen vermitteln ein Bild der sozialen Lage und der aktuellen Tendenzen des gesellschaftlichen Wandels in West- und Ostdeutschland, wie es sich auf der Basis von Analysen dieser repräsentativen Bevölkerungsumfragen der Sozialwissenschaften darstellt. Zusammen mit den Daten der amtlichen Statistik in Teil I dieses Datenreports wird damit zugleich ein wesentlicher Ausschnitt der derzeit verfügbaren quantitativen Informationen über den gegenwärtigen Stand und den bisherigen Verlauf, schon zu verzeichnende Erfolge ebenso wie die noch bestehenden Probleme der deutschen Vereinigung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

*(Heinz-Herbert Noll / Roland Habich)*

# B. Lebenslagen

## 2 Haushalt und Familie

Die Familie ist in West- und Ostdeutschland gleichermaßen ein zentraler Lebensbereich: in der Lebensplanung des einzelnen, für das individuelle Wohlbefinden, für die Lebenschancen der Familienmitglieder und – wenn auch mit unterschiedlichen Akzentuierungen in der früheren DDR und in der „alten“ Bundesrepublik – als Agenda staatlicher Politik. Um so erstaunlicher ist die Tatsache, daß gerade in der ehemaligen DDR, deren familienzentrierte Sozialpolitik unübersehbar war, zentrale Basisdaten zur Lage von Familien nur sehr rudimentär zur Verfügung standen. Bislang fehlten vor allem repräsentative Daten, um die oft benannten „anderen“ Familienverhältnisse – etwa im Hinblick auf Familientypen, das Heiratsalter, die Kinderzahl, die Frauenerwerbstätigkeit – quantitativ darstellen und Zusammenhänge im Detail belegen zu können. Auch die zur Beschreibung der sozialen Lage von Familien notwendige Zusammenführung objektiver Lebensbedingungen bestimmter Familientypen und subjektiver Bewertung scheiterte an einer unzureichenden Datenbasis.

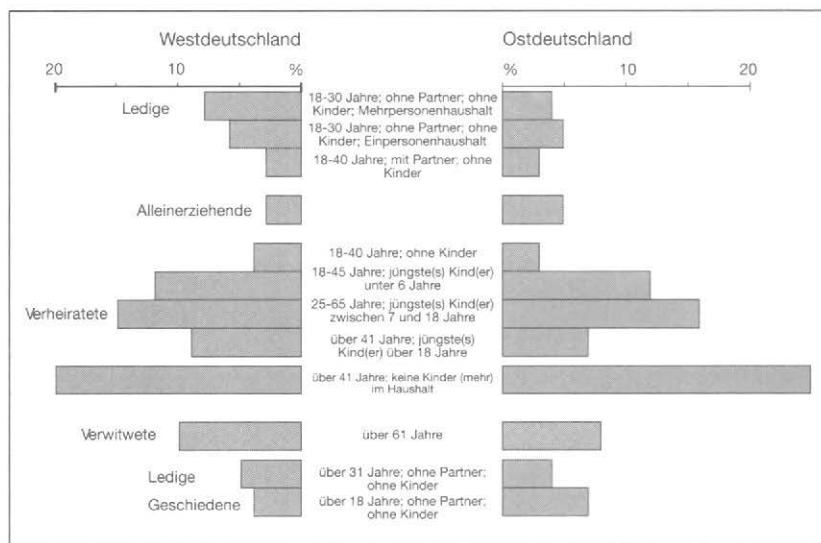
In diesem Kapitel werden dazu für das Jahr 1990 – das für die Beschreibung von Transformationsprozessen relevante Basisjahr – zentrale Verteilungen dokumentiert: Zunächst werden einzelne Haushalts- und Familienformen in Ost- und Westdeutschland vergleichend dargestellt. Anschließend werden mit ausgewählten Indikatoren die objektiven Lebensverhältnisse in diesen Familienformen beschrieben; danach werden die darauf bezogenen subjektiven Bewertungen aufgeführt, um auch im Bereich des individuellen Wohlbefindens Unterschiede und Ähnlichkeiten aufzeigen zu können.

### 2.1 Haushalts- und Familienformen

Für die Familie läßt sich eine Abfolge typischer Entwicklungsphasen bestimmen: junge Erwachsene in der vorehelichen Phase, die noch bei ihren Eltern oder bereits (alleine) in einem eigenen Haushalt leben; junge Verheiratete, die noch keine Kinder haben; Verheiratete mit Kleinkindern, mit Schulkindern, mit erwachsenen Kindern; die sogenannte „nacherlerliche Gefährtschaft“ der Ehepaare, deren Kinder den elterlichen Haushalt bereits wieder verlassen haben; schließlich

die Phase, die mit der Verwitwung beginnt. Neben diesen Lebenszyklusphasen treten – vor allem in der Diskussion um die Erosion der klassischen Familienverhältnisse – zunehmend andere Lebens- und Familienformen in den Vordergrund: unverheiratet zusammenlebende Partner; die unter sozialpolitischer Perspektive besonders wichtige Gruppe der Alleinerziehenden; schließlich noch die Geschiedenen und diejenigen, die ihr Leben lang unverheiratet bleiben. Diese für die westliche Gesellschaft entwickelte Klassifikation wird auf die „andere“ ostdeutsche Gesellschaft übertragen, um einen ersten Überblick über die Lebensformen in West- und Ostdeutschland zu geben. Die Annahme lautet, daß Besonderheiten der Familiensituation in der früheren DDR-Gesellschaft auch in dieser Typologie ihren Niederschlag finden müßten.

Abb. 1: Haushalts- und Familienformen in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990 (Ost)

Der Vergleich der Lebens- und Familienformen zeigt auf den ersten Blick eine erstaunliche Ähnlichkeit, daneben aber auch nennenswerte Unterschiede. In Ost- und Westdeutschland stellen Ehe und Familie nach wie vor die vorherrschenden Formen des Zusammenlebens dar. Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland ergeben sich in der Verteilung der Familienformen nicht zuletzt durch das damals erstaunlich niedrige Heiratsalter in der ehemaligen DDR. Dies ist an dem geringeren Anteil an „jungen Ledigen ohne Partner und ohne Kinder, die noch bei ihren Eltern wohnen“ (4 % im Osten gegenüber 8 % im Westen), ablesbar sowie

an dem höheren Anteil an „älteren Ehepaaren ohne Kinder im Haushalt“ (25 % gegenüber 20 %). In der höheren Quote Geschiedener (7 % im Osten gegenüber 5 % im Westen) kommt eine größere Instabilität der Ehe zum Ausdruck, wobei zugleich der Anteil an sogenannten Zweit- und Drittehen in der früheren DDR sehr hoch war. Der Anteil an Alleinerziehenden im Ostteil Deutschlands scheint bezogen auf die Gesamtbevölkerung mit knapp 5 % relativ gering und widerspricht scheinbar dem Umstand, daß Ende der 80er Jahre nahezu jedes dritte Kind von einer unverheirateten Mutter geboren wurde. Werden Familien mit Kindern als Bezugsgröße betrachtet, zeigt sich ein anderes Bild: Jede achte Familie im Osten gegenüber jeder dreizehnten im Westen Deutschlands ist eine sogenannte „unvollständige Familie“. Darüber hinaus relativiert eine Heirat der Eltern nach der Geburt des Kindes die zunächst hohe Zahl der unverheirateten Mütter. Die auf Ehe und stabile Familie ausgerichtete Sozial- und Familienpolitik der ehemaligen DDR kann damit als nicht sehr erfolgreich bezeichnet werden. Für beide Teile Deutschlands greift aber auch die Einschätzung einer Erosion der klassischen Familie nicht: Ehe und Familien scheinen nach diesen Daten weniger in Auflösung begriffen, als viele vermutet oder befürchtet hatten (vgl. dazu Teil II, Kap. 16).

## 2.2 Lebenslagen in unterschiedlichen Familienformen

Gerade angesichts der teilweise recht ähnlichen Verteilungen in West- und Ostdeutschland muß ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet werden, daß sich hinter den einzelnen Lebens- und Familienformen jeweils „andere“ objektive Lebensbedingungen und auch verschiedene subjektive Befindlichkeiten verbergen können. In *Tab. 1* werden einige Indikatoren aus Bereichen präsentiert, die für die Realisierung von Lebenschancen zentral sind: Erwerbstätigkeit, Einkommen und Wohnverhältnisse.

Das Wohlfahrtsgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland – in den Bereichen Einkommen, Wohnbedingungen, Erwerbstätigkeit – ist in praktisch allen ausgewiesenen Lebens- und Familienformen offenkundig: Sowohl im Einkommen als auch im verfügbaren Wohnraum liegt der Osten wie erwartet auf niedrigerem Niveau. Wird der durchweg höhere Anteil erwerbstätiger Frauen in praktisch allen Familienformen der ehemaligen DDR betrachtet (vgl. auch Teil II, Kap. 4), wird der Eindruck vermittelt, daß die sozialpolitischen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft durchaus erfolgreich waren. Selbst verheiratete Frauen mit Kleinkindern gingen mehrheitlich (62 %) einer hauptberuflichen Erwerbstätigkeit nach. Insgesamt höher als in Westdeutschland war die durchschnittliche Zahl der erwerbstätigen Personen in den einzelnen Lebens- und Familienformen (1,51 im Westen im Vergleich zu 1,72 im Osten). Allerdings ermöglicht selbst dieser hohe Anteil an mehreren Einkommensquellen pro Haushalt in der Ex-DDR keine Angleichung an die entsprechenden westlichen Einkommensverhältnisse. Vielmehr war

Tab. 1: Ausgewählte objektive Lebenslagen in unterschiedlichen Lebens- und Familienformen

	Insgesamt		Nichterwerbstätige				Erwerbs- tätige* pro Haushalt		Wohn- räume pro Person		Haushalts- einkom- men/Kopf	
			Männer		Frauen							
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %											
Insgesamt	100	100	32	23	70	46	1,51	1,72	1,66	1,35	1217	733
Ledige, 18–30 Jahre, ohne Partner, ohne Kinder in Mehrpersonen- haushalt	8	4	39	(–)	45	(–)	2,22	(–)	1,48	(–)	1120	(–)
Ledige, 18–30 Jahre, ohne Partner, ohne Kinder, in Einpersonen- haushalt	6	5	47	6	27	0	0,62	0,90	1,89	1,37	1382	1064
Ledige, 18–40 Jahre, mit Partner, ohne Kinder	3	3	41	(–)	26	(–)	1,44	(–)	1,42	(–)	1435	(–)
Alleinerziehende	3	5	22	0	55	11	0,94	1,24	1,59	1,25	1143	541
Verheiratete, 18–40 Jahre, ohne Kinder	4	3	8	(–)	22	(–)	1,74	(–)	1,73	(–)	1586	(–)
Verheiratete, 18–45 Jahre, mit Kleinkindern bis 6 Jahre	12	12	10	1	72	38	1,22	1,71	1,12	0,85	834	552
Verheiratete, 25–65 Jahre, mit Schulkindern bis 18 Jahre	15	16	3	1	68	12	1,61	2,11	1,25	0,98	957	641
Verheiratete, 41 Jahre und älter, mit erwachsenen Kindern	9	7	23	13	74	22	2,00	2,71	1,46	1,06	1115	733
Verheiratete, 41 Jahre und älter, ohne Kinder	20	25	59	49	80	64	1,15	1,39	1,84	1,45	1355	772
Verwitwete, 61 Jahre und älter	10	8	100	89	99	100	(–)	(–)	2,68	2,39	1500	656
Ältere Ledige, 31 Jahre und älter, ohne Partner, ohne Kinder	5	4	20	(–)	75	(–)	0,93	(–)	2,53	(–)	1675	(–)
Geschiedene, 18 Jahre und älter, ohne Kinder	4	7	23	23	72	55	0,97	0,95	2,13	1,99	1512	904

\* Nur Personen im erwerbsfähigen Alter.

(–) Wegen zu geringer Fallzahl nicht ausgewiesen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990 (Ost).

und ist, insbesondere für Familien mit Kleinkindern, ein „Zweit-Verdiener“ im Haushalt geradezu ökonomisch notwendig (vgl. dazu auch Teil II, Kap. 3 und 4). Als finanziell sehr problematisch muß die Lage der Alleinerziehenden im Ostteil Deutschlands gelten. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen pro Kopf dieser – überwiegend weiblichen – Personen liegt in der Hierarchie aller Familien- und Lebensformen trotz öffentlicher Zuwendungen an letzter Stelle.

1988 standen in Westdeutschland jeder Person durchschnittlich fast 1,7 Wohnräume zur Verfügung: in keiner der ausgewiesenen Familien- oder Lebensformen wird der Standard von einem Raum pro Person unterschritten. Obwohl auch in der ehemaligen DDR bestimmte Familien- und Lebensformen eine durchaus angemessene Wohnungsgröße haben (Ältere, Alleinstehende), zeichnet sich hier für viele ostdeutsche Familien ein eher negatives Bild ab. So entspricht der Durchschnitt von 1,35 Räumen pro Person insgesamt dem Stand der „alten“ Bundesrepublik vor über 20 Jahren; in vielen ostdeutschen Familien mit Kindern wird der Weststandard (ein Raum pro Person) nicht erreicht.

## 2.3 Familienformen und subjektives Wohlbefinden

Die spezifischen Lebensbedingungen der einzelnen Familien- und Haushaltstypen und die in Ostdeutschland erkennbaren Besonderheiten und Belastungen der Umbruchsituation wirken sich auf das subjektive Wohlbefinden der Menschen aus (vgl. auch Teil II, Kap. 13). In Ost und West fühlen sich Alleinerziehende, Geschiedene, ältere Ledige sowie insbesondere ältere Verwitwete „oft unglücklich“ oder „einsam“. Erwartungsgemäß sind Verheiratete in der Regel nur unterdurchschnittlich von diesen Beeinträchtigungen betroffen. Im östlichen Teil Deutschlands sind Beeinträchtigungen des Wohlbefindens in fast allen Lebens- und Familienformen vergleichsweise häufiger erkennbar. Vor allem in den hohen Anteilen der Einsamen und Unglücklichen bei alleinerziehenden, geschiedenen und verwitweten Ostdeutschen dokumentieren sich die fehlenden Unterstützungsleistungen familiärer Netzwerke.

Die Zufriedenheit mit der Arbeitsteilung im Haushalt erhält nicht zuletzt durch die unterschiedlichen Erwerbsquoten verheirateter Frauen besondere Bedeutung. In beiden Teilen Deutschlands ist die Zufriedenheit mit der haushaltsinternen Arbeitsteilung insgesamt recht hoch, mit einem doch geringeren Niveau in Ostdeutschland (vgl. Tab. 3). Gleichzeitig zeichnet sich auch ein deutliches geschlechtsspezifisches Zufriedenheitsgefälle in West und Ost ab. Frauen bewerten die Arbeitsteilung im Haushalt durchweg schlechter als Männer. Bezüglich der Belastung durch Haushalt und Kinderbetreuung finden Frauen offensichtlich nur bedingt Unterstützung seitens der Männer; nur eine Minderheit der Männer fühlt sich für die Hausarbeit (mit-)verantwortlich. Der konsequente Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten in der ehemaligen DDR war eine notwendige Maßnahme zur Ermög-

Tab. 2: Lebens- und Familienformen und negatives subjektives Wohlbefinden

	Oft einsam		Unglücklich	
	West- deutsch- land	Ost- deutsch- land	West- deutsch- land	Ost- deutsch- land
	%			
Insgesamt	14	21	4	15
Ledige, 18–30 Jahre, ohne Partner, ohne Kinder, in Mehrpersonen- haushalt	10	20	5	11
Ledige, 18–30 Jahre, ohne Partner, ohne Kinder, in Einpersonen- haushalt	9	8	4	0
Ledige, 18–40 Jahre, mit Partner, ohne Kinder	15	20	6	3
Alleinerziehende	20	42	14	34
Verheiratete, 18–40 Jahre, ohne Kinder	12	0	1	20
Verheiratete, 18–45 Jahre, mit Kleinkindern bis 6 Jahre	9	11	1	4
Verheiratete, 25–65 Jahre, mit Schulkindern bis 18 Jahre	6	15	2	11
Verheiratete, 41 Jahre und älter, mit erwachsenen Kindern	7	8	2	12
Verheiratete, 41 Jahre und älter, ohne Kinder	10	14	3	12
Verwitwete, 61 Jahre und älter	44	71	11	33
Ältere Ledige, 31 Jahre und älter, ohne Partner, ohne Kinder	25	27	9	8
Geschiedene, 18 Jahre und älter, ohne Kinder	30	40	22	40

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990 (Ost).

lichung der Erwerbsarbeit von Frauen und darüber hinaus zur Begrenzung der Mehrfachbelastungen durch Beruf und Kinder. Für einen wesentlichen Wandel der Vorstellungen über die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung waren diese Maßnahmen augenscheinlich nicht ausreichend.

Ehe und Partnerschaft werden in Ost- und Westdeutschland insgesamt sehr positiv bewertet. Dennoch variiert das Zufriedenheitsniveau sowohl in einzelnen Lebens- und Familienformen als auch zwischen Männern und Frauen zum Teil erheblich. Personen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften weisen in Ost und West ein vergleichsweise geringeres Zufriedenheitsniveau auf; die Ursache dieser schlech-

Tab. 3: Zufriedenheit mit Arbeitsteilung im Haushalt  
und mit Ehe/Partnerschaft in unterschiedlichen Familientypen

	Zufriedenheit* mit							
	Arbeitsteilung im Haushalt				Ehe bzw. Partnerschaft			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	Ø							
Insgesamt	8,5	8,1	7,9	7,7	9,0	9,0	8,9	8,8
Ledige, 18–40 Jahre, mit Partner, ohne Kinder	8,1	8,3	7,9	7,8	8,3	8,2	9,4	8,2
Verheiratete, 18–40 Jahre, ohne Kinder	8,6	9,0	7,2	8,6	9,0	8,6	8,7	9,4
Verheiratete, 18–45 Jahre, mit Kleinkindern bis 6 Jahre	8,5	8,2	7,7	7,5	9,2	9,0	8,9	8,5
Verheiratete, 25–65 Jahre, mit Schulkindern bis 18 Jahre	8,1	7,9	7,0	7,0	8,8	8,7	8,6	8,6
Verheiratete, 41 Jahre und älter, mit erwachsenen Kindern	8,4	8,3	8,1	6,6	9,0	9,2	8,8	8,1
Verheiratete, 41 Jahre und älter, ohne Kinder	9,1	9,1	8,7	8,8	9,1	9,5	9,0	9,5

\* Zufriedenheitsskala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden).

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990 (Ost).

teren Beurteilung liegt, zumindest für die „alte“ Bundesrepublik, vor allem in den relativ schlechten Bewertungen von Männern.

Verheiratete Frauen in Westdeutschland sind mit ihrer Ehe in allen Familienphasen durchschnittlich etwas zufriedener als ihre Ehemänner, das jeweilige Zufriedenheitsgefälle ist aber nicht sehr stark ausgeprägt. Die Zufriedenheitsdifferenzen zwischen ostdeutschen Ehepartnern erreichen hingegen teilweise ein bemerkenswertes Ausmaß. So bewerten beispielsweise in jungen Ehen ohne Kinder Ehemänner ihre Beziehung deutlich schlechter (Mittelwerte von 8,6 im Vergleich zu 9,4 auf der 10-Punkte-Skala), und umgekehrt sind in Ehen mit erwachsenen Kindern Ehefrauen mit ihrer Beziehung im Durchschnitt erheblich unzufriedener als Männer (9,2 zu 8,1). Das absolute Bewertungsniveau und bestehende Zufriedenheitsgefälle zwischen Ehepartnern bieten einzeln sicher nur unzureichende Erklärungen für die größere Instabilität ostdeutscher Ehen; sie sind aber als Hintergrundinformation bei der Erklärung relativ hoher Scheidungsraten in der damaligen DDR mit zu berücksichtigen.

(Roland Habich/Detlef Landua/Annette Spellerberg)



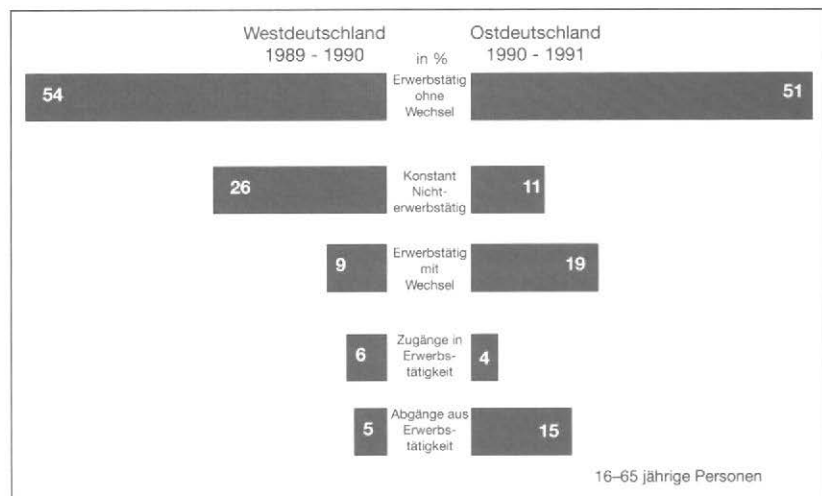
### 3 Stabilität und Mobilität auf dem Arbeitsmarkt

Die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt sind von herausragender Bedeutung für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Die Vereinigung beider Teile Deutschlands hat insbesondere in Ostdeutschland gravierende Veränderungen zur Konsequenz. So geht der mit dem Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft verbundene tiefgreifende Strukturwandel mit massiven Arbeitsplatzverlusten einher. Im folgenden sollen die in West- und Ostdeutschland unterschiedlichen Betroffenheiten von ökonomischen Wandlungsprozessen dargestellt und dabei typische Strukturmuster charakterisiert werden.

#### 3.1 Erwerbsbeteiligung und Arbeitsmarktmobilität

Abb. 1 gibt einen allgemeinen Überblick über die Bewegungen bzw. die Konstanz am west- und ostdeutschen Arbeitsmarkt. Betrachtet werden jeweils dieselben Personen im erwerbsfähigen Alter (16 bis 65 Jahre) im Verlauf des Beobachtungszeitraumes von einem Jahr.

Abb. 1: Stabilität am Arbeitsmarkt in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: SOEP (Ost) 1990, 1991; SOEP (West) 1989, 1990.

In beiden Teilen Deutschlands waren gut die Hälfte aller erwerbsfähigen Personen stabil erwerbstätig und von keiner beruflichen Veränderung betroffen. In Westdeutschland hielten sich die Zu- und Abgänge am Arbeitsmarkt im wesentlichen auf der Höhe demographischer Veränderungen und Zugängen aus der Stillen Reserve (6 bzw. 5 %). Dagegen lag die Quote der Abgänge aus der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland dreimal so hoch wie in Westdeutschland und überwog bei weitem die Zugänge. Auch inner- bzw. zwischenbetriebliche berufliche Veränderungen fanden in Ostdeutschland mit 19 % doppelt so häufig statt wie in Westdeutschland.

In Westdeutschland zeigte sich eine höhere Konstanz bei der Nichterwerbstätigkeit. Ein Viertel der westdeutschen und lediglich etwa ein Zehntel der ostdeutschen erwerbsfähigen Personen waren im Beobachtungszeitraum konstant nicht erwerbstätig. Der Unterschied in der Höhe der Anteile ist vor allem auf die in West- und Ostdeutschland unterschiedlich hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen zurückzuführen.

Tab. 1: Arbeitsmarktmobilität in Ost- und Westdeutschland  
– Erwerbstätige Personen zwischen 16 und 65 Jahren –

	Westdeutschland		Ostdeutschland*	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1989–1990		1990–1991	
Hochrechnung in 1 000	17 327	12 517	4 936	4 561
	in %			
Erwerbsstatus der Erwerbstätigen 1989 (West) bzw. 1990 (Ost) jeweils ein Jahr später:				
Erwerbstätig	93	90	86	76
davon				
– ohne berufliche Veränderung	77	67	59	53
– mit beruflicher Veränderung	11	12	24	18
– Zugang in Beschäftigung	5	11	3	6
Abgang aus Erwerbstätigkeit	5	9	13	20
Instabil erwerbstätig	2	1	1	4
Konstant nicht erwerbstätig	14	37	5	13

\* Ohne Personen, die im Beobachtungszeitraum nach Westdeutschland umgezogen sind.

Datenbasis: SOEP (West) 1989, 1990; SOEP (Ost) 1990, 1991.

Diese sehr grobe Charaktisierung der Mobilitätsprozesse am Arbeitsmarkt wird nun für Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter näher beschrieben. *Tab. 1* spiegelt die höhere Instabilität am ostdeutschen Arbeitsmarkt gegenüber dem

Arbeitsmarkt in Westdeutschland wider. Sie zeigt zudem, daß Frauen hiervon weit stärker betroffen sind als Männer. Gleichzeitig werden die unterschiedlichen Trends der Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland deutlich: In Westdeutschland bestätigt auch der kurzfristige Beobachtungszeitraum den Trend zur verstärkten Erwerbstätigkeit von Frauen. In den neuen Bundesländern nimmt die Erwerbstätigkeit von Frauen – ausgehend von einer auch im internationalen Vergleich hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen in der ehemaligen DDR – dagegen eher ab. *Tab. 1* zeigt im einzelnen folgende Veränderungen auf:

1. Während in den alten Bundesländern im Durchschnitt etwa neun von zehn Personen im erwerbsfähigen Alter durchgängig erwerbstätig waren, lag dieser Anteil in Ostdeutschland deutlich niedriger. Hier waren nur etwa drei Viertel der Frauen 1990 und 1991 durchgehend erwerbstätig (Männer 86 %).
2. Von den durchgehend erwerbstätigen Frauen in Ostdeutschland hatte nur gut die Hälfte (Männer 59 %) keine berufliche Veränderung zu bewältigen. In Westdeutschland waren es demgegenüber mehr als zwei Drittel der Frauen und gut drei Viertel der Männer.
3. Inner- oder zwischenbetriebliche berufliche Veränderungen sind erforderlich, um sich z.B. finanziell zu verbessern oder nach einer Kündigung oder der Stilllegung/dem Konkurs eines Betriebes eine Anschlußbeschäftigung zu finden und damit der Arbeitslosigkeit zu entgehen. In Ostdeutschland waren zahlreiche Veränderungen zu bewältigen, die infolge der Privatisierung ehemaliger Kombinate auf die Beschäftigten zukamen. Während in Westdeutschland gut jeder zehnte Erwerbstätige innerhalb eines Jahres die Stelle wechselte, lag der Anteil der Stellenwechsler in Ostdeutschland deutlich darüber. Etwa ein Viertel der erwerbstätigen Männer und knapp jede fünfte erwerbstätige Frau war hiervon betroffen.
4. Insgesamt haben in beiden Teilen Deutschlands mehr Frauen als Männer aus der Nichterwerbstätigkeit heraus eine Beschäftigung aufgenommen. Der Zugang der Frauen in eine Beschäftigung lag aber in Westdeutschland fast doppelt so hoch wie in Ostdeutschland. Während sich in Westdeutschland diese Gruppe einerseits aus Berufsanfängerinnen, aber auch zu einem großen Teil aus Berufsrückkehrerinnen nach einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung zusammensetzt (Stille Reserve), konzentrierten sich die Zugänge in Ostdeutschland von Juni 1990 bis März/April 1991 auf die Gruppe der Berufsanfängerinnen.
5. Dem Zugang an Beschäftigung aus der Nichterwerbstätigkeit steht der Abgang aus der Erwerbstätigkeit gegenüber. Sowohl in Ost- wie in Westdeutschland lag der Anteil der Männer, die aus dem Erwerbsleben schieden, deutlich unter dem Anteil der Frauen. 9 % der Frauen in Westdeutschland waren 1990 nicht mehr erwerbstätig. Demgegenüber gaben 20 % der Frauen im erwerbsfähigen Alter von Juli 1990 bis März 1991 ihre Beschäftigung auf. Dabei wird deutlich, daß lediglich ältere Frauen dauerhaft nichterwerbstätig wurden. Die Frauen der

jüngeren und mittleren Generation meldeten sich arbeitslos, wenn sie keine Erwerbstätigkeit mehr ausübten. Ein freiwilliger Rückzug dieser Frauen in die Nichterwerbstätigkeit hat (noch) nicht stattgefunden.

Insgesamt bestätigen die Befunde in *Tab. 1* die für Frauen höhere Instabilität am Arbeitsmarkt und die damit verbundenen größeren Arbeitsmarktrisiken. Diese Situation zeigt sich besonders deutlich für die Frauen in Ostdeutschland, die zu fast einem Fünftel innerhalb eines Jahres aus der Erwerbstätigkeit schieden. Während in Westdeutschland mehr Frauen erwerbstätig wurden, nahm in Ostdeutschland der Anteil erwerbstätiger Frauen überdurchschnittlich ab. Männer konnten im Beobachtungszeitraum offensichtlich etwas erfolgreichere Strategien zur Bewältigung der schwierigen Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland entwickeln als Frauen.

### 3.2 Beruflicher Wechsel und Verlust der Erwerbstätigkeit

Um die Arbeitsmarktrisiken in Ostdeutschland näher zu analysieren, werden in einem nächsten Schritt die wichtigsten Gründe verdeutlicht, die zu einem Ausscheiden aus der letzten Stelle führten. Dabei wird unterschieden zwischen Personen, deren Ausscheiden mit einem beruflichen Wechsel verbunden war – die also erwerbstätig geblieben sind – und jenen, die keine Anschlußbeschäftigung gefunden haben bzw. eingingen (*vgl. Tab. 2*).

Tab. 2: Beruflicher Wechsel und Abgang aus Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland: Gründe für das Ausscheiden aus der letzten Stelle

	Insgesamt	Beruflicher Wechsel			Abgang aus Erwerbstätigkeit		
		Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
		in %					
Betriebsstillegung	23	29	23	40	18	16	19
Kündigung durch Arbeitgeber	22	18	18	18	26	25	27
Eigene Kündigung	22	46	53	33	3	2	3
Versetzung in Unternehmen	1	2	3	1	0	0	0
In Rente gegangen	6	0	0	0	10	8	12
Vorruhestandsregelung	15	0	0	1	27	34	22
Befristetes Arbeitsverhältnis	3	2	1	4	4	4	3
Lediglich beurlaubt	6	0	0	1	10	2	15
Sonstige	3	2	3	2	3	9	0

Datenbasis: SOEP (Ost) 1990, 1991.

Beim beruflichen Wechsel ragt bei den Männern die eigene Kündigung – also das „freiwillige“ Ausscheiden – als Ursache für die Aufgabe der letzten Stelle heraus. Gut die Hälfte der Männer – jedoch nur ein Drittel der Frauen – gaben an, ihre letzte Anstellung selbst gekündigt zu haben. Frauen fanden demgegenüber nach Betriebsstillegung, also dem unfreiwilligen Verlust der Arbeitsstelle, eher eine neue Tätigkeit.

Bei jenen Personen, die nach der Aufgabe der letzten Stelle aus der Erwerbstätigkeit ausschieden, ist kaum eine eigene Kündigung vorangegangen. Hier liegen neben dem Übergang in den Ruhestand überwiegend unfreiwillige Gründe zugrunde (Kündigung durch Arbeitgeber und Betriebsstillegung; bei den Frauen kommt noch hinzu: Mutterschafts-/Erziehungsurlaub und Rente).

(Globale) Betriebsstillegungen scheinen wiederum eine etwas bessere Voraussetzung für eine Anschlußbeschäftigung zu sein als die (selektive) Kündigung des Arbeitgebers. Bei den Erwerbstätigen mit einem beruflichen Wechsel wurde die Betriebsstillegung als zweithäufigste Ursache (29 % gegenüber 18 % bei den Abgängen) für die Aufgabe der letzten Stelle angegeben. Dagegen führten die aus der Erwerbstätigkeit geschiedenen Personen am zweithäufigsten (neben Vorruhestand) an, sie hätten ihre Stelle aufgrund von Einzelkündigungen durch den Arbeitgeber verloren (18 % bei den Stellenwechslern). Bei Weiterführung des Betriebs wurden offensichtlich die weniger qualifizierten Arbeitnehmer zunächst entlassen, während sich die qualifizierteren entweder selbst eine neue Anstellung suchen bzw. im Betrieb weiterarbeiten.

Deutlich mehr Männer als Frauen ergreifen selbst die Initiative, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Dies drückt sich in dem hohen Anteil der Männer aus, die durch eigene Kündigung aus der letzten Stelle ausgeschieden sind, um eine neue Beschäftigung anzutreten. Wer frühzeitig selbst eine Stelle sucht und nicht bis zur Kündigung wartet, kann der Arbeitslosigkeit offensichtlich besser entgehen. Beurlaubungen bergen die Gefahr in sich, keine Anschlußtätigkeit zu finden, insbesondere wenn der alte Betrieb verkauft oder aufgelöst wurde. Vorruhestandsregelungen spielen im Umbruchprozeß eine wichtige Rolle zur Entlastung des Arbeitsmarktes. Insgesamt haben mehr Männer als Frauen bisher offensichtlich eine erfolgreichere Strategie bei der Bewältigung der Arbeitsmarktp Probleme in Ostdeutschland entwickeln können.

### 3.3. Lohnt sich Mobilität am Arbeitsmarkt?

Im folgenden wird für die Stellenwechsler versucht, eine Bewertung der stattgefundenen beruflichen Veränderungen vorzunehmen. Welchen Vorteil hat der neue Arbeitsplatz gegenüber der alten Stelle? Inwieweit lohnt sich ein Stellenwechsel in den neuen Bundesländern gegenüber der vorherigen Situation? Zur Beantwortung der Fragen wurden unterschiedliche, mit der Erwerbstätigkeit zusammenhängende Lebensbereiche erfragt.

### 3.3.1 Arbeitsplatzwechsel und Arbeitseinkommen

Eine Verbesserung des Verdienstes gegenüber der früheren Tätigkeit ist bei über 70 % (Tab. 5) der Erwerbstätigen mit Stellenwechsel festzustellen. Tab. 3 belegt den erheblichen Anstieg des durchschnittlichen Nettoeinkommens dieser Personengruppe. In beiden Teilen Deutschlands stieg das (nominale) Nettoeinkommen Erwerbstätiger bei einem beruflichen Wechsel mehr als doppelt so stark wie bei Erwerbstätigen ohne beruflichen Wechsel. Bei den ostdeutschen Erwerbstätigen ohne beruflichen Wechsel stiegen die Nettoeinkommen prozentual etwa in Höhe der westdeutschen Erwerbstätigen mit beruflichem Wechsel. Insgesamt lag das

Tab. 3: Arbeitsmarktmobilität und Erwerbseinkommen

	Nettoverdienst in Mark und Steigerungsraten					
	West			Ost		
	1989	1990	Veränderung in %	1990	1991	Veränderung in %
	Ø			Ø		
Erwerbstätige mit beruflichem Wechsel						
Insgesamt	1 760	2 042	16	1 007	1 391	38
Geschlecht						
Männer	2 101	2 421	15	1 131	1 625	44
Frauen	1 304	1 547	19	825	1 056	28
Erwerbstätige ohne beruflichen Wechsel						
Insgesamt	2 161	2 325	8	951	1 104	16
Geschlecht						
Männer	2 624	2 801	7	1 067	1 230	15
Frauen	1 430	1 568	10	807	955	18

Datenbasis: SOEP (West) 1989, 1990; SOEP (Ost) 1990, 1991.

Durchschnittseinkommen der Erwerbstätigen ohne beruflichen Wechsel in Ostdeutschland aber um mehr als 1 200 DM niedriger als in Westdeutschland. Dieser Unterschied reduzierte sich bei den Stellenwechslern auf 650 DM. Aufgrund der in Ostdeutschland noch verhältnismäßig niedrigen Durchschnittseinkommen, insbesondere bei den Erwerbstätigen ohne Stellenwechsel, ist der (Zu-)Verdienst der Frauen in den meisten Haushalten aus wirtschaftlichen Gründen weiterhin unverzichtbar (vgl. auch Teil II, Kap. 4).

In den neuen Bundesländern konnten männliche Stellenwechsler einen Einkommensanstieg von 44 % auf durchschnittlich 1 625 DM und Frauen nur einen Anstieg von 28 % auf 1 056 DM verzeichnen. Hierdurch vergrößerten sich die Einkommens-

unterschiede bei den männlichen und weiblichen Stellenwechslern von 37 % auf 54 %. In Westdeutschland fielen die Zuwächse der Einkommen aufgrund inner- bzw. zwischenbetrieblicher Wechsel für die Frauen mit 19 % höher aus als für Männer (15 %). So verringerten sich hier im Beobachtungszeitraum die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern von 61 % auf 57 %.

Insgesamt hat sich also, was das nominelle Arbeitseinkommen betrifft, ein Stellenwechsel gelohnt. Es konnten erhebliche Einkommenszuwächse erzielt werden. In Ostdeutschland lagen sie bei den Männern höher als bei den Frauen. Hierdurch vergrößerten sich die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern. In Westdeutschland ist diese Differenz zwar noch größer. Sie hat aber – im Gegensatz zu Ostdeutschland – von 1989 auf 1990 leicht abgenommen, da hier die Einkommenszuwächse bei den Frauen etwas höher ausfielen als bei den Männern.

### 3.3.2 Arbeitsplatzwechsel und berufliche Kenntnisse

Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Qualität der neuen Tätigkeit ist die Verwertbarkeit vorhandener beruflicher Kenntnisse. *Tab. 4* verdeutlicht die für ostdeutsche Frauen und Männer auch in dieser Hinsicht besonders schwierige Situation am Arbeitsmarkt. Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft macht zahlreiche alte Qualifikationen unbrauchbar und erfordert neue Qualifikationen. Nur ein Viertel der Erwerbstätigen mit beruflichem Wechsel gaben an, mehr Möglichkeiten der Verwendung beruflicher Kenntnisse im neuen Job zu haben (Westdeutschland 41 %). Die meisten Stellenwechsler in den neuen Bundesländern – nämlich knapp die Hälfte – gaben an, etwa gleich viel ihrer Kenntnisse in die neue Beschäftigung einbringen zu können. Mehr als ein Viertel der ostdeutschen Beschäftigten gaben sogar an, weniger berufliche Kenntnisse verwenden zu können (Westdeutschland lediglich 16 %). Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland gelang es Frauen in geringerem Maße als Männern, ihre beruflichen Kenntnisse nach einem Stellenwechsel einzubringen. Jedoch zeigt sich für die Frauen in Ostdeutschland eine etwas bessere Situation, was als Ausdruck der formal höheren Qualifikation von Frauen in Ostdeutschland gewertet werden kann. Formal höhere Qualifikationen sind in der Marktwirtschaft jedoch keine Garantie für die Aufnahme einer adäquaten neuen Beschäftigung. Viele Qualifikationen der ehemaligen DDR haben unter den neuen Marktbedingungen eine Entwertung erfahren.

Differenziert man diese Ergebnisse nach dem beruflichen Bildungsabschluß (*Tab. 4*), so zeigt sich, daß zwar in Westdeutschland die Verwendungsmöglichkeiten nach einem Stellenwechsel mit höheren beruflichen Bildungsabschlüssen deutlich ansteigen, in Ostdeutschland aber diesbezüglich keinerlei Differenzen zu verzeichnen sind. Die Hälfte aller westdeutschen Stellenwechsler mit einem Universitäts- bzw. Hochschulabschluß können ihre beruflichen Kenntnisse besser als zuvor verwenden. In Ostdeutschland zeigt sich für dieselbe Bildungsgruppe nach

Tab. 4: Arbeitsplatzwechsel und Verwertbarkeit beruflicher Kenntnisse

Es können nach Stellenwechsel . . . berufliche Kenntnisse verwenden	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Mehr	Gleich-viel	Weniger	Mehr	Gleich-viel	Weniger
	in %					
Insgesamt	41	43	16	26	47	27
Geschlecht						
Männer	47	41	12	29	45	26
Frauen	33	44	23	21	49	29
Beruflicher Bildungsabschluß						
Lehre	36	46	18	25	46	29
Meister/Fachschule	45	36	18	26	45	30
Universität/Hochschule	50	49	0	26	52	23
Sonstige	44	39	17	21	53	27

Datenbasis: SOEP (West) 1989, 1990; SOEP (Ost) 1990, 1991.

einem Stellenwechsel ein ambivalentes Bild: 26 % können mehr und 23 % weniger ihrer Kenntnisse in ihrer neuen Stelle verwenden. Ihre Situation ist diesbezüglich nicht viel besser als die der anderen Bildungsgruppen. Allerdings bietet eine bessere Ausbildung insbesondere für ostdeutsche Frauen eine günstigere Möglichkeit, überhaupt eine neue Tätigkeit zu finden und damit der Arbeitslosigkeit zu entgehen. Während Frauen im Westen auf allen Qualifikationsebenen relativ stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Männer, trifft dies im Osten nur für Ungelernte und Facharbeiterqualifikationen zu; Fach- und Hochschulabsolventinnen weisen dagegen niedrigere Arbeitslosenquoten auf als Männer.

### 3.3.3 Bewertung unterschiedlicher Bereiche

Insgesamt bilanzierten Erwerbstätige durch den Stellenwechsel in folgenden Bereichen eine Verbesserung (vgl. Tab. 5): in der Art der Tätigkeit, beim Verdienst, bei den Aufstiegsmöglichkeiten und in der Arbeitszeitregelung. Dem standen Verschlechterungen insbesondere bei der Arbeitsbelastung, der Sicherheit des Arbeitsplatzes, bei den betrieblichen Sozialleistungen sowie bei der Länge des Arbeitsweges gegenüber. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind die Verbesserungen bei den Männern und die Verschlechterungen bei den Frauen überproportional vertreten. Besonders deutlich wird dies bei der Art der Tätigkeit. Hier gaben 50 % der Männer (Frauen 37 %) eine Verbesserung und nur 18 % (aber 26 % der Frauen) eine Verschlechterung im Vergleich zur letzten Stelle an. In der Tatsache, daß sich der Arbeitsweg für erheblich mehr Männer als Frauen verlängert hat, spiegelt sich wiederum die größere räumliche Mobilität der Männer wider.



Tab. 5: Arbeitsplatzwechsel und Bewertung der neuen Stelle  
im Vergleich zum früheren Arbeitsplatz\*

Stelle hat sich im Vergleich zur letzten verbessert bzw. verschlechtert in Bezug auf*	Verbesserung			Verschlechterung		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	in %					
Art der Tätigkeit	45	50	37	21	18	26
Verdienst	71	76	63	17	14	20
Aufstiegsmöglichkeiten	30	33	24	27	25	30
Arbeitsbelastung	19	22	15	54	52	57
Länge des Arbeitsweges	17	16	19	35	40	27
Arbeitszeitregelung	38	38	39	33	34	30
Betriebliche Sozialleistungen	18	19	17	35	33	39
Sicherheit des Arbeitsplatzes	30	33	26	43	40	47

\* Mehrfachnennungen möglich.

Datenbasis: SOEP (Ost) 1990, 1991.

### 3.3.4 Mobilität und subjektives Wohlbefinden

Zur Beantwortung der Frage, ob Mobilität am Arbeitsmarkt auch subjektiv als Verbesserung empfunden wird, kann der Indikator „allgemeine Lebenszufriedenheit“ herangezogen werden (vgl. Tab. 6). Hier zeigen sich zum Teil überraschende Ergebnisse: In Westdeutschland war ein allgemeiner Anstieg der Lebensqualität bei den Erwerbstätigen zu verzeichnen. Stellenwechsler waren vor allem Personen, deren Lebenszufriedenheit deutlich unter der von Erwerbstätigen ohne beruflichen Wechsel lag. Hier hatten Frauen und Männer eine etwa gleich hohe bzw. niedrige Lebenszufriedenheit. Nach der beruflichen Veränderung wiesen diese Erwerbstätigen allerdings eine überproportionale Steigerung ihrer Lebenszufriedenheit auf. Frauen erreichten dabei ein etwas höheres Niveau als Männer und im Durchschnitt die gleiche Lebenszufriedenheit wie erwerbstätige Frauen ohne beruflichen Wechsel.

In Ostdeutschland spiegelt sich in den Zahlen dagegen die allgemein unsichere Lage im Umbruch (vgl. auch Teil II, Kap. 13). Die Lebenszufriedenheit der Erwerbstätigen lag deutlich unter der in Westdeutschland und sank vom Juni 1990 bis März/April 1991 sogar noch ab. Hier führte ein Stellenwechsel nur zu einer Abfederung des Verlustes von Lebenszufriedenheit. Im Transformationsprozeß überlagert offensichtlich die allgemeine Einschätzung der Lebenssituation die Verbesserungen, die aus dem beruflichen Wechsel resultieren. Dabei erreichen die Männer eine höhere Lebenszufriedenheit als Frauen.

Dennoch spielt Mobilität für Frauen in beiden Teilen Deutschlands eine besonders große Rolle:

- Für Frauen mit beruflichem Wechsel sank in Ostdeutschland die durchschnittliche Lebenszufriedenheit „nur“ von 6,4 auf 6,0 (Männer von 6,7 auf 6,2). Damit lag die Lebenszufriedenheit auch leicht über der von erwerbstätigen Frauen ohne beruflichen Wechsel. In Westdeutschland verbesserten Stellenwechslerinnen ihre Lebenszufriedenheit von durchschnittlich 6,8 auf 7,4 (Männer von 6,8 auf 7,2).
- Bei Frauen ohne beruflichen Wechsel sank in Ostdeutschland die Lebenszufriedenheit sogar von 6,6 auf 5,9 (Männer von 6,7 auf 6,1). In Westdeutschland stieg dagegen die Lebenszufriedenheit dieser Frauen von 7,2 auf 7,4 (Männer von 7,3 auf 7,4),

Obwohl für die Gruppe der mobilen Frauen in Ostdeutschland durch den beruflichen Wechsel – wie zuvor gezeigt – im Durchschnitt nicht so häufig Verbesserungen wie bei den Männern eingetreten sind, sank ihre Lebenszufriedenheit dennoch etwas weniger als die der Männer. Allerdings war auch ihre Ausgangssituation ungünstiger, so daß die Lebenszufriedenheit nach dem Stellenwechsel noch immer unter der der Männer lag.

Durch Arbeitsmarktmobilität wird – zusammenfassend – eine überdurchschnittliche Verbesserung bzw. geringere Verschlechterung der Lebenszufriedenheit gegenüber jenen erreicht, die sich nicht verändern und durchgehend beschäftigt bleiben. Während sich unter stabilen Verhältnissen in Westdeutschland vorwiegend diejenigen beruflich verändern, die eine geringere durchschnittliche Lebenszufriedenheit

Tab. 6: Arbeitsmarktmobilität und Lebenszufriedenheit

	Allgemeine Lebenszufriedenheit*			
	West		Ost	
	1989	1990	1990	1991
	Ø	Ø	Ø	Ø
Erwerbstätige mit beruflichem Wechsel				
Insgesamt	6,7	7,2	6,6	6,1
Geschlecht				
Männer	6,8	7,2	6,7	6,2
Frauen	6,8	7,4	6,4	6,0
Erwerbstätige ohne berufliche Wechsel				
Insgesamt	7,3	7,4	6,7	6,0
Geschlecht				
Männer	7,3	7,4	6,7	6,1
Frauen	7,2	7,4	6,6	5,9

\* Durchschnitt auf der Skala von 0–10: 0 = ganz und gar unzufrieden, 10 = ganz und gar zufrieden.

Datenbasis: SOEP (West) 1989, 1990; SOEP (Ost) 1990, 1991.

aufweisen, ist dies unter den weniger stabilen Verhältnissen in Ostdeutschland nicht unbedingt der Fall. So waren es zum Beispiel die etwas zufriedeneren Männer, die sich in den neuen Bundesländern beruflich veränderten.

### 3.4 Nichterwerbstätige: Pläne und Chancen einer beruflichen (Wieder-)Eingliederung

Von allen nichterwerbstätigen Männern im erwerbsfähigen Alter wollten 1989 in Westdeutschland 31 % sofort oder innerhalb eines Jahres eine Erwerbstätigkeit erstmals oder nach einer Unterbrechung aufnehmen (vgl. Tab. 7). Bei den Frauen in Westdeutschland lag die entsprechende Quote nur halb so hoch (15 %). In der ehemaligen DDR waren die Erwerbswünsche Nichterwerbstätiger im Juni 1990 deutlich ausgeprägter. Bei den Frauen waren sie mit 34 % sogar mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Tab. 7: Die Realisierungschancen von Erwerbsabsichten der Nichterwerbstätigen in Westdeutschland (1989) und Ostdeutschland (1990)

	Westdeutschland 1989		Ostdeutschland 1990	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	in %			
Von allen Nichterwerbstätigen* im Jahre 1989 (West) bzw. 1990 (Ost) wollen sofort oder innerhalb der nächsten 12 Monate eine Erwerbstätigkeit aufnehmen	31	15	42	34
davon sind ein Jahr später erwerbstätig	55	49	41	48
darunter nicht im erlernten Beruf tätig	13	15	15	17
nicht erwerbstätig	45	51	59	52
darunter mit kurzfristiger Beschäftigung	12	4	19	23

\* Nichterwerbstätige im Alter von 16–65 Jahren.

Datenbasis: SOEP (West) 1989, 1990; SOEP (Ost) 1990, 1991.

Bei Personen, die 1989 (West) bzw. 1990 (Ost) aus einer Stelle ausschieden und ein Jahr später keine Anschlußbeschäftigung ausübten, lag der Anteil jener, die möglichst schnell wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen möchten, noch wesent-

lich höher als bei dem Durchschnitt der Nichterwerbstätigen (Tab. 8). Auch die Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland sind hier deutlicher ausgeprägt. Besonders ausgeprägt ist der Unterschied bei den Frauen. Knapp die Hälfte der Frauen in den alten Bundesländern, aber mehr als 80 % in den neuen Bundesländern geben an, wieder erwerbstätig werden zu wollen. Während davon nur ein knappes Fünftel im Westen sofort die Erwerbstätigkeit aufnehmen wollte, war es fast die Hälfte der Frauen in Ostdeutschland. Nur 17 % (West 26 %) gaben an, erst später wieder in das Berufsleben zurückkehren zu wollen. Diese Zahlen bestätigen die in früheren Untersuchungen geäußerte Vermutung einer nach wie vor sehr hohen Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen.

Tab. 8: Zukunftspläne von aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personen

Von den Personen*, die 1989 (West) bzw. 1990 (Ost) aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, wollen eine Erwerbs- tätigkeit aufnehmen . . .	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	in %					
Nein	24	5	35	7	1	10
Vielleicht	15	9	19	8	5	9
Ja	61	87	46	85	94	81
davon Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit						
möglichst sofort	22	31	18	58	76	48
innerhalb von 12 Monaten	28	38	22	22	17	25
später	27	28	26	14	7	17

\* Ausschließlich Personen bis 57 Jahre.

Datenbasis: SOEP (West) 1989, 1990; SOEP (Ost) 1990, 1991.

Doch wie realisieren sich solche Erwartungen einer Aufnahme der Erwerbstätigkeit im Zeitverlauf? Hierzu gibt Tab. 8 Auskunft. Jeder zweite Nichterwerbstätige, der sofort oder innerhalb der nächsten 12 Monate wieder erwerbstätig werden wollte, schaffte es in Westdeutschland, auch innerhalb des Beobachtungszeitraums von 1989 bis 1990 eine neue Beschäftigung zu finden. In Ostdeutschland waren sogar mehr Frauen (48 %) als Männer (41 %) zum Zeitpunkt der Zweibefragung im März/April 1991 wieder erwerbstätig.

In der Gruppe der im März/April 1991 Nichterwerbstätigen in den neuen Bundesländern fällt auf, daß sich darunter insbesondere bei Frauen ein hoher Anteil verbirgt (23 %), der nur einer kurzfristigen Erwerbstätigkeit im Beobachtungszeit-

raum nachgehen konnte und kein stabiles Beschäftigungsverhältnis fand. Auch bei den Männern liegt dieser Anteil in Ostdeutschland mit 19 % deutlich höher als in Westdeutschland.

Von den Nichterwerbstätigen, die ihre Erwartung realisierten und erwerbstätig wurden, konnten freilich nicht alle eine ihrer Ausbildung adäquate Stelle finden, dies trifft in etwas höherem Maße für Ostdeutsche als für Westdeutsche zu. Interessant ist, daß die Entwertung von früheren Bildungsabschlüssen bei den Nichterwerbstätigen nicht zu noch höheren Anteilen von Beschäftigten geführt hat, die nicht im erlernten Beruf tätig sind. Dies kann zum Teil sicherlich auch auf den hohen Anteil Arbeitsloser ohne Ausbildung/Teilfacharbeiter zurückgeführt werden (1991 bereits 28,6 %).

### 3.5 Fazit

Die Ergebnisse zeigen, daß ein Stellenwechsel zu einer Verbesserung der Lebenszufriedenheit in Westdeutschland bzw. zu deren geringerem Absinken in Ostdeutschland führt. Jedoch bringt er nicht nur Vorteile mit sich und wird von Frauen und Männern unterschiedlich eingeschätzt. So ist er zum Beispiel für Frauen in Ostdeutschland in ausgewählten Bereichen mit geringeren Verbesserungen und größeren Verschlechterungen verbunden. Dennoch spielt ein beruflicher Wechsel für Frauen in beiden Teilen Deutschlands eine noch wichtigere Rolle für die Lebenszufriedenheit als für Männer. In Ostdeutschland haben jedoch wesentlich weniger Frauen als Männer einen Stellenwechsel vorgenommen. Die Aufgaben für Haus und Familie sind zudem ein Mobilitätshemmnis für Frauen z.B. beim Pendeln. Die insgesamt geringe Lebenszufriedenheit der hier untersuchten erwerbstätigen Frauen in Ostdeutschland macht ihre besonders schwierige Situation auch nach der Vereinigung beider deutscher Staaten deutlich.

*(Elke Holst/Jürgen Schupp)*

## 4 Frauenerwerbstätigkeit

Kurz vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion nahmen die Frauen in der ehemaligen DDR mit einer Erwerbsquote von 90 % auch im internationalen Vergleich eine Spitzenposition ein, während sich die Frauen in Westdeutschland mit einer Quote von 63 % beim Vergleich westlicher Industrienationen eher im unteren Bereich befanden (Frauen im Alter zwischen 16 und 60 Jahren).

Schon sechs Monate nach der Vereinigung Deutschlands zeigte sich: Die ostdeutschen Frauen gehören eindeutig zu den Verlierern auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern. Seit Beginn der Währungsunion sind sie von Arbeitslosigkeit überproportional betroffen. Jedoch sank die Frauenerwerbsquote bis März/April 1991 „nur“ um 5 %. Vorwiegend ältere Frauen hatten sich in die Nichterwerbstätigkeit zurückgezogen – von den bis März/April 1991 aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Frauen waren über 80 % zwischen 55 und 60 Jahre alt. Frauen der jüngeren und mittleren Generation ließen sich bei einem Arbeitsplatzverlust hingegen als arbeitssuchend bzw. arbeitslos registrieren. Für die Zukunft ist eine weiterhin hohe Erwerbsneigung der Frauen in Ostdeutschland zu erwarten.

Neben der hohen Arbeitslosigkeit gingen mit dem Systemwandel weitere Strukturveränderungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt einher, die ebenfalls für Frauen mit größeren Nachteilen verbunden waren als für Männer. Einige dieser Veränderungen sollen im folgenden – teilweise auch im Vergleich zur Situation in Westdeutschland – beschrieben werden.

### 4.1 Erwerbsbeteiligung abhängig Beschäftigter in West- und Ostdeutschland

In Ostdeutschland nahm die Zahl abhängig beschäftigter Frauen im ersten Jahr nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion stark ab (vgl. Tab. 1). Dies ging mit einem erheblichen Rückgang der Teilzeitkräfte einher. Nicht einmal mehr zwei von zehn Frauen waren im März/April 1991 noch teilzeitbeschäftigt. Vollzeitbeschäftigte Frauen konnten ihre berufliche Position besser behaupten. Ihr Anteil stieg auf 82 % und lag damit um 20 Prozentpunkte höher als im Westen.

In Ostdeutschland hat sich also zunächst eine Strukturverschiebung hin zu mehr Vollzeitarbeitsplätzen für Frauen ergeben, im Westen gewann dagegen die Teilzeitarbeit noch an Bedeutung. Die Zunahme der Zahl abhängig beschäftigter Frauen im Beobachtungszeitraum war vor allem auf den Anstieg teilzeitbeschäftigter Frauen – meist jüngere Mütter – zurückzuführen. 1990 arbeiteten knapp vier von zehn abhängig beschäftigten Frauen in dieser Beschäftigungsform.

Tab. 1: Abhängig Beschäftigte nach Erwerbsumfang

	West		Frauen		Ost	
	1989	1990	1990	1990	1991	1991
	in 1 000					
Abhängig Beschäftigte Insgesamt	9 114	9 466	3 925	3 211		
darunter:	in %					
Vollzeitbeschäftigte	63	61	74	82		
Teilzeitbeschäftigte	37	39	26	18		

Datenbasis: SOEP (West) 1989, 1990; SOEP (Ost) 1990, 1991.

## 4.2 Berufliche Stellung und Teilzeitarbeit

Aufschlüsse über die veränderte Struktur der beruflichen Stellung am ostdeutschen Arbeitsmarkt gibt Tab. 2. Sie verdeutlicht die überproportionale Abnahme erwerbstätiger ostdeutscher Frauen im Transformationsprozeß. Ihre Zahl sank um gut ein Fünftel (Männer „nur“ ein Zehntel). Am geringsten nahm die Zahl der Arbeiterinnen und Angestellten mit Tätigkeiten, die lediglich relativ einfache Qualifikationen erforderten, ab. Selbständige waren die „Gewinner“ am Arbeitsmarkt. Ihr Anteil nahm allerdings bei den Frauen in geringerem Umfang (plus 19 %) als bei den Männern (plus 46 %) zu.

Tab. 2 zeigt auch die in der alten DDR fast doppelt so hohe Zahl von angestellten Frauen gegenüber Arbeiterinnen. Es waren immerhin mehr als 100 000 Frauen in Leitungsfunktionen, allerdings vorwiegend auf der mittleren Führungsebene (Männer: rund 200 000) und weit über 600 000 Frauen in hochqualifizierten Angestellten-Tätigkeiten beschäftigt (Männer: 847 000). Nach der Vereinigung beider deutscher Staaten reduzierte sich der Anteil der Frauen in dieser Gruppe jedoch am stärksten. Bereits nach nur einem knappen Jahr reduzierte sich die Zahl der Frauen in Leitungsfunktionen und in hochqualifizierten Tätigkeiten drastisch. Bei den Männern nahm die Zahl der Beschäftigten in diesen Bereichen ebenfalls ab, jedoch in deutlich geringerem Maße. Im März/April 1991 waren in Ostdeutschland weniger als 20 000 Frauen in Leitungsfunktionen (Männer: 79 000) und nur noch 421 000 Frauen in hochqualifizierten Tätigkeiten beschäftigt (Männer: 660 000). Den drittstärksten Rückgang verzeichneten die Facharbeiterinnen. Hier zeigt sich ein im Vergleich zu den Männern ähnliches Bild wie zuvor: Die Zahl der Facharbeiterinnen sank um mehr als ein Viertel. Männer konnten ihre Position mit einem Rückgang von gut einem Zehntel deutlich besser halten.

Tab. 2: Beschäftigungsentwicklung für Männer und Frauen in Ostdeutschland

	Frauen		Index 1990 = 100 %	Männer		Index 1990 = 100 %
	1990	1991		1990	1991	
	in 1000			in 1000		
Insgesamt	4 047	3 324	82	4 605	4 058	88
Stellung im Beruf						
Arbeiter, insgesamt	1 300	1 031	79	2 875	2 496	87
ungerlernt und angelernte	435	404	93	444	433	98
Facharbeiter	814	590	73	2 100	1 818	87
Brigadier/Meister	51	37	73	331	245	74
Angestellte, insgesamt	2 626	2 163	82	1 530	1 208	79
einfache und mittlere Qualifikation	1 898	1 725	91	478	469	98
hochqualifiziert	627	421	67	847	660	78
Leitungsaufgaben	101	(17)	(17)	205	79	39
Selbständige	75	89	119	193	281	146
Mithelfende						
Familienangehörige	46	41	89	(7)	(4)	(57)

Datenbasis: SOEP (Ost) 1990, 1991.

Neben der Verdrängung vom Arbeitsmarkt, einer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit, haben ostdeutsche Frauen also auch eine Abdrängung aus den qualifizierten Tätigkeiten und damit eine stärkere Entwertung ihrer bisherigen Qualifikation als Männer erfahren. Die Strukturen der beruflichen Stellung wurden im Transformationsprozeß offensichtlich zuungunsten der Frauen polarisiert. In Leitungsfunktionen sind sie nur noch vereinzelt vertreten.

Teilzeitarbeit wurde auch in der alten DDR vorwiegend von Frauen ausgeübt (vgl. Tab. 3). Allerdings wurde hierdurch weniger die Entlastung von jüngeren Müttern bei der Vereinbarung von Familie und Beruf angestrebt als vielmehr der Übergang älterer Frauen auf den Ruhestand vorbereitet. Auch lag der durchschnittliche zeitliche Umfang der Teilzeitarbeit deutlich höher als im Westen. Während im Juni 1990 über eine Million Frauen in Ostdeutschland eine Teilzeitbeschäftigung ausübten, waren es ein knappes Jahr später nur noch gut 600 000 Frauen. Bei den Männern stieg dagegen die Zahl der Teilzeitbeschäftigten, wenn auch auf sehr niedrigem Niveau. Am häufigsten war die Teilzeit in den einfachen und mittleren Qualifikationen bei den Angestellten und bei un-/angelernten Arbeiterinnen bzw. Facharbeiterinnen vertreten. Im Durchschnitt arbeiteten hier etwa drei von zehn Frauen als Teilzeitbeschäftigte. Insgesamt waren Arbeiterinnen etwas häufiger in Teilzeit tätig als Angestellte. Angestellte mit Leitungsaufgaben übten 1990 noch zu



13 % Teilzeitarbeit aus. Die Ausübung einer Teilzeittätigkeit und das Verfolgen einer Karriere waren jedoch auch in der ehemaligen DDR kaum miteinander vereinbar und blieb nach der Einheit Deutschlands fast völlig ausgeschlossen.

Frauen in höher qualifizierten Tätigkeiten hatten es im Frühjahr 1991 deutlich schwerer, eine Arbeitsstelle mit Teilzeitarbeit zu finden bzw. eine Teilzeitstelle zu behalten, als noch ein knappes Jahr zuvor. Je höher qualifiziert die Arbeit war, desto stärker sank im Transformationsprozeß der Anteil der Frauen, die eine Teilzeittätigkeit ausübten. In Leitungsfunktionen (bzw. bei den Meisterinnen) waren so gut wie keine Teilzeit arbeitenden ostdeutschen Frauen nach einem knappen Jahr des Zusammenwachsens zu finden. Bei den hochqualifizierten Angestellten und Facharbeiterinnen reduzierte sich die Zahl der noch Teilzeitbeschäftigten im März/April 1991 gegenüber Juni 1990 auf weniger als die Hälfte. Die höchste absolute Abnahme von Teilzeitkräften (-235 000) verzeichneten jedoch Angestellte mit einfachen und mittleren Qualifikationen. Insgesamt nahm die Teilzeitarbeit von weiblichen Angestellten etwas stärker ab als die der Arbeiterinnen.

Tab. 4 verdeutlicht, daß selbst der Anteil von Teilzeit arbeitenden (verheirateten) Müttern mit Kleinkindern bis zu sechs Jahren in Ostdeutschland zurückgegangen

Tab. 3: Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung von Frauen in Ostdeutschland

	1990	1990	1991	1991	Index 1990 = 100
	in 1 000	%	in 1 000	%	%
Stellung im Beruf					
Arbeiter, insgesamt	372	29	213	16	57
ungelernte und angelernte	150	35	108	25	72
Facharbeiter	218	27	105	13	48
Brigadier/Meister	(4)	8	0	0	0
Angestellte, insgesamt	651	25	366	14	56
einfache und mittlere Qualifikation	566	30	331	17	59
hochqualifiziert	72	12	35	6	49
Leitungsaufgaben	(13)	(13)	0	0	0
Selbständig	6	8	22	29	(367)
Mithelfende					
Familienangehörige	(18)	(39)	(10)	22	56
Insgesamt	1 048	26	613	18	58
Nachrichtlich					
Männer insgesamt	61	(1)	81	(2)	133

Datenbasis: SOEP (Ost) 1990, 1991.

ist. Der gesunkene Anteil dieser Frauen in Vollzeitbeschäftigungen ist auch vor dem Hintergrund der schlechteren Beschäftigungsmöglichkeiten der mit Haus- und Familienarbeit mehrfach belasteten Frauen zu sehen. Mütter mit älteren Kindern (ab 7 Jahren) arbeiteten dagegen verstärkt in Vollzeittätigkeiten.

Im ersten Jahr des Transformationsprozesses stand also dem Abbau der Teilzeitleistungen für ältere Frauen kein entsprechender hoher Aufbau von Teilzeitleistungen für jüngere Mütter gegenüber. Die Teilzeitquote zwischen West- und Ostdeutschland vergrößerte sich entsprechend. Frauen in Ostdeutschland haben zu einem wesentlich geringeren Anteil als westdeutsche Frauen die Möglichkeit, Familie und Beruf durch die Ausübung von Teilzeitarbeit besser zu vereinbaren.

Tab. 4: Umfang der Erwerbsbeteiligung von Ehefrauen in Ostdeutschland

	Juni 1990				März/April 1991			
	Insge- samt	Er- werbs- tätigen- quote	Anteil Voll- zeitbe- schäf- tigte	Anteil Teilzeit- be- schäf- tigte	Insge- samt	Er- werbs- tätigen- quote	Anteil Voll- zeitbe- schäf- tigte	Anteil Teilzeit- be- schäf- tigte
	in 1000		in %		in 1000		in %	
Insgesamt	3 396	83	59	24	3 380	69	55	14
Familientyp								
ohne Kind unter								
16 Jahre	1 670	82	54	27	1 632	62	48	14
mit Kind unter								
16 Jahre								
im Haushalt insg.	1 723	83	63	21	1 748	76	62	14
davon:								
Kind unter 3 Jahre	563	60	43	17	518	50	39	11
Kind 4 bis 6 Jahre	338	95	76	20	380	81	63	18
Kind 7 bis 12 Jahre	541	96	72	24	560	90	75	15
Kind 13 bis 16 Jahre	281	94	70	24	290	89	74	14

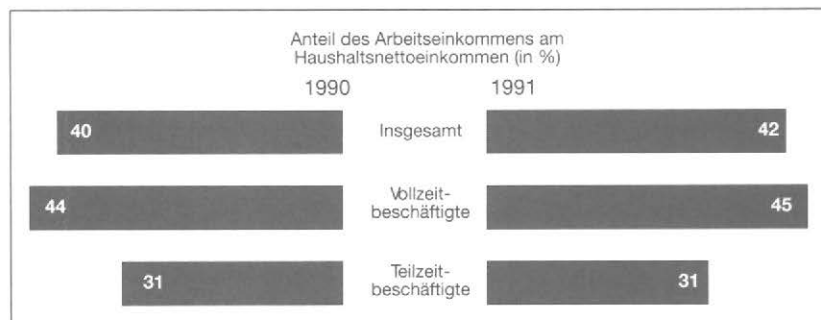
Datenbasis: SOEP (Ost) 1990, 1991.

### 4.3 Bedeutung des Arbeitseinkommens von Frauen für das Haushaltseinkommen

Ein weitgehender dauerhafter Rückzug der ostdeutschen Mütter in die Nichterwerbstätigkeit – etwa auf das Niveau Westdeutschlands – ist trotzdem kaum zu erwarten. Während in Westdeutschland das Alleinverdienerprinzip vorherrscht und auch steuerlich gefördert wird, ist die ausschließliche Erwerbsbeteiligung eines

(Ehe-)Partners schon aus wirtschaftlichen Gründen in Ostdeutschland kaum denkbar. Abb. 1 verdeutlicht die nach wie vor bestehende finanzielle Notwendigkeit der Erwerbsbeteiligung von (verheirateten) Frauen in Ostdeutschland. Sie erwirtschafteten 1991 mit ihrem Arbeitsverdienst einen Anteil von 42 % des Haushaltsnettoeinkommens; Vollzeitbeschäftigte (Ehe-)Frauen steuerten sogar 45 % bei. Bei Teilzeit arbeitenden (Ehe-)Frauen belief sich der Arbeitsverdienst immerhin noch auf ein knappes Drittel des Haushaltsnettoeinkommens.

Abb. 1: Arbeitseinkommen verheirateter Frauen in Ostdeutschland



Datenbasis: SOEP (Ost) 1990, 1991.

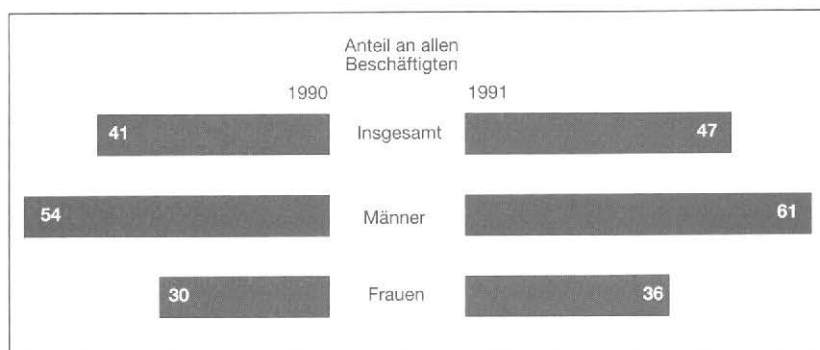
An der Notwendigkeit des (Zu-)Verdienstes von Frauen hat sich also im ersten Jahr nach Einführung der Währungsunion nicht viel verändert. In Westdeutschland ist dagegen der durchschnittliche Anteil des Arbeitseinkommens von Frauen am Haushaltsnettoeinkommen deutlich geringer.

#### 4.4 Steigende Bedeutung des Tertiären Sektors

Nach dem Umbruch hat sich in Ostdeutschland auch die Struktur der Beschäftigten in den einzelnen Sektoren geändert. So ist eine Tertiärisierung der Gesellschaft zu erkennen (vgl. Abb. 2). Gewöhnlich kommt diese Entwicklung den Frauen durch einen Beschäftigungszuwachs zugute. Im Beobachtungszeitraum zeigte sich eine gegenläufige Tendenz in Ostdeutschland: Dem relativen Bedeutungszuwachs des Tertiären Sektors für die Beschäftigung stand ein absoluter Rückgang der dort Beschäftigten gegenüber, der ausschließlich von den Frauen getragen wurde. Im Frühjahr 1991 waren zwar mehr als sechs von zehn Frauen hier beschäftigt (1990: 54 %; der Anteil der Männer stieg von 30 auf 36 %), dennoch reduzierte sich die Zahl der beschäftigten Frauen um über 130 000. Die Männer konnten hingegen einen Zuwachs um gut 75 000 Beschäftigte im Tertiären Sektor verzeichnen.

Der überproportionale Rückgang der Beschäftigung bei den Frauen ist dabei auch vor dem Hintergrund des enormen Anstiegs der West-Pendler zu sehen, die überwiegend Männer waren. Werden die West-Pendler aus der Analyse herausgenommen, zeigt sich, daß der Beschäftigungsabbau für Frauen und Männer anteilig etwa gleich hoch war. Wenn man sich die zum Tertiären Sektor gehörigen Wirtschaftsabteilungen genauer betrachtet (vgl. Tab. 5), wird deutlich, daß die Beschäftigungszuwächse aus Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe sowie aus den Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen kommen. Männer profitierten vom Beschäftigungszuwachs in der „Privatwirtschaft“ deutlich stärker als Frauen. Sie mußten hier teilweise – wie beim Handel – sogar einen Beschäftigungsrückgang verkraften. Dagegen konnten die Frauen stärker als Männer einen Beschäftigungszuwachs im öffentlichen Dienst (Gebietskörperschaften usw.) erzielen. In jenen Wirtschaftsabteilungen des Tertiären Sektors, in denen die Beschäftigung abnahm, hatten Frauen überproportionale Rückgänge zu verzeichnen.

Abb. 2: Ostdeutsche Beschäftigte im Tertiären Sektor (Inländerkonzept)



Datenbasis: SOEP (Ost) 1990, 1991.

In den nicht zum Tertiären Sektor gehörenden Wirtschaftsabteilungen verzeichnete lediglich das Baugewerbe einen Beschäftigungszuwachs. Dieser kam allerdings allein den Männern zugute. Die Zahl der hier beschäftigten Frauen sank auf 96 % ihres Ausgangsbestandes von 1990. Außer bei der Land- und Forstwirtschaft, in der Männer und Frauen gleichermaßen vom Beschäftigungsrückgang betroffen waren, verzeichneten Frauen auch außerhalb des Tertiären Sektors überproportionale Einbußen. Der Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe (um 360 000 beschäftigte Frauen) auf 71 % des Ausgangsbestandes (Männer 84 %) stellt den absolut höchsten Verlust an Arbeitsplätzen dar.

Die steigende Bedeutung des Tertiären Sektors hat im ersten Jahr des Umbruchs am Arbeitsmarkt (noch) nicht zu einem Beschäftigungsvorteil für Frauen geführt.

Tab. 5: Ostdeutsche Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (Inländerkonzept)

	Insgesamt		Männer		Frauen	
	1990	Index 1991	1990	Index 1991	1990	Index 1991
	1990 = 100		1990 = 100		1990 = 100	
	in 1 000	%	in 1 000	%	in 1 000	%
Wirtschaftszweige						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 095	56	741	56	354	56
Energie, Wasserversor- gung, Bergbau	382	74	274	80	108	60
Verarbeitendes Gewerbe	2 896	78	1 673	84	1 223	71
Baugewerbe	607	106	502	109	104	96
Tertiärer Sektor	3 719	99	1 445	106	2 272	95
davon:						
Handel	746	107	205	141	541	94
Verkehr und Nach- richtenübermittlung	733	85	471	93	262	69
Kreditinstitute und Ver- sicherungsgewerbe	53	225	4	(825)	48	181
Dienstleistungen	1 607	92	487	102	1 120	88
Organisationen ohne Erwerbszweck	85	77	36	83	48	71
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	495	122	242	102	253	141
Keine Angabe	344	74	195	70	149	79
Insgesamt	9 035	86	4 831	88	4 210	83

Datenbasis: SOEP (Ost) 1990, 1991.

Ganz im Gegenteil: Während die Männer einen Beschäftigungszuwachs im Tertiären Sektor verzeichneten, reduzierte sich die Zahl der hier beschäftigten Frauen. Diese Entwicklung schwächt sich etwas ab, läßt man die (vorwiegend männlichen) West-Pendler aus der Berechnung heraus. Im Wettstreit um die verbliebenen bzw. neu geschaffenen Arbeitsplätze liegen die Männer aber (noch) weit vorn. Lediglich im öffentlichen Dienst (Gebietskörperschaften usw.) scheint sich bisher für die Frauen ein etwas günstigeres Bild zu zeigen. Damit wird die besondere Verantwortung und Pilotfunktion der öffentlichen Arbeitgeber für die Beschäftigung von Frauen in Ostdeutschland deutlich.

(Elke Holst/Jürgen Schupp)

## 5 Einkommen

Der Einkommenspolitik in den neuen Bundesländern wird in den nächsten Jahren eine wichtige Rolle zukommen. Von ihrer Gestaltung wird die erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Umsetzung des Einigungsprozesses im wesentlichen mitbestimmt. Insbesondere gilt dies für die Lohn- und Tarifpolitik, die immer wieder Anlaß zu heftigen Kontroversen gibt.

Erfolg und Mißerfolg der Vereinigungspolitik wird von den Arbeitnehmern in den neuen Bundesländern vor allem an einer raschen Angleichung ihrer verfügbaren Einkommen an das westdeutsche Niveau gemessen. Mittelfristig ist dies wohl auch eine wichtige Voraussetzung zum Erhalt des „sozialen Friedens“ in den neuen Bundesländern. Ein längere Zeit bestehendes Lohngefälle zwischen Ost und West birgt zudem die Gefahr, daß insbesondere qualifizierte und leistungsfähige Arbeitnehmer in den Westen abwandern. Eine rasche Angleichung von Löhnen und Gehältern würde auch die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen erhöhen und so den wirtschaftlichen Aufholprozeß in den neuen Bundesländern wirksam unterstützen. Diese Argumentation ist aber einseitig, da auf der anderen Seite die Leistungsfähigkeit der Unternehmen in den neuen Bundesländern berücksichtigt werden muß, die nur dann national und international wettbewerbsfähig bleiben bzw. erst werden, wenn sie ihrer Leistungsfähigkeit entsprechende Löhne bezahlen.

In diesem Beitrag wird ein Überblick über die Entwicklung der Arbeitseinkommen in den neuen Bundesländern gegeben. Ausgangspunkt sind dabei die Arbeitseinkommen vom Mai 1989. Ausgehend von diesem Zeitpunkt, der die Verhältnisse in der DDR widerspiegelt, wird aufgezeigt, wie die Einkommensentwicklung bis zum Frühjahr 1991 in den neuen Bundesländern verlaufen ist. Zum Vergleich wird die Einkommenssituation von 1990 in den alten Bundesländern betrachtet.

### 5.1. Entwicklung der monatlichen Bruttoeinkommen von 1989 bis 1991

Einen Überblick über die Einkommensentwicklung in den neuen Bundesländern gibt *Tab. 1*, in der die monatlichen Bruttoarbeitseinkommen für den Mai 1989 und das Frühjahr 1991 aufgeführt sind. Das durchschnittliche Bruttoerwerbseinkommen ist im betrachteten Zeitraum nominell von 1031 Mark auf 1618 DM gestiegen. Das entspricht der beachtlichen Zuwachsrate von fast 57 %, wenn man Mark der DDR und DM im Verhältnis 1:1 wertet, wie es bei der Währungsunion weitgehend der Fall war. Allerdings nahmen längst nicht alle Erwerbstätigen an dieser Entwicklung teil. Die Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländern war in den

vergangenen zwei Jahren vor allem durch zwei Erscheinungen geprägt: Im Zuge der Umstrukturierung der ehemals volkseigenen Wirtschaft in ein marktwirtschaftliches System wurde der Beschäftigungsumfang in den neuen Bundesländern drastisch reduziert. Von den im Mai 1989 Erwerbstätigen waren im Frühjahr 1991 fast 23 % arbeitslos oder hatten ihre Erwerbstätigkeit aus anderen Gründen aufgegeben. Dieser Personenkreis sollte bei den Ergebnissen der folgenden Analysen, die nur die Bezieher von Erwerbseinkommen zu den jeweiligen Zeitpunkten berücksichtigt, nicht vergessen werden; zumindest unter Einkommensgesichtspunkten zählen die Arbeitslosen zu den Verlierern der Vereinigungspolitik.

Tab. 1: Monatliches Bruttoeinkommen aus abhängiger Beschäftigung  
in der DDR und in Ostdeutschland 1989 bis 1991

	Monatsbruttoeinkommen				Veränderung in %
	1989	1991	1989	1991	
	in %		Mark	DM	
Insgesamt	100	100	1 031	1 618	57
Vollzeitbeschäftigte	88	72	1 088	1 684	55
darunter					
nicht in Kurzarbeit	100	81	1 088	1 772	63
davon					
Männer	61	60	1 179	1 963	67
Frauen	39	40	946	1 506	59
in Kurzarbeit	0	19	(1 088)	1 291	(19)
Ost-West-Pendler (Männer)	0	6	(1 179)	3 258	(176)
Teilzeitbeschäftigte (Frauen)	12	6	605	870	44
nicht in Kurzarbeit	100	70	605	906	50
in Kurzarbeit	0	30	(605)	775	(28)
Nicht erwerbstätige Arbeitslose	—	23	—	—	—

Datenbasis: SOEP (Ost) 1990, 1991.

Eine zweite Besonderheit des Arbeitsmarktes in den neuen Bundesländern ist die drastische Zunahme von Beschäftigten in Kurzarbeit. Von den 1989 Vollzeiterwerbstätigen waren das im Frühjahr 1991 immerhin fast 20 %. Auch sie müssen zu den „Einkommensverlierern“ gerechnet werden. Während ein durchgehend Vollzeiterwerbstätiger einen Einkommenszuwachs von knapp 55 % verbuchen konnte, lag der durchschnittliche Lohnzuwachs der kurzarbeitenden Beschäftigten bei nur 18,6 %. Das kaufkraftwirksame Einkommen dieser Gruppe – die gestiegenen Lebenshaltungskosten werden in dieser Untersuchung nicht berücksichtigt – dürfte damit gemessen an allen Beschäftigten nur geringfügig zugenommen haben, da

das Statistische Bundesamt von einer durchschnittlichen Inflationsrate von rund 12 % für diesen Zeitraum ausgeht.

Am auffälligsten ist die Einkommensentwicklung bei den Beschäftigten, die zwar in den neuen Bundesländern wohnen, deren Arbeitsstelle sich aber in den alten Bundesländern befindet: den Ost-West-Pendlern. Legt man für diesen Personenkreis – immerhin 6 % der 1989 Vollzeitbeschäftigten – das durchschnittliche Arbeitseinkommen von 1989 zugrunde, dann erzielten sie Einkommenssteigerungen von fast 180 %. Dieser Zuwachs ist auch unter Berücksichtigung der Mobilitätskosten – z. B. Fahrtkosten – enorm.

## 5.2 Einkommen Ost – Einkommen West

Die Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern werden ihre Einkommenssituation insbesondere an den Einkommen in den alten Bundesländern messen. Wie stellt sich die Einkommenssituation der Beschäftigten in den neuen Bundesländern gemessen an den vergleichbaren Einkommen in den alten Bundesländern dar? Nach Angaben der amtlichen Statistik betragen die tariflichen Löhne und Gehälter in den neuen Bundesländern etwa 60 % des westdeutschen Niveaus. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die effektiven Monatsverdienste vergleicht. Danach beträgt das durchschnittliche Bruttomonatseinkommen in den neuen Bundesländern nur gut die Hälfte des westdeutschen Vergleichswertes (vgl. Tab. 2). Der Vergleich von Tarifeinkommen ist also insofern unvollständig, da insbesondere in den alten Bundesländern viele Beschäftigte übertariflich bezahlt werden. Die effektiven Monatseinkommen enthalten darüber hinaus noch verschiedene Zulagen, die in den neuen Bundesländern gar nicht bzw. nur zu einem geringen Teil gezahlt werden.

Etwas günstiger stellt sich die Situation für die Bürger in den neuen Bundesländern dar, wenn die monatlichen Nettoeinkommen, also das Bruttoeinkommen abzüglich Steuern und Beiträgen zur Sozialversicherung, miteinander verglichen werden. Das progressiv ausgelegte Einkommensteuersystem in der Bundesrepublik führt dazu, daß das durchschnittliche Nettoeinkommen in den neuen Bundesländern gut 55 % des vergleichbaren Westeinkommens beträgt.

Die Einkommensrelationen sind jedoch nicht in allen Beschäftigtengruppen gleich. Beispielsweise verdient ein Arbeiter in den neuen Bundesländern 52,4 % dessen, was sein Kollege im Westen erhält, ein Angestellter dagegen nur knapp 45 %. Die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West werden auch davon bestimmt, welche berufliche Qualifikation ein Beschäftigter erworben hat. So bezieht ein Beschäftigter ohne eine abgeschlossene berufliche Ausbildung in den neuen Bundesländern immerhin knapp 55 % des vergleichbaren Westlohnes, Beschäftigte mit Hochschulabschluß aber nur 38 %. Dieser Befund ist Ausdruck der geringeren Lohndifferenzierung in der ehemaligen DDR und in den neuen Bundesländern.



Tab. 2: Brutto- und Nettoeinkommen in Ostdeutschland  
und in Westdeutschland

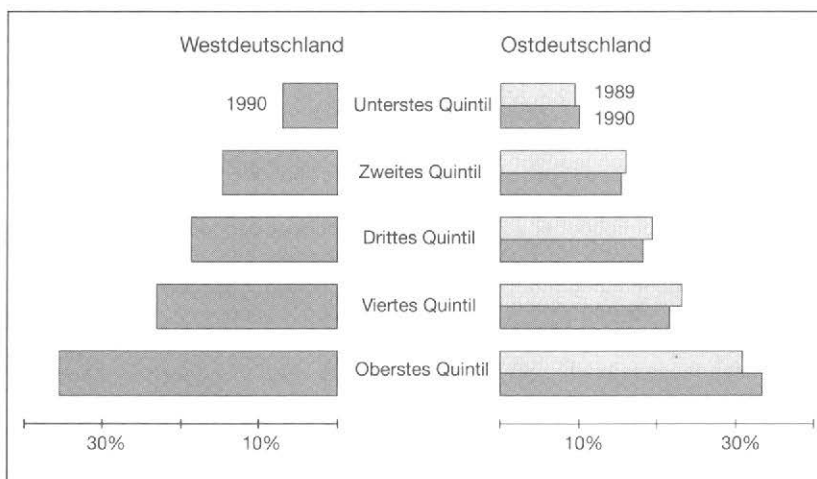
	Ostdeutschland 1991	Westdeutschland 1990	Einkommen in Ostdeutschland in % des jeweiligen Einkommens in Westdeutschland
	in DM		
Insgesamt			
Brutto	1 708	3 413	50
Netto	1 288	2 330	55
Vollzeitbeschäftigte			
Brutto	1 772	3 751	47
Netto	1 336	2 587	52
Geschlecht			
Männer			
Brutto	1 963	4 095	48
Netto	1 478	2 853	52
Frauen			
Brutto	1 506	2 978	51
Netto	1 136	1 966	58
Stellung im Beruf			
Arbeiter			
Brutto	1 705	3 250	52
Netto	1 294	2 194	59
Angestellte			
Brutto	1 806	4 043	45
Netto	1 360	2 698	50
Berufliche Ausbildung			
Ohne Berufsausbildung			
Brutto	1 494	2 735	55
Netto	1 137	1 859	61
Facharbeiter			
Brutto	1 634	3 492	47
Netto	1 235	2 387	52
Hochschulabschluß			
Brutto	2 187	5 707	38
Netto	1 654	4 040	41
Teilzeitbeschäftigte Frauen			
Brutto	906	1 505	60
Netto	684	1 004	68

Datenbasis: SOEP (Ost) 1990, 1991.

### 5.3 Aspekte der Einkommensverteilung

Bisher ist gezeigt worden, wie sich die Höhe und die Struktur der Erwerbseinkommen in den ersten zwei Jahren der „Marktwirtschaft“ in den neuen Bundesländern entwickelt haben. Jetzt soll die Verteilung der Erwerbseinkommen in der ehemaligen DDR analysiert werden, von der ja gemeinhin angenommen wird, sie sei „gleich“ gewesen als in marktwirtschaftlichen Systemen. Diese Verteilung dient dann als Ausgangspunkt, um die Auswirkungen der marktwirtschaftlichen Umstrukturierung auf die Verteilung der Einkommen in den neuen Bundesländern zu untersuchen. Als Meßgröße wird die Verteilung der Quintile herangezogen: Die Beschäftigten werden nach der Höhe ihrer Einkommen geordnet und dann in Gruppen zu jeweils 20 % zusammengefaßt (Quintile). Mit diesem Konzept läßt sich zeigen, wieviel Prozent des gesamten Erwerbseinkommens auf die 20 % „Geringverdiener“ bis hin zu den oberen 20 % „Besserverdienender“ entfallen. In Abb. 1 ist die Verteilung des gesamten Erwerbseinkommens über die Quintile der Arbeitnehmer dargestellt. Ein Vergleich der DDR mit den alten Bundesländern zeigt, daß beide Gesellschaften bezüglich der Einkommensverteilung gar nicht so weit auseinander lagen. In den alten Bundesländern bezog das unterste Fünftel der Beschäftigten 7,4 % des gesamten Erwerbseinkommens, in der ehemaligen DDR knapp 9,7 %. Etwas ausgeprägter waren die Unterschiede im obersten Fünftel. Hier betrug der Anteil am Gesamteinkommen 35,7 % in den alten Bundesländern und 31 % in der ehemaligen DDR.

Abb. 1: Verteilung der Bruttoeinkommen in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: SOEP (West) 1990, SOEP (Ost) 1990.

Der Vergleich der Einkommensverteilung in der DDR mit der in den neuen Bundesländern von 1991 suggeriert auf den ersten Blick eine hohe Stabilität der Einkommenssituation. Gemessen am untersten Fünftel der Beschäftigten hat die Ungleichheit der Einkommen etwas abgenommen. Dies ist wohl das Ergebnis der vorwiegend pauschalen Lohnerhöhungen, die untere Einkommen prozentual stärker begünstigten als höhere Einkommen. Trotzdem hat auch der Einkommensanteil des obersten Fünftels etwas zugenommen. Angesichts gänzlich veränderter Beschäftigungs- und Tarifstrukturen sind diese Befunde, die auf nur wenig Mobilität hindeuten, sicherlich überraschend. Ein ganz anderes Bild vermittelt jedoch Tab. 3, in der die Häufigkeiten des individuellen Wechsels der Einkommenspositionen zu sehen sind. Für jeden Beschäftigten wird festgestellt, in welchem Fünftel der

Tab. 3: Individuelle relative Einkommenspositionen in Ostdeutschland  
1989 und 1991 – monatliche Bruttoarbeitseinkommen

	Von den Personen im jeweiligen Einkommensquintil 1989 befinden sich ... % im Einkommensquintil 1991				
	Unterstes Quintil	Zweites Quintil	Drittes Quintil	Viertes Quintil	Oberstes Quintil
	in %				
1989					
Unterstes Quintil	58	25	7	3	7
Zweites Quintil	28	30	21	15	6
Drittes Quintil	12	29	29	16	14
Viertes Quintil	4	19	23	34	19
Oberstes Quintil	3	3	13	29	52

Datenbasis: SOEP (Ost) 1990, 1991.

Einkommensverteilung er sich 1989 befand und wie seine Position zwei Jahre später aussah. Die Diagonale der Tabelle deutet auf ein hohes Maß von „Einkommensmobilität“ hin. Hätten alle Beschäftigten ihre Einkommensposition gehalten, wären alle Prozentwerte in den Diagonalfeldern gleich 100. Besonders gering war die Einkommensstabilität in den mittleren Quintilen, wo der Anteil der Beschäftigten, die ihre Einkommensposition „gehalten“ haben, nur bei etwa einem Drittel liegt. Um dieses Maß an Einkommensmobilität richtig bewerten zu können, ist die Information nützlich, daß die Diagonalwerte in einem „stabilen“ marktwirtschaftlichen System wie beispielsweise der alten Bundesrepublik bei über 70 % liegen.

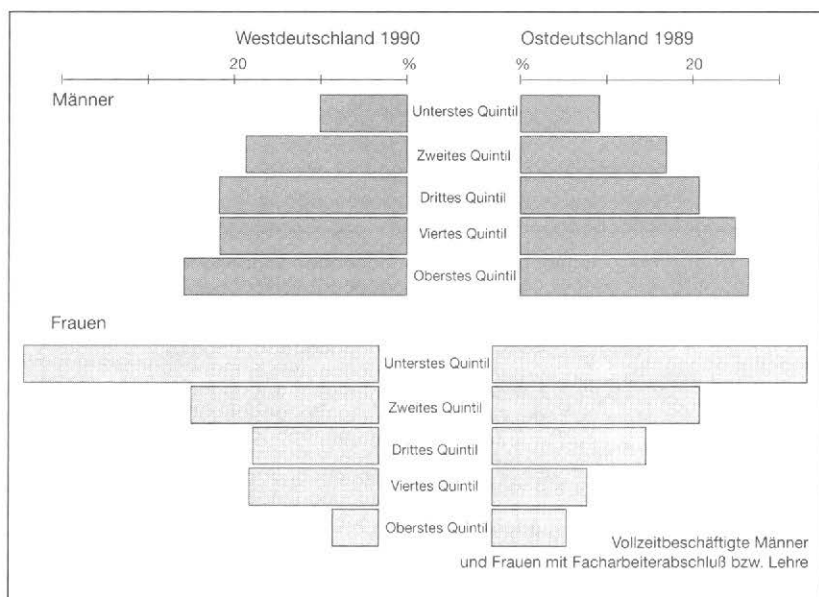
## 5.4 Entlohnungsunterschiede nach dem Geschlecht und der Qualifikation

Nach dieser allgemeinen Beschreibung der Einkommensstruktur und der -verteilung, sollen nun noch zwei Aspekte aufgegriffen werden, die immer wieder kontrovers diskutiert werden: die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen und die Bedeutung der Berufsausbildung für die Höhe des Einkommens. In allen folgenden Analysen sind Kurzarbeiter und Ost-West-Pendler nicht mehr enthalten.

### 5.4.1 Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen

Aus *Tab. 1* und *Tab. 2* wurde deutlich, daß auch in der DDR Frauen weniger verdient haben als Männer. Das durchschnittliche Erwerbseinkommen vollzeitbeschäftigter Frauen betrug 1989 nur etwa vier Fünftel des Durchschnittseinkommens der Männer. Da Frauen auch im Vereinigungsprozeß der beiden deutschen Staaten geringere Lohnzuwächse als Männer erzielten, hat sich dieser Abstand 1991 noch vergrößert. Nun kann dies – wie in der alten Bundesrepublik auch –

Abb. 2: Die Einkommensverteilung in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: SOEP (West) 1990, SOEP (Ost) 1990.

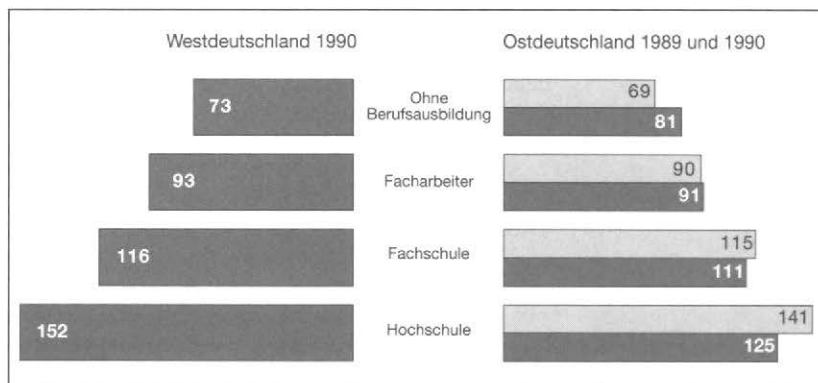
verschiedene Gründe haben, die nicht unbedingt auf eine direkte Diskriminierung von Frauen zurückgeführt werden müssen. Unterschiede in den Einkommen von Männern und Frauen können auch auf ökonomisch relevanten Qualifikationsunterschieden beruhen oder branchenbedingt entstehen. Die geschlechtsspezifische Entlohnungsdifferenz bleibt aber auch dann bestehen, wenn ökonomisch homogene Populationen miteinander verglichen werden. Deutlich wird dies bei einem Blick auf die Einkommensverteilung vollzeitbeschäftigter Männer und Frauen mit Facharbeiterabschluß bzw. Lehre. Abb. 2 zeigt die unterschiedlichen Anteile von Männern und Frauen an den Einkommensquintilen für die DDR und die alten Bundesländer.

Die Abbildung zeigt zweierlei. Selbst innerhalb dieser homogenen Beschäftigtengruppen waren Frauen in beiden ehemaligen deutschen Staaten wesentlich schlechter gestellt als Männer. Überraschend ist darüber hinaus, daß für die frühere Bundesrepublik und die DDR ähnliche Einkommensverteilungen für Männer und Frauen zu beobachten sind. Mit jeweils etwa 40 % sind Frauen im untersten Einkommensquintil vertreten, bei den Männern liegt dieser Anteil in beiden ehemaligen deutschen Staaten bei nur etwa 10 %. Insgesamt war die relative Einkommensposition der Frauen in der DDR jedoch etwas besser als die der Frauen in der früheren Bundesrepublik.

#### 5.4.2 Arbeitseinkommen und Ausbildung

Wichtig für die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in den neuen Bundesländern ist nicht nur die Höhe des absoluten Lohnniveaus, sondern auch eine Entlohnung, die sich mehr als bisher an der beruflichen Qualifikation und der ausgeübten Tätigkeit orientiert. Dies würde dazu beitragen, über Leistungs- und

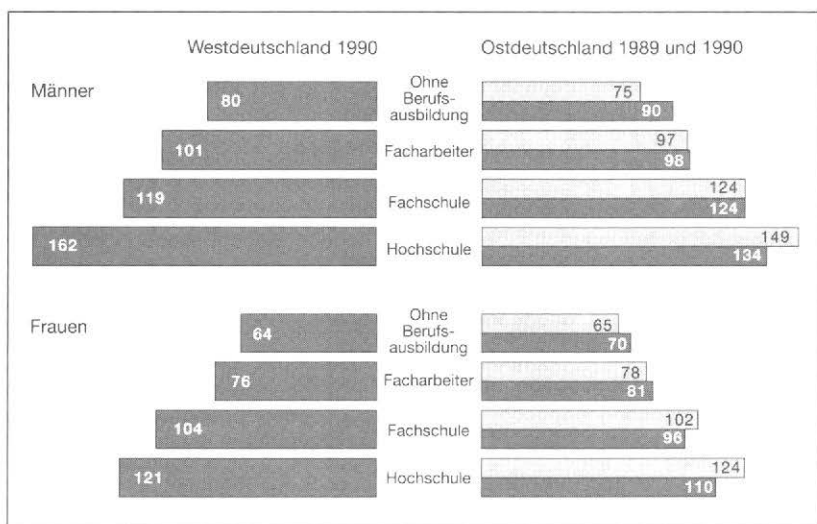
Abb. 3: Relative Lohnposition Vollzeitbeschäftigter, in % des Durchschnitts



Datenbasis: SOEP (West) 1990, SOEP (Ost) 1990, 1991.

Umstrukturierungsanreize zusätzliche Impulse zur Steigerung der Produktivität zu geben. Abb. 3 vermittelt einen Eindruck über die Entlohnung nach der beruflichen Qualifikation in der DDR und in der früheren Bundesrepublik. Angegeben ist ein Lohnindex, dessen Basis der durchschnittliche Bruttolohn aller vollzeitbeschäftigten Arbeiter und Angestellten ist. Die Lohnspanne reichte in der DDR von 69 % für Beschäftigte ohne Berufsausbildung bis zu 141 % für Hochschulabsolventen und war damit nur unwesentlich flacher als in der Bundesrepublik (73 % bis 152 %). Ansonsten verlief das Lohnprofil in beiden deutschen Staaten etwa gleich. Deutlich fällt aber auch hier der Unterschied zwischen Männern und Frauen ins Auge: Die Indexwerte der Frauen liegen bei jedem Berufsabschluß deutlich unter denen der Männer.

Abb. 4: Relative Lohnposition Vollzeitbeschäftigter, in % des Durchschnitts



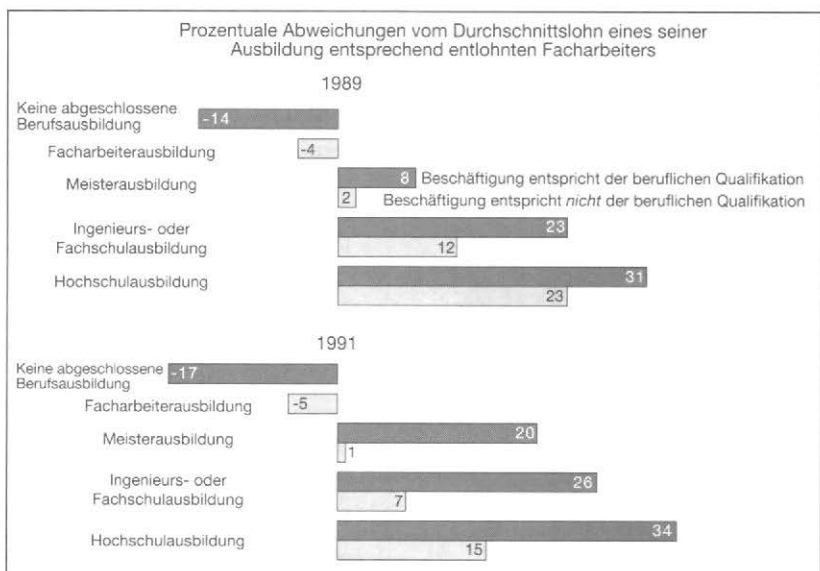
Datenbasis: SOEP (West) 1990, SOEP (Ost) 1990, 1991.

Die Entwicklung in den neuen Bundesländern hat dazu geführt, daß sich die Unterschiede in der Entlohnung zwischen 1989 und 1991 deutlich verringert haben. Abb. 3 und Abb. 4 zeigen, daß Beschäftigte ohne Berufsausbildung 1991 81 %, Hochschulabsolventen dagegen nur noch 125 % des Durchschnittslohns verdienten. Diese Entwicklung dürfte hauptsächlich auf die überwiegend pauschalen Lohnanhebungen zurückzuführen sein, die zwar aus sozialen Gründen zu rechtfertigen sind, jedoch dem Ziel zuwiderlaufen, die Entlohnungsstrukturen marktwirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen.

### 5.4.3 Effekte der Überqualifikation

Ein anderer Zusammenhang von Ausbildung und Entlohnung zeigt sich, wenn eine Besonderheit der Ausbildungssituation in der DDR berücksichtigt wird. Im Vergleich mit den alten Bundesländern verfügten die Beschäftigten in der DDR über ein formal sehr hohes Ausbildungsniveau. Folge dieses hohen Ausbildungsstandes war allerdings, daß viele Beschäftigte an ihrem Arbeitsplatz nicht ihrer beruflichen Ausbildung entsprechend eingesetzt werden konnten. So waren beispielsweise 16 % aller männlichen Hochschulabsolventen auf Arbeitsplätzen beschäftigt, die auch ein gelernter Ingenieur oder Facharbeiter hätte ausfüllen können,

Abb. 5: Überqualifizierung und Arbeitseinkommen in Ostdeutschland



Datenbasis: SOEP (Ost) 1990, 1991.

während 27 % aller männlichen Facharbeiter Tätigkeiten ausübten, für die un- oder angelernte Kräfte hätten eingestellt werden können. Im folgenden soll geklärt werden, inwieweit diese „Überqualifikation“ von Arbeitskräften Auswirkungen auf die Struktur der Arbeitseinkommen hatte und welche Konsequenzen sich daraus für die Beschäftigten unter marktwirtschaftlichen Bedingungen ergeben. Richtete sich die Entlohnung mehr nach den Anforderungen der Arbeitsplätze und weniger nach der formalen Qualifikation, dann dürfte die bislang bekannte Lohndifferenzierung in der DDR unterschätzt sein.

In Abb. 5 ist dieser Zusammenhang für alle männlichen Beschäftigten ersichtlich. Gezeigt werden die prozentualen Abweichungen vom Durchschnittslohn eines seiner Ausbildung entsprechend eingesetzten Facharbeiters. Unter Berücksichtigung des Phänomens der Überqualifikation ergibt sich eine stärker differenzierte Lohnstruktur als bislang angenommen. So verdiente ein nicht seiner Qualifikation entsprechend eingesetzter Facharbeiter im Durchschnitt 4 % weniger als sein „richtig“ eingesetzter Kollege. Ganz allgemein gilt: Höhere berufliche Qualifikationen zahlten sich erst dann richtig aus, wenn sie am Arbeitsplatz auch entsprechend angewendet werden konnten. Diese Differenzierung tritt 1991 in den neuen Bundesländern noch deutlicher zutage. Am auffälligsten ist dieser Effekt bei Beschäftigten mit einer abgeschlossenen Meisterausbildung: Qualifikationsgerecht eingesetzte Meister erzielten fast 18 % mehr Arbeitseinkommen als Facharbeiter; 1989 betrug dieser Prozentsatz nur 8,2. Dagegen hat ein nicht seiner Ausbildung entsprechend eingesetzter Meister, verglichen mit einem Facharbeiter, so gut wie gar keinen Einkommensvorteil mehr. Deutlicher geworden sind auch die Entlohnungsunterschiede zwischen qualifikationsadäquat beschäftigten Ingenieuren und Hochschulabsolventen auf der einen und Facharbeitern auf der anderen Seite. Bei den jeweils überqualifiziert Beschäftigten sind die Entlohnungsunterschiede hingegen deutlich zurückgegangen.

*(Johannes Schwarze)*



## 6 Niedrigeinkommen und Armut

In der „alten“ Bundesrepublik Deutschland war zu Beginn der 80er Jahre neben den steigenden Arbeitslosenzahlen auch ein deutlicher Anstieg der Sozialhilfeempfänger zu beobachten. Die Zahl der Arbeitslosen blieb im weiteren Verlauf trotz zunehmender Zahl von Beschäftigten auf hohem Niveau konstant; allerdings nahm der Anteil der dauerhaft Arbeitslosen stark zu. Im selben Zeitraum ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger kontinuierlich gestiegen. Die Sozialhilfeausgaben haben sich seit 1970 fast verzehnfacht und haben im Jahre 1990 mit fast 32 Milliarden DM einen vorläufigen Höchststand erreicht. Unter dem Stichwort „Neue Armut“ wird diese Entwicklung zusammengefaßt – die These einer „Zwei-Drittel-Gesellschaft“, nach der eine wachsende, stabile Minderheit der Gesellschaft nicht an den Wachstums- und Wohlfahrtsgewinnen partizipiere, sondern auf Dauer ausgegrenzt werde, bringt die gesellschaftliche Auseinandersetzung zum Ausdruck.

Im deutlichen Gegensatz zur Vehemenz dieser Diskussion sind die Daten und Fakten über Armut und Niedrigeinkommen eher spärlich. Statistische Angaben aus der Sozialhilfe bilden lediglich einen Teil der Wirklichkeit ab – sie informieren über die sogenannte „bekämpfte“ Armut. Die Zahl der Personen und Haushalte, die kurz- oder längerfristig unter einem gesellschaftlich anerkannt notwendigen Einkommensniveau liegen, ist aus diesen Daten nicht ableitbar. Daneben ist immer noch wenig bekannt, welche Bevölkerungsgruppen wie lange von Niedrigeinkommen und Armut betroffen sind. Erst die Verfügbarkeit von echten Längsschnittdaten macht es möglich, sichere Aussagen über diese Gruppen am unteren Ende der Einkommenshierarchie zu machen. Im folgenden sollen dazu wichtige Basisinformationen zur Betroffenheit und Dauer von Armut in der „alten“ Bundesrepublik zusammengefaßt werden. Die Einführung von Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat in den neuen Bundesländern hat auch zu erheblichen Unsicherheiten über die Entwicklung der Einkommen geführt; Informationen über die Einkommenssituation ein Jahr nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion werden zeigen, daß dramatische negative Auswirkungen in bezug auf die finanzielle Lage der Bürger weitgehend ausgeblieben sind.

### 6.1 Die Messung von Niedrigeinkommen und Armuts Grenzen

Wenn man zur Erfassung von Armut auf die Regelungen in der Sozialhilfestatistik zurückgreift, operiert man mit einem absoluten Armutsbegriff, nach dem der Eckregelsatz der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt das gesellschaftlich defi-

nierte Existenzminimum darstellt. Der Eckregelsatz wird auf der Basis des „Warenkorbes“ berechnet. Diese politisch sanktionierte Armutsgrenze ist jedoch weder mit anderen Ländern vergleichbar noch über die Zeit hinweg notwendigerweise stabil. Die Vorstellung eines absoluten Minimums ist deshalb einem sogenannten relativen und über die Zeit veränderlichen Konzept gewichen. Der hier verwendete Armutsbegriff beruht auf einem solchen relativen Armutskonzept: Eine Person wird dann als arm angesehen, sofern ihr – im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt – der Zugriff auf materielle Ressourcen (Einkommen) in erheblicher Weise verschlossen bleibt. Im allgemeinen wird dabei mit drei Schwellenwerten operiert: einer Armutsgrenze von 40 % des Durchschnittseinkommens zur Abgrenzung einer strengen Einkommensarmut; 50 % des Durchschnittseinkommens geben ein

Tab. 1: Armutsgrenzen 1984 bis 1989

	Mittelwert	Äquivalenzeinkommen in DM pro Monat		
		Armutsgrenzen		
		„Strenge Armut“ 40 %	„Armut“ 50 %	„Relative Armut“ 60 %
1984	1 251,9	500,8	626,0	751,1
1985	1 281,1	512,4	640,6	768,7
1986	1 324,8	530,0	662,4	794,9
1987	1 416,1	566,4	708,1	849,7
1988	1 463,4	585,4	731,7	878,0
1989	1 535,1	614,0	767,6	921,1

Datenbasis: SOEP (West), 1984–1989.

mittleres Armutspotential an; 60 % des Durchschnittseinkommens kennzeichnen eine armutsnahe Einkommenssituation. Basis einer derartigen Armuts- bzw. Niedrigeinkommensberechnung ist dabei das verfügbare monatliche Haushaltseinkommen, das mittels einer dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) entlehnten Gewichtung, in die Zahl und Alter der Haushaltsmitglieder eingehen, an den Bedarf unterschiedlicher Haushaltsgrößen angepaßt wird. Die Begriffe Äquivalenzgewichtung und Äquivalenzeinkommen nehmen auf diesen Bedarf Bezug. In *Tab. 1* werden die jeweiligen Mittelwerte der berechneten Armutsgrenzen für den Zeitraum von 1984 bis 1989 dargestellt. Die dort ausgewiesenen DM-Beträge stellen errechnete Größen dar und dürfen nicht als das tatsächlich verfügbare Einkommen verstanden werden.

## 6.2 Niedrigeinkommen und Armut – Ausmaß und Dauer

Die Armutsraten in der „alten“ Bundesrepublik (vgl. Tab. 2) sind – bezogen auf die jeweiligen Bevölkerungsquerschnitte – für die Zeit zwischen 1984 und 1989 nahezu konstant. Die durchschnittliche Armutsrate – gemessen an der 50 %-Armutsschwelle – beträgt 11 %. Die Armutsquote von Ausländern ist mehr als doppelt so hoch wie die der Deutschen. Knapp 5 % der Gesamtbevölkerung leben in relativ strenger Einkommensarmut. Jeder fünfte Bundesbürger wohnt in einem Haushalt mit einem Einkommen im „armutsnahen“ Bereich.

Tab. 2: Betroffenheit von Armut 1984 bis 1989

	„Strenge Armut“ 40 %	Armuts­grenzen			„Relative Armut“ 60 %
		„Armut“			
		50 %			
		Insgesamt	Insgesamt	Ausländer	
			Deutsche		
		in %			
1984	5,1	11,0	10,3	24,1	20,8
1985	4,4	11,0	10,2	24,8	20,0
1986	5,3	12,4	11,5	29,3	22,0
1987	4,9	10,6	9,9	24,4	20,3
1988	5,2	10,7	10,1	22,9	20,2
1989	4,4	10,7	8,8	24,3	19,3

Datenbasis: SOEP (West), 1984–1989.

Die Dauer der Armut wird aus Tab. 3 ersichtlich. Bezogen auf das 50 %-Armutsniveau waren demnach 80 % der Gesamtbevölkerung im angegebenen Zeitraum von sechs Jahren niemals arm, 12 % waren kurzfristig arm, d.h. das jeweilige Einkommen lag höchstens zweimal unter der Armutsgrenze, und 8 % waren längerfristig bzw. häufiger als zweimal arm. Innerhalb der Armutspopulation überwiegen kurzfristige Armutskarrieren, mit einem allerdings harten Kern von dauerhaft Armen: Während das Einkommen bei 6 von 10 Personen der Armutsgruppe höchstens zu zwei Zeitpunkten unter dem Schwellenwert lag, war etwa jeder elfte Arme über den gesamten Untersuchungszeitraum von sechs Jahren hinweg dauerhaft arm. Dieses Bild verdeutlicht sich etwas, wenn man nur solche Personen betrachtet, die im Jahre 1984 nicht zur Armutsgruppe zählen – durch diesen Perspektivwechsel sind genauere Aussagen über das Risiko, unter die Armutschwelle zu fallen, und über die Chance, aus Armut wieder herauszukommen, möglich. Die Daten machen deutlich, daß danach Armut in weitaus stärkerem

Tab. 3: Betroffenheit und Dauer von Armut 1984 bis 1989

	Alle Personen 1984–1989			Von Personen, die 1984 nicht arm waren		
	Betroffenheit		Dauer	Betroffenheit		Dauer
	In Tausend	in % der Gesamtbevölkerung	in % der Armutspopulation	In Tausend	in % der Gesamtbevölkerung	in % der Armutspopulation
Nie unter der 50 %-Armuts-grenze	45 108	79,1	0	50 258	88,1	0
Unter der 50 %-Armuts-grenze			100			100
1 Jahr	4 984	8,7	42	3 806	6,7	56
2 Jahre	2 024	3,5	17	1 270	2,2	19
3 Jahre	1 724	3,0	14	997	1,7	15
4 Jahre	1 075	1,9	9	476	0,8	7
5 Jahre	862	1,5	7	245	0,4	4
6 Jahre	1 274	2,2	11	–	–	–

Datenbasis: SOEP (West), 1984–1989.

Ausmaß als eher kurzfristiger Einkommensverlust zu verstehen wäre. Die Daten zeigen aber auch, daß ein insgesamt doch beträchtliches Risiko besteht, unter die Armuts-grenze zu fallen. Der Schluß liegt nahe, daß die Armutspopulation aus mindestens zwei unterscheidbaren Gruppen besteht: Während die große Mehrheit der Armutspopulation auf der einen Seite ein hohes Risiko hat, unter die Armuts-grenze zu fallen, hat sie auf der anderen Seite jedoch auch eine entsprechend hohe Chance, in einem der darauffolgenden Jahre wieder aus der Einkommensarmut herauszukommen; dieser Gruppe steht die zwar quantitativ kleine Gruppe der dauerhaft Armen gegenüber, deren Chancen, die Armut zu verlassen, jedoch sehr gering zu sein scheinen. Auf beide Gruppen müssen sozialpolitische Maßnahmen in jeweils spezifischer Weise abzielen.

In Tab. 4 werden für jedes Jahr zwischen 1984 und 1989 die jährlichen Armutsquoten für den Bereich der 50 %-Armuts-schwelle für verschiedene Bevölkerungsgruppen ausgewiesen; Abb. 1 informiert darüber hinaus über die durchschnittliche Dauer der Armut in diesen beobachteten sechs Jahren. In beiden Darstellungen wird das bereits beschriebene Muster nochmals deutlich. Zum einen sind verschiedene Bevölkerungsgruppen in unterschiedlicher Weise durch Armut betroffen, wobei diese Risiken im Zeitverlauf von sechs Jahren praktisch nicht variieren.

Gemessen an der hier definierten Einkommensschwelle tragen ausländische Bürger, Personen, die durch Arbeitslosigkeit betroffen sind, Personen, die eher über niedrige Bildungsabschlüsse verfügen, sowie Bewohner von kleineren Städten und Gemeinden das höchste Armutsrisiko, während beispielsweise Erwerbstätige und Personen mit höheren Bildungsabschlüssen erwartungsgemäß unterdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Dies spricht zunächst klar für die

Tab. 4: Betroffenheit und Dauer von Armut 1984 bis 1989  
nach Bevölkerungsgruppen

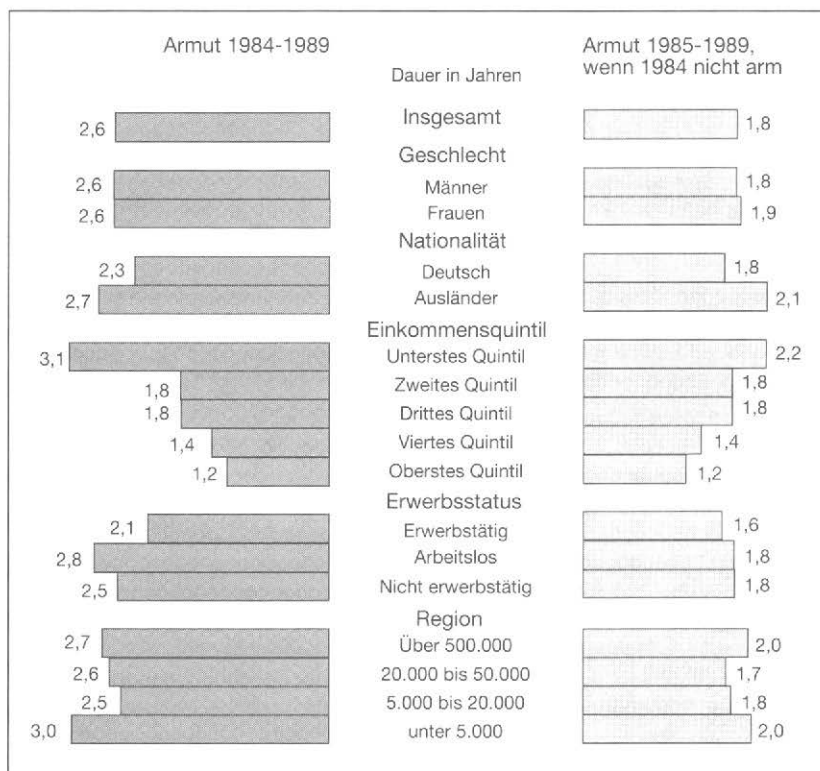
	Armut 1984	Armut 1984	Armut 1985	Armut 1986	Armut 1987	Armut 1988	Armut 1989
	in 1 000	in % der jeweiligen Population					
Insgesamt	6 402	11	11	12	11	11	10
Geschlecht							
Männer	2 974	11	11	12	11	11	9
Frauen	3 428	12	11	12	11	11	11
Nationalität des Haushaltsvorstandes (HHV)							
Deutscher HHV	5 612	10	10	11	10	10	9
Ausländischer HHV	790	24	25	29	25	24	25
Nationalität der Person							
Deutsch	3 909	9	8	9	8	8	7
Ausländer	576	19	17	20	17	17	16
Einkommensquintil							
Unterstes Quintil	6 402	56	56	60	54	54	51
Erwerbsstatus (1984)							
Erwerbstätig	1 556	6	6	6	6	6	6
Arbeitslos	484	31	29	38	30	29	24
Nicht erwerbstätig	2 488	12	11	11	12	12	11
Bildung							
niedrig	1 930	13	12	13	12	13	11
2.	1 406	10	9	9	8	9	9
3.	410	5	5	6	6	7	6
4.	280	9	9	10	8	5	7
hoch	50	1	2	1	3	2	1
Regionale Verteilung							
Über 500 000							
Einwohner	1 323	8	9	9	9	10	8
dto. Randzone	742	8	7	10	8	7	6
100 000–500 000	596	11	11	10	10	7	8
dto. Randzone	525	14	12	9	8	8	8
20 000–50 000	575	13	13	14	12	13	13
5 000–20 000	1 203	14	14	12	15	11	13
unter 5 000	842	19	16	20	16	23	18

Datenbasis: SOEP (West), 1984–1989.

Bedeutung der individuellen Arbeitseinkommen zur Vermeidung von Einkommensarmut im Haushalt.

Zum anderen zeigen die Angaben über die jeweils durchschnittliche Dauer von Armut in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, daß Armut bei den hier untersuchten Merkmalen in weiten Teilen insgesamt ein vorübergehender Zustand, mit allerdings durchaus unterschiedlicher Länge, sein dürfte. In diesen Zahlen kommt klar zum Ausdruck, daß Armut mit einer durchschnittlichen Dauer von zweieinhalb Jahren mehr ist als nur eine kurzfristige Periode. Allerdings kann keine Bevölkerungsgruppe identifiziert werden, die als Gruppe dauerhaft unter der Armutsgrenze liegt. Dies spricht dafür, daß die das Niedrigeinkommensniveau verursachenden Ereignisse wie beispielsweise der Verlust einer Erwerbstätigkeit nach einer

Abb. 1: Dauer von Armut zwischen 1984 und 1989 nach sozio-demographischen Merkmalen



Datenbasis: SOEP (West), 1984 - 1989.

bestimmten Zeit wieder überwunden werden können; zugleich dürften sozialpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Einkommenssituation wirksam geworden sein. Armut als Problem in einem reichen Wohlfahrtsstaat darf nicht unterschätzt werden – das entsprechende Risiko ist breiter gestreut als man nach bisherigen Angaben wußte. Selbst Personen in Haushalten mit höheren Einkommen können durch bestimmte Ereignisse in darauffolgenden Jahren unter die Armutsgrenze gedrückt werden (vgl. Abb. 1). Die These der Zwei-Drittel-Gesellschaft mit einer dauerhaften Armutspopulation erscheint in Anbetracht dieser Ergebnisse jedoch als unzutreffend. Zum einen ist über einen mittleren Zeitraum von sechs Jahren ein Großteil der Gesamtbevölkerung nicht von Armut betroffen, wobei allerdings ein Risiko, unter die Armutsgrenze zu fallen, auch für Bevölkerungsgruppen vorhanden ist, die nicht im Blickpunkt der Sozialpolitik stehen. Zum zweiten ist der überwiegende Anteil der auftretenden Armut nicht von Dauer; eine gruppenspezifische dauerhafte Ausgrenzung ist in keinem Fall erkennbar. Die klassische Zielpopulation der Armutspolitik mit dauerhaft Armen umfaßt bis zu 10 % der Bevölkerung.

## 6.3 Armut im Haushaltskontext

Statistische Angaben über die individuelle Betroffenheit und über die Dauer von Niedrigeinkommen und Armut ergeben lediglich ein halbes Bild der Wirklichkeit, da Armut nach der hier verwendeten Definition in „Haushalten mit unzureichendem Haushaltseinkommen“ gemessen wird. Der Verlust einer Erwerbstätigkeit und die daraus folgende „Verarmung“ führt nicht zuletzt zu Beeinträchtigungen aller Haushaltsmitglieder und muß von diesen verarbeitet werden. Im folgenden wird deshalb die Untersuchungsebene hin zu Familien und Haushalten erweitert. Nur so ist auch die Frage zu beantworten, ob Armut bestimmte Familien- und Haushaltsformen über- oder unterdurchschnittlich trifft.

In Tab. 5 werden dazu wichtige Merkmale von Familien- und Haushaltsformen aufgeführt. Wir unterscheiden Haushalte nach ihrer Größe, nach dem Alter des Haushaltsvorstandes, nach Haushaltstypen und nach der Haushaltszusammensetzung. Die ausgewiesenen Armutsquoten (vgl. Tab. 5) und die jeweilige Dauer der Armut (vgl. Tab. 6) machen deutlich, daß Niedrigeinkommensphasen in bezug auf Haushaltsformen sehr ungleich verteilt sind. Armut, so kann man nach diesen Befunden zusammenfassen, ist vor allem ein schwerwiegendes Problem für Alleinerziehende mit einer Armutsquote von bis zu 44 %; für bestimmte Familienhaushalte, von denen je nach Alter der Kinder bis zu 28 % von Armut betroffen sind; für Haushalte mit mehr als fünf Personen, von denen jeder vierte zur Armutspopulation zu zählen ist; und auch für Drei-Generationen-Haushalte, in denen ein überdurchschnittlicher Anteil an Niedrigeinkommen zu finden ist.

Diese Daten widerlegen somit weit verbreitete Meinungen über typische Armutspopulationen, wie sie zum Beispiel in den Begriffen der „Altersarmut“ oder in dem

Tab. 5: Betroffenheit von Armut 1984 bis 1989 im Haushaltskontext

	Armut 1984	Armut 1984	Armut 1985	Armut 1986	Armut 1987	Armut 1988	Armut 1989
	in 1 000	in % der jeweiligen Population					
Alter des Haushalts- vorstandes (HHV)							
bis 45 Jahre	3 289	12	13	16	15	14	13
46–65 Jahre	2 341	11	10	9	9	9	9
66 Jahre und älter	747	9	8	6	7	7	6
Haushalts- zusammensetzung:							
Personen im Haushalt							
HHV + Partner							
männlicher HHV	1 446	8	8	9	8	9	7
weiblicher HHV	2 060	10	9	10	9	9	9
Kinder im Haushalt							
0–6 Jahre	456	14	15	22	17	16	15
7–11 Jahre	542	21	21	21	17	18	19
12–15 Jahre	641	21	24	28	28	26	24
16–18 Jahre	460	18	19	19	22	21	21
19 Jahre u.ä.	483	10	9	10	9	9	9
Weitere Haush.mitglieder							
unter 65 Jahre	120	14	24	17	17	19	20
65 Jahre und älter	194	30	11	19	18	27	13
Haushaltstypen							
Einpersonenhaushalt	1 014	10	9	6	8	7	8
Partner-Haushalt	974	5	5	4	4	5	4
Familien-Haushalt	3 862	15	15	18	16	16	14
Alleinerziehende	552	31	38	42	37	31	44
Haushaltstypen nach Alter des HHV							
unter 45 Jahre							
Einpersonenhaushalt	447	13	10	9	11	9	8
Partner-Haushalt	122	3	3	3	2	4	3
Familien-Haushalt	2 237	13	15	19	16	16	13
46–65 Jahre							
Familien-Haushalt	1 626	20	16	17	17	17	17
Partner-Haushalt	456	5	5	4	3	4	4
Einpersonenhaushalt	204	7	7	5	9	8	7
Alleinerziehende	552	31	38	42	37	31	44
über 66 Jahre							
Partner-Haushalt	395	8	7	8	7	9	6
Einpersonenhaushalt	338	9	8	4	6	6	8
Haushaltsgröße							
1	685	9	7	5	7	6	6
2	990	7	7	6	5	6	6
3	821	6	7	11	11	9	8
4	1 530	12	12	14	12	13	10
5 und mehr	1 248	20	24	20	24	22	16

Datenbasis: SOEP (West), 1984–1989.



Tab. 6: Dauer von Armut 1984 bis 1989 im Haushaltskontext

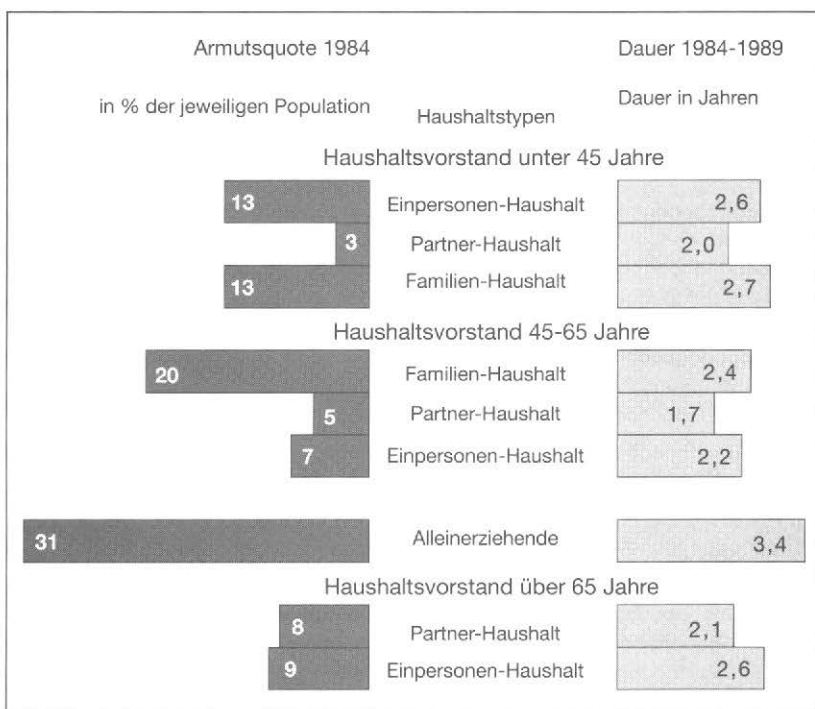
	Armut 1984–1989  Dauer in Jahren Ø	Armut 1985–1989 1984: nicht arm  Dauer in Jahren Ø
Alter des Haushaltsvorstandes (HHV)		
bis 45 Jahre	2,79	2,05
46–65 Jahre	2,20	1,49
66 Jahre und älter	2,30	1,75
Haushaltszusammensetzung:		
Personen im Haushalt		
Haushaltsvorstand + Partner		
männlicher HHV	2,40	1,78
weiblicher HHV	2,53	1,82
Kinder im Haushalt		
0–6 Jahre	3,01	2,03
7–11 Jahre	3,15	2,42
12–15 Jahre	2,82	2,14
16–18 Jahre	2,09	1,30
19 Jahre u.ä.	1,78	1,41
Weitere Haushaltsmitglieder		
unter 65 Jahre	2,51	1,54
65 Jahre und älter	3,79	2,97
Haushaltstypen		
Einpersonenhaushalt	2,48	1,63
Partner-Haushalt	1,91	1,63
Familien-Haushalt	2,64	1,88
Alleinerziehende	3,37	2,37
Haushaltstypen nach Alter des HHV		
unter 45 Jahre		
Einpersonenhaushalt	2,56	1,75
Partner-Haushalt	1,99	1,82
Familien-Haushalt	2,74	2,01
46–65 Jahre		
Familien-Haushalt	2,40	1,54
Partner-Haushalt	1,74	1,38
Einpersonenhaushalt	2,24	1,52
Alleinerziehende	3,37	2,37
über 66 Jahre		
Partner-Haushalt	2,10	1,81
Einpersonenhaushalt	2,64	1,63
Haushaltsgröße		
1	2,42	1,49
2	2,30	1,64
3	2,40	1,86
4	2,45	1,92
5 und mehr	2,75	1,81

Datenbasis: SOEP (West), 1984–1989.

Schlagwort „Die Armut ist weiblich“ zum Ausdruck kommen. Bezieht man alle Personen in Haushalten in die Betrachtung mit ein, so wird vielmehr deutlich, daß vorwiegend bei Kindern und/oder weiteren, älteren Haushaltsmitgliedern das Haushaltseinkommen nicht mehr ausreichend ist, um den Bedarf für alle Haushaltsmitglieder zu decken.

Obwohl das Risiko, unter die Armutsschwelle zu fallen, für diese Gruppen vergleichsweise hoch ist, zeigen die Daten zur Dauer der Armut (vgl. Tab. 6), daß auch für diese Problemgruppen die Chancen, die finanziell unzureichende Lage zu überwinden, nicht wesentlich schlechter sind als für andere Armutsgruppen. Auch hier muß zwischen Betroffenheit und Dauer deutlich unterschieden werden – ein hohes Armutsrisiko ist nicht gleichzusetzen mit dauerhafter Armut, auch ein niedriges Armutsrisiko kann zu mehrjähriger Armut führen. Dieser Unterschied wird in Abb. 2 für einige Haushaltstypen veranschaulicht. Als besondere Problemgruppe können dabei die Alleinerziehenden identifiziert werden; diese tragen mit

Abb. 2: Betroffenheit und Dauer von Armut im Haushaltskontext



Datenbasis: SOEP (West), 1984 - 1989.

31 % im Jahre 1984 nicht nur das höchste Armutsrisiko, das im Jahr 1989 sogar auf 44 % steigt, sondern sie verbleiben mit drei bis vier Jahren bei der Betrachtung des Zeitraumes von sechs Jahren am längsten unter der Armutsschwelle. Am wenigsten von Armut betroffen sind nach dieser Typologie mit Quoten zwischen 2 % und 9 % Partner-Haushalte, d.h. Haushalte ohne Kinder und Einpersonenhaushalte. Aber auch diese Gruppen verbleiben, sofern sie unter die Armutsgrenze fallen, nur unwesentlich kürzer in Armut im Vergleich zu Gruppen mit einem höheren Armutsrisiko.

## 6.4 Niedrigeinkommen und Armut in Ostdeutschland

Die emotionale Euphorie nach der deutschen Wiedervereinigung ist zumindest im Osten Deutschlands relativ schnell durch Arbeitsmarktunsicherheiten, durch Sorgen und Ängste um die weitere wirtschaftliche Zukunft in den Hintergrund gedrängt worden (vgl. Teil II, Kap. 12 und 13). Dabei sind die im Zusammenhang mit den strukturellen Umbrüchen im Erwerbssystem einhergehenden Befürchtungen um die eigene wirtschaftliche Situation unübersehbar. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit repräsentieren auf der objektiven Seite diese Entwicklung, denen auf der subjektiven Seite (vgl. Teil II, Kap. 14) eine erhebliche Unzufriedenheit mit dem Einkommen und dem Lebensstandard entspricht. Das Durchschnittseinkommen lag in der ehemaligen DDR bei etwa 60 % des Einkommens westdeutscher Haushalte (vgl. auch Teil II, Kap. 5 und 11).

Ob allerdings ein Jahr nach der Schaffung von Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion den in breiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung vorhandenen Ängsten und Sorgen eine Einkommensentwicklung gegenübersteht, die für größere Teile der Bevölkerung zu einer relativen oder gar absoluten Verschlechterung geführt hat, läßt sich ausschließlich auf der Grundlage von Längsschnittdaten beurteilen. Angesichts des Befundes einer im Vergleich zum Westen Deutschlands homogenen und weniger ungleichen Einkommensverteilung in der ehemaligen DDR, die ein Jahr später (noch) nicht zu einer größeren Ungleichheit geführt hat (vgl. dazu Teil II, Kap. 5), macht es wenig Sinn, Armutsquoten für das Jahr 1990 detailliert zu beschreiben. Verwendet man die für die westdeutsche Situation relevanten Kriterien der Äquivalenzgewichtung und der 50 %-Armutsschwelle, zeigt sich, daß innerhalb der damaligen DDR Einkommensarmut – gemessen am Durchschnitt aller DDR-Haushalte – mit Quoten von knapp über 3 % im Jahre 1990 und von 5 % ein Jahr später (vgl. Tab. 7) praktisch nicht vorhanden war – die wesentlichen Ausnahmen betreffen wie in Westdeutschland die Gruppe der Alleinerziehenden, von denen 1990 16 % und im Jahre 1991 19 % mit einem unzureichenden Einkommen auskommen mußten, sowie Haushalte mit mehr als fünf Personen, von denen bereits zu DDR-Zeiten jeder achte unter der Armutsgrenze lag.

Tab. 7: Betroffenheit von Armut (50 %-Grenze) in Ostdeutschland  
1990 und 1991

	Armut 1990	Armut 1991	Verbleib, Abgänge aus und Zugänge in Armut 1990–1991		
			1990 und 1991 „arm“	1991 Abgang aus „Armut“	1991 Zugang in „Armut“
	in % der jeweiligen Gruppe				
Alter des Haushalts- vorstandes (HHV)					
bis 45 Jahre	4	6	1	3	4
46–65 Jahre	1	5	1	1	4
66 Jahre und älter	4	2	1	2	2
Haushaltszusammensetzung:					
Personen im Haushalt					
HHV + Partner					
männlicher HHV	2	4	1	1	3
weiblicher HHV	3	4	1	2	3
Kinder im Haushalt					
0–6 Jahre	5	3	1	5	4
7–11 Jahre	5	8	2	4	6
12–15 Jahre	4	7	1	4	6
16–18 Jahre	6	11	5	2	5
19 Jahre u.ä.	3	7	2	1	5
Weitere Haushaltsmitglieder					
unter 65 Jahre	2	9	0	0	8
65 Jahre und älter	7	8	8	2	1
Haushaltstypen					
Einpersonenhaushalt	4	3	1	2	4
Partner-Haushalt	2	4	1	1	3
Familien-Haushalt	3	5	1	3	4
Alleinerziehende	16	19	10	8	8
Haushaltstypen nach Alter des Haushaltsvorstandes					
unter 45 Jahre					
Einpersonenhaushalt	5	6	1	3	6
Partner-Haushalt	3	6	2	0	3
Familien-Haushalt	3	5	1	3	4
46–65 Jahre					
Familien-Haushalt	1	7	0	1	6
Partner-Haushalt	2	5	1	1	3
Einpersonenhaushalt	—	1	0	0	3
Alleinerziehende	16	19	10	8	8
über 66 Jahre					
Partner-Haushalt	1	1	0	0	0
Einpersonenhaushalt	6	3	1	4	3
Haushaltsgröße					
1	4	2	1	2	4
2	3	4	2	1	2
3	2	4	1	2	3
4	3	5	0	3	5
5 und mehr	12	12	5	7	8

Datenbasis: SOEP (Ost), 1990–1991.

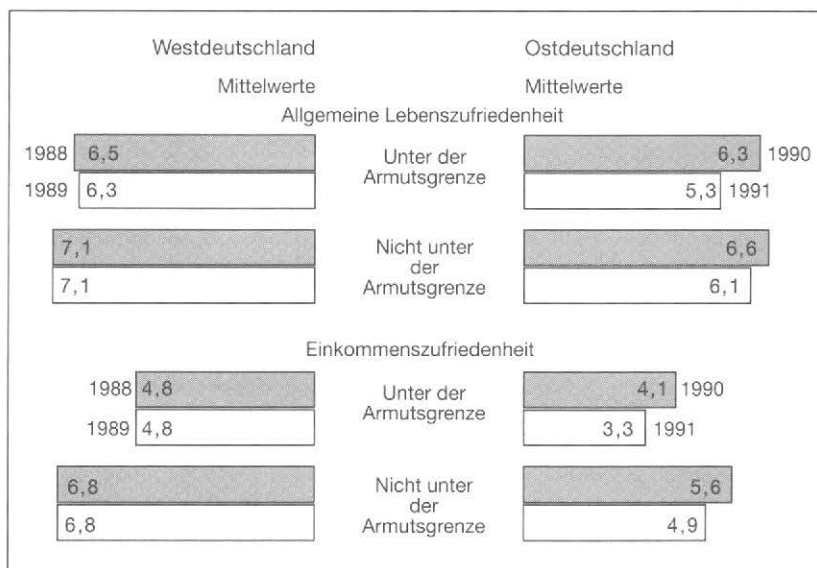
Darüber hinaus erscheint es zumindest für die beiden zurückliegenden Jahre noch wenig sinnvoll, die Einkommenssituation der ostdeutschen Haushalte in bezug auf das westdeutsche Niveau zu beurteilen – der über die Arbeitseinkommen bestimmbare Lebensstandard war aufgrund von staatlichen Subventionen beispielsweise im Wohnungsbereich, aber auch im Hinblick auf steuerliche Abgaben kaum vergleichbar. Für die Fragestellung, ob im Verlauf des deutschen Vereinigungsprozesses die finanzielle Situation der ostdeutschen Haushalte eher unter dem Aspekt der Verlierer als unter dem von Gewinnern zu betrachten sei, stellen wir deshalb die Betroffenheit von Armut in den beiden Jahren 1990 und 1991 gegenüber (vgl. Tab. 7). Diese Daten widerlegen alles in allem Thesen, die einer relativen Verarmung innerhalb der ostdeutschen Haushalte das Wort reden: Zum Teil weit über 90 % der ostdeutschen Bevölkerung war in keinem der beiden Jahre von einer relativen Einkommensarmut bedroht. Selbst bei der Problemgruppe der Alleinerziehenden zeigt sich, daß lediglich 10 % aller Alleinerziehenden in beiden Jahren unter der Armutsgrenze liegen, die Zu- und Abgänge halten sich in etwa die Waage. Die Interpretation liegt nahe, daß das westdeutsche System des Wohlfahrtsstaates zumindest im ersten Jahr nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion dramatische Auswirkungen der marktwirtschaftlichen Umgestaltung gemildert oder gar vermieden hat. Daß dies in der subjektiven Bewertung nicht unmittelbar „honoriert“ wird, läßt sich darauf zurückführen (vgl. dazu Teil II, Kap. 14), daß sicherlich nicht alle in die deutsche Vereinigung gesetzten Erwartungen und Ansprüche erfüllt worden sind.

## 6.5 Armut und subjektives Wohlbefinden

Wie sich derartige subjektive Ansprüche auswirken, soll abschließend anhand zweier Indikatoren der Zufriedenheitsbewertung für Ost- und Westdeutschland dokumentiert werden. In Abb. 3 werden dazu für beide Teile Deutschlands die Mittelwerte auf der zehnstufigen Skala der allgemeinen Lebenszufriedenheit und der Einkommenszufriedenheit für die von Armut betroffenen bzw. nicht betroffenen Gruppen ausgewiesen.

Dabei zeigt sich, daß Niedrigeinkommen nicht nur die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen erwartungsgemäß deutlich vermindert, sondern darüber hinaus auch das allgemeine Wohlbefinden empfindlich beeinträchtigt. Während jedoch in Westdeutschland die Zufriedenheitsniveaus für beide Einkommensgruppen zwischen 1988 und 1989 in der Bewertung des Einkommens nicht und im allgemeinen Wohlbefinden kaum variieren, sinkt das im Vergleich dazu in Ostdeutschland bereits 1990 geringe Niveau im Jahre 1991 für beide Gruppen noch weiter ab. Dies heißt konkret, daß auch für Personen, deren Einkommenssituation sich ein Jahr nach Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion absolut und/oder relativ verbessert hat (vgl. Teil II, Kap. 5), die Einkommenszufriedenheit

Abb. 3: Armut und subjektives Wohlbefinden



Datenbasis: SOEP (West), 1988 - 1989, SOEP (Ost), 1990 - 1991.

sinkt und somit eine deutliche Diskrepanz zwischen Erwartung und realer Entwicklung dokumentiert. Die durchschnittliche Bewertung der finanziellen Lage in Ostdeutschland liegt 1991 mit einem mittleren Wert von 4,8 auf der verwendeten Skala auf dem Niveau der Armutspopulation in Westdeutschland (4,8). Selbst die zahlenmäßig kleine Gruppe der ostdeutschen Bürger, deren Einkommenslage 1990 unter der Armutsgrenze, 1991 jedoch wieder darüber lag, beurteilt ihr Haushaltseinkommen 1991 mit einem Mittelwert von 5,0 nur unwesentlich günstiger als 1990 (4,5). In diesen niedrigen Zufriedenheitsangaben kommen individuell wahrgenommene Beeinträchtigungen zum Ausdruck, deren Relevanz für das Stimmungsklima in Deutschland nicht unterschätzt werden darf. Innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung ist Armut, gemessen am Durchschnittseinkommen aller ostdeutschen Haushalte, objektiv kaum vorhanden. Das Ergebnis, daß nahezu jeder zweite Bürger mit seinem Einkommen jedoch eher unzufrieden ist, macht deutlich, daß die Ostdeutschen als Vergleichsmaßstab ihrer Einkommenslage die westdeutschen Bürger heranziehen.

(Roland Habich/Peter Krause)

## 7 Wohnen

Reichlich ein Viertel aller privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland hat nach vorliegenden Ergebnissen im Zeitraum von 1984 bis 1990 mindestens einmal die Wohnung gewechselt. Hochgerechnet auf die Bevölkerung Westdeutschlands bedeutet dies, daß im Durchschnitt der Jahre 1984 bis 1990 pro Jahr über eine Million Haushalte umgezogen sind. Die Umzugshäufigkeit von Eigentümern und Mietern war erwartungsgemäß sehr unterschiedlich: So sind bis 1990 40 % der Haushalte umgezogen, die 1984 Hauptmieter waren, jedoch nur 8 % der damaligen Eigentümer. Durch den Umzug haben die Haushalte ihre Wohnsituation überwiegend verbessert, ihre Wohnzufriedenheit war in der neuen Wohnung deutlich höher; dazu hat hauptsächlich die größere Wohnfläche beigetragen. Im folgenden werden zunächst die Umzugsgründe analysiert und danach getrennt für mobile und immobile Haushalte die Wohnkosten und wichtige Bestimmungsgründe der Wohnzufriedenheit untersucht.

Nur durch die Erhebung von Daten bei denselben Haushalten über einen längeren Zeitraum (Panelbefragung) ist eine getrennte Untersuchung von mobilen und immobilen Haushalten möglich, außerdem können nur auf diese Weise die individuellen Veränderungen der Wohnsituation für ausgewählte Haushaltstypen verdeutlicht werden. Als mobile Haushalte wurden alle diejenigen definiert, die im Untersuchungszeitraum mindestens einmal umgezogen sind; alle übrigen Haushalte sind immobil.

### 7.1 Gründe für den Wohnungswechsel

Angesichts der eher geringen Mobilität deutscher Haushalte bedarf es offenbar einschneidender Veränderungen, um einen Impuls zum Umzug auszulösen. Im allgemeinen wird ein mit der Wohnsituation unzufriedener Haushalt, insbesondere bei dem knappen Angebot an preiswerten Wohnungen, nur bei gravierenden Umständen geneigt sein, umzuziehen. Daher ist es nicht überraschend, daß die mobilen Haushalte vor dem Umzug mit ihrer Wohnung deutlich unzufriedener waren als die immobilen.

Die Analyse der Bestimmungsfaktoren des Wohnungswechsels orientiert sich zunächst an Angaben des Haushaltsvorstandes (vgl. Tab. 1). Ein wichtiger Umzugsgrund ist die (in der Regel zu geringe) Wohnungsgröße, welche bei den mobilen Haushalten im Vergleich mit den immobilen im Durchschnitt im Jahr 1984 um 4 Quadratmeter pro Person kleiner war. Bereits 1988 wurde ermittelt, daß sich die Wohnungsgröße der mobilen Haushalte kaum noch von der der immobilen

Tab. 1: Gründe für einen Wohnungswechsel von Eigentümern und Mietern

Gründe für Wohnungswechsel	Wohnungswechsel in den Jahren					
	1984/85	1985/86	1986/87	1987/88	1988/89	1989/90
	in %					
Wohnungsgröße	23	14	18	20	19	10
Familiärer Art	17	21	16	13	25	29
Eigentumserwerb	15	12	16	15	18	24
Andere Gründe						
wohnungbezogener Art	14	26	24	25	11	11
Beruflicher Art	13	13	11	14	14	10
Kündigung durch den						
Vermieter	9	4	5	8	5	3
Umwandlung in Eigentum	1	1	0	1	2	3
Sonstiges	8	10	9	6	7	11

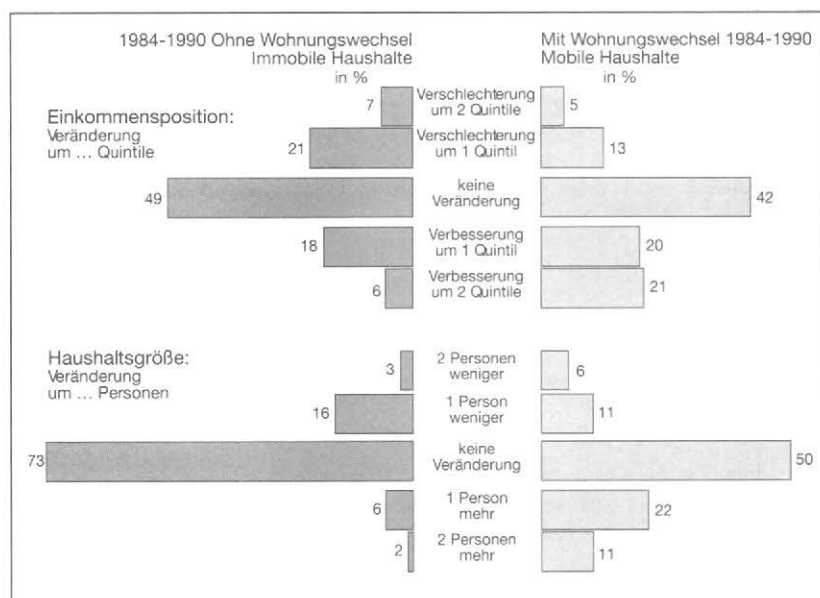
Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1990.

unterschied. Andere Gründe, wie solche familiärer Art (typisch dafür dürfte die Veränderung der Haushaltgröße durch Geburt bzw. Tod sein) und der Eigentumserwerb sowie die Umwandlung der Wohnung in Eigentum, werden nun häufiger genannt. Dabei spielt auch eine Rolle, daß sich das Einkommen der mobilen Haushalte im Vergleich mit anderen Haushalten im Zeitablauf überdurchschnittlich verbesserte, diese Haushalte können sich den Eigentumserwerb offenbar leisten. Die neuen Eigentümer beklagen zwar die derzeit hohe finanzielle Belastung; jedoch wird diese wohl deshalb in Kauf genommen, weil längerfristig mit einer deutlichen Entlastung gerechnet werden kann, so daß die Wohnkosten sogar unter denen von vergleichbaren Mietwohnungen liegen können. Eine Untersuchung der Einkommensveränderungen bei mobilen und immobilien Haushalten von Mietern im Zeitraum 1984 bis 1990 ergab, daß die Mobilität von Haushalten eng mit Einkommensverbesserungen – gemessen als Wechsel in ein höheres Einkommensquintil – einhergeht (vgl. Abb. 1). Jedes Quintil umfaßt 20 % der nach der Höhe ihres Einkommens sortierten Haushalte. Zwar besteht bei einer Verbesserung der Einkommenssituation um ein Quintil noch kein nennenswerter Unterschied zwischen mobilen und immobilien Haushalten, doch ist bei einem Einkommenssprung um zwei oder mehr Quintile eine deutlich höhere Neigung zum Wohnungswechsel erkennbar.

Aus beruflichen Gründen haben im Durchschnitt der Jahre 1984 bis 1990 reichlich 12 % der Haushalte ihre Wohnung gewechselt (vgl. Tab. 1). Damit zeigt sich, daß berufliche Gründe im Vergleich mit Gründen, die als Mangel der Wohnung selbst interpretiert werden können, weniger wichtig sind. Die zwangsweise Räumung der Wohnung durch Kündigung des Vermieters bzw. eine Umwandlung der Wohnung in Eigentum kam im Durchschnitt bei knapp 7 % der Haushalte vor. Insgesamt



Abb. 1: Mobilität von Hauptmietern - Änderung von Einkommensposition und Haushaltsgröße



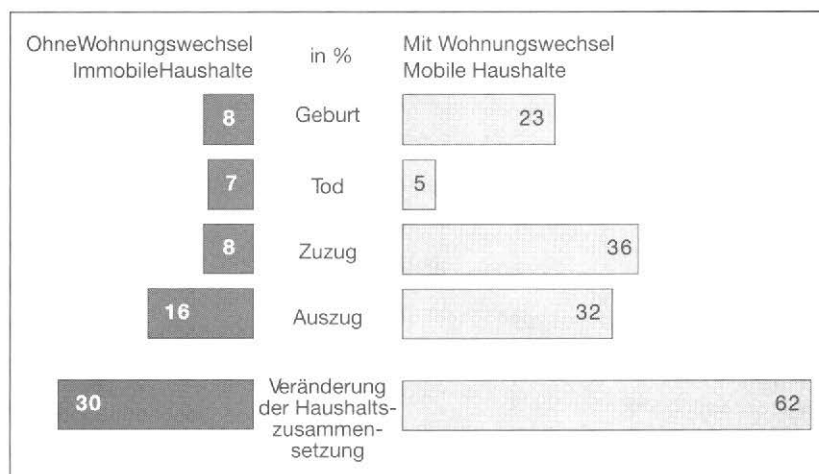
Datenbasis: SOEP (West) 1984 - 1990.

betrachtet, und einmal abgesehen davon, daß die Gründe oft nicht trennscharf sind, zeigte sich, daß Mängel der bisherigen Wohnung ein sehr wichtiger Grund für die Wohnmobilität sind; im Schnitt hat mehr als jeder dritte Haushalt die Wohnung aus diesem Grund gewechselt. Der Eigentumserwerb war im Untersuchungszeitraum mit durchschnittlich 17 % ebenfalls ein wichtiger Umzugsgrund. Seit 1988 hat die Bedeutung dieses Umzugsgrundes allerdings zugenommen; dies könnte als Reaktion auf die Verknappung des Angebots an Mietwohnungen bei gleichzeitig verbesserten Rahmenbedingungen für den Eigentumserwerb gewertet werden. Die Eigentümerquote, also der Anteil der Eigentümerhaushalte an allen Haushalten (hier einschließlich Untermieter), hat sich von rund 39 % (1984) auf knapp 42 % (1990) erhöht.

Weiterhin wurde untersucht, inwieweit demographische Veränderungen im Haushalt zur Erklärung von räumlicher Mobilität der Hauptmieterhaushalte beitragen können. Dabei hat sich die Veränderung der Haushaltszusammensetzung als wichtiger Umzugsgrund erwiesen; in knapp zwei Drittel aller Mieterhaushalte ereignete sich vor dem Umzug eine solche Veränderung (vgl. Abb. 2). Eine maßgebliche Rolle spielte der Zuzug einer oder mehrerer Personen, mit dem

zwangsläufig eine Einschränkung des persönlich verfügbaren Wohnraums für die bisherigen Haushaltsmitglieder einherging. Bei knapp einem Viertel der Mieterhaushalte hat die Geburt eines Kindes die Entscheidung zum Wohnungswechsel mitbestimmt. Eine Verkleinerung des Haushalts durch Auszug oder Tod hat dagegen in deutlich weniger Fällen zum Umzug des gesamten Haushalts geführt. In diesem Fall ist der Zwang zum Umzug deutlich geringer, negativ wirken dabei wohl auch die hohen Transaktionskosten sowie die erwartete höhere Miete. Mit dem unterschiedlichen Umzugsverhalten bei Geburten in eher jungen Haushalten und Todesfällen in überwiegend alten Haushalten wird gleichzeitig auch die mit dem Alter der Haushaltsmitglieder einhergehende Neigung zum Wohnungswechsel verdeutlicht, d.h. mit zunehmendem Alter nimmt die Neigung zur Mobilität und den damit verbundenen Umstellungen stark ab.

Abb. 2: Mobilität von Hauptmietern 1984 bis 1990 -  
Demographische Ereignisse



Datenbasis: SOEP (West) 1984 -1990.

## 7.2 Moderate Erhöhung der Mieten

Die Kaltmieten, gemessen als Miete pro Quadratmeter, sind für alle Mieterhaushalte im Zeitraum von 1984 bis 1990 mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 2,7 % auf über DM 7,30 gestiegen. Dabei haben die Mieten der immobilien Haushalte, wie zu erwarten war, erheblich langsamer zugenommen als die der mobilen. Für die beiden in Tab. 2 beispielhaft aufgeführten Übergänge

von 1984 nach 1985 und von 1989 nach 1990 ergab sich jeweils nur eine moderate Erhöhung der Mieten pro Quadratmeter (2,2 bzw. 2,7 %) bei den immobilien gegenüber den mobilen Hauptmieterhaushalten (7,5 bzw. 12,9 %). Noch stärker hat sich die Mietbelastungsquote verändert; diese war für immobile Haushalt sogar rückläufig (-0,9 bzw. -6,5 %). Demgegenüber hatten die mobilen Haushalte – trotz teilweise größerer Einkommensverbesserungen als bei den immobilien – einen höheren Anteil ihres Nettoeinkommens für die Miete aufzuwenden als vor dem Umzug (2,7 bzw. 3,8 %). Die Mieten der mobilen Haushalte waren schon 1984 um reichlich 0,70 DM pro Quadratmeter höher als die der immobilien; dieser Abstand hat sich weiter vergrößert und betrug 1990 rund 1,25 DM pro Quadratmeter. Das Mietenniveau war damit um rund 19 % höher.

Tab. 2: Wohnkosten und Wohnfläche bei „mobilen“ und „immobilien“ Haushalten

	Hauptmieter			Hauptmieter		
	1984	1985	Veränderung in %	1989	1990	Veränderung in %
	Ø			Ø		
Alle Haushalte						
Miete pro qm in DM	6,31	6,48	3	7,08	7,31	3
Miete in % des Haushalts-einkommens	22,3	22,2	– 1	21,5	20,3	– 6
Wohnfläche in qm pro Kopf	40,5	40,8	1	43,2	42,9	– 1
Immobilie Haushalte						
Miete pro qm in DM	6,25	6,39	2	7,05	7,24	3
Miete in % des Haushalts-einkommens	22	22	– 1	22,	20,	– 7
Wohnfläche in qm pro Kopf	40,8	40,8	0	43,2	43,0	– 1
Mobile Haushalte						
Miete pro qm in DM	6,97	7,49	8	7,54	8,51	13
Miete in % des Haushalts-einkommens	26,1	26,8	3	21,0	21,8	4
Wohnfläche in qm pro Kopf	36,7	40,2	10	44,3	41,1	– 7

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1990.

Die Mieten der mobilen Haushalte sind im Durchschnitt zwar gestiegen, allerdings zahlen einige Haushalte aber auch nur unwesentlich veränderte oder gar niedrigere Mieten als vor dem Umzug. Im folgenden wird daher untersucht, inwieweit die mobilen Haushalte tatsächliche Veränderungen – beim Vergleich der neuen und der zuvor bewohnten Wohnung – auch subjektiv wahrnehmen. So wurden diese Haushalte nach der Einschätzung ihrer Wohnsituation vor und nach dem Umzug befragt. Für die Kriterien „finanzielle Belastung“ und „Wohnungsgröße“ wurden die

Tab. 3: Veränderung von finanzieller Belastung und Wohnungsgröße durch Umzug – Beurteilung und tatsächliche Veränderung

Bei den Personen, die angeben, daß sie sich durch einen Wohnungswechsel im Hinblick auf Miete, auf die finanzielle Belastung und auf die Wohnungsgröße „verbessert“, „nicht verändert“ oder „verschlechtert“ haben, beträgt nach dem Wohnungswechsel in den angegebenen Jahren die Miete pro Quadratmeter, die finanzielle Belastung und die Wohnungsgröße im Vergleich zum Vorjahr (=100) . . . %

	1984/85	1985/86	1986/87	1987/88	1988/89	1989/90	1984/90 <sup>1</sup>
	in % des jeweiligen Vorjahres						
Miete pro qm							
verbessert	81	92	85	90	95	94	90
nicht verändert	121	92	86	101	91	103	99
verschlechtert	122	113	107	119	126	135	120
Finanzielle Belastung							
Miete in % vom Einkommen							
verbessert	84	72	80	94	68	73	79
nicht verändert	95	97	91	109	95	107	99
verschlechtert	127	115	139	128	154	126	132
Wohnungsgröße							
qm pro Person							
verbessert	118	115	132	135	142	108	125
nicht verändert	119	94	80	85	92	87	93
verschlechtert	84	82	74	77	71	74	77

1. Durchschnittliche jährliche Veränderung in %.

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1990.

objektiv nachvollziehbaren Veränderungen der Indikatoren „Miete pro Quadratmeter“, „Mietbelastungsquote“ (Miete in % vom Haushaltsnettoeinkommen) und „Wohnfläche“ (Quadratmeter pro Person) der subjektiven Einschätzung des Haushaltsvorstandes in den Kategorien „verbessert“, „unverändert“ und „verschlechtert“ für die jährlichen Übergänge 1984/85 bis 1989/90 gegenübergestellt (vgl. Tab. 3).

Diejenigen Haushalte, die sich nach eigener Einschätzung durch einen Wohnungswechsel in der finanziellen Belastung teilweise erheblich verschlechtert hatten, zahlten Mieten pro Quadratmeter, die im Jahre 1990 bei knapp 10 DM lagen; dabei hatten diese Haushalte im Durchschnitt der Jahre 1984 bis 1990 mit rund 20 % jährlich beträchtliche Mietsprünge. Die Miete der Haushalte, die nach dem Umzug eine Verringerung der Wohnkosten erreichten, lag pro Quadratmeter in den Jahren 1986 bis 1990 im Durchschnitt sogar unter dem Mietenniveau der immobilien Haushalte. Für die Beurteilung der finanziellen Belastung ist der Indikator „Mietbelastungsquote“ jedoch aussagekräftiger, da nicht nur die Veränderung der Miete, sondern auch eine mögliche Einkommensveränderung implizit mit erfaßt wird.

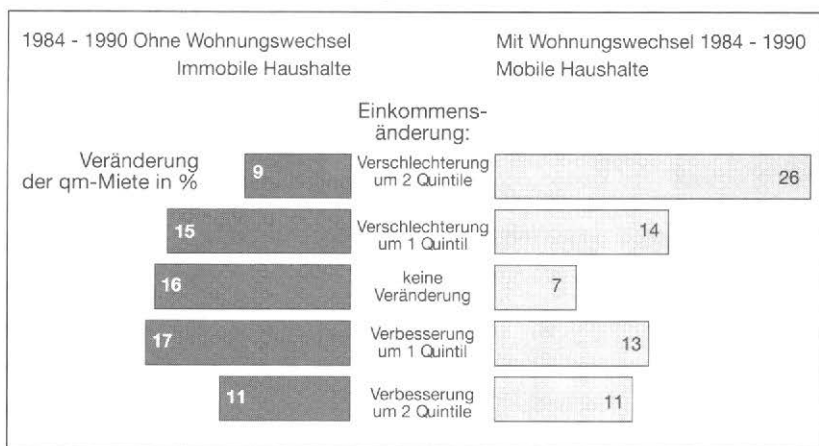
Dementsprechend zeigen sich beim Indikator „Mietbelastungsquote“ für Haushalte, deren finanzielle Belastung sich nach eigener Einschätzung verbessert (verschlechtert) hat, mit 21 % (32 %) auch größere relative Veränderungen als beim Indikator „Miete pro Quadratmeter“ (10 bzw. 20 %).

Insgesamt erzielten die mobilen Haushalte durch den Wohnungswechsel in der Regel eine Verbesserung ihrer Wohnungsgröße (gemessen an der Quadratmeterzahl pro Person). Bezüglich des Vergleichs der Wohnungsgröße vor und nach dem Umzug ist ebenfalls ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen subjektiver Einschätzung und tatsächlicher Veränderung der Wohnfläche festzustellen: Haushalte, die sich als „verschlechtert“ („verbessert“) einstufen, hatten im Durchschnitt der Jahre 1984 bis 1990 auch 23 % weniger (25 % mehr) Quadratmeter Wohnfläche pro Person zur Verfügung.

Es gibt Anhaltspunkte für die Vermutung, daß Haushalte bei stärkeren Veränderungen ihrer Einkommenssituation umziehen; sie suchen sich bei deutlicher und anhaltender Verschlechterung ihres Einkommens eine preiswertere Wohnung und bei einer nachhaltigen Verbesserung des Haushaltseinkommens eine komfortablere, meist größere Wohnung bzw. erwerben Wohneigentum. Bei dem geringen Angebot an preiswerten Wohnungen konnten sich auch die Haushalte, die aufgrund einer Einkommensverschlechterung einen Wohnungswechsel vollzogen, dem kräftig gestiegenen Preisniveau auf dem Wohnungsmarkt nicht entziehen. Die Mieten pro Quadratmeter waren auch für die von einer Einkommensverschlechterung betroffenen mobilen Haushalte im Jahr 1990 höher als die im Durchschnitt von allen immobilen Haushalten gezahlten Mieten (vgl. Abb. 3). Die Mietbelastungsquote hat sich dagegen sowohl bei den mobilen wie auch den immobilen Haushalten, deren Einkommen sich um zwei und mehr Quintile verschlechtert hatte, etwa im gleichen Ausmaß erhöht (vgl. Abb. 4). Dabei lag die Quote für die immobilen Haushalte mit reichlich 28 % sogar um drei Prozentpunkte höher als die der mobilen Haushalte. Eine Verbesserung der Einkommenssituation führt für immobile und mobile Haushalte zu einer deutlich sinkenden Mietbelastungsquote. Dieser Effekt wird jedoch bei den mobilen – im Vergleich zu den immobilen – Haushalten durch stärker steigende Mieten etwas abgeschwächt.

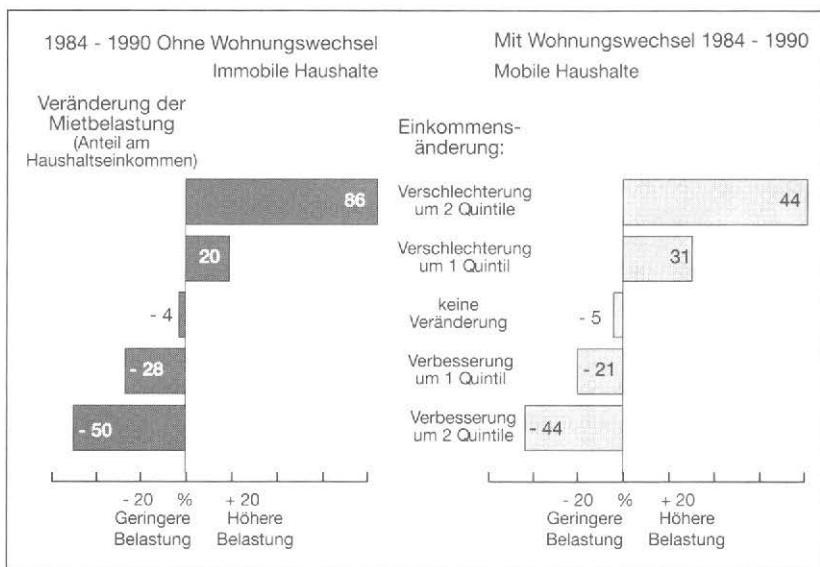
Eine Auswertung der Mieten von Haushalten mit ausländischem Haushaltsvorstand, das sind überwiegend Gastarbeiter, zeigt, daß deren Miete im Jahr 1984 mit DM 5,85 pro Quadratmeter zwar noch um rund 0,50 DM unter der deutscher Mieterhaushalte lag; im Jahr 1990 hatte sich der Abstand jedoch deutlich auf rund DM 0,15 verringert (vgl. Tab. 4). Die stärkere Mieterhöhung bei den Ausländerhaushalten erklärt sich u. a. mit der höheren Mobilität dieser gegenüber den Deutschen im Durchschnitt um rund zehn Jahre jüngeren Haushalte (gemessen am Alter aller Personen über 15 Jahre im Haushalt); mobile Haushalte leiden besonders unter der Verknappung preiswerter Altbauwohnungen, dem bisher bevorzugten Siedlungsraum ausländischer Gastarbeiter. Die Mietbelastung der Ausländerhaushalte hat sich im Gegensatz zur rückläufigen Entwicklung bei den

Abb. 3: Veränderung der qm-Miete von Hauptmieterhaushalten nach Einkommensänderungen



Datenbasis: SOEP (West) 1984 -1990.

Abb. 4: Veränderung der Mietbelastung von Hauptmieterhaushalten nach Einkommensänderungen



Datenbasis: SOEP (West) 1984 -1990.

deutschen Haushalten im Zeitraum von 1984 bis 1990 erhöht, obwohl sich im gleichen Zeitraum die Haushaltseinkommen der Ausländer deutlicher verbessert haben als die der Deutschen. Die beengte Wohnsituation der Ausländer mit rund 27 Quadratmeter pro Person (1990), das sind rund 40 % weniger Wohnraum als in deutschen Haushalten, hat sich im Zeitraum von sechs Jahren etwas langsamer verbessert als bei den Deutschen; dies ist u.a. die Folge der tendenziellen Vergrößerung der Ausländerhaushalte durch Geburten und Zuzug aus dem Ausland.

Tab. 4: Wohnkosten und Wohnfläche deutscher und ausländischer Hauptmieter-Haushalte\*

	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
	in %						
Miete pro qm							
Deutscher Haushalt	6,34	6,52	6,68	6,73	6,86	7,18	7,46
Ausländischer Haushalt	5,85	6,01	6,05	6,16	6,25	6,45	7,29
Mietbelastung in %							
Deutscher Haushalt	23	23	22	22	22	22	21
Ausländischer Haushalt	17	17	17	17	17	17	18
Wohnfläche in qm pro Person							
Deutscher Haushalt	41,4	42,2	42,5	42,8	43,8	44,7	44,3
Ausländischer Haushalt	25,3	25,0	24,1	26,1	26,1	26,0	26,8

\* Nationalität des Haushaltsvorstands.

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1990.

## 7.3 Hohe Wohnzufriedenheit

Die Wohnzufriedenheit ist generell im Vergleich mit anderen Lebensbereichen, wie dem Beruf oder dem Gesundheitszustand, sehr hoch; Eigentümer sind erwartungsgemäß etwas zufriedener als Mieter (vgl. Tab. 5). Ein wichtiger Grund dafür ist, daß die Wohnungen der Eigentümer im Durchschnitt erheblich größer sind als die der Mieter. Bei den Mietern war insgesamt in der Untersuchungsperiode 1984 bis 1990 durchweg eine hohe Wohnungszufriedenheit festzustellen. Bemerkenswert ist, daß sich bei den Immobilien im Gegensatz zu den mobilen Haushalten die Zufriedenheit tendenziell etwas verschlechtert hat. Dabei könnte die Vergrößerung der Personenzahl, die hier bei jungen Haushalten und Haushalten von Ausländern zu beobachten war, eine Rolle gespielt haben; schließlich ist der pro Person verfügbare Wohnraum ein wichtiges Kriterium für ihre Wohnzufriedenheit. Der Zufriedenheitsindex fiel für die Immobilien jungen Haushalte im Zeitraum 1984/85 (1989/90) von 7,3 auf 6,7 (7,1 auf 6,8) Index-Punkte. Dagegen war die Verände-

Tab. 5: Wohnzufriedenheit\* vor und nach einem Umzug

	Umzug zwischen 1984 und 1985		Umzug zwischen 1989 und 1990	
	Wohnzufriedenheit 1984	1985	Wohnzufriedenheit 1989	1990
Hauptmieter, insgesamt	7,4	7,3	7,2	7,3
davon:				
Junge Haushalte**	6,9	6,8	6,9	6,9
Alte Haushalte	7,8	7,7	7,5	7,6
Deutsche***	7,4	7,4	7,3	7,3
Ausländer	6,4	6,4	6,4	6,4
Immobilie Hauptmieter	7,6	7,2	7,4	7,2
davon:				
Junge Haushalte	7,3	6,7	7,1	6,8
Alte Haushalte	7,8	7,7	7,6	7,5
Deutsche	7,6	7,3	7,4	7,3
Ausländer	6,5	6,3	6,5	6,3
Mobile Hauptmieter	5,6	7,8	5,7	7,7
davon:				
Junge Haushalte	5,4	7,9	5,6	7,6
Alte Haushalte	6,5	7,4	6,0	7,9
Deutsche	5,6	7,8	5,7	7,7
Ausländer	5,0	7,2	5,1	7,1
Eigentümer	8,6	8,5	8,4	8,4

\* Mittelwert auf der Zufriedenheitsskala von 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 = ganz und gar zufrieden.

\*\* Haushaltsvorstand ist 45 Jahre und jünger bzw. älter als 45 Jahre.

\*\*\* Haushaltsvorstand ist Deutscher bzw. Ausländer.

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1990.

rung bei den älteren Haushalten deutlich schwächer. Für die mobilen Mieter-Haushalte war die größere Wohnung nach dem Umzug offenbar das wichtigste Kriterium dafür, daß die Wohnzufriedenheit merklich zunahm. Auch hier nannten die jungen Haushalte, bei denen die Haushaltszusammensetzung starken Veränderungen unterworfen war, die größten Verbesserungen; der Zufriedenheitsindex stieg 1984/85 (1989/90) von 5,4 auf 7,9 Punkte (5,6 auf 7,6). Dies ging einher mit einer Erhöhung der Wohnfläche von 1984 bis 1990 um 3 Quadratmeter pro Person. Ausländerhaushalte sind generell unzufriedener mit ihren Wohnverhältnissen als deutsche Haushalte; bemerkenswert ist, daß sich deren Zufriedenheit nach Umzügen im gleichen Ausmaß wie bei den Deutschen (um rund 2 Index-Punkte) verbessert hat.

(Joachim Frick/Herbert Lahmann)



## 8 Gesundheit

In Bevölkerungsumfragen zur Bedeutung einzelner Lebensbereiche für das individuelle subjektive Wohlbefinden gilt die Gesundheit regelmäßig als der wichtigste Bereich. Etwa 1,5 Mill. Beschäftigte im Gesundheitswesen (2 Millionen in der Gesundheitswirtschaft insgesamt) sowie ein Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttosozialprodukt von rund 10 % (jeweils bezogen auf die alten Bundesländer) veranschaulichen die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung des Systems der Gesundheitssicherung und Krankheitsbewältigung.

Trotz dieser Bedeutung ist der Inhalt dessen, was als Gesundheit bezeichnet wird, oftmals unscharf. Die bekannte Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO), nach der Gesundheit den Zustand vollständigen physischen, psychischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur die Abwesenheit von Krankheit und Gebrechen bedeutet, erweist sich dabei zur Anleitung empirischer Analysen als eher problematisch. Gleichwohl hat diese Definition das Verdienst, darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß Gesundheit nur im komplexen Zusammenhang körperlicher, seelischer und sozialer Aspekte konzeptualisiert und nur unter Berücksichtigung objektiver wie subjektiver Faktoren erfaßt werden kann.

### 8.1 Zufriedenheit mit der Gesundheit

Die Antworten der Bundesbürger auf die Frage nach ihrer Zufriedenheit mit der Gesundheit ergeben im Zeitraum von 1984 bis 1989 relativ stabile Muster. Konstant gaben jeweils etwa zwei Drittel an, mit ihrer Gesundheit eher zufrieden zu sein (Tab. 1). Zu den stabilen Mustern gehört auch, daß Frauen jeweils weniger zufrieden sind als Männer und daß mit zunehmendem Alter die Zufriedenheit mit der Gesundheit sinkt.

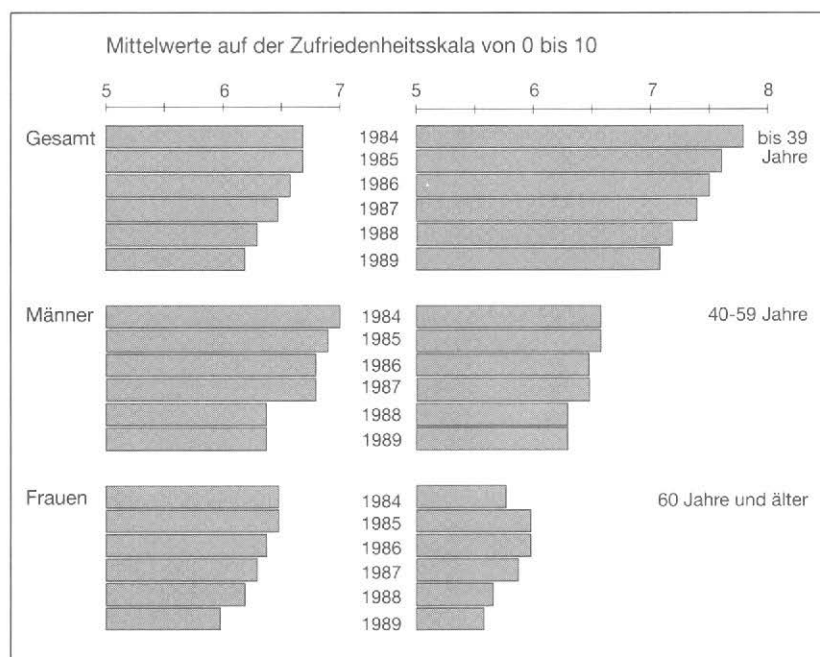
Tab. 1: Zufriedenheit mit der Gesundheit\*

	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	in %					
Eher unzufrieden	17	16	17	17	20	21
Teils/teils	16	17	16	18	17	17
Eher zufrieden	67	67	67	66	64	62
Hochzufrieden	18	14	12	10	8	8

\* 0–4 „eher unzufrieden“, 5 „teils-teils“, 6–10 „eher zufrieden“, 10 „hochzufrieden“.

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1989.

Abb. 1: Zufriedenheit mit der Gesundheit  
nach Alter und Geschlecht 1984-1989



Datenbasis: SOEP (West) 1984 -1989

Dabei sank allerdings der Mittelwert der Gesundheitszufriedenheit kontinuierlich um insgesamt 0,5 Punkte (Abb. 1). Dieser Trend kann als relevant angesehen werden. Er betraf Männer und Frauen gleichermaßen sowie alle Altersgruppen. Am stärksten sank die durchschnittliche Gesundheitszufriedenheit der unter 40jährigen.

Der Trend bei den Mittelwerten spiegelt sich wider, wenn die prozentuale Zusammensetzung nach Zufriedenheitsgruppen im Zeitverlauf betrachtet wird (Tab. 1). Hier nehmen die Anteile der eher Unzufriedenen zu und die der eher Zufriedenen ab, insbesondere die Anteile der Hochzufriedenen. Diese Entwicklung bestätigt sich bei der Differenzierung nach Alter und Geschlecht. Der Anteil eher Zufriedener sank sowohl bei Männern wie bei Frauen. Die ohnehin bei den Zufriedenen geringer vertretenen beiden höheren Altersgruppen haben diesen Trend weniger beeinflusst als die unter 40jährigen. Der Rückgang bei den Hochzufriedenen war mit 10 % sehr deutlich, wobei unter 40jährige sowie Männer dazu überdurchschnittlich beitrugen. Immerhin 7 % der über 60jährigen bezeichneten sich 1989 als „ganz

und gar zufrieden“ mit ihrer Gesundheit. Das waren mehr als in der Gruppe der 40- bis 59jährigen. Möglicherweise wird in der höchsten Altersgruppe eine altersbedingte Verschlechterung des Gesundheitsstatus mittels Veränderungen der Gesundheitserwartungen akzeptiert, so daß auch im Alter relativ hohe Werte der Zufriedenheit angegeben werden.

Daß die Dynamik der Zufriedenheitsverläufe größer ist, als es bei Betrachtung von Gesamt- und Gruppenwerten erscheint, wird anhand der Veränderungen zwischen den einzelnen Jahren deutlich (Tab. 2).

Tab. 2: Veränderungen bei der Gesundheitszufriedenheit\*

	1984/85	1985/86	1986/87	1987/88	1988/89
	in %				
Zufriedener	21	20	19	17	19
Etwa gleich	56	58	60	60	60
Unzufriedener	23	23	21	23	21

\* zufriedener:  $\geq 2$  Punkte, etwa gleich: 0, +/- 1 Punkt, unzufriedener:  $\geq -2$  Punkte.

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1989.

Um keinen bzw. einen Skalenwert veränderten (mit leicht zunehmender Tendenz) 60 % der Befragten je Jahresübergang ihre Gesundheitszufriedenheit. 40 % veränderten sie jeweils um mindestens zwei Skalenwerte, wobei die Veränderungen nach unten diejenigen nach oben in allen Jahren überwogen. Auch das traf auf Männer und Frauen wie für alle Altersgruppen in gleicher Weise zu, etwas schwächer ausgeprägt bei den über 60jährigen.

Inwieweit kam es bei diesen Veränderungen zu einem Wechsel in andere Zufriedenheitsgruppen? Wer in einem Jahr mit seiner Gesundheit zufrieden war, war dies in knapp 80 % der Fälle auch im darauffolgenden Jahr, jeweils 8 bis 9 % wechselten zu den eher Unzufriedenen. Unter diesen gingen Wechsel zu den eher Zufriedenen deutlich zurück. Es nahmen kontinuierlich und deutlich (+13 %) diejenigen zu, die im darauffolgenden Jahr unzufrieden blieben.

## 8.2 Einschränkungen im Gesundheitsstatus

Neben Alter und Geschlecht ist die Gesundheitszufriedenheit in starkem Maße davon abhängig, ob manifeste Einschränkungen im Gesundheitsstatus vorliegen.

Zwischen 1984 und 1989 gab es eine Zunahme amtlicherseits festgestellter Erwerbsminderungen oder Schwerbehinderungen (Tab. 3). Sie war überwiegend auf Zunahmen bei den über 60jährigen zurückzuführen. Der Prozentsatz liegt bei

Männern jeweils um 5-7 % höher als bei Frauen. Hier spielt vermutlich die geringere Erwerbsquote der Frauen eine Rolle: einerseits dadurch, daß Frauen nicht in dem Ausmaße gesundheitlich verschleißenden Berufsbelastungen ausgesetzt sind, wie sie für männliche, zur Erwerbsminderung führende Berufsbiographien typisch sind, und andererseits dadurch, daß Frauen mit gesundheitlichen Einschränkungen wahrscheinlich weniger als Männer ins Erwerbsleben eintreten, was Voraussetzung einer Zuweisung des Erwerbsminderungs-Status ist.

Tab. 3: Anteile chronisch Kranker sowie Erwerbsgeminderter/  
Schwerbehinderter

	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	in %					
Chronisch krank, insgesamt	39	38	38	40	38	40
Geschlecht						
Männer	36	34	35	37	34	37
Frauen	41	40	41	43	40	42
Altersgruppen						
bis 39 Jahre	22	21	21	20	18	16
40-59 Jahre	39	37	38	39	32	35
60 Jahre und älter	57	54	54	57	57	58
Minderung der Erwerbs- fähigkeit/Schwer- behinderung,						
insgesamt	14	14		14	16	18
Geschlecht						
Männer	17	17		18	20	21
Frauen	12	12		11	13	15
Altersgruppen						
bis 39 Jahre	3	4		3	4	4
40-59 Jahre	15	14		13	13	12
60 Jahre und älter	25	24		24	28	31

Minderung der Erwerbsfähigkeit/Schwerbehinderung 1986: keine Angabe.

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1989.

Auf die Frage „Leiden Sie seit mindestens einem Jahr oder chronisch an bestimmten Beschwerden oder Krankheiten?“ antworteten jeweils knapp 40 % der Bundesbürger mit „ja“ (Tab. 3). Dieses Ergebnis mag überraschend hoch erscheinen, wenngleich es durch andere Erhebungen bestätigt bzw. sogar noch übertroffen wird. Ein solches stabiles Muster entspricht der Bedeutung, die chronische Krankheiten in modernen Industriegesellschaften haben. Das traditionell auf die

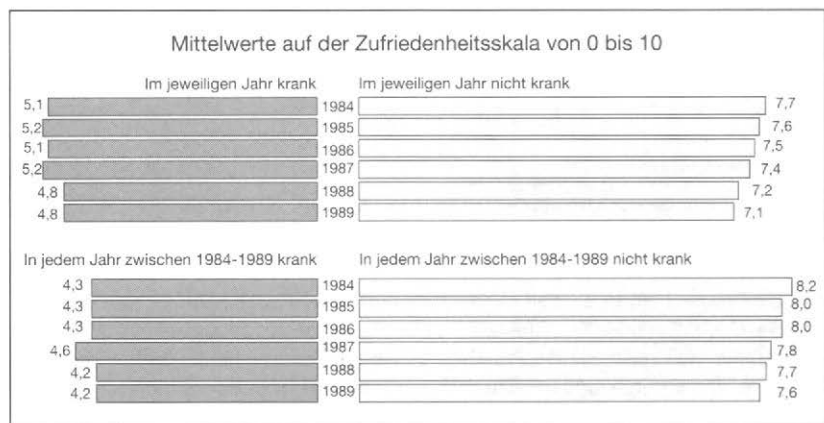
Bekämpfung von Akutkrankheiten ausgerichtete medizinische Versorgungssystem ist bisher nicht hinreichend wirksam gewesen, die Anteile chronisch Kranker zu senken. Dieser Effektivitätsmangel kann Forderungen nach einer Umorientierung bei den Versorgungsstrategien begründen. Davon könnten allerdings eher qualitative Verbesserungen bei der individuellen Bewältigung, kaum jedoch eine quantitative Senkung des hohen Anteils chronischer Krankheiten überhaupt erwartet werden. Hohe Anteile chronisch Kranker sind ein Ergebnis gesellschaftlicher Entwicklung, bei der die traditionellen, umweltbedingten akuten Infektionskrankheiten an Bedeutung verlieren, die Lebenserwartung steigt und das medizinische Versorgungssystem ein hohes Produktivitätsniveau erreicht.

Der geringeren Gesundheitszufriedenheit der Frauen entspricht deren höhere Angabe, chronisch krank zu sein. Die Abnahmen des Anteils chronisch Kranker bei den unter 40jährigen und den 40- bis 59jährigen bei gleichbleibendem Anteil in der Gesamtpopulation deuten auf einen Altersstruktureffekt (Altern der Panelpopulation).

Personen, die sich als krank bezeichnen, weisen im Mittel deutlich geringere Gesundheitszufriedenheit auf als solche, die sich nicht als krank bezeichnen (Abb. 2). Noch deutlicher ist der Unterschied für die Teilgruppen, die in allen Jahren angaben, krank bzw. nicht krank zu sein. Allerdings bezeichnen sich, mit leicht abnehmender Tendenz, auch jeweils etwa 40 % der „Kranken“ als zufrieden mit der Gesundheit. Unzufriedenheit bei „Kranken“ nahm um 5 % zu (1989: 39 %).

Unter Bundesbürgern, die angaben, nicht krank zu sein, sank der Anteil der eher Zufriedenen um 5 % (1989: 78 %). „Gesund“, aber mit der Gesundheit eher

Abb. 2: Zufriedenheit mit der Gesundheit nach Gesundheitsstatus



Datenbasis: SOEP (West) 1984 -1989

unzufrieden, waren, mit leicht steigender Tendenz, zwischen 6 % und 8 % der Bundesbürger.

Daran wird deutlich, daß Kranke und nicht Kranke unterschiedliche Konzepte von Gesundheit haben können und Zufriedenheit mit der Gesundheit für sie jeweils etwas anderes bedeuten kann. Für Kranke bedeutet Gesundheit eher etwas, was den Krankheitszustand bzw. die jeweilige Erfahrung von Einschränkungen und Belastung durch das Kranksein beschreibt. Wechsel von „gesund“ zu „krank“ riefen deutlichere Skalenwert-Veränderungen hervor als Wechsel von „krank“ zu „gesund“. Personen, die in zwei Folgejahren angegeben hatten, krank zu sein, waren in ihrer Gesundheitszufriedenheit stabiler als Personen, die von „gesund“ zu „krank“ wechselten. Dafür könnten Gewöhnungseffekte maßgeblich sein. Gesundheitszufriedenheit kann bei chronisch Kranken eine relative Zufriedenheit darüber ausdrücken, daß durch das Kranksein bedingte Einschränkungen nicht weiter zugenommen haben. Für Gesunde bedeutet Gesundheit weniger die Abwesenheit negativer Erfahrungen mit dem Kranksein und eher eine positive Erwartungshaltung. Bemerkenswert war, daß die deutlichsten Abnahmen der Gesundheitszufriedenheit bei den „Gesunden“ zu verzeichnen waren. Der Anteil derjenigen, die beim Wechsel von „krank“ zu „gesund“ einen um zwei oder mehr Punkte höheren Skalenwert angaben, nahm im Zeitverlauf von 1984 bis 1989 deutlich ab. Und der Rückgang der Mittelwerte der Gesundheitszufriedenheit insgesamt ist im wesentlichen (Abb. 2) auf den Rückgang der Werte derjenigen zurückzuführen, die sich jeweils als nicht krank (-0,6) oder nie als krank bezeichneten (-0,6).

### 8.3 Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen

Es ist unstrittig, daß die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen Höhe und Verteilung der Gesundheitsausgaben beeinflußt. Dagegen ist umstritten, ob und inwieweit mit entsprechenden Indikatoren auch Aussagen über die Entwicklung von Lebensqualität und Wohlfahrtsniveau gemacht werden können.

Eine Steigerung der Lebensqualität wäre beispielsweise dann anzunehmen, wenn eine wachsende Inanspruchnahme auf ein quantitativ und qualitativ verbessertes Versorgungsangebot zurückzuführen ist. Geht man andererseits davon aus, daß die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen entscheidend von der Morbiditätsentwicklung und der Gesundheitszufriedenheit beeinflußt wird, dann wäre eine Steigerung eher als ein Verlust an Lebensqualität zu interpretieren.

Es besteht Konsens darüber, daß in Deutschland seit einigen Jahren keine Unterversorgung mehr herrscht; gesundheitspolitisch problematisch sind eher Überkapazitäten („Ärztenschwemme“, „Bettenberg“). Eine steigende Inanspruchnahme aufgrund einer Anpassung des Versorgungsangebots an einen bestehenden Bedarfsüberhang kann deshalb nicht angenommen werden. Die folgenden Daten zur Inanspruchnahme ambulanter und stationärer Gesundheitsleistungen

sind deshalb eher aus der Perspektive eines zur Überversorgung tendierenden Angebots zu interpretieren.

In Tab. 4 sind die Anteile derjenigen aufgeführt, die im letzten Quartal mindestens einmal einen Arzt aufgesucht haben, differenziert nach Geschlecht und Alter (ohne diejenigen, die ausschließlich einen Zahnarzt aufgesucht haben). Im Gesamtüberblick zeigt sich das erwartete relativ stabile Muster. In jedem Jahr haben mehr als zwei Drittel der Befragten im letzten Quartal einen Arzt konsultiert, wobei die Anteile bei den Frauen stets deutlich über denen bei den Männern liegen. Bei der Altersdifferenzierung wird erkennbar, daß insbesondere ab dem 60. Lebensjahr ein deutliches Ansteigen der Arztbesuche zu verzeichnen ist. Der – mit gelegentlichen Schwankungen – für alle Teilgruppen geltende Trend leicht steigender Prozentanteile deutet auf eine insgesamt wachsende ambulante ärztliche Inanspruchnahme.

Tab. 4: Anteil derjenigen, die im letzten Quartal einen Arzt aufgesucht haben, nach Geschlecht und Alter

	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	in %					
Insgesamt	68	69	70	71	71	73
Geschlecht						
Männer	76	76	77	78	76	79
Frauen	58	61	61	62	64	66
Altersgruppen						
bis 39 Jahre	58	58	60	58	59	60
40–59 Jahre	65	65	66	68	65	68
60 Jahre und älter	83	85	84	84	83	85

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1989.

Interpretiert man diesen Trend im Kontext der Tab. 5, die den Zusammenhang von ambulanter Inanspruchnahme mit den Angaben zu Krankheiten und zur Gesundheitszufriedenheit verdeutlicht, dann ist die Annahme begründet, daß zunehmend auch jene mindestens einmal im Quartal einen Arzt aufsuchen, die nicht an chronischen Krankheiten leiden und die mit ihrer Gesundheit eher zufrieden sind.

Ansonsten zeigen diese Daten über die Jahre eine relativ gleichbleibende Struktur. Jeweils rund 90 % derjenigen, die angaben, chronisch krank oder mit ihrer Gesundheit eher unzufrieden zu sein, hatten im letzten Quartal einen Arzt aufgesucht, im deutlichen Unterschied zu jeweils nur etwa 60 % derjenigen, die nicht an chronischen Krankheiten litten und mit ihrer Gesundheit eher zufrieden waren. Der Einfluß subjektiver Faktoren wird dann deutlich, wenn diejenigen, die die Frage nach den chronischen Krankheiten verneinen, danach unterschieden werden, ob sie mit ihrer Gesundheit eher zufrieden oder eher unzufrieden sind. Bei den eher

Tab. 5: Anteil derjenigen, die im letzten Quartal einen Arzt aufgesucht haben, nach Krankheit und Gesundheitszufriedenheit

	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	in %					
Krank	88	88	88	88	88	90
Nicht krank	56	58	59	59	60	62
Eher zufrieden	59	61	62	63	62	64
Eher unzufrieden	89	89	90	90	91	90
Krank, aber eher zufrieden	84	84	84	82	84	83
Gesund, aber eher unzufrieden	76	76	80	80	85	78
Gesund und eher zufrieden	52	54	55	56	55	57

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1989.

Unzufriedenen liegt der Anteil derjenigen, die im letzten Quartal einen Arzt aufgesucht haben, immer mindestens 20 % über dem Anteil derer, die mit ihrer Gesundheit eher zufrieden sind.

Während die Angaben darüber, ob im letzten Quartal überhaupt ein Arzt aufgesucht wurde, eher Aufschluß über den regelmäßigen Arztbesuch geben, zeigen Tab. 6 und Tab. 7 die Intensität der Arztkontakte.

Tab. 6: Durchschnittliche Anzahl der Arztbesuche pro Patient im letzten Quartal nach Geschlecht und Alter

	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	Ø					
Insgesamt	5,0	4,8	5,2	5,2	5,1	5,0
Geschlecht						
Männer	5,4	5,0	5,4	5,4	5,2	5,3
Frauen	4,4	4,6	4,7	4,8	5,1	4,5
Altersgruppen						
bis 39 Jahre	3,5	3,6	3,8	3,6	4,0	3,4
40–59 Jahre	5,1	5,2	5,2	5,2	4,9	4,6
60 Jahre und älter	6,0	5,4	6,0	6,0	5,8	6,0

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1989.

Im Verlauf der Inanspruchnahmeintensität zeigt sich in beiden Tabellen für keine der Teilgruppen ein eindeutiger Trend. Und auch die geschlechts- bzw. altersspezifischen Varianzen sind stabil: für alle Jahre gilt, daß Frauen – mit allerdings wechselnden Unterschieden – eine höhere Konsultationsfrequenz aufweisen und daß die Inanspruchnahmeintensität mit dem Alter signifikant steigt.



Tab. 7: Durchschnittliche Anzahl der Arztbesuche pro Patient im letzten Quartal nach Krankheit und Gesundheitszufriedenheit

	1984	1985	1986	1987	1988	1989
$\emptyset$						
Krank	6,7	6,5	6,6	6,8	7,0	6,8
Nicht krank	3,4	3,3	3,7	3,6	3,5	3,2
Eher zufrieden	3,7	3,6	3,7	3,7	3,7	3,4
Eher unzufrieden	8,3	8,0	8,8	8,9	7,7	8,3
Krank, aber eher zufrieden	5,1	5,4	5,0	5,1	5,0	4,6
Gesund, aber eher unzufrieden	6,2	5,8	7,3	7,8	5,4	4,6
Gesund und eher zufrieden	3,1	2,8	3,1	3,1	3,0	2,9

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1989.

Noch stärker als Tab. 5 verdeutlichen die Daten in Tab. 7 den Einfluß subjektiver Faktoren auf die Höhe der ambulanten Inanspruchnahme. Denn diejenigen, die mit ihrer Gesundheit eher unzufrieden sind, obwohl sie nicht an chronischen Krankheiten leiden, gehen häufiger zum Arzt als diejenigen, die zwar die Frage nach den chronischen Krankheiten bejahten, mit ihrer Gesundheit aber dennoch eher zufrieden waren. Diese Ergebnisse legen den Schluß nahe, daß insbesondere die Häufigkeit der Arztkontakte stärker vom Zufriedenheitsniveau als von dem Vorliegen chronischer Krankheiten beeinflusst wird.

Will man angesichts des erreichten Versorgungsniveaus die Zusammenhänge von Krankheit, Gesundheitszufriedenheit und ambulanter Inanspruchnahme im Kontext von Lebensqualität interpretieren, dann deuten die beschriebenen Gesamttrends eher auf eine Beeinträchtigung. Und wenn die Annahme zutrifft, daß die Zufriedenheit mit der Gesundheit einen erheblichen Einfluß insbesondere auf die Häufigkeit der Arztkontakte hat, dann könnten Tendenzen zunehmender Unzufriedenheit mit der Gesundheit zu wachsender Inanspruchnahme des Gesundheitsversorgungssystems führen. Dies würde auch bestätigen, daß die Zufriedenheit mit der Gesundheit nicht nur eine Spiegelung der physischen Befindlichkeit ist, sondern zunehmend im Kontext auch psychischer und sozialer Determinanten wahrgenommen und bewertet wird.

Entscheiden über die ambulante Inanspruchnahme vor allem – wenn auch nicht ausschließlich – die Patienten selbst, bedarf die Aufnahme in ein Krankenhaus fast immer der Entscheidung eines einweisenden Arztes. Während neben der objektiv vorhandenen Erkrankung die subjektiven Faktoren wie Gesundheitszufriedenheit, Symptom- und Schmerztoleranz, Risikoneigung oder Präferenzen hinsichtlich des professionellen Versorgungssystems die ambulante Inanspruchnahme beeinflussen, haben diese Faktoren kaum einen Einfluß auf die stationäre Inanspruchnahme.

Tab. 8: Krankenhausaufenthalte

Mindestens eine Nacht im Krankenhaus waren	1983	1984	1985	1986	1987	1988
	in %					
Insgesamt	11,4	9,9	10,9	11,2	11,3	12,5
Geschlecht						
Männer	12,4	10,9	11,0	12,3	11,2	13,2
Frauen	10,1	8,6	10,8	9,9	11,5	11,6
Altersgruppen						
bis 39 Jahre	9,0	7,0	7,0	7,3	6,3	8,4
40–59 Jahre	11,9	9,2	10,2	10,3	10,2	9,0
60 Jahre und älter	13,2	13,4	15,0	15,2	15,9	18,1

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1989.

Tab. 8 gibt Auskunft darüber, ob die Befragten im jeweiligen Jahr für mindestens eine Nacht in ein Krankenhaus aufgenommen wurden. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Gruppe der 60jährigen und älteren. Dieser Trend verweist auf eine entscheidende Herausforderung insbesondere an die Finanzierung des Gesundheitsversorgungssystems: die Veränderung der Altersstruktur durch den wachsenden Anteil der Älteren, insbesondere der Hochbetagten an der Gesamtbevölkerung.

## 8.4 Gesundheitszufriedenheit in den alten und den neuen Bundesländern

Vorherrschender Eindruck eines Vergleichs zwischen den alten und den neuen Bundesländern ist die große Übereinstimmung in der Einschätzung der Gesundheitszufriedenheit (Tab. 9). Die bestehenden Unterschiede zwischen den einzelnen Zufriedenheitskategorien sollten auch deswegen nicht überinterpretiert werden, weil nicht auszuschließen ist, daß die mehrmalige Befragung in den alten Bundesländern das Antwortverhalten beeinflusst hat.

Tab. 9: Gesundheitszufriedenheit

	eher un- zufrieden	teils/teils	eher zufrieden	hochzu- frieden
	in %			
BRD	21	17	62	8
DDR	18	18	64	17

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1989; SOEP (Ost) 1990.

Ähnlichkeiten, aber auch Differenzen ergeben sich dann, wenn die Gruppen der eher Zufriedenen und der eher Unzufriedenen jeweils nach Geschlecht und Alter differenziert werden (Tab. 10). Der nahezu identische Unterschied zwischen Männern und Frauen in beiden Ländergruppen verweist darauf, daß diese Unterschiede geschlechtsspezifisch sind, daß also in der Tat Frauen mit ihrer Gesundheit weniger zufrieden sind als Männer.

Tab. 10: Gesundheitszufriedenheit nach Alter und Geschlecht

	eher zufrieden					eher unzufrieden				
	Männer	Frauen	bis 39	40-59	60 u. ä.	Männer	Frauen	bis 39	40-59	60 u. ä.
	in %									
BRD	66	58	78	64	50	19	23	11	20	28
DDR	69	60	80	58	43	16	19	9	19	32

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1989; SOEP (Ost) 1990.

Daß allerdings auch unterschiedliche Auffassungen darüber, wie Gesundheit wahrgenommen wird, und daß auch Einflüsse der Versorgungsbedingungen die Beurteilung beeinflussen dürften, zeigt die altersspezifische Auswertung. Denn während in der Altersgruppe bis 39 Jahre die Gesundheitszufriedenheit in der ehemaligen DDR tendenziell positiver eingeschätzt wird, sinkt die Gesundheitszufriedenheit in den beiden höheren Altersgruppen in den neuen Bundesländern deutlich stärker als in der alten Bundesrepublik.

Diese Differenzen könnten damit erklärt werden, daß in den neuen Bundesländern stärker noch als in der alten Bundesrepublik die Zufriedenheit mit der Gesundheit von dem Vorliegen von Krankheiten bestimmt wird und deshalb auch die Altersunterschiede stärker hervortreten. Hinzu kommt, daß auch die Qualitätsunterschiede in der stationären Versorgung die Urteile über die Gesundheitszufriedenheit vor allem der Älteren in der ehemaligen DDR beeinflusst haben könnten.

(Hansfried H. Andersen/Thomas Elkeles)

## 9 Umwelt

Im Laufe der 70er und 80er Jahre sind die Umweltprobleme der westlichen Industriegesellschaft in das Blickfeld der öffentlichen politischen Auseinandersetzungen gerückt. Umweltschutz wurde zu einem politischen und gesellschaftlichen Dauerthema. Die Aufklärungsarbeit von Medien oder Umweltschutzverbänden, aber auch die Zunahme persönlich erfahrener Umweltschäden haben in der Bundesrepublik ein geschärftes Bewußtsein für die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen hervorgerufen. Die hohe Unzufriedenheit mit wachsenden Umweltproblemen hat dazu beigetragen, daß sich bundesweit eine „ökologische“ Partei durchsetzen konnte. Diese Verschärfung der Parteienkonkurrenz sowie die zunehmende Einsicht auch der „etablierten“ Parteien in den Problemgehalt des Umweltbereichs haben in den 80er Jahren zu einem verstärkten öffentlichen Engagement für die Ziele des Umweltschutzes in der Bundesrepublik geführt.

In der früheren DDR verkehrte sich die in der Öffentlichkeit oft zitierte Übereinstimmung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen in der Praxis in ihr Gegenteil. Die permanente Beschönigung des Umweltzustandes führte zu einer gefährlichen Sorglosigkeit im Umgang mit den natürlichen Ressourcen und zu einer ökologischen Krise, deren volles Ausmaß (einschl. der Kosten zu ihrer Beseitigung) bis heute noch nicht abzusehen ist. Betrachtet man den Stellenwert, den die ehemaligen DDR-Bürger dem Bereich „Umwelt“ im Vergleich zu anderen Lebensbereichen zuweisen (vgl. Teil II, Kap. 13), dann wird seine besondere soziale Brisanz deutlich.

Die subjektive Wahrnehmung und Bewertung der Maßnahmen zum Umweltschutz sowie Angaben zu lokalen und landesweiten Umweltproblemen seitens der „alten“ und „neuen“ Bundesbürger werden im folgenden dargestellt.

### 9.1 Zufriedenheit mit dem Umweltschutz in Ost- und Westdeutschland

Die hohe Unzufriedenheit der Westdeutschen mit dem Umweltschutz war im Zusammenhang mit den anhaltenden und zunehmenden Umweltproblemen und dem gestiegenen Problembewußtsein der Bürger zu sehen. In keinem anderen Bereich waren (und sind) die Bundesbürger so unzufrieden wie hier (vgl. Teil II, Kap. 14).

Konzentrierte sich 1978 die Gruppe der Unzufriedenen noch auf eine relativ kleine Bevölkerungspopulation der jüngeren, besser gebildeten Personen, so verallgemeinerte sie sich bis 1984 auf fast alle Personengruppen in der Bundesrepublik (Tab. 1). Dies änderte sich tendenziell positiv bis 1988. Zwar ist auch zu diesem

Tab. 1: Zufriedenheit mit dem Umweltschutz in Ost- und Westdeutschland

	Zufriedenheit* mit dem Umweltschutz			
	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1978	1984	1988	1990
	Ø			
Insgesamt	5,0	3,8	4,5	2,2
Alter				
18- bis 30jährige	4,4	3,1	3,7	1,9
31- bis 44jährige	5,1	3,8	4,2	2,0
45- bis 64jährige	5,2	4,1	4,7	2,3
über 64jährige	5,2	4,5	5,2	2,6
Ortstyp				
Dorf	5,3	4,1	4,6	2,6
Kleinstadt**	5,1	3,8	4,3	2,0
Mittlere Stadt***	5,2	3,7	4,4	2,5
Großstadt	4,5	3,7	4,2	1,9
Vorort einer Großstadt	4,6	3,6	4,8	2,4

\* Mittelwerte auf der Zufriedenheitsskala von 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 = ganz und gar zufrieden.

\*\* Bis 30 000 Einwohner.

\*\*\* Bis 100 000 Einwohner.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984, 1988 und 1990 (Ost).

Tab. 2: Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit dem Umweltschutz in Ost- und Westdeutschland

	Eher zufrieden*				Eher unzufrieden			
	West		Ost		West		Ost	
	1978	1984	1988	1990	1978	1984	1988	1990
	in %							
Insgesamt	40	22	30	7	39	58	46	83
Alter								
18- bis 30jährige	32	15	19	10	49	72	60	86
31- bis 44jährige	43	22	26	7	37	60	50	90
45- bis 64jährige	44	25	35	6	34	53	40	80
über 64jährige	42	27	42	5	36	47	33	76
Ortstyp								
Dorf	45	27	31	13	32	52	42	75
Kleinstadt**	42	21	27	5	37	61	46	86
Mittlere Stadt***	45	20	33	5	35	58	50	77
Großstadt	34	22	26	7	48	61	53	89
Vorort einer Großstadt	31	18	37	12	44	63	40	85

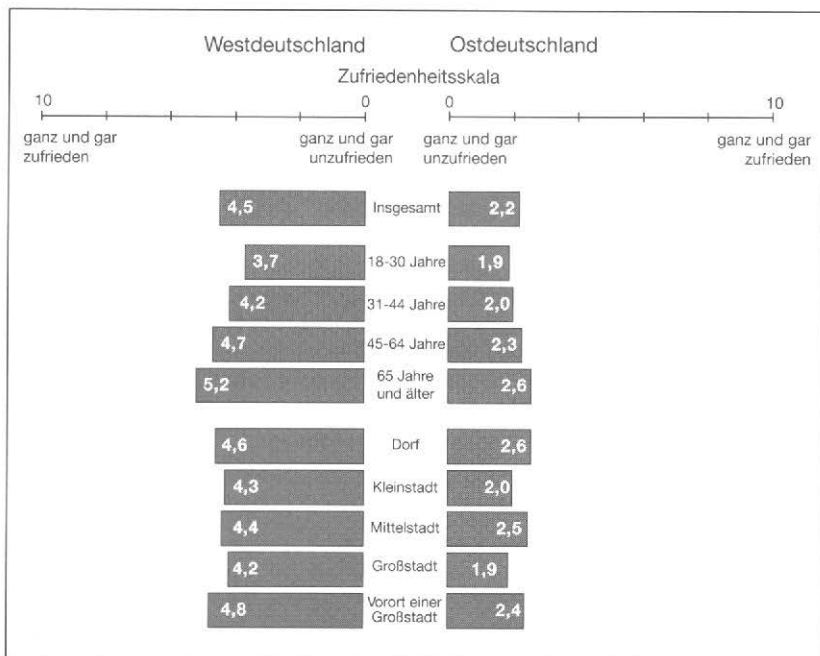
\* Zufriedenheitsskala von 0–10: „eher zufrieden“ = 6–10; „eher unzufrieden“ = 0–4.

\*\* Bis 30 000 Einwohner.

\*\*\* Bis 100 000 Einwohner.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984, 1988 und 1990 (Ost).

Abb. 1: Zufriedenheit mit dem Umweltschutz in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990 (Ost).

Zeitpunkt der Umweltschutz der Lebensbereich mit dem niedrigsten Zufriedenheitsniveau, doch ist in allen Bevölkerungsgruppen, verglichen mit 1984, ein deutlicher Anstieg dieses Niveaus erkennbar.

Eine plausible Erklärung für diesen Anstieg dürfte sein, daß Teile der Bevölkerung der Bundesrepublik die mittlerweile eingeleiteten Umweltschutzmaßnahmen wahrnehmen und – alles in allem – positiver bewerten als 1984. Dennoch: Nur 30 % der westdeutschen Bevölkerung sind mit den Umweltschutzmaßnahmen „eher zufrieden“, das Gros der Bevölkerung ist auch 1988 „eher unzufrieden“ (46 %). Selbst wenn die eingeleiteten Maßnahmen anerkannt werden, steht ein entscheidender „Durchbruch“ im Hinblick auf einen umfassenden Umweltschutz nach wie vor aus.

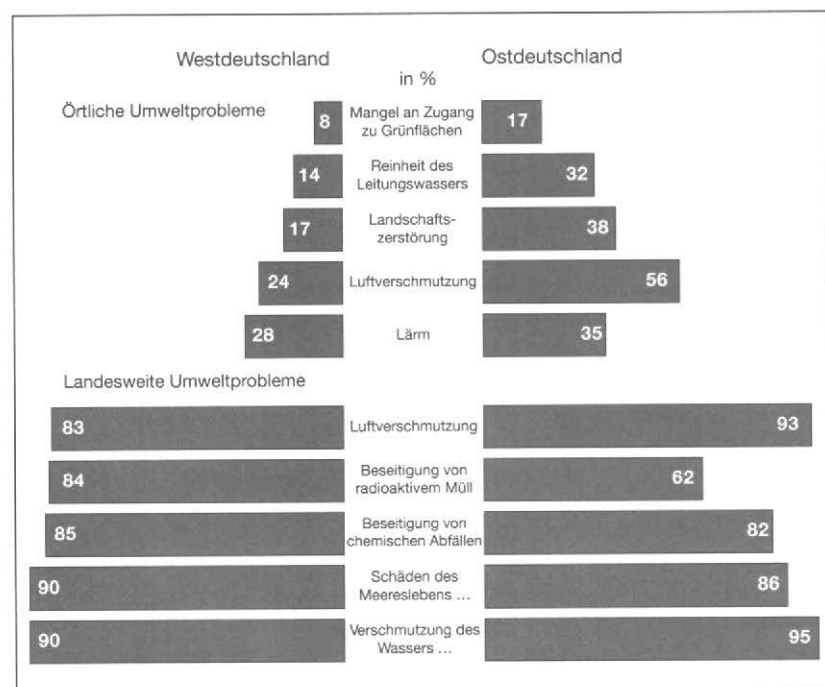
Die Betonung dieses Sachverhalts erscheint insofern angebracht, als der Vergleich der Zufriedenheiten zwischen Ost- und Westdeutschen das Ausmaß der Unzufriedenheit der „alten“ Bundesbürger fast zu relativieren scheint: So äußern nicht weniger als 83 % aller ehemaligen DDR-Bürger, mit den Maßnahmen zum Umweltschutz „eher unzufrieden“ zu sein (Tab. 2). Selbst drei Viertel der älteren Befragten über 64 Jahre geben an, unzufrieden zu sein; in Westdeutschland war dies 1988

lediglich ein Drittel. Die durchschnittlichen Zufriedenheitswerte in Ostdeutschland variieren auf der von 0-10 reichenden Skala je nach Altersgruppen (vgl. Abb. 1) oder Ortstypen zwischen 1,9 und 2,6. Dieses Ausmaß an Unzufriedenheit mit dem Zustand in einem zentralen Lebensbereich wurde während der zurückliegenden Dekade in Westdeutschland nie beobachtet.

## 9.2 Die Wahrnehmung lokaler und landesweiter Umweltprobleme

Die Wahrnehmung von Umweltproblemen kann sich sowohl auf den unmittelbaren, eigenen Erfahrungsbereich konzentrieren oder sich auf größere geographische Einheiten beziehen. In Abb. 2 werden die Beeinträchtigungen, die die Befragten in

Abb. 2: Klagen und Sorgen der Bevölkerung über örtliche und landesweite Umweltprobleme



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990 (Ost).

ihrer unmittelbaren Wohnumwelt beklagen, den Besorgnissen, die sie in bezug auf die Umweltsituation in der Bundesrepublik (1988) bzw. in der ehemaligen DDR (1990) empfinden, gegenübergestellt.

Tab. 3: Klagen und Sorgen der Bevölkerung über örtliche und landesweite Umweltprobleme in Ost- und Westdeutschland

	„Sehr“, „ziemlich“ starke Klagen und Sorgen									
	Dorf		Kleinstadt		Mittlere Stadt		Großstadt		Vorort einer Großstadt	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %									
Örtliche Umweltprobleme:										
Lärm	24	29	29	30	35	36	33	35	24	29
Luftverschmutzung	13	44	21	59	29	63	45	63	17	39
Mangel an Zugang zu Grünflächen	2	15	8	17	13	15	15	24	10	5
Landschaftszerstörung	12	38	16	43	19	32	25	36	22	36
Reinheit des Leitungswassers	11	32	13	30	11	34	18	39	17	14
Landesweite Umweltprobleme:										
Verschmutzung des Wassers von Flüssen und Seen	90	92	90	97	90	96	91	92	88	98
Schäden von Meeresleben und Stränden	91	82	90	90	90	86	90	80	89	96
Luftverschmutzung	83	89	84	92	82	93	86	95	81	91
Beseitigung von chemischen Industrieabfällen	86	75	91	80	81	85	80	86	88	81
Art der Beseitigung von radioaktivem Müll	85	45	90	68	82	60	78	69	82	55

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988 und 1990 (Ost).

Für die frühere Bundesrepublik zeigt sich dabei die bekannte Diskrepanz zwischen persönlicher Betroffenheit im lokalen Bereich und der Wahrnehmung von Umweltproblemen auf nationaler Ebene: Betrachtet man die Aussagen zum näheren Lebensraum eines jeden der angeführten Umweltthemen, so ist deutlich zu erkennen, daß eine große Mehrheit der Personen dort, wo sie wohnen, wenig oder gar keinen Anlaß zur Klage sieht. „Lärm“ ist das Problem, das für die Befragten am



häufigsten Grund zur Klage ist. Auch örtliche Beeinträchtigungen durch Luftverschmutzung werden relativ oft genannt. Dagegen ist der mangelnde Zugang zu Grünflächen und freier Natur 1988 ein Problem, über das sich die wenigsten Personen beklagen. Ein deutlicher Zusammenhang besteht zwischen dem Ortstyp der Wohngemeinde und der Wahrnehmung lokaler Umweltprobleme: Bei allen der angeführten Einzelthemen nimmt die Häufigkeit von Klagen mit dem Urbanisierungsgrad des Wohnumfeldes zu (vgl. Tab. 3).

In der früheren Bundesrepublik besteht 1988 ein deutlicher Unterschied zwischen der Wahrnehmung lokaler gegenüber landesweiten Umweltproblemen. Bei allen erfragten „nationalen“ Umweltproblemen erklärt die überwiegende Mehrheit der Befragten (zwischen 83 % und 90 %), „ziemlich“ oder „sehr stark“ besorgt zu sein. Auffällig ist, daß gerade die vieldiskutierte Luftverschmutzung in der Bundesrepublik derjenige Problembereich ist, bei dem vergleichsweise wenig Sorgen geäußert werden. Der enge Zusammenhang zwischen dem Ortstyp der Wohngemeinde und dem Umfang geäußelter Klagen über lokale Umweltbeeinträchtigungen ist bei den Sorgen über landesweite Umweltprobleme in der Bundesrepublik schwächer ausgeprägt.

In Ostdeutschland ist vor allem das erheblich größere Ausmaß an Klagen über Umweltbeeinträchtigungen am Wohnort augenfällig. Mehr als die Hälfte aller Ostdeutschen (56 %) klagen über Luftverschmutzung; in Städten mittlerer Größe und Großstädten nahezu zwei Drittel (63 %). Landschaftszerstörung und Wasserqualität bemängeln insgesamt 38 bzw. 32 % der Befragten. Mehr als der Ortstyp sind gerade bei diesen Problemen regionale Unterschiede ausschlaggebend. Insbesondere in den (ehemaligen) Bezirken Halle, Leipzig und Dresden werden Klagen über eine zerstörte Landschaft und unreines Leitungswasser häufig geäußert. Ein Mangel an Zugang zu Grünflächen wird von den Ostdeutschen 1990 vergleichsweise wenig bemängelt, allerdings liegt auch in diesem Bereich der ostdeutsche Anteil weit über dem westdeutschen (17 bzw. 8 %). Etwa jeder dritte Ostdeutsche klagt über Lärmbelästigungen an seinem Wohnort. Dies unterscheidet sich nur unerheblich von dem westdeutschen Vergleichswert. Es ist jedoch davon auszugehen, daß insbesondere die Lärmbelastung durch den zunehmenden Kraftfahrzeugverkehr in den neuen Bundesländern in den folgenden Jahren noch steigen wird.

Wie in den „alten“ Bundesländern sind auch in Ostdeutschland Sorgen über landesweite Umweltprobleme im Bewußtsein fast aller Bürger gegenwärtig. Ost- und Westdeutsche unterscheiden sich hier lediglich hinsichtlich des Informationsstandes zu bestimmten Einzelthemen. Bei der Frage nach ihren Sorgen über die Beseitigung von radioaktivem Müll antworteten 1990 mehr als ein Viertel aller Ostdeutschen, keine Kenntnis über diesen Sachverhalt zu haben; in Westdeutschland hingegen lag dieser Anteil nur bei 4 %.

## 9.3 Kumulationen von Sorgen und Klagen

Einen zusammenfassenden Eindruck der Wahrnehmung von Umweltproblemen erhält man durch die Aufsummierung der geäußerten Sorgen und Klagen. Addiert man bei allen Befragten die Angaben „ziemlich“ und „sehr stark“ bei den Fragen nach lokalen Klagen und landesweiten Sorgen, so ergibt sich folgendes Bild (Tab. 4).

Tab. 4: Kumulierte Nennungen von Klagen und Sorgen über Umweltprobleme

	Anzahl der Nennungen* von:									
	Klagen					Sorgen				
	über örtliche Probleme					über landesweite Probleme				
	0	1	2	3	4+5	0+1	2	3	4	5
in %										
Westdeutschland										
Insgesamt	49	26	15	7	3	5	4	10	14	67
Ortstyp										
Dorf	59	26	11	3	1	5	4	8	15	68
Kleinstadt	53	25	12	6	4	3	5	9	13	70
Mittlere Stadt	43	25	19	9	4	8	4	11	12	65
Großstadt	30	29	24	11	6	4	5	16	12	63
Vorort einer Großstadt	57	21	10	6	6	8	3	10	13	66
Ostdeutschland										
Insgesamt	21	25	23	19	12	4	6	14	25	52
Ortstyp										
Dorf	26	22	26	19	6	6	7	20	29	38
Kleinstadt	21	22	20	25	12	2	6	13	21	58
Mittlere Stadt	18	29	27	15	12	2	4	15	30	50
Großstadt	13	31	23	17	15	3	9	10	21	57
Vorort einer Großstadt	39	21	23	13	3	1	9	10	27	54

\* Summe der Antwortkategorien „sehr stark“ und „ziemlich stark“.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988 und 1990 (Ost).

Fast die Hälfte der westdeutschen Befragten (49%) gibt an, keinen Grund zur Klage zu haben, was örtliche Umweltbelastungen betrifft. Umgekehrt machen sich aber 67% zu allen fünf angeführten landesweiten Problemen Sorgen. Auch hier ist ein nennenswerter Einfluß des Ortstyps erkennbar. So geben lediglich 30% der „Großstädter“ in Westdeutschland an, in keinem der lokalen Umweltbereiche

Anlaß für Klagen zu haben, in dörflichen Regionen ist dieser Anteil nahezu doppelt so groß (59 %).

In der Kumulation von Klagen über lokale Umweltbeeinträchtigungen kommt das Ausmaß der Umweltproblematik in den neuen Bundesländern besonders konkret zum Ausdruck: Nahezu 80 % aller Ostdeutschen sind von Belastungen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld betroffen, lediglich jeder fünfte Befragte sieht keinen nennenswerten Grund zur Klage. Auch in Ostdeutschland schwankt der Anteil der

Tab. 5: Klagen und Sorgen über Umweltprobleme und Zufriedenheit mit dem Umweltschutz

	Zufriedenheit mit dem Umweltschutz	
	Westdeutschland	Ostdeutschland
	Ø	
Klagen über örtliche Probleme		
keine	4,9	3,3
1	4,5	2,6
2	3,6	2,0
3	3,7	1,5
4 und 5	3,6	1,1
Sorgen über landesweite Probleme		
keine und 1	6,4	3,3
2	5,7	3,4
3	5,1	2,8
4	5,0	2,4
5	4,0	1,8

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988 und 1990 (Ost).

Betroffenen je nach dem Ortstyp der Wohngemeinde. Während fast 40 % der Bewohner von Vororten keinen größeren Grund zur Klage sehen, äußern nahezu 90 % der Bewohner von Großstädten, in wenigstens einem Aspekt ihres Wohnumfeldes Beeinträchtigungen wahrzunehmen.

Erwartungsgemäß wirkt sich die Kumulation von Problemlagen unmittelbar auf die Zufriedenheit mit dem Umweltschutz aus (vgl. Tab. 5). Das Niveau der Zufriedenheit sinkt, je mehr Klagen über lokale Beeinträchtigungen bzw. je häufiger Sorgen über landesweite Umweltprobleme geäußert werden. Darüber hinaus läßt sich feststellen, daß das Niveau der Zufriedenheit mit dem Umweltschutz in Ostdeutschland stärker durch lokale Betroffenheiten am Wohnort, in Westdeutschland hingegen stärker durch landesweite Sorgen über Umweltprobleme beeinflusst wird.

## 9.4 Zusammenfassung

Die natürliche Umwelt nimmt als Lebensbereich im Bewußtsein der alten und neuen Bundesbürger einen hohen Stellenwert ein. Die Zufriedenheit mit dem Umweltschutz liegt auch in Westdeutschland deutlich unterhalb der Zufriedenheitsniveaus in weiteren Lebensbereichen (vgl. Teil II, Kap. 14). Die persönliche Betroffenheit von Umweltproblemen am Wohnort gibt in den „alten“ Bundesländern eher selten Anlaß zur Klage, aber Sorgen über allgemeine Umweltthemen sind weit verbreitet. In Ostdeutschland existiert hingegen ein hohes Ausmaß sowohl an persönlicher Betroffenheit als auch an allgemeinen Sorgen über den Zustand der Umwelt auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.

Kennzeichnend für die Situation ist, daß sich die Mehrzahl der Befragten in Ost- und Westdeutschland stets zu mehreren Umweltproblemen gleichzeitig Sorgen macht. Die durch die derzeitigen Probleme mit der landesweiten Umwelt hervorgerufene Besorgnis in Deutschland liegt insgesamt auf einem hohen Niveau. Dieses Ergebnis ist als Resultat eines in den letzten beiden Jahrzehnten gestiegenen Problembewußtseins in Westdeutschland sowie eines nach 1989 fast schockartig einsetzenden Informationsschubes über das tatsächliche Ausmaß an Umweltschäden in der ehemaligen DDR zu sehen. Die Erwartungen und Ansprüche an eine wirksame und verantwortungsvolle Umweltpolitik in Deutschland sind damit gestiegen.

*(Detlef Landua)*

## 10 Soziale Lage von Ausländern

Das Wissen um die konkreten Lebensverhältnisse der ausländischen Mitbürger in Deutschland scheint nach wie vor gering. Im folgenden wird deshalb am Beispiel dreier zentraler Lebensbereiche (Einkommen, Erwerbstätigkeit und Wohnen) dargestellt, welche sozialen und ökonomischen Positionen Ausländer in der deutschen Gesellschaft innehaben. Die gesellschaftliche und ökonomische Mobilität der Ausländer zwischen 1984 und 1989 wird im Vergleich zur deutschen Bevölkerung dokumentiert, um aufzeigen zu können, ob die ausländischen Mitbürger im Laufe der Jahre ihre sozialen Positionen verbessern konnten.

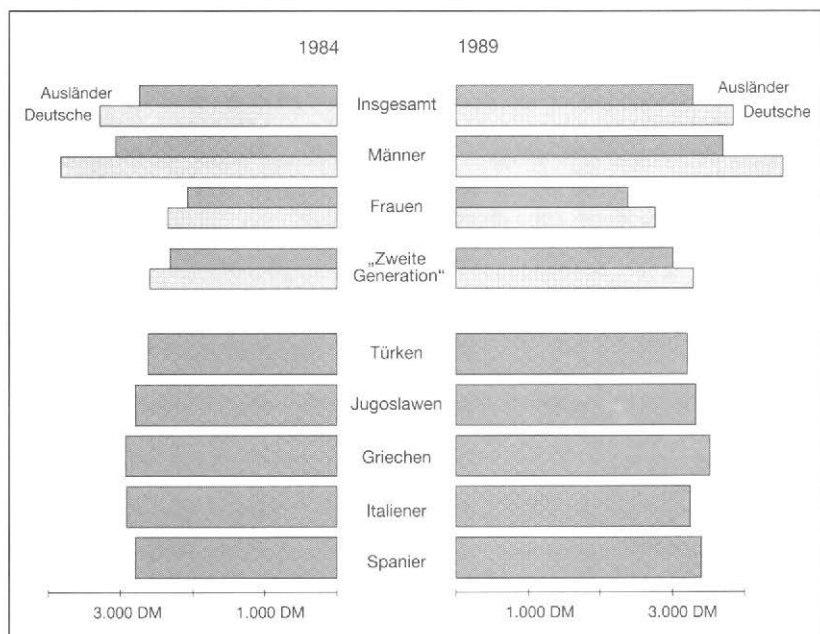
Die Daten beziehen sich auf Ausländer aus den fünf zahlenmäßig bedeutsamsten Herkunftsnationen Türkei, Jugoslawien (einschl. Slowenien und Kroatien), Italien, Griechenland und Spanien. Dabei ist neben der ethnischen Zugehörigkeit mindestens eine weitere Unterscheidung von besonderer Bedeutung: die zwischen der ersten und der zweiten Ausländergeneration. Ausländer werden hier zur zweiten Generation gezählt, wenn sie eine deutsche Schule besucht haben. Um einen direkten Vergleich zu einer entsprechenden deutschen Altersgruppe zu ermöglichen, wird eine Altersgrenze von 30 Jahren gesetzt; um Diskriminierung aufgrund mangelnder Sprachkompetenz auszuschließen, werden als weiteres Kriterium gute deutsche Sprachkenntnisse vorausgesetzt. Dadurch sind direkte Vergleiche mit der entsprechenden deutschen Altersgruppe möglich.

### 10.1 Einkommensverteilung und Einkommensentwicklung

Das Einkommen und die Einkommensentwicklung werden auf zwei unterschiedliche Arten beleuchtet. Zunächst wird die Entwicklung des individuellen Bruttoeinkommens abhängig Beschäftigter untersucht. Da im Bruttolohn keine Familienstands- oder kinderzahlabhängigen Transferzahlungen enthalten sind, stellt es auch ein geeignetes Maß zum Vergleich individueller Einkommen dar. Für die Wohlfahrtsentwicklung relevanter ist jedoch das Haushaltseinkommen pro Kopf, also das nach Abzug von Steuern und eventuellem Erhalt von Transferzahlungen einer Person zur individuellen Verwendung zur Verfügung stehende Einkommen.

Insgesamt gesehen ist der prozentuale Zuwachs des Bruttoeinkommens von ausländischen Arbeitnehmern etwas höher als der von deutschen, dennoch verdienen Ausländer deutlich weniger als Deutsche (vgl. Abb. 1). Verdienten ausländische Arbeitnehmer 1984 im Durchschnitt 2406 DM, erzielten sie 1989 ein Durchschnittseinkommen von 2879 DM. Deutsche Arbeitnehmer steigerten ihr Bruttoeinkommen

Abb. 1: Ausländer und Deutsche - Bruttoverdienst abhängig Beschäftigter



Datenbasis: SOEP (West) 1984 - 1989.

im selben Zeitraum von 2887 DM auf 3369 DM. Das heißt die Einkommensdifferenzen zwischen Ausländern und Deutschen verringerten sich nur geringfügig.

Unabhängig von der Nationalität verdienen Frauen weniger als Männer. Während jedoch der Einkommenszuwachs deutscher Frauen nur geringfügig unter dem der Männer liegt, ist die Spanne bei Ausländern deutlich größer.

Auch differenziert nach dem Herkunftsland zeichnet sich eine unterschiedliche Einkommensentwicklung ab. Die höchste prozentuale Steigerung erzielten Türken (22 %), deren Einkommen aus unselbständiger Arbeit zwischen 1984 und 1989 von 2037 DM auf 2813 DM anstieg. Unterdurchschnittlich war der Einkommenszuwachs hingegen bei Italienern, wenngleich diese bereits 1984 relativ hohe Einkünfte realisieren konnten.

Zwischen der zweiten Ausländergeneration und der entsprechenden deutschen Vergleichsgruppe sind die Einkommensunterschiede deutlich geringer als zwischen Ausländern und Deutschen insgesamt. Im Zeitverlauf konnte die zweite Ausländergeneration mit einer Steigerungsrate von 30 % überdurchschnittliche Lohnsteigerungen realisieren. Dies gilt aber auch für die entsprechende deutsche

Vergleichsgruppe, die einen Zuwachs von 27 % erzielte. Hier zeigt sich ein gewisser ökonomischer Erfolg der zweiten Ausländergeneration.

Un- und angelernte ausländische Arbeiter verdienen mehr als entsprechende deutsche Arbeiter (vgl. Tab. 1). Der Hauptgrund dafür liegt in der geringeren wöchentlichen Arbeitszeit deutscher Arbeiter. Das geringe Bruttoeinkommen deutscher ungelernter Arbeiter von nur 1671 DM im Jahre 1989 und der geringe Anteil Vollzeiterwerbstätiger legt die Vermutung nahe, daß diese Beschäftigungspositionen für deutsche Arbeitnehmer insgesamt nur von geringer Bedeutung sind. Ungelernte und teilweise auch angelernte Tätigkeiten sind zur Domäne ausländischer Beschäftigter geworden.

Tab. 1: Bruttoverdienst in DM nach Stellung im Beruf und Sektor

	Ausländer			Anstieg	Deutsche			Anstieg
	1984	1989			1984	1989		
	Ø		in %	Ø		in %		
Stellung im Beruf								
Ungelernte Arbeiter	2 106	2 361	12	1 699	1 671	-2		
Angelernte Arbeiter	2 360	2 864	21	2 261	2 530	12		
Facharbeiter	2 848	3 239	14	2 872	3 277	14		
Angestellte	2 549	3 185	25	3 028	3 567	18		
Selbständige	3 427	4 163	22	2 849	4 067	43		
Sektor*								
Industrie	2 446	2 928	20	3 097	3 662	18		
Baugewerbe	2 722	3 178	17	2 928	3 399	16		
Distributiver Sektor	2 370	2 754	13	2 292	2 743	20		
Sonstiger tertiärer Sektor	2 098	2 462	17	2 957	3 378	14		

\* Nur abhängig Beschäftigte.

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1989.

Interessante Entwicklungen zeigen sich auch bei der zahlenmäßig kleinen Gruppe der ausländischen Selbständigen. Selbständige wurden zwar, wegen der großen Einkommensschwankungen dieser Gruppe, nicht in die Analyse des Bruttoeinkommens einbezogen, bei der Stellung im Beruf aber gesondert ausgewiesen. Demnach erzielten ausländische Selbständige 1984 ein deutlich höheres Einkommen als deutsche. Während letztere ihr Einkommen um 43 % steigerten, erzielten ausländische Selbständige nur eine Steigerung von 22 %.

Im Baugewerbe ist das Einkommen ausländischer Beschäftigter am höchsten, gefolgt von den Arbeitsplätzen in der Industrie, wo der größte Einkommenszuwachs erfolgt ist. Die niedrigsten Einkommen haben Ausländer im tertiären Sek-

tor – ein weiteres Indiz dafür, daß sie keine lukrativen Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich ausüben.

Da der Bruttoverdienst keine direkten Rückschlüsse auf das tatsächlich verfügbare Einkommen zuläßt, wird im folgenden das Haushaltseinkommen pro Kopf, also das Einkommen, das jedes Haushaltsmitglied (fiktiv) zur freien Konsumtion zur Verfügung hat, untersucht. Die Erwartung eines niedrigeren Haushaltseinkommens pro Kopf aufgrund der niedrigeren Bruttolöhne kann bestätigt werden, auch der prozentuale Zuwachs ausländischer Haushalte ist geringer (vgl. Tab. 2) als bei deutschen Haushalten.

Tab. 2: Haushaltseinkommen in DM

	Ausländer		Anstieg in %	Deutsche		Anstieg in %
	1984	1989		1984	1989	
	Ø			Ø		
Haushaltsgröße	3,3	3,3		2,8	2,5	
Haushaltseinkommen pro Kopf	996	1 108	11	1 199	1 489	24
Gewichtetes Haushalts- einkommen pro Kopf*	1 213	1 371	13	1 418	1 723	22
Zweite Generation	1 227	1 331	9	1 295	1 658	28

\* Gewichtet nach Haushaltsgröße: 1=1; 2=1,7; 3=2,3; 4=2,8; 5=3,3 usw.

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1989.

Aufgrund der unterschiedlichen Haushaltsgröße von deutschen und ausländischen Haushalten ist dies jedoch wenig aussagekräftig, da der Fixkostenanteil pro Person sinkt, je größer ein Haushalt ist. Außerdem muß davon ausgegangen werden, daß für Kinder ein geringerer Verbrauch veranschlagt werden kann. Folglich muß eine Gewichtung des Haushaltseinkommens pro Kopf nach der Haushaltsgröße vorgenommen werden. In einem einfachen Modell wird davon ausgegangen, daß ein Zweipersonenhaushalt das 1,7fache Einkommen benötigt, um einen vergleichbaren Lebensstandard eines Einpersonenhaushalts zu erreichen, ein Dreipersonenhaushalt das 2,3fache. Für jedes weitere Haushaltsmitglied erhöht sich das Personengewicht um 0,5. Ein Fünfpersonenhaushalt hätte dann beispielsweise das Personengewicht 3,3. Das Haushaltseinkommen dividiert durch das Personengewicht ergibt dann das gewichtete Haushaltseinkommen pro Kopf.

Durch diese Korrektur steigt das ausländische Pro-Kopf-Einkommen zwar deutlich, da ausländische Haushalte im Durchschnitt größer sind als deutsche, aber der Anstieg beträgt während sechs Jahren nur 13 % und bleibt damit deutlich unter



dem deutscher Haushalte. Dieses Ergebnis überrascht insofern, als eine gewisse Kompensation der gegenüber deutschen Haushalten ungünstigeren Haushaltsgröße durch die größere Anzahl von Verdienern pro Haushalt erwartet wurde, denn ausländische Haushalte haben im Schnitt 1,4 Verdienere, deutsche nur 1,1. Beim Bezug von staatlichen Transferzahlungen bestehen keine bedeutenden Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Haushalten, der Anteil der Sozialhilfebezieher ist gleich.

Die zweite Ausländergeneration hat 1984 in etwa das gleiche gewichtete Haushaltseinkommen pro Kopf wie die entsprechende deutsche Altersgruppe, aber während letztere im Zeitverlauf rapide zulegt, verzeichnen die Ausländer der zweiten Generation nur geringe Zuwachsraten, trotz durchschnittlich 1,4 Verdienern pro Haushalt gegenüber 1,0 Verdienern in den entsprechenden deutschen Haushalten. Der Unterschied liegt zum Teil in der unterschiedlichen Haushaltszusammensetzung begründet. Ausländer heiraten früher und haben früher Kinder.

## 10.2 Berufliche Mobilität

In den 60er und Anfang der 70er Jahre warb die Industrie zur Überbrückung des Arbeitskräftemangels in großer Zahl Arbeiter aus ländlichen Regionen des nördlichen Mittelmeerraumes an. Sie wurden überwiegend für Tätigkeiten eingesetzt, die ein geringes Qualifikationsniveau erforderten. Auch heute noch sind un- und angelernte Tätigkeiten in der Industrie die Domäne der Ausländerbeschäftigung (vgl. Tab. 3). Fast jeder zweite Deutsche ist im Angestelltenbereich tätig, dagegen nur knapp jeder zehnte Ausländer. Der Beamtenstatus bleibt Ausländern per Gesetz ganz verschlossen. Der unverändert niedrige Anteil von nur 4 % Selbständigen beträgt bei den Deutschen das Dreifache.

Ein Blick auf die erwerbstätigen Ausländer nach Sektoren offenbart, daß die Ausländerbeschäftigung nach wie vor von der Industriearbeit dominiert wird: 64 % der Ausländer arbeiten in der Industrie und weitere 14 % sind im Baugewerbe tätig. Weniger als ein Viertel arbeitet im Dienstleistungsbereich. Diejenigen, die im tertiären Sektor arbeiten, sind in dem eher unattraktiven distributiven Sektor (Handel und Verkehr) tätig oder üben Tätigkeiten mit niedrigem Status in anderen Branchen des Dienstleistungssektors aus. Das Kredit- und Bankgewerbe, Versicherungen oder andere höhere Positionen im tertiären Sektor bleiben Ausländern weitgehend verschlossen. Im Vergleich der Jahre 1984 bis 1989 sind kaum Veränderungen festzustellen.

In der zweiten Ausländergeneration ist der Anteil un- und angelernter Arbeiter zwar deutlich niedriger als im Durchschnitt, aber verglichen mit der entsprechenden deutschen Altersgruppe ist er nahezu dreimal so hoch. Der Facharbeiteranteil der zweiten Generation ist ebenfalls höher als bei den gleichaltrigen Deutschen, sinkt aber im Verlauf der sechs Jahre deutlich und liegt 1989 annähernd auf dem Niveau

Tab. 3: Deutsche und ausländische Erwerbstätige nach Stellung im Beruf

	Ausländer		Deutsche		Ausländer Zweite Generation		Deutsche Vergleichs- gruppe	
	1984	1989	1984	1989	1984	1989	1984	1989
	in %							
Stellung im Beruf								
Ungelernte Arbeiter	25	21	5	4	19	11	6	5
Angelernte Arbeiter	45	43	12	12	26	34	11	12
Facharbeiter	20	23	17	16	29	23	20	21
Angestellte	7	9	43	46	22	28	47	49
Selbständige	4	4	12	12	4	3	5	7
Beamte	—	—	11	10	—	—	10	7
Sektor								
Industrie	64	64	34	35	48	57	34	39
Baugewerbe	14	13	8	6	9	6	8	8
Distributiver Sektor	8	6	16	16	25	17	17	15
Sonstiger tertiärer Sektor	14	17	40	39	16	20	39	35

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1989.

der Vergleichsgruppe. Im selben Zeitraum wächst der Anteil der Angestellten, bleibt jedoch noch unter dem Niveau der entsprechenden deutschen Altersgruppe.

Die Industrie ist auch für die zweite Ausländergeneration der wichtigste Arbeitgeber, ihre Bedeutung nimmt im Zeitverlauf noch zu. Im tertiären Sektor findet eine Gewichtsverlagerung vom distributiven Sektor zu anderen Branchen des Dienstleistungsbereiches statt, ohne daß die Ausländer der zweiten Generation nennenswerten Zugang zu den attraktiven Tätigkeiten des Dienstleistungssektors finden.

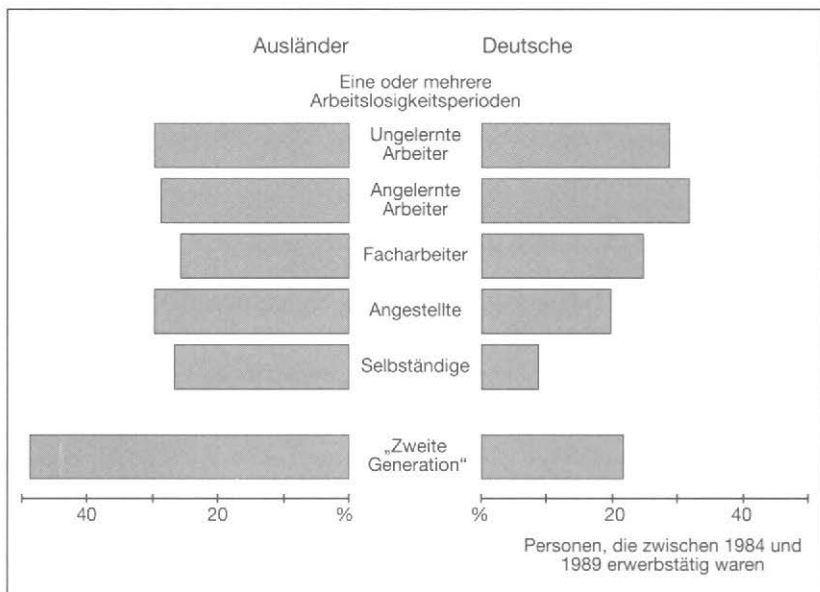
### 10.3 Arbeitslosigkeit und Wiederbeschäftigungschancen

Die geringen Chancen von Ausländern in qualifizierten Bereichen dokumentieren sich auch in dem damit verbundenen Arbeitslosigkeitsrisiko. Dieses variiert für Ausländer nur gering nach der beruflichen Stellung, während für Deutsche mit höherer Qualifikation das Risiko abnimmt (vgl. Abb. 2). Unter Risiko wird hier der Anteil derjenigen verstanden, die in den letzten sechs Jahren mindestens einmal arbeitslos waren. In den Domänen der Ausländerbeschäftigung, den un- und angelernten Tätigkeiten, ist das Arbeitslosigkeitsrisiko für Ausländer in etwa gleich wie für deutsche Arbeiter mit entsprechender Qualifikation. Ausländische Angestellte sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als deutsche. Daneben scheint die Selbständigkeit sehr stabil zu sein – 27 % der Selbständigen von 1984 werden

in den fünf Folgejahren arbeitslos. Auch die zweite Ausländergeneration hat erhebliche Probleme mit der beruflichen Eingliederung; knapp die Hälfte macht die Erfahrung von Arbeitslosigkeit.

Das Arbeitslosigkeitsrisiko verteilt sich allerdings nicht gleich über die verschiedenen ausländischen Gruppen. Zum einen sind Türken deutlich mehr als andere Gruppen von Arbeitslosigkeit betroffen; zum anderen tragen ausländische Frauen, und hier wiederum türkische Frauen, ein deutlich höheres Arbeitslosigkeitsrisiko als ausländische Männer.

Abb. 2: Ausländer und Deutsche - Arbeitslosigkeit zwischen 1983 und 1988



Datenbasis: SOEP (West) 1984 -1989.

Die Benachteiligung ausländischer Frauen auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich besonders deutlich in den Wiederbeschäftigungschancen nach Arbeitslosigkeit. Ausgehend von der letzten abgeschlossenen Arbeitslosigkeitsperiode zwischen den Jahren 1983 und 1988 wird überprüft, ob im jeweils darauffolgenden Monat eine Erwerbstätigkeit aufgenommen wird. Es zeigt sich, daß die Wiederbeschäftigungsrate deutscher Frauen mit 60 % um 9 % niedriger liegt als bei Männern, ausländische Frauen haben jedoch deutlich schlechtere Wiederbeschäftigungschancen (vgl. Tab. 4). Nur 31 % der ausländischen Frauen finden unmittelbar nach der

Tab. 4: Dauer von Arbeitslosigkeit\* und Wiederbeschäftigungschancen

	Wiederbeschäftigungsquote	Dauer der Arbeitslosigkeit		
		1–6 Monate	7–12 Monate	länger als 1 Jahr
in %				
Ausländer, insgesamt	57	55	18	26
Geschlecht				
Männer	80	65	21	15
Frauen	31	44	15	40
Alter				
16–39 Jahre	59	58	22	21
40–64 Jahre	54	51	11	38
Deutsche, insgesamt	64	60	21	20
Geschlecht				
Männer	69	69	14	17
Frauen	60	49	28	23
Alter				
16–39 Jahre	68	64	20	16
40–64 Jahre	53	47	25	29

\* Bezogen auf die letzte abgeschlossene Arbeitslosigkeitsperiode zwischen 1983 und 1988.

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1989.

Arbeitslosigkeit wieder eine Stelle. Dies überrascht um so mehr, als 80 % der ausländischen Männer wieder direkt in Erwerbstätigkeit übergehen. Ausländische Männer sind nur zu 15 % länger als ein Jahr arbeitslos gewesen, bei ausländischen Frauen liegt der entsprechende Anteil bei 40 %.

Bei jüngeren Deutschen liegt die Wiederbeschäftigungsrate mit 68 % deutlich höher als bei älteren Deutschen (53 %), aber auch gegenüber den Ausländern der gleichen Altersgruppe (59 %). Lediglich bei den 40- bis 64jährigen schneiden Ausländer geringfügig besser ab, dies dürfte aber überwiegend auf die günstigere demographische Verteilung bei den Ausländern zurückzuführen sein.

## 10.4 Wohnbedingungen

Gute Wohnbedingungen sind ein wichtiger Indikator für den erreichten Lebensstandard von Haushalten. Die Wohnqualität ist weitgehend durch die Wohnausstattung bestimmt. Für einen Vergleich zwischen Ausländern und Deutschen werden drei Ausstattungsmerkmale ausgewählt, die inzwischen dem allgemeinen

deutschen Wohnstandard entsprechen: Toilette innerhalb der Wohnung, Badezimmer und Zentralheizung (vgl. Tab. 5). Für alle genannten Ausstattungsmerkmale ist eine deutliche Zunahme bei ausländischen Haushalten im Zeitverlauf zu verzeichnen. Besonders jene nationalen Gruppen (z. B. Türken und Griechen), die 1984 niedrige Ausstattungsstandards hatten, konnten ihre Wohnbedingungen deutlich verbessern, allen voran Türken. Die größten Differenzen in der Wohnqualität zwischen Deutschen und Ausländern bestehen nach wie vor beim Ausstattungsmerkmal Zentralheizung. Hier konnten sich türkische und italienische Haushalte nur wenig verbessern, während spanische Haushalte bereits das deutsche Niveau erreicht haben. Die zweite Ausländergeneration war 1984 im Durchschnitt wesentlich schlechter ausgestattet als die entsprechende deutsche Vergleichsgruppe; sie konnte jedoch bis 1989 die Differenzen nahezu ausgleichen.

Tab. 5: Wohnungsausstattungsmerkmale in deutschen und ausländischen Haushalten

	Bad		Toilette in der Wohnung		Zentralheizung	
	1984	1989	1984	1989	1984	1989
	in %					
Deutsche	97	98	97	97	81	84
Ausländer, insgesamt	76	85	84	89	53	58
darunter:						
Türken	72	86	79	87	48	51
Jugoslawen	77	82	84	88	60	62
Griechen	74	84	87	90	51	65
Italiener	83	86	90	94	51	57
Spanier	79	88	86	85	72	86

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1989.

Die offenkundigsten Defizite von ausländischen Haushalten bestehen nach wie vor in der vergleichsweise geringen Wohnungsgröße (vgl. Tab. 6). Deutsche haben 1989, verglichen mit den Ausländern, im Schnitt mehr als doppelt soviel Wohnfläche pro Kopf zur Verfügung. Besonders Türken leben in räumlich sehr beengten Verhältnissen. Die Werte für die zweite Generation sind nahezu identisch mit den Durchschnittswerten aller Ausländer. Die räumliche Enge, in der Ausländer leben, wird auch bei der Betrachtung der Wohnräume pro Person (ohne Küche, Bad und Flur) deutlich. Während sich Deutsche allmählich einem Standard von zwei Räumen pro Person annähern, müssen sich Ausländer mit einem Wohnraum pro Kopf begnügen.

Tab. 6: Wohnfläche und Zahl der Räume pro Kopf in deutschen und ausländischen Haushalten

	Wohnfläche (qm) pro Kopf		Räume pro Kopf	
	1984	1989	1984	1989
	Ø			
Deutsche	41,4	43,5	1,7	1,9
Ausländer, insgesamt	24,2	21,7	1,1	1,1
darunter:				
Türken	21,5	17,9	1,0	1,0
Jugoslawen	25,4	26,8	1,2	1,1
Griechen	26,5	21,8	1,2	1,2
Italiener	26,5	22,8	1,3	1,2
Spanier	25,4	24,1	1,1	1,3

Datenbasis: SOEP (West) 1984 bis 1989.

## 10.5 Fazit

Die Lebensbedingungen von Ausländern der ersten Generation haben sich seit ihrer Einwanderung nur wenig verändert. Nach wie vor üben sie berufliche Tätigkeiten mit geringen Qualifikationsanforderungen aus und beziehen entsprechend niedrige Einkommen. Allerdings liegen die Einkommenssteigerungen während sechs Jahren geringfügig über dem Anteil, den deutsche Beschäftigte realisieren konnten. Steigerungen in der Wohnqualität stehen nach wie vor räumlich beengte Wohnverhältnisse gegenüber.

Trotz offensichtlich erheblicher Probleme der zweiten Ausländergeneration beim Berufseinstieg ist der Anteil der Arbeiter mit geringen Qualifikationen zurückgegangen. Attraktive Tätigkeiten im Dienstleistungssektor können zwar noch nicht erreicht werden, dennoch beziehen Ausländer der zweiten Generation Arbeitseinkommen, die nur geringfügig unter dem Niveau vergleichbarer deutscher Altersgruppen liegen. Bei entsprechend günstigen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen wäre – vor allem für die dritte Generation – ein weiterer Abbau von Benachteiligungen zu erwarten.

(Wolfgang Seifert)

## 11 Soziale Ungleichheit: Strukturen und subjektive Bewertung

Im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung finden Probleme der sozialen Ungleichheit und Verteilung wieder verstärkte Aufmerksamkeit. Im Vordergrund steht dabei das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West. Kaum minder bedeutsam sind aber auch die Konsequenzen für die Binnenstruktur sozialer Ungleichheit, die mit der Transformation der DDR und ihrer Integration in die Bundesrepublik verbunden sind. Für den Bereich der neuen Bundesländer ist zu erwarten, daß mit der Einführung der Marktwirtschaft nicht nur das Wohlstandsniveau steigen, sondern auch die Ungleichheit der bisher noch vergleichsweise homogenen Lebensbedingungen zunehmen und sich eine differenziertere Struktur der sozialen Schichtung etablieren wird.

Im folgenden wird dargestellt, welche Strukturen der sozialen Schichtung sich in Ost- und Westdeutschland auf der Basis der Verteilung der Bevölkerung auf soziale Lagen und der subjektiven Schichtidentifikation ergeben; ob und inwieweit die gegenwärtige Verteilung der Ressourcen und Lebenschancen von der Bevölkerung als gerecht beurteilt wird; und wie sich die Einstellungen gegenüber der sozialen Ungleichheit und deren Legitimation im Westen und Osten Deutschlands unterscheiden.

### 11.1 Soziale Lagen und soziale Schichtung

Sozialstrukturunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland manifestieren sich auch in der Verteilung der Bevölkerung auf verschiedene soziale Lagen, wie sie sich aus der Stellung im Beruf und dem außerberuflichen Status der Nichterwerbstätigen ergeben (Tab. 1). Derartige soziale Lagen sind als Handlungskontexte von Bedeutung, die unterschiedliche Chancen der Lebensgestaltung bieten. Neben dem geringeren Anteil nichterwerbstätiger Hausfrauen und der gegenwärtig außerordentlich hohen Anzahl von Arbeitslosen und Kurzarbeitern unterscheidet sich die Verteilung im Osten von der im Westen vor allem durch einen noch höheren Anteil von Arbeitern und einem geringeren Anteil von Angestellten und Beamten unter den Erwerbstätigen.

Die Ungleichheit der Lebensbedingungen, die mit der Zugehörigkeit zu den hier unterschiedenen sozialen Lagen verbunden ist, äußert sich nicht nur in Bildungs- und Einkommensunterschieden, aber Bildung und Einkommen sind insofern von besonderem Interesse, als sie Ressourcen darstellen, die bei der individuellen Gestaltung der Lebensverhältnisse universell eingesetzt werden können. Die in

Tab. 1: Verteilung und Merkmale sozialer Lagen  
in West- und Ostdeutschland 1991

Soziale Lagen	Anteil der Befragten		Anteil Befragte mit höherer Schulbildung		Einkommensvielfache des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens		Subjektive Unter- und Arbeiterschicht		Schichtestufung Mittelschicht		Schichtestufung obere Mittel- und Oberschicht	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West
	in %				in %							
Insgesamt	100	100	16	24	1,00	1,00	61	25	37	62	2	13
Un- und angelernte Arbeiter	2	5	—	3	0,99	0,81	91	62	9	34	—	4
Qualifizierte Arbeiter	17	9	2	4	1,05	0,91	86	51	13	45	1	4
Untere u. mittlere Angestellte/Beamte	16	17	18	13	1,10	1,08	50	14	49	78	1	8
Gehobene und höhere Angestellte/Beamte	11	13	48	54	1,17	1,39	28	3	65	72	7	26
Selbständige*	5	6	31	39	1,07	1,41	35	9	62	70	3	21
Arbeitslose und Kurzarbeiter**	20	2	12	(—)	0,89	(—)	68	(—)	31	(—)	1	(—)
Rentner—Arbeiter	9	8	—	1	0,89	0,80	81	62	18	38	1	1
Rentner—Sonstige	14	16	14	20	0,95	1,09	45	17	50	66	5	17
Hausfrauen	1	14	(—)	17	(—)	0,75	(—)	27	(—)	61	(—)	12
Schüler, Studenten, Azubis, Wehr- und Zivildienstleistende	3	8	53	73	0,83	0,69	(—)	12	(—)	74	(—)	14
Sonstige Nicht-erwerbstätige	2	2										

(—) Zu geringe Fallzahlen.

\* Der Selbständigenanteil beinhaltet in den neuen Bundesländern auch Genossenschaftsbauern.

\*\* Der Kurzarbeiteranteil wurde nur in den neuen Bundesländern erhoben.

Datenbasis: ALLBUS 1991.

Tab. 1 ausgewiesenen Anteile an höherer Schulbildung umfassen in den alten Bundesländern Personen, die über die Fachhochschul- oder Hochschulreife verfügen, in den neuen Bundesländern Personen mit Fachabitur oder Hochschulreife. Die Verteilung der höheren Bildungsabschlüsse auf die verschiedenen sozialen Lagen unterscheidet sich der Struktur nach in West- und Ostdeutschland nur wenig. Arbeiter verfügen jeweils erheblich seltener über höhere Bildungsabschlüsse als die übrigen Erwerbstätigengruppen und Angehörige der älteren Generationen seltener als die der jüngeren. Die höchsten Anteile mit höherer Schulbildung finden sich in Ost und West erwartungsgemäß unter den höheren



Angestellten und Beamten, den Selbständigen sowie den jüngeren Personen, die sich noch in einer Ausbildung befinden oder den Wehr- bzw. Zivildienst absolvieren.

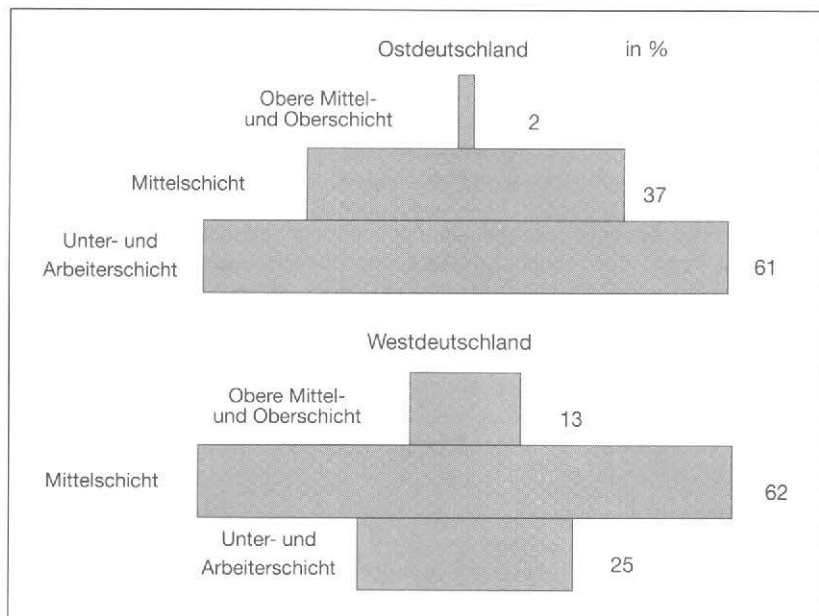
Die Ost-West-Unterschiede in der Höhe des bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens sind beträchtlich: Im Sommer 1991 stand den Personen in den ostdeutschen Haushalten nach ihren eigenen Angaben mit 871 DM im Durchschnitt nur knapp die Hälfte des Einkommens der Westdeutschen in Höhe von 1759 DM zur Verfügung. Die Gewichtung berücksichtigt die unterschiedliche Größe und Altersstruktur der Haushalte und die sich daraus ergebenden Bedarfsunterschiede. Neben dem sozioökonomischen Status wirken sich daher auch die Stellung im Lebenszyklus und die familiäre Situation auf die so definierte Einkommensgröße aus. Wegen der besonderen Probleme, die der direkte Vergleich der absoluten Einkommenshöhe und der damit verbundenen Lebensniveauunterschiede aufwirft, beschränkt sich die Betrachtung hier auf die relative Einkommensposition der einzelnen sozialen Lagen, die als Vielfaches des Mittelwertes für Ost und West getrennt berechnet wird.

Vergleichbare Positionen in der Einkommensverteilung in Ost und West nehmen die Gruppen der Hausfrauen sowie der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ein, die jeweils das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen aufweisen. Dagegen sind es im Westen die Selbständigenhaushalte, die über die höchsten Einkommen verfügen, gefolgt von den Haushalten der höheren Angestellten und Beamten, während in Ostdeutschland die obere Angestelltenkategorie die höchsten Einkommen aufweist. Betrachtet man die Einkommensunterschiede zwischen den einzelnen sozialen Lagen, wird deutlich, daß die Einkommensungleichheit in den neuen Bundesländern bisher geringer ist als in den alten.

Beruflicher und außerberuflicher Status, Bildung und Einkommen stellen wesentliche Bestimmungsfaktoren der objektiven Position von Individuen und Gruppen in der Struktur der sozialen Ungleichheit dar. Angaben darüber, wie sich Personen in eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten oder auf einer vertikalen Statusskala einstufen, machen demgegenüber deutlich, wo sie sich innerhalb der hierarchischen Struktur einer Gesellschaft ihrem Bewußtsein nach einordnen. Sie geben auch Aufschluß darüber, welchem sozialen Milieu sie sich als zugehörig betrachten und aus welcher Perspektive – als Personen, die oben oder unten stehen – sie in der Gesellschaft agieren und am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben partizipieren.

Die Unterschiede in der Struktur der sozialen Schichtung, die sich auf der Basis der subjektiven Einstufung der Befragten im Ost-West-Vergleich ergeben, sind eklatant. Innerhalb der alten Bundesländer ergibt sich bei einer Untergliederung der subjektiven Schichteinstufung – Unter- und Arbeiterschicht, Mittelschicht und obere Mittel- und Oberschicht – eine Verteilung, die die typische Zwiebelform einer Mittelschichtgesellschaft aufweist, während sich in den neuen Bundesländern die pyramidenförmige Schichtstruktur einer Arbeitergesellschaft abzeichnet. Nahezu

Abb. 1: Subjektive Schichteinstufung in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1991.

zwei Drittel aller westdeutschen Befragten rechnen sich der Mittelschicht, aber lediglich ein Viertel der Arbeiterschicht zu. Dagegen stufen sich 61 % der Ostdeutschen in die Arbeiterschicht und nur wenig mehr als ein Drittel in die Mittelschicht ein. Auch der Anteil derjenigen, die sich mit der oberen Mittel- und Oberschicht identifizieren, ist im Westen mit 13 % erheblich größer als im Osten, wo sich lediglich 2 % der gesellschaftlichen Elite zurechnen.

Diese drastischen Ost-West-Unterschiede lassen sich durch die unterschiedliche sozioökonomische Struktur der Bevölkerung nicht erklären. Aufgrund der vorliegenden Befunde erscheint auch eher unwahrscheinlich, daß der Begriff der Arbeiterschicht im Bereich der neuen Bundesländer andere Assoziationen weckt als im Westen. Verschiedene Indizien sprechen vielmehr dafür, daß die ostdeutsche Bevölkerung sich innerhalb des Schichtungsgefüges eines vereinigten Deutschlands subjektiv auf den unteren Rängen plaziert, weil sie sich primär mit der westdeutschen Bevölkerung vergleicht und sich ihr aus einer Gefühlslage der Unterprivilegierung und relativen Deprivation kollektiv unterordnet.

Für die Hypothese einer subjektiven Unterschichtung spricht auch die Einstufung auf der „Oben-Unten-Skala“. Anders als die subjektive Schichtidentifikation mißt

diese Skala eindimensional die Position auf einer vertikalen Statusachse. Auf der von 1 bis 10 reichenden Skala stufen sich die Westdeutschen im Durchschnitt mit einem Wert von 5,9 um einen gesamten Skalenpunkt höher ein als die Ostdeutschen. In Tab. 2 kommt zum Ausdruck, wie die Verteilung der Skalenwerte im Osten gegenüber der im Westen nach „unten“ verschoben ist. Ob sich jemand in der gesellschaftlichen Hierarchie eher oben oder unten lokalisiert, hängt unter anderem auch von der beruflichen Qualifikation, dem Schulabschluß und der sozialen Lage ab. Im Ost-West-Vergleich zeigt sich für Ostdeutschland jedoch, daß es hier weniger Merkmale des individuellen sozioökonomischen Status sind, die die Einstufung bestimmen, als vielmehr der kollektive Status, ein Ostdeutscher zu sein. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß die oberen Positionen einer „gesamtdeutschen“ Statushierarchie ausschließlich von westdeutschen, die unteren dagegen nur von ostdeutschen Statusgruppen eingenommen werden und es lediglich im mittleren Bereich der Rangordnung Überschneidungen gibt.

Tab. 2: Selbsteinstufung auf der Oben-Unten-Skala nach sozialer Lage und Schichteinstufung

	Oben-Unten-Skala*	
	Ostdeutschland	Westdeutschland
	Ø	
Insgesamt	4,8	5,9
Soziale Lage		
un- und angelernte Arbeiter	4,4	5,3
qualifizierte Arbeiter	4,9	5,5
untere u. mittlere Angestellte/Beamte	5,1	6,1
gehobene u. höhere Angestellte/Beamte	5,4	6,5
Selbständige	5,6	6,3
Arbeitslose u. Kurzarbeiter	4,5	(-)
Rentner-Arbeiter	4,1	5,1
Renter-Sonstige	4,8	5,8
Hausfrauen	(-)	5,9
Schüler, Studenten, Azubis, Wehr- und Zivildienstleistende	4,6	5,8
Subjektive Schicht		
Unter- und Arbeiterschicht	4,4	4,8
Mittelschicht	5,4	6,0
obere Mittel- und Oberschicht	6,6	7,2

(-) Zu geringe Fallzahlen.

\* Mittelwerte auf der „Oben-Unten“-Skala von 1 = unten bis 10 = oben.

Datenbasis: ALLBUS 1991.

## 11.2 Wahrnehmung der Verteilungsgerechtigkeit

Die Gerechtigkeit der Verteilung knapper und begehrter Güter stellt eine Dimension der Wahrnehmung und Bewertung der sozialen Ungleichheit dar, die auch politisch von Bedeutung ist. Soziale Gerechtigkeit gehört zu den zentralen Werten wohlfahrtsstaatlich organisierter Gesellschaften. Als eine Dimension, die sich auf die Akzeptanz und Legitimation von Verteilungen bezieht, dient sie auch als Maßstab, an dem die Ungleichheit der Lebensverhältnisse in Deutschland gegenwärtig gemessen wird.

Bei der Verteilungsgerechtigkeit geht es vor allem um die Frage, ob die Mitglieder der Gesellschaft jeweils den Anteil am Gesamtprodukt erhalten, der ihnen aufgrund allgemein akzeptierter Wertvorstellungen zusteht. Tab. 3 dokumentiert die Anteile der Befragten, die angeben, daß sie im Vergleich damit, wie „andere hier in Deutschland leben“, ihren „gerechten Anteil“, „etwas weniger“ oder „sehr viel weniger“ erhalten. Die Unterschiede zwischen Ost und West in der Beurteilung einer so verstandenen Verteilungsgerechtigkeit sind gravierend: Während mehr als zwei Drittel aller Westdeutschen erklären, ihren gerechten Anteil oder sogar mehr zu erhalten, sind mehr als drei Viertel aller Ostdeutschen davon überzeugt, nicht den Anteil zu bekommen, der ihnen gerechterweise zustünde. Jeder dritte Ostdeutsche gibt sogar an, sehr viel weniger als seinen gerechten Anteil an dem zu erhalten, was die Gesellschaft an Ressourcen und Belohnungen, d.h. Lebenschancen zu verteilen hat.

Die subjektive Überzeugung, ungerechtfertigterweise schlechter gestellt zu sein als andere, nimmt mit der Höhe des sozialen Status ab, ist aber über sämtliche Bevölkerungsgruppen hinweg im Osten Deutschlands stärker ausgeprägt als im Westen. In allen westdeutschen Statuskategorien ist der Prozentsatz derjenigen, die glauben, weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten, sehr viel kleiner als in den entsprechenden Kategorien der ostdeutschen Bevölkerung. In einzelnen Statusgruppen – z.B. bei den un- und angelernten Arbeitern – erreicht der Anteil derjenigen, die das Verteilungsergebnis als ungerecht betrachten, in den neuen Bundesländern über 90 % und unterschreitet in keiner der Kategorien 60 %. In Westdeutschland dagegen variiert der entsprechende Anteil lediglich zwischen 18 und 46 %. Zudem nimmt der Anteil derjenigen, die glauben, weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten, in Ostdeutschland anders als in Westdeutschland mit zunehmender Einkommenshöhe nur geringfügig ab.

Diese und andere Befunde deuten darauf hin, daß die Befragten in den neuen Bundesländern auch bei der Beurteilung der Verteilungsgerechtigkeit weniger die eigene Bevölkerung als Bezugsgruppe heranziehen, sondern sich primär am westdeutschen Lebensstandard orientieren. „Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben“ bedeutet ganz offensichtlich für die Mehrzahl der Ostdeutschen, „wie die Westdeutschen zu leben“, und daran gemessen erscheint ihnen ihr Anteil weit davon entfernt, gerecht zu sein.

Tab. 3: Wahrgenommene Verteilungsgerechtigkeit 1991 nach sozialer Lage, SchichtEinstufung und Einkommen

	Persönliche Teilhabe am Verteilungsergebnis: Befragte erhalten . . .					
	viel weniger	weniger	gerechten Anteil oder mehr	viel weniger	weniger	gerechten Anteil oder mehr
	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	in %					
Insgesamt	36	46	18	3	24	72
Soziale Lage						
un- und angelernte Arbeiter	35	56	9	6	40	55
qualifizierte Arbeiter	33	49	19	4	38	58
untere, mittlere Angestellte, Beamte	36	47	17	3	25	72
gehobene, höhere Angestellte, Beamte	39	42	19	1	17	82
Selbständige	29	37	34	4	18	79
Arbeitslose und Kurzarbeiter	45	45	10	(-)	(-)	(-)
Rentner-Arbeiter	37	48	15	6	31	64
Rentner-Sonstige	32	46	22	4	17	79
Hausfrauen	(-)	(-)	(-)	4	22	74
Schüler, Auszubildende, Wehr- und Zivildienst	24	40	37	4	18	78
Subjektive Schicht						
Unter- und Arbeiterschicht	40	47	13	8	36	56
Mittelschicht	28	47	25	2	22	77
obere Mittel- und Oberschicht	31	38	31	1	10	89
Haushaltseinkommen *						
unteres Quintil	38	43	19	8	33	60
2. Quintil	44	43	13	3	30	67
3. Quintil	40	46	13	2	21	77
4. Quintil	32	52	16	1	25	73
oberes Quintil	29	46	25	3	15	83

(-) Zu geringe Fallzahlen.

\* Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen.

Frage: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, daß Sie ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?“

Datenbasis: ALLBUS 1991.

Die innere Spaltung, die in der Empfindung des „Zu-kurz-kommens“ und der Wahrnehmung einer – gemessen am eigenen Abschneiden – ungerechten Verteilung der Lebenschancen bei der ostdeutschen Bevölkerung zum Ausdruck kommt, birgt ein beachtliches Konfliktpotential für zukünftige Verteilungsauseinandersetzungen und könnte auf längere Sicht auch eine Bedrohung für die Legitimation und Stabilität der politischen Ordnung darstellen. Ob es dazu kommt, wird nicht zuletzt auch davon abhängen, in welchem Umfang und auf welcher Basis soziale Ungleichheiten generell – d.h. über die Beurteilung der eigenen Position hinaus – als gerechtfertigt und akzeptabel angesehen werden und inwieweit sich die Ostdeutschen darin von den Westdeutschen unterscheiden.

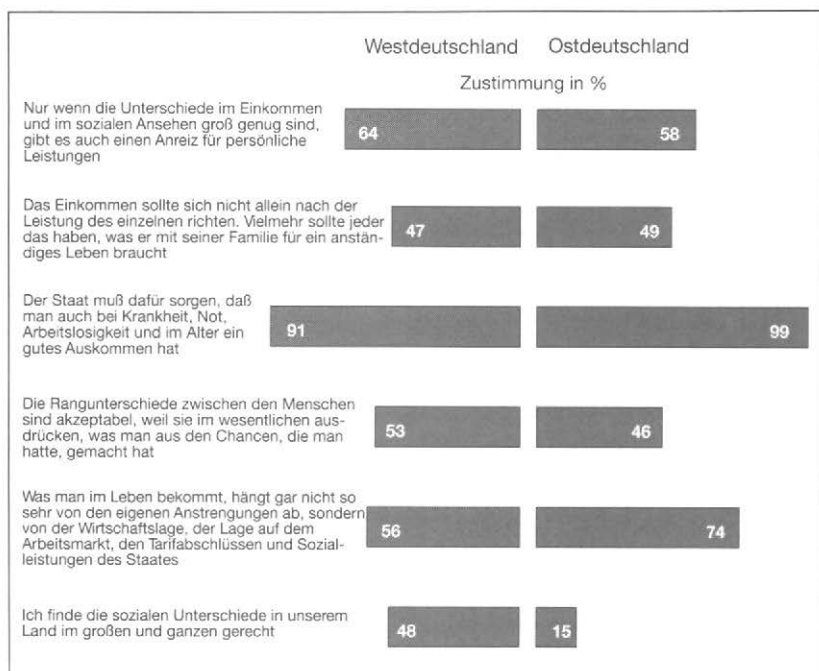
### 11.3 Einstellungen gegenüber sozialer Ungleichheit

Ob soziale Ungleichheit als gerechtfertigt angesehen und akzeptiert wird, hängt sowohl davon ab, worauf bestehende Unterschiede der materiellen Lebensbedingungen und des sozialen Ranges zurückgeführt, als auch in welchem Umfang die normativen Prinzipien, die der Verteilung zugrunde liegen, allgemein geteilt werden. Einige der verschiedenen Dimensionen der Rechtfertigung und Akzeptanz sozialer Ungleichheit werden durch die Frage erfaßt, „wie es in Deutschland mit den sozialen Unterschieden tatsächlich aussieht und wie es sein sollte“ (Abb. 2).

Die Ansicht, daß soziale Ungleichheit erforderlich ist, um eine ausreichende Leistungsmotivation zu gewährleisten, wird in den alten, aber auch in den neuen Bundesländern jeweils von einer Mehrheit der Bevölkerung – 64 % der Westdeutschen und 58 % der Ostdeutschen – geteilt. Daß die Differenz zwischen Ost und West so gering ausfällt, mag zunächst überraschen, ist aber weniger erstaunlich, wenn man bedenkt, daß die geringe Differenzierung der Einkommen und das weitgehende Fehlen von Leistungsanreizen in der DDR zuletzt ein zentraler Gegenstand der Kritik war und darin auch eine wesentliche Ursache für die unzureichende Effektivität der Wirtschaft gesehen wurde.

Auch die Vermutung, die Ostdeutschen könnten im Vergleich mit den Westdeutschen dem Leistungsprinzip für die Verteilung des Einkommens einen geringeren und Bedarfskriterien einen höheren Stellenwert beimessen, bestätigt sich nicht. Mit 47 % im Westen und 49 % im Osten stimmten jeweils weniger als die Hälfte der Befragten der Aussage zu, daß das Einkommen sich nicht allein nach der Leistung des einzelnen richten, sondern vielmehr jeder das haben solle, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht. In Ost und West gleichermaßen unumstritten ist dabei jedoch, daß der Staat dafür zu sorgen hat, daß ein Bürger auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat. Lediglich 1 % der Ostdeutschen und 10 % der Westdeutschen betrachten es nicht als Aufgabe des Staates, die Bürger gegen die grundlegenden sozialen Risiken abzusichern und damit negative Auswirkungen des Leistungsprinzips zu begrenzen (vgl. auch Teil II, Kap. 21).

Abb. 2: Einstellungen gegenüber sozialer Ungleichheit



Datenbasis: ALLBUS 1991.

Während die Prinzipien, die der Verteilung zugrunde liegen sollen, ähnlich beurteilt werden, unterscheiden sich die Auffassungen, ob und wodurch soziale Ungleichheit gerechtfertigt erscheint, in Ost und West zum Teil beträchtlich. Am geringsten sind sie noch im Hinblick darauf, ob soziale Unterschiede als Resultat einer der eigenen Verantwortung unterliegenden unterschiedlichen Nutzung von Chancen betrachtet werden können.

Gleichwohl ist die Zustimmung zu der Aussage „die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat“ in der westdeutschen Bevölkerung mit einem Anteil von 53 % höher als in der ostdeutschen Bevölkerung mit 45 %. Wie es scheint, wird soziale Ungleichheit von den Ostdeutschen nicht in gleichem Maße wie im Westen als Ergebnis des eigenen Handelns angesehen.

Auch die Bedeutung individueller Anstrengungen wird im Vergleich zu äußeren Umständen für das eigene Wohlergehen im Westen und Osten Deutschlands sehr unterschiedlich beurteilt. Mit 56 % stimmt zwar auch eine Mehrheit der Westdeut-

schen der Aussage zu, daß der persönliche Erfolg in stärkerem Maße von äußeren Faktoren als von individueller Anstrengung abhängt, aber der Anteil ist doch sehr viel geringer als in den neuen Bundesländern, wo diese Auffassung drei Viertel aller Bürger teilen. Hier läßt sich eine gewisse Bestätigung für die Ansicht finden, daß die Bevölkerung der ehemaligen DDR ihre Erwartungen stärker an staatlicher Daseinsvorsorge orientiert als an der Initiative des einzelnen. Der Befund kann aber auch als durchaus realistische Definition einer Situation interpretiert werden, in der die persönlichen Lebensumstände in ganz besonderem Maße durch den Zusammenbruch der alten und den Aufbau neuer Strukturen und Institutionen geprägt werden und dem einzelnen Bürger nur ein begrenzter Handlungsspielraum zur Verfügung steht.

Mit der Aussage „ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im großen und ganzen gerecht“ wird die Legitimation der gesamten Ungleichheitsstruktur thematisiert. Auch aus dieser Perspektive bestätigt sich für die neuen Bundesländer das bereits identifizierte Legitimationsdefizit: Nur eine Minderheit von 15 % sieht die wahrgenommenen sozialen Unterschiede als gerecht an, gegenüber einem Anteil von 48 % in der westdeutschen Bevölkerung.

So unterschiedlich wie die objektiven Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland gegenwärtig noch sind, so sehr unterscheiden sich – das dokumentieren die dargestellten Ergebnisse – West- und Ostdeutsche auch in ihrer Wahrnehmung, Legitimation und Akzeptanz der sozialen Ungleichheit. Das Bewußtsein der neuen Bundesbürger, in der gesellschaftlichen Hierarchie in ihrer Gesamtheit weit unten, d.h. vor allem unterhalb der westdeutschen Bevölkerung zu stehen, die kollektive Überzeugung der Unterprivilegierung sowie die generelle Wahrnehmung einer ungerechten Verteilung des Reichtums deuten ein Konfliktpotential an, das den Prozeß der Integration und Verwirklichung der „inneren Einheit“ nachhaltig belasten kann.

*(Heinz-Herbert Noll/Friedrich Schuster)*



## 12 Arbeitsmarktentwicklung und individuelle Erwartungen

Im folgenden werden für Ost- und Westdeutschland ausgewählten beruflichen Veränderungen die subjektiven Erwartungen gegenübergestellt. Einbezogen wird auch die wirtschafts- und gesellschaftspolitisch wichtige Frage nach der räumlichen Mobilität. Für die neuen Bundesländer ergibt sich nicht nur ein Bild der in den ersten acht Monaten nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bereits eingetretenen Veränderungen am Arbeitsmarkt, sondern es wird auch deutlich, welche Ängste und Hoffnungen mit der weiteren Entwicklung verbunden werden.

Für die gesellschaftliche Bewertung der objektiven Entwicklung des Abbaus von Arbeitsplätzen sowie von beruflichen Veränderungen ist es von Bedeutung, ob diese bereits vorher von den betroffenen Erwerbstätigen antizipiert werden. Werden Veränderungen – wie beispielsweise der Verlust des Arbeitsplatzes – vorher nicht erwartet, so besteht die Gefahr der Deprivation, wenn kurzfristig die Erwartungen an die geänderten Tatbestände korrigiert werden müssen. Solche Anpassungen sind in der Regel verbunden mit Enttäuschung und subjektivem Wohlfahrtsverlust.

### 12.1 Berufliche Erwartungen in Ost- und Westdeutschland

*Tab. 1* zeigt die Erwartung ausgewählter beruflicher Ereignisse und die Einschätzung der Erwerbstätigen, ob sie davon in den nächsten zwei Jahren betroffen sein werden.

Während in Westdeutschland im Jahr 1989 eher aktive Mobilitätsmomente erwartet wurden (neue Stelle suchen, beruflicher Aufstieg), dominierte in Ostdeutschland im Juni 1990 die eher passive Erwartung des Arbeitsplatzverlustes. 8,5 % der Erwerbstätigen gingen sicher davon aus, und 38 % hielten es für wahrscheinlich, daß sie in den nächsten zwei Jahren ihren Arbeitsplatz verlieren.

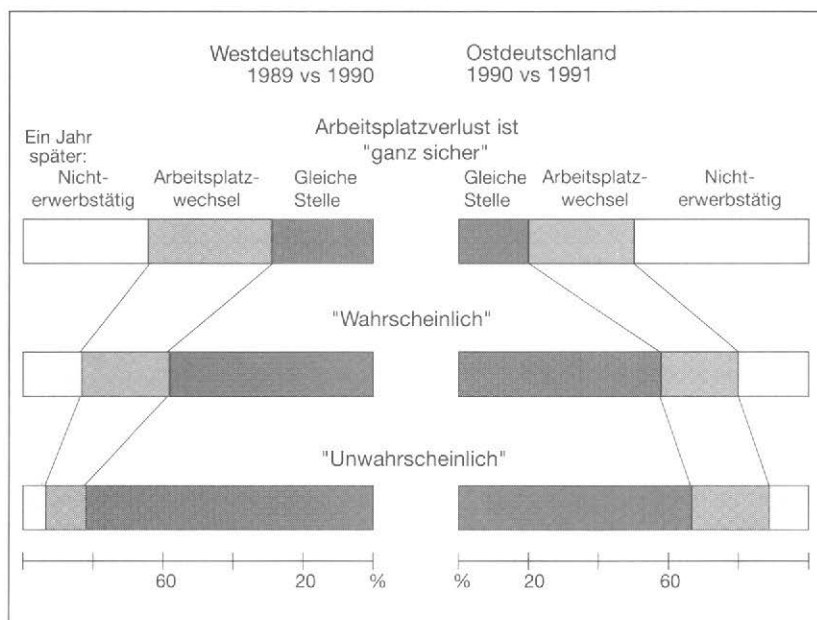
In *Abb. 1* wird gezeigt, daß die Erwartungen bezüglich eines „sicheren Arbeitsplatzverlustes“ in Ostdeutschland innerhalb eines Zeitraumes von nur acht Monaten in weit höherem Ausmaße auch tatsächlich eingetroffen sind, als dies in Westdeutschland nach einem Jahr der Fall ist. 50 % derjenigen, die glaubten, daß sie ihren Arbeitsplatz sicher verlieren werden, haben dies erlebt, wobei die meisten (50 %) nicht-erwerbstätig wurden. Umgekehrt verhält es sich bei der Gruppe, die erwartete, „ganz sicher nicht“ den Arbeitsplatz zu verlieren. In 80 % aller Fälle erfolgte in Westdeutschland tatsächlich keine Veränderung (nur etwas über 5 %

Tab. 1: Berufliche Erwartungen der Erwerbstätigen  
in Ost- und Westdeutschland

	Westdeutschland		sicher	Ostdeutschland	sicher	wahr- schein- lich
	sicher	wahr- schein- lich		wahr- schein- lich		
	1988		1990		1991	
	in %					
Aufgabe der Erwerbstätigkeit	2	5	3	8	2	6
Arbeitsplatzverlust	1	3	8	38	13	34
Neue Stelle suchen	5	10	17	17	13	20
Beruflicher Aufstieg	3	16	3	13	2	14
Anfang in anderem Beruf	2	5	5	17	4	19
Selbständig machen	–	–	2	7	2	5
Berufliche Verschlechterung	–	–	4	11	8	14

Datenbasis: SOEP (West) 1988; SOEP (Ost) 1990, 1991.

Abb. 1: Erwartung des Arbeitsplatzverlustes und Status ein Jahr später



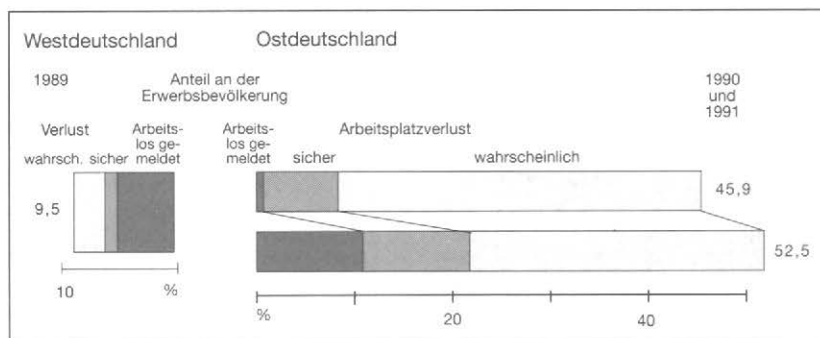
Datenbasis: SOEP (Ost) 1990, 1991; SOEP (West) 1989, 1990.

wurden nicht-erwerbstätig), während in Ostdeutschland weniger als 70 % keine Veränderung erfahren und etwas über 10 % sogar arbeitslos wurden. Insgesamt sind die Erwartungen bezüglich des Arbeitsplatzverlustes in den neuen Bundesländern äußerst realistisch gewesen, obwohl in der DDR naturgemäß keine persönlichen Erfahrungen mit einem Arbeitsmarkt gemacht werden konnten, auf dem zudem schwerste Strukturprobleme herrschen.

Die Absicht, sich selbständig zu machen, erfüllte sich in den neuen Bundesländern in der Hälfte der Fälle. Zwar äußerten 1990 nur rund 2 % aller Erwerbstätigen diesen Wunsch; aber lediglich 46 % blieben bis März/April abhängig erwerbstätig.

Für 1991 liegen bislang nur Ergebnisse für Ostdeutschland vor. Dabei zeigt sich, daß nach wie vor knapp die Hälfte der – noch – Erwerbstätigen Befürchtungen um den Arbeitsplatz hat, obwohl die Zahl der Erwerbstätigen im März 1991 bereits um etwa 1,5 Millionen niedriger lag als im Jahr zuvor.

Abb. 2: Anteil Arbeitsloser und Erwartung eines Arbeitsplatzverlustes



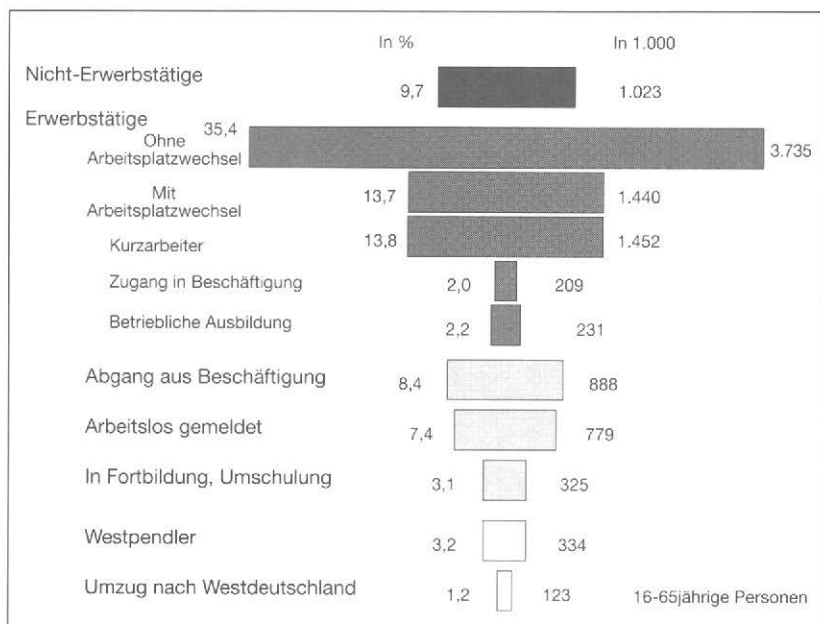
Datenbasis: SOEP (Ost) 1990,1991; SOEP (West) 1989,1990.

Für die folgenden Darstellungen werden die Erwerbspersonen anhand der bereits eingetretenen Mobilität gruppiert. Neben den Zwei-Jahres-Erwartungen werden außerdem noch Angaben über Sorgen und Zukunftserwartungen, die Möglichkeiten der Arbeitsplatzfindung sowie eine persönliche Einschätzung der Entwicklung der Beschäftigtenzahl des Betriebes, in dem man tätig ist, einbezogen.

Die Erwartungen werden für elf Gruppen der erwerbsfähigen Bevölkerung dargestellt, deren quantitative Bedeutung mit Abb. 3 gezeigt wird. Für die Hälfte der Erwerbsfähigen hat sich in den ersten neun Monaten der Währungs- und Wirtschaftsunion noch nichts geändert: sie sind konstant nicht-erwerbstätig (10 %) oder erwerbstätig, ohne daß eine größere Veränderung am Arbeitsplatz stattgefunden hat (35 %). Von besonderer Bedeutung sind diejenigen Erwerbstätigen, die

einen Arbeitsplatz in den alten Bundesländern gefunden haben. Neben den „West-Pendlern“ (3,2 %) sind es etwas über 1 % der Erwerbsfähigen, die auch in den Westen umgezogen sind. Obwohl diese Gruppe der West-Pendler relativ klein ist (in der Stichprobe sind es nur 22 Fälle), kann man statistisch gesicherte Aussagen über sie machen. Ihre reale Lebenssituation (vgl. auch Teil II, Kap. 5) sowie die von ihr geäußerten Erwartungen sind in sich homogen und unterscheiden sich entsprechend stark vom Rest der Bevölkerung.

Abb. 3: Erwerbsfähige Bevölkerung in Ostdeutschland - Mobilitätstypologie 1990-1991



Datenbasis: SOEP (Ost) 1990, 1991.

Tab. 2 zeigt, daß sich mit 47 % noch mehr Menschen in Ostdeutschland große Sorgen um die Arbeitsplatzsicherheit machen als um die eigene wirtschaftliche Situation (40 %). Besonders besorgt sind die Kurzarbeiter, die zu Recht davon ausgehen, daß für die meisten die Kurzarbeit nur die Vorstufe zum Verlust des Arbeitsplatzes darstellt und nicht zu einer Erhaltung des Arbeitsplatzes hinführen wird. Am wenigsten Sorgen machen sich die Westpendler. Auch Erwerbstätige, die einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben, sind vergleichsweise optimistisch. Die gleichwohl von etwa einem Drittel dieser Gruppe geäußerte große Sorge um den

Arbeitsplatz zeigt allerdings, daß keineswegs alle neuen Arbeitsplätze von Dauer sein werden. Insgesamt erwarten 58 % aller Beschäftigten Ostdeutschlands, daß die Zahl der Beschäftigten des Betriebes, in dem sie arbeiten, sinken wird. Gleichzeitig ist die Gruppe der Beschäftigten, die einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben, mit 23 % aber auch am optimistischsten bezüglich eines Beschäftigten-

Tab. 2: Erwartungen in Ostdeutschland

	Mobilitätstypologie 1990 nach 1991											
	Ins- ge- sam	Nicht- er- werbs- tätige	Erwerbstätige					Ab- gang aus Be- schäf- tigung	Ar- beits- los	Fort- bil- dung	West- Pend- ler	Umzug nach West.
			ohne Arbeits- platz- wechsel	mit Arbeits- platz- wechsel	Kurz- arbeit	Zu- gang	Aus- bil- dung					
	in %											
Große Sorgen machen sich um eigene wirt- schaftliche Situation	41	35	36	34	59	46	44	40	56	33	19	23
Arbeitsplatzsicherheit	47		45	31	79	47	44			37	14	24
Chancen Stelle zu finden wäre . . . leicht	11		9	12	5	5	23			13	39	78
Ganz sicher werden . . . neue Stelle suchen	13		9	6	27	11	32			21	11	30
Arbeitsplatz verlieren	13		7	5	36	11	16			21	3	0
Aufgabe der Erwerbstätigkeit	2		1	1	3	0	2			0	1	4
berufliche Ver- schlechterung	8	4	4	23	3	5				10	6	0
beruflicher Aufstieg	2		1	3	0	2	7			1	1	8
sich selbständig machen	2		1	4	1	7	0			2	0	0
in neuem Beruf anfangen	4		2	2	10	1	8			6	4	0
Betriebliche Ent- wicklung												
Beschäftigten- zuwachs	10		5	23	1	11	5			15	38	20
Beschäftigtenabbau	58		63	32	86	51	56			51	6	9
Zukunftserwartung 1991												
zuversichtlich	15	16	15	19	9	14	12	14	11	16	26	43
pessimistisch	44	40	44	37	55	50	36	48	55	45	21	15
darunter												
1991 pessimistischer als 1990	32	31	32	26	39	34	32	28	38	26	19	12

Leere Zeilen: Indikator trifft nicht zu.

Datenbasis: SOEP (Ost) 1990, 1991.

zuwachsen in ihrem Betrieb. Insgesamt erwarten nur 10 % aller Erwerbstätigen, daß die Zahl der Beschäftigten ihres Betriebs wachsen wird.

Von den Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern sind die Auszubildenden am optimistischsten. Sie gehen aber keineswegs alle davon aus, daß sie von ihrem Betrieb auch übernommen werden. Ein Drittel erwartet, in den nächsten zwei Jahren eine neue Stelle zu suchen, wobei 16 % glauben, daß sie ihren Arbeitsplatz ganz sicher verlieren werden.

Über ein Drittel der Kurzarbeiter erwartet mit hoher Sicherheit einen Arbeitsplatzverlust, während es im Durchschnitt 13 % sind. Nur 2 % aller Erwerbstätigen wollen hingegen von sich aus die Erwerbstätigkeit aufgeben. Dies zeigt, daß eine Hoffnung auf „Entlastung“ des Arbeitsmarktes durch einen „Rückzug“ der Frauen in die Privathaushalte wenig realistisch ist.

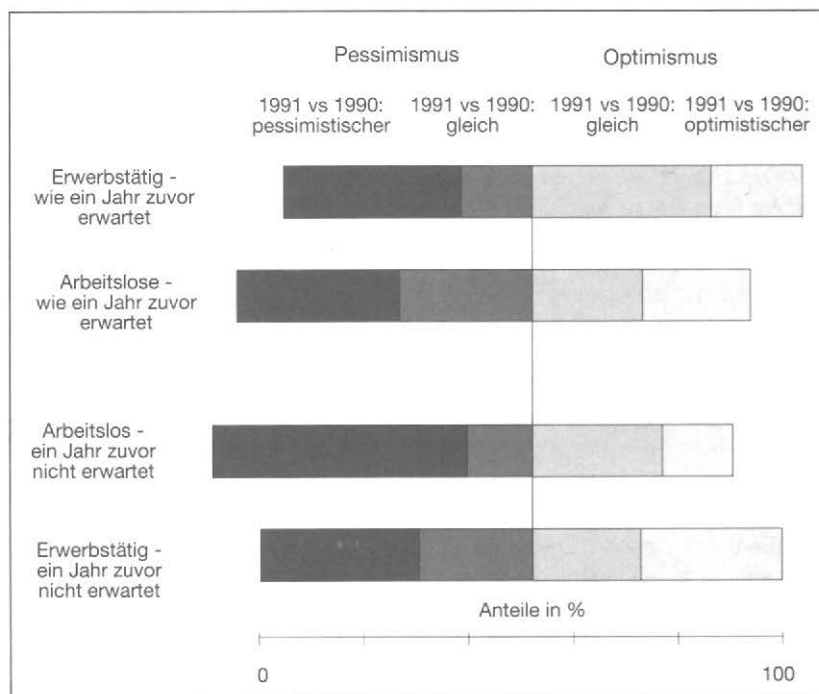
Einen beruflichen Aufstieg erwarten nur ganz wenige Bürger der neuen Bundesländer. Hier unterscheiden sich die West-Pendler auch nicht von den in Ostdeutschland arbeitenden Erwerbstätigen. Nur noch 2 % der Erwerbstätigen wollen sich im Frühjahr 1992 selbständig machen. Die „Gründungswelle“ hat sich damit bereits abgeschwächt.

Skeptische Einschätzungen überwiegen nicht nur in bezug auf die berufliche Zukunft. Die diesbezüglichen gruppenspezifischen Muster finden sich auch hinsichtlich der allgemeinen Zukunftserwartungen. Fast die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung der neuen Bundesländer ist pessimistisch; knapp ein Drittel ist sogar pessimistischer als im Vorjahr. Besonders ausgeprägt ist der Pessimismus bei den Kurzarbeitern und den neu in Beschäftigung getretenen Personen. Am zuversichtlichsten sind die in den Westen umgezogenen Menschen. Ähnlich sind die Erwartungen auch bei den West-Pendlern. Insgesamt blicken lediglich 15 % aller Erwerbsfähigen optimistisch in die Zukunft.

Was geschieht nun, wenn sich die Zukunftserwartungen als unzutreffend herausstellen und die tatsächliche Entwicklung anders verläuft als von den Befragten vorhergesagt?

In Abb. 4 werden je zwei Gruppen dargestellt: Einmal Erwerbstätige des Jahres 1991, die entweder im Jahr zuvor erwartet haben, ihren Arbeitsplatz zu behalten (positive Prognose), oder erwartet haben, ihn zu verlieren (negative Prognose). Zum anderen Arbeitslose des Jahres 1991, die entweder bereits im Jahr zuvor erwartet haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren (positive Prognose), oder im Jahr zuvor noch von einem sicheren Arbeitsplatz ausgingen (negative Prognose). Die pessimistische Gruppe war 1991 in ihrer globalen Zukunftserwartung noch pessimistischer als im Jahr zuvor, während Arbeitslose, die bereits im Jahr zuvor den Verlust ihres Arbeitsplatzes erwarteten, nicht noch skeptischer wurden. Umgekehrt gilt, daß Personen, die 1990 glaubten, ihre Stelle zu verlieren, im nächsten Jahr aber immer noch erwerbstätig waren, nun wesentlich optimistischer in die Zukunft blickten.

Abb. 4: Optimismus und Pessimismus 1990-1991  
Erwerbstätige nach „erwartetem“ Arbeitsplatzverlust



Datenbasis: SOEP (Ost) 1990,1991.

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage in den neuen Bundesländern sollte es eine wichtige Aufgabe der Politik sein, keine trügerischen Hoffnungen zu wecken. Nichts führt zu stärkerer Unzufriedenheit als enttäuschte Erwartungen.

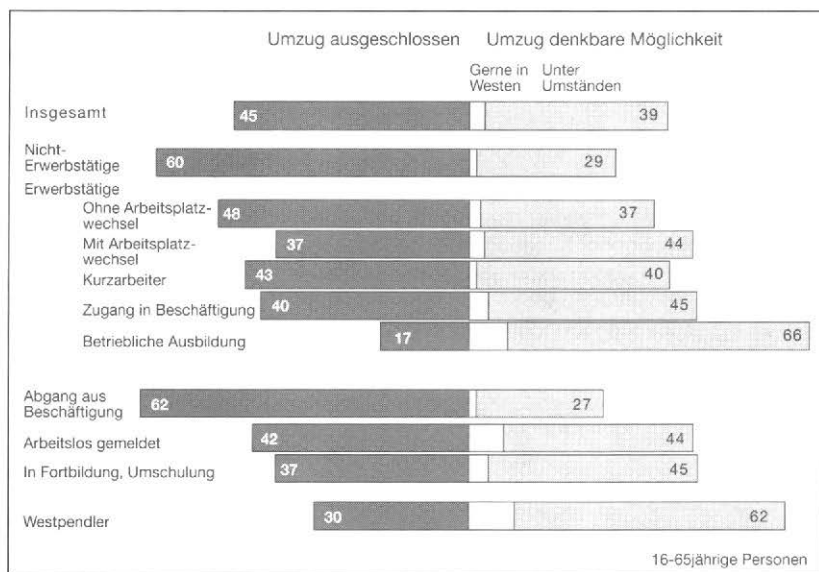
## 12.2 Räumliche Mobilität

Für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der gesamten Bundesrepublik Deutschland ist die Mobilität zwischen Ost- und Westdeutschland besonders wichtig. In der wirtschaftspolitischen Diskussion spielt dabei die Sorge eine große Rolle, daß bei geringen Lohnsteigerungen in den neuen Bundesländern eine neuerliche „Massenflucht“ gen Westen stattfinden würde. Die West-Pendler werden ebenfalls mit Sorge betrachtet, da viele fürchten, daß diese besonders

motivierte Gruppe von Erwerbstätigen durch das Pendeln ihren Umzug in den Westen vorbereitet. Abb. 5 zeigt, daß diese Befürchtungen gegenwärtig nicht begründet sind.

Fast die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung in den neuen Bundesländern schließt einen Umzug in den Westen aus. Auf der anderen Seite geben nur 4 % an, daß sie gerne in den Westen ziehen würden. Selbst bei den West-Pendlern sind dies nur etwa 10 %. Pendler bereiten ganz überwiegend nicht ihren West-Umzug

Abb. 5: Umzugsabsichten aus den neuen Bundesländern nach Westdeutschland - nach Mobilitätstypologie 1990-1991



Datenbasis: SOEP (Ost) 1990, 1991.

vor, sondern sie umgehen die lokalen Arbeitsmarktprobleme und wollen in ihrer Heimat bleiben. Besonders zurückhaltend im Hinblick auf Umzugsabsichten äußern sich Kurzarbeiter. Arbeitslose gaben hingegen eine besonders hohe Umzugsbereitschaft an. Sie sehen in räumlicher Mobilität naturgemäß eine Chance, einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Es ist bekannt, daß die „Treffergenauigkeit“ von erfragter Mobilitätsabsicht im Einzelfall nicht sehr hoch ist. In den alten Bundesländern realisieren etwa die Hälfte der Haushalte, deren Haushaltsvorstand angibt, daß im nächsten Jahr ein Umzug



geplant ist, diesen Umzug. Die andere Hälfte der Haushalte gibt entweder an, daß sie den Umzug weiter planen, oder daß sie ihn aufgeben. Gleichwohl war die aggregierte „Prognose“, die mit Hilfe der im Juni 1990 in der DDR gegebenen Antworten auf die Frage nach einem geplanten Umzug nach Westdeutschland möglich war, insgesamt sehr gut. Auf der Einzelfallebene zeigte sich, daß zwar nur 29 % der Haushalte, die im Jahr zuvor angaben, umziehen zu wollen, auch tatsächlich in den Westen gegangen sind. Insgesamt aber gab ein Prozent aller Haushalte an, daß sie als Haushalt bzw. als Einzelperson im nächsten Jahr umziehen wollten. Dies entsprach im Durchschnitt der tatsächlichen Entwicklung.

## 12.3 Fazit

Insgesamt zeigt das Bild der Erwartungen im Hinblick auf Arbeitsmarkt und räumliche Mobilität, daß die erwerbsfähige Bevölkerung in den neuen Bundesländern ausgesprochen realistische Einschätzungen hat. Die Mehrheit der Bevölkerung ging mit der zutreffenden Vorstellung in den Vereinigungsprozeß, daß dieser mit ökonomischen Problemen verbunden sein würde.

Die Gruppe der West-Pendler hat die Anpassung an den westlichen Arbeitsmarkt besonders rasch geschafft. Die Pendler sind zu Recht besonders zuversichtlich. Gleichzeitig wollen diese besonders aktiven Menschen aber auch überwiegend in den neuen Bundesländern weiter wohnen bleiben. Sie stellen damit ein wichtiges „Scharnier“ im vereinigten Deutschland dar.

*(Jürgen Schupp/Gert Wagner)*

# C. Einstellungen, Erwartungen und subjektives Wohlbefinden

## 13 Wertorientierungen und Erwartungen

Anhand von Wertorientierungen und Erwartungen ist es möglich, die Relevanz einzelner Lebensbereiche in der Gesamtbevölkerung und für einzelne Bevölkerungsgruppen zu ermitteln. Diese Einschätzungen geben Auskunft über die konkrete Lebenslage und Defizite in einzelnen Lebensbereichen. In diesem Kapitel werden Informationen zu Einstellungen und Zukunftserwartungen in West- und Ostdeutschland präsentiert. Es handelt sich um Angaben über die Wichtigkeit von einzelnen Lebensbereichen für das Wohlbefinden, über grundlegende Einstellungen im Hinblick auf Schwangerschaftsabbruch und Sterbehilfe sowie über Erwartungen und Sorgen. Es wird sich zeigen, daß bei den politisch relevanten Einzelthemen und bei den Sorgen große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen, in den grundlegenden Orientierungen jedoch große Übereinstimmung herrscht.

### 13.1 Wichtigkeit von Lebensbereichen

Die Menschen bewegen sich in unterschiedlichen Lebensbereichen und bewerten diese in unterschiedlichem Ausmaß für ihr Wohlbefinden als wichtig. Insgesamt besteht in Deutschland jedoch ein breiter Konsens, welche Lebensbereiche für das eigene Wohlbefinden relevant sind. In West- wie in Ostdeutschland steht das Privatleben im Vordergrund: Familie, Gesundheit sowie Liebe und Zuneigung (*vgl. Tab. 1*). Hinter diesen privaten Bereichen und auch hinter dem Bedürfnis nach einer intakten Umwelt liegen in der Rangfolge die auf die Existenzsicherung ausgerichteten Bereiche Arbeit und Einkommen. Einkommen liegt damit auf einem mittleren Rangplatz, wobei niemand Einkommen als völlig unwichtig einstuft. Der Bereich Freizeit hat einen vergleichbar hohen Stellenwert. Materielle und individuelle Orientierungen sind damit weniger vorherrschend, als das Bild der arbeitssamen und vereinzelt Deutschen nahelegt.

Es gibt auch Lebensbereiche, die von einem großen Teil der Befragten als relativ unwichtig für das eigene Wohlbefinden angesehen werden. So läßt sich kaum

Tab. 1: Die Wichtigkeit von Lebensbereichen in Ost- und Westdeutschland

			Sehr wichtig	Wichtig	Weniger wichtig	Un- wichtig
			in %			
Gesundheit	Ostdeutschland	1990	82	18	0	0
	Westdeutschland	1988	80	19	1	0
		1984	87	17	1	0
Familie	Ostdeutschland	1990	78	16	2	3
	Westdeutschland	1988	73	23	3	1
		1984	73	24	2	1
		1980	68	28	3	1
Liebe und Zuneigung	Ostdeutschland	1990	69	28	2	1
	Westdeutschland	1988	68	30	2	0
		1984	69	29	2	0
		1980	59	37	3	1
Arbeit	Ostdeutschland	1990	57	33	3	6
	Westdeutschland	1988	36	52	9	4
		1984	36	50	9	5
		1980	31	53	12	4
Einkommen	Ostdeutschland	1990	56	41	3	0
	Westdeutschland	1988	34	60	6	0
		1984	34	55	10	1
		1980	34	55	9	1
Freizeit	Ostdeutschland	1990	35	54	10	1
	Westdeutschland	1988	31	60	9	1
		1984	27	59	11	2
		1980	30	53	13	4
Erfolg	Ostdeutschland	1990	32	47	9	12
	Westdeutschland	1988	18	61	18	3
		1984	18	55	22	5
		1980	15	54	22	9
Glaube	Ostdeutschland	1990	9	22	26	44
	Westdeutschland	1988	16	41	31	12
		1984	15	37	34	14
		1980	13	37	33	17
Politischer Einfluß	Ostdeutschland	1990	12	37	41	11
	Westdeutschland	1988	9	37	42	12
		1984	7	29	46	18
		1980	5	22	47	26

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980, 1984, 1988, 1990 (Ost).

behaupten, daß die Westdeutschen besonders „erfolgsorientiert“ sind, dies sind sie jedoch noch eher als „politisch engagiert“ oder „gläubig“. Bemerkenswert ist für eine säkularisierte Gesellschaft wie die frühere Bundesrepublik immerhin, daß Glaube bedeutsamer eingestuft wird als politischer Einfluß. Aber von 1980 bis 1988 hat kein Bereich stärker an Bedeutung zugenommen als der politische Bereich (sehr wichtig/wichtig, von 27 auf 46 %).

Trotz der gleichen Rangfolge in den Wichtigkeitseinschätzungen von West- und Ostdeutschen zeigen sich auch gravierende Unterschiede. Zum einen werden von der ostdeutschen Bevölkerung in fast allen Bereichen höhere Erwartungen dokumentiert, zum anderen zeigen sich Unterschiede in den Bedeutungszumessungen von Arbeit, Einkommen und beruflichem Erfolg. Die ostdeutschen Wichtigkeitseinschätzungen tragen deutlichere Züge einer „Arbeitsgesellschaft“, die zum einen mit einer problematischen Arbeitsmarktlage und dem niedrigeren Lebensstandard in Ostdeutschland und zum anderen mit dem hohen kulturellen Stellenwert der Arbeit in der früheren DDR (vgl. auch Teil II, Kap. 15) erklärt werden kann. Trotz des friedlichen Umbruchs und des veränderten politischen Rahmens spielt der politische Einfluß für die Befragten in Ostdeutschland eine ähnlich geringe Rolle wie in Westdeutschland. In der sehr geringen Bedeutung des Glaubens im Osten kommt auch die staatliche Politik zum Ausdruck, die eher auf Verhinderung als auf Förderung religiöser Betätigung gerichtet war (vgl. dazu auch Teil II, Kap. 17).

Zusammenfassend legt die Bevölkerung Gesamtdeutschlands die Priorität auf die Befriedigung immaterieller Bedürfnisse in privaten Lebensbereichen. Differenzen zwischen West- und Ostdeutschen betreffen vor allem die generell höheren Erwartungen sowie die größere Relevanz der materiellen Lebensbedingungen im Osten.

## 13.2 Einstellungen zum Schwangerschaftsabbruch und zur Sterbehilfe

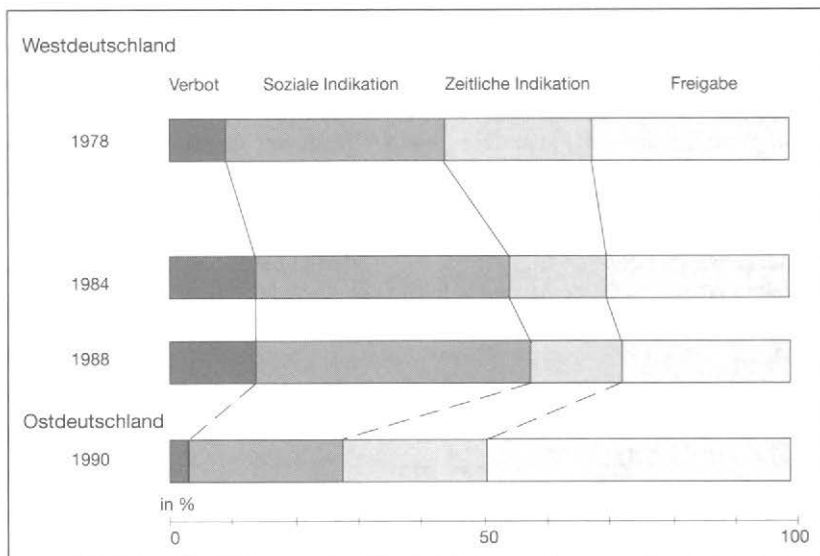
Mit der Dauerbeobachtung zweier politikrelevanter Einzelthemen (§ 218 und Sterbehilfe) können die Bedeutungszumessungen um konkrete gesellschaftspolitische Einstellungen ergänzt werden. Während dabei die regelmäßige Erfassung der Einstellungen zum § 218 einen langjährigen und bekannten Streitgegenstand in Westdeutschland betrifft, handelt es sich bei der Sterbehilfe in beiden Landesteilen um ein Beispiel für einen sogenannten Frühindikator, d. h. um ein Problem, das sich in Zukunft in seiner politischen Relevanz noch weiter entwickeln wird.

In Westdeutschland stimmt knapp die Hälfte der Befragten für die geltende Regelung der sozialen Indikation; ein Viertel der Westdeutschen ist für eine Freigabe des Abbruchs und jeweils jeder siebte für eine zeitliche Indikation bzw. ein generelles Verbot des Schwangerschaftsabbruchs. In der Zeit von 1978 bis 1988 ist sowohl der Anteil der Befürworter der geltenden Regelung wie auch der Anteil der Gegner von Schwangerschaftsabbrüchen gestiegen.

Zusammengefaßt könnte man sagen, daß sich das Meinungsspektrum zum Konservativen hin verstärkt hat, es bleibt aber ein größerer Anteil derjenigen, die eine Freigabe wünschen. Die deutlichste Verschiebung hat zwischen zeitlicher und sozialer Indikation zugunsten der letzteren stattgefunden (vgl. Abb. 1).

Beim § 218 sind im Westen Frauen häufiger als Männer für verschärfte Regelungen. Die Abnahme liberaler Auffassungen ist hier bei den Mittelschichten stärker als bei der Arbeiterschicht, obwohl sie noch einen kleinen Vorsprung an Anhängern liberaler Lösungen vor den Arbeitern haben. Es gibt nach wie vor einen positiven

Abb. 1: Einstellungen zum Schwangerschaftsabbruch in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984, 1988, 1990 (Ost).

Zusammenhang von politischem Interesse und liberaler Lösung. Der stärkste Rückgang der Befürworter einer liberaleren Regelung als der gegenwärtigen ist mit durchschnittlich 15 Prozentpunkten bei den politisch weniger interessierten Gruppen zu verzeichnen. Konfession und Kirchenbindung behalten dabei ihre Erklärungskraft für die Einstellung zum § 218.

Die Ostdeutschen zeigen eine wesentlich liberalere Haltung zum Schwangerschaftsabbruch: Nur ein verschwindend geringer Anteil befürwortet ein Verbot; jeweils ein Viertel tritt für eine soziale oder zeitliche Indikation ein; und die Hälfte

Tab. 2: Einstellungen zum Schwangerschaftsabbruch  
in Ost- und Westdeutschland

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1978	1984	1988	1990
	in %			
Männer				
Verbot	7	11	13	3
soziale Indikation	38	37	41	21
zeitliche Indikation	24	20	16	26
Freigabe	27	28	26	48
Frauen				
Verbot	10	14	16	5
soziale Indikation	34	42	45	26
zeitliche Indikation	21	12	11	16
Freigabe	31	28	24	51
Politisches Interesse				
sehr stark				
Verbot	4	11	14	2
soziale Indikation	32	32	39	24
zeitliche Indikation	32	22	24	33
Freigabe	32	32	23	40
Subjektive Schicht				
Arbeiterschicht				
Verbot	9	16	16	4
soziale Indikation	38	35	42	25
zeitliche Indikation	17	13	11	16
Freigabe	29	29	25	52
Mittel-, Oberschichten*				
Verbot	7	6	14	2
soziale Indikation	33	51	46	23
zeitliche Indikation	27	17	17	28
Freigabe	31	24	21	46

\* Westen: Obere Mittelschicht. Wegen der zu geringen Fallzahl in Ostdeutschland wurden Mittelschicht, obere Mittelschicht und Oberschicht zusammengefaßt.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984, 1988, 1990 (Ost).

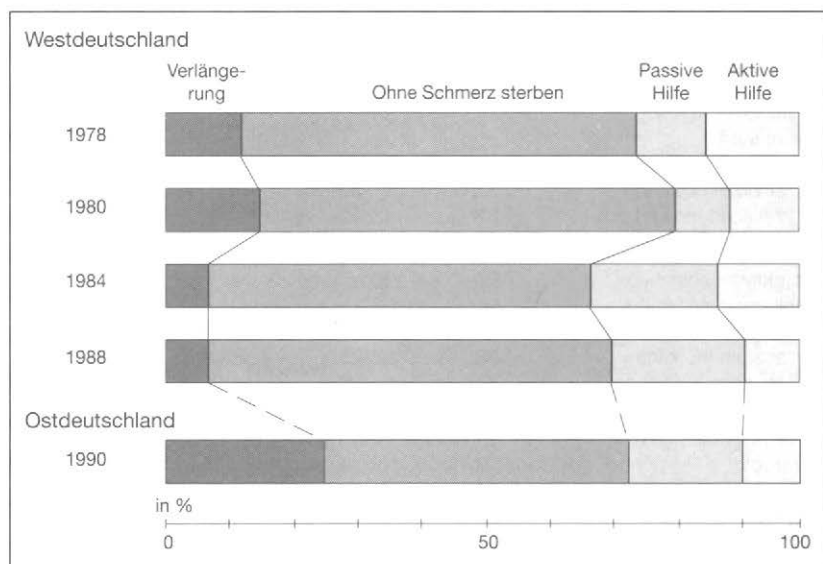
stimmt für eine Freigabe. Die unterschiedlichen Einstellungen im Osten und Westen Deutschlands könnten dazu führen, daß dem Thema Schwangerschaftsabbruch noch stärkere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Im Vergleich zum Westen sind die Frauen im Osten etwas häufiger für die Möglichkeit, den Schwangerschaftsabbruch überhaupt nicht gesetzlich zu regeln.

Männer befürworten häufiger als Frauen die zeitliche Indikation, strengere Regelungen lehnen sie jedoch insgesamt eher als Frauen ab. Der Vergleich zwischen Arbeiter- und Mittelschichten zeigt die gleiche Tendenz. Mittelschichten stimmen überdurchschnittlich häufig für eine zeitliche Regelung, während die Arbeiterschicht sowohl häufiger für die Freigabe stimmt, als auch eher konservative Lösungen bevorzugt. Besonders deutlich wird dieses Muster, wenn Befragte mit starkem politischem Interesse betrachtet werden. Diese Gruppe befürwortet zu einem Drittel die zeitliche Indikation.

Bei der Frage nach der Sterbehilfe haben sich im Westen die Anteile der beiden extremen Alternativen „Verlängerung des Lebens mit allen Mitteln“ und „aktive

Abb. 2: Einstellungen zur Sterbehilfe in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984, 1988, 1990 (Ost).

Sterbehilfe“ seit 1978 halbiert; die geltende Rechts- und Moralauffassung hat sich auf hohem Niveau bei fast zwei Drittel der westlichen Bevölkerung konsolidiert; verdoppelt hat sich der Anteil derjenigen, die eine passive Hilfe befürworten (vgl. Abb. 2).

Die Unterstützung für die „passive Hilfe“ steigt im Westen insbesondere bei den Altersgruppen bis 50 Jahre und bei den Männern stärker als bei den Frauen. Die Frage nach der Sterbehilfe zeigt hier eine geringe Korrelation mit Schicht und

politischem Interesse. Arbeiter und politisch weniger Interessierte vertreten am häufigsten die beiden Extrempositionen, die breite Mitte ist für gemäßigte Lösungen.

Im Vergleich dazu findet im Osten Deutschlands die Variante einer „Verlängerung des Lebens mit allen Mitteln“ deutlich stärkere Zustimmung. Die Möglichkeit, aktiv

Tab. 3: Einstellungen zur Sterbehilfe

	Westdeutschland			Ostdeutschland	
	1978	1980	1984	1988	1990
	in %				
<b>Männer</b>					
Verlängerung	14	15	7	7	26
ohne Schmerz sterben	58	62	56	60	42
passive Hilfe	9	10	22	23	21
aktive Hilfe	13	9	11	7	7
<b>Frauen</b>					
Verlängerung	10	14	6	6	23
ohne Schmerz sterben	57	62	56	62	48
passive Hilfe	10	8	18	17	16
aktive Hilfe	16	11	13	10	10
<b>Politisches Interesse</b>					
sehr stark					
Verlängerung	16	—**	6	5	25
ohne Schmerz sterben	56	—	60	68	49
passive Hilfe	14	—	19	22	18
aktive Hilfe	12	—	10	4	7
<b>Subjektive Schicht</b>					
Arbeiterschicht					
Verlängerung	13	18	8	8	25
ohne Schmerz sterben	51	57	55	53	43
aktive Hilfe	11	9	18	22	22
passive	17	12	14	10	7
<b>Mittel-, Oberschichten*</b>					
Verlängerung	9	11	3	6	22
ohne Schmerz sterben	62	71	60	63	50
aktive Hilfe	12	9	24	19	13
passive Hilfe	13	7	9	7	12

\* Westen: Obere Mittelschicht. Wegen der zu geringen Fallzahl in Ostdeutschland wurden Mittelschicht, obere Mittelschicht und Oberschicht zusammengefaßt.

\*\* Im betreffenden Jahr nicht erhoben.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984, 1988, 1990 (Ost).



das Leben eines Schwerkranken zu beenden, kommt hingegen seltener in Betracht. Mit einer passiven Hilfe erklärt sich ein größerer Anteil einverstanden. Die verschiedenen medizinischen Versorgungsstrukturen und -möglichkeiten in der ehemaligen DDR und der früheren Bundesrepublik dürften einen Erklärungsgrund für die unterschiedlichen Einstellungen bilden.

Bei einer differenzierten Betrachtung fällt auf, daß in Ostdeutschland Frauen eher als Männer und Mittelschichten eher als Arbeiter der gemäßigten Variante (Sterbenlassen ohne einzugreifen) den Vorzug geben. Gleichzeitig finden sich in diesen Gruppen aber auch vergleichsweise viele Befragte, die eine aktive Lebensverkürzung unterstützen. Klare Tendenzen für Aktivitäten in die eine oder die andere Richtung – Leben verlängern oder Leben verkürzen – lassen sich somit nicht erkennen. Insgesamt unterscheiden sich die Gruppen nicht klar voneinander; darüber hinaus sind die Haltungen von West- und Ostdeutschen in dieser Frage ähnlicher als beim Schwangerschaftsabbruch.

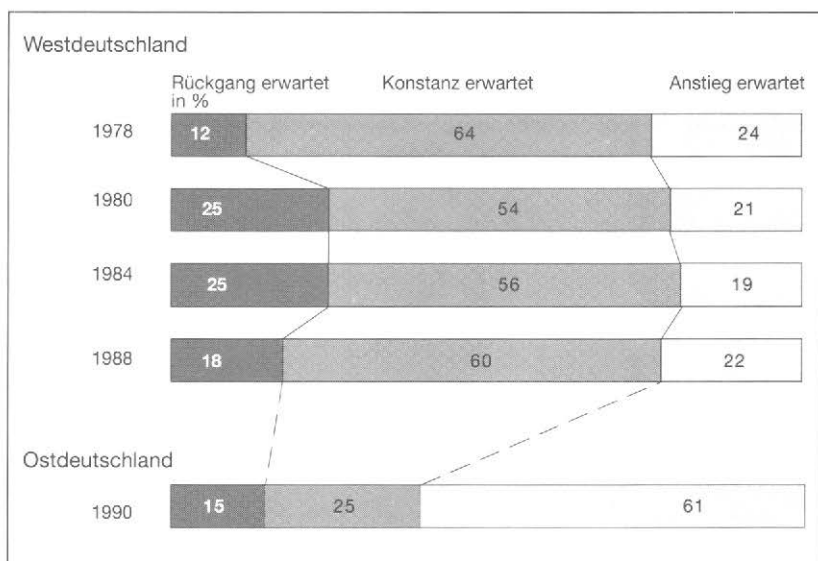
### 13.3 Erwartungen und Sorgen

Auch in unterschiedlichen Zukunftswahrnehmungen kommen Einstellungen, Probleme und Bewußtseinslagen zum Ausdruck. Einschätzungen für die Zukunft sollen anhand dreier Dimensionen dokumentiert werden: die erwartete Lebenszufriedenheit in fünf Jahren, Hoffnungen und Sorgen. Es handelt sich einerseits um generelle Zukunftserwartungen und andererseits um Einschätzungen, die auf konkrete Lebensbereiche bezogen sind.

Einschätzungen zur Lebenszufriedenheit in fünf Jahren deuten wir als Indikator der Erwartungen für die persönliche Zukunft. Die Differenzen zwischen West- und Ostdeutschen bei diesen Fragen sind bemerkenswert (vgl. Abb. 3). Die Angaben auf die im Herbst 1990 in den östlichen Ländern gestellte Frage nach der erwarteten Lebenszufriedenheit weisen, verglichen mit der aktuellen Lebenszufriedenheit, auf einen ausgeprägten Optimismus und große Hoffnungen hin. 61 % glauben, zukünftig zufriedener als zum Befragungszeitpunkt zu sein. In Westdeutschland lag der Wert 1988 bei 22 %, der höchste Wert wurde 1978 – in einer vergleichsweise günstigen ökonomischen Situation – mit 24 % erreicht. Im Westen dominiert der Anteil derjenigen, die ein gleichbleibendes Wohlbefinden erwarten. Beim Übergang in das vergleichsweise problematische Klima der 80er Jahre hat sich im Westen eine pessimistischere Erwartungshaltung verstärkt. Dies hat sich 1980 bereits abgezeichnet, hielt 1984 weiter an und hat sich 1988 abgeschwächt, ohne den Optimismus von 1978 wieder zu erreichen.

Die hoffnungsvolle Einschätzung der persönlichen Zukunft in Ostdeutschland wird nicht relativiert, wenn Erwartungen an einzelne Lebensbereiche thematisiert werden. Bemerkenswert ist, daß fast alle meinen, den gesellschaftlichen Umbruch bewältigen zu können. Eine Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse wird

Abb. 3: Gegenwärtige Lebenszufriedenheit im Vergleich zur erwarteten Lebenszufriedenheit in fünf Jahren



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984, 1988, 1990 (Ost).

ebenso erwartet. Dies gilt für das Einkommen, die soziale Sicherheit, berufliche Perspektiven und die Umweltsituation. Immerhin die Hälfte der Erwerbstätigen fürchtet allerdings um ihren Arbeitsplatz (vgl. auch Teil II, Kap. 12), was ein beträchtlicher Anteil ist, der angesichts der ökonomischen Schwierigkeiten aber sehr plausibel erscheint. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten meint, daß auf

Tab. 4: „Große Sorgen“ über weitere Entwicklung in zentralen Lebensbereichen

Große Sorgen über . . .	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1984	1989	1990	1991
	in %			
Umweltschutz	53	63	59	46
Frieden	54	34	40	47
Wirtschaftliche Entwicklung	33	17	36	47
Eigene wirtschaftliche Situation	18	12	28	37
Sicherheit des Arbeitsplatzes*	17	8	38	28

\* Nur Erwerbstätige.

Datenbasis: SOEP (West) 1984, 1988; SOEP (Ost) 1990, 1991.

politische Entscheidungen kaum Einfluß genommen werden kann. Auch die westdeutsche Bevölkerung nimmt (1988) den politischen Bereich als von persönlichen Handlungsmöglichkeiten abgekoppelt wahr. Auf die Frage nach den Möglichkeiten, „auf politische Entscheidungen mehr Einfluß zu nehmen“, gaben 40 % an, hierzu keine Möglichkeiten zu sehen.

Für die Einschätzungen der näheren Zukunft im Osten betrachten wir drei Bevölkerungsgruppen, die vom Transformationsprozeß in jeweils besonderer Weise betroffen sind (vgl. Tab. 5). Unerwartet optimistisch sind die Arbeitslosen, die die

Tab. 5: „Große Sorgen“ bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen

	Westdeutschland 1984	1989	Ostdeutschland 1990	1991
	in %			
Umweltschutz				
Geschlecht				
Männer	54	62	60	45
Frauen	52	64	58	47
Alter				
18 bis 34 Jahre	61	71	58	47
35 bis 59 Jahre	53	62	62	47
über 60 Jahre	41	54	54	43
Erwerbsstatus				
Erwerbstätige	56	65	60	46
Arbeitslose	54	65	—	45
Rentner	42	53	52	41
Frieden				
Geschlecht				
Männer	50	27	37	42
Frauen	57	39	43	52
Alter				
18 bis 34 Jahre	55	33	36	40
35 bis 59 Jahre	53	33	40	49
über 60 Jahre	53	35	48	55
Erwerbsstatus				
Erwerbstätige	52	31	38	44
Arbeitslose	59	39	—	48
Rentner	54	35	48	56
Wirtschaftliche Entwicklung				
Geschlecht				
Männer	34	16	36	47
Frauen	31	18	35	47

Datenbasis: SOEP (West) 1984, 1988; SOEP (Ost) 1990, 1991.

Erwartungen der Erwerbstätigen vor allem in den materiellen Bereichen übertreffen. Es ist möglich, dieses Phänomen mit einem Talsohleneffekt zu erklären: Es kann in Anbetracht der derzeitigen schlechten Lage nur bergauf gehen. Im Vergleich zu den Arbeitslosen äußern sich Rentner weniger zuversichtlich, dies vor allem bei der Entwicklung des Lebensunterhalts, aber auch bei der Entwicklung des Einkommens und der sozialen Sicherung. Ein großer Teil der Rentner scheint im Herbst 1990 eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten ohne eine entsprechende Anpassung der Renten befürchtet zu haben.

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1984	1989	1990	1991
	in %			
Alter				
18 bis 34 Jahre	33	14	32	43
35 bis 59 Jahre	36	20	43	52
über 60 Jahre	27	17	29	42
Erwerbsstatus				
Erwerbstätige	35	17	39	47
Arbeitslose	48	31	—	55
Rentner	27	27	26	42
Eigene wirtschaftliche Situation				
Geschlecht				
Männer	18	13	27	37
Frauen	17	12	29	37
Alter				
18 bis 34 Jahre	21	13	32	38
35 bis 59 Jahre	19	14	30	44
über 60 Jahre	11	8	18	24
Erwerbsstatus				
Erwerbstätige	17	11	29	39
Arbeitslose	55	40	—	54
Rentner	12	19	18	23
Sicherheit des Arbeitsplatzes*				
Geschlecht				
Männer	18	7	35	30
Frauen	14	8	41	26
Alter				
18 bis 34 Jahre	17	7	37	30
35 bis 59 Jahre	16	8	40	41
über 60 Jahre	6	3	22	—

\* Nur Erwerbstätige.

Sorgen sind eher pessimistische Zukunftserwartungen, die mit Beeinträchtigungen des Wohlbefindens einhergehen. An der Spitze der Sorgen in den alten Bundesländern liegen die öffentlichen Bereiche Umweltschutz, Friedenssicherung und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Die private Situation beunruhigt die Menschen im Westen deutlich weniger. In den unterschiedlichen Angaben von 1984 und 1989 spiegeln sich gesellschaftlich relevante Problemfelder zu den jeweiligen Befragungszeitpunkten. Mitte der 80er Jahre war der Friedenserhalt ein entscheidendes Thema in der öffentlichen Diskussion im Westen, das am Ende des Jahrzehnts deutlich an Schärfe verloren hat. Die Sorgen um den Erhalt der natürlichen Umwelt nahmen hingegen noch zu. Entsprechend der günstigen wirtschaftlichen Konjunktur in den alten Ländern Ende der 80er Jahre befürchtet nur noch ein geringer Teil der Befragten im Jahre 1989 negative Entwicklungen für die persönliche oder allgemeine ökonomische Situation.

In Anbetracht des Umbruchs verwundert es nicht, daß sich die ostdeutsche Bevölkerung deutlich häufiger Sorgen um den Arbeitsplatz sowie die allgemeine und persönliche wirtschaftliche Situation macht. Der Umweltbereich und der Friedenserhalt rangierten 1990 allerdings noch vor den wirtschaftlichen Sorgen. Innerhalb des Jahres 1990 bis 1991 sind signifikante Verschiebungen eingetreten: Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung nahmen im Sommer 1991 den ersten Platz ein, etwa die Hälfte der Befragten äußert sich sehr besorgt. Der Anteil liegt im Vergleich zu Westdeutschland dreimal so hoch. Beim Umweltschutz scheinen in Ostdeutschland bereits Verbesserungen wahrgenommen worden zu sein oder zumindestens zukünftig erwartet zu werden. Stärkere Zweifel sind jedoch in bezug auf die Friedenssicherung aufgekommen. Auch wenn im Osten noch erheblich häufiger Sorgen um den Arbeitsplatz geäußert werden als im Westen, ist der Anteil eher pessimistischer Befragter insgesamt doch gesunken. Für die 1991 noch Erwerbstätigen scheint die Situation nicht mehr ganz so ungewiß zu sein wie für die Erwerbstätigen von 1990.

Die Sensibilität für einzelne Bereiche ist für verschiedene soziodemographische Gruppen durchaus unterschiedlich. Frauen aus Ost- und Westdeutschland machen sich größere Sorgen um die Erhaltung des Friedens. Die Frauen aus den neuen Ländern hatten 1990 noch größere Sorgen um ihren Arbeitsplatz als Männer, während sich dies 1991 umkehrt. Die im Erwerbsleben verbliebenen Frauen scheinen sich weniger von Arbeitslosigkeit bedroht zu fühlen als Männer. Die Unterteilung nach Arbeitsgruppen zeigt, daß im Westen Jüngere sich häufiger Gedanken um die Umwelt machen, mittlere Altersgruppen Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung äußern und Ältere im Hinblick auf diese Bereiche relativ selten beunruhigt sind. Im Osten sind ältere Befragte hingegen überdurchschnittlich häufig um die Friedenssicherung besorgt. Der Zeitvergleich zwischen 1984 und 1989 zeigt, daß bei den Rentnern im Westen die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation gestiegen sind. Dies trifft auch für die Rentner aus dem Osten des Landes zu. Arbeitslose äußern vergleichsweise häufig Sorgen, begreiflicherweise vor allem in den materiellen Bereichen.

Trotz der unterschiedlichen Befragungszeitpunkte in West- und Ostdeutschland kann vermutet werden, daß die jeweilige Bevölkerung Beeinträchtigungen durch ganz unterschiedliche Lebensbereiche erfahren hat. Während im Westen in dem angegebenen Zeitraum die Sorgen in wirtschaftlicher Hinsicht gesunken sind, sind sie im Osten gestiegen. Beim Umweltschutz verhält es sich umgekehrt. Die unterschiedlichen Probleme, die die Menschen beschäftigen, sind sicherlich auch ein Grund für die zögerliche „innere“ Vereinigung Deutschlands. Es bleibt zu hoffen, daß die steigenden Sorgen im Osten die gleichzeitig herrschende optimistische Grundstimmung nicht in Resignation umschlagen lassen.

*(Roland Habich/Annette Spellerberg)*

## 14 Komponenten des Wohlbefindens und Zufriedenheit nach Lebensbereichen

### 14.1 Positive Komponenten subjektiven Wohlbefindens

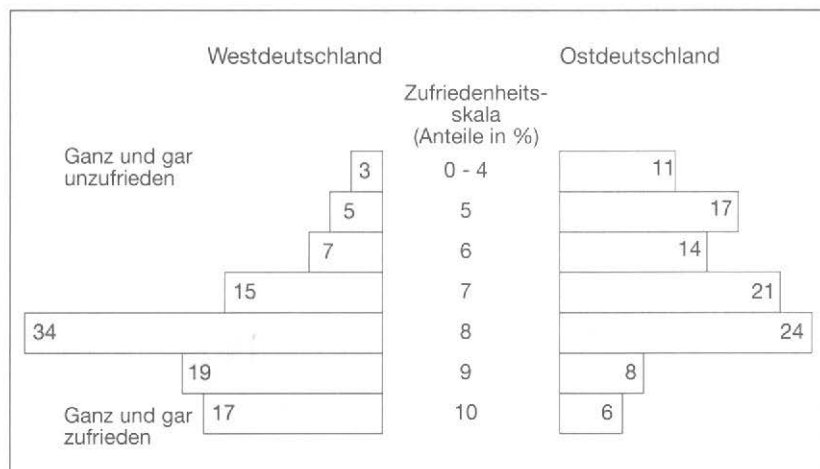
Von den vielen Möglichkeiten, subjektives Wohlbefinden zu beschreiben, werden die Begriffe „Zufriedenheit“ und „Glück“ sowohl umgangssprachlich als auch in sozialwissenschaftlichen Studien vorrangig verwendet. Zufriedenheitsangaben können sich auf zahlreiche Sachverhalte beziehen: auf spezifische Merkmale individueller Lebensbedingungen, wie die Zufriedenheit mit der Wohnungsgröße, auf ganze Lebensbereiche, wie die Zufriedenheit mit der Wohnung, und auf das subjektive Wohlbefinden insgesamt, wie die Zufriedenheit mit dem Leben. In der Zufriedenheit kommt eine individuelle Bewertung zum Ausdruck; sie hängt insbesondere von sozialen Vergleichen mit wichtigen Bezugsgruppen ab und davon, was jemand wünscht, erwartet, erhofft und anstrebt. Glück ist dagegen ein eher affektiver Zustand und ergibt sich aus dem Verhältnis positiver und negativer Erfahrungen und Erlebnisse eines Individuums.

Man kann davon ausgehen, daß die meisten Menschen nach Zufriedenheit und Glück streben und daß dauerhafte Unzufriedenheit und Unglücklichsein eine extreme psychische Belastung darstellen. Individuen haben, um ihre Unzufriedenheit zu verringern, entweder die Möglichkeit, ihre Lebensumstände zu verändern, oder die Möglichkeit, ihre Ansprüche den objektiven Bedingungen anzupassen. Insofern sind die Ergebnisse der empirischen Sozialberichterstattung vieler Länder nicht überraschend, nach denen eine Mehrheit der befragten Menschen mit ihrem Leben – alles in allem – eher zufrieden ist. Ebenso verhält es sich in der früheren Bundesrepublik bis 1990.

Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten führte jedoch zwei Gesellschaftssysteme zusammen, die sich unter wohlfahrtsrelevanten Gesichtspunkten erheblich voneinander unterscheiden. Dies betrifft nicht nur objektive Lebensbedingungen – wie die Einkommensverhältnisse oder die Wohnungssituation –, sondern auch die subjektiven Bewertungen, die Bedürfnisse, Orientierungen, Sorgen und Ängste der Menschen. Im Hinblick auf die politische Zielsetzung, die ostdeutschen Lebensverhältnisse den westdeutschen anzugleichen, kommen insofern auch Informationen über die Ansprüche der ehemaligen DDR-Bürger und die Bewertung ihrer Lebensverhältnisse große Bedeutung zu.

Die Einschätzung der eigenen Lebenszufriedenheit nehmen die Befragten in unseren Umfragen auf einer zehnstufigen Skala vor; sie reicht von „0“ (ganz und gar unzufrieden) bis „10“ (ganz und gar zufrieden). Die große Mehrheit der westdeutschen Bundesbürger ordnet sich dabei im oberen Skalenbereich ein. In

Abb. 1: Allgemeine Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990 (Ost).

den Jahren 1978, 1980, 1984 und 1988 stufen bis zu 6 % der Befragten ihre Lebenszufriedenheit unterhalb der Skalenmitte ein, aber 17 % bis 18 % sind ganz und gar zufrieden (vgl. Abb. 1). Im Durchschnitt liegt die Lebenszufriedenheit zwischen 7,7 und 7,9 auf dieser Skala (vgl. Tab. 1). Damit ist das gesellschaftliche

Tab. 1: Die Zufriedenheit\* mit dem Leben in Ost- und Westdeutschland

	Allgemeine Lebenszufriedenheit						Ganz und gar zu- frieden	Mittel- wert
	Unzu- frieden	0-4	5	6	7	8	9	
		in %						Ø
West								
1978	4	6	7	15	32	18	18	7,8
1980	4	8	8	18	30	13	18	7,7
1984	6	7	6	14	32	17	17	7,7
1988	3	5	7	15	34	19	17	7,9
Ost								
1990	11	17	14	21	24	8	6	6,6

\* Zufriedenheitsskala von 0 bis 10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984, 1988, 1990-Ost.



Niveau der Lebenszufriedenheit in Westdeutschland hoch und über die zurückliegende Dekade erstaunlich stabil.

In Ostdeutschland liegt dieses Niveau mit einem Gesamtdurchschnitt von 6,6 deutlich niedriger; der Anteil an hochgradig Zufriedenen einerseits (6 %) und Unzufriedenen (11 %) andererseits kehrt sich im Vergleich zu den westdeutschen Werten von 1988 beinahe um. Die Gesamtbevölkerung im Osten Deutschlands weist damit Ende 1990 in der Gesamtbilanzierung ihrer Lebensumstände ein Zufriedenheitsniveau auf, wie es im Westen lediglich bei bestimmten Problemgruppen (Arbeitslose; alleinlebende, einsame Ältere; dauerhaft gesundheitlich Beeinträchtigte) anzutreffen ist.

Tab. 2: Emotionales Wohlbefinden – Glück

	sehr unglücklich	ziemlich unglücklich	ziemlich glücklich	sehr glücklich
	in %			
West				
1978	1	4	74	22
1980	1	5	69	26
1984	1	8	72	20
1988	1	4	72	23
Ost				
1990	1	14	74	10

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984, 1988, 1990-Ost.

Für die Angaben der Bürger zum Glück gilt die gleiche Tendenz: Ein Fünftel bis ein Viertel der Westdeutschen bezeichnet sich als „sehr glücklich“; die große Mehrheit der Befragten fühlt sich „ziemlich glücklich“. In die Kategorie „sehr unglücklich“ stuft sich nur ein kleiner Anteil von meist weniger als 1 % der befragten Personen ein (vgl. Tab. 2). In den neuen Bundesländern geben 1990 hingegen rund dreimal so viele Personen an, „unglücklich“ zu sein, etwa ebenso viele äußern, „ziemlich glücklich“ zu sein und nur etwa halb so viele Befragte wie im Westen fühlen sich „sehr glücklich“. Obwohl sich der weitaus größte Teil der neuen Bundesbürger alles in allem eher „glücklich“ fühlt, deutet die ungünstigere Verteilung durchaus eine andere Grundstimmung in der ehemaligen DDR an.

## 14.2 Negative Komponenten subjektiven Wohlbefindens

Unter den Gesichtspunkten von „Lebenszufriedenheit“ und „Glück“ vermittelt die westdeutsche Bevölkerung den Eindruck eines eher hohen und positiven Wohlbefindens. Dieses Bild ändert sich, wenn die Fragestellung auf negative Aspekte des

subjektiven Befindens, wie z.B. „Besorgnisse“, gerichtet wird. Unter „Besorgnis“ verstehen wir negative mentale Erfahrungen der Individuen (vgl. Tab. 3), z.B. „sich öfter erschöpft oder zerschlagen“ bis zu „sich gewöhnlich unglücklich und niedergeschlagen“ zu fühlen.

Es zeigt sich, daß ein großer Teil der Befragten von solchen Beeinträchtigungen des Wohlbefindens berichtet; von hoher Beanspruchung: 44 % geben an, sich öfter erschöpft oder zerschlagen zu fühlen; von Angst: 19 % werden immer wieder von Ängsten und Sorgen geplagt; von Nervosität: 12 % sind ständig aufgeregt und nervös; von depressiver Verstimmung: 10 % fühlen sich gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen. Bereits 1978 waren die Größenordnungen ähnlich. Dies scheint schwer damit vereinbar, daß sich 90 % der Befragten als mit dem Leben weitestgehend zufrieden bezeichnen. Die Schlußfolgerung ist, daß Zufriedenheit nicht mit der Abwesenheit negativer individueller Erfahrungen und Empfindungen gleichgesetzt werden darf. Zufriedenheit mit dem Leben tritt also auch auf, wenn ein im Einzelfall unterschiedliches Maß an subjektiven Belastungen wahrgenommen wird. Auch bei den Hochzufriedenen nennt ein nicht unerheblicher Anteil der Befragten Besorgnissymptome. Zwischen den einzelnen Besorgnissymptomen und der Lebenszufriedenheit besteht insgesamt jedoch eine klare negative Beziehung.

Tab. 3: Besorgnissymptome nach Lebenszufriedenheit

Besorgnis- symptome	Anteil unter allen Befragten			Anteil unter den Unzufriedenen*			Anteil unter Hoch- zufriedenen**		
	West		Ost	West		Ost	West		Ost
	1978	1988	1990	1978	1988	1990	1978	1988	1990
	in %								
Öfter erschöpft oder zerschlagen	54	44	50	82	75	65	46	37	42
Immer wieder Ängste oder Sorgen	19	19	27	69	56	48	11	14	20
Ständig aufgeregt oder nervös	16	12	18	51	22	31	9	9	13
Gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen	14	10	17	64	55	40	7	5	14
Öfter Zittern oder Schütteln	9	6	7	31	23	10	7	4	8
Keines der angege- benen Symptome	41	47	37	8	15	20	51	56	47

\* Einstufung 0 bis 4 auf der Zufriedenheitsskala von 0 bis 10.

\*\* Einstufung 10 auf der Zufriedenheitsskala von 0 bis 10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984, 1988, 1990-Ost.

Ein anderes Maß für Defizite im Wohlbefinden sind Anomiesymptome wie Einsamkeit, Orientierungslosigkeit und Entfremdung von der Arbeit. Sie kennzeichnen eine mangelnde soziale Integration. Zwischen 3 % und 8 % der „alten“ Bundesbürger stimmen „ganz und gar“ (bzw. „eher“ zwischen 8 % und 11 %) den Aussagen zu: „Ich fühle mich einsam“, „Das Leben ist heute so kompliziert geworden, daß ich mich fast nicht mehr zurechtfinde“ und „Meine Arbeit macht mir eigentlich keine Freude“. Die Antworten der Befragten weisen – wie bei den Besorgnissymptomen – eine erstaunliche Stabilität im Zeitvergleich (vgl. Tab. 4) auf. Obgleich sehr viele individuelle Veränderungen stattfinden, bleiben die Randverteilungen über Jahre hinweg weitgehend ähnlich.

Tab. 4: Anomiesymptome

	Stimmt			
	ganz und gar	eher nicht	eher	ganz und gar nicht
	in %			
Ich fühle mich oft einsam				
West				
1978	8	10	22	61
1980	7	11	24	58
1984	7	10	27	56
1988	5	9	30	56
Ost				
1990	10	12	25	53
Das Leben ist heute so kompliziert geworden, daß ich mich fast nicht mehr zurecht finde				
West				
1980	4	11	29	56
1984	4	10	28	59
1988	3	8	29	60
Ost				
1990	12	28	37	24
Meine Arbeit macht mir eigentlich keine Freude				
West				
1980	5	10	29	56
1984	6	9	29	56
1988	4	9	30	56
Ost				
1990	9	13	26	52

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984, 1988, 1990-Ost.

Die vergleichsweise stärkere Beeinträchtigung der Lebensqualität in den neuen Bundesländern zeigt sich ebenfalls in der Ausprägung von Besorgnis- und Anomiesymptomen (vgl. Tab. 3 und 4). In der ehemaligen DDR sind die Gefühle von Niedergeschlagenheit, Orientierungslosigkeit, Sinnlosigkeit und Einsamkeit sowie Sorgen und Ängste verbreiteter als im Westen. Erwähnt werden sollte jedoch auch, daß sich mehr als ein Drittel der Ostdeutschen durch keines der Besorgnissymptome beeinträchtigt fühlt – obgleich dies im Vergleich zum Westen ein relativ geringer Bevölkerungsanteil ist (37 % im Osten, 47 % im Westen).

### 14.3 Subjektives Wohlbefinden bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Man könnte annehmen, daß das globale subjektive Wohlbefinden in Westdeutschland bei allen großen Bevölkerungsgruppen ähnlich ist. Dies gilt jedoch nur mit Einschränkungen (vgl. Tab. 5). Frauen unterscheiden sich beispielsweise dadurch von Männern, daß sie sich viel häufiger einsam fühlen. Dasselbe gilt, wenn man die alten Menschen mit jungen Erwachsenen vergleicht. Allerdings bestehen bei der globalen Lebenszufriedenheit keine Diskrepanzen zwischen diesen Bevölkerungsgruppen.

Geringer Wohlstand, gemessen am Haushaltseinkommen je Haushaltsmitglied, ist mit einem geringeren positiven Wohlbefinden verbunden; dies kommt sowohl bei der Lebenszufriedenheit als auch beim Glück zum Ausdruck. Analoges gilt für den Vergleich der Arbeiterschicht mit der Mittelschicht, der oberen Mittelschicht und der Oberschicht: Angehörige der Arbeiterschicht haben das geringste subjektive Wohlbefinden.

Große Differenzen bestehen auch zwischen einzelnen Haushaltsformen. Einsamkeit ist erwartungsgemäß vor allem ein Problem der Alleinstehenden, und auch eine ausgeprägt hohe Lebenszufriedenheit und Glück finden sich in dieser Haushaltsform seltener. Dabei muß man berücksichtigen, daß es sich bei den Alleinstehenden zum großen Teil um ältere Frauen handelt, die ihren Ehepartner verloren haben und oft mit einer geringen Rente auskommen müssen.

Gruppenspezifische Unterschiede im globalen subjektiven Wohlbefinden bestehen auch in Ostdeutschland und weisen hier teilweise erhebliche Diskrepanzen auf. So fühlen sich auch ostdeutsche Frauen häufiger einsam als Männer, und das Ausmaß gefühlsmäßiger Beeinträchtigungen älterer Menschen in den neuen Bundesländern ist besonders augenfällig. Umgekehrt zählen die Ostdeutschen mit relativ hohem Einkommen zu denjenigen Bevölkerungsgruppen in der ehemaligen DDR, die vergleichsweise geringe Defizite bezüglich ihres Wohlbefindens äußern. Generell erreicht jedoch keine der hier untersuchten Gruppen das subjektive Wohlfahrtsniveau der Westdeutschen.

Tab. 5: Subjektives Wohlbefinden nach sozial relevanten Merkmalen in Ost- und Westdeutschland

	Lebenszufriedenheit*		Unglücklich		Einsamkeit	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	Ø		in %			
Insgesamt	7,9	6,6	5	15	14	22
Geschlecht						
Männer	7,9	6,7	4	12	8	16
Frauen	8,0	6,5	5	18	19	28
Alter						
18 bis 34 Jahre	7,9	6,8	4	8	10	14
35 bis 59 Jahre	7,9	6,4	4	18	9	20
60 Jahre und älter	7,9	6,7	7	21	26	38
Einkommen						
unterstes Quintil	7,5	6,2	8	36	14	50
oberstes Quintil	8,3	6,8	5	11	14	15
Subjektive Schichteinstufung						
Arbeiterschicht	7,6	6,5	7	15	18	18
Mittelschicht	7,9	6,8	4	15	13	27
Oberschicht**	8,1	6,8	3	5	10	11
Haushaltsgröße						
Einpersonenhaushalte	7,4	6,5	13	24	36	44
Mehrpersonenhaushalte	8,0	6,7	3	12	10	15

\* Durchschnittswerte auf der Zufriedenheitsskala von 0 bis 10.

\*\* Einschl. obere Mittelschicht (in Ostdeutschland eine marginale Randgruppe).

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost.

## 14.4 Zufriedenheit nach Lebensbereichen

Die Lebensverhältnisse von Individuen und Haushalten sind durch vertikale und horizontale Ungleichheit gekennzeichnet. Vertikale Ungleichheit bezeichnet sozio-ökonomische Unterschiede zwischen Individuen, von denen ein Teil „oben“, ein anderer Teil „unten“ steht (vgl. auch Teil II, Kap. 11). Horizontale Ungleichheit existiert bei ein und demselben Individuum, wenn in einem Lebensbereich eine hohe Wohlfahrt, im anderen eine niedrige Wohlfahrt vorhanden ist. Im Vergleich zur Messung vertikaler Ungleichheit, etwa der Unterschiedlichkeit der Hauhalts-einkommen, ist es viel schwieriger, die horizontale Ungleichheit von Lebensbereichen zu messen. Wie etwa sollen das Einkommen mit der Gesundheit oder die

Wohnverhältnisse mit der öffentlichen Sicherheit verglichen werden? Eine Lösung für dieses Problem besteht in der Verwendung von Zufriedenheitsskalen, mit denen zumindest die subjektiven Bewertungen der Lebensbereiche verglichen werden können.

In Umfragen der Sozialberichterstattung werden zahlreiche Zufriedenheitsfragen gestellt, die zum größten Teil alle Befragten betreffen, wie etwa die Frage nach der Zufriedenheit mit der Gesundheit; zum kleineren Teil sind die Fragen nur für Teilgruppen der Bevölkerung sinnvoll zu stellen, wie die Frage nach der Arbeitszufriedenheit. Für eine vereinfachende Darstellung wird das Zufriedenheitsniveau in einem Lebensbereich gekennzeichnet durch den Anteil der „eher Zufriedenen“ (Skalenwerte von 6 bis 10 auf der verwendeten Skala von 0 bis 10), den Anteil der „Hochzufriedenen“ (Skalenwert 10), den Anteil der „eher Unzufriedenen“ (Skalenwerte von 0 bis 4) und durch den Durchschnittswert der Zufriedenheitsskala (vgl. Tab. 6a und 6b).

Zwar ist die allgemeine Lebenszufriedenheit in der früheren Bundesrepublik im Lauf der Jahre im Durchschnitt stabil geblieben, aber die Zufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen ist teilweise erheblichen Schwankungen unterworfen.

Die größten Verschiebungen weist die Zufriedenheit mit dem Umweltschutz auf; sie war bereits 1978 am niedrigsten von allen Lebensbereichen, sank 1984 noch weiter ab und stieg bis 1988 wieder etwas an, ohne den Wert von 1978 zu erreichen. Die zunehmenden Umweltprobleme und ihre Thematisierung in den Massenmedien sind der Hintergrund, vor dem sich diese Unzufriedenheit entwickelt hat (vgl. dazu auch Teil II, Kap. 9).

Über das ganze Jahrzehnt gesehen gibt es auch Bereiche mit einer kontinuierlich wachsenden Zufriedenheit. Dazu gehören die Ausbildung, die öffentliche Sicherheit und die Bekämpfung der Kriminalität sowie die Wohnung. Bei der Ausbildung schlägt sich die stetige Anhebung des Bildungs- und Ausbildungsniveaus in höherer Zufriedenheit nieder, auch wenn es inzwischen schwieriger geworden ist, die Ausbildungsqualifikationen in gute Berufspositionen umzusetzen. Bei der öffentlichen Sicherheit und der Bekämpfung der Kriminalität handelt es sich um einen Bereich, in dem die öffentliche Thematisierung von Gewaltkriminalität bei der Auslösung von Unzufriedenheit eine große Rolle spielt. Hier können am schnellsten Umschwünge auftreten. Die steigende Zufriedenheit, die die Bundesbürger bezüglich ihrer Wohnung äußern, erscheint vor dem Hintergrund einer öffentlichen Diskussion um eine „neue Wohnungsnot“ fast paradox. Aber die große Mehrheit der Haushalte in Westdeutschland ist hinsichtlich der Wohnung gut versorgt, und sie dominiert das statistische Bild. Es sind aber immerhin 5 % der Bundesbürger, die 1988 mit ihrer Wohnung subjektiv unzufrieden sind.

Die Zufriedenheitsentwicklung in der früheren Bundesrepublik läßt sich insgesamt so zusammenfassen, daß Anfang und Ende der zurückliegenden Dekade ein höheres Zufriedenheitsniveau haben als das Zwischenjahr 1984. 1984 war ein

Tab. 6a: Zufriedenheit<sup>1</sup> mit Lebensbereichen

			Eher un- zufrieden	Eher zufrieden	darunter: Hoch- zufrieden	Mittelwert
			in %			Ø
Ehe/Partnerschaft <sup>2</sup>	West	1978	1	97	48	9,0
	West	1988	2	96	47	8,9
	Ost	1990	1	96	44	8,8
Familienleben <sup>3</sup>	West	1978	2	96	39	8,7
	West	1988	2	97	38	8,7
	Ost	1990	4	89	34	8,3
Wohngegend	West	1978	9	83	33	7,9
	West	1988	8	86	39	8,1
	Ost	1990	11	66	24	6,8
Hausfrauendasein <sup>4</sup>	West	1978	5	87	25	7,9
	West	1988	6	87	29	7,9
Arbeitsteilung <sup>2</sup>	West	1980	7	86	28	7,9
	West	1988	7	88	41	8,2
	Ost	1990	9	83	35	7,9
Arbeitsplatz <sup>5</sup>	West	1980	5	89	12	7,6
	West	1988	4	92	15	7,8
	Ost	1990	13	74	8	6,7
Lebensstandard	West	1978	7	85	15	7,4
	West	1988	7	83	16	7,5
	Ost	1990	21	57	5	6,0
Wohnung	West	1978	7	83	29	7,8
	West	1988	5	89	37	8,2
	Ost	1990	17	63	14	6,5
Freizeit	West	1978	10	83	26	7,6
	West	1988	8	85	29	7,8
	Ost	1990	17	67	17	6,6

1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; „eher zufrieden“ = 6–10; „hochzufrieden“ = 10; „eher unzufrieden“ = 0–4.

2 Nur Befragte mit (Ehe-)Partner.

3 Nur Befragte mit Ehepartner.

4 Nur nichterwerbstätige Hausfrauen.

5 Nur abhängig Beschäftigte (ganz- und halbtags).

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1988, 1990-Ost.

Jahr mit relativ hoher Unzufriedenheit der Bundesbürger. Danach erhöht sich die Zufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen wieder und erreicht 1988 Werte, die denen von 1978 weitgehend entsprechen. Dieses Bild wird durch die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten erheblich verändert.

Tab. 6b: Zufriedenheit<sup>1</sup> mit Lebensbereichen

			Eher un- zufrieden	Eher zufrieden	darunter: Hoch- zufrieden	Mittelwert
			in %			Ø
Haushaltseinkommen	West	1978	10	82	13	7,2
	West	1988	11	78	14	7,1
	Ost	1990	43	39	3	4,7
Gesundheit	West	1978	12	79	16	7,3
	West	1988	13	78	20	7,3
	Ost	1990	16	72	16	6,9
Soziale Sicherung	West	1978	14	77	10	6,9
	West	1988	10	77	11	7,0
	Ost	1990	34	39	3	4,9
Ausbildung <sup>6</sup>	West	1978	17	71	15	6,7
	West	1988	13	77	23	7,2
	Ost	1990	12	72	17	6,9
Demokratie	West	1978	10	74	7	6,0
	West	1988	13	69	7	6,5
Kirche <sup>7</sup>	West	1978	25	57	9	5,9
	West	1988	30	50	7	5,5
Politische Beteiligung	West	1978	27	50	9	5,6
	West	1988	22	57	9	6,0
	Ost	1990	25	51	8	5,7
Öffentliche Sicherheit	West	1978	40	44	2	5,0
	West	1988	23	58	4	5,8
	Ost	1990	65	16	2	3,4
Umweltschutz	West	1978	39	40	2	5,0
	West	1988	46	30	2	4,5
	Ost	1990	84	6	1	2,2

<sup>6</sup> Nur Befragte, die gegenwärtig Schüler/Studenten sind.

<sup>7</sup> Nur Protestanten und Katholiken.

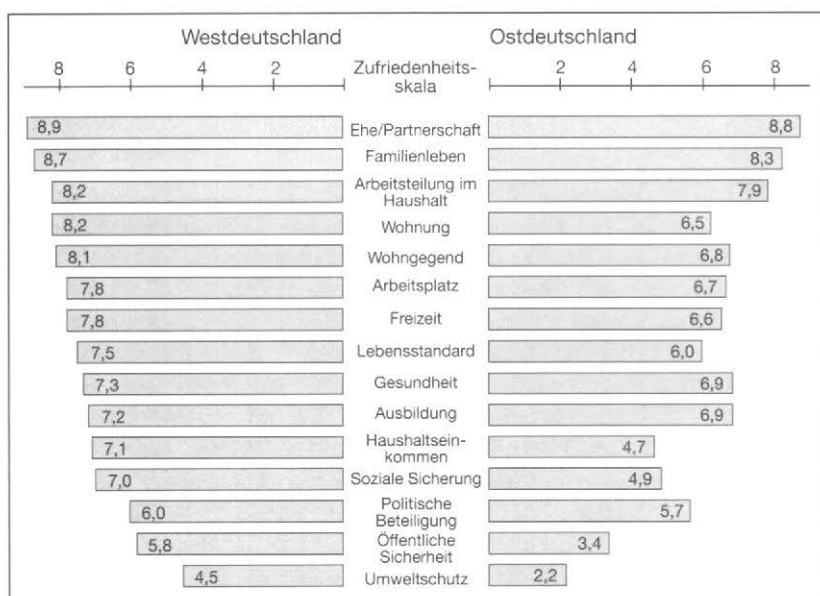
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1990-Ost.

## 14.5 Zufriedenheitsunterschiede in Ost- und Westdeutschland

Die Unterschiedlichkeit der Zufriedenheitsniveaus in den vielfältigen Lebensbereichen rückt die Behauptung zurecht, daß Zufriedenheitsmessungen stets ein hohes Zufriedenheitsniveau ergeben. Es stellt sich zwar heraus, daß es in Westdeutschland kaum Bereiche gibt, in denen der Anteil „eher Unzufriedener“ erheblich größer



Abb. 2: Zufriedenheit in Lebensbereichen in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990 (Ost).

ist als der Anteil „eher Zufriedener“. Aber letzterer variiert, wie der Vergleich der Lebensbereiche 1988 zeigt, beträchtlich: von 30 % bis 96 %. Die Spannweite der westdeutschen Durchschnittswerte reicht 1978 von 5,0 bis 9,0; 1988 von 4,5 bis 8,9; in Ostdeutschland 1990 sogar von 2,2 bis 8,8.

Hinsichtlich der Zufriedenheiten in einzelnen Lebensbereichen ergibt sich im Ostteil Deutschlands eine Bewertungshierarchie (vgl. Abb. 2), die der Rangfolge im Westen durchaus ähnlich ist, die Zufriedenheitswerte liegen jedoch fast durchweg auf einem deutlich niedrigeren Niveau. In Ost- und Westdeutschland stehen die privaten Lebensbereiche Familie und Ehe/Partnerschaft an der Spitze einer Rangfolge der Zufriedenheiten, während die öffentlichen Bereiche Umweltschutz und öffentliche Sicherheit mit hoher Unzufriedenheit bewertet werden. Diese Problemfelder werden in Ostdeutschland erst seit der Wiedervereinigung deutlich wahrgenommen: Probleme des Umweltschutzes wurden vorher eher verharmlost; eine unklare Rechtslage, mangelnde Autoritäten ebenso wie Meldungen über steigende Gewalttätigkeiten führten zum Vertrauensschwund in die öffentliche Sicherheit. Eine überwiegende Mehrheit der ostdeutschen Befragten ist mit dem Zustand in diesen Bereichen unzufrieden (65 % bzw. 84 %).

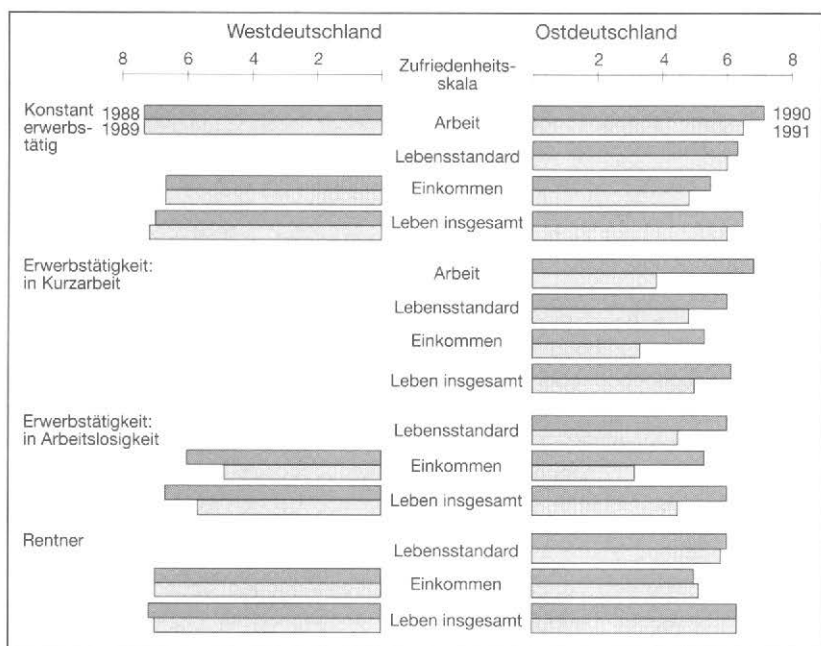
Große Differenzen zeigen sich nicht zuletzt auch bei der Bewertung privater materieller Lebensbedingungen: Mit dem Haushaltseinkommen sind viermal so

viele Ostdeutsche unzufrieden wie Westdeutsche (43 % bzw. 11 %) und mit ihrem Lebensstandard dreimal so viele (21 % bzw. 7 %). Aber auch bei der Bewertung der eigenen Wohnung, der sozialen Sicherheit und dem Arbeitsplatz zeigen sich nennenswerte Diskrepanzen. Da noch nicht abzusehen ist, wann die Talsohle im Osten Deutschlands durchschritten sein wird, dürfte diese massive Unzufriedenheit weiter fortbestehen oder wird sich sogar noch verstärken.

## 14.6 Veränderungen der Lebenslage und Zufriedenheit in Ost- und Westdeutschland

Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft in Ostdeutschland und den damit verbundenen strukturellen Umbrüchen im Erwerbssystem (vgl. Teil II, Kap.3 und 4) war auch abzusehen, daß weite Teile der erwerbstätigen Bevölkerung zeitweise oder gar auf Dauer von Erwerbslosigkeit betroffen sein würden. Für diese sind solche

Abb. 3: Veränderungen im Erwerbsstatus und Zufriedenheit in Lebensbereichen



Datenbasis: SOEP (West) 1988, 1989; SOEP (Ost) 1990, 1991.

Arbeitsmarktunsicherheiten eine neue und einschneidende Erfahrung, die auch einen deutlichen Niederschlag im subjektiven Wohlbefinden haben dürfte. Betrachtet man dazu jene Personen, die entweder durch Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit von den Umbrüchen besonders betroffen waren, und stellt diesen die Gruppe der konstant Erwerbstätigen sowie als vermutete Problemgruppe die Rentner gegenüber, so ist bei den zentralen Indikatoren des Wohlbefindens die subjektive Reaktion auf die objektiven Veränderungen deutlich erkennbar (vgl. Abb. 3).

Selbst das subjektive Wohlbefinden kontinuierlich erwerbstätiger Personen in den neuen Bundesländern bleibt von den allgemeinen Veränderungen nicht unberührt. Während im Westen eine konstante Erwerbsbeteiligung in einem ebenso konstant hohen Niveau der Zufriedenheit mit der Arbeit, dem Haushaltseinkommen und dem Leben insgesamt ihre Entsprechung findet, zeigen die ostdeutschen Werte eine leicht abnehmende Tendenz. Dabei ist zu berücksichtigen, daß insbesondere die Zufriedenheit der Erwerbstätigen im Osten mit ihrer Einkommenssituation bereits 1990 deutlich unter dem westdeutschen Niveau lag. Das auch bei konstantem Erwerbsstatus rückläufige Niveau der allgemeinen Lebenszufriedenheit kann als zusätzlicher Hinweis dafür gelten, daß in der Wahrnehmung dieser Personen der tatsächliche Verlauf des Einigungsprozesses hinter den in ihn gesetzten Erwartungen zurückbleibt. Dennoch bleibt alles in allem die Entwicklung der Zufriedenheiten von Erwerbstätigen im Ostteil Deutschlands, wenn auch auf nach wie vor niedrigem Niveau, vergleichsweise stabil.

Unter wohlfahrtsrelevanten Gesichtspunkten besorgniserregend sind demgegenüber die Zufriedenheitsveränderungen der Personen, die von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die eigene Berufstätigkeit war und ist für die meisten Ostdeutschen (vgl. auch Teil II, Kap. 15 und 16) von zentraler Bedeutung für das persönliche Wohlergehen. Die mit dem Verlust der Erwerbstätigkeit einhergehenden Unsicherheiten, Frustrationen und auch Existenzängste führen zu einem Ausmaß an Unzufriedenheit, das noch weit größer ist als das von erwerbslosen Personen in Westdeutschland. Inwieweit die auffällig niedrige Gesamtbewertung aller persönlichen Lebensumstände bereits die Gefahr sozialer Ausgrenzungsprozesse größerer Bevölkerungsteile in Ostdeutschland nach sich zieht, dürfte vor allem davon abhängen, wie schnell ein auch auf Dauer stabiler Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt dieser Personen möglich ist.

Die Gruppe der ostdeutschen Rentner erweist sich nach den vorliegenden Daten zum subjektiven Wohlbefinden weniger deutlich als besondere Problemgruppe. Die Leistungen des bundesdeutschen Sozialversicherungssystems werden von den ostdeutschen Rentnern offenbar nicht schlecht bewertet. Das Niveau der Zufriedenheit mit dem (Renten-)Einkommen und mit allen Lebensbedingungen liegt zwar noch deutlich unter dem Niveau westdeutscher Rentner, aber das subjektive Wohlbefinden dieser Gruppe in Ostdeutschland bleibt von 1990 bis 1991 trotz den in Teilen sicher nicht unerheblichen Belastungen recht stabil.

*(Detlef Landua)*

## 15 Einstellungen zur Arbeit und Arbeitszufriedenheit

Dem Arbeitsmarkt kommt auch und gerade im vereinten Deutschland eine herausragende Rolle für die Ausgestaltung individueller und familialer Lebenschancen zu. Die erheblichen strukturellen Umbrüche des ostdeutschen Beschäftigungssystems treffen eine Gesellschaft, die verallgemeinernd als „Arbeits- und Arbeitergesellschaft“ charakterisiert werden konnte. Die insgesamt hohe Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland (vgl. auch Teil II, Kap. 3 und Kap. 4) sowie die weitgehend selbstverständliche Erwerbstätigkeit von Frauen (vgl. Teil II, Kap. 16) hatte nicht nur ökonomische Gründe. Arbeit als zentrales Lebensinteresse war nicht allein propagandistische Formel, sondern entsprach durchaus auch individuellen Orientierungen. Ob sich darin allerdings grundlegende Einstellungsunterschiede gegenüber den Orientierungen westdeutscher Bürger dokumentieren, ist eine noch offene Frage. Im folgenden wird das Verhältnis der west- und ostdeutschen Erwerbstätigen zu ihrer Arbeit vergleichend dargestellt. Für die Mehrheit der westdeutschen Erwerbstätigen zählt zweifellos ein hoher materieller Lebensstandard zu den Rahmenbedingungen, die dieses Verhältnis maßgeblich prägen – die noch vorhandenen Defizite in Ostdeutschland sind kaum weniger einflussreich. Es stellen sich daher die Fragen, welchen Stellenwert die Erwerbsarbeit im Verhältnis zu anderen Lebensbereichen einnimmt, welche Ansprüche die Erwerbstätigen an Arbeitsplätze und Tätigkeitsinhalte stellen und wie sie ihre Berufstätigkeit subjektiv wahrnehmen und bewerten.

### 15.1. Bedeutung der Arbeit und Arbeitsorientierungen

Welchen Stellenwert Arbeit und Beruf im Leben der Menschen einnehmen, messen wir an zwei Indikatoren: der subjektiven Einschätzung, wie wichtig die Arbeit für das individuelle Wohlbefinden ist, und der vergleichenden Beurteilung der Wichtigkeit von Beruf und Freizeit. Die Indikatoren weisen darauf hin, daß die Arbeit einerseits für das Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland nach wie vor von erheblicher Bedeutung ist; in Ostdeutschland allerdings auf einem wesentlich höheren Niveau. Andererseits haben Beruf und Arbeit für einen großen Teil der westdeutschen Erwerbstätigen ihre lebensbeherrschende Stellung verloren – in Ostdeutschland dominiert dagegen (noch) eine Erwerbszentrierung.

Im Durchschnitt aller Erwerbstätigen stuft nahezu jeder zweite Westdeutsche und fast zwei Drittel der Ostdeutschen die Arbeit als sehr wichtig für sein Wohlbefinden ein. Dieser Anteil ist in Westdeutschland seit 1980 nahezu unverändert geblieben.

Für die Richtigkeit der in den vergangenen Jahren häufig vertretenen These eines drastischen Bedeutungsverlustes der Erwerbsarbeit bietet die Entwicklung dieses Indikators keine Anhaltspunkte.

Der Vergleich der Wichtigkeit, die der Arbeit und der Freizeit zugeschrieben werden, ergibt für die frühere Bundesrepublik, daß gegenüber 1984 im Durchschnitt eine leichte Verringerung der Arbeitsorientierung zu verzeichnen ist, der jedoch keine entsprechende Zunahme einer Freizeitorientierung unter den Erwerbstätigen gegenübersteht, die als Abwendung von der Erwerbstätigkeit interpretiert werden könnte. Vielmehr nimmt der Anteil derjenigen zu, die Arbeit und Beruf als gleichermaßen wichtig ansehen. Die Gegenüberstellung der individuellen Prioritäten ergibt, daß 1988 für 27 % aller Erwerbstätigen der Beruf wichtiger ist als

Tab. 1: Wichtigkeit der Arbeit für das Wohlbefinden

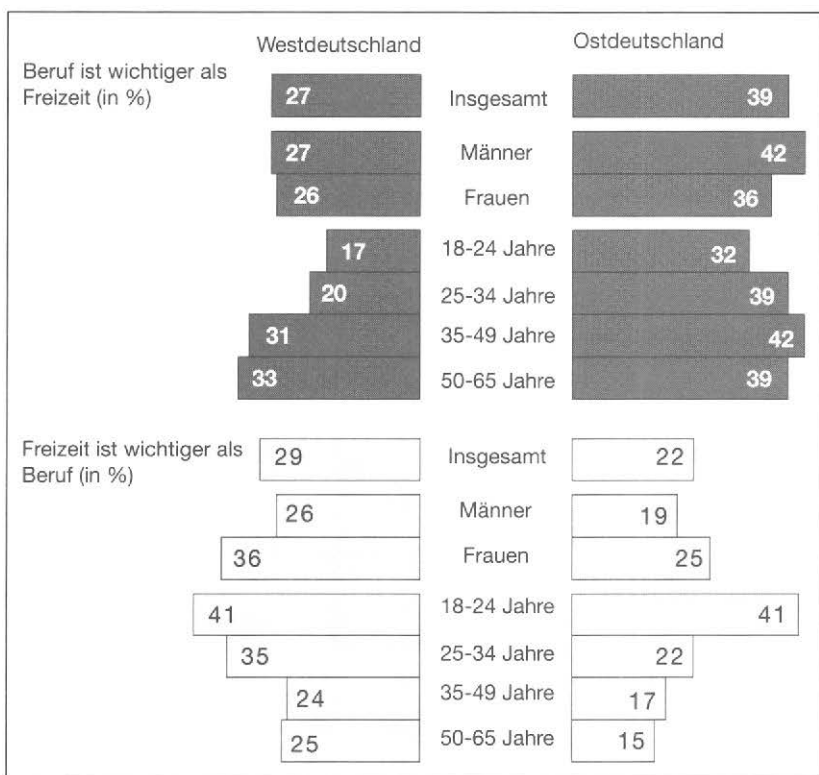
Arbeit ist für das Wohlbefinden sehr wichtig	Bevöl- kerung ins- gesamt	Erwerbs- tätige ins- gesamt	Erwerbstätige nach Stellung im Beruf				
			Beamte	Angestellte		Arbeiter	
				mittlere	höhere	ange- lernte	quali- fizierte
in %							
Westdeutschland							
1980	31	42	44	41	48	34	46
1984	36	43	37	35	50	47	51
1988	36	43	39	37	49	42	53
Ostdeutschland							
1990	57	86	—	60	68	78	61

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980, 1984, 1988, 1990-Ost.

die Freizeit und für 29 % die Freizeit wichtiger als der Beruf. Fast die Hälfte aller Erwerbstätigen (44 %) stufen beide Bereiche als gleich wichtig ein (vgl. Abb. 1).

In Ostdeutschland ergibt sich dagegen ein anderes Bild: 39 % der Erwerbstätigen stufen Beruf und Arbeit höher als die Freizeit ein, ebenfalls 39 % halten beide Bereiche für gleich wichtig, und lediglich 22 % stellen die Freizeit in den Vordergrund. Auffällig ist dabei, daß der Anteil derjenigen, die Beruf und Freizeit als gleich wichtig erachten, nur in wenigen Bevölkerungsgruppen den Anteil der Arbeitsorientierten übersteigt. Dies stützt solche Interpretationen, die den Bürgern in den neuen Bundesländern eine im Vergleich zu Westdeutschland ausgeprägtere Arbeitsorientierung zuweisen. Beachtenswert ist jedoch auch, daß bei den jüngeren Altersgruppen in Ostdeutschland eine ebenso starke Freizeitorientierung zu finden ist wie in der entsprechenden Gruppe in Westdeutschland, allerdings nicht auf Kosten einer

Abb. 1: Arbeits- und Freizeitorientierung in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990 (Ost).

schwächeren Arbeitsorientierung. Der Anteil derjenigen, die den Beruf für wichtiger halten als die Freizeit, ist auch in dieser Altersgruppe im Osten wesentlich größer als im Westen.

Bezogen auf einzelne Beschäftigtengruppen ist in beiden Teilen Deutschlands die Arbeitsorientierung bei männlichen, die Freizeitorientierung bei weiblichen Erwerbstätigen stärker ausgeprägt. Für die westdeutschen Erwerbstätigen ist zudem ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Höhe des Arbeitseinkommens und dem Stellenwert von Beruf und Freizeit festzustellen: je niedriger das durchschnittliche Einkommen, desto größer ist der Anteil der Freizeitorientierten. Ein solcher Zusammenhang ist bei den ostdeutschen Erwerbstätigen nicht vorhanden; hier unterscheidet sich allenfalls die höchste Einkommensgruppe durch eine noch dominierende Arbeitsorientierung.

Tab. 2: Stellenwert von Beruf und Freizeit

	Beruf wichtiger als Freizeit			Beide gleich wichtig			Freizeit wichtiger als Beruf		
	West 1984	West 1988	Ost 1990	West 1984	West 1988	Ost 1990	West 1984	West 1988	Ost 1990
	in %								
Insgesamt	30	27	39	40	44	39	30	29	22
Geschlecht									
Männer	33	27	42	42	47	39	25	26	19
Frauen	24	26	36	36	38	39	40	36	25
Altersgruppen									
18 bis 24 Jahre	19	17	32	38	42	27	43	41	41
25 bis 34 Jahre	23	20	39	41	45	38	36	35	22
35 bis 49 Jahre	35	31	42	39	45	41	26	24	17
50 bis 65 Jahre	37	33	39	41	43	46	22	25	15
Bruttoeinkommen*									
unterstes Quintil	20	18	33	39	38	39	41	45	27
2. Quintil	25	18	34	36	41	48	40	41	18
3. Quintil	24	27	32	46	42	39	30	31	28
4. Quintil	25	22	36	50	50	39	26	28	24
oberstes Quintil	43	41	59	38	38	29	19	21	12

\* Bruttoarbeitseinkommen in Quintilen. Jedes Quintil umfaßt 20 % der nach ihrer Einkommenshöhe geordneten Gruppen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984, 1988, 1990-Ost.

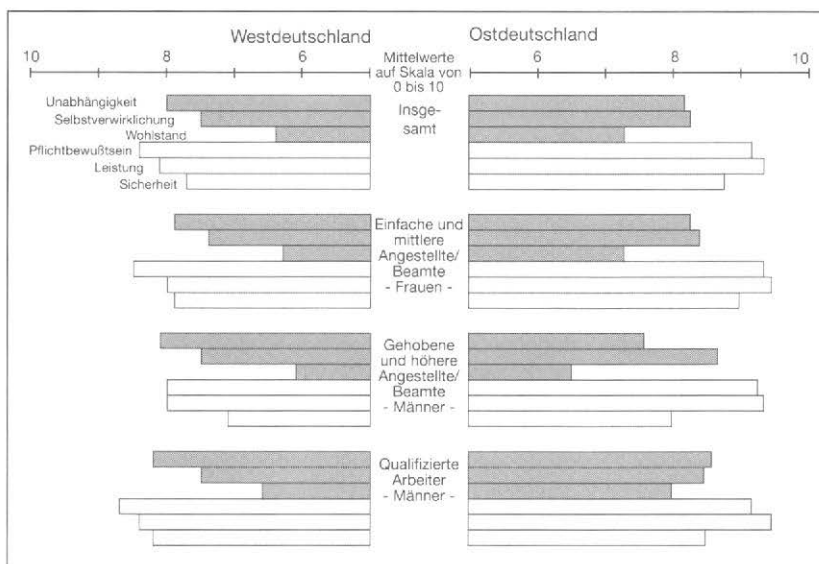
Alles in allem scheint die westdeutsche Entwicklung, wie sie sich in den verwendeten Indikatoren widerspiegelt, jenen Unrecht zu geben, die einen Bedeutungsverlust der Erwerbsarbeit zugunsten der Freizeit vorhergesagt hatten. Es zeichnet sich vielmehr ab, daß die Erwerbsarbeit für die überwiegende Mehrheit innerhalb der aktiven Bevölkerung ihren hohen Stellenwert behält, während gleichzeitig die Freizeit immer häufiger als ein gleichrangiger Lebensbereich angesehen wird. Bezogen auf die Situation in Ostdeutschland kann darüber hinaus festgehalten werden, daß die Umbrüche im Beschäftigungssystem die vorherrschenden Arbeitsorientierungen eher verstärkt als abgeschwächt haben (vgl. Teil II, Kap. 3 und 12). Dem Arbeitsmarkt wird im Osten Deutschlands in den nächsten Jahren nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten eine tragende Rolle zukommen; der Lebensbereich Arbeit wird vermutlich auch im subjektiven Bewußtsein der Bevölkerung von größerer Bedeutung sein als im Westen.

Daneben finden sich bei einzelnen Beschäftigtengruppen spezifische Unterschiede in den allgemeinen Werteinstellungen. Bei der diesbezüglichen Frage, inwieweit es wünschenswert sei, daß „sich die Menschen in unserer Gesellschaft im allgemeinen (nach bestimmten Verhaltensweisen) richten“, ergeben sich

beachtliche Unterschiede zwischen Verhaltensweisen, die man eher als traditionelle Arbeitsmoral (z.B. pflichtbewußt sein, etwas leisten, auf Sicherheit bedacht sein) bezeichnen kann, und sogenannten hedonistischen Verhaltensweisen (wie z.B. Selbstverwirklichung).

Insgesamt beurteilen nahezu alle Erwerbstätigen in Ost- und Westdeutschland (vgl. Abb. 2) nach wie vor Aspekte der traditionellen Arbeitsmoral als sehr wünschenswert, wobei diese im Osten generell, im Westen vor allem von Arbeitern besonders betont werden. Auch dies ist wiederum ein deutliches Indiz für die mit

Abb. 2: Allgemeine Werteinstellungen bei verschiedenen Beschäftigtengruppen



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, SOEP (Ost) 1990.

einer allgemeinen Arbeitsorientierung einhergehende traditionelle Arbeits- und Arbeitermoral in der früheren DDR. Aufschlußreich ist allerdings, daß solche Werteinstellungen keineswegs durchgängig mit ablehnenden Bewertungen hedonistischer Verhaltensweisen einhergehen – Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung sind auch für diese Gruppen durchaus wünschenswerte Verhaltensweisen, die im Osten jedoch im Vergleich zu den anderen Aspekten niedriger rangieren. Es handelt sich dabei also nicht unbedingt um miteinander konkurrierende Werte, sondern um sich zum Teil ergänzende Einstellungen. Im Vergleich zu den west-



deutschen Erwerbstätigen werden in Ostdeutschland nicht nur nahezu alle Verhaltensweisen höher eingestuft – alle Beschäftigtengruppen schätzen darüber hinaus die Leistungsbereitschaft und das Pflichtbewußtsein als besonders wünschenswert.

Die Ansprüche und Erwartungen, die Erwerbstätige an ihre Arbeit richten, sind daran abzulesen, wie wichtig ihnen bestimmte Arbeitsplatz- und Tätigkeitsmerkmale sind. Unter den berücksichtigten Aspekten ist den Erwerbstätigen in Westdeutschland neben den allgemeinen Arbeitsbedingungen die Sicherheit des Arbeitsplatzes nach wie vor am wichtigsten, danach folgen das Verhältnis zu den Kollegen, Selbständigkeit, eine abwechslungsreiche Tätigkeit und die Verdienstmöglichkeiten. Bei den Erwerbstätigen in Ostdeutschland beobachten wir eine durchgängig höhere Wichtigkeitsbewertung nahezu aller Arbeitsplatzmerkmale mit einer besonderen Hervorhebung traditioneller Kriterien der Arbeitsplatzbeurteilung. Sie ist zum Teil der Arbeitsplatzbeurteilung westdeutscher Arbeiter ähnlich, für die die Sicherheit des Arbeitsplatzes und die Verdienstmöglichkeiten weiterhin im Vordergrund stehen. Westdeutsche Erwerbstätige mit Beamten- und Angestellten-tätigkeiten, zumal die in höheren Positionen, legen im Vergleich dazu größeren Wert auf arbeitsinhaltliche Aspekte (vgl. Tab. 3 und Abb. 3).

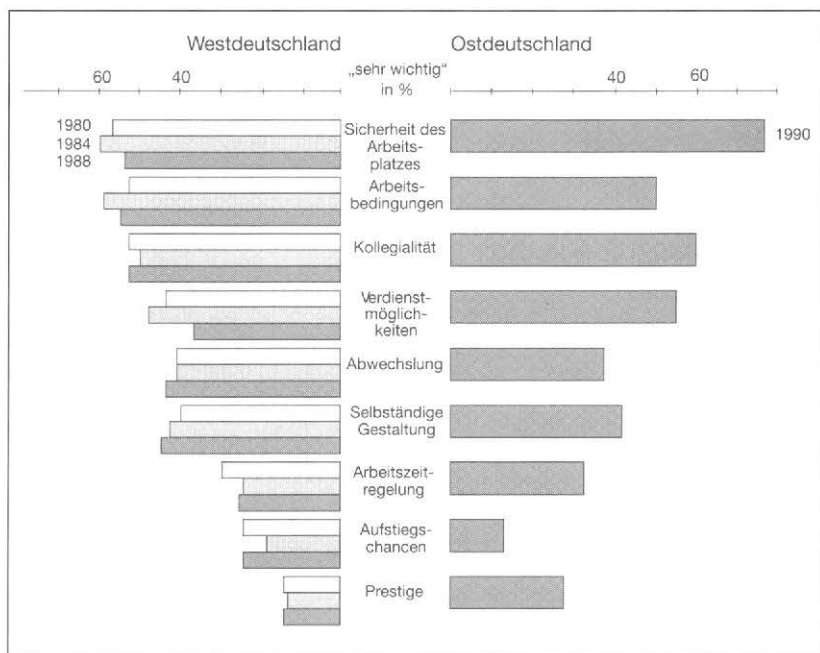
Tab. 3: Wichtigkeit\* von Arbeitsplatz- und Tätigkeitsmerkmalen 1988

	Verdient-möglich-keiten		Sicher-heit d. Arbeits-platzes		Arbeits-zeit-regelung		Auf-stiegs-chancen		Kolle-gen		Prestige		Ab-wechs-lung		Selb-ständig-keit	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %															
Insgesamt	36	56	56	78	27	33	25	13	54	61	13	28	43	38	42	42
Geschlecht																
Männer	38	59	57	78	22	27	27	14	53	59	13	23	43	38	45	40
Frauen	31	51	53	78	37	40	22	12	57	65	15	34	45	37	37	44
Altersgruppen																
18 bis 24 Jahre	33	68	55	74	33	37	42	26	60	78	18	28	48	41	33	37
25 bis 34 Jahre	34	66	46	80	26	40	26	18	51	69	9	36	45	43	50	41
35 bis 49 Jahre	37	46	59	77	26	25	21	6	56	52	15	23	52	33	47	47
50 bis 65 Jahre	38	48	62	81	23	35	17	11	47	56	23	27	39	36	34	39
Schulabschluß																
ohne																
Hauptschule	46	–	61	–	11	–	30	–	41	–	18	–	22	–	32	–
Hauptschul-abschluß	43	68	67	80	30	48	24	14	58	56	15	30	37	30	38	45
Mittlere Reife	31	58	49	82	27	33	32	16	54	66	15	30	50	30	44	41
Abitur	24	37	40	72	21	12	17	5	48	53	8	22	53	22	51	43

\* Anteile „sehr wichtig“

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost.

Abb. 3: Die Wichtigkeit von Arbeitsplatzmerkmalen



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980, 1984, 1988, 1990 (Ost).

Die Unterschiede in der Beurteilung zwischen verschiedenen Gruppen von Erwerbstätigen sind beachtlich. Betrachtet man die Mittelwerte, so legen Frauen in beiden Teilen Deutschlands wesentlich mehr Wert auf die Arbeitszeitregelung als Männer; bei den ostdeutschen Frauen dokumentieren sich darin sicherlich auch Defizite in bezug auf bislang kaum vorhandene Möglichkeiten einer variablen Teilzeitbeschäftigung (vgl. dazu Teil II, Kap. 4). Während in der alten Bundesrepublik den Frauen im Vergleich zu den Männern außer der Arbeitszeitregelung alle anderen Arbeitsplatz- und Tätigkeitsmerkmale weniger wichtig sind, lassen sich derartige Unterschiede in den neuen Bundesländern nicht in gleicher Weise erkennen. Weibliche Erwerbstätige in Ostdeutschland legen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen ein stärkeres Gewicht auf arbeitsinhaltliche Aspekte wie z. B. Selbständigkeit und auch das Ansehen der Tätigkeit.

Im Westen Deutschlands variieren die Arbeitswerte mit dem Alter und dem Bildungsabschluß deutlicher als zwischen den Statusgruppen. Besonderen Wert auf Abwechslung und Selbständigkeit im Beruf legen die jüngeren und gebildeteren Beschäftigten sowie Befragte mit einer „postmaterialistischen“ Grundeinstel-

lung. Dagegen werden die traditionellen Werte mehr von älteren, weniger gebildeten und „materialistisch“ eingestellten Personen vertreten. Im Osten Deutschlands sind entsprechende Zusammenhänge entweder nicht vorhanden oder weniger deutlich ausgeprägt. Es hat den Anschein, daß sich die beruflichen Ansprüche der ostdeutschen Erwerbstätigen nicht so sehr auf die konkrete berufliche Tätigkeit zurückführen lassen, sondern vielmehr Ausdruck eines insgesamt höheren Stellenwertes der Arbeit sind.

## 15.2 Arbeitszufriedenheit

Die Arbeitszufriedenheit ist ein Indikator für die subjektive Qualität des Arbeitslebens und das Verhältnis der Erwerbstätigen zu ihrer Arbeit. Die Arbeitszufriedenheit dokumentiert, wie der Arbeitsplatz in seiner Gesamtheit oder wie einzelne Arbeitsplatz- oder Tätigkeitsmerkmale vor dem Hintergrund unterschiedlicher Ansprüche und Erwartungen subjektiv wahrgenommen und bewertet werden. In den zurückliegenden Jahren haben Thesen, wonach die Arbeitszufriedenheit in der früheren Bundesrepublik einen rückläufigen Trend zeigt, breite Aufmerksamkeit gefunden und lebhafte Kontroversen über mögliche Verursachungsfaktoren ausgelöst: Veränderte Arbeitsbedingungen durch technischen und strukturellen Wandel, die Arbeitsmarktlage, gestiegene oder qualitativ neue Ansprüche an die Arbeit und eine sinkende Arbeitsmoral wurden als mögliche Ursachen für die vermutete Tendenz vermehrter Unzufriedenheit mit der Arbeit diskutiert.

Diese Vermutungen scheinen, soweit sie die allgemeine Arbeitszufriedenheit betreffen, voreilig gewesen zu sein. Ein eindeutiger Trend einer abnehmenden Arbeitszufriedenheit ist in der früheren Bundesrepublik jedenfalls nicht zu erkennen. Das Niveau der allgemeinen Arbeitszufriedenheit ist über die zurückliegende Dekade im Durchschnitt, aber auch für die überwiegende Zahl einzelner Arbeitnehmergruppen konstant geblieben oder hat sich allenfalls geringfügig verändert. Der bei einzelnen Gruppen, wie z. B. halbtagsbeschäftigten Frauen, älteren Arbeitnehmern, gehobenen und höheren Angestellten und Beamten – gemessen an den Mittelwerten – zu beobachtende Rückgang der Arbeitszufriedenheit ist weniger auf eine Zunahme der Unzufriedenen als auf eine Abnahme der Hochzufriedenen zurückzuführen.

Im Vergleich dazu dokumentiert sich in den Werten für Ostdeutschland zunächst ein erhebliches Unzufriedenheitspotential. Im Durchschnitt erreichen die Erwerbstätigen mit einem Wert von 6,7 auf der Skala von 0 bis 10 ein sehr niedriges Niveau, das weit unter allen vergleichbaren Werten der letzten 10 Jahre in Westdeutschland liegt. Dieser Befund reiht sich allerdings bruchlos in ähnliche Ergebnisse zu anderen Lebensbereichen ein (vgl. Teil II, Kap. 14) – insgesamt und in einzelnen Lebensbereichen liegt das Niveau des subjektiven Wohlbefindens in Ostdeutschland nicht nur immer unter dem westdeutschen Niveau, sondern selbst

unter dem von Problemgruppen. Im Vergleich zu den anderen Lebensbereichen relativiert sich jedoch der Befund einer niedrigen Arbeitszufriedenheit. Die Arbeitszufriedenheit nimmt im Vergleich etwa zur Bewertung des Lebensstandards oder zum Haushaltseinkommen einen mittleren Rangplatz ein. Im direkten Vergleich zum Niveau in Westdeutschland dürften deshalb vor allem die Extrempositionen von Unzufriedenheit und hoher Zufriedenheit von besonderer Bedeutung sein. Hier

Tab. 4: Die Zufriedenheit mit der Arbeit

	Durchschnittliche Zufriedenheit*				Eher unzufrieden				Hochzufrieden			
	West		Ost		West		Ost		West		Ost	
	1980	1984	1988	1990	1980	1984	1988	1990	1980	1984	1988	1990
	○				in %							
Abhängig												
Beschäftigte	7,6	7,9	7,8	6,7	5	6	4	13	12	21	16	8
Männer	7,7	7,8	7,8	6,6	5	6	4	12	10	18	15	8
Frauen	7,6	8,1	7,7	6,8	6	5	4	14	16	27	17	9
ganztags	7,5	8,0	7,7	—	6	6	5	—	11	25	16	—
halbtags	7,9	8,2	7,7	—	6	4	4	—	23	31	18	—
Altersgruppen												
18 bis 24 Jahre	7,4	7,6	7,7	5,7	7	9	7	21	8	13	25	4
25 bis 34 Jahre	7,6	7,4	7,5	6,6	5	9	4	10	8	15	7	4
35 bis 49 Jahre	7,6	8,0	7,8	6,8	4	5	3	13	11	21	15	6
50 bis 65 Jahre	8,0	8,4	8,1	7,2	6	1	4	11	21	33	22	20
Stellung im Beruf												
Arbeiter												
un-, angelernte	7,4	7,7	7,6	6,7	10	9	9	14	18	20	26	19
qualifizierte	7,7	7,8	7,8	6,3	3	6	2	14	8	16	16	5
Angestellte												
einfache, mittlere	7,7	7,8	7,7	6,8	5	6	4	12	14	24	16	5
gehobene, höhere	8,1	8,2	7,9	7,2	3	3	2	12	14	26	13	12
Beamte												
einfache, mittlere	7,7	7,7	7,6	—	5	6	3	—	7	9	6	—
gehobene, höhere	7,3	8,0	7,7	—	9	4	5	—	4	23	11	—

\* Zufriedenheitsskala von 0 bis 10: „eher unzufrieden“ = 0–4; „hochzufrieden“ = 10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980, 1984, 1988, 1990-Ost.

fällt auf, daß der Anteil der Hochzufriedenen in Ostdeutschland mit 8 % gerade die Hälfte des Anteils in Westdeutschland (16 %) ausmacht, während der Anteil der Unzufriedenen mit 13 % mehr als dreimal so groß ist. Dieses Verhältnis ist bis auf wenige Ausnahmen in praktisch allen Beschäftigtengruppen zu finden und macht somit deutlich, daß die ostdeutschen Erwerbstätigen vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Ansprüche ihre berufliche Tätigkeit sehr kritisch bewerten.

Während in der früheren Bundesrepublik Frauen mit ihrer Arbeit insgesamt nicht weniger zufrieden sind als Männer und un- und angelernte Arbeiter kaum weniger zufrieden sind als Facharbeiter oder Angestellte und Beamte, lassen sich in den neuen Bundesländern vergleichsweise deutliche Unterschiede z. B. zwischen Männern und Frauen oder zwischen den beruflichen Statusgruppen erkennen. Von den berücksichtigten soziodemographischen Merkmalen steht lediglich das Lebensalter sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland mit der allgemeinen Arbeitszufriedenheit in einem direkten Zusammenhang: Je älter die Arbeitnehmer sind, desto höher ist ihre Arbeitszufriedenheit.

Andere Merkmale, die mit der allgemeinen Arbeitszufriedenheit zusammenhängen, sind die Höhe der Arbeitsanforderungen, aber auch die Wichtigkeit von Arbeit

Tab. 5: Allgemeine Arbeitszufriedenheit nach Stellenwert von Beruf und Freizeit, nach Arbeitsanforderung und Wertorientierung

	Mittelwert*		
	1984	West 1988	Ost 1990
	Ø		
Insgesamt	7,9	7,8	6,7
Arbeitsanforderungen			
Überforderung	7,6	7,8	5,6
Unterforderung	6,5	6,8	5,8
beides ist nicht der Fall	8,2	7,9	7,1
Arbeits-/Freizeitorientierung			
Beruf ist wichtiger als Freizeit	8,2	8,1	7,1
beides ist gleich wichtig	8,1	8,1	6,6
Freizeit ist wichtiger als Beruf	7,3	7,1	6,0

\* Zufriedenheitsskala von 0 bis 10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984, 1988, 1990-Ost.

und Freizeit. Eine negative Abweichung vom durchschnittlichen Niveau der Arbeitszufriedenheit ist in Westdeutschland insbesondere bei Befragten festzustellen, die sich während ihrer Arbeit unterfordert fühlen. Dabei zeigt sich, daß eine Unterforderung die Arbeitszufriedenheit offenbar stärker beeinträchtigt als eine Überforderung. In Ostdeutschland führen beide Faktoren überraschenderweise zu einem noch geringeren Niveau an Arbeitszufriedenheit, während bei Befragten, die nach ihrer eigenen Einschätzung weder über- noch unterfordert sind, eine vergleichsweise hohe Arbeitszufriedenheit festzustellen ist. Die Interpretation liegt nahe, daß die besondere Situation der Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien

in den einzelnen Betrieben bei manchen Beschäftigten zu einer Überforderung geführt hat, die mit „normaler“ Überforderung nicht vergleichbar ist und die Unzufriedenheit erklärt.

Demgegenüber gehen die Zusammenhänge zwischen Arbeits- bzw. Freizeitorientierung und Zufriedenheit in Ost- und Westdeutschland in die gleiche Richtung. Arbeitnehmer, denen die Freizeit wichtiger ist als der Beruf, sind mit ihrer Arbeit im Durchschnitt weniger zufrieden als Befragte mit einer ausgeprägten Arbeitsorientierung. Dabei bleibt zumindest für die westdeutschen Arbeitnehmer offen, ob die niedrigere Arbeitszufriedenheit hier aus einer größeren Diskrepanz zwischen den Arbeitsansprüchen und der Arbeitsplatzrealität oder aus einer insgesamt geringeren Identifizierung mit der Erwerbsarbeit resultiert.

Mindestens ebenso aufschlußreich wie die allgemeine Arbeitszufriedenheit sind die unabhängig davon erhobenen Zufriedenheiten mit einzelnen Aspekten der Arbeitssituation und der ausgeübten Tätigkeit. In der früheren Bundesrepublik ist fast jeder zweite Arbeitnehmer mit seinen Aufstiegschancen unzufrieden und jeder fünfte mit seinen Verdienstmöglichkeiten. Danach folgen nach der Höhe des Unzufriedenenanteils die Arbeitszeitregelung, die Sicherheit des Arbeitsplatzes und die Möglichkeiten selbständiger Gestaltung. Am wenigsten unzufrieden sind die Arbeitnehmer mit der Abwechslung, die ihnen ihre Tätigkeit bietet. In Ostdeutschland ergibt sich ein davon abweichendes Bild: Nicht unerwartet sind zwei von drei Erwerbstätigen mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes unzufrieden, jeder zweite Arbeitnehmer mit den Verdienstmöglichkeiten und mit den vorhandenen Aufstiegschancen. Bei den anderen Aspekten liegen die Unzufriedenheitsanteile auf einem ähnlichen Niveau wie in Westdeutschland.

Bei der auf konkrete Arbeitsplatz- und Tätigkeitsmerkmale gerichteten Betrachtung kommt nicht nur generell mehr Unzufriedenheit zum Ausdruck als bei der Frage nach der allgemeinen Arbeitszufriedenheit, auch die gruppenspezifischen Differenzen treten stärker hervor. Betrachtet man zunächst die Zusammenhänge mit soziodemographischen Merkmalen, so sind generell jüngere Arbeitnehmer in bezug auf sämtliche hier berücksichtigten Arbeitsplatz- und Tätigkeitsmerkmale weniger zufrieden als ältere; die ostdeutschen Erwerbstätigen weichen von diesem Muster lediglich in dem Aspekt der Verdienstmöglichkeiten ab. Auch die im Durchschnitt nach objektiven Kriterien schlechteren Arbeitsbedingungen un- und angelernter Arbeiter manifestieren sich in der früheren Bundesrepublik zumeist in einer überdurchschnittlichen Unzufriedenheit insbesondere im Hinblick auf die Aufstiegschancen, die Möglichkeiten der selbständigen Gestaltung und die Abwechslung, die die Tätigkeit bietet. In den neuen Bundesländern dagegen äußern qualifizierte Arbeiter eher eine höhere Unzufriedenheit. In bezug auf die Verdienstmöglichkeiten finden sich in Westdeutschland die größten Anteile der Unzufriedenen in der Gruppe der einfachen und mittleren Beamten. Im Osten Deutschlands ist die Unzufriedenheit mit der finanziellen Entlohnung in allen Gruppen stark ausgeprägt, ein vergleichsweise niedrigeres Unzufriedenheits-

niveau ist allenfalls bei den einfachen Angestellten erkennbar. Frauen sind im Osten lediglich mit der Arbeitszeitregelung unzufriedener als Männer, was den beobachteten besonderen Ansprüchen im Hinblick auf dieses Merkmal entspricht. Mit diesem Aspekt sind auch die westdeutschen Frauen – neben den Aufstiegschancen und den Möglichkeiten der selbständigen Gestaltung der Arbeit – weniger zufrieden als Männer.

Tab. 6: Unzufriedenheiten\* mit einzelnen Arbeitsplatzmerkmalen

	Verdienst- möglich- keiten		Sicherheit des Arbeits- platzes		Arbeitszeit- regelung		Aufstiegs- chancen		Selbstge- staltungs- möglich- keiten		Abwechs- lung	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %											
Abhängig Beschäftigte	12	50	17	65	18	22	44	46	17	21	12	17
Geschlecht												
Männer	20	56	16	70	16	19	42	52	15	24	13	20
Frauen	22	43	18	58	21	25	48	37	21	17	11	14
ganztags	27	–	16	–	26	–	48	–	20	–	11	–
halbtags	15	–	20	–	11	–	48	–	21	–	11	–
Altersgruppen												
18 bis 24 Jahre	35	41	23	54	26	30	54	56	25	34	18	24
25 bis 34 Jahre	27	53	21	73	23	26	45	44	19	23	14	21
35 bis 49 Jahre	17	52	16	63	16	17	40	47	15	16	10	16
50 bis 65 Jahre	14	48	10	65	9	18	42	38	15	17	11	11
Stellung im Beruf												
Arbeiter												
un-, angelernte	25	57	17	58	18	27	64	59	34	20	25	18
qualifizierte	17	52	25	69	14	21	46	53	17	31	15	22
Angestellte												
einfache, mittlere	23	43	16	67	16	27	40	44	18	16	11	15
gehobene, höhere	19	52	17	61	19	13	32	33	7	13	7	13
Beamte												
einfache, mittlere	30	–	0	–	35	–	58	–	22	–	6	–
gehobene, höhere	14	–	4	–	18	–	43	–	10	–	9	–

\* Anteil der Befragten, die angeben „eher“ oder „sehr“ unzufrieden zu sein.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980, 1988, 1990-Ost.

Veränderungen der Zufriedenheit mit einzelnen Arbeitsplatz- und Tätigkeitsmerkmalen sind in der früheren Bundesrepublik im Vergleich zu früheren Daten insbesondere auch zwischen den Altersgruppen zu beobachten. Tendenziell nimmt die Unzufriedenheit bei den jüngeren Altersgruppen zu, während sie bei den älteren abnimmt. Denkbar ist, daß die größere Unzufriedenheit der jüngeren Arbeitnehmer

die für die geburtenstarken Jahrgänge insgesamt vergleichsweise ungünstigen Arbeitsmarktverhältnisse und die im Vergleich zu älteren Kohorten weniger aussichtsreichen Karrierechancen widerspiegelt. Daß auch in Ostdeutschland die Unzufriedenheit durch die realen Arbeitsmarktverhältnisse und -unsicherheiten erheblich determiniert wird, ist offenkundig. Positive Veränderungen im Beschäftigungssystem, die in einer zumindest mittelfristigen Perspektive eine stabile Arbeitsmarktlage zur Folge haben werden, dürften dann auch in der subjektiven Einschätzung der Erwerbstätigen zum Ausdruck kommen. Ob sich allerdings die beruflichen Orientierungen der ostdeutschen Beschäftigten unmittelbar an die der westdeutschen angleichen werden, bleibt für eine längere Zeit fraglich.

*(Roland Habich / Heinz-Herbert Noll)*



## 16 Familie und Rolle der Frau

Eine Besonderheit der ehemaligen DDR bestand in der über neunzigprozentigen Erwerbsbeteiligung der Frauen. Hierbei handelt es sich um einen nicht nur im Vergleich zur früheren Bundesrepublik außerordentlich hohen Wert, er ist vielmehr auch höher als in anderen Industriegesellschaften, wie etwa den Vereinigten Staaten. Ermöglicht wurde diese hohe Erwerbsquote durch weitreichende sozialpolitische Maßnahmen, die das Spannungsfeld zwischen beruflichen und familialen Anforderungen mindern sollten, um auch jungen Müttern eine hauptberufliche Tätigkeit zu ermöglichen. Es wurde von den erwerbsfähigen Frauen erwartet, daß sie einer Arbeit nachgehen. Wegen der geringen individuellen Arbeitseinkommen bestand auch kaum die Chance, die eigenen Konsumbedürfnisse aus den Arbeitseinkünften des Ehepartners zu decken, so daß die Mitarbeit der Frau zur Sicherung eines angemessenen Lebensstandards erforderlich war. Weiterhin war es ein erklärtes Ziel des Staates, die Zahl der Geburten durch verschiedene Maßnahmen zu erhöhen. Dies führte unter anderem dazu, daß der Anteil der Frauen mit Kindern mit etwa 90 % sehr hoch war. Insgesamt zeigen die Werte, daß für die ostdeutschen Frauen die Doppelrolle als Mutter und Berufstätige die Norm darstellte – ganz im Gegensatz zur Mehrzahl der Frauen in Westdeutschland.

Vor diesem Hintergrund dürften in beiden Teilen Deutschlands auch jetzt noch deutliche Unterschiede im Hinblick auf die Bedeutung der Familie sowie in der Einschätzung der Rolle der Frau zu erwarten sein. Im Rahmen des sich gegenwärtig vollziehenden Wandlungsprozesses stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, welche Vorstellungen und Ansprüche auf Seiten der ostdeutschen Frauen bestehen. Sollten hier Erwartungen vorherrschen, die als Folge der zukünftig verringerten Arbeitsmarktchancen gerade für die Mehrzahl dieser Frauen nicht einlösbar sind, so können aufgrund des dann notwendigerweise neu zu definierenden Rollenverständnisses der Frauen gravierende Probleme in den Bereichen Ehe und Familie prognostiziert werden.

### 16.1 Die Bedeutung und Wichtigkeit der Familie

Die vorherrschende Lebensform ist in beiden Teilen Deutschlands die Ehe. Die hier zugrunde gelegten Daten weisen aus, daß in den östlichen Bundesländern der Anteil verheirateter Personen mit 70 % deutlich über dem entsprechenden Vergleichswert für die westlichen Bundesländer liegt (61 %). Ebenso bestehen deutliche Unterschiede hinsichtlich der Erwerbsquoten verheirateter Frauen: Während im Westen lediglich 36 % aller verheirateten Frauen eine berufliche Tätigkeit ausüben, sind es im Osten 64 %, also ein fast doppelt so hoher Anteil.

Tab. 1: Notwendigkeit von Familie

	„Man braucht die Familie zum Glücklichsein“	
	Ostdeutschland	Westdeutschland
	in %	
Insgesamt	84	69
Geschlecht		
Männer	85	69
Frauen	83	69
darunter:		
berufstätige Frauen	83	62
Familienstand		
ledig	57	46
verheiratet	91	78
verwitwet	85	78
geschieden	72	58
Alter		
18–30 Jahre	71	58
31–45 Jahre	86	67
46–65 Jahre	90	75
über 65 Jahre	84	80
Bildung		
Hauptschulabschluß	87	75
mittlere Reife/polytechnische		
Oberschule	82	70
Abitur/Fachabitur	82	58

Datenbasis: ALLBUS 1991.

Entsprechend dieser unterschiedlichen objektiven Lebenssituation zeigen sich bei der Einschätzung der Bedeutung von Familie durchgängig charakteristische Ost-West-Unterschiede.

In den neuen Bundesländern wird deutlich eher als in den alten davon ausgegangen, daß „man eine Familie braucht, um wirklich glücklich zu sein“ (vgl. Tab. 1). Dies gilt in gleicher Weise für Männer wie für Frauen. Die berufstätigen Frauen in Ostdeutschland vertreten sogar zu 83 % diese Ansicht (Westdeutschland: 62 %). Im Osten ist diese Meinung in der Altersgruppe der 46- bis 65jährigen besonders stark verbreitet. Im Westen dagegen nimmt die Überzeugung von der Notwendigkeit der Familie ziemlich gleichmäßig mit dem Alter zu und erreicht erst in der Gruppe der Älteren das ostdeutsche Niveau. Gerade die Altersgruppe der 46- bis 65jährigen dürfte im Osten von der Gefahr eines Arbeitsplatzverlustes und der damit verbundenen Perspektivlosigkeit besonders betroffen sein. Damit ist ihr Bestreben, Sicherheit und Halt in der Familie zu suchen, verständlich.

Vor dem Hintergrund der im Osten bestehenden Unsicherheit hat die Familie dort eine andere Bedeutung als im Westen. Dies war aber auch schon zu Zeiten der alten DDR der Fall, als die Familie eines der wenigen verbliebenen Rückzugsfelder war, um sich dem Zugriff des Staates zu entziehen. Das Bedürfnis zur Flucht in die Privatsphäre war anscheinend in allen gesellschaftlichen Gruppen weit verbreitet. Dies erklärt auch, daß es hinsichtlich der Bedeutung der Familie nur geringe Unterschiede zwischen den einzelnen Bildungsgruppen gibt, während im Westen die höher Gebildeten in geringerem Maße davon ausgehen, daß man eine Familie zum Glückseligsein braucht.

Daß die starke Betonung der Familie im Osten Deutschlands nicht als Anzeichen traditioneller Familienvorstellungen zu verstehen ist, wird auch in den Ansichten darüber erkennbar, in welchen Situationen eine Heirat notwendig ist (vgl. Tab. 2).

Tab. 2: Einstellungen zur Eheschließung

	„Wenn man auf Dauer zusammenlebt, sollte man heiraten“	
	Ostdeutschland	Westdeutschland
	in %	
Ja, insgesamt	59	58
Ja, Geschlecht		
Männer	60	62
Frauen	57	54
Ablehnung, bzw. unentschieden	41	42
	Davon: „Man sollte heiraten, wenn ein Kind da ist“	
Ja, insgesamt	34	53
Ja, Geschlecht		
Männer	37	48
Frauen	32	58

Datenbasis: ALLBUS 1991.

Von gleich starken Bevölkerungsteilen im Osten wie im Westen wird die Meinung vertreten, „man solle heiraten, wenn man mit einem Partner auf Dauer zusammenlebt“. Ost-West-Unterschiede werden erst bei denjenigen wieder sichtbar, für die das Zusammenleben mit einem Partner noch kein ausreichender Heiratsgrund ist. Von diesen ist aber im Osten ein deutlich kleinerer Teil als im Westen der Meinung, daß man heiraten sollte, wenn ein Kind da ist (34 bzw. 53 %), wobei insbesondere die Frauen in Ostdeutschland gegenüber der Notwendigkeit von Heirat sehr skeptisch eingestellt sind.

Insgesamt ist also im Osten eine höhere Bewertung der Familie festzustellen, dagegen ist die Zustimmung zur Institution der Ehe eher geringer als im Westen. Dies zeigt sich auch bei der Einschätzung der Wichtigkeit einer eigenen Familie und von Kindern sowie der Wichtigkeit von Beruf und Arbeit. Dabei halten Männer den Beruf in beiden Teilen Deutschlands für wichtiger als die Frauen; diese wiederum übertreffen die Männer bei der Einschätzung von Familie und Kindern. Weiterhin messen im Westen die berufstätigen Frauen der Familie und Kindern eine geringere Bedeutung zu als die nichtberufstätigen; im Osten besteht ein solcher Unterschied aber nicht (vgl. Tab. 3 und 4).

Tab. 3: Wichtigkeit der Familie

	„Eine eigene Familie und Kinder“ sind „sehr wichtig“*	
	Ostdeutschland	Westdeutschland
	in %	
Insgesamt	83	68
Geschlecht		
Männer	81	61
Frauen	86	74
darunter:		
berufstätige Frauen	87	66

\* Wert 7 einer Skala der Wichtigkeit von 1 bis 7.

Datenbasis: ALLBUS 1991.

Hinsichtlich der Einschätzung des Berufes verhält es sich genau umgekehrt: Nur im Osten betrachten die berufstätigen Frauen den Beruf für wichtiger als die nichtberufstätigen Frauen.

Tab. 4: Wichtigkeit von Beruf und Arbeit

	„Beruf und Arbeit“ sind „sehr wichtig“*	
	Ostdeutschland	Westdeutschland
	in %	
Insgesamt	64	38
Geschlecht		
Männer	70	42
Frauen	60	35
darunter:		
berufstätige Frauen	68	37

\* Wert 7 einer Skala der Wichtigkeit von 1 bis 7.

Datenbasis: ALLBUS 1991.

## 16.2 Die Rolle der Frau

Die hohe Frauenerwerbsquote in der ehemaligen DDR spiegelt sich auch generell in den Einstellungen zur Rolle der Frau wider. Die Deutschen im Osten sehen sehr viel weniger als die Deutschen im Westen mögliche negative Auswirkungen der Berufstätigkeit der Frau auf die Familie und insbesondere auf die Kinder. So stimmt zwar die Mehrheit im Osten wie im Westen der Aussage zu, „ein Kleinkind leide unter der Berufstätigkeit der Mutter“. Bedingt durch den hohen Anteil an berufstätigen Müttern im Osten und dem dadurch völlig anderen Erfahrungshintergrund, ist die Zustimmung allerdings im Osten weitaus geringer als im Westen.

Tab. 5: Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindern

	„Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist“ „stimme voll und ganz“ bzw. „stimme eher zu“	
	Ostdeutschland	Westdeutschland
	in %	
Insgesamt	58	76
Geschlecht		
Männer	59	79
Frauen	57	73
darunter verheiratete Frauen:		
berufstätig	55	71
nicht berufstätig	61	75
Altersgruppen		
18–30 Jahre	46	68
31–45 Jahre	55	70
46–65 Jahre	64	84
65 Jahre und älter	63	84
Bildungsabschluß		
Hauptschulabschluß	63	81
mittlere Reife/polytechnische		
Oberschule	53	75
Abitur/Fachabitur	56	66

Datenbasis: ALLBUS 1991.

Insbesondere die verheirateten berufstätigen Frauen sowie die Altersgruppe der 18- bis 30jährigen, also die Bevölkerungsgruppen, für die das Wohlergehen von Kindern von hoher persönlicher Bedeutung sein dürfte, gehen in Ostdeutschland am ehesten davon aus, daß die Berufstätigkeit einer Mutter einem Kleinkind nicht schadet. Dabei wird die Einstellung zur Berufstätigkeit junger Mütter im Osten nicht

vom Bildungsgrad beeinflußt, während bei der westdeutschen Bevölkerung das Ausmaß an Zustimmung mit zunehmendem Bildungsgrad sinkt; d.h. im Westen gehen die höher Gebildeten eher von der Unschädlichkeit der Erwerbstätigkeit der Mutter für das Kind aus. Offensichtlich sind die Unterschiede hinsichtlich der Beurteilung der Berufstätigkeit junger Mütter zwischen Ost und West recht tief verwurzelt. Dies gilt gerade, wenn man berücksichtigt, daß zum Befragungszeitpunkt im Frühsommer 1991 ein Großteil der ehemals im Osten vorhandenen staatlichen und betrieblichen Kindereinrichtungen nicht mehr existierte bzw. kurz vor der Auflösung stand. Damit waren aber auch die Probleme, mit denen die jungen Mütter nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zunehmend konfrontiert werden, bereits abzusehen.

Die im Osten vorherrschende Meinung einer relativ problemlosen Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie kommt auch darin zum Ausdruck, daß im Vergleich zum Westen die Bereitschaft, auf eine berufliche Tätigkeit zu verzichten, niedriger ist (vgl. Tab. 6). Insgesamt sind 52 % der Bevölkerung Westdeutschlands und nur 44 % der Befragten in den neuen Bundesländern der Ansicht, daß „eine verheiratete Frau auf eine Berufstätigkeit verzichten sollte, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt und wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen“.

Obwohl die Befragten im Osten stärker als im Westen eine eigenständige Berufskarriere der Frauen bejahen, erscheinen die Unterschiede aber dennoch – insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Frauenerwerbstätigkeit in der DDR – als eher gering. Wegen der bereits erwähnten moralischen und ökonomischen Verpflichtung zur Arbeit und der staatlichen Unterstützung bei der Kinderbetreuung brauchten die Frauen im Osten ihre Berufstätigkeit nicht mehr in den Familien und in der Gesellschaft durchzusetzen. Ein freiwilliger Verzicht auf eine berufliche Tätigkeit steht aber gerade bei den ostdeutschen Frauen nicht zur Debatte.

Vor allem bei den berufstätigen verheirateten Frauen Ostdeutschlands trifft ein Verzicht auf eine Berufstätigkeit mit 31 % auf nur wenig Zustimmung. Der Vergleichswert für den Westen liegt mit 40 % zwar auf ebenfalls niedrigem Niveau, jedoch sind bei einem solchen Vergleich die unterschiedlichen Frauenerwerbsquoten zu beachten. Wenn, wie die Statistik ausweist, 90 % der Frauen in der ehemaligen DDR einen Beruf ausübten und von diesen – wie unsere Daten zeigen – nur ein gutes Drittel einen Verzicht auf eine Erwerbstätigkeit befürwortet, dann stellt sich die Frage, wie die verbleibende Mehrheit angesichts eines drohenden Arbeitsplatzverlustes diese für sie unbekannte Situation bewältigt. Davon dürften in erster Linie die jüngeren und mittleren Jahrgänge zwischen 18 und 45 Jahren sowie diejenigen mit einem höheren Bildungsabschluß betroffen sein. Gerade bei diesen Gruppen finden sich die niedrigsten Zustimmungsquoten zu einem Berufsverzicht der Frauen.

Die Alternative einer Lebenssituation, die sich am eher traditionellen Rollenbild der Frau orientiert, wird gerade im Osten nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. So

Tab. 6: Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit

	„Eine verheiratete Frau sollte auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt, und wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen“	„Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert“	„Ehemann und Ehefrau sollten beide zum Haushaltseinkommen beitragen“			
	„stimme voll und ganz“ bzw. „stimme eher zu“					
	Ost-deutsch-land	West-deutsch-land	Ost-deutsch-land	West-deutsch-land	Ost-deutsch-land	West-deutsch-land
	in %					
Insgesamt	44	52	33	50	89	59
Geschlecht						
Männer	47	53	35	51	87	55
Frauen	41	51	30	49	91	63
Verheiratete Frauen						
berufstätig	31	40	23	31	91	70
nicht berufstätig	51	58	40	58	87	50
Alter						
18–30 Jahre	27	38	22	33	84	61
31–45 Jahre	34	43	27	39	89	55
46–65 Jahre	51	60	36	60	92	62
65 Jahre und älter	72	77	53	76	90	58
Bildung						
Hauptschulabschluß	61	67	44	64	91	59
mittlere Reife/polytechnische Oberschule	35	44	27	43	88	61
Abitur/Fachabitur	26	32	19	28	88	57

Datenbasis: ALLBUS 1991.

stimmen in Ostdeutschland nur 33 % (Westdeutschland: 50 %) der Meinung zu, die Frau solle sich, sofern der Mann im Berufsleben steht, um den Haushalt und die Kinder kümmern (vgl. Tab. 6). Auch hier zeigen sich die gleichen Antwortdifferenzen wie bei der Frage eines hypothetischen Berufsverzichts: Vor allem auf seiten der verheirateten berufstätigen Frauen in den östlichen Ländern stößt das Bild einer allein für Haushalt und Kinder zuständigen Frau mit nur 23 % auf wenig Zustimmung, was ebenso für alle jüngeren Altersgruppen sowie diejenigen mit einem höheren Bildungsabschluß zutrifft.

Hier bahnt sich möglicherweise ein nicht zu unterschätzendes innerfamiliales Konfliktfeld an, wenn von der bisher zahlenmäßig stark besetzten Gruppe berufstätiger Frauen aufgrund der sich abzeichnenden ökonomischen Veränderungen

ein Rollenverhalten verlangt wird, das sie größtenteils nicht erlernt haben und dem sie auch ihre Zustimmung verweigern.

Ein solches Konfliktfeld wird sich eventuell noch dadurch verstärken, daß die berufliche Tätigkeit von Frauen in Ostdeutschland nicht nur einen höheren gesellschaftlichen Stellenwert hat als im Westen, sondern daß hier zusätzlich überwiegend materielle Aspekte dominieren. So vertreten im Osten – nahezu konstant über alle Bevölkerungsgruppen – 90 % die Meinung, Ehemann und Ehefrau sollten beide zum Haushaltseinkommen beitragen (*vgl. Tab. 6*).

Bei einem Vergleich mit den für Westdeutschland geltenden Werten ist sicherlich zu berücksichtigen, daß im Osten infolge der geringen Löhne und der gestiegenen Lebenshaltungskosten der Wegfall des Verdienstes eines Ehepartners gleichbedeutend mit einem deutlich verminderten Lebensstandard ist. Gleichzeitig bestehen im Osten jedoch lange Zeit unterdrückte Konsumbedürfnisse, die gerade in der derzeitigen Situation die Mitarbeit der Frauen notwendig erscheinen lassen.

*(Michael Braun/Wolfgang Bandilla)*



## 17 Kirche und Religion

Die Vereinigung beider deutscher Staaten hat zwei Gesellschaftssysteme zusammengeführt, die sich in bezug auf die Bedeutung von Religion und Kirche grundlegend unterscheiden. Während in der alten Bundesrepublik christliche Wertvorstellungen als Bestandteil des Gemeinwesens akzeptiert sind, stellte nach der marxistisch-leninistischen Staatsdoktrin der ehemaligen DDR Religion das Relikt einer vergangenen Epoche dar, welches zum Absterben verurteilt ist. Zwar war verfassungsrechtlich auch in der ehemaligen DDR Religionsfreiheit garantiert, jedoch wurden den Kirchen bestimmte in der Bundesrepublik gewährte Rechte verwehrt, und Kirchenmitglieder wurden im sozialen Leben häufig benachteiligt. So gab es keine staatliche Hilfe beim Einzug der Kirchensteuer, Religion als Schulfach existierte nicht. Als Konkurrenz zu kirchlichen Amtshandlungen wurden staatliche Rituale wie beispielsweise eine sozialistische Namensgebungsfeier oder die Jugendweihe angeboten. Bestimmte Berufe und insbesondere Führungspositionen waren – mit wenigen Ausnahmen – nur Personen zugänglich, die sich nicht offen zur Kirche bekannten.

Im folgenden wird über Daten zur kirchengebundenen und individuellen Religiosität in Ost- und Westdeutschland berichtet. Zur Beschreibung der organisierten Praxis werden die Konfessionszugehörigkeit, die Taufe der Kinder und die Kirchengangshäufigkeit herangezogen. Die selbsteingestufte Religiosität, die Häufigkeit des Betens sowie die Akzeptanz verschiedener Glaubensinhalte dienen der Erfassung individueller, nicht notwendigerweise kirchlich gebundener Religiosität.

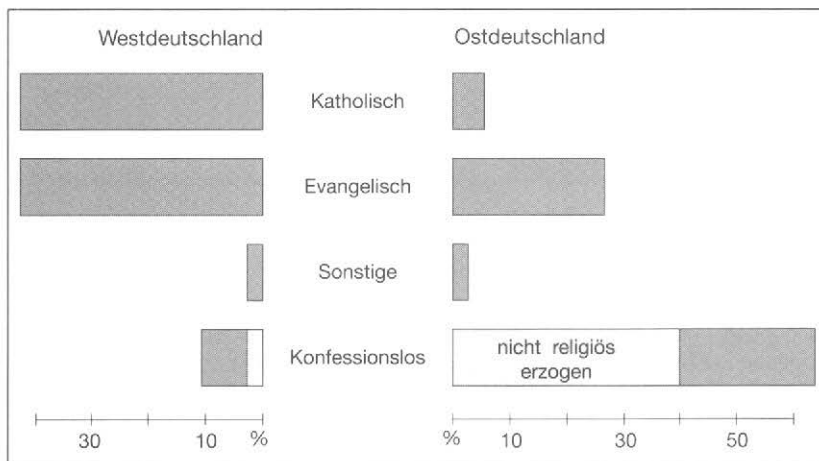
### 17.1 Die kirchengebundene Religiosität

In Westdeutschland gibt es zwei etwa gleich große Volkskirchen, denen die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung angehört. Jeweils etwas mehr als 40 % der erwachsenen Bevölkerung sind katholisch bzw. protestantisch (vgl. Abb. 1).

Trotz der Austrittswelle Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre gehören nur 11 % keiner Religionsgemeinschaft an. Anders die Situation in Ostdeutschland: Die Mitgliedschaft in einer Kirche stellt hier die Ausnahme dar, die Mehrheit der Bevölkerung (64 %) ist konfessionslos. Auch hinsichtlich der Stärke der beiden Großkirchen besteht ein deutlicher Unterschied zum Westen. 27 % der erwachsenen Bevölkerung gehören der evangelischen Kirche an, 6 % bekennen sich zur katholischen Konfession. Während des 40jährigen Bestehens der DDR hat vor allem die evangelische Kirche einen dramatischen Mitgliederschwund erlitten, gehörten doch 1950 ungefähr 80 % der Bevölkerung der evangelischen und 10 %

der katholischen Kirche an. Dieser gravierende Wandel führte nicht nur dazu, daß die Zahl der Personen ohne Religionszugehörigkeit im Osten weit größer ist als im Westen. Auch qualitativ ist die Konfessionslosigkeit die Folge unterschiedlicher Prozesse. Im Westen stellt die Konfessionslosigkeit in der Regel das Produkt einer bewußten Entscheidung zur Abkehr von der Kirche dar. Im Osten dagegen hat ein großer Teil der Konfessionslosen – nämlich 40 % aller Erwachsenen – überhaupt keine Erziehung im Sinne einer bestimmten Glaubensrichtung erhalten.

Abb. 1: Konfessionszugehörigkeit in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1991.

Im Osten wie im Westen sind Frauen häufiger als Männer Mitglied einer Kirche (vgl. Tab. 1). Zwischen den verschiedenen Altersgruppen bestehen im Westen nur geringe Unterschiede. Im Osten dagegen spielt das Alter eine entscheidende Rolle für die Konfessionszugehörigkeit. Während von den über 54jährigen jeder zweite einer christlichen Kirche angehört, ist dies bei den 18- bis 34jährigen nur bei jedem fünften der Fall. Die staatliche Verdrängung der Religion aus dem gesellschaftlichen Leben während des Bestehens der DDR hat überdies dazu geführt, daß in der jüngsten Generation nur noch eine Minderheit überhaupt religiös erzogen wurde; 68 % aller 18- bis 34jährigen haben keine Erziehung im Sinne einer bestimmten Konfession erhalten. Geht man davon aus, daß auch für die Formung der religiösen Einstellungen die Erfahrungen der Kinder- und Jugendjahre eine entscheidende Rolle spielen, dann erscheint es unwahrscheinlich, daß in den nächsten Jahren und Jahrzehnten – trotz aller Missionsbemühungen der Kirchen – die Kirchenmitgliedschaft in Ostdeutschland ein ähnlich hohes Niveau wie in Westdeutschland erreichen wird.

Tab. 1: Konfessionszugehörigkeit\* nach Geschlecht und Alter

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	katholisch	evangelisch	konfessionslos**	katholisch	evangelisch	konfessionslos**
in %						
Geschlecht						
Männer	42	40	15(4)	4	20	74(44)
Frauen	43	47	7(2)	7	34	56(36)
Alter in Jahren						
18 bis 34 Jahre	41	45	10(4)	5	17	76(68)
35 bis 54 Jahre	43	41	14(3)	5	24	69(37)
55 Jahre und älter	44	45	8(1)	7	42	47(15)

\* In der Tabelle nicht aufgeführt ist der Anteil der Personen, die einer evangelischen Freikirche oder einer anderen christlichen bzw. nichtchristlichen Religionsgemeinschaft angehören.

\*\* Die Zahlen in Klammern geben den Anteil der konfessionslosen Personen an der Gesamtbevölkerung an, die nicht religiös erzogen wurden.

Datenbasis: ALLBUS 1991.

In diese Richtung deuten auch die Einstellungen zur Taufe. Die Kindstaufe stellt bei den beiden christlichen Konfessionen die quantitativ bedeutendste Form der Mitgliederrekrutierung dar. Im Westen ist die Bereitschaft zur Taufe ungebrochen hoch. 92 % aller Eltern haben ihr Kind taufen lassen (vgl. Tab. 2). Im Osten liegt dieser Anteil nur bei 36 %.

Tab. 2: Taufe der Kinder nach Konfession und Alter

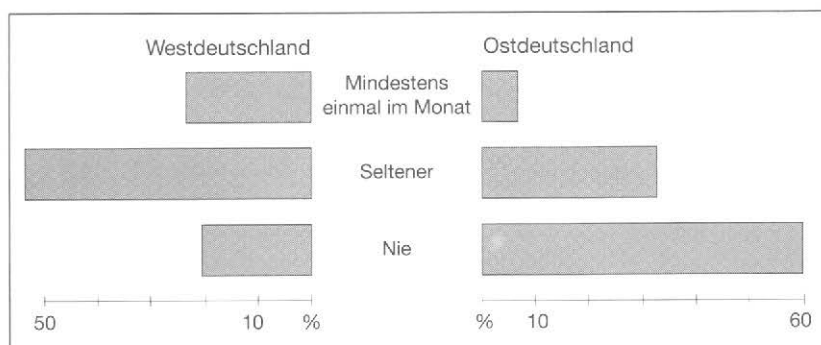
	Von den Personen mit Kindern haben . . . alle ihre Kinder taufen lassen	
	Westdeutschland	Ostdeutschland
	in %	
Insgesamt	92	36
Konfession		
katholisch	98	85
evangelisch	95	75
keine	58	14
Alter in Jahren		
18 bis 34 Jahre	85	21
35 bis 54 Jahre	90	26
55 Jahre und älter	97	63

Datenbasis: ALLBUS 1991.

Wie zu erwarten, steht die Taufbereitschaft in engem Zusammenhang mit der Kirchenmitgliedschaft. Während im Westen 98 % aller katholischen und 95 % aller evangelischen Eltern ihre Kinder haben taufen lassen, liegen die entsprechenden Anteile im Osten mit 85 % und 75 % etwas niedriger. Ein weit größerer Unterschied besteht jedoch im Verhalten der Konfessionslosen. Im Westen hat mit 58 % auch eine Mehrheit der Nicht-Kirchenmitglieder ihre Kinder taufen lassen, im Osten dagegen nur eine Minderheit von 14 %. Durch ihr Handeln erreichen die konfessionslosen Personen damit jeweils, daß ihr Kind zur Mehrheit der Bevölkerung – d. h. im Westen zu den konfessionell Gebundenen, im Osten zu den Konfessionslosen – gehört.

Sowohl in den neuen wie in den alten Bundesländern ist die Einstellung zur Taufe zwischen den Generationen unterschiedlich. Je jünger die Befragten, um so seltener haben sie ihre Kinder taufen lassen, wobei jedoch die Unterschiede im Osten sehr viel ausgeprägter sind als im Westen. So haben im Osten 63 % der über 54jährigen ihre Kinder taufen lassen, für die 18- bis 34jährigen liegt der entsprechende Anteil nur bei 21 %.

Abb. 2: Kirchengangshäufigkeit in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1991.

Die formale Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft sagt wenig aus über die persönliche Bindung an die Kirche. Aussagekräftiger in dieser Hinsicht ist die Häufigkeit des Gottesdienstbesuches. Wie Abb. 2 zeigt, befinden sich im Westen sowohl die regelmäßigen Kirchgänger (24 %) als auch die Personen, die nie eine Kirche besuchen (21 %), in der Minderheit. Die Mehrzahl der Erwachsenen (54 %) besucht ein oder mehrmals im Jahr einen Gottesdienst. Im Osten dagegen stellen die Personen, die nie zur Kirche gehen, die Mehrheit (60 %), nur 7 % gehen mindestens einmal im Monat zur Kirche. Die Aufgliederung nach Katholiken, Protestanten und Konfessionslosen ergibt, daß auf der Ebene dieser Gruppen

kaum Unterschiede zwischen Ost und West bestehen (vgl. Tab.3). Bei den Angehörigen der katholischen Kirche, in der der Gottesdienstbesuch als religiöse Pflicht der Gläubigen betrachtet wird, liegt der Prozentsatz der regelmäßigen Kirchgänger mit 40 bzw. 48% deutlich über dem der Protestanten mit 13 bzw. 11%. Der Ost-West-Unterschied in der Kirchengangshäufigkeit ist damit im wesentlichen die Folge des unterschiedlichen zahlenmäßigen Anteils von Katholiken, Protestanten und Konfessionslosen.

Tab. 3: Kirchengangshäufigkeit nach Konfession, Geschlecht und Alter

	Es gehen mindestens einmal im Monat in die Kirche . . .	
	Westdeutschland	Ostdeutschland
	in %	
Konfession		
katholisch	40	48
evangelisch	13	11
keine	1	0
Geschlecht		
Männer	22	4
Frauen	27	9
Alter in Jahren		
18 bis 34 Jahre	18	6
35 bis 54 Jahre	20	4
55 Jahre und älter	36	11

Datenbasis: ALLBUS 1991.

Im Osten wie im Westen zählen Frauen etwas häufiger als Männer zu den regelmäßigen Gottesdienstbesuchern. Besonders oft gehen auch ältere Personen in die Kirche. Mit 36 bzw. 11% liegt der Anteil der Personen, die mindestens einmal im Monat einen Gottesdienst besuchen, bei den über 54jährigen in Ost und West jeweils etwa doppelt so hoch wie bei den jüngeren Altersgruppen.

## 17.2 Die individuelle Religiosität

In unserer Gesellschaft ist Religiosität eng mit dem christlichen Glauben und den beiden großen Volkskirchen verknüpft. Gleichwohl können „Religiosität“, „Christlichkeit“ und „Kirchlichkeit“ nicht gleichgesetzt werden. So ist zum einen Religiosität auch außerhalb der Kirche und in nichtchristlicher Ausprägung möglich, zum anderen muß die formale Mitgliedschaft in einer der beiden christlichen Großkir-

chen nicht zwangsläufig mit tief empfundener Frömmigkeit und der Bejahung christlicher Glaubensinhalte einhergehen.

Obwohl in Westdeutschland die große Bevölkerungsmehrheit der katholischen oder evangelischen Kirche angehört, stuft sich nur eine Minderheit von 11 % als sehr bzw. tief religiös ein (vgl. Tab. 4). Als dezidiert nicht bzw. überhaupt nicht religiös klassifizieren sich 20 %. Die überwiegende Mehrzahl gehört zur Gruppe der religiös eher Indifferenten. Anders liegen die Verhältnisse in Ostdeutschland. Nur 5 % stufen sich hier als sehr bzw. tief religiös ein, eine Mehrheit von 59 % dagegen als nicht bzw. überhaupt nicht religiös.

Tab. 4: Religiosität nach Konfession, Kirchengangshäufigkeit, Geschlecht und Alter

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Es beschreiben sich selbst als . . .	Es beschreiben sich selbst als . . .	Es beschreiben sich selbst als . . .	Es beschreiben sich selbst als . . .
	tief bzw. sehr religiös	nicht bzw. überhaupt nicht religiös	tief bzw. sehr religiös	nicht bzw. überhaupt nicht religiös
in %				
Insgesamt	11	20	5	59
Konfession				
katholisch	14	12	25	14
evangelisch	8	18	10	17
keine	3	64	0	83
Kirchengangshäufigkeit				
mindestens einmal im Monat	32	1	46	1
seltener	5	15	5	29
nie	2	56	1	82
Geschlecht				
Männer	9	26	3	67
Frauen	12	15	7	52
Alter in Jahren				
18 bis 34 Jahre	8	26	3	73
35 bis 54 Jahre	9	20	4	60
55 Jahre und älter	16	14	9	44

Datenbasis: ALLBUS 1991.

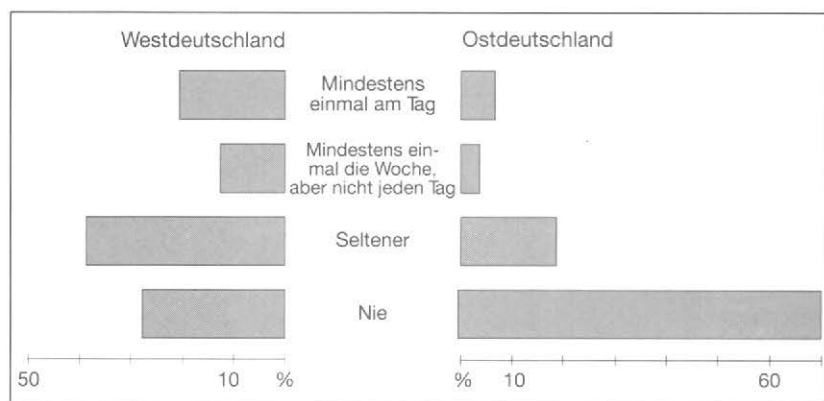
Betrachtet man die Religiosität in Abhängigkeit von der Konfessionszugehörigkeit, dann zeigt sich in Ost und West eine ähnliche Grundstruktur. Katholiken bezeichnen sich im Vergleich zu Protestanten etwas häufiger als religiös, weitaus größer ist jedoch der Unterschied zwischen beiden Gruppen auf der einen und den

konfessionslosen Personen auf der anderen Seite. Während konfessionslose Personen sich überwiegend als nicht religiös klassifizieren (West 64 %, Ost 83 %), geht umgekehrt mit der Kirchenmitgliedschaft nicht zwingend eine hohe Religiosität einher. Bei den Angehörigen der beiden Volkskirchen ist vielmehr ein breites Spektrum von sehr tief empfundener bis überhaupt nicht vorhandener Frömmigkeit anzutreffen.

Enger ist der Zusammenhang zwischen Gottesdienstbesuch und Religiosität. Regelmäßige Kirchgänger bezeichnen sich zu 32 % (West) bzw. 46 % (Ost) als religiös. Bei den Personen, die nie zur Kirche gehen, sind es nur 2 bzw. 1 %. Kirchenferne Religiosität stellt damit nur eine Randerscheinung dar.

Genau wie die Bindung an die Kirche ist auch die allgemeine Religiosität geschlechts- und altersabhängig. Tiefe Frömmigkeit ist eher ein Phänomen der Frauen und insbesondere der älteren Generation. Die Generationsunterschiede sind dabei im Osten weit größer als im Westen. Von den 18- bis 34-jährigen in den neuen Bundesländern bezeichnen sich drei von vier als nicht religiös, in den alten Bundesländern lediglich einer von vier.

Abb. 3: Häufigkeit des Betens in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1991.

Mit der Häufigkeit des Betens steht ein Indikator für die im Alltag gelebte Frömmigkeit zur Verfügung. Im Westen ist das Gebet bei 21 % aller Erwachsenen tägliche religiöse Praxis, 28 % beten nie (vgl. Abb. 3). In Ostdeutschland ist die Alltagsbedeutung von Religion weit geringer: 7 % aller Erwachsenen beten täglich, zehnmal so viele – nämlich 70 % – dagegen nie.

Auch für die Häufigkeit des Betens spielt die Kirchlichkeit eine große Rolle (vgl. Tab. 5). Am häufigsten ist das Gebet bei Angehörigen der katholischen Kirche.

Jeder vierte Katholik in den alten und den neuen Bundesländern betet täglich; bei den Personen, die mindestens einmal im Monat einen Gottesdienst besuchen, gehört das Gebet in Ost und West für jeden zweiten zur täglichen Praxis. Darüber hinaus läßt sich auch hier die schon erwähnte überproportionale Beteiligung von Frauen und älteren Personen beobachten.

Der Glaube an Gott ist eine fundamentale religiöse Orientierung im Traditionszusammenhang des Christentums. In den alten Bundesländern sagen zwei von drei

Tab. 5: Häufigkeit des Betens nach Konfession, Kirchengangshäufigkeit, Geschlecht und Alter

	Es beten mindestens einmal am Tag . . .	
	Westdeutschland	Ostdeutschland
	in %	
Konfession		
katholisch	28	25
evangelisch	16	15
keine	1	0
Kirchengangshäufigkeit		
mindestens einmal im Monat	54	55
seltener	13	8
nie	3	1
Geschlecht		
Männer	16	4
Frauen	25	9
Alter in Jahren		
18 bis 34 Jahre	14	4
35 bis 54 Jahre	16	5
55 Jahre und älter	34	12

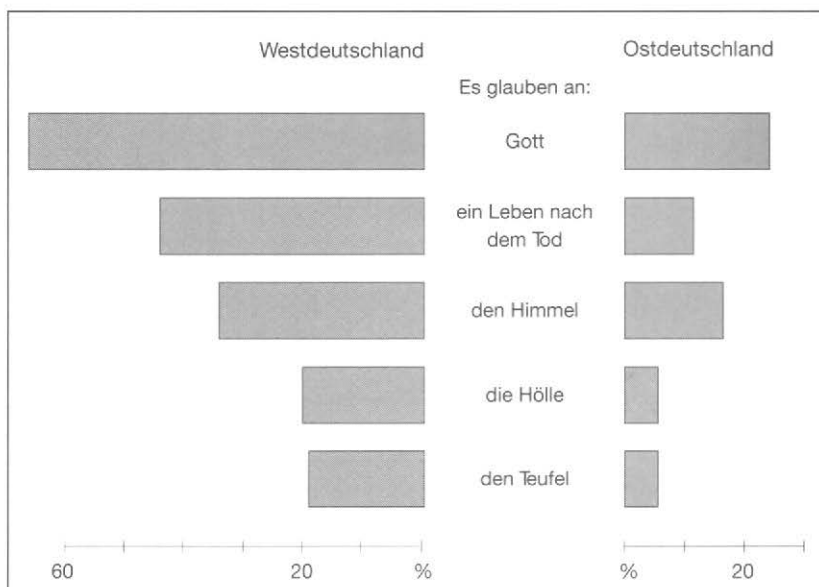
Datenbasis: ALLBUS 1991.

Befragten, daß sie an Gott glauben (vgl. Abb. 4). Dies ist ein hoher Prozentsatz, wenn man die tatsächliche Beteiligung am kirchlichen Leben bedenkt. Allerdings wird dieser Glaube häufig nur vage formuliert und entspricht keinesfalls immer der christlichen Gottesvorstellung. In den neuen Bundesländern bekennen sich nur 25 % der Bevölkerung zum Glauben an Gott. Jeder zweite Erwachsene vertritt eine betont atheistische Position. Im Westen ist dies nur bei einer Minderheit von 10 % der Bevölkerung der Fall. Der Bedeutungsverlust von Religion in den neuen Bundesländern betrifft damit nicht nur die Kirchlichkeit, sondern auch die persönliche Religiosität. Dies zeigt sich auch in der Akzeptanz anderer religiöser Vorstellungen. Zwar glaubt auch im Westen nur weniger als die Hälfte der Bevölkerung



(nämlich zwischen 20 % und 45 %) an ein Leben nach dem Tod, den Himmel, die Hölle und den Teufel, aber im Osten liegen die entsprechenden Anteile mit 6 % bis 17 % noch weit darunter. Offensichtlich betrachtet eine Mehrheit der Bevölkerung diese orthodoxen Glaubensinhalte nicht mehr als zeitgemäß. Selbst von den Angehörigen der katholischen Konfession, in deren Glaubenswelt solche bildhaften Anschauungen traditionell eine größere Bedeutung haben, werden diese Vorstellungen nicht alle mehrheitlich geteilt. An den Teufel beispielsweise glaubt in Ost und West nur jeder vierte Katholik. Allerdings spielt auch hier die Kirchenbin-

Abb. 4: Verbreitung religiöser Glaubensinhalte in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1991.

dung eine wichtige Rolle: Von den Angehörigen der katholischen Konfession, die regelmäßig zur Kirche gehen, bejahen 42 % die Existenz des Teufels.

Für das religiöse und kirchliche Leben im vereinten Deutschland ergibt sich daraus das folgende Bild: Im Westen gehört die überwiegende Mehrheit einer der beiden christlichen Konfessionen an. Eine enge Bindung an die Kirche und eine tiefe Frömmigkeit ist jedoch nur für eine Minderheit charakteristisch, wobei Frauen und insbesondere Ältere unter den religiös Aktiven überproportional häufig vertreten sind. Die Mehrheit der Bevölkerung zählt zu den religiös eher Indifferenten, die ab

und zu in die Kirche gehen, gelegentlich beten und in einer vagen Form an Gott glauben – ohne daß dies jedoch existentielle Bedeutung für sie hätte. Im Osten ist nur jeder dritte Erwachsene Mitglied einer Religionsgemeinschaft. Entsprechend ist auch der Anteil der kirchlich und religiös Aktiven niedriger als im Westen. Die Mehrzahl der Ostdeutschen besucht nie einen Gottesdienst, betet nie und glaubt nicht an Gott. Besonders ausgeprägt ist diese Distanz zu Religion und Kirche bei der jüngeren Generation, die in der DDR geboren und aufgewachsen ist, so daß hier durchaus von einem Bruch in der Tradierung des Glaubens gesprochen werden kann.

*(Achim Koch)*

## 18 Einstellungen zu Ausländern

In der zweiten Hälfte des Jahres 1991 ist es im wiedervereinigten Deutschland durch rechtsradikale Gruppen zu zahlreichen gewalttätigen Angriffen gegenüber Asylsuchenden und anderen in Deutschland lebenden Ausländern gekommen. Diese Welle der Gewalt wurde von der deutschen Bevölkerung mit entschiedener Ablehnung, zum Teil aber auch mit unverhohlener Sympathie aufgenommen. Dadurch wird die Frage aufgeworfen, ob der sich darin manifestierende Ausländerhaß einer rechtsradikalen Minderheit mit einer generellen Zunahme der Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung korrespondiert oder ob die Einstellungen zu Ausländern in den letzten Jahren im wesentlichen unverändert geblieben sind. Dieser Fragestellung wird im folgenden nachgegangen.

### 18.1 Wahrnehmung der Konflikte zwischen Ausländern und Deutschen

Aus der Einschätzung der Konflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen kann nicht unmittelbar auf die persönliche Einstellung zu Ausländern geschlossen werden. Die wahrgenommene Stärke der Konflikte ist in erster Linie ein subjektiver Indikator für die gesellschaftspolitische Dimension der sozialen und kulturellen Probleme des Zusammenlebens verschiedener Nationalitäten. Im Jahr 1978 nahmen insgesamt 15 % der Befragten sehr starke Konflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen wahr. Dieser Anteil ist dann im Zeitverlauf auf 18 % im Jahr 1984 und 19 % im Jahr 1988 gestiegen. Ziemlich starke Konflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen sahen 40 % im Jahr 1978 und jeweils 45 % der Befragten in den Jahren 1984 und 1988. Zurückgegangen ist dagegen im Zeitraum zwischen 1978 und 1988 die Wahrnehmung eher schwacher oder keiner Konflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen.

Die Wahrnehmung der Konflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen ist nicht unabhängig vom Geschlecht, dem Alter und der Schulbildung der Befragten: Zu allen drei Befragungszeitpunkten vermuten Frauen eine höhere Intensität ethnisch bedingter Konflikte als Männer. Die jüngeren Befragten zwischen 18 und 34 Jahren nehmen wesentlich stärkere Konflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen wahr als die beiden Altersgruppen von 35 bis 59 sowie ab 60 Jahren. Nicht ganz so deutlich tritt der Zusammenhang zwischen dem schulischen Bildungsniveau der Befragten und der wahrgenommenen Konfliktintensität zutage. Insbesondere die unterschiedlich hohen Anteile der Befragten, die eher schwache oder keine Konflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen konstatieren, zeigen aber, daß die Konflikte mit steigender Schulbildung tendenziell stärker wahrgenommen werden.

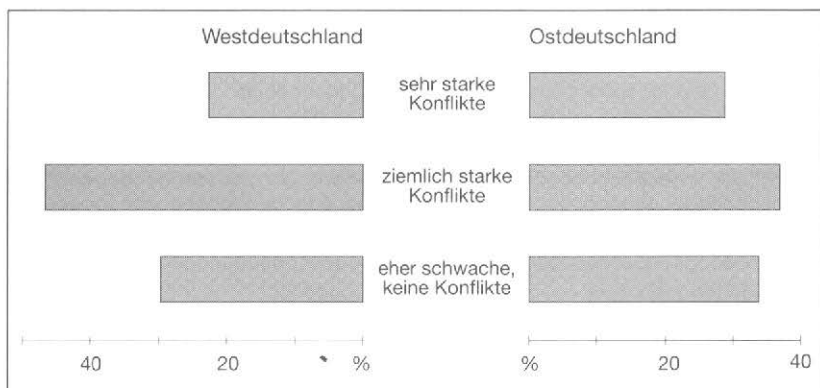
Tab. 1: Wahrnehmung von Konflikten zwischen Gastarbeitern und Deutschen  
1978 bis 1988

	Zwischen Gastarbeitern und Deutschen gibt es					
	sehr starke Konflikte			eher schwache/keine Konflikte		
	1978	1984	1988	1978	1984	1988
	in %					
Insgesamt	15	18	19	45	37	36
Geschlecht						
Männer	14	16	18	49	42	39
Frauen	16	21	20	42	33	33
Altersgruppen						
18 bis 34 Jahre	21	26	25	31	24	25
35 bis 59 Jahre	14	15	20	52	41	39
60 Jahre und älter	12	14	11	51	47	43
Bildungsabschluß						
Hauptschule	13	17	18	50	42	40
Mittlere Reife	17	15	21	43	32	33
Fachhochschul-/ Hochschulreife	15	22	20	30	31	30

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984, 1988.

Betrachtet man die Wahrnehmung der Konflikte zwischen Ausländern und Deutschen im Ost-West-Vergleich, dann wird deutlich, daß im Osten Deutschlands die Intensität ethnisch bedingter Konflikte polarisierter wahrgenommen wird. Im Jahr

Abb. 1: Wahrnehmung von Konflikten zwischen Ausländern und Deutschen



Datenbasis: ALLBUS 1990, Wohlfahrtssurvey 1990 (Ost).

1990 gaben in der ehemaligen DDR 29 % der Befragten sehr starke, 37 % ziemlich starke und 34 % eher schwache oder keine Konflikte zwischen Ausländern und Deutschen an. In der Bundesrepublik wurde dagegen sowohl die Kategorie „sehr starke Konflikte“ als auch die Kategorie „eher schwache oder keine Konflikte“ weniger häufig genannt.

## 18.2 Ablehnung und Zustimmung bei diskriminierenden Aussagen

Adäquater als durch die Wahrnehmung der Konflikte zwischen Ausländern und Deutschen kann die persönliche Einstellung zu Ausländern in Bevölkerungsumfragen durch die Ablehnung bzw. Zustimmung der Befragten bei verschiedenen, Ausländer diskriminierenden Aussagen gemessen werden. In den Jahren 1980, 1984, 1988 und 1990 wurde die deutsche Bevölkerung gefragt, ob Gastarbeiter ihren Lebensstil ein bißchen besser an den der Deutschen anpassen sollten, ob sie in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden, ob ihnen jede politische Betätigung in Deutschland untersagt sein sollte und ob sie sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen sollten.

Generell ist festzustellen, daß bei allen vier Aussagen im Zeitverlauf die Zustimmung zurückgeht und die Ablehnung zunimmt. Am entschiedensten abgelehnt wird die Aussage, daß Gastarbeiter sich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen sollten. Die größte Zustimmung findet dagegen die am wenigsten diskriminierende Aussage, Gastarbeiter sollten ihren Lebensstil ein bißchen besser an den der Deutschen anpassen. Das ist auch die einzige Aussage, bei der selbst noch im Jahr 1990 die Zustimmung überwiegt. Bei den drei anderen Aussagen hat sich im Zeitraum von 1980 bis 1988 das Verhältnis zwischen Zustimmung und Ablehnung jeweils zugunsten der Ablehnung verändert. Betrachtet man die Ablehnung bzw. Zustimmung bei den verschiedenen Aussagen differenziert nach Geschlecht, Alter und Schulbildung der Befragten, dann zeigen sich zwischen Männern und Frauen nur relativ geringe Unterschiede. Alle vier Ausländer diskriminierenden Aussagen werden von Männern in größerem Umfang abgelehnt als von Frauen. Mit zunehmendem Alter der Befragten werden die verschiedenen Aussagen in immer geringerem Umfang abgelehnt und der Grad der Zustimmung steigt. Dagegen nimmt mit steigendem schulischen Bildungsniveau die Ablehnung ganz erheblich zu und die Zustimmung in ähnlichem Umfang ab.

Im Zeitraum zwischen 1980 und 1990 hat die Häufigkeit persönlicher Kontakte zwischen Deutschen und Gastarbeitern oder deren Familien deutlich zugenommen. Gleichwohl war es auch im Jahr 1990 immer noch eine Minderheit, die persönliche Kontakte zu Ausländern in der eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft sowie im sonstigen Freundes-

Tab. 2: „Gastarbeiter sollten ihren Lebensstil ein bißchen besser  
an den der Deutschen anpassen.“  
Ablehnung und Zustimmung 1980 bis 1990

	Ablehnung				Zustimmung			
	1980	1984	1988	1990	1980	1984	1988	1990
	in %							
Insgesamt	13	15	18	23	45	42	42	34
Geschlecht								
Männer	13	14	20	24	44	44	42	34
Frauen	13	16	17	22	45	41	41	35
Altersgruppen								
18 bis 34 Jahre	24	22	28	35	33	31	27	22
35 bis 59 Jahre	10	14	16	20	46	43	42	35
60 Jahre und älter	6	9	9	11	56	54	61	49
Bildungsabschluß								
Hauptschule	8	10	12	13	52	49	53	45
Mittlere Reife	14	17	19	22	38	38	34	32
Fachhochschul-/ Hochschulreife	33	30	34	41	23	26	22	17

Datenbasis: ALLBUS 1980, 1984, 1988, 1990.

Tab. 3: „Wenn Arbeitsplätze knapper werden, sollte man  
die Gastarbeiter wieder in ihre Heimat zurückschicken.“  
Ablehnung und Zustimmung 1980 bis 1990

	Ablehnung				Zustimmung			
	1980	1984	1988	1990	1980	1984	1988	1990
	in %							
Insgesamt	24	30	36	41	38	29	25	20
Geschlecht								
Männer	25	31	38	44	37	28	24	19
Frauen	24	28	35	39	38	29	25	21
Altersgruppen								
18 bis 34 Jahre	34	40	48	55	30	21	17	12
35 bis 59 Jahre	22	29	33	41	37	30	24	21
60 Jahre und älter	15	20	24	24	47	36	38	31
Bildungsabschluß								
Hauptschule	17	22	25	29	45	36	32	28
Mittlere Reife	30	32	43	41	29	23	20	19
Fachhochschul-/ Hochschulreife	46	52	58	64	16	13	14	8

Datenbasis: ALLBUS 1980, 1984, 1988, 1990.

Tab. 4: „Man sollte Gastarbeitern jede politische Betätigung untersagen.“  
Ablehnung und Zustimmung 1980 bis 1990

	Ablehnung			Zustimmung				
	1980	1984	1988	1990	1980	1984	1988	1990
	in %							
Insgesamt	26	30	35	39	39	38	29	27
Geschlecht								
Männer	26	32	36	42	39	38	29	25
Frauen	26	29	33	36	39	38	29	29
Altersgruppen								
18 bis 34 Jahre	40	44	47	55	27	25	19	14
35 bis 59 Jahre	24	29	32	35	38	39	28	29
60 Jahre und älter	15	18	21	22	54	51	41	41
Bildungsabschluß								
Hauptschule	21	22	25	27	45	45	35	37
Mittlere Reife	28	34	38	38	35	34	24	24
Fachhochschul-/ Hochschulreife	50	53	56	58	18	21	17	13

Datenbasis: ALLBUS 1980, 1984, 1988, 1990.

Tab. 5: „Gastarbeiter sollten ihren Ehepartner unter ihren eigenen  
Landsleuten auswählen.“  
Ablehnung und Zustimmung 1980 bis 1990

	Ablehnung			Zustimmung				
	1980	1984	1988	1990	1980	1984	1988	1990
	in %							
Insgesamt	33	44	44	57	33	26	23	18
Geschlecht								
Männer	35	46	46	61	29	24	22	16
Frauen	31	42	41	53	36	27	24	20
Altersgruppen								
18 bis 34 Jahre	52	62	58	76	18	12	14	10
35 bis 59 Jahre	30	43	39	55	33	25	22	16
60 Jahre und älter	18	24	30	35	49	43	37	33
Bildungsabschluß								
Hauptschule	27	33	35	41	39	33	31	27
Mittlere Reife	38	52	47	62	26	20	17	13
Fachhochschul-/ Hochschulreife	55	69	63	80	17	9	12	8

Datenbasis: ALLBUS 1980, 1984, 1988, 1990.

und Bekanntenkreis hatten. Mit 34 % werden Kontakte bei der Arbeit am häufigsten berichtet, gefolgt von Kontakten im Freundeskreis und in der Nachbarschaft. Dagegen kommen Kontakte zu Ausländern in der eigenen Familie lediglich bei 11 % der Befragten vor. Persönliche Kontakte zu Gastarbeitern oder deren Familien reduzieren den Grad der Zustimmung zu allen vier diskriminierenden Aussagen und steigern deren Ablehnung ganz beträchtlich. Das gilt unabhängig davon, in welchen Lebensbereichen die Kontakte bestehen. Die stärksten Effekte ergeben sich aus persönlichen Kontakten zu Ausländern im Freundes- und Bekanntenkreis.

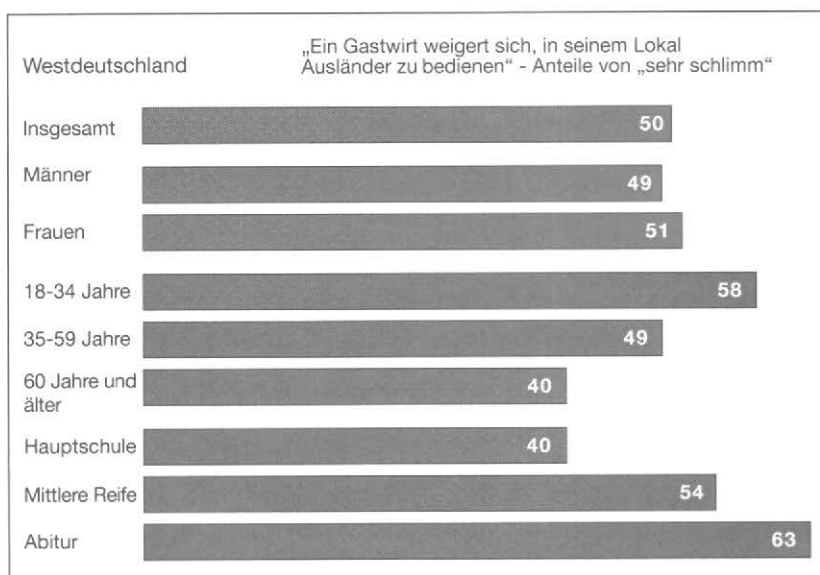
Zustimmung und Ablehnung der einzelnen, Ausländer diskriminierenden Aussagen sind nicht unabhängig voneinander, sondern hoch miteinander korreliert. Deshalb können auf der Grundlage geeigneter statistischer Verfahren verschiedene Einstellungstypen identifiziert werden, deren Antwortmuster sich jeweils deutlich voneinander unterscheiden. Im Jahr 1990 waren 40 % der Befragten einem Typ mit durchgängiger Ablehnung aller vier Aussagen zuzuordnen. Dagegen gehörten 17 % zu einem Einstellungstyp mit durchgängig zustimmendem Antwortmuster. Daneben konnten noch zwei weitere Einstellungstypen identifiziert werden: 31 % der Befragten zählten zu einem Typ, der durch Zustimmung zur Aussage, Gastarbeiter sollten ihren Lebensstil ein bißchen besser an den der Deutschen anpassen, sowie durch Ablehnung der Aussage, sie sollten sich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen, gekennzeichnet ist. Einem vierten Einstellungstyp schließlich gehörten 11 % der Befragten an. Typisch ist dafür die Zustimmung zu der letztgenannten Aussage sowie die Ablehnung der Aussage, daß Ausländer in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollten, wenn in Deutschland die Arbeitsplätze knapp werden.

## 18.3 Beurteilung ausländerfeindlichen Verhaltens

Im Jahr 1990 wurde auch die Beurteilung eines konkreten ausländerfeindlichen Verhaltens erhoben. Die Befragten sollten angeben, ob sie es als sehr schlimm, ziemlich schlimm, weniger schlimm oder überhaupt nicht schlimm empfinden, wenn ein Gastwirt sich weigert, in seinem Lokal Ausländer zu bedienen. Insgesamt beurteilt jeder zweite dieses Verhalten als sehr schlimm, 35 % bezeichnen es als ziemlich schlimm und 15 % als weniger oder überhaupt nicht schlimm. Bei der Beurteilung dieses diskriminierenden Verhaltens gibt es keine nennenswerten geschlechtsspezifischen Unterschiede, wohl aber starke Zusammenhänge mit dem Alter und der Schulbildung der Befragten. Je jünger die Befragten sind und je höher ihr schulisches Bildungsniveau ist, desto eher wird die Weigerung eines Gastwirtes, in seinem Lokal Ausländer zu bedienen, als sehr schlimm eingestuft.



Abb. 2: Beurteilung diskriminierenden Verhaltens



Datenbasis: ALLBUS 1990.

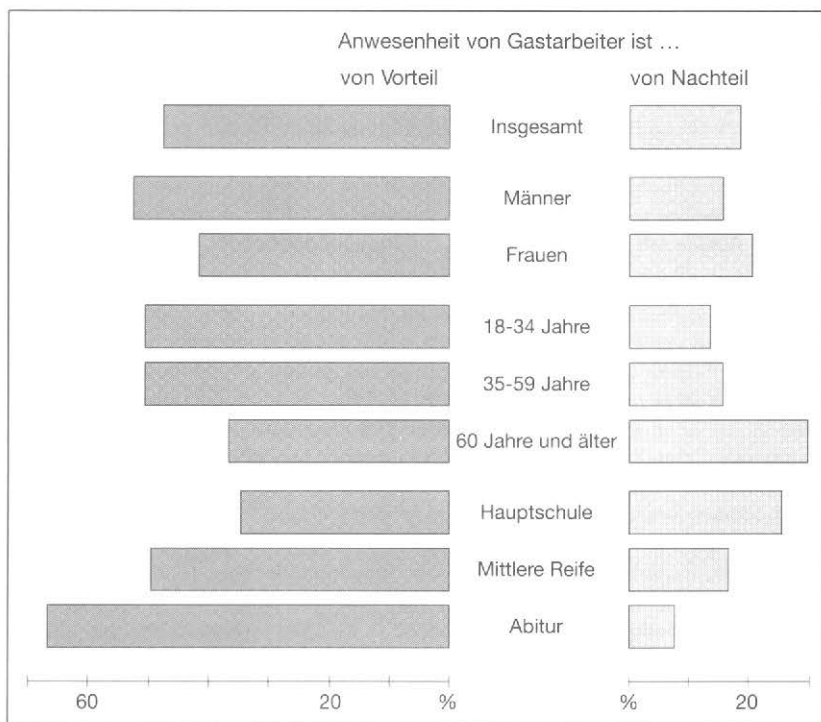
## 18.4 Bewertung des gesellschaftlichen „Nutzens“ von Gastarbeitern

In den sechziger Jahren hat die Bundesrepublik ausländische Arbeitnehmer zunächst gezielt angeworben, um den hohen Arbeitskräftebedarf der stark wachsenden westdeutschen Wirtschaft decken zu können. Im Jahr 1973 wurde dann durch einen allgemeinen Anwerbestopp der veränderten Wirtschaftslage Rechnung getragen und die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik weitgehend unterbunden. Gleichwohl sind auch heute noch die hier lebenden und arbeitenden Ausländer für ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum unverzichtbar. Daß die Anwesenheit der Gastarbeiter für die Bundesrepublik Deutschland eindeutig oder zumindest eher von Vorteil ist, das meinte im Jahr 1990 fast die Hälfte der erwachsenen westdeutschen Bevölkerung. Dagegen sagten 19 %, ihre Anwesenheit sei eher oder eindeutig von Nachteil. Ein Drittel der Befragten sah darin weder Vorteile noch Nachteile für die Bundesrepublik. Die Anwesenheit der Gastarbeiter wurde damit als wesentlich nützlicher eingeschätzt als der Zuzug von Übersiedlern aus der DDR und deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa. Im Hinblick auf den Zuzug dieser beiden Personengruppen über-

wog zum Zeitpunkt der Befragung die Meinung, er sei eindeutig oder eher von Nachteil für die Bundesrepublik Deutschland.

Bei der Bewertung des gesellschaftlichen „Nutzens“ von Gastarbeitern zeigen sich sowohl geschlechts- als auch alters- und bildungsspezifische Unterschiede. Von den männlichen Befragten geben 53 % an, die Anwesenheit der Gastarbeiter sei von Vorteil für die Bundesrepublik. Dagegen sind nur 42 % der befragten Frauen dieser Ansicht. Die Altersgruppe ab 60 Jahren unterscheidet sich in dieser Hinsicht deutlich von den beiden anderen Altersgruppen. Während in den Altersgruppen von 18 bis 34 Jahren und von 35 bis 59 Jahren jeweils etwas mehr als die Hälfte der Befragten Vorteile in der Anwesenheit der Gastarbeiter sehen, macht der entsprechende Anteil bei den Älteren nur 37 % aus. Noch stärker wirkt sich das schulische Bildungsniveau auf die Bewertung des gesellschaftlichen „Nutzens“ von Gastarbeitern aus. Von den Befragten mit Hauptschulabschluß meinen nur 35 %, die Anwesenheit der Gastarbeiter sei von Vorteil für die Bundesrepublik.

Abb. 3: Bewertung des gesellschaftlichen "Nutzens" von Gastarbeitern



Datenbasis: ALLBUS 1990.

Dagegen vermuten 26 % dieser Gruppe darin einen Nachteil. Die Befragten mit Mittlerer Reife sehen bereits zu 50 % einen Vorteil und nur zu 17 % einen Nachteil in der Anwesenheit der Gastarbeiter. Und bei den Befragten mit Fachhochschul- oder Hochschulreife sind zwei Drittel der Ansicht, die Anwesenheit der Gastarbeiter sei von Vorteil; aber nur noch 8 % glauben, sie sei von Nachteil für die Bundesrepublik.

## 18.5 Meinungen zur politischen Regelung der Zuzugsmöglichkeiten

Im Jahr 1990 sollten die Befragten darüber hinaus angeben, ob der Zuzug verschiedener Gruppen in die Bundesrepublik Deutschland ihrer Meinung nach jeweils uneingeschränkt möglich sein, begrenzt werden oder völlig unterbunden werden sollte. Im einzelnen wurde nach den individuell präferierten Zuzugsmöglichkeiten von Arbeitnehmern aus EG-Staaten, Arbeitnehmern aus Nicht-EG-Staaten (z.B. Türken, Jugoslawen), Asylsuchenden und darüber hinaus auch nach den Zuzugsmöglichkeiten von Übersiedlern aus der DDR und deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa gefragt. Im Hinblick auf die grundlegende persönliche Einstellung zu Ausländern sind die beiden extremen Meinungen, daß der Zuzug uneingeschränkt möglich sein bzw. völlig unterbunden werden sollte, von größerem Interesse als die mittlere Antwortvorgabe, daß der Zuzug begrenzt werden sollte. Hierbei handelt es sich um eine ausgesprochen realistische politische Aussage, denn auch die Aufnahmekapazitäten eines Staates mit vergleichsweise liberaler Ausländergesetzgebung, wie die Bundesrepublik Deutschland, müssen zwangsläufig an gesellschaftspolitische Grenzen stoßen.

Bei den Zuzugsmöglichkeiten von Arbeitnehmern aus EG-Staaten sind die Befragten insgesamt wesentlich freizügiger eingestellt als im Hinblick auf Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Staaten und Asylsuchende. Das zeigt sich sowohl in einem wesentlich höheren Anteil der Befragten, der sich uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeiten wünscht, als auch in einem deutlich niedrigeren Befragtenanteil, der eine völlige Unterbindung des Zuzugs präferiert. Insofern kann dieses Ergebnis nur zum Teil auf die Kenntnis der Befragten über die unterschiedliche Rechtsposition der verschiedenen Ausländergruppen zurückgeführt werden. Bei den Zuzugsmöglichkeiten von Asylsuchenden sind die Befragten freizügiger eingestellt als im Hinblick auf die entsprechenden Möglichkeiten von Arbeitnehmern aus Nicht-EG-Staaten. Es mag auf den ersten Blick überraschen, daß die Befragten hinsichtlich der Zuzugsmöglichkeiten von Übersiedlern und Aussiedlern weniger freizügig eingestellt sind als bei den Zuzugsmöglichkeiten von Arbeitnehmern aus EG-Staaten, denn die beiden erstgenannten Gruppen sind rechtlich gesehen keine Ausländer, sondern Deutsche im Sinne des Grundgesetzes. Bei diesem Ergebnis mag die instrumentelle Einschätzung der Gastarbeiter eine wesentliche Rolle spielen.

Tab. 6: Meinungen zur politischen Regelung der Zuzugsmöglichkeiten

	Zuzug soll uneingeschränkt möglich sein			Zuzug soll vollständig unterbunden werden		
	EG-Arbeitnehmer	Nicht-EG-Arbeitnehmer	Asyl-suchende	EG-Arbeitnehmer	Nicht-EG-Arbeitnehmer	Asyl-suchende
	in %					
Insgesamt	34	11	19	13	34	30
Geschlecht						
Männer	41	12	19	12	34	29
Frauen	27	11	20	15	34	32
Altersgruppen						
18 bis 34 Jahre	39	18	33	9	21	18
35 bis 59 Jahre	35	9	16	12	35	31
60 Jahre und älter	26	6	7	21	51	47
Bildungsabschluß						
Hauptschule	23	7	9	19	47	44
Mittlere Reife	36	10	20	10	30	25
Fachhochschul-/Hochschulreife	53	20	38	5	14	10

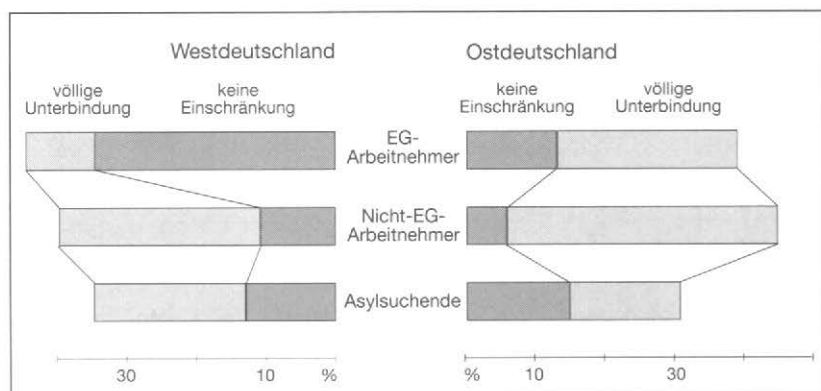
Datenbasis: ALLBUS 1990.

Mit 41 % befürworten Männer uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeiten von Arbeitnehmern aus EG-Staaten wesentlich häufiger als Frauen mit 27 %. Ähnlich ist es im Hinblick auf die Übersiedler aus der DDR sowie die deutschstämmigen Aussiedler aus Osteuropa. Dagegen unterscheiden sich bei den individuellen Präferenzen für uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeiten von Arbeitnehmern aus Nicht-EG-Staaten sowie Asylsuchenden die Geschlechter kaum voneinander. Die Einflüsse von Alter und Schulbildung der Befragten auf ihre individuellen Präferenzen hinsichtlich der Zuzugsmöglichkeiten der verschiedenen Gruppen sind wesentlich deutlicher ausgeprägt als der Einfluß des Geschlechts. Je jünger die Befragten sind und je höher ihr schulisches Bildungsniveau ist, desto freizügiger sind sie gegenüber den Zuzugsmöglichkeiten der verschiedenen Gruppen eingestellt. Lediglich eine Abweichung davon ist zu beobachten: Der Zusammenhang zwischen dem Alter und dem Anteil der Befragten, der uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeiten für deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa präferiert, ist nicht linear. Man kann vermuten, daß der vergleichsweise hohe Anteil in der Altersgruppe ab 60 Jahren zumindest zum Teil noch aus persönlichen Erfahrungen von Flucht und Vertreibung im Gefolge des Zweiten Weltkriegs resultiert.

Durch eine erneute Erhebung der Meinungen zur politischen Regelung des Zuzugs der verschiedenen Gruppen in die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1991

wurde sowohl ein aktueller zeitlicher Vergleich mit dem Vorjahr als auch ein direkter Ost-West-Vergleich möglich. Konzentriert man sich zunächst auf den zeitlichen Vergleich, so finden sich zwischen 1990 und 1991 keine Unterschiede, die eindeutig als Zunahme der Ausländerfeindlichkeit in der deutschen Bevölkerung interpretiert werden könnten. Zwar ist der Anteil der Befragten, der uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeiten von Asylsuchenden wünscht, von 19 % auf 13 % zurückgegangen, aber auch der Anteil derjenigen, die eine völlige Unterbindung der Zuzugsmöglichkeiten präferieren, ist um acht Prozentpunkte von 30 % auf 22 % gesunken.

Abb. 4: Meinungen zur politischen Regelung der Zuzugsmöglichkeiten von Ausländern



Datenbasis: ALLBUS 1991.

Beim Ost-West-Vergleich der Meinungen zur politischen Regelung der Zuzugsmöglichkeiten zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Befragten in den alten und neuen Bundesländern. In den fünf neuen Bundesländern steht man den Zuzugsmöglichkeiten von Arbeitnehmern aus EG-Staaten sowie aus Nicht-EG-Staaten wesentlich ablehnender gegenüber als auf dem früheren Gebiet der Bundesrepublik. Das wird sowohl durch niedrigere Anteile bei der Befürwortung uneingeschränkter Zuzugsmöglichkeiten als auch durch höhere Anteile bei der völligen Unterbindung des Zuzugs deutlich. Bemerkenswert ist auch die vergleichsweise positive Meinung im Osten Deutschlands zu den Zuzugsmöglichkeiten von Asylsuchenden. Mit 15 % gegenüber 13 % befürwortet ein größerer Anteil der Befragten als in Westdeutschland uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeiten, und mit 15 % gegenüber 22 % möchte ein geringerer Anteil den Zuzug völlig unterbunden sehen. Man muß bei diesem Ergebnis allerdings berücksichtigen, daß

die Befragung im Frühsommer 1991 durchgeführt wurde, zu einem Zeitpunkt also, zu dem die Problematik des Zustroms von Asylsuchenden nach Deutschland der Bevölkerung in den fünf neuen Bundesländern noch gar nicht in vollem Umfang deutlich geworden sein konnte.

## 18.6 Generelle Zunahme der Ausländerfeindlichkeit?

Wenn man die verschiedenen Befunde zusammenfaßt, so wird man schwerlich von einer generellen Zunahme der Ausländerfeindlichkeit in der deutschen Bevölkerung sprechen können. Zwar ist die Wahrnehmung starker Konflikte zwischen Ausländern und Deutschen im Verlauf der 80er Jahre gestiegen, aber dies kann nicht als Zunahme der Ausländerfeindlichkeit interpretiert werden. Im gleichen Zeitraum ist die Zustimmung der Befragten bei verschiedenen, Ausländer diskriminierenden Aussagen deutlich zurückgegangen, und die Ablehnung dieser Aussagen hat entsprechend zugenommen. Konkretes ausländerfeindliches Verhalten wurde im Jahr 1990 von einer großen Mehrheit als sehr schlimm beurteilt. Im gleichen Jahr gab rund die Hälfte der Befragten an, die Anwesenheit der Gastarbeiter sei von Vorteil für die Bundesrepublik. Man kann dies als vorwiegend instrumentelle Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber Ausländern interpretieren, die sich auch in unterschiedlichen Meinungen zu den Zuzugsmöglichkeiten der verschiedenen Gruppen widerspiegelt. Aber auch im Hinblick auf die Zuzugsmöglichkeiten der von den gewalttätigen Aktionen am stärksten betroffenen Gruppe der Asylsuchenden befürwortet die Mehrheit der Befragten in Ost und West die realistische politische Position, daß der Zuzug nicht uneingeschränkt möglich sein oder völlig unterbunden, sondern begrenzt werden sollte.

*(Erich Wiegand)*

## 19 Bereitschaft zu regionaler Mobilität

Während im Jahre 1988 nur etwa 40 000 Bürgerinnen und Bürger der DDR in die ehemalige Bundesrepublik übersiedelten, fanden im Jahre 1989 insgesamt knapp 344 000 Übersiedler Aufnahme im Bundesgebiet. Im September des Jahres 1989 erreichte deren Zahl, nachdem Ungarn am 11. September seine Grenze zu Österreich geöffnet hatte, mit über 33 000 einen ersten Höchststand. Zu einem zweiten sprunghaften Anstieg der Übersiedlerzahl auf über 133 000 im November kam es durch die Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9. dieses Monats. Dieser Zustrom ebnete auch in den ersten Monaten des Jahres 1990 nicht ab. Erst nach der Volkskammerwahl vom 18. März war ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Insgesamt fanden im ersten Halbjahr 1990 über 238 000 Deutsche aus der DDR im bisherigen Bundesgebiet Aufnahme. Seit dem 1. Juli 1990, mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Aufhebung des Aufnahmegesetzes und der Einstellung der Aufnahmeverfahren für Übersiedler, wurde keine spezielle Übersiedlerstatistik mehr erstellt. Nach Schätzungen dürfte im Jahre 1990 die Zahl der Zuzüge aus dem Gebiet der ehemaligen DDR in die bisherige Bundesrepublik etwa 300 000 betragen haben. Damit sind in den Jahren 1989 und 1990 insgesamt über 640 000 Zuzüge zu verzeichnen.

Auch wenn heute im Unterschied zu früher, als im Osten Deutschlands noch das SED-Regime herrschte, wesentliche Ausreisegründe, wie politische Repression, fehlende Meinungsfreiheit, Mangel an demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten und eingeschränkte Reisemöglichkeiten entfallen sind, kann dennoch, aufgrund der sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Lagen in den neuen und den alten Bundesländern, auch künftig mit Ost-West-Wanderungen gerechnet werden: Sowohl die sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen, als auch die äußerst ungleichen Arbeitsmarktchancen in beiden Teilen Deutschlands geben Anlaß zur Vermutung, daß sich viele Menschen in den neuen Bundesländern mit dem Gedanken tragen, in den westlichen Teil der Bundesrepublik überzusiedeln. Inwieweit diese Bereitschaft in den östlichen Ländern tatsächlich vorhanden und in welchen Bevölkerungsgruppen sie besonders ausgeprägt ist, soll untersucht werden. Gleichzeitig wird betrachtet, inwieweit umgekehrt die Bürger im westlichen Teil Deutschlands sich vorstellen können, in den östlichen Teil umzuziehen.

In den neuen Bundesländern ist die Bereitschaft, in den anderen Teil Deutschlands überzusiedeln, deutlich größer als in den alten Bundesländern: Während im östlichen Teil der Bundesrepublik mehr als jeder dritte (36 %) Befragte angibt, sich vorstellen zu können, in eines der alten Bundesländer überzusiedeln, ist das Umgekehrte in den alten Ländern nur bei knapp jedem vierten (24 %) der Fall. Der Westen strahlt also aufgrund der sehr unsicheren ökonomischen Verhältnisse im Ostteil der Bundesrepublik weiterhin eine große Anziehungskraft aus.

Tab. 1: Mobilitätsbereitschaft nach Geschlecht und Altersgruppen

	Bereitschaft zum Umzug von Ostdeutschland in die alten Bundesländer		Westdeutschland in die neuen Bundesländer	
	in %		in %	
Insgesamt	36		24	
Geschlecht				
Männer	40		32	
Frauen	33		17	
Altersgruppen				
18 bis 24 Jahre	64		34	
25 bis 34 Jahre	51		32	
35 bis 44 Jahre	46		25	
45 bis 59 Jahre	29		25	
60 Jahre und älter	12		12	

Datenbasis: ALLBUS 1991.

Betrachtet man die Mobilitätsbereitschaft getrennt für Männer und Frauen (Tab. 1), zeigt sich generell, daß sich Männer eher als Frauen vorstellen können, in den anderen Teil Deutschlands überzusiedeln. Während im östlichen Teil Deutschlands 40 % der Männer und 33 % der Frauen einen Umzug nach Westdeutschland nicht ausschließen, betragen in den alten Ländern die entsprechenden Anteile 32 % und 17 %. Dies mag darauf zurückzuführen sein, daß Männer stärker als Frauen berufliche Interessen verfolgen und von daher eher bereit sind, den Wohnort zu wechseln, wenn sie sich davon entsprechende Vorteile versprechen. Allerdings sind diese geschlechtsspezifischen Unterschiede im Westen deutlich größer als im Osten. Das dürfte damit zusammenhängen, daß in der ehemaligen DDR Frauen weitaus stärker als in der alten Bundesrepublik in den Arbeitsprozeß einbezogen waren und von daher Fragen der Erwerbstätigkeit in größerem Umfang eine Rolle bei ihrer künftigen Lebensgestaltung spielen.

Aus Tab. 1 ist auch ersichtlich, daß die Mobilitätsbereitschaft stark mit dem Lebensalter variiert. Die generelle Tendenz ist in beiden Teilen Deutschlands die gleiche: Je jünger die Befragten sind, desto eher sind sie bereit, ihren Wohnort zu wechseln. Dies dürfte ganz allgemein auch damit zusammenhängen, daß jüngere Menschen in Fragen ihrer Lebensplanung noch offener sind und dabei auch weniger Rücksichten auf eventuelle familiäre und sonstige Bindungen nehmen müssen. In den neuen Bundesländern sind fast zwei Drittel (64 %) der 18- bis 24jährigen bereit, in die westlichen Länder überzusiedeln, die westdeutschen Befragten dieser Altersgruppe sind zu einem Drittel bereit, in den Osten überzusiedeln. Auch in der Altersgruppe der 25- bis 34jährigen und der 35- bis 44jährigen



sind die Anteile der umzugsbereiten Ostdeutschen mit 51 % und 46 % noch überdurchschnittlich hoch. Merklich nimmt dieser Anteil erst bei den 45- bis 59jährigen ab, beträgt jedoch immerhin noch 29 %. Bei den Westdeutschen, die sich vorstellen können, nach Ostdeutschland umzusiedeln, ist der Anteil bis zum Alter von 60 Jahren relativ hoch. Sehr gering ist in beiden Teilen Deutschlands der Anteil der Umzugswilligen bei den 60jährigen und älteren mit jeweils 12 %.

Der überaus hohe Anteil der Ostdeutschen in der jüngsten Altersgruppe, die sich vorstellen können, in den Westen überzusiedeln, ist zum einen sicherlich darauf zurückzuführen, daß, wie in den anderen Altersgruppen auch, die Beschäftigungsperspektiven generell eher schlecht beurteilt werden. Hinzu kommen dürfte, daß viele in ihrer Heimatregion nicht die Möglichkeit sehen, zukunftssträchtige Ausbildungsberufe im Dienstleistungsbereich oder in der Industrie erlernen zu können – sieht man einmal vom Großraum Berlin ab, in dem im Westteil der Stadt attraktive Ausbildungsplätze angeboten werden. Weiterhin wird gegenwärtig eine große Zahl junger Menschen in Betrieben und Branchen ausgebildet, deren Zukunft im Osten unsicher ist. In den anderen Altersgruppen, in denen die Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz nicht mehr relevant ist, dürfte die Aussicht auf einen besseren oder überhaupt einen Arbeitsplatz die Ursache für einen möglichen Wohnortwechsel sein. Dafür spricht, daß bei den Arbeitslosen in den neuen Bundesländern mit 41 % (*nicht in Tab. 1 ausgewiesen*) der Anteil der Umzugsbereiten überdurchschnittlich hoch ist. Auch die Bereitschaft von Bürgern in den westlichen Bundesländern, in den Osten zu ziehen, dürfte verknüpft sein mit besseren beruflichen Möglichkeiten. Bedenkt man, daß die Migrationsbereitschaft im Osten Deutschlands zum einen deutlich höher ist als im Westen, und zum anderen insbesondere die jungen Menschen bereit sind, in den westlichen Teil der Bundesrepublik überzusiedeln, besteht für die neuen Länder die Gefahr, daß sich die ohnehin vorhandenen wirtschaftlichen Strukturprobleme durch die drohende Überalterung der Bevölkerung weiter verschärfen könnten.

Gliedert man die Befragten nach ihrer Schulbildung, zeigt sich in den neuen Bundesländern, daß bei allen Befragten mit einem mindestens mittleren allgemeinbildenden Schulabschluß eine überdurchschnittliche Bereitschaft zum Wohnortwechsel vorhanden ist. Diese ist bei den Befragten mit Abitur oder Fachabitur mit 52 % am höchsten, aber auch bei den Besuchern der Polytechnischen Oberschule mit Abschluß 10. Klasse (45 %) noch deutlich ausgeprägt. Von diesen Befragten mit mittlerem oder höherem schulischem Abschluß unterscheiden sich ganz deutlich diejenigen ohne einen Abschluß und jene, die lediglich über den Abschluß der 8. Klasse verfügen, von denen lediglich 21 % sich vorstellen können, in den Westen überzusiedeln.

In den alten Bundesländern zeigt sich ein ähnliches Muster. Hier sind die Befragten mit steigender schulischer Bildung eher bereit, in den Osten überzusiedeln. Während lediglich 14 % der Befragten ohne einen Abschluß bzw. mit dem Abschluß der Volks- oder Hauptschule sich vorstellen können, den Wohnort zu wechseln, steigt

Tab. 2: Mobilitätsbereitschaft nach Bildungsabschlüssen

	Bereitschaft zum Umzug von Ostdeutschland Westdeutschland in die alten in die neuen Bundesländer	
	in %	
Allgemeiner Bildungsabschluß		
Ohne Abschluß, Volks-, Haupt- schulabschluß, Abschluß 8. Klasse	21	14
Mittlere Reife, Abschluß 10. Klasse	45	27
Fachhochschulreife, Fachabitur, Abitur	52	40
Beruflicher Bildungsabschluß		
Beruflich-betriebliche Anlernzeit	19	14
Teilfacharbeiterabschluß	33	—
Gewerbliche/landwirtschaftliche Lehre	36	23
Kaufmännische Lehre	35	20
Berufsfachschulabschluß	—	27
Meister/Techniker	33	28
Fachhochschulabschluß	—	30
Hochschulabschluß	50	42
Kein beruflicher Ausbildungsabschluß	27	25

Datenbasis: ALLBUS 1991.

die Bereitschaft über die Befragten mit Mittlerer Reife (27 %) bis zu denen mit Abitur oder Fachhochschulreife auf den überdurchschnittlichen Wert von 40 %.

Hinter diesen unterschiedlichen Vorstellungen zwischen den Inhabern der verschiedenen Bildungszertifikate, in den jeweils anderen Teil der Bundesrepublik überzusiedeln, verbergen sich auch unterschiedliche Einschätzungen der Chancen, auf dem Arbeitsmarkt gewünschte Positionen zu erlangen. Im Osten Deutschlands sind es vor allem diejenigen ohne oder mit einem niedrigen Bildungsabschluß, die sich auch im Westen nur geringe Arbeitsmarktchancen ausrechnen, und daher findet sich nur bei einer relativ kleinen Minderheit von ihnen die Bereitschaft zu einem Wohnortwechsel. Bei den Bürgern der westlichen Länder ist vor allem auffällig, daß die Inhaber der Fachhochschul- und der Hochschulreife sich in besonderem Maße einen Umzug vorstellen können. Die Gründe dürften darin liegen, daß insbesondere diese Hochqualifizierten, angesichts des in den neuen Bundesländern vorherrschenden Mangels an Führungskräften in Wirtschaft, Industrie und Verwaltung, zusätzliche Karrieremöglichkeiten sehen, die sie zu einem Wohnortwechsel motivieren könnten.

Sieht man die individuellen Arbeitsmarktchancen als wesentliche Determinante für einen möglichen Wohnortwechsel, spielt neben dem allgemeinbildenden Schulab-

schluß auch die erworbene berufliche Ausbildung eine große Rolle. Ein Blick auf die Mobilitätsbereitschaft bei den verschiedenen beruflichen Ausbildungsabschlüssen zeigt in den neuen Ländern eine unterdurchschnittliche Bereitschaft bei Personen ohne beruflichen Ausbildungsabschluß (27 %) und solchen, die lediglich eine beruflich-betriebliche Anlernzeit, jedoch keine Lehre absolviert haben (19 %). Etwa durchschnittlich ist die Bereitschaft bei denjenigen mit Teilfacharbeiterabschluß (33 %), mit dem Abschluß einer gewerblichen bzw. landwirtschaftlichen (36 %) oder einer kaufmännischen Lehre (35 %) und bei den Meistern und Technikern (33 %). Stärker als im Bevölkerungsdurchschnitt ist die Bereitschaft zu einem Wohnortwechsel in den Westen bei Personen vorhanden, die über einen Hochschulabschluß (50 %) verfügen.

In den alten Bundesländern sind die Verteilungen ähnlich. Unterdurchschnittlich ist die Migrationsbereitschaft bei denjenigen, die lediglich über eine beruflich-betriebliche Anlernzeit verfügen (14 %). Die Gruppe ohne einen beruflichen Ausbildungsabschluß liegt mit 25 % etwa im Bevölkerungsdurchschnitt. Überdurchschnittlich ist auch im Westen die Mobilitätsbereitschaft bei den Hochschulabsolventen (42 %).

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß sich insbesondere Jüngere und besser Ausgebildete vorstellen können, den Wohnort in westlicher oder östlicher Richtung zu verändern. Bei diesen Vorstellungen handelt es sich jedoch nicht um konkrete Absichten, sondern vielmehr um eine latente Bereitschaft. Daß diese Bereitschaft sich bei den Westbürgern in größerem Umfang in konkrete Absichten verwandeln wird, ist aufgrund der gegebenen Arbeitsmöglichkeiten im Osten kaum zu erwarten. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß bei länger anhaltender wirtschaftlicher Misere in den neuen Bundesländern zumindest ein Teil derjenigen, die schon heute ein Verlassen ihrer heimatlichen Region nicht ausschließen, versuchen wird, in Westdeutschland Arbeit und Wohnung zu finden. Eine solche Entwicklung hätte ernsthafte Konsequenzen für die ostdeutsche Wirtschaft. Da in erster Linie die jungen, besser ausgebildeten Bevölkerungsteile Mobilitätsbereitschaft zeigen, wäre die ökonomische Folge ein Verlust gerade der Arbeitskräfte, die dringend zum wirtschaftlichen Aufbau gebraucht werden. Die vorhandenen strukturellen Probleme der ostdeutschen Wirtschaft würden sich durch Überalterung und Mangel an qualifizierten Arbeitskräften verschärfen.

*(Reiner Trometer)*

## 20 Bürger und Politik I

### Grundlegende politische Orientierungen

Mit dem Beitritt der fünf neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland sind auch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR demokratische Institutionen errichtet worden. Da die Stabilität einer Demokratie nicht nur von der Funktionsfähigkeit ihrer Institutionen, sondern auch von den Einstellungen und Verhaltensweisen ihrer Bürger abhängt, ist eine zentrale Frage, in welchem Ausmaß bei den ostdeutschen Bürgern politische Einstellungen und Verhaltensweisen vorliegen, die diesen demokratischen Institutionen entsprechen. Diese grundlegenden politischen Einstellungen und Verhaltensweisen werden auch als politische Kultur bezeichnet. Die politische Kultur wird wesentlich von dem politischen System geprägt, in dem man aufwächst, und verändert sich nur langfristig. In Westdeutschland hat es nach der Einführung demokratischer Institutionen im Jahre 1949 bis in die 70er Jahre gedauert, bis sich eine demokratische politische Kultur entwickelt hatte, die der etablierten westlicher Demokratien entsprach. Da die Bürger der ehemaligen DDR in einem autoritären politischen System gelebt haben, ist einerseits nicht auszuschließen, daß sich bei ihnen eine politische Kultur herausgebildet hat, die mit der Situation im Westen Deutschlands kurz nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus vergleichbar ist. Doch dürfen dabei wichtige Unterschiede nicht übersehen werden: So waren die ostdeutschen Bürger am Zusammenbruch des politischen Systems der DDR selbst aktiv beteiligt. Außerdem wurden sie über das Westfernsehen und durch direkte persönliche Kontakte mit Verwandten ständig mit Informationen über die westliche Demokratie versorgt. Für den folgenden Vergleich zentraler Elemente der politischen Kultur können also sowohl Übereinstimmungen als auch Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen erwartet werden.

#### 20.1 Persönlichkeitsmerkmale

Das Vertrauen in die eigenen politischen Fähigkeiten (persönliche politische Kompetenzerwartung) und autoritäre Orientierungen (Autoritarismus) sind grundlegende Persönlichkeitsmerkmale, die – je nach ihrer Ausprägung – positive oder negative Voraussetzungen für die Herausbildung demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen darstellen.

In bezug auf persönliche politische Kompetenzerwartung zeigen sich im Jahr 1990 nur sehr geringfügige Unterschiede zwischen West- und Ostberlinern (entsprechende nationale Umfragen liegen nicht vor, vgl. Tab. 1). Auffällig sind dagegen die

in beiden Stadtteilen gleichermaßen großen Differenzen zwischen Männern und Frauen. Deutlich mehr Männer als Frauen zeigen eine hohe persönliche politische Kompetenzerwartung. Auch bei der Differenzierung nach verschiedenen Bildungsgruppen zeigen beide Stadtteile dieselbe Struktur. Je höher das Bildungsniveau, desto höher auch der Anteil an Personen mit hoher Kompetenzerwartung. Bei der Differenzierung nach Altersgruppen liegen weder im Westen noch im Osten systematische Gruppenunterschiede vor.

Tab. 1: Persönliche politische Kompetenzerwartung  
in West- und Ost-Berlin

	West-Berlin Persönliche politische Kompetenzerwartung			Ost-Berlin Persönliche politische Kompetenzerwartung		
	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch
	in %					
Insgesamt	8	44	48	10	46	44
Geschlecht						
Männer	2	38	60	6	40	54
Frauen	13	51	36	14	52	34
Altersgruppen						
18 bis 24 Jahre	11	53	36	6	44	50
25 bis 34 Jahre	6	46	48	8	49	43
35 bis 49 Jahre	4	42	54	7	48	45
ab 50 Jahre	10	41	49	18	42	40
Bildungsabschluß						
Ohne Abschluß	29	59	12	—	—	—
Hauptschulabschluß	16	49	35	26	52	22
Mittlere Reife	8	51	41	10	51	39
Fachhochschulreife, Abitur	2	37	61	3	40	57

Datenbasis: Berlin-Umfrage 1990 (West-Berlin: N = 1378; Ost-Berlin: N = 868).

Standen bei der Kompetenzerwartung noch die Gemeinsamkeiten im Vordergrund, so sind bei der Betrachtung des Persönlichkeitsmerkmals Autoritarismus (vgl. Tab. 2) zunächst die erheblichen Unterschiede zwischen West- und Ost-Berlin auffällig. In Ost-Berlin sind mehr als doppelt so viele Befragte hoch autoritär orientiert als in West-Berlin. Interessanterweise macht die Geschlechtszugehörigkeit für die Ausprägung autoritärer Haltungen keinerlei Unterschied. Sehr deutliche Differenzen ergeben sich aber zwischen den Altersgruppen sowie bezüglich des Bildungsniveaus. Mit zunehmendem Alter und mit sinkendem Bildungsabschluß steigt in West und Ost der Anteil autoritärer Personen.

Tab. 2: Autoritarismus in West- und Ost-Berlin

	West-Berlin		Autoritarismus		Ost-Berlin	
	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch
	in %					
Insgesamt	32	54	14	8	55	37
Geschlecht						
Männer	32	54	14	8	53	39
Frauen	32	54	14	7	59	34
Altersgruppen						
18 bis 24 Jahre	41	51	8	16	56	28
25 bis 34 Jahre	48	48	4	12	66	22
35 bis 49 Jahre	33	57	10	6	60	34
ab 50 Jahre	9	58	33	1	42	57
Bildungsabschluß						
Ohne Abschluß	13	43	44	—	—	—
Hauptschulabschluß	10	62	28	0	41	59
Mittlere Reife	25	61	14	8	55	37
Fachhochschulreife, Abitur	48	47	5	11	62	27

Datenbasis: Berlin-Umfrage 1990.

Hinsichtlich der beiden Persönlichkeitsmerkmale zeigen sich demnach unterschiedliche Ergebnisse bei den Ostdeutschen. Während ihre persönliche politische Kompetenzerwartung ebenso hoch ist wie die der Westdeutschen, ist der Autoritarismus deutlich stärker ausgeprägt.

## 20.2 Wertorientierung und ideologische Orientierung

Gesellschaftliche Wertorientierungen und ideologische Orientierungen sind allgemeine Prinzipien, mit deren Hilfe die Bürger konkrete Einstellungen und Probleme einordnen und bewerten. Sie sind demzufolge für die Strukturierung der politischen Welt der einzelnen Bürger von zentraler Bedeutung.

In Westdeutschland hat sich wie in anderen westlichen Industrienationen seit den 70er Jahren ein Wertewandel vollzogen. Während die Mehrheit der Bürger bis dahin vor allem materialistische Ziele wie Wohlstand und Sicherheit präferierte, ist der Anteil der Bürger immer größer geworden, der statt dessen postmaterialistische Ziele wie Gleichberechtigung, Umweltschutz und persönliche Entfaltung für wichtig hält. Voraussetzung dieses Wertewandels waren gesellschaftliche Entwick-

lungsprozesse wie beispielsweise die Steigerung des Wohlstandes und der technologische Fortschritt. Da diese in der ehemaligen DDR nicht in gleichem Ausmaß stattfanden und zudem der Zusammenbruch der DDR zu gravierenden wirtschaftlichen Problemen für die ostdeutschen Bürger führte, kann erwartet werden, daß die Ostdeutschen im Vergleich zu den Westdeutschen stärker materialistisch orientiert sind. Ein Vergleich der Wertorientierungen von West- und Ostdeutschen im Jahr 1990 zeigt für Westdeutschland 32 % Postmaterialisten und 15 % Materialisten, während bei den Ostdeutschen das Verhältnis genau umgekehrt ist (vgl. Tab. 3). In Ostdeutschland überwiegt also erwartungsgemäß eindeutig der Anteil der Materialisten.

Tab. 3: Wertorientierung

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Materia- listen	Misch- typen	Post- materia- listen	Materia- listen	Misch- typen	Post- materia- listen
	in %					
Insgesamt	15	53	32	27	58	15
Geschlecht						
Männer	13	55	32	23	62	15
Frauen	17	52	31	31	55	14
Altersgruppen						
18 bis 24 Jahre	5	44	51	12	63	25
25 bis 34 Jahre	8	44	48	17	62	21
35 bis 49 Jahre	12	53	35	23	61	16
ab 50 Jahre	22	61	17	40	53	7
Bildungsabschluß						
Ohne Abschluß	30	56	14	56	44	0
Hauptschulabschluß	23	60	17	45	48	7
Mittlere Reife	11	54	35	20	62	18
Fachhochschulreife, Abitur	3	40	57	13	66	21

Datenbasis: ALLBUS 1990, ISSP Plus 1990.

Die Forschungen zum Wertewandel in den westlichen Industrienationen haben gezeigt, daß vor allem Jüngere und Personen mit höherem Bildungsabschluß überdurchschnittlich häufig postmaterialistisch orientiert sind. Dieses Muster läßt sich – auf unterschiedlichem Niveau – sowohl in West- als auch in Ostdeutschland auffinden. Die beiden jüngeren Altersgruppen und die Befragten mit mittlerem und hohem Bildungsabschluß weisen deutlich höhere Anteile an Postmaterialisten auf.

In den europäischen Staaten hat sich das Links-Rechts-Schema als der wichtigste allgemeine Mechanismus herausgebildet, mit dem sich die Staatsbürger in der politischen Welt orientieren und mit dem sie über Politik kommunizieren. Politische Einstellungen, die durch das Links-Rechts-Schema organisiert sind, werden gemeinhin als ideologische Orientierungen bezeichnet. Zur Erfassung dieser ideologischen Orientierung wird eine Zehn-Punkte-Skala verwendet, deren Endpunkte mit Links und Rechts gekennzeichnet sind.

Ein Vergleich der ideologischen Orientierung der West- und Ostdeutschen im Jahr 1990 ergibt, daß die linke Orientierung bei den Ostdeutschen etwas stärker ausgeprägt ist als bei den Westdeutschen, umgekehrt ist die rechte Orientierung bei den Westdeutschen stärker ausgeprägt als bei den Ostdeutschen (vgl. Tab. 4).

Tab. 4: Ideologische Orientierung\*

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Links	Mitte	Rechts	Links	Mitte	Rechts
	in %					
Insgesamt	31	43	26	39	43	18
Geschlecht						
Männer	33	40	27	38	43	19
Frauen	30	46	24	40	44	16
Altersgruppen						
18 bis 24 Jahre	43	41	16	57	32	11
25 bis 34 Jahre	42	40	18	40	43	17
35 bis 49 Jahre	31	43	26	36	46	18
ab 50 Jahre	23	45	32	36	44	20
Bildungsabschluß						
Ohne Abschluß	20	48	32	11	45	44
Hauptschulabschluß	26	46	28	28	47	25
Mittlere Reife	29	45	26	41	43	16
Fachhochschulreife, Abitur	44	36	20	52	38	10

\* Links-Rechts-Skala von 1 bis 10. Links = Skalenpunkte 1 bis 4; Mitte = 5 bis 6; Rechts = 7 bis 10.

Datenbasis: ALLBUS 1990, ISSP Plus 1990.

Mit 8 Prozentpunkten Differenz ist der Unterschied zu den Westdeutschen aber nicht sehr groß. Im Westen und Osten zeigt sich, daß ein systematischer Zusammenhang zwischen der ideologischen Orientierung mit Alter und Bildungsabschluß besteht. Bei den Jüngeren und Personen mit hohem Bildungsabschluß ist die linke Orientierung häufiger anzutreffen als bei den Älteren und Personen mit niedrigem Bildungsabschluß.



Sowohl in bezug auf die Wertorientierung als auch auf die ideologische Orientierung liegen also Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen vor. Die Ostdeutschen sind deutlich materialistischer und etwas stärker links orientiert als die Westdeutschen.

## 20.3 Politische Beteiligung und politisches Interesse

Ein Kennzeichen einer demokratischen politischen Kultur ist, daß die Bürger grundsätzlich ein Interesse an der Politik entfalten und darüber hinaus bereit sind, am politischen Willensbildungsprozeß in verschiedener Weise teilzunehmen.

In bezug auf die politische Beteiligungsbereitschaft lassen sich zwei Formen unterscheiden: konventionelle Formen, die sich auf Wahlen und Parteien beziehen, und unkonventionelle Formen, die auf direkte und nicht-institutionalisierte Aktionen wie Demonstrationen und Bürgerinitiativen gerichtet sind. Diese sind im Westen vor allem im Zusammenhang mit der Studentenbewegung in den späten

Tab. 5: Bereitschaft zur politischen Beteiligung

	Westdeutschland	Ostdeutschland
	in %	
Konventionelle Beteiligung		
Sich an Wahlen beteiligen	87	74
Seine Meinung sagen, im Bekanntenkreis und am Arbeitsplatz	81	84
Sich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligen	45	49
In einer Partei aktiv mitarbeiten	18	11
Als Helfer einen Kandidaten bei der Wahl unterstützen	15	15
Unkonventionelle Beteiligung		
Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	41	30
Teilnahme an einer nichtgenehmigten Demonstration	8	10
Hausbesetzung, Besetzung von Fabriken, Ämtern	3	2
Bei einer Demonstration mal richtig Krach schla- gen, auch wenn dabei einiges zu Bruch geht	1	2
Für eine Sache kämpfen, auch wenn dazu Gewalt gegen Personen notwendig ist	2	3
Politische Gegner einschüchtern	3	1

Datenbasis: ALLBUS 1988, ISSP Plus 1990.

60er Jahren populär geworden. Betrachtet man konventionelle Formen der politischen Beteiligung (vgl. Tab. 5), so zeigt sich in West und Ost grundsätzlich eine hohe Bereitschaft, sich an Wahlen zu beteiligen und seine eigene Meinung im kleinen Kreis zu äußern (84 bzw. 79 %). Deutlich niedriger ist die Bereitschaft, sich an öffentlichen Diskussionen zu beteiligen (45 bzw. 49 %), und am geringsten ausgeprägt ist die Bereitschaft zur direkten parteiorientierten politischen Mitarbeit (16 bzw. 13 %). Nur hinsichtlich des Ausmaßes der Wahlbeteiligung liegen zwischen West (87 %) und Ost (74 %) deutliche Unterschiede vor. Bei den unkonventionellen Formen politischer Beteiligung, die legale und illegale Aktivitäten umfassen, ist nur bei der Mitarbeit in einer Bürgerinitiative (legale Aktionsform) eine größere Beteiligungsbereitschaft festzustellen. Diese ist im Westen (41 %) deutlicher ausgeprägt als im Osten (30 %), was angesichts der längeren Tradition dieser Aktionsform im Westen nicht überrascht. Alle illegalen Formen unkonventioneller politischer Beteiligung wie Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration, Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen werden im Osten wie im Westen von weniger als 10 % der Bürger in Betracht gezogen.

Tab. 6: Politisches Interesse 1990 und 1991

	Westdeutschland						Ostdeutschland					
	sehr stark/ stark		mittel		Politisches Interesse wenig/ überhaupt nicht		sehr stark/ stark		mittel		wenig/ überhaupt nicht	
	1990	1991	1990	1991	1990	1991	1990	1991	1990	1991	1990	1991
	in %											
Insgesamt	38	33	41	43	21	24	41	26	39	45	20	29
Geschlecht												
Männer	48	44	38	41	14	15	47	34	35	44	18	22
Frauen	27	22	45	44	28	34	34	19	43	45	23	36
Altersgruppen												
18 bis 24 Jahre	36	27	41	39	23	34	36	27	42	39	22	34
25 bis 34 Jahre	39	31	41	42	20	27	32	23	44	50	24	27
35 bis 49 Jahre	39	35	45	47	16	18	48	28	39	46	13	26
ab 50 Jahre	36	35	40	41	24	24	41	27	36	41	23	32
Bildungsabschluß												
Ohne Abschluß	9	19	27	35	64	46	—	13	—	35	—	52
Hauptschul- abschluß	27	23	45	44	28	33	26	19	43	45	31	36
Mittlere Reife	40	32	42	46	18	22	37	23	45	49	18	28
Fachhochschul- reife, Abitur	58	54	35	37	7	9	70	52	23	39	7	9

Datenbasis: ALLBUS 1990, 1991, ISSP Plus 1990.

Wie groß ist neben der Bereitschaft, sich selbst aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen, das allgemeine Interesse an Politik? Im ereignisreichen Jahr 1990 ist das politische Interesse in West und Ost gleichermaßen stark ausgeprägt (vgl. Tab. 6). Im darauffolgenden Jahr 1991 schwächte sich dieses Interesse aber wieder ab, wobei diese Abschwächung im Osten deutlich stärker ausfällt als im Westen, so daß 1991 das politische Interesse im Osten niedriger ausgeprägt ist als im Westen. Die Abnahme des Interesses erfolgt gleichermaßen bei Männern und Frauen sowie in allen Alters- und Bildungsgruppen. Die Unterschiede zwischen diesen Gruppen blieben aber erhalten. Das heißt Männer sind nach wie vor stärker an Politik interessiert als Frauen und die Bürger mit höherem Bildungsabschluß stärker als die mit niedrigeren Bildungsabschlüssen.

Die Ergebnisse deuten insgesamt auf keinen größeren Unterschied in der Beteiligungsbereitschaft an konkreten politischen Aktivitäten und dem allgemeinen politischen Interesse der Bürger hin. In beiden Teilen Deutschlands besteht ein hohes Maß an politischem Interesse mit der Bereitschaft zu demokratischen Formen politischer Beteiligung bei gleichzeitiger Ablehnung illegitimer Beteiligungsformen. Es zeigt sich jedoch auch, daß das Jahr 1990 mit seinen fundamentalen politischen Umwälzungen zu einer erhöhten politischen Mobilisierung vor allem im Ostteil Deutschlands führte, der 1991 ein Rückgang des allgemeinen politischen Interesses folgte.

## 20.4 Bindung an Interessengruppen und Parteien

Interessengruppen und Parteien sind zentrale Vermittlungsinstanzen zwischen Bürgern und politischen Entscheidungsträgern. Sie greifen die Ansprüche und Erwartungen der Bürger auf und versuchen, diese in den politischen Entscheidungsprozeß einzubringen. Ob und inwieweit sich die Bürger von den Interessengruppen und den politischen Parteien mit ihren persönlichen Anliegen vertreten fühlen, ist deshalb von maßgeblicher Bedeutung für die Funktionsfähigkeit des politischen Systems.

Bei der Frage danach, inwieweit die Bürger ihre persönlichen Interessen durch Interessengruppen und politische Parteien vertreten sehen, ergeben sich 1990 zwischen Ost- und Westdeutschland – wenngleich auf unterschiedlichem Niveau – vergleichsweise viele Ähnlichkeiten (vgl. Tab. 7). Bei den Interessengruppen werden Umweltschutzorganisationen bei weitem am häufigsten genannt, es folgen Gewerkschaften mit deutlich höherem Anteil in Ostdeutschland. Von den Kirchen fühlen sich in Westdeutschland mehr Bürger von der katholischen, in Ostdeutschland mehr von der evangelischen Kirche vertreten. Wirtschafts- und Berufsverbände sind in beiden Teilen Deutschlands von etwa gleicher Bedeutung. Politische Parteien werden durchweg nicht so häufig genannt wie Umweltorganisationen und Gewerkschaften, aber im Durchschnitt häufiger als die übrigen Interessengruppen.

Die CDU steht an der Spitze, gefolgt von der SPD und den Grünen bzw. Bündnis 90 in Ostdeutschland. Angesichts der kurzen Zeit nach dem Umbruch in der ehemaligen DDR ist es erstaunlich, wie stark bereits 1990 bei den Ostdeutschen die Verbundenheit mit neuen politischen Organisationen, insbesondere neuen politischen Parteien, ausgeprägt ist.

Tab. 7: Vertretensein durch Interessengruppen und Parteien

	Vertreten meine Interessen*	
	Westdeutschland	Ostdeutschland
	in %	
Interessengruppen		
Gewerkschaften	36	49
Wirtschafts- oder Berufsverbände	16	17
Frauenorganisationen	25	20
Altengruppen	18	14
Bauern- und Landwirtschaftsverbände	5	11
Vertriebenenverbände	5	3
Katholische Kirche	17	7
Evangelische Kirche	13	25
Umweltschutzorganisationen	58	56
Parteien		
CDU/CSU	33	42**
DSU	—	14
SPD	31	33
F.D.P.	14	25
Die Grünen	26	32
Bündnis 90	—	27
Republikaner	3	3
PDS	1	11

\* Mehrfachnennungen möglich.

\*\* Nur CDU.

Datenbasis: Vergleichende Wahlstudie Bundestagswahl 1990, 1. Welle (West: N = 1340; Ost: N = 692).

Wie steht es aber mit der Qualität dieser Bindung? Ein Indiz dafür ist die Fähigkeit der Bürger, sich unter Angabe von Gründen ein Urteil über die Organisationen zu bilden. Dazu werden Daten erhoben, die nach den guten und schlechten Seiten der wichtigsten politischen Parteien fragen, ohne den Befragten feste Antwortkategorien vorzugeben. Betrachtet man den Anteil von Befragten, die weder positive noch negative Argumente genannt haben, dann fällt auf, daß die Bürger in den neuen Bundesländern keine Mühe hatten, die politischen Parteien zu beurteilen, die in der ersten Bundestagswahl nach der Vereinigung um Unterstützung warben (vgl.

Tab. 8). Zwar lag in Ostdeutschland der Anteil der Wahlberechtigten, die sich zu CDU, SPD, F.D.P. und den Grünen äußerten, etwas unter dem in Westdeutschland gemessenen Anteil, war aber, sieht man von der F.D.P. einmal ab, mit knapp 90 % erstaunlich hoch. Die Fähigkeit, sich unter Angabe von Gründen ein Urteil zu bilden, ist bei den Bürgern in West- und Ostdeutschland also in ausgeprägter Weise vorhanden. Ein weiteres Indiz für die Qualität der Bindung an Parteien ist, inwieweit die Bürger eine Neigung zum Schwarz-Weiß-Malen haben, oder ob sie Vor- und Nachteile abwägen. Äußern sie also nur positive bzw. nur negative Argumente, oder finden sie positive und negative Argumente? Die Verteilung positiver und negativer Argumente ergibt, daß die Neigung der Bürger zum Schwarz-Weiß-Malen für alle Parteien weniger ausgeprägt ist als das Abwägen von Vor- und Nachteilen. Einzige Ausnahme bildet die PDS. Hier dominiert nicht das Abwägen von Vor- und Nachteilen, die Ostdeutschen äußern überwiegend nur negative Argumente zu dieser Partei.

Tab. 8: Bewertung politischer Parteien

	In Westdeutschland nannten ...				In Ostdeutschland nannten ...			
	nur positive	positive und negative	nur negative	weder positive noch negative	nur positive	positive und negative	nur negative	weder positive noch negative
	... Argumente für die politische Partei							
	in %							
CDU/CSU	11	56	27	6	15	62	15	8
F.D.P.	15	36	31	18	23	39	10	28
SPD	19	60	15	6	13	62	13	12
Die Grünen	5	70	18	7	10	74	5	11
PDS	—	—	—	—	1	43	48	8

Datenbasis: Wahlstudie 1990, Forschungsgruppe Wahlen, 2. Welle (West: N = 1476); Vorwahlstudie zur Bundestagswahl 1990, Emnid/ipos/USUMA (Ost: N = 959).

Die Bindung an Interessengruppen und Parteien ist danach in West- und Ostdeutschland vergleichbar hoch ausgeprägt, ebenso die Qualität der Bindung an die politischen Parteien.

(Edeltraud Roller/Rolf Hackenbroch/Hans-Dieter Klingemann/  
Jürgen Lass/Carolin Schöbel/Bernhard Weißels)

## 21 Bürger und Politik II

### Problemwahrnehmungen, Rolle des Staates und Akzeptanz der Demokratie

#### 21.1 Wahrgenommene Probleme und Problemlösungskompetenz von Regierungen im Prozeß der deutschen Einigung

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist für die Menschen mit großen Hoffnungen verbunden, konfrontiert sie aber auch mit vielen Problemen, die für sie zum Teil bisher unbekannt oder von eher nachgeordneter Bedeutung waren. Die Frage, welches Problem von den Befragten als das wichtigste eingestuft wird, gibt Aufschluß darüber, wie die Bürger die aktuelle Situation wahrnehmen. Das Muster der Wichtigkeitseinschätzungen kann als das spezifische „Problemprofil der Gesellschaft“ bezeichnet werden. Es verweist darauf, in welchen Bereichen die Bürger Veränderungen erwarten und wo politisches Handeln notwendig ist.

Die hier vorgestellten Daten stützen sich auf Umfragen, die kurz nach der Vereinigung im November 1990 durchgeführt wurden. Ein West-Ost-Vergleich zeigt, daß sich die Bürger in beiden Teilen Deutschlands mit jeweils unterschiedlichen Problemlagen konfrontiert sehen (vgl. Tab. 1). Die einzelnen Problemnennungen lassen sich zu Bereichen zusammenfassen, von denen Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsprobleme, soziale Probleme, Probleme der Einheit im engeren Sinn und Umweltverschmutzung die wichtigsten sind. Im Osten nimmt das Problem Arbeitslosigkeit den alles überragenden Rang ein, mehr als die Hälfte der Befragten nennen dieses Problem als das wichtigste. An zweiter Stelle folgen mit etwa einem Fünftel der Nennungen Wirtschaftsprobleme, wobei vor allem ein Aufschwung der Wirtschaft als notwendig erachtet wird und das starke Wirtschaftsgefälle zwischen Ost und West Sorgen bereitet. Soziale Probleme, wie Mieten, Renten und Gesundheitsfürsorge, werden von den Bürgern Ostdeutschlands nur selten genannt. Möglicherweise werden diese aufgrund der Überzeugung, daß zunächst die ökonomische Grundlage für den sozialen Fortschritt gelegt werden muß, zurückgestellt.

Die beiden Problembereiche Arbeitslosigkeit und Wirtschaft sind dagegen für die Bürger in Westdeutschland von eher nachgeordneter Bedeutung. Für sie stehen Probleme der Einheit an erster Stelle. Diese ergeben sich aus dem Zustand, in dem sich das Gebiet der ehemaligen DDR befindet, und dem Problem, wie der Aufbau Ostdeutschlands finanziert werden soll. Wie seit Jahren steht auch die Umweltverschmutzung oben auf der Prioritätenliste.

Tab. 1: Wahrgenommene Probleme in West- und Ostdeutschland

	Arbeitslosigkeit		Wirtschaftsprobleme		Soziale Probleme		Probleme der Einheit		Umweltverschmutzung		Sonstiges*	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %											
Insgesamt	9	52	4	22	8	6	45	4	16	2	18	14
Geschlecht												
Männer	8	51	6	26	6	4	49	4	15	1	16	14
Frauen	9	53	3	19	11	9	41	4	17	3	19	12
Altersgruppen												
18 bis 24 Jahre	7	60	5	19	7	5	38	2	30	4	13	10
25 bis 34 Jahre	10	56	3	26	9	2	44	2	20	3	14	11
35 bis 49 Jahre	9	57	6	22	7	3	50	6	13	2	15	10
ab 50 Jahre	7	45	4	21	9	11	44	5	11	1	25	17
Schulabschluß												
ohne Abschluß,												
Hauptschul-												
abschluß	10	51	5	19	10	11	37	4	16	1	22	14
Mittlere Reife	8	56	4	23	9	4	49	3	14	2	16	12
Fachhochschul-												
reife, Abitur	6	44	3	30	4	3	55	7	19	2	13	14

\* Sonstige Probleme sind im Westen: Frieden (Abrüstung, Entspannung, Golfkrise), Fremde (Aussiedler, Asylanten, Ausländer), EG, Kriminalität, Rechtsextremismus u. a.; im Osten: Frieden (Abrüstung, Golfkrise), Stasi, PDS, Blockparteien, sowjetische Soldaten u. a.

Datenbasis: Bundestagswahl 1990, Forschungsgruppe Wahlen/USUMA (West: N = 1085; Ost: N = 1265).

Unterschiedliche Wahrnehmungen von Problemen können vor allem auf die Lebensbedingungen der Individuen zurückgeführt werden. Diese werden neben den regionalen Ungleichheiten, wie sie sich zur Zeit zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands darstellen, durch soziodemographische Merkmale wie Geschlecht, Alter und Schulbildung bestimmt.

Betrachtet man die Probleme, die für die Bürger im Vordergrund stehen, stellt sich die Frage, welche Regierung ihrer Meinung nach in der Lage ist, diese Probleme zu lösen (vgl. Tab. 2). Hier zeigt sich, daß sowohl im Westen als auch im Osten der Regierungskoalition von CDU/CSU und F.D.P. insgesamt eine deutlich höhere Problemlösungskompetenz zugeschrieben wird als einer SPD-Regierung. Dies wird besonders deutlich bei der Lösung der Wirtschaftsprobleme und der Probleme in Verbindung mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Der SPD wird lediglich im Westen eine höhere Kompetenz zugeschrieben als der Koalition, und zwar in den Bereichen soziale Probleme und Umweltverschmutzung. Auffallend ist der große Anteil der ostdeutschen Befragten, die in allen Problembereichen die

Regierungskoalition und die SPD gleichermaßen als kompetent zur Lösung der Probleme ansehen. Diese Ergebnisse können dahingehend interpretiert werden, daß die Bürger in Ostdeutschland einerseits durchaus zwischen den spezifischen Kompetenzen der Parteien differenzieren, andererseits aber den westlichen politischen Institutionen generell die Lösung der Probleme zutrauen. Allerdings äußert sich jeweils etwa ein Sechstel der ostdeutschen Bürger eher pessimistisch und glaubt, daß die Probleme Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung von keiner der Regierungen gelöst werden können.

Tab. 2: Problemlösungskompetenz von Regierungen

	Arbeitslosigkeit		Wirtschaftsprobleme		Soziale Probleme		Probleme der Einheit*		Umweltverschmutzung		
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	
	in %										
CDU/CSU-F.D.P.											
Regierung	—	33	61	60	36	—	60	58	42	34	23
SPD-Regierung	—	23	27	14	48	—	29	31	22	46	22
beide	—	28	9	23	10	—	9	8	31	13	38
keine von beiden	—	16	3	3	6	—	2	3	5	7	17

\* Im Westen wurde danach gefragt, wer am besten dafür geeignet ist, „daß sich die Lebensbedingungen in Ostdeutschland rasch verbessern“ (ausgewiesen in der ersten Spalte) sowie „daß sich die Lebensbedingungen in Westdeutschland nicht verschlechtern“ (ausgewiesen in der zweiten Spalte); im Osten wurde gefragt nach der „Lösung der Probleme, die mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu tun haben“.

Datenbasis: Bundestagswahl 1990, Forschungsgruppe Wahlen/USUMA.

## 21.2 Rolle des Staates

Mit der Frage nach den wichtigsten Problemen erhält man Informationen zu Bereichen, in denen die Bürger politisches Handeln erwarten. Offen ist, wer aus der Sicht der Bürger für die Lösung der Probleme verantwortlich ist. Für viele Aufgabenbereiche hat in den meisten westlichen Ländern inzwischen der Staat die Verantwortung übernommen. In Westdeutschland konzentriert sich dabei die Rolle des Staates auf soziale Aufgaben wie die Absicherung im Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit; teilweise greift der Staat auch in die Wirtschaftsabläufe ein. Im sozialistischen System der DDR war die Rolle des Staates umfassender. Nahezu jeder Bereich unterlag staatlicher Regelung. Wenn die politischen Einstellungen der Bürger von den politischen und gesellschaftlichen Systemen geprägt werden, in denen sie aufwachsen, dann sind in West- und Ostdeutschland auch unterschiedliche Vorstellungen über die Rolle des Staates zu erwarten.

Diese können ermittelt werden, indem für neun unterschiedliche Aufgabenbereiche gefragt wurde, ob der Staat dafür die Verantwortung übernehmen sollte oder nicht.



Die Mehrheit der abgefragten Aufgabenbereiche bezieht sich auf soziale Aufgaben (Absicherung im Alter, bei Krankheit usw.), zwei Aufgabenbereiche betreffen die Ökonomie (Kontrolle der Preise, Wachstumssicherung). Wenn man aus den Antworten zu den neun Aufgabenbereichen einen Durchschnitt bildet, dann wünschen 77 % der Westdeutschen und 92 % der Ostdeutschen eine Verantwortung des Staates (vgl. Tab. 3). Der Wunsch nach einer umfassenden Rolle des Staates ist danach im Osten stärker als im Westen.

Tab. 3: Rolle des Staates in einzelnen Aufgabenbereichen

	Der Staat sollte verantwortlich sein	
	West	Ost
	in %	
Gesundheitliche Versorgung für Kranke	95	99
Angemessener Lebensstandard für alte Menschen	95	99
Finanzielle Unterstützung für Studenten aus einkommensschwachen Familien	86	96
Angemessene Wohnung für diejenigen, die es sich finanziell nicht leisten können	80	94
Angemessener Lebensstandard für Arbeitslose	78	94
Arbeitsplatzgarantie	74	95
Kontrolle der Preise	70	91
Abbau der Einkommensunterschiede	64	84
Sicherung des Wachstums	52	80

Datenbasis: ALLBUS 1990, ISSP Plus 1990.

In bezug auf die einzelnen Aufgabenbereiche ist die Übereinstimmung zwischen West und Ost am höchsten bei den Aufgabenbereichen der Absicherung im Alter und bei Krankheit (95 bzw. 99 %). Bei allen anderen Bereichen ist der Anteil der Ostdeutschen, die eine staatliche Verantwortung wünschen, höher als bei den Westdeutschen. Am deutlichsten ist die Differenz bei der wirtschaftspolitischen Aufgabe der Sicherung des Wachstums (52 bzw. 80 %). Doch in diesem Fall sind es auch bei den Westdeutschen immer noch mehr als die Hälfte, die sich für eine Verantwortung des Staates aussprechen.

Zur Untersuchung der Gruppenunterschiede wurden die Angaben zu den einzelnen Aufgabenbereichen zusammengefaßt: Pro Gruppe wird die durchschnittliche Anzahl der Aufgaben ausgewiesen, für die der Staat verantwortlich sein sollte (vgl. Tab. 4). Angesichts der hohen Zustimmung zur Staatsverantwortung im Osten ergeben sich hier nur geringfügige Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen. Bei den Westdeutschen sind die Unterschiede zwischen den Gruppen etwas größer. Relativ deutlich sind die Unterschiede aber nur bei den Parteianhän-

gerschaften ausgeprägt. Die Anhänger der Grünen wünschen mit durchschnittlich 7,5 Aufgaben eine stärkere Rolle des Staates als die Anhänger der anderen Parteien. Mit durchschnittlich 6,4 Aufgaben liegen die Anhänger der CDU/CSU am Ende dieser Skala.

Tab. 4: Rolle des Staates insgesamt

	Durchschnittliche Anzahl der Aufgaben, für die der Staat verantwortlich sein sollte*	
	West	Ost
	Ø	
Insgesamt	6,8	8,2
Geschlecht		
Männer	6,7	8,1
Frauen	6,9	8,3
Altersgruppen		
18 bis 24 Jahre	7,2	8,1
25 bis 34 Jahre	6,9	8,2
35 bis 49 Jahre	6,7	8,1
ab 50 Jahre	6,7	8,3
Schulabschluß		
ohne Abschluß,		
Hauptschulabschluß	6,9	8,3
Mittlere Reife	6,7	8,2
Fachhochschulreife, Abitur	6,7	8,0
Parteipräferenz		
PDS	—	8,3
Die Grünen, Bündnis 90	7,5	8,1
SPD	7,1	8,4
F.D.P.	6,6	8,1
CDU/CSU	6,4	8,1
Republikaner, NPD	6,8	—
Ideologische Orientierung		
Links	7,1	8,2
Mitte	6,7	8,2
Rechts	6,6	8,0
Wertorientierung		
Materialisten	6,8	8,4
Mischtypen	6,7	8,1
Postmaterialisten	7,0	8,1

\* Maximal konnten 9 Aufgaben genannt werden.

Datenbasis: ALLBUS 1990, ISSP Plus 1990.

Die Daten zeigen insgesamt, daß sowohl in West- als auch in Ostdeutschland dem Staat die dominante Rolle bei der Lösung sozialer und ökonomischer Probleme zugewiesen wird. Dies ist im Osten noch stärker ausgeprägt als im Westen.

## 21.3 Zufriedenheit mit der Demokratie und Akzeptanz demokratischer Prinzipien

Die Grundvoraussetzungen einer stabilen Demokratie sind einerseits die Akzeptanz der Demokratie als politische Ordnungsform und andererseits die Akzeptanz grundlegender Regeln und Normen der politischen Auseinandersetzungen, die im Rahmen dieser Ordnungsform stattfinden. Insofern können diese beiden Komponenten als die Kernelemente einer demokratischen politischen Kultur gelten.

In *Tab. 5* sind die Prozentsätze der Befragten aufgeführt, die 1991 „mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht“ alles in allem zufrieden sind. Die Frage richtet sich also weniger auf die Akzeptanz der demokratischen Ordnungsform als solcher, sondern eher auf die Wirklichkeit der Demokratie in Deutschland. Da nach allen bisherigen Forschungsergebnissen die Zufriedenheit der Bürger mit der Wirklichkeit oder dem Funktionieren einer Demokratie auch von der unmittelbaren Lebenssituation dieser Bürger beeinflusst wird, ist die Differenz der Demokratiezufriedenheit von 20 Prozentpunkten zwischen den West- und Ostdeutschen durchaus plausibel. Dennoch ist auch bei den Bürgern der neuen Bundesländer eine klare Mehrheit zufrieden mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht. Diese Zufriedenheit dürfte mit der Konsolidierung der Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern weiter zunehmen.

Bei der Aufschlüsselung der Demokratiezufriedenheit nach verschiedenen sozialen Gruppen zeigt sich, daß vor allem bei den Parteianhängerschaften und bei den ideologischen Gruppierungen Unterschiede bestehen. Diese Unterschiede folgen weitgehend dem Links-Rechts-Kontinuum: Je stärker die Partei auf dem linken Spektrum anzusiedeln ist, desto geringer ist die Demokratiezufriedenheit ihrer Anhänger, und je stärker sie auf dem rechten Spektrum lokalisiert werden kann, desto höher ist die Demokratiezufriedenheit ihrer Anhänger. Ähnlich verhält es sich bei der ideologischen Orientierung. Eine Ausnahme von diesem Links-Rechts-Muster bilden die Anhänger der Republikaner und der NPD, die unter den westdeutschen Bürgern die niedrigste Demokratiezufriedenheit aller Parteianhängerschaften aufweisen.

Bei der Akzeptanz demokratischer Prinzipien (zentrale Regeln und Normen der politischen Auseinandersetzung) zeigen sich sehr unterschiedliche Ergebnisse, je nachdem um welches Prinzip es sich handelt. Die Übereinstimmung mit demokratischen Prinzipien bewegt sich zwischen 11 % und 94 % bei den Westdeutschen und zwischen 8 % und 98 % bei den Ostdeutschen (*vgl. Tab. 6*).

Tab. 5: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland

	West	Ost
	in %	
Insgesamt	82	62
Geschlecht		
Männer	83	64
Frauen	82	60
Altersgruppen		
18 bis 24 Jahre	79	60
25 bis 34 Jahre	76	57
35 bis 49 Jahre	85	64
ab 50 Jahre	85	64
Bildungsabschluß		
ohne Abschluß,		
Hauptschulabschluß	81	66
Mittlere Reife	83	60
Fachhochschulreife, Abitur	86	58
Parteipräferenz		
PDS	—	25
Die Grünen, Bündnis 90	62	49
SPD	81	62
F.D.P.	90	79
CDU/CSU	94	83
Republikaner, NPD	38	—
Ideologische Orientierung		
Links	77	49
Mitte	84	66
Rechts	87	80
Wertorientierung		
Materialisten	81	67
Mischtypen	85	61
Postmaterialisten	79	58

Datenbasis: ALLBUS 1991.

Ein klareres Bild ergibt sich, wenn nicht einzelne Prinzipien betrachtet, sondern Prinzipien zusammengefaßt werden, die sich auf Grundrechte (Aussagen b, e, g, h) bzw. auf Arten der Konfliktaustragung (Aussagen a, c, f, i) beziehen. Dazu wird jeweils ein Mittelwert berechnet, der auf- bzw. abgerundet wird, wenn die Werte nicht ganzzahlig sind (vgl. Tab. 7). Bei den Grundrechten ist sowohl im Westen als auch im Osten die Übereinstimmung mit den demokratischen Prinzipien außerordentlich hoch, wobei sie im Osten (99 %) sogar noch etwas höher ist als im Westen (95 %). Infolge der ausgeprägten Akzeptanz dieser auf Grundrechte

bezogenen demokratischen Prinzipien ergeben sich auch nur geringe Unterschiede bei der Aufschlüsselung nach sozialen Gruppen.

Ganz anders ist die Sachlage bei den demokratischen Prinzipien, die sich auf die Konfliktaustragung beziehen. Hier beträgt der Anteil der Bürger, die damit übereinstimmen, etwa ein Drittel im Westen (33 %) und etwas weniger als ein Drittel im Osten (29 %). Die Akzeptanz demokratischer Prinzipien der Konfliktaustragung ist demzufolge also sowohl bei den Westdeutschen als auch bei den Ostdeutschen wesentlich niedriger als die der demokratischen Prinzipien, die sich auf Grund-

Tab. 6: Übereinstimmung mit einzelnen demokratischen Prinzipien

	West	Ost
	in %	
a) Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl (–)*	48	52
b) Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen (+)	91	93
c) Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet (–)	31	32
d) In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen (–)	86	88
e) Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist (+)	94	98
f) Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen (–)	46	41
g) Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar (+)	94	96
h) Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen (+)	92	91
i) Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Sonderinteressen des einzelnen stehen (–)	11	8

\* Die in Klammer gesetzten Plus- und Minuszeichen hinter den Aussagen geben an, ob die jeweilige Aussage befürwortet (+) oder abgelehnt (–) werden muß, um die Aussage als übereinstimmend mit den demokratischen Prinzipien klassifizieren zu können.

Datenbasis: ALLBUS 1988; ISSP Plus 1990.

Tab. 7: Übereinstimmung mit demokratischen Prinzipien insgesamt

	West		Ost	
	Grundrechte*	Konfliktaus- tragung**	Grundrechte	Konfliktaus- tragung
	in %			
Insgesamt	95	33	99	29
Geschlecht				
Männer	96	37	100	31
Frauen	95	31	98	27
Altersgruppen				
18 bis 24 Jahre	95	44	99	35
25 bis 34 Jahre	96	44	99	30
35 bis 49 Jahre	97	34	99	32
ab 50 Jahre	94	23	98	25
Bildungsabschluß				
ohne Abschluß,				
Hauptschulabschluß	94	26	98	22
Mittlere Reife	96	35	100	30
Fachhochschul- abschluß, Abitur	98	50	98	39
Parteipräferenz				
PDS	—	—	99	56
Die Grünen/Bündnis 90	98	65	100	47
SPD	96	36	98	30
F.D.P.	100	33	100	26
CDU/CSU	93	21	98	19
Republikaner, NPD	100	21	—	—
Ideologische Orientierung				
Links	97	48	99	40
Mitte	95	29	99	24
Rechts	94	24	98	18
Wertorientierung				
Materialisten	89	17	97	19
Mischtypen	96	27	99	29
Postmaterialisten	99	56	100	45

\* Aussagen b, e, g und h; vgl. Tab. 6.

\*\* Aussagen a, c, f und i; vgl. Tab. 6.

Datenbasis: ALLBUS 1988; ISSP Plus 1990.

rechte beziehen. Das liegt einerseits daran, daß es einen Lernprozeß erfordert, Konflikte zwischen Interessengruppen als eine positive demokratische Norm zu akzeptieren. Andererseits liegt es aber auch daran, daß diese Norm, in den Aussagen a, c und i jeweils mit einer Allgemeinwohlorientierung konfrontiert wird,

die als solche keineswegs als undemokratisch bezeichnet werden kann. Wenn also die Mehrheit der Bürger nach den präsentierten Daten nicht mit den demokratischen Prinzipien der Konfliktaustragung übereinstimmt, dann bedeutet das zumindest auch eine relative Priorität des Allgemeinwohlprinzips gegenüber den Konfliktaustragungsprinzipien. Hinsichtlich des Ausmaßes der Übereinstimmung mit den demokratischen Prinzipien der Konfliktaustragung gibt es deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen sozialen Gruppen: eine überdurchschnittlich hohe Übereinstimmung weisen die Männer, die Jüngeren, die Befragten mit höherem Bildungsabschluß, die Anhänger der Linksparteien, die Linken und die Postmaterialisten auf. Das trifft wiederum gleichermaßen für den Westen und den Osten zu.

Hinsichtlich der Übereinstimmung mit demokratischen Prinzipien liegen also weder in dem Ausmaß, noch in dem Muster der Aufschlüsselung nach sozialen Gruppen relevante Unterschiede zwischen den Bürgern des westlichen und des östlichen Teils Deutschlands vor. Damit bestehen in einer zentralen Komponente der politischen Kultur im vereinigten Deutschland keinerlei „Ungleichzeitigkeiten“ zwischen Ost und West.

*(Edeltraud Roller/Dieter Fuchs/Katrin Voltmer)*

# Die Autoren

Die Autoren des Teils II, die an den jeweiligen Kapitelenden aufgeführt sind, sind an den folgenden drei Institutionen beschäftigt:

## Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin:

Dr. Gert Wagner ist Leiter der Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“ im DIW. Joachim Frick, Elke Holst, Peter Krause, Jürgen Schupp und Dr. Johannes Schwarze sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen im Projekt „Das Sozio-ökonomische Panel“; Herbert Lahmann ist wissenschaftlicher Referent in der Abteilung „Konjunktur“ im DIW.

## Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB):

Roland Habich ist Koordinator der Arbeitsgruppe „Sozialberichterstattung“ des WZB. Dettlef Landua, Wolfgang Seifert und Annette Spellerberg sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen in der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung.

Prof. Dr. Hans-Dieter Klingemann ist Direktor der Abteilung „Institutionen und Sozialer Wandel“ im Forschungsschwerpunkt III des WZB. Rolf Hackenbroch, Jürgen Lass, Dr. Edeltraud Roller, Carolin Schöbel, Katrin Voltmer und Dr. Bernhard Weßels sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen der Abteilung „Institutionen und Sozialer Wandel“ des WZB. Dr. Dieter Fuchs ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsschwerpunkt III „Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse“ des WZB.

Dr. Hanfried Andersen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsschwerpunkt IV „Marktprozeß und Unternehmensentwicklung“ des WZB; Dr. Thomas Elkeles ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe „Gesundheitsrisiken und Präventionspolitik“ des WZB.

## Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim:

Dr. Michael Braun ist Leiter der Abteilung „ALLBUS“ im ZUMA. Wolfgang Bandilla, Achim Koch, Reiner Trometer sind wissenschaftliche Mitarbeiter in der Abteilung „ALLBUS“.

Dr. Heinz-Herbert Noll ist Leiter der Abteilung „Soziale Indikatoren“ im ZUMA. Friedrich Schuster und Erich Wiegand sind wissenschaftliche Mitarbeiter in der Abteilung „Soziale Indikatoren“.





# Stichwortverzeichnis

- Abendschulen 65
- Abfallaufkommen, -beseitigung 402 ff., 417
- Abgabenbelastung 276, 370
- Abgeordnete 175
- Abitur 65, 83 ff.
- Abtreibungen 211 f.
- Abwässer 405 f.
- AIDS 196, 198
- Akademiker 76 ff.
- Aktien 134, 345
- Alkoholkonsum 124, 210
- Alleinerziehende 50, 445, 491 f.
- Alleinlebende, -stehende 50
- Altersaufbau, -pyramide 45 ff.
- Alters- und Hinterbliebenenversorgung 219 ff., 225 ff.
- Amtsgerichte 238 ff.
- Angestellte 98 ff., 116 f., 261
- Angestelltengehälter 365 ff., 370 f.
- Anleihen 345
- Anomie 572
- Anwaltsnotare 240
- Apotheker 206
- Arbeit
  - Anforderungen 590 f.
  - Ansprüche 586
- Arbeiter 98 ff., 116 f., 261
- Arbeiterlöhne 365 ff., 370 f.
- Arbeitgeberleistungen 221, 223
- Arbeitgeberverbände 183, 185 f.
- Arbeitnehmervereinigungen 183 ff.
- Arbeitsförderung 231 f.
- Arbeitsgerichte 238 ff.
- Arbeitskämpfe 187 f.
- Arbeitskosten 371 ff.
  - Handel 336 f., 372 f.
  - Kreditgewerbe 343, 372 f.
  - Versicherungen 347, 372 f.
- Arbeitskräfte, Landwirtschaft 295 f.
- Arbeitslose 90 f., 101 ff., 116 f., 232, 536 f.
- Arbeitslosengeld, -hilfe 92 f., 112, 232
- Arbeitslosenquote 90, 102, 105 ff.
- Arbeitslosigkeit 90 ff., 531
- Arbeitsmarkt 90 ff., 450 ff., 546 ff., 581 f.
  - Mobilität 450 ff., 459, 530 f.
  - Problemgruppen 107 ff.
  - Risiken 453 f.
- Arbeitsorientierung 581 ff., 591
- Arbeitsplatzmerkmale 457 f., 586 ff., 591 f.
- Arbeitsplatzwechsel 455 ff.
- Arbeitsproduktivität 270, 313
- Arbeitsteilung im Haushalt 447 ff.
- Arbeitsunfähigkeit 195 ff.
- Arbeitsunfälle 198 ff.
- Arbeitszeit 154 f., 366
- Arbeitszufriedenheit 581 ff., 588 ff.
- Architekten 349
- Armut 482 ff.
- Ärzte 203 ff., 349, 430, 512 ff.
- Ärztedichte 203
- Asylbewerber 57 f., 620 ff.
- Ausbaugewerbe 321 f.
- Ausbildung 59 ff.
  - s. a. Schul- und Berufsausbildung*
- Ausbildungsabschluß 101, 428
- Ausbildungsförderung 87 ff.
- Ausfuhr 279 ff., 303, 316, 432
- Ausfuhrpreise 284, 289
- Ausgaben
  - Bundesanstalt für Arbeit 232
  - für Gesundheit 215 ff., 229 ff.
  - für Kultur 155 f.
  - für Sport und Erholung 155 f.
  - für Umweltschutz 417 f.

- Kindergeld 236 f.
- Krankenversicherung 229 ff.
- öffentlicher Haushalte 248 ff.
- privater Haushalte 113 f., 119 ff., 137 f.
- Rentenversicherung 225 ff.
- Sozialhilfe 233 ff.
- Ausländer 39 ff., 54 ff., 526 ff., 612 ff.
- Arbeitslose 108 f., 531 ff.
- Bildungsniveau 85 f.
- Sozialhilfeempfänger 233 f.
- Wohnverhältnisse 149, 533 ff.
- Zu- und Fortzüge 39, 54 ff.
- Ausländerfeindlichkeit 617 f., 622 f.
- Außenhandel 279 ff., 286 f., 432
- Außenhandelsbilanz 280 ff., 288 f., 432
- Außenwirtschaft 279 ff.
- Aussiedler 39 ff.
- Aussperrung 188
- Ausstattung der privaten Haushalte 129 ff.
- Auszubildende 66 ff., 72 ff., 328, 350
- Autos s. *Personenkraftwagen*
- Autobahnen 375
  
- BAföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) 87 f.
- Bahnverkehr 374 ff.
- Banken 342 ff.
- Bargeldumlauf 343
- Baufertigstellungen 150 f.
- Baugenehmigungen 150 ff.
- Baugewerbe 311, 321 ff.
- Baukosten 151
- Baupreisentwicklung 358, 362
- Bausparen 132
- Bausparkassen 345
- Bautätigkeit 149 ff.
- Beamte 98 ff., 261
  - Altersversorgung 221 f.
  - Haushaltseinkommen 116 f.
- Beförderungen (Verkehr) 379 ff.
- Beherbergungsgewerbe 338 ff.
- Behinderte 65, 213 f.
- Benzin 383, 419 f.
- Bergbau 311 ff., 318 ff.
- Berufe 97 ff.
- Berufsanfänger 107 ff., 112
- Berufsausbildung 66 ff., 71 ff., 111
- Berufskrankheiten 198 ff.
- Berufsschulen 60 f., 66 ff.
- Berufstätige 90 ff.
- Beschäftigte s. a. *Erwerbstätige*
- Baugewerbe 322
- Freie Berufe 348 ff.
- Gastgewerbe 338 ff.
- Handel 330 f.
- Handwerk 326 f.
- Kreditgewerbe 343
- Landwirtschaft 295 f.
- Öffentlicher Dienst 259 ff.
- Produzierendes Gewerbe 311 ff., 320
- Versicherungen 347
- Besorgnissymptome 571 f.
- Bestattungen, kirchliche 191 ff.
- Beteiligung, soziale 171 ff.
- Betriebe s. a. *Unternehmen*
  - forstwirtschaftliche 303 f.
  - landwirtschaftliche 294 f.
- Betriebsergebnis 336 f., 342
  - s. a. *Kostenstruktur*
- Betten in Krankenhäusern 207, 430
- Bevölkerung 37 ff., 427
- Bevölkerungsdichte 42 ff.
- Bevölkerungsentwicklung 38 ff.
- Bevölkerungsverteilung, räumliche 42 ff.
- Bewährungshilfe, -aufsicht 246 f.
- Bibliotheken 164 f.
- Bierkonsum 125, 210
- Bilanz (Kreditinstitute) 343 f.
- Bildung 59 ff., 84 ff., 428
- Bildungsabschluß 64, 83 ff., 109 f., 428
  - s. a. *Schul- und Berufsausbildung*

Bildungsbereiche 60 ff.  
 Bildungsbudget, öffentliches 87  
 Bildungschancen 84 ff.  
 Bildungsniveau 83 f.  
 Binnenschifffahrt 378, 381 ff.  
 Biosphärenreservate 420  
 Bodennutzung 293 f.  
 Branntweinverbrauch 210  
 Braunkohle 393, 395 ff.  
 Brutto sozialprodukt 265 ff., 271 ff.,  
 277 ff., 390 f., 431  
 Bruttowertschöpfung 268 ff., 311  
 Bücher 164 f.  
 Bundesbank 289 ff., 343  
 Bundesgerichte 238 ff.  
 Bundesländer 43 f., 106 f., 179, 414  
 Bundestag, Deutscher 171 ff.  
 Bundestagswahl 171 ff.  
 Bundesverfassungsgericht 240 f.

Chöre 170

Demokratie 644 ff.  
 Deposition 407  
 Diebstahlsdelikte 242 ff.  
 Dienstleistungsbereich 96 ff., 268 ff.,  
 329 ff.  
 Dienstleistungsbilanz 289 f.  
 Düngemittel 412

Ehe/Partnerschaft 448 f., 594 ff.  
 – Zufriedenheit mit 448 f.  
 Ehedauer 54  
 Ehelösungen 50 ff.  
 Ehescheidungen 50 ff.  
 Eheschließungen 50 ff.  
 Eierzeugung 299 f.  
 Eigentumswohnungen 140 ff., 497  
 Einbürgerungen 56  
 Einfuhr 279 ff., 285 ff., 303, 432  
 Einfuhrpreise 284, 289

Einkommen 94, 274 ff., 455 f., 471 ff.,  
 482 ff.  
 – aus unselbständiger Arbeit 116 ff.,  
 273 ff., 471 ff.  
 – aus Unternehmertätigkeit und  
 Vermögen 116 f., 273 ff.  
 – der privaten Haushalte 113 ff.  
 – Kaufkraft 368 f.  
 – verfügbares 114 ff., 276  
 – von Arbeitslosen 92 f., 112  
 – Zufriedenheit mit 494 ff.  
 Einkommensteuer 253 ff.  
 Einkommensverteilung 114 ff., 254 f.,  
 273 ff., 475 ff., 526 ff., 538  
 Einnahmen  
 – der öffentlichen Haushalte 252 ff.  
 – der privaten Haushalte 113 ff.,  
 137 f.  
 Einsamkeit 447, 572  
 Einschulung 62  
 Einwohner 37 ff., 43, 427  
 Einzelhandel 330 ff.  
 Einzelhandelspreise 356 ff.  
 Eisenbahnverkehr 376 ff.  
 Elektrizitätsversorgung 324 f., 394 ff.,  
 433  
 Emissionen 407 ff.  
 Energieausgaben 122, 126  
 Energieeinfuhr 394 f.  
 Energiepreise 389 ff.  
 Energieträger 394 ff.  
 Energie- und Wasserversorgung 311,  
 324 f.  
 Energieverbrauch 383 f., 389 ff.,  
 396 ff.  
 Energieverbraucher 396 ff.  
 Entwicklungsländer 279 ff., 285 f.  
 Erdgas 392 ff.  
 Erdöl 393 ff.  
 Ernte 298 f., 306 f.  
 Ersparnis 114, 119 f., 131 ff., 276 f.  
 Ertrag, Landwirtschaft 298 f., 306 f.  
 Erwerbsbeteiligung 94 f., 450 ff., 581  
 Erwerbslose 90 ff.

Erwerbspersonen 90 f.  
 Erwerbsquote 93 ff., 429  
 Erwerbstätige 90 ff., 269 f., 311, 429,  
 472 ff.  
 Erzeugerpreise  
 – gewerblicher Produkte 359 ff.  
 – landwirtschaftlicher  
 Produkte 359 ff.  
 Europäische Gemeinschaften  
 – Außenhandel 279 ff.  
 – Steuern 255 f.  
 Europäisches Parlament 171, 179 ff.  
 Evangelische Kirche 189 ff., 602 ff.  
 Export 279 ff., 303, 316, 432

Fahrleistung 379 ff.  
 Fahrzeugbestände 376 f.  
 Familie 49 ff., 443 ff., 488 ff., 594 ff.  
 Familienarbeitskräfte 295 f.  
 Familiengerichte 240 f.  
 Familienphasen 443 f.  
 Familienstand 50 ff.  
 Feldfrüchteanbau 298, 306 f.  
 Fernsehen  
 – Fernsehgeräte (in Haushalten)  
 129 ff., 159 f.  
 – Programm 160  
 – Teilnehmer 375 f.  
 Fernwärme 363, 396  
 Feuchtgebiete 415  
 Finanzausgleich 255  
 Finanzen, öffentliche 248 ff.  
 Finanzgerichte 238 ff.  
 Fischerei 305, 309 f.  
 Fläche ,43  
 Flächennutzung 293 f., 297  
 Fleischerzeugung 299 ff.  
 Flugzeuge 378 ff.  
 Fluorchlorkohlenwasserstoffe 408 f.  
 Forstwirtschaft 269 f., 292 ff., 303 ff.  
 Frauen  
 – Abgeordnete 178  
 – Arbeitslose 107 ff.

– Bevölkerung 38  
 – Bildungsniveau 84 f.  
 – Erwerbsquote 93, 451 f., 463  
 – Erwerbstätigkeit 451, 463 ff.,  
 594 ff.  
 – Gewerkschaftsmitglieder 184,  
 187  
 – im öffentlichen Dienst 261  
 – Parteimitglieder 182 f.  
 – Rolle 594, 598 ff.  
 – Schwangerschaftsabbrüche 211 f.  
 – Sozialhilfeempfänger 233  
 – Stellung im Beruf 100 f., 464  
 – Straffälligkeit 244 f.  
 – Studienabsichten 75  
 – Teilzeitarbeit 469 ff.  
 – Verdienste 365 ff., 467 f.  
 – Wahlbeteiligung 173 f., 176  
 Freie Berufe 348 ff.  
 Freiheitsstrafen 243, 245 f.  
 Freizeit 154 ff., 582 f., 591  
 Freizeitgüter 128 f., 155 ff.  
 Fruchtbarkeitsziffer 47 f.  
 Früherkennung von Krankheiten  
 208 f.

Gas 392 ff., 395 f.  
 Gastarbeiter 54 ff., 108, 612 ff.  
 Gastgewerbe 338 ff.  
 Geburten 40 ff., 46 ff., 56  
 Geburtenstarke Jahrgänge 47, 59  
 Geburtenüberschuß, -defizit 39 ff.,  
 45 ff., 427  
 Gehälter 365 ff.  
 Geldstrafen 243  
 Geldvermögen 133 ff.  
 Gemeinden 42, 50, 222 f., 248 ff.  
 Gemüseanbau 298, 307  
 Genußmittel 121 ff., 210 f.  
 Gerichte 238 ff.  
 Gesamtschulen 60, 64 ff.  
 Geschlechtskrankheiten 196 f.  
 Gesellschaftliche Mitwirkung 171 ff.

- Gestorbene 41, 47
- Gesundheit 194 ff., 416, 430, 506 ff.
  - Arztbesuche 512 ff.
  - Ausgaben 216 ff., 225, 229 ff.
  - Berufe 203 ff.
  - Krankenhausaufenthalt 207 f.
  - Zufriedenheit mit 506 ff., 510 f., 515 f.
- Getreideanbau 297 f., 306 f.
- Gewässerschutz 417
- Gewerbesteuer 253, 256
- Gewerkschaften 183 ff.
- Gewinne *s. Kostenstruktur*
- Gottesdienstbesucher 608 f.
- Großhandel 330 ff.
- Großhandelspreise 356 ff.
- Großstädte 42 ff., 57
- Grundbesitz 132, 136 f.
- Grundschule 60, 62 ff.
- Grundsteuer 256
- Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe 312 ff.
- Güterverkehr 380 ff.
- Güterwagen 376 ff.
- Gymnasium 60, 64 ff.
  
- Handel 268 f., 326 ff., 330 ff.
  - Arbeitskosten 372 f.
- Handelsbilanz 280 ff., 400
- Handelspartner (Außenhandel) 279, 282
- Handelsvermittlung 330 ff.
- Handwerk 311, 325 ff.
- Hauptschule 60, 64 ff.
- Haushalte, öffentliche 223, 248 ff.
- Haushalte, private 49 ff., 223, 443 ff., 497 ff.
  - Einkommen 113 ff., 467 f., 488 ff., 501 ff.
  - Einnahmen und Ausgaben 113 ff., 137 f.
  - Einpersonenhaushalt 49 f.
  - Energieverbrauch 397 f.
  - Umweltbelastung durch 403 ff.
  - Zusammensetzung 49 f.
- Haushaltsgeräte 129 ff.
- Haushaltsgröße 49 f.
- Haushaltstypen 119 f., 488 ff.
- Haumüll 403 f.
- Haus- und Grundbesitz 132, 136 f.
- Hebammen 206 f.
- Heiratsalter 51 f.
- Heiratsentscheidungen 50 f.
- Heizöl 395 f., 406
- Heranwachsende 244 f.
- Hochschulabsolventen 76 ff., 84
- Hochschulen 76 ff.
- Hochschulreife 65, 68, 76, 83 f.
- Hörfunk *s. Rundfunk*
- Hotels 338
  
- Immissionen 406 ff.
- Import 279 ff., 285 ff., 303, 430
- Individualverkehr 377
- Industrie 311 ff., 397 f., 403, 410
- Infektionskrankheiten, meldepflichtige 196 ff.
- Insolvenzen 321 f.
- Investitionen 271 ff., 311, 316 f., 431
  - für Umweltschutz 417 f.
- Investitionsgüter 312 ff.
- Investitionsquote 273
- Islam 190
  
- Juden 190
- Jugendhilfe 220, 223 f.
- Jugendkriminalität 243 ff.
- Jugendstrafen 243 ff.
  
- Kanalisation 405, 417
- Kapitalbilanz 289 ff.
- Kapitalertragsteuer 253
- Kartoffelanbau 298, 307

- Kartoffelverzehr 125
- Katalysatorfahrzeuge 418 ff.
- Katholische Kirche 189 ff., 602 ff.
- Kaufkraft der Einkommen 368 f.
- Kernenergie 391 f., 395 f.
- Kinder
  - Altersaufbau 46 f.
  - Ausbildung 59 ff.
  - Ausländer 54 f.
  - Geburten 46 ff.
  - Haushaltsgröße 49 f.
  - in unvollständigen Familien 50
  - Unfälle im Straßenverkehr 385 ff.
  - Vorsorgeuntersuchungen 208 f.
  - Wohnverhältnisse 148 f.
- Kindergärten 60, 62
- Kindergeld 236 f.
- Kino 158 f.
- Kirche 189 ff., 602 ff.
- Kläranlagen 405 f.
- Kohle 391 ff.
- Kohlenmonoxid 407 ff.
- Kollegs 65
- Konfession 189 ff., 602 ff.
- Konkurse 322
- Körperschaftsteuer 253
- Kostenentwicklung im Gesundheitswesen 216 ff., 229 ff.
- Kostenstruktur, s. a. *Arbeitskosten*
  - Baugewerbe 323
  - Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 318 f.
  - Energie- und Wasserversorgung 325
  - Gastgewerbe 342
  - Handel 336 f.
- Kraftfahrzeuge
  - Bestand 376 ff.
  - in Haushalten 127 ff.
  - Kosten 126 f.
  - schadstoffreduzierte 418 ff.
- Kraftfahrzeugsteuer 127, 253
- Kraftstoffe 127, 395 f.
  - unverbleit 420
- Kranke 194 ff.
- Krankenhäuser 207 f., 430
- Krankenpflegepersonal 203 ff.
- Krankenversicherung,
  - gesetzliche 216 ff., 229 ff.
  - private 230, 346 ff.
- Krankheit 194 ff., 506 ff., 508 ff., 512 ff.
  - meldepflichtige 196 f.
- Krebsvorsorge 208 f.
- Kreditaufnahme
  - öffentliche Haushalte 257 ff.
  - private Haushalte 136 f.
- Kreditinstitute 342 ff.
  - Kreditvolumen 342 ff.
- Kriegsopferversorgung 222, 224
- Kultureinrichtungen 157 ff.
- Kündigung 104, 454
- Kurzarbeit 104 f., 472 f., 536
- Landgerichte 238 ff.
- Landschaftsschutz 421 ff.
- Landtagswahlen 171, 176, 179
- Landwirte 117
- Landwirtschaft 269 f., 292 ff.
- Lärm 411 ff., 417, 521
- Lärmschwerhörigkeit 199 f., 416
- Lastenausgleich 220, 224
- Lastkraftwagen 376 f.
- Lebendgeborene 41, 47 f., 427
- Lebensbereiche
  - Wichtigkeit von 555 ff.
- Lebenserwartung 38
- Lebenshaltungsindex 352 ff., 360 ff.
- Lebensphasen 443 f.
- Lebensqualität 458 f., 511, 573
- Lebensunterhalt 92, 117 f., 482 f.
- Lebensversicherung 132 f., 346 f.
- Lebenszufriedenheit 458 f., 494 f., 562 ff.
- Lehrer 69 ff.
- Lehrstellen 71 ff.
- Leistungsbilanz 289 ff., 400 f.

- Löhne 351, 367
- Lohnquote 275
- Lohnsteuer 253 ff., 275 f.
- Lokomotiven 378
- Luftbelastung 406 ff.
- Luftfahrzeuge 378 f.
- Luftreinhaltung 417
- Luftverkehr 379 ff.
- Luftverschmutzung 522
  
- Mieten 121 ff., 125 f., 145 f., 499 ff.
- Mietwohnungen 141 ff.
- Mikrozensus 37
- Milcherzeugung 299 f., 308 f.
- Mineralöl 391 ff., 395 f.
- Mineralölsteuer 253
- Mitbestimmung 186 f.
- Mitgliedschaften 181 ff.
  - Gewerkschaften 183 ff.
  - Parteien 181 ff.
  - Vereine 169 ff.
- Mithelfende Familienangehörige 98 ff.
- Möbel 133
- Monatsverdienste (Angestellte) 368, 370 f.
- Mordfälle 242, 244
- Müllbeseitigung 403 f.
- Museen 159
- Musikleben 170
- Müttersterblichkeit 201
  
- Nachrichtenwesen 375 f.
- Nahrungs- und Genußmittel 121 ff.
- Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe 312 ff.
- Nahverkehr 381 f.
- Nationalparke 421 ff.
- Naturschutzgebiete 421 ff.
- Nichterwerbstätige 116, 451 f., 460 ff., 536
- Notare 240, 349 f.
  
- Obsternte 298
- Offene Stellen 101 ff.
- Öffentlicher Dienst 259 ff.
- Öffentlicher Verkehr 379 ff.
- OPEC-Länder 280 f., 399
- Ozon 407 ff.
  
- Parteien 175 ff., 636 ff.
- Parteimitgliedschaft 181 ff.
- Pensionen 92, 220
- Personal
  - Gesundheitswesen 203 ff.
  - Hochschulen 80 f.
  - öffentliche Haushalte 259 ff.
- Personalausgaben (öffentliche Haushalte) 251
- Personalkosten s. *Arbeitskosten*
- Personalnebenkosten 371 f.
- Personenkraftwagen 376 f., 418 f.
  - schadstoffreduzierte 418 f.
- Personenverkehr 379 f.
- Personenwagen 376, 378
- Pferdebestand 299
- Pflanzen, gefährdete 415
- Pflanzenschutzmittel 412
- Politechnische Oberschulen 67 ff.
- Politik 171 ff., 629 ff., 639 ff.
  - Interesse 634 ff.
- Post 375 f.
- Preise, Preissteigerungen 315, 351 ff., 360 f., 364 f., 398 ff.
- Primärenergie 389 ff.
- Privater Verbrauch 113 f., 121 ff., 271 f., 431
- Problemgruppen,
  - des Arbeitsmarktes 107 ff.
- Produktion 431, 433
  - Landwirtschaft 297 ff., 305 ff.
  - Produzierendes Gewerbe 311 ff.
- Produktivität 268 ff., 313
- Produzierendes Gewerbe 268 ff., 311 ff.
  - Arbeitskosten 371 f.



- Umweltschutzzinvestitionen 418
- Prozeß 240 f.
- Prüfungen
  - Berufsausbildung 73
  - Hochschulen 79 f.
- Raucher, Rauchgewohnheiten 210 f.
- Reallöhne 368 ff.
- Realschulen 60, 64 ff.
- Rechtsanwälte 240, 348 ff.
- Rechtsprechung 238 ff.
- Rehabilitation 214 ff.
- Reisen 128, 165 ff.
- Religionszugehörigkeit 189 ff., 602 ff.
- Religiosität 606 ff.
- Renten 92, 225 ff.
- Rentenversicherung, gesetzliche 225 ff.
- Rentner 117, 225 ff.
- Richter 240
- Rinderbestand, -schlachtungen 299 ff., 307 f.
- Rohrfernleitungen 374 f., 381 ff.
- Rohstahl 433
- Rohstoffe 393 f.
- Rundfunk 159 f.
  - Genehmigungen 375 f.
  - Programm 160
- Saisonverläufe (Handel) 335 f.
- Säuglingssterblichkeit 201, 430
- Schadstoffreduzierte Personenkraftwagen 418 ff.
- Schadstoffemissionen 409 ff.
- Schafbestand 299, 307
- Scheidungen 50 ff.
- Schichtestufung, subjektive 538
- Schienennetz 374 f.
- Schienenfahrzeuge 376, 378
- Schiffahrt 382 f.
- Schiffe 378 f.
- Schlachtungen 299 ff., 307 f.
- Schlepper 296
- Schmuck 132
- Schulabgänger 65
- Schul- und Berufsausbildung 60 ff.
- Schulden
  - der öffentlichen Haushalte 257 ff.
  - der privaten Haushalte 136 f.
- Schuldendienst 251, 257 f.
- Schulen 62 ff.
- Schüler 62 ff., 85 f., 428
- Schutzgebietskategorien 422 f.
- Schwangerschaftsabbrüche 211 f.
  - Einstellung zu 557 ff.
- Schwefeldioxid 407, 409
- Schweinebestand, -schlachtungen 299 ff., 307 f.
- Schwerbehinderte 213 f.
  - Arbeitslose 109
- Seeschifffahrt 378 f., 381 f.
- Selbständige 98 ff., 115 ff.
- Selbstmordfälle 201
- Selbstversorgungsgrad 302 f.
- Sonderschulen 65
- Sozialbeiträge 226 ff., 275 ff., 370 ff.
- Sozialbudget 219 ff.
- Soziale Herkunft und Bildung 85 f.
- Soziale Schichtung 536 ff.
- Soziale Sicherung
  - Ausgaben 219 ff.
- Soziale Ungleichheit 536 ff., 543 ff.
- Sozialer Wohnungsbau 150 ff.
- Sozialgerichte 238 ff.
- Sozialhilfe 233 ff., 482
- Sozialprodukt 265 ff., 271 ff., 277 ff., 390 f., 431
- Sozialversicherung 219, 225 ff.
- Sparbücher 132 f.
- Spareinlagen 344 f.
- Sparen 131 ff., 276 f.
- Sparkassen 342 f.
- Sport 155 f., 169 f.
- Staat 248 ff.
  - Rolle 641 ff.
- Staatsanwälte 240

- Staatsquote 249 ff.
- Staatsschulden 257 ff.
- Staatsverbrauch 271 ff., 431
- Stahl 433
- Stäube 199 f., 410
- Steinkohle 393 ff., 433
- Stellung im Beruf 98 ff., 115 ff., 536
- Sterbefälle, Sterblichkeit 37, 41, 45 ff.
- Sterbehilfe
  - Einstellung zu 557 f., 560 ff.
- Steuerbelastung 252, 370
- Steuerberater 348 ff.
- Steuereinnahmen 252 ff.
- Steuerermäßigungen 223
- Steuerpflichtige 253 ff.
- Steuerquote 252
- Strafgefangene 246
- Strafgerichte 238 ff.
- Straftaten 242 ff.
- Strafvollzug 246 f.
- Straßennetz 374 f.
- Straßenverkehr 379 ff.
- Straßenverkehrsdelikte 244
- Straßenverkehrsunfälle 385 ff.
- Stratosphäre 408
- Streiks 187 f.
- Streusalz 412
- Stromverbrauch 396
- Studenten 76 ff., 88 f., 428
- Studienabsichten 75 f.
- Studienfächer 78 f.
- Stundenlohn (Industriearbeiter) 367
- Subventionen 252
  
- Tabaksteuer 253
- Tabakwaren (Konsum) 121 ff.
- Tanker 378
- Tarifpartner 183 ff.
- Taufen 191 ff., 602, 604
- Taxi- und Mietwagenverkehr 379
- Teilzeitarbeit 108, 464
- Teilzeitbeschäftigte
  - Gastgewerbe 340
  - Handel 331
  - Öffentlicher Dienst 259
- Telefonanschlüsse 129 ff., 375 f.
- Teletexanschlüsse 375
- Telexanschlüsse 375 f.
- Theater 156 ff.
- Tiere, gefährdete 415
- Tierhaltung 299 f.
- Tierische Produktion 299 ff., 307 f.
- Todesursachen 200 ff.
- Totschlagsdelikte 242
- Tourismus 165 ff.
- Transferleistungen des Staates 114, 118
- Transporte 380 ff.
- Trauungen, kirchliche 191 ff.
- Treibhauseffekt 409
- Troposphäre 408
- Tuberkulose 196 f.
  
- Übersiedler 39 ff., 624 ff.
- Übertragungsbilanz 289 f.
- Umsatz
  - Baugewerbe 322
  - Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 312, 315 f.
  - Energie- und Wasserversorgung 324 f.
  - Gastgewerbe 340 f.
  - Handel 333 ff.
  - Handwerk 328
- Umsatzsteuer 253, 255 f.
- Umweltbelastung 402 ff., 523 f.
- Umweltschutz 402, 417 ff., 517 ff.
  - Ausgaben 417
  - Investitionen 417 f.
  - Zufriedenheit mit 517 ff., 575, 577
- Unfälle 194 ff., 395 ff., 406
- Unfallursachen 388
- Unfallverletzte Personen 194 ff., 385 ff.
- Unfallversicherung 220, 346
- Universitäten 76 ff.

- Unternehmen
  - Baugewerbe 321 f.
  - Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 312 f.
  - Energie- und Wasserversorgung 324 f.
  - Gastgewerbe 338 ff.
  - Handel 329 ff.
  - Handwerk 325 ff.
  - Kreditinstitute 343
  - Versicherungen 346 ff.
- Urlaub 128 f., 154 ff., 165 ff.
  
- Verarbeitendes Gewerbe 311 ff., 318 ff.
- Verbraucherpreise 352 ff.
- Verbrauch, privater 113 f., 121 ff., 271, 431
- Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe 312 ff.
- Verdienste 365 ff.
- Vereinsmitgliedschaft 169 f.
- Verfahren bei Gerichten 240 f.
- Verkehr 374 ff.
  - Energieverbrauch 383, 397 f.
  - Infrastruktur 374 ff.
  - Luftbelastung 406 f.
  - Unfälle 201, 385 ff.
  - Verkehrslärm 411
  - Wertschöpfung 268, 270
- Vermögen 118, 131 ff.
- Vermögensbildung (Förderung) 220
- Vermögensdelikte 242 ff.
- Verschuldung s. *Schulden*
- Versicherungen 127, 346 ff.
- Vertriebene 38
- Verurteilte 243 ff.
- Verwaltungsgerichte 238 ff.
- Videogeräte (in Haushalten) 129 ff.
- Viehbestand 299 f., 307 f.
- Vogelschutzgebiete 421
- Volkseinkommen 265 ff., 274 ff.
- Volkshochschulen 81 ff.
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 264 ff., 278
- Volkszählung 37, 39
- Vorsorgeuntersuchungen 209
- Vorstrafen 246
  
- Wachstumsraten 267
- Wahlberechtigte 172 f.
- Wahlbeteiligung 171 ff.
- Wahlen 171 ff.
- Waldfläche 303 f.
- Waldschäden 413 f.
- Warenkorb 352 ff., 360 ff.
- Wassergefährdende Stoffe
  - Transport 406
- Wassergewinnung, -versorgung 405
- Wasserkraft 391 f.
- Wasserstraßen 374
- Weinanbau 298 f.
- Weinkonsum 125, 210
- Weiterbildung 81 ff.
- Wertewandel 632
- Wertorientierung 555 ff., 631 ff.
- Wertpapiere 132, 134, 345 f.
- Wertschöpfung 277 ff.
- Wirtschaftsbereiche 95 ff., 268 ff.
- Wirtschaftskreislauf 264
- Wirtschaftsordnung 263
- Wirtschaftswachstum 268, 390 f.
- Wohlbefinden 447 ff., 458 f., 494 f., 555 ff., 566, 568 ff.
- Wohnbedingungen 139 ff.
- Wohngeld 224
- Wohnraumversorgung 139 ff., 146 ff.
- Wohnumfeld
  - Lärmbelästigung 411
- Wohnungen 139 ff., 433, 496 ff.
  - Ausstattung 142 ff.
  - Belegung 146 ff.
  - Bestand 139 f.
  - fertiggestellte 149 ff., 433

– Größe 140 ff., 496 f., 500 f., 534 f.  
– Mieten 121 ff., 125 f., 144 f., 497 f.  
Wohnungsbautätigkeit 149 ff.  
Wohnzufriedenheit 504 f.

Zahlungsbilanz 289 ff.  
Zahnärzte 203 f., 349  
Zeitungen, Zeitschriften 161 ff.  
Zigarettenkonsum 125, 210 f.

Zivilverfahren bei Gerichten  
240 f.  
Zölle 255  
Zufriedenheit 506 ff., 577 ff.  
– in Lebensbereichen 568 ff., 574 ff.,  
578 ff., 644 ff.  
– Zufriedenheitsmessung 577 f.  
Zulassungen von Kraftfahrzeugen  
376 f., 418 f.  
Zuwanderung 39

## Zeichenerklärung

In den Tabellen wurden folgende Zeichen verwendet:

- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Angaben fallen später an
- x Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu



[REDACTED]

---

[REDACTED]

---

[REDACTED]

---